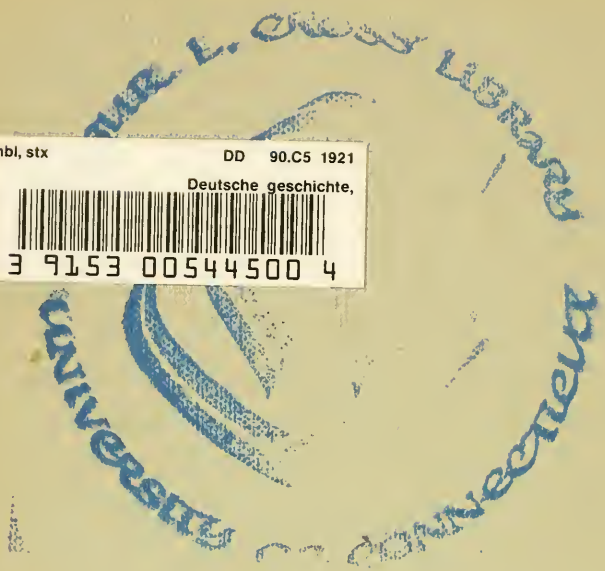
Deutsche Geschichte

von Einhart

hbl, stx
DD 90.C5 1921
Deutsche geschichte,
3 9153 00544500 4



DD
90
C5
1921

PLEASE NOTE

It has been necessary to replace some of the original pages in this book with photocopy reproductions because of damage or mistreatment by a previous user.

Replacement of damaged materials is both expensive and time-consuming. Please handle this volume with care so that information will not be lost to future readers.

Thank you for helping to preserve the University's research collections.

hbl, stx DD 90.C5 1921
Deutsche geschichte,
3 9153 00544500 4

DD
90
C5
19

Einhart,
Deutsche Geschichte

Deutsche Geschichte
von Einhart

Neunte Auflage

91. bis 99. Tausend der Gesamt-Auflage

Leipzig und Berlin
Verlag Theodor Weicher
1921

DD
90
C5
1921

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten.

Dem Andenken meiner Mutter

Vorwort zur neunten Auflage.

Die neunte Auflage weist gegenüber der achten einige Verbesserungen auf, von denen der größere Teil sich auf die Schilderung des Jahrfünfts von 1914—1919, der kleinere auf den älteren Teil bezieht.

Soweit ich aus den mir bekannt gewordenen Besprechungen und aus vielen an mich gerichteten Briefen entnehmen kann, hat der neue Abschnitt „Erhebung und Fall" viel Anerkennung gefunden. Bisher habe ich, obwohl ich alle wichtigen Veröffentlichungen zur Geschichte dieser Zeit genau verfolge, noch keinen Anlaß gehabt, mich in einem sachlich bedeutsamen Punkte zu berichtigen.

Die weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Druckgewerbe bringt es mit sich, daß der treue Verleger des „Einhart" sich entschließen mußte, die bisher gebotenen Bilder und die Karte wegzulassen, um den Preis des Buches nicht weiter erhöhen zu müssen. Mit dieser Änderung müssen sich die Freunde des „Einhart" bis zur Wiederkehr besserer Zeiten abfinden.

Berlin am 1. November 1920

Heinrich Claß.

Vorwort zur achten Auflage.

Als ich vor gut zehn Jahren dies Buch in seiner ersten Fassung schrieb, war ich mir längst darüber klar, daß unser Vaterland durch den Willen seiner Feinde, die das Netz immer enger um uns spannten, in Kürze in den Kampf ums Dasein gezogen werden würde; nicht minder klar war ich mir über die sittliche und politische Krankheit unseres Volkes und alle Gefahren, die sie in sich barg. Am Schlusse des Buches — im Ausblick — hatte ich von dem bevorstehenden Kriege gesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er durch seine Nöte und Anspannung aller Kräfte Heilung bringen werde.

Der erwartete Krieg ist gekommen, fast genau zu dem Zeitpunkt, für den ihn unterrichtete Männer der völkischen Kreise vorhergesagt haben. Der Mord von Serajewo hat ihn lediglich beschleunigt; er war für aufmerksame Beobachter der europäischen Lage das sichere Anzeichen, daß das Schicksal sich nicht mehr länger aufhalten lasse; als mir das furchtbare Geschehnis am Spätnachmittag des 28. Juni 1914 von einem Gesinnungsgenossen nach meinem Landsitze gemeldet wurde, antwortete ich ihm — bis ins Innerste getroffen — „jetzt ist der Weltkrieg da".

Wie dieser Zusammenprall der Völker in seinem Ausmaß die Meinungen auch der am weitesten Schauenden übertroffen hat, so ließ die Begeisterung, der Opfermut, die Hingabe ans Vaterland alles hinter sich, was die Volksgläubigsten erwartet hatten. Das gewaltige Ereignis des Kriegsausbruches hatte alle guten Sinne im Volke geweckt; es hatte sich wiedergefunden und war bis auf wenige unheilbar Volksvergessene einig.

Als Frucht dieses Kampfes ums Dasein winkte neben dem militärischen Sieg politische Machterweiterung zum Zwecke der Sicherung der deutschen Zukunft und die innere Wiedergeburt des Volkes.

Obwohl es ein Verbrechen sein soll, an den militärischen Sieg geglaubt zu haben, bekenne ich mich dazu, bis zuletzt daran geglaubt zu haben — zuletzt freilich mit der Einschränkung, daß die Zuhausegebliebenen dem Heere den Sieg nicht entwänden. Hinsichtlich der Erreichung der machtpolitischen Kriegsziele und der inneren Erneuerung war ich nie im Zweifel, daß sie von einem Wechsel in der politischen Leitung des Reiches abhingen: Nur unter der Führung eines Staatsmannes von Einsicht, Willen und Schöpferkraft konnte das für die innere und äußere Zukunft des Vaterlandes Notwendige gelingen.

Aber die Schwachen, Uneinsichtigen, Unbelehrbaren wurden im Amte belassen — und das Schicksal ging seinen Gang.

Schon Mitte Januar 1915 schrieb mir ein Gesinnungsgenosse, der in jedem anderen Lande an politisch-leitende Stelle gebracht worden wäre:

Vorwort zur neunten Auflage.

Die neunte Auflage weist gegenüber der achten einige Verbesserungen auf, von denen der größere Teil sich auf die Schilderung des Jahrfünfts von 1914—1919, der kleinere auf den älteren Teil bezieht.

Soweit ich aus den mir bekannt gewordenen Besprechungen und aus vielen an mich gerichteten Briefen entnehmen kann, hat der neue Abschnitt „Erhebung und Fall" viel Anerkennung gefunden. Bisher habe ich, obwohl ich alle wichtigen Veröffentlichungen zur Geschichte dieser Zeit genau verfolge, noch keinen Anlaß gehabt, mich in einem sachlich bedeutsamen Punkte zu berichtigen.

Die weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Druckgewerbe bringt es mit sich, daß der treue Verleger des „Einhart" sich entschließen mußte, die bisher gebotenen Bilder und die Karte wegzulassen, um den Preis des Buches nicht weiter erhöhen zu müssen. Mit dieser Änderung müssen sich die Freunde des „Einhart" bis zur Wiederkehr besserer Zeiten abfinden.

Berlin am 1. November 1920

Heinrich Claß.

Vorwort zur achten Auflage.

Als ich vor gut zehn Jahren dies Buch in seiner ersten Fassung schrieb, war ich mir längst darüber klar, daß unser Vaterland durch den Willen seiner Feinde, die das Netz immer enger um uns spannten, in Kürze in den Kampf ums Dasein gezogen werden würde; nicht minder klar war ich mir über die sittliche und politische Krankheit unseres Volkes und alle Gefahren, die sie in sich barg. Am Schlusse des Buches — im Ausblick — hatte ich von dem bevorstehenden Kriege gesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er durch seine Nöte und Anspannung aller Kräfte Heilung bringen werde.

Der erwartete Krieg ist gekommen, fast genau zu dem Zeitpunkt, für den ihn unterrichtete Männer der völkischen Kreise vorhergesagt haben. Der Mord von Serajewo hat ihn lediglich beschleunigt; er war für aufmerksame Beobachter der europäischen Lage das sichere Anzeichen, daß das Schicksal sich nicht mehr länger aufhalten lasse; als mir das furchtbare Geschehnis am Spätnachmittag des 28. Juni 1914 von einem Gesinnungsgenossen nach meinem Landsitze gemeldet wurde, antwortete ich ihm — bis ins Innerste getroffen — „jetzt ist der Weltkrieg da".

Wie dieser Zusammenprall der Völker in seinem Ausmaß die Meinungen auch der am weitesten Schauenden übertroffen hat, so ließ die Begeisterung, der Opfermut, die Hingabe ans Vaterland alles hinter sich, was die Volksgläubigsten erwartet hatten. Das gewaltige Ereignis des Kriegsausbruches hatte alle guten Sinne im Volke geweckt; es hatte sich wiedergefunden und war bis auf wenige unheilbar Volksvergessene einig.

Als Frucht dieses Kampfes ums Dasein winkte neben dem militärischen Sieg politische Machterweiterung zum Zwecke der Sicherung der deutschen Zukunft und die innere Wiedergeburt des Volkes.

Obwohl es ein Verbrechen sein soll, an den militärischen Sieg geglaubt zu haben, bekenne ich mich dazu, bis zuletzt daran geglaubt zu haben — zuletzt freilich mit der Einschränkung, daß die Zuhausegebliebenen dem Heere den Sieg nicht entwänden. Hinsichtlich der Erreichung der machtpolitischen Kriegsziele und der inneren Erneuerung war ich nie im Zweifel, daß sie von einem Wechsel in der politischen Leitung des Reiches abhingen: Nur unter der Führung eines Staatsmannes von Einsicht, Willen und Schöpferkraft konnte das für die innere und äußere Zukunft des Vaterlandes Notwendige gelingen.

Aber die Schwachen, Uneinsichtigen, Unbelehrbaren wurden im Amte belassen — und das Schicksal ging seinen Gang.

Schon Mitte Januar 1915 schrieb mir ein Gesinnungsgenosse, der in jedem anderen Lande an politisch-leitende Stelle gebracht worden wäre:

„Es ist jammervoll und traurig, dies alles miterleben zu müssen. Das Volk tut, ohne zu zucken, alles, was in diesen schweren Schicksalsstunden nötig ist, und seine Führer werden es trotz alledem zugrunde richten! Uns aber wird wohl schließlich nichts anderes übrig bleiben, als nach dem Kriege die Geschichte dieser weltgeschichtlichen Schuld zu schreiben, falls wir das Ende erleben."

Damals glaubte ich nicht an einen solchen Ausgang, weil ich trotz aller Erfahrungen der nachbismarckischen Zeit damit rechnete, daß die Krone nicht Selbstmord begehen wolle und daß die Oberste Heeresleitung oder die brauchbaren Kräfte der Volksvertretung den Kaiser dazu zu bewegen verständen, dem Vaterland in schwerster Not den politischen Führer zu geben.

Hierin habe ich mich verrechnet — der Schreiber jenes Briefes behielt recht: an ihrer Führerlosigkeit zerbrachen Volk und Reich. Die Wenigen, die sich der verderblichen Entwicklung entgegenstemmten, vermochten das Schicksal nicht zu wenden. Unter ihnen habe ich das Meine getan, um dem Unheil zu wehren — ohne Amt und Macht habe ich mit den Gesinnungsgenossen zuschauen müssen, wie das Vaterland zugrunde gerichtet wurde.

Es wurde mir zur seelischen Notwendigkeit mich mit dem ungeheuren Widerspruch der Größe dieser Zeit, der deutschen Leistung in ihr und dem Irrsinn auseinanderzusetzen, der zu diesem Ende geführt hat. So entschloß ich mich zur Fortsetzung meines Buches und tat für mein Teil, was jener Tiefblickende im Januar 1915 kommen sah: ich schrieb die Geschichte dieser weltgeschichtlichen Schuld — schrieb sie, entsprechend der Absicht und Anlage des älteren Teiles „volkstümlich", für das deutsche Haus bestimmt, ohne alles gelehrte Beiwerk.

Wie ich mir früher über das Wagnis klar war, die Zeitgeschichte in so engem Rahmen zu behandeln, wie das die Absicht meines Buches notwendig machte, so weiß ich auch heute, wie viel gewagter es ist, noch mitten darin stehend, zu den Geschehnissen einer weltgeschichtlich unvergleichlich wichtigen und entscheidungsvollen Zeitspanne öffentlich nicht nur beschreibend, sondern auch urteilend Stellung zu nehmen.

Trotzdem habe ich es getan — im vollen Bewußtsein, wie gewagt und schwierig dies Unternehmen ist, auch ganz im klaren darüber, welche Schwächen der Ausführung anhaften.

Nirgends verleugnet sich die Weltanschauung des Verfassers, seine innere Stellung zu den Grundfragen alles völkischen Lebens und zu den großen Zeitfragen.

Mit all der Leidenschaftlichkeit, die Liebe und Sorge erzeugen, habe ich den Weltkrieg miterlebt, habe in der Heimat mich pflichtmäßig an den Meinungskämpfen beteiligt, die — von der völkischen Seite — das Ziel verfolgten, die Schicksalswende zu erzwingen, bevor es zu spät werde.

Ein Rest der Leidenschaftlichkeit klingt in den Seiten nach, die das Geschehen im Weltkriege schildern; trotzdem glaube ich, soweit die Zusammenhänge sich heute überhaupt übersehen lassen, in allem Wesentlichen richtig dargestellt, gerecht geurteilt zu haben.

Ein Trauernder hat den neuen Abschnitt „Erhebung und Fall" geschrieben — kein Verzweifelnder; einer, der sein Volk liebt und treu zu ihm steht — keiner, der sich nach solchem Erleben von ihm geschieden hat.

Der Arbeit an der Aufrichtung gilt dies Buch; es ist nicht entstanden, um Selbstzweck zu sein. Furchtbares Geschehen wird nicht um der kalten Feststellung willen geschildert, harte Urteile werden nicht gefällt, um andere herabzuwürdigen und sich selbst zu rechtfertigen — alles dient dem Zwecke völkischer Erziehung, politischer Aufklärung, fester Willensbildung. Diese drei sind notwendig, um zur Auferstehung zu gelangen; mein Buch soll sie fördern helfen.

So eng der Rahmen ist, in den der ungeheure Stoff gezwungen wurde, — ich kann versichern, daß ich alle bedeutsamen Veröffentlichungen zur Geschichte dieser Zeit geprüft habe; niemand wird mir verübeln, wenn am letzten Ende das eigene Erleben mein Urteil bestimmt hat.

Wenn ich dies Buch an die Öffentlichkeit gebe, geschehe es mit dem Bekenntnis, daß ich trotz alledem und alledem an die Auferstehung des deutschen Reiches und seines Volkes, an eine reine, große deutsche Zukunft glaube.

Mein Wunsch ist, daß dieser Glaube sich allen mitteile, die den „Einhart" in seiner neuen Gestalt in die Hand nehmen — daß sie durch seinen Inhalt zu vertiefter Vaterlandsliebe und zu dem Entschlusse gelangen, für ihr Teil bei dem Aufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten.

* * *

Es ist mir ein Bedürfnis, den Freunden und Gesinnungsgenossen, die mir mit Rat und Tat bei meiner schweren Arbeit halfen, hier den Dank zu wiederholen, den ich ihnen schon vorher von Mund zu Mund ausgesprochen habe.

Auch dem treuen Verleger des „Einhart" danke ich für alle Liebe und Sorgfalt, die er unter so schwierigen Umständen dem so wesentlich verstärkten Buche hat angedeihen lassen.

Wenn der Bilderschmuck vermehrt ist, so wird der Beschauer sofort entdecken, daß Stätten gewählt sind, welche die Gewalt der Feinde dem deutschen Volke entzogen hat; ihre Wiedergabe soll daran erinnern, daß sie trotz dieser Gewalttat nach wie vor dem deutschen Volke gehören.

Norderney, am 28. September 1919

Heinrich Claß.

„Es ist jammervoll und traurig, dies alles miterleben zu müssen. Das Volk tut, ohne zu zucken, alles, was in diesen schweren Schicksalsstunden nötig ist, und seine Führer werden es trotz alledem zugrunde richten! Uns aber wird wohl schließlich nichts anderes übrig bleiben, als nach dem Kriege die Geschichte dieser weltgeschichtlichen Schuld zu schreiben, falls wir das Ende erleben."

Damals glaubte ich nicht an einen solchen Ausgang, weil ich trotz aller Erfahrungen der nachbismarckischen Zeit damit rechnete, daß die Krone nicht Selbstmord begehen wolle und daß die Oberste Heeresleitung oder die brauchbaren Kräfte der Volksvertretung den Kaiser dazu zu bewegen verständen, dem Vaterland in schwerster Not den politischen Führer zu geben.

Hierin habe ich mich verrechnet — der Schreiber jenes Briefes behielt recht: an ihrer Führerlosigkeit zerbrachen Volk und Reich. Die Wenigen, die sich der verderblichen Entwicklung entgegenstemmten, vermochten das Schicksal nicht zu wenden. Unter ihnen habe ich das Meine getan, um dem Unheil zu wehren — ohne Amt und Macht habe ich mit den Gesinnungsgenossen zuschauen müssen, wie das Vaterland zugrunde gerichtet wurde.

Es wurde mir zur seelischen Notwendigkeit mich mit dem ungeheuren Widerspruch der Größe dieser Zeit, der deutschen Leistung in ihr und dem Irrsinn auseinanderzusetzen, der zu diesem Ende geführt hat. So entschloß ich mich zur Fortsetzung meines Buches und tat für mein Teil, was jener Tiefblickende im Januar 1915 kommen sah: ich schrieb die Geschichte dieser weltgeschichtlichen Schuld — schrieb sie, entsprechend der Absicht und Anlage des älteren Teiles „volkstümlich", für das deutsche Haus bestimmt, ohne alles gelehrte Beiwerk.

Wie ich mir früher über das Wagnis klar war, die Zeitgeschichte in so engem Rahmen zu behandeln, wie das die Absicht meines Buches notwendig machte, so weiß ich auch heute, wie viel gewagter es ist, noch mitten darin stehend, zu den Geschehnissen einer weltgeschichtlich unvergleichlich wichtigen und entscheidungsvollen Zeitspanne öffentlich nicht nur beschreibend, sondern auch urteilend Stellung zu nehmen.

Trotzdem habe ich es getan — im vollen Bewußtsein, wie gewagt und schwierig dies Unternehmen ist, auch ganz im klaren darüber, welche Schwächen der Ausführung anhaften.

Nirgends verleugnet sich die Weltanschauung des Verfassers, seine innere Stellung zu den Grundfragen alles völkischen Lebens und zu den großen Zeitfragen.

Mit all der Leidenschaftlichkeit, die Liebe und Sorge erzeugen, habe ich den Weltkrieg miterlebt, habe in der Heimat mich pflichtmäßig an den Meinungskämpfen beteiligt, die — von der völkischen Seite — das Ziel verfolgten, die Schicksalswende zu erzwingen, bevor es zu spät werde.

Ein Rest der Leidenschaftlichkeit klingt in den Seiten nach, die das Geschehen im Weltkriege schildern; trotzdem glaube ich, soweit die Zusammenhänge sich heute überhaupt übersehen lassen, in allem Wesentlichen richtig dargestellt, gerecht geurteilt zu haben.

Ein Trauernder hat den neuen Abschnitt „Erhebung und Fall" geschrieben — kein Verzweifelnder; einer, der sein Volk liebt und treu zu ihm steht — keiner, der sich nach solchem Erleben von ihm geschieden hat.

Der Arbeit an der Aufrichtung gilt dies Buch; es ist nicht entstanden, um Selbstzweck zu sein. Furchtbares Geschehen wird nicht um der kalten Feststellung willen geschildert, harte Urteile werden nicht gefällt, um andere herabzuwürdigen und sich selbst zu rechtfertigen — alles dient dem Zwecke völkischer Erziehung, politischer Aufklärung, fester Willensbildung. Diese drei sind notwendig, um zur Auferstehung zu gelangen; mein Buch soll sie fördern helfen.

So eng der Rahmen ist, in den der ungeheure Stoff gezwungen wurde, — ich kann versichern, daß ich alle bedeutsamen Veröffentlichungen zur Geschichte dieser Zeit geprüft habe; niemand wird mir verübeln, wenn am letzten Ende das eigene Erleben mein Urteil bestimmt hat.

Wenn ich dies Buch an die Öffentlichkeit gebe, geschehe es mit dem Bekenntnis, daß ich trotz alledem und alledem an die Auferstehung des deutschen Reiches und seines Volkes, an eine reine, große deutsche Zukunft glaube.

Mein Wunsch ist, daß dieser Glaube sich allen mitteile, die den „Einhart" in seiner neuen Gestalt in die Hand nehmen — daß sie durch seinen Inhalt zu vertiefter Vaterlandsliebe und zu dem Entschlusse gelangen, für ihr Teil bei dem Aufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten.

* * *

Es ist mir ein Bedürfnis, den Freunden und Gesinnungsgenossen, die mir mit Rat und Tat bei meiner schweren Arbeit halfen, hier den Dank zu wiederholen, den ich ihnen schon vorher von Mund zu Mund ausgesprochen habe.

Auch dem treuen Verleger des „Einhart" danke ich für alle Liebe und Sorgfalt, die er unter so schwierigen Umständen dem so wesentlich verstärkten Buche hat angedeihen lassen.

Wenn der Bilderschmuck vermehrt ist, so wird der Beschauer sofort entdecken, daß Stätten gewählt sind, welche die Gewalt der Feinde dem deutschen Volke entzogen hat; ihre Wiedergabe soll daran erinnern, daß sie trotz dieser Gewalttat nach wie vor dem deutschen Volke gehören.

Norderney, am 28. September 1919

Heinrich Claß.

Vorwort zur ersten Auflage.

Der wackere Schweizer Jeremias Gotthelf meint in seiner Erzählung „Kurt von Koppigen", daß der Mensch nach Gottes Willen die vergangenen Zeiten betrachten solle; er sagt: „nicht als Eintagsfliege ohne Zukunft hat Gott die Menschen geschaffen, und wer die ihm geordnete Zukunft genießen will, muß sich dazu stärken an der Vergangenheit".

Er hat Recht, der tapfere Mann, der nicht nur einer der großen Dichter deutscher Zunge war, sondern auch einer der tiefsten Kenner der menschlichen Seele — und was er vom einzelnen Menschen verlangt, gilt auch von den Gesamtheiten, den Völkern, die durch die Kenntnis ihrer Geschichte sich kräftigen und rüsten müssen für Gegenwart und Zukunft.

So unendlich reich und mannigfaltig die Geschichte des deutschen Volkes ist — so groß fast ist die Fülle der Werke, die sie in ihrem ganzen Verlaufe oder in Teilen schildern, und kein Volk kann auf eine reichere Geschichtschreibung blicken, als das unsere.

Aber trotzdem — es fehlte ein Buch, das die Entwicklung des gesamten deutschen Volkes überall auf dieser Erde im engsten Rahmen darstellt, das volkstümlich geschrieben und doch erschöpfend in allem Wesentlichen, dem schlichtesten Manne gleich verständlich, wie dem Gebildeten willkommen wäre, und das durch billigen Preis in eines jeden Besitz kommen könnte, der die Schicksale seines Volkes kennen lernen will.

Unsere Deutschen wissen zu wenig von ihrer Vergangenheit — und die Schuld an dieser unbestreitbaren Tatsache liegt zum guten Teile daran, daß solch ein kurzgefaßtes, gemeinverständliches „Hausbuch" deutscher Geschichte fehlte, das in der Hütte des Arbeiters gleich heimisch sein sollte, wie im Hause der mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft.

Das Werk, das hiermit in die Hand des Lesers gelegt wird, will ein solches Hausbuch werden — und es mußte, wenn es die notwendigen Eigenschaften billigen Preises und doch umfassender Darstellung aufweisen sollte, sich darauf beschränken, nur Ereignisse und Personen von dauernder Wirkung zu schildern — also aus der unendlichen Fülle der Erscheinungen nur die wesentlichen herauszugreifen.

Es handelt sich um einen ersten Versuch dieser Art — ob er gelungen, möge der Leser entscheiden, nicht minder die Frage, ob der Verfasser die Aufgabe gelöst hat, die aller Geschichtschreibung nach Goethes Wort gestellt ist: Begeisterung zu wecken — Begeisterung für unser Volk und die treue Arbeit an seiner Zukunft!

Solche Arbeit tut heute not: möge der Entschluß und die Bereitwilligkeit dazu in allen lebendig werden, die dies Buch lesen.

Weimar, 18. Januar 1909

Einhart.

Vorwort zur fünften Auflage.

Als mein Buch vor fünf Jahren zum ersten Mal den Weg in die Öffentlichkeit antreten sollte, habe ich ihm den Wunsch mitgegeben, daß es ein Hausbuch deutscher Geschichte werden möge — trotz all seiner Mängel die niemand besser kennt als ich selbst. Wenn man aus der raschen Verbreitung meiner Arbeit und aus der lebhaften Teilnahme, die sie gefunden hat, einen Schluß ziehen darf, scheint dieser Wunsch in Erfüllung gegangen zu sein.

Ich hatte einen Decknamen gewählt, um zu erreichen, daß mein Buch nach seinem Wesen, seinen Absichten, seinem Inhalt beurteilt werde, nicht nach der Person des Verfassers. Als, wider Erwarten, schon nach drei Jahren die vierte Auflage hinausgehen mußte, fiel diese Rücksicht weg und ich konnte meine Arbeit seitdem mit dem eigenen Namen decken. Man wird es aber verstehen, wenn ich auf Wunsch des Verlegers auf dem Titel die Bezeichnung stehen ließ, unter der sie ihren Weg ins deutsche Haus über den Erdball hin gefunden hat. . . .

Einer Anregung, die mir von verschiedenen Seiten nahegelegt wurde, konnte ich aber auch jetzt nicht nachkommen; ich durfte die Person des derzeitigen Trägers der Kaiserkrone nicht aus der Erörterung lassen, wenn ich die Hauptabsicht meiner Arbeit nicht preisgeben wollte. Wer meint, man dürfe von Herrschern nur reden, wenn man sie rühmen will, befindet sich im verhängnisvollsten Irrtum.

Wahrheit muß sein zwischen Fürst und Volk — das entspricht der deutschen Auffassung vom Treuverhältnis zwischen beiden; das verlangt in gleicher Weise das Wohl der Gesamtheit, wie das des Herrscherhauses und die Einrichtung des Kaisertums selbst.

Die Wahrheit war ich bemüht zu ermitteln, und ich glaube sie ermittelt zu haben. Sie auszusprechen, habe ich als Pflicht erkannt, weil wir aus der Geschichte nicht nur lernen, sondern gelernt haben sollten. Und ihre Lehre lautet, wie ich sie verstehe:

Die Wahrheit, von treuen Freunden des Kaisertums ehrerbietig ausgesprochen, wird niemals schaden, sondern nur nützen; schädlich und zerstörend wirkt der geheime Unwille, die geheime oder böswillige Kritik.

* * *

Ich hatte dies Buch meiner Mutter zum siebzigsten Geburtstage gewidmet und es ihr zu eigen gegeben; es soll auch ihr eigen bleiben, nachdem sie aus dem Leben geschieden ist; denn, was man Gutes an meiner Arbeit gefunden hat, das danke ich in der Hauptsache ihr, dem Geiste, in dem sie ihre Kinder erzog, mit dem sie das Haus erfüllte.

Mainz, den 25. Januar 1914

Heinrich Claß.

Inhaltsverzeichnis.

Die älteste Geschichte.

Seite

Die Germanen 1
Armin der Befreier 7
Die Völkerwanderung 9
Die Germanen und das Christentum 12
Die Merowinger 12
Die Hausmeier 13
Die Entstehung des Papsttums 14
Karl der Große 15

Deutschland im Mittelalter.

Die letzten Karolinger 20
Königswahl 21
Die Ottonen 22
Die Frankenkaiser Konrad II. und Heinrich III. 26
Allgemeine Entwicklung 27
Entwicklung der Kirche 30
Heinrich IV. 31
Das Ende des Kampfes 37
Lothar von Sachsen 38
Hohenstaufen und Welfen 39
Die Kreuzzüge 40
Der Rotbart 41
Die Weltmacht der Hohenstaufen 46
Die letzten Hohenstaufen 50
Die „kaiserlose Zeit" 51
Wie die Bauern unfrei wurden 51
Vasallentum, Lehnswesen, Rittertum 55
Ausdehnung nach Osten 57
Innere Entwicklung 60
Die ersten Habsburger 64
Heinrich VII. und Ludwig der Bayer 66
Karl IV. und seine Nachfolger 68
Die Hussiten 70
Albrecht II. 71
Das Konzil von Konstanz 72

Seite
Die Grenzmarken . . . 74
Die Hanse . . . 76
Der deutsche Orden . . . 79
Friedrich „die Schlafmütze" . . . 81
Kunst und Wissenschaft; Erfindung der Buchdruckerkunst . . . 82
Maximilian I. . . . 83
Entwicklung bis zur Reformation . . . 85

Reformation und Glaubenskriege.

Karl V. . . . 88
Martin Luther . . . 89
Die Reformation . . . 93
Der Bauernkrieg . . . 96
Ausbreitung der Reformation . . . 97
Ulrich Zwingli . . . 98
Die Besserung in der katholischen Kirche . . . 99
Die Kriege Karls V. . . . 99
Der Religionsfriede . . . 105
Das Zeitalter der Reformation . . . 107
Der Niedergang . . . 110
Abfall der Niederlande . . . 111
Die Nachbarstaaten . . . 115
Union und Liga . . . 117
Anfang des dreißigjährigen Krieges . . . 119
Wallenstein . . . 122
Gustav Adolf . . . 124
Das Ende des dreißigjährigen Krieges . . . 127

Vom westfälischen Frieden bis zur französischen Revolution.

Der große Kurfürst . . . 134
Habsburg und Hohenzollern im Gegensatz . . . 138
Österreich nach 1648 . . . 139
Französische Raubkriege unter Ludwig XIV. . . . 140
Der Kampf gegen die Türken . . . 143
Der spanische Erbfolgekrieg . . . 145
Der nordische Krieg . . . 147
Karl VI. und die pragmatische Sanktion . . . 149
Kabinettspolitik . . . 151
König Friedrich I. von Preußen . . . 152
Friedrich Wilhelm I. . . . 154
König und Kronprinz . . . 157
Friedrich der Große . . . 160
Der siebenjährige Krieg . . . 163
Der „alte Fritz" . . . 168
Friedrich Wilhelm II . . . 171
Maria Theresia . . . 172
Josef II. und Leopold II. . . . 174
Die drei Teilungen Polens . . . 177
Inneres Leben seit 1648 . . . 180

Fall und Erhebung.

Seite
Die französische Revolution und ihre Ursachen 188
Kriege der Republik 190
Napoleon Bonaparte 191
Die Auflösung des Reichs 192
Friedrich Wilhelm III. von Preußen 193
Kaiser Napoleons Kriege 194
Der Rheinbund; des Reiches Ende 196
Preußens Niederlage 197
Reichsfreiherr vom Stein 200
Scharnhorst 203
Innere Wandlung in Preußen 204
Österreichs Erhebung 205
Vor dem Entscheidungskampfe 206
Der Befreiungskrieg 209

Der deutsche Bund.

Der Wiener Kongreß 217
Rückschritte 219
Die wirtschaftliche Einigung; der Zollverein 223
Das tolle Jahr 1848 225
Das Frankfurter Parlament 229
Der preußisch-österreichische Gegensatz 233
Österreich nach der Revolution 234
Preußens Demütigung 239
Schleswig-Holstein 242
Das Ende — die Reaktion 245
König Wilhelm I. 247
Otto von Bismarck 251
Der dänische Krieg 254
Der deutsche Krieg 255

Das deutsche Reich.

Der norddeutsche Bund 263
Die deutsch-französische Spannung 265
Der deutsch-französische Krieg 267
Die Reichsverfassung 273
Des Reiches Ausbau 277
Hemmungen 280
Innere Gefahren 286
Die letzten Regierungsjahre Wilhelms I. 290
Wilhelm II. 294
Bismarcks erste Nachfolger im Kanzleramt 299
Der neue Kurs 300
Der fünfte Reichskanzler 311
Bundesstaaten und Volksvertretung unter Wilhelm II. 320

Das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen.

Österreich-Ungarn bis zum Ausgleich 325
Österreich nach dem Ausgleich 331
Ungarn nach dem Ausgleich 345

Seite
Bosnien und die Herzegowina 350
Die Schweiz 351
Die Niederländer 353
Das Deutschtum in Rußland 359
Das Deutschtum in der Zerstreuung 366
In den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika 370
In Brasilien 379
In Süd-Afrika 383

Innere Entwicklung im 19. Jahrhundert.

Dichtkunst 391
Musik 397
Bildende Künste 399
Kunststätten 404
Die Wissenschaften 405
Die Kirchen 409
Volkswirtschaftliche Entwicklung 413
Öffentliches Leben 418
Das deutsche Volk um 1914 424

Erhebung und Fall.

Vorbemerkung 431
Ursachen und Vorgeschichte des Krieges 439
Anlaß und Ausbruch 451
Die Lage; die Aufgabe; die Männer 459
Die politische Kriegseinleitung in der Heimat 476
Der deutsche Aufmarsch 480
Der Siegeslauf im Westen 483
Die Rettung des deutschen Ostens 492
Die ersten Kämpfe des österreichisch-ungarischen Heeres 499
Die Anfänge des Krieges zur See und in der Luft 501
Außerpolitische Kriegführung. Neue Feinde und Bundesgenossen. Die Neutralen 507
Die Vorgänge in der Heimat 513
Der Fortgang der Kriegshandlungen 520
Innerpolitische Entwicklung 538
Neue Siegeszeit 550
Bethmanns Ende 555
Ins vierte Kriegsjahr 581
Die Kanzlerschaft von Michaelis und Graf Hertling 586
Die Entwicklung in Österreich-Ungarn und das Verhältnis des deutschen Reiches zu seinen Bundesgenossen 604
Der Endkampf im Westen 624
Der Zusammenbruch 628
Der Umsturz 658
Das Ende 684

Ausblick 719

Verzeichnis zum Nachschlagen 725

Die älteste Geschichte.

Die Germanen.

Zum ersten Male, soweit geschriebene geschichtliche Quellen in Betracht kommen, hören wir von Deutschen und ihrer Heimat einen Griechen sprechen, den Pytheas aus Massilia, der um 330 v. Chr. zu Schiff an die Küste der Ostsee kam; er suchte und fand hier die Heimat des Bernsteins, der damals ein wichtiges Tauschmittel war. Pytheas nannte das Volk, das er hier antraf, Teutonen.

Ein anderer Grieche, Poseidonios, beschrieb etwa um 100 v. Chr. die Lande der Germanen zwischen den Flüssen Weser und Weichsel; er kennzeichnete sie als waldreich, neblig und von Sümpfen bedeckt.

Von den Bewohnern hören wir in beiden Quellen nicht viel; sie treten handelnd in der auf uns gekommenen Geschichte zuerst in den kühnen Zügen der Kimbern und Teutonen auf, die um 115 v. Chr. ihre nordische Heimat, etwa im heutigen Holstein, verließen und den Weg nach Süden und Westen suchend i. J. 113 die Römer bei Noreja (heute Neumarkt in Steiermark) besiegten. Dies Volk, das damals die bekannte Welt beherrschte, geriet in tödlichen Schrecken über den neuen Feind, der bestimmt war, seiner Macht ein Ende zu bereiten, als es ganz entartet war.

Riesenhafte Leiber, so wird durch römische Geschichtsschreiber überliefert, zeichneten die Männer und Frauen beider deutschen Völker aus; rotblondes Haar, blaue blitzende Augen, gewaltige Körperstärke, rücksichtslose Kühnheit, das sind Eigenschaften, die den Kimbern und Teutonen zugeschrieben werden; nur schlecht bewaffnet, fast nackt zogen die Männer in den Kampf und warfen im gewaltigen Ansturm die Römer nieder.

Nach Oberitalien, Südfrankreich, Nordspanien führte sie der Zug, bei dem sie ihre geringe Habe, ihre Frauen und Kinder auf ungefügen, von Ochsen gezogenen Wagen fortbrachten.

Der beste Mann des damaligen Roms, der Feldherr Gajus Marius, wurde ihnen entgegengestellt, und er besiegte durch überlegene Kriegskunst und die bessere Bewaffnung seines Heeres die beiden Wandervölker 102 v. Chr. bei Aquä Sextiä (in Südfrankreich) und 101 bei Vercellä (in Oberitalien).

Römer und Germanen hatten die Waffen gekreuzt — mochten die beiden Stämme vernichtet sein, andere traten an ihre Stelle und das römische Weltreich wurde die Furcht und Sorge vor den „Barbaren" nicht wieder los.

Ehe wir weiter gehen, müssen wir fragen: wo sind die Menschen hergekommen, in denen wir Vorfahren der heutigen Deutschen erblicken? Welches ist ihre Heimat? Welcher Rasse gehören sie an?

Hoher Wuchs, blaue Augen, blonde bis rötliche Haare fielen den kleinen, schwarzhaarigen und schwarzäugigen Römern an den Kimbern und Teutonen auf — Eigenschaften, die uns auch von den später auftretenden deutschen Stämmen berichtet werden, und die die nächste Verwandtschaft all dieser Stämme bezeugen. Sie bilden einen Zweig der sog. arischen Völkerfamilie, gehören also zu jenen Völkern, die an geistigen, sittlichen und körperlichen Eigenschaften zu den höchststehenden, wertvollsten, edelsten zu zählen sind.

Ob es, wie hervorragende Forscher meinen, wahr ist, daß sie die Blüte jener edelsten Rassen sind, unter den höchststehenden die erste Stelle an Wert einnehmen, muß ihre Entwicklung zeigen.

Die Urheimat der Germanen war und ist umstritten; während früher das Hochland von Pamir (Mittelasien) als ihre Wiege angesehen wurde, geht jetzt eine Meinung dahin, daß die heutigen skandinavischen Lande, die andere, daß die südrussischen Gebiete (etwa an der Wolga) ihre Heimat seien. Jedenfalls kann die asiatische Herkunft der Germanen als endgültig widerlegt angesehen werden, und wir finden die für die nordeuropäische Abstammung vorgebrachten Gründe so überzeugend, daß wir uns der Meinung anschließen, die ihre Heimat entweder in Skandinavien oder im Gebiet des heutigen Nordostdeutschland erblickt.

Von dort aus zogen sie hinaus in die Welt nach Osten, Westen, Süden — sie, d. h. die Völkerschaften, die von den Römern mit dem Sammelnamen „Germanen" bezeichnet wurden, die wir heute „deutsch" nennen.

Das Wort „Germanen" ist keltischer Abstammung und bedeutet wohl „Nachbarn"; so nannten die Kelten, ein jenen Völkerschaften verwandter Stamm, der vor ihnen süd- und westwärts gezogen war, unsere Vorfahren, weil die Siedlungsgebiete aneinander stießen; von den Kelten, die wahrscheinlich von den Germanen aus ihren alten Wohnsitzen verdrängt wurden, haben die Römer den Namen übernommen.

Die Bezeichnung „deutsch" ist viel jünger und kommt von dem Worte „diot", das Volk; daraus wurde das Eigenschaftswort „diutisk" gebildet, was volkstümlich bedeutet und zuerst von der Sprache gebraucht wurde, in der unsere Vorfahren unter sich verkehrten, im Gegensatz zu der lateinischen Sprache, die in der Kirche, den Kanzleien, den Schulen verwendet wurde, nachdem sie nach der Völkerwanderung seßhaft geworden waren und Staaten

gebildet hatten. Die Geistlichkeit, die Gelehrten sprachen damals lateinisch; die anderen „diutisk", volkstümlich, d. h. ihre Muttersprache.

Wird auch die Bezeichnung „diutisk", d. i. „deutsch" als gemeinsamer Name der verschiedenen „germanischen" Völkerschaften erst knapp vor dem Jahre 800 n. Chr. zur Zeit Karls des Großen gebräuchlich, so haben wir doch das Recht, sie jetzt auf die zahlreichen Stämme anzuwenden, die nach und nach in die Geschichte eintreten.

Bevor wir in der Erzählung der äußeren Geschehnisse weitergehen, sei kurz festgestellt, daß die Wissenschaft unterscheidet:

1. Nordgermanen: sie hatten sich frühzeitig im nördlichen Europa ausgebreitet und waren dort seßhaft geworden, und zwar im heutigen Norwegen, Schweden, Dänemark, Ostpreußen, in den bisher russischen Ostseeprovinzen. Hierher gehören vor allem die heutigen skandinavischen Völker (Norweger, Schweden und Dänen). Die Nordgermanen haben nach Sprachen und politischen Geschicken eine getrennte Entwicklung genommen und scheiden deshalb aus unserer Betrachtung aus; sie sind Germanen, aber nicht „Deutsche".

2. Ostgermanen: sie saßen zu der Zeit, wo sie in die Geschichte eintreten, im äußersten Osten Europas, in der Hauptsache wohl auf heute russischem Boden; zu ihnen gehören die Ost- und Westgoten und die Vandalen. Diese Stämme gingen in den Kämpfen der Völkerwanderung zugrunde.

3. Westgermanen: sie stießen westlich an die oben genannten und drangen langsam weiter nach Westen vor. Zu ihnen gehören vor allem Franken, Alemannen, Sueben, Sachsen, Thüringer und Friesen; sie sind in Mitteleuropa seßhaft geworden und gaben die Grundlage zum heutigen deutschen Volke ab, ihre Geschicke bilden die deutsche Geschichte; die gleichfalls westgermanischen, den Sachsen zuzurechnenden Angeln zogen 449 über See nach England (Angel-Land) und gründeten dort ein Reich; ihre politische und sprachliche Entwicklung geht eigene Wege.

Nur weniges sei noch über das allen Germanen Gemeinsame gesagt:

„Den Germanen beseelte das innige Zusammenleben mit der Natur, der Hang zur Vereinzelung, zum Ausleben seiner Sondertriebe. Weil er als Ackerbauer in stärkster Vereinzelung auf seiner Scholle saß, hatte er Genüge im engen Kreise, ganz erfüllt von dem fürsorglichen Betriebe seiner Haus- und Landwirtschaft".

„Die Germanen trugen in sich schlummernd zwar, aber unzerstörbar den reichen Schatz großer Eigenschaften aus ihrer Urväter Erbe und gaben ihn den Enkeln weiter: Eigenschaften körperlicher, seelischer, geistiger Art. Nicht nur Schönheit, auch standhafte Gesundheit, ausdauernde körperliche Leistungsfähigkeit und nachhaltigste Tatkraft überhaupt; dazu tiefe Wahrheitsliebe, ruhige Sachlichkeit, hohen Gerechtigkeitssinn, maßvolles Denken,

scharfen, durchdringenden Verstand: und als Folge von alledem ein hervorragendes Organisations-, ein angeborenes Herrschertalent".

So schildert Gustav Kosinna, einer der ersten Kenner der deutschen Vorgeschichte, die Germanen.

Neue Forschungen, zusammen mit den glücklichen Funden ältester Kunstwerke, die die Erde solange in ihrem Schoße verborgen und bewahrt hatte, liefern den Beweis einer schon mindestens ein Jahrtausend vor Christus hochentwickelten, eigenen, bodenständigen Kultur der Germanen; sie haben das törichte Märchen zerstört, daß unsere Vorväter „Barbaren" gewesen und erst durch die Berührung mit der römisch-griechischen Welt der Kultur zugeführt worden seien; in gleicher Weise haben sie die sinnlos nachgebetete Überlieferung widerlegt, daß alle Kultur aus dem Osten stamme. Aus eigenem, innerstem Schaffenstriebe haben die Germanen eine Kultur erzeugt, die schon zur Zeit, wo unter den Griechen die Gesänge des Homer entstanden (etwa 1000 v. Chr.), hohe Blüte erreicht hat; sie haben Kunstwerke hervorgebracht, die in ihrer wunderbaren Ausführung höchste künstlerische und fachgeschickliche Leistungen darstellen.

Als höchstes Gut galt den Germanen die Freiheit; eine Unterordnung unter Vorgesetzte (Könige, Herzöge) kannten sie kaum im Kriege. Ihr sehr gering entwickeltes öffentliches Leben beruhte auf der Familie (der Sippe), deren Oberhaupt der Vater war. Schon sehr früh muß die Einzelehe durchgedrungen sein, wie denn schon in frühester Zeit die Stellung der Frauen unter ihnen eine ganz andere war, als bei den übrigen Völkern des Altertums: die Frauen wurden geachtet und geehrt; sie bildeten den Mittelpunkt des Familienlebens. Die Priesterinnen galten als heilig; ihr Rat wurde in wichtigen Dingen eingeholt.

Eine strenge rauhe Sittlichkeit herrschte unter den Germanen; noch Tacitus rühmt ihnen, als sie längst mit der entarteten römischen Kultur in Berührung gekommen waren, Keuschheit und Reinheit der Sitten nach.

Das öffentliche Leben beschränkte sich auf die Ausübung der Rechtspflege und des Krieges; die Versammlung der Freien sprach Recht und entschied über Krieg und Frieden. Ein Erwählter aus besonders altem angesehenem Geschlechte (Kunni) leitete Gerichtstag (Ding) und Krieg — immer an die Zustimmung der Freien gebunden.

Mehrere Sippen bildeten den Gau, mehrere Gaue eine Völkerschaft. Davon, daß mehrere Völkerschaften ein Volk gebildet hätten, kann nicht gesprochen werden; das Gefühl der Stammes- und Blutgemeinschaft war wohl vorhanden, setzte sich aber politisch nicht durch — es kam diesen reichbegabten, heldenkühnen Männern nicht in den Sinn, daß etwa der Franke und der Sachse, der Alemanne und der Thüring, als Söhne eines großen gemeinsamen Volkes sich zu einer irgendwie gearteten politischen Gemeinschaft zusammenschließen sollten — dies ist ein Mangel in der An-

lage der Germanen, der von den schwersten Folgen in ihrer Geschichte begleitet war — Folgen, die zum Teil heute noch nachwirken. Wenn wir heute von „Partikularismus" sprechen, müssen wir an jene Anlage unserer Urväter denken.

Der reiche und schöne Götterglaube aller Stämme entwuchs der Natur ihrer Heimat und war aufs innigste mit ihr verknüpft; wie der Germane das Zusammenleben der Massen in Städten verabscheute und für sich auf seinem Hofe hauste, so spielte sich auch die Verehrung seiner Götter in der freien Natur ab: es gab weder Götterbilder noch Tempel; in heiligen Hainen oder auf Bergeshöhen wurde ihnen geopfert. Von den Göttern seien nur genannt: Wodan (Odin), der Gott des Himmels und des Sturms; Donar (Thor), der Gott des Donners, des Ackerbaus und der Kultur; Ziu (Tiu, Thyr, Sax), der Gott des Krieges. Das Christentum vermochte nicht die Erinnerung an sie aus dem Sinne des Volkes völlig zu bannen; sie lebt noch heute in zahlreichen Sagen und in abergläubischen Bräuchen unter dem Landvolk (z. B. der wilde Jäger = Wodan); vor allem aber haben wir ein stets auf sie hinweisendes Andenken in den Namen einiger unserer Wochentage: so ist Dienstag nach Tiu (Ziu), Donnerstag nach Donar, Freitag nach Freya (der Göttin der Liebe) genannt; die englische Bezeichnung des Mittwochs „Wednesday" ist nichts anderes als Wodanstag.

Man glaubte an ein Fortleben nach dem Tode: es bezeichnet nichts den kriegerischen Sinn des Germanen besser, als daß er sich die im Kampfe Gefallenen fortlebend dachte in Himmelshöhen, in Walhall, wo sie um Walvater versammelt sein durften, während alle anderen, die den „Strohtod" gestorben waren, in der Unterwelt hausen mußten, bei Hel (daher Hölle).

So waren die Menschen beschaffen, die wir jetzt durch die Weltgeschichte schreiten sehen wollen: gesund an Leib und Seele, freigesinnt und auf sich selbst gestellt, den Wert des Lebens verachtend, wie Gut und Geld, von schöner Gläubigkeit erfüllt und echter Menschlichkeit — aber eigenwillig und trotzig auf dem Rechte der Person und des engeren Verbandes bestehend.

Was sie veranlaßt hat, aus der Ruhe ihrer Urwälder herauszutreten, die nördliche Heimat zu verlassen und die Fährlichkeiten der Wanderungen auf sich zu nehmen, das war wohl in allen Fällen die Landnot, der Hunger nach Neuland — einerlei, ob diese jedenfalls strahlenförmig von Norden nach allen andern Himmelsrichtungen erfolgenden Wanderungen durch die Geschichte überliefert sind oder nicht.

Wir müssen uns die Entwicklung so vorstellen: ganz frühe, in ältester, vorgeschichtlicher Zeit, war wohl von Seßhaftigkeit nicht die Rede, solange die Volkszahl noch sehr klein war, — sie wird auch wegen der Gefahren und Kämpfe des Wanderlebens nur langsam gewachsen sein — aber sie

wuchs; dieses Anwachsen, das auch bei den Nachbarstämmen stattgefunden haben wird, zwang nach und nach zur Seßhaftigkeit. Die Seßhaftigkeit vergrößerte gewiß unverhältnismäßig schnell die Volkszahl — wir würden heute sagen den „Geburten-Überschuß".

Als zuerst das Bedürfnis zum Aufsuchen neuen Landes eintrat, mag wohl nur ein Teil der Stammesgenossen nach dem Los mit Weib und Kind gewandert sein — später, als die Volkszahl aller benachbarten Stämme angeschwollen war und Stammeskämpfe um „die Futterkrippen" folgten, das Recht des Stärkeren also siegte, werden dann ganze Stämme sich auf den Weg gemacht haben.

Warum führte nun dieser Weg nicht nach Osten?

Das ist die erste Schicksalsfrage, die den deutschen Stämmen und damit — wir dürfen stolz sein, daß es so ist — der Welt gestellt wurde.

Nach Osten, also nach Asien hinein?

Den Weg dorthin versperrten wohl als nächste Nachbarn der Germanen slawische Stämme (die Vorfahren der heutigen Russen, Polen und Tschechen), hinter denen dann asiatische, mongolische Stämme folgten — soweit das Land überhaupt wirtlich war. Es ist anzunehmen, daß dort dasselbe Anwachsen der Bevölkerung stattfand, daß auch sie gezwungen waren, ihren Landbesitz auszudehnen, daß sie vielleicht sogar auf die ihnen zunächst wohnenden Germanen drückten.

Man wird der geschichtlichen Wahrheit am nächsten kommen, wenn man annimmt: die seit etwa dem 2. Jahrhundert v. Chr. anhebenden Züge der Germanen, die in der Völkerwanderung ihren Höhepunkt erreichten, sind veranlaßt durch das Bedürfnis nach neuem Land, zusammen mit dem Zwange, den Nachbarn germanischer und nichtgermanischer Abstammung ausübten, bei denen das gleiche Landbedürfnis vorhanden war.

Der Weg nach Süden und Westen war frei, weil dort das Land entweder nicht, oder schwächer oder von schwächeren Menschen bewohnt war.

So kam es — zum Heil der Welt — daß die Germanen nach dem Süden und Westen wanderten. So war es mit den Kimbern und Teutonen gewesen, so geschah es mit den Sueben, deren Anführer Ariovist bereits um 60 v. Chr. mit seinen Scharen den Rhein überschritten hatte und sich etwa im heutigen Elsaß ansässig machen wollte. Er stieß mit dem römischen Feldherrn Gajus Julius Cäsar zusammen, einem der größten Männer der Weltgeschichte, wurde in einer großen Schlacht in der Gegend von Mülhausen geschlagen und über den Rhein zurückgeworfen.

Derselbe Cäsar hatte auch Kämpfe mit anderen kleineren Germanenstämmen zu bestehen, so den Usipeten und Tenkterern, die gleichfalls schon den Rhein überschritten hatten und etwa in der Gegend von Trier saßen.

Seit dieser Zeit bildeten die Germanen eine offene Gefahr für das

römische Reich, das den Rhein als Grenze gewonnen hatte und sich in einer Reihe starker Befestigungen vom Ober- bis zum Niederrhein (Basel, Straßburg, Mainz, Koblenz, Köln, Xanten) zu sichern suchte.

Aber immer heftiger wurde der Ansturm; deshalb glaubte man in Rom, nur dann dauernd Erfolg zu haben, wenn der Rhein nicht mehr die Grenze sei, sondern vor ihm ein unterworfenes Gebiet liege. Das war der Grund, weshalb Kaiser Augustus seine Stiefsöhne Tiberius und Drusus in den Jahren 15—7 v. Chr. in mehreren Feldzügen über den Rhein schickte; es gelang ihnen, einen Teil der rechtsrheinischen Germanen zu unterwerfen — ja sie drangen bis zur Elbe vor und erreichten für kurze Zeit, daß das Land zwischen Rhein und Elbe römischen Statthaltern gehorchte.

Armin der Befreier.

Sollte es den Germanen gehen wie den Galliern (den Bewohnern des heutigen Frankreichs), die von Cäsar besiegt und dem römischen Reiche einverleibt worden waren? Sollten sie dauernd von den Römern unterworfen und ihrem Volkstum entfremdet werden?

Uneinigkeit der verschiedenen Stämme, Eifersucht zwischen ihren Führern hatten im Bunde mit besserer Kriegskunst und Bewaffnung die Römer bis an die Elbe geführt; wer rettete die Germanen vor dem Schicksal der Gallier?

Das tat Armin, der Sohn des cheruskischen Gaufürsten Segimer. Den Namen des Helden haben uns die Römer in ihrer Sprache und Schreibart überliefert, und aus Arminius ist mit der Zeit beim Volke fälschlich Hermann geworden.

Der war in frühester Jugend in römische Dienste getreten und hatte Rom und die Römer gründlich kennen gelernt, als er im Jahre 7 n. Chr. seinem Vater im Fürstentum nachfolgte.

In ihm erstand dem deutschen Volke der erste Staatsmann seiner Geschichte — ein Leiter seiner Geschicke, der erkannte, daß nicht lebenaufopfernde stürmische Tapferkeit einzelner Männer oder Stämme oder Stammesteile genüge, um die kaltblütigen, auf die Uneinigkeit der Deutschen rechnenden Römer zu vertreiben, deren Herrschaft er als Schmach empfand, gegen die seine Freiheitsliebe sich auflehnte. Er erkannte, daß nur der vereinten Kraft der deutschen Stämme die Befreiung vom Joche Roms gelingen könne und daß der Kampf politisch wohl vorbereitet sein müsse, ehe man das Schwert ziehen dürfe. Dieser politischen Arbeit unterzog sich der kaum zwanzigjährige Fürst, und er vollführte sie mit glänzendem Erfolge; dabei war er gezwungen, die Römer mit ihren eigenen Waffen der List und Verstellung zu bekämpfen.

Es gelang Armin, den römischen Statthalter Publius Quinktilius

Varus völlig zu täuschen, indem er sich als Freund der Römer aufspielte — es gelang auch ihm das Schwerere, die benachbarten Stämme und ihre Oberhäupter unter seiner Führung zu einigen und eine mit allen Mitteln der Verschlagenheit wirkende romfeindliche Verschwörung zustande zu bringen — es gelang ihm endlich, Varus mit vier Legionen (etwa 20000 Mann) zu einem Vorstoß nach Osten zu verleiten, wo er ihn im September des Jahres 9 n. Chr. im Teutoburger Walde (wahrscheinlich in der Nähe von Detmold) mit Übermacht überfiel und vernichtete.

Die Wirkung war ungeheuer: Deutschland von Rom frei bis zum Rhein.

Das ist die weltgeschichtliche Bedeutung der Tat Armins. Sie war nötig, um die mit den Mitteln des Verrats und der Bestechung arbeitenden Römer zu bekämpfen, sie war notwendig, um das Land von Zwingherrn zu befreien, die selbst keine Gewissensbedenken kannten, und sie ist deshalb sittlich gerechtfertigt.

Der gesunde Sinn des Volkes trifft das Rechte — insofern ist Volkes Stimme Gottes Stimme — wenn es Armin mit Stolz den Befreier Deutschlands nennt und preist.

War dieses Heldenwerk dem jungen Fürsten gelungen, an einem andern scheiterte er: er wollte eine dauernde engere Zusammenfassung der deutschen Stämme schaffen, vielleicht eine Art Bundesstaat, in dem er sich als gemeinsames Oberhaupt dachte. Ein Krieg mit den mächtigen Markomannen unter ihrem Führer Marbod war die Folge, in dem Armin Sieger blieb; aber Zwietracht in seiner nächsten Nähe, Verrat der nächsten Angehörigen hemmten den Fortschritt, und im Jahre 21 n. Chr. wurde der erst siebenunddreißigjährige Held von Verwandten schnöde ermordet.

Er lebt fort in Sage und Lied — ein echter Held unserer Geschichte, der den Ruhm des Sieges und das Weh der Einsamkeit gekostet hat wie vielleicht nur zwei andere nach ihm: Friedrich der Große und Bismarck.

Sein Werk hat ihn überdauert: mochten die Römer noch einzelne Vorstöße über den Rhein machen, mochten sie auf dem rechten Rheinufer zur Sicherung der Rheingrenze auch den Pfahlgraben anlegen (eine Befestigung, die von Andernach am Rheine bis nach Kehlheim an der Donau lief), das große rechtsrheinische Deutschland blieb doch frei.

Während der folgenden 150 Jahre kam auf deutschem Boden das Gewimmel der Stämme nicht zur Ruhe; im Norden und Westen mag es verhältnismäßig ruhig gewesen sein — im Süden und Osten war alles in Bewegung.

Einerseits tritt die Erscheinung auf, daß deutsche Soldheere in römischem Dienste ihr Blut für die Römer, auch ohne alle Bedenken gegen ihre Stammesgenossen vergießen — andererseits wird an der Donau ein

Kampf auf Leben und Tod zwischen den Markomannen und Römern geführt (166—180 n. Chr.); es gelingt dem bedeutenden Kaiser Markus Aurelius nicht die Markomannen zu unterwerfen.

Auch nach diesem schweren Kampfe finden noch zahlreiche Zusammenstöße zwischen Germanen und Römern statt, ohne daß die Grenzen wesentlich verschoben werden, und es wechseln die deutschen Stämme zum Teil noch ihre Plätze innerhalb der damaligen Grenzen, bis das gewaltige Ereignis eintritt, das man die Völkerwanderung nennt.

Die Völkerwanderung.

Ehe wir sie schildern, wollen wir uns vergegenwärtigen, wo bei ihrem Beginnen die wichtigsten deutschen Stämme saßen. Am Oberrhein finden wir die Alemannen, am Niederrhein die ripuarischen (Ufer-) Franken, an der Mündung die salischen (Meer-) Franken; an Neckar und Main siedelten die Burgunder; an der Elbe die Sachsen; in Mitteldeutschland Thüringer und Chatten; an der Elbemündung die Langobarden; an der weiteren Nordseeküste die Friesen; im heutigen Böhmen und Bayern die Sueben; in Westungarn die Vandalen; in Ostungarn die Westgoten; im anstoßenden Südwest-Rußland die Ostgoten.

Hier auf der Grenze zwischen Europa und Asien beginnt die Bewegung; um 375 n. Chr. werfen sich die Hunnen, ein mongolisches (asiatisches) Reitervolk in Massen auf die Ostgoten, besiegten und zwingen sie, die Wohnsitze zu verlassen; dann fallen sie mit demselben Erfolg über die Westgoten her, die gleichfalls vertrieben werden. Ostgoten und Westgoten ziehen zunächst in der Hauptrichtung südlich — die Hunnen dringen weiter nach Westen.

Durch die Bewegung dieser Völker wird ganz Europa in Unruhe gebracht; das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Wirkung sich derjenigen eines Stoßes vergleichen läßt. Die drängenden und verdrängten Völker kommen nicht in menschenleere Länder, sondern in bewohnte, die selbst ihren Bewohnern vielleicht schon wieder zu enge geworden waren; sie verdrängen diese, bringen sie dadurch in Bewegung und veranlassen, daß wiederum andere in fortgesetzter Weiterwirkung geradeso verfahren müssen. Mit Ausnahme weniger Volksstämme werden alle Germanen in diese Züge hineingerissen, die man unter dem Namen: Völkerwanderung zusammenfaßt.

Kein einheitlicher vorbedachter Plan eines Stammes, noch viel weniger der Stammes-Gesamtheit lag ihr zugrunde; wie es die Not brachte, wurden sie geschoben und schoben andere. Nahezu zwei Jahrhunderte dauerte dies Hin und Her, in dem nur ein Ziel zu verfolgen ist: besseres Land zu finden.

Es ist im Rahmen dieses Buches unmöglich, die germanischen Völkerschaften auf ihren Wanderungen, ihren Siegen und Niederlagen zu begleiten.

Nur die hervorragendsten Erscheinungen, die wichtigsten Ergebnisse können kurz gekennzeichnet werden.

Wer heute die Landkarte in die Hand nimmt und verfolgt, welche Entfernungen die Wanderzüge dieser Germanen zurücklegten, der staunt über die Kraft des Willens und der Körper, die solche Leistungen in stetem Kampfe vollbracht.

So gelangten die Vandalen durch Italien, Frankreich, Spanien, nach Nordafrika, wo sie ein Reich von kurzer Dauer gründeten; Ost- und Westgoten durchzogen Griechenland und Italien; die Westgoten gründeten in Südfrankreich und Spanien, die Ostgoten in Italien Reiche; die Angeln eroberten England; die Burgunder einen großen Teil Südwestdeutschlands und der Schweiz; die Franken Nordfrankreich; die Langobarden endlich Italien.

Von allen diesen Reichsgründungen waren nur diejenigen der Franken und Angeln von Dauer.

Worin besteht nun die ungeheure Bedeutung der Völkerwanderung?

Darin, daß die Germanen, indem sie ihren Einzug in die Weltgeschichte hielten, mit der staatlich im römischen Reiche zusammengefaßten „alten Welt" der Mittelmeer-Völker zusammenstießen. Mit frischer, ungebrochener Jugendkraft schlugen sie diese gealterte Römerwelt in Trümmer, und soweit sie nicht dazu kamen, eigene zukunftsvolle Staaten zu bilden und zu erhalten, gaben sie ihr gesundes Blut hin, um gealterte Völker zu verjüngen, aufzufrischen.

Dies letztere geschah in Italien, Frankreich und Spanien, wo nach den neuesten Forschungen aus germanischem Blute der überwiegende Teil der in Staatskunst und Waffenhandwerk, in Künsten und Wissenschaften hervorragenden Männer bis auf den heutigen Tag hervorgegangen ist. Von solchen Großen germanischer Abstammung seien nur die beiden größten genannt: Dante Alighieri und Leonardo da Vinci.

Somit können wir sagen: als Endergebnis der Völkerwanderung ist nicht nur die Gründung lebensfähiger germanischer Staaten in Mitteleuropa zu betrachten, nein, auch dort, wo neugegründete germanische Staaten sich nicht halten konnten, weil die Germanen der alten Bevölkerung gegenüber zu sehr in der Minderzahl waren, haben sie dem Leben jener germanisches Gepräge aufgedrückt, indem die führenden Schichten mit ihrem Blute verbessert wurden.

Aber welche ungeheuren Opfer hat dieses Ergebnis gekostet! Ganze Volksstämme, hochgeartet, reinrassig, berufen zu herrlicher Zukunft, schwanden dahin, wurden vernichtet. Ungezählte Führer von edelsten Eigenschaften fielen den jahrhundertelangen Kämpfen zum Opfer.

Wenn man nur an die Goten denkt: kein herrlicheres Volk schritt durch die Geschichte, keines adliger an Leib und Seele — kein Volk, das

in kurzer Zeit eine so unerschöpfliche Fülle von Helden hervorgebracht hat, von denen nur Alarich, der große Theodorich, Totila und Teja genannt werden mögen! Und aufgerieben und vernichtet — kein Rest von ihnen geblieben, als daß sie Italien, Südfrankreich und Spanien verjüngt hatten.

Vernichtet bis auf den letzten Mann wurden auch die Vandalen in Afrika.

Und wem fielen so edle Völker zum Opfer? Nicht die entarteten Römer vermochten das — nein: andere germanische Stämme in römischem Solde gaben sich dazu her, jene zu erwürgen. Noch mehr: das entartete Rom vermochte nicht einmal die Staatsmänner und Feldherren zu erzeugen, die mit Hilfe germanischer Heere die anderen Germanen bekämpften und das Ende Roms aufhielten. Germanen waren es, die jahrhundertelang ihre Kräfte als Staatsmänner und Feldherren in den Dienst der entnervten römischen Kaiser stellten.

Wenn trotzdem die Germanen zur Gründung dauernder Staaten gelangten, so dürfen wir fragen: wie unerschöpflich muß die Kraft jenes Volkes gewesen sein, das so verschwenderisch mit seinem Blute umging und doch dazu kam, im Herzen Europas den Grund zu bleibenden Reichen zu legen!

Wir fragen: wie sähe die Welt heute aus, wenn das herrliche Gotenvolk nicht aufgerieben worden wäre — nicht erwürgt worden wäre von anderen Germanen im Dienste Roms, und müssen uns bescheiden in dem Troste, daß trotz solcher unsäglichen Verluste das deutsche Volk sich in Ehren durchgesetzt hat — bis sein Dasein durch die Ereignisse dieser Zeit in Frage gestellt wurde.

Als nach den Stürmen der Völkerwanderung nach und nach Ruhe eingekehrt war, finden wir die westgermanischen Stämme der Sachsen, Thüringer, Friesen, Franken, Bajuvaren und Alemannen in zusammenhängendem Gebiete von der Elbe bis ins Herz des heutigen Frankreich wohnen; sie wurden jetzt die Träger der eigentlich deutschen Geschichte; sie sind die Vorfahren der heutigen Deutschen, und wir haben es jetzt nicht mehr mit Germanen zu tun (dies war der weitere Begriff), sondern nur noch mit Deutschen im engeren Sinne.

Jene untergegangenen germanischen Stämme leben fort in der Heldensage, im Liede, und wir brauchen nur an Dietrich von Bern (Theodorich den Großen) und die Recken des Nibelungenliedes zu erinnern, um zu zeigen, wie tief das Schicksal jener Stämme in die Erinnerung der glücklicheren eingegraben war.

Die oben genannten sechs deutschen Stämme hatten ihr festes Siedlungsgebiet gefunden, in dem sie im großen ganzen noch heute wohnen; das war ein Fortschritt, ein Vorteil — ein bis heute nachwirkender Schaden war, daß die Lande rechts der Elbe von Deutschen verlassen waren. In

diese Gebiete waren die Slawen nachgerückt und hatten sich dort festgesetzt. So kommt es, daß gerade die Länder, die vor der Völkerwanderung rein germanisch besiedelt waren, von den Slawen besetzt wurden; es war eine gewaltige Anstrengung im späteren Mittelalter erforderlich, um sie ihnen teilweise wieder zu entreißen.

Wir legen Wert darauf festzustellen, daß, wenn es heute für das Deutsche Reich eine Polengefahr gibt, wenn im bisherigen Österreich die Deutschen dem Ansturm der Polen, Tschechen und Slowenen zu erliegen drohen, wenn unsere Volksgenossen in Ungarn madjarischer Bedrückung ausgesetzt waren — dies eine Folge der Völkerwanderung ist, indem noch heute uraltdeutscher Boden sich im Besitze dieser slawischen und mongolischen Stämme befindet.

Die Germanen und das Christentum.

Noch eine andere folgenreiche Erscheinung der Völkerwanderung muß kurz erwähnt werden: die Annahme des Christentums durch einen Teil der germanischen Völker, die an allen Enden des römischen Reiches mit den Römern zusammenstießen, teils als Feinde, teils als Hilfsvölker in ihrem Solde. Die Römer aber waren damals schon Christen, und es ist erklärlich, daß durch ihre Vermittlung die Germanen mit dem Christentum bekannt wurden. Wirklich trat um 360 n. Chr. eine etwa im heutigen Südungarn angesiedelte Schar von Westgoten zum Christentum über; ihr Bischof wurde Wulfila (der Sohn eines dem Christentum anhängenden Kriegsgefangenen aus Kappadokien), der die Bibel ins Gotische übertrug und damit das erste Schriftwerk in einer germanischen Sprache verfaßte.

Nach und nach folgten diesen Westgoten andere germanische Stämme in der Annahme des Christentums; diejenigen Stämme, die wir als Westgermanen bezeichnet haben, also die Deutschen, die während der Völkerwanderung wenig oder gar nicht mit Rom in Berührung gekommen waren, die insbesondere weder den Boden Italiens noch Südfrankreichs betreten hatten, nahmen den christlichen Glauben erst sehr viel später an — manche erst knapp vor der Wende des ersten Jahrtausends nach Christus.

Die Merowinger.

Die deutschen (westgermanischen) Stämme hätten wohl in den Stürmen der Völkerwanderung zum Gefühle der Zusammengehörigkeit erwachen können, sollte man denken, hätten erkennen sollen, daß gemeinsame deutsche Abstammung sie zu einer größeren Einheit bestimme. Diese Erkenntnis kam ihnen aber nicht: jeder der großen Stämme der Sachsen, Thüringer, Friesen, Franken, Bayern, Alemannen bildete ein abgeschlossenes kleines Reich für sich; von einem Gefühle der Zusammengehörigkeit merken wir nichts. Nur das war erreicht, daß in den Kämpfen und Nöten der Völker-

wanderung offenbar nach und nach aus den gewählten Führern erbliche Herzöge oder Könige geworden waren, daß also wenigstens diese Stämme in sich zu einer gewissen Einheit gekommen waren.

Die später herbeigeführte Zusammenfassung ist nicht das Ergebnis freiwilligen Entschlusses, sondern des Zwanges — nicht das Werk der Stämme, sondern eines Fürstengeschlechts fränkischer Herkunft, dessen Taten von größter Bedeutung für die deutsche Entwicklung geworden sind: der Merowinger.

Chlodwig, König der salischen Franken (481—511), griff mit herrschgierigem, aber zielbewußtem Sinne über das Gebiet seines Stammes hinaus; mit allen Mitteln der Gewalt und List, der Heuchelei und Grausamkeit brachte er ein stattliches Reich zusammen — keine uns liebwerdende, anmutende Persönlichkeit, das Gegenteil davon — aber er leistete eine dem deutschen „Partikularismus" gegenüber nötige Arbeit, indem er Westgoten, Alemannen und Rheinfranken seinem Königtum unterwarf. Seine nächsten Nachfolger besiegten noch die Thüringer und Burgunder, so daß das Frankenreich den deutschen Boden etwa von der Unstrut westwärts, aber ohne Bayern, und fast das ganze heutige Frankreich umfaßte.

Chlodwig war der erste deutsche (westgermanische) König, der zum Christentum übertrat und unter seinem Volke die Ausbreitung förderte; seinem Charakter entsprechend benutzte er den christlichen Glauben zu den politischen Zwecken seiner Machtausdehnung — aber er bereitete doch dem Christentum den Einzug unter den Deutschen.

Die Hausmeier.

Chlodwigs Nachfolger entarteten bald; wilde, blutige Kämpfe in dem Herrscherhause schwächten zuerst seine Macht; entnervte Könige verfielen der Mißachtung, und es bildete sich die Einrichtung des „Hausmeiertums" aus, das wenigstens die staatliche Macht zusammenzuhalten suchte.

Der „Hausmeier", ursprünglich ein höherer Hofbeamter, war wohl dadurch an Einfluß gewachsen, daß er stets um die Person des Königs war; je schwächer der König, um so einflußreicher der Hausmeier — kurz es kam nach und nach dahin, daß die letzten merowingischen Könige nur noch den Namen hergaben, während in der Tat die Hausmeier herrschten.

Das wichtige Amt — denn das war es — wurde schließlich erblich in der Familie Pippins des Älteren, eines Adligen, der in der Gegend zwischen Metz, Trier und dem Ardennenwalde reich begütert war; er und seine Nachfolger waren tatkräftige Männer, die sich große Verdienste um das Reich erwarben. Sein Sohn, Pippin der Mittlere, herrschte unumschränkt; sein Enkel, Karl Martell, besiegte die Sarazenen 732 bei Tours und Poitiers (Nordwestfrankreich) und rettete Europa vor der mohammedanischen Überflutung; sein Urenkel endlich, Pippin der Kleine,

stieß den letzten Merowinger vom Throne und wurde von Papst Zacharias zum König der Franken gekrönt.

Mit ihm bestieg das Geschlecht der Karolinger den Thron; er besiegte die Bayern und Langobarden (in Oberitalien) und legte durch eine Landschenkung an den Papst den Grund zum Kirchenstaat.

Die Entstehung des Papsttums.

Hier muß mit wenigen Worten die Entstehung des Papsttums geschildert werden, dessen Beziehungen zu unserem Volke eine ungeheure, schicksalsschwere Bedeutung erhalten sollten.

Die römisch-katholische Kirche führt die Gründung des Papsttums auf eine Anordnung Jesu Christi zurück, der Petrus zum Bischof von Rom bestimmt habe. Diese Behauptung ist geschichtlich nicht begründet — nicht eine Willenshandlung des Heilands, sondern die Bedeutung der Stadt Rom gewährte nach und nach dem in Rom amtenden Bischof besonderes Ansehen, erhöhte Weihe und Bedeutung. Rom war die Hauptstadt der alten Welt gewesen; auch nach dem Verfall des römischen Reiches haftete an dem Namen der ewigen Stadt ein Zauber; als die römischen Kaiser ihren Sitz von Rom nach Konstantinopel verlegt hatten (330 n. Chr.), erblickte das Volk in dem Bischof von Rom den Träger der alten Herrlichkeit, gleichsam den Stellvertreter des im Osten sitzenden Kaisers.

Während der Stürme der Völkerwanderung mußte leichtbegreiflich das Ansehen des römischen Bischofs weiter wachsen: das Kaisertum geschlagen, germanische Königreiche heute errichtet, morgen zertrümmert, keiner der germanischen Könige in Rom dauernd ansässig — die einzig dauernde, dem Volke sichtbare Amtsgewalt diejenige des Bischofs.

Dazu kam, daß die abendländische, früher zum römischen Reiche gehörige Welt trotz aller geschichtlichen Ereignisse in der Stadt Rom weiter die Hauptstadt erblickte.

So ist es erklärlich, daß der Bischof dieser Stadt nach innen und außen eine besondere Stellung gewann, daß er zuerst freiwillig als erster Bischof unter Gleichen betrachtet und anerkannt wurde. Mit der Zeit entwickelte sich daraus der Anspruch, der erste zu sein — dann derjenige, das geistige Oberhaupt der christlichen Kirche zu sein.

Diese Stellung war dem römischen Bischof (er nannte sich „papa", d. i. Vater) kaum mehr bestritten, als Stephan II. und Zacharias mit Pippin in Beziehung traten: der zum König gesalbte Hausmeier erwies sich dankbar und schenkte dem römischen Stuhle das Land um Rom und Ravenna. Damit war die weltliche Herrschaft des Papsttums begründet: das geistige Haupt der Kirche war nebenher weltlicher Fürst geworden; neben die geistige Bedeutung der Kirche war eine weltlich-politische getreten. Wir werden sehen, von welch ungeheurer Tragweite diese Schenkung Pippins wurde.

Es ist hier auch die Stelle, der Wirksamkeit des „Apostels der Deutschen" zu gedenken, des Mönches Winfried, der als Bonifatius der erste deutsche Erzbischof mit dem Sitze in Mainz wurde.

Von heiligem, reinem Glaubenseifer getrieben, erwirkte sich Winfried (geboren in Wessex in England und angelsächsischer, also germanischer Abstammung) um 716 n. Chr. von Papst Gregor II. den Auftrag, in Deutschland das Christentum zu verkündigen; zwei Jahre später wurde er zum Bischof der heidnischen Stämme geweiht. Er predigte unter den Friesen, Hessen, Thüringern, Ostfranken und Bayern, und wurde im Jahre 748 Erzbischof von Mainz, dem die Bistümer Würzburg, Eichstätt, Freising, Passau, Regensburg, Salzburg und Erfurt unterstellt wurden.

Bonifatius betrachtete sich als den Beauftragten des Papstes, und es ist das Verhängnis des deutschen Volkes geworden, daß er keine deutsche christliche Volkskirche gründete, sondern sich mit seiner Schöpfung Rom unterstellte; damit brachte er das deutsche Volk geistig in Abhängigkeit vom Papste und bot diesem so auch in der Folge die Handhabe dafür, in die weltlich-politischen Dinge des deutschen Volkes einzugreifen.

Karl der Große.

(768—814.)

Als König Pippin im Jahre 768 starb, hinterließ er seinen Söhnen Karl und Karlmann (dieser starb schon 771) ein großes, festgefügtes Reich, das in die rechten Hände kam.

Karl der Große, dessen Beiname seinen weltgeschichtlichen Ruhm kündet, verstand es, das väterliche Erbe gewaltig zu vergrößern. In langen schweren Kriegen unterwarf er die Sachsen und zwang ihnen das Christentum auf; ihr tapferer, sagenberühmter Herzog Wittekind mußte sich taufen lassen.

Die Sachsenkriege kosteten unendliches Blut, und Karl zeigte in ihnen rücksichtslose Strenge, ja Grausamkeit. Es wird berichtet, daß er, von mehreren Aufständen der Sachsen erbittert, bei Verden an der Aller über 4000 Männer habe hinrichten lassen.

Kein Zweifel — die Opfer dieser Kriege an bestem, reinstem deutschem Blute waren ein unersetzlicher Verlust, aber wenn die deutschen Stämme unter einer Herrschaft zusammengefaßt werden sollten, mußten schwere Schläge fallen.

Wenn den Sachsen der christliche Glaube aufgezwungen wurde, so ist dies gewiß nicht aus Gründen der Religion allein, wahrscheinlich nicht einmal in erster Reihe geschehen; Karl verfolgte damit das politische Ziel, in der Anerkennung des Christentums ein Zeichen endgültiger Unterwerfung

zu erhalten; dies war um so bedeutungsvoller, als er sich in Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung der Kirche mit großem Erfolge bediente und die Bischöfe mit wichtigen staatlichen Aufgaben betraute.

Die Sachsen mußten gehorchen, zeigen, daß sie gehorchen wollten: deshalb mußten sie Christen werden; alsbald wurden Bistümer in ihren Landen errichtet, deren Inhaber die Vertrauensmänner Karls waren.

Zwischen den verschiedenen Sachsenkriegen dehnte der gewaltige Herrscher sein Gebiet nach allen Richtungen aus: er vernichtet in Italien das germanische Langobardenreich des Königs Desiderius und läßt sich zum König der Langobarden krönen; Italien unterwirft sich ihm mit Ausnahme des Südens; er erobert Teile Nordspaniens und gründet dort die Markgrafschaft Barcelona (778 und 801); das Herzogtum Bayern wird nach der Besiegung und Absetzung des Stammesherzogs Tassilo aufgehoben und dem Frankenreiche einverleibt (788); die Wenden werden im Jahre 789, die Avaren im Jahre 791 besiegt, die slawischen Sorben (zwischen Saale und Elbe) werden 806 zur Unterwerfung gezwungen und die Reichsgrenzen nach Norden gegen die Einfälle der Normannen und Dänen geschützt.

Wahrlich: Heldenarbeit hatte der große Karl geleistet, als er auf dem Höhepunkt seiner Macht sein Reich überschaute, das sich im Osten von dem Flusse Raab in Ungarn bis westlich zum Ebro in Spanien, von der Eider in Schleswig im Norden bis zum Garigliano im Süden Italiens ausdehnte. Neu gegründete Marken, in denen die Grafen besonders umfassende Machtbefugnisse hatten, sollten die Grenzen in Ruhe halten.

Kein Zweifel: Karl war der mächtigste Mann seiner Zeit, und es bedeutete eine äußere Anerkennung seiner Stellung, zugleich eine in den Augen der Zeitgenossen auszeichnende Hebung seines Ansehens, als Papst Leo III. ihn am Weihnachtsfest des Jahres 800 in der Peterskirche zu Rom zum römischen Kaiser krönte.

Die Germanen hatten dereinst das römische Kaisertum zertrümmert — nun wurde einem germanischen König die Kaiserkrone vom Papste aufs Haupt gedrückt.

Das besagte: das Kaisertum wurde erneuert; der deutsche König wurde als Kaiser der erste unter den Fürsten des Abendlandes und als solcher anerkannt — aber es besagte weiter —, da der Papst ihm die Krone und in Rom gespendet hatte: als Kaiser wurde der deutsche König mit dem Papsttum und mit Italien in nähere Verbindung gebracht. Eine Verbindung, die das deutsche Volk unsägliche Opfer an Gut und Blut, in inneren und äußeren Kämpfen kosten sollte, und die wesentlich an dem Verfall des deutschen Königtums Schuld trägt.

Ein gewaltiger Mann wie Karl der Große, dem alle sich beugten, hatte die Macht, das Ansehen, auch das Papsttum in Schranken zu halten, auch das widerspenstige Italien zu bändigen: was sollte aber geschehen,

wenn ein schwächerer Nachfolger den Ansprüchen des Papsttums nachgibt? Wenn Italien sich auflehnt?

Soll dann die deutsche Volkskraft im fernen Italien eingesetzt werden, um dies Land in Botmäßigkeit zu halten? Soll der Kaiser die Geschäfte des Papstes besorgen und für ihn im weiten Süden Kriege führen? Soll der Kaiser, wenn der Papst Ungerechtes von ihm verlangt, ihn in Rom bekämpfen oder sich ihm fügen?

In die Beantwortung dieser schicksalsschweren Fragen müssen wir die ganze Fülle des Elends und Jammers einschließen, die die römische Kaiserkrone dem deutschen Volke bringen sollte.

Freilich ein stolzes Wort „römischer Kaiser", ein strahlender Titel — aber leider zu bald nur Wort und Titel ohne sachlichen Inhalt!

Wer heute ruhig urteilt, kann die Stunde nicht segnen, in der der große Karl sich zum Kaiser krönen ließ — und es klingt wie eine Ahnung all des Üblen, das einst kommen sollte, wenn wir hören, daß er die Kaiserkrone wohl wünschte, daß aber gegen seinen Willen der Papst — ihn überraschend — die Krönung vollzog; denn Karl wollte aus eigenem Rechte Kaiser sein und sich selbst die Krone aufs Haupt setzen.

Daß Karl nicht nur ein gewaltiger Kriegsfürst war, sondern auch ein hervorragender Staatsmann, ein wirklich großer Herrscher, das beweist die Art, wie er die Verwaltung seines Reiches eingerichtet hat und wie er regierte. Es ist hier der Ort, kurz die fränkische Verfassung zu besprechen, wie sie nach und nach von den Merowingern ausgebildet und von Karl vollendet wurde.

Das Land war eingeteilt in Gaue, an deren Spitze Grafen standen; sie waren vom König ernannt, also Beamte; an Stelle der Besoldung erhielten sie Land verliehen „zu Lehen", von dessen Einkünften sie lebten. Sie vertraten den König in der Rechtspflege und im Kriege, als Vorsitzer des Gerichtstags („Ding") und als Anführer; die Gaue bestanden aus Hundertschaften, die die unterste Grundlage der Heereseinteilung und Träger der niederen Gerichtsbarkeit bildeten.

Die Volksgesamtheit zerfiel in Freie, Halbfreie, Unfreie; nur die Freien waren zum Kriegsdienste berechtigt und verpflichtet.

Besonders angesehenen oder mächtigen Freien schloß ein Gefolge minder glücklicher Freier sich an, die Vasallen genannt wurden und — ähnlich wie die Grafen vom König — an Stelle des Lohnes Land zu Lehen erhielten; im Kriege standen sie unter dem Befehl ihres „Herrn". Hieraus entwickelte sich nach und nach das Lehnswesen, das im Mittelalter von großer Bedeutung wurde; wir werden später im Zusammenhange darüber zu berichten haben. Der König selbst hatte, leicht verständlich, ein besonders stattliches Gefolge, das besondere Vorrechte genoß.

Zu bestimmten Zeiten wurden Gerichtstage gehalten, in denen nach

fränkischem Rechte geurteilt wurde. Alljährlich im März oder Mai fand eine Zusammenkunft aller Heerespflichtigen statt (März- oder Maifeld); der König pflegte diese Gelegenheit zu benutzen, um Beratungen mit den erschienenen Grafen abzuhalten; daraus entwickelten sich allmählich „Reichsversammlungen", denen ein gewisser Einfluß auf die Gesetzgebung gewährt wurde.

Karl empfand — was bei der Größe seines Reiches erklärlich ist — das Bedürfnis, über die Grafen eine besondere Aufsicht zu führen; er erreichte dies dadurch, daß er „Königsboten" bestellte, die in seinem Namen das Reich bereisten, die Gaue besuchten und die Verwaltung der Grafen auf allen Gebieten nachprüften; zu solchen Königsboten wurden gern Bischöfe gewählt.

Besonderes Gewicht legte Karl auf geordnete Rechtspflege und auf die Verbreitung höherer Bildung; zu dem ersten Zwecke ließ er die ungeschriebenen alten Volksrechte der deutschen Stämme aufzeichnen, die durch neue von ihm unter Zustimmung der Reichsversammlungen erlassene Gesetze ergänzt wurden; um die Bildung zu heben und zu fördern, gründete er zahlreiche Klosterschulen und eine Hofschule.

Die oberste Aufsicht über die gesamte Verwaltung führte der Kaiser selbst; unermüdlich durchzog er das Reich und sah nach dem Rechten; in seinen Pfalzen, von denen die zu Aachen, Ingelheim und Nymwegen die bekanntesten sind, hielt er dann Hof und versammelte die Großen um sich, hielt Gericht ab, besuchte die Schulen, besichtigte die Heerespflichtigen.

Karl der Große war und fühlte bewußt deutsch, obwohl er römische Bildung schätzte und die lateinische Sprache begünstigte; er ließ die Heldenlieder der deutschen Stämme sammeln — ein Jammer, daß sein kirchlich gesinnter Sohn Ludwig sie als „heidnisch" später vernichtete. Er liebte die Sprache seines Stammes und versuchte sich selbst in der Schaffung einer deutschen Sprachlehre; auch gab er den Monaten deutsche Namen, die sich leider den lateinischen gegenüber nicht durchgesetzt haben.

Diese Schilderung, so kurz sie nur sein durfte, gibt doch ein Bild von der umfassenden Tätigkeit dieses Mannes, dessen Persönlichkeit auf die Zeitgenossen einen überwältigenden Eindruck gemacht haben muß; die Gestalt des großen Kaisers lebte in der Heldensage seines Volkes durch die Jahrhunderte fort, und es dachte sich ihn schlafend, von der Arbeit ausruhend im Untersberg bei Salzburg; dort suchten ihn die Wünsche der Deutschen, so oft das Vaterland in Not geriet, und sie erhofften seine Wiederkehr, damit er das Reich rette und wiederherstelle.

Am 28. Januar 814 starb er in Aachen und wurde dort in dem von ihm erbauten Dome beigesetzt; festgefügt ließ er sein ungeheures Erbe seinem Sohne Ludwig zurück. Es entstand die Frage: war dies Reich auf die Dauer zusammenzuhalten, wenn seine Nachfolger minder stark an Wollen und Können waren als ihr Ahnherr?

Diese Schicksalsfrage des karolingischen Weltreichs wurde bald verneint; schon der erste Nachfolger Karls, der fromme Ludwig (814—840) war der überschweren Aufgabe nicht gewachsen; er gab sich dem Einflusse der hohen Geistlichkeit einseitig hin, so daß die weltlichen Großen unzufrieden wurden. Zweimal empörten seine erstehelichen Söhne Lothar, Pippin und Ludwig sich gegen ihn, ja sie entsetzten ihn des Thrones, nachdem sie ihn im Jahre 833 bei Kolmar im Elsaß kampflos zur Unterwerfung gezwungen hatten; obwohl er kurz darauf wieder in seine kaiserlichen Rechte eingesetzt wurde, war doch die Zeit bis zu seinem Tode durch Zwistigkeiten mit seinen Söhnen vergiftet. Alles in allem: kein würdiger Nachfolger des großen Karl.

Fränkischem Gewohnheitsrechte folgend teilten nach Ludwigs Tod seine ihn überlebenden Söhne das Reich. Im Vertrage zu Verdun (843) erhielt Lothar, der älteste von ihnen, alles Land zwischen Rhein, Maas, Schelde, Rhone und Saone und Italien mit dem Kaisertitel; der mittlere Ludwig, nachmals der Deutsche genannt, alles Land rechts vom Rhein und links davon die Bistümer Speier, Worms und Mainz; der jüngste Sohn Karl, der Kahle geheißen, bekam das ganze heutige Frankreich, soweit es nicht an Lothar gefallen war.

Deutschland im Mittelalter.

Die letzten Karolinger.

Wir kümmern uns nicht um die Geschichte der Karolinger in Italien und Frankreich — nur die Entwicklung in Deutschland geht uns an: denn ein Deutschland war jetzt geschaffen; seine Geburtsstunde fällt in die Errichtung des Vertrags von Verdun (Wirten).

Daß dem in der Tat so war, ergibt sich daraus, daß Ludwigs Erbe rein von deutschen Stämmen besiedelt war. Im Anteil Karls wohnten „Romanen", d. h. eine aus der Vermischung keltisch-römisch-germanischen Blutes entstandene Bevölkerung, über der freilich eine ziemlich starke Oberschicht rein-fränkischer Abstammung saß; besonders der Adel war fränkisch, also deutscher Herkunft, nahm aber bald Sitten, Sprache und Gebräuche der Mehrheit an. In Lothars Reich, an das noch heute der Name „Lothringen" (= Lothari regnum) erinnert, waren Deutsche und Romanen gemischt, doch überwogen die Romanen.

Der Staat des ältesten Erben Lothar, auf den auch der Kaisertitel übergegangen war, zerfiel unter seinen Söhnen, und es kam im Jahre 870 nach deren Tode zu einer neuen Teilung im Vertrag von Mersen; jetzt wurde die Scheidung zwischen Deutschen und Romanen nahezu durchgeführt, indem der deutschsprechende Teil, das Elsaß, Lothringen und Friesland an das „ostfränkische Reich", an Deutschland fielen, während die romanisch sprechenden ans „westfränkische", d. h. an Frankreich kamen.

Damit sind diese beiden Nachbar-Völker und -Staaten endgültig zur Entstehung und Scheidung gekommen. Die westliche Grenze des deutschen Sprachgebiets hat sich seit dieser Zeit nur noch unwesentlich verändert, trotz der sehr beträchtlichen staatlichen Verschiebungen, die im Laufe der Jahrhunderte eintraten und die erst im Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 ihren Abschluß gefunden hatten, aber durch den jetzt erfolgten Zusammenbruch des Deutschen Reichs erneut vorgenommen wurden.

Der karolingischen Herrschaft in Deutschland erblühte kein Glück mehr. Ludwig der Deutsche (843—876), ein tüchtiger, wenn auch kein überragender Mann hält sein Reich zusammen; sein schwacher Sohn Karl der Dicke (876—887) wird ein Spielball der Großen, verliert alles An-

sehen und wird in einer Reichsversammlung zu Trebur am Rhein abgesetzt; ihm folgt der tapfere Arnulf von Kärnten (887—899), der durch ehrenvolle Siege über die Normannen und Madjaren die Reichsgewalt wieder stärkt. Ehe er dazu kam, dauernde Verhältnisse zu schaffen, stirbt er plötzlich und hinterläßt einen sechsjährigen Sohn: Ludwig das Kind (899 bis 911). Wehe dem Lande, dessen König ein Kind ist — so hieß es jetzt: äußere und innere Feinde machen das unglückliche Reich zum Tummelplatz ihrer Kämpfe; die Reichsgewalt zerfällt, und es werfen sich die größten Grafen in Sachsen, Franken, Bayern, Schwaben und Lothringen zu selbständigen Herzögen auf.

Zerstört war Karls des Großen Werk auf deutschem Boden, als der königliche Knabe starb und mit ihm das stolze Geschlecht der Karolinger ruhmlos zu Grabe ging; zerrissen in Zwietracht innen, verheert durch äußere Feinde, so hinterließ er das Reich.

Königswahl.

Nun war der letzte Karolinger verschieden — wenn ein einheitliches Reich aufrecht erhalten werden sollte, mußte ein König an der Spitze stehen; wie aber ihn schaffen?

Wir wissen, daß früher die Versammlung der Freien die Führer gewählt, daß es also erbliche Würden nicht gegeben hatte; während der Kämpfe der Völkerwanderung war bei manchen Stämmen die Erbfolge in Königs- und Herzogswürde durch die Gewohnheit anerkannt worden; die Merowinger hatten durch die unangefochtene Stellung Chlodwigs sofort ihrem Hause das Erbrecht gesichert; ebenso war es bei den Karolingern gewesen.

Doch die Erinnerung an die alten Einrichtungen hatte sich durch die Jahrhunderte erhalten; das Selbstgefühl der Großen, die Eigenwilligkeit der Stämme hatten sich nur gezwungen den neuen Zuständen unterworfen.

Was lag diesem Volke, in dem die alten Überlieferungen noch fortlebten, näher, als auf die Wahl zurückzugreifen?

So geschah es: in Forchheim trat eine Reichsversammlung zusammen, bei der alle Herzogtümer außer Lothringen vertreten waren; die Absicht ging dahin, den mächtigsten Herzog, Otto den Erlauchten von Sachsen, zum König zu bestimmen; der lehnte aber eine Wahl ab und es wurde der Frankenherzog Konrad gekürt (911—918).

Eine schwere, schier unlösbare Aufgabe harrte seiner: er konnte nur dann eine wirkliche Königsgewalt ausüben, wenn er die während der Kindesherrschaft des letzten Karolingers übermächtig gewordenen Herzogtümer bändigte — er, der doch selbst als Herzog groß geworden war. Konrad hat sich redlich bemüht, diese Aufgabe zu lösen — aber er scheiterte nach ununterbrochenen Kämpfen; das größte Verdienst, das der tapfere

Mann um Deutschland errungen, besteht darin, daß er erkannte, daß nur der mächtigste Herzog vielleicht Ordnung stiften könne, und daß er, weil sein Haus eben nicht das mächtigste war, sondern das der Sachsen, vor seinem Tode dahin wirkte, daß Ottos des Erlauchten Sohn Heinrich zum König gewählt werde, obwohl er sein Feind war.

Ein edles Beispiel vaterländischer Pflichterfüllung: der sterbende König ordnet die Größe seines Hauses dem Gedeihen des deutschen Volkes unter! Das Opfer, das er gebracht, wurde reich belohnt.

Die Ottonen.

Heinrich der Erste, der Finkler (919—936), der zu Fritzlar gewählt wurde, hat erreicht, was Konrad nicht vermochte.

Er war ein nüchtern denkender, kaltblütig die Lage beurteilender Mann, der Schritt für Schritt vorging — allem Schwärmertum unerreichbar; sicher und ruhig stellte er seine Rechnung nach den tatsächlichen Verhältnissen ein. Die Kaiserkrone sich aus Italien zu holen verschmähte er, der fest auf dem Boden seines Stammes und Volkes stand. Er war zum deutschen König gewählt; der wollte er auch wirklich werden; und er begnügte sich, es zu sein, als er sich in zäher Arbeit durchgesetzt hatte.

Zuerst wurden die Herzöge von Schwaben und Bayern zur Unterwerfung gezwungen, dann auch der von Lothringen; damit war Heinrich Herr in Deutschland. Nachdem er zunächst die Madjaren durch einen Waffenstillstand von zehn Jahren vom Reiche ferngehalten und während dieser Zeit alles zu ihrer Abwehr vorbereitet hatte, indem er befestigte Städte und Burgen gründete und ein Reiterheer ausbildete, besiegte er sie glänzend in der Schlacht an der Unstrut (933).

Aber Heinrich beschränkte sich nicht auf die Verteidigung des Reichs — er ging auch angriffsweise gegen die Slawen vor, um Boden im Osten zu gewinnen: so eroberte er Brennaburg, die Hauptstadt der Heveller (das heutige Brandenburg), besiegte die Wenden, Tschechen und Daleminzier; zur Bändigung der letztgenannten gründete er die Feste Meißen an der Elbe. Er eroberte Prag und zwang den Herzog der Tschechen zur Huldigung. In den letzten Jahren seiner Regierung errichtete er nach Besiegung der Dänen die Mark Schleswig nördlich der Eider.

Großes hat dieser treffliche, echt deutsche König geleistet, der im Gedächtnis des Volkes als „Städtegründer" fortlebt; sein Andenken kann nicht hoch genug in Ehren gehalten werden: er hat in siebzehn schweren Jahren das deutsche Reich wieder hergestellt.

Ihm folgte sein Sohn Otto der Große (936—973), der die Bahnen des großen Karl betritt.

Sein Vater hatte das Königtum in Deutschland so befestigt, daß die

Kraft des in Denken und Handeln großartig angelegten Sohnes über die Grenzen weiter ausgreifen konnte.

Zweimal zog er nach Frankreich, dreimal nach Italien; Paris sah ihn vor seinen Mauern, die italienische Königskrone setzte er auf sein Haupt, die Stadt Rom nahm er ein und eroberte in Süditalien die Herzogtümer Capua und Benevent.

Seine weltbeherrschende Stellung brachte er durch die Erneuerung der Kaiserwürde zum Ausdruck, indem er sich am 2. Februar 962 in Rom zum „römischen Kaiser deutscher Nation" krönen ließ. Liegt in dem Titel ein Widerspruch — der von Deutschen gewählte König des deutschen Volkes sollte Fortsetzer des fremden, römischen Kaisertums sein — so ist doch kein Zweifel, daß er seinen Zauber trotz der karolingischen Erfahrungen wieder ausübte und auch den Geist Ottos gefangen nahm, der nach seinen Taten den Namen des „Großen" doch verdient. Wir wissen von Karl dem Großen her, welche Gefahren das römische Kaisertum für unser Volk mit sich brachte, und brauchen nur auszusprechen, daß diese Gefahren von neuem auflebten, als Otto den undeutschen Kaisertitel wieder aus dem Grabe der Vergangenheit hervorholte.

So sehr die Geschichte den heutigen Beurteiler zwingt, diesen Schritt des Herrschers als verhängnisvoll und unglückschwanger zu bedauern — mit freudigem Stolz müssen wir sein sonstiges Lebenswerk preisen.

Otto besiegt nicht nur die Madjaren in der vernichtenden Schlacht auf dem Lechfelde bei Augsburg (955) und wirft mit eiserner Hand verschiedene Aufstände von unbotmäßigen Herzögen nieder: vor allem hat er in großartiger Weise Kolonialpolitik nach Osten getrieben und alten deutschen Volksboden zurückerobert. Bis zur Oder werden die slawischen Wenden unterworfen und der Polenherzog zur Huldigung gezwungen, ebenso wie vorher die bayrische Ostmark (das heutige Österreich) wiederhergestellt wurde. Dies ist ein dauerndes Verdienst seiner Regierung, wobei auch des großen Markgrafen Gero gedacht werden muß, der als getreuer Helfer seines Herrn mit rücksichtsloser Härte das gewaltige Gebiet der Nordmark eroberte, verwaltete und eindeutschte.

Es schien unserem Volke, als sei Karl der Große wiedererstanden, wenn es die Taten des Sachsen Otto bewunderte: der fühlte sich als Karls Nachfolger und wandelte ganz sichtlich auf dessen Bahnen, nicht nur mit seinem Hinübergreifen nach Italien, das mit darin begründet war, daß er die verwitwete Königin Adelheid von Burgund in zweiter Ehe zur Gemahlin nahm, sondern auch darin, daß er sich in der inneren Verwaltung des Reiches vorzüglich auf die Erzbischöfe und Bischöfe stützte. Um ihre Stellung den Stammesherzögen gegenüber zu stärken, machte er sie zu Herren ihrer Gebiete und übertrug ihnen die Rechte der Grafen. So zweckmäßig diese Maßnahme unter einem starken Oberhaupt sein konnte, die

Zukunft lehrte bald, wie nachteilig die Entwicklung der kaiserlichen Gewalt dadurch beeinflußt wurde.

So wohl befestigt war Ottos Herrschaft, daß er fast alle Herzogtümer mit Verwandten besetzen konnte und daß sein gleich genannter und gearteter Sohn zu des Vaters Lebzeiten nicht nur zum Könige gewählt, sondern auch gekrönt wurde. Das Kaisertum schien wiederum fest gegründet zu sein — ein Stolz der Deutschen, die ihren König als den obersten Herrscher der Christenheit anerkannt sahen, als den Lehnsherren aller anderen christlichen Fürsten und als den Beschützer des Papstes und der Kirche.

Aber, wie Karls Werk vergänglich war, so war es auch das Ottos des Großen.

Otto II. (973—983) war ein würdiger Erbe seines Vaters; ein kühner, edler Geist lebte in dem mit achtzehn Jahren auf den höchsten Thron berufenen Jüngling, der nicht nur zu den Staatsgeschäften trefflich veranlagt war, sondern auch über eine wirklich gelehrte Bildung verfügte.

Bedeutsam als ein Zeichen, wie schnell das Kaisertum über die Grenzen des Volkstums hinausgewachsen war — man würde heute sagen, Neigung hatte, „international" zu werden, und bedeutsam wegen der Folgen in der Veranlagung des Sohnes dieses jugendlichen Herrschers, war seine Ehe mit Theophano, einer griechischen Prinzessin.

Otto II. wahrt das Erbe des Vaters mit Erfolg: er hält die Herzöge im Zaume, sichert die Grenzen des Reiches — ja er dringt gegen den feindlichen Frankenkönig bis vor Paris vor und kämpft mit Glück gegen die Sarazenen in Unter-Italien. Eine überraschende Niederlage zwang ihn, nach Rom zurückzukehren; er bereitete dort einen neuen Feldzug gegen die Sarazenen vor, als er im Alter von 28 Jahren in der heiligen Stadt starb.

Der allzufrühe Tod des hochbegabten Herrschers war ein Unglück für sein Haus, ein größeres noch für unser Volk.

Wiederum saß ein Kind auf dem Throne, Otto III. (983—1002), der beim Tode des Vaters erst drei Jahre alt war und unter der Vormundschaft seiner Mutter Theophano und seiner Großmutter Adelheid regierte. Die beiden Frauen, die eine als Griechin, die andere als Burgunderin, dem Volke im Reiche fremd, vermochten nicht, die Ordnung aufrecht zu erhalten; rasch wuchsen ihnen die Großen über den Kopf, und es entstand Zwietracht und Parteiung. Aber sie verstanden auch nicht, die Erziehung des kaiserlichen Knaben so zu lenken, daß er seinem Amte gewachsen wurde.

Ein Aufstand der Slawen, bei dem Hamburg und Brandenburg zerstört wurden, vernichtete die deutsche Kulturarbeit über der Elbe; die Normannen wagten räuberische Einfälle, und Friesland fiel vom Reiche ab. Nichts geschah, diese Feinde zu bändigen — auch Otto III. unternahm nichts gegen sie, nachdem er 995 selbst die Herrschaft angetreten hatte.

Seine Entwicklung war einen unerfreulichen Weg gegangen: er, der Sachsensproß, war seinem Volke völlig entfremdet, er schämte sich, als Deutscher geboren zu sein und fühlte sich ganz als Römer; die Muttersprache verschmähte er ebenso wie das ehrlich-rauhe Leben in der Heimat. Er umgab sich mit dem feierlichen und unerträglichen Hofgebrauche (Zeremoniell) des byzantinischen Ostens und lebte am liebsten in Rom. Erfüllt von inbrünstiger Gläubigkeit, sah er im Papsttum den gottbestimmten Bundesgenossen des Kaisertums. Sein Geist lebte in einer anderen Welt; er war das, was ein Herrscher am allerwenigsten sein darf: ein unklarer Schwärmer! Sein Ende sollte für alle Zeiten eine Mahnung sein für die deutschen Fürstenhäuser, ihres Volkstums nicht zu vergessen. Ein Deutscher, der keiner sein wollte — ein Römer, der keiner war: so blieb der traurige Fürst das Ergebnis der „internationalen" Anwandlung des Sachsenhauses. Überall Unzufriedenheit am Ende seiner Regierung: die Deutschen im Begriff, den ihnen fremd gewordenen abzusetzen, die Römer in voller Empörung gegen ihn, so daß er aus dem über alles geliebten Rom fliehen mußte. Am 24. Januar 1002 starb er im Kastell Paterno, nördlich von der ewigen Stadt, gebrochenen Herzens, niedergeschmettert von den Enttäuschungen, die solchen „Romantikern" — so kann man ihn mit einem neuzeitlichen Ausdruck ruhig bezeichnen, ja ihn vielleicht den ersten nennen — niemals ausbleiben. Von den Maßnahmen seiner Herrschaft war besonders verhängnisvoll die Stiftung des Erzbistums Gnesen, das den Polen einen kirchlichen Mittelpunkt gab und sie frühzeitig dem deutschen Einfluß entzog; die politische Rückwirkung konnte nicht ausbleiben — die heute den Deutschen im Osten von den Polen bereitete Not legte Zeugnis davon ab.

Ihm folgte als nächster Verwandter sein Vetter Heinrich der Zweite, der Heilige (1002—1024); diesen Beinamen erhielt er, weil er gütigen, milden Sinnes und aufrichtig fromm war, obwohl er die Rechte des Reiches gegen die Kirche nachdrucksvoll verteidigte.

Seine Aufgabe war derjenigen Heinrichs I. ähnlich; seine Natur und Begabung auch der des ersten Sachsenkönigs verwandt: zähe, besonnen, aufs Nächste bedacht, von dem Gefühle der Königspflicht erfüllt. Ebenso wie jener erste Sachsenkönig wurde er ein Wiederhersteller des Reiches.

Dreimal zog er nach Italien, jedesmal siegreich; er sicherte seine Ansprüche auf das Königreich Burgund, dagegen konnte er trotz jahrelanger Kämpfe gegen den feindlichen Polenherzog Boleslav keine entscheidenden Erfolge erringen.

Im Innern des Reiches kehrte Ruhe und Ordnung ein, und das rastlose Bestreben dieses guten Herrschers, dem deutschen Volke zu dienen, wurde von Erfolg gekrönt; mit Geschick bediente er sich in der inneren Verwaltung, wie Karl und Otto die Großen, der Bischöfe. Aber trotz seiner

kirchlichen Gesinnung, trotz des Wertes, den er auf die politische Mitarbeit der hohen Geistlichkeit legte: immer blieb er der Herr und König und Wahrer des Reichswohls auch der Kirche gegenüber, und es ist bezeichnend, daß er zuerst in strenger Weise die Kirchengüter zu den Steuern heranzog.

Die Frankenkaiser Konrad II. und Heinrich III.

Mit Heinrich II. starb das sächsische Haus der Ottonen aus, und es wurde ein Urenkel Ottos des Großen von der in der Nähe von Oppenheim a. Rh. abgehaltenen Reichsversammlung zum König gewählt: der Frankenherzog Konrad II. (1024—1039), mit dem das salische (fränkische) Fürstengeschlecht für gerade hundert Jahre auf den Thron gelangt. Mit gewaltigem Willen und starker Hand ergriff er sofort die Herrschaft, jeder Zoll ein König, ganz erfüllt von der Bedeutung seines Amtes und bestrebt, ihm genug zu tun. Schon 1027 wird er in Rom zum Kaiser gekrönt im Beisein von Knud dem Großen, König von England und Dänemark, und König Rudolf III. von Burgund.

Er gewinnt die unter Heinrich II. abgetretene Lausitz zurück, zwingt Polen und Böhmen zur Anerkennung seiner Lehnshoheit und vereinigt das Königreich Burgund mit dem Reiche (etwa die heutige Westschweiz, das südliche Elsaß und die Südostecke Frankreichs, 1033); dagegen überläßt er die Mark Schleswig dem ihm befreundeten Knud.

Konrad hatte die Nachteile des Wahlreichs klar erkannt und erstrebte die Erblichkeit der Königswürde, entsprechend derjenigen der großen Lehen; um letztere nach Möglichkeit ungefährlich zu machen, hielt er die während seiner Herrschaft frei werdenden Herzogtümer in seiner Hand vereinigt oder verlieh sie an seine nächsten Verwandten, so Bayern und Schwaben an seinen Sohn Heinrich. Daneben hob er die Stellung des niederen Adels und förderte die Erblichkeit der kleinen Lehen; seine staatsmännische Absicht war, sich dieser sog. „Ministerialen" zu bedienen, um militärisch von den Herzögen und in der Verwaltung von den Bischöfen unabhängig zu werden. Der Tod überraschte ihn — sein Nachfolger ging andere Wege.

Wir nahen der Zeit der höchsten Machtentfaltung des deutschen Kaisertums, verkörpert in der großartigen Persönlichkeit Heinrichs III. (1039 bis 1056), der seines Vaters Konrad unbestrittener Nachfolger wurde.

Erst 22 Jahre zählte er, als er den Thron bestieg; aber er war ein fertiger Mann: sittlich und ernst, echt fromm, gewissenhaft und unermüdlich, stets Herr seiner selbst und von großer Gesinnung. Ganz ein Herrscher, der berufen schien, endlich dem deutschen Volke eine dauernde, nicht mehr zu erschütternde Verfassung zu geben. Aber eine unselige Schickung wollte es auch mit ihm anders; noch nicht 40 Jahre alt, wurde er vor der Zeit am 5. Oktober 1056 auf seiner Pfalz Bodfeld im Harz von einem plötzlichen

Tode überrascht, nachdem er eben eine gefährliche Verschwörung mehrerer sächsischer Großen niedergeschlagen hatte.

Er unterwarf den Herzog von Böhmen (1041); den König Peter von Ungarn machte er im Jahre 1045 zum Vasallen des Reichs, das er bis zur Leitha ausdehnte. Zweimal zog er nach Italien und entschied als oberster Richter den Streit um die Besetzung des päpstlichen Stuhles; tatsächlich übte er das Recht der Ernennung des Oberhauptes der Kirche aus, indem er vier deutsche Päpste ernannte.

Die innere Ruhe des Landes wahrte er durch mehrere „Gottesfrieden" und sorgte für die sittliche Hebung der Geistlichkeit.

Groß und herrlich stand das Reich da, als er starb, beerbt von seinem sechsjährigen Sohne Heinrich IV., der bereits mit vier Jahren in Aachen zum König gekrönt worden war.

Wiederum folgte, wie dies schon mehr als einmal geschehen, der höchsten Erhebung tiefster Fall, als sei dafür gesorgt, daß die Bäume des deutschen Volkes nicht in den Himmel wachsen.

Allgemeine Entwicklung.

Ehe wir an die Schicksale Heinrichs IV. herantreten, müssen wir, um die weiteren Geschehnisse verstehen zu können, sehen, wie bis dahin die Verhältnisse im Innern unseres Vaterlandes und in der Kirche sich entwickelt haben.

Dem deutschen Leben sind die Städte fremd gewesen; der Freie verschmähte es, sich hinter festen Mauern zu verbergen. Bei einem Wirtschaftsleben, das sich in der Hauptsache auf der Landwirtschaft mit ihren Nebenbetrieben aufbaute, ist es verständlich, daß ein Umsatz der Güter kaum stattfand, daß man sich begnügte, das zu erzeugen, was zum eigenen Verbrauch und Gebrauch nötig war.

Der Handel war so gut wie unbekannt; jeder saß auf seinem Hofe und suchte selbst das zu bauen und herzustellen, was er brauchte; hatte er einen Gegenstand nötig, den er nicht selbst herstellen konnte, so verschaffte er sich ihn im Wege des Austauschs von einem Nachbarn. Man lebte in der Zeit des Tausches, in der Geld unnötig war. Wir wissen, daß auch eine Entlohnung für Dienste, die der Graf dem König, der Vasall dem Herrn leistete, nicht in Geld stattfand, daß kein Gehalt oder Lohn bezahlt wurde, sondern daß das Entgelt in der „Belehnung" mit Land erfolgte, aus dem der Unterhalt gewonnen werden mochte. Dies Land war nur geliehen, d. h. es blieb Eigentum des Königs oder des Herrn, der es wieder entziehen konnte, wenn der Belehnte die Treue oder die Pflicht verletzte.

Städte gab es eigentlich nur da, wo ältere römische Ansiedlungen sich befunden hatten, vor allem den Rhein entlang, wie in Basel, Straß-

burg, Mainz, Koblenz, Köln, Aachen, Trier; sie lebten ihrer Überlieferung entsprechend in vorgeschrittener Kultur und Wirtschaft, konnten aber in jenem Zeitraum keinen größeren politischen Einfluß gewinnen. Sie dienten nicht einmal als Sitz fester königlicher Behörden — das Königtum selbst hatte keinen festen Sitz, keine Hauptstadt. Dagegen erkannte die Kirche früh die Bedeutung der Städte und bildete sie zu Mittelpunkten des kirchlichen Lebens aus, indem sie Bistümer dorthin verlegte.

Ganz langsam wuchs die Bevölkerung der Städte — wuchs auch die Beachtung, die man ihnen als Volks-Sammelpunkten schenkte. Die Not der Madjarenkriege mit ihrer furchtbaren Verwüstung des flachen Landes, das eine Verteidigung nicht erlaubte, lehrte erkennen, wie wertvoll eine Stadt als Zufluchtsort, als Rückhalt der Verteidigung werden kann.

Hauptsächlich zu solchen Zwecken hat Heinrich I. Städte gegründet, und bei seinen Nachfolgern wird die Erwägung mitgewirkt haben, daß solche Sammelpunkte in gleicher Weise für das wirtschaftliche Leben, wie für die Verwaltung des Landes wünschenswert seien.

Man wird von einer beabsichtigten „Städtegründung" überhaupt wohl in den seltensten Fällen reden können, sondern an eine ganz langsame, sich von selbst ergebende Entwicklung denken müssen. Ein Hof, ein Dorf lag etwa günstig an einem Flusse, an einer Stelle, wo Straßen sich kreuzten, wo bei allen möglichen friedlichen oder kriegerischen Anlässen größere Menschenmassen sich zu sammeln pflegten. Um den hieraus entstehenden Bedürfnissen nachzukommen, mehrten sich wohl die festen Ansiedlungen; es entstand ein Markt, d. h. ein Ort, an dem man Dinge, die man nötig hatte, fertig und gesammelt vorfand und gegen andere tauschen konnte.

Der Verkehr mit der im Westfrankenreiche vorhandenen städtischen Bevölkerung zur Zeit der Merowinger und Karolinger, die fortgesetzten „Römerzüge" nach Italien, die das dortige vorgeschrittene Kulturleben kennen lehrten — das alles wirkte mit der wachsenden Befriedung des Landes und dem zunehmenden Wohlstande dahin, daß die „Arbeitsteilung", wie man heute sagen würde, sich herausbildete. Man stellte nicht mehr alles selbst her, was man brauchte; die nach und nach sich entwickelnde Handwerkerschaft siedelte sich naturgemäß dort an, wo viele Menschen hinkamen, d. h. in der Stadt. Gleichen Schritt damit hielt die Entwicklung des Waren-Handels.

Das allmähliche Eindringen des Geldes bereitete einen völligen Umsturz des wirtschaftlichen Lebens vor: hatte man sich bisher in der Hauptsache darauf beschränkt, von den Erzeugnissen des Bodens zu leben und mit ihnen zu tauschen, wenn es nottat (Naturalwirtschaft), so ging man jetzt nach und nach zur Geld-Wirtschaft über, die überraschend schnell den Sieg gewann.

In dem geschichtlichen Zeitpunkt, den wir in unserer Darstellung eben

erreicht haben, um die Mitte des elften Jahrhunderts, war dieser Übergang eingeleitet, und ein blühendes städtisches Leben hatte sich schon gebildet.

Es gab den Nährboden für eine eigne bodenständige deutsche Kunst. Man ging zunächst vom Holz- zum Steinbau über und hatte bald die Geheimnisse des Gewölbebaues gefunden; damit war die Möglichkeit großer, hallenartiger Bauten gegeben. In erster Reihe wurden solche zu kirchlichen Zwecken ausgeführt, später und minder zahlreich als Pfalzen der Könige, als Sitze der Großen. Der romanische Stil, der jener Zeit eigentümlich ist, führt seinen fremden Namen ganz zu Unrecht, denn der Rundbogenbau ist bodenständig deutsch, ja recht eigentlich der deutsche Baustil; er wurde zweifellos schon bei den Holzbauten angewendet und später, als der Steinbau aufkam, auf ihn übertragen. Von kirchlichen Bauten entstanden die wunderbar ernsten Dome, von denen vor allen die in Mainz, Worms, Speier, Magdeburg, Hildesheim und Bamberg zu nennen sind; der erste stattliche Steinbau weltlichen Wesens im Herzen Deutschlands war die Kaiserpfalz in Goslar, ein Werk, das noch heute — auch ohne die Erinnerungen, die sich daran knüpfen — durch seine großartige Durchführung tiefen Eindruck macht.

Das Kunsthandwerk begann sich zu entfalten — naturgemäß zuerst und hauptsächlich zu kirchlichen Zwecken: der Steinmetz wurde zum Bildhauer, indem er die tragenden Säulen mit Zierat versah; gottesdienstliche Gegenstände, wie Leuchter, Altardecken, Gewänder, versuchte man künstlerisch zu gestalten; zur Ausschmückung der Kirchen wagte man sich an Malereien.

Die geistige Kultur, das ganze Schulwesen und mit ihm Geschichtschreibung und Dichtung, wurde von der Geistlichkeit getragen. Sie beherrschte die lateinische Sprache und legte die Geschehnisse der Zeit in „Chroniken" nieder, die für uns von größtem Wert sind; fast ausnahmslos waren es Klöster, die zum Sitze der Geschichtschreibung wurden; es seien nur die von St. Gallen und Reichenau, von Gandersheim und Corvey genannt. Selbstverständlich beschäftigte die noch schwerfällige geistliche Dichtung jener Zeit sich mit geistlichen, biblischen Gegenständen; aber es ist ein Verdienst dieses Klerus und zeigt, daß er gesund volkstümlich dachte, daß auch die deutsche Heldensage und Zeitgeschichte von ihm dichterisch behandelt wurde — aber auch in lateinischer Sprache. So verfaßte der Pfaffe Konrad von Passau ein lateinisches Nibelungenlied, und der Mönch Ekkehard von St. Gallen dichtete seinen „Waltharius", in dem die altdeutsche Sage von Walther von Aquitanien behandelt wurde, während die Äbtissin Roswitha von Gandersheim die Taten der Ottonen besang.

Die volkstümliche Überlieferung der Heldenlieder und Sagen geschah durch fahrende Spielleute, denen wir es zu danken haben, daß ein unerschöpflicher Schatz von Sagen und Liedern auf uns gekommen ist, die nicht

nur Kunstwert besitzen, sondern auch die wichtigste Quelle der Erkenntnis für Denken und Fühlen der deutschen Vorzeit bilden.

Ein stilles Werk von unendlicher Bedeutung schuf der deutsche Bauer jener Zeit: die innere Eroberung des Vaterlandes, die Urbarmachung des Bodens, der dem Wald und den Sümpfen abgerungen wurde. Die Führung hatten die großen Herren, denen Land zu Lehen gegeben war und die bestrebt sein mußten, dies Lehen auszunutzen; sie taten dies, indem sie kleinere Lehen (Hufen) an freie oder unfreie Pächter weiter gaben, die ihnen dafür einen Teil des Ertrages abführen mußten, den Zehnten. Auch bei dieser wichtigen Kulturarbeit leistete die Geistlichkeit Vorbildliches, nachdem sie durch Ausstattung der Kirchen und Klöster mit gewaltigem Landbesitz Grundbesitzerin geworden war. Aber das Hauptverdienst der wirklich großartigen inneren Eroberung hat der deutsche Bauer, der mit zäher Kraft der Wildnis den Boden abgerungen und damit den kommenden Geschlechtern die Daseins-Möglichkeit geschaffen hat.

Entwicklung der Kirche.

In der Kirche, die den Merowingern, Karolingern und ersten Ottonen zu weltlich-politischen Zwecken dienen mußte und die auf deutschem Boden noch mit den mannigfaltigsten Überlieferungen aus dem alten germanischen Götterglauben erfüllt war, hatte eine Strömung Macht gewonnen, die mit tiefem sittlichem Ernste, ja mit schwärmerischer Hingebung an die Person Christi und seine Sache, eine Verinnerlichung des ganzen kirchlichen Lebens erstrebte und eine Abkehr von der Welt verlangte. Man kam dazu, im Mönchtum das vollkommenste Dasein zu erblicken, weil es den Sünden der Welt sich abwandte — und man sah im weltlichen Leben schlechthin ein Leben in Sünde. Was Wunder, wenn man von der Geistlichkeit in erhöhtem Maße verlangte, daß sie sich von weltlichen Dingen zurückziehe, sich wirklich dem Dienste Christi weihe, wahrhaft geistlich werde.

Dieser Richtung mußte die Verquickung der Kirche mit weltlich politischen Dingen etwas Verwerfliches sein, und eine Verinnerlichung des Christentums machte es nötig, daß man sich hiervon schied.

Das sind etwa die Gedanken, die das berühmte Kloster Cluny (Ostfrankreich) vertrat, denen Kaiser Otto III. schwärmerisch anhing, die Kaiser Heinrich II. als sittlich berechtigt ansah und förderte und die auch in dem großen dritten Heinrich einen Beschützer fanden.

Es war natürlich, daß das Papsttum, die lebendige Spitze der Kirche, von diesen Gedanken beeinflußt werden mußte, und daß diejenigen, die für die Verinnerlichung der Kirche eintraten, auch vor allem eine „Reform" des Papsttums verlangten. Wir haben gesehen, daß Heinrich III. als Schutzherr der Kirche die Entscheidung über die Gültigkeit von Papstwahlen an sich nahm, daß er hintereinander vier Deutsche zu Päpsten ernannte;

es ist bezeichnend, daß alle vier der Reform-Richtung angehörten und daß sie mit Feuereifer die Reinigung der Kirche betrieben.

Der Kampf galt hauptsächlich der Priesterehe und der Simonie. Der Priester sollte losgelöst sein von der Welt, er sollte in dem als sittlich höher geltenden ehelosen Stande in Erfüllung des Gelübdes der Keuschheit leben. Er sollte das kirchliche Amt um Christi willen erstreben und bekleiden, nicht um weltlicher Vorteile willen.

In der Kirche hatte sich der Gebrauch eingebürgert, daß kirchliche Ämter (Pfarreien, Abteien, Bistümer) mit Geld oder gegen Versprechung von Gegenleistungen käuflich geworden waren — ein Zustand, der sicherlich im höchsten Grade den Grundgedanken des Christentums widersprach. Den Erwerb kirchlicher Ämter auf solch unlautere Weise nannte man Simonie nach dem Zauberer Simon, der den Aposteln den Heiligen Geist abkaufen wollte (Apostel-Geschichte 8).

Wenn in dem Kampfe um die Reform der Kirche große Erfolge errungen wurden, so ist dies nicht zuletzt das Werk der deutschen Kaiser Heinrichs II. und Heinrichs III.: ein eigentümliches, von ihnen ungeahntes Ergebnis ist es, daß die gereinigte Kirche, innerlich erstarkt, zum Angriff gegen das Kaisertum übergehen sollte, indem sie als höhere geistige, sittliche Macht verlangte, daß das Kaisertum sich ihr unterordne.

Deutsche Kaiser haben also, indem sie dem Drange ihrer lauteren Glaubens-Überzeugungen folgten, dazu geholfen, daß in kurzer Zeit die Axt an die Wurzel der Kaisergewalt gelegt werden konnte.

Heinrich IV.

(1056—1106.)

Wir kehren zu Heinrichs III. Nachfolger zurück, und haben uns jetzt mit einem Menschen- und Herrscherleben zu befassen, wie es ergreifender, erschütternder nicht gedacht werden kann.

Zunächst erleben wir wieder, was nach Ottos II. frühem Tode geschehen war: auch diesmal übernahm die Kaiserin-Witwe und Mutter die Vormundschaft über den jungen König und die Verwesung des Reiches; der Erfolg war derselbe wie in jenem Falle. Agnes, die Witwe Heinrichs III., war volksfremd wie Theophano, die Witwe Ottos II.; sie war schwärmerisch fromm, in den Dingen dieser Welt unerfahren, hilflos und unselbständig. Um ihre Stellung zu festigen, gab sie die wichtigsten Herzogtümer, die ihr Gemahl mit Vorbedacht in seiner Hand vereinigt gehalten hatte, an mächtige Große: so Bayern an den Grafen Otto von Nordheim, Schwaben an Rudolf von Rheinfelden, Kärnten an Berthold von Zähringen; sie erreichte damit das Gegenteil ihrer Absicht, indem sie die Fürstenmacht bedeutsam stärkte, den Einfluß der Kaisergewalt

schwächte und die hohen geistlichen Fürsten verstimmte. Allenthalben erhoben sich die Herzöge und Grafen in anmaßendem Streben nach Selbständigkeit. Am Osterfeste 1062 bemächtigte der hochfahrende Erzbischof Hanno von Köln sich des jungen Königs, indem er ihn bei der Insel Kaiserswerth im Rhein auf sein Schiff lockte und nach Köln führte; unter dem Drucke dieses Gewaltstreichs verzichtete Agnes auf die Regentschaft, die nun gemeinschaftlich von den beiden Erzbischöfen Hanno von Köln und Adalbert von Bremen geführt wurde — der eine ein finsterer, harter Mann, der andere lebensfroh, prachtliebend und liebenswürdig. Heinrich geriet bald ganz unter den Einfluß Adalberts; mit fünfzehn Jahren wurde er mündig erklärt und übernahm die Herrschaft selbst; er schloß sich jetzt noch enger an Adalbert an. Im alleinigen und schrankenlosen Besitze der Gunst des jungen Königs wurde der Bremer Erzbischof übermütig; er gebärdete sich als der Herr im Reiche und lenkte dadurch schnell den allgemeinen Haß der Fürsten auf sich, die Heinrich zwangen, ihn aus seiner Nähe zu verbannen.

Zum zweitenmal hatte der König die Übermacht der Fürsten kennen gelernt: zuerst, da er von seiner Mutter gerissen und dem verhaßten Hanno zur Erziehung überlassen worden war, jetzt, da sie ihn von Adalbert trennten, dem er wirklich nahestand. Knirschend fügte er sich ins Unvermeidliche. Gleich seinem Vater verlegte er den Königshof nach Goslar, dem Herzen Sachsens. Das hatte seinen guten Grund: es sollte vermieden werden, daß dieses größte Herzogtum, das nicht in der Hand des Königs, sondern des Billungerhauses war, sich dem Reiche entfremde, sich selbständig mache und so verloren gehe; die Gefahr lag nahe, weil die koloniale Ausbreitung nach Nordosten von Sachsen ausging und damit einem unternehmenden Herzoge die Möglichkeit geboten war, sich ein eigenes großes und zur Selbständigkeit geeignetes Reich zu gründen.

Die sächsischen Großen sahen mit Unwillen und Mißtrauen den König sich in Goslar festsetzen, zumal da er in seiner Umgebung vor allem Süddeutsche hatte; als er begann, in den Bergen des Harzes feste Burgen zu erbauen, kam es zur offenen Empörung, die wohl auch dadurch mit veranlaßt war, daß das süddeutsche Königs-Gefolge sich anmaßend gegen die angesessenen Großen benahm und daß der König selbst sie hochfahrend und ungerecht behandelte; so hatte er den Herzogssohn Magnus in Haft genommen, weil er angeblich im Bunde mit Otto von Nordheim (dem Herzoge von Bayern) einen Anschlag auf sein Leben vorbereitet hatte.

Im August 1073 brach der Aufstand los; Heinrich entwich von der Harzburg nach Franken und suchte die Großen seines heimatlichen Stammes zum Rachezug gegen Sachsen zu sammeln; als dies mißlang, eilte er nach Worms. Der königfeindliche Bischof dieser Stadt wollte ihm die Aufnahme verweigern, aber die Bürgerschaft verjagte den Bischof und erhob sich für

den jugendlichen König, den sie mit Geld unterstützte; Mainz folgte dem Beispiele von Worms.

Ein Vorgang von großer Bedeutung: die Städte haben sich schon soweit entwickelt, daß sie eine politische Macht in die Wagschale werfen konnten. Heinrich erkannte dies, er fördert die städtische Entwicklung auf jede Weise und bringt es dahin, daß in seiner langen, schicksalsreichen Herrscherzeit die städtische Bevölkerung ihm immer die Treue gehalten, ihn immer gegen weltliche und geistliche Große gestützt hat. Damals dankte er der getreuen Stadt Worms, indem er ihr den ersten Freibrief erteilte, sie damit vom Bischofe lossprach und zur „freien Reichsstadt" machte.

Das Vorgehen von Worms und Mainz, denen Köln sich bald anschloß, rettete den König und riß Süddeutschland mit: mit starkem Heere zog Heinrich im Sommer 1075 nach Sachsen und besiegte die Aufständischen am 9. Juni in einer schweren Schlacht an der Unstrut: das Land wurde bis zum Herbste völlig unterworfen.

Bis hierher war König Heinrichs Schicksal das manches anderen jung auf den Thron berufenen Fürsten, dem seine erste Jugend, da er zum Spielball widerstrebender Parteien gemacht wurde, verfälscht war, den falsche Freunde zu manchem falschen Schritte veranlaßten, und der früh neben den Würden der Krone ihre Bürden kennen lernte. Nun wurde er zum Helden eines großen weltgeschichtlichen Schauspiels: des Kampfes zwischen dem Königtum und dem Papsttum, in dem Gregor VII. sein Gegner war. Es bildet den unvergänglichen Ruhmestitel Heinrichs, daß er in diesem Kampfe aushielt bis aufs letzte, daß er auch unter den erschütterndsten Schicksalsschlägen nicht zusammenbrach, daß er die Rechte des Königstums mit Erfolg gegen die Anmaßungen des Papsttums verteidigte. Ein Leidensweg sondergleichen lag vor ihm, auf dem ihm nichts erspart werden sollte, was ein Königsleben an Schwerem bringen kann: Untreue und Verrat, Niederlagen und Demütigungen, Meineid und Verschwörungen, ja schließlich auch die gegen die Natur verstoßende, grausame Treulosigkeit des eigenen Sohnes. Aber auf der anderen Seite lernte er den kostbaren Trost kennen, der aus der Liebe der unteren Volksschichten fließt, die unerschöpfliche Kraft, die sie einem Fürsten zur Verfügung stellen, den sie lieben.

Bevor wir den Kampfplatz betreten, fragen wir, um was der Kampf ging, und betrachten uns die Streiter.

Wir haben gehört, daß innerhalb der Kirche durch Heinrichs III. mächtige Förderung die „Reform" gesiegt hatte, daß eine Reinigung und Verinnerlichung der Geistlichkeit teils verlangt, teils durchgesetzt worden, und daß der Kampf gegen Priesterehe und Simonie mit Erfolg aufgenommen war.

Im Jahre 1073 wurde Hildebrand, bisher Archidiakonus und Kanzler unter fünf Päpsten, zum Papste gewählt; seine Wahl bedeutete den völligen Sieg der strengsten Richtung, der er seit früher Jugend angehört hatte. Er war ein Bauernsohn aus dem Toskanischen, germanischer Abstammung; wir wissen ja, daß Reste germanischer Stämme aus den Zeiten der Völkerwanderung in ganz Italien sich fanden.

Eine leidenschaftliche Natur, willensstark und unbeugsam, selbst unermüdlich und andere mit sich fortreißend, so warf er sich zum Vorkämpfer für die vermeintlichen Vorrechte der Kirche auf — sicherlich ein bedeutender Mensch, aber befangen in dem Wahne der Gottgewolltheit einer päpstlichen Alleinherrschaft, die alles staatliche Leben vernichten mußte.

Auf der anderen Seite, Heinrich, beim Ausbruch des Kampfes 26 Jahre alt, gleichfalls eine leidenschaftliche Natur, hochbegabt, tapfer und stolz auf sein Königtum; seine traurige Jugend warf Schatten über sein Wesen und machte ihn früh mißtrauisch und mit den Künsten der Verstellung vertraut; der lange gedrückte königliche Knabe lernte bald die Lust an der Rache kennen, und der Mangel an Menschenkenntnis ließ ihn oft irren in Freunden und Beratern. Jetzt war er in der Vollkraft seiner Jugend, ein schöner Mann, der seine Tüchtigkeit im Felde gegen die Sachsen bewährt hatte.

Ohne Zweifel: kein fleckenloser Mensch — das Ergebnis einer verfälschten Jugend — aber ein Mann von großen Gaben und erstaunlicher Widerstandskraft, geistig beweglich und bald ein Meister in den Künsten der Diplomatie — ein Fürst, der menschliche Liebe im reichsten Maße verdiente und fand, und der ohne selbst über die tiefere Bedeutung des von ihm geführten Kampfes im klaren zu sein, indem er seine persönliche Stellung gegenüber der Person Gregors verteidigte, unbewußt die Zukunft eines freien, von der Kirche nicht niedergedrückten deutschen Volkes sicherte.

Der Anlaß des Kampfes war der: da die deutschen Bischöfe im staatlichen Leben und in der Verwaltung seit Karl dem Großen und Otto dem Großen höchst bedeutsame Aufgaben zu erfüllen hatten, war es eigentlich selbstverständlich und ein Gebot der Selbsterhaltung, daß die Könige sich die Entscheidung über die Besetzung dieser staatlich wichtigen Kirchenämter dadurch gesichert hatten, daß sie die Bischöfe ernannten; es wurde dies als Ausfluß des königlichen Schutzrechts über die Kirche betrachtet, wie uns ja auch bekannt ist, daß selbst die päpstliche Würde wiederholt durch kaiserliche Ernennung verliehen worden war. Den Vorgang der Übertragung des Bischofs-Amtes durch den König nannte man „Investitur" (= Einkleidung, Bekleidung); sie bestand in der feierlichen Verleihung von Ring und Stab, als Einweisung in die staatlichen Rechte und den weltlichen Besitz, die mit der Bischofswürde verbunden waren. Dann erst folgte die „consecratio", die kirchliche Weihe, die dem Oberhaupte der

Kirche oder einem von ihm Beauftragten zustand. Hieraus ergibt sich, daß der König bei der Entscheidung über die Person eines neuen Bischofs den Ausschlag gab und das erste Wort hatte.

Die strengste Richtung stellte sich nun auf den Standpunkt, die Investitur sei Simonie; wie einer, der durch Kauf eine kirchliche Stelle erwerbe, so sei auch der unwürdig, ein Priester zu sein, der sie aus Laienhand um weltlicher Vorteile willen annehme.

Gregor verlangte, daß die kirchliche Weihe der weltlichen Belehnung und Einkleidung vorhergehen müsse; es sollte also von nun an der Papst das erste Wort haben; freilich wäre er zufrieden gewesen, diesen Anspruch zunächst für Italien anerkannt zu sehen, und er war wegen der Bistümer auf deutschem Boden zu Verhandlungen bereit. Heinrich jedoch hielt an seinem Königsrechte auch für Italien fest und ernannte dort einige Bischöfe. Hierdurch aufgebracht, verkündete Gregor VII. auf der Fastensynode des Jahres 1075 feierlich das Verbot: kein Bischof darf mehr Ring und Stab aus Königshand entgegennehmen; gleichzeitig belegte er drei angeblich „simonistische" deutsche Bischöfe und die „simonistischen" Räte des Königs mit dem Kirchenbann. Damit war die königliche Gewalt und die Reichsverfassung an entscheidender Stelle angetastet — wir würden heute sagen, dem Staate der Krieg erklärt — denn jenes Verbot bedeutete nichts anderes, als dem König den Einfluß auf die Wahl der wichtigsten Träger der Staatsverwaltung zu nehmen, da ja die Bischöfe solche waren. Man kann ruhig aussprechen, daß damit eine dauernde Vormundschaft der Kirche über den Staat, des Papstes über den König eingeführt worden wäre.

Die grundsätzliche Bedeutung des jetzt anhebenden Streites wurde damals in ihrer Reinheit, ihren letzten Folgen noch nicht erkannt; das geschah erst, als die Hohenstaufen mit dem Papsttum zusammenstießen. Aber der junge König erblickte in dem Verlangen Gregors eine Beeinträchtigung seiner Stellung; als es ihm an Weihnachten 1075 in Goslar übermittelt wurde, geschah dies unter Vorwürfen des Papstes wegen Heinrichs Lebenswandel und wegen der Beibehaltung seiner gebannten Räte. Stolz wies der König die Fastenbeschlüsse zurück und berief schleunigst eine deutsche Synode nach dem treuen Worms; sie trat noch im Januar zusammen und erklärte Gregor als unrechtmäßig gewählt für abgesetzt.

Der Papst antwortete in der Fastensynode desselben Jahres: am 23. Februar erklärte er die in Worms versammelt gewesenen Bischöfe ihrer Ämter verlustig und sprach über sie und den König als Feinde der Kirche den Bann aus, ja er löste alle Untertanen des Königs vom Eid der Treue und befahl ihnen kraft päpstlicher Gewalt, den Kirchenschänder zu verlassen. — Ein Ungeheures war geschehen, das den Atem der Welt stillstehen machte: der höchste Fürst der Christenheit gebannt, seine Deutschen der Treupflicht entbunden.

Der Papst als Herr der Gewissen wird so der Herrscher der Welt — gegen seinen Willen wäre kein Staat, kein König zu halten.

Das war die Frage, um die es sich jetzt handelte, um die Gregor einen Kampf von fünfzig Jahren heraufbeschwor, der das Reich fast an die Grenzen der Vernichtung brachte.

Ungeheuer war zunächst die Wirkung des Bannes: eine Verwirrung der Gewissen sondergleichen folgte, ein allgemeiner Abfall, den die Heinrich feindlichen Fürsten nach Kräften förderten.

Eine Reichsversammlung zu Trebur erklärte den König für abgesetzt, wenn er sich nicht innerhalb eines Jahres vom Banne löse; bis dahin solle das Reich als „verwaist" gelten.

Soweit war es gekommen: die Anmaßung des Papstes und die Eigensucht der Fürsten stellten den König vor die Selbstvernichtung.

Es war klar, worauf es angelegt war; die Fürsten wollten die Verantwortung des unerhörten Treubruchs auf den König abwälzen.

In seiner verzweifelten Lage faßte er einen verzweifelten Entschluß, der uns befremden mag, aber angesichts der Verwirrung der Gewissen allein Rettung bringen konnte: er unterwarf sich dem Papste.

In der Felsenfeste Canossa (bei Reggio in Oberitalien) suchte er Gregor auf, der sich dort als Gast bei der Markgräfin Mathilde aufhielt; zurückgewiesen, verweilte er drei Tage lang innerhalb des Schloßbereichs von Canossa in der Absicht, den Papst durch selbstgewählte Bußübungen zur Lösung des Bannes zu zwingen. Gregor widerstand lange, wurde aber schließlich umgestimmt durch die Bitten der Markgräfin Mathilde und der Schwiegermutter des Königs, sowie des Abtes Hugo von Cluny, der Heinrichs Pate war; er gab nach, weil er nicht anders konnte, und zwar gegen seine Überzeugung, da ihm nicht entging, daß des Königs Unterwerfung dessen politischen Sieg vorbereite. So war es: der Bußgang nach Canossa war politisch ein Erfolg für Heinrich — freilich ein durch die Minderung des königlichen Ansehens furchtbar schwer erkaufter.

Der Papst löste den Bann; was Heinrich erreichen wollte, traf ein, indem Hunderttausende treuer deutscher Herzen von den Nöten des Gewissens befreit wurden. Den Fürsten war ein Strich durch die Rechnung gemacht; schamlos warfen sie die Maske ab und wählten den Herzog Rudolf von Schwaben zum König. Der Papst beanspruchte den Schiedsspruch zwischen König und Gegenkönig und erneuerte den Bann, als Heinrich sich nicht unterwarf. Diesmal blieb die Wirkung aus; der gesunde Sinn des Volkes erkannte, daß hier in unsittlicher Weise mit seinen heiligsten Gefühlen aus politischen Gründen Spiel getrieben wurde.

Es kam zum offenen Krieg, in dem Heinrich sich als ein Meister zeigte. Er besiegt Rudolf, zieht nach Italien, erobert Rom und setzt einen Gegen-

papst ein, der ihn 1084 zum Kaiser krönt; Gregor muß fliehen und stirbt 1085 in Salerno als ein Besiegter.

Wir haben den Kampf zwischen Heinrich und Gregor eingehender behandelt, als es sonst im Rahmen dieses Buches geschehen konnte, um der weltgeschichtlichen Bedeutung willen, die er hatte und um zu zeigen, mit welchen Mitteln die Kirche ihre Absichten durchzusetzen suchte; nun, nachdem wir hoffen, den Lesern einen Begriff von der Wichtigkeit jenes Kampfes gegeben zu haben, müssen wir uns wieder kürzer fassen.

Nochmals wurde dem Kaiser ein Gegenkönig entgegengestellt, der aber keine Anerkennung fand; Papst und Gegenpapst bekämpften sich; Heinrichs ältester Sohn Konrad wurde zum Abfall von dem Vater verleitet. Um 1095 schien die Sache des wiederum gebannten Kaisers verloren — aber er wurde wieder der Gefahr Herr. Es gelingt ihm, in Frieden mit den großen Fürsten zu kommen, den Landfrieden herzustellen; daß er nicht unterlegen, ergibt die Tatsache, daß er die Bistümer nach seinem Gutdünken besetzte.

Ein großer Erfolg des unermüdlichen Mannes: das Reich befriedet, seine kaiserlichen Rechte anerkannt. Schon trug er sich mit dem Gedanken, einen Kreuzzug zu unternehmen, als ein neuer, schwerster Schlag ihn traf: im Bunde mit dem Papste Paschalis, der den Bann erneuert hatte, empörte sich sein zweiter Sohn Heinrich, und der Bürgerkrieg tobte von neuem in dem unglücklichen Reiche. Unbesiegt stand der Kaiser da, als der Sohn ihn unter dem Anschein seiner Unterwerfung zu einer Zusammenkunft auf einer Insel im Rhein bei Koblenz veranlaßte und ihn dort verräterisch gefangen nahm. Zur Abdankung gezwungen, gelang es dem Kaiser zu fliehen; sofort nahm er den Kampf von neuem auf.

Am 7. August 1106 starb der Vielgeprüfte in Lüttich, im Kampfe mit dem ruchlosen Sohne wohl unterlegen, aber in dem viel wichtigeren Kampfe um die Unabhängigkeit des deutschen Königtums von Rom unbesiegt.

So groß war der Haß der Kirche, daß auch seine Leiche nicht vom Banne gelöst wurde; erst fünf Jahre später wurde sie im Dome zu Speier beigesetzt.

Das untrügliche Gefühl des Volkes verkannte auch diesen durch unerhörte Schicksale geläuterten König der Armen nicht und ehrte sein Andenken wie das eines Heiligen.

Das Ende des Kampfes.

Heinrich V. (1106—1125), durch den Tod seines Vaters unbestrittener Alleinherrscher geworden, bereitet der päpstlichen Partei eine große Enttäuschung; sobald er sich den Thron gesichert sieht, tritt er der Kirche gegenüber in die Fußstapfen seines Vaters. Zunächst befestigt er die Reichsgrenzen durch siegreiche Feldzüge nach Osten und Westen und zieht dann nach Rom.

Dort nimmt er den Papst Paschalis, seinen alten Bundesgenossen, gefangen und erzwingt die Kaiserkrönung, sowie die Anerkennung des königlichen Rechts der Investitur.

Später widerruft der Papst und bannt den Kaiser: neue Kämpfe brechen aus, die in Deutschland und Italien spielen und bei denen der Kaiser zwar die Oberhand behält, aber keine entscheidenden Erfolge erringt. Eine allgemeine Kampfesmüdigkeit trat ein; nach Paschalis' Tod kam es zwischen seinem Nachfolger Calixtus II. und dem Kaiser zum Frieden: den Domkapiteln wurde das Recht der Bischofswahl allgemein zugestanden, doch erhielt der König das Recht, der Wahlhandlung entweder selbst oder durch einen Vertreter beizuwohnen; die Belehnung mit Ring und Stab wurde dem Papste überlassen, doch wurde festgesetzt, daß der Gewählte vor der kirchlichen Weihe die Beleihung mit dem Zepter (als dem Sinnbild der weltlichen Machtbefugnis) durch den König nachzusuchen habe.

Dieses Abkommen, das sogenannte Wormser Konkordat, das im Jahre 1122 zustande kam, war nicht als dauernder Vertrag gedacht, sondern von päpstlicher Seite als ein persönliches Zugeständnis Calixts an Heinrich V., während der Kaiser die Belehnung mit Ring und Stab endgültig aufgab. Trotzdem ist klar, daß in der Sache das Kaisertum, der Staat Sieger geblieben war: denn sein Einfluß auf die Bestellung der Bischöfe war durch die Gegenwart bei der Wahl und die Beleihung mit dem Zepter gesichert, es blieb also die „Investitur" in dieser Form bestehen, und sie ist, obwohl zunächst nur als Zugeständnis an Heinrichs V. Person gedacht, dauernd geblieben und Reichsrecht geworden. Den wirklichen Gewinn zogen die „Kapitel", d. h. der sog. „Stiftsadel", der jetzt die Bischöfe, Äbte usw. aus seiner Mitte wählte.

So endete vorläufig der Kampf, der unendliches Elend über unser Vaterland gebracht hatte, aber die Beziehungen zwischen Kaiser und Papst, zwischen Staat und Kirche waren damit nicht endgültig festgelegt; es sollte noch mehrmals zu schweren Kämpfen kommen.

Lothar von Sachsen.

Lothar von Sachsen (1125—1137) nach Heinrichs V. Tod in Mainz zum König gewählt, hat mit starker Hand im Reiche und in Italien durchgegriffen; zweimal ist er über die Alpen gezogen und 1133 in Rom zum Kaiser gekrönt worden.

Wichtig ist, daß er die Macht des Welfenhauses vorbereitete, indem er seine einzige Tochter und dereinstige Erbin mit Heinrich dem Stolzen, dem Sohne des Bayernherzogs Heinrich vermählte; er sicherte seinem Schwiegersohne die Nachfolge im Herzogtum Sachsen, so daß in dessen Hand einst die beiden größten Herzogtümer Sachsen und Bayern vereinigt

werden sollten. Wichtiger noch ist, daß Lothar seine Blicke nach Nord-Osten wandte und die Ausdehnungsbestrebungen der beiden ersten Sachsenkaiser wieder aufnahm.

Seit Ottos III. unglücklicher Regierung waren in der Hauptsache die ostelbischen Eroberungen Heinrichs I. und Ottos I. verloren gegangen, und seitdem war kein Kaiser dazu gekommen, sie wieder zu gewinnen: entweder waren die inneren Kämpfe im Reich oder die Ereignisse in Italien im Weg gewesen. Erst Lothar, als sächsischer Herzog allerdings dazu besonders berufen und vorgebildet, besinnt sich wieder auf diese nächste „realpolitische" Aufgabe des deutschen Königs: vor der Türe des Reiches, im Osten Mitteleuropas Platz für unser Volk zu schaffen, statt in Italien den Träumen von einem unhaltbaren Weltreich nachzujagen.

Großes hat Lothar auf dem Gebiete der nordöstlichen Ausdehnung geleistet, dauernde Vorteile errungen. Er fand tatkräftige Gehilfen dieses Werkes in den Markgrafen Adolf von Schaumburg, der mit Holstein, und Albrecht dem Bären, der mit der Nordmark belehnt wurde; die Mark Meißen kam damals an das Haus der Wettiner zu Lehen, die das Reichsgebiet die Elbe aufwärts erweiterten.

Hand in Hand mit der Eroberung des Ostens ging dessen Bekehrung zum Christentum, gefördert durch Bischof Otto von Bamberg, der kirchlich das eroberte Land unter seinen Schutz stellte.

Hohenstaufen und Welfen.

Beim Herannahen des Todes hatte Lothar die „Reichskleinode" seinem Schwiegersohne Herzog Heinrich dem Stolzen von Bayern übergeben, nachdem er ihn mit Sachsen belehnt hatte: er hielt dessen Wahl zum König für gesichert. Aber den Fürsten erschien ein so mächtiger König als eine Gefahr für ihre nach und nach gewachsene und weiter erstrebte Selbständigkeit; sie übergingen deshalb den Welfen und wählten statt seiner den Hohenstaufen Konrad von Schwaben (1138—1152).

Der neue König forderte von Heinrich dem Stolzen die Herausgabe eines seiner beiden Herzogtümer; als dieser sich weigerte, kam es zum offenen Kampfe, dem ersten zwischen Hohenstaufen (nach ihrer schwäbischen Burg auch die „Waiblinger" genannt) und Welfen; wie oft noch sollte der Kriegsruf durch Deutschland und Italien schallen: hie Welf, hie Waibling!"

Nach Heinrichs des Stolzen Tod kam es zum Frieden: sein Sohn Heinrich, nachmals „der Löwe" genannt, verzichtet auf Bayern und behält Sachsen; Albrecht der Bär, der als Bundesgenosse des Königs vorübergehend mit Sachsen belehnt war, wurde dadurch entschädigt, daß ihm die neugebildete Markgrafschaft Brandenburg verliehen wurde (1142); damit war der Grund gelegt zu jener Staatenbildung, die dereinst zum Mittelpunkt der deutschen Politik werden sollte.

Die Kreuzzüge.

Wir sind nun schon in das Zeitalter der Kreuzzüge hineingeraten und müssen darüber, so kurz es geht, sprechen:

Es ist selbstverständlich, daß zu allen Zeiten bei frommen Christen die Erinnerung an die Stätten, wo Jesus Christus gelebt, gelehrt und gelitten hat, in hohen Ehren gehalten wurde, daß sie das Ziel schwärmerischer Sehnsucht waren und jahraus jahrein von Wallfahrern besucht wurden. Um die Wende des elften Jahrhunderts war das heilige Land unter die Herrschaft der mohammedanischen Seldschukken gefallen, die den Besuch von Jerusalem verhinderten. Das Papsttum erblickte hierin eine Entweihung der heiligen Stätten und rief die ganze Christenheit auf zum Kampfe gegen die „Heiden".

Dies geschah zu einer Zeit, wo innerhalb der Kirche die Reformbestrebungen gesiegt hatten, wo ein schwärmerischer Zug das ganze kirchliche Leben bestimmte. Es ist begreiflich, daß in solcher Zeit der Ruf des Papstes mit Begeisterung, ja mit Verzückung aufgenommen wurde.

Auf der großen Kirchenversammlung zu Clermont in Mittelfrankreich (1095) predigte Papst Urban II. selbst den Kreuzzug: mit dem Rufe „Gott will es" hefteten sich Tausende das Kreuz aufs Gewand, unzählige Tausende folgten ihrem Beispiel, und es war ein gewaltiges Heer bereit, das unter der Führung Gottfrieds von Bouillon, Herzogs von Lothringen, die Kriegsfahrt ins Gelobte Land unternahm.

Am 15. Juli 1099 wurde Jerusalem wirklich erobert und dort ein christliches Königreich gegründet.

Die Mohammedaner fügten sich nicht in den Verlust, und es hebt ein Krieg um den Besitz Palästinas und Jerusalems an, der rund 200 Jahre dauerte.

So oft die christlichen Könige dort in Bedrängnis waren, erging von neuem der Ruf um Hilfe an die Christenheit, wurde von neuem das Kreuz gepredigt, und zogen immer wieder unzählige Scharen hinaus, um das heilige Land den Ungetauften zu entreißen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, im einzelnen diese Kämpfe mit ihren wechselnden Schicksalen zu beschreiben; es genügt festzustellen, daß im ganzen sieben Kreuzzüge gezählt werden und daß das endgültige äußere Ergebnis darin bestand; daß im Jahre 1244 Jerusalem wieder in die Hand der Mohammedaner fiel, und daß im Jahre 1291 die letzten christlichen Stützpunkte in Palästina preisgegeben werden mußten: insoweit hatte die Christenheit, obwohl immer wieder die Blüte der abendländischen Völker in das Morgenland hinausgezogen war, einen Mißerfolg zu verzeichnen.

Anders war es, wenn man den geistigen Gewinn der Kreuzzüge in Betracht zieht: dann muß zugegeben werden, daß eine Erweiterung des

Gesichtskreises der europäischen Völker, das Gewinnen mannigfaltigster Eindrücke und eines umfassenderen Weltbildes wohltätige Folgen jener Fahrten waren. Freilich entsteht sofort die Frage, ob jene Erweiterung des Gesichtskreises nicht doch im Wege der natürlichen Entwicklung gekommen wäre, ob sie nicht mit den ungeheueren Opfern an Gut, vor allem aber an edelstem Blute zu teuer bezahlt wurde.

Gewiß — man braucht nicht engherzig und klein zu denken, um zu sagen: was unser Volk betrifft, so wollen wir die Einwirkung auf das geistige Leben, seine Einbildungskraft, sein Wissen, seine äußere Lebensführung ebensowenig unterschätzen, wie jene der ununterbrochenen Kriegszüge nach Italien, und doch waren alle die Opfer, die gebracht wurden, eine Vergeudung bester Volkskraft.

Man kann sich ein Bild davon machen, was unser Volk in Europa, vor seiner Türe, nach Osten mit minderem Einsatz von Kraft an dauernden Erfolgen hätte erreichen können, wenn die deutschen Könige und Fürsten, statt nach dem fernen Morgenlande zu ziehen, dem Beispiele Heinrichs des Löwen gefolgt wären: der unternahm 1147 einen Kreuzzug gegen die slawischen Wenden in Mecklenburg; kurz danach zogen Konrad von Wettin und Albrecht der Bär gegen Pommern. In beiden Gebieten nahmen Fürsten und Volk das Christentum an und öffneten ihre Grenzen deutscher Einwanderung: Mecklenburg und Pommern wurden dauernd dem Deutschtum gewonnen und traten in Abhängigkeit vom Reiche.

So ward gemeinnützige Arbeit Hand in Hand mit christlich-kirchlicher geleistet: das Reich hatte sein Gebiet nach der Ostsee zu vergrößert und zwei heidnische Stämme zum Christentum bekehrt.

Der Rotbart.

(1152—1190.)

Konrad III., der den zweiten unglücklichen Kreuzzug geführt hatte, starb bald nach der Rückkehr; sein Neffe Friedrich von Schwaben wurde in Frankfurt einstimmig zum König gewählt.

Mit ihm gelangte eine gewaltige Persönlichkeit zur Herrschaft, ein Mann, der der Mit- und Nachwelt als das Vorbild eines Königs erschienen ist. Friedrich I. von Hohenstaufen, der Kaiser Barbarossa, war es in der Tat wert, der Stolz seines Volkes zu heißen, — ein echter Held, dessen Name die Augen noch nach Jahrhunderten begeistert aufleuchten läßt.

Eine männlich schöne Erscheinung mit blondem Haupt- und Barthaare, blitzenden blauen Augen, war er ein vorbildlicher Vertreter seines Volkes; geistig hoch begabt, kühn und leidenschaftlich, edeldenkend und vornehm, war er ein ganzer Fürst — als Staatsmann wie als Krieger gleich ausgezeichnet.

Leider unterlag auch er dem Zauber des Kaisergedankens, und suchte die Größe seines Volkes, dem er mit ganzer Seele angehörte, da, wo sie nicht zu finden war. Die Weltmacht des römischen Kaisers deutscher Nation, die weltliche Oberherrlichkeit über die Christenheit wollte er wieder herstellen, wie Karl, Otto I. und Heinrich III. sie für kurze Zeit geschaffen hatten — ein Gedanke, der eben so unnatürlich war, wie derjenige der päpstlichen Weltherrschaft.

Unser Herz nimmt die ritterliche Erscheinung des Rotbarts noch heute ein, stolz fühlen wir seine Tätigkeit als einen Höhepunkt unserer Geschichte — aber unser Verstand sagt, daß dieser herrliche Mensch seine Kraft an eine Aufgabe gesetzt hat, die im Widerspruch stand mit der nächsten Pflicht deutscher Politik: der Schaffung eines festen Staatsgefüges, das Mitteleuropa umfaßt und deutsch besiedelt hätte. Auch ihm gegenüber dürfen wir nicht vor der Gefahr zurückschrecken, engherzig oder kleinlich im Urteil zu erscheinen, wenn wir bedauern, daß er nicht deutsche Politik in diesem Sinne getrieben hat; wir dürfen ihm aber auch seine Weltmachtpolitik nicht als persönliche Schuld anrechnen, sondern müssen anerkennen, daß er als Sohn seiner Zeit, als Erbe der Krone der größten Karolinger, Ottonen und Franken dem falschen Hochgedanken unterlegen ist, der den Weg nach Italien, nach Rom wies.

Großes hat Friedrich I. im Dienste der kaiserlichen Weltmacht-Überlieferung geleistet: sechsmal zog er nach Italien; er unterwarf die oberitalienischen Städte und blieb Sieger im Kampfe mit Papst Alexander III. — alles ungeachtet mannigfacher Rückschläge und Mißerfolge im einzelnen. Ihm zur Seite stand eine reiche Zahl hervorragender Männer der Staatskunst und des Krieges; von ihnen sei nur der gewaltige Rainald von Dassel genannt, sein Kanzler und Erzbischof von Köln — ein kühner, staatsmännischer Geist, bewußt deutsch, ein scharfer Feind des Papsttums, das er der Kirche des Reiches unterordnen wollte, daneben ein tapferer Kriegsmann, der selbst die Rüstung anlegte und zu Felde zog — seinem Kaiser manchen Sieg in Oberitalien erfechtend.

Wie sehr Friedrich schon bei Beginn seiner Regierung anerkanntes Haupt des Abendlandes war, zeigte sich auf dem Reichstage zu Würzburg (Sept. 1157): Gesandte aus Burgund und Italien, aus England und Dänemark, aus Ungarn und Konstantinopel erschienen vor ihm in der glänzenden Versammlung. Im Monat vorher hatte er eine erfolgreiche Kriegsfahrt gegen Herzog Boleslav IV. von Polen unternommen, der hartnäckig seine Pflichten gegen das Reich verletzt hatte; er überschritt die Oder und drang bis über Posen hinaus vor. Boleslav bekannte sich besiegt und mußte sich unterwerfen. Zu den Folgen dieses der Wiederherstellung der Reichsgewalt gegen Polen dienenden Zuges gehörte es, daß der Herzog einige Jahre später (1163) seinen Brudersöhnen selbständige Fürstentümer in

Schlesien einräumte; diese Sprossen des piastischen Fürstenhauses und ihre Nachfolger waren deutschfreundlich gesinnt und riefen in Scharen Deutsche ins Land; die Einwanderung war so stark, daß Schlesien bald ganz deutsch wurde. Wenn man diese segensreiche Wirkung von Friedrichs Zug nach dem Osten würdigt, kann man nur bedauern, daß er in der Folgezeit seinen Blick allzu sehr nach Süden gerichtet hielt, und sich um die hoffnungsvolle Ausdehnung des deutschen Einflusses den Slawen gegenüber nicht mehr kümmerte. Was einzelne Reichsfürsten aus eigenem Antrieb unternahmen, war wichtig und erfolgreich — aber wie viel größer wäre die Wirkung gewesen, wenn das Reich unter seines Kaisers einheitlicher Leitung eine solche Politik betrieben hätte.

Noch im selben Jahre (1157) kündigte sich ein neuer Zwiespalt zwischen Kaisertum und Papsttum an, indem Papst Hadrian auf dem Reichstage zu Besançon durch seine Gesandten verlangte, daß der Kaiser seine Krone als päpstliches Lehen anerkenne. Friedrich, und mit ihm der Reichstag, wies dieses Ansinnen entschieden zurück, und der Papst scheute den offenen Bruch. Der Kampf entbrannte zwei Jahre später, als Hadrians Nachfolger Alexander III. den päpstlichen Stuhl eingenommen hatte; dieser erneuerte den Anspruch auf die Oberherrlichkeit des Kirchen-Oberhauptes über alle weltlichen Herrscher in schärfster Form, und es kam nun zu einem fast zwei Jahrzehnte langen Ringen zwischen Kaiser und Papst, zwischen dem Reich und der Kirche (1159—1177). Was zur Zeit Heinrichs IV. und Gregors VII. noch nicht der Fall war, trat jetzt ein: die grundsätzliche Bedeutung des Streites zwischen Kaisertum und Papsttum wurde erkannt. Insbesondere Friedrich selbst war sich darüber im klaren, und es ist sein Ruhm, daß er die kaiserlichen Rechte, die Rechte des Reiches zäh und erfolgreich verteidigt hat. Ihn beugte der Bann nicht nieder, den Alexander über ihn und seine Getreuen verhängt hatte — ebensowenig ließ der Papst sich durch die zahllosen Wechselfälle während des langen Kampfes entmutigen. Zwei gleichwertige Gegner standen sich gegenüber. Als es endlich zwischen beiden nach 18 ereignisreichen Jahren, deren Einzelvorgänge wir hier nicht verfolgen dürfen, in Venedig (1177) zum Friedensschlusse kam, hatte der Kaiser weiter nichts aufgegeben als das seither beanspruchte Recht, bei zwiespältiger Papstwahl als Schutzherr der Kirche die Entscheidung zu fällen. Insofern ging Alexander III. als Sieger hervor, zumal da er selbst in solch zwiespältiger Wahl gewählt und vom Kaiser nicht anerkannt gewesen war. In der für das Reich und das Kaisertum aber entscheidenden Frage, ob der Papst der Oberlehnsherr des Kaisers sei, hatte Friedrich obgesiegt, und das Urteil der Zeitgenossen hat den Vertrag von Venedig so aufgefaßt, wie denn auch nach dem Friedensschlusse das Ansehen des Kaisers weiter wuchs, während das des Papstes offenkundig sank.

Friedrich ordnete rasch die Angelegenheiten des Reiches in Italien, um für Deutschland freie Hand zu bekommen; dort stand ihm die Auseinandersetzung mit seinem Vetter und Jugendfreund Heinrich dem Löwen, dem Herzoge von Sachsen und Bayern bevor.

Zum zweiten Male standen Hohenstaufen und Welfen sich gegenüber, und als wolle das Schicksal unserem Volke das einträchtige Wirken zweier so machtvoller Persönlichkeiten nicht gönnen, wie Friedrich Rotbart und Heinrich der Löwe es waren, kam es zum inneren Kriege zwischen beiden. Der Anlaß war dadurch gegeben, daß Heinrich den Kaiser im Lombardenkampfe (1176) im Stiche gelassen hatte, so daß Friedrich in der Schlacht bei Legnano unterlegen war.

Als der Kaiser 1178 siegreich nach Deutschland zurückgekehrt war, lud er den stolzen Welfen, der sich inzwischen zahlreiche Übergriffe gegen andere Reichsfürsten, Bischöfe und Städte hatte zu schulden kommen lassen, wiederholt zur Rechtfertigung vor sich, und belegte ihn, als er nicht erschien, mit der Reichsacht.

Auch dann noch fügte Heinrich sich nicht, so daß der Kaiser selbst gegen ihn zu Felde zog und ihn besiegte: schwer traf Friedrichs strafende Entscheidung den übermächtigen Großen. Er wurde (1182) seiner Ämter entsetzt und für drei Jahre nach England verbannt; das Herzogtum Bayern wurde dem Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach verliehen; Sachsen wurde dem Welfen entzogen und geteilt: das stark verkleinerte Herzogtum kam an die Askanier, Westfalen ans Erzbistum Köln, Lübeck wurde freie Reichsstadt, die Grafschaften Holstein, Schwerin und Oldenburg wurden reichsunmittelbar, d. h. sie standen nur noch unter dem Kaiser als oberstem Lehnsherrn.

Der bisher mächtigste Reichsfürst behielt nichts als Braunschweig und Lüneburg, die Erblande seiner Mutter.

Die Welfenmacht war gebrochen — gebrochen für immer! Ein schweres Schicksal für den tüchtigen und kraftvollen Fürsten, der gerade in den Jahren vorher seine Eroberungen im Nordosten zum Abschluß gebracht hatte. Diese Tätigkeit Heinrichs ist in ihren bleibenden Folgen so wichtig, daß wir darauf eingehen müssen:

Während der Rotbart — damals noch sein Freund — im fernen Süden im Dienste des Kaisergedankens kämpfte, eroberte Heinrich das ganze Obotritenland (etwa das Gebiet beider Mecklenburg) und teilte es unter die Grafen von Schwerin, Ratzeburg und Dannenburg; den östlichen Teil ließ er dem angestammten slawischen Herrscherhause unter seiner Lehnshoheit. Das Christentum wurde eingeführt, und drei Bistümer, die Heinrich einrichtete, sorgten neben den Grafen für die Eindeutschung des Gebietes. Nach diesem bedeutenden Erwerb schritt Heinrich weiter nach Osten; er zwang den Pommernherzog, der seinen Sitz in Stettin hatte, sich dem

Reiche als Lehnsmann zu unterwerfen, und griff über die Oder hinüber; da folgte sein Bruch mit dem Kaiser und sein tiefer Fall.

Wahrlich, ein eigenartiges Schicksal: der Welfe niedergeschmettert in dem Augenblick, wo er Großes, Dauerndes geleistet hatte, und dies am letzten Ende zur Strafe dafür, daß er seinen kaiserlichen Freund im nutzlosen Kampf um Italien im Stiche gelassen. Die geschichtliche Gerechtigkeit gebietet es auszusprechen: mögen Friedrichs Taten glänzender, weiter sichtbar gewesen sein — die zähe, ruhige Arbeit Heinrichs des Löwen hat sie in ihren Erfolgen überdauert und ihren Meister wert gemacht, unter der Zahl der großen Deutschen genannt zu werden.

Den Höhepunkt der Macht des Kaisers Rotbart bezeichnet das glänzende Reichsfest bei Mainz (Pfingsten 1184), mit dem er die „Schwertleite" (Mündigerklärung und Ritterschlag) seiner Söhne Heinrich und Friedrich feierte, und bei dem die Blüte der Ritterschaft des Abendlandes dem ruhmbedeckten Kaiser huldigte: die Einheit des Reiches, die Macht des Kaisertums war unbestritten.

Nach diesem Feste ging Friedrich zum letzten Male nach Italien; ein weitausschauender Plan, so recht ein Kind seines Weltmachtgedankens, wurde verwirklicht, indem er Konstanze, die Erbtochter Rogers II., Königs beider Sizilien, mit seinem Sohne König Heinrich vermählte.

Ein kühner Plan, der dem schwäbischen Hause der Hohenstaufen neben der deutschen Hausmacht eine solche im äußersten Süden Italiens schaffen und gleichzeitig durch die unmittelbare Nachbarschaft dieses italienischen Hausbesitzes mit Rom den Papst in Abhängigkeit bringen sollte — ein politischer Gedanke jedoch, der den Boden des dauernd Möglichen verließ. Gewiß, der Glanz des hohenstaufischen Kaisertums wurde für den Augenblick erhöht, aber gleichzeitig wurde die Entfremdung des edeln Hauses von Deutschland eingeleitet und sein Verhängnis heraufbeschworen. Um Sizilien vergaßen die Nachfahren Friedrichs die deutsche Heimat; um Sizilien zu sichern, ließen sie die Dinge in Deutschland ihren Lauf gehen und versäumten ihre deutsche Königspflicht; um Sizilien starb der letzte Hohenstaufe, der königliche Jüngling Konradin, in Neapel auf dem Schafott. —

Nachdem Friedrich auch diesen Erfolg mit der Verheiratung seines Sohnes errungen, bestellte er ihn, den König Heinrich, zum Reichsverweser und zog als Führer des dritten Kreuzzuges zum Morgenlande; er sollte Jerusalem nicht schauen; in der Südostecke Kleinasiens ertrank der heldenhafte Greis beim Durchschwimmen des Flusses Saleph am 10. Juni 1190.

Sein Tod in der Ferne entsprach so ganz dem Wesen dieses Mannes, der über dem Streben ins Weite, Unerreichbare die nächsten Aufgaben vergaß; das deutsche Volk, das ja selbst erst durch die harte Schule vieler

Jahrhunderte zum Erkennen der politischen Notwendigkeiten gezwungen wurde, bewahrt diesem im Sinne seiner Zeit überragend großen Herrscher ein stolzes Andenken und liebt ihn noch heute, seinen Kaiser Rotbart.

Die Weltmacht der Hohenstaufen.

Größer noch als er war sein Sohn Heinrich VI. (1190—1197), ein Staatsmann ersten Ranges, ebenso kühn und groß in Plänen, wie in der Ausführung; mit eisernem Willen und rücksichtsloser Strenge ging er vor und warf in Deutschland eine welfische Empörung nieder; im Süden setzte er die Ansprüche seiner Gemahlin Konstanze durch und brachte ganz Italien unter sein Zepter.

Das war jetzt kein Streben mehr nach Weltmacht — es war schon die Weltmacht selbst: von der Oder und der Leitha im Osten bis an die Westgrenzen Burgunds und Lothringens, von der Eider im Norden bis an die Südspitze Italiens dehnte die Herrschaft des Kaisers sich aus, mehr als das: ihm huldigten als Oberherrn der oströmische Kaiser Alexios in Konstantinopel, König Amalrich von Cypern und Kaiser Leo II. von Armenien, wie ihm auch — freilich gezwungen — König Richard Löwenherz den Lehnseid für England leistete.

Ob sich unser Verstand auch dagegen sträubt, noch heute sind wir stolz über diese Stellung des unserem Volke entsprossenen Herrschers; nimmt es uns wunder, wenn die Deutschen seiner Zeit bewundernd zu ihm aufblickten, den die Welt als Schiedsrichter anerkannte?

Alles schien ihm zu gelingen — nur eines setzte er nicht durch, die reichsgesetzliche Übertragung des Erbkaisertums an sein Haus. Als staatsmännischer Kopf, der er war, hatte er erkannt, daß für das Gedeihen Deutschlands, wie für die Erhaltung des Weltreichs unbedingt die Einführung der gesetzlichen Thronerbfolge, die Abschaffung des Wahlkönigtums erforderlich sei. Sein Plan scheiterte am Widerstand der deutschen Fürsten auf dem Reichstage zu Würzburg (1196), und er konnte nur die Wahl seines Sohnes Friedrich zum König durchsetzen. Auf der Sonnenhöhe der Größe und des Ruhmes starb Heinrich am 28. September 1197 zu Messina; er wurde im Dome zu Palermo beigesetzt — der größte der Hohenstaufen.

Sein Erbe Friedrich war beim Tode des Vaters erst drei Jahre alt — wiederum erneuerte sich das Schicksal der trostlosen Zeit nach Ottos II. und Heinrichs III. frühem Abscheiden.

Auf deutschem Boden kam es sofort zur Spaltung, indem die süd- und mitteldeutschen Fürsten den Bruder Heinrichs VI., den Herzog Philipp von Schwaben, die norddeutschen Otto von Braunschweig, den Sohn Heinrichs des Löwen, zum König wählten; in Italien tat Heinrichs Witwe Konstanze den verhängnisvollen Schritt, ihren Sohn unter die Vormundschaft des Papstes Innozenz III. zu stellen.

Diesseits und jenseits der Alpen brach wieder der Bürgerkrieg zwischen Welfen und Hohenstaufen aus, und das Doppelspiel, das der Papst trieb, um das Haus seines Mündels nicht in der Machtstellung zu lassen, zeigte sich darin, daß er — der Vormund des Hohenstaufen Friedrich, — dessen Oheim, den Hohenstaufen Philipp mit dem Banne belegte.

Trotz des Bannes siegte Philipp gegen Otto und vertrieb ihn, er schien der Herrschaft sicher zu sein, als er 1208 von Otto von Wittelsbach in Bamberg ermordet wurde.

Nun wurde Otto IV. (1198—1215) allgemein und ohne neuen Kampf als König anerkannt; im Jahre nach Philipps Ermordung wurde er zum Kaiser gekrönt. Als er nun, im alleinigen Besitze der Herrschaft, begann, den kurzsichtigen Versprechungen zuwiderzuhandeln, die er dem Papste gemacht hatte, um die Kaiserkrönung zu erreichen, schleuderte Innozenz den Bann gegen ihn — noch mehr, er schob sein hohenstaufisches Mündel in den Vordergrund und veranlaßte, um seinen früheren Bundesgenossen zu vernichten, Friedrichs Erhebung zum König: der junge Fürst, damals 18 Jahre alt, eilte aus Italien nach Deutschland und gewann rasch die Übermacht: am 9. Dezember 1212 wurde er in Mainz gekrönt.

Otto IV., bald von allen, selbst den sächsischen Stammesgenossen verlassen, entsagte der Krone und starb 1218 vergessen auf der Harzburg.

Friedrich II. (1212—1250) hatte, als er deutscher König wurde, eine Jugend hinter sich, vergleichbar der Heinrichs IV. Unter die Vormundschaft des Papstes gegeben, der doch zuerst den Vorteil Roms im Auge hatte, war er von vornherein in falscher Stellung; die ungewissen Verhältnisse Süditaliens brachten es mit sich, daß selbst seine sizilianischen Erblande ihm nicht sicher waren; die päpstliche Aufsicht, die ihn überall beobachten ließ, Untreue und Verrat durch Diener seines Vaters — alles das lehrte ihn vor der Zeit Mißtrauen gegen die Menschen, ja Menschenverachtung, und erzog ihn zu einem Meister der diplomatischen Künste.

Der deutsche Fürstensproß — Sohn einer normannischen Mutter — hatte seine ganze Jugend im Süden verbracht und kannte das Heimatland seines Hauses nicht; heimisch geworden ist er niemals auf deutschem Boden, der ohne seine Schuld seinem Volke entfremdete Fürst.

Besondere Zuneigung brachte er dem arabisch-sarazenischen Wesen entgegen, das er in Sizilien kennen gelernt hatte; gegen welsche Untreue umgab er sich mit sarazenischen Leibwächtern.

Er war ein Mensch von glänzender Begabung, von umfassender Bildung — in kirchlichen Fragen gleichgültig; leidenschaftlich und doch fast niemals die Selbstbeherrschung verlierend; furchtlos tapfer, in allen Künsten des Krieges vertraut — und doch kein Freund kriegerischer Entscheidungen; ein Staatsmann von unerschöpflichen Mitteln, zähe und

skrupellos; in Denken und Fühlen ganz ein neuzeitlicher Mensch; ein Freund und Bewunderer der Künste und des Lebensgenusses.

Alles in allem ein bedeutender Mensch, der geistvollste aller deutschen Kaiser und Könige — aber auch er befangen in den Gedanken der kaiserlichen Weltherrschaft, auch er darüber die nächsten Aufgaben seiner deutschen Königspflicht vergessend. All sein Tun — unermüdlich und im einzelnen bewundernswert — ändert nichts daran, daß er seines Hauses und des deutschen Volkes Unglück herbeigeführt hat.

Mit seinen Kämpfen gegen die lombardischen Städte und mit seinem erfolgreichen Kreuzzug können wir uns nicht näher beschäftigen; uns geht hier nur an, was sich auf deutschem Boden ereignete.

Ein in seinen Folgen wichtiger Vorgang ist die Überführung des deutschen Ritterordens vom heiligen Lande nach dem deutschen Osten. Hermann von Salza, der große Hochmeister jenes Ordens, der gleich anderen ritterlichen Kampfgenossenschaften ein Kind der Kreuzzüge war und sich als Aufgabe den Kampf gegen die Ungläubigen gesetzt hatte, erkannte in der Unterwerfung des europäischen Ostens ein erreichbares Ziel. Nachdem er zuerst in Siebenbürgen den mißlungenen Versuch der Niederlassung seines Ordens gemacht hatte, erwirkte er vom Kaiser die Erlaubnis, gegen die heidnischen Preußen zu Felde zu ziehen. Damit wurde die Eroberung und Eindeutschung der heutigen Provinzen Ost- und Westpreußen eingeleitet; — wir werden darauf im Zusammenhang mit der großen kolonialen Bewegung des 13. Jahrhunderts zu sprechen kommen.

Von größter Bedeutung war es, daß fast gleichzeitig der Einfluß Dänemarks auf die anstoßenden Reichsteile gebrochen wurde; König Waldemar II. hatte seine Macht weit ausgedehnt und war über die Elbe bis zur Weser vorgedrungen; da schlossen sich ohne des Kaisers Zutun norddeutsche Fürsten und Städte zusammen und besiegten Waldemar in der entscheidenden Schlacht von Bornhöved (1227): Dänemark wurde über die Eider zurückgedrängt, die Gebiete an der Nord- und Ostsee wurden der deutschen Herrschaft gesichert und die Eindeutschung Mecklenburgs und Pommerns fortgesetzt.

War die Berufung des deutschen Ordens durch Friedrichs II. eine Quelle großer Erfolge für die Zukunft, so haben andere seiner Maßnahmen geradezu zerstörend gewirkt. Zunächst verlieh er den Fürsten, um die Wahl seines Sohnes Heinrich zum König durchzusetzen (1220), zum bleibenden Schaden der Königsgewalt eine Reihe wichtiger Rechte; später, im Jahre 1231, ging er noch weiter und untergrub geradezu die Stellung des Königtums, indem er die Fürsten als Landesherren anerkannte, ihnen die Erblichkeit ihrer bisherigen Lehen zugestand und außerdem ihnen das Markt- und Münzrecht, das Recht der Befestigung für ihre Städte und der

Gesetzgebung in ihren Gebieten verlieh. Damit war die Reichsverfassung gesprengt: aus den als königlichen obersten Beamten eingesetzten Herzögen, Markgrafen und Grafen waren selbständige Landesherren geworden; dasselbe galt von den Erzbischöfen, Bischöfen und Äbten.

Im Gegensatz zu dieser Begünstigung der weltlichen und geistlichen Fürsten hemmte und hinderte Friedrich die Entwicklung der Städte auf jede Weise; das für das Königtum Richtige wäre gewesen, die Städte zu fördern und aus ihnen Gegengewichte gegen die Bestrebungen der Fürsten zu machen, aber Friedrich hielt deren Gunst für wichtiger und verbot den Städten die Aufnahme außerhalb Wohnender, sowie den Abschluß von städtischen Bündnissen zum Nachteil der Landesherren, ja, er verpflichtete sich sogar, überhaupt keine neuen Städte zum Schaden der Fürsten zu gründen.

Alle diese höchst unglücklichen Maßnahmen sind nur erklärlich aus dem Bestreben, die Weltmachtstellung des Kaisers selbst auf Kosten des deutschen Königtums aufrechtzuerhalten; er übersah nur eines, daß dieses Kaisertum, wenn überhaupt, nur auf der Grundlage eines starken deutschen Königtums möglich war. Indem er, ohne inneren Anteil an dem Schicksal des ihm fremd gebliebenen Deutschland, das Königtum dort bis zur Machtlosigkeit schwächte, hat er zugleich dem Kaisertum den Todesstoß versetzt.

Gegen das Ende seines Lebens wurden dem Kaiser in Heinrich Raspe, dem Landgrafen von Thüringen (1246—1247), und Wilhelm von Holland auf Betreiben des Papstes Innozenz IV. zwei Gegenkönige aufgestellt, die ihm aber nicht gefährlich wurden. Das Papsttum erblickte in dem Freigeist Friedrich seinen Todfeind — und es nutzte ihm nichts, als er trotz seiner völlig unkirchlichen Gesinnung, um sich der Kirche aus politischen Gründen willfährig zu erweisen, die Errichtung von Ketzergerichten zuließ, daß er selbst grausame Gesetze gegen die Ketzerei verkündete und dem schrecklichen Konrad von Marburg erlaubte, mit unmenschlichen Strafen gegen sog. Ketzer zu wüten.

Wegen der politischen Ansprüche des Kaisers auf die Oberhoheit über die lombardischen Städte war es im Jahre 1239 von neuem zu offenem Kampfe zwischen Papsttum und Kaisertum gekommen, da Gregor IX. sich in jenen Streit Friedrichs mit Mailand und den anderen oberitalienischen Städten eingemischt hatte; sein Nachfolger, Innozenz IV., setzte den Kampf fort, und über ein Jahrzehnt wütete ein fürchterlicher Bürgerkrieg in Italien. Alle politischen Machtgelüste des Papsttums lebten wieder auf; der Bann wurde über den Kaiser und alle ihm Treuen verhängt, ja, auf dem Konzil von Lyon (1245) erklärte Innozenz „kraft der ihm von Gott verliehenen Gewalt zu pflanzen und auszureißen" den Kirchenfeind Friedrich all seiner Würden und Kronen verlustig, all seine Untertanen des Treu-

eides ledig. Dadurch wurde auch Deutschland selbst in den Kampf hineingezogen, und es war die Wahl der beiden Gegenkönige erfolgt.

Wie sein Großvater, der Rotbart, so verteidigte auch der zweite Friedrich die Rechte und die Stellung der Kaisergewalt mit zäher Ausdauer; er erlebte das Ende des Streites nicht und starb am 13. Dezember 1250 in Süditalien; wie sein großer Vater Heinrich VI. fand er die letzte Ruhe im Dome zu Palermo. Ein edles Leben verloren an einer unlösbaren Aufgabe — ein Leben voll von Widersprüchen und Enttäuschungen, aber doch das Leben eines Mannes, der unsere Liebe, unsere menschliche Teilnahme verdient.

Trotz der folgenreichen Fehler seiner Politik, trotz seiner mangelnden Zuneigung für Deutschland, erblickten die Deutschen seiner Zeit und der Nachwelt in ihm einen Helden ihrer Geschichte und, als die Kaisermacht ganz verfiel, den letzten großen Vertreter des Kaisergedankens. Das war er gewiß, und es ist kein Wunder, daß sein Bild sich im Jammer des Reichsverfalls verklärte, daß die Erinnerung es hinübernahm in die Sage und mit der Gestalt Karls des Großen verschmolz, der im Untersberg nur schlafe, um zu kommen, wenn das Reich in Not sei. So hieß es nach des letzten großen Hohenstaufen Tode bald, auch er sei nicht gestorben, er schlafe im Kyffhäuser, dort wo die Staufenburg Tilleda gestanden hatte, und er komme wieder als Retter und Wiederaufrichter des Reichs, wenn die Not am größten sei.

So bezieht sich die Kyffhäusersage auf Friedrich II., nicht auf seinen kaiserlichen Großvater Friedrich Rotbart; erst das beginnende 19. Jahrhundert hat „den alten Barbarossa, den Kaiser Friederich" zum Helden jener Sage gemacht.

Die letzten Hohenstaufen.

Mit Friedrichs Tode neigte das Glück der Hohenstaufen sich schnell zum Untergang.

Konrad IV. sein Sohn, erwählter deutscher König, legte größeres Gewicht auf den italienischen Besitz seines Hauses und verließ Deutschland für immer; er starb schon 1254.

Sein Erbe, der zweijährige Knabe Konradin wurde in Deutschland erzogen; als sein Oheim und Vormund, der edle und tapfere König Manfred gegen den vom Papste herbeigerufenen Grafen Karl von Anjou unterlegen war (1266), zog der Sechzehnjährige aus nach Süden, ein ritterlicher Jüngling, sein väterliches Erbe wieder zu gewinnen. Er wurde von Karl von Anjou bei Tagliacozzo besiegt und endete am 29. Oktober 1268 auf dem Karmelitermarkt zu Neapel durch das Beil des Henkers.

Der letzte Hohenstaufe auf dem Schafott — dahin hatte die Verbindung des edlen Geschlechtes mit Sizilien geführt!

Die „kaiserlose Zeit".

Und Deutschland, was sollte aus ihm werden? Es wurde eine Beute des Haders und der Zwietracht, des Krieges aller gegen alle.

König Wilhelm, Graf von Holland, der nach Konrads Tode allgemein anerkannt wurde, ein tapferer, ritterlicher Herr, fiel schon im Jahre 1256 im Kampfe gegen die Friesen. Nun kam es zur Doppelwahl: Richard von Kornwallis und Alfons von Kastilien, von zwei Fürstenparteien gewählt, können irgend welche Bedeutung nicht erlangen — beide sind Fremde, die sich überdies ums Reich nicht kümmern.

Es war die kaiserlose, die schreckliche Zeit (1256—1273); Deutschland war kein einheitliches Reich, kein Staat mehr; die durch Friedrich II. geschaffenen Landesherren befestigen sich schnell in der Macht und erweitern ihre Gebiete durch gewaltsame Unterwerfung kaiserlicher Städte; sie leben untereinander in ewiger Fehde. Ein Raubrittertum bildet sich aus, das in frechster Weise Straßen und Ströme unsicher macht.

Die Städte, inzwischen zu Macht, Ansehen und Reichtum gelangt, und auch durch die Maßnahmen Friedrichs II. in ihrer glänzenden Entwicklung nicht aufgehalten, schließen sich zum Selbstschutze zusammen, da eine sie schützende Reichsgewalt fehlt: Arnold Walpod, ein Mainzer Bürger, gründet 1254 den rheinischen Städtebund, der mit Erfolg gegen das Raubrittertum vorgeht.

Wie die Bauern unfrei wurden.

Wir haben gesehen, wie die Weltmachtpolitik der Hohenstaufen die Grundlagen der Kaisergewalt zerstörte, indem Friedrich II. aus den Inhabern der großen Reichslehen Landesherren machte und damit recht eigentlich das Lehnswesen umkehrte; es ist hier die Stelle, die Entwicklung dieser wichtigen Einrichtung im Zusammenhang zu betrachten und wiederum in Verbindung damit zu schildern, wie es gekommen ist, daß die überwältigende Mehrheit der deutschen Freien der Unfreiheit verfiel, während andererseits aus den Unfreien ein Aufsteigen in den niederen Adel vor sich ging.

Die Bevölkerung des fränkischen Reiches zerfiel in Freie (Vollfreie), Halbfreie (Freigelassene) und Unfreie (Knechte); nur die Freien, unter denen die besonders angesehenen und alten Geschlechtern entsprossenen Adeligen eine bevorzugte Stellung einnahmen, bildeten im politischen Sinne das Volk; nur sie hatten Stimmrecht in den Versammlungen und bei Gericht, nur sie waren zum Heeresdienst verpflichtet und berechtigt.

Die Halbfreien und Unfreien im linksrheinischen Frankenreiche, im Gebiete des eroberten keltisch-romanischen Galliens sind wohl zum größten Teile undeutscher Abstammung gewesen; es waren Angehörige der unter-

worfenen Völker oder Kriegsgefangene; doch befanden sich darunter auch Deutsche, die durch Schuldknechtschaft oder Kriegsgefangenschaft die Freiheit verloren hatten.

Die Unfreien waren Eigentum ihres Herrn, der mit ihnen machen konnte, was er wollte; die Halbfreien — von ihrem Herrn aus der Knechtschaft entlassene bisherige Unfreie — genossen gleiche Vermögens- und Familienrechte wie die Freien, aber es fehlte ihnen das Stimmrecht, und sie durften keinen Heeresdienst leisten.

Die fortgesetzten Kriege brachten es nun zuerst mit sich, daß auch Halbfreie zum Waffendienst herangezogen wurden, wodurch ihre Stellung sich hob. Andrerseits führten sie im Zusammenwirken mit der Dingpflicht (der Verpflichtung des Freien, zum Gericht und zu den über die öffentlichen Angelegenheiten entscheidenden Versammlungen zu erscheinen) dazu, daß im Laufe der Zeit den minder Bemittelten ihre Vorrechte als Last erschienen, die abzuwerfen sie sich gern in den Stand der Unfreien begaben.

Heeresdienst und Dingpflicht waren unentgeltlich — nicht nur das, sondern der Freie mußte sich auch Waffen, Kleidung und Nahrung selbst stellen. Solange das Volk noch keine festen Sitze gewonnen hatte, solange es also nur aus Kriegführenden ohne dauernden Eigenbesitz bestand, war dies unbedenklich — anders wurde es, als Gallien erobert war und die zur Ansiedlung gelangenden Franken in der großen Mehrzahl seßhafte Bauern geworden waren, begabt mit mäßigem Landbesitz und darauf angewiesen, durch den Landbau sich und die Ihren zu ernähren. Jetzt empfanden sie die Unterbrechung ihres bäuerlichen Lebens durch die Heerzüge oder Gerichtstage als Beeinträchtigung, die um so schwerer wiegen mußte, je übler einerseits ihre wirtschaftliche Lage sich gestaltete, und je größere Opfer andrerseits Kriegsdienst und Dingpflicht forderten. So erleben wir das Eigenartige: die höchsten Vorrechte der Freien, heilig und wert gehalten von allen, solange sie nicht seßhaft waren, wurden nun für die Mehrzahl der seßhaft gewordenen die Ursache der Unfreiheit.

Das kam so: die fränkischen Könige hatten, wie wir wissen, um das eroberte Land zu verwalten, beamtete Grafen eingesetzt, die an Stelle des Geldlohnes mit Land belehnt wurden; daneben waren Kirchen und Klöster mit Königsgut beschenkt worden, und es war auch durch Kauf und auf andere Art großer Grundbesitz in einzelne Hände gekommen; auf diese Weise waren große Grundherrschaften entstanden. Sie wirtschafteten zunächst wohl nur mit unfreien und halbfreien Pächtern; deren Zahl wird nicht genügt haben, um den Landbesitz wirklich zu erschließen, und man sah sich nach anderen Arbeitskräften um.

Dies Bedürfnis der großen Grundherren (Grafen, Bischöfe, Klöster usw.) begegnete dem Wunsche der der Lasten ihrer Freiheit überdrüssig gewordenen

Bauern, sich in fremde Abhängigkeit zu begeben, um der Heeres- und Dingpflicht ledig zu werden; nicht nur solche, die sich als Pächter auf Herrengüter verpflanzen ließen, handelten so, sondern in Massen traten Bauern mit ihrem Eigenbesitz an Grund und Boden unter den Schutz der großen Herren, indem sie ihnen das Eigentum daran übertrugen und auf ihren bisherigen Hufen Hintersassen wurden.

So geschah es, daß nach und nach die überwältigende Mehrheit der Franken im Gebiete des eroberten Gallien sich freiwillig in den Schutz, in „die Munt" reicher Grundherren gab und damit ein von Kriegsdienst und Dingpflicht bewahrtes Dasein gewann, das auch insofern wirtschaftlich gesichert war, als der Grundherr für seine Leute sorgen mußte — aber diese Vorteile wurden erkauft durch die Preisgabe der Freiheit: die in fremde Munt Gegebenen wurden unfrei.

Diese Entwicklung setzte im eroberten Gallien wohl bald nach der Landnahme ein und war unter den ersten Karolingern schon zum Abschluß gekommen; sie war durch die Kriege Karl Martells gegen die Araber beschleunigt worden, da diese mit vorzüglichen Rossen ausgerüsteten Feinde zu einer veränderten Kriegsführung gezwungen hatten: bis dahin, also bis etwa zum ersten Drittel des achten Jahrhunderts, bestanden die fränkischen Heere nur aus Fußkämpfern — abgesehen vom Könige, dem Königsgefolge und den Anführern. Jetzt aber mußten gegen die Araber Reiterheere gebildet werden, und zwar mußten die Dienstpflichtigen neben der Bewaffnung nun auch noch die Rosse auf eigene Kosten stellen. Dies war eine so schwere Belastung, daß der unbemittelte Freie sie nur mit Not erschwingen konnte — um ihr zu entgehen, begaben sich gerade zur Zeit Karl Martells bisher freie Bauern in Masse unter „die Munt" großer Grundherren. Das konnte gerade damals um so eher geschehen, als dieser mächtige Hausmeier eine Maßregel getroffen hatte, die aus ganz großen Grundherrschaften viele kleinere gebildet hatte: um die Ausrüstung und Unterhaltung von Abteilungen des Reiterheeres zu ermöglichen, hatte er den Bischöfen und Klöstern ihren Landbesitz zum großen Teil abgenommen und an Männer seines Gefolges zu Lehen gegeben, die verpflichtet waren, nicht nur selbst Reiterdienst zu tun, sondern auch eine gewisse Zahl von Reitern zum Heere zu stellen. Diese neuen Lehnsleute des Königs brauchten Bauern, und sie fanden Massen bisher freier Franken bereit, in ihren Dienst zu treten.

Als Karl der Große die Herrschaft antrat, wird es auf westfränkischem Boden schon kaum noch freie Bauern gegeben haben. Im ostfränkischen Lande hatte die Entwicklung wesentlich später begonnen, war aber zu seiner Zeit immerhin schon vorgeschritten; Karl sah in dem Verschwinden des freien Bauernstandes eine Gefahr und suchte ihr dadurch zu begegnen, daß er die Heeres- und Dingpflicht der Bauern erleichterte.

Umsonst — das Schicksal ließ sich nicht aufhalten: der Zerfall des karolingischen Reiches, die inneren Unruhen, die Rechtsunsicherheit wirkten im östlichen Teile des Frankenreichs in derselben Weise wie früher im Westen, im eroberten Gallien; als dann das Reich von Osten her die Angriffe der madjarischen Reiterscharen zu bestehen hatte, wurden auch hier Reiterheere nötig, und ihre Ausrüstung und Unterhaltung beschleunigte rechts vom Rheine die Entwicklung, wie dies die Araberkriege zur Zeit Karl Martells links vom Rheine getan hatten.

Man wird sagen können, daß das ausgehende 10. Jahrhundert im deutschen Reiche, das sich inzwischen von Westfranken endgültig getrennt hatte, im großen ganzen keine freien Bauern mehr gesehen hat — außer in Niedersachsen, Tirol, Ostfriesland und Dithmarschen, wo ein selbständiger freier Bauernstand sich erhielt.

So war die Masse der Deutschen zu Knechten geworden; dies Volk, das mit ungestümem Freiheitsdrang in die Geschichte eingetreten war, hatte es zugelassen, daß seine überwältigende Mehrheit unter wirtschaftlichem Druck, aber aus eigenem Antrieb sich der Freiheit begeben hatte: nur der Adel, die Geistlichen und die städtische Bevölkerung waren frei geblieben, das Landvolk war leibeigen geworden, war in Knechtschaft verfallen. Es entstand der Rechtsspruch „Stadtluft macht frei — Landluft macht unfrei".

Man darf nun nicht denken, daß diese Unfreiheit in den ersten Jahrhunderten schwer zu ertragen gewesen wäre. Die Grundherren hielten ihre Leute gut, sorgten für sie, und es lag in ihrem eigenen Vorteil, daß der Bauernstand voran kam; wir wissen, wie Großes er in der inneren Eroberung unseres Vaterlandes, in der Urbarmachung des Bodens geleistet hat. Schlimm wurde die Lage der Bauern erst — wir werden später davon hören — als die eindringende Geldwirtschaft die Grundherren in Not brachte und als im Zusammenhang damit das Verhältnis zwischen ihnen und ihren Bauern entartete.

Da freilich kamen die Zeiten der Armut, des Druckes, des Elends, die in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts zu den blutig niedergeworfenen Bauernkriegen führten — erst die Maßnahmen Kaiser Josefs II., die französische Revolution und die Reformen des Freiherrn vom Stein haben den deutschen Bauern wieder die Freiheit gebracht, die in Preußen schon Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, in Österreich die treffliche Maria Theresia durch mannigfache Erleichterungen der bäuerlichen Lasten vorbereitet hatten.

Es ist ein Beweis für die unverwüstliche Gesundheit unseres Volkes, daß dieser wichtige Stand, der Urquell der Volkskraft, die jahrhundertelange Knechtschaft ertragen hat, ohne zugrunde gerichtet zu werden.

Vasallentum, Lehnswesen, Rittertum.

Und wunderbar, während so unter den Franken in Gallien Massen freier Volksgenossen unfrei wurden, geschah es — wiederum unter der Einwirkung des Kriegsdienstes — daß Halb- und Unfreie nicht nur frei wurden, sondern in den niederen Adel aufstiegen.

Die Könige und die Grundherren hatten halb- und unfreie Knechte; je mehr Menschenkräfte die ewigen Kriege verbrauchten, je mehr die Bauern sich vom Kriegsdienst zurückzogen, umsomehr mußten Halbfreie und endlich Unfreie dazu herangezogen werden. Nun ist wohl einzusehen, daß infolge des Kriegsdienstes die dazu verwendeten Halb- und Unfreien gehoben wurden, daß ihnen zuerst mit Beschränkungen und später ohne solche die Freiheit verliehen wurde.

Von besonderer Bedeutung war dies für das Gefolge des Königs; auch dort fanden sich neben Freien, die sich freiwillig dazu gestellt hatten, Halbfreie und Unfreie; durch den Waffendienst wurden auch sie frei, und das Königsgefolge bildete innerhalb des Heeres eine bevorzugte Schicht, ohne Rücksicht auf die Abstammung der Einzelnen, ausgezeichnet durch das besondere Vertrauen des Königs und im engsten Treu-Verhältnis zu ihm stehend.

Diese Gefolgsleute entlohnte der König mit Land, das er ihnen zu „Lehen" gab, wie er es schon früher seinen Beamten (Grafen und Bischöfen) getan hatte. Das Land blieb des Königs Eigen, nach seinem Willen wurde es ihnen entzogen, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllten oder die Treue verletzten; mit ihrem Tode fiel es an den König zurück, dem es freistand, ihre Erben damit neu zu belehnen oder es anders zu vergeben.

Mit dem Lehen war die Pflicht verbunden, dem König Kriegsdienst zu leisten und weitere Bewaffnete zu stellen, die obrigkeitliche Verwaltung des zu Lehen gegebenen Landes zu besorgen und ihre Lasten zu tragen.

So entstand neben dem alten Geschlechts- und Beamtenadel der mit großen Lehen begabten Grafen ein neuer niederer Adel, der sich, da auch bisher Halb- und Unfreie dem Königsgefolge angehörten, neben Freien aus solchen bildete. Dieser Adel waren die Vasallen — und es ist für seine Entstehung bezeichnend, daß dies den neuen Stand bezeichnende Wort aus dem keltischen „gwas" = Knecht entstanden ist. Dem Beispiel des Königs folgten im Frankenreiche links vom Rheine die großen Grundherren (Grafen, Bischöfe); sie, selbst vom Könige belehnt, gaben Afterlehen aus, deren Inhaber auch in den niederen Adel aufstiegen.

Auch diese Entwicklung wurde von den Araberkriegen zur Zeit Karl Martells beeinflußt; die Reiterheere machten eine Ausbreitung des „Vasallentums" nötig; auch sie greift später zur Zeit Karls des Großen auf deutschen Boden rechts vom Rheine über und wird hier unter den ersten

Sachsen-Herrschern durch die Madjaren-Kämpfe beschleunigt. Und wie im West-Frankenreiche die Großen Vasallen an sich heranzogen, so geschah es auch hier, daß die Herzöge, Erzbischöfe, Markgrafen, Bischöfe und Grafen Leute aus ihrem Gefolge zu Vasallen erhoben, und daß auch hier ein ausgebreiteter niederer Adel sich bildete, der neben Freien bisher Halb- und Unfreie einschloß.

Aus ihm erwuchs das Rittertum, das auf deutschem Boden unter dem Rotbart seine Blütezeit erlebte und dessen Entwicklung für ganz Europa in der Zeit der ersten Kreuzzüge den Höhepunkt erreichte. Der Stand der Vasallen war recht eigentlich Schwertadel, der Träger der kriegerischen Leistungen des Volkes, kampfgewohnt und tapfer; er war seinem Lehnsherrn zu Huld und Treue verpflichtet, und er schuf sich ein besonderes, stolzes Standesbewußtsein, dessen Grundlage Treue und Tapferkeit waren. Mit dem Erwachen inniger Frömmigkeit seit etwa Kaiser Heinrich III. trat hierzu die feurige Hingabe an den christlichen Glauben; das gestärkte Rechtsgefühl im Bunde mit milderem Sinne machte das Eintreten für Schwächere, für Witwen und Waisen, und den Schutz des Rechtes zur Pflicht; die verfeinerte Lebensführung und die erhöhte Bildung brachten die Verehrung der Frauen, den Minnedienst. So haben wir die Hochgedanken zusammen, denen die deutsche Ritterschaft, in Auffassung, Sitten und Gebräuchen von Frankreich aus beeinflußt, in den Tagen Kaiser Rotbarts ihr Leben weihte: Treue und Tapferkeit; Christentum und Frauendienst; Schutz des Rechtes und der Schwachen.

Diesen Hochgedanken entsprang die an Blutopfern furchtbar reiche Teilnahme der Ritterschaft an den Kreuzzügen, ihnen auch die Werke ritterlicher Dichtkunst, von denen wir hören werden. Von besonderer Bedeutung war die Gründung von „Ritterorden", deren Angehörige sich dem Kampfe für das Kreuz gegen die Ungläubigen weihten, und die die mönchischen Gelübde der Keuschheit und Armut ablegten; diese geistlich-ritterlichen Orden sind recht eigentlich eine Frucht der verzückten Frömmigkeit der Kreuzzüge; von ihnen wurde der deutsche Orden durch seine Großtat der Eroberung des Ostens politisch am bedeutsamsten.

Aber die Blüte des Rittertums war kurz: der Verfall der hohenstaufischen Herrschaft hatte neben der politischen Verwirrung in den immerwährenden Parteiungen den sittlichen Verfall des niederen Adels im Gefolge. Soweit er landansässig war, litt er unter dem Eindringen der Geldwirtschaft und verarmte; eine Verwilderung, die von den früheren Hochgedanken nichts mehr wußte, riß ein, und die kaiserlose Zeit sah einen großen Teil dieses einst so strengen Rittertums als Straßenräuber und Peiniger ihrer Bauern. Strengste Maßregeln der Könige und der Landesherren und die Selbsthilfe der Städte unterdrückten dies Unwesen; das 14. und 15. Jahrhundert hatten wieder eine im großen ganzen ehrbare

Ritterschaft, die sich hauptsächlich dem Waffenhandwerk widmete. Freilich, wo die Landesherren keine Ordnung hielten, ging es übel her und manch altes Geschlecht lebte vom Raube, wie die Quitzows in Brandenburg. Eine neue Entwicklung leiteten die Erfindung des Schießpulvers und die nun aufkommenden Feuerwaffen ein; die Fähnlein der Landsknechte verdrängten die reisigen Heere der Ritter und entfremdeten sie dem edlen Waffendienste. Fast gleichzeitig brachte der Sieg der Geldwirtschaft vielen von ihnen neue Not — und wieder gingen sie als Wegelagerer auf die Straßen, bis diesem entarteten Rittertum das anfangende 16. Jahrhundert ein Ende bereitete.

Der gesund gebliebene oder wieder gewordene niedere Adel begab sich mit Vorliebe in den Dienst der Fürsten; seine Angehörigen haben den Territorial-Staaten als Beamte und im Heeresdienste Großes geleistet. Daneben kam der ansässig gebliebene Landadel wieder zur Kraft, nachdem erst die schlimmen Übergangszeiten in die Geldwirtschaft überwunden waren; im linksrheinischen Deutschland durch die französische Revolution fast ganz beseitigt, hat er sich sonst erhalten und erlangte besonders rechts von der Elbe größte Bedeutung.

Doch wir sind — um ein zusammenhängendes Bild zu geben — voraus geeilt; wir stellen fest, daß am Ende der hohenstaufischen Zeit das Lehnswesen seinen die Kaisergewalt zerstörenden Abschluß gefunden hatte: die Inhaber der als Reichsämter vergebenen großen Lehen waren selbständige Landesherren geworden, die ihre Länder als Eigenbesitz auf ihre Nachkommen vererbten, und in gleicher Weise wurden die kleineren und die Afterlehen vererbliches Eigentum der Vasallen.

Ausdehnung nach Osten.

In dieser Zeit der Zersplitterung und Zerrissenheit, wie sie dem Verfall der Kaisergewalt folgte, gelang dem deutschen Volke die größte Tat seiner mittelalterlichen Geschichte: die Eroberung und Besiedlung des Ostens. So groß war der Reichtum, der Überschuß an Volkskraft, daß trotz der unsäglichen Opfer der Kreuzzüge und der steten Kriegsfahrten nach Italien Massen wanderfroher Männer sich bereit fanden, „gen Osten zu fahren".

Die Besiedelung des den Slawen wieder abgenommenen Landes konnte zunächst nur eine bäuerliche sein, denn es mußte erst urbar gemacht und in den Stand gesetzt werden, eine größere Einwohnerzahl zu ernähren; so ist es denn tatsächlich gewesen, und etwa bis zum Ausgang des zwölften Jahrhunderts herrscht die Bauernsiedlung vor.

Sobald nur genügend vorgearbeitet war, erleben wir einen wunderbaren Vorgang, der uns fast „amerikanisch" anmutet: in kürzester Zeit entstehen Städte, die sich zu einer im alten Reiche nicht vorhandenen Macht

entwickeln — ja, es entstehen neue Staaten, die für die Zukunft des Vaterlandes späterhin entscheidend werden sollten.

Das Eroberungsgebiet Heinrichs des Löwen und seiner Helfer war in der Hauptsache das Land an der Ostsee, das von den Obotriten bewohnt wurde und sich im großen ganzen mit dem heute mecklenburgischen Gebiete deckt. Hier entstanden in dem ersten und zweiten Viertel des dreizehnten Jahrhunderts Städte wie Rostock, Wismar, Greifswald; als dann die Oder überschritten war, folgten Kolberg und Danzig.

Unaufhaltsam führte der Weg weiter über die Weichsel, ja über das Meer nach dem wilden Norden. Schon Ende des zwölften Jahrhunderts finden wir deutsche Siedler im heutigen Livland; im großen Maßstabe wurde dies Land erschlossen, als der Bremer Domherr Adalbert von Appeldern 1201 die Stadt Riga gründete und den Orden der Schwertbrüder ins Leben rief. So alt sind die deutschen Siedlungen in den baltischen Ostseeprovinzen, in denen heute das Deutschtum den Kampf auf Leben und Tod zu führen hat; die Gefahr war für sie von vornherein die, daß sie vom Kerne des Mutterlandes zu weit entfernt waren und nicht in Massen besiedelt werden konnten; die Deutschen saßen nur als dünne Oberschicht, als „Herrenvolk" über der Masse der Unterworfenen.

Eine wirkliche Massenbesiedlung und damit dauernde Gewinnung der eroberten Gebiete leistete der deutsche Ritterorden, indem er von den Grenzen der Koloniallande Heinrichs des Löwen aus Schritt für Schritt vorging, stets im engsten Zusammenhang mit dem Mutterlande, stets neue Ströme von Zuwandernden heranziehend. Der Hochmeister Hermann von Salza hatte von Kaiser Friedrich II. die Erlaubnis erwirkt, nach Osten zu ziehen; er folgte dem Rufe des Polenherzogs Konrad von Masowien, den die heidnischen Preußen schwer bedrängten. Auf des Hochmeisters Weisung kam im Jahre 1229 Hermann Balke als Landmeister des Ordens mit wenigen Gefährten ins Kulmerland; es war die Geburtsstunde des weltgeschichtlichen Werkes des deutschen Ordens.

Wir können die Großtaten der jetzt folgenden, wahrhaft staatsmännisch geleiteten, Eroberung nicht im einzelnen schildern und stellen nur fest, daß nach unendlichen Kämpfen und mehrfachen Aufständen gegen 1275 das ganze Gebiet bis über die Düna hinaus unterworfen war; in mustergültiger Weise folgte der Unterwerfung stets sofort der Bau von Ordensburgen als fester Stützpunkte, dann die Massenbesiedlung des Landes mit Bauern und Bürgern und die Gründung von Städten. Ein bis ins kleinste meisterhaft vorbereiteter und durchgeführter Gang der Eindeutschung, der noch heute vorbildlich ist.

Etwa gleichzeitig mit den Anfängen der Tätigkeit des deutschen Ordens begannen die brandenburgischen Askanier in größerem Maßstabe, wenn auch langsamer und in viel geringerem Umfange, die Grenzen vorzuschieben;

sie gewinnen die Oder als Ostgrenze, die Spree-Lande Teltow und Barnim, dann Stargard und Wustrow, die Uckermark, Bautzen — ja um 1260 greifen sie über die Oder hinaus und besetzen die „Neumark". Auch hier folgt der Besitzergreifung die ländliche und bürgerliche Besiedlung auf dem Fuße, so daß die Lande bald völlig deutsch waren.

Die Wettiner gewannen das Gebiet zwischen Bober und Saale; die Deutschenordenskomturei Plauen das Vogtland; das Erzgebirge, die Elblande, die Abhänge der Gebirge an der Nordgrenze, alles wurde von deutschen Siedlungen bedeckt.

Das damals polnische Schlesien zog ungezählte Scharen von Einwanderern aller deutschen Stämme an sich und wurde in bewußter Weise von den slawischen Herrschern aus dem Hause der Piasten deutsch gemacht. Ähnlich ging es in Böhmen und Mähren, wo das gleichfalls deutschfreundliche Haus der Przemysliden Deutsche herbeirief und sie in jeder Weise begünstigte; blühende deutsche ländliche Ansiedlungen und Städtegründungen wie die von Pilsen, Budweis, Deutschbrod, Leitmeritz, Aussig, Iglau, Olmütz, Brünn waren die reich belohnende Folge.

Aber es wurde zum Verhängnis für das Deutschtum jener Länder (Böhmen und Mähren), daß die Einwanderung zur völligen Eindeutschung doch lange nicht ausreichte; die Masse der Bevölkerung blieb slawisch (tschechisch) und, obwohl sie alle Geschenke der höheren Kultur von den Deutschen annahm, deutschfeindlich. Die Nachwirkungen erleben wir heute, wo in diesen Landen das Deutschtum sich gegen die Anmaßungen der Tschechen zu wehren hat. Wir wollen im Gedächtnisse festhalten: nicht ungebeten, nein, von den rechtmäßigen Fürsten gerufen, sind die Deutschen dorthin gekommen.

Genau wie nach Ungarn: dorthin hatte schon König Geisa II. um 1150 niederrheinische Siedler nach dem Gau „Sibin" kommen lassen; es sind die Vorfahren der heutigen „Sachsen" in Siebenbürgen. Später besiedelte der deutsche Orden das Burzenland; aus politischen Gründen verjagte König Andreas im Jahre 1225 die Ritter, die von hier nach Preußen zogen; die bäuerliche Bevölkerung blieb sitzen und erhielt die Siedlung bis heute.

Zu größeren Massensiedlungen kam es nicht mehr; dagegen wurden zahlreiche deutsche Städte auf königliche Einladung und mit weitgehenden Vorrechten gegründet, wie Ofen, Stuhlweißenburg, Raab, Komorn u. a. Sie lagen mitten in rein madjarischer Bevölkerung und waren nicht volkreich genug, um ihre Umgebung verdeutschen zu können. So kommt es, daß sie selbst, als die Madjaren zu einem angriffsweise vorgehenden Volksbewußtsein erwachten, sich nicht halten konnten, sondern madjarisch wurden. Doch ist es geschichtliche Wahrheit, daß die Städte Ungarns deutsche Schöpfungen sind, und daß diese Städte die Kulturbringer für das ganze Land

wurden: kein Zweifel, daß alle Kultur auf dem Boden des heutigen Ungarns ein Geschenk der Deutschen ist. Auch das verdient angesichts des Größenwahns der bis zum Zusammenbruch Ende 1918 Ungarn beherrschenden Madjaren festgehalten zu werden — nicht minder die Tatsache, daß ein Teil der madjarischen Magnaten-Familien, die sich als entschiedene Feinde des Deutschtums gebärden, von eingewandertem, deutschem Adel abstammt.

Nehmen wir zu dieser vom deutschen Orden und von deutschen, sowie slawischen und madjarischen Fürsten bewirkten Ausdehnung unseres Volkes die großartige Tätigkeit Lübecks, das die Gestade der Ostsee mit Tochterstädten bedeckte, so müssen wir staunen über die unerschöpfliche Kraft unseres Volkes ebenso wie über die Staatsklugheit der geistigen Führer jener Bewegung.

Damals, zur Zeit des tiefsten Zerfalls der Staatsgewalt — es war in den Jahren, wo kein deutscher König vorhanden war — brachte dies Volk es fertig, etwa zwei Drittel des heutigen Reichsbodens deutsch zu besiedeln. Was sagt das heutige Geschlecht dazu, dem es nicht gelungen ist, das bißchen Preußisch-Polen einzudeutschen?

Jene in ihren Folgen für die Zukunft des Deutschtums maßgebende Großtat war ein Werk aller deutschen Stämme: nach Nordosten zogen in der Hauptsache Westfalen, Niederländer, Niederfranken; die von Brandenburg und Meißen ausgehende Siedlung zog Thüringer und Ostfranken an; die Ostalpen- und Donaugebiete wurden von Bayern und Schwaben versorgt:

„Nach Osten wollen wir fahren
„wohl über die grüne Heide
„da ist es schön" — so klang es durch das Reich!

Nach Osten waren sie unverdrossen gefahren und hatten im harten Kampfe mit Natur und Menschen die Lande erobert, die den Kern der späteren Entwicklung abgeben sollten, der Hohenzollern- und Habsburgerstaaten. Der Schwerpunkt des politischen Lebens wurde damit nach dem Osten verschoben.

Innere Entwicklung.

Aber in dieser, wenn man so sagen will, körperlichen Kraftentfaltung und Ausdehnung hat das deutsche Leben jenes Zeitraumes sich nicht erschöpft, sondern wir sehen eine Entwicklung des geistigen Lebens, der Dicht- und Baukunst, der Geschichtschreibung, einen Aufschwung der Städte, ein Anwachsen ihres Reichtums, die uns zur Bewunderung zwingen.

Die Geldwirtschaft, von deren Beginn wir oben gesprochen haben, hatte immer größere Bedeutung gewonnen und herrschte in den Städten

unbedingt, während das wirtschaftliche Leben auf dem Lande sich noch in der alten Form der Zahlung mit Bodenerzeugnissen erhielt.

Das schnelle Vordringen der Geldwirtschaft erklärt sich daraus, daß die Städte in den großen Welthandel eingetreten waren: Augsburg, Mainz, Köln, Lübeck wurden zu wichtigen Mittelpunkten eines Handelsverkehrs, der sein Netz nicht nur über das Inland breitete, sondern sich über die Alpen nach Italien und dem Mittelmeere, den Rhein abwärts über die Nordsee nach England, von der Ostsee-Beherrscherin Lübeck nach den skandinavischen Ländern, nach Rußland und Polen ausdehnte.

Es bildete sich die Hanse, die ihre Niederlassungen in Nowgorod und Kiew, in London, Bergen und Wisby hatte, und die eine politische Machtstellung ersten Ranges gewann.

Mit dem Handel wuchs schnell der Reichtum an Geld; der Vorrat baren Geldes machte die Städte zu wichtigen Steuerquellen für den König, die weltlichen und geistlichen Stadtherren. Leistungsfähige Stadtgemeinden ließen sich die Bewilligung von Geldsteuern mit der Gewährung von Freiheiten (Markt- und Gerichtsrecht, Selbstverwaltung, Verteidigungsrecht) bezahlen. Die königlichen oder fürstlichen Beamten, die bisher die Hoheit des Staates vertreten und ausgeübt hatten, traten immer mehr zurück; ihre Befugnisse gingen auf Grund der durch Geldleistungen erwirkten Freiheiten auf den städtischen Rat über, der, einen oder mehrere Bürgermeister an der Spitze, die ganze Verwaltung nun selbständig führte. Der Rat setzte sich zu der Zeit, von der wir eben sprechen, aus dem städtischen Patriziat zusammen; dieses bestand aus den adligen Geschlechtern, die etwa vom Land in die Stadt gezogen oder dort von der königlichen oder fürstlichen Zeit her sitzen geblieben waren, und aus den Familien der zu Ansehen und Reichtum gelangten Handelsherren; später, als der Handwerkerstand sich ausgebildet und in Zünften zusammengeschlossen hatte, erzwang er sich seinen Anteil an der Stadtverwaltung in mannigfaltigen Formen, meist derart, daß ihm gewisse Stellen im Rate eingeräumt wurden. Wenn nun eine Stadt unmittelbar dem Könige unterstand, so war sie „reichsfrei" geworden; war sie einem Bischof oder Fürsten untergeordnet, so blieb sie doch trotz der etwa erlangten erhöhten Rechte „Landstadt".

Es ist klar, daß die Städte mit dem Anwachsen ihres Reichtums, ihrer inneren und äußeren Machtstellung auch politisch immer wichtiger wurden. Durch ihre Geldsteuern wurde aber auch die Hofhaltung der Fürsten verfeinert, da sie durch das Geld aus den städtischen Steuerquellen in die Lage versetzt wurden, Aufwendungen zur künstlerischen, reicheren Ausstattung ihrer Sitze zu machen und das ganze äußere Leben der Höfe vielseitiger zu gestalten. Städte und Fürstenhöfe wetteiferten so in der Begünstigung der Künste.

Die Baukunst fand an den Hohenstaufen prachtliebende und opfer-

willige Gönner: wer die Ruinen der Kaiserpfalzen zu Eger, Gelnhausen, Wimpfen und Trifels sieht, kann sich einen Begriff machen von der Großartigkeit jener Bauten; ihrem Beispiele folgten die Welfen, die in der Burg Dankwarderode zu Braunschweig, und die Thüringer Landgrafen, die in der Wartburg bei Eisenach würdige Denkmäler ihrer Macht errichteten. Alle diese weltlichen Bauten waren im reich ausgestalteten romanischen Stile ausgeführt.

In der kirchlichen Baukunst, die begreiflicherweise noch im Vordergrunde blieb, herrschte gleichfalls der romanische Stil noch vor, doch begann von Nordfrankreich her der Spitzbogen seinen Einzug zu halten (etwa um 1200), der bald in Flandern und am Rhein heimisch wurde und auch für weltliche Bauten zur Anwendung kam.

In der Malerei bemühte man sich, die Stellungen bewegter Menschen zu erfassen und nachzubilden; große Fortschritte machte die Bildhauerkunst, die besonders in Standbildern von Heiligen und Grabdenkmälern schöne Werke lieferte.

Die Geschichtschreibung blieb wesentlich noch in den Händen von Geistlichen; sie hat gerade für die Hohenstaufenzeit noch ausgezeichnete Vertreter wie Otto von Freising.

Gewaltige Fortschritte hatte die Dichtkunst gemacht; sie beweisen, wie schnell unser Volk sich geistig zu den höchsten Leistungen erhoben hat. An den Höfen der Fürsten sangen und dichteten ritterliche Sänger, indem sie Stoffe aus der alten deutschen Sage und fremde, besonders aus der französischen Sagenwelt und selbst aus dem griechisch-römischen Altertum stammende Stoffe selbständig gestalteten. Wir finden eine Tiefe der Weltanschauung, eine Schönheit der Form, eine Reife der ganzen Gestaltung, die unsere Bewunderung erregt; es sei hier vor allem Wolframs von Eschenbach herrlicher „Parzival" und Gottfrieds von Straßburg „Tristan und Isolde" genannt.

Die große Zeit der Hohenstaufen hat uns auch das Nibelungenlied beschert, die gewaltige zu den höchsten Werken des Menschengeistes zu rechnende Dichtung vom starken Siegfried und der schönen Kriemhild, von des Helden Mord und seines Weibes Rache, von der Not und dem Untergang der Burgunder im fernen Heunenlande — eine Dichtung, die neben der Schilderung des Sagenhaft-Überlieferten eine wunderbare Klarheit der Menschendarstellung aufweist und eine Persönlichkeit von der düsteren Größe Hagens gestaltet, die in keinem Dichtwerke eines anderen Volkes ihresgleichen hat.

Wir kennen den Dichter dieses herrlichen Liedes nicht. Es wird behauptet, daß das Nibelungenlied überhaupt nicht das Werk eines Dichters sei, sondern daß es sich um einzelne von verschiedenen Sängern herrührende, von fahrenden Spielleuten weiter verbreitete Teildichtungen über die alten

Sagenstoffe handele, die etwa zur Zeit der Hohenstaufen zusammengefaßt worden seien; dieser Auffassung können wir uns nicht anschließen; es widerspricht ihr der geschlossene Charakter der ganzen Dichtung, die einheitliche Durchführung der Personen. Selbstverständlich, daß der Dichter — einer der größten aller Zeiten — altgermanische Sagen und Überlieferungen aus den Kämpfen der Völkerwanderung aufgegriffen und verwertet hat: er hat sie aber bewußt zu einem Kunstwerk verarbeitet und damit seinem Volke ein Geschenk von unschätzbarem Werte gemacht.

Hat so die beschreibende Dichtung (das Epos) eine seitdem nicht mehr erreichte Höhe gewonnen, so entstand auch eine Empfindungs-Dichtkunst (Lyrik) von wunderbarem Reichtum; die Liebe, die Treue, Natur und Leben, Vogelsang und Waldesrauschen, Träumen und Kämpfen fanden ihre Sänger, von denen hier Hartmann von Aue und Reinmar von Hagenau genannt seien. Sie überragt als erster unter seinesgleichen Herr Walter von der Vogelweide, ein aus dem tirolischen Meran stammender Ritter; er hat nicht nur lyrische Dichtungen von berückendem Wohllaut der Sprache und Reichtum der Empfindung geschaffen, nicht nur gedankentiefe Lehrgedichte — er ist auch der erste und bis auf die Sänger der Befreiungskriege einzige große politische Dichter unserer Geschichte geblieben. Mit hinreißender Wärme preist er sein deutsches Volkstum, mit Wucht und Freimut singt er von des Reiches Verfall, scharf bekämpft er kaiserfeindliche Päpste und Fürsten, und begeistert tritt er für die Hohenstaufen ein. Ein hochgemuter Kämpfer mit dem Schwerte, wie mit dem Liede, von dem es mit Recht heißt:

„Herr Walter von der Vogelweide,
Wer des vergäße, tät mir leide."

Eine eigentümliche Erscheinung zeigt sich im Rechtsleben der Zeit: überall auf dem Boden des alten Reiches Zersplitterung — im Rechte aber der Drang nach Sammlung, nach Vereinheitlichung. Die alten Stammesrechte vermochte niemand mehr zu übersehen, es zeigte sich das Bedürfnis nach gemeinsamem Rechte. Wer aber hätte das schaffen sollen?

Gegen Ende der Hohenstaufenzeit kümmerten die Kaiser sich nicht um Deutschland, nach ihrem Sturze aber war keine Reichsgewalt vorhanden. Da behalf das allgemeine Bedürfnis sich in einfacher Weise: ein angesehener Schöffe Eike von Repgow hatte etwa um 1230 eine Sammlung sächsischer Rechtsgebräuche und Rechtssätze verfertigt, eine Privatarbeit, und zwar eine ausgezeichnete. Sie fand schnell Eingang bei den Gerichten, bewährte sich und gewann als „Sachsenspiegel" die Bedeutung eines einheitlichen Gesetzes, nach dem ganz Norddeutschland bald lebte. Dem guten Beispiele folgte etwa 50 Jahre später Süddeutschland, wo ein Schwabenspiegel entstand, der auch weithin als Gesetzbuch anerkannt wurde; er war im wesentlichen, was für die Einheit der deutschen Rechts-

anschauung bedeutungsvoll ist, eine Bearbeitung des älteren sächsischen Rechtsbuches.

Wir stehen am Ende dieses Zeitabschnittes und fassen rückschauend das Ergebnis dahin zusammen: die Reichsgewalt zertrümmert, selbständige Landesherrschaften, Bistümer und freie Städte entstanden; Fehde und innerer Krieg überall.

Und trotzdem ein großartiges Ausdehnen der Grenzen nach Osten!

Eine innere Fortentwicklung unseres Volkes, die es schnell auf die Höhen geistiger Betätigung führte, eine äußere, die sich im wachsenden Reichtum zeigte.

Alles in allem: das Reich war krank, todkrank — das deutsche Volk aber gesund und strotzend an körperlicher und geistiger Kraft!

Die ersten Habsburger.

Der Anstoß, der königlosen Zeit ein Ende zu bereiten, und durch die Wahl eines Königs wieder eine Reichsgewalt zu schaffen, kam von außen — von einer Stelle, die früher alles getan hatte, das Kaisertum zu schwächen, vom Papste.

Um die Hohenstaufen aus ihrem sizilianischen Besitze zu werfen, hatte der Papst den Grafen Karl von Anjou nach Italien gerufen und ihn zum König von Neapel gemacht; nun wurde dieses Königreich dem nahen Papsttum viel gefährlicher und unbequemer, als es je die mächtigsten deutschen Kaiser gewesen waren. Papst Gregor X. regte, um sich einen Schutz, ein Gegengewicht gegen Neapel zu verschaffen, nach Richard von Kornwallis' Tode (1272) die Wahl eines Königs an; die deutschen Fürsten gingen darauf ein und kürten auf dem Fürstentage zu Frankfurt auf den Vorschlag des Burggrafen Friedrich III. von Nürnberg, eines Hohenzollern, den Grafen Rudolf von Habsburg (1273—1291), einen in der nördlichen Schweiz und im südlichen Elsaß reichbegüterten Herrn.

Keine große, überragende Persönlichkeit — ein besonnener, zäher, tüchtiger Mann, Schritt für Schritt vorgehend, geschaffen für die Tätigkeit, die der trostlose Zustand des Reiches jetzt verlangte.

Die nächste Aufgabe war, Ruhe und Ordnung zu stiften, die Sicherheit wieder herzustellen, das Raubrittertum niederzuwerfen; auch mußte, was noch von Reichsgut zu retten war, gerettet werden.

Gerade das verlangte auch Rudolfs eigenes Wohl; denn, war er auch ein reicher Graf, so war er doch ein armer König und darauf angewiesen, sich eine Hausmacht zu gründen, wenn er den mächtig gewordenen Fürsten den Oberherrn zeigen wollte.

Auf dem Reichstage zu Nürnberg wurde der Beschluß gefaßt, alles

seit 1245 verschleuderte Reichsgut wieder einzufordern. Dazu gehörte in erster Reihe das Herzogtum Österreich, das König Ottokar von Böhmen sich nach dem Aussterben des Geschlechtes der Babenberger (1246) angeeignet hatte; desgleichen die Steiermark, die der Böhmenkönig den Madjaren entrissen und sich erobert, und das Herzogtum Kärnten, das er nach dem Tode des letzten Herzogs aus dem Hause Sponheim — des Reiches ungefragt — besetzt hatte.

Diese Reichsländer wurden nicht freiwillig herausgegeben, so daß es zum Kriege kommt: Rudolf besiegt den Böhmenkönig 1278 in der wichtigen Schlacht auf dem Marchfelde, gewinnt Österreich und erobert Steiermark und Kärnten zurück; die Grafschaft Krain war etwa zur selben Zeit durch Erbschaft an ihn gefallen. So war mit einem Schlage eine stattliche Hausmacht der Habsburger begründet, indem Rudolf die gewonnenen Länder an seine Söhne und nahe Verwandte zu Lehen gab.

Mit Eifer und Erfolg ging der König gegen die Raubritter vor und sicherte die Ruhe durch sog. „Landfrieden". Auch nach außen zeigte er sich als Wiederhersteller, indem er die Freigrafschaft Burgund zurückgewann. Er hatte treue, gute Arbeit getan, als er 1291 starb und im Dome zu Speier seine letzte Ruhe fand.

Schon fürchteten die Fürsten wieder das erstarkte Königtum: deshalb wählten sie nicht Rudolfs ältesten Sohn Albrecht von Österreich, sondern den Grafen Adolf von Nassau, einen kleinen im Taunus und an der Lahn begüterten Fürsten. Er war ein tapferer, persönlich tüchtiger Mann — aber ohne eigene Macht den großen Fürsten gegenüber ohne Einfluß; zudem hatte er seine Wahl durch Zugeständnisse an seine Wähler erkaufen müssen, die wiederum die Reichsgewalt schwer schädigten.

Als Adolf sich wider Erwarten den Fürsten gegenüber selbständig zeigt und sein Königsrecht geltend macht, setzen sie ihn durch widerrechtlichen Beschluß ab und wählen Albrecht; Adolf nimmt den Kampf um die Krone auf und fällt an der Spitze seines kleines Heeres im Gefecht bei Göllheim am Fuße des Donnersbergs (2. Juli 1298).

Albrecht I. (1298—1308) war nun Alleinherrscher und wurde allgemein anerkannt. Er war, wie sein Vater, erfüllt von der Überzeugung, daß ein König ohne starke Hausmacht verloren sei, und arbeitete entschlossen dahin, diejenige seines Hauses weiter zu stärken: nicht mit Erfolg, da er Holland, das erledigt war, überhaupt nicht, Böhmen nur vorübergehend für einen seiner Söhne gewinnen konnte und auch den Schweizer Waldstätten gegenüber kein Glück hatte. Den deutschen Fürsten zeigte er sich als Meister und scheute nicht davor zurück, gerade die großen rheinischen Erzbischöfe, die sich widerspenstig zeigten, im Bunde mit den rheinischen Städten zur Botmäßigkeit zu zwingen.

Mit großen Plänen trug sich der zielbewußte und tatkräftige Herrscher, als er von seinem Neffen Johann ermordet wurde.

Heinrich VII. und Ludwig der Bayer.

Die Fürsten hatten Habsburgs starke Hand und größeren Ehrgeiz an Albrecht kennen gelernt und lehnten es ab, einen Sprossen dieses Hauses zum König zu wählen; Erzbischof Balduin von Trier lenkte die Wahl auf seinen Bruder, den Grafen von Luxemburg, der als Heinrich VII. (1308 bis 1313) den Thron bestieg.

In Frankreich erzogen, aber — obwohl er nur französisch sprach — nach Erscheinung, Denken und Fühlen ganz ein Deutscher, wurde Heinrich der letzte Träger des Kaisergedankens im hohenstaufischen Sinne.

Ein hochstrebender Fürst; von der Größe seiner Aufgabe durchdrungen, wollte er die alte Kaiserherrlichkeit wiederherstellen. Nachdem er zur Befestigung der luxemburgischen Hausmacht seinen Sohn Johann mit Böhmen belehnt, zog er nach Italien. Dort herrschte völlige Zuchtlosigkeit; seit dem Verschwinden der Kaisergewalt hatte sich eine Fülle von Stadtstaaten und Kleinstaaten gebildet; gewalttätige Tyrannen hatten sich da und dort aufgeworfen, eine ununterbrochene Reihe von Fehden machten das Land verbluten; zwei Parteien, nach den Waiblingern (Hohenstaufen) und Welfen, in italienischer Sprache Ghibellinen und Guelfen genannt, rangen fast in jedem dieser kleinen Staatengebilde in grausamstem Kampfe um die Herrschaft.

Das Papsttum war — zum Werkzeug der herrschgierigen Politik des Königs Philipp des Schönen von Frankreich erniedrigt — von Rom nach Avignon in Südfrankreich übergesiedelt.

Unter solchen Verhältnissen erschien Heinrich in Italien, begrüßt von einem Aufatmen des unglücklichen Volkes, von begeisterter Zustimmung der kaiserlich Gesinnten. Es gelang ihm wirklich, in Oberitalien Ordnung zu stiften; die wichtigen Städte Genua und Pisa huldigten ihm; er wurde in Rom zum Kaiser gekrönt und zog nach Süden, um Neapel zu unterwerfen.

Nach kurzer Krankheit starb er am 24. August 1313; im Dome von Pisa wurde der hochgesinnte Fürst, den der größte Dichter Italiens, Dante Alighieri als den Retter und die Hoffnung seines Vaterlandes begrüßt hatte, begraben.

Sein Tod hatte eine Spaltung der deutschen Fürsten zur Folge, da sein Sohn Johann noch unmündig war; es kam zur Doppelwahl, indem ein Teil für Ludwig (1314—1347), Herzog von Bayern, ein anderer für Friedrich den Schönen, Herzog von Österreich stimmte. Ein Bürgerkrieg war die Folge; Ludwig siegte über seinen Gegner in der Schlacht bei Mühldorf (1322) und führte ihn gefangen nach Burg Trausnitz; bald wurde

Friedrich von Ludwig, seinem Vetter, der Haft entlassen und als Mitkönig anerkannt; er starb 1330 und ließ Ludwig im unbestrittenen Besitze der Macht.

Die Doppelwahl hatte den Papst Johann XXII., der in Avignon Hof hielt, zu dem Verlangen veranlaßt, daß der Thronstreit seiner Entscheidung unterbreitet werde; als Ludwig sich dessen weigerte, wurde er mit dem Banne belegt. Hervorragende Gelehrte stellten sich auf seine Seite, so vor allem Marsilius von Padua, und wiesen nach, daß die Ansprüche des Papstes nicht begründet seien; Ludwig selbst zog nach Italien, ließ Johann XXII. absetzen und einen anderen Papst wählen, der ihn in Rom zum Kaiser krönte.

Nun war es ein Unheil, daß Ludwig kein in sich gefestigter Charakter war, der sich über die Anmaßungen des Papstes hinausgesetzt hätte, sondern daß er hin und her schwankte zwischen kirchlich unterwürfiger Gesinnung und seinem selbständigen Königsrechte, zwischen Gewissensbissen und Empörung über die päpstlichen Zumutungen. Er konnte sich zu keinem durchgreifenden Entschlusse aufraffen, ja er ließ seine tapferen wissenschaftlichen Verteidiger fallen und knüpfte Verhandlungen mit Avignon an; dadurch noch kühner gemacht, verlangte der Papst die Abdankung des Königs.

Dies veranlaßte Ludwig, eine Fürstenversammlung einzuberufen: am 16. Juli 1338 kamen am Königsstuhle zu Rense am Rhein (in der Nähe von Koblenz) die Kurfürsten zusammen und sprachen den im Sinne unserer Zeit selbstverständlichen, damals aber unendlich wichtigen Satz aus: daß, wer durch die Kurfürsten zum König gewählt sei, dadurch kraft Gesetzes König sei, und zwar ohne die Bestätigung des Papstes; kurze Zeit später wurde dieser Beschluß auf einem Reichstag noch dahin ergänzt, daß der erwählte König kraft Gesetzes und von selbst auch Kaiser sei, dessen Recht und Würde von Gott stamme, und nicht vom Papste, wie dies auch Dante schon verkündet hatte.

Es war ein großer Augenblick: die deutschen Fürsten als Verteidiger der Königsrechte um den König geschart und dem Papsttum mit aller Schärfe entgegentretend; hervorragende Gelehrte mit dem Rüstzeug der Wissenschaft die Anmaßungen des Papstes bekämpfend: endlich in der Kirche selbst eine starke Bewegung, die von England ausging, und die bestritt, daß das Papsttum göttlichen Ursprunges sei und daß die Kirche weltliche Gewalt haben und ausüben dürfe. Bezeichnend, daß der volkstümlichste Mönchsorden jener Zeit, die Franziskaner, dem verweltlichten Papsttum auf das schärfste entgegentrat.

Die ganze Entwicklung war für das Königtum unendlich günstig — es fehlte nur ein charaktervoller, entschlossener König, der es verstand, den allgemeinen Unwillen gegen das Papsttum dadurch zu greifbarem Erfolg zu führen, daß eine selbständige deutsche Kirche, unabhängig von

Rom, gegründet wurde. Ludwig war nicht der Mann zu so segensreicher Tat; sein Gewissen war gequält von dem Banne — er fürchtete dessen Folgen im Jenseits — und so schwankte er haltlos hin und her: die große Gelegenheit wurde versäumt, die katholische Kirche Deutschlands blieb unter der Botmäßigkeit des Papstes.

Durch seine Bestrebungen zur Vergrößerung der wittelsbachischen Hausmacht (Brandenburg, Holland und Tirol hatte er gewonnen) rief er, der die Achtung der Fürsten längst verloren hatte, ihren offenen Abfall hervor; sie wählten den Enkel Heinrichs VII., König Karl von Böhmen, zum deutschen König (1346). Weder die Fürsten, noch der Gewählte durften auf diese Wahl stolz sein, die mit einer unerhörten Demütigung dem Papste gegenüber und mit schamloser Preisgabe von Königsrechten an die Fürsten erkauft war.

Wieder stand ein Bürgerkrieg bevor; er kam nicht zum Ausbruch, da Ludwig schon 1347 an einem Schlagflusse starb. Er war kein starker, kein großer Mann und ist seiner hohen Aufgabe viel schuldig geblieben, aber er war ein bewußt deutscher Fürst, der letzte Kämpfer gegen das Papsttum. Die Könige und Kaiser, die ihm folgten, kannten nur eins, das Gedeihen ihres Hauses; das Wohl des Reiches kümmerte sie nicht, und sie machten gar nicht den Versuch, eine Reichsgewalt auszuüben. Damit war der Gegensatz zum Papsttum, der ja politischer Natur war, beseitigt, und es nahte die Zeit, da beide sich verbanden, um dem zur Freiheit eines reinen, evangelischen Glaubens erwachten deutschen Volke das Joch Roms wieder aufzuzwingen.

Karl IV. und seine Nachfolger.

Karls IV. (1347—1378) wichtigste Handlung ist der Erlaß der Goldenen Bulle (1356), die eine Art Verfassung, Reichsgrundgesetz darstellt. In der Hauptsache bestimmt sie, daß das Recht der Kaiserwahl den sieben „Kurfürsten" zustehen solle, nämlich den Erzbischöfen von Mainz, Köln und Trier, dem Pfalzgrafen bei Rhein, dem Herzog von Sachsen, dem Markgrafen von Brandenburg und dem Könige von Böhmen.

Die Kurfürsten erhalten Münzrecht und oberstes Gericht; die weltlichen Kurfürstentümer sollen im Mannesstamm erblich und unteilbar sein.

Damit war der Anteil, den Karl IV. am Reiche nahm, erschöpft; er beschränkte sich auf den Ausbau seiner Hausmacht, zu der er Brandenburg hinzugewann; vor allem förderte er die Entwicklung Böhmens — daß er dies in deutschem Sinne tat, ist sein Verdienst, wenn es auch bei der höheren Kultur der Deutschen selbstverständlich war. Er zog Deutsche in Massen ins Land und begünstigte sie; Handel, Bergbau, Kunsthandwerk entwickelten sich rasch. Die Hauptstadt Prag nahm einen stolzen Aufschwung; sie wurde mit prächtigen Bauten geschmückt, die noch heute von

der großen deutschen Vergangenheit dieser jetzt vertschechten Stadt Zeugnis ablegen. Sie erhielt eine Universität, die erste, älteste auf Reichsboden, die nach der Absicht des Stifters der altberühmten zu Paris gleichwertig sein sollte (1348).

Als Karl IV. starb, hatte er, der klug-rechnende, kaufmännisch-denkende, obwohl er sich um das Reich nicht kümmerte, doch manches Gute dadurch geschaffen, daß er um seines Vorteils willen in Böhmen und auch in Schlesien die Stellung des Deutschtums gestärkt hatte; auch die Ordnung der Zustände in Brandenburg nach der wüsten Fehdezeit des falschen Waldemar ist ihm zu danken.

Sein Sohn Wenzel (1378—1400), eine träge und dabei grausame Natur, wurde zur unwürdigsten Erscheinung in der Geschichte des deutschen Königtums; er verfiel nach einer durch keine bedeutsame Tat ausgezeichneten Regierung allgemeiner Verachtung und wurde durch Beschluß der Kurfürsten des Thrones verlustig erklärt; in Böhmen regierte er noch bis 1419 weiter.

Ruprecht von Pfalz (1400—1410), an seiner Stelle zum Kaiser gewählt, war eine tapfere, ehrenhafte Persönlichkeit, aber es fehlten ihm die Machtmittel, seinen Willen durchzusetzen.

Bündnisse und Gegenbünde von Städten und Fürsten tauchten überall auf und tobten sich in endlosen Fehden aus; besonders der Südwesten des Reiches war ein nicht zu Ruhe kommender Kriegsschauplatz. So hatte der tüchtige Fürst — ein Sprosse des Hauses Wittelsbach — das traurige Los, daß er dem Unheil nicht steuern konnte und dem Wirrsal zusehen mußte.

Ihm folgte Sigismund (1410—1437), der Bruder des abgesetzten Wenzel, der zweite Sohn Kaiser Karls IV., durch die Belehnung von seinem Vater her Markgraf von Brandenburg, durch Heirat König von Ungarn.

In seine Zeit fallen die Bestrebungen zur Reinigung der Kirche, vor allem das Konzil zu Konstanz — hierüber werden wir in anderem Zusammenhange zu berichten haben.

Ein begabter und auch tapferer Mann, war er ohne Ernst und Einsicht und lebte nur dem Tage; er vermochte es nicht, die luxemburgische Hausmacht zusammenzuhalten, noch viel weniger das Reich wirklich zu lenken.

Die Statthalterschaft über Brandenburg übertrug er dem Burggrafen Friedrich VI. von Nürnberg, der sich um seine Wahl bemüht hatte; mit starker Hand bändigte Friedrich den aufsässigen märkischen Adel und stiftete Ruhe und Ordnung im Lande.

Sigismund, der froh war mit der Verwaltung des ihm ganz fremden und gleichgültigen Landes nichts zu tun zu haben, belehnte den tüchtigen Hohenzollern 1415 mit der Mark Brandenburg, wodurch dieser auch die Kurwürde erlangte.

Die Hussiten.

Furchtbares Unheil brachte Sigismund über weite Teile des Reiches durch die Hussitenkriege (1419—1436), für die er persönlich verantwortlich gemacht werden muß.

In Prag hatte der Tscheche Johann Hus, Professor der Theologie an der Universität, entgegen der Lehre der katholischen Kirche die Ohrenbeichte und den Ablaß verworfen, weil sie mit der heiligen Schrift im Widerspruch ständen; seine Lehre, auf die Schrift gegründet, hatte viele Anhänger gefunden.

Im Jahre 1412 war Hus vom Papste gebannt worden; er hatte aber unbehelligt in seiner Lehrtätigkeit fortfahren können, ja die Zahl seiner Anhänger war gewachsen, und dies um so mehr, als Hus immer schärfer deutschfeindlich wurde; hatten doch wegen seiner Haltung gegen die Deutschen im Jahre 1409 alle deutschen Angehörigen der Hochschule (Professoren und Studenten, 5000 an der Zahl) Prag verlassen und waren nach Leipzig übergesiedelt, wo Herzog Friedrich der Streitbare von Meißen eine neue Universität gegründet hatte.

Zu der großen allgemeinen Kirchenversammlung, die über die Reinigung der Kirche und alle Streitfragen entscheiden sollte — zum Konstanzer Konzil — war Hus vorgeladen worden, um sich wegen seiner „Irrlehren" zu verantworten. Kaiser Sigismund hatte ihm bei seinem fürstlichen Wort freies Geleit zugesichert, und im Vertrauen darauf hatte Hus sich dem Konzil gestellt. Seine Lehre wurde als Ketzerei verdammt und er selbst zum Feuertode verurteilt; der Kaiser besaß die Ehrlosigkeit, sein Wort zu brechen. Er überließ Hus seinem Schicksal, und duldete es, daß er am 6. Juli 1415 verbrannt wurde.

Ungeheure und gerechte Entrüstung erhob sich unter den Tschechen; es kam zunächst zu kleineren Unruhen, bis den „Hussiten" — so wurden sie nach ihrem Lehrer Hus genannt — in Johann Zischka ein furchtbarer Führer erstand.

Kaiserliche Heere, die den allgemein gewordenen, von wütendem Deutschenhaß getragenen Aufruhr bändigen sollten, wurden zurückgeschlagen; die von wildem Glaubenseifer und Rachgier erfüllten Scharen überschritten Böhmens Grenzen und verheerten Sachsen, Brandenburg, Schlesien, Franken, Bayern und Österreich mit Feuer und Schwert, ja bis zur Ostsee dehnten sie ihre schrecklichen Züge aus. Es half nichts, daß Sigismund „Kreuzheere" gegen sie aussandte; sie wurden schimpflich geschlagen. Es war eine Schmach, wie das Reich zehn Jahre lang diesen Horden schutzlos preisgegeben war: wir wissen, eine wirksame Reichsgewalt gab es nicht, die Landesherren waren jeder für sich zu schwach, diese Mordbrenner zu bezwingen, und sich zu verbünden waren sie zu kleinlich und selbstsüchtig.

So mußte unser Vaterland diese Banden hausen lassen, und wehe, wohin sie kamen! Das flache Land war ihnen preisgegeben, einzig die Städte gewährten Sicherheit.

Schmachvoll auch, daß es nicht gelang, sie mit Waffengewalt zurückzuwerfen, zu vernichten — in langen Verhandlungen zwischen dem Kaiser, dem Papste und den Hussiten kam es im Jahre 1433 zum Frieden; nun spalteten sie sich in zwei Parteien, eine gemäßigte und eine schärfere; zwischen beiden kam es zum Kriege und im Blutbade von Böhmischbrod (1434) fielen auf beiden Seiten 30000 Mann. Nicht durch den Kaiser, durch eigene Zwietracht wurden sie gebändigt.

Unendlich traurig, daß das gebrochene Kaiserwort die Stellung der Deutschen in Böhmen für jene Zeit vernichtete; der Deutschenhaß tobte sich zuerst gegenüber den deutschen Städten Böhmens aus, die unter schändlichen Greueln verwüstet wurden. Das Kulturwerk der deutschfreundlichen Przemysliden und Karls IV. war zerstört; mochte auch später das Deutschtum sich wieder erholen und ausbreiten — es war ausgeschlossen, daß Böhmen ganz deutsch wurde.

Die Folgen jenes ehrlos gebrochenen Kaiserwortes wirken noch bis auf unsere Tage!

Albrecht II.

Sigismund starb 1437 und ließ das Reich in trostlosem Zustande zurück: Verwirrung und Zwietracht allenthalben, kein Recht zu finden, das „Faustrecht" herrschte — es war so schlimm, wie in der kaiserlosen Zeit nach dem Sturze der Hohenstaufen. Wer Recht haben wollte, mußte sich selbst helfen — und es war schon eine Rückkehr zur Ordnung, als die heimlichen Gerichte der „Feme" sich auftaten, um mit Strang und Dolch gegen die Übeltäter vorzugehen; hier war doch wenigstens ein Gerichtsverfahren, wenn auch in allen Formen unheimlicher Heimlichkeit, es wurde Recht gesprochen, Urteil erlassen und vollstreckt.

Mit Sigismund sterben die Luxemburger ruhmlos aus; sein Schwiegersohn Albrecht von Österreich (1438—1439) wird zum Kaiser gewählt, und es geht damit, abgesehen von der kurzen Herrschaft des Wittelsbachers Karl VII. (1742—1745) die Kaiserwürde für die ganze Zeit bis zur Auflösung des Reiches (1438—1806) auf das Haus Habsburg über, das nach dem Aussterben des Mannesstammes im Jahre 1740 durch die Kinder Maria Theresias aus ihrer Ehe mit Herzog Franz von Lothringen fortgesetzt wurde; genau genommen hatte bis Ende 1918 in Österreich-Ungarn das Haus Lothringen den Thron inne, doch nennt der Sprachgebrauch es „Habsburg".

Ehe wir weitergehen, müssen wir noch kurz die Entwicklung der Kirche und die Vorgänge an den Grenzen des Reiches betrachten: in der

Schweiz, in Burgund, in den Niederlanden, an der Ostsee und im Lande des deutschen Ordens, und sehen, in welcher Weise die Selbständigkeit der Landesherren und die Macht der Städte sich ausgebildet hatten.

Das Konzil von Konstanz.

Das Papsttum hatte nach dem Sturze der Hohenstaufen seine Ansprüche ins Unsinnige gesteigert: Bonifazius der Achte stellte um 1300 den Satz auf „der Papst als Stellvertreter Gottes sei die Quelle alles Rechtes und sowohl das Königtum selbst, wie das Wahlrecht der Fürsten beruhe auf jederzeit widerruflicher Verleihung durch den Papst".

König Albrecht I. verstand sich dazu, diese ungeheuerliche Zumutung anzuerkennen, und es konnte scheinen, als hätte die Kirche ihre Weltherrschafts-Gelüste durchgesetzt. Aber es schien nur so; denn noch im selben Jahre, in dem der deutsche Kaiser sich dem Papste unterworfen hatte, wurde der Papst von König Philipp dem Schönen von Frankreich gedemütigt. Dieser kaltblütige, skrupellose Herrscher erkannte, daß eine starke Staatsgewalt nur in völliger Unabhängigkeit von der Kirche denkbar sei und trat den kirchlichen Ansprüchen scharf abweisend entgegen. Er geriet dadurch in einen Kampf mit dem herrschsüchtigen Bonifazius; um diesen Zwist einzudämmen, wählte der König ein einfaches und eingreifendes Mittel: er nahm den Papst gefangen und führte ihn nach Avignon, auf französischen Boden.

Als Bonifazius starb (1305), ließ Philipp einen Franzosen als Clemens V. zum Papste wählen und in Avignon seinen Sitz aufschlagen; der seines Zieles bewußte, von Gewissenszweifeln freie König machte den Papst zum Werkzeug seiner französischen Politik.

Papst Johann XXII. wagte es, obwohl selbst in des französischen Königs Gewalt, König Ludwig dem Bayern gegenüber die Ansprüche seines Vorgängers Bonifazius zu erneuern; wir wissen, wie die deutschen Kurfürsten zu Rense darauf antworteten — wissen aber auch, daß Ludwig leider sich nicht zu fester, entschlossener Haltung aufraffen konnte.

Durch den Aufenthalt in Avignon „das babylonische Exil des Papsttums" dauerte die Herrschaft der französischen Könige über die Kirche unbestritten bis zum Jahre 1378; da rafften die in Rom verbliebenen Kardinäle sich auf und wählten einen andern Papst. Vierzig Jahre lang dauerte diese Kirchenspaltung, „Schisma" genannt; der römische Papst war anerkannt in Deutschland und Italien, der zu Avignon von Frankreich, Spanien und Portugal.

Um diesem unerträglichen und unwürdigen Zustand ein Ende zu machen und eine Reinigung der Kirche herbeizuführen, wurde eine allgemeine Kirchenversammlung nach Pisa einberufen (1409), ausgehend von dem nach und nach zur Herrschaft gekommenen Gedanken, daß die

unbeschränkte päpstliche Allmacht wider die Schrift verstoße, daß die Trägerin der obersten Entscheidungen in der Kirche die Kirche selbst sein müsse, vertreten durch Kardinäle, Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte und Professoren des Kirchenrechts; diese im Konzile vereinigt, müßten über dem Papste stehen, also Päpste ein- und absetzen können.

Beide Päpste wurden zuerst aufgefordert, abzudanken, und als sie das nicht taten, wurden sie abgesetzt und ein dritter Papst gewählt; da nun die beiden abgesetzten nicht daran dachten, von ihrer Würde zurückzutreten, hatte die Kirche schließlich drei Päpste. So wurde die Spaltung nur verschlimmert und das Konzil ging auseinander. Aber der Ruf nach Verbesserung der kirchlichen Zustände, Beseitigung der Spaltung und Abstellung der Ketzerei verstummte nicht, und es wurde ein zweites allgemeines Konzil für 1414 nach Konstanz einberufen.

In unübersehbaren Scharen zogen von allen christlichen Völkern weltliche und geistliche Große herbei, um über den Zustand der Kirche und seine Besserung zu beraten; die glänzendste Versammlung des Mittelalters kam zustande.

Die Lehre des Hus wurde ebenso verdammt, wie die des Engländers Wykliffe, von dem jener sie zum Teile übernommen hatte.

Die feindlichen Päpste wurden abgesetzt, nachdem der Lehrsatz ausgesprochen war, daß das Konzil über dem Papste stehe; in Martin V. wurde ein neuer Papst gewählt.

Am meisten Sorgen bereitete die Kirchenbesserung (lat. reformatio), und gerade sie wurde vereitelt.

Die Zustände in der Kirche schrieen zum Himmel: das Papsttum wollte die weltlichen Fürsten an glänzender Hofhaltung übertreffen. Die Päpste waren durch ihre weltlich-politischen Ansprüche in Italien nur zu oft gezwungen Krieg zu führen; sie mußten also Heere unterhalten und bedurften auch hierzu gewaltiger Geldmittel. Um solche zu verschaffen, wurden Gebräuche eingeführt, die dem Christentum schamlos ins Gesicht schlugen: kirchliche Ämter wurden gegen Geld verkauft, mehrere Ämter zusammengelegt und einer Person verliehen, die dafür hohe Abgaben zahlen mußte; kirchliche Strafen wurden gegen Geldzahlung erlassen (sog. Ablaß).

Immer üppiger gestaltete sich das Leben des Papstes, der Kardinäle, der Hofhaltung, und immer größer wurde die Geldnot; als dann der eine Papst in Rom, der andere in Avignon saß, wurde die Sache noch schlimmer; immer schamloser wurde den Menschen das Geld aus dem Sacke gelockt: man stellte die Überreste von Heiligen aus — gegen Geld — und versprach den Gläubigen wundertätige Wirkung, kurz ohne Geld war in Rom nichts, mit Geld alles zu erreichen, und der päpstliche Stuhl war zu einem die törichten Gläubigen auswuchernden Geschäfts-Unternehmen herabgewürdigt.

Alle Denkenden, wirklich Frommen waren empört über solches Treiben und erhofften vom Konzil die Abschaffung dieser Schändlichkeiten. Aber nachdem in Konstanz der neue Papst Martin gewählt worden war, nahm dieser die Reinigung der Kirche für sich in Anspruch und verhandelte klug-diplomatisch mit den einzelnen Staaten. Er versprach ihnen eine Ermäßigung der päpstlichen Steuern und Geldforderungen und schloß, da sie sich damit begnügten, Verträge (sog. Konkordate) mit ihnen ab; hierdurch bekam Martin das Spiel in die Hand und schickte das Konzil nach Hause (22. April 1418).

Die Kirchenbesserung war vereitelt! Das alte Treiben begann in Rom von neuem; es nahm unerhörte Formen an, die die Kirche zur „Buhldirne, zur babylonischen Hure" erniedrigten; aber die geduldige Christenwelt ertrug die Schmach und tat, worauf es dem päpstlichen Stuhle allein ankam, sie zahlte.

Es mußte der Glaubenshelb aus deutschem Blute kommen, der furchtlose, gewissensstarke und gotterfüllte Martin Luther, um die Welt vom Joche dieser entarteten Kirche zu befreien.

Man kann sich denken, daß die hohe und niedere Geistlichkeit vom römischen Beispiele angesteckt war: Erzbischöfe, Bischöfe und Äbte betrachteten sich mehr als weltliche Herren, denn als geistliche Diener Christi; weltliche Zwecke und Vorteile wurden in den Vordergrund gestellt, das eigentliche Kirchenleben verkümmerte in ödem Formelkram. Ein üppiges Leben kam auch an den deutschen Bischofshöfen, in den deutschen Klöstern auf — weltlich, allzu weltlich, nirgends aber so gemein wie in Rom. Das Unwesen der wilden Ehe entschädigte den hohen und niederen Klerus für die Entbehrungen der Ehelosigkeit (Zölibat); die Klöster wurden zu Sitzen der Völlerei und Laster. Kurz, die kirchlichen Zustände in Deutschland entsprachen den allgemeinen der Kirche, wenn auch die Schamlosigkeit nirgends so groß und frech war wie in Rom.

Die Zeit war arg — mit dem Scheitern der Besserungspläne in Konstanz blieb auch in Deutschland alles beim Alten, Schlechten — und auch hier mußte Martin Luther kommen, um durch die Gewalt seiner Persönlichkeit die „Reformation" (Besserung) zu erzwingen.

Die Grenzmarken.

Die Schwäche der Reichsgewalt mußte sich zuerst an den Grenzen des Reiches zeigen, es sei denn, daß dort Staaten sich gebildet hatten, die stark genug waren, allen Angriffen von außen zu begegnen; es konnte dort aber auch, angesichts der trostlosen Zustände im Reich, zu Bestrebungen kommen, sich auf eigene Füße zu stellen und vom Reiche frei zu werden.

Die Schweiz ging diesen Weg.

Die Habsburger stießen als Herren von Aargau an die Gebiete der

sog. „Waldstätten" am Vierwaldstättersee und waren mit der hohen Gerichtsbarkeit über sie vom Reich belehnt; sie strebten, aus dieser „Vogtei" eine völlige Landesherrschaft zu machen. Als die gütlichen Mittel nicht halfen, wurde Gewalt angewandt, und Zwingburgen und strenge Landvögte sollten das Land zur Unterwerfung bringen. Dagegen taten die Waldstätten Uri, Schwyz und Unterwalden sich als Eidgenossenschaft zusammen; der starken Hand König Albrechts I. konnten sie sich noch nicht entziehen. Wie aber nach seinem Tode Herzog Leopold von Österreich die habsburgischen Ansprüche geltend machte, traten ihm die Eidgenossen entgegen und besiegten ihn vernichtend in der Schlacht am Morgarten (1315).

Kaiser Ludwig der Bayer, dem die Niederlage der Österreicher als Schwächung seines Gegenkönigs willkommen sein mußte, bestätigte die Rechte der Eidgenossenschaft, die sich allmählich ausbreitete und um die Mitte des 14. Jahrhunderts außer den alten Orten noch Zürich, Luzern, Glarus, Zug und Bern (also zusammen acht Orte) umfaßte.

Noch einmal versuchte der Habsburger Leopold III. von Österreich im Bunde mit dem süddeutschen Adel die Eidgenossenschaft zu unterwerfen; er wurde aber mit seinem stolzen Ritterheere in der Schlacht bei Sempach (1386) besiegt und fiel selbst; sein Nachfolger unterlag den Schweizern bei Näfels (1388): damit war die Schweiz vor Habsburg gerettet. Die Eidgenossenschaft verblieb als reichsunmittelbar beim Reich, ging jedoch ihre eigenen Wege; das tapfere, freiheitliebende Volk blieb deutsch und der gemeinschaftlichen Abstammung eingedenk. So bewährte es seine Treue zum deutschen Volke in den Kämpfen mit Karl dem Kühnen von Burgund (1467—77), der, um ein eigenes unabhängiges burgundisches Königreich zu gründen, die habsburgischen Teile des Elsasses und Lothringen erobern wollte. Damals erklärten die Eidgenossen sich gegen den Reichsfeind, und die Sache des Reichs vertretend, besiegten sie Karl in den Schlachten von Granfee und Murten (1476), sowie bei Nanzig (1477).

Als später Schweizer Landsknechte in allen Heeren Europas Dienst nahmen, bedangen ihre Hauptleute sich nicht selten aus, „ewig nimmer gegens heilige Reich" kämpfen zu müssen — so tief eingewurzelt war das Gefühl der Zugehörigkeit zum großen Vaterlande, daß es sich so noch äußerte, als die politische Verbindung längst gelockert war.

Ähnlich wie im Gebiete der Alpen vereinigten sich in den Niederlanden die flandrischen Städte zu einem Bündnis, das gegen Frankreichs Eroberungsgelüste gerichtet war; freilich war die Grafschaft Flandern, obwohl rein deutscher Bevölkerung, bei der Teilung des karolingischen Reichs im Vertrag von Verdun (843) dem Westfrankenreiche (also Frankreich) als Lehen zugesprochen worden. Doch erhielt das Land sich unter seinem Grafenhause, solange das Königtum in Frankreich noch schwach

war, unabhängig und nahm eine glänzende Entwicklung: Brügge, mit der See durch Kanäle verbunden, wurde der wichtigste Hafen Europas, Gent ein Sitz ausgedehnter gewerblicher Tätigkeit. Ein großer Reichtum strömte von da über das Land und brachte bald eine Blüte der Kunstbetätigung auf allen Gebieten hervor: die gotische Bauform, Teppichweberei, Goldschmiedekunst und Malerei entfalteten sich zu großartigen Leistungen.

Als die Könige von Frankreich sich stark genug fühlten, das reiche Land ihrer Herrschaft ganz einzuverleiben, und den Grafen Veit verjagten, stand die Bürgerschaft von Brügge auf und warf die Franzosen nach der glorreichen Sporenschlacht von Kortrijk zum Lande hinaus (1302). Dreißig Jahre später wurde der Versuch der Unterwerfung durch Frankreich wiederholt, diesmal mit Unterstützung des verwelschten Grafen Ludwig: Jakob van Artevelde besiegte im Bunde mit den Engländern die Franzosen wiederum und gründete den flandrischen Städtebund.

Aber die Einigkeit hielt nicht vor: Herzog Philipp der Kühne von Burgund machte als Schwiegersohn des Grafen Ludwig von Flandern die Ansprüche seiner Gemahlin geltend und unterwarf das Land (1384).

Damit war der Grund gelegt zu einer neuen Staatenbildung; Philipp vermehrte seine Macht rasch: er gewann vom Reich die Freigrafschaft Burgund (Hauptstadt Besançon) zu Lehen, sein Enkel Philipp der Gute erwarb die zum Reiche gehörigen Grafschaften Brabant und Limburg, sowie Holland, Seeland, Hennegau und Luxemburg. Am Ausgang des bis jetzt behandelten Zeitraumes hatte sich zwischen Frankreich und Deutschland ein mächtiger, reicher Staat gebildet, der zwar rechtlich beiden Reichen lehnspflichtig, aber bei der Zerrissenheit beider tatsächlich selbständig geworden war und seine eigenen Wege ging; von den Plänen des Burgunderherzogs Karl des Kühnen haben wir oben gehört.

Wie im Hochland und am Fuße der Alpen, so wurde hier in den Niederungen an der Nordsee die Lostrennung vom Reiche vorbereitet.

Die Hanse.

Aus eigener Kraft der niederdeutschen Städte entwickelte die Hanse sich zu einer großartigen Machtentfaltung, zu einer Großmachtstellung, die sie zeitweilig über alle gleichzeitigen staatlichen Gewalten erhob.

Die Anfänge der Hanse haben wir darin zu suchen, daß die deutschen Kaufleute im Auslande sich zu Vereinigungen zur gegenseitigen Förderung und zu ihrem Schutze zusammenschlossen. So fanden Niederlassungen der Ostseefahrer sich in Wisby auf der Insel Gotland, im russischen Nowgorod, im norwegischen Bergen — alle wohl schon im 12. Jahrhundert, und alle von dem rasch aufblühenden Lübeck als der einzigen freien Reichsstadt jenseits der Elbe beschützt und ihm unterstellt; um dieselbe Zeit

schlossen die deutschen Kaufleute in Flandern sich zusammen; ihr Vorort war der Welthafen Brügge. In London hatten Kölner Handelsherren die „Gildehalle der Deutschen" begründet, die später mit der lübeckisch-hamburgischen Niederlassung vereinigt wurde und dann im ersten Viertel des 14. Jahrhunderts ihren Sitz in dem weltberühmten Stahlhof nahm; die deutschen Kaufleute wurden so zu den Trägern des englischen Wirtschaftslebens; ihr beherrschender Einfluß dauerte fast zweihundert Jahre und wurde eigentlich erst zur Zeit der Königin Elisabeth ganz zurückgedrängt.

Nebenher gingen Schutz-Vereinigungen der im neu eroberten ostelbischen Lande gelegenen Städte wie Rostock, Wismar, Greifswald, Stralsund und vor allem Lübecks, das auch hier rasch die Führung gewann: der Zweck war, die Sicherung des Verkehrs auf der See und den Landstraßen, also im In- und Auslande, durch gemeinschaftliche Maßnahmen herbeizuführen.

Von selbst flossen die großen auswärtigen Verbindungen mit den heimatlichen zusammen, was um so erklärlicher war, als Lübecks Einfluß bei beiden anerkannt war. Nachdem zuerst i. J. 1230 zwischen der stolzen Beherrscherin der Ostsee und Hamburg ein förmliches Bündnis geschlossen worden war, folgte gegen 1260 ein solches mit den eben genannten ostelbischen, den „wendischen" Städten (weil sie im Gebiete der niedergeworfenen und fast völlig ausgerotteten slawischen Wenden gelegen waren) und endlich um 1285 die Stiftung der „deutschen Hanse", des Bundes aller bedeutenden Städte an Ost- und Nordsee, von Reval im Osten bis Bremen im Westen, verstärkt durch den Beitritt zahlreicher, und zwar der wichtigsten norddeutschen Binnenstädte wie Thorn, Breslau, Berlin, Magdeburg, Braunschweig, Soest, Dortmund, Osnabrück, Köln.

Es verstand sich von selbst, daß Lübeck der Vorort dieses Städtebundes wurde, der bei dem Reichtum der „Zugetanen" über große Machtmittel verfügte und seine Zwecke mit Nachdruck fördern konnte; diese gingen auf den Erwerb von Handelsvorrechten und gegenseitigen Schutz im Auslande und auf Sicherung der Land- und Wasserstraßen.

Alljährlich fanden „Hansetage" statt, auf denen unter dem Vorsitze des Lübecker Bürgermeisters die gemeinschaftlichen Angelegenheiten beraten und Geldumlagen festgesetzt wurden; hatte eine Stadt gegen den Zweck des Bundes verstoßen oder sich den getroffenen Anordnungen nicht gefügt, so wurde sie „verhanst".

Nachdem immer mehr Städte sich dem Bündnis angeschlossen hatten, ergab sich nach ihrer Lage eine Teilung in drei Drittel, zuletzt in vier „Quartiere": das wendische (Vorort Lübeck), das polnische (Danzig), das sächsische (Braunschweig) und das westfälische (Köln).

Entschieden und zielbewußt erfüllte die Hanse ihre Aufgabe; sie

reinigte Meere und Landstraßen von Räubern, sicherte und dehnte die Handelsbeziehungen zum Auslande aus und sah alle zugetanen Städte in glänzendem Gedeihen. Mit den skandinavischen Nachbarlanden lebte sie in Frieden und hatte es dahin gebracht, Handel und Verkehr dort ganz zu beherrschen. Kriegerische Unternehmungen großer Art hatte sie noch nicht auszuführen gehabt, nur sicherheitspolizeiliche gegen Land- und Seeräuber.

Nachdem die Hanse fast dreiviertel Jahrhundert segensreich gewirkt hatte, wurde sie in Feindseligkeiten mit König Waldemar IV. von Dänemark verwickelt, der das prächtige Wisby auf Gotland zerstört hatte. Im ersten Feldzug unglücklich, kämpfte der Bund im zweiten nach großen Rüstungen mit glänzendem Erfolge: Kopenhagen, Helsingborg, Bergen werden erobert und König Waldemar vertrieben. Im Mai 1370 kam es zum Frieden von Stralsund; Dänemark mußte den Hansestädten freien Handel gewähren, ihnen die wegen des Heringsfangs wichtige Küste von Schonen auf 15 Jahre abtreten und sich verpflichten, keinen König zu wählen oder zum Throne zuzulassen, es sei denn mit Genehmigung der Hanse.

So war dieser Bund deutscher Städte auf dem Gipfel seiner Macht und seines Ruhmes angelangt! Und das zu einer Zeit, wo es sonst im Reiche — es waren die Tage Karls des Vierten — trübselig aussah. Aus eigener Kraft hatte das Bürgertum der Hansestädte solche Machtentfaltung zustande gebracht — ein Wertmesser dafür, wie stark ein politisch denkender Gemeinsinn sich ausgebildet hatte, aber auch welch ein Reichtum sich dort angesammelt haben mußte. Mächtige Dome, prächtige Rathäuser, schöne und reich ausgestattete Wohngebäude von Patriziern entstanden allerorten und legten Zeugnis ab von einem glücklichen Gedeihen.

Wer sich ein Bild der Größe jener Tage machen will, der beschaue Lübeck, Danzig, Bremen, Braunschweig und Köln, und er wird von Stolz auf diese große Zeit niederdeutschen Bürgertums erfüllt werden.

Es war gesunde Kraft im Reiche da, überall, und sie suchte nach Betätigung; nur eines fehlte: der mächtige alle Kraft zusammenfassende Wille.

Hier, auf dem großen und doch der Reichs-Gesamtheit gegenüber beschränkten Gebiete, wurde Großes geleistet, solange der Zusammenhalt da war; und wirklich sehen wir, daß die Hanse bis ins 16. Jahrhundert hinein ihre Handelsherrschaft über Skandinavien und Rußland, ja auch über England behauptet.

Erleichtert wurde den Hansestädten das Zusammenhalten dadurch, daß sie fast alle im Innern dieselbe Verfassung hatten: die Herrschaft der reichen Patrizierfamilien, die alle Stellen des städtischen Rates unter Ausschluß der Zünfte besetzen und die den Rat sich selbst durch Zuwahl geeigneter Männer ergänzen ließen. Es ist klar, daß auf diese Weise ein

stets sich erneuernder Stamm von geschäftsgewandten, staatsklugen und weitblickenden Männern dem Gemeinwesen zur Verfügung stand, der wirklich imstande war, große Politik zu machen.

Der deutsche Orden.

Der deutsche Ritterorden erreichte den Höhepunkt seiner Macht um dieselbe Zeit wie die Hanse; wie verschieden beide politische Gestaltungen nach Anlage und Ziel waren, auf dem Wege zur Förderung deutscher Kraftentfaltung nach Osten und Norden trafen sie zusammen und arbeiteten gemeinschaftlich.

War die Hanse ein freier Bund von Städten ohne zusammenhängendes Landgebiet, locker gefügt und vom guten Willen der Zugetanen abhängig, so war der deutsche Orden ein im neuzeitlichen Sinne straff eingerichteter und verwalteter Militärstaat, auf zusammenhängendem Gebiete errichtet.

Die Herrschaft des Ordens umfaßte zur Zeit seiner Blüte Pommerellen, Preußen, Samogitien, Kurland, Livland und Estland; das Land zog sich von der Ostgrenze Pommerns bis nach Reval an der Ostseeküste hin und versperrte den Slawen: Polen, Litauern wie Russen, den Zutritt zum Meere.

In steten Kämpfen unter hervorragenden Hochmeistern — unter ihnen Männer von der Größe und Bedeutung Winrichs von Kniprode (1351—1382) — erstritt der Orden sich seine Stellung als erste Macht an der Ostsee. In größtem Umfang wurde die deutsche Besiedlung des Landes durchgeführt, indem aus ganz Deutschland Einwanderer herangezogen wurden; in den etwa 150 Jahren von der Eroberung Preußens bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts wurden allein in diesem Gebiete, das nur ein Viertel der Bodenfläche des ganzen Ordensstaates bedeckte, über 1400 Dörfer und 96 Städte gegründet. Hier, in Preußen, war die deutsche Besiedlung so gründlich, daß das alte Preußenvolk völlig verschwand; je weiter nach Norden und Osten, um so geringer die Zahl der ansässig gemachten Deutschen, ein Mangel, der zum Schicksal des Deutschtums in den baltischen Ostseeprovinzen geworden ist, als der russische Staat deutschfeindlich wurde.

Ein jederzeit kampfbereites Heer, dessen Kern an 12000 Mann schwere Reiterei bildete, schützte das Land und stand unter dem Zeichen des Kreuzes. Eine fest geordnete Steuerwirtschaft sorgte dafür, daß dem Ordensstaate reiche Geldmittel zur Verfügung standen — man schätzt den jährlichen Steuer-Reinertrag in der Blütezeit des Ordens auf etwa 6 Millionen Mark heutigen Geldes, ein für jene Zeit unerhört hoher Betrag.

Über das Land hin waren feste Burgen zerstreut, die unter sich durch einen ständigen Nachrichtendienst verbunden waren und die für Ruhe und Sicherheit sorgten. Dort saßen die Ordensritter als „Gebietiger",

unter ihnen die verhältnismäßig schwache Besatzung, dauernd dem Kriegsdienst ergebene Leute. Wenn Krieg oder Not war, wenn das „Landgeschrei" erging, war jedermann zum Waffendienst verpflichtet. Unter der Herrschaft dieses wohlgegliederten, gutverwalteten und schlagfertigen Staates wurden die Deutschordenslande die glücklichsten und befriedetsten des Reiches. Große Städte mit prächtigen Kirchen und weltlichen Bauten wie Danzig, Thorn, Königsberg entstanden; großartige Deichbauten und Entwässerungsanlagen gewannen den Sümpfen fruchtbaren Boden ab — der Orden zeigte sich nicht nur als Eroberer und Träger kriegerischer Macht, sondern auch als Begründer einer reichen, schönen Kultur, die ihren edelsten Ausdruck in den herrlichen Bauwerken jener Zeit gefunden hat.

Seit 1309 saß der Hochmeister auf der Marienburg; diese stolzeste Burg des Ordens, jetzt wieder hergestellt, legt Zeugnis ab von den Deutschrittern, die sie geschaffen.

Wir wissen, daß die Lebensaufgabe des Ordens der Kampf mit den heidnischen Preußen und anderen Slawenstämmen war — in dem Augenblicke, wo jene Stämme das Christentum annahmen, war dem Orden diese Aufgabe genommen; wir wissen weiter, daß das Ordensland die Slawen von der Ostsee abschloß — sobald die Polen, Litauer oder Russen stark genug waren, mußte der Kampf um den Weg nach dem Meere beginnen. Weiter: je mehr das Land befriedet wurde, um so schneller wuchs die Wohlhabenheit der Bevölkerung, um so größer wurde der Steuerertrag und damit der Reichtum des Ordens.

Aus diesen Quellen ist der Zerfall des stolzen Staates entsprungen. Der Orden wurde seiner Aufgabe entfremdet; die Ritter erlagen den Gefahren des Reichtums: Üppigkeit, Laster, unkriegerische Gesinnung zogen ein.

Um 1400 entstand durch die erzwungene Ehe der polnischen Königstochter Hedwig mit dem Litauerfürsten Jagello, der sich taufen ließ, ein christlich-slawisches Reich, das zur Ostsee strebte. Es kam zum Kriege zwischen dem Orden und Jagello, der wilde Tatarenhorden zur Hilfe heranzog. Am 15. Juli 1410 erlag das Ritterheer in der blutigen Schlacht bei Tannenberg der gewaltigen feindlichen Übermacht, nachdem es die Eidechsenritter (ein Bund des deutschen Adels im Kulmerland), im offenen Kampfe im Stiche gelassen hatten. Der Hochmeister Ulrich von Jungingen fiel; der Komtur Heinrich von Plauen aus dem Hause Reuß rettete die Marienburg und verteidigte sie so tapfer, daß es zu einem noch günstigen Frieden kam (Thorn 1411).

Aber der gute Geist war von dem Orden gewichen; seine Mißwirtschaft brachte den Landadel und die Städte auf und bestimmte sie zu dem schmachvollen Entschluß, ihr Deutschtum zu verraten und den Polenkönig Kasimir ins Land zu rufen (1454). Ein neuer Krieg brach aus; der ent-

artete Orden unterlag und wurde im zweiten Frieden von Thorn (1466) gezwungen, die Marienburg preiszugeben, Ermland und Westpreußen abzutreten und das als Rest verbleibende Ostpreußen von Polen zu Lehen zu nehmen.

Damit war die große Geschichte dieser eigentümlichsten Staatsschöpfung des Mittelalters, die mönchisch-kriegerisch-kulturbringend zugleich gewesen war, zum Abschluß gekommen; der Hochmeister zog sich nach Königsberg zurück und waltete dort als polnischer Lehnsmann seines Amtes als Oberhaupt eines bedeutungslosen Kleinstaates, der zudem durch das polnisch gewordene Gebiet von Westpreußen vom deutschen Mutterlande abgeschnitten war.

Friedrich „die Schlafmütze".

Im Reiche war bis zum Ende jenes Zeitraumes, den wir eben behandelten, die Entwicklung der Einzelstaaten abgeschlossen; die Kurfürsten, Herzöge, Bischöfe, Grafen waren vom Kaiser unabhängige Herren ihrer Gebiete geworden. Das Verhältnis war auf den Kopf gestellt; der karolingische Bischof, Herzog, Graf war Beamter des Kaiser-Königs und von ihm jederzeit absetzbar — jetzt waren die Nachfolger dieser Beamten die dauernden Gewalthaber geworden, und der Kaiser wurde von den Kurfürsten als einem engeren Ausschuß aus ihnen gewählt.

Zunächst brachte die Bildung der Einzelstaaten dem deutschen Volke keinen Segen: Fehden tobten im Reiche an allen Ecken und Enden, eine Vergeudung von Kraft und Blut ohne große Ziele; kein Kaiser half da, keiner konnte helfen.

Um diese Zeit etwa schrieb der griechische Gelehrte Laonikos Chalkondylas von Athen in seiner Geschichte des Türkenkrieges die Worte: „Wenn das deutsche Volk eines Sinnes wäre und von einem Herrscher geleitet würde, wäre es unbesiegbar".

Der Herrscher aber, der nach der kurzen Regierung Albrechts des Zweiten auf dem Throne saß, war Friedrich III. von Österreich (1440 bis 1493), der Mann, der sich den Namen der „kaiserlichen Schlafmütze" verdient hat. Dreiundfünfzig Jahre lang regierte er, und ebenso lange tat er nichts und sah ruhig zu, wie der deutsche Orden den Polen erlag, wie in Böhmen der tschechische Baron Georg von Podiebrad sich zum König aufwarf, wie Schlesien, Mähren und die Lausitz dem Reiche verloren gingen, und wie im Westen Karl der Kühne von Burgund seine Macht ausdehnte.

Eine seelische Kraft nur schien der träge Fürst zu haben: das unerschütterliche Vertrauen auf die Zukunft seines Hauses Habsburg.

Um diesem Vertrauen eine Unterlage zu gewähren, ließ er seinen Sohn Maximilian die Erbtochter des Burgunders zur Ehe nehmen,

Maria, das „Fräulein von Burgund" und legte damit wirklich den Grund zu der zusammengeheirateten Größe seines Hauses.

Das Haus Habsburg hat dauernden Besitz vom Kaiserthrone ergriffen — nicht in glückverheißender Weise. Was wird es dem deutschen Volke bringen?

Kunst und Wissenschaft; Erfindung der Buchdruckerkunst.

Vergessen wir nicht, wenn wir schnell von dem nichtigen Friedrich dem Trägen Abschied nehmen, daß in seine Zeit eine Großtat deutschen Geistes fällt, die Erfindung der Buchdruckerkunst, die um 1450 aus dem lichten Haupte des Mainzer Patriziers Johann Gensfleisch zum Gutenberg entsprang.

Es ist hier nicht der Ort zu beschreiben, eine wie ungeheure Umwälzung des geistigen Lebens, der Begriffe, des Verkehrs sich aus jener Erfindung ergab, noch weniger zu untersuchen, ob sie mehr Segen oder Unsegen über die Menschheit gebracht hat; uns genügt festzustellen, daß Gutenberg seine „Schwarze Kunst" im rechten Augenblicke seinem Volke schenkte, wo alles dafür sprach, daß auf die Dauer doch die Knechtung der Geister und die Ausbeutung durch Rom nicht ertragen werde.

Zwar hatte das Papsttum im Konzil von Basel nochmals eine ernstliche Besserung der Kirche zu hintertreiben gewußt, doch war eine Bewegung der Geister im Gange, die die engen Banden der kirchlichen Lehre und Betrachtung (sog. Scholastik) sprengte und dem freien Denken, der ungefesselten Wissenschaft den Platz eroberte (sog. Humanismus).

Schon hatte der Mann das Licht der Welt erblickt, der einst mit Hilfe der schwarzen Kunst Gutenbergs seine lieben Deutschen durch sein gewaltiges, siegesfrohes Wort zur sittlichen Freiheit der Christenmenschen führen sollte: Martin Luther (1483—1546).

Die Vorbereitungen für seine Befreiungstat wurden durch jene Gelehrten ausgeführt, die sich losgelöst hatten von der Rücksicht auf die strenge Kirchenlehre und die nun in selbständiger Forschung die Erscheinungen dieses Lebens untersuchten (die sog. Humanisten).

Eine schier unübersehbare Zahl hervorragender Männer, die die Anregung dazu aus Italien und durch das Eindringen in das Schrifttum des griechisch-römischen Altertums empfangen hatten, arbeitete in dieser Richtung. Die heiligen Bücher wurden in ihren ursprünglichen hebräischen und griechischen Wortlauten geprüft, die Entstehung des Papsttums und seiner angeblichen Vorrechte untersucht; man schreckte nicht davor zurück, wissenschaftliche Wahrheiten auszusprechen, auch wenn sie mit der Schrift oder der kirchlichen Überlieferung im Widerspruch standen; so vor allem der Domherr Nikolaus Koppernigk in Thorn (Coppernicus), der die richtige Lehre vom Sonnensystem aufstellte.

Daneben ging eine wunderbare Entwicklung der bildenden Künste: die Malerei erlebte eine kaum wieder erreichte Blüte, die Baukunst schuf reiche und herrliche Werke, die Bildhauerkunst und Erzgießerei brachten wunderbare Leistungen hervor.

Wir können weder diese wissenschaftliche, noch die künstlerische „Wiedergeburt" (sog. Renaissance) eingehend schildern und müssen uns beschränken, einige hervorragende Namen zu nennen, wie Konrad Pickel (genannt Celtes) in Wien, Willibald Pirkheimer in Nürnberg, Konrad Peutinger in Augsburg, Johann Reuchlin in Tübingen und Erasmus von Rotterdam (Humanisten); Albrecht Dürer in Nürnberg, Mathias Grünewald im Elsaß und Hans Holbein in Basel (Maler); den Erzgießer Peter Vischer und den Bildhauer Adam Kraft, beide in Nürnberg.

Die Städte waren auf dem Höhepunkt ihres Gedeihens angelangt; sie entfalteten einen Reichtum des häuslichen und gesellschaftlichen Lebens, eine bewußte Förderung ihres äußeren Ansehens, daß wir staunen, woher die Mittel für diese mannigfaltige Betätigung gekommen sind.

Nürnberg und Augsburg, Köln und Lübeck, Ulm und Straßburg lassen uns heute noch einen Begriff von dem Leben jener Tage gewinnen.

Und wiederum müssen wir unterstreichen: eine solche Entwicklung auf allen Gebieten — nur nicht auf dem der Reichspolitik.

Maximilian I.

Zwar war der Nachfolger Friedrichs III., sein Sohn Maximilian I. (1493—1519) eine von jenem grundverschiedene Persönlichkeit: er war lebendig, tätig und voll inneren Anteils für die deutsche Sache; gebildet, selbst ein Schriftsteller, zeigte er großes Verständnis für die Künste und den „Humanismus"; in allen körperlichen Übungen war er Meister; eine schöne Erscheinung, verbunden mit ungezierter Leutseligkeit und Schlichtheit im Verkehre mit dem Volke, machte ihn zum erklärten Liebling der Deutschen, die in ihm den „letzten Ritter" verehrten. Aber diesen menschlich schönen Seiten seines Wesens, die des Kaisers Ansehen weit über seinen wahren Wert hoben, stand ein völliger Mangel an staatsmännischen Eigenschaften gegenüber: vor allem fehlte ihm Klarheit des Denkens und Stetigkeit der Ausführung.

So kommt es, daß seine Regierung für das deutsche Volk unfruchtbar geblieben ist; er hat wohl Versuche gemacht, die politischen Zustände zu bessern, vor allem eine starke Reichsgewalt zu schaffen — aber er ist in allem gescheitert.

Nur eines ist ihm gelungen: er hat das Haus Habsburg zum länderreichsten Herrschergeschlechte der Zeit gemacht, indem er durch Erbschaften, seine eigene Heirat und die seines Sohnes Philipp eine Hausmacht bildete, die außer den althabsburgischen Landen Österreich, Steiermark,

Kärnten, Krain und Tirol noch Burgund (aus der Erbschaft Karls des Kühnen durch seine Tochter und einzige Erbin Maria, Maximilians Gemahlin), Böhmen, Ungarn und Spanien mit seinen Nebenländern umfaßte. Des Kaisers Sohn, Erzherzog Philipp hatte Johanna, die Erbtochter Ferdinands des Katholischen und Isabellas von Spanien, geheiratet und damit deren ganzen Besitz gewonnen; das war neben Spanien das Königreich Neapel und alles spanische Gebiet im neuentdeckten Amerika.

Maximilians Enkel, der spätere Kaiser Karl V., konnte mit Recht sagen, daß in seinem Reiche die Sonne nicht untergehe.

So ist das Haus Habsburg zu einer Weltmacht geworden, nicht zum Segen für das deutsche Volk, dem es entstammte; denn es hat in seiner ganzen Geschichte nur Rücksicht genommen auf die Wahrung seiner eigenen Macht und Größe und darunter Deutschland leiden lassen. Wir müssen deshalb von vornherein festhalten, daß Erfolge Habsburgs nicht dasselbe bedeuten wie deutsche Erfolge, und daß das habsburgische Reich nicht das deutsche Reich war.

Die Reichsreform-Bestrebungen zur Zeit Maximilians hatten ihre hervorragendsten Vertreter in Erzbischof Berthold von Mainz und Graf Eitelfritz von Hohenzollern. Es sollte dem Kaiser ein ständiger Reichsrat von sieben Fürsten beigegeben werden, was zur Vertretung der deutschen Angelegenheiten gegenüber den habsburgischen sehr nötig war; ein allgemeiner, ewiger Landfrieden sollte die innere Ruhe herbeiführen; eine feste allgemeine Reichssteuer sollte der Kaisergewalt die nötigen Machtmittel zur Verfügung stellen; die Einteilung des Reiches in zehn Kreise unter den hervorragendsten kreiseingesessenen Fürsten als Kreisobersten sollte eine Grundlage für die Verwaltung und das Heerwesen abgeben; endlich sollte das „Reichskammergericht" als höchster deutscher Gerichtshof eine einheitliche, über den Einzelstaaten stehende Rechtsprechung herbeiführen.

Nach langwierigen, unerquicklichen Verhandlungen kam es endlich zur Schaffung des Reichskammergerichts, das seinen Sitz zuerst in Frankfurt dann in Worms, später in Speyer und zuletzt (seit 1689) in Wetzlar hatte; das war das einzige greifbare Ergebnis der mühseligen Versuche; denn die Kreiseinteilung, die später doch auch angenommen wurde, blieb für die Aufgaben, für die sie geschaffen war, wirkungslos. Das traurige Ergebnis dieser gescheiterten Bestrebungen war, daß Habsburg seinen eigenen Weg ging, und daß die Einzelstaaten es ebenso machten, daß also eine wirkliche Reichsgewalt nicht geschaffen wurde.

Der Titel „erwählter römischer Kaiser", den Maximilian im Jahre 1508 annahm, bedeutete eigentlich nur eine den mächtigen Herrn des habsburgischen Reiches ehrende Bezeichnung — einen wahren Inhalt hatte er nicht.

Diesen Mißerfolgen auf dem Gebiete der inneren Politik stellten sich solche in der äußeren zur Seite: Mailand ging durch die Schlacht bei Marignano (1515) an König Franz I. von Frankreich verloren, die Hanse wurde von den Schweden im Vertrage von Malmö (1512) zur Preisgabe des schwedischen Handels gezwungen, der deutsche Orden verlor nach tapferer Gegenwehr Livland an die Russen.

Das war ein trauriges Ergebnis der Herrschertätigkeit des „letzten Ritters", von dem das deutsche Volk so viel erwartet hatte.

Maximilian starb im Jahre 1519, und es ist für den Zustand, den er hinterlassen, bezeichnend, daß König Franz I. von Frankreich sich um die Kaiserwürde bewerben konnte. Trotzdem der König große Summen zur Bestechung der Kurfürsten aufwandte, wurde nicht er, sondern Maximilians Enkel, Karl, der Sohn Philipps von Österreich und der Spanierin Johanna, mit Stimmenmehrheit gewählt.

Entwicklung bis zur Reformation.

Wir stehen an der Schwelle der „Neuen Zeit". Ehe wir sie überschreiten, müssen wir noch einige Erscheinungen kurz betrachten, die von Bedeutung für die weitere Entwicklung geworden sind.

Da ist zuerst das Eindringen des römischen Rechts zu erwähnen, das darauf zurückzuführen ist, daß einmal die katholische Kirche stets nach römischem Rechte auch auf deutschem Boden gelebt hat, und daß die jungen deutschen Rechtsbeflissenen, die in Bologna und Paris auf der Hochschule waren, mit Bewunderung für den geschlossenen Bau dieses Rechtssystems heimkehrten; sie betrieben in der Heimat die Aufnahme dieses Rechtes und fanden die Zustimmung der Fürsten. Kein Wunder: denn es lehrte, daß alles Recht vom Fürsten komme!

Nun war trotz des Sachsen- und Schwabenspiegels die Zerklüftung des deutschen Rechtslebens wirklich unerträglich geworden. Was lag also näher, als das bewunderte römische Recht als einheitliches „gemeines" Recht einzuführen. Da es zudem einer Zeit fortgeschrittener Geldwirtschaft entstammte, kam es den Bedürfnissen des jetzt mächtig angewachsenen deutschen Geld- und Handelsverkehrs entgegen; endlich hatte es die Begriffe des Eigentums und Besitzes so scharf gefaßt, mit so entschiedenen Rechtsfolgen ausgestattet, daß alle Besitzenden von der Einführung Vorteil haben konnten.

So kommt es, daß unserem Volke dieses fremde Recht aufgezwungen wurde. Bedeutete immerhin seine Einführung als einheitliches Recht einen Fortschritt — so ist sie doch ein Unsegen gewesen, denn durch die selbstische Härte und Rücksichtslosigkeit seiner Begriffe und Einrichtungen wurden die Gegensätze zwischen den geldwirtschaftlichen Ständen (Fürsten, Städte, Handel) und den noch naturalwirtschaftlichen (Bauern und Land-

adel) in gefährlicher Weise vertieft und das Rechtsbewußtsein des Volkes, das sich nie mit dem fremden Rechte aussöhnte, nie Vertrauen zu ihm faßte, schwer erschüttert. So sehen wir, wie in den Bauernkriegen vor allem immer wieder die Abschaffung des römischen Rechts verlangt wird. Nicht ohne Grund: denn das Wesen des deutschen Rechtes war „sozial", d. h. es ließ keine rücksichtslose Ausübung der Befugnisse der Einzelperson zu — zwang vielmehr zur Rücksicht auf die Kreise der Gesamtheit, denen die Beteiligten angehörten: auf Familie, Genossenschaft, Gemeinde und Staat. Es galt ganz allgemein der Satz: „gemeiner Nutz geht vor sonderlichem Nutz". Dies galt vor allem für das Eigentum, das der unbeschränkten Verfügung des einzelnen entzogen war und einer starken Bindung im Hinblick auf den „Nutz" der Ehe, der Familie und der weiteren Kreise unterlag. Wie anders das römische Recht! Es gab dem Eigentümer die Befugnis zur rücksichtslosen Ausübung seines Rechtes — das Wohl der engeren und weiteren Kreise trat zurück gegenüber dem Vorteil des einzelnen.

Die großen Erfindungen jenes Zeitraumes haben weittragendste Bedeutung gewonnen. Von der Buchdruckerkunst wissen wir dies schon, und haben noch vom Kompaß (um 1300) und Schießpulver (um 1350 durch Berthold Schwarz in Freiburg i. Br.) zu reden: der eine machte die Schiffahrt los von den Küsten und ermöglichte einen überseeischen Verkehr im größeren Maßstabe, ist also der Vorbote der großen Entdeckungsfahrten geworden; das andere bewirkte eine Umgestaltung des ganzen Kriegswesens, indem an Stelle der Ritterheere Söldnerscharen traten, die mit der Feuerbüchse ausgestattet waren, und indem eine „Artillerie" für den Festungskrieg sich bilden konnte.

Im Jahre 1492 hatte der Genuese Christoph Kolumbus (wahrscheinlich germanischer Abstammung) in spanischem Auftrag den Seeweg nach Ostindien gesucht und dabei das Festland von Amerika entdeckt; sechs Jahre später fand der Portugiese Vasko da Gama den Seeweg nach Ostindien. Beide Entdeckungen hatten wirtschaftliche, geistige und politische Folgen: wirtschaftlich brachte die Ausbeute der neuen Länder eine gewaltige Hebung des Handels und der Gewerbe, indem die Erzeugnisse jener Länder nach Europa eingeführt, verarbeitet und auf den Markt gebracht wurden; die reichen Gold- und Silberschätze Perus und Mexikos beschleunigten die geldwirtschaftliche Entwicklung und ermöglichten die Ansammlung ungeheurer Vermögen (so der beiden Augsburger Häuser der Fugger und Welser). Auf geistigem Gebiete lag die Bereicherung des Denkens, der Wissenschaften (Erd- und Naturkunde) und der Einbildungskraft, die alle die Geheimnisse der „neuen Welt" zu verarbeiten hatten. Politisch ergab sich die Bildung von großen Kolonialmächten, die naturgemäß zugleich Seemächte sein mußten; Spanien

und Portugal übernahmen fürs erste diese Rolle, um am Beginn des 17. Jahrhunderts von den Niederlanden und England abgelöst zu werden.

So war eine unendliche Entwicklung eröffnet — es war die Frage, welche Völker sich daran beteiligen wollten, welches Volk die Führung in die Hand nehmen werde. Nach seinen geistigen Fähigkeiten, seiner kriegerischen Tüchtigkeit, seinem wirtschaftlichen Aufschwung schien Deutschland dazu berufen — aber wir wissen auch, wie die politische Zerrissenheit die beste Kraft des Volkes lähmte.

Sehen wir nun, wie es sich in die „neue Zeit" findet.

Reformation und Glaubenskriege.

Karl V.

(1519—1556.)

Die Wahl des jugendlichen Königs von Spanien und Neapel wurde in Deutschland mit Jubel begrüßt, war es doch gelungen, die Bewerbung des französischen Königs Franz I. zurückzuweisen; man sah darin einen Erfolg der guten deutschen Gesinnung der Kurfürsten und erblickte in dem Enkel Maximilians einen Deutschen. Von dem „jungen edeln kaiserlichen Blut", wie Ulrich von Hutten in seinen flammenden Flugschriften Karl nannte, erwartete man alles, was seinem Großvater nicht gelungen war, die Neuordnung des Reichs — und noch mehr, da inzwischen der Wittenberger Augustinermönch Dr. Martin Luther den weltgeschichtlichen Kampfplatz betreten hatte, auch die Besserung der Kirche im deutschen Sinne.

Niemals sind die Hoffnungen eines Volkes schlimmer und vollständiger betrogen worden.

Karl war kein Deutscher, trotz seines habsburgischen Vaters — er hat sich niemals als Deutscher gefühlt, niemals Verständnis für deutsches Wesen gehabt, niemals auch die deutsche Sprache vollständig beherrscht. Er war nach dem frühen Tode seines Vaters in Brüssel von burgundischen Höflingen erzogen worden, die ganz französisch dachten; mit sechzehn Jahren war er nach Madrid gegangen, um die Regierung über sein spanisches Königreich, das Erbe seiner Mutter, selbst zu übernehmen. Dort war er bald ganz unter den Einfluß des ausgesprochensten, aber auch rückständigsten Kirchentums und des spanischen Adels gekommen. Drei Jahre später wurde er zum deutschen Kaiser gewählt. Karl hat sich als ein hochbegabter Mann erwiesen, groß als Feldherr wie als Staatsmann, als wohlunterrichtet und unermüdlich tätig — aber er war kein Deutscher, konnte also noch weniger ein deutscher Kaiser sein. Wenn er sich überhaupt zu einem Volkstum hingezogen fühlte, so war es das spanische — aber er war auch kein Spanier; er war schlechthin Habsburger, d. h. er kannte nur eine höchste Aufgabe: die Macht seines Hauses zu erhalten und auszudehnen.

Doch — eines kannte er noch: die Förderung des katholischen Glaubens, dem er durch seine Erziehung bedingungslos ausgeliefert war.

Also Habsburgs Macht und die Größe der Kirche — das waren die Ziele seines Lebens. Was kümmerten ihn die Völker, über die er als Herrscher gesetzt war? Was kümmerte ihn vor allem unser deutsches Volk! Für ihn waren Völker und Stämme, Könige und Fürsten nur Figuren im politischen Schachspiele, das um nichts anderes ging als um die neue Weltherrschaft des Hauses Habsburg.

Habsburg im Bunde mit Rom als Gebieter der Welt — durfte dieser Gedanke dem Jüngling nicht kommen, der fast alles entdeckte Land der neuen Welt, Spanien, Neapel und Sizilien, Burgund und die althabsburgischen Gebiete im Reiche seinen Hausbesitz nannte und dem jetzt noch die werteste Krone der Christenheit aufs Haupt gesetzt worden war?

Er unterlag dem unseligen Zauber des Weltmachtgedankens, wie die Karolinger, Ottonen und Hohenstaufen — er setzte sein Leben daran und scheiterte mit seinem Streben; vor der Zeit gealtert, enttäuscht, tief unglücklich geworden hat er sich ins spanische Kloster S. Yuste zurückgezogen und ist dort 1558 gestorben. —

Jetzt, bei seiner Wahl, jauchzte dem Neunzehnjährigen das deutsche Volk zu, und die Besten erwarteten von ihm die Rettung des Reiches und der Kirche.

Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen, dem die Krone auch angetragen gewesen war, und der sie — der böse Geist unseres Volkes wollte es so — ausgeschlagen hatte, bereitete mit Gleichgesinnten bestimmte Reichsreformpläne vor; aber der schlichte Bergmannssohn Luther hatte auf kirchlichem Gebiete stärkere Schritte gemacht und riß sein Volk mit den Fürsten hinein in die Fragen der Kirchenbesserung, der „Reformation".

Martin Luther.

„Aus der Tiefe steigen die Befreier der Menschheit", sagt der deutscheste Dichter unserer Zeit, Wilhelm Raabe, in seinem „Hungerpastor"; der Mann, von dem wir jetzt zu sprechen haben, der verdient, der größte aller Deutschen zu heißen, und der ein Befreier der Menschheit, nicht nur seiner lieben Deutschen wurde, stieg empor aus den niederen Schichten der Gesellschaft und brachte das Beste mit, das sie zu geben haben: reinen, unverdorbenen Sinn, körperliche und geistige Gesundheit, schlichte Gläubigkeit und das Sicheinsfühlen mit seinem Volke — aber ihm war mehr gegeben: eine leidenschaftliche Liebe zur Wahrheit, ein unbeugsamer Mut, sie zu vertreten, eine flammende Redegewalt, sie zu verkünden. Ganz ein Mann, der in seinem unerschütterlichen Gottvertrauen ruhend, einer Welt von Feinden zu trotzen wagte und der deutschen Auffassung vom Christentum über Rom den Sieg erstreiten konnte.

Er war eines Bergmannes Sohn aus Eisleben (geb. 10. Nov. 1483); nach einer harten, freudlosen Jugend und dem Besuche von Lateinschulen in Magdeburg und Eisenach hatte er sich auf der hohen Schule von Erfurt der Rechtswissenschaft gewidmet; der Tod eines Freundes und eigne Todesgefahr bei einem furchtbaren Gewitter führten ihn ins Kloster der Augustiner zu Erfurt (1505); gegen den Willen seines Vaters wurde er Mönch.

Mit dem heiligen Eifer seiner gottsuchenden Seele, mit allen Ängsten des Gewissens, mit allen Qualen der nie befriedigten Glaubens-Sehnsucht, gab er sich seinem Berufe hin; was er suchte, fand er nicht in den Schriften der Kirchenväter und Gelehrten. Er fand es nach mannigfachen Enttäuschungen seines Wahrheits-Sehnens in der heiligen Schrift, vor allem im neuen Testament. Das lehrte ihn Christus kennen und mit heißer Liebe erfassen, es führte ihn an die Quelle des christlichen Glaubens und offenbarte ihm, wie sehr die Kirche seiner Tage sich von der Reinheit des evangelischen Christentums entfernt hatte. Unermüdlich las er seine Bibel, immer tiefer drang er in sie ein, immer klarer wurde ihm, daß es nur einen Weg gebe, der zum wahren Glauben führe: durch die heilige Schrift.

Der Eifer, das Wissen, die Reinheit des jungen Mönches lenkten die Aufmerksamkeit der Ordens-Oberen auf ihn; schon 1508 wurde er, nachdem er im Jahre vorher zum Priester geweiht war, als Prediger an die Schloßkirche zu Wittenberg berufen und kurze Zeit darauf lehrte er als Professor an der dortigen jungen Universität. Im Jahre 1511 sandte sein Orden ihn nach Rom, wo er geschäftlich mit dem päpstlichen Stuhle zu verhandeln hatte, und im Jahre 1512 wurde er „Doktor der Theologie" oder, wie er sich genannt wissen wollte: „Doktor der heiligen Schrift".

Hatte er gleich in Rom vieles gesehen und gehört, was seinem frommen Sinne, seiner ehrlichen deutschen Natur unbegreiflich war, so schrieb er diese Mängel doch nicht dem Papsttume zu und blieb ein treuer Sohn der Kirche, nur bemüht, die Wahrheit zu finden und zu lehren. Still lebte er dahin, ganz erfüllt von der Tätigkeit als Seelsorger und Lehrer; da wurde er durch das freche Treiben des Dominikanermönches Tetzel aus seiner Ruhe herausgerissen.

Der heilige Stuhl wollte zum Ruhme der Kirche an Stelle des unscheinbaren St. Petersdomes einen Wunderbau errichten, der an Größe, Glanz und Reichtum alles übertreffen sollte; seit 1506 wurde an der heutigen Peterskirche gebaut, aber es fehlte an Geld. Da Papst Leos X. üppige Hofhaltung die der Kurie zuströmenden Mittel verschlang, mußte das Geld durch besondere Veranstaltungen aufgebracht werden. Dazu diente ein allgemeiner Ablaß, der gegen Geldzahlung nicht nur die Kirchenstrafen erließ, sondern auch von den Strafen im Jenseits nach dem Tode befreien sollte. Den Vertrieb des Ablasses übertrug der Papst

für das deutsche Reich dem selbst in steten Geldnöten lebenden Erzbischof von Mainz, Kardinal Albrecht von Brandenburg (aus dem Hause Hohenzollern), der dann für die einzelnen Gebiete Beauftragte ernannte. Einer von ihnen war der für das Erzbistum Magdeburg bestellte Dominikaner Johann Tetzel; der betrieb das Geschäft in so schamloser, marktschreierischer Weise, daß alle höher Denkenden über sein Vorgehen empört sein mußten, — bezeichnend sein gotteslästerlicher Reimspruch:

Sobald das Geld im Kasten klingt,
Die Seele in den Himmel springt.

Das Gerücht von Tetzels gotteslästerlichem Treiben drang zu Luther; der junge Seelsorger merkte auch selbst, daß Beichtkinder seiner Pfarrei nach dem nahen Jüterbog gingen, wo der Dominikaner damals sich zeigte, um auf bequemere Art ihrer Sünden losgesprochen zu werden: da entschloß er sich, Tetzel entgegenzutreten und den von diesem vertriebenen Ablaß zu bekämpfen, von der Überzeugung ausgehend, daß nicht Menschen, sondern nur Gott allein die Sünden nach aufrichtiger Buße und Reue vergeben könne.

Seine Überzeugung faßte er in 95 Sätze (Thesen) zusammen, die er am 31. Oktober 1517 an der Tür zur Wittenberger Schloßkirche anschlug, indem er zur öffentlichen Erörterung seiner — lateinisch abgefaßten — Sätze aufforderte.

So wenig war Luther damals am Papsttum irre geworden, daß er, selbst wahrhaftig und fromm, glaubte, mit seiner Bekämpfung des Ablasses im Sinne dieses Papstes und der entarteten Kirche zu handeln.

Die „95 Thesen" erregten ungeheures Aufsehen; der mutige Mönch fand auf der einen Seite begeisterte Zustimmung, auf der andern maßlose Anfeindung. Wir können nun nicht den weiteren Gang der Ereignisse im einzelnen verfolgen und müssen nach dem Höhepunkt hineilen.

Luther mußte aus der Haltung, die die Kirche gegen ihn einnahm, und aus den Reden und Schriften seiner Gegner erkennen, daß er sich ein falsches Bild von dieser Welt gemacht hatte, — man wollte nicht die Wahrheit, nicht die evangelische Reinheit, sondern Unterwerfung und Erhaltung der trefflichen Einnahmequellen. Immer klarer wurde ihm nach jeder schriftlichen und mündlichen Auseinandersetzung, wie weltenweit seine tiefinnerliche Erfassung des Christentums verschieden war von dem äußerlichen Kirchenglauben jener; immer fester stellte er sich auf den Boden der Bibel und sprach schließlich im Religionsgespräche zu Leipzig (6. Juli 1519) den Satz aus: allein die heilige Schrift sei die Grundlage der Kirche — auch die Konzilien (d. h. die allgemeinen Kirchenversammlungen als Vertreter der Kirche) könnten irren. Dieser Satz erscheint uns eine Selbstverständlichkeit — damals bedeutete er den Bruch mit der kirch-

lichen Überlieferung, die im „Konzil" die oberste Trägerin der kirchlichen Lehre und Rechte erblickte.

Mit wütender Genugtuung konnten Luthers Gegner darauf hinweisen, daß der Wittenberger sich offen zur Ketzerei bekenne — aber alles, was deutsch dachte und eine Besserung der Kirche und des Reiches ersehnte, das jubelte auf; wie ein Sturm ging die Nachricht durch das deutsche Land, daß Luther es wagte, die angemaßten Rechte von Papst und Konzil anzugreifen.

„Es ist eine Lust zu leben" hatte Ulrich von Hutten, der bedeutendste Schriftsteller jener Tage, kurz zuvor im Hinblick auf das Wiedererwachen der Wissenschaften ausgerufen; jetzt sandte er seine glänzenden Schriften hinaus, in denen er mit allen Waffen des Geistes, des Wissens des Witzes und des Hohnes das entartete Kirchentum bekämpfte; eine edle Persönlichkeit, der Art Walthers von der Vogelweide verwandt, erfüllt von glühender Liebe zu seinem Volke, ein wilder Hasser und Verächter seiner Ausbeuter, der herrschsüchtigen und gottlosen Pfaffen.

Es ward Frühling im deutschen Lande — ein Geistesfrühling wie ihn kein anderes Volk erlebt hat.

Am 15. Juni 1520 erschien eine päpstliche Bannbulle, die Luther als Ketzer verdammte und seine Ausstoßung aus der Kirche androhte, wenn er seine Irrlehre nicht widerrufe. Luther warf ihr drei Schriften entgegen, von denen zwei in deutscher Sprache verfaßt waren: „An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung" und „von der Freiheit eines Christenmenschen"; die dritte: „de captivitate Babylonica ecclesiae praeludium" (über die babylonische Gefangenschaft der Kirche) erschien lateinisch.

Kühn und erbarmungslos ging Luther jetzt gegen den Papst und die Kirche vor; wie Keulenschläge sausten die Anklagen nieder — nichts ist hinreißender und ergreifender, als Luthers Schriften aus jenen Tagen, in denen der heldenhafte Mann seinem Volke die Geistes- und Gewissensfreiheit erkämpfte. Wie wußte der Mönch die deutsche Sprache zu handhaben — das war nicht mehr ein barbarisches Gemenge von Mundarten — in wunderbarer Herrlichkeit ließ er dem deutschen Volke eine fertige, unendlich reiche und ausdrucksfähige deutsche Schriftsprache erstehen.

Ein jedes Wort aus diesem Munde, ein jeder Satz aus dieser Feder entquoll der lautersten Liebe zur Wahrheit, dem treuesten Suchen nach Gott, der bedingungslosen Hingabe an Jesus Christus und dem ungestümen Drange, sein Volk, seine lieben Deutschen aus der Knechtschaft Roms zu retten.

Wir werden uns, wenn uns das Herz beim Lesen jener Schriften noch so voll ist, doch keine rechte Vorstellung machen können von der ungeheuren Wirkung, die sie ausübten; denn wir haben ja in sicherem Besitze, was Luther uns damals erst eroberte.

Die ganze Welt horchte auf. Mit Windeseile verbreiteten sich die

Bücher, durch Gutenbergs Erfindung leicht vervielfältigt und zugänglich gemacht, über ganz Europa; in Deutschland aber war es, als löse sich ein Bann, der über den Geistern gelegen. Der Hauch der Freiheit des Gewissens und der Seele blies durch das Land, und Hans Sachs, der wackere Schuhmacher und Dichter von Nürnberg, sang von der Wittenberger Nachtigall und rief es hinaus: „Wohl auf, es nahet gen den Tag!"

Die Reformation.

Luther im Banne! — Was wird er tun?

Er brach entschlossen die Brücke ab, indem er am 10. Dezember 1520 vor dem Elstertore von Wittenberg in Gegenwart zahlreicher Professoren und Studenten die päpstliche Bannbulle ins Feuer warf.

Inzwischen war der junge Kaiser endlich von Spanien nach Deutschland gekommen; am 23. Oktober 1520 empfing er in Aachen die Krone Karls des Großen; gegen Ende des Jahres traf er in Worms ein, wohin er auf den Anfang des Jahres 1521 den ersten großen Reichstag entboten hatte. Auf Betreiben des Papstes sollte die Reichsacht über Luther ausgesprochen werden — aber das ließen die dem Wittenberger Mönche freundlich gesinnten Fürsten nicht ohne weiteres zu, sondern verlangten und erreichten, daß er vor dem Reichstag erscheinen solle. Die Vorladung erging; der Kaiser bewilligte dem kühnen Ketzer freies Geleit.

Die Erinnerung an Johannes Hus wurde wieder lebendig, dem 100 Jahre vorher ein deutscher Kaiser auch freies Geleit gegeben, und der doch in Konstanz den Feuertod erleiden mußte. Besorgte Freunde warnten Luther und wiesen auf das Schicksal Hussens hin — er aber erklärte nach Worms zu wollen, auch wenn „so viel Teufel drinnen wären, wie Ziegel auf den Dächern". Seine Reise glich einem Siegeszuge: wohin er kam, strömte ihm das Volk in Massen zu; er predigte den neuen deutschen Christenglauben, und überall bekannte sich das Volk, ergriffen von der Wahrhaftigkeit des Mönches und der Gewalt seiner Lehre zu ihm.

Am 16. April 1521 traf er in Worms ein und sollte sich schon am nächsten Tage vor Kaiser und Reich verantworten.

Kein Zweifel, der Kaiser stand seiner Erziehung gemäß auf der Seite des Papstes, so auch die geistlichen Fürsten; die weltlichen spalteten sich in zwei Teile; eine starke Minderheit war für Luther, an ihrer Spitze Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen und Landgraf Philipp der Großmütige von Hessen.

Am 17. April wurde Luther vor den Reichstag geführt — der schlichte Bergmannssohn sah sich unbekanntem Glanze gegenüber — der Herr des mächtigen Weltreiches vereint mit Fürsten und Prälaten — alle gespannt auf den Mönch blickend. Wer will ihm verdenken, daß er befangen wurde und sich Bedenkzeit erbat.

Am folgenden Abend sollte er seine Erklärung abgeben. Noch einmal prüfte er sich und rang im Gebete um Wahrheit. Die Stimme seines Gewissens rief laut, daß seine Sache rein sei — da trat er, ein anderer, am 18. April wieder vor den Reichstag und gab auf die Frage, ob er widerrufen wolle, die Antwort: „Nein — es sei denn, daß ich durch das Zeugnis der Schrift überwunden werde oder durch offenbare Gründe — denn ich glaube weder dem Papst, noch den Konzilien allein, weil es am Tage ist, daß sie öfter geirret und sich widersprochen haben — sonst bin ich gefangen im Gewissen von dem Wort Gottes: deshalb ich nichts mag noch will widerrufen, weil wider das Gewissen zu handeln beschwerlich, unheilsam und gefährlich ist." Empört über den Trotz des Mönches sprang der Kaiser auf und die Fürsten folgten; Luther aber rief noch aus: „Ich kann nicht anders! Hier stehe ich, Gott helfe mir! Amen!"

Wer die Weltgeschichte durchprüft — keinen größeren Augenblick wird er finden; wer Menschenschicksale überschaut — er wird keine Stunde finden, wo einem Menschen größere Verantwortung aufgeladen war; wer Menschenwirken kennt — keine menschliche Tat weiß er zu berichten, von der größerer Segen über die Welt gekommen ist.

Luther hat bestanden! Der einfache Mönch, so recht ein Sohn des Volkes, hat nicht gewankt, hat die Wahrheit bekannt — dem drohenden Tode, dem päpstlichen Fluche und der Reichsacht zum Trotze!

Luther hat bestanden — und er hat in diesem Augenblicke nicht nur sein Volk, nein die Welt, von den Fesseln der kirchlichen Gebundenheit und der päpstlichen Gewalt befreit. Die Freiheit des Christenmenschen, die Freiheit der sittlichen Persönlichkeit, die nur Gott und dem eigenen Gewissen verantwortlich ist — sie waren ausgerufen, und der Ruf war nicht mehr zu übertäuben.

Vieles Große und Gute hat Luther noch getan; mit schöpferischem Sprachgefühle hat er seinem Volke die Bibel verdeutscht und ihm damit die deutsche Schriftsprache in ihrer heutigen Gestalt geschenkt. Er hat die neue Kirche eingerichtet und die Volksbildung durch Schulen erweitert, er hat das Kirchenlied geschaffen, er hat die unselige Ehelosigkeit des geistlichen Standes beseitigt — aber alles dies Gute und Große tritt zurück vor jener Tat in Worms.

Und man soll denken: auch der Katholik, der Luthers Glaubenslehre verwirft, muß den Mann bewundern und lieben, der aus dem Drange seines Gewissens heraus den Mut gefunden hat, den Kampf mit den herrschenden Gewalten seiner Zeit aufzunehmen. Nicht der Geistliche, der Gottesgelehrte — der Mensch, der Deutsche ist es, der jene weltgeschichtliche Tat getan und der den unvergänglichen Dank jedes Deutschen verdient.

Was angedroht war, geschah: die Reichsacht wurde ausgesprochen, aber der Kaiser hielt sein Wort und ließ Luther im Schutze des freien

Geleits abziehen; unterwegs bei Eisenach wurde der Reisende von Rittern gefangen genommen — es waren Beauftragte des guten Kurfürsten Friedrich von Sachsen, der, um Luthers Sicherheit besorgt, ihn auf die Wartburg bringen ließ. Dort lebte er als Junker Jörg und verfaßte manche Kampfschrift; vor allem aber übersetzte er das neue Testament ins Deutsche (Mai 1521 bis März 1522).

Als später das schwierige Werk der ganzen Bibelübersetzung vollendet war, sagte er: „Nun es verdeutscht und bereit ist, kanns jeder lesen und meistern, wird aber nicht gewahr, welche Wacken und Klötze da gelegen sind, da er jetzt über hin gehet, wie über ein gehobelt Brett." Besonders meint er „sträubten sich die hebräischen Schreiber deutsch zu reden, gleich als ob eine Nachtigall singen sollte die Melodie des Kuckucks".

Als in Wittenberg sein bisheriger Genosse Karlstadt eine bilderstürmerische Volksbewegung hervorrief und das Volk mit falschen Auslegungen der neuen Lehre mißleitete, da litt es ihn nicht mehr; er verließ die Wartburg und trat den „falschen Propheten" strafend entgegen.

Es war ein Glück für Luthers Sache, daß Karl V. bald nach dem Wormser Reichstag nach Spanien zurückkehren mußte, und daß er dann in lange Kämpfe mit König Franz I. von Frankreich verwickelt wurde: so kam es, daß der Habsburger sich trotz seiner harten Strenggläubigkeit um die von Wittenberg ausgehende kirchliche Bewegung nicht kümmerte.

Die der neuen Lehre freundlichen Fürsten und Städte nutzten dies aus, und schnell verbreitete sie sich; eine Fülle bedeutender und begeisterter Männer scharte sich um Luther und ging dann hinaus, um in seinem Sinne zu „reformieren"; sein vertrautester Mitarbeiter wurde Philipp Melanchthon, Professor der griechischen Sprache an der Universität Wittenberg.

Überall entstanden, nicht durch die Fürsten hervorgerufen, sondern aus dem Bedürfnis der Gläubigen heraus, evangelische Gemeinden, alle in stetem geistigem Verkehre mit Luther.

Die Verneinung des Papsttums, der Konzile, der Messe, des Ablasses, der Ohrenbeichte erschöpfte seine Lehre nicht — er wirkte bejahend, aufbauend, indem er einen deutschen Gottesdienst schuf, in dessen Mittelpunkt die deutsche Predigt stand; Trägerin des kirchlichen Lebens war die Gemeinde selbst; der Geistliche war nicht mehr der Mittler zwischen Gott und den Gläubigen — einen solchen brauchte der freie Christenmensch nicht, denn jeder gläubige Christ ist sich selbst ein Priester — sondern er war der Beauftragte der Gemeinde für Predigt, Seelsorge, Lehrtätigkeit; das Abendmahl wurde der ganzen Gemeinde in beiderlei Gestalt gereicht, war also in dieser Form nicht mehr das Vorrecht der Geistlichen. Die Gemeinde verwaltete sich selbst und berief ihren Geistlichen durch freie Wahl; dieser sollte mit der Gemeinde leben, ihre Sorgen, ihre Freuden

kennen, ein Vorbild sein an tugendhaftem Wandel. Deshalb wurde die Ehelosigkeit abgeschafft, und Luther selbst gab das Beispiel, indem er — allen Verdächtigungen und Anfeindungen zum Trotz — Katharina von Bora, eine arme Adelige, die auch das Kloster verlassen hatte, zum Weibe nahm.

Es ist klar, daß diese Gestaltung der Gemeinden und des Gottesdienstes, vor allem aber der großartige, hohe Gedanke des „allgemeinen Priestertums" die Stellung zertrümmern mußte, die in der katholischen Kirche der Priester sich als Mittler zwischen Gott und den Gläubigen errungen hatte: der Priester der neuen Kirche ist nicht mehr Herr der Gemeinde, er ist ihr Helfer, ihr Lehrer, ihr Prediger — wie Luther es schön ausdrückte — „der Diener am Worte Gottes".

Die heilige Schrift kennt keinen Papst, keine Klöster — deshalb wird das Papsttum selbst als unevangelisch bestritten und erklärt, daß ein tätiges, tüchtiges Leben in der Welt Gott wohlgefälliger sei, als das untätige, der Beschaulichkeit — leider nur zu oft der Trägheit mit allen ihren Folgen — — gewidmete Klosterleben.

In den Mittelpunkt der Glaubenslehre wurde der tiefsinnige Satz gestellt, daß der Mensch gerechtfertigt werde allein durch den Glauben.

In unermüdlicher Tätigkeit baute Luther mit seinen Freunden sein Werk aus, eine Fülle von Schriften bekämpfte die „Papisten", stärkte die Zweifelnden, befestigte die Anhänger.

In diese Arbeit hinein fiel der unselige Bauernkrieg (1524—1525), nachdem schon vorher der für Luther eingenommene tapfere Franz von Sickingen, das anerkannte Haupt der rheinischen Ritterschaft, in der rheinischen Fehde (1522—1523) den Fürsten erlegen war.

Der Bauernkrieg.

Der Bauernkrieg hatte seine doppelte Ursache: einmal die gedrückte, klägliche wirtschaftliche Lage der Bauern, die sich in dem Frondienst für die Herren abplagen mußten, nachdem sie längst die Freiheit verloren hatten und durch das Eindringen des römischen Rechts der rücksichtslosen Ausbeutung der wieder von ihren Gläubigern ausgebeuteten Herren ausgesetzt waren — und dann die mißverstandene Lehre von der „Freiheit des Christenmenschen", die von Schwarmgeistern dahin gedeutet wurde, daß überhaupt kein Gesetz, keine Obrigkeit mehr nötig sei.

Die Verquickung beider Ursachen war ein Unglück für die Bauern — ein Schaden auch für die kirchliche Bewegung.

Denn solange es um ihre Befreiung, um menschenwürdige Behandlung und um wirtschaftliche Fragen ging, mußte jeder Gerechte auf der Seite der Bauern stehen; deren Führer hatten die bäuerlichen Forderungen

zur Besserung der Lage in zwölf „Artikeln" zusammengefaßt, die noch heute jeder billigen muß.

Nachdem die Bauern zuerst schnelle Erfolge errungen und weite Teile im Süden und Westen des Reiches zu den zwölf Artikeln gezwungen hatten, entwarf einer ihrer Führer einen ganz ausgezeichneten Plan zu einer völligen Reichsreform; es war dies Wendelin Hipler, ein weitblickender, hochbegabter Mann mit sicherem politischem Gefühl, der früher in Diensten der Grafen von Hohenlohe gestanden und sich jetzt aus dem Drange seines Herzens der Bauern angenommen hatte. Wir staunen, wenn wir lesen, daß er eine starke Kaisergewalt, Abschaffung der Einzelstaat-Fürsten, Volksgerichte nach deutschem Recht unter Abschaffung des römischen, Einziehung aller geistlichen Güter, Maß-, Münz- und Gewichtseinheit und Abschaffung des Wuchers verlangte.

Aber die schwarmgeistige Verwerfung jeder Obrigkeit, die jene andere gleichlaufende Bewegung verkündete, führte zum Umsturz, vergiftete die ganze Bauernbewegung aufs schändlichste und führte zu unerhörten Grausamkeiten und Freveln.

Die Fürsten taten sich zusammen, Luther schrieb und predigte wider die „räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern!" Bei Frankenhausen und Königshofen wurden sie geschlagen und furchtbar bestraft: für den größten Teil des Reiches blieb der ganze Stand nicht nur der Freiheit beraubt, sondern er wurde auf Jahrhunderte hinaus noch tiefer geknechtet und erniedrigt.

In Luthers Seele entstand nach diesen Erfahrungen der Zweifel an der Durchführbarkeit seines Hochzieles: Verwaltung der Kirche durch das Volk unter Beseitigung jedes Einflusses der weltlichen Obrigkeit. Er kam zur Erkenntnis, daß der starke Arm der Obrigkeit nötig sei, um die Aufsicht über die Kirche zu führen; da das Amt der Bischöfe verwaist war, trug er, notgedrungen, an Stelle der Bischöfe den Landesherren diese Aufsichtsrechte an: so wurde die evangelische Kirche aufs engste mit dem Staate verbunden, indem die Landesfürsten den sog. „Summepiskopat", die Kirchenhoheit mit ihrer Person vereinigten.

Ausbreitung der Reformation.

Es geht nicht an, hier der Ausbreitung der Reformation im einzelnen zu folgen, auch nicht die Verhandlungen auf den Reichstagen zu Speier (1526 und 1529), Augsburg (1530) und Nürnberg (1532) zu schildern: es sei festgestellt, daß trotz aller Machenschaften der päpstlichen Partei, trotz der Feindschaft des Kaisers ein Landesherr nach dem anderen, eine freie Stadt nach der andern sich dem Luthertum zuwandten, und daß auf dem Reichstag in Nürnberg den Evangelischen bis auf weiteres freie Religionsübung zugestanden wurde. Wichtig war, der weittragenden

Folgen wegen, daß im Jahre 1525 der letzte Hochmeister des deutschen Ordens, der Hohenzoller Albrecht, aus der katholischen Kirche austrat und das Ordensland mit der Hauptstadt Königsberg zum weltlichen Herzogtum machte; dieses fiel später durch Erbgang an die brandenburgischen Hohenzollern und gab noch später dem Königreich Preußen den Namen.

Luther konnte mit seinem Werke zufrieden sein. Waren auch nicht alle seine Gedanken verwirklicht, hatte er seine Kirche auch unter die Landesherren stellen müssen — das ungeheuer Wichtige war erreicht: Roms Macht gebrochen, die Gewissen befreit, der deutsche Geist losgerungen von den Fesseln der alten Kirche, und im evangelischen Glauben war dem Volke das Christentum in einer Gestalt geboten, die dem deutsch-germanischen Wesen angemessen war. Was wunder, daß auch die anderen Länder germanischen Stammes Dänemark, Schweden, Norwegen, England sich schnell der neuen Lehre zuwandten.

Eines fehlte Luther, was seinem Volke über geistige Befreiung hinaus hätte helfen können, der politische Sinn — und da Kaiser Karl seines Volkes Hoffnungen täuschte, was hätte Luther noch wirken können, wenn er auch ein Staatsmann gewesen wäre!

Übersehen wir aber nicht, daß dieser Held des Gewissens und Glaubens aufs Innerliche gerichtet sein mußte, wenn er seinen weltgeschichtlich großen Geisteskampf führen sollte, und daß ihm das weltlich-politische nach Herkunft, Begabung und Lebensgang fern lag.

Gewiß: es hätte dem deutschen Volke viel Schlimmes erspart werden können, wenn neben Luther ein gewaltiger Staatengestalter gestanden hätte — aber das Schicksal wollte es uns nicht leicht machen. Durch Mißgeschick und Erniedrigung mußte dies Volk hindurchgehen — Ströme von Blut mußten fließen, bis es politisch einig und groß werden konnte.

Die Spaltung des Glaubens trat ein, da in der Hauptsache die geistlichen Lande und Bayern katholisch blieben, die habsburgischen aber, wie wir hören werden, wieder mit Gewalt dazu gemacht wurden — ein unendlicher Schaden. Ein Krieg von 30 Jahren sollte darüber entbrennen und uns an den Abgrund bringen — ein furchtbares Schicksal; aber es blieb die evangelische Freiheit des Glaubens und Gewissens bestehen, die Grundlage der geistigen und sittlichen Entwicklung, und sie war nicht mit Strömen von Blut zu teuer erkauft. Luthers Werk konnte nicht mehr vergehen.

Ulrich Zwingli.

Zwei Jahre später als Luther war Ulrich Zwingli in Zürich gegen den Ablaßhandel aufgetreten; Schritt für Schritt war er weitergegangen zu einer vollständigen Reformation, die er nicht nur auf die

Kirche, sondern auch auf die staatlich-städtischen Verhältnisse ausdehnte. Zwingli war, obwohl Theologe wie Luther, ein Politiker mit kühnen Gedanken — ein Unglück, daß beide sich nicht vereinigen konnten. Landgraf Philipp von Hessen versuchte eine Verständigung im Religionsgespräch zu Marburg (1529); sie scheiterte an der grundverschiedenen Auffassung des Abendmahls, das Zwingli nur als ein „Erinnerungsmahl" an Christus ansah, während Luther glaubte, daß es wirklich eine durch das Sakrament bewirkte geheimnisvolle Vereinigung der Gläubigen mit Christus sei.

Als Zwingli im Kampfe mit den katholisch gebliebenen alten Waldstätten, den „Urkantonen", bei Kappel fiel (1531), kam die Bewegung zum Stocken; sie mündete später in die 1541 zu Genf durch Johann Calvin begründete Richtung ein, die sich dann als reformierte Kirche in der Schweiz, in den Niederlanden, in der Pfalz, in den Hansestädten und in Frankreich, Schottland, Ungarn, sowie Polen ausbreitete.

Der Unterschied von der evangelischen Kirche Luthers bestand neben der Abendmahlslehre darin, daß die Reformierten sich nicht den Landesherren unterstellten, sondern das Kirchenregiment den Gemeinden und Synoden (Vertreterversammlungen mehrerer Gemeinden) übertrugen.

Die Besserung in der katholischen Kirche.

Ehe wir zur Schilderung der weltlich-politischen Vorgänge jener Zeit übergehen, müssen wir feststellen, daß die Reformation Luthers auch für die katholische Kirche, also für jenen Teil der Christenheit, die sich nicht zu Luthers Lehre bekannte, von segensreichster Wirkung war.

Die schweren Anklagen, die er mit allzugroßem Rechte erhoben, und die allgemeine Zustimmung, die diese Anklagen fanden, brachten das Papsttum zur Selbstbesinnung, die Kirche zur Besserung, die Geistlichkeit zur Reinigung, womit auch eine Vertiefung der Lehre verbunden war.

Das Konzil von Trient (1545—1563) machte sich unter dem Eindrucke der Vorgänge in Deutschland mit Ernst an die Arbeit und stellte die Lehre und Verfassung der katholischen Kirche so fest, wie sie heute sind: so war Luther auch die treibende Kraft der katholischen Kirchenbesserung geworden.

Die Kriege Karls V.

Wir wissen, daß Karl V. nach dem Wormser Reichstag in einen langjährigen Kampf mit Franz I. von Frankreich verwickelt wurde, der sich in vier Kriegen abspielte; es handelte sich dabei um den Besitz von Mailand, das inzwischen als Lehen des Reiches unter dem Hause Sforza Herzogtum geworden war; Franz behauptete, Erbansprüche auf Mailand zu haben, während der Kaiser das Gebiet nach dem Tode des letzten Sforza als verfallenes Reichslehen einziehen wollte.

In der Schlacht bei Pavia (1525) erfochten die deutschen Landsknechte unter der Führung des Feldhauptmanns Georg von Frundsberg einen glänzenden Sieg und nahmen den König gefangen. Franz mußte im Frieden von Madrid (1526) auf alle seine Ansprüche verzichten. Schon im Jahre darauf erklärte er seinen Verzicht für erzwungen und nahm im Bunde mit Papst Clemens VII. den Kampf von neuem auf; Rom wurde von deutschen Landsknechten gestürmt und geplündert. Das Endergebnis dieser Kriege, die sich in den Jahren 1536—1538 und 1542 bis 1544 erneuten, war, daß Mailand beim Reiche blieb und von Karl seinem Sohne Philipp (später König von Spanien) verliehen wurde. In jenen Kämpfen scheute sich der fromm-katholische Franz nicht, gegen den strenggläubigen Kaiser die Bundesgenossenschaft des türkischen Sultans Soliman zu suchen, so daß Karl auch schwere Kriege mit diesem Herrscher bestehen mußte, der die türkische Macht auf den Höhepunkt gebracht hatte.

Nachdem die Türken im Jahre 1453 Konstantinopel erobert hatten, war der Sitz der Sultane dorthin verlegt worden, und das ganze Balkangebiet (die heutigen Königreiche Griechenland, Serbien, Bulgarien, die europäische Türkei — alles Land bis zur Donau) gelangte in den Besitz der Türken. Nun fielen sie in Ungarn ein, besiegten den König Ludwig II. bei Mohacs (1526) vollständig und drangen bis Wien vor (1529), das sie ohne Erfolg belagerten. Doch behielten sie Ungarn zum größten Teile und setzten in Ofen einen Pascha als Statthalter ein.

Zur Sicherung seiner spanischen und italienischen Besitzungen, deren Küsten von tunesischen und algerischen Seeräubern beunruhigt und geplündert wurden, unternahm Karl zwei Kriege, von denen der erste (1535) gegen Tunis mit der Eroberung dieser Stadt endete, während der zweite gegen Algier (1541) unglücklich verlief.

Nachdem im Jahre 1544 König Franz I. seinen Frieden mit dem Kaiser gemacht hatte, stand Karl auf der Höhe seiner Macht: sein Zepter gebot über das deutsche Reich, über den größten Teil Italiens, über Spanien und über fast alle entdeckten Gebiete Amerikas. Der damalige Umfang des Reiches ergibt sich aus der Reichszollordnung, die das im Jahre 1521 in Worms geschaffene, aber bald wieder durch völlige Untätigkeit außer Wirkung getretene sog. „Reichsregiment" (ein engerer Fürstenrat) einführen wollte, — gleichfalls ohne Erfolg, da die großen Städte sich diesem Plane nicht unterwarfen. Dort sind die Grenzen durch beabsichtigte Reichszollstellen wie folgt gezogen: Nikolsburg, Wien, Graz, Villach, Treviso, Trient, Chur, Habsheim, Thann, Metz, Luxemburg, Brügge, Antwerpen, Bergen op Zoom, Dordrecht, Utrecht, Wesel, Hamburg, Lübeck, Rostock, Stralsund, Greifswald, Stettin, Kolberg, Danzig, Königsberg, Frankfurt a. d. O., Vetschau.

Karl konnte jetzt, wo auswärtige Schwierigkeiten ihm nicht mehr die

Hände banden, gegen die Reformation vorgehen. Ihr war inzwischen durch die Gründung des Jesuitenordens 1540 ein furchtbarer Feind erstanden: der baskische Edle Ignatius von Loyola, ein tapferer Soldat, der wegen schwerer Verwundung seinen Beruf aufgeben mußte, hatte eine auf dem Grundsatze des unbedingten Gehorsams beruhende, straff geleitete Religionsgesellschaft, die Compañia de Jesus, gestiftet, der als Zweck die Ausbreitung des katholischen Glaubens durch Bekehrung der Heiden und Ketzer gesetzt war. Papst Paul III. bestätigte den Orden; zum ersten „General" wurde Loyola selbst bestellt, zweifellos ein hervorragender und von schwärmerischer Glaubensbegeisterung erfüllter Mann. Seine Nachfolger waren gleichgeartete Persönlichkeiten, so daß der Orden schnell Bedeutung gewann.

Es sei schon jetzt ausgesprochen, daß der Jesuitenorden der Träger der sog. „Gegenreformation" geworden ist, d. h. jener Bestrebungen, die mit allen Mitteln dahin arbeiteten, Evangelische wieder katholisch zu machen, vor allem aber evangelisch gewordene Landesteile wieder zum Katholizismus zurückzuführen.

Karl verlangte von den evangelischen Ständen, daß sie das inzwischen einberufene Konzil von Trient beschicken und sich dessen Entscheidung unterwerfen sollten; es war klar, daß dieses unter dem Einfluß des Papstes stehende Konzil gegen Luther entscheiden würde — also war das Begehren des Kaisers nur ein Vorwand, da er wußte, daß die Fürsten ablehnen mußten.

Daneben hatte er die bestimmte Absicht, die Kaisergewalt durch Demütigung der Landesherren zu stärken — sein Ziel war also ein doppeltes: Vernichtung des Luthertums und Schwächung der Reichsfürsten.

Der Kaiser zog aus Spanien und Italien unter spanischen Befehlshabern Truppen ins Reich; seine Berater waren fast nur Nichtdeutsche; der Papst stellte Geld und Mannschaften zur Verfügung — alles Umstände, die böses Blut in Deutschland erregten und die Fürsten mißtrauisch machten.

Aber es war ein Unglück für unser Volk, daß unter den evangelischen Fürsten nicht einer war, der kraftvoll die Leitung in die Hand hätte nehmen können — doch, einer war da, der junge Herzog Moritz von Sachsen; dem jedoch lag nichts an seinem Glauben, alles aber an der Vergrößerung seiner Macht, und er schlug sich deshalb auf die Seite des Kaisers.

Johann Friedrich, Kurfürst von Sachsen und Philipp der Großmütige, Landgraf von Hessen, waren die anerkannten Oberhäupter der evangelischen Partei; der eine ein langsamer, gottesfürchtiger und friedfertiger Herr, der andere ein tapferer Krieger und politischer Kopf — beide überzeugte Anhänger des Evangeliums und entschlossen, es zu verteidigen; der Sachse beeinflußt durch eine gewisse Scheu vor der „kaiserlichen Majestät", Philipp gerade in dieser schwierigsten Zeit durch eine Anstoß erregende Doppelehe

in seinem Ansehen gemindert. Die Lage spitzte sich immer mehr zu; der offene Kampf war unvermeidlich.

Ein Glück für Luther, daß er ihn nicht mehr erlebte; am 18. Februar 1546 ist er ruhigen Gewissens gestorben im Vertrauen auf seinen Gott — verehrt und geliebt wie ein Vater aller Evangelischen, der geistige Mittelpunkt der evangelischen Bewegung bis zuletzt.

Als der Kurfürst von Köln, Erzbischof Hermann von Wied, Anstalten machte, nicht nur selbst evangelisch zu werden, sondern auch das Erzbistum dem neuen Glauben zuzuführen, brach der Kaiser los, nachdem er sich der Hilfe des evangelischen Moritz von Sachsen versichert hatte.

Das war ein Mann, geboren zum Herrscher, von unbändigem Ehrgeiz und kraftvollem Willen beseelt, unbedenklich in der Wahl seiner Mittel, rasch und rücksichtslos in der Ausführung — ein Staatsmann ersten Ranges, der einzige deutsche Fürst, der dem Kaiser wirklich gewachsen war.

Moritz gehörte der jüngeren (albertinischen) Linie des sächsischen Hauses Wettin an, während Johann Friedrich das Haupt der älteren (ernestinischen) war, auf die die Kurwürde übergegangen war. Zwischen beiden Linien lagen Gebietsstreitigkeiten vor, die wohl schon zu Fehden geführt hatten — aber sie konnten Moritz keinen Grund geben, sich von seinen evangelischen Genossen zu trennen: ihm kam es darauf an zu wachsen, zu herrschen. Das glaubte er mit den langsamen, unentschlossenen, bibelfrommen Fürsten nicht erreichen zu können, wohl aber gegen sie mit dem Kaiser. Er ließ sich von Karl die Gebiete der großen Bistümer Magdeburg und Halberstadt und die Kurwürde versprechen. Um diesen Preis verriet er das Evangelium und wurde, wie das Volk in richtigem Gefühl sagte, der Judas von Meißen.

Karl ließ Johann Friedrich und Philipp in die Reichsacht erklären; auch das konnte sie noch nicht zu entschiedenen Schritten bringen, obwohl sie über ein Heer von 60000 Mann verfügten. Unentschlossen zogen sie an der Donau hin und her. Da brach Moritz in Johann Friedrichs Land ein und zog dadurch dessen Streitmacht an die Elbe; Philipp rückte nach seinen Stammlanden ab. So waren die evangelischen Streitkräfte geteilt; die süddeutschen Fürsten und Städte fühlten sich im Stiche gelassen und unterwarfen sich einzeln dem Kaiser. Johann Friedrich wurde in der Schlacht bei Mühlberg (in der Nähe von Torgau) am 24. April 1547 geschlagen und gefangen: Philipp ließ es auf einen Waffengang nicht ankommen; er stellte sich dem Kaiser und wurde unter Bruch des kaiserlichen Wortes gleichfalls gefangen gehalten.

So war Karl Sieger; die evangelische Sache lag am Boden, und zwei der angesehensten deutschen Fürsten waren gedemütigt und in der Hand

des Kaisers, der mit aller Pracht an der Spitze seiner spanischen und italienischen Regimenter in Wittenberg einzog.

Schlimm stand es um die lutherische Sache — ein Glück für sie, daß Karl in diesem Augenblicke mit dem Papste aus politischen Gründen in Zwietracht geraten war, so daß Paul III. das Konzil von Trient aus dem Machtbereiche des Habsburgers hinweg nach Bologna verlegte; dadurch wurden die Verhandlungen der wichtigen Kirchenversammlung unterbrochen und es lagen überhaupt noch keine Beschlüsse vor, die man den besiegten Evangelischen zur Anerkennung hätte unterbreiten können.

Auf dem Reichstage zu Augsburg (Mai 1548), der unter dem Drucke des kaiserlichen Sieges stand, und bei dem Karl mit einem glänzenden Gefolge hochmütiger spanischer Großen erschien, sollte die Entscheidung fallen — sie konnte keine endgültige sein, weil der Kaiser ja noch nicht wissen konnte, was das Konzil beschließen werde — eine vorläufige also: das sog. Augsburger Interim.

Die Evangelischen mußten die endgültige Entscheidung dem Konzile zugestehen, doch wurde ihnen vorläufig das Abendmahl in beiderlei Gestalt und die Priesterehe belassen.

Von den Fürsten erreichte Karl auf diesem „geharnischten" Reichstage, daß sie den Niederlanden eine Sonderstellung einräumten und zuließen, daß für deren Gebiet die Reichsgesetze keine Geltung haben sollten. Die Niederlande waren habsburgischer Hausbesitz aus der burgundischen Erbschaft; mit diesem Augsburger Beschluß wurde ihre Loslösung vom Reiche eingeleitet und fürs erste das unglückliche Land, das zum großen Teil den reformierten Glauben angenommen hatte, der Willkür seines Landesherrn, des strenggläubigen Kaisers, ausgeliefert.

Eins erreichte Karl aber trotz aller Drohungen und Einschüchterungsversuche in Augsburg nicht: die Zusicherung der Kaiserwürde für seinen ältesten Sohn Philipp. Ein richtiges Gefühl leitete den Reichstag, als er diesen finsteren Grömmler, der sich als echter Spanier hochmütig und verachtungsvoll über die Deutschen erhob, vom Kaiserthrone fernhielt — er hat später als spanischer König und Erbe der Niederlande gezeigt, zu welch unmenschlichen Grausamkeiten starrgläubige Bekehrungswut führen kann.

Moritz von Sachsen erhielt die Kurwürde, die ihm versprochen war, aber Magdeburg und Halberstadt blieben ihm vorenthalten; nicht nur hierin brach der Kaiser sein gegebenes Wort, sondern er ließ auch Landgraf Philipp von Hessen weiter in der Gefangenschaft — der war aber Moritzens Schwiegervater. Der Sachse erkannte, in welcher Weise der Kaiser ihn zur Demütigung der Evangelischen mißbraucht hatte, und richtete sein Spiel darauf ein, den falschen Kaiser zu demütigen. Er trat in geheime Verbindungen mit allen Gegnern Karls und bereitete einen Schlag vor,

den dieser nicht verwinden sollte. Er, der seine evangelischen Glaubensgenossen um der Macht willen verraten hatte, der „Judas von Meißen" scheute nicht davor zurück, sich nun aus Rachsucht mit König Heinrich II. von Frankreich in ein reichsverräterisches Bündnis einzulassen und ihm im geheimen Vertrag von Friedenwalde (in Hessen, 1552) die Städte und Bistümer Metz, Toul und Verdun auszuliefern.

Nachdem alle Vorbereitungen in umsichtigster, kaltblütigster Weise getroffen waren, verlangte Moritz vom Kaiser die Freilassung seines Schwiegervaters; als sie verweigert wurde, marschierte er mit einem starken Heere in Gewaltmärschen über Augsburg nach Innsbruck (April 1552), wo Karl damals Hof hielt; gleichzeitig rückte König Heinrich in Lothringen ein und besetzte die ihm ausgelieferten Lande. In fliegender Eile trieb Moritz vorwärts; Ende Mai 1552 hielt er in der Hauptstadt Tirols einen prunkvollen Einzug, nachdem der überraschte Kaiser sich gerade noch hatte flüchten können. Gleichzeitig hatten die evangelischen Fürsten im Reiche losgeschlagen.

Welch ein ungeheurer Umschwung! Karl, vor drei Jahren der stolze Sieger, der unumschränkte Gebieter, auf der Flucht — die fast verlorene Sache der Evangelischen gerettet!

Und das alles das Werk des einen Mannes, der den Kaiser mit denselben Mitteln bekämpfte und überwand, die er von ihm gelernt hatte.

Kein reiner, lauterer Held, dieser Moritz, kein Mann, dessen Taten den Sinn erheben — aber doch in diesem Augenblicke der rücksichtslos zugreifende, kühne Träger einer weittragenden Entscheidung und um deswillen eine der wichtigsten Personen der deutschen Geschichte. Nicht nur war die Macht des nach der Weltherrschaft strebenden Kaisers auf deutschem Boden gebrochen — mehr und wichtiger: Karl mußte zugestehen, daß die Frage der Reformation nicht auf dem Konzil, sondern durch einen Reichstag entschieden werden solle.

Das hieß: die Reformation war gerettet!

Im Vertrage zu Passau (15. Juli 1552) mußte der besiegte Kaiser diese Zugeständnisse machen, wie er sich auch wehrte.

Moritz aber suchte das Gewonnene auszubauen; mit Klugheit und Scharfblick gab er seinen Landen eine neuzeitliche Verwaltung, sicherte Ruhe und Ordnung und machte sein Land zu der evangelischen Großmacht Deutschlands. Am 9. Juli 1553 besiegte er den räuberischen Markgrafen Albrecht von Brandenburg-Kulmbach bei Sievershausen, aber er selbst wurde zum Tode verwundet und starb zwei Tage später, erst 32 Jahre alt.

Deutschland dankt ihm die Errettung vor der alles niederdrückenden Macht Habsburgs und die Erhaltung des evangelischen Glaubens. Ein ungeheures Verdienst, das dafür sorgt, daß der Name des Kurfürsten Moritz von Sachsen niemals vergessen wird — schade nur, daß der Spiegel

der Geschichte das Bild dieses hervorragenden, vielleicht großen Mannes nicht rein und fleckenlos zeigt.

Der Kaiser, in allen seinen Plänen gescheitert, zog sich entmutigt, ja verzweifelt aus Deutschland nach den Niederlanden zurück, wo er in Brüssel Hof hielt; die Ordnung der Dinge im Reiche überließ er seinem Bruder Ferdinand, der schon seit 1531 die Würde des römischen Königs bekleidete.

Der Religionsfriede.

Der im Passauer Vertrage vorgesehene Reichstag wurde wiederum nach Augsburg einberufen (1555); dort kam der Religionsfriede zustande, der in der Hauptsache bestimmte, daß die lutherischen Landesherren und freien Städte Religionsfreiheit erhielten und in ihren Gebieten „reformieren" durften. Es wurde der Grundsatz ausgesprochen „cuius regio, eius religio", d. h. der Glaube der Bevölkerung sollte sich nach dem Glauben des Landesherrn richten, doch wurde den Untertanen bei Glaubensbedrückung das Recht der Auswanderung zugestanden. Eine bedeutsame Ausnahme von dem Grundsatz, daß der Landesherr den Glauben bestimme, setzten die Katholiken durch, den von den Protestanten allerdings nicht anerkannten „geistlichen Vorbehalt", nach dem die geistlichen Fürsten, die evangelisch werden wollten, Amt, Würden und Reichslehen verlieren sollten. Die Protestanten erwirkten dagegen die wieder von den Katholiken bestrittene „Deklaration" (Erklärung), daß evangelische Untertanen geistlicher Fürsten in ihrem Glauben nicht gestört werden durften.

Die Reformierten blieben von dem Frieden ausgeschlossen.

Diese Bestimmungen stempelten den Augsburger Religionsfrieden von vornherein zu einem Waffenstillstande. Wohl war der offene Kampf der beiden Parteien zum Abschluß gebracht — aber es war kein Zustand geschaffen, der des Volkes würdig war, das die Reformation hervorgebracht und durch sie eine wunderbare geistig-sittliche Erhebung erlebt hatte.

Die weittragende Bedeutung des „geistlichen Vorbehaltes" liegt darin, daß er die katholische Kirche auf deutschem Boden erhalten hat, denn er übte einen Zwang auf die geistlichen Fürsten aus, bei dem alten Glauben zu verharren, da sie sonst nicht nur ihre Kirchenämter, sondern auch ihre weltliche Stellung verloren haben würden. So war die katholische Kirche vor dem Untergang gesichert — sobald sie sich stark genug fühlte, war neuer Kampf zu erwarten, und die endgültige Sicherung der Errungenschaften der Reformation war von der Macht der ihr zugetanen Fürsten abhängig.

Das Recht der Bestimmung des Landesglaubens nach demjenigen der Fürsten war eine Quelle unsagbarer Gewissensqualen, grausamer

Vergewaltigung; wir werden später sehen, in welcher Weise das Haus Habsburg die fast ganz evangelisch gewordenen Alpenländer wieder zum katholischen Glauben zurückzwang.

Es war ein Jammer, daß die herrliche Bewegung auslaufen mußte in einen Zustand, der dem Rechte der freien Überzeugung des Christenmenschen ein schmähliches Ende bereitete.

Den Männern, die in Augsburg jenen „faulen Frieden" schlossen, waren die Hochgedanken aus Luthers Zeit verloren gegangen, sie waren des geistigen und sittlichen Schwunges bar — eines nur erstrebten sie, der höheren politischen Führung entbehrend und jeder nur an sich denkend — Ruhe, Ruhe um jeden Preis.

Zwar in der ersten Zeit nach dem Augsburger Frieden machten die Evangelischen noch Fortschritte: ganz Norddeutschland mit Ausnahme der Bistümer Köln, Münster, Paderborn und Osnabrück war evangelisch, nachdem auch Brandenburg den neuen Glauben angenommen hatte.

Im Süden waren die Pfalz und die Schweiz reformiert, Württemberg und Hessen lutherisch, in Bayern die fränkischen Lande desgleichen; der bayrische Adel z. B. war noch im letzten Viertel des sechzehnten Jahrhunderts in der Mehrheit evangelisch.

Im Jahre 1556 hatte Karl V., an Leib und Seele gebrochen, dem Throne entsagt und sich in das spanische Kloster San Yuste zurückgezogen; zwei Jahre später (1558) starb er von der Welt vergessen: ein großer Mann, mißleitet von dem Wahngedanken einer Weltherrschaft, mißleitet auch von der Anhänglichkeit an einen Glauben, der entartet war und das deutsche Volk abgestoßen hatte. Eine traurige Erscheinung, wie dieser mit hervorragenden Gaben ausgestattete Fürst seinem Volke in einer schicksalschweren Zeit alles schuldig geblieben ist, weil er, obwohl deutschem Blute entsprossen, ein Fremder geworden war.

Die letzten Jahre seiner Herrschaft in den Niederlanden hatte er dadurch befleckt, daß er mit Feuer und Schwert an die Ausrottung der Ketzerei gegangen war und unschuldiges Blut in Strömen vergossen hatte.

Sein Weltreich zerfiel mit seiner Abdankung, da die Deutschen seinen Sohn Philipp nicht zum Kaiser wählten; sein Bruder Ferdinand, Erzherzog von Österreich, König von Böhmen und Ungarn, wurde deutscher Kaiser (1556—1564); Spanien mit den Kolonien, Neapel, Mailand, die Freigrafschaft Burgund und die Niederlande fielen an seinen Sohn Philipp. Mit dessen Regierung werden wir uns nur insoweit zu befassen haben, als seine unmenschliche Härte im Kampfe gegen die Ketzerei zum Abfall der Niederlande führte.

Ferdinand I. ließ den Dingen ihren Lauf; ganz anders wie sein immer finsterer gewordener Bruder geartet, war er für die Ausgleichung der Gegensätze, für Milde. Unter seiner Herrschaft wurde von dem Rechte

der Gegenreformation, wie es in Augsburg 1555 geschaffen war, kein Gebrauch gemacht — im Gegenteil, der Kaiser litt es, daß in seinen Erblanden der evangelische Glaube immer weiter um sich griff.

Sein Sohn Maximilian (1564—1576) begünstigte diese Entwicklung; er war innerlich der evangelischen Lehre zugetan, ja, es wird behauptet, daß er heimlich selbst evangelisch geworden sei. Es kann ausgesprochen werden, daß auch der überwiegende Teil der Bevölkerung der österreichischen Lande evangelisch war. Schon aber rüstete sich die Gegenbewegung, die mit unbarmherziger Härte unter der Führung der Jesuiten den katholischen Glauben dort wieder zum alleinherrschenden machen sollte.

Das Zeitalter der Reformation.

Wir werfen einen Blick auf die innere Entwicklung des deutschen Volkes in diesem Zeitraume, und können etwa das Jahr 1545 als den Höhepunkt bezeichnen — denn damals war die Reformation allerwärts in siegreichem Vordringen, und es bestand die Aussicht, daß Erzbischof Hermann von Wied das Kölner Erzbistum evangelisch machen werde.

Wir wissen, wie das geistige Leben sich unter dem Einflusse der Reformation unendlich reich und fruchtbar gestaltet hatte, wie eine Fülle begabter Männer sich mit lauterer Begeisterung als Mitarbeiter zu Luther gesellten.

Aber die Fragen des Glaubens und der Kirchenbesserung erschöpften das geistige Leben jener Zeit nicht: alle Wissenschaften nahmen einen mächtigen Aufschwung. Die Kenntnis der alten Sprachen (lateinisch, griechisch, hebräisch) wurde auf sichere Grundlagen gestellt und ermöglichte ein verständnisvolles Eindringen in die Schriften des Altertums; die Geheimnisse des Himmels wurden von der Sternkunde enträtselt; die Naturkenntnis, wie die Mathematik wurden erweitert; die Philosophie schlug neue, von den Schranken der Kirchenlehre befreite Bahnen ein.

Von den Männern, die den geistigen Besitz unseres Volkes, ja der Welt, erweiterten, sei der Schwabe Johannes Kepler (1571—1630) genannt, dessen seherischer Blick die Gesetze der Weltenordnung erkannte.

Auf dem Gebiete der Kunst wird eine erstaunliche Höhe erreicht; die großen Maler jener Tage, Albrecht Dürer und die beiden Hans Holbein, bestehen neben den größten Künstlern aller Zeiten und Länder. Der Holzschnitt fand eine Ausbildung wie seither nicht wieder und gewann eine große Bedeutung, indem er es möglich machte, die Schriftwerke ohne große Kosten mit Bildern zu schmücken. Die Baukunst ging vom gotischen (Spitzbogen-) Stil zu den aus Italien übernommenen Formen der sog. „Renaissance" über, die aber eigenartig, dem deutschen Wesen entsprechend gestaltet wurden; Bauwerke wie der Friedrichs- und Otto Heinrichsbau des Heidelberger Schlosses, die Rathäuser zu Köln und Braunschweig,

Bremen und Breslau, das kurfürstliche Schloß in Mainz u. a. geben einen Begriff von dem sicheren Schönheitsgefühl jener Tage. Bildhauerkunst und Erzgießerei schufen Wunderwerke von lebendiger Schönheit.

Die Dichtung fand hervorragende Vertreter in Sebastian Brant (Narrenschiff), Johannes Fischart (Das glückhaft Schiff), Thomas Murner und Hans Sachs; es ist kein Kunstwerk darunter, das zu den höchsten Schöpfungen des Menschengeistes gezählt werden kann — aber immerhin Leistungen, die von selbständiger Betrachtung des Daseins zeugen; besonders die biederen, dem Zeitgeschmack angepaßten Arbeiten des Schuhmachers Hans Sachs erlangten eine große Volkstümlichkeit.

Viel Größeres wurde auf dem Gebiete des Schrifttums in ungebundener Rede (Prosa) geleistet, wo Luther die deutsche Sprache meisterte und Ulrich von Hutten seine feurigen Flugschriften unter das Volk hinausgab.

Das städtische Leben sah seine Blütezeit; es entfaltete einen Reichtum von dem wir uns heute kaum einen Begriff machen können; wollen wir einigermaßen ein Bild davon gewinnen, so müssen wir die herrlichen Patrizierhäuser in Nürnberg, Augsburg, Braunschweig, Hildesheim, Danzig betrachten. Die Geldwirtschaft war völlig zum Siege gelangt und fand ihre höchste Ausgestaltung in den großen Augsburger Bankhäusern der Welser und Fugger. Der Handel erlebte seinen höchsten Aufschwung unter dem Einflusse des Verkehrs mit den amerikanischen Ländern, sollte aber bald gerade infolge der durch die Entdeckung Amerikas veränderten Welthandelswege große Einbuße erfahren.

Das Leben an den fürstlichen Höfen war reich und prächtig geworden; es fand seinen bleibenden Ausdruck in den stolzen Schlössern, die sich die Herren durch hervorragende Künstler errichten ließen.

Um so kläglicher sah es auf dem flachen Lande aus: der Bauernstand war gedrückt von Fronden und Zehnten, ausgebeutet durch Wucher, und der unglückliche Verlauf des Bauernkriegs machte seine Lage nur schlimmer. Der Landadel war vielfach verarmt und gezwungen, sich dadurch zu erhalten, daß seine Angehörigen in den Dienst der Fürsten traten; sie widmeten sich mit Vorliebe dem Kriegsdienst und sind in jener Zeit in den Heeren aller Herren zu finden; wie viele haben ihr Blut gegen Deutsche vergossen, ebenso wie die Landsknechte, die in den Dienst jedes Herrschers traten, der sie bezahlte.

Politisch war die Selbständigkeit der Landesherren und freien Städte tatsächlich zur völligen Ausbildung gekommen; das deutsche Reich bestand aus einem Nebeneinander zahlloser größerer und kleinerer Staaten und Freistädte, die politisch machen konnten, was sie wollten; das Kaisertum war darauf beschränkt, seinem Träger gewisse Ehrenvorrechte zu gewähren — aber eine wirksame Kaisergewalt, die die politische Kraft des ganzen

Volkes gegen den Willen der Fürsten hätte zusammenfassen und geltend machen können, gab es nicht.

Dieser „Libertät der Reichsstände" (Selbständigkeit der Fürsten und freien Städte) dem Kaiser gegenüber stand die „Libertät der Landstände" (Machtbefugnisse der „Stände" — Adel, Geistlichkeit, Städte — gegenüber den Landesherren) zur Seite. Die Fürsten erlebten an ihren Ständen dasselbe Schicksal, das sie dem Kaiser bereitet hatten: die Vertreter des Landadels, der Städte, der Geistlichkeit verlangten Einfluß auf die Verwaltung des Landes, vor allem auf die Bewilligung von Steuern. Sie erzwangen diesen Einfluß fast durchweg und bereiteten den Landesherren manche bittere Stunden; ja in einigen Staaten rissen zeitweilig die „Herren Stände" die Herrschaft ganz an sich und verurteilten ihre Fürsten zu derselben Machtlosigkeit, wie jene den Kaiser.

Die höhere Landesverwaltung gelangte meist in die Hand von rechtsgelehrten, besoldeten Beamten, die in ziemlich formloser Weise die Geschäfte führten; doch sehen wir in manchen Ländern, z. B. in Sachsen unter Moritz und seinem Bruder August eine straffe, strenge Ordnung, die sich neben der neuzeitlichen Verwaltung wohl sehen lassen kann.

Den Höhepunkt der inneren Entwicklung sah etwa das Jahr 1545; von da ging es abwärts. Erst brachte der Sieg des Kaisers über die Evangelischen deren Sache in Gefahr, dann kam die Rettungstat Moritzens mit dem ihr folgenden Reichstag von Augsburg.

Die evangelischen Städte waren von Kaiser Karl nach der Besiegung Johann Friedrichs und Philipps mit schweren Geldbußen belegt worden, die manch eine für immer in der Wohlhabenheit zurückwarfen; die Unruhe jener Zeit, die Anwesenheit fremder kaiserlicher Truppen wirkte lähmend auf den Verkehr — vor allem aber hatte die Entdeckung Amerikas zur Folge, daß das Mittelmeer aufhörte der Mittelpunkt des überseeischen Handels zu sein; das Weltmeer, der Atlantische Ozean wurde jetzt die große Welthandelsstraße, und infolge davon wurden die Städte, die unmittelbar an diesem Meere lagen, zu Sitzen nicht nur des Seehandels, sondern auch des Landhandels. Lissabon in Portugal, London in England, Antwerpen und Rotterdam in den Niederlanden, Hamburg an der Elbmündung gewannen eine beherrschende Stellung; die alten italienischen Welthäfen Genua und Venedig verödeten, und es gingen infolge davon auch die großen süddeutschen Städte wie Augsburg und Nürnberg zurück, die für Deutschland den Verkehr vom Mittelmeer her vermittelt hatten. Das war eine ganz natürliche Entwicklung.

Ebenso unvermeidlich war es, daß die Ostsee in ihrer Bedeutung dem unbegrenzten Gebiete des Weltmeeres gegenüber zurücktreten mußte; sie blieb der Schauplatz des engeren örtlichen Handels, aber nicht mehr des Welthandels.

Nach und nach war auch die Hanse von der Höhe ihres Einflusses und ihrer Macht herabgesunken. Sie wurde in ihrer politischen Geltung durch innere Zwietracht, durch das Absterben des kühnen unternehmenden Hansegeistes und die Erstarkung der polnischen, russischen und skandinavischen Staatengebilde geschwächt; damit ging auch ihre wirtschaftliche Bedeutung zurück, weil sie in ihrer Machtlosigkeit die durch die Entdeckung Amerikas geänderten Verhältnisse auf dem Weltmarkt nicht ausnutzen konnte. Die Hanse mußte zusehen, wie ihr der Stahlhof in London und die Kontore zu Kiew und Nowgorod geschlossen wurden, und sie konnte nicht hindern, daß Estland und Livland russisch, Westpreußen polnisch wurde.

Der Niedergang.

Es war vorbei mit der Herrlichkeit der Hanse.

Das Reich selbst tat nichts, um ihr in ihren Nöten beizustehen; es ließ die Ordenslande den Polen, die Bistümer Metz, Toul und Verdun den Franzosen, und sah auch ruhig zu, wie sich jetzt in den Niederlanden ein Heldenkampf auf Leben und Tod zwischen diesen reformierten Niederdeutschen und dem übermächtigen Spanien abspielte. Das Reich tat nichts weil es nichts tun konnte. Es war ja kein lebendiger Körper mehr — es war eine Leiche; es war kein Staat — nur ein Name.

Nichts geschah, nichts wurde versucht; eine Neuordnung, eine Umbildung zu unternehmen; die Bauern haben die Ehre, mit dem Entwurfe Hiplers den letzten Reichsreformversuch gemacht zu haben — erst das Jahr 1848 wagte sich mit dem deutschen Parlamente zu Frankfurt wieder an dies Werk heran.

Das alles war schlimm für unser Volk — schlimmer aber war der geistige Todesschlaf, in dem alles lag.

Der faule Friede von 1555 war kein Glück; es schien, als habe der gute Geist des deutschen Volkes sich abgewandt. Träge und gleichgültig schleppte sich das Leben hin, noch wohlhäbig, ja äußerlich reich — aber innerlich leer. Kein bedeutender Mann fast, keine geistige Bewegung zu erblicken. Das Luthertum erstarrte in den unevangelischen Formen eines harten, geistesarmen Kirchentums; von den Hochgedanken der großen Wittenberger Zeit war nichts mehr zu merken; aus Luthers neuer deutscher Kirche war eine verknöcherte Sekte geworden.

Und in derselben Zeit erstarkte die katholische Kirche innerlich, erfüllt von dem kampfesmutigen, begeisterungsfähigen Geiste des Jesuitismus: was sollte das werden?

Es schien, als habe dies Volk sich in den stürmischen Tagen der Reformation ausgegeben — als habe es seine ganze geistige und sittliche Kraft an diesen einen großen Wurf gesetzt. Damals eine Überfülle hervorragender Männer und überschäumendes Leben — jetzt ein kleines

Geschlecht von Alltäglichen und stumpfe, öde Ruhe. War das dasselbe Volk, das Luther und Hutten zugejubelt? — es war, als habe ein urgesunder Jüngling in überspudelnder Lebenslust seine Kraft vergeudet und welke nun gebrochen dahin. Eine trostlose Zeit — jene Jahre vom Augsburger Frieden bis zum Ausbruch des dreißigjährigen Krieges (1555—1618).

Abfall der Niederlande.

Nur in den Niederlanden wurde die Ehre des deutschen Namens gewahrt; diese Niederdeutschen — zäh und hart, voll feuriger Begeisterung für ihren reformierten Glauben und von unbändiger Freiheitsliebe erfüllt, durch keine Niederlagen zu entmutigen, durch keine Grausamkeit zu brechen — sie führten jetzt einen Heldenkampf, der sich den größten Taten des Menschengeschlechtes würdig anreiht und der nicht nur die Freiheit des eigenen engeren Vaterlandes erstritt, sondern die Gefahr einer spanisch-katholischen Weltherrschaft beseitigte, von der Karls V. finstrer Sohn Philipp träumte.

So gewaltig und wichtig der Freiheitskrieg der Niederlande (1568 bis 1648) ist, wir dürfen der Versuchung nicht erliegen, ihn eingehender zu schildern und müssen uns bescheiden, nur die bedeutsamsten Ereignisse und Personen, wie die Ergebnisse hervorzuheben.

Die Niederlande (umfassend die Gebiete der heutigen Königreiche Belgien und der Niederlande) waren durch die burgundische Erbschaft ans Haus Habsburg gekommen und von Karl seinem Sohne Philipp zugeteilt worden; im südwestlichen Teile (heute Belgien) war das Leben überwiegend städtisch, auf Gewerbe und Handel gegründet; im nordöstlichen (heute Holland) ruhte die Schwerkraft auf dem Ackerbau und der Schiffahrt; beiden gemeinsam war, daß sie dem Staatsoberhaupte gegenüber mit reichen Vorrechten einer Selbstverwaltung ausgestattet waren, deren Träger, eine ständische, nach Adel, Städten und Geistlichkeit gegliederte Vertretung, „Generalstaaten" hieß.

Diese Rechte der Generalstaaten waren dem nach unbedingter Herrschaft strebenden Philipp ein Dorn im Auge; er wollte sie beseitigen.

Daneben war für ihn, den harten Katholiken, die Unterdrückung der Ketzerei, die in der Form der reformierten Lehre ihren sieghaften Einzug besonders im Nordosten gehalten hatte, eine ebenso wichtige Aufgabe, wie die weltlich-politische Unterwerfung. War es Karl V. trotz grausamer Strenge nicht gelungen, die Ketzerei auszurotten — um so größer war der gewaltsame Bekehrungseifer seines Sohnes.

Aus der dreifachen Ursache der kirchlichen Unterdrückung, der politischen Entrechtung und der wirtschaftlichen Schädigung entstand der niederländische Freiheitskampf. Philipp schickte seinen härtesten Diener, den blutigen Herzog von Alba als Statthalter nach Brüssel; mit un-

menschlicher Grausamkeit wütete dieser; die Führer des Adels, der liebenswürdige, tapfere Graf Egmont und der wackere Graf von Hoorne, wurden öffentlich auf dem Markte von Brüssel hingerichtet; mit Feuer und Schwert sollte dies Volk gebrochen werden. Mit welchen Mitteln Alba arbeitete geht daraus hervor, daß er in den sechs Jahren seiner Herrschaft allein in zwei Provinzen (Seeland und Friesland) über 18000 Menschen hinrichten ließ. Spanische Besatzungen lagen überall im Lande; Spione überwachten alle Verdächtigen; die katholische Geistlichkeit entfaltete eine vor keinem Mittel zurückschreckende Bekehrungstätigkeit.

Es war eine Schreckenszeit, fast ohnegleichen in der Geschichte. Aber dies tüchtige selbstbewußte Volk ließ sich nicht brechen — es nahm den Kampf auf und fand Führer, die an geistiger und sittlicher Größe, an staatsmännischen und kriegerischen Eigenschaften zu den ersten Helden unserer Geschichte gehören.

Wilhelm von Nassau-Oranien (der Schweiger), dessen Name in dem Trutzliede „Wilhelmus von Nassauen" zum Kampfruf der Niederländer wurde, ist der Begründer der niederländischen Freiheit; sein Sohn Moritz sicherte sie durch glänzende Waffentaten, der Ratspensionär Oldenbarneveldt baute die neue Verfassung aus.

Der tapfere Adel, in den Zeiten des Druckes ganz verarmt, stellte zu Wasser und zu Lande die Anführer; die verachtungsvolle welsche Bezeichnung „gueux" (Bettler) wurde zum Ehrennamen der „Geusen", die den Spaniern furchtbare Gegner wurden. Die reformierten Predikanten (Prediger), andersgeartet als die mattherzigen lutherischen Pastoren jener Zeit, mahnen überall zum Widerstande und zum Ausharren; zu Wasser und zu Lande fehlen sie bei keinem Kampfe.

Es ist eine wunderbare, erhebende Erscheinung: dies kleine, ausgesogene Volk im Kampfe mit dem übermächtigen Spanien!

Und diesem Kampfe auf Leben und Tod sah das Deutschtum im Reiche stumpfsinnig zu — mehr noch als das: auch die Lutherischen rührten sich nicht für ihre reformierten Glaubensgenossen; mit der ganzen verbohrten Engherzigkeit ihrer „Orthodoxie" (Rechtgläubigkeit) sahen sie in den Reformierten Abtrünnige, deren Schicksal sie nichts angehe.

Im Vertrage zu Gent (1576) schlossen sich alle Provinzen zu einem Bunde zusammen, einerlei ob sie noch katholisch geblieben oder reformiert geworden waren. So groß war der Haß gegen die Spanier, die Maastricht, Gent und andere Städte geplündert und besonders in der Antwerpener „Furie" die unglückliche Stadt in der unmenschlichsten Weise mißhandelt hatten, daß auch die Katholischen sich zum Kampfe gegen die Spanier verpflichteten und den Reformierten freie Religionsübung zugestanden.

Glänzende Siege, fast vernichtende Niederlagen wechselten ab. Im Jahre 1579 gelingt es dem klugen Statthalter Prinz Alexander Farnese,

die überwiegend katholischen Südprovinzen loszulösen und zu befrieden; sie unterwerfen sich und gehen einen von den Nordprovinzen getrennten Gang der Entwicklung, indem sie unter spanischer Herrschaft blieben, bis sie durch Erbschaft im Jahre 1714 an Österreich fielen. Das heutige Königreich Belgien, das jene Südprovinzen umfaßt, ist geschichtlich auf diese Trennung im Jahre 1579 zurückzuführen.

Aber die Nordprovinzen (das heutige Königreich der Niederlande) ließen sich nicht entmutigen; sie hielten aus und fanden zeitweise Unterstützung durch Königin Elisabeth von England.

Ein Glück für sie, daß die gewaltige spanische Flotte, die Armada, im Jahre 1588 durch furchtbare Stürme und durch erfolgreiche Angriffe der Engländer in der Nordsee vernichtet wurde.

Aber auch der im Hasse erstarrte Philipp II. ließ nicht nach; er warf die ganze Kraft seines großen Reiches immer von neuem gegen die „Generalstaaten" — immer vergeblich; sein Sohn Philipp III. schloß im Jahre 1609 einen zwölfjährigen Waffenstillstand. Nach dessen Ablauf entbrannte der Krieg von neuem (1621) und dauerte bis 1648, bis zum westfälischen Frieden, in dem König Philipp IV. die Nordprovinzen als Republik der Niederlande als selbständigen, unabhängigen Staat anerkennen mußte.

Nach glorreichem Kampfe, der zwei Geschlechter überdauert hatte, standen die Generalstaaten groß und mächtig und frei da — frei leider auch vom Reiche: sie zogen aus der jammervollen Haltung des Reiches während ihres Daseinskampfes die Folge, daß sie im westfälischen Frieden sich auch vom Reiche lossagten und ihren eignen Weg gingen.

Die Schuld Habsburgs zusammen mit der Stumpfheit und Feigheit im Reiche hat es bewirkt, daß dieses wichtige Glied verloren wurde; die Mündungen des Rheins waren nicht mehr deutsches Staatsgebiet; die deutschen Niederländer hatten längst aufgehört, sich als Deutsche zu fühlen und sahen mit Verachtung auf die träge Masse in Deutschland herab.

Sie hatten alles Recht dazu — wir aber müssen beklagen, daß diese Loslösung erfolgte und so der unwürdige Zustand geschaffen wurde, daß die Mündung des wichtigsten deutschen Stromes der Einwirkung des Reiches entzogen wurde; wir werden hören, daß zur selben Zeit auch sein Quellengebiet, die Schweiz, ein unabhängiger Staat wurde.

Die Niederlande erlebten noch während des Freiheitskampfes einen fast unbegreiflichen Aufschwung, geistig und wirtschaftlich. Es schien, als seien alle starken, guten Anlagen des deutschen Volkes hinabgeflüchtet in die sumpfigen, nebeligen Gebiete der „staaten generaal", als ob die durch den Freiheitskampf angestrengte Spannkraft dieses Volkes zeigen wolle, was sie könne.

Kaum war man einigermaßen gewiß, daß die Spanier doch die Unter-

werfung nicht mehr erzwingen könnten, da griff dies sturmerprobte Seevolk um sich: nach der 1602 erfolgten Gründung der ostindischen Kompagnie (einer mit gewissen staatlichen Befugnissen ausgestatteten Handelsgesellschaft) begann die Eroberung der großen Sunda-Inseln Java, Ceylon und Sumatra; in Südafrika wurde fester Fuß gefaßt, ja nach Brasilien griff die kühne Hand dieses Kleinstaates hinüber. Mit dem Erwerbe dieser Kolonien war eine Quelle unversiegbaren Reichtums aufgetan, der rasch ins Mutterland strömte und dort eine kurze Spanne höchster Kulturblüte zeitigte.

Neben den Tatmenschen des Krieges und der überseeischen Eroberung erstanden Gelehrte vom Range eines Hugo de Groot, Künstler von anerkannter Bedeutung auf allen Gebieten. Die höchste Ausprägung aber fand jene Zeit in der Malerei, die erste Meister wie Ruisdael, Teniers, Franz Hals, Ostade und Steen hervorbrachte, ihren Gipfel aber in dem gewaltigen, einzigen Rembrandt van Ryn fand, einem Maler, der in bezug auf die tiefste Erfassung und Darstellung der Menschen seinesgleichen nicht wieder gefunden hat.

Die Generalstaaten hatten sich eine Verfassung gegeben, die ihren Bedürfnissen entsprach: sie waren eine Republik, gebildet aus Provinzen; jede Provinz hatte ihre Volksvertretung (staaten), der Gesamtstaat desgleichen (staaten generaal = allgemeine Vertretung). An der Spitze dieser Republik stand der erbliche Generalstatthalter, dem Hause Oranien entnommen, das sich unvergängliche Verdienste um die Lande erworben hatte. Ein kampfgeprüftes Heer, eine ausgezeichnet befehligte und bemannte Flotte machten dies kleine Land zu einer Weltmacht ersten Ranges.

Aber nur kurze Zeit: denn dieser selbständig gewordene und selbständig bleiben wollende Staat war ein künstliches, der Natur widersprechendes Gebilde.

So sehr wir begreifen können, daß im Augenblick des Sieges auf der Höhe seines Ruhmes dies Volk, das sein Schicksal selbst gestaltet hatte, sich in Unmut und Verachtung vom Reich lossagte: so ist doch kein Zweifel, daß es damit seiner Entwicklung selbst die Axt an die Wurzel gelegt hatte. Wie sollte dies kleine Gebiet sich auf die Dauer halten können? Woher sollte es die Menschen nehmen, um eine starke Land- und Seemacht zu stellen?

Wie sollte es in der Lage sein, seine ungeheueren Kolonien wirklich zu erschließen? Vor allem, wenn die Beziehungen mit dem großen deutschen Vaterlande und Volke abgebrochen waren, wo sollten die geistigen Kräfte zur Auffrischung und Verjüngung hergenommen werden?

Das unerbittliche Schicksal ging seinen Gang: nachdem einmal der westfälische Friede das Dasein des Staates sicher gestellt hatte, begann auch schon der Rückschlag. Schnell konnten die Beziehungen zu den Kolonien sich entwickeln; ein ausgedehnter Handel mit den Erzeugnissen der uner-

schöpflich reichen indischen Inseln hob an und machte dies Heldenvolk der Geusen bald zu einem Krämervolk von Pfefferſäcken! Eine unerfreuliche Umbildung! Dies Volk erlag der Macht des Reichtums. Die im Kampfe so herrlich bewährte reformierte Kirche erstarrte im Frieden, wie das Luthertum im Reiche; die Generalstaaten trieben engherzige kleinmütige Krämerpolitik, und alle Anstrengungen der Oranier, alle Heldentaten ihrer Admirale (vor allen van Tromp und de Ruyter) können nicht verhindern, daß schon das ausgehende siebzehnte Jahrhundert die einst so stolzen Niederlande zu einem Kleinstaate herabgesunken findet.

Die Hanse, der Deutsch-Ordens-Staat, die Niederlande — alle lehren durch ihre Entwicklung eindringlich: kein noch so schnelles und kühnes Aufsteigen darf darüber täuschen, daß eine dauernde Größe nur im Zusammenhange mit der Volksgesamtheit möglich ist. Wenn dieser Zusammenhang unterbrochen wird — einerlei, ob mit oder ohne Schuld des kühn vorgedrungenen Teilvolkes oder Volksteiles, so ist auch der stolzeste Aufschwung nur vorübergehend; das bittere Ende kommt in Gestalt eines jähen Falles.

Die Größe der Niederlande fiel den Angriffen Englands und Frankreichs zum Opfer.

Die Nachbarstaaten.

In dieser selben Zeit, zwischen dem Augsburger Religionsfrieden und dem Ausbruch des dreißigjährigen Krieges (1555—1618), in der das deutsche Reich zur Machtlosigkeit verurteilt war und nirgends eine große Persönlichkeit, nirgends ein Wille zur Besserung sich zeigte, erlebten die anderen europäischen Völker eine innere Kräftigung, die sie bald so stark machte, daß sie eine Vergrößerung ihrer Macht erstreben konnten; in der Hauptsache ging dies Streben auf Kosten des deutschen Reiches.

Frankreich war nach jahrhundertelangen inneren Wirren und Kriegen mit England seit dem staatsklugen und grausamen Ludwig XI. (1461—1483) ein fest zusammengefaßter einheitlicher Staat, in dem der König unumschränkt (absolut) herrschte. Franz I. hatte, allerdings ohne Erfolg, versucht Mailand an sich zu reißen; sein Nachfolger Heinrich II. hatte die lothringischen Bistümer Metz, Toul und Verdun in Besitz genommen. Noch einmal erlebte Frankreich schwere innere Kämpfe, die ihre Veranlassung in der Reformation hatten (sog. Hugenottenkriege); die Reformierten wurden besiegt, erreichten aber doch in gewissem Umfange Duldung ihres Glaubens.

Bei Beginn des 17. Jahrhunderts ist das Königtum wieder im unbestrittenen Besitz der Macht; es findet in dem großen Kardinal Richelieu einen Staatsmann, der Frankreich zur stärksten Macht Europas erhebt und in die Geschicke Deutschlands entscheidend eingreift.

England hatte gleichfalls Jahrhunderte schwerster innerer Verwirrung hinter sich (die Kämpfe der weißen und der roten Rose; 1459 bis 1485); das zur Herrschaft gelangte Haus Tudor vollzog die Trennung vom Papsttume, indem König Heinrich VIII. die „anglikanische" Staatskirche begründete. Seine Tochter Elisabeth baute die englische Macht mit größtem Erfolge aus; sie bestand im Bunde mit den Niederlanden den Krieg mit Spanien siegreich und wurde die Begründerin des englischen Kolonialreichs, indem sie Neuland in Amerika und im indischen Meere erwarb. Noch einmal folgten Zeiten innerer Zerrüttung, als das Haus Stuart die Freiheiten des Parlaments (der Volksvertretung) antastete; dies führte zu einer Staatsumwälzung, bei der das Königtum vernichtet und abgeschafft wurde; König Karl I. ward enthauptet (1649), und an die Spitze der Republik trat der siegreiche „Lordprotektor" Cromwell, der größte Staatsmann und Feldherr, den England hervorgebracht, eine schöpferische Persönlichkeit.

Auch die slawischen Völker der Polen und Russen hatten sich nach und nach zu Staaten zusammengeschlossen; beide stießen mit dem deutschen Orden zusammen, wobei die Russen Estland und Livland, die Polen Preußen als Beute gewonnen hatten. Ein Glück für das willensschwache, kraftlose Deutschland jener Zeit, daß beide Staaten durch Kriege untereinander und durch innere Kämpfe verhindert wurden, ihre Macht gegen das Reich zu wenden.

Im Norden war Schweden unter dem edeln Hause Wasa erstarkt, das endlich nach langewährenden Bürgerkriegen Frieden und Ordnung gebracht hatte; schon griff es in die russischen und polnischen Dinge ein und erwarb nach siegreichen Kämpfen weite Gebiete um das Becken des finnischen Meerbusens. Gustav Adolf, der größte Mann des nordischen Königreichs (1611—1632) hatte den schwedischen Thron bestiegen und seine Kräfte im Krieg gegen Polen geübt. Er war berufen, eine Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung auf deutschem Boden zu erfüllen.

Die Türken waren eine dauernde Gefahr für das Reich nach Südosten geblieben; mochten die Habsburger Ferdinand I., Maximilian II. und Rudolf II. auch Könige von Ungarn heißen — — der größere Teil des Landes war doch unter der Oberherrschaft oder im unmittelbaren Besitze der Türken: das Fürstentum Siebenbürgen bildete einen ihnen untertänigen Vasallenstaat, der zugleich der Hort des protestantisch-madjarischen Widerstandes gegen Habsburg war; der Paschalik Ofen, der Mittelstreifen des Landes, stand unmittelbar unter türkischer Herrschaft, und nur der Westen und Norden — 37 überwiegend deutsche und slowakische Komitate waren habsburgisch.

So sah es in der Welt um Deutschland aus: überall regten sich Kräfte, zeigte sich Wille, entfaltete sich Macht — nur im deutschen Reiche war die

oberste Gewalt zerbröckelt, schritt die Auflösung fort und wurde das staatliche Ganze schwächer und schwächer; im Reiche und im habsburgischen Spanien, das sich im Kampfe gegen die Niederlande verblutete und das die starre, grausame Glaubensrichtung seiner Könige mit dem schnellen Erlahmen seiner staatlichen Macht, mit der Erschöpfung seiner Volkskraft und dem Absterben des Volksgeistes bezahlen sollte.

Union und Liga.

Im Innern des Reiches sah es traurig aus; aber die Reformation ging unter der stillschweigenden Duldung der beiden ersten Nachfolger Karls V., Ferdinand I. und Maximilian II., ruhig ihren Gang weiter, trotz ihrer geistigen Verknöcherung; so groß war doch noch ihre Anziehungskraft, daß sie, solange die Macht des Staates nicht hindernd in den Weg trat, Eroberungen machen konnte.

Es ist kein Zweifel: um 1600 herum war fast das ganze deutsche Volk lutherisch oder reformiert.

Ein Umschwung hob an mit Kaiser Rudolf II.; er war persönlich ein frommer Katholik, aber kein Eiferer. Ein Gelehrter, der sich um die Vorgänge am Sternenhimmel mehr kümmerte, als um die auf Erden; er lebte auf dem Hradschin, dem herrlichen Schlosse über Prag, zurückgezogen und menschenscheu, ganz seinen wissenschaftlichen Bestrebungen. Das Herrscheramt widerte ihn an, und doch fand er nicht den Entschluß, ihm zu entsagen. Er verletzte die erste Herrscherpflicht, sein Leben dem Staate, der Allgemeinheit zu weihen, in unverantwortlicher Weise, indem er seine Zeit an persönliche Liebhabereien verschwendete; so durfte er sich nicht wundern, wenn er als nutzlos zur Seite geschoben wurde.

Im Erzherzogtum Österreich hatte er seinen Bruder Matthias zum Statthalter eingesetzt; in den habsburgischen Alpenlanden regierte Erzherzog Ferdinand.

Der kaiserliche Sonderling ließ im Reiche alles seinen Gang gehen — ja, es kümmerte ihn nicht, daß die Türken neue Vorstöße machten: dieser Zustand war unhaltbar, sowohl vom Standpunkte der habsburgischen Hausmacht, wie von dem des Reiches. Während dessen Fürsten nichts unternahmen, einigten sich die Erzherzöge, um dem Verfalle der Hausmacht ihrer Familie vorzubeugen. Matthias übernahm zuerst die Herrschaft über Ungarn (1608) und zwang kurze Zeit darauf seinen Bruder durch einen bewaffneten Zug gegen Prag, ihm Österreich und Mähren abzutreten; alles das tat er im Bunde mit den evangelischen Ständen jener Lande.

War bei Matthias die Sorge um das Haus Habsburg wohl die Triebfeder seiner Handlungen, so war sein Vetter Ferdinand aus anderem Holze geschnitzt: er war Katholik nach der Art der spanischen Philippe, von

Jesuiten erzogen, ein Todfeind der Reformation, ein vor keinem Mittel des Zwanges zurückschreckender Förderer der Gegenreformation. Er wurde der Mann, der nächst Karl V., vielleicht noch mehr als jener immerhin von großen Gedanken erfüllte Herrscher, als Kaiser zum Verhängnis des deutschen Volkes geworden ist, dieser Urheber des dreißigjährigen Krieges, der Vollstrecker des Willens der Jesuiten — mit seinem Jugendfreunde, dem Wittelsbacher Maximilian von Bayern zusammen der blinde Diener Roms.

Sein Gesellenstück in der Gegenreformation machte Ferdinand als Erzherzog in Steiermark, Kärnten und Krain: diese Lande, die fast ganz evangelisch waren, als er in Graz einzog, eroberte er in wenigen Jahren durch grausamsten Druck der katholischen Kirche zurück, nachdem schon sein Vater Erzherzog Karl unter dem Einflusse seiner strenggläubigen Gemahlin aus dem Hause Wittelsbach durch die Berufung der Jesuiten die Gegenreformation eingeleitet hatte.

Etwa gleichzeitig begannen die geistlichen Fürsten dem Augsburger Frieden zuwider zu handeln, indem sie von ihren evangelischen Untertanen verlangten, daß sie entweder wieder katholisch werden oder auswandern sollten; andrerseits hatten die evangelischen Stände das ihnen verliehene „ius reformationis“, das Recht der Einführung der Reformation, ausgeübt.

So wuchs das Mißtrauen, die Verstimmung; der Zündstoff sammelte sich an, der nur noch des Funkens bedurfte, um zum furchtbaren Brande zu führen.

Der evangelische Rat der freien Reichsstadt Donauwörth, war gegen seine katholischen Bürger vorgegangen; deshalb hatte Kaiser Rudolf auf Betreiben der katholischen Partei die Reichsacht über die Stadt verhängt und den Bayernherzog Maximilian mit der Vollstreckung betraut. Die Stadt wurde erobert und bayrisch gemacht (1608).

Darüber führten die Evangelischen Beschwerde auf dem Reichstage zu Regensburg; als sie kein Gehör fanden, verließen sie ihn unter der Führung von Kurpfalz und schlossen sich zur Verteidigung ihrer Rechte in einem Bunde zusammen, der sog. Union; ihr gehörten neben der Pfalz, Württemberg, Baden, Hessen, zahlreiche kleinere Staaten und freie Städte an, nicht aber die evangelische Vormacht Sachsen, das — streng lutherisch und dabei habsburgisch gesinnt — nichts zu tun haben wollte mit einem Bunde, in dem der reformierte Pfalzgraf bei Rhein Führer war.

Gegen die Union begründete im Jahre darauf (1609) Herzog Maximilian einen Verband der katholischen Reichsstände (weltliche und geistliche Fürsten), die sog. Liga.

Immer mehr spitzten die Gegensätze sich zu; es kam zu einem ersten Zusammenstoße, als der letzte Herzog von Jülich, Kleve und Berg starb

und katholische, lutherische und reformierte Fürsten Ansprüche auf die Erbschaft machten (1609); doch wurde nach kurzer Kriegsführung ein Vergleich geschlossen, durch den Kleve, Mark und Ravensberg an die brandenburgischen Hohenzollern, Jülich und Berg an das katholische Haus Pfalz-Neuburg fielen.

Kaiser Rudolf, der jetzt auf Böhmen beschränkt war, hatte dort dem Übermut der Stände völlig die Zügel schießen lassen. Er fürchtete, daß sie sich — ebenso wie Ungarn, Österreich und Mähren — seinem sich reformationsfreundlich gebärdenden Bruder Matthias in die Arme werfen würden. Um das zu verhindern, hatte er im Jahre 1609 dem Königreiche Böhmen den sog. Majestätsbrief verliehen, eine Urkunde, in der er den Grafen, Rittern und Städten, und ebenso den Untertanen auf den königlichen Gütern freie Religionsübung bewilligte. Dieser Schritt reute den Kaiser, der doch wohl die ihm durch die Böhmen zugefügte Demütigung empfand; er versuchte ihn rückgängig zu machen und rief seinen Vetter Erzherzog Leopold, den streitbaren Bischof von Passau, ins Land, der auch wirklich in Prag eindrang und die kaiserliche Burg, den Hradschin, besetzte. Nun riefen die Böhmen Matthias zu Hilfe, der mit bewaffneter Macht anrückte und seinen Bruder zwang, auch auf Böhmen zu verzichten (1611). Matthias wurde von den Ständen zum König gewählt und teilte sich mit Erzherzog Ferdinand in die habsburgischen Erblande.

Rudolf war nur noch Kaiser — ein Kaiser ohne Land und Leute, so recht ein Sinnbild des entarteten Kaisertums —; er starb von aller Welt verlassen in Prag im Jahre 1612.

An seiner Stelle wurde Matthias nun auch Kaiser (1612—1619). Er, der sich mit den evangelischen Ständen der Lande seines kaiserlichen Bruders verbündet und sich ihnen freundlich gezeigt hatte, der, weil er für einen Förderer der Reformation gegolten hatte, in Ungarn, Mähren, Österreich und schließlich in Böhmen an Rudolfs Stelle zur Macht erhoben worden war — er schwenkte, zum Herrn geworden, ins katholische Lager ein. Über seine Seele hatte der willensstarke Grazer Ferdinand Gewalt gewonnen, und mit ihm die Jesuiten; die Gewissensbisse, die er wegen des vielfachen Verrats an seinem Bruder empfand, boten die Handhabe, diese Seele dem Papste untertan zu machen, der von allen Sünden lösen kann.

Worauf Ferdinand hinausging, zeigte sich, als Matthias, nähere Erbberechtigte übergehend und entgegen dem Widerstreben der Stände, es durchsetzte, daß Ferdinand in seinen Landen sein Nachfolger werden sollte.

Anfang des dreißigjährigen Krieges.

Immer unerträglicher war die Spannung zwischen Union und Liga geworden; schon die Tatsache, daß die zwei Religionsparteien sich in be-

waffneten Bündnissen gegenüberstanden, schloß die Gefahr eines offenen Ausbruchs der Feindseligkeiten in sich.

Der äußere Anstoß kam aus dem seit den Tagen des Hus nicht mehr zur Ruhe gekommenen Böhmen, in dem auch unter Matthias die unbotmäßigen Stände Herren der Lage geblieben waren; sie schalteten und walteten in der Prager „Landstube" oben auf dem Hradschin nach Gutdünken. Da wurde anfangs 1618 die evangelische Kirche in Braunau im Gebiete der Abtei gleichen Namens auf Befehl des Kaisers geschlossen; kurz zuvor war diejenige zu Klostergrab im Gebiete des Fürsterzbischofs von Prag zerstört worden. Die Protestanten behaupteten, hierdurch sei der Majestätsbrief verletzt, und verlangten Sühne. Es kam zu erregten Verhandlungen in der Landstube, bei denen die katholische Partei bestritt, daß der Majestätsbrief für beide Kirchen in Betracht komme. Immer erhitzter wurde die Stimmung; sie entlud sich in der Sitzung vom 23. Mai 1618 dergestalt, daß die beiden katholischen Räte Martiniz und Slavata mit dem Geheimschreiber Fabricius aus dem Fenster in den Burggraben gestürzt wurden.

Der Aufstand war da; die kaiserlichen Beamten werden verjagt, Graf Matthias von Thurn, der Führer des böhmischen Adels, übernahm an der Spitze eines ständischen Ausschusses von dreißig Mitgliedern die Regierung des Königreichs Böhmen, nachdem Matthias und das Haus Habsburg der Thronrechte verlustig erklärt worden waren. Die Aufständischen erhielten Zuzug durch Graf Ernst von Mansfeld und rückten auf Wien los.

In diesem Augenblicke starb Matthias (1619); sein Erbe Ferdinand machte sein Recht auf die Nachfolge in den habsburgischen Erblanden geltend, wurde aber von den zur Mehrheit evangelischen Ständen Österreichs ablehnend empfangen.

Es war die Frage: machen die österreichischen Stände gemeinsame Sache mit den böhmischen? Öffnen die Wiener Protestanten dem Grafen Thurn die Stadt?

Weder das eine noch das andere geschah; unentschlossen schwankten die Österreicher, während Ferdinand mit Entschlossenheit auf sein Ziel losstrebte: Kaiser zu werden.

Trotz der Schwierigkeiten in den habsburgischen Hausländern eilte er nach Frankfurt und wurde dort am 28. August 1619 zum Kaiser gewählt. Seine Wahl geschah einstimmig. Die Wahl dieses Mannes, der sich durch seine Tätigkeit in Steiermark als Todfeind der Reformation gezeigt hatte! Ihn wählten die reformierten Kurfürsten von Brandenburg und der Pfalz, wie der lutherische Kurfürst von Sachsen, und dies, obwohl er bereits wegen der Religionsübung mit den böhmischen Ständen im Kampfe lag. Wahrlich eine Verblendung sondergleichen — ein Schritt, der unser Volk

ins Elend gestürzt hat, der die Früchte der Reformation fast vernichtet hätte, und der heute noch — man gehe nach Österreich und überzeuge sich davon — in seinen kulturfeindlichen Folgen nachwirkt.

Die Liga kam Ferdinand zu Hilfe und ließ ein Heer in Böhmen einrücken; infolge davon stand Graf Thurn von Wien ab und marschierte nach Prag zurück.

Der neue Kaiser war gerettet; er verbündete sich mit Herzog Maximilian von Bayern, der mit ihm zusammen im Jesuitenkolleg zu Ingolstadt erzogen worden war; der Papst und Spanien stellten Truppen und Geld, und mit solcher Unterstützung unterwarf Ferdinand zunächst die österreichischen Stände.

Die beiden Männer treten jetzt zusammen auf den weltgeschichtlichen Schauplatz, die mit harter Hand in das Geschick unseres Volkes auf Jahrhunderte bestimmend eingreifen sollten: Ferdinand und Maximilian, der Habsburger und der Wittelsbacher.

Den Kaiser kennen wir schon; der Bayernherzog war eine ihm verwandte Natur: strenggläubig, auch ein Todfeind des Protestantismus, entschlossen die verruchte Ketzerei auszurotten. Um dies Ziel zu erreichen, ging er rücksichtslos, ja grausam vor; ein Mann von eisernem Willen, unbeugsam und unerbittlich; neben dem kirchlichen Streben erfüllt von der Begierde, seine eigene Macht zu vergrößern.

Als Gegner trat diesen beiden Willensmenschen der Führer der Reformierten und der Union entgegen, auch ein Wittelsbacher, der junge Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz; er war eine liebenswürdige Persönlichkeit, aber schwach und nicht dazu geschaffen jenen beiden standhalten zu können.

Das unbrauchbare Oberhaupt der Union — wieder ein Mißgeschick der evangelischen Sache, daß sie keinen besseren Führer fand — wurde von den böhmischen Ständen, nachdem Ferdinand und das Haus Habsburg aller Rechte verlustig erklärt waren, zum König von Böhmen gewählt; das war eine unglaubliche Kurzsichtigkeit der Stände, ein wahres Verhängnis. Friedrich nahm die Wahl an und zog alsbald mit Glanz in Prag ein; er erwies sich aber schnell als unfähig, dieser brodelnden Gärung Herr zu werden.

Maximilian rückte zusammen mit Tilly, dem Feldherrn der Liga, in Böhmen ein; am 8. November 1620 kam es am Weißen Berge bei Prag zu blutiger Schlacht, in der das Heer des Pfälzers besiegt und vernichtet wurde; der arme „Winterkönig" Friedrich entfloh und fand erst in den Niederlanden sichere Zuflucht.

Der erste Schlag war gefallen; kein Zweifel, daß der Kaiser sich nicht mit der Bändigung seiner Stände und der Zurückgewinnung von Böhmen begnügen werde. Auf Größeres ging das Spiel, auf die Ausrottung der

Ketzerei im Bunde mit dem Papst und dem spanischen König, und gleichzeitig auf die Hebung der Kaisergewalt zum Nachteil der Reichsfürsten.

Wie Ferdinand seine Aufgabe auffaßte, zeigte sich jetzt in dem besiegten Böhmen: nach dem Beispiel Albas ging er vor, indem er die Führer der Bewegung als Hochverräter hinrichten ließ, den Adel seiner Güter beraubte und den evangelischen Glauben völlig ausrottete. Furchtbar hausten die Heere der Liga in dem unglücklichen Lande — es war, als sollte dem deutschen Volke gezeigt werden, welche Kriegführung ihm bevorstand.

Wir sind nun mitten drin in dem Kampfe, der als „dreißigjähriger Krieg" mit unverlöschbarer Schrift in unsere Geschichte eingegraben ist. Es geht nicht an, den Gang jener Ereignisse im einzelnen vorzuführen, auch hier müssen wir uns begnügen, nur Wichtigstes zu berichten. Es sei erwähnt, daß der schreckliche Krieg in vier Abschnitte eingeteilt zu werden pflegt: der erste, der böhmisch-pfälzische Krieg (von 1618—1625); der zweite, der dänisch-niedersächsische Krieg (von 1625—1629); der dritte, der schwedische Krieg (von 1630—1635); der vierte, der schwedisch-französische Krieg (von 1635—1648).

Nach der Schlacht bei Prag rückte Tilly in das Stammland Friedrichs, die Pfalz ein; Maximilian erhielt die Kurwürde und als Landzuwachs die Oberpfalz; der flüchtige Winterkönig wurde geächtet.

Unter dem Eindruck dieser Erfolge ging der Kaiser auch gegen die evangelischen Stände in Österreich vor; er demütigte sie und rottete auch dort den Protestantismus mit grausamsten Mitteln aus.

Friedrichs Bundesgenosse, der Herzog Christian von Braunschweig, wurde in Westfalen von Tilly besiegt; dieser blieb mit seinem Heere im niedersächsischen Kreise stehen, angeblich, um die Bischöfe von Paderborn, Münster und Osnabrück zu schützen, in Wirklichkeit aber, um die Wiedereinziehung aller Kirchengüter vorzubereiten, die infolge der Reformation in weltliche Hand gekommen waren.

Das lutherische Dänemark, wie die reformierten Niederlande empfanden die Anwesenheit Tillys in Niedersachsen als eine Bedrohung; um der Gefahr eines kaiserlichen Angriffs zuvorzukommen, schlossen sie ein Bündnis, dem England beitrat. Als Feldherr der verbündeten Mächte sollte König Christian IV. von Dänemark den Krieg führen, der den politischen Zweck hatte, ein weiteres Anwachsen der kaiserlichen Macht zu verhüten, und auf dem Gebiete des Glaubens die Unterdrückung des Protestantismus zu verhindern.

Wallenstein.

So hebt der zweite Teil, der dänisch-niedersächsische Krieg an. Die oberdeutschen protestantischen und reformierten Fürsten leisteten dem tapferen Dänenkönig keine Hilfe, hielten sich vielmehr völlig vom Kampfe fern.

Auch diesmal wurde der Kaiser vom Glück begünstigt. Er hatte doch mit Sorge wahrgenommen, daß er, der selbst kaum ein eignes Heer unterhielt, zu sehr in Abhängigkeit von dem guten Willen seiner Bundesgenossen geraten sei, während die Liga unter Maximilians Führung für ihn und die katholische Sache mit starken Truppenmassen im Felde lag. Deshalb hatte er beschlossen, ein eignes Heer aufzustellen, dessen Anwerbung und Oberbefehl er dem Fürsten Albrecht Wallenstein übertrug.

Damit betritt eine eigenartige Persönlichkeit die Weltbühne; ein Mann, groß als Feldherr, kühn in seinen Entwürfen als Staatsmann, aber unentschlossen in der Ausführung. Geboren als Protestant, war er von seinem Vormund wieder dem katholischen Glauben zugeführt worden; den böhmisch-pfälzischen Krieg hatte er als Oberst im Dienste des Kaisers mitgemacht und es verstanden, bei der Beschlagnahme der Güter evangelischer Adliger so stattliche Landgebiete zu erwerben, daß er der größte Grundherr Böhmens geworden war und eine abgerundete Herrschaft Friedland mit der Hauptstadt Gitschin sein eigen nannte. Hier waltete er mit klugem Geiste; er hatte eine trefflich arbeitende Verwaltung eingeführt, sorgte für seine Untertanen und zeigte sich aller eifernden Strenggläubigkeit abhold. Ein ungeheurer Ehrgeiz lebte in dem Manne, der vom niederen Adel zum Herzog aufgestiegen war; eine Königskrone dünkte ihm nicht zu hoch. Und seltsam, dieser scharfe Geist, dieser kühne Soldat des Glückes stand unter dem Einfluß der Sterndeuterei; er, der den Fragen des Kirchenglaubens gegenüber kühl war, glaubte fest daran, daß die Gestirne eine geheimnisvolle Macht über das Menschenschicksal hätten, und ließ sich, besonders gegen das Ende seines Lebens, zu seinem Unheil von dem leiten, was er in den Sternen zu lesen meinte.

Vom Kaiser zum obersten Feldherrn bestellt und gleichzeitig zum Herzog von Friedland erhoben (1625), ging er nach der Art jener Zeit vor, um sein Heer zu bilden. Er ließ an allen Ecken und Enden Deutschlands die Werbetrommel rühren; auf des Friedländers Namen strömten sie in Massen herbei, die Enterbten des Glückes, kühne, verwegene Gesellen aller Stände, Berufe und Abstammung; das konnte kein „Volksheer" werden — ein zusammengelaufener Haufen von Abenteurern, die ihr Glück im Kriege versuchen wollten. Dies Heer war nicht mit der Sache verwachsen, für die es kämpfen, nicht mit dem Boden, den es beschützen sollte; es stand auch den Völkern, die sein Kriegsherr, der Kaiser beherrschte, ganz fremd gegenüber, ebenso gleichgültig wie dem Glauben, für den jener so grausam kämpfte. Daher auch die furchtbar verheerende Wirkung der Kriegsführung mit solch einem Heere, das mit gleicher Rücksichtslosigkeit in Feindes- und Freundesland hauste.

Wallenstein war nichts anderes wie der geldkräftige Unternehmer des Krieges; für den Sold hatte er aufzukommen; seine Untergenerale

und Obersten waren zum Teil kleinere Unternehmer, die auf eigene Gefahr und Rechnung ihre Haufen zusammengebracht hatten — ein Verfahren, das uns bei der heutigen sittlichen Auffassung des Krieges fremd, ja widerwärtig anmutet. Daß Wallenstein diesen Betrieb in großer Weise ausgestaltete und wirklich mit großem Sinne leitete, bildet den Ruhm seines Lebens.

Der neue Oberfeldherr rückte die Elbe entlang in Niedersachsen ein und schlug den lutherischen Parteigänger Ernst von Mansfeld vernichtend bei Dessau (25. April 1626); im August besiegte Tilly bei Lutter am Barenberge den König von Dänemark. Holstein, Schleswig, Jütland, Mecklenburg, Pommern wurden erobert; der kaiserliche Adler herrschte von den Ostalpen bis zur Ostsee — Habsburg erlebte wieder Tage, wie nach der Niederlage der Evangelischen bei Mühlberg (1547); es wurde zum Herrn der Geschicke des deutschen Volkes. Der Sache der Reformation schien die Schicksalsstunde geschlagen zu haben.

Entmutigt schloß der Dänenkönig den Frieden zu Lübeck (1629): er versprach, für alle Zeit der Einmischung in die deutschen Angelegenheiten zu entsagen, und erhielt dafür seine Länder zurück.

Gustav Adolf.

Der letzte Vorkämpfer hatte die evangelische Sache verlassen müssen. Was sollte werden? Wer sollte sie retten?

Der Kaiser überspannte im Gefühle seiner Erfolge und getrieben von dem tödlichen Hasse gegen die Reformation den Bogen: am 6. März 1629 hatte er das sog. „Restitutionsedikt" erlassen, wonach auf Grund des „geistlichen Vorbehalts" alles seit dem Passauer Vertrage (1552) an evangelische Fürsten gefallene frühere geistliche Gut wieder herausgegeben und der Kirche ausgeliefert werden sollte; mehr noch: in diesen der Kirche auszuliefernden Ländern sollte — das war eine Folge — die Reformation vernichtet werden; endlich sollte die freie Religionsübung nur noch für die Lutherischen gelten, während die „reformierte Sekte" unbedingt ausgerottet werden sollte!

Nahezu siebenunddreißig Jahre hatte der Passauer Vertrag zu Recht bestanden; alle Verhältnisse im Reiche waren danach eingerichtet; mehr als zwei Geschlechtsfolgen hindurch hatten die evangelischen Fürsten das frühere Kirchengut unbestritten besessen. Sie hatten auf Grund ihres Besitzes die Kirchen-, Schul- und Staatsverwaltung geschaffen — kurz der bestehende Zustand war den Fürsten wie den Untertanen in Fleisch und Blut übergegangen. Und daran sollte jetzt gerüttelt werden! Alles sollte auf den Kopf gestellt werden. Das mußte auch diesem müden Geschlechte zu viel sein — und doch zeigte sich kein Führer und Retter im notwendigen Kampfe gegen diesen ungeheuerlichen Vorstoß der Gegenreformation.

Wirklich, dies Volk konnte sich nicht mehr selbst helfen; wie es, außer dem edeldenkenden und hochstrebenden Herzog Bernhard von Weimar, während der ganzen langen dreißig Jahre keinen wirklich großen Mann hervorgebracht hat, so mußte auch jetzt der Helfer von außerhalb kommen.

Am 6. Juli 1630 landete König Gustav Adolf von Schweden mit einem kleinen Heere von 13 000 Mann an der Mündung der Peene: der Held, der einzige fast dieses Krieges, naht.

Ihn führte ein Doppeltes herbei: einmal die Sorge um die Sache des Evangeliums, an dem er mit wahrer, inniger Frömmigkeit hing; dann die Notwendigkeit, um seines eigenen Staates willen zu verhindern, daß Habsburg an der Ostsee festen Fuß fasse.

Als der königliche Mann aus dem Hause Wasa den deutschen Boden betrat, stand er im 36. Lebensjahre; eine vornehme Erscheinung, blond, blauäugig, hochgewachsen; ein furchtloser Krieger, ein ausgezeichneter Feldherr, ein hervorragender Staatsmann; von strengen Sitten und edler Gesinnung; wahrhaftig und fromm: so war der Mann beschaffen, der berufen war, das deutsche Volk und seinen Glauben vor der drohenden Knechtschaft Habsburgs und Roms zu bewahren. Kein Deutscher, aber ein Germane, in dem die besten Eigenschaften der Rasse sich verkörperten; der uns anmutet, wie eine der gotischen Heldengestalten aus der Zeit der Völkerwanderung.

Als Gustav Adolf den Fuß auf deutschen Boden setzte, stand er allein, ohne Bundesgenossen; denn die Lutherischen hatten beschlossen, sich nach wie vor des Eingreifens zu enthalten; sie sahen im Kaiser den Glaubensfeind, in dem Schwedenkönig den Reichsfeind, und wollten weder einem von ihnen beistehen, noch ihn bekämpfen. Siegreich drang der König vor, bald unterstützt von einigen kleineren Reichsfürsten und freien Städten. Schon gedachte er im Frühjahr 1631 auf die habsburgischen Erblande vorzustoßen, nachdem er alles Land zwischen der Ostsee und der Mark gesichert hatte, als der Hilferuf Magdeburgs zu ihm drang, das von dem Heere der Liga unter Tilly belagert wurde. Rasch entschlossen bog Gustav Adolf nach Westen ab — doch waren die Würfel gefallen: am 20. Mai war die stolze Stadt gestürmt und unter allen Schrecken der Plünderung zerstört worden; bis auf wenige Häuser und den ehrwürdigen Dom der alten Sachsenkaiser war die Stadt ein Raub der Flammen geworden. Ein Schrei des Entsetzens ging durch das Reich. Gleichzeitig verlangte der Kaiser von den evangelischen Kurfürsten, sie sollten Farbe bekennen, entweder sich auf seine Seite schlagen oder die Waffen niederlegen.

So in die Enge getrieben, schlossen diese Lutherischen sich dem Schwedenkönig an; da Tilly auf Sachsen losmarschierte, eilte auch Gustav Adolf dorthin; bei Breitenfeld trafen beide aufeinander, und Tilly wurde bis zur Aufreibung geschlagen.

Nun flogen die Herzen dem „Reichsfeind" zu, dem „sieghaften Löwen aus Mitternacht". Alles evangelische Volk fühlte, daß nun die schlimmste Gefahr abgewendet sei; die Fürsten sahen in dem Schweden das Haupt ihrer Partei; er selbst übernahm um seines Glaubens willen die Führung. Im Siegeszuge eilte er westwärts, wohin er kam, mit Jubel als Befreier begrüßt. Wie wußte der ritterliche Mann, der deutsch sprach wie seine Muttersprache, mit den Deutschen zu reden! Wie hielt er sein Heer in Zucht und Ordnung, im grellen Unterschiede zu dem zuchtlosen Treiben der andern Kriegführenden!

Böhmen wird erobert, Prag besetzt; durch Thüringen und Franken geht der Siegeslauf nach Mainz, wo der König während des Winters 1631 auf 1632 sein Hoflager aufschlägt. Im Frühjahre geht der Marsch an die Donau; nochmals wird Tilly geschlagen; München wird genommen, und die Hauptstadt Maximilians sieht Gustav Adolf als Sieger einziehen.

Im Hochsommer stehen sich die schwedischen und kaiserlichen Heere in der Nähe von Nürnberg in befestigten Lagern gegenüber. Da es trotz verlustreicher Angriffe zu keiner Entscheidung kommt, zieht Gustav Adolf nach der Donau zu ab.

Sein Gegner war Wallenstein; den hatte sein Kaiser im August 1630 dem Unwillen der katholischen Fürsten geopfert und des Oberbefehls entsetzt; jetzt in der Schwedennot hatte er ihn wieder gerufen und mit unumschränkten Vollmachten ausgestattet. Schnell hatte der Friedländer ein stattliches Heer zusammen, mit dem er den Schweden gegenübertreten konnte.

Sobald Gustav Adolf nach der Donau abgerückt war, beschloß Wallenstein in Sachsen einzufallen; der geängstigte Kurfürst rief den König zu Hilfe. In Eilmärschen nahte er und stellte den Gegner bei Lützen; der Sieg gehörte den Schweden — aber ihr Heldenkönig deckte tot das Schlachtfeld. Ein furchtbarer Schlag für die Protestanten. Aber bedenken wir, daß der frühe Tod dem Schwedenkönig das Schicksal ersparte, aus dem Retter ein Feind Deutschlands zu werden; denn das hätte er werden müssen — oder glaubt wer, daß der siegreiche Fürst, der die beste Kraft seines Volkes an den deutschen Kriegszug gesetzt, ruhig und beutelos in seine nordische Heimat hätte zurückkehren können? Es stand zu erwarten, daß er festen Fuß in Deutschland gefaßt hätte — und dann war die Rolle des Wohltäters ausgespielt.

So starb er auf der Sonnenhöhe des Ruhmes und Glücks den Tod auf dem Schlachtfelde und hinterließ ein reines, fleckenloses Andenken.

Mit dem Tode Gustav Adolfs war dem Kriege die sittliche Persönlichkeit genommen, es fehlte der überragende Held, der den Kampf auf der Höhe gehalten hätte.

Zwar war Bernhard von Weimar, der an Gustav Adolfs Stelle

den Oberbefehl übernahm, ein würdiger Nachfolger; ein edler, hochstrebender Fürst, ein bewußter Deutscher, ein überzeugter Protestant; der beste Mann in jenem Kriege nach dem Schwedenkönig. Er war ein ausgezeichneter Feldherr und hatte wirklich staatsmännische Gedanken zur Errettung seines Volkes, deren Ausführung ein früher Tod hinderte. Aber er war in einer schwierigen Lage: der deutsche Oberbefehlshaber hatte nicht den Einfluß auf die Schweden, wie ihr König; sie sahen ihn nur mit halbem Vertrauen an, und er konnte nicht hindern, daß dies fromme Heer Gustav Adolfs verwilderte.

Damit entartete der Krieg: sein sittlicher Zweck, die Errettung des Protestantismus, trat zurück, und es hob ein Ringen an um die Beute, die Schweden als Ersatz seiner Opfer aus diesem Kriege heimbringen wollte. Das unselige Deutschland wurde der Schauplatz eines wüsten, aller höheren Gedanken baren Krieges, der sich noch 16 Jahre lang über ihm hinwälzt, und — wenn man von den althabsburgischen Kronländern in den Alpen absieht —, kaum einen Teil des Vaterlandes verschont läßt.

Das Ende des dreißigjährigen Krieges.

In den ersten Jahren nach Gustav Adolfs Tod geschehen keine entscheidenden Schläge; auch Wallenstein, der den Oberbefehl auf der kaiserlichen Seite weiterführt, vermag nichts auszurichten. Die ihm feindliche spanisch-jesuitische Partei am Kaiserhofe verdächtigt ihn, daß er aus Absicht die Schweden nicht ernsthaft schädigen wolle, sondern in geheimen Verhandlungen mit ihnen stehe, um seinen Abfall vom Kaiser vorzubereiten.

Wie weit Wallenstein auf Verrat sann, ist nicht festgestellt, wohl auch nicht mehr festzustellen; richtig ist, daß er in geheimen Verhandlungen mit Schweden und Sachsen stand. Es scheint, daß ihn die Leiden des Volkes, die durch den entsetzlichen endlosen Krieg verursacht waren, auf den Gedanken gebracht haben, den Frieden durch sein selbständiges Auftreten zu erzwingen, und so zum Wohltäter des verwüsteten Reiches zu werden; es scheint weiter, daß er sich nicht entscheiden konnte, gegen wen er als größeren Feind des Friedens sich wenden solle, gegen den Kaiser, der der Urheber dieses Elends war, oder gegen die landfremden Schweden, die jetzt wie wilde Tiere hausten. Während er noch mit seinen Sternen Rat hielt, was er tun solle, überzeugten Wallensteins Gegner den Kaiser, daß er ein Verräter sei; er wurde des Oberbefehls enthoben, und es erging der geheime Befehl, sich seiner lebend oder tot zu bemächtigen.

Der „Friedländer", von fast allen verlassen, die er für treu gehalten, zog von Pilsen nach Eger, von dem Reste der Treugebliebenen begleitet; in der Nacht des 25. Februar 1634 wurde er auf Befehl des Obersten Butler, eines geborenen Irländers, ermordet; seine Getreuen Ilow, Kinsky und

Trschka wurden beim Festmahle in der alten Hohenstaufenburg über Eger erschlagen.

Im September 1634 gelang es dem Erzherzog Ferdinand, den Schweden bei Nördlingen eine so schwere Niederlage beizubringen, daß sie ganz Süddeutschland preisgeben mußten. Unter dem Eindrucke dieses Ereignisses trat ein Teil der evangelischen Fürsten unter der Führung Kursachsens in Friedensunterhandlungen mit dem Kaiser, die am 30. Mai 1635 zum Vertrage von Prag führten.

Darin wurde festgesetzt, daß die durch das „Restitutionsedikt" von 1629 betroffenen früheren geistlichen Güter den jetzigen evangelischen Inhabern auf 40 Jahre belassen werden sollten; das Reichsheer sollte auf einen Bestand von 80000 Mann beschränkt werden, wovon 30000 Mann dem Befehle des Kurfürsten von Sachsen als Reichserzmarschall, der Rest von 50000 Mann aber dem Kaiser unterstehen sollte; Bündnisse deutscher Landesherren mit fremden Staaten wurden verboten; Kursachsen erhielt die Lausitz und der Sohn des Kurfürsten Magdeburg auf Lebenszeit.

Diesem Frieden traten neben Brandenburg die meisten evangelischen Fürsten bei, indem sie das schwedische Bündnis im Stiche ließen. Es war klar, daß das einen gewaltigen Erfolg des Kaisers bedeutete, der durch die Übermacht seines Anteils am Reichsheere ein entscheidendes Übergewicht über die Landesherren erhielt.

Aber das war kein Frieden, der endgültige Verhältnisse schaffen konnte: denn das Restitutionsedikt war nicht schlechthin aufgehoben, sondern seine Wirkung nur auf 40 Jahre hinausgeschoben. Was sollte dann werden, wenn ein reformationsfeindlicher Kaiser die Ausführung verlangen würde? Ein neuer Krieg? Zudem war eine alte Forderung der Evangelischen nicht erfüllt: die Wiederherstellung des Kurfürstentums Pfalz. Um deswillen beschlossen die entschiedensten Protestanten lieber jetzt auszuhalten, als einen solchen Frieden einzugehen; an ihrer Spitze standen Bernhard von Weimar und Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel. Die Schweden, mit denen der Krieg weitergegangen war, schlossen ein Bündnis mit Frankreich, durch das letzteres verpflichtet wurde, statt wie bisher nur durch Unterstützungsgelder, jetzt auch mit Heeresmacht einzugreifen; entscheidend war für den Leiter der französischen Staatskunst, den frommen Kardinal Richelieu, bei diesem Bündnis mit den lutherisch-ketzerischen Schweden gegen den streng-katholischen Kaiser, die Erwägung, daß das Haus Habsburg durch sein Übergewicht im Reiche zu sehr gestärkt werde und dadurch Frankreich gefährlich werden könne.

In dem jetzt anhebenden vierten Abschnitte des Krieges, der ursprünglich als Glaubenskampf begonnen hatte, beweisen die sich bekämpfenden Staaten, daß es sich für sie nur noch um politische Fragen handelte; auf der einen Seite der katholische Kaiser mit evangelischen Bundesgenossen,

vor allem Sachsen; auf der andern Schweden mit dem katholischen Frankreich — wohlgemerkt demselben Frankreich, das zur selben Zeit in seinem Innern mit strengen Maßregeln gegen die Hugenotten vorging.

Mit wechselndem Glück wird gekämpft — dreizehn Jahre lang tobt die Furie dieses schauderhaften Krieges sich noch auf dem Boden des unseligen deutschen Reiches aus. Die Bande der Mannszucht waren völlig gesprengt; die Heere waren auf beiden Seiten Haufen wilder, entarteter Gesellen. Wehe dem Dorf, der Stadt, durch die eine solche Truppe zog, wenn sie auch zur selben Partei gehörte; dreimal wehe, wenn ein feindlicher Ort genommen wurde.

Bernhard von Weimar, den ein mißgünstiges Schicksal zwang, mit französischem Gelde sein Heer zu besolden, starb 1639, nachdem er das Elsaß erobert und Breisach gewonnen hatte; er beabsichtigte, dort ein oberdeutsches Königtum für sich zu gründen, das die Wacht gegen Frankreich übernehmen sollte.

Frankreich pochte darauf, daß Bernhards Heer mit französischem Gelde zusammengebracht sei, und übernahm seine Truppen; mit ihnen behielt es auch alles Land, das Bernhard von den Kaiserlichen erobert hatte.

Gegen Ende des Krieges finden die Schweden in dem raschen Torstenson noch einmal einen bedeutenden Führer; in glänzenden Schlachten besiegte er die Kaiserlichen bei Breitenfeld (1642) und Jankau (1645); ja er rückte gegen Wien vor. Im Westen brachen die Franzosen in den Breisgau ein, eroberten Bayern und verjagten Herzog Maximilian, dessen Land furchtbar verwüstet wurde.

Schon seit dem Jahre 1645 fanden in Münster und Osnabrück Friedensverhandlungen statt; ihr Abschluß wurde dadurch gefördert, daß im Sommer des Jahres 1648 der schwedische General Graf Königsmark die Kleinseite von Prag eroberte.

Ein wichtiges Hemmnis des Friedens war schon seit Jahren beseitigt: Kaiser Ferdinand II., der eigentliche Urheber dieses völkermordenden Krieges, war im Jahre 1637 gestorben. Sein Nachfolger, Ferdinand III. (1637—1657), der selbst im Felde gestanden und die schreckliche Entartung des Krieges mit all den Leiden, die er dem Volke brachte, kennen gelernt hatte, war, obwohl selbst streng katholisch, bereit nachzugeben, um den Frieden zu ermöglichen.

Nach endlosen Verhandlungen wurde am 24. Oktober 1648 der Friedensvertrag von den Gesandten der kriegführenden Mächte unterzeichnet; er hat als „westfälischer Friede" weltgeschichtliche Bedeutung gewonnen.

Die wichtigsten politischen Ergebnisse des Krieges finden in folgenden Bestimmungen ihren Ausdruck:

Schweden erhält vom Reiche Vorpommern mit Stettin, Rügen,

Usedom, Wollin, außerdem Wismar und das Bistum Verden und Bremen zu Lehen; Frankreich nimmt die österreichischen Besitzungen im Elsaß und den Sundgau, außerdem rechts vom Rheine Breisach und Philippsburg; daneben wird ihm der Besitz der 1552 erworbenen lothringischen Bistümer Metz, Toul und Verdun endgültig bestätigt; endlich wird ihm die „Vogtei" über zehn freie Reichsstädte des Elsasses übertragen, die zwar beim Reiche bleiben sollten, tatsächlich aber damit Frankreich überlassen wurden.

Im Innern des Reiches wurde bestimmt, daß das Kurfürstentum Pfalz wieder hergestellt werde, während Bayern die Oberpfalz, Brandenburg Hinterpommern, das Erzbistum Magdeburg und die Bistümer Halberstadt und Minden, Sachsen die Lausitz erhielten. Die übrigen Gebietsveränderungen im Innern des Reiches waren nicht von Bedeutung.

Um so wichtiger waren zwei Grundsätze von weittragenden Folgen, die im westfälischen Frieden ausgesprochen wurden: Abgesehen von den erwähnten Gebietsveränderungen wurde der Zustand des Jahres 1624 als maßgebend anerkannt und die Wiedereinsetzung in den Stand jenes Jahres festgelegt. Zum andern wurde den Reichsständen (weltlichen und geistlichen Fürsten und freien Reichsstädten) das Recht der „Souveränität" verliehen, d. h. die Lehnsabhängigkeit vom Kaiser als dem Träger der Reichsgewalt wurde endgültig beseitigt und die Herrschaft der Reichsstände aus eigenem Rechte anerkannt.

Der erste Grundsatz der Wiedereinsetzung in den Stand von 1624 bedeutete einen Erfolg der Evangelischen Partei: wenn auch bei weitem nicht die Glaubens- und Gewissensfreiheit im heutigen Sinne erstritten war, so war doch der Angriff des jesuitisch-katholischen Ferdinand II., wie er im Restitutionsedikt von 1629 vorlag, abgeschlagen, und die Errungenschaften des Augsburger Religionsfriedens von 1555 waren gerettet. Dies war gegenüber den Bestrebungen der Gegenreformation ein großer Gewinn: so unerfreulich uns jener faule Friede des Jahres 1555 als Abschluß der herrlichen Bewegung der Reformationszeit erschien, seine Aufrechterhaltung als Ergebnis des furchtbarsten aller Kriege besagte nicht mehr und nicht weniger, als daß die Reformation nicht unterdrückt worden war; daneben wurde endlich die reformierte Kirche anerkannt.

Insofern war das Blut von Hunderttausenden nicht vergebens vergossen: eine glücklichere Zeit mochte ausbauen, was dies gepeinigte Geschlecht gerettet. Freilich, eine Folge der Festsetzung des „Normaljahres 1624" war es, daß der Protestantismus in ganz Österreich, abgesehen von Schlesien, vernichtet war und am Rhein, wie in Westfalen sehr eingeschränkt wurde. Für die übrigen deutschen Lande aber blieb die wenn auch sehr bedingte Glaubensfreiheit des Augsburger Religionsfriedens vom Jahre 1555 erhalten: der Landesherr mußte dem Andersgläubigen, den er nicht dulden wollte, auszuwandern ge-

ſtatten und konnte ihn nicht mehr zu anderm Glauben zwingen. Die Wahrung dieſer Glaubensfreiheit war, gegenüber den Beſtrebungen der Katholiken, ein Erfolg der Evangeliſchen — ein Schritt weiter: wenn der Landesherr den Glauben frei gab, ſo war die Freiheit der Gewiſſen eingeführt! Die Möglichkeit hierzu gewährte der weſtfäliſche Friede.

Die Anerkennung der Souveränität der Landesherren löſte das Reich in Wahrheit auf. Gewiß: die Reichsgewalt war ſeit dem Untergange der Hohenſtaufen immer mehr zum Scheine geworden, und alle Reichsreformverſuche hatten nichts geholfen. Gewiß: die Lage des Reiches war ſeit mehr als dreihundert Jahren troſtlos. Trotzdem, der Reichsverfaſſung nach war der Kaiſer noch der oberſte Lehnsherr der Landesfürſten, und einem ſtarken Kaiſer mochte gelingen, ſie zum Gehorſam zu zwingen und eine tatſächliche Reichsgewalt zu ſchaffen. Damit war es jetzt aus und vorbei.

Die Souveränität beſagt die Selbſtherrlichkeit der Landesherren; das Lehnsverhältnis zum Kaiſer iſt aufgehoben; er iſt jetzt nicht mehr der Oberherr, ſondern der erſte unter Gleichberechtigten. Die tatſächliche Bedeutung dieſer grundſtürzenden Verfaſſungsänderung zeigte ſich darin, daß den Landesherren das Recht zugeſprochen wurde, Bündniſſe unter ſich und mit dem Auslande zu ſchließen. Damit war auch der Schein des einheitlichen Reiches zerſtört; es beſtand jetzt nur noch der Name. Das ſogenannte Reich zerfiel in eine Menge ſelbſtändiger, größerer oder kleinerer Länder, und war unfähig, nach innen und außen Willen und Macht zu zeigen; der Kaiſertitel bedeutete eine äußere Ehrung, die Anerkennung des Hauſes Habsburg als der mächtigſten landesherrlichen Familie, hatte aber keinen wirklichen politiſchen Inhalt.

Jeder Landesherr konnte tun und treiben, was ihm gefiel — freilich er ſollte kein Bündnis ſchließen dürfen, das ſich gegen Kaiſer und Reich richtete. Wer mochte glauben, daß dieſe einzige Beſchränkung der Souveränität von den zu „Oberherren" erhobenen Reichsſtänden auf die Dauer beachtet werde?

Das Reich war entartet zu einem Nebeneinander zahlloſer, mehr oder minder mächtiger Staaten und Stätchen; die Geſchäfte dieſes Reiches ohne Reichsgewalt ſollte der Reichstag in Regensburg beſorgen, der aus Geſandten der Reichsſtände gebildet wurde und in ſeiner Hilfloſigkeit bald dem Geſpötte der Welt verfiel.

Es lohnt ſich nicht, die innere Gliederung dieſer von vornherein zur Nichtigkeit verurteilten Reichsvertretung zu ſchildern; nur das ſei erwähnt, daß eine katholiſche Abteilung mit Öſterreich und eine evangeliſche mit Kurſachſen an der Spitze gebildet wurden (corpus Catholicorum — corpus Evangelicorum), die in Glaubensſachen getrennt ſtimmten, ſo daß eine

Überstimmung der einen Abteilung durch die andere in religiösen Fragen unmöglich war: ein Ausfluß der Anerkennung des Standes vom Jahre 1624.

Schloß die Anerkennung der „Souveränität der Landesherren" die innere Auflösung des Reiches in sich, so bedeuteten die Gebietabtretungen an Schweden und Frankreich eine Schwächung der äußeren Machtstellung, wobei noch zu bemerken ist, daß Schweden als Reichsstand für Vorpommern und Frankreich als Vogt der zehn Reichsstädte im Elsaß die Möglichkeit besaßen, sich in die inneren Verhältnisse des Reiches einzumischen.

Damit nicht genug: die beiden Freistaaten am Quellgebiet und an der Mündung des Rheins, die Schweiz und die Niederlande wurden aus dem Reichsverband entlassen.

Dahin war es gekommen: die echtdeutschen Bewohner des niederrheinischen Flachlandes, friesischem und fränkischem Blute entsprossen, waren des Reiches müde und gingen ihren eignen Weg der politischen Entwicklung, indem sie sich mit Verachtung von dem Reiche loslösten, das sie schmachvoll während ihres Daseinskampfes im Stiche gelassen hatte. Die kerndeutsche, dem alemannischen Stamme angehörige Bevölkerung der Eidgenossenschaft hatte so traurige Erfahrungen nicht gemacht und hatte auch sonst weder Anlaß noch Neigung, sich vom Reiche zu trennen; wenn sie doch aus dem Reichsverbande ausschied, so geschah dies auf Frankreichs Betreiben, dem nicht Widerstand geleistet werden konnte.

Das waren die politischen Folgen des dreißigjährigen Krieges — trostlos fürwahr!

Aber trauriger noch die furchtbare Verwüstung von Stadt und Land, die Verarmung und Verwilderung der Bevölkerung!

Es war, als sei diesem Volke der letzte Tropfen Blutes entzogen worden — stumpf, gedrückt, gedemütigt, ausgesogen fand der Friede die Bewohner des Reichsgebiets wieder. Die reiche geistige Entwicklung der Zeit der Renaissance und Reformation war vernichtet; die Städte zum großen Teil zerstört, verarmt und menschenleer; das flache Land verwüstet, der Ackerbau fast unmöglich, da es an allem fehlte; die Landbevölkerung in entmenschtem Zustande.

Wirtschaftlich war es von weittragender Bedeutung, daß der Friede die Mündungen der fünf großen Ströme in die Hände des Auslandes, der Holländer, Schweden und Polen brachte, und ihnen damit den in besserer Zukunft wieder erwachenden Handel auslieferte.

Alles in allem: das deutsche Volk um Jahrhunderte in seiner äußeren und inneren Entwicklung zurückgeworfen. Und das in derselben Zeit, wo Schweden sich zur Großmacht des Nordens aufgeworfen hatte, wo in England der zielbewußte Aufstieg zur Weltmacht begann, und wo in Frankreich ein ehr- und machtgieriges Königtum durch die unumschränkte Ge-

walt des Herrschers die Mittel hatte, seinen Ehrgeiz an dem armen zerrissenen deutschen Reiche auszulassen.

Was sollte werden? War nicht dies deutsche Volk zum Untergang verurteilt? Wer sollte es retten? Schwere Fragen, die das Schicksal stellte. Wer sich bisher mühte, eine richtige Vorstellung von den Zuständen zu gewinnen, die der westfälische Friede auf deutschem Boden vorfand — es gelang ihm nicht, und er verzagte daran, seiner Einbildungskraft die schreckliche Wahrheit nackt vorzuführen. Sobald sich die Folgen des deutschen Zusammenbruchs vom Herbste 1918 und des durch ihn veranlaßten Versailler Friedens vom 28. Juni 1919 erst im vollen Umfang zeigen, wird dem lebenden Geschlechte die Aufgabe bitter erleichtert werden, sich in den Zustand ihres Vaterlandes um die Mitte des 17. Jahrhunderts zu versetzen.

Unser Volk am Abgrund —: um diesen Preis war die beschränkte Glaubensfreiheit des Augsburger Religionsfriedens gerettet. Aber sie war doch gerettet! Luthers Werk war doch geborgen, und es war damit die Möglichkeit einer schöneren, freien Zukunft bewahrt.

Wenn wir diese wichtigste Folge des furchtbaren Krieges so betrachten, müssen wir dankbar der Leiden gedenken, der Tränen und Qualen, des Blutes und der Seufzer unserer Ahnen; sie haben uns gerettet, ohne was der Deutsche nicht leben kann: die Freiheit des Gewissens.

Was jetzt werden sollte, hing ab von der Tüchtigkeit dieses niedergetretenen Volkes — davon, ob es die Kraft finden würde, sich wieder zu erheben.

Was unmöglich schien, wurde vollbracht: denn jenes Geschlecht, das den dreißigjährigen Krieg überstanden, ging an die Arbeit — freudlos zuerst und ohne Hoffnung, nur um das elende Dasein zu fristen — aber es ging an die Arbeit und schuf in langer, schwerer Zeit, unterbrochen durch neue Kriegsstürme und Nöte, wieder, was verloren gegangen war; es schuf damit die Grundlage zur politischen Umgestaltung unseres Vaterlandes.

Eine lange Bahn von Mühen und Kämpfen lag vor ihm — aber Ehre dem Geschlecht, Ehre dem Volke, das nicht an sich verzweifelt und in redlicher Arbeit das Recht auf sein Dasein beweist und durchsetzt.

Vom westfälischen Frieden bis zur französischen Revolution.

Der große Kurfürst.

(1640—1688.)

Unter den Männern, die berufen waren, nach dem Ende des dreißigjährigen Krieges die Geschicke der Deutschen mitzubestimmen, ragt der Kurfürst und Markgraf von Brandenburg hervor, Friedrich Wilhelm, den die Geschichte mit Fug den Großen Kurfürsten nennt.

Ein außerordentlicher Mann!

Als er im Jahre 1640 seinem schwachen Vater Georg Wilhelm auf dem Throne folgte, fand er das Land in unbeschreiblicher Zerrüttung.

Die Kriegsfurie hatte hier so schlimm gehaust, wie irgendwo. Das Heer aufgelöst; der Staat überschuldet; die Stände unbotmäßig; die Staatsverwaltung, soweit davon gesprochen werden konnte, unter dem Einfluß des Ministers Graf Adam von Schwarzenberg, der ganz österreichisch gesinnt war und die Geschäfte Habsburgs in Berlin besorgte. Georg Wilhelm hatte sich dem Prager Vertrage von 1635 angeschlossen; daß sein Land deswegen von den durchziehenden schwedischen Heeren nicht geschont wurde, ist leicht begreiflich.

Es war eine verzweifelte Lage, in der der junge Fürst die Herrschaft antrat. Aber er war eine echte Herrschernatur, auch der schwersten Aufgabe gewachsen, ein rechter Held und einer der unvergeßlichen Großen unserer Geschichte. Mit scharfem Verstande begabt, leidenschaftlich, willensstark, klarblickend und im rechten Augenblicke sich beschränkend; gewandt in den Geschäften der inneren Verwaltung, ein kühner und doch besonnener Feldherr, ein trefflicher Diplomat, ein Staatsmann von großem Zuschnitt.

Aus den Niederlanden, wo er als Verwandter des edlen Hauses Oranien mehrere Jahre seiner Jugend verlebt hatte, brachte er neben den bestimmenden Eindrücken, die ein großes Gemeinwesen gewähren kann, brauchbare Kenntnisse auf allen Gebieten der Staatsgeschäfte und des Kriegswesens mit. Er fühlte bewußt deutsch, und das Elend der Zustände im Reiche brannte ihm als Schmach auf der Seele.

So war der Mann beschaffen, den ein gütiges Geschick zum Herrn Brandenburgs berufen hatte.

Entschlossen befreite der jugendliche Fürst sich von der Vormundschaft des Grafen Schwarzenberg; es gelang ihm, mit Schweden Waffenstillstand zu schließen und die Einhaltung durchzusetzen. Während ringsum noch der Krieg tobte, begann in seinen Landen schon die Arbeit des Friedens, überall gefördert durch den tatkräftigen Herrscher. Das zuchtlose Soldheer ward entlassen und ein stehendes Heer geschaffen, das, wenn auch klein, so doch jederzeit schlagfertig und ein zuverlässiges Werkzeug des Fürsten war. Der Einfluß der Stände wurde gebrochen und die unumschränkte Herrschaft des Kurfürsten eingeführt (sog. „absolutes Regiment"). Eine geregelte Verwaltung und Rechtsprechung sorgte für die innere Entwicklung; das Steuerwesen wurde geordnet und lieferte dem Staate die Mittel zur Machtentfaltung; eine eigene zuverlässige Post verband die weit auseinander gelegenen Landesteile zum Ganzen.

Was hier mit wenigen Worten erzählt ist, war angesichts der völligen Zerrüttung des Staates eine gewaltige Arbeitsleistung und hob das kleine Land zum neuzeitlichen Gemeinwesen.

Hand in Hand mit dieser inneren Neugestaltung ging die äußere Machtentfaltung Brandenburgs, das schon im Jahre 1656 im Bunde mit Schweden gegen Polen den Sieg bei Warschau erfocht. Im Jahre darauf schlug Friedrich Wilhelm sich auf die Seite der Gegner Schwedens: sein staatsmännisches Ziel dabei war, nachdem die Unabhängigkeit des Herzogtums Preußen von Schweden anerkannt war, nun dasselbe von Polen zu erreichen und damit diesen wichtigen deutschen Vorposten nach Osten, den das Reich preisgegeben hatte, vom polnischen Einfluß, von polnischer Umklammerung zu befreien. Ein großes Ziel — und bewundernswert die Staatskunst, die, den rechten Augenblick erkennend, ihm nachstrebte.

Als Friedrich Wilhelm im Jahre 1658 in Schleswig-Holstein einrückte, um das Herzogtum von den Schweden zu befreien, mahnte er die Bewohner in einem berühmt gewordenen Aufruf: „Bedenke, daß du ein Teutscher bist" — ein edles Wort, das dartut, daß er seines Volkstums bewußt war und sich stolz zu ihm bekannte.

Die Frucht dieses Krieges tat Friedrich Wilhelm im Frieden von Oliva ein (1660): das Herzogtum Preußen, das die Hohenzollern bisher von der Krone Polen zu Lehen gehabt hatten, wurde unabhängiger selbständiger Staat, frei von der polnischen Oberherrschaft; er hatte sein Ziel erreicht und damit nicht nur für die weitere Entwicklung seines Staates, sondern für das ganze deutsche Volk Zukunftsvolles gewonnen.

Als Ludwig XIV. von Frankreich seine schnöden Raubkriege begann, von denen wir später im Zusammenhang zu reden haben, erfüllte Branden-

burg seine Pflicht gegen das Reich und kämpfte im Elsaß und am Rhein (1672—1675). Die mit Frankreich verbündeten Schweden fielen nun in Brandenburg ein; Friedrich Wilhelm eilte zurück und besiegte sie entscheidend in der Schlacht bei Fehrbellin (28. Juni 1675).

Glänzend der Erfolg, ungeheuer der Eindruck dieses Sieges: das deutsche Volk hatte wieder einen Helden!

Die Schweden wurden aus Pommern vertrieben, Stettin, Rügen und Stralsund wurden erobert; ein kühner Zug über das zugefrorene Haff strafte den Feind für einen Vorstoß von Livland aus.

Trefflich hatte das junge stehende Heer sich bewährt, und besonders der ebenso zuverlässige wie tapfere Offiziersstand, den der Kurfürst sich erzogen hatte, war mit Ruhm bedeckt; sein erster Mann, zugleich sein volkstümlichster, war der Feldmarschall Derfflinger, eines evangelischen Bauern Sohn aus Ober-Österreich, der es während des dreißigjährigen Krieges bis zum schwedischen Reitergeneral gebracht hatte und dann in Friedrich Wilhelms Dienste getreten war.

Aber diesmal sollte der große Kurfürst die Früchte seiner Siege nicht ernten; seine Bundesgenossen, die Niederlande und der Kaiser, schlossen ohne Rücksicht auf ihn Einzelfrieden mit den Schweden und Franzosen, so daß er sich allein den beiden stärksten Militärmächten der Zeit gegenüber sah und sich zum Nachgeben bequemen mußte: der im Jahre 1679 in St. Germain, in der Nähe von Paris, geschlossene Friede zwang ihn, seine pommerischen Eroberungen bis auf einen kleinen Teil wieder herauszugeben. Zornig soll der enttäuschte Fürst damals das römische Dichterwort angeführt haben: „Exoriare aliquis meis ex ossibus ultor!“ — in deutsch: „Aus meinen Gebeinen soll mein Rächer erstehen“!

Die Politik des großen Mannes griff über die Grenzen Europas hinaus: er gründete im Jahre 1683 in Westafrika an der Küste von Guinea die erste deutsche überseeische Kolonie mit der Feste Friedrichsburg, nachdem er seinem Lande mit Hilfe des holländischen Seemannes Benjamin Raule eine Flotte geschaffen hatte, die zum erstenmal die brandenburgische Flagge, den roten Adler im weißen Felde, auf dem Meere zeigte. Kurz vorher hatte er in Emden eine mit Vorrechten ausgestattete afrikanische Handelsgesellschaft gegründet und dort auch den Stützpunkt für die junge Seemacht angelegt.

Die nächsten Jahre brachten seinem Lande erwünschten Zuzug: Ludwig XIV. von Frankreich, ganz in das Fahrwasser des strengsten, unduldsamsten Katholizismus geraten, hob am 23. Oktober 1685 das Edikt von Nantes auf, durch das den Reformierten die freie Ausübung ihres Bekenntnisses zugestanden war. Dies wurde jetzt anders: der König untersagte nicht nur den Reformierten die Übung ihres Glaubens, sondern

ordnete auch an, daß ihre Kinder zwangsweise katholisch erzogen werden sollten; gleichzeitig verbot er den so schwer Getroffenen aus Frankreich auszuwandern. Trotzdem gelang es einer großen Anzahl von Familien über die Grenze zu kommen, von wo sie sich nach England, den Niederlanden und nach Brandenburg wandten.

Ludwig XIV. forderte von Friedrich Wilhelm, dem „Markgrafen von Brandenburg", wie er in Paris höhnisch genannt wurde, daß er die Flüchtlinge zurückweise — aber stolz antwortete der Kurfürst mit dem Edikt von Potsdam vom 29. Oktober 1685 und öffnete seine Lande gastlich den Heimatlosen.

Unendlich reicher Segen ist dadurch über seinen Staat gekommen: denn es war die Blüte des französischen Volkes an Ernst, Charakter, Willen und Tüchtigkeit, die bei ihm Aufnahme suchte, zudem sicherlich überwiegend germanischer Abstammung. Sie wurden dem immer noch armen Lande die Lehrmeister auf allen Gebieten des Gewerbefleißes, der Künste und der höheren Gesittung. Diese Aufnahme der Hugenotten entsprang nicht den Erwägungen der Klugheit, sondern einem sittlichen Bedürfnis des Kurfürsten, der selbst dem reformierten Glauben anhing. Als einer der ersten Fürsten seiner Zeit gestand er den Andersgläubigen die ungehinderte Ausübung ihrer Bekenntnisse zu und verlangte nur, daß sie sich miteinander vertrügen. Diese echte Duldsamkeit hat erzieherisch auf das Volk gewirkt und es die Achtung vor fremder Überzeugung gelehrt — in jener Zeit etwas Neues, ja Unerhörtes.

Schon vor der Ankunft der Hugenotten hatte Friedrich Wilhelm mit allen Mitteln staatlicher Aufsicht und Förderung die Entwicklung der Gewerbe und des Handels erfolgreich gehoben und auch die Einwanderung brauchbarer Menschen in sein Land begünstigt — wiederum eine Quelle der überraschend schnellen Erstarkung seines Staates.

Wie es ihm gelang, auf dem Gebiete des Heerwesens einen tüchtigen Stamm von Offizieren heranzuziehen, so schuf er in der innern Verwaltung ein zuverlässiges, besoldetes Berufs-Beamtentum, das lediglich dem Willen des Fürsten zu folgen und für das Wohl des Staates zu sorgen hatte.

Nachdem die Stände in allen Landesteilen niedergezwungen waren, schaltete Friedrich Wilhelm als unumschränkter Herr und machte seinen Staat zum Musterland des „absoluten Regiments". Nicht im Sinne der Willkür, nicht im Sinne der fürstlichen Laune, sondern im Sinne strengster Pflichterfüllung, so daß der Fürst sich als Vater seiner Landesangehörigen fühlte, die jetzt erst recht eigentlich „Untertanen" wurden; bezeichnend für die Auffassung Friedrich Wilhelms von seinem Berufe war die Lehre, die er seinen Söhnen erteilte: „Ihr sollt das Regiment so führen, als wenn es nicht eure Sache wäre, sondern die des Volkes."

Es ist kein Zweifel, daß diese Art der Regierung für jene Zeit und jene Zustände es allein vermochte, ein zerrüttetes Land zu heben und Ordnung zu stiften.

Habsburg und Hohenzollern im Gegensatz.

Als der Große Kurfürst zu sterben kam, konnte er auf ein gewaltiges Lebenswerk zurückblicken: der Hohenzollernstaat war eine Macht geworden, die sich, wenn auch zersplittert, von der Memel bis zum Rhein erstreckte und die einen neuen Mittelpunkt der politischen Entwicklung bilden konnte. Der Hauptsitz der Macht dieses zur Kraft gekommenen Staates lag in den Koloniallanden des Ostens: in den Marken, in Preußen, in Pommern, und er mußte seine nächsten Eroberungen und Abrundungen im Osten suchen.

So kam es, da ja auch das Schwergewicht der habsburgischen Hausmacht im Osten lag, daß das politische Leben des deutschen Volkes endgültig nach dem Osten verlegt wurde und sich dort entschied.

Zur deutschen Kolonialmacht des Südens, dem habsburgischen Österreich, war eine solche des Nordens gekommen; der brandenburgisch-preußische Staat der Hohenzollern. Die älteren Staaten des Westens, vor allem die geistlichen, verfielen der Kleinstaaterei und sanken zur Bedeutungslosigkeit herab. Bayern hatte sich unter Maximilian im dreißigjährigen Kriege erschöpft. Sachsen blieb ein Binnenstaat mit beschränktem Gesichtskreis, streng lutherisch, gut verwaltet, aber ohne weitere Ziele; als Friedrich August I., der Starke, die polnische Krone gewonnen hatte, um derentwillen er katholisch hatte werden müssen, erweiterte der Zuwachs wohl den Gesichtskreis und die Aufgaben des sächsischen Staates, aber es gelang nicht diesen Aufgaben gerecht zu werden. Dagegen verzehrte und verbrauchte der Hof, der das glänzend üppige französische Beispiel zu erreichen suchte, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes. Wohl wurde auf diese Weise in der Hauptstadt Dresden ein prächtiger Mittelpunkt der Künste geschaffen und der Kultur des deutschen Volkes ein großer Dienst erwiesen — aber für seine politische Wiedergeburt schied Sachsen endgültig aus.

Dies war, leicht begreiflich, auch bei den Mittel- und Kleinstaaten in der Mitte und im Norden des Vaterlandes der Fall: sie wurden, wenn es gut ging, anständig verwaltet, ahmten im Leben der Höfe französische Sitten und Gebräuche nach und wurden nach dem französischen Muster des absoluten Regiments beherrscht. Die politische Zukunft des gesamtdeutschen Volkes hatte von ihnen wenig zu erwarten; sie mochten ins Gewicht fallen, wenn sie sich einem der Träger der politischen Zukunft anschlossen. Dies galt für Hannover und Braunschweig, für die mecklen-

burgischen Lande, für Thüringen, Oldenburg und Schleswig-Holstein, wie für das durch wiederholte Teilungen geschwächte Hessen. In den Mittelstaaten des Südens und Westens, in Bayern und Württemberg wurde jede größere Entwicklung durch die furchtbaren Stürme der französischen Raubkriege erstickt.

Es war also nicht anders: neben Österreich war Brandenburg-Preußen allein Träger der politischen Zukunft geworden, neben das katholische Haus Habsburg waren die reformierten Hohenzollern getreten.

Damit kommt eine neue treibende und sammelnde Kraft in die deutsche Politik; aber gleichzeitig hebt der Gegensatz zwischen beiden Mächten an, der zwei volle Jahrhunderte dauern sollte. Die Austragung dieses Gegensatzes, der mit dem Worte „Dualismus" bezeichnet wird, mußte noch schwere Kämpfe und Opfer kosten. Doch auch sie wollen wir preisen; denn sie retteten durch das Verdienst Brandenburg-Preußens und seiner ihrer Aufgabe bewußten Herrscher das deutsche Volk davor, dem alleinigen Einflusse Habsburgs zu verfallen.

Daß das alte Erzhaus das Heraufsteigen des nordischen Nebenbuhlers mit Unlust sah und nach Möglichkeit zu hemmen suchte, ist wohl begreiflich. So ergaben sich von vornherein Gegensätze, die erst auf dem Schlachtfelde von Königgrätz ihren Austrag gefunden haben.

Österreich nach 1648.

Seit den Tagen der Babenberger hatte Österreich seine Beziehungen zum Reiche loser gestaltet; nach dem dreißigjährigen Kriege ging es ganz seinen eigenen Weg, indem, abgesehen von Schlesien, die Bestimmungen des Westfälischen Friedens über die Glaubensduldung in den habsburgischen Landen nicht galten. Dort herrschte unbedingt und unbeschränkt die katholische Kirche. Das geistige Leben der Bevölkerung war dadurch von der sonstigen deutschen Entwicklung scharf getrennt. Dazu kam, daß die habsburgische Hausmacht neben den alten deutschen Erblanden auch Tschechen in Böhmen, Madjaren in Ungarn, slawische Stämme aller Art sonst in den östlichen Alpen- und südlichen Donauländern umfaßte.

Die Vielheit der Völker bedingte ein Nebeneinander von Kronländern, die nur durch die Person des Herrschers und durch die katholische Kirche zur Einheit verbunden wurden; in diesem Gebilde war keine nationale Politik möglich, sondern nur eine solche des Herrscherhauses, eine habsburgische. So kam es, daß Österreich für das deutsche Volk auch politisch verloren ging, oder nur dann in Betracht kam, wenn der Vorteil Habsburgs es mit dem übrigen Deutschland zusammenführte.

Diese geschichtliche Tatsache wurde lange durch die andere verschleiert, daß die Habsburger Jahrhunderte hindurch ununterbrochen dem deutschen Reiche die Kaiser gaben.

Die Vielheit der Völkerschaften verhinderte es auch, daß dies Völkergebilde wirklich ein einheitlicher Staat wurde, wie das bei Brandenburg-Preußen trotz der Zerrissenheit seines Landbesitzes der Fall war; sie verhinderte, daß ein lebendiges Staatsgefühl sich entwickelte, wie dies für die jüngere deutsche Macht im Norden so bezeichnend und glückverheißend schnell vor sich ging.

Dazu kam, daß dies Österreich sich nun vor eine wirklich große Aufgabe gestellt sah, die es nach Osten wies: den Kampf gegen die Türken und die Wiedereroberung Ungarns. Auch das verstärkte das Herauswachsen aus dem Reiche. Alles in allem: dies streng katholische, geistig abgeschlossene, von einem Völkergemisch bewohnte Gebilde konnte nicht der Träger der deutschen Zukunft werden, sondern nur ein Gegenstand der Nützlichkeitspolitik des Hauses Habsburg sein.

Damit soll nicht geleugnet werden, daß der Kampf gegen die Türken auch eine Aufgabe von allgemein deutscher Bedeutung war. Ehe wir ihn schildern, wollen wir zusammenfassend die Ereignisse betrachten, die von dem Ehrgeiz und der Ländergier Ludwigs XIV. ihren Ausgang nahmen.

Französische Raubkriege unter König Ludwig XIV.

Dieser französische König fand, als er großjährig geworden die Selbstherrschaft übernahm, die Macht des Königtums durch den großen Staatsmann Kardinal Mazarin gewaltig gestärkt und den Reichtum des Landes, wie seine Kriegstüchtigkeit hoch entwickelt.

Ein grenzenloser Ehrgeiz trieb ihn zu einer Eroberungspolitik, die vor keinem Rechtsbruch zurückschreckte; jahrzehntelange Kämpfe hoben an, die vor allem den westlichen Teil Deutschlands von neuem und wiederholt verwüsteten und die am letzten Ende — es gibt eine geschichtliche Gerechtigkeit — die tiefe Unzufriedenheit des französischen Volkes vorbereiteten, die hundert Jahre später in der großen Revolution einen so furchtbaren Ausdruck fand.

Im ersten Kriege (1667—1668), der sich gegen die spanischen Besitzungen in den Niederlanden und Burgund richtete (die aus der Erbschaft Karls V. an die spanischen Könige gefallen waren), verlangte Ludwig XIV. aus erkünstelten angeblichen Rechtsgründen die Herausgabe dieser Lande; sein Feldherr Turenne eroberte Flandern, Prinz Condé die Freigrafschaft Burgund. Die „Generalstaaten" der Niederlande fühlten sich durch die dadurch in Aussicht gestellte Grenznachbarschaft Frankreichs mit Recht bedroht, und ihr hervorragender Staatsmann Jan de Witt brachte einen Bund zwischen England, Holland und Schweden zustande, der Ludwig zum Frieden von Aachen zwang: Frankreich mußte sich mit dem Erwerb einiger Grenzstädte begnügen.

Der Grimm des enttäuschten Königs richtete sich nun vor allem gegen Holland, dem er nicht ohne Recht seinen geringen Erfolg zuschrieb; er bereitete den Krieg gegen die Generalstaaten sorgsam vor und eröffnete ihn 1672 mit einem gewaltigen Heere von über 100000 Mann.

Der große Kurfürst, der noch rechtzeitig erkannte, welche Gefahr die Eroberung Hollands durch Frankreich für ganz Nordeuropa in sich schloß, schlug sich nach anfänglichem Schwanken auf die Seite der Holländer, während England, Schweden und ein Teil der Reichsfürsten (vor allem Köln und Münster) Frankreichs Partei ergriffen.

In dem bedrohten Holland wurde Wilhelm III. von Oranien an die Spitze des Staates gestellt, ein wahrhaft großer Fürst, gleich bedeutend als Staatsmann wie als Feldherr, nachmals als König auf den englischen Thron berufen (1688); von nun an wurde er die Seele des Widerstandes gegen Ludwig XIV.

Obwohl sonach der Krieg sich ursprünglich nur gegen Holland richtete, dehnte er sich bald auf ganz Mitteleuropa aus, da auch der Kaiser, das Reich und Spanien sich bewogen sahen, auf Hollands Seite zu treten, um die französischen Anmaßungen zu bekämpfen. So kam es, daß auch Westfalen, das Elsaß, die Reichslande, den Kriegsschauplatz abgeben mußten, auf dem mit wechselndem Glück gekämpft wurde.

In diesen Krieg fällt die Schlacht bei Fehrbellin (1675); der große Kurfürst, der damals am Rheine im Felde stand, wurde durch einen Einfall der mit Frankreich verbündeten Schweden nach Hause gerufen und vernichtete den Feind durch seinen glänzenden Sieg.

Nach drei weiteren wechselvollen Kriegsjahren kam es zum Frieden von Nymwegen (1678): Frankreich gewann von Spanien die Freigrafschaft Burgund und einige Grenzstädte der spanischen Niederlande, vom Kaiser aus den vorderösterreichischen Besitzungen Freiburg im Breisgau; dagegen wurde das gleichfalls besetzt gewesene Herzogtum Lothringen, wenn auch unter Frankreich eingeräumten Vorrechten, wiederhergestellt und das tapfere Holland ganz ohne Schaden gelassen.

Im Jahre darauf mußte sich, wie wir wissen, auch der große Kurfürst, der den Kampf fortgesetzt hatte, zum Frieden von St. Germain bequemen (1679).

Es folgten zehn Jahre eines scheinbaren, faulen Friedens. In dieser Zeitspanne setzte Ludwig XIV. seiner Anmaßung die Krone auf! Übermütig gemacht durch die Zerrissenheit des Reichs und die Schwäche der westlichen Reichsfürsten raubte er mitten im Frieden unter der frechen Vorspiegelung von Recht und Urteil ein Stück Reichsboden nach dem andern. Dabei ging er so vor: er setzte Gerichtshöfe ein, die untersuchen mußten, welche Landstriche mit den ihm in den letzten Friedensschlüssen abgetretenen Gebieten jemals im Lehnsverhältnis gestanden hatten, und be-

hauptete, daß das, was für letztere gälte, auch für die angeblichen Lehnsgebiete Recht sei: auf diese Weise sollte der Anspruch Frankreichs auf jene angeblichen Lehnsgebiete begründet werden. Man kann sich denken, daß die eigens zu solchem Zwecke eingesetzten Gerichte (sog. „Reunions-Kammern" von réunir = wiedervereinigen) nach den Absichten des Königs verfuhren; die „Urteile" dieser Schein-Gerichtshöfe wurden sofort von französischen Truppen vollstreckt.

So wurde am 30. September 1681 die Perle des Elsasses, die alte freie Reichsstadt Straßburg durch einen Gewaltstreich von französischen Truppen in Besitz genommen, nachdem vorher die württembergische Grafschaft Mömpelgard, Luxemburg und die Gebiete der Pfalzgrafen von Zweibrücken, Veldenz und Lützelstein einverleibt waren; es folgte die Einnahme von Trier 1684 und die Besitzergreifung wichtiger Plätze an der Grenze der spanischen Niederlande.

Das alles geschah im Frieden!

Und das alles duldete das deutsche Reich, duldete der Kaiser! So tief war dies Volk der Karolinger, der Ottonen, der Hohenstaufen gesunken, das einst der Welt die Gesetze vorgeschrieben hatte.

Kein Schwertstreich geschah, um das geraubte deutsche Land wiederzugewinnen oder um den frechen Räuber, den „Sonnenkönig", zu strafen; der Reichstag zu Regensburg begnügte sich mit papiernen Rechtsverwahrungen und gestand sogar in einem 1684 abgeschlossenen Waffenstillstand Ludwig XIV. alle bis zum 1. August 1681 in Besitz genommenen Städte und Gebiete, daneben aber auch das wichtige Straßburg zu. Ludwig ließ die alte Reichsstadt zur Festung ersten Ranges ausbauen; sie wurde von nun an fast durch zwei Jahrhunderte das Ausfalltor, durch das die jetzt zum „Erbfeind" gewordenen Franzosen ihre Waffen gegen das deutsche Volk kehren konnten.

Bald bot sich die Gelegenheit dazu!

Obwohl eben erst für 20 Jahre Waffenstillstand verabredet war, begann gerade 4 Jahre nach diesem Vertrage Ludwig XIV. einen neuen Krieg. Nach dem Tode des Kurfürsten Karl von der Pfalz, dessen Schwester Elisabeth Charlotte (Liselotte) mit Ludwigs Bruder Herzog Philipp von Orleans verheiratet war, erhob er im Namen dieses seines Bruders Anspruch auf einen großen Teil der Pfalz, obwohl nach deutschem (sog. „salischem") Erbrechte das ganze Land an die pfälzische Linie Neuburg gefallen war.

Der sog. pfälzische Erbfolgekrieg (1688—1697) bricht aus und bringt von neuem weite Gebiete unseres Vaterlandes an den Rand des Abgrundes. Fast ganz Europa schließt sich gegen den Friedensstörer zusammen: der Kaiser und der größere Teil der deutschen Fürsten, Schweden und Spanien, Holland, England und Savoyen. Nach dem Einmarsche

in die Pfalz und die benachbarten Gebiete verwüsteten die französischen Heere unter General Mélac das Land in der schändlichsten, in der Kriegsgeschichte unerhörten Weise, um einen unbewohnbaren Streifen zum Schutze Frankreichs zu schaffen. Damals wurde die alte Kaiserstadt Speier vernichtet; Worms und Mannheim gingen in Flammen auf; die kurfürstliche Hauptstadt Heidelberg wurde zerstört; hunderte von kleineren Orten lagen verwüstet. So hatte die Kriegsfurie selbst in den entartetsten Zeiten des dreißigjährigen Krieges nicht gehaust! Ein eindrucksvolles Denkmal von jener Zeiten Schande, von der Verruchtheit der französischen Kriegsführung ist die Ruine des Heidelberger Schlosses, das einst der herrlichste Fürstensitz war; damals wurde es mit allen Mitteln der Kriegskunst jener Zeit zerstört. Sein Anblick wurde in der malerischen Schönheit des Zerfalls für die Deutschen zur Mahnung, einig und wehrhaft zu bleiben!

Durch neun lange Jahre zog der Krieg sich hin; Siege und Niederlagen der Streitenden wechselten ab, aber das Endergebnis war: Ludwig XIV. konnte die Verbündeten nicht überwinden. Am 30. Oktober 1697 wurde zu Ryswyk (in der Nähe des Haags) der Frieden geschlossen, durch den Straßburg mit zehn elsässischen Reichsstädten endgültig an Frankreich überlassen wurde; alle andern besetzten Gebiete mußte es ausliefern. Insbesondere mußte der Breisgau wieder an den Kaiser und Luxemburg wieder an Spanien herausgegeben werden, während das Herzogtum Lothringen von der französischen Oberherrschaft wieder frei kam. Ohne Zweifel: ein ungeheurer Mißerfolg für Ludwig XIV., der alle Kräfte Frankreichs aufs äußerste angespannt hatte und doch als der eigentliche Besiegte aus dem Kampfe hervorging.

Der schwerste Schlag, der dem deutschen Ehrgefühl zugefügt wurde, war, daß Straßburg französisch blieb.

Der Kampf gegen die Türken.

Von der Westgrenze des Reichs wollen wir jetzt den Blick nach Südosten lenken und die Kämpfe gegen die Türken ins Auge fassen.

Nachdem am 29. Mai 1453 Konstantinopel, die Hauptstadt des oströmischen Reichs, in die Hände des Sultans Mohammed II. gefallen war und damit dies Reich sein Ende gefunden hatte, war die türkische Herrschaft im europäischen Südosten fast unaufhaltsam ausgedehnt worden. So wurden Bosnien und die Walachei, wie Albanien unterworfen (um 1465); im Jahre 1521 eroberte Soliman die wichtige Grenzfestung Belgrad; im Jahre 1526 fiel derselbe Sultan in Ungarn ein und besiegte König Ludwig II. in der Schlacht von Mohacs; er kam auf seinen Kriegszügen damals bis vor Wien, das er vergeblich belagerte (1529). Unter

ihm erreichte die türkische Macht in Europa ihren Höhepunkt; der Verfall begann fast unmittelbar nach seinem Tode (1566).

Das Königreich Ungarn war durch Heirat an die Habsburger gefallen, aber weder Ferdinand I., noch seine nächsten Nachfolger hatten die Herrschaft im größeren Umfang ausüben können. Die Zeit der Glaubensgegensätze im Reiche und die damit verbundenen Kriege hatten Habsburg an stärkerer Machtentfaltung nach dieser Richtung verhindert; auch erschwerte der unbotmäßige Adel (die Magnaten), der oft in verräterischen Beziehungen zu den Türken stand, die Zurückeroberung des Landes. Wie in den Kämpfen zwischen Karl V. und Franz I. die Türken und der abtrünnige madjarische Adel Bundesgenossen der Franzosen gewesen waren, so geschah es auch in den Zeiten Ludwigs XIV. So war seit dem Jahre 1677 unter Fürst Michael Apafy von Siebenbürgen und Graf Emerich Tököly ein Aufstand ausgebrochen, der in nächsten Beziehungen zur Türkei und zu Frankreich stand.

Kaiser Leopold I. (1658—1705), der seinem Vater Ferdinand III. auch als König von Ungarn gefolgt war, versuchte umsonst die Aufständischen durch Zugeständnisse zu versöhnen; es kam zu einem offenen Bündnis zwischen den Türken und dem madjarischen Adel, das Sultan Mohammed IV. in den Stand setzte, noch einmal einen gewaltigen Vorstoß gegen Österreich, und damit gegen das christliche Europa zu unternehmen.

In Massen wälzten die türkischen Scharen sich über die Grenze; ihr Führer Kara Mustafa trieb das kaiserliche Heer unter Herzog Karl von Lothringen aus der Tiefebene zwischen Donau und Drau zurück, und erreichte, ohne ernstlichem Widerstande zu begegnen, am 14. Juli 1683 Wien. Habsburg war schwer bedroht; mit seinem Schicksal war diesmal das des deutschen Volkes, ja das des christlichen Abendlandes verknüpft.

In dieser Erkenntnis boten dem Kaiser, dem Herrn der zunächst bedrohten Lande, nicht nur die wichtigsten Reichsfürsten wie Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Max Emanuel von Bayern, Johann Georg von Sachsen ihre Hilfe an, sondern auch der König Johann Sobieski von Polen schloß sich ihm als Bundesgenosse an.

Bis die Heere der Bundesgenossen zur Stelle waren, mußte Wien allein dem Angriffe der Türken standhalten, die die Kaiserstadt von allen Seiten eng umschlossen hielten. Acht Wochen lang währte die Belagerung; mit heldenmütiger Tapferkeit wurde die Stadt vom Grafen Rüdiger von Stahremberg verteidigt. Endlich nahten die Entsatzheere: 60000 Mann kaiserliche und Reichstruppen unter Herzog Karl von Lothringen, 26000 Polen unter ihrem König Johann Sobieski selbst. Am 12. September kam es am Kahlenberge zur gewaltigen Entscheidungsschlacht; die Türken erlagen dem wuchtigen Ansturm der christlichen Heere und wurden vernichtend geschlagen.

Wien war befreit, gerettet — der türkische Vorstoß ins Herz Europas zurückgewiesen: das ist die weltgeschichtliche Bedeutung der Schlacht vom Kahlenberg, die der türkischen Macht einen nicht wieder verwundenen Schlag versetzte.

Der Kaiser begnügte sich nicht mit der Abwehr, er trug seine siegreichen Waffen nach Ungarn; im März 1684 schloß er ein Bündnis mit Polen, dem Papste und dem Freistaate Venedig, worauf der Krieg kraftvoll zu Wasser und zu Lande fortgeführt wurde. Bedeutende Feldherren, wie Herzog Karl von Lothringen und Markgraf Ludwig von Baden, besonders aber der große Prinz Eugen von Savoyen hefteten den Sieg an die kaiserlichen Fahnen: 1685 wurde die wichtige Festung Neuhäusel genommen; 1686 fiel Ofen vor dem Ansturm der Kaiserlichen und Brandenburger; 1687 siegte der Herzog von Lothringen bei Mohacs; 1688 erstürmte Max Emanuel von Bayern Belgrad; 1691 siegte Ludwig von Baden bei Slankamen, 1697 Prinz Eugen bei Zenta. Fast ganz Ungarn war von dem Feinde gereinigt; der aufrührerische Adel wurde gedemütigt.

Im Jahre 1699 wurde der Friede von Karlowitz geschlossen, der mit Ausnahme des Banats ganz Ungarn und Siebenbürgen unter die Herrschaft des Kaisers brachte; schon vorher hatte unter dem Eindruck der ununterbrochenen Siege der ungarische Reichstag von Preßburg im Jahre 1687 dem Hause Habsburg die Krone erblich übertragen, wogegen der Kaiser dem Lande das Recht selbständiger Verwaltung und Duldung des reformierten Glaubens zugestand.

Einen gewaltigen Erfolg hatte Leopold mit Hilfe der Reichsfürsten und seiner fremden Bundesgenossen erkämpft: die Kraft der Osmanen war gebrochen, Ungarn und Siebenbürgen dauernd gewonnen.

In Verbindung mit den großen Waffentaten aller deutschen Stämme auf ungarischem Boden steht die starke Besiedlung vor allem südungarischer Landstriche mit Deutschen, von der wir später zusammenhängend berichten werden. Hier sei nur festgestellt, daß damals jene Siedler dem Lande Sicherheit, Gesittung und Ordnung brachten und daß sie willkommen waren; später wurde dies gründlich vergessen, und die Nachkommen jener ins Land gerufenen Deutschen wurden von dem überspannten Madjarentum als Eindringlinge betrachtet und mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht.

Der spanische Erbfolgekrieg.

Das Reich sollte nicht zum Frieden kommen; kaum hatte der Vertrag von Ryswyk (1697) den Krieg mit Frankreich im Westen und der von Karlowitz (1699) den im Osten beendigt, als die Frage der spanischen Erbschaft von neuem einen Kampf entfachte, der durch 13 Jahre wütete und wiederum zum großen Teil auf deutschem Boden geführt wurde (1701 bis

1714). Es handelte sich dabei um folgendes: Die spanische Linie des Hauses Habsburg starb im Mannesstamme mit König Karl II. im Jahre 1700 aus. Anspruch auf die Erbschaft des ungeheuren Reiches erhoben: Kaiser Leopold für seinen zweiten Sohn Erzherzog Karl (nachmals Kaiser Karl VI.) und Ludwig XIV. für seinen Enkel Herzog Philipp von Anjou. Beide Anwärter erstrebten die ganze Erbschaft; eine Verständigung war nicht möglich, und der Enkel Ludwigs XIV. rückte in Spanien ein, von dessen Thron er als Philipp V. Besitz ergriff, während gleichzeitig französische Truppen die europäischen Nebenlande der spanischen Krone: die Süd-Niederlande, Mailand und Neapel besetzten.

Nun war es klar: das Wohl aller übrigen Staaten verlangte, daß keiner der beiden Anwärter das ganze Erbe erhalte, das mit Frankreich oder mit Österreich vereinigt eine erdrückende Übermacht des Alleinerben erzeugen mußte. Deshalb ging die Politik der unbeteiligten Mächte auf eine Teilung des Erbes. An ihre Spitze stellt sich Wilhelm III. von Oranien, der inzwischen König von England geworden war; er brachte die sog. „große Allianz" zu stande, in der England, Holland, Portugal und der größte Teil der Reichsfürsten, vor allem Brandenburg, auf die Seite des Kaisers traten, während Ludwig XIV. nur die Kurfürsten von Bayern und Köln, sowie die Herzöge von Savoyen und Mantua als Bundesgenossen fand.

Neben Westdeutschland, das gewohnt war, den Kriegsschauplatz abzugeben, wurde in den Niederlanden, in Italien und in Spanien gekämpft; in den ersten Jahren schwankte das Kriegsglück, doch verschaffte die überlegene Kriegskunst des glänzenden kaiserlichen Feldherrn Prinz Eugen von Savoyen und des großen englischen Heerführers Herzogs von Marlborough der „Allianz" das Übergewicht; hier seien nur die denkwürdigen Siege von Höchstädt und Blindheim (1704), Turin (1706), Oudenarde (1708) und Malplaquet (1709) erwähnt.

Frankreich war am Rande seiner Kräfte; Ludwig XIV. schien so gedemütigt, daß er zum Frieden bereit war. Da trat für ihn ein doppelter Glücksfall ein: Kaiser Josef I., der seinem Vater Leopold I. während des Krieges im Jahre 1705 gefolgt war, starb plötzlich ohne Kinder im Jahre 1711 und hinterließ seinen Bruder Karl als Erben, eben den Anwärter auf das spanische Erbe; daneben war in England das Whig-Ministerium gestürzt worden und eine Tory-Regierung ans Ruder gekommen, die den siegreichen Herzog von Marlborough abrief und Friedensverhandlungen anknüpfte.

Der Tod Kaiser Josefs rückte die Gefahr nahe, daß sein Bruder, der ihm nun als Kaiser Karl VI. folgte (1711—1740), durch den Erwerb der spanischen Erbschaft dasselbe Übergewicht erlangen könne, wie dies bei Frankreich gefürchtet worden war; deshalb änderte sich die Haltung

der verbündeten Mächte, und sie arbeiteten darauf hin, daß auch die Macht des Hauses Habsburg nicht erdrückend werde.

Diese Erwägungen führten zu den Friedensverhandlungen zu Utrecht (1712—1713), durch die Ludwig XIV. vor der völligen Niederlage gerettet wurde. Kaiser Karl setzte den Krieg fort, jedoch mit Nachteil; da der französische Marschall Villars Landau und Freiburg eroberte, so bequemte er sich zum Nachgeben und schloß zu Rastatt Frieden, dem die Reichsfürsten im Vertrag zu Baden (Schweiz) beitraten (1714).

Das Gesamtergebnis des gewaltigen Völkerkampfes, wie es in den Verträgen von Utrecht, Rastatt und Baden niedergelegt wurde, war folgendes: Kaiser Karl erhielt von der spanischen Erbschaft die spanischen Niederlande, Mailand und Neapel; Ludwigs Enkel wurde als Philipp V. anerkannt und bekam außer dem Königreich Spanien die überseeischen Besitzungen in Amerika, Afrika und Ostindien.

England erwarb in Amerika Neufundland und Neuschottland, sowie die Länder um die Hudsonbai; daneben behielt es die während des Krieges besetzte Feste Gibraltar und die Insel Minorka: es stärkte also auf einen Schlag seine Stellung in Nordamerika erheblich und faßte an entscheidenden Stellen des Mittelmeeres festen Fuß.

Frankreich blieb im Besitze des Elsasses und behielt auch die Festung Landau in der Pfalz; aber es hatte seine Vormachtstellung in Mittel-, West- und Südeuropa eingebüßt.

Brandenburg-Preußen, seit dem 18. Januar 1701 vom Kaiser zum Königreich erhoben, wurde von den anderen Mächten als solches anerkannt und empfing die Grafschaften Neuenburg (im Gebiete der heutigen französischen Schweiz) und Obergeldern (an der Maas).

Der nordische Krieg.

Gleichzeitig mit dem spanischen Erbfolgekrieg und länger dauernd als er tobte der nordische Krieg (1700—1721), an dem von den deutschen Staaten Preußen und Sachsen beteiligt waren. Im Vordergrunde dieses Kampfes standen König Karl XII. von Schweden auf der einen und Zar Peter der Große von Rußland, im Bunde mit Dänemark und König August II. von Polen, auf der anderen Seite.

Rußland, das noch ein reiner Binnenstaat war, wollte, um sich entwickeln zu können, den Weg ans Meer, zunächst an die Ostsee, gewinnen. Nun waren damals die baltischen Ostseeprovinzen Estland, Livland, Ingermanland, sowie Finnland schwedischer Besitz: dadurch war der Anlaß zu einem russisch-schwedischen Zusammenstoße gegeben. Auf beiden Seiten waren die Vorkämpfer hervorragende Männer: auf der schwedischen der verwegene Querkopf Karl XII., ein großzügiger, kühner Feldherr — aber ohne Maß, starrköpfig, tollkühn; auf der russischen der schöpferische Barbar

Peter der Große, ein Mann von eisernem Willen und unbesiegbarer Tatkraft, bildungshungrig und lernbegierig, dabei unendlich roh und leidenschaftlich. Alles in allem: Karl XII. ein großartiger Abenteurer auf dem Throne, Peter der gewalttätige Begründer des neuzeitlichen Rußland.

Dem Charakter dieser Männer entsprach die Kriegsführung.

In den ersten Jahren erfocht Karl XII. glänzende Siege und warf die Bundesgenossen Rußlands nieder: Dänemark und Polen-Sachsen. Die Schlachten von Narwa (1700), Klissow (1702), Pultusk (1703), Punitz (1704) und Fraustadt (1706) zeigten ihn auf der Höhe seiner Fähigkeiten und seines Ruhmes; er zwang Dänemark und Polen-Sachsen zum Frieden, ja August II. mußte im Vertrag von Altranstädt (1706) auf die polnische Krone verzichten.

Alle diese Erfolge setzte der Schwedenkönig durch einen törichten Zug nach der Ukraine (Kleinrußland) aufs Spiel; dort kam es am 8. Juli 1709 vor Pultawa zur Schlacht, die, von Karl tollkühn trotz der russischen Übermacht und trotz der Überanstrengung seiner eigenen Truppen angenommen, mit einer vernichtenden Niederlage der Schweden endete. Karl entkam nach der Türkei und versuchte von dort in abenteuerlichen Machenschaften, die manchmal an seinem Verstande zweifeln ließen, den Widerstand zu leiten.

Noch zwölf Jahre zog der Krieg sich hin; Preußen nahm an ihm als Bundesgenosse Rußlands teil, um Vorpommern zu gewinnen (1713). Im Jahre 1714 kehrte der König nach einem abenteuerlichen Ritte durch Ungarn und Deutschland in die Heimat zurück und setzte den Krieg fort; bei der Belagerung von Frederikshall (1718) starb er, von einer Kugel tödlich getroffen, bis zum letzten Augenblick erfüllt von dem Gedanken, bis zum endgültigen Siege zu kämpfen. Karl XII. bleibt eine der auffallendsten Gestalten der Weltgeschichte; sein Schicksal erzwingt Teilnahme, wenn auch der prüfende Verstand sagt, daß er durch Tollkühnheit, Starrsinn und Überspannung seiner Ziele nicht nur den eigenen Untergang herbeigeführt, sondern auch durch die Erschöpfung der Kraft seines Volkes Schwedens Ohnmacht verschuldet hat. Denn das war das Endergebnis des Krieges, der durch eine Reihe von Einzelverträgen mit den einzelnen Gegnern Schwedens zum Abschluß kam: am wichtigsten ist der 1720 mit Preußen geschlossene Vertrag; es erhielt Vorpommern mit Stettin und den Inseln Usedom und Wollin. Peter der Große erreichte durch den Vertrag zu Nystadt (1721) die Abtretung der ganzen Besitzungen Schwedens an der Ostsee, abgesehen von Finnland, das Karls Nachfolger zurückerhielt, und von Kurland, das an Polen fiel. Weltgeschichtliche Folgen des nordischen Krieges waren: Schweden wurde aus seiner auf die Dauer doch nicht haltbaren Vormachtstellung im Osten und Norden Europas, die Gustav Adolf begründet hatte, endgültig verdrängt, während Ruß-

land sein Erbe antrat und, durch Peters Erfolge zur Großmacht erhoben, den Eintritt in die europäische Politik erzwang.

Schweden war bis auf Rügen, Wismar und einen kleinen Rest Vorpommerns (nördlich der Peene) von deutschem Boden vertrieben; die Mündung der Oder wurde preußisch, die der Weser und Elbe hannöverisch, da während des Krieges Hannover die Gebiete der ehemaligen Bistümer Verden und Bremen durch Kauf an sich gebracht hatte.

Zusammengenommen mit den Folgen des spanischen Erbfolgekrieges ergab sich eine gewaltige Umwälzung in der großen Politik: Schweden bis zur Bedeutungslosigkeit geschwächt; Rußland — in Europa hineingewachsen — zur Großmacht erhoben; die spanische Weltmacht zerschlagen; das französische Übergewicht beseitigt; Habsburg-Österreich durch den Zuwachs aus der spanischen Erbschaft vergrößert, Hohenzollern-Preußen durch seine Neuerwerbungen verstärkt. Von allergrößter Bedeutung war, daß gleichzeitig Englands Macht gewaltig gesteigert war und daß es, Spanien, Holland und Frankreich überlegen, sich anschickte, die größte Kolonialmacht der Erde zu werden; seine Staatskunst hatte es während der fortgesetzten Kriege auf dem Festlande gelernt, andere für sich kämpfen zu lassen — so konnte England in den Zeiten, in denen das Festland und hauptsächlich unser unseliges Vaterland von Kriegsstürmen durchtobt war, während kein Feind den englischen Boden betrat, über See ein Reich von unermeßlichem Reichtum erwerben. Wir werden sehen, daß die englischen Staatsmänner diese Lehren der politischen Selbstsucht nicht vergaßen und daß sie mit unbedenklicher Kaltblütigkeit und mit größtem Geschick bis heute danach verfuhren.

Wiederholt sei festgestellt: Rußland und England sind fast zur selben Zeit in die europäische Festlandspolitik eingetreten — was das heißen wollte, hatte vor allem wieder unser deutsches Volk zu erproben.

Karl VI. und die Pragmatische Sanktion.

Kaiser Karl VI. hatte keine Söhne — sein ganzes Sinnen und Trachten ging dahin, seiner Tochter Maria Theresia die Thronfolge zu sichern: diesem Ziele ordnete er seine ganze Politik unter.

Am 19. April 1713 hatte er in der „Pragmatischen Sanktion" die Einheit und Unteilbarkeit des Staates der Habsburger festgesetzt; das ganze Reich sollte seiner Tochter Maria Theresia zufallen. Auf diese Weise wurde wohl äußerlich eine haltende Klammer um alle die weit auseinander liegenden Gebietsteile, alle die verschiedenen Völker und Stämme gelegt — daran aber dachte der Kaiser nicht, sie nach einheitlichem Plane zu regieren, eine geordnete Verwaltung zu schaffen: einen innerlich

wirklich einheitlichen Staat zu begründen. Die aus der spanischen Erbschaft erworbenen Länder: Süd-Niederland, Mailand und Neapel schrieen förmlich nach Besserungen, so verrottet und verwahrlost waren sie unter spanischer Herrschaft. Aber nichts dergleichen geschah: man ließ alles beim alten; vor allem rührte man nicht an den übermächtigen Einfluß der katholischen Geistlichkeit.

Auch in den österreichischen Erblanden wurde nach dem alten Muster fortgewirtschaftet, so daß auch hier von einem Zusammenwachsen der Teile zu einem Ganzen nicht gesprochen werden konnte.

Prinz Eugen von Savoyen, nicht nur ein Feldherr ersten Ranges, sondern auch ein staatsmännischer Kopf, hatte es ausgesprochen, daß die Lebensaufgabe des Staates nach der Säuberung Ungarns von den Türken darin zu erblicken sei, daß das ganze Donaugebiet bis zum schwarzen Meere unterworfen werden müsse. In der Tat ein großer und kühner Gedanke. Die Durchführung schien dem tapferen Prinzen nicht schwer — aber sein Kaiser hatte nähere Sorgen und war nicht dafür zu haben.

Denkt man sich aus, daß Prinz Eugens Absichten durchgeführt und daß die eroberten Länder zielbewußt, wie er es auch wollte, mit Deutschen besiedelt worden wären — wie anders wäre die Stellung unseres Volkes nach Osten und Südosten gesichert worden.

Gegen die Türken mußte Karl dennoch die Waffen kehren, als diese im Jahre 1715 das verbündete Venedig angriffen; Prinz Eugen erhielt den Oberbefehl und siegte in den glänzenden Schlachten von Peterwardein (1716) und Belgrad (1717); die letztgenannte Feste wurde erobert, nachdem schon vorher das wichtige Temeswar genommen war.

Am 21. Juli 1718 wurde in Passarowitz Friede geschlossen; die Türkei trat an den Kaiser das Banat, die sog. kleine Wallachei und die nordöstlichen Gebiete Serbiens ab.

Unglücklich kämpfte Karl VI. im polnischen Thronfolgekriege (1733—1735), der Deutschland in Mitleidenschaft zog, wenn auch hauptsächlich Italien den Kriegsschauplatz abgeben mußte.

Der Anlaß war der: nach dem Tode König Augusts II. von Polen, der auch Kurfürst von Sachsen war, hatte der polnische Reichstag fast einstimmig den Grafen Stanislaus Leszczinski auf den Thron erhoben, während Österreich und Rußland den Sohn des letzten Königs, Friedrich August III. begünstigten. Die über den Rahmen Osteuropas hinausgehenden Verwicklungen ergaben sich dadurch, daß Stanislaus Leszczinski der Schwiegervater Ludwigs XV. war, so daß Frankreich, der alte Störenfried, wieder Gelegenheit erhielt, seine Machtgelüste zu betätigen; es mischte sich in den polnischen Thronstreit ein und ergriff zu Leszczinskis Gunsten die Waffen; auf seine Seite traten Spanien und Sardinien.

Kaiser Karl verlor in diesem Kriege seine italienischen Besitzungen Neapel und Sizilien; er mußte im Frieden von Wien 1738 diese Länder an Frankreich abtreten, das dort einen jüngeren Prinzen des königlichen Hauses als selbständigen König einsetzte. Dagegen verzichtete Stanislaus Lesczinski auf den polnischen Thron und Friedrich August III. blieb König von Polen. Lesczinski erhielt als Entschädigung das Herzogtum Lothringen mit der Abrede, daß dies Land nach seinem Tode der Krone Frankreichs zufallen sollte. Schließlich erkannte Frankreich die Pragmatische Sanktion an.

Gleichzeitig mit diesen Mißerfolgen im polnischen Erbfolgekriege verlor Karl VI. auch einen Feldzug gegen die Türken (1736—1739). Er behielt im Belgrader Vertrag von den glorreichen Eroberungen des Prinzen Eugen nur das Banat.

Am 20. Oktober 1740 starb der Kaiser, der wohl ein guter Vater, aber kein guter Herrscher gewesen war; sein Name ist verknüpft mit dem unrühmlichen Ausgange des Türkenkrieges und mit dem Verluste Lothringens, das nach dem Tode des Scheinkönigs Stanislaus Lesczinski ganz an Frankreich fallen sollte und natürlich schon jetzt völlig dessen Einfluß unterlag.

Kabinetts-Politik.

Gerade die für die heutige Anschauung unbegreifliche Tatsache daß den Polen wider ihren Willen von Österreich und Rußland der sächsische Kurfürst Friedrich August III. als König aufgezwungen und daß der erwählte Polenkönig Stanislaus Lesczinski zum Entgelt für seinen Verzicht mit dem zum Reiche gehörigen fernen Lothringen entschädigt werden konnte, bietet Gelegenheit, auf die politische Denkungsart und Übung jener Zeit einen Blick zu werfen.

Eine der wichtigsten Folgen des dreißigjährigen Krieges war das Heraufkommen des sog. „absoluten Regiments" der Fürsten: der Fürst war unumschränkter, von keinem Gesetz behinderter Herrscher der über Land und Leute, Leben und Tod, Krieg und Frieden, Staatsmittel und Privatvermögen nach Gutdünken verfügen konnte. Ein Schritt weiter, und es kam die Anschauung auf, daß das Land und seine Bewohner, daß der Staat Eigentum, gewissermaßen Hausgut der Fürsten sei, über das sie schalten und walten konnten, wie heute etwa der Eigentümer über Haus und Hof. Die „Untertanen", die Bewohner des Landes, wurden nicht viel anders betrachtet, wie als lebendes Zubehör des Landes; sie teilten das Schicksal der Verfügung des Fürsten über das Land selbst, ohne daß sie gefragt wurden.

In der letzten Folgerung führte diese Staatsauffassung dazu, daß abgesehen von den Freistaaten der Niederlande und dem parlamentarisch

regierten England, die europäischen Länder von einer kleinen Zahl von Fürsten beherrscht wurden, die mit ihnen verfuhren, wie ein Privatmann mit seinem Vermögen.

Wir haben von den großen „Erbfolgekriegen" gehört: die Erbauseinandersetzung zwischen den einzelnen fürstlichen Erbanwärtern gab Veranlassung zu blutigsten Kämpfen, ohne daß die Völker, sei es des zu erbenden Landes, sei es die der Erbanwärter ein Wort dabei zu sagen hatten. Der Erbstreit wurde in der Form von Kriegen geführt.

Lediglich der Vorteil des Fürsten bestimmte die äußere Politik seines Staates — der des Volkes kam nicht in Frage.

Man bezeichnet diese Art der Staats-Leitung als Kabinetts-Politik, und die Kriege, die sie verursachte als „Kabinettskriege". Die Kabinette waren die fürstlichen Dienststellen, denen die Besorgung und Vertretung der Familien-Anliegen ihrer Herrscher anvertraut war — da die Staaten mit ihrer Bevölkerung zum Hausbesitz der herrschenden Familien herabgedrückt waren, mochten die Kabinette die Künste ihrer Politik an ihnen üben; sie brachten es fertig, mit Ländern und Völkern zu schachern, heute zu vertauschen, was gestern erworben wurde, sie brachten es fertig, den Polen einen deutschen Fürsten aufzuzwingen und einem polnischen Adeligen das Reichsland Lothringen zu schenken. Kein Volk, kein Land hat schwerer unter dieser unsittlichen Kabinetts-Politik zu leiden gehabt, als das deutsche; denn es wurde infolge seiner Lage im Herzen Europas in alle Kabinettskriege hineingezogen; hierzu trug auch der Umstand bei, daß wichtige deutsche Fürstenhäuser verwandtschaftliche Beziehungen zu denen des Auslands hatten, so daß bei der Eröffnung kinderloser Erbfolgen im In- oder Auslande die Fälle des Erbstreites besonders leicht entstehen konnten.

Überall da, wo diese Staatsauffassung des absoluten Regiments rücksichtslos mit all ihren Härten durchgeführt wurde, mußte ein Zwiespalt zwischen Volk und Herrscherhaus entstehen — dort aber, wo die tatsächliche Ausübung sich unter das Gewissen und das Pflichtgefühl des Fürsten gestellt hatte, konnte ein inniges Zusammenwachsen von Fürst und Volk erwartet werden.

König Friedrich I. von Preußen.

In Brandenburg war auf den großen Kurfürsten sein Sohn Friedrich III. (1688—1713) gefolgt; der Erbe stand dem Vater in jeder Beziehung nach: war dieser ein staatsmännischer, auf das Wirkliche, Dauernde gerichteter Kopf, so begnügte der Sohn sich mit dem Scheine, den sein unklares Denken für das Sein ansah. Dieser wesentliche Unterschied der Fähigkeiten beider Männer prägte sich in ihrer Führung der Staatsgeschäfte aus.

Von dem Ruhme und den Erwerbungen des Vaters zehrend, suchte

Friedrich III. seine äußere Stellung und die seines Hofes zu heben: sein Ziel war, vom bescheidenen Markgrafen zum König erhoben zu werden. Da er dies nur durch das Wohlwollen des Kaisers erreichen konnte, verzichtete er auf eigene, selbständige Politik und begab sich ganz ins österreichische Fahrwasser. Sein Bestreben, das Ansehen des Hofes zu steigern — wobei er die Bedeutung des Hofes mit der des Staates verwechselte — führte ihn zu einer prunkvollen Hofhaltung, der die bescheidenen Hilfsquellen des sich wirtschaftlich erst erholenden Landes auf die Dauer nicht gewachsen waren; er ahmte den Pomp der französischen Könige nach; französische Sitten und Gewohnheiten, französische Sprache hielten ihren Einzug.

An der Spitze der Staatsgeschäfte stand der Minister von Danckelmann, ein hervorragender Mann von bewährter Treue und bleibenden Verdiensten um den Staat und das Haus Hohenzollern, vom großen Kurfürsten anerkannt und geschätzt. Der suchte das Hineintreiben in eine unsachliche, aufs Äußerliche gehende Politik und die Verschleuderung der Staatsmittel nach Möglichkeit zu verhindern und bekämpfte den Einfluß Österreichs nach Kräften; durch beides zog er sich die Ungnade seines Fürsten zu: schnöde Entlassung war der Lohn für seine aufopfernde, verdienstvolle Lebensarbeit.

Der Kurfürst erreichte das Ziel seines Ehrgeizes, indem er mit Zustimmung des Kaisers am 18. Januar 1701 die Königswürde annahm und sich im Dom zu Königsberg selbst die Königskrone aufs Haupt setzte.

Als er starb, hinterließ er den Staat mit Schulden belastet, das Heer in seinem Bestande gemindert und nicht schlagfertig. Alles in allem: trotz des gewachsenen äußeren Glanzes war das Werk des großen Kurfürsten nicht nur nicht ausgebaut worden, sondern es zeigte bedenkliche Brüche und Risse. So sicherte der erste König Preußens sich kein dankbares Andenken; eine bleibende Erinnerung seiner Sorge für den Glanz seines Königtums bilden die von ihm ausgeführten Bauten in Berlin, das gewaltige Schloß und das herrliche Zeughaus, vor allem die großartigen Schöpfungen des Bildhauers Andreas Schlüter, der besonders in dem Denkmal des großen Kurfürsten ein hohes Kunstwerk schuf. Es sei auch erwähnt, daß Friedrich, als König der Erste seines Namens, unter dem Einflusse seiner geistreichen Gemahlin Sophie Charlotte nach der Art seiner Zeit die Wissenschaften und Künste zu fördern suchte: er gründete die Universität Halle, die Akademie der Künste und diejenige der Wissenschaften. Alles verdienstvoll — wenn es geschehen wäre neben dem Ausbau und der Stärkung des Staates.

Jetzt kam es darauf an, ob der Nachfolger des ersten Preußenkönigs nach diesen Richtungen gut machen werde, was sein Vorgänger versäumt hatte.

Friedrich Wilhelm I.
(1713—1740.)

König Friedrich Wilhelm I., der Sohn Friedrichs, war ein Mann von anderem Stoffe, als sein Vater, in allem fast ihm unähnlich, seinem Beispiel nur in der Anhänglichkeit an das Haus Habsburg folgend.

Sein scharfer, klarer Verstand war nur auf das Sachliche, das Wesentliche gerichtet; den höfischen Prunk verachtete er als Firlefanz. Im Lebenswandel sittlich streng, haßte er das französische Treiben; sparsam bis zum Kleinlichen, persönlich bedürfnislos und einfach, rauh und schroff im Auftreten, aber von Herzen gütig und volksfreundlich. Ein Verächter der Wissenschaften und Künste, die ihm als Federfuchserei und kostspieliger Tand verhaßt waren, von strengstem Pflichtbewußtsein erfüllt und unermüdlich tätig, die Bedürfnisse des Staates und des Volkes in gleicher Weise übersehend, mit der Verwaltung bis in die Einzelheiten vertraut — so griff dieser Fürst mit kräftiger Hand in die Schicksale seines Landes ein.

Bezeichnend für ihn, daß er den kostspieligen Hofhalt seines Vaters sofort auflöste, bezeichnend auch sein politisches Leitwort: „Menschen halte ich für den größten Reichtum".

Unverdrossen ging er an die innere Umgestaltung des ganzen Staates, an die zweckmäßige Einrichtung der Verwaltung, und was er hier erreicht hat, stellt ihn neben die bedeutendsten Staatsmänner aller Zeiten.

Zuerst ordnete er die Steuern, indem den Städten eine „Akzise" (Abgabe) nach einem festen Plane auferlegt wurde; das flache Land hatte in der „Kontribution" eine Grundsteuer nach dem neuangelegten Kataster zu entrichten. Die in adligem Besitze befindlichen Rittergüter blieben zwar steuerfrei, da sie Träger der untersten Verwaltung und Gerichtsbarkeit waren und deren Kosten aufzubringen hatten, aber sie mußten für die Aufhebung des Lehnsdienstes im Kriege (d. h. der Stellung von Kriegsmannschaft auf ihre Kosten) gleichfalls Abgaben leisten.

Neben diesen Einnahmequellen wurde der eigene Besitz des Staates an Grund und Boden (Güter, Wälder, Seen usw.), die sog. „Domänen", gänzlich neu geregelt: die Domänen wurden ohne Ausnahme gegen festen Zins verpachtet und lieferten damit den größten Teil der Staatseinnahmen. Nach etwa 20jähriger Arbeit konnte Friedrich Wilhelm auf eine jährliche Einnahme von 7 Millionen Talern blicken, ein für jene geldarme Zeit unerhörter Betrag; davon brachten die Domänen fast die Hälfte ein. Diese Staatseinnahmen wurden nach einem peinlich genauen Haushalts-Voranschlag für die Bedürfnisse des Landes verwendet, kein Pfennig, der verschleudert oder veruntreut werden konnte; alljährlich mußte über die Verwendung der öffentlichen Mittel Rechnung gelegt werden, und die zur Überwachung der Behörden gegründete Oberrechnungskammer

prüfte mit peinlichster Gewissenhaftigkeit jeden Nachweis auf Heller und Pfennig.

So war dem Geldwesen des Staates das Rückgrat gegeben; die Verwaltung wurde dahin umgebildet, daß als oberste Behörde das General-Finanz-Direktorium eingesetzt wurde, unter dem das Kriegs- und Domänen-Direktorium standen; daneben wurden vier Provinzial-Ministerien und das Justizministerium geschaffen: in dieser obersten Behörde, die unter des Königs persönlichem Vorsitz arbeitete, war die Einheitlichkeit der gesamten Staatsleitung verkörpert. Darunter standen in den einzelnen Provinzen Kriegs- und Domänenkammern, in den Kreisen die Landräte.

Mit sittlichem Ernst und unerbittlicher Strenge wirkte der König auf die Bildung einer unbestechlichen, pflichttreuen und ergebenen Beamtenschaft, und er brachte es wirklich fertig, seinem Lande einen Stand von Beamten zu erziehen, der ohne Vergleich in der Geschichte seiner Zeit dasteht und der zum Vorbild bei der inneren Neugestaltung aller deutschen Staaten gedient hat.

Hand in Hand mit diesen Maßnahmen ging die Förderung der Landwirtschaft, der Gewerbe und des Handels; auf allen Gebieten war der König zu Hause, überall sah er selbst nach dem Rechten.

Im großen Maßstabe besiedelte er das menschenleere flache Land mit Bauern: die Neumark, Pommern und Ostpreußen wurden in geradezu mustergültiger Weise mit bäuerlichen Sitzen bedeckt und damit dem Volke wieder nutzbar gemacht; der ganze Besiedlungsdienst war ebenso praktisch wie genau geregelt und hat unendliche Wohltaten über das Land gebracht. Bei dieser Tätigkeit sah der König sich bedeutsam gefördert durch den Zuzug von zwanzigtausend Salzburger Protestanten, die der dortige Fürsterzbischof Graf Firmian im Jahre 1731 um des Glaubens willen vertrieben hatte. Diese hatten Friedrich Wilhelm um Aufnahme gebeten; er hatte ihnen gern willfahrt und überwies ihnen Sitze in Ostpreußen, wo sie dem gastlichen Lande durch ihre treue Arbeit Dank erwiesen.

Aber auch die Rechtsunsicherheit seiner Bauern entging ihm nicht: in strengster Weise wurden Schutzmaßregeln gegen die Willkür der Gutsherrn geschaffen. Wie sehr auch der König den Wissenschaften abhold war — er wollte doch, daß seine Untertanen sich ohne Ausnahme die zum Leben und Fortkommen nötigen Kenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen, kurz in den praktisch nötigen Zweigen aneigneten: deshalb verordnete er schon 1717 die auf staatlichem Zwange beruhende, durch ihn durchgeführte allgemeine Schulpflicht. So wurde Friedrich Wilhelm der Schöpfer der ruhmvollen preußischen Volksschule, und es verschlägt an seinem Verdienste nichts, daß erst nach und nach die Schulpflicht wirklich allgemein durchgeführt werden konnte, was bei dem Mangel an Lehrern und Schulgebäuden erklärlich war.

Man staunt über die Vielseitigkeit dieses schlichten Fürsten — aber noch sind seine Taten nicht alle erzählt: denn er ist auch der Vater der allgemeinen Wehrpflicht und der Erzieher des preußischen Heeres.

Der klare Sinn des Königs hatte erkannt, daß mit dem äußeren Prunk nichts getan sei und daß auch die innere Ordnung des Staates zu seiner Sicherheit nicht ausreiche: er hatte durchschaut, daß der Staat Macht ist und daß er seine Bürger nur solange schützen, daß er selbst nur solange bestehen kann, als er Macht bleibt und übt. So begann er sofort, das von seinem Vater vernachlässigte Heer wieder auf die Höhe zu bringen; unablässig war er um die Ausbildung von Offizieren und Soldaten bemüht, unterstützt von einer Reihe trefflicher Generale, vor allem von dem wackern Fürsten Leopold von Dessau, dem Erfinder des eisernen Ladstocks und des preußisch-militärischen Drills. Von Jahr zu Jahr wurde die Zahl der Truppen vermehrt, und gegen Ende seiner Regierung verfügte er über ein stehendes, jederzeit schlagfertiges Heer von 83000 Mann, dessen Unterhaltung allerdings dreiviertel der Staatseinnahmen verschlang.

Seiner Zeit vorauseilend erblickte er in den Söhnen des Landes dessen geborene Verteidiger und erkannte die sittliche Bedeutung eines aus Landeskindern bestehenden Heeres, das mit dem Schicksal des Staates ganz anders verbunden war, als der Söldner, der sich heute diesem, morgen jenem Herrn gegen Geld verkauft. So kam er dazu, im Jahre 1733 den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht zu verkünden. Das Land wurde in feste Ersatz-Bezirke, sog. Kantone, eingeteilt, aus denen die Aushebung erfolgte; wie die Verhältnisse lagen, konnte sich bei der dünnen Bevölkerung des Landes der Grundsatz — ähnlich wie es bei der Schulpflicht ging — nicht allgemein durchführen lassen, da das menschenarme Land nicht hinreichend Leute zum Dienste stellen konnte; es blieb dabei, daß mehr als die Hälfte Söldlinge sein mußten; der Kriegsdienst der Landessöhne war in der Hauptsache auf die Bauern beschränkt.

Aber auch diese durch die Not gebotene Beschränkung nimmt dem König nichts von dem Ruhme: zuerst die jener Zeit unverständliche Forderung der allgemeinen Wehrpflicht aufgestellt zu haben. Sie wurde nach seinem Tode auf mehr als ein halbes Jahrhundert vergessen, und erst die Tage der napoleonischen Nöte brachten sie wieder, dann aber von der begeisterten Hingabe eines geläuterten Volkes begrüßt und durchgeführt.

Die hohe Schule seines Heeres war Potsdam: dort übte und probierte der König mit seiner Garde, „seinen langen Kerls", alles aus, dort spielte er den Exerziermeister, der sich nicht abhalten ließ, Offiziere und Mannschaften selbst zu drillen, und auf manchen Rücken sauste sein Stock nieder, wenn er unzufrieden war. Die Offiziere wurden nur dem preußischen Adel entnommen und waren völlig von dem Kriegsherrn abhängig, der

unbeschränkt über ihr Fortkommen gebot. Aus demselben Kreise nahm der König auch die Männer seines persönlichen Verkehrs: keine bedeutenden Persönlichkeiten, aber wackere, bodenständige Herren, mit denen sich hausväterlich über den Staat reden ließ und die nach der Tagesarbeit zu einem derben Scherze zu gebrauchen waren. Dann fühlte sich der König wohl und behaglich, wenn er mit seinem „Tabakskollegium" zusammen war und sich bei einer Kanne Bier und einer Pfeife mit seiner Umgebung vergnügen konnte; das waren freilich keine französischen Gespräche über Philosophie, die da zu hören waren.

Sein Werk der Neuordnung des Staates krönte der König, indem er ihm in dem Machtmittel des Heeres die Waffe seiner Sicherheit und Selbsterhaltung gab.

Unendlich reich war die schöpferische Kraft dieses auf das Wirkliche gerichteten Geistes! Und merkwürdig, das Wirken dieses Mannes, dessen Hand freilich schwer auf seinem Volke ruhte, der überall und nirgends war, dem nichts entging, der im Zorne überstreng, ja roh sein konnte, wurde lange Zeit von der Geschichte als kleinliche Willkür, seine Arbeit für das Heer als Soldaten-Spielerei verurteilt. Heute sehen wir klar, was dieser schlichte, nur seiner Königspflicht lebende Mann seinem Volke und seinem Staate gegeben hat: die neuzeitliche Verwaltung, die Volksbildung und das Heer.

So ist er am letzten Ende der Vater des preußischen Großstaates geworden, und das gesamtdeutsche Volk hat Grund, ihn als einen seiner größten Wohltäter zu ehren.

An äußeren Geschehnissen ist die Zeit seiner Regierung arm; er hatte in den nordischen Krieg eingegriffen und Vorpommern bis zur Peene mit Usedom und Wollin als Beute heimgebracht.

Sein aufs Nützliche gerichteter Geist vermißte an der von seinem Großvater gegründeten afrikanischen Kolonie den Ertrag; er beschloß, sie aufzugeben und verkaufte sie im Jahre 1721 an die Holländer, nachdem schon Friedrich I. die Ansiedlung hatte verfallen lassen. Damit war die einzige deutsche überseeische Kolonie verloren gegangen, was ohne Zweifel im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung schädlich war: aber dieser Fehlgriff kann den Ruhm des trefflichen Herrschers nicht mindern.

Die Ursache seiner geringen Erfolge in der auswärtigen Politik liegt darin, daß er sich durch seinen vertrautesten Ratgeber, den mit österreichischem Gelde bestochenen General von Grumbkow, ganz ins Schlepptau des Hauses Habsburg hatte bringen lassen.

König und Kronprinz.

Wie ernst dieser selbst der Pflicht lebende Mann die Fürstenpflicht nahm, zeigt sein Verhältnis zu seinem ältesten Sohne, dem Kronprinzen

Friedrich. Den ließ er im Sinne seiner eigenen Auffassung erziehen; der Prinz sollte den Staat in allen seinen Einzelheiten kennen, er sollte den Heeresdienst von unten herauf durchmachen und er sollte an Einfachheit und Selbstbeschränkung dem Volke vorangehen, wie es der Vater tat. Der rechnete aber nicht mit der ganz anders gearteten Natur seines Sohnes. Der Kronprinz war dem Vater unähnlich in allem: eine schwungvolle, mit lebhafter Einbildungskraft begabte Natur, mit dem Drange nach Selbständigkeit des Denkens und Fühlens, nach eigener Betätigung. Seine Neigungen lagen auf anderem Gebiete, als die des Vaters, ja waren den seinen zum Teil entgegengesetzt: haßte dieser die Franzosen, so erblickte er in ihnen die Träger der Kultur, der Feinheit und des Geistes; war dieser ein frommer Christ, so war er ein Anhänger der Aufklärung; verachtete dieser die Wissenschaften und Künste, so war er ihr begeisterter Verehrer und sah bewundernd zu den französischen Philosophen auf.

Karg und streng, ohne Schwung und Abwechslung lebte es sich am väterlichen Hofe, wo nur „des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr" herrschte; was Wunder, wenn der Jüngling mit seiner nach Schönheit, Lebensfreude und Selbstbetätigung dürstenden Seele einen Abscheu empfand vor der Enge in Berlin und Potsdam. Er beschloß, sich frei zu machen, zu fliehen. Eine mit dem König unternommene Reise zum Rhein sollte die Gelegenheit zur Flucht nach England bieten, wohin ihn sein Freund, der Leutnant Heinrich von Katte, begleiten sollte. Der Anschlag wurde entdeckt; Friedrich wurde in Wesel, Katte in Berlin festgenommen; beide Gefangene wurden in Küstrin auf die Festung gebracht. Furchtbar tobte der Zorn des Königs; er stellte den Sohn und seinen Freund vor ein Kriegsgericht und ließ ihnen wegen Fahnenflucht den Prozeß machen. Katte wurde zu immerwährender Festungshaft verurteilt, doch wandelte der König diesen Spruch persönlich und eigenmächtig in die Todesstrafe um. Dem Kronprinzen gegenüber erklärte das Gericht sich für unzuständig und überließ dem König selbst die Entscheidung. Der strenge Mann ließ v. Katte wirklich enthaupten — von Friedrich verlangte er den Verzicht auf sein Erbrecht.

Furchtbar wirkte dies Erlebnis auf den jungen Fürsten; er schien gebrochen, unterwarf sich dem Vater, und ordnete sich in allem seinem Willen unter. Friedrich Wilhelm verzieh dem Sohne, und dieser trat bei der Kriegs- und Domänenkammer in Küstrin als „Auskultator" ein; dort arbeitete er mit Fleiß und Ausdauer in allen Zweigen der Verwaltung, die er bald durchaus beherrschte. Dann ging er wieder zum Heeresdienst zurück und erhielt das Kommando eines Infanterie-Regiments.

Gegen seine Neigung heiratete er die Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern, der er ohne Liebe, aber mit ritterlicher Achtung begegnete.

Die Pflichttreue des Sohnes söhnte den Vater auch innerlich aus,

und er duldete nun, daß der Kronprinz, genau bekannt mit allen Pflichten seines dereinstigen Königsberufs, seinen Neigungen lebe: im Schlosse Rheinsberg bei Neu-Ruppin durfte er einen Kreis geistvoller Genossen um sich sammeln und sich in seinen wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen betätigen.

Der Kronprinz erkannte, daß sein Vater mit Fug und Recht darauf bestanden hatte, daß der künftige König sich auch mit den Dingen pflichtmäßig befassen und sie von Grund aus kennen müsse, die ihm unerquicklich, vielleicht geradezu unangenehm, seiner Liebhaberei zuwider waren; denn sein klarer Verstand sagte ihm, daß im sog. „absoluten" Staate alles auf die oberste Leitung ankomme; versagte die, weil die Spitze von den Staatsangelegenheiten oder von einem Teile von ihnen nichts verstand oder nichts wissen wollte, so mußte das ganze Staatswesen in Unordnung kommen. Er war so gerecht, einzusehen, daß die Strenge des Vaters in gleicher Weise zum Wohl des Sohnes, wie des Staates nötig gewesen war. So kam der Kronprinz dem König wieder innerlich näher, ja er söhnte sich ganz mit ihm aus und fügte sich willig den Anordnungen des Vaters; er erkannte die Bedeutung des strengen Mannes und hat immer mit Liebe und Verehrung von ihm gesprochen.

Diese aus wirklicher Überzeugung kommende Unterwerfung hinderte den Kronprinzen nicht, als er in die Politik eingeführt war, mit selbständigem Urteil des Königs Maßnahmen zu betrachten, sich darüber auszusprechen, sie zu tadeln, wo er sie als schädlich oder unzweckmäßig erkannte. Aus der Rheinsberger Zeit stammen geistvolle Denkschriften, die sich über die Untätigkeit Preußens in der auswärtigen Politik scharf äußern und den Versuch machen, den König und seine Berater zu besserer Ausnutzung der Weltlage zu bewegen. In dem Inhalte dieser Schriften kündigte sich der scharfe Beobachter an, der entschlossen war, Preußen aus etwaigen Ungelegenheiten seiner Nachbarn Nutzen ziehen zu lassen.

So viel Gutes König Friedrich Wilhelm I. seinem Staate und Volke erwiesen hat — die Zukunft zeigte als Bestes, daß er den Kronprinzen zu jenem unerbittlich strengen Pflichtgefühl erzogen, das er selbst besaß: so konnte es kommen, daß der glänzend begabte Jüngling zum größten aller Fürsten ausreifte.

Friedrich war ein Genie, einer jener seltenen Männer, die mit geistiger Kraft und Klarheit Schwung der Seele, gezügelte Einbildungskraft, starken Willen und zähe Ausdauer verbinden. Seine Neigungen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft haben ihn niemals seiner Königspflicht entzogen. Nie hat seine Vorliebe für französische Sprache, Dichtung und Schrifttum ihn seinem Volke und Staate entfremdet; er bewunderte, ja verehrte den französischen Philosophen Voltaire und gleichgestimmte französische Schriftsteller — und vernichtete jauchzend französische Heere.

Religiöse Bedürfnisse kannte dieser Freigeist nicht — und er überließ es andern, in Glaubenssachen zu tun, was ihr Gefühl befahl: bei ihm durfte, als er König war, jeder „nach seiner Fasson selig werden".

Dafür richtete er sein Leben nach den Geboten der Pflicht, und schon als Kronprinz sprach er den Satz aus, daß der Fürst nichts anderes sei „als der erste Diener des Staates"; darin begegnete sich der Einfluß des verehrten Lehrers Voltaire mit der Auffassung seines strengen Vaters.

Friedrich der Große.

Am 31. Mai 1740 starb Friedrich Wilhelm I. und hinterließ dem Sohne einen innerlich festen und gesunden Staat, ausgestattet mit einem Heere von 83000 Mann und gefüllten Staatskassen. Der junge König stand im 29. Lebensjahre — aber er war ein fertiger Mann, gereift durch herbe Erfahrungen und durch ernste Arbeit. Er wollte kein König sein, der auf den Lorbeeren der Ahnen ausruht — sein Ziel war die Vergrößerung des über den deutschen Boden zerstreut sich dehnenden Preußen.

Sein Recht zu dieser Ausgestaltung seines Landes nahm er aus der Erkenntnis, daß der preußische Staat auf die Dauer in dieser zerstreuten Lage nicht zu erhalten sei, weil er nicht verteidigt werden konnte; er sah nur zwei Möglichkeiten; entweder Preußen geht langsam unter oder es muß größer werden.

Da die Selbsterhaltung das erste Lebensgesetz für Völker und Staaten ist, war seine Aufgabe klar: er wurde zum Eroberer. Aber nicht nur um des Ruhmes und der Macht willen, sondern aus der Notwendigkeit heraus, die Zukunft sicher zu stellen. So sind die Eroberungskriege, die Friedrich führen mußte, sittlich gerechtfertigt; um deswillen haben sie Dauerndes erreicht und sein Volk groß gemacht.

Am 20. Oktober 1740 starb Kaiser Karl VI. der letzte vom Mannesstamme des Erzhauses Habsburg: seine Erbin wurde gemäß der pragmatischen Sanktion seine Tochter, die 23jährige Erzherzogin Maria Theresia, die mit Herzog Franz von Lothringen vermählt war.

War auch die pragmatische Sanktion von den großen Mächten anerkannt worden — der Kurfürst Karl Albert von Bayern bestritt ihre Gültigkeit und behauptete auf Grund eines 200 Jahre alten Erbvertrags zwischen den Häusern Habsburg und Wittelsbach Anspruch auf das ganze Erbe Karls VI. zu haben; ob diese Ansprüche rechtlich begründet waren oder nicht — entscheidend war, ob der Wittelsbacher die Macht hatte sie durchzusetzen. Tatsächlich meldete Karl Albert sein behauptetes Recht an und bot damit dem jungen König Friedrich die Gelegenheit zur Einmischung: der stützte sich darauf, daß er gleichfalls auf Grund alter Erbverträge Ansprüche auf gewisse Teile Schlesiens habe, nämlich auf die Herzogtümer

Liegnitz, Brieg und Wohlau und auf das Fürstentum Jägerndorf; auch hier kam weniger das gut genug erwiesene Recht, als die Machtfrage in Betracht. König Friedrich bot der jungen Habsburgerin seine Unterstützung gegen den Wittelsbacher an, falls sie ihm die beanspruchten Teile Schlesiens abtrete; Maria Theresia wies ihn ab.

Da ließ der König kurz entschlossen noch im Dezember 1740 seine Truppen in Schlesien einrücken und folgte selbst dem Heere, das zunächst keinen Widerstand fand. Schon am 3. Januar 1741 zog er in Breslau ein, von der protestantischen Bevölkerung mit Jubel als Befreier begrüßt; denn trotz der im westfälischen Frieden zugestandenen freien Religionsübung lag die Hand des katholischen Klerus schwer auf dem Lande. Im März wurde Glogau gewonnen, im April der österreichische General Graf Neipperg vom preußischen Feldmarschall Grafen Schwerin entscheidend bei Mollwitz geschlagen.

Kurz darauf kam ein Bündnis zwischen Preußen, Bayern und Frankreich zustande: die beiden letzten ließen Heere in Österreich einrücken, und Maria Theresia entfloh nach Ungarn.

Die Franzosen und Bayern erobern Prag (26. November 1741), wo sich Karl Albert zum König ausrufen läßt; am 24. Januar 1742 wird er in Frankfurt am Main einstimmig als Karl VII. (1742—1745) zum deutschen Kaiser gewählt.

Ungebeugt von den Niederlagen ihrer Heere, gewinnt die junge tapfere Habsburgerin den madjarischen Adel für sich, indem sie auf dem Reichstage zu Preßburg die völlige Selbstverwaltung Ungarns zugesteht; auch schließt sie ein Bündnis mit England, das ihr zusammen mit Hessen und Hannover ein Heer zur Verfügung stellt.

Während Friedrich durch seinen Sieg bei Czaslau und Chotusitz (17. Mai 1742) im Vorteil blieb, wendete sich Karl Alberts Schicksal; er mußte Österreich und Böhmen räumen, ja die Truppen Maria Theresias rückten in Bayern ein; er mußte sein Land verlassen und lebte als Kaiser ohne Land in Frankfurt.

Zum erstenmal waren Hohenzollern und Habsburg zusammengestoßen. Dieser Kampf, der sog. erste schlesische Krieg wurde durch den Frieden von Breslau am 28. Juli 1742 beendet: Maria Theresia trat an Friedrich Ober- und Niederschlesien sowie die Grafschaft Glatz ab.

Allein die Ruhe war nicht von langer Dauer. Friedrich sah, wie seine Gegnerin mit Erfolg Bundesgenossen gegen ihn warb, und er rechnete damit, daß sie versuchen werde, die verlorenen schlesischen Gebiete zurückzugewinnen; dem beschloß er zuvorzukommen. Er erneuerte im Jahre 1744 sein Bündnis mit Kaiser Karl VII. und Frankreich, in das diesmal auch Hessen und die Pfalz einbezogen wurden, und marschierte im August 1744 in Böhmen ein. Am 16. September eroberte er Prag; allein die

französische Hilfe blieb aus, und die Österreicher waren so sehr in der Übermacht, daß er sich auf Schlesien zurückziehen mußte. Eine entscheidende Wendung trat ein: am 20. Januar 1745 starb Kaiser Karl VII. ruhmlos, und sein Sohn Max Josef beeilte sich, seinen Frieden mit Habsburg zu machen, indem er im Vertrag von Füssen auf alle Ansprüche an Karls VI. Erbe verzichtete.

Gleichzeitig traten zur Demütigung des kecken Friedensstörers nicht nur Rußland, Sachsen und England-Hannover auf die Seite Maria Theresias, sondern auch Preußens alter Bundesgenosse Holland.

Der König sah sich einer ungeheueren Übermacht gegenüber; es galt nicht nur, die schlesischen Eroberungen zu verteidigen, sondern das Dasein des Staates stand auf dem Spiel: denn in einem zu Leipzig geschlossenen Teilungsvertrage hatten die Verbündeten verabredet, Preußen unter sich aufzuteilen. Nur die höchste Kühnheit und Schnelligkeit konnte helfen, ehe die Gegner Zeit hatten, mit vereinter Kraft über ihn herzufallen: am 4. Juni 1745 erfocht Friedrich selbst den glänzenden Sieg bei Hohenfriedberg in Schlesien, am 30. September in Böhmen bei Soor, beide Male über die Österreicher, und am 15. Dezember siegte der wackere, alte Leopold von Dessau über die Sachsen bei Kesselsdorf in der Nähe von Dresden. Diese Waffenerfolge machten ungeheuren Eindruck auf die Gegner Preußens, so daß sie sich in Verhandlungen einließen.

Schon am 25. Dezember wurde in Dresden Frieden geschlossen: Friedrich behielt seine schlesischen Eroberungen und erkannte dagegen den inzwischen zum deutschen Kaiser gewählten Gemahl Maria Theresias an: mit ihm, der als Franz I. (1745—1765) den Thron bestieg, gelangte das Haus Lothringen-Habsburg zur Herrschaft, das bis Ende 1918 die Krone in Österreich-Ungarn trug.

So war Preußen gerettet — der Kampf um die Erbschaft Karls VI. war damit aber noch nicht beendigt, da Frankreich noch im Felde stand. Auf dem Kriegsschauplatz in Belgien (diese Bezeichnung war inzwischen für die ehemals spanischen Niederlande aufgekommen) war Frankreich, in Italien Österreich siegreich; zur See tat England, noch im Bunde mit Maria-Theresia, der französischen Flotte bedeutenden Abbruch.

Endlich wurde der sog. österreichische Erbfolgekrieg, der neben den beiden schlesischen Kriegen hergegangen war, durch den Frieden von Aachen (18. Oktober 1748) beendet: die Kaiserin Maria Theresia trat nur Parma und Piacenza an Frankreich ab und bewahrte sonst, abgesehen von den Verlusten in Schlesien, das väterliche Erbe. Ein großer Erfolg der tapferen Frau!

Das wesentliche Ergebnis aber war, daß Preußen zur Großmacht herausgewachsen war. König Friedrich hatte das vom Vater hinterlassene Heer trefflich benutzt und der Welt gezeigt, daß Friedrich Wilhelm I.

ernste Arbeit geleistet, nicht ödes Spiel mit der Ausbildung seiner „Kerls" getrieben hatte.

Schlesien war gesichert, und da während dieser Kämpfe Ostfriesland (1744) durch Erbvertrag an das Haus Hohenzollern gefallen war, ergab sich eine bedeutende Vergrößerung des Staatsgebiets: der ganze Lauf der Oder war preußisch und gleichzeitig der Zugang zur Nordsee gewonnen.

Jetzt begann für Friedrich die Friedensarbeit: er reiste im Lande umher, um die Bedürfnisse des Volkes kennen zu lernen und die Verwaltung zu überwachen; Fabriken entstanden, Kanäle wurden gebaut, Häfen angelegt und der Handel gehoben. Daneben wurde die Rechtspflege durch einen festen Rechtszug neu geordnet und das Schulwesen verbessert.

Die größte Tat jener Zeit aber ist die Urbarmachung des Oderbruches (in der Gegend von Küstrin), auf dem Tausende von Bauern angesiedelt wurden.

Der siebenjährige Krieg.

Knapp elf Jahre dauerte die Ruhe; sie war eine Ruhe vor dem Sturm. Denn die alten Mächte sahen Preußens Anwachsen mit Mißgunst; Maria Theresia vor allem konnte den Verlust Schlesiens nicht verschmerzen.

Ihr bedeutender Staatskanzler Fürst Kaunitz brachte ein Bündnis zustande, das Österreich, Sachsen, Rußland, Schweden und Frankreich umfaßte, und dessen ausgesprochene Absichten sich gegen Preußen richteten. Es wurde verabredet, im Jahre 1757 loszuschlagen. Friedrich, durch Verrat von den Machenschaften der Verbündeten unterrichtet, verlangte von der Kaiserin eine Erklärung über ihre Pläne — als diese nicht erfolgte, beschloß er, dem Angriff zuvorzukommen und marschierte am 29. August 1756 in Sachsen ein. Ohne Widerstand zu finden, besetzte er das ganze Land und rückte nach Böhmen vor; dort schlug er die Österreicher bei Lobositz (1. Oktober 1756); das in Pirna eingeschlossene sächsische Heer wurde zur Übergabe gezwungen.

Kaunitz verstand es, den durch die Gefahr gerechtfertigten Angriff Friedrichs, dessen Absicht nur dahin ging, den Frieden zu erzwingen, als schnöden Friedensbruch hinzustellen; er brachte den Reichstag dazu, den Reichskrieg gegen Preußen zu erklären; allerdings: die meisten evangelischen Stände hielten sich zurück.

Im Mai 1757 kam die bestimmte Abrede zustande, Preußen zu teilen: Vorpommern sollte an Schweden, Ostpreußen an Rußland, Schlesien an Österreich fallen; zur Abfindung sollte Frankreich Süd-Belgien erhalten.

Damit wäre Preußen wieder zum Kleinstaat etwa nach dem Stande des Jahres 1640 herabgedrückt worden. Dies konnte nicht in Englands Vorteil liegen, weil damit unbedingt eine gewaltige Verstärkung Habsburgs

erreicht worden wäre, bestimmend aber war für die englische Politik hauptsächlich der Wunsch, während des Kriegs in Mitteleuropa Frankreichs amerikanische Besitzungen an sich zu bringen. So kam es, daß England sich mit seinem deutschen Nebenland Hannover auf Friedrichs Seite schlug; auch einige evangelische Reichsstände, vor allem Hessen-Kassel und Braunschweig schlossen sich Preußen an.

Ein ungeheuerer Kampf stand bevor: halb Europa zusammen gegen Preußen, das von Osten, Süden und Westen von den Verbündeten umklammert wurde. Die Lage, die diese sog. „Kaunitzische Koalition" schuf, war geeignet, auch einen Helden in Bestürzung zu versetzen.

Aber Friedrich nahm den Kampf auf: der siebenjährige Krieg entbrannte und verwüstete weite Teile des Vaterlandes von neuem (1756—63).

Es kann, ebensowenig wie beim dreißigjährigen Kriege, unsere Absicht sein, eine genauere Schilderung der Kämpfe und der wechselvollen Kriegslagen zu geben: nur die Höhepunkte und die Endergebnisse können in Betracht kommen.

Eine Reihe glänzender Feldherren auf beiden Seiten: Prinz Heinrich von Preußen, Friedrichs Bruder, und Herzog Ferdinand von Braunschweig, Führer ersten Ranges; Feldmarschall Schwerin, die Reiter-Generale Ziethen und Seydlitz, echte Helden; ebenbürtig an Genie war ihnen auf österreichischer Seite der General Laudon, während Feldmarschall Daun mehr ein tüchtiger und zäher Soldat, als ein großer Feldherr war.

Alle aber überragte, von Freund und Feind anerkannt, der Preußenkönig; glänzend bewies er seine Fähigkeiten und erwarb sich unter den größten Feldherren aller Zeiten einen ersten Platz. Aber mehr als das: das Glück, der Erfolg machten ihn nie übermütig — das Unglück sah ihn nie entmutigt. Er mußte Zeiten erleben, wo vernichtende Niederlagen seinen Staat zu zerstören schienen; er hat nicht gewankt; seine große Seele trug die Schläge gelassen und war unerschöpflich im Ersinnen neuer Hilfsmittel. Das macht den reinsten Ruhm des Königs, der Schlachten und Feldzüge gewann und verlor, und der Eindruck seiner Persönlichkeit auf die Mitlebenden — Freund und Feind — war so gewaltig, daß ihm noch während des Krieges der Ehrennamen des Großen beigelegt wurde. Er hat ihn verdient und echte, höchste Größe bewiesen.

Das Jahr 1757 brachte ihm den Sieg bei Prag und bald darauf die ernste Niederlage von Kollin; im November gewann er die glorreiche Schlacht bei Roßbach mit 22000 Mann gegen den französischen Prinzen von Soubise, dem ein Reichsheer und Franzosen in Stärke von 62000 Mann unterstellt waren. Ein Jauchzen ging durch die ganze deutsche Welt! Der Preußenkönig hatte die Franzosen schimpflich davon gejagt. Eindringlich schildert Goethe in „Wahrheit und Dichtung" den Eindruck jenes

Sieges und berichtet, daß auch politisch Preußen feindlich Gesinnte von da ab „fritzisch" waren.

Ende November geht die Schlacht bei Breslau und damit auch die Stadt verloren, aber schon am 5. Dezember erstreitet Friedrich mit 34000 Mann den strahlenden Sieg von Leuthen über 85000 Österreicher unter der Führung Karls von Lothringen. Damals war es, wo nach dem furchtbar schweren Waffengang an den preußischen Lagerfeuern das Lied angestimmt wurde „Nun danket alle Gott", und das ganze Heer ergriffen einfiel.

Im Jahre 1758 trieb Herzog Ferdinand von Braunschweig die Franzosen über den Rhein zurück und besiegte sie bei Krefeld. Friedrich selbst versuchte einen Stoß ins Herz des Feindes, indem er auf Wien marschieren wollte; den Weg dorthin sollte ihm die Eroberung der Festung Olmütz öffnen, die er belagerte. Inzwischen waren die Russen, die schon im Jahre vorher Ostpreußen grausam verwüstet hatten, nach Westen vorgestoßen; ihre Absicht ging auf Berlin. Friedrich eilte herbei und rettete seine Hauptstadt durch den schwer erkauften Sieg von Zorndorf (25. August). Nun sah er durch Marschall Daun das seit Beginn des Krieges in seinen Händen befindliche Dresden bedroht; er rückte ihm entgegen; unvorsichtig lagerte er sich im Vertrauen auf die oft bewiesene Untätigkeit Dauns bei Hochkirch ganz in der Nähe der Österreicher, aber in der Nacht vom 14. Oktober wagten diese einen Überfall; die Preußen wurden völlig überrascht und erlitten eine furchtbare, verlustreiche Niederlage. Aber gerade hier zeigte sich Friedrichs Feldherrngenie im glänzendsten Lichte: ein meisterhafter, in der Kriegsgeschichte berühmter Rückzug schützte ihn vor weiteren Verlusten und brachte Daun um die Früchte seines Sieges.

Schlimm endete das Jahr für den König — aber da die verbündeten Gegner die Lage nicht tatkräftig ausnutzten, hatte er doch, außer dem von den Russen besetzten, unglücklichen Ostpreußen, all seine Länder mit dem eroberten Sachsen behauptet.

Im Westen hatte der treffliche Ferdinand von Braunschweig die Feinde im Schach gehalten und auch im Jahre 1759 mit Erfolg gekämpft: dem abgewiesenen Angriff auf Frankfurt a. M. folgte der große Sieg über die Franzosen bei Minden.

Inzwischen hatten sich auf dem östlichen Kriegsschauplatz die Russen und Österreicher vereinigt; die Heere lagen bei Kunnersdorf (nahe bei Frankfurt a. d. O.) im befestigten Lager. Friedrich griff sie am 12. August 1759 an und besiegte zunächst die Russen, aber die Österreicher unter Laudon verwandelten den Sieg in eine zerschmetternde Niederlage: der König mußte Sachsen preisgeben, da er einen russischen Vormarsch auf Berlin erwartete. Die Russen, selbst zu sehr geschwächt, wagten dies nicht; sofort nahm der König die Wiedereroberung von Sachsen in Angriff;

sie wurde durch die Niederlage seines Generals Fink bei Maxen vereitelt, der dort mit 12000 Mann gefangen genommen wurde.

Im Jahre 1760 erneuerte er diese Versuche; er belagerte und beschoß Dresden im Juli; die Niederlage seines Generals Fouqué, der bei Landshut mit 8000 Mann in Gefangenschaft fiel, zwang ihn, nach Schlesien zu eilen, da Breslau von den Österreichern belagert wurde und die Russen die Vereinigung mit ihnen anstrebten. Am 15. August schlug er Laudon bei Liegnitz, befreite dadurch Breslau und verhinderte die Verbindung der feindlichen Heere.

Trotz dieses Sieges wurde die Lage für den König immer ernster; seine Heere schmolzen zusammen; seine Kassen waren geleert; er fand keine Ergänzung seiner Kräfte, es sei denn, daß er feindliche Truppen gefangen nahm, die gezwungen ins preußische Heer eingereiht wurden.

So konnte er nicht verhindern, daß österreichisch-russische Heeresabteilungen im Oktober Berlin besetzten und die Stadt drei Tage lang brandschatzten; in Gewaltmärschen eilte Friedrich herbei, um seine Hauptstadt zu erlösen; als die Feinde sich zurückzogen, kehrte er wieder nach Süden um in der Absicht, Sachsen wieder zu gewinnen und stieß am 3. November bei Torgau auf Marschall Daun: eine schwere Schlacht entspann sich, und nach langem, zähem Ringen wurden die Preußen am späten Abend durch Ziethens Schlußangriff Sieger. So ging dies Jahr zur Neige.

Das folgende (1761) fand Friedrich in schwerster Not: nur noch 50000 Mann hatte er unter seinen Fahnen, ein Heer, das zwar mit Bewunderung und Hingabe an seinem großen Kriegsherrn hing, das aber durch die unerhörten Anstrengungen schlimm mitgenommen war. So konnte er große Schläge und Entscheidungen nicht mehr wagen; alles kam darauf an, Zeit zu gewinnen und auszuhalten.

So sehen wir ihn im Jahre 1761 in Schlesien in den befestigten Lagern von Bunzelwitz und Strehlen, wo ihn die Feinde nicht ernsthaft anzugreifen wagten; Schweidnitz ging an die Österreicher und Kolberg an die Russen verloren, aber Herzog Ferdinand hielt sich im Westen an der Weser und Prinz Heinrich behauptete Sachsen.

Da traf den König ein schwerer Schlag: jetzt, in der bittersten Not, ließ ihn der englische Bundesgenosse im Stich. Der englische Premierminister Lord Bute kündigte den Bündnisvertrag, so daß von Mitte Dezember an die Zahlung der englischen Hilfsgelder eingestellt wurde. Hatte die Unterstützung durch englische Heere niemals eine entscheidende Rolle in diesem Kriege gespielt, so waren die englischen Geldzahlungen um so wichtiger für den König, dessen Land ausgepreßt, dessen Mittel erschöpft waren.

Mit Ingrimm und Entrüstung mußte Friedrich in solcher Lage den englischen Verrat hinnehmen; er hat ihn nie vergessen, und das Wort

vom „perfiden Albion" bezeichnet das Urteil, das die Welt über jenen Treubruch fällte. Aber der große König hielt aus; wie verzweifelt seine Lage war, er dachte nicht daran, sich besiegt zu geben. Im Dezember 1761 schien sie hoffnungslos, da brachte das Jahr 1762 eine günstige Wendung: am 5. Januar starb die Zarin Elisabeth von Rußland, die Friedrich mit besonderem Hasse verfolgt hatte. Ihr Neffe und Thronerbe Peter III. dagegen war ein begeisterter Bewunderer des Preußenkönigs; er schloß nicht nur schnell Frieden mit ihm, sondern ging bald darauf ein förmliches Bündnis mit ihm ein. Noch im Juni stieß ein russisches Hilfsheer von 22000 Mann zu den Preußen, die noch immer in Schlesien standen und Schweidnitz zurückzugewinnen suchten.

Friedrich hatte Luft, zumal inzwischen auch Schweden, durch russische Einwirkung bestimmt, Frieden geschlossen hatte.

Aber eine neue Verwicklung drohte: Zar Peter wurde am 9. Juli vom Thron gestoßen, und seine Nachfolgerin Katharina II., seine eigene Gemahlin, löste sofort das preußische Bündnis und befahl dem Hilfsheer den Abzug. Gleichwohl verzögerte dessen Anführer den Abmarsch; so gewann Friedrich Gelegenheit, die Österreicher, die von der neuesten Wendung der Dinge noch nicht unterrichtet waren, unter Dauns Führung am 21. Juli bei Burkersdorf zu schlagen. Dann mußte Schlesien räumen, und Schweidnitz wurde wieder gewonnen.

Höher steigt Friedrichs Stern: Herzog Ferdinand besiegt die Franzosen im Sommer bei Kassel, Prinz Heinrich schlägt das Reichsheer im Herbst bei Freiberg und General Kleist beunruhigt auf kühnen Zügen das feindliche Süddeutschland — mehr noch: Frankreich ist mürbe gemacht und zieht seine Truppen aus Deutschland zurück.

So standen sich in der Hauptsache nur noch die ursprünglichen Gegner Preußen und Österreich gegenüber. Maria Theresia erkannte, daß sie den Hohenzoller nicht niederzwingen könne, und ließ sich zu Verhandlungen herbei. Seit Ende des Jahres 1762 herrschte Waffenruhe; am 15. Februar 1763 kam im Schlosse Hubertusburg bei Grimma der Friede zustande: Friedrich behielt Schlesien, den Gegenstand des Kampfes, gab Sachsen heraus und versprach, dem Sohne Maria Theresias, dem Erzherzog Josef, bei der Kaiserwahl seine Stimme zu geben.

Er hatte gesiegt — aber um welchen Preis!

Weite Teile Preußens, besonders Ostpreußen, Brandenburg und Schlesien waren verwüstet, ebenso Böhmen und Sachsen, Westfalen und die hessischen Lande; furchtbar hatten die Russen und die slawischen Truppen Österreichs gehaust. Alles wirtschaftliche Leben war zum Stillstand gekommen, auch in den vom Kriege mehr verschonten Gebieten; wo aber der Kampf selbst gewütet hatte, da sah es fast aus wie nach dem dreißigjährigen Kriege.

Nach kaum hundert Jahren wieder solch eine Prüfung! Aber so furchtbar hoch der Preis, auch diesmal, wie im dreißigjährigen Kriege, hat er sich gelohnt!

Denn die Zukunft des deutschen Volkes war bei Friedrich. Er verfocht die deutsche Sache dem infolge seiner slawischen und ungarischen Kronlande nur noch halbdeutschen österreichischen Staate gegenüber; er verfocht sie gegenüber den mit Habsburg verbündeten Franzosen, Russen und Schweden. So bedeutete der Sieg des großen Königs in Wahrheit den Sieg der deutschen Sache: die Großmacht Preußen war gerettet; sie mochte fortfahren in ihrem natürlichen Berufe, den Mittelpunkt für eine neue Gestaltung der deutschen Dinge zu bilden.

Klar war auch, daß die Gegenüberstellung Preußens und Österreichs durch diesen Krieg nur verschärft werden mußte, daß also die Auseinandersetzung noch nicht endgültig war. Aber die Hauptsache blieb: Preußen hatte sich durchgesetzt; nun mochte sich zeigen, ob es der Führung der deutschen Sache würdig und fähig war.

Für das deutsche Volk jener Zeit aber hatte der furchtbar schwere Kampf einen Helden geschaffen, der zur Verehrung zwang, der die ganze Welt im Banne seiner Größe hielt, der dem Ausland gegenüber der Verfechter deutschen Wertes war und auf den jeder Deutsche stolz sein mußte. So hatte das deutsche Nationalgefühl einen lebendigen Mittelpunkt gewonnen; „fritzisch", sagt Goethe, waren alle volksbewußten Kreise, d. h. sie kümmerten sich nicht um den politischen Hintergrund des Streites, sie verehrten den großen König, der so Ungeheueres vollbracht, als Menschen und Helden.

Das preußische Volk aber war durch die Not jener Tage zur festen Einheit zusammengeschweißt; seitdem bestand bis zum Umsturz im November 1918 ein Verhältnis zwischen Fürst und Volk, wie es sich in keinem anderen Lande der Welt findet.

Während so König Friedrich erfolgreich verteidigt hatte, was er schon besaß, zog der ungetreue Bundesgenosse England größeren Nutzen; es hatte zu Land in Nord-Amerika und zur See auf allen Meeren mit glänzendem Erfolge den Krieg gegen Frankreich und Spanien geführt; im Frieden von Paris (1763) gewann es von Frankreich ganz Kanada und die afrikanischen Besitzungen am Senegal, von Spanien in Amerika die Halbinsel Florida. Eine reiche Beute! Daneben war die Seegewalt Englands durch die französisch-spanischen Niederlagen erheblich gestärkt.

Der alte Fritz.

Freilich der König, der mit unerschütterlicher Seele auch das Schlimmste überstanden hatte, kehrte als ein anderer aus dem Kriege zurück: er war hinaufgewachsen zu übermenschlicher Größe und sah sich einsam; er hatte

Falschheit, Treulosigkeit und Feigheit bei seinen Bundesgenossen kennen gelernt, und so glänzend die Treue und Tapferkeit seiner Preußen sich auch bewährt hatte, eine grimmige Menschenverachtung bemächtigte sich seiner Seele; schwer lastete auch die Armut und Not auf ihm, die er überall erblickte.

Aber auch diese Verstimmungen des Innern drückten ihn nicht nieder; als Held der Pflicht ging er an die Arbeit, um die Wunden des Krieges zu heilen. Der Staat sorgte für Nahrungsmittel und erleichterte die am meisten geschädigten Landesteile durch Steuernachlässe; Banken wurden gegründet, um Gewerbe und Handel zu beleben. Landschaftsbanken, um der Landwirtschaft aufzuhelfen. Kanäle verbesserten den Verkehr; die großartige Urbarmachung des Warthe- und Netzebruchs schaffte Platz für neue bäuerliche Siedlungen. Das Gesetzeswerk des Allgemeinen Preußischen Landrechts wurde in Angriff genommen; es sollte dem ganzen Staate ein einheitliches Recht bringen, dessen einheitliche Anwendung zu sichern Aufgabe des Kammergerichts war; die allgemeine Schulpflicht wurde durchgeführt. Schwer fiel es dem Land, die Lasten des Heeres zu tragen, aber Friedrich wußte, daß der Bestand des Staates von der Stärke der Wehrmacht abhing; deshalb steigerte er sie bis zur Höhe von 150000 Mann im Frieden.

Die Mittel zu alledem mußte ein scharfes Steuer- und Zollwesen schaffen, das allerdings dem sich langsam erholenden Lande lästig war und gegen Ende der Regierung des großen Königs Verstimmung hervorrief.

Vor allem war die neue Einrichtung der sog. „Regie", die nach dem nicht eben verlockenden französischen Vorbilde eingeführt wurde, ganz unvolkstümlich; der Handel in Tabak, Kaffee und ähnlichen Einfuhr-Waren wurde dem Staate vorbehalten, der ihn entweder durch königliche Angestellte betreiben ließ oder gegen Zahlung von Abgaben an bürgerliche Kaufleute als Vorrecht verlieh. Durch diese mittelbare, sog. „indirekte" Besteuerung verschaffte der König dem Staate stattliche Einnahmen, die den Einzelnen nicht sehr drückten. Was dies Verfahren so unbeliebt machte, war der Umstand, daß sowohl die oberen, wie die unteren Beamten der Regie aus Frankreich herbeigerufen waren und daß sie nun die in ihrer Heimat üblichen steuerlichen Kunstgriffe handhabten; sie hatten die Befugnis, zur Verhinderung verbotenen Handels Durchsuchungen vorzunehmen, und machten davon reichlich Gebrauch. Andrerseits kam ein verwegener Schmuggel- und Schleichhandel auf und es wurde versucht, den Staat auf diese Art um die beanspruchten Vorteile zu bringen. Jedenfalls waren die Nebenwirkungen der „Regie" im höchsten Grade unerfreulich.

Rastlos arbeitete der König, von dem alles abhing, um die Verwaltung im Gang zu halten und zu überwachen; dem Heere galt seine besondere Sorge. Unerbittlich streng war dieser erste Diener des Staates, wo er

Pflichtverletzung fand. Wie sein Vater bereiste er die Lande und sah nach dem Rechten; durch persönliches Eingreifen suchte er das Gedeihen aller Berufe zu fördern.

Noch einmal zog er das Schwert gegen Habsburg im Jahre 1778 gelegentlich des bayrisch-österreichischen Erbfolgestreits, von dem später zu sprechen sein wird. Im Reiche ging seine Politik dahin, die Reichsfürsten gegen Habsburg zu sammeln; dies gelang im deutschen Fürstenbund (1785). Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik beteiligte er sich an der Teilung Polens, von der unten im Zusammenhang erzählt werden soll.

Sonst galt seine Arbeit dem inneren Ausbau des Staates, der nun einen Umfang von 3600 Geviertmeilen mit über sechs Millionen Einwohnern hatte. Dreiundzwanzig Friedensjahre waren ihm noch beschieden, und er erreichte es, daß nicht nur alle Wunden des Krieges geheilt wurden, sondern daß in den Städten ein gewisser Reichtum und auf dem Lande Wohlhabenheit entstand. Nachdem Friedrich bei der polnischen Teilung Westpreußen erhalten hatte, womit die Verbindung nach Ostpreußen geschaffen war, leitete er sofort eine großartige, zielbewußte Besiedelung des Landes mit deutschen Bauern ein, die heute als vorbildlich anerkannt wird. Das unter polnischer Herrschaft herabgekommene Land wurde wirtschaftlich erst wieder erschlossen, und die Wohltaten der weisen Fürsorge des Königs kamen in gleicher Weise der deutschen Bevölkerung zu gute, die doch noch trotz der jahrhundertelangen Fremdherrschaft in Massen vorhanden war, wie den Polen, die er entrüstet über ihre Trägheit und Verkommenheit verächtlich „polnisches Zeug" nannte.

Schon bei Lebzeiten war er, etwa wie in unseren Tagen Bismarck nach seiner Entlassung, trotz seiner ungeheuren Volkstümlichkeit, gewissermaßen zu einer geheiligten Sagengestalt geworden. Wo „der alte Fritz" sich zeigte, lief die Jugend ihm nach und jubelte ihm zu — die Älteren aber blickten mit ehrfürchtiger Scheu zu ihm auf; sie wußten, daß wahre und echte geschichtliche Größe vor ihnen dahinschritt oder ritt, und ehrten und liebten diesen Mann im abgeschabten Rocke auf seinem alten Schimmel, wenn er auch ihr sehr strenger Vater war. Einsam und allein starb er am 17. August 1786 in seinem Schlosse Sanssouci über Potsdam.

Wie der große Kurfürst, wie Friedrich Wilhelm I., so war auch der alte Fritz dem Staate alles gewesen, so recht sein Träger; alles hing davon ab, ob seine Nachfolger die Fähigkeit und den Willen besaßen, in derselben Weise der Königspflicht zu genügen: versagte ihnen Erkenntnis, Wille und Kraft, so mußte das „absolute Regiment" zusammenbrechen — vielleicht der Staat mit ihm.

Friedrich Wilhelm II.

Friedrichs des Großen Ehe war kinderlos; so folgte ihm sein Neffe Friedrich Wilhelm, der Zweite seines Namens (1786—1797): ein Mann von gewisser ritterlicher Tapferkeit, mit Einbildungskraft, durchdrungen von der Bedeutung seiner Stellung — aber ohne Pflichtgefühl, ohne Stetigkeit und Fleiß, ohne Kenntnis der Staatsverwaltung und ohne Liebe zu ihr, ohne Überblick und Einsicht für die politische Lage in Gesamteuropa, dabei eitel und sinnlich, frömmelnd und um Volksgunst buhlend, alles in allem kein würdiger Erbe des Größten seines Hauses. Tüchtige Ratgeber vertrug er nicht und kam bald in die Hände unwürdiger Minister, wie Bischofswerder und Wöllner.

Um der Volksgunst willen hob er die „Regie" auf und schmälerte damit die Staatseinnahmen erheblich; da gleichzeitig die Hofhaltung wieder in verschwenderischen Prunk ausartete, ist es klar, daß die mühsam hergestellte Ordnung der Staatswirtschaft verfiel, darunter mußte auch das Heer leiden, um das der König sich nicht kümmerte. Ein kurzer Feldzug in den Niederlanden, im Jahre 1787 unternommen, um des Königs Schwester Wilhelmine, die mit Wilhelm V. von Oranien vermählt war, Genugtuung für rohe Beleidigungen des Pöbels zu verschaffen, fand keinen ernsten Widerstand: er wurde von Schmeichlern als Heldentat gepriesen, blieb aber ohne dauernde Ergebnisse.

Wo immer auch die Gelegenheit für Preußen sich bot, einzugreifen — der König ließ sie, abgesehen von der verhängnisvollen polnischen Teilung, unbenutzt und vertrieb seine Zeit im Verkehr mit leichtfertigen Weibern und unwürdigen Höflingen.

Dazu kam, daß der Prunk und die Liederlichkeit des Hofes ansteckend wirkten; der unter des alten Fritzen Herrschaft angesammelte Reichtum bot die Mittel zu üppigem, bald lasterhaftem Leben. Preußen entartete, und der große König war noch kein ganzes Jahr tot, als Graf Mirabeau die grausame Bemerkung niederschrieb, „daß diese Frucht faul sei vor der Reife". Der klarblickende Franzose fand weiter, daß alles ebenso schnell zur Kleinheit herabgesunken sei, wie es sich unter Friedrich zur Größe erhoben hatte — freilich, so scharf wie dies politische Genie sahen nur wenige, und die Bedeutung des innerlich morschen Preußen wurde höher bewertet, als sie es noch war.

Inzwischen hatten sich im Westen, in Frankreich, die Wolken des staatlichen Umsturzes, „der Revolution" zusammengezogen; der nahende Gewittersturm drohte über den Rhein herüberzuziehen. Und in solcher Zeit war die junge preußische Großmacht, auf die für Deutschland alles ankam, geleitet von einem König ohne Einsicht, Pflichtgefühl und Können.

Der Weg zu einer sicheren Zukunft sollte dem deutschen Volke nicht leicht gemacht werden.

Maria Theresia.

Wir müssen nun einhalten, um einen Blick auf die Entwicklung der Dinge in Österreich seit dem Jahre 1740 zu werfen.

Fast gleichzeitig mit Friedrich dem Großen hatte Maria Theresia den Thron der Habsburger bestiegen, die letzte ihres Geschlechtes und durch die Ehe mit Franz Stephan von Lothringen, dem deutschen Kaiser Franz I., die Begründerin des neuen Hauses Lothringen-Habsburg.

Wir haben gehört, wie schwer es der jungen Fürstin wurde, ihr Erbe zu wahren, und wie sie in den drei schlesischen Kriegen die Waffen mit König Friedrich maß, ohne ihn bezwingen zu können. Die geschichtliche Gerechtigkeit gebietet, der bedeutenden Frau die Ehre zuzuerkennen, daß sie eine würdige, daß sie die würdigste Gegnerin Friedrichs des Großen war.

Kein Genie — aber eine große Herrscherin; ohne Zweifel, von Karl V. abgesehen die bedeutendste Persönlichkeit im Geschlechte der Habsburger, aber anders als er, eine Spenderin von Wohltaten für ihre Völker. So tapfer, wie sie für ihr Recht kämpfte, so unerschütterlich ihr Vertrauen zu ihrem Rechte war, so lebendig lebte auch in ihr das Gefühl fürstlicher Pflicht; wie ihr Feind in Preußen, so betrachtete auch sie sich als ersten Diener ihres Staates.

Von Herzen fromm und dem katholischen Glauben treu ergeben, von angeborener Güte und Wärme, ein liebendes und glückliches Weib in ihrer Ehe, wurde sie durch ihren klaren Verstand, ihre Einsicht, ihren Fleiß, ihr sicheres Gefühl für das politisch Mögliche und Nützliche zur besten und erfolgreichsten Beherrscherin des österreichisch-ungarischen Staatswesens, deren Wirksamkeit noch heute unvergessen ist. Ihre Menschenkenntnis fand bedeutende Mitarbeiter, und sie ordnete diesen Vertrauten ihre eigne Ansicht unter, wo sie nicht selbst über genügende Erfahrung verfügte; Männer wie Fürst Kaunitz und Graf Haugwitz zählten mit Recht zu den ersten Staatsmännern ihrer Zeit.

Wir wissen, wie sie den Staat von ihrem Vater übernommen hatte: ein Nebeneinander von Kronländern verschiedenartigster Völker, ohne anderes Gemeinsamkeitsgefühl als das durch das gemeinsame Oberhaupt gegebene; kein einheitlicher Staat, stecken geblieben in mittelalterlichen Formen, ohne eine einheitliche Verwaltung im heutigen Sinne.

Schöpferisch ging die junge Kaiserin vor, und man kann ruhig aussprechen, daß sie sich dabei als die verständnisvollste Schülerin des Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelms I., ja auch ihres Feindes Friedrichs II. zeigte. Ob auch die Stürme dreier Kriege die Arbeit unterbrachen, sie wurde fortgesetzt und beendigt. Nach dem Frieden von Hubertusburg

richtete ſie gleich dem großen Friedrich alles darauf, die Wunden des Krieges zu heilen; wie ſie immer wieder ſagte, „wendete ſie ihre Gedenksart allein auf das Innerliche derer Länder". Aber mehr als das: ſie brachte es fertig, ſoweit das bei der Verſchiedenartigkeit der von ihr beherrſchten Völker möglich war, aus den Kronländern diesſeits der Leitha einen einheitlich geleiteten Staat zu machen, während Ungarn ſich ſelbſt verwalten durfte; daneben fand die höhere Einheit des Geſamtſtaats ihren Ausdruck in dem kaiſerlichen Heere und der kaiſerlichen Staatskanzlei in Wien. Hatte bisher das Königreich Böhmen ſeine eigne oberſte Verwaltung für ſich getrennt gehabt, ſo wurde nun die ſog. „Böhmiſche Hofkanzlei" mit der öſterreichiſchen verbunden: damit wurde die oberſte Leitung nach Wien verlegt, nachdem die Selbſtändigkeit der Wenzelskrone ſchon durch Ferdinands II. „vernewerte Landesordnung" beſeitigt war (1626).

Für die Staatswirtſchaft bildete die „Hofkammer" mit dem Geſchäftskreis eines heutigen Finanzminiſteriums den Mittelpunkt; der ſchon genannten Staatskanzlei unterſtanden die Geſchäfte der auswärtigen Politik. Unter dem Vorſitz der Kaiſerin hatte der Staatsrat die oberſte Aufſicht und Entſcheidung in allen Staatsgeſchäften.

Die Trennung von Verwaltung und Rechtspflege wurde durchgeführt, indem den bisherigen Landesverwaltungen, den ſog. „Regierungen oder Regimenten" in den einzelnen Kronländern die Rechtspflege zugewieſen und die eigentliche Verwaltung den neuen Kreisämtern übertragen wurde; dieſe wurden mit kaiſerlichen Beamten beſetzt. Neben dem richterlichen wurde auf dieſe Art auch hier — wie in Preußen — ein feſtgegliederter, der Krone ergebener, ehrenwerter Stand von Verwaltungsbeamten herangebildet.

Neben den landesfürſtlichen Behörden ſpielten die Landesausſchüſſe, denen die ſtändiſche Verwaltung oblag, eine ganz unbedeutende Rolle; ſelbſt in der Steuerverwaltung wurde ihre Mitwirkung faſt reine Formſache.

Der von Maria Thereſia begründete Beamtenſtand hat bis zum Sturze der Monarchie Ende 1918 mit dem kaiſerlichen Heere den feſteſten Kitt in dem ſonſt auseinanderſtrebenden Kaiſerſtaate abgegeben: ein Beweis, wie richtig und klug die Kaiſerin rechnete.

Die Staatseinnahmen beruhten in der Hauptſache auf der Grundſteuer, der auch der große adlige Grundbeſitz unterworfen war, ſowie auf Zöllen. Seit 1775 war der Staat weſtlich der Leitha ein einheitliches Wirtſchaftsgebiet ohne Binnenmauten, während die Zollgrenze gegen Ungarn beſtehen blieb.

Die Rechtspflege wurde durch einheitliche Geſetze geregelt; die Kleinen fanden Schutz gegen die Großen; das Schulweſen wurde geordnet und gefördert durch die Einrichtung der Volksſchule (1774). Der Verkehr

wurde durch treffliche Posten und Straßen gehoben, Handel und Gewerbe klug unterstützt. Nach dem Süden Ungarns, in das Banat, und nach Galizien wurden Scharen deutscher Ansiedler geführt, die unter dem besonderen Schutze der Kaiserin standen, und die in bäuerlichen Kleinsiedlungen jene Lande der Kultur erobern sollten; die blühenden Bauerndörfer des Banats loben noch heute den Weitblick der Kaiserin, und wenn sie auch umtobt sind von neidischen Anstürmen der Madjaren und Südslawen, — sie werden, von wackeren Männern verteidigt, sich deutsch erhalten.

Als wichtigstes Bindemittel der staatlichen Einheit erschien der klugen Frau die deutsche Sprache: deutsch amteten die Gerichte und Kreisbehörden, deutsch war die Sprache des Heeres; die Erlernung der deutschen Sprache war das wichtigste Lehrziel der Volksschule; bei der erfolgreichen Verbreitung der deutschen Sprache wurde aber vorsichtig jeder Zwang vermieden.

So gut katholisch die Herrscherin war, die Rechte des Staates wahrte sie der Kirche gegenüber entschieden und duldete keinen Übergriff; freilich das brachte sie nicht übers Herz, den Evangelischen gleiche Rechte zuzugestehen.

Seinen lebendigen Mittelpunkt fand der meisterlich gegründete Einheitsstaat in dem Leben und Treiben des kaiserlichen Wien, das jetzt erst recht die Hauptstadt des Landes wurde: der Sitz der obersten Behörden, der Sitz eines in naiver Lebensfreude und Genußsucht dahin lebenden glänzenden Hofes, der das Ziel des hohen und niederen Adels wurde.

Großes hat diese Frau auf Habsburgs Thron vollbracht; soweit Österreich ein neuzeitlicher Staat wirklich geworden ist, hat Maria Theresia das Verdienst daran.

Im Jahre 1780 starb sie, getragen von der Liebe und Verehrung ihrer Völker; ihr Gemahl Kaiser Franz war ihr schon im Jahre 1765 im Tode vorangegangen.

Josef II. und Leopold II.

Ihr Erbe wurde Josef II., seit des Vaters Tod deutscher Kaiser, in Österreich von da ab Mitregent; ein edler Mensch von bestem und reinstem Willen, aber unglücklich fast in allen seinen Unternehmungen — eine tief tragische Persönlichkeit.

Er war ein Schüler der „Aufklärung", in seinen religiösen Gefühlen duldsam, in staatlichen Dingen ohne Acht auf das geschichtlich Gewordene, nur losstürmend auf das nach seiner Überzeugung Notwendige, Nützliche. Hatte seine Mutter sich beschränkt, die einheitliche Verwaltung durch die geschilderten Maßnahmen zu schaffen, so wollte er den einheitlichen deutschen Staat erzwingen, der keine Kronländer, keine verschiedenen

Völker mehr kannte. Das ganze Staatsgebiet sollte, ohne Rücksicht auf die bisherigen Kronländer und auf das Volkstum der Bewohner in dreizehn Provinzen verteilt werden; dabei sollte Ungarn, dem doch die Selbstverwaltung zugestanden war, in gleicher Weise behandelt werden wie die Lande westlich der Leitha, und die habsburgischen Besitzungen in Belgien und Italien ebenso wie sie.

Gleichzeitig ging er gegen die altbegründete Macht der katholischen Kirche vor; nicht nur, daß er durch das „Toleranzedikt" vom Jahre 1781 den Evangelischen das Recht der „privaten" Religionsübung bewilligte, er ging daran, die Kirche dem Staate zu unterwerfen. Die Bischöfe sollten in gewissem Sinne Staatsbeamte sein; aus eigenem Rechte gründete er neue Bistümer und zerlegte alte; aus eigenem Rechte ging er gegen die Orden vor, indem er sie den Bischöfen unterstellte und an 700 Klöster aufhob. Im selben Jahre 1781 wurde die Leibeigenschaft der bäuerlichen Bevölkerung beseitigt.

Wer heute prüft und seinem Urteil die spätere Entwicklung in Österreich-Ungarn zugrunde legt, wird zugeben, daß die Absichten Josefs vom staatlichen, wie vom Standpunkte des Hauses Habsburg aus berechtigt waren: denn ein dauerndes Ganzes konnte nur ein Staat mit einer Sprache, einer Verwaltung sein.

Aber der Kaiser unternahm zu viel auf einmal, er ging zu hastig und gewalttätig vor — und vor allem, er machte sich zu gleicher Zeit zwei gefährliche Feinde: die nichtdeutschen Völker und die Kirche.

Überall in seinem Reiche wühlte die Geistlichkeit gegen ihn; in Belgien schürte sie solange, bis offener Aufruhr ausbrach; in Ungarn bereitete der stolze madjarische Adel den Abfall vor; seine eigene Familie ließ ihn im Stich. Seine Deutschen aber verstanden den guten, edlen Kaiser nicht, fast durchweg, besonders die Bauern, unter dem Einfluß der Kirche stehend.

So war er allein, seiner Zeit weit vorausgeeilt.

Auch in seiner auswärtigen Politik hatte er kein Glück. Er war ein persönlicher Verehrer Friedrichs des Großen, aber ein Feind der preußischen Großmacht; dagegen warf Friedrich sich ihm gegenüber als Führer der Reichsfürsten auf.

Als im Jahre 1777 die bayrische Kurlinie mit Max Josef ausgestorben war, kam als Erbe nur Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz in Betracht. Mit ihm verabredete Josef einen großen Ländertausch: Karl Theodor sollte Bayern an das Haus Habsburg abtreten und dafür Belgien erhalten, das seit dem Frieden von Rastatt österreichisch war. Es ist klar, daß die Erwerbung Bayerns die beherrschende Übermacht des Kaiserhauses in Süddeutschland begründet hätte — abgesehen davon, daß der österreichische Staat durch diese Abrundung bedeutend gekräftigt worden wäre. Hiergegen lehnten alle Reichsfürsten sich auf, und Friedrich der Große stellte

sich an ihre Spitze. Er erklärte den Krieg und rückte gleichzeitig in Böhmen ein (1778—79). Ohne daß eine Schlacht stattgefunden hätte, kam es zum Frieden von Teschen, in dem Josef aus dem bayrischen Besitze nur das Innviertel behielt; dagegen willigte er ein, daß beim Aussterben des markgräflichen Hauses Hohenzollern dessen Lande: Ansbach, Culmbach und Bayreuth an Preußen fallen sollten.

Josef hatte also seine Pläne, die sich auf die Preisgabe der nordwestlichen Besitzungen Habsburgs und die Abrundung in Süddeutschland bezogen, aufgeben müssen; auch nach Südosten, gegen die Türkei, hatte er keinen größeren Erfolg: seine Absicht ging dahin, Bosnien und Serbien zu gewinnen. Er schloß ein Bündnis mit Katharina II. von Rußland, das zum Kriege gegen die Türkei führte (1787—91); zwar gelang es dem Feldmarschall Laudon, Belgrad zu erobern, aber sonst wurden keine Fortschritte gemacht, obwohl der Kaiser selbst beim Heere weilte.

Niedergedrückt und schwer erkrankt kehrte er nach Wien zurück und starb am 20. Februar 1790, vereinsamt, verlassen, enttäuscht und mit sich selbst zerfallen. Ein edler, aber unglücklicher Fürst, heute von allen volksbewußten Deutschen in Österreich als Vorkämpfer deutschen Wesens verehrt.

Unter Josefs Nachfolgern wurde vieles preisgegeben, was er geschaffen und gewollt hatte: als dauernde Frucht seiner Regierung blieben erhalten die Beseitigung der Leibeigenschaft und die Besserstellung der Evangelischen.

Auf Josef folgte Leopold II. (1790—92), ein kluger, besonnener Mann, ohne die Schroffheit des älteren Bruders, bewährt als Ordner des Großherzogtums Toskana; ihm lag es ob, die Unruhen zu dämpfen, die im Innern durch Josefs Vorgehen angefacht waren; auch mußte der Türkenkrieg zu Ende gebracht werden. Die Beruhigung der Völker gelang durch Nachgiebigkeit; der Abschluß des aussichtslosen Kampfes im Südosten erfolgte im Jahre 1791 durch einen Sonderfrieden, der Österreich nur Alt-Orsowa ließ.

Vor der Zeit starb auch dieser Sohn Maria Theresias; er hinterließ das Reich seinem Sohne Franz II., dem letzten römischen Kaiser deutscher Nation.

* * *

Wir stehen an der Schwelle des 19. Jahrhunderts; bevor wir sie überschreiten, müssen wir im Zusammenhang die drei Teilungen Polens betrachten und dann einen kurzen Überblick über die geistige und allgemeine Entwicklung des deutschen Volkes vom westfälischen Frieden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts geben.

Die drei Teilungen Polens.

Der politische Zustand Polens war unhaltbar geworden. Dieses Königreich war in Wahrheit ein Freistaat mit einem auf Lebenszeit gewählten Oberhaupte, das den Namen König führte, in seinen Befugnissen aber eng begrenzt war. Die wirklichen Herren waren die Adligen, die Schlachzizen, die mit schwerer Hand auf die unglücklichen leibeigenen Bauern drückten. Einen polnischen Bürgerstand gab es eigentlich nicht; die städtische Bevölkerung, soweit sie sich in Handel, Handwerk, Gewerben und höheren Berufen betätigte, bestand aus Deutschen und Juden.

Neben dem Adel stand die katholische Kirche mit reichen Bistümern und zahllosen Klöstern; sie sorgte dafür, daß alle Ketzerei unterdrückt blieb, und schaltete über ihre Bauern nicht besser als der Adel.

Eine Leitung dieses Gemeinwesens mit seinen allein im Besitze staatsbürgerlicher Rechte befindlichen, selbstherrlichen, unbotmäßigen Schlachzizen, die nur den eignen Vorteil verfolgten, war unmöglich. Die oberste gemeinsame Behörde war der Reichstag, dessen Beschlüsse aber nur gültig waren, wenn sie einstimmig gefaßt wurden. Es genügte also die Stimme eines einzigen, um den Reichstag zu sprengen.

Es ist klar, daß ein solcher Staat nicht lebensfähig war, sobald seine Nachbarn zu einer gewissen Macht gekommen waren; es ist auch klar, daß er an der Zuchtlosigkeit seiner führenden Volksschicht zugrunde gehen mußte. Polens Schicksalsstunde schlug mit dem Eintritte Rußlands in die europäische Politik und mit der Erhebung Preußens zur Großmacht.

Das Heranwachsen dieser Nachbarstaaten hätte dem polnischen Adel die Augen öffnen, ihn zur Selbstzucht zwingen müssen — aber das geschah nicht. Die inneren Unruhen dauerten fort, die Könige aus dem sächsischen Hause Wettin vermochten auch nicht Ordnung zu stiften, und wir wissen, daß nach dem Tode König Augusts II. Rußland und Österreich sich bereits eingemischt und dem Lande Friedrich August III. als König aufgezwungen hatten, obwohl der Reichstag fast einstimmig Stanislaus Lesczinski gewählt hatte (1733). Nach Friedrich Augusts Tod (1764) kam es von neuem zu äußerer Einmischung: Katharina II. von Rußland und Friedrich der Große setzten es durch, daß Graf Stanislaus Poniatowski, ein Günstling der Zarin, zum König erwählt wurde. Der Adel empörte sich dagegen und verbündete sich mit der Türkei; ein Bürgerkrieg brach aus, und Rußland unterstützte Stanislaus mit einem Heere. Sowohl im Kampfe gegen die Türken, wie gegen den aufständischen polnischen Adel waren die Russen glücklich und schickten sich an, die Früchte ihres Vorgehens zu ernten.

Da griffen Preußen und Österreich ein; sie konnten eine sie bedrohende einseitige Gebietsvergrößerung Rußlands nicht zulassen. In den nun

folgenden Verhandlungen zwischen den drei Großmächten kam es durch Vertrag vom Jahre 1772 zur ersten Teilung Polens.

Um ein Urteil über diese und die folgenden Vorgänge zu haben, muß man wissen, daß dies Reich damals über 13000 Geviertmeilen umfaßte und über zwölf Millionen Einwohner zählte, also um die Hälfte fast größer war als das Deutsche Reich von 1871, mit der doppelten Einwohnerzahl wie damals Preußen.

Polens Gebiet erstreckte sich östlich weit hinaus über die Düna und den Dniepr, westlich bis fast an die Oder, südlich bis an die Nordgrenze Ungarns und den Dnjestr (etwa die heutige Nordgrenze Rumäniens).

Alles in allem für jene Zeit ein gewaltiges Gebiet mit großer Einwohnerzahl: an sich also wohl in der Lage bei geordneten Zuständen sich zu erhalten und nur machtlos durch die Zuchtlosigkeit seiner führenden Adelsschicht.

Jene erste Teilung lieferte alles Land östlich der Düna und des Dniepr an Rußland, Westpreußen ohne Danzig und Thorn an Preußen, Südgalizien an Österreich. Der Rest blieb unter der Herrschaft Poniatowskis bestehen, war aber russischem Einflusse unterworfen.

Als die französische Revolution ausbrach, regten sich auch die edleren Geister in Polen; Rußland und Österreich befanden sich seit 1787 im Krieg mit der Türkei. Diese Umstände, die geistige Bewegung im eignen Volke und die Gebundenheit der gegnerischen Staaten, nutzte der bessere Teil des Adels im Jahre 1791 zu dem Versuche einer inneren Erneuerung aus; statt des Wahlkönigtums wurde das erbliche Königtum eingeführt und eine brauchbare Verfassung geschaffen, die auch das Los der Bauern erleichterte.

Aber wieder war es, und zwar auf Rußlands Betreiben, der andere Teil des Adels, der das Werk verhinderte. Es kam von neuem zum Bürgerkrieg; Rußland und Preußen mischten sich ein und vollzogen im Jahre 1793 die zweite Teilung Polens; der Reichstag von Grodno erteilte gezwungen die Genehmigung. Rußland erhielt große Teile Litauens, Wolhyniens und ganz Podolien, Preußen die Städte Danzig und Thorn, das Land Posen und Kalisch (Südpreußen).

Österreich, das sich freilich bei den inneren Vorgängen in Polen und nachher bei den Verhandlungen ferngehalten hatte, ging leer aus; dadurch geriet es in scharfen Gegensatz zu Preußen, der von folgenschwerster Bedeutung wurde. Dieser Bruch zwischen den beiden deutschen Mächten entsprach den Absichten der Zarin Katharina, die, um ihre eigene Machtentfaltung zu erleichtern, beide entzweien wollte.

Die zweite Teilung brachte alle besseren Teile des Volkes zur verzweifelten Empörung. Unter der Führung des edlen Thaddäus Kosciusko, „des letzten Polen", brach der Aufstand los, der nach anfänglichen

Erfolgen schon im Jahre 1795 niedergeworfen wurde. Die drei östlichen Großmächte griffen wiederum ein und führten die dritte Teilung Polens durch: im Teilungs-Vertrag wurde bestimmt, daß Preußen das Gebiet von Masowien mit Warschau und Neu-Ostpreußen, d. i. das Land zwischen Weichsel, Bug und Niemen, sowie einen Teil vom Krakauer Lande (Neu-Schlesien) erhalten sollte; Österreich bekam den Rest von Krakau ohne diese Stadt selbst und Westgalizien; Rußland nahm alles übrige Land des jetzt endgültig aufgeteilten Königreichs.

Polen hatte aufgehört zu sein.

Das Gesamtergebnis der drei Teilungen war: Preußen hatte an 2700 Geviertmeilen polnischen Landes mit $2^1/_2$ Millionen polnischer Bevölkerung erhalten, Österreich an 2000 Geviertmeilen mit rund 4 Millionen, während an Rußland 8500 Geviertmeilen mit fast 6 Millionen gefallen waren.

Für Preußen war der Zuwachs unverhältnismäßig groß, und er barg die Gefahr in sich, daß der Staat mit einer so starken undeutschen Bevölkerung dem deutschen Leben und der deutschen Entwicklung entfremdet werde: ein Glück, daß ihm der größere Teil dieser Erwerbungen durch die napoleonischen Kriege wieder abgenommen wurde.

Polen war vernichtet; es hatte nichts anderes verdient.

Aber welche Gründe hatten die drei Großmächte veranlaßt, den polnischen Gebietszuwachs zu erstreben?

Für Preußen lag die Sache so: nachdem es Schlesien erworben hatte, fehlte die Verbindung zwischen Schlesien und Ostpreußen, zwischen Königsberg und Breslau; die Landeshauptstadt Berlin lag offenbar zu nahe und ungeschützt vor der polnischen Grenze; die preußische Grenze war nach Osten zu überhaupt nicht zu verteidigen. Diesen Übelständen mußte notwendig abgeholfen werden. Es mußte eine Verbindung zwischen Königsberg und Breslau geschaffen werden: das zu diesem Zwecke zu erwerbende Land legte sich gleichzeitig als Schutzwehr gegen Osten vor die Hauptstadt Berlin; Ostpreußen mußte auch eine Verbindung mit Pommern und Brandenburg erhalten, die durch Westpreußen zu gewinnen war. Diese unbestreitbaren Notwendigkeiten, zusammen mit dem inneren Verfall Polens rechtfertigen die preußische Polenpolitik — jedoch nur in dem Maße und Umfang, wie der Erwerb polnischen Landes jenen Zwecken diente. Daneben muß betont werden, daß Preußen bei den beiden ersten Teilungen zum überwiegenden Teile verlorenes deutsches Ordensland für das deutsche Volk wieder gewann: die Polen haben hier ja nicht als eingeborene Bevölkerung gesessen, sondern die Preußen, die im Kampfe mit dem Orden aufgerieben worden waren. Dann war das Land fast rein deutsch gewesen, und erst die Siege der Polen über den Orden leiteten eine starke polnische Besiedlung ein; aber

davon, daß das Land ganz polnisch geworden sei, konnte nicht gesprochen werden; nicht nur waren die Städte deutsch geblieben, sondern zum großen Teile auch das platte Land. Also soweit Westpreußen in Betracht kam, handelte es sich um die Wiedergewinnung einst unter deutscher Herrschaft gewesenen Landes, das zur Zeit dieses Vorganges zum guten Teil von Deutschen bewohnt war.

Die russische Polenpolitik erklärt sich aus dem russischen Streben nach dem Balkan; sie ist ein Bestandteil der Balkanpolitik des nordischen Großstaates.

Österreich, für das eine Notwendigkeit polnische Gebietsteile zu erwerben nicht vorlag, ist nur zögernd und widerwillig vorgegangen und hat sich nur beteiligt, um das Machtverhältnis im Osten nicht zu sehr zu seinen Ungunsten verschieben zu lassen.

Viel Freude haben alle drei Großmächte an dem polnischen Zuwachs nicht gehabt — aber das ändert nichts an der Tatsache, daß Preußen zu seiner Selbsterhaltung an der durch Polens Schuld unvermeidbaren Auseinandersetzung teilnehmen mußte.

Inneres Leben seit 1648.

Nun bleibt nur noch ein Blick auf das innere Leben, die innere Entwicklung, das Wachsen und Werden unseres Volkes, übrig, ehe wir in die neueste Zeit eintreten.

Wir wissen, wie jammervoll die Zustände in Deutschland nach dem dreißigjährigen Kriege waren: bettelarm, verroht, geknechtet die Bevölkerung; jedes geistige Leben erstorben; alle edlere Kultur erstickt. Wir wissen auch, daß dies Volk unverdrossen an die Arbeit gegangen ist, und wollen nun sehen, ob es sich auch geistig wieder emporgerungen hat.

Zunächst und auf lange Zeit erlag Deutschland, das auf politischem Gebiete den Kampfplatz für die fremden glücklicheren Staaten hergeben mußte, vollständig fremden Einflüssen. Frankreich, dessen Boden vom großen Kriege ganz verschont geblieben war, trat in den Frieden als das reichste der Völker ein; der königliche Hof zu Paris und Versailles entfaltete unter dem Sonnenkönig Ludwig XIV. unerhörten Glanz; der Adel sammelte sich am Hofe und buhlte um die Gunst des Fürsten; alle Künste wetteiferten, sich in den Dienst seines Ruhmes zu stellen und nahmen höfischen Charakter an.

Die deutschen Landesfürsten nun ahmten das Beispiel Ludwigs nach, indem sie das „absolute Regiment" einführten; bald wollte ein jeder ein kleiner Ludwig sein, so daß überall in deutschen Landen Fürstensitze nach dem Muster des Versailler Schlosses entstanden; die Hofhaltung wurde ganz nach französischem Vorbild zugeschnitten. Die Kleidung richtete sich nach der Pariser Mode; die Sprache der Höfe war französisch. Der

höchste Stolz des deutschen Adeligen war es, ganz „à la mode“ zu sein, d. h. möglichst nach französischer Art daherzugehen.

Es ist klar, daß diese Nachäffung fremder Sitten und Gebräuche in den obersten Schichten wiederum Nachahmer fand, so daß auch das Bürgertum der welschen Art verfiel.

Die stolze Sprache Luthers und Huttens war zur Magd geworden; kein Besserer nahm sie mehr in den Mund, nur den Bauern und dem kleinen Bürger schien sie angemessen; wer etwas auf sich hielt, schrieb und sprach französisch, während in den gelehrten Berufen lateinisch die Herrschaft behielt.

Doch der deutsche Geist ließ sich nicht unterdrücken und die deutsche Sprache schöpfte nur neue Kraft aus der zeitweisen Knechtung.

Philander von Sittewald (Johannes Moscherosch) warf sich zu ihrem Verteidiger auf und schlug mit den Keulen seiner empörten Schriften auf die Welschsüchtigen drein; der wackere Grimmelshausen schrieb seine prächtigen „Abenteuer des Simplizius Simplizissimus“, ein Buch von unvergänglichem Werte für die Kenntnis der Zustände während und nach dem 30jährigen Kriege, verfaßt in einem lebendigen vollblütigen Deutsch.

Das geistige Leben der katholischen Landesteile stand ganz unter dem Einfluß der Jesuiten, die sich der gelehrten Schulen und Universitäten bemächtigten und dafür sorgten, daß kein selbständiger Gedanke sich regte. Der äußere Prunk des Gottesdienstes und die Pracht der Gotteshäuser beschäftigte die Einbildungskraft der Gläubigen hinreichend, so daß eine Sehnsucht nach Höherem nicht aufkam; wir erleben es, daß gerade unter dem Einfluß der äußeren Schönheit des katholischen Gottesdienstes bedeutende Männer vom evangelischen Glauben abfielen, die sich von der Nüchternheit des kirchlichen Lebens der Lutherischen und Reformierten abgestoßen fühlten.

In beiden evangelischen Kirchen war eine Erstarrung eingetreten; sie standen sich in schroffer Feindschaft gegenüber; die Predigten ihrer Geistlichen wurden nicht müde, die Irrlehren des anderen Bekenntnisses und den Fehlglauben der Päpstlichen zu bekämpfen. Aber hier war doch das Kirchenlied die Kraft, die neues Leben spendete. Das deutsche Kirchenlied spiegelte die Nöte des Lebens, die Angst der Gewissen, das Hilfebedürfnis der suchenden Seele und das Vertrauen auf Gottes und des Erlösers Hilfe wieder: es hat in toter, geistig-armer Zeit Wunder an unserem Volke gewirkt. Dazu kam, daß die schwere Zeit des 30jährigen Krieges die Gemeinden mit ihren Geistlichen enge zusammengeführt hatte: wir haben viele Beispiele, wo die Pfarrer ihre von den Obrigkeiten verlassenen Gläubigen tapfer beschützten.

Ein Vorbild solches glaubensstarken, unbeugsamen Mutes ist Paul

Gerhard, der Verfasser zahlreicher Kirchenlieder, die nicht nur hohen sittlichen Wert, sondern auch künstlerische Bedeutung besitzen.

Aber im evangelischen Volke erwachte das Bedürfnis nach einer Verinnerlichung, einer Verjüngung des Glaubens: Ph. J. Spener und A. H. Francke verliehen ihm Ausdruck, indem sie der starren Glaubensformel das Gefühl, die Sehnsucht, das innerliche Einigsein mit Gott gegenüber stellten. Es entstand die „pietistische" (frömmelnde) Bewegung, die in ihrem Streben nach einer seelischen Belebung und Erneuerung des Glaubens gewiß berechtigt war, aber bald in weichliche, süßliche Frömmelei ausartete.

Während nun auf der einen Seite mit größter Inbrunst ein Streben zu Gott sich betätigte, setzte auf der anderen die „Aufklärung" mit ihrer Arbeit ein. In England aus der Beschäftigung bedeutender Köpfe mit den Naturwissenschaften entstanden, kam sie auf dem Wege über Frankreich nach Deutschland. Sie ging allein von dem durch die Erfahrung Festgestellten, von dem durch den wissenschaftlichen Versuch Beweisbaren aus und machte auch nicht halt vor den Lehren der Kirchen. Den Jüngern der Aufklärung war nicht der Glaube maßgebend, sondern die Vernunft; nicht die Überlieferung, sondern das Bewiesene, das Nützliche. Die Aufklärung legte ihre Sonde an alles Bestehende: an den herrschenden Gottesglauben, an das Kirchentum, an den Staat, an das Fürstenrecht, an die Gegensätze der Völker, und sie kam — das geschichtlich Gewordene übersehend — in vielem zu einer völligen Verneinung des Bestehenden: dadurch ist sie die Vorkämpferin der französischen Revolution geworden.

Bei wirklich bedeutenden Geistern mochte sie, wie wir dies bei ihrem größten Jünger Friedrich II. gesehen haben, zur Selbstprüfung führen, also günstig wirken; im allgemeinen aber barg sie ohne Zweifel die Gefahr in sich, eine geistige Öde, eine Gefühlsleere herbeizuführen.

Das wirtschaftliche Leben erholte sich langsam; zuerst waren die Niederländer und die Franzosen unumstritten die Herren der deutschen Märkte; das geldarme Deutschland, besonders der Nordwesten war ganz abhängig von dem reichen Holland; französische Erzeugnisse drangen überall hin. Wir wissen, daß die Landesherren, besonders in Preußen, Sachsen, Österreich sich bemühten, vom Auslande unabhängig zu werden und den heimischen Gewerbefleiß förderten, ja von Staats wegen Fabriken anlegten; die fremde Ware wurde nach und nach durch hohe Zölle fern gehalten; Straßen, Posten, Kanäle schufen bessere Verbindungen und erleichterten den Handel.

Die Torheit Ludwigs XIV., der den Protestanten die freie Religionsübung nahm, führte viele hugenottische Familien nach Deutschland, wo sie von evangelischen Fürsten mit offenen Armen aufgenommen wurden;

so hatte allein der große Kurfürst an 40000 Hugenotten in sein Brandenburg gezogen: sie gaben in der neuen Heimat die Lehrmeister in allen Künsten und Gewerben ab, in denen Frankreich damals unübertroffen war.

So kam es, daß sich um die Wende des siebzehnten Jahrhunderts wieder ein bodenständiges Wirtschaftsleben gebildet hatte; wir sehen Mittelpunkte des Gewerbefleißes in Sachsen, in Mark und Kleve, in Berlin, in Wien, im deutschen Böhmen. In Meißen wurde 1709 das Porzellan erfunden; Krefeld lieferte vorzügliche Seide; Bielefeld und sächsische Orte bewährten sich in der Leinen- und Tuchweberei, kurz der deutsche Boden hatte wieder eigene Gewerbe.

Auch die Landwirtschaft kam, von den Behörden begünstigt, allmählich wieder zu Kraft und vermochte bescheidenen Gewinn abzuwerfen; das war um so wichtiger, als weitaus der größte Teil der Bewohner von ihr leben mußte.

So sehr auch das ganze Wirtschaftsleben unter der Vielstaaterei litt — jedes Stätlein schloß sich vom Nachbarn durch Zollschranken ab, und in den größeren Staaten wurden die Binnenmauten erst später abgeschafft — das deutsche Volk kam doch wieder durch seinen unverdrossenen Fleiß zu Wohlstand. Freilich sehr große Reichtümer fanden sich eigentlich nirgends angesammelt, dafür waren die Betätigungsgebiete zu eng, aber eine erfreuliche Wohlhäbigkeit war wieder erreicht. Diese Entwicklung ist nun nicht ungestört vor sich gegangen, sondern immer wieder durch Kriege unterbrochen worden. Wie oft mußte der Landwirt, der Handwerker, der Fabrikherr von vorn anfangen, nachdem die Kriegsfurie seine Arbeit zerstört oder geschädigt hatte!

Der wachsende Wohlstand brachte den Bürgerstand wieder zu Ehren und verschaffte die Mittel zu besserer Lebensführung, zu verfeinerter Bildung. Leider betätigten sich beide in französischer Abart — und eine Folge davon war auch, daß die Schattenseiten der französischen Lebensführung jener Zeit: Leichtfertigkeit, Liederlichkeit, Sittenlosigkeit Eingang fanden und auf dem Wege über die längst angesteckten deutschen Höfe ins Bürgertum drangen.

Es kam darauf an, ob die innerliche Befreiung des Volkes vom fremden Wesen noch rechtzeitig durchgesetzt werden konnte.

Von den Künsten hat die Malerei in jenem Zeitraum auf deutschem Boden nichts wirklich Großes hervorgebracht; die Baukunst bewegte sich zunächst in Norddeutschland in der Nachahmung niederländischer Vorbilder, kam aber schließlich zu selbständigen Leistungen, wie im Berlin König Friedrichs I.

Von Frankreich und Italien drang der Barockstil ein, der aufs Großartige, Wuchtige ausgeht und den Beschauer durch kühne Linien berückt;

später folgte das Rokoko, der Stil des Leichtfertig-Spielenden, Sinnlich-Zierlichen.

Die schönsten Bauwerke des Barock finden wir in den Kirchen der siegenden Gegenreformation, wie sie die Jesuiten z. B. in München, Wien, Kloster Melk, Passau und Würzburg errichteten; von weltlichen Bauten seien die prächtige Hofburg in Wien, ein Werk Fischer von Erlachs, und das Zeughaus in Berlin erwähnt, letzteres von Schlüter geschaffen, der auch als Bildhauer wahrhaft Großes geleistet hat.

Die Blüte des Rokoko auf deutschem Boden findet sich in Dresden und Würzburg; die sächsische Hauptstadt weist in der katholischen Hofkirche und dem Zwinger wirklich entzückende Bauten in diesem Stile auf, die fürstbischöfliche „Residenz" in Würzburg ist ein Kunstwerk von erlesener Schönheit, Pracht und Feinheit.

Auch die deutsche Wissenschaft begann sich zu regen.

Der Rechtslehrer Thomasius brach als Erster mit dem Zwange der lateinischen Sprache und hielt seine Vorlesungen deutsch, mußte dafür allerdings von Leipzig nach Halle weichen.

Bedeutende Staatsrechtslehrer wie Samuel von Pufendorf beschäftigten sich mit den Grundlagen der Reichsverfassung. Die Weltweisheit fand in Leibniz einen großen Vertreter; seine Lehre gipfelte in dem Satze, daß die Lehren des christlichen Glaubens zwar übernatürlich seien, aber deshalb nicht widernatürlich. Neben seiner umfassenden Tätigkeit auf fast allen Gebieten der Wissenschaft trat Leibniz mit rühmlichem Eifer für die deutsche Sprache ein. Seine Lehre wurde ausgebaut von Christian Wolf; er schied Wahrheiten der Vernunft und Offenbarungen des Glaubens und bewies, daß wahre Sittlichkeit unabhängig ist von der Unterwerfung unter bestimmte Lehrsätze. Wolfs Philosophie wurde bald in den Kreisen der Gebildeten heimisch und gewann großen Einfluß auf die geistige Entwicklung.

Ihren Höhepunkt erreichte die Weltweisheit mit Immanuel Kant (1724—1804), dem Weisen von Königsberg; er vertrat in seinem Lehrgebäude die Majestät der Pflicht (sog. kategorischer Imperativ = unbedingter Befehl) und verfocht die Freiheit des sittlichen Willens. Indem er die Unmöglichkeit eines strengen Beweises für das Dasein Gottes dartat, hob er das religiöse Bewußtsein hoch über das Gebiet des grübelnden Verstandes empor und machte das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der Seele zu Forderungen unseres sittlichen Empfindens (der „praktischen Vernunft"). Die Lehre Kants ist von gewaltigster Wirkung gewesen: sie hat die Männer erzogen und gebildet, die später in der Not der napoleonischen Zeit Preußens Wiedergeburt heraufführten.

Die Musik erschöpfte sich lange in dem, was für den Gottesdienst und das Kirchenlied, für höfische Feste und die bürgerliche Gesellschaft

nötig erschien: nun wurde sie von Johann Seb. Bach und Georg Friedrich Händel, die beide an den Werken italienischer Meister gebildet waren, aber selbständig aus deutschem Geiste und unendlich reicher Erfindung schufen, auf die Höhe der Vollendung gehoben; beide Tonkünstler waren im Jahre 1685 geboren, der eine in Eisenach, der andere in Halle: gewaltige Werke von unvergänglichem Werte wurden von diesen Meistern geschaffen — es seien nur die Matthäus- und Johannispassion Bachs und die Oratorien Händels erwähnt. Ihnen folgten die Österreicher Christoph Wilibald Gluck, Joseph Haydn und Wolfgang Amadeus Mozart mit ihren wunderbar reichen Schöpfungen auf allen Gebieten der Tonkunst.

Am längsten lag die Dichtkunst in den Fesseln fremden, d. h. französischen Einflusses; gespreizt und unnatürlich bewegte sie sich in schwülstigen Bildern und war durch und durch unvolkstümlich. Begabte Männer, wie der Schweizer Albrecht von Haller, Friedrich von Hagedorn in Hamburg, Gleim in Halberstadt, Gottsched und Gellert in Leipzig, der preußische Offizier Ewald von Kleist und der Kolberger Ramler haben das Verdienst, sie aus dem Banne der Franzosennachahmung erlöst zu haben; aber der erste große Dichter war doch Friedrich Gottlob Klopstock (geb. 1724 in Quedlinburg), eine hinreißende Persönlichkeit, ein begeisterter Deutscher: sein „Messias" wirkte wie eine Offenbarung und fand eine Aufnahme, von der wir uns heute keinen Begriff machen können.

Die deutsche Sprache war wieder zu Ehren gekommen!

Der eigentliche Zertrümmerer der französischen Vorherrschaft aber wurde Gotthold Ephraim Lessing aus Kamenz in der Oberlausitz (1729—1781): in unerbittlicher Schärfe zog er in seinen Schriften gegen das Franzosentum zu Felde und enthüllte dessen Unnatur, die dem deutschen Wesen zuwider sein müsse; er verwies auf die griechischen Vorbilder und auf die uns wesensverwandten Engländer, vor allem auf den unvergleichlichen Shakespeare. Aber Lessing erschöpfte sich nicht in dieser Arbeit des Kunstrichters und Wegebahners; er schenkte dem deutschen Volke eine Fülle eigener Dichtwerke, vor allem in „Emilia Galotti" das erste deutsche Trauerspiel und in „Minna von Barnhelm" ein Lustspiel von bis heute unerreichtem Werte.

Nun war der Bann gelöst: eine unübersehbare Reihe dichterisch begabter Männer, in allen Teilen des Vaterlandes, betätigte sich auf allen Gebieten der Dichtkunst: im Roman, in der Lyrik, im Drama. Die Blütezeit des deutschen Geisteslebens brach an, unendlich reich, unvergleichlich vielseitig, die Höhen und Tiefen des Lebens umfassend. Es ist nicht möglich, auch nur annähernd hier alle Namen zu nennen, alle Werke zu erwähnen; wir müssen auf die Geschichte des Schrifttums verweisen und uns darauf beschränken, die Größten zu nennen.

Der ersten Zeit des „Sturmes und Dranges", die neben Wildem, Unausgeglichenem köstlich Schönes geschaffen hat, folgte die Zeit der Reife.

Johann Gottfried Herder (1744—1803) führte in seinem großartigen Werke über die „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" die Dichtkunst an die Quelle des Volkstums und wies nach, daß jedes echte Dichtwerk mit dem Mutterboden des Vaterlandes und Volkstums unzertrennlich verbunden sei; er machte den Schatz von Volksliedern aller Zeiten und Völker zugänglich.

Gottfried August Bürger (1747—1794) nahm diese Heilbotschaft mit der ganzen Begeisterung seiner Feuerseele auf und schenkte, dem Sturm und Drang entwachsend, den Deutschen Balladen von kaum wieder erreichtem Werte und wundervolle Liebesgedichte.

Die Größten, die Reichsten und Reifsten wurden der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe (1749—1832) und der Schwabe Johann Friedrich Schiller (1759—1805): sie haben das Höchste geschaffen, was dem deutschen Geiste auf dem Gebiete der Dichtkunst bisher gelungen ist. Beide beginnen im Sturm und Drang: Goethe mit seinem wunderbar frischen „Götz von Berlichingen", Schiller mit den wilden „Räubern" und dem aufreizenden bürgerlichen Trauerspiele „Kabale und Liebe"; beide Dichter rangen sich zur Klarheit und Ruhe durch und schenkten, in schönster persönlicher Freundschaft verbunden, ihrem Volke eine Fülle herrlichster Werke.

Und wunderbar: während dies alles sich vorbereitete, ja zum Teil schon geworden war, lebte der größte Erwecker des deutschen Volkes noch, der alte Fritz, und er wollte von dem allem nichts wissen; er lehnte die deutschen Dichtungen, die er kannte, als „barbarisch" ab; Lessing, dessen scharfer Geist seinem eigenen nah verwandt war, war ihm zuwider, und Goethes Götz von Berlichingen fand er abscheulich; er blieb bei seiner Vorliebe für alles Französische, sprach fast nur französisch und schrieb seine eigenen politischen, geschichtlichen, kriegswissenschaftlichen Werke nur in dieser Sprache.

Welch ein Widerspruch! Und doch, wie versöhnend die Vorhersage in einem seiner letzten Werke; da sah der große Einsame die Zeit kommen, wo in deutscher Sprache Unvergänglich-Schönes geschaffen werde! Sie war schon da, diese Zeit, nur sah der greise „Philosoph von Sanssouci" nicht, was sie geschaffen, und verstand nicht die pochende Seele dieses an den Born seines Volkstums wiedergekehrten Volkes.

Und seltsam ein anderes: diese Blüte der Dichtkunst blieb politisch ohne Folgen. Die Deutschen waren nach dem Wort einer welterfahrenen Französin, der Frau von Staël, „das Volk der Dichter und Denker" — sie begnügten sich mit der Herrschaft im Reiche der Gedanken und

blieben gleichgültig bei der politischen Zerrissenheit und Ohnmacht ihres Volkes.

Ja, die Versenkung in die Welt des Geistig-Schönen zog sie ab von der Beschäftigung mit den Dingen der politischen Wirklichkeit, die ihnen einerlei waren. Das Reich der Kunst, meinten sie — trotz Herders Lebensarbeit — kenne keine Schranken; sie bekannten sich in einer Art geistigen Taumels zum „Kosmopolitismus" — jener weltbürgerlichen Auffassung, die alle Menschen als Brüder ansieht und das eigne Volk vergißt.

Was war diesem Geschlecht der Staat! — Was war ihm die Volksgesamtheit!

Bis es politisch zur Erkenntnis und zur Tat geführt wurde, mußte dies Geschlecht von politisch Gleichgültigen hart in die Zucht genommen werden.

Dann aber, als es politisch erwachte und sich — inzwischen durch den großen Zwingherrn Napoleon geknechtet — auf sich selbst besann und die Befreiung ersehnte, da wirkten die Werke der Dichter begeisternd und erhebend. Schiller hatte in seiner „Jungfrau von Orleans" das Wort hinausgeworfen: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre" und im „Wilhelm Tell" das Recht auf die völkische Selbsthilfe kraftvoll verkündet: „Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr verfangen will, ist uns das Schwert gegeben." Diese beiden Schauspiele, jedes in seiner Art ein hohes Lied der Freiheit und völkischer Würde, zeigten zwei glänzend durchgeführte Befreiungen von fremdem Joch und riefen mit starken Mitteln zur Nacheiferung auf.

Dann zeigte sich auch, wie das geistige Band, das die Dichter mit ihren Schöpfungen um unser Volk geschlungen, und das die Gebildeten umklammerte, auch politisch zusammenfassend wirken mußte, so daß auch das reiche geistige Leben des Volkes schließlich dem Drange nach nationaler Einheit zu gute kam.

Fall und Erhebung.

Die französische Revolution und ihre Ursachen.

Das „absolute Regiment" betrachtete seine Landesbewohner als „Untertanen", als lebendes Zubehör zum Lande, und verfügte über sie nach Wohlgefallen. Mit dem Erwachen des Selbstbewußtseins der Einzelnen und der Gesamtheiten mußte dieser Zustand als unwürdig und unerträglich empfunden werden und das Ringen um das Recht und die Freiheit des Einzelnen, wie der Völker anheben.

In Europa haben die Franzosen den Vorkampf für die andern Völker geführt und sich dadurch ein hohes, unverjährbares Verdienst erworben.

Die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Kampfes und die Folgen, die er für unser eigenes Volk hatte, verlangen, daß wir jene Vorgänge eingehender schildern, auch wenn sie sich jenseits unserer Grenzen abgespielt haben: es ist dies für das Verständnis der weiteren Entwicklung unbedingt erforderlich.

Die Schriftwerke der Aufklärung untersuchten offen und ungescheut, ob die angemaßten Befugnisse des „absoluten Regiments" mit der Natur und der Vernunft im Einklang standen, und sie kamen selbstverständlich zu dem Ergebnis, daß dies nicht der Fall sei. Wurde die herrschende Staatsauffassung so durch die Lehren der Aufklärung untergraben, so tat die schmachvolle Lebensführung Ludwigs XV. und seines Hofes ein übriges, um auch tatsächlich die Krone um alles Ansehen zu bringen.

Dazu kam, daß Bürger und Bauern allein die ungeheueren Staatsausgaben aufzubringen hatten, während der Adel und die Geistlichkeit steuerfrei waren: in schändlicher Weise drückten die Steuerpächter auf die geplagten Volksschichten der Bauern und Kleinbürger, um ihnen die Steuern herauszupressen; in weiten Teilen Frankreichs herrschte seit Jahren Hungersnot. Das ganze wirtschaftliche Leben stockte — aber der Hof in Versailles verpraßte frech, was der Notdurft der Ärmsten abgestohlen war.

Eine ungeheuere Erbitterung sammelte sich an, und die gebildeten Kreise der Bürgerschaft, die Schüler der Aufklärung, stellten der zur Verzweiflung getriebenen untersten Schicht ihre Führer.

Dies Volk sah nun, wie jenseits des Weltmeeres die koloniale Bevölkerung der englischen Besitzungen in Nord-Amerika den vom Mutterlande leichtfertig aufgedrungenen Kampf aufnahm und unter der Führung echter Volksmänner wie George Washington und Benjamin Franklin in achtjährigem schwerem Kriege (1775—83) ihre Freiheit erstritt: am 4. Juli 1776 erklärten die Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit ihrer Länder aus eignem Rechte nach den ewigen Gesetzen der Natur und der Vernunft, und verkündeten die „allgemeinen Menschenrechte".

Ungeheuer war die Wirkung dieser Vorgänge in Europa; aus Frankreich und Preußen erhielten die kühnen Neuerer im fernen Nordamerika Zuzug — sie siegten, und im Frieden von Versailles (1783) mußte England ihre Unabhängigkeit anerkennen.

Die unter dem „absoluten Regiment" stehenden Völker Europas hatten gesehen, daß ein Kampf um die Freiheit des Einzelnen, wie der Volksgesamtheit siegreich durchgeführt war. In Frankreich, das mit besonderer Spannung der Entwicklung jenseits des atlantischen Meeres gefolgt war, trieb alles zur Entscheidung. Nun vollzog sich, was Jahrhunderte vorbereitet hatten, mit fürchterlichen Ausbrüchen gerechten Volkszornes, mit einer Gewaltsamkeit, die in der Geschichte ohnegleichen ist. Auf Ludwig XV., den Schamlosesten und Verächtlichsten, der je einen Thron verunziert hatte, folgte Ludwig XVI., ein Mensch von gutem, aber schwachem Willen, nicht ohne Einsicht in die Schäden des Landes, aber ohne die Kraft zu rettendem Entschluß und zu ganzer Tat. Als er die Herrschaft antrat, fand er eine ungeheure Staatsschuldenlast vor, die durch die ewigen Kriege seiner Vorgänger, ihre wahnsinnigen Prunkbauten, die verschwenderische Hofhaltung und eine schandbare Mätressenwirtschaft herbeigeführt war; die Staatsausgaben überstiegen die Einnahmen um das Doppelte. Ein so reiches Land wie Frankreich hätte diese Geldnöte wohl überwinden können, wenn der König eine gerechtere Steuerverteilung angeordnet hätte. Der ehrenhafte und tüchtige Finanzminister Turgot machte brauchbare Vorschläge zu einer solchen; aber der Hofadel stürzte den unbequemen Berater; sein Nachfolger Necker, ein Bankherr aus Genf, war der Lage nicht gewachsen.

In seiner Not beschloß der König die Reichsstände zu berufen, die seit Ludwig XIII. nicht mehr getagt hatten. Wird es ihm gelingen, mit der Vertretung eines Volkes fertig zu werden, das längst am Königtum irre geworden war?

Zwei Drittel von Grund und Boden gehörten dem Adel und der Geistlichkeit; das letzte Drittel konnten die ausgesogenen Bauern nicht ausnutzen, weil ihnen die Mittel zur Bestellung fehlten.

In den Städten hatte eine unvernünftige Gesetzgebung Gewerbe und Handel lahm gelegt; die Verwaltung arbeitete willkürlich, die Rechtspflege versagte gegenüber der „Kabinetts-Justiz", d. h. den Eingriffen des unbeschränkten Königs und seiner Umgebung gegen die Freiheit, das Leben und Eigentum der Untertanen. Alle Ämter waren käuflich geworden — ein schändliches Mittel, um der Geldnot zu steuern; das Heer zuchtlos und herabgekommen. Eine dumpfe Wut hatte sich des Volkes bemächtigt, die schon zu wiederholten Aufständen geführt hatte; der Haß gegen alles Bestehende, der Neid gegen die Besitzenden, ein wilder Zorn gegen den Staat, den König und seine Beamten, das Verlangen nach Vergeltung für unendliches Unrecht: das war die Stimmung der gedrückten Masse, als die Reichsstände zusammengerufen wurden.

Solange die Regierung es nur mit den Volksvertretern zu tun hatte, spielte der politische Kampf sich verhältnismäßig ruhig und geordnet ab; als aber das Volk selbst, als der Pöbel von Paris eingriff, als seine Helden die Führung an sich rissen, ging alles Maß verloren.

Ein Mann war da, der vielleicht helfen konnte, der geniale Graf Mirabeau, ein Mann von schärfstem Verstand und unermüdlicher Arbeitskraft, von leidenschaftlichem Willen und hinreißender Redegewalt: er hatte das Vertrauen des Volkes — dieser Sprosse des alten südfranzösischen Adels hatte sich in der Gilde der Tuchhändler einschreiben lassen, um als Abgeordneter des „dritten", d. h. des Bürgerstandes gewählt werden zu können — jetzt, in der Not des Staates warb er um das Vertrauen seines Königs, dem er helfen wollte. In dem Augenblick, wo es auf ihn ankam, starb er plötzlich, und keiner war da, der ihn ersetzte.

Der Sturm wächst, immer lecker wird das Staatsschiff, immer ratloser und feiger werden seine Lenker. Bald gibt es nur noch einen Herrn, den Pöbel. Durch Ströme von Blut, durch Gemeinheit sondergleichen, durch Verrat und Treubruch, durch Grausamkeit und Mord wird er von seinen Führern gezerrt; das Haupt des Königs fällt auf dem Schafott, auch das seiner schönen Gemahlin Maria Antoinette, der Tochter Maria Theresias; Gott selbst wird entthront und die Vernunft an seine Stelle gesetzt.

Eine Schreckensherrschaft bricht an, gegen die selbst die schrecklichsten Tage des entarteten Rom harmlos waren; die Revolution verschlingt ihre Söhne, bis ermattet das Volk reif ist, von neuem unter einen Zwingherrn zu kommen.

Kriege der Republik.

Im Jahre 1792 hatte die Revolution über die Grenzen Frankreichs hinübergegriffen, indem im April an Franz II., den Neffen der unglücklichen Maria Antoinette der Krieg erklärt wurde; König Friedrich Wilhelm II. von Preußen trat auf des Habsburgers Seite, der nur die Absicht

hatte, die Franzosen von den Reichsgrenzen fernzuhalten. Dementsprechend wurde der Krieg matt und lässig geführt. Im Oktober 1792 drang der Revolutionsgeneral Custine in Mainz ein, besetzte die Stadt und eroberte das ganze linke Rheinufer; auch Belgien fiel den Franzosen zu. Es gelang den Verbündeten, Mainz wieder zu nehmen und die Revolutionsheere zurückzuschlagen, aber die aus den polnischen Teilungen herrührenden Verstimmungen zwischen Preußen und Österreich lähmten die Kriegführung so daß die Siege nicht ausgenutzt wurden.

Im April 1795 zerfiel das Bündnis ganz, und Preußen schloß den traurigen Sonderfrieden von Basel, in dem es das linke Rheinufer gegen Entschädigungen im Innern des Reiches preisgab.

Franz II. (1792—1806) führte den Krieg mit England weiter; in Deutschland kämpfte sein tüchtiger Bruder Erzherzog Karl mit Erfolg, in Italien dagegen war der junge Revolutionsgeneral Napoleon Bonaparte siegreich. Nach langen Verhandlungen kam am 17. Oktober 1797 der Friede zu Campo Formio zustande, in dem der Kaiser die Abtretung des linken Rheinufers anerkannte.

Doch die Waffenruhe währte nicht lange: die europäischen Mächte sahen mit Angst die Einwirkung der Revolution auf ihre Völker und dachten daran, sie zu ersticken.

Zu diesem Zwecke kam schon 1799 ein zweiter Bund zwischen Rußland, Österreich und England zustande. Der Krieg spielte in Oberdeutschland und Oberitalien; lange schwankte die Entscheidung. Als aber die Österreicher von Napoleon bei Marengo und von Moreau bei Hohenlinden aufs Haupt geschlagen wurden, verlor Franz den Mut und schloß am 9. Februar 1801 den Frieden von Luneville, der die Abtretung des linken Rheinufers bestätigte.

Napoleon Bonaparte.

Inzwischen hatte die Revolution sich in Frankreich ausgetobt; das Land hatte seinen neuen Herrn gefunden in Napoleon Bonaparte, der sich durch den Staatsstreich vom 9. November 1799 zum ersten Konsul aufgeworfen hatte und der sich am 2. Dezember 1804 als der Erwählte des Volkes die Kaiserkrone aufs Haupt setzte.

Eines der größten Genies aller Zeiten hatte den Schauplatz gewaltigster Geschehnisse betreten, ein Mann, der die Welt in ihren Fugen erzittern machte.

Er war in Ajaccio auf Korsika als der Sohn eines armen italienischen Adelsgeschlechtes geboren, hatte also keinen Tropfen französischen Blutes in seinen Adern. Beim Beginne der Revolution war er noch Leutnant bei der Artillerie, bei der Belagerung von Toulon Hauptmann, nach der Einnahme dieser Stadt mit 24 Jahren Brigadegeneral, und bald durch

seine glänzenden Siege in Italien der erste Mann des Heeres — ein Feldherr, der den größten Kriegsmeistern aller Zeiten zugerechnet werden muß.

Seine Weise der Kriegführung war völlig neu und entsprach der Art der ihm unterstellten Truppen: Schnelligkeit der Bewegungen und gewaltsame Massenstöße waren die Mittel, mit denen er die Heerführer der alten Schule überraschte, und es dauerte lange, bis seine Gegner von ihm gelernt hatten.

Großartig wie seine Kriegskunst, war auch seine Tätigkeit in der Staatsverwaltung: er brachte es fertig, in Frankreich, das seit der Revolution an 25000 Gesetze über sich hatte ergehen lassen müssen und das über 47 Milliarden Papiergeld ausgegeben hatte, eine Verwaltungsmaschine zu schaffen, die trefflich arbeitete und seinen Zwecken diente.

Mit der Sicherheit des Menschenkenners durchschaute er die Franzosen; er sah, daß diesem Volke äußerer Glanz genügte, daß es für eine freie Verwaltung gar kein Verständnis hatte. Frankreich, dem er ja nicht dem Blute nach angehörte, sondern durch Zufall, blieb ihm innerlich immer fremd — für ihn nur ein Mittel für seine Zwecke: die Unterwerfung der Welt.

Wir haben gesehen, daß mehr als ein Herrscher an diesem unnatürlichen Gedanken gescheitert ist: die Ottonen, die Hohenstaufen und Karl V. Sollte diesem kühnen Soldaten des Glückes gelingen, was jenen versagt war?

Eines hatte er vor jenen voraus: den völligen Mangel an Gemüt, an Mitleid; ihm war es gleichgültig, was aus Frankreich wurde, ihn kümmerte nicht das Schicksal der Hunderttausende, die um seinetwillen den Schlachtentod sterben mußten, er dachte nur an sich, dieser größte aller Selbstsüchtigen, die die Geschichte kennt.

Kein liebenswürdiger Zug ist von ihm überliefert; treulos, gewissenlos, verlogen und innerlich roh, von Verachtung gegen Menschen und Gedanken erfüllt, ohne Verständnis für Großmut und Hochherzigkeit — so war der Mann beschaffen, der den frechen Anspruch erhob, der Herr der Welt zu werden — und der in Wahrheit doch nichts anderes war, als der großartigste Abenteuerer der Weltgeschichte.

Die Auflösung des Reiches.

Der Friede von Luneville bedeutete genau genommen das Ende des heiligen römischen Reiches deutscher Nation: das linke Rheinufer ging verloren und es war verabredet, daß die weltlichen Fürsten, die dadurch zu Schaden kamen, rechts vom Rheine entschädigt werden sollten durch die Einziehung aller geistlichen Kleinstaaten, die sich dort fanden. Das längst Notwendige geschah, und die Unnatur dieser geistlichen Stätlein verschwand: schlimm nur, daß das an sich Notwendige so häßlich geschah.

Denn es hob jetzt ein Jagen um die Gunst Bonapartes und seiner

Minister an, das ewig eine Schande für die deutschen Fürsten bleiben wird; nach Paris eilten sie selbst oder ihre Gesandten und trieben sich in den Vorzimmern des Allmächtigen herum, bis sie gnädig vorgelassen wurden; Bestechungen und Erniedrigungen spielten ihre Rolle. Glücklich diejenigen, denen der Konsul ein Stück Land zuwarf, verzweifelt, wem er seine Gunst versagte. Auf diese Weise verschwanden 112 deutsche Staaten, oder besser Stätlein. Der letzte Kurfürst von Mainz wurde als „Primas" des Reiches mit einem neuen unnatürlichen Gebilde aus Regensburg und Wetzlar versorgt; die freien Reichsstädte wurden bis auf Frankfurt, Nürnberg, Augsburg, Hamburg, Bremen und Lübeck aufgehoben; die ganze Reichsritterschaft verlor die Selbständigkeit.

Das alles wurde niedergelegt in dem sog. „Reichsdeputationshauptschluß" des Jahres 1803. Wie es bei den Entschädigungen zuging, die er bestimmte, wird dadurch ins rechte Licht gesetzt, daß z. B. Preußen fünfmal, Hessen-Darmstadt achtmal, Baden gar zehnmal soviel Land rechts vom Rhein erhielten, als sie links davon an Frankreich verloren hatten. Und doch, so häßlich und unvornehm diese Fürsten-Revolution des Reichsdeputations-Hauptschlusses war — was sie durchführte, war nötig: denn alle diese Zwergstaaten waren im Sumpfe ihres engen Lebens verkommen, die Bevölkerung war dem großen Gesamtvolke entfremdet, ja verloren. Sollten sie dem Vaterland wieder gewonnen werden, so mußten sie aufgehen in größeren staatlichen Gebilden — vorausgesetzt, daß diese selbst ihres Volkstums bewußt waren oder dazu gemacht wurden.

Wie tief aber damals das Selbstgefühl der Deutschen gesunken war, geht daraus hervor, daß der Verlust des linken Rheinufers ohne Klage hingenommen wurde, ja daß man den Rhein als die natürliche Grenze Deutschlands ansah und Preußen für den kläglichen Frieden von Basel belobte.

Wie war das möglich? Es gibt nur die eine Erklärung: das Gefühl der Einheit und Zusammengehörigkeit war in dem Jammer des heiligen römischen Reichs abhanden gekommen, und die Gebildeten hatten sich in der Welt der Gedanken so verloren, daß die politischen Wirklichkeiten des Tages sie gleichgültig ließen.

Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Auch Preußen versagte in solcher Zeit, der einzige Staat, der hätte helfen können.

Dort war inzwischen Friedrich Wilhelm III. (1797—1840) seinem Vater gefolgt. Schlimme Zustände fand der neue König vor: die Staatskassen waren leer, das Heer stehen geblieben und von zu alten Offizieren befehligt, die auf des großen Friedrich Ruhm pochten, selbst aber mit den Mannschaften träge und friedensselig geworden waren. Die letzte Teilung

Polens hatte dem Staate ein zu großes Stück polnischen Landes gebracht, so daß nun die schwere Aufgabe gestellt war, es deutsch zu machen.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse waren faul und morsch geworden; Berlin mochte in der Unsittlichkeit getrost mit Paris wetteifern; man lese die Schilderung in dem furchtbaren Romane von Willibald Alexis „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", um zu erkennen, wie faul und entsittlicht die Gesellschaft jener Zeit war. Freilich der junge König selbst bot mit seiner Gemahlin, der schönen und klugen Luise von Mecklenburg-Strelitz ein Vorbild reinen Ehelebens, aber ihm fehlte der Mut, gegen die Krankheits-Erscheinungen der Gesellschaft vorzugehen, obwohl er sie erkannte und verurteilte.

Nicht anders verhielt er sich auf politischem Gebiete; er durchschaute genau die Schäden des Staates und den Unwert der Ratgeber seines Vaters, und war sich auch über den Rückgang des Heeres im klaren; aber er ließ trotzdem alles gehen und behielt sogar die unwürdigen Minister im Amte. Ein langsamer Geist, stärker im Ertragen als im Handeln; unsicher der Welt gegenüber; ängstlich in seinen Urteilen; schwer zu einem Entschluß zu bringen — so war der König nicht geeignet, seine Zeit wieder einzurenken.

In wichtigen Stellen des Heeres und der Verwaltung fand sich ein enger Kreis wahrer Vaterlandsfreunde, die auf Verbesserungen drängten, allein der König war zu nichts Wesentlichem zu bewegen.

Kaiser Napoleons Kriege.

Inzwischen war Napoleon Kaiser geworden; noch im Winter 1804 unternahm er eine Rundreise in die eroberten rheinischen Lande und wurde in Aachen als der neue Karl der Große begrüßt; im kurfürstlichen Schlosse zu Mainz huldigten ihm zahlreiche süd- und westdeutsche Fürsten und gebärdeten sich dabei als seine Vasallen — ein trauriger Anblick, jene aller Würde baren Sprossen des hohen deutschen Adels!

Ein neuer Waffengang mit Österreich stand bevor; dem Kaiser kam es darauf an, in diesem Kriege Preußen von Österreich getrennt zu halten; er überbot sich deshalb in Liebenswürdigkeiten gegen Friedrich Wilhelm.

Dabei war er fest entschlossen, nach Habsburgs Niederlage den Hohenzoller niederzukämpfen: seine Spione hatten ihn über die inneren Zustände Preußens genau unterrichtet; vor allem kannte er die Altersschwäche des preußischen Heeres. Schon jetzt, während er dem König noch schmeichelte, bereitete er den Krieg gegen ihn diplomatisch in der Absicht vor, Preußen zu vereinsamen. Dieser Gegner sollte ohne Bundesgenossen dastehen, wenn es zum Kampfe käme.

In dieser Absicht ging Napoleon so vor: mit England lebte er weiter im Kriege; da er dem Inselvolke zur See nichts anhaben konnte, hatte er

Hannover, das deutsche Stammland der dort herrschenden Welfen besetzt. Dies Hannover, dessen Zuwachs für Preußen allerdings höchst erwünscht war, bot er Friedrich Wilhelm an und schlug ihm vor, die Markgrafschaft Ansbach dafür an Bayern abzutreten. Ging Preußen auf diesen Plan ein, so war der Riß mit England vollzogen, mehr noch: es war auf lange Zeit wegen solchen Treubruchs verachtet, vereinsamt, und nicht bundesfähig. Des Königs Berater, Graf Haugwitz und die beiden Welschen Lombard und Luccheſini waren von Napoleons Vorschlag entzückt, denn ihnen galt als höchstes Ziel der Staatskunst, ohne Opfer einen Fetzen Landes zu erschnappen; sie hatten keine Ahnung davon, daß der Staat sittlich handeln muß. Der König aber fand es unrecht, einen Fürsten zu berauben, mit dem er in Frieden lebte, und ging auf den Tausch nicht ein. Friedrich Wilhelms Ehrlichkeit hatte diesen ersten Plan Napoleons zuschanden gemacht; aber der verschlagene Korse gab das Spiel nicht auf; er verstand zu warten.

Rußland und Österreich hatten mit England ein Bündnis zur Herstellung des europäischen Gleichgewichtes geschlossen: sie verlangten die Zurückziehung aller rechts vom Rheine stehenden französischen Truppen und erklärten den Krieg, als Napoleon dies verweigerte (1805).

In eiligen Märschen rückte der Kaiser durch Bayern auf die Grenzen Österreichs zu und befahl dem in Hannover stehenden Marschall Bernadotte, auf dem kürzesten Wege zu ihm zu stoßen. Dieser Weg führte durch Ansbach-Bayreuth, die fränkischen Besitzungen der Hohenzollern. Bernadotte marschierte durch diese Gebiete, obwohl Preußen am Kriege nicht beteiligt war — ein frecher Bruch des Völkerrechts, der denn doch den König so empörte, daß er sich mit dem Zaren über eine „bewaffnete Vermittlung" verständigte, sein Heer auf Kriegsfuß setzte und den Russen den Durchmarsch durch Schlesien erlaubte.

Graf Haugwitz erbot sich, Genugtuung zu verschaffen, und reiste zu Napoleon.

Der Krieg verlief ungünstig für die Verbündeten: in der Dreikaiserschlacht von Austerlitz erlitten sie am 2. Dezember 1805 — genau ein Jahr nach Napoleons Kaiserkrönung — eine schwere Niederlage, die den kleinmütigen Franz veranlaßte, sofort Frieden nachzusuchen. Zar Alexander von Rußland zog seine Truppen nach Nordosten zurück und stellte sie unter preußischen Befehl. Haugwitz war schon in Mähren zu Napoleon gestoßen; dieser hatte aber die Unterhandlungen hinausgeschoben und ihn mit sich gezogen, bis die Entscheidung bei Austerlitz gefallen war. Nun, nach diesem Siege der Franzosen verging dem preußischen Abgesandten der Mut, und, statt Genugtuung für den Bruch des Völkerrechtes zu verlangen, schloß er ein Schutzbündnis mit Napoleon, nahm Hannover aus seiner Hand an und trat Ansbach an Bayern ab, während Frank-

reich die rechtsrheinischen Teile von Kleve und Berg und Neuenburg erhielt.

Der König genehmigte diesen in Schönbrunn am 15. Dezember 1805 geschlossenen Vertrag nur mit einigen Änderungen und Vorbehalten, zu denen Napoleon zunächst arglistig schwieg; Haugwitz blieb aber trotz seines an Staatsverrat grenzenden Verhaltens im Amte und sollte nach Paris reisen, um dort die Angelegenheit in Anstand zu Ende zu führen. Zu Gunsten dieses unseligen Ministers und seiner jammervollen Politik läßt sich nichts anführen — es sei denn, daß er überzeugt war, genau im Sinne seines Königs zu handeln, dessen Unentschlossenheit er nur zu gut kannte, über die er selbst bitter genug klagte, und der ihm für die Verhandlungen mit Napoleon die geheime Anweisung mitgegeben hatte, auf jeden Fall den Frieden zu erhalten.

Nun geschah das schlechthin Unverständliche, Unglaubliche: in solcher Lage, wo das Schwert schon halb gezogen war, wo Preußens Ehre auf dem Spiele stand, wurde das Heer aus kleinlicher Sparsamkeit wieder auf Friedensfuß gesetzt.

Der eitle Haugwitz fand in Paris schlimmen Empfang: Napoleon stellte sich entrüstet über des Königs Verhalten; er könne an den Schönbrunner Abmachungen nur dann festhalten, wenn Preußen seine Flüsse und Küsten gegen England schließe. Haugwitz war vernichtet — diese Forderung bedeutete den Seekrieg mit England!

Aber was tun: das Heer nicht mehr kriegsfähig, Napoleon aber offenbar zum Einmarsch bereit. Der König erteilte seine Zustimmung, da er den Mut zum Kriege nicht fand; der Vertrag wurde ausgeführt und hatte die Kriegserklärung Englands zur Folge, und die schöne preußische Handelsflotte fiel den englischen Kaperschiffen zum Opfer.

So hatte sich des Königs Unentschlossenheit, so Haugwitzens feige, friedensselige, von Krämergeist erfüllte Politik gerächt: Preußen hatte eine schwere Demütigung davongetragen.

Der Rheinbund; des Reiches Ende.

Im Preßburger Frieden (26. Dez. 1805) war zwischen Österreich und Frankreich ausgemacht worden, daß die süddeutschen Fürsten, Napoleons Verbündete, aus dem Reiche ausscheiden und „souveräne" Herren ihrer Länder werden sollten. So geschah es, daß sechzehn deutsche Fürsten — vom Inn bis zum Rhein — sich vom Reiche lossagten und im Juli 1806 unter Napoleons Schutzherrschaft den Rheinbund schlossen.

Wieder erfolgte ein Umsturz von oben: alle kleineren bis dahin selbständigen Herren (Fürsten und Grafen) im Gebiete des Rheinbundes verloren ihre Selbständigkeit und wurden den zum Rheinbund gehörigen Staaten einverleibt, unter ihnen alte Häuser wie die der Fürstenberg und

Hohenlohe. Um ihr Erbe rissen sich Napoleons Vasallen, und die Teilung des Raubes war noch widerlicher und gemeiner als die Verhandlungen beim Reichsdeputationshauptschlusse.

Mit besonderer Absicht bedachte Napoleon die Fürsten Bayerns und Württembergs mit reichlichem Landzuwachs und erhob sie zu Königen. Er wollte durch diesen Machtzuwachs und die Standeserhöhung den Zusammenschluß der deutschen Stämme erschweren oder gar unmöglich machen. Diese Absicht erreichte er — es währte zwei Menschenalter, bis die Staatskunst Bismarcks und die Siege auf Frankreichs Schlachtfeldern diese schlimmen Hindernisse überwanden. Jetzt ließ Napoleon sich seine Wohltaten bezahlen mit dem Blute der Untertanen der neu geschaffenen Königreiche, die ihm ihre Söhne für seine unaufhörlichen Kriege stellen mußten; dasselbe verlangte er von seinen anderen „rheinbündischen Vasallen".

Damit war nun auch tatsächlich das Ende des heiligen römischen Reiches deutscher Nation gekommen — ohne Sang und Klang sank es ins Grab: am 6. August 1806 erklärte Kaiser Franz II. wider alles Reichsrecht die Würde des deutschen Kaisers für erloschen und das Reich für aufgelöst. Das war ein Staatsstreich, denn er war nur befugt, für seine Person abzudanken. Vorher hatte dieser kleine Mensch aber noch eine Probe seiner Auffassung von der kaiserlichen Stellung abgelegt, indem er seinen Pariser Gesandten, den Grafen Metternich, angewiesen hatte zu versuchen, welchen Vorteil er aus der Kron-Entsagung herausschlagen könne. Soweit war es gekommen: die Krone des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, an die sich die stolzesten Erinnerungen unserer Geschichte knüpften, war für ihren Inhaber zum Gegenstand eines niedrigen Handels geworden. Im Volke wurde das Ende des Reichs mit Gleichgültigkeit hingenommen, ja in den Rheinbundlanden mit schamloser Freude; so schrieb eine Mainzer Zeitung: „Deutschland ist tot, endlich und für alle Zeit!"

Preußens Niederlage.

In Preußen hatte man nun die Gefahr erkannt und beschloß ihr vorzubeugen; es wurde versucht, die norddeutschen Staaten unter Preußens Führung zusammenzufassen.

Schon im Jahre 1804 hatte der König den Reichsfreiherrn Karl vom und zum Stein zum Finanzminister berufen; der arbeitete jetzt eine Denkschrift aus, in der er die Gebrechen der Staatsverwaltung offen darlegte und die Wege zur Abhilfe zeigte. Fünf Prinzen des königlichen Hauses und mit ihnen Stein, sowie die Generale Blücher und Rüchel richteten eine Vorstellung an den König und erbaten die Entlassung der unfähigen Kabinettsräte Lombard und Haugwitz, wurden aber von ihm ungnädig zurückgewiesen.

Bald zeigten sich Napoleons wahre Absichten; er verhandelte mit dem noch immer unbesiegten England wegen des Friedens und bot ihm dabei Hannover wieder an, dasselbe Land, das er vor einem Jahre Preußen förmlich aufgezwungen hatte. Als diese Hinterlist in Berlin bekannt wurde, ging auch die Geduld der Geduldigsten zu Ende; es war klar, Napoleon hatte es auf eine neue, schwerere Demütigung Preußens abgesehen. Man beschloß, ihm diesmal zuvorzukommen: am 7. Oktober 1806 wurde die Forderung überreicht, alle französischen Truppen aus Deutschland rechts vom Rheine zurückzuziehen und den zu gründenden norddeutschen Bund anzuerkennen.

Napoleon antwortete am 12. Oktober, hatte aber seine Heere schon in Bewegung gesetzt bevor er die preußische Aufforderung erhielt. Der preußische Aufmarsch vollzog sich in Thüringen und war rasch vollendet, aber der Vorsprung ging dadurch verloren, daß der unselige Haugwitz — noch immer im Amte — das Losschlagen verhinderte, weil er noch eine günstige Wendung erhoffte.

Preußen stand unmittelbar vor dem Kriege; daß es ein Kampf auf Leben und Tod sein werde, war wenigen klar. Das Volk blieb gleichgültig, das Heer kalt; die Offiziere meinten hochmütig, mit den Banden Napoleons schnell fertig zu werden. An der Spitze des Heeres stand der alte Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, der auch 1792 die verbündeten Preußen und Österreicher gegen die Revolutionsheere geführt hatte.

In Thüringen stießen die Gegner aufeinander: Bei Saalfeld verlor Prinz Louis Ferdinand von Preußen, der Führer der Vorhut, am 10. Oktober Schlacht und Leben, ein Feuerkopf von Geist und Einsicht, aber mit sich zerfallen und vor der Zeit aufgerieben in zügellosem Leben.

Das war ein schlimmer Anfang!

Vier Tage später kam es bei Jena und bei Auerstädt zur Schlacht zwischen den Hauptheeren. Die Preußen erlitten eine zerschmetternde Niederlage (14. Oktober 1806). Die Sünden seit des großen Friedrich Tod rächten sich fürchterlich. Die Offiziere waren dem gemeinen Mann fremd und verhaßt; die Gemeinen zum Dienste gepreßt, ohne Anhänglichkeit an den Staat, der ihr Blut erkauft, ohne inneres Verhältnis zu dem Lande, das sie verteidigen sollten. Die Führer verloren den Einfluß über die Mannschaft; der Rückzug artete in wilde Flucht aus; ganze Truppenteile wurden fahnenflüchtig.

So verlor an einem Tage Preußens Heer Ruhm und Ehre!

Ein Zusammenbruch ohnegleichen folgte der Niederlage. Es zeigte sich, daß auch das Volk und die Verwaltung jeden Halt verloren hatten. Wohin die Franzosen kamen, öffneten sich die Tore der Festungen ohne Schwertstreich, die Beamten lieferten freiwillig die Kassen ab und versahen

für den Eroberer den Dienst weiter. Bürger und Bauern empfingen die fremden Sieger mit knechtischer Unterwürfigkeit, ja sie begrüßten sie als Befreier.

Der Minister des Innern, Graf von der Schulenburg-Kehnert erließ die schmachvolle öffentliche Kundgebung in Berlin: „der König hat eine Bataille verloren. Ruhe ist jetzt erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Bevölkerung dazu auf. Der König und die Prinzen sind gesund."

So tief war der Heldenstaat des großen Friedrich gesunken: der Feind im Herzen des Landes, und der Minister hat nichts anderes zu tun, als zu ruhiger Ergebung aufzufordern!

Wahrlich dies Volk mußte gezüchtigt werden, daß es erwachte.

Trostlos und traurig ist es, die Geschichte jener Tage zu erzählen, — um so erhebender der Anblick jener Wenigen, die ihre Pflicht taten. In ungestörter Ordnung führte General von Blücher seine Division zurück; Oberst von York deckte ihm den Rücken, Oberst Scharnhorst die linke Flanke. Bis Mecklenburg schlug die wackere Schar sich durch, verfolgt von drei französischen Heerkörpern, und nach verzweifeltem Kampf bei Lübeck ergab sie sich erst, als die Lebensmittel ganz ausgegangen und alles Pulver verschossen war.

In Graudenz hielt sich der alte General von Courbière mit Heldenmut; die Verteidigung von Kolberg übernahm Major von Gneisenau und hielt die Festung bis zum Frieden; ihn unterstützten dabei der prächtige Seemann Nettelbeck und Ferdinand von Schill mit seiner den Feind unermüdlich belästigenden Husaren-Freischar. In Schlesien führte Graf Götzen, in Pommern von der Marwitz, in Westfalen Freiherr von Vincke auf eigene Faust den kleinen Krieg.

Diese Tapferen waren es, an die die Hoffnung der Verzweifelten sich klammerte.

Im Oktober noch war Napoleon in Berlin eingezogen, während die königliche Familie sich nach Memel in die äußerste Nordost-Ecke des Staates geflüchtet hatte. Die mitteldeutschen Verbündeten hatten Preußen nach Jena verlassen; der Kurfürst von Sachsen trat Ende 1806 dem Rheinbunde bei und wurde von Napoleon als König anerkannt. Friedrich Wilhelm suchte entmutigt um Frieden nach und wurde erst wieder fest, als Napoleon verlangte, daß er dem russischen Bündnis entsage. Auf Steins und der Königin Drängen wurde der Krieg fortgesetzt; mit Rußland wurde zu Bartenstein vereinbart, daß nicht eher die Waffen niedergelegt werden sollten, als bis Napoleon aus Deutschland vertrieben sei.

Am 7. und 8. Februar 1807 kam es im Osten zur Schlacht bei Eylau; unter General Lestocqs Führung, dem Oberst Scharnhorst als Generalstabschef zur Seite stand, wurde die Waffenehre wieder hergestellt, ein voller Sieg aber nicht errungen. Bei Friedland erfolgte dann am 14. Juni

der entscheidende Kampf, in dem Napoleon den unfähigen russischen Feldherrn von Bennigsen besiegte. Der Zar, die Treue Friedrich Wilhelms und den Bartensteiner Vertrag vergessend, schloß Frieden mit Napoleon, ohne den König, über seinen Kopf hinaus. Damit war Preußen dem Sieger auf Gnade und Ungnade preisgegeben.

In Tilsit kam am 7. und 9. Juli 1807 der Friede zustande: es hieß darin, daß „Napoleon dem König aus besonderer Achtung vor seinem erhabenen Freunde, dem Zaren Alexander, einen Teil seines Landes lasse".

War je ein Fürst tiefer gedemütigt, als dieser Hohenzoller?

Von 5700 Geviertmeilen behielt er nur 2800, von 10 Millionen Einwohnern nur 4½: Polen fiel an Sachsen, die Lande links von der Elbe erhielt mit Kurhessen und Braunschweig Jérôme, der jüngste Bruder Napoleons als Königreich Westfalen. Preußen sollte von französischen Truppen bis zur Tilgung der Kriegskosten besetzt bleiben; wie hoch die waren, wurde nicht gesagt. Und endlich: es durfte nicht mehr als 42000 Mann unter den Waffen halten.

Damit war der Staat des alten Fritz aus der Reihe der Großmächte gestrichen! Dem Rheinbunde beizutreten, weigerte sich der König; dagegen lehnte der letzte Rest von Stolz in ihm sich auf.

Noch in Tilsit rief er den Mann zurück, den er in Memel ungnädig entlassen hatte: den Freiherrn vom Stein. Damit beginnt die Wiedergeburt Preußens.

Reichsfreiherr vom Stein.

Sechs schwere Jahre der Knechtschaft, der Not, der Unterdrückung mußte dies Volk ertragen: sie haben es geläutert und gestählt, erzogen zur Tapferkeit und Treue, zur Frömmigkeit und Tugend; sie haben einen sittlichen Haß gegen alles Fremde in ihm erweckt und den heiligen Zorn gegen die Unterdrücker.

Und wieder zeigt sich der deutsche Beruf Preußens: deutsche Männer aus allen Stämmen, nicht geborene Preußen sind es, die den Staat wieder aufrichten! Allen voran der Rheinfranke Stein, der Mecklenburger Blücher, die Hannoverer Scharnhorst und Hardenberg, Gneisenau, ein Sprosse des österreichischen Militäradels, der Sachse Fichte, der Pommer Arndt und alle die andern.

Die letzten bewußten Deutschen sammeln sich in der Nordostecke des Landes und gehen an die Arbeit, eine Fülle geistesgewaltiger Männer, die wissen, daß ihr Tun nicht Preußen allein gilt, sondern dem ganzen deutschen Vaterlande zugute kommt. Niemals hat sich die unverwüstliche Tüchtigkeit unseres Volkstums schöner gezeigt, sein Glaube an den Sieg des Guten, als in jenen Tagen schlimmster Not.

Unter den Helden des Erhebungswerkes steht einer als Erster unter

Gleichen, der gewaltige Schöpfer des neuen Preußen: der Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein. Der entstammte uraltem, reichsfreiem Geschlechte, das an der Lahn begütert war; er selbst hatte noch die Herrschaft über das Erbe seiner Väter angetreten; im Reichsdeputationshauptschluß wurde er als Untertan dem neuen Herzogtum Nassau einverleibt. Damals rief er in einem prächtigen Briefe Gottes Gericht über den Herzog herbei und sprach den Wunsch aus, daß es dem dereinst ergehe, wie jetzt ihm selbst.

Früh war der Freiherr in preußische Dienste getreten und hatte sich in der Grafschaft Mark und als Vorsitzender der Domänenkammer in Münster als ausgezeichneter Meister der Verwaltung bewährt. Ganz ein Mann der nützlichen Arbeit, war er schöngeistigem Wesen abhold; wahrhaftig, echt, schlicht, war er ein Feind des glänzenden Scheins.

Eine gewaltige Leidenschaft lebte in dem Manne, der uns anmutet, wie ein Recke aus alter deutscher Zeit, dieser Held des heiligen Zornes. Mit Verachtung blickte er auf die rheinbündischen Vasallen Napoleons; Kaisern und Königen hielt er sich ebenbürtig als der Sohn eines uralten, edeln Hauses; er verkehrte mit ihnen mit einer ungeschminkten Offenheit, die es begreiflich macht, daß sie immer eine innere Abneigung gegen den stolzen, unabhängigen Mann hatten.

Aus der Verwaltungsgeschichte Englands hatte Stein gelernt, daß ein Volk, um mit dem Staate im Zusammenhang zu bleiben, Anteil nehmen müsse an der Führung der Staatsgeschäfte; er selbst hatte als Beamter immer mit allen Kreisen der Bevölkerung Berührung gesucht und haßte nichts mehr als die „Bürokratie".

Schade nur, daß dieser echte, große Staatsmann zum Diplomaten verdorben war in seinem Abscheu gegen alles Unwahre und Hinterhaltige; deshalb blieb er später nach den Befreiungskriegen seiner Aufgabe manches schuldig, als die Arbeit der „Federfuchser", der Diplomaten, anhob. Aber wahr ist, was Kronprinz Ludwig von Bayern, nachmals König Ludwig I., von ihm gesagt hat: er war der „Eckstein der Deutschheit".

* * *

Die Nachricht vom Tilsiter Frieden hatte den Leidenschaftlichen zu Hause auf seinem Schlosse aufs Krankenlager geworfen; als der König ihn ruft, schüttelt er sein Fieber ab und eilt nach dem fernsten Nordosten des Reiches. Die Verwaltung und Leitung des gesamten Staatswesens wird ihm anvertraut — eine ungeheuere Aufgabe für einen Mann und in solcher Zeit.

Das Land war von 150000 Franzosen besetzt; die Kassen waren leer, das Heer vernichtet, die Verwaltung aufgelöst. Er aber schritt hochgemut ans Werk. Längst hatte er die Mängel des Staates erkannt: die ständische

Ordnung der Gesellschaft, die Bevorzugung des Adels im Heere, die Abgeschlossenheit des Beamtentums vom Volke und seinem Leben.

Er verlangte zur Gesundung des öffentlichen Lebens, daß das Volk mit dem Staate leben müsse, daß Heer und Volk eins seien und daß allen Tüchtigen die Bahn offen stehe, als Offiziere oder Beamte dem Vaterlande zu dienen.

Wie aber dies dem Staate fremde Geschlecht gewinnen?

Mit der Sicherheit des echten Staatsmannes fand er das Mittel: mitarbeiten sollten alle Stände und Berufe an der Staatsverwaltung im Ehrenamte. Eine selbständige politische, verantwortliche Mitarbeit war das Erziehungsmittel dieses Volkes — sein Werk: die preußische Selbstverwaltung.

Wunderbar der Erfolg! Fast unfaßbar, welch reicher Schatz von ungebrochener und ungeweckter Kraft in diesem scheinbar zerschmetterten Volke verborgen lag.

Großartig, planvoll und maßvoll ging Stein voran: durch das Edikt vom 9. Oktober 1807 wurde die Erbuntertänigeit der Bauern aufgehoben und damit Zweidrittel aller Untertanen erst die Freiheit gegeben; den Bürgern wurde der Erwerb von Großgrundbesitz gestattet, und der Adel erhielt das Recht, bürgerliche Gewerbe zu betreiben.

Um den verwickelteren Verhältnissen der Zeit gerecht zu werden, wurde ein Ministerium von Fachministern gebildet, in deren Händen die Staatsgeschäfte zusammenliefen. Die Rechtspflege wurde von der Verwaltung streng getrennt.

Als im Sommer 1808 in Spanien das Volk sich gegen die bonapartistische Herrschaft erhoben hate, und auch Kaiser Franz entschlossen war loszuschlagen, drängte Stein den König zum Kriege; an den in Westfalen begüterten Fürsten Wittgenstein schrieb er, er möge nach spanischem Beispiel in der Provinz einen Volksaufstand hervorrufen. Dieser Brief wurde von den Häschern Napoleons aufgefangen und am 8. September 1808 im Pariser Amtsblatt veröffentlicht.

Stein, der sich durch seine schroffe Art manchen persönlichen Gegner gemacht hatte, merkte, daß der König heimlich gegen ihn beeinflußt wurde, und daß Friedrich Wilhelm hierzu nicht entschieden Stellung nahm. Deshalb entschloß sich der Staatsminister, der auch Napoleons Zorn von Preußen abwenden wollte, seine Entlassung einzureichen, die vom König nach einigen Wochen des Schwankens genehmigt wurde.

Kurz vorher am 19. November 1808 wurde die Städte-Ordnung verkündigt, Steins eigenstes schönstes Werk. So tief der Grundgedanke, so einfach die Ausführung.

Alle Städte wurden mit gleichem Rechte ausgestattet, und allen für Haushalt, Polizei, Armen- und Schulwesen die Selbstverwalung gegeben.

Ein gewählter Magistrat führte die Geschäfte und vertrat die Stadt nach außen und innen, gewählte Stadtverordnete berieten, beschlossen und überwachten den Magistrat. Alle Bürger waren zum unentgeltlichen Dienste im Ehrenamt verpflichtet — und dieser öffentliche Ehrendienst war bestimmt, das Volk zur Mitarbeit am Staate zu erziehen.

Am 24. November 1808 schied Stein aus seinen Ämtern; seine Verwaltung hatte kaum ein Jahr gedauert — und doch, was hatte er in dieser Spanne Zeit geleistet.

Er zog sich zunächst auf sein heimatliches Schloß zurück, mußte aber fliehen, als Napoleon ihn im Dezember ächtete und die Einziehung seiner Güter befahl. Der Geächtete fand zuerst in Böhmen, später in Rußland Unterkunft und kehrte erst im Anfang des Jahres 1813 nach Preußen zurück — die Zeit seiner Verbannung ging seinem Lebenswerke nicht verloren, denn mit leidenschaftlichem Eifer arbeitete er am Sturze des verhaßten Korsen, und er war es hauptsächlich, der den Zaren Alexander zur Gegnerschaft wider Napoleon trieb und ihn auf der Seite seiner Feinde festhielt.

Scharnhorst.

Wie Steins schöpferischer Geist die Verwaltung auf unzerstörbaren Grundlagen aufbaute, so fand Preußen auch den Wiedererwecker des Heeres, den ruhmwürdigen Waffenmeister, der an Steins Seite in vollem Einklang mit ihm wirkte: Gerhard Scharnhorst wurde an die Spitze des Kriegswesens gestellt.

Er war ein hannöverischer Bauernsohn und hatte es nach schweren Entbehrungen und Kämpfen in der Heimat zum Offizier gebracht; dann war er in preußische Dienste getreten und hatte sich bald durch seinen Charakter, seine Tüchtigkeit, sein Wissen ausgezeichnet.

Wer ihn sah, wie ihm die Haare über die Stirne herabfielen, wie er vorwärtsgebeugt dahinschritt, mit den tiefen, schönen Augen scheinbar in die Unendlichkeit hinausblickend — der hätte ihn trotz des Wehrkleids nicht für einen Soldaten gehalten; eher glich er einem in den Waffenrock verirrten Gelehrten. Und doch, wenn es zum Schlagen kam, welch ein straffer, entschlossener, geistesgegenwärtiger Krieger, ganz ein Feldherr, kaltblütig, ruhig und kühn wie keiner.

Im Lager von Gadebusch hatte er den Kameraden seine Gedanken über die Schaffung eines Volksheeres entwickelt; daran denkend forderte Blücher, dem Scharnhorst damals unterstellt war, jetzt den zum Kriegsminister ernannten Waffengenossen auf: „vor einer Nationalarmee zu sorgen, bei der niemand eximieret sein soll".

Scharnhorsts Grundgedanke war: das Heer soll das Volk in Waffen sein, auf daß es durch ein sittliches Band mit Volk und Staat

verbunden sei — keine Söldnerschar, die dem Vaterlande fremd! Der Heeresdienst soll ein Ehrenrecht sein und eine Pflicht, die für alle gleich sei.

Deshalb wurde die allgemeine Dienstpflicht eingeführt. Die Vorrechte des Adels wurden beseitigt; es fiel der Zopf, und die Prügelstrafe wurde abgeschafft.

Größte Schwierigkeiten standen der Ausführung im Wege: die Kassen leer, das Land erschöpft, Waffen und Ausrüstung von den Franzosen erbeutet — vor allem aber, mehr als 42000 Mann durften nach den Bestimmungen des Tilsiter Friedens nicht bei den Fahnen gehalten werden. Aber alle diese Hemmnisse wurden überwunden.

Scharnhorst hatte das Glück, einen Stab glänzend begabter Offiziere zur Mitarbeit zu finden: Clausewitz, Grolman, Boyen, und allen voran Neidhardt von Gneisenau, der nachmals der Vollstrecker seines Willens wurde.

Ein Gedanke und Entschluß lebt in ihnen allen: ein Heer zu schaffen und, wenn es bereit, den Volkskrieg zu beginnen. Die Dienstzeit wurde herabgesetzt, häufige Beurlaubungen ermöglichten einen Wechsel in der Mannschaft: so gelang es die Tilsiter Abmachung zu umgehen und in fünf Jahren 150000 Mann für das Heer auszubilden.

Innere Wandlung in Preußen.

Welch ein Umschwung ging in dem preußischen Volke während dieser Zeit vor! Die Not der Fremdherrschaft erweckte die eingeschlafene Vaterlandsliebe, und jetzt, so kurz nach dem Untergang des alten Reiches, entstand der Traum von der deutschen Einheit.

Heldenhafte Männer übernahmen die Führung des Volkes und rissen es fort durch den Schwung ihrer Hochgedanken und ihrer Begeisterung. Die Sehnsucht nach Gott erwachte; die Kirchen füllten sich wieder, und edle Priester stellten sich in den Dienst des Vaterlandes; vor allen Schleiermacher, der Prediger an der Dreifaltigkeitskirche in Berlin, wirkte wie der Verkünder einer großen, sittlichen Zukunft. Hinreißend waren seine Predigten — dieser fromme Christ wußte, daß er Gottes Willen vertrete, wenn er das Volk aufrief zum gerechten Kriege.

Ernst Moritz Arndt schrieb sein unvergeßliches Buch „vom Geist der Zeit"; Fichte begeisterte durch seine „Reden an die deutsche Nation" jung und alt und sprach „als Deutscher schlechthin zu Deutschen schlechthin über Deutsche schlechthin". Jahn erzog die Jugend durch eifrige Körperpflege zu gestählten Männern. Ihres Volkstums bewußte Dichter, vor allem solche der sogenannten romantischen Richtung, beschworen den Geist der deutschen Vorzeit und ließen die Heldengestalten unserer Geschichte lebendig werden. Der Rhein, vor kurzem ohne Klagen und Zorn verloren, wurde der Gegenstand vaterländischer Sehnsucht. Heinrich von

Kleist, der große aber unglückliche Dichter, schrieb seinen wilden Katechismus aller Deutschen, und schrie nach

„Rettung von dem Joch der Knechte,
Das, aus Eisenerz geprägt,
Eines Höllensohnes Rechte
Über unsern Nacken legt."

Er dichtet das hohe Lied der Rache, die aufreizende, mit Herzblut geschriebene Hermannsschlacht, in der er den ersten Befreier Deutschlands verherrlicht; der ganze Grimm, der sich in einem Ehrliebenden jener Tage angesammelt hatte, entlädt sich in dem großartigen Schauspiel, manchmal zügellos; damals konnte es freilich keine Wirkung ausüben, da es nicht veröffentlicht wurde — aber es bleibt ein unvergleichlich wertvolles Denkmal jener Zeit, ihres Hasses, ihres Freiheitsdranges.

Auch die wirtschaftliche Not tat das ihre, den Fremdenhaß zu schüren; bedenken wir nur, daß aus Preußen allein in den ersten zwei Jahren der französischen Besetzung 1 Milliarde und 129 Millionen Mark herausgepreßt wurden! So wirtschafteten die Beamten des „Befreiers" Napoleon.

Österreichs Erhebung.

Der Kaiser war dem Weltherrschaftswahne unrettbar verfallen: ganz Italien und Spanien hatte er erobert und dort Brüder und Schwäger als Scheinkönige eingesetzt.

Im Mai 1808 erhob sich in Spanien das Volk zum Aufruhr: ein grausamer Kleinkrieg brach aus, dessen Bekämpfung große Anstrengungen forderte.

Österreich, das ja von den Kriegsfolgen viel weniger zu leiden hatte als das gedemütigte Preußen, fand den Erneuerer seiner Verwaltung in dem hervorragenden, deutschgesinnten Grafen von Stadion; das Heer wurde von dem bewährten Erzherzog Karl auf die Höhe gebracht. Beide Männer erreichten es, daß der Staat sich bald vom letzten Kriege erholt hatte. Kaiser Franz wurde bestimmt loszuschlagen, sobald eine günstige Gelegenheit da sei; sie bot der spanische Aufstand.

Im September und Oktober 1808 hatte Napoleon in Erfurt einen Fürstentag gehalten; er stand auf dem Gipfel seiner Macht. Zar Alexander von Rußland nahm an der glänzenden Veranstaltung Teil und gab sich ganz als treuesten Verehrer und Freund des Kaisers; die rheinbündischen Fürsten waren um ihren Beschützer versammelt und erstarben vor ihm in Ergebenheit. Europa lag zu Napoleons Füßen, außer dem verhaßten England, das zäh und erfolgreich im Seekrieg ausharrte, und außer den spanischen Empörern, die von England Geld und Waffenhilfe erhielten.

Die französischen Feldherrn wurden der Bewegung nicht Herr; deshalb begab sich Napoleon selbst gegen Ende des Jahres 1808 nach Spanien.

* * *

Im Frühjahr 1809 brach der Krieg zwischen Österreich und Frankreich aus: Kaiser Franz rief sein Volk zum Kampfe.

In Preußen drängten die Königin, Blücher, die Freunde Steins zum Kriege; allein der König wies sie ab, weil er die Rüstungen noch nicht für stark genug hielt und es nicht verantworten wollte, mit ungenügenden Kräften den Kampf aufzunehmen, der endgültig über Preußens Sein oder Nichtsein entscheiden mußte.

In stürmischer Begeisterung hatte Österreich sich erhoben: Erzherzog Karl besiegte in der schweren Schlacht bei Aspern (21. und 22. Mai 1809) Napoleon zum ersten Male, in zahllosen Volksliedern jubelnd gepriesen.

Unter Andreas Hofers Führung standen die wackeren Tiroler auf und jagten die Bayern, Napoleons Bundesgenossen, aus dem Lande; in Preußen führte Major von Schill seine Husaren vom Übungsplatz hinweg in den Kleinkrieg, fand aber nach tapferem Widerstand im Straßenkampf zu Stralsund ein rühmliches Ende. Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig unternahm mit seiner „schwarzen Schar" von Böhmen aus den Zug nach seinem Lande und schlug sich heldenmütig bis zur Nordsee durch, als sein Unternehmen mißlang.

Napoleon zog nach seiner Niederlage Verstärkungen heran: am 5. und 6. Juli 1809 kam es bei Wagram wieder zur Schlacht, in der Erzherzog Karl besiegt wurde. Wieder gab Kaiser Franz kleinmütig vor der Zeit das Spiel verloren und schloß am 14. Oktober zu Wien Frieden, der ihm schwere Opfer auferlegte; vor allem wurde sein Land durch Abtretung des Besitzes an der Adria von der See abgeschlossen.

Die Tiroler harrten trotz des Friedensschlusses unter Hofers Führung im Kampfe aus, unterlagen aber der ungeheuren französisch-bayrischen Übermacht.

Kaiser Franz bot dem siegreichen Gegner seine Tochter Maria Luise als Gemahlin an, der mit Freuden diese Familienverbindung mit dem ältesten unter den großen Herrscherhäusern einging.

Im Februar 1810 wurde der getreue Sandwirt von Passeier in Mantua als Rebell erschossen — Maria Luise aber zog im April als Napoleons Gemahlin in Paris ein.

Vor dem Entscheidungskampfe.

In Preußen war der edlen Königin Luise über allem Elend und Kummer das Herz gebrochen; am 19. Juli 1810 starb sie und im Tode empfahl sie, die fromme Christin, ihren Söhnen die Vergeltung an dem

frevelhaft übermütigen Feinde. Ihr Lieblingssohn Wilhelm, nachmals der erste Kaiser des neuen Reiches, ward vom Schicksal zum Vollstrecker des letzten Willens der Mutter berufen.

Der König selbst wurde über den Stillstand in dem Erneuerungswerke, der nach Steins Abgang eingetreten war, unwillig. Er entließ seine tatlosen Ratgeber und berief den Grafen Hardenberg in die leitende Stellung. Der neue Lenker der preußischen Politik entstammte einem alten hannöverischen Hause. Früh war er in preußische Dienste getreten und hatte als Statthalter von Ansbach und Bayreuth Treffliches geleistet. In vielem von Stein verschieden, teilte er mit ihm eine feste, preußische Staatsgesinnung; wo jener versagte, in den Künsten der Diplomatie, war er Meister; wo jener unvergleichlich war, in der Verwaltung, zeigte er sich minder groß. Aber er war ein Mann von Einsicht und Arbeitskraft, eine zweifellos bedeutende Persönlichkeit und wohl der Einzige, der der Lage gewachsen war. Zum Staatskanzler ernannt, übernahm er die Ministerien des Äußern, Innern und der Finanzen und setzte das Werk wieder in Gang.

Er führte die Gewerbefreiheit ein und verteilte durch gerechte Steuergesetze die öffentlichen Lasten gleichmäßig; seine Ackergesetze ermöglichten die Bildung eines gesunden Standes von Kleingrundbesitzern. Diese Maßnahmen und manche andere seiner Verwaltung hatten unerfreuliche Nach- und Nebenwirkungen und brachten den davon betroffenen Volksteilen in der Folge manchen Nachteil, was besonders von den kleinen Bauern galt, die jetzt erst zu freien Eigentümern des ihnen zugewiesenen Besitzes geworden waren und die der für sie neuen Lage zum großen Teile hilflos gegenüberstanden. Man wird dem Staatskanzler aber zubilligen müssen, daß diese Folgen nicht, jedenfalls nicht im ganzen Umfange vorhergesehen werden konnten. Während er im Innern Steins Werk fortsetzte, gelang es ihm, durch kluge Vorsicht und hinhaltende Politik die zur Vollendung der Rüstungen nötige Zeit zu gewinnen. Inzwischen war die unnatürliche Freundschaft zwischen Zar Alexander und Kaiser Napoleon dadurch brüchig geworden, daß letzterer den Polen Hoffnung auf Wiederherstellung eines selbständigen Staates machte, was für Rußland unerträglich sein mußte; außerdem hatte er einen nahen Verwandten Alexanders, den Herzog von Oldenburg, vertrieben und dadurch den russischen Hof tief erbittert. Die Spannung zwischen Frankreich und Rußland wuchs schnell, der Krieg stand vor der Tür. Preußen befand sich in schwieriger Lage; es mußte zwischen beiden wählen. Wieder drängte die Umgebung des Königs zum Krieg, Blücher vor allen, und Scharnhorst entwarf mit Gneisenau die Pläne zu einer allgemeinen Volkserhebung.

Aber der König, an sich ängstlich und langsam, war durch seine Erfahrungen mit Alexander nach Bartenstein und Friedland bedenklich ge-

macht; er wollte nur losschlagen, wenn entweder Preußen so stark wäre, daß es sich auf die eigene Kraft allein verlassen könnte, oder wenn es durch Bündnisse hinreichend gesichert wäre; da keines von beiden der Fall, wollte er das Wagnis des Entscheidungskampfes nicht auf sich nehmen.

Im Frühjahr 1812 kam es zum Bruche zwischen Frankreich und Rußland; Napoleon verlangte, daß Preußen ihm zum Kriege gegen Rußland eine Hilfstruppe von 20000 Mann stellte; Friedrich Wilhelm fügte sich dieser Forderung, weshalb Blücher, Gneisenau, Boyen, Clausewitz und mit ihnen viele Offiziere aller Grade entrüstet aus dem Dienste schieden. Die preußischen Hilfstruppen unter den Generalen Yorck und Massenbach wurden dem Heere des französischen Marschalls Macdonald angegliedert.

Napoleon stand jetzt auf der Höhe seiner Macht — nichts dünkte ihm mehr unmöglich; der Wahngedanke seiner Weltherrschaft schien der Verwirklichung nahe: nur Rußland und England mußten noch gedemütigt werden. Er sammelte ein Heer von 650000 Mann, gebildet aus der Blüte aller Völker und Stämme Europas, das zuerst Rußland niederwerfen sollte: dann wollte er von da südwärts vordringen und England in Indien den Todesstoß geben.

Der russische Feldzug nahm ein Ende mit Schrecken: von dem gewaltigen Heere kehrten nur 30000 Mann aus der eisigen Einöde zurück, und das waren Schatten; alle andern hatten der nordische Winter, Hunger und Durst oder feindliche Waffen dahingerafft.

Napoleons Herz blieb auch von diesem Furchtbaren ungerührt; in fliegender Eile kehrte er nach Paris zurück, um neue Rüstungen zu betreiben. Am 3. Dezember 1812 brachte sein Amtsblatt die Nachricht „die große Armee ist vernichtet; die Gesundheit Seiner Majestät war niemals besser". Die Welt schauderte — er aber tat, als sei nichts vorgefallen.

Jeder fühlte, daß Gottes Gericht hier gewaltet — daß die Stunde der Befreiung und Vergeltung da sei.

Aber trotz der ungeheuren Niederlage Napoleons war Preußen doch in schwierigster Lage, da 170000 Franzosen im Lande lagen und alle Festungen besetzt hielten. Wieder drängte die Kriegspartei zum Losschlagen, und die Treuesten wurden irre am König, als er zögerte.

Hardenberg stand auf der Höhe seiner Aufgabe: er rüstete mit aller Macht und erklärte Napoleon, er tue dies zu dessen Vorteil, zur Vorbereitung eines neuen russischen Feldzuges. Da geschah ein Schritt, der diese ganze Politik in Gefahr brachte, aber bestimmt war, den König fortzureißen.

General von Yorck, der Führer der preußischen Hilfstruppen, schloß eigenmächtig einen Vertrag mit dem russischen General von Diebitsch, wonach er nicht mehr am Kriege teilnahm. Das geschah am 30. Dezember 1812 in der Mühle zu Tauroggen. Ein heller Jubel ging auf die Nachricht davon durch das preußische Volk.

Der Mann aber, der den schicksalvollen Schritt getan — einst war er als Kornett wegen Widersetzlichkeiten aus dem Heere gestoßen worden und jetzt ein Muster der Manneszucht, eisern und streng gegen sich selbst, wie gegen seine Untergebenen — bot dem König in einem ergreifenden Briefe sein Haupt zur Sühne.

Hardenbergs Geschicklichkeit half auch diesmal: Yorcks Verhalten wurde öffentlich scharf mißbilligt, die Rüstungen aber wurden verdoppelt. Und nun entwickelten sich die Ereignisse rasch: am 13. Januar 1813 wurde dem Zaren ein Schutz- und Trutzbündnis angeboten, am 22. Januar begab sich der König nach Breslau; Blücher und Gneisenau wurden zurückgerufen. Am 13. Februar erging an Napoleon die Aufforderung, seine Truppen hinter die Elbe zurückzuziehen: lehnte er ab, so war der Krieg da. Inzwischen war York, wiederum eigenmächtig, jubelnd begrüßt in Königsberg eingezogen; Stein war ihm, von Rußland kommend, gefolgt und hatte die Regierung der Provinz übernommen. Eigenmächtig berief er den Landtag zusammen, und die völlig ausgesogene Provinz rüstete ein eigenes Heer. Zu Yorcks Abteilung, die noch 20000 Mann stark war, stellte sie 13000 Mann Reserve und 20000 Mann Landwehr. Als erster trat der frühere Kriegsminister Graf Alexander Dohna als Gemeiner bei der Landwehr ein. Am 28. Februar kam das Bündnis mit Rußland zustande.

Am 10. März, dem Geburtstage der Königin Luise, stiftete der König das eiserne Kreuz. Eine Woche später fiel die Entscheidung: Napoleon hatte die preußischen Forderungen abgelehnt — der König erklärte den Krieg.

Der Befreiungskrieg.

Ein Sturm der Begeisterung ging durch das Volk, ein Jubel sondergleichen stieg zum König empor; mächtig ergriff der am 17. März erlassene Aufruf „an mein Volk" die Gemüter; wer konnte, eilte zu den Waffen. Arm und reich überbot sich in Opferwilligkeit.

Dies Volk war geläutert, war erwacht — und das Heer, das es zum heiligen Kriege stellte, war, wie Scharnhorst es wollte, wirklich: das Volk in Waffen, vom ersten bis zum letzten Mann mit sittlichem Ernste erfüllt. Die Lieder der Freiheitssänger erschallten, erhebend, begeisternd, Todesmut atmend: der tapfere Arndt, des Reiches Herold Max von Schenkendorf, Friedrich Rückert, der Dichter der „geharnischten Sonette", und Theodor Körner, der Schöpfer von „Leyer und Schwert", beschenkten ihre Deutschen mit Kriegsliedern, wie sie kein anderes Volk aufzuweisen hat.

An die Spitze des preußischen Heeres wurde Gebhard Leberecht von Blücher gerufen, seit Jahren die Hoffnung aller Mutigen. Auch

er war kein Preuße; dem Mecklenburger Landadel entsprossen, war er in früher Jugend in schwedischen Dienst getreten und als Kornett von preußischen Dragonern gefangen genommen worden. Seitdem war er preußischer Reitersmann. Wo preußische Husaren im letzten halben Jahrhundert sich gezeigt hatten, überall war Blücher dabei gewesen, mit Ausnahme einer aufgezwungenen Pause, als der alte Fritz ihn als unbotmäßigen Rittmeister zum Teufel gejagt hatte. Im ganzen Heere war er berühmt als „Husarenkönig", und er hatte sich durch List und Tollkühnheit seinen Namen wohl verdient.

Ohne jeden Unterricht aufgewachsen, fehlte ihm eigentliche Bildung; was ihm daran abging, ersetzte ein klarer, gesunder Menschenverstand. Fromm und schlicht, formlos und wahrhaftig schritt er durch das Leben, ein Mensch mit heißem Herzen und großer Seele, ein geborener Redner, wenn der Drang über ihn kam, obwohl er sich niemals richtig hochdeutsch ausdrücken konnte.

Jetzt zählte er 70 Jahre — aber er fühlte sich als Jüngling, und wo er sich auf seinem Schimmel zeigte, da flogen die Herzen ihm zu. Zum Befehlen schien er geboren; hassen konnte er wie nur einer, aber sein Herz auch in echtem Humor erschließen und allen öffnen, die, wie er, die Befreiung des Vaterlandes ersehnten. Er war kein gelehrter Soldat — aber mit dem Instinkt des großen Heerführers begabt, ein Kriegsheld, zu dem seine Offiziere mit unbedingtem Vertrauen aufblickten und den der gemeine Mann vergötterte.

Ihm zur Seite stand als Generalsstabschef während der ersten Monate des Krieges Scharnhorst selbst, und nach dessen Tode bis zu Napoleons gänzlicher Vernichtung Neidhardt von Gneisenau, damals Generalmajor und seit der glänzenden Verteidigung von Kolberg einer der Führer zur Wiedergeburt. Er ist einer von den wahrhaft Großen unserer Geschichte. Von allen Feldherren, die gegen Napoleon kämpften, war er ohne Zweifel der hervorragendste. Eine stolze Erscheinung, von unbezwinglicher Ruhe, war er die Zuversicht des Heeres, das denkende Haupt des mächtigen Körpers, die treibende Kraft zu Napoleons Vernichtung.

Der Krieg begann; Napoleon gebot über 180000 Mann auf deutschem Boden, die Preußen und Russen zunächst nur über 100000 Mann.

Den ersten Sieg errangen am 5. April Bülow und Yorck bei Möckern; am 2. Mai kam es bei Großgörschen zur Schlacht, in der Napoleon infolge der Unfähigkeit des russischen Generals Fürsten Wittgenstein trotz des heldenmütigen Widerstandes der Preußen siegte; ungeheuer waren die Verluste auf beiden Seiten; den größten Verlust aber brachte Scharnhorsts Tod.

In der Schlacht verwundet, war er trotzdem fortgeeilt nach Wien, um Kaiser Franz zu bewegen, dem Bündnis beizutreten; auf der Reise,

in Prag, starb er am Wundfieber. Ein hartes Geschick: er sollte, der Schöpfer des Heeres, dessen herrliche Siege und Napoleons Sturz nicht erleben — in einem schlimmen Augenblick schied der Held dahin, wo alles im Ungewissen war, wo er beim Verlassen seines Werkes nicht einmal den Trost mitnehmen konnte, daß die Vollendung gesichert sei. Von allen Großen unserer Geschichte hat keinen ein traurigeres Los getroffen, als diesen herrlichen Mann. Bezeichnend für ihn, der zum Führer geboren, niemals das Glück und die Verantwortung der Führerschaft erleben sollte, sein Ausspruch: „all' meine Orden und Ehren geb' ich gerne für das Kommando einer einzigen Schlacht".

Schlimm war auch die politische Folge des französischen Sieges: Franz II. konnte sich nicht entschließen und hielt sich dem Bunde fern.

Am 20. und 21. Mai kam es zu einer Schlacht bei Bautzen, in der Napoleon wieder siegreich blieb; aber sein Heer war so mitgenommen, daß er den Gegnern eine zehnwöchentliche Waffenruhe bewilligte.

Gneisenau nutzte diese Frist trefflich aus; er eilte nach Schlesien und brachte zu Blüchers Freude 68 Bataillone Landwehr auf die Beine.

Während des Waffenstillstands versuchte Kaiser Franz, den Frieden zu vermitteln; Napoleon gab nicht nach, so daß die Verhandlungen scheiterten; nun traten auch Österreich, England und Schweden dem Bündnis gegen ihn bei.

Napoleon hatte inzwischen 440000 Mann zusammengezogen, während die Verbündeten über 480000 Mann verfügten.

Auf ihrer Seite führte Fürst Schwarzenberg den Oberbefehl, kein großer Führer, aber ein bedeutender Mensch, gütig, selbständig und fest, kaltblütig und zäh, fast mehr Diplomat, als Soldat; sein Stabschef war der feurige Feldmarschall-Leutnant v. Radetzky, schon damals ein mit Ruhm bedeckter Soldat, später mit Fug und Recht der Stolz des österreichischen Heeres.

Schwarzenberg selbst führte das Hauptheer mit 235000 Mann; unterstellt waren ihm Blücher mit dem schlesischen Heere, das 95000 Mann zählte, sowie das Nordheer unter dem Kronprinzen von Schweden, der bis vor kurzem als Marschall Bernadotte noch Napoleons Untergebener gewesen war, mit 150000 Mann.

Der Kampf hob wieder an; seine Seele wurde das kleine schlesische Heer, in dem die besten Kräfte Preußens sich zusammengefunden hatten, allen voran Gneisenau, der jetzt Blüchers Generalstabschef geworden war und, ganz im Einklang mit seinem Feldherrn, immer vorwärts trieb.

Blücher geht vor und erficht am 26. August 1813 den glänzenden Sieg an der Katzbach, nachdem schon drei Tage vorher der ausgezeichnete General von Bülow den Marschall Oudinot bei Groß-

beeren entscheidend geschlagen und dadurch Berlin vor den Franzosen gerettet hatte.

Schwarzenberg selbst war mit seinem Hauptheer gegen Napoleon vorgegangen, von ihm aber am 26. und 27. August bei Dresden besiegt worden: in den folgenden großen Rückzugsgefechten vernichten Prinz Eugen von Württemberg und General von Kleist den Marschall Vandamme bei Kulm und Nollendorf.

Nun warf Napoleon seinen besten Führer, Marschall Ney, „den Tapfersten der Tapfern", auf Berlin, aber wieder erfolgte durch Bülow eine blutige Zurückweisung in der für Preußen siegreichen Schlacht von Dennewitz (6. September).

Seit Anfang September stand Napoleon inmitten der drei feindlichen Heere; der Rückzug auf der Leipzig-Frankfurter Straße stand ihm offen — aber sein Hochmut ließ ihn nicht zu.

Fürst Schwarzenberg und der Kronprinz von Schweden unternahmen nichts, um die Gunst der Kriegslage auszunutzen, da ging Blücher, ohne Befehle des obersten Führers abzuwarten, aus eigenem Antrieb vor, um die anderen zum Eingreifen zu zwingen. Er rückt zur Elbe, wo Yorck im ruhmreichen Gefecht bei Wartenburg den Übergang erkämpft. Schwarzenberg und Bernadotte setzen sich in Bewegung, die Folge ist, daß Napoleon bei Leipzig von den drei verbündeten Heeren gestellt wird.

In dreitägigem heißem Ringen (16., 18. u. 19. Oktober 1813) erfüllt sich sein Geschick — die Völkerschlacht bei Leipzig geht ihm verloren!

Unbeschreiblich war der Eindruck dieser Nachricht auf das deutsche Volk. Der Bann war gebrochen, des Kaisers Heer vernichtet, der Zwingherr selbst auf der Flucht, Deutschland frei!

Die treibenden Helden des Kampfes, Blücher und Gneisenau, kannten keine Ruhe nach dem gewaltigen Siege; dem Feinde nach, ins Feindesland, ihn dort endgültig zerschmettern, das war ihr Verlangen. Sie setzen ihren Willen gegen alle Widerstände mannigfaltigster Art und Ursachen durch.

Marschall Vorwärts, — so hatten die Russen in der Leipziger Schlacht den alten Blücher getauft, — macht seinem Namen Ehre: rastlos treibt er vorwärts zum Rhein, übern Rhein nach Frankreich hinein und nach Paris. In der Neujahrsnacht 1813 auf 14 überschreitet er bei Kaub den Rhein, nachdem ein Versuch des Kaisers Franz, seinen Schwiegersohn zu retten, gescheitert ist.

Auf französischem Boden treffen die Preußen Napoleon bei La Rothière und schlagen ihn; aber noch einmal leuchtet sein Feldherrnruhm in hellstem Glanze: Schwarzenberg hatte Blücher die Deckung seiner linken Flanke zugesagt, sein Versprechen aber nicht halten können. Während die Preußen

nun, darauf bauend, wegen der schwierigen Verpflegung in vier Abteilungen auseinander gezogen werden und die Flanke ungedeckt lassen, überfällt Napoleon sie einzeln und schlägt sie in den Tagen vom 10. bis 14. Februar 1814 in vier glänzenden Gefechten.

Blücher muß zurück und sammelt seine Streitkräfte wieder. Noch einmal winkt Napoleon ein erträglicher Frieden: auf Kaiser Franzens Betreiben werden Verhandlungen angeknüpft; aber sie scheitern, weil Napoleon, durch seine Siege übermütig gemacht, Unerfüllbares verlangt.

Sofort setzt sich Blücher wieder in Bewegung; bei Laon tritt ihm der Kaiser entgegen, wird aber geschlagen. Der Weg nach Paris war damit frei!

Nun rücken die verbündeten Heere auf die feindliche Hauptstadt los; noch einmal kommt es am Berge Montmartre zum Kampf, dann muß sich Paris ergeben.

Am 31. März 1814 fällt die französische Hauptstadt.

Das Schicksal war erfüllt — der Zwingherr Europas, der sich vermessen hatte, der Herr der Welt zu werden, lag am Boden. Am 11. April dankte er ab; gegen Steins und Gneisenaus Rat ward ihm die Insel Elba als Fürstensitz angewiesen, während das alte, durch die Revolution verjagte Königshaus der Bourbonen wieder auf den Thron erhoben wurde. Die Arbeit der Diplomaten beginnt: nach Wien werden die Vertreter aller beteiligten Mächte berufen, um die Beute zu teilen.

Darüber kommt es bald zu offenem Zwiespalt, ja die Gefahr eines Krieges zwischen ihnen rückt nahe.

Da bricht Napoleon den Frieden, verläßt Elba, betritt die Südküste Frankreichs und zieht im Triumph nach Paris, aus dem König Ludwig XVIII. schleunigst flieht; für hundert Tage ist er noch einmal Frankreichs Herr. Schnell strömt dem großen Abenteurer ein Heer zu; alle Veteranen eilen zu seinen Fahnen, und bald verfügt er über 120000 Mann, die kriegstüchtigste Truppe, die er jemals zusammen hatte.

Die verbündeten Mächte setzen ihre Heere schleunigst auf Kriegsfuß; Preußen allein stellt 250000 Mann auf, deren Oberbefehl wiederum Blücher, jetzt Fürst von Wahlstatt übernimmt; ihm ist der treue Gneisenau als Generalstabschef beigegeben.

Diesmal kommen sie auf den rechten Flügel; in Belgien sollen sie gemeinsam mit dem Herzog von Wellington vorgehen, dem Führer des englisch-niederländischen Heeres. Anfang Juni 1815 schon stehen Blücher und Wellington in der Nähe von Brüssel; Napoleon wendet sich gegen sie, und es kommt dort in sechstägigem schwerstem Kampfe zur letzten Auseinandersetzung mit dem Friedensstörer.

Bei Ligny (16. Juni) wird das preußische Heer geschlagen, nachdem es den Kampf gegen die französische Übermacht nur im Vertrauen auf die fest zugesagte Hilfe des englischen Führers aufgenommen hatte.

Blücher selbst war in größter Gefahr; im Handgemenge war er mit dem Pferde gestürzt und wurde stundenlang vermißt; Gneisenau befiehlt auf eigene Verantwortung den Rückzug nach Norden, d. h. auf das englisch-niederländische Heer zu — ein Entschluß von weltgeschichtlicher Bedeutung.

Am 18. Juni kam es zur entscheidenden Schlacht: bei dem Pachthofe Belle-Alliance griff Napoleon das in trefflicher Verteidigungsstellung befindliche Heer Wellingtons an — 72000 gegen 68000 Mann. Die Engländer benannten die Schlacht nach dem Dorfe Waterloo, weil ihr Feldherr dort sein letztes Hauptquartier vor dem Kampfe genommen hatte und von seinen früheren Kriegsschauplätzen her gewohnt war, die folgende Schlacht in seinen Berichten danach zu bezeichnen.

In gewaltigen Stößen spielt der Kampf sich ab; Fuß um Fuß drängen die Franzosen vor; mit unerschütterlicher Ruhe hält Wellington stand — der Ausgang des Kampfes war ungewiß.

Der greise Marschall Vorwärts wußte, was auf dem Spiele stand; er hatte sein Wort gegeben und drängte vorwärts; trotz heftigster Schmerzen besteigt er sein Pferd und führt seine Heersäulen im Eilmarsch dem Kampfplatze zu; gießender Regen hat die Straßen aufgeweicht und erschwert das Gehen, die Kanonen kommen kaum von der Stelle. Aber es war, als ströme das Feuer aus der Seele der Führer in die Mannschaften über: unermüdlich streben sie voran und rücken um 4½ Uhr in die Gefechtslinie ein, mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen, bewußt der Größe der Stunde.

Der Tag war entschieden: Napoleon zum zweiten Male überwunden.

Gneisenau sorgt dafür, daß der besiegte Feind nicht zur Ruhe kommt; an der Spitze frischer Truppen nimmt er selbst die Verfolgung auf und ruht nicht eher, als bis die Reste der Franzosen ganz zersplittert sind.

Unverzüglich wird dann der Marsch auf Paris angetreten und am 7. Juli 1815 zieht Blücher zum zweiten Male in der eroberten Stadt ein.

Napoleon hatte nach der Schlacht die Flucht ergriffen und war nach Paris geeilt. Dort erkannte er, daß alles für ihn verloren war und dankte zum zweiten Male ab. Er floh an die Küste und versuchte, ein Schiff zu gewinnen, auf dem er nach Amerika entkommen wollte; als dieser Plan mißlang, ergab er sich den Engländern, um nicht in die Hände der Preußen zu fallen.

Ruhmlos endete er seine Tage als Gefangener auf St. Helena. Europa hatte wieder Frieden!

Der unnatürliche Versuch eines großartigen Abenteurers, sich der Welt zum Herrn zu setzen, war gescheitert. So sehr die verbündeten Mächte

sich betätigt hatten im Kampfe gegen Napoleon, darüber waren alle Gerechten sich klar, daß den Preußen das größte Verdienst zukam, wie sie auch die größten Opfer hatten bringen müssen.

Und so hell der Ruhm der preußischen Feldherren strahlte, *der wahre Held dieses Kampfes war doch das preußische Volk!*

Wie schwer es sich durch Gleichgültigkeit und Genußsucht, Friedensseligkeit und mangelnde Vaterlandsliebe nach Friedrichs Tod versündigt hatte, es war gereinigt, geläutert und hatte seine Ehre wieder hergestellt.

Seit den Tagen der Reformation hatte unser Volk durch die Preußen zum ersten Male wieder Zeiten der höchsten, sittlichen Erhebung erlebt, einen herrlichen Völkerfrühling: klar war der Menschheit an seinem Schicksal geworden, *daß ein Volk ohne Ehre nicht leben kann* — klar, daß es in seiner Stärke unerschöpflich ist, wenn es um seine Ehre kämpft.

Was dies ausgesogene, niedergetretene Volk vollbracht, bildet den schönsten Ruhm der deutschen Geschichte; und so laut sie Blücher und Stein, Scharnhorst und Gneisenau und alle die andern Großen lobet, mehr noch preist sie die zum Äußersten entschlossene Vaterlandsliebe der Millionen, die alles zu opfern bereit waren und alles opferten, der Ungekannten und Ungenannten: ein jeder ein Held, das ganze Volk heldenhaft.

Was Preußen hier tat, konnte der Gesamtheit der Deutschen nicht verloren gehen.

Der deutsche Bund.

Der Wiener Kongreß.

Alsbald nach der ersten Einnahme von Paris waren die Staatsmänner der verbündeten Mächte in Wien zu Beratungen zusammengetreten, in denen über die Verteilung und Neuordnung der den Franzosen wieder abgenommenen Länder und über die Gestaltung der deutschen Dinge entschieden werden sollte; diese Verhandlungen leben in der Geschichte als „Wiener Kongreß"; sie sind von weittragender, leider höchst unerfreulicher Bedeutung für das deutsche Volk geworden.

Eine glänzende Versammlung von regierenden Fürsten und führenden Diplomaten der Mächte, begleitet von einer unübersehbaren Schar ihrer Berater und Gehilfen, hatte sich in der Kaiserstadt an der Donau eingefunden und zeigte durch ihr Leben und Treiben, daß diesen Kreisen der heilige sittliche Ernst des Befreiungskriegs unverstanden geblieben war.

Rauschende Feste jagten sich, Ränke wurden gesponnen, leichtfertige abenteuernde Frauen aus aller Herren Ländern suchten den Herrschaften die Stunden zu kürzen, es wurde gespielt, geliebt, getanzt — und zwischendurch schwere diplomatische Arbeit geleistet. Die war denn auch danach!

Bezeichnend der Zorn und die Verachtung, mit der ein Blücher auf dieses Treiben blickte; er fluchte auf die „Diplomatiker", die mit der Feder verdürben, was das Schwert erworben!

Opferwillig, zum äußersten entschlossen war das preußische Volk in den Krieg gezogen, hochgemut und siegesstolz kehrte es zurück, und diese treuen Söhne ihres Vaterlandes waren überzeugt, daß eine herrliche Zeit kommen müsse, daß Deutschland jetzt geeint werde, daß dem im Kampfe bewährten Volke durch die Fürsten in der Form freier Verfassungen Anteil an der Staatsleitung eingeräumt werde. Ernst Moritz Arndt sang vom deutschen Vaterlande, das so weit sei, wie die deutsche Zunge klinge; Max von Schenkendorf jubelte der Heimat zu:

„Wie mir deine Freuden winken
Nach der Knechtschaft, nach dem Streit,
Vaterland ich muß versinken
Hier vor deiner Herrlichkeit";

er und die andern begeisterten Sänger der Freiheitskriege wurden nicht müde, im Lied nach dem deutschen Kaiser zu rufen.

Eine grausame Enttäuschung wartete auf alle diese wackeren Männer, auf alle, die eine bessere politische Zukunft des Vaterlandes als Folge des glorreichen Krieges erhofften.

Es zeigte sich, daß die führenden Staatsmänner Österreichs, Rußlands und Englands, denen sich bald die Vertreter des wieder eingesetzten Königs Ludwig XVIII. von Frankreich anschlossen, in der Niederwerfung Napoleons eine solche der Revolution erblickten, daß sie als höchstes Ziel die Niederhaltung des „revolutionären Geistes" ansahen und daß sie bald jede freiheitliche Volksregung als Ausfluß dieses gefährlichen Geistes betrachteten. Damit war den Hoffnungen auf die innere freiheitliche Neugestaltung der wichtigsten deutschen Staaten vorläufig der Todesstoß versetzt, und ähnlich erging es den auf die Neubildung eines starken einigen Deutschland gerichteten; hier waren die englischen, russischen und französischen Diplomaten die Totengräber, da sie nicht zulassen wollten, daß im Herzen Europas ein mächtiger deutscher Staat erstehe.

Preußen war auf dem Kongreß bald vereinsamt und konnte angesichts der geschlossenen Haltung aller andern nicht wagen, es auf einen Bruch ankommen zu lassen.

Stein, der übrigens ohne amtlichen Auftrag in Wien weilte, und seine Leute waren empört und verzweifelt; der gewandte Hardenberg erlebte Abweisung auf Abweisung, er konnte nicht einmal durchsetzen, daß das besiegte Frankreich das Elsaß wieder herausgeben mußte.

Das Ergebnis dieses traurigen „Wiener Kongresses" war in der Hauptsache, daß Preußen die heutige Rheinprovinz, Teile Westfalens und Sachsens und die Provinz Posen, sowie die letzten bisher schwedischen Teile Pommerns mit der Insel Rügen erhielt; Österreich bekam alle seine von Napoleon abgerissenen Lande zurück und außerdem Venedig und Salzburg. Rußland behielt seine polnischen Eroberungen, abgesehen von dem an Preußen abgetretenen Posen, und bildete ein Königreich Polen mit der Hauptstadt Warschau.

Das frühere österreichische Belgien und die Generalstaaten wurden als Königreich der Niederlande vereinigt und dem Hause Nassau-Oranien erblich verliehen, dem auch das Großherzogtum Luxemburg zugeteilt ward.

In allen Staaten, wo Napoleon die Fürsten verjagt und entthront hatte, wurden die alten Herrscherhäuser wieder eingesetzt; Frankreich selbst kam glimpflich durch; es hatte eine Kriegsentschädigung zu zahlen und behielt sogar das Elsaß und Lothringen, das ihm im Frühjahr 1814 durch den ersten Pariser Frieden belassen worden war.

Das glänzendste Geschäft machte das geschäftsgewandte England: es hatte während der napoleonischen Kriege zur See fortgesetzt mit Glück gekämpft und Frankreich, sowie den ihm zeitweilig zwangsweise einverleibten Kolonialstaaten Spanien, Portugal und den Niederlanden eine Reihe wichtiger Gebiete über See abgenommen; diese behielt es jetzt zum großen Teile, vor allem in Südafrika das Kapland und in Europa die wichtigen Inseln Malta und Helgoland; durch die Niederlage der Franzosen zur See hatte es jetzt geradezu seine alleinige Seeherrschaft aufgerichtet.

An dem Ergebnis des Wiener Kongresses änderte auch die zweite Niederwerfung Napoleons nach den „100 Tagen" nichts; die Wünsche der Besten blieben unerfüllt, und es hatte auch hinsichtlich der innerdeutschen Verhältnisse sein Bewenden bei dem, was in Wien bestimmt worden war.

Das ersehnte deutsche Kaiserreich kam nicht zustande, sondern eine nicht viel bessere Auflage des alten Reiches ohne Oberhaupt, der deutsche Bund: 35 Fürsten und 4 freie Reichsstädte traten zu einer Vereinigung zusammen, die ihnen ihre volle „Souveränität" (Selbstherrlichkeit) ließ und die sie nur zu gewissen engumschriebenen gemeinsamen Zwecken (Landesverteidigung, u. ä. m.) zusammenfassen sollte. Der Bund hatte seine dauernde Vertretung im Bundestag zu Frankfurt a. M., der aus den Gesandten der Verbündeten bestand; dort führte der Vertreter Österreichs dauernd den Vorsitz.

Es sollte ein Bundesheer aus den Anteilen der Einzelstaaten gebildet werden, die im Frieden vor allem die Besatzung der Bundesfestungen Mainz, Ulm, Rastatt, Landau und Luxemburg zu stellen hatten.

Die Rheinbundstaaten blieben im großen und ganzen unbehelligt, nur daß Bayern Tirol an Österreich und Sachsen seine nördliche Hälfte an Preußen abgeben mußten; sie traten mit dem Gebietumfang und so in den Bund ein, wie sie durch den Rheinbund geworden waren, also Bayern, Württemberg, Sachsen als Königreiche, Hessen-Darmstadt, Baden, Weimar als Großherzogtümer usw.; Hannover wurde zum Königreich erhoben; Luxemburg zum Großherzogtum. Es genügte nicht, daß der König von England in seiner Eigenschaft als König von Hannover Mitglied des deutschen Bundes war und so jederzeit Einfluß auf die deutschen Dinge nehmen konnte, es wurden auch der König der Niederlande für Luxemburg und der König von Dänemark für die Herzogtümer Schleswig-Holstein Angehörige des Bundes, der sonach drei fremde Staatsoberhäupter mit umfaßte; andererseits blieben die östlichen Provinzen Preußens (Ost-, Westpreußen und Posen), sowie die habsburgischen Kronländer jenseits der Leitha (Ungarn, Kroatien, Slawonien und Siebenbürgen), sowie Galizien außerhalb des Bundes.

Es war klar: die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes auf die

Gestaltung seiner Zukunft in einem starken Staate waren nicht beachtet worden. Der „Deutsche Bund" war ein Zerrbild eines Staates, dabei ein überkünstliches Gebilde, recht ein Werk unstaatsmännischer Diplomatie, von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt und mit der Mißachtung der Besten belastet.

Mit dieser ungeheuren Enttäuschung aller vaterländisch Gesinnten durch eine solche Regelung der allgemein-deutschen Angelegenheiten war es nicht genug; auch innerhalb der Einzelstaaten fanden die Wünsche der zum Selbstbewußtsein erwachten Bürger kein Gehör, so daß sich eine tiefe Erbitterung ihrer bemächtigte. Dies war vor allem in Preußen der Fall.

Rückschritte.

Noch während des Aufenthalts in Paris nach der zweiten Einnahme hatte Zar Alexander von Rußland den Gedanken einer „heiligen Allianz" gefaßt und den Herrschern Preußens und Österreichs unterbreitet; sie, die Europa von dem „Ungeheuer Napoleon" und von den Gefahren der Revolution befreit, wollten sich zusammentun, um nicht nur ihre eigenen Länder nach den „Lehren des Christentums" zu lenken, sondern auch dahin zu wirken, daß in den anderen Staaten das Gleiche geschehe; vor allem sollten „die Mächte des Umsturzes" niedergehalten werden. Kaiser Franz, der mit seinen Ratgebern erkannte, daß ein solcher Bund in der Hauptsache die bestehenden politischen Zustände aufrecht erhalten werde, und König Friedrich Wilhelm III., der sich nach all den Stürmen Ruhe wünschte, waren schnell gewonnen. So trat im September 1815 die „heilige Allianz" ins Leben, und bald schlossen sich die Könige von Holland, Frankreich, Spanien, kurz alle „nicht-revolutionären" Staatsoberhäupter ihr an. Hatte im Anfang der frömmelnde, dabei aber durchaus unwahrhaftige, stets kalt seinen Vorteil berechnende Zar Alexander die Führung, so übernahm sie bald der Staatskanzler Österreichs Fürst Clemens Wenzel von Metternich.

An sich ein bedeutender Mann, vielseitig gebildet, welterfahren und gewandt, aber vor der Zeit ruheselig und tatenscheu geworden; nur ein Vertreter des Vorteils seines Herrscherhauses, ohne Verständnis für das, was im Volke vorging; zufrieden damit, daß Napoleon gestürzt war und nun eines nur wünschend: Ruhe nach innen und außen. So wurde dieser Mann der böse Geist Deutschlands durch mehr als dreißig Jahre, immer nur bedacht auf die Erhaltung des Bestehenden, das er salbungsvoll als das Gottgewollte, Gute zu schildern wußte; jede Neuerung war ihm verdächtig als „revolutionär", und bald wurde der geistvolle Lebemann ein träger, gedankenloser Vertreter des Rückschritts, der sein engeres Vaterland Österreich an den Rand des Abgrundes brachte. Nur Ruhe — alles andere war gleichgültig: im Bunde mit der katholischen Kirche brachte

er es schnell dahin, daß alles geistige Leben, das sich in den Stürmen der napoleonischen Zeit auch in den habsburgischen Landen gezeigt hatte, wieder erstarb; ein dumpfer Druck lag auf den Geistern, die Verwaltung wirtschaftete stumpfsinnig und gleichgültig weiter und tat nichts für die Hebung der Bildung, des Verkehrs, des wirtschaftlichen Lebens, — kurz es herrschte die Ruhe eines Kirchhofes, bis der gewaltsame Volksausbruch des Jahres 1848 diesem Geist und Tatkraft mordenden Zustand ein Ende machte.

Franz II. „unser guter Kaiser Franz" ließ seinen Staatskanzler gerne gewähren; was kümmerte ihn das Volk oder vielmehr seine Völker — wenn nur das „Erzhaus Habsburg" mächtig blieb; engherzig und kalt sah dieser Fürst auf seine Untertanen herab, die ihm nur zur höheren Ehre Habsburgs da zu sein schienen. Und so stumpf wurden diese Untertanen bald, daß sie zu einem solchen Herrscher mit einer gewissen Liebe, die an Hundetreue grenzte, hinaufsahen; erst die Nachkommen haben seinen Unwert erkannt.

Beide, der Kaiser wie der Staatskanzler sahen mit Mißtrauen auf die freiheitlichen Regungen der besten Männer des Volkes in den anderen Ländern des Bundes, besonders in Preußen und Süddeutschland. Unausgesetzt warnten sie dort die Staatslenker vor dem Gift des Umsturzes und mahnten zur Unterdrückung der „der göttlichen Ordnung der Staaten" drohenden Gefahren. Leider nicht ohne Erfolg.

Was wollten nun diese freieren Geister, was wollten sie besonders in Preußen?

Sie waren durch die französische Revolution, durch den furchtbaren Fall des Vaterlandes, durch die Erhebung der Befreiungskriege zum Selbstbewußtsein erwacht und verlangten ihren Anteil an der Leitung der Geschicke des Landes durch eine Volksvertretung. Die Zeit des „absoluten Regiments" war vorüber; die Untertanen wollten „Staatsbürger" werden, und wie in England das Parlament als Vertretung des Volkes die Politik mitbestimmte, so wollten auch diese Männer eine „Verfassung", in der auf deutschem Boden dem Volke dasselbe gewährt werde.

War dies unrecht? War es verfrüht?

Wer billig denkt, wird nicht verkennen, daß der Wiener Kongreß alle deutschen Staaten innerlich in einem unfertigen Zustande fand; das waren doch zum größten Teil ganz willkürliche Gebilde, die erst durch eine straffe Verwaltung zu lebensfähigen Einheiten zusammengeschweißt werden mußten. Es lag eine Gefahr darin, diese neuen unfertigen Staaten sofort ohne weiteres mit Verfassungen zu begaben, ehe sie innerlich zusammengewachsen waren. Man denke z. B. nur an Preußen, wo die alten hohenzollerischen Erblande, die ganz evangelischen Marken und Ostpreußen,

durch eine lange Geschichte mit dem Herrscherhaus verwachsen, zusammengeworfen wurden mit den katholischen, stark mit französischem Geiste erfüllten Rheinlanden und dem auch katholischen, staatsfeindlichen Posen. Konnte da schon jetzt eine gedeihlich arbeitende, das Wohl des ganzen Staates fördernde Volksvertretung gebildet werden?

Insofern ist es richtig, daß die Regierungen vorsichtig verfahren mußten; sie hätten Schritt für Schritt vorgehen, jede Überstürzung vermeiden und den Anteil des Volkes an der Regierung nach und nach erweitern können; das hätte die Zustimmung aller ruhig Denkenden gefunden. Aber unsittlich und unpolitisch war es, einem Volke nach solchen Leistungen nicht nur bescheidene Rechte vorzuenthalten, sondern eine häßliche Verfolgung der freiheitlich Gesinnten zu beginnen. Daß das geschehen konnte, ist die Schuld Friedrich Wilhelms III., und sie brachte es bald dahin, daß auch die treuesten Deutschen an dem deutschen Berufe Preußens irre wurden. Er, der König, der seinem Volke gewiß zu unerschöpflichem Danke verpflichtet war, geriet ganz in das Fahrwasser Metternichs; er verzichtete auf die selbständige äußere Politik seines Staates und verhärtete nach innen sein Herz gegen die berechtigten Wünsche der Besten seines Volkes. Traurig, daß sein Mißtrauen gegen die überragende Größe Steins so tief war, daß er den Mann, der für ihn und das Vaterland so Unermeßliches getan, nicht wieder in seinen Dienst rief; so blieb die Kraft und Erfahrung dieses politischen Genies ungenutzt.

Traurig war auch, daß der König sein Versprechen nicht einlöste, das er am 22. Mai 1815 auf Hardenbergs Rat gegeben: die Gewährung einer Verfassung; wir haben eben gehört, welche Schwierigkeiten einer solchen in Preußen entgegenstanden — aber es war schlimm, daß das Volk an dem Worte seines Königs zweifeln lernte. Vergessen schienen ihm die Tage der Not, des Sturmes und der Erhebung — und wenn nicht die Verwaltung des Staates durch bedeutende, zum Teil hervorragendste Staatsmänner das Land innerlich weiter gebracht hätte, wäre der Rest seiner Regierung ohne Verdienst und Ruhm geblieben.

Zum Unterschiede gegen Österreich fanden die Preußen sich nicht so bald in die Politik der Regierung; eine verbitternde Enttäuschung bemächtigte sich vor allem der Gebildeten und wuchs zu schlimmem Grolle. Den geistigen Mittelpunkt für die Bestrebungen nach einem einigen deutschen Vaterlande bildeten die Universitäten; zahlreiche bedeutende Hochschullehrer, besonders im Südwesten, dann in Jena und Gießen traten offen für die Forderung nach Verfassungen ein; unter den Hochschülern bildete sich die „Burschenschaft", die sich in den Dienst des Einheitsgedankens stellte.

Jahn pflegte in seiner Turnerschaft dieselben Gesinnungen. Beide, Turner wie Burschenschaften, legten sich die schwarz-rot-goldenen Farben bei, angeblich diejenigen des alten Reiches, und trugen sie an Fahnen,

Bändern, Binden zur Schau, um sich als Anhänger des ersehnten neuen Reiches kenntlich zu machen.

Es ist nun richtig, daß in den Kreisen der Burschenschaft und Turner manches Überschwängliche geschah, auch manches unbedachte Wort gesprochen wurde, daß mancher schreibende und lehrende Professor übers Ziel hinausschoß; es soll auch nicht geleugnet werden, daß besonders im Südwesten die Nachbarschaft Frankreichs und die dortigen geistigen Strömungen ihre für die deutschen Verhältnisse nicht eben förderliche Wirkung übten. Aber, was auch gefehlt wurde, die Männer und Jünglinge, die im Überschwang des Freiheitsdranges sich einmal überschlugen, waren doch treue Söhne ihres Volkes, keine Hochverräter.

Da geschah etwas, was Metternich eine Handhabe zu ungescheutem Einschreiten bot: der Student Sand erstach in Mannheim den russischen Staatsrat von Kotzebue, einen deutschen Lustspielschreiber, der im Verdacht stand, russischer Spion zu sein (1819). Obwohl nun Sand die Tat allein ausgeführt hatte und ohne Mitwisser und Helfer war, wurde behauptet, daß sie ein Ausfluß der „demagogischen Umtriebe" sei, daß Verschwörungen bestünden, deren Träger die Burschenschaften und die Turner seien. In Karlsbad traten die Minister unter Metternichs Vorsitz zusammen und beschlossen eine strenge Überwachung der Hochschulen, Verbot der Burschenschaft, Verbot des Turnens und strenge Zensur (Aufsicht und Nachprüfung) für Zeitungen und Bücher; es wurde eine besondere Behörde zur Überwachung und Bekämpfung der „demagogischen Umtriebe" eingesetzt, die „Zentral-Untersuchungs-Kommission" mit dem Sitze in Mainz. Der Bundestag genehmigte diese Ministerbeschlüsse, und Preußen beeilte sich, sie auszuführen; das Unglaubliche geschah: der treue E. M. Arndt — jetzt Universitäts-Professor in Bonn — durfte nicht mehr lesen; der Turnvater Jahn wurde nach Freyburg a. d. U. verwiesen und dort polizeilich beobachtet; ja noch mehr, der Schöpfer des neuen Preußen, der gewaltige Freiherr vom Stein wurde als verdächtig überwacht, sogar Gneisenau galt als „Demokrat".

Das konnte geschehen knapp vier Jahre nach der Schlacht bei Belle-Alliance.

Einige Mittelstaaten hatten inzwischen Verfassungen eingeführt. Zuerst noch im Jahre 1816 Sachsen-Weimar unter Karl August, dann Bayern auf Betreiben des ehrlich deutsch gesinnten Kronprinzen Ludwig, und Baden (beide 1818), sowie Württemberg 1819. Dort wurde also den polizeilichen Verfolgungen durch die Volksvertretung die Spitze abgebrochen; Preußen aber hatte noch keine einheitliche Volksvertretung, und dort konnte eine gehässige, verbitternde, kleinliche „Demagogen-Riecherei" entstehen, die heute lächerlich wirkt, damals aber die besten Männer mit Recht tief erbitterte.

Die mittelstaatlichen Verfassungen waren englischen und französischen Mustern nachgebildet; sie schufen als Volksvertretung Landtage oder Landstände in zwei Kammern, von denen das Unterhaus unter dem Namen zweite Kammer oder Landtag (im engeren Sinn) vom Volk gewählt wurde, während das Oberhaus als erste Kammer (in Bayern: Reichsrat) aus dem alten hohen Adel, den Vertretern des großen Grundbesitzes und ernannten Vertrauensmännern der Krone bestand. Zum Zustandekommen von Gesetzen war die Übereinstimmung beider Kammern und der Krone erforderlich; die Regierung wurde von verantwortlichen Ministerien geführt.

Hier hatten also die Wünsche des Volkes ein Sprachrohr; und es war trotz mancher Bestimmung, die der deutschen Entwicklung fremd war und den deutschen Verhältnissen nicht entsprach, doch gegenüber dem früheren Zustand ein gewaltiger Fortschritt: in diesen Staaten hatte die führende Schicht es durchgesetzt, daß die „Untertanen" nun „Staatsbürger" geworden waren.

Nun war es ein unendlicher Schaden für die deutsche Einheitsbewegung, daß in Preußen ein solcher Fortschritt nicht gemacht wurde, auch nicht vorsichtig und tastend; die Regierung fürchtete eine Volksvertretung des ganzen Landes und schuf nur „Landtage" für die einzelnen Provinzen mit engen Befugnissen. Das war nichts Halbes und nichts Ganzes, und hatte zur Folge, daß der deutsche Zukunftsstaat Preußen in Süddeutschland bald als rückständig galt und seine Anziehungskraft für die freiheitlich Gesinnten verlor.

Das unstaatsmännische Zaudern der Regierung in der Verfassungsfrage sollte schlimme Früchte zeitigen.

Die wirtschaftliche Einigung; der Zollverein.

Während Preußen in der Frage der inneren freiheitlichen Ausgestaltung des Staates in verhängnisvoller Weise versagte und in derjenigen der politischen Einigung Deutschlands, ebenso wie in der auswärtigen Politik unter Metternichs Einfluß auf jede selbständige Betätigung verzichtete, gelang ihm für die wirtschaftliche Einigung ein großer Wurf, der die Fähigkeiten und die Kenntnisse des hohen Beamtentums in hellstem Lichte erscheinen läßt und ein unvergängliches Verdienst der führenden Männer bildet.

Als man erkannte, daß der Wiener Kongreß die politische Einheit des ganzen deutschen Volkes nicht bringen werde, entstand die Frage, ob nicht zum wenigsten ein größeres einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen werden könne, um die Entfaltung der deutschen Volkswirtschaft zu ermöglichen.

Wir wissen, daß der Bund aus 35 selbstherrlichen Staaten und vier

freien Reichsstädten bestand; jeder Staat hatte sich nicht nur mit Zollschranken von den anderen abgeschlossen, sondern bei manchen bestanden noch Binnenmauten. Es war klar, daß dabei Handel und Gewerbe nicht gedeihen konnten; insbesondere wurde dadurch die Entwicklung der Industrie unterbunden und andererseits dem Schmuggel an den zahl- und endlosen Grenzen Tür und Tor geöffnet.

Die wirtschaftlichen Kräfte dieses fleißigen Volkes konnten in großem Maßstabe erst nutzbar gemacht werden, wenn ein großes einheitliches Zollgebiet entstand, in dem alle Binnenmauten beseitigt waren und das dem Zoll-Ausland gegenüber durch leicht zu überwachende Grenzen abgeschlossen wurde.

Den wissenschaftlichen Vorkampf für einen solchen „Zollbund" eröffnete der Schwabe Friedrich List, ein Sohn der württembergisch gewordenen Reichsstadt Reutlingen. Ein Mann von glänzender Begabung, ein Gelehrter von tiefem Wissen, ein Schriftsteller von hinreißender Schreibweise, ein leidenschaftlicher Deutscher durch und durch, dabei von praktischem Sinn und selbst wirtschaftlich erfahren — alles in allem einer der besten Söhne Deutschlands und bis heute sein größter Lehrer der Volkswirtschaft (Nationalökonomie).

Er gründete den „deutschen Handelsverein", dessen geistiger Führer er wurde, und klärte in rastloser Arbeit durch Vorträge und Aufsätze die beteiligten Kreise über die Wichtigkeit eines größeren Wirtschaftsgebietes auf. Der weitschauende Mann fand bei seiner Wirksamkeit solche Widerstände, daß er sich tief enttäuscht dem öffentlichen Leben abwandte und nach Amerika übersiedelte. Von da (1841) zurückgekehrt, entfaltete er in seinem alten Vaterlande eine unermüdliche Tätigkeit, um den Bau der ersten Eisenbahnen zu ermöglichen. In seinem ausgezeichneten Buche über „das nationale System der politischen Ökonomie" brach er, gestützt auf Erfahrungen, die er in Amerika gesammelt hatte, mit der englischen Lehre vom Freihandel; er verlangte zur Förderung der einheimischen Unternehmungen Schutzzölle, und sein klarer Geist sah die Notwendigkeit eines größeren Zollgebietes und verfocht sie mit unwiderleglichen Gründen. Die Mitlebenden haben dies Genie im Stich gelassen, so daß er, in seinen großen Entwürfen enttäuscht, sich selbst den Tod gab. Heute weiß unser Volk, daß der Begründer des deutschen Handelsvereins zu seinen fruchtbarsten Geistern zu rechnen ist.

In Baden vertrat der hochbegabte, verdienstvolle Geheimrat Nebenius den Gedanken eines Zollbundes, und in Preußen erstanden die Staatsmänner, die den Gedanken in die Tat umsetzten: der geniale Finanzminister von Motz und sein unentbehrlicher Mitarbeiter Maaßen. Nach unendlich mühsamen Vorarbeiten, einen Berg von Schwierigkeiten übersteigend, führten sie ihr Werk aus, das für Preußen mit seinem noch

immer zerrissenen Staatsgebiete und seinen schwierigen Grenzen besonders dringend war.

Im Jahre 1818 wurden die Verhandlungen begonnen; zehn Jahre später schloß als erster Mittelstaat das Großherzogtum Hessen unter Führung des Ministers du Thil den Zollbund mit Preußen (1828), dem Kurhessen 1831 folgte. Das treffliche Ergebnis dieser Vereinigung und wirtschaftliche Notstände wirkten dahin, daß 1833 Bayern, Württemberg, die Thüringer Staaten und Sachsen in den „Zollverein" eintraten; nach und nach schlossen sich Baden, Nassau, Luxemburg, die Reichsstadt Frankfurt und Braunschweig an, und Anfang der vierziger Jahre war ein großes einheitliches Zollgebiet geschaffen, dem das ganze spätere Deutsche Reich Bismarcks (natürlich ohne das damals französische Elsaß-Lothringen), abgesehen von Hannover, Mecklenburg, Oldenburg und den Hansestädten, angehörte; diese Staaten hatten sich zu einer besonderen Zollvereinigung zusammengetan. Ausgeschlossen war die habsburgische Monarchie, die wegen ihrer ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zum Eintritt geeignet war. Großes hatte Motz mit seinen Getreuen geschaffen; klug und geduldig, entgegenkommend und vom preußischen Standpunkte auf manchen Vorteil verzichtend, hat er die Verhandlungen geführt und das Mißtrauen gegen Preußen beseitigt. Dieses Werk lobt seinen Meister und hat die Grundlage für eine schnell einsetzende glänzende Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte unseres Vaterlandes geschaffen, die es rasch zu einem reichen Lande gemacht hat; aber mehr als das: der Zollverein hat auch den Grund zum späteren Deutschen Reiche gelegt — die wirtschaftliche Einigung war die Vorstufe zur politischen!

Das tolle Jahr 1848.

In Frankreich hatte das Regiment des Königs Karl X. sich durch törichte freiheitfeindliche Maßregeln so verhaßt gemacht, daß im Juli 1830 ein neuer Umsturz erfolgte, durch den er verjagt wurde; an seiner Stelle wurde Herzog Ludwig Philipp aus dem Hause Orleans von den beiden Kammern zum König erwählt, und es trat wieder Ruhe ein.

Auch diese französische Bewegung zog ihre Kreise: in Deutschland brachen gleichfalls Unruhen aus, die aber bald gedämpft wurden. So verjagten die Braunschweiger ihren tollen Herzog Karl, an dessen Stelle sein Bruder Wilhelm die Regierung übernahm; in Sachsen und Kurhessen wurden verhaßte Ministerien gestürzt und Verfassungen erzwungen.

Die geistige Erregung aber überdauerte diese kurzen Wirren und gab den freiheitfeindlichen Regierungen von neuem Anlaß zur Verfolgung „hochverräterischer Demagogen"; grausam wurden verdächtige Schriftsteller, Studenten, Politiker verfolgt; zahllose Unschuldige oder politisch

Harmlose wurden eingekerkert, ja manche zum Tode verurteilt. Ein ergreifendes Bild seiner Leiden hat der Mecklenburger Fritz Reuter in seiner „Festungstid" entworfen; sein Verbrechen hatte darin bestanden, als Student das schwarz-rot-goldene Band getragen und von der Einheit Deutschlands geschwärmt zu haben; dafür wurde er zum Tode verurteilt; zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt, hielt man ihn wirklich jahrelang in Haft, die seine Gesundheit untergrub. Wie ihm ging es vielen andern, die nicht schuldiger waren als er!

Eine schlimme Zeit — häßlicher Erinnerungen voll, eine Schande für die leitenden Staatsmänner jener Tage.

Anders ging es im Ausland; in Spanien, Italien und Polen brachen Empörungen aus, die wir nicht näher betrachten wollen. Doch sei erwähnt, daß infolge der „Julirevolution" in den katholischen südwestlichen Provinzen des Königreichs der Niederlande, die ehedem habsburgisch gewesen waren, ein Aufruhr entstand. Diese Bewegung ging von Frankreich aus und wurde im Lande von der französisch sprechenden und gesinnten Schicht der Gebildeten getragen; ihr Ziel war die Bildung eines selbständigen belgischen Staates. Man wollte sich von dem jungen Königreich des Hauses Nassau-Oranien, das durch den Wiener Kongreß gebildet worden war, und sowohl das Gebiet der überwiegend reformierten früheren Generalstaaten, wie die rein katholischen Provinzen aus der burgundisch-spanischen Erbschaft des Hauses Habsburg umfaßte, losreißen und einen neuen Staat von französisch-liberalem Gepräge schaffen, in dem die vlämische Mehrheit der Bevölkerung sich einfach der wallonischen Minderheit fügen sollte. Das Unternehmen gelang, obwohl die Regierung König Wilhelms den Aufstand mit Tatkraft und Erfolg bekämpfte. England und Frankreich mischten sich ein und erwirkten die Anerkennung des neuen selbständigen Königreichs Belgien unter Leopold I. aus dem Hause Koburg (1831).

Im Bunde war wieder Stille eingekehrt; schwer ruhte die Hand der freiheitfeindlichen Regierungen auf dem Volke; immer anmaßender wagte sich die „Reaktion" hervor. So in Hannover, wo der neue König Ernst August (im Jahre 1837 nach der Trennung von England zum Throne gelangt) die Verfassung eigenmächtig durch einen Rechtsbruch aufhob; mit Mannesmut erklärten sieben Professoren der Universität Göttingen auf Grund ihres Verfassungseides dieses Vorgehen für rechtswidrig und unverbindlich; sie wurden abgesetzt, zum Teil des Landes verwiesen. Empört bäumte sich die öffentliche Meinung gegen solche offene Gewalt, gegen solchen offenen Rechtsbruch auf; aber der Welfe auf dem Throne Hannovers kümmerte sich nicht darum.

Nach und nach sammelte sich wieder Zündstoff in den Geistern an; immer grimmiger wurde die Volksstimmung, der Riß zwischen Regierungen und Regierten, zwischen Krone und Volk wurde immer tiefer.

In solcher Zeit bestieg in Preußen Friedrich Wilhelm IV. als Nachfolger seines Vaters den Thron (1840—1861), ein Mann, den ein unseliges Geschick zum König bestimmt hatte, und der seinen Staat wie sich selbst unglücklich machte. Ausgestattet mit schönen Geistesgaben; von lebendiger, leider ungezügelter Einbildungskraft; vielseitig gebildet; ein Kenner der Künste und der Geschichte; ein guter Redner — aber ohne Klarheit des Erkennens, ohne Festigkeit, ohne Stetigkeit des Handelns und des Willens, spielerisch seine Gedanken hin und her werfend, heute aufgebend, was er gestern als festen Entschluß verkündet, dabei eitel und rechthaberisch, und ohne Mut vor jedem ernsten Widerstand zurückweichend. Kurz ein Mann, der zu allem taugte, nur nicht zum König, und der zu allem Unheil die Einbildung besaß, als Fürst von Gottes Gnaden erleuchtet zu sein, so daß er keinem Ratgeber entscheidenden Einfluß einräumte.

Er konnte sich, nach seines Vaters letzten, durch die Verfolgung der Freigesinnten getrübten Jahren mit Jubel und Hoffnungen begrüßt, nicht entschließen, seinen Preußen eine Verfassung zu geben, weil er nicht haben wollte, „daß zwischen ihm und seinem Volke ein Stück Papier stehe". Er erschöpfte seinen Geist in allen möglichen und unmöglichen Plänen; zustande kam aber nichts.

In unendlicher Verehrung erstarb er vor dem alten, edeln Erzhause Habsburg und vor seinem Schwager, dem willensstarken, rücksichtslosen Zaren Nikolaus I. von Rußland; so geriet seine Politik völlig ins Fahrwasser Metternichs, der auch nach dem Tode des Kaisers Franz (1835) unter dessen geistesschwachem, unzurechnungsfähigem Sohne Ferdinand allmächtiger Minister blieb. Auch in bezug auf die Neugestaltung des Reiches, die politische Einigung, war der neue König unendlich fruchtbar an Entwürfen; nur schade, daß sie unausführbar waren.

So vergingen in Preußen einige Jahre in nutzlosen Erörterungen und Erwägungen, und die ihm feindlichen Kreise Süddeutschlands, besonders die Liberalen, die auf die „reaktionären Barbaren im Norden" mit Verachtung blickten, konnten mit Erfolg darauf hinweisen, daß von diesem Staate weder für die Freiheit, noch für die Einheit des Vaterlandes etwas erhofft werden könne.

Anfang 1847 entschloß sich der König zu einem wichtigen Schritte: für den Bau von Eisenbahnen sollten große Geldmittel aufgebracht werden, die nur durch eine Anleihe flüssig gemacht werden konnten; um eine solche bewilligen zu lassen, berief Friedrich Wilhelm IV. die acht Provinzial-Landtage als vereinigten Landtag nach Berlin. Alle Verfassungsfreunde sahen darin den ersten Schritt zu der ersehnten Verfassung, durch die eine einheitliche Volksvertretung für das ganze Königreich geschaffen werden sollte.

Der König konnte wieder nicht zu einem festen Entschluß kommen,

und so war es nicht zu vermeiden, daß die Regierung und der vereinigte Landtag bald in scharfen Gegensatz gerieten; die Folge war, daß diese mit freudigen Erwartungen begrüßte Volksvertretung nach Hause geschickt wurde, ohne auch nur die Anleihe genehmigt zu haben. Die Regierung war durch die Halbheit des Königs in schlimmer Lage; in allen freiheitlichen Kreisen aber wuchs die Verstimmung bedenklich.

Da brachte das Frühjahr 1848 eine neue Umwälzung in Frankreich, die infolge der allgemeinen und tiefen Erbitterung auch auf Deutschland wirkte und in manchen Teilen des Vaterlandes umstürzlerische Bewegungen hervorrief.

Der „Bürgerkönig" Ludwig Philipp hatte seine anfangs gewonnene Volkstümlichkeit verloren; er stemmte sich gegen die Erweiterung des Wahlrechts und verschärfte dadurch das vorhandene Mißtrauen des verhetzten Pariser Pöbels zu grimmem Hasse. Am 22. Februar kam es, als die Truppen gegen einen Volksauflauf feuerten, zum blutigen Straßenkampf, der bis zum 24. dauerte; da die Truppen versagten, blieben die Herren der Barrikaden Sieger, und es wurde die Republik ausgerufen, während der König nach England floh.

Auch dieser Umsturz fand in Frankreich bald seinen Meister; Prinz Ludwig Napoleon, ein Neffe des großen Napoleon, wurde zum Präsidenten der Republik erwählt und warf sich durch den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 zum Herrn des Staates und nach einem Jahre zum Kaiser auf; sein Sturz erfolgte durch den glorreichen Sieg der Deutschen bei Sedan.

Die sog. Februarrevolution in Paris rief ähnliche Erscheinungen jenseits vom Rheine hervor; noch Ende Februar und Anfang März 1848 kam es in Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Württemberg zu stürmischen Volkskundgebungen, vor denen die eingeschüchterten Regierungen zurückwichen. Ein Aufstand im großen Maßstabe brach am 13. März in Wien aus, wo blutige Straßenkämpfe stattfanden und der niederösterreichische Landtag eine Verfassung stürmisch forderte; der alte Metternich mußte vor der Volkswut fliehen; kein fester Wille der Behörden zeigte sich, so daß Studenten und Arbeiter die Herren der Reichshauptstadt wurden. Am 18. März entstanden auch in Berlin, angestiftet und geschürt von polnischen Umstürzlern, blutige Straßenkämpfe, die viele Opfer kosteten; obwohl die treuen, zuverlässigen Truppen siegreich blieben, befahl der schwache König, der ganz den Kopf verloren hatte, ihren Abzug und lieferte damit die Stadt den Aufständischen aus; er legte selbst die schwarz-rot-goldene Binde an und zeigte sich so dem Volke.

Zwei Tage später (20. März) folgten auch in München Unruhen, durch die der einst gut deutsch gesinnte König Ludwig I., der jetzt in die Hände einer hartkatholischen Sippe gefallen war und sich durch seinen

Lebenswandel um alle Achtung gebracht hatte, zu gunsten seines Sohnes Maximilian dem Throne entsagen mußte.

Der 18. März brachte den Preußen die ersehnte Volksvertretung, indem der König die Berufung einer Nationalversammlung bewilligte. In Wien zögerte die Regierung, so daß es zu einem zweiten häßlichen Aufruhr kam (15. Mai); der blöde Kaiser Ferdinand entfloh nach Innsbruck, mußte aber die Berufung des österreichischen Reichstags gewähren.

Infolge dieser Vorgänge und angesichts der Haltlosigkeit der Regierung erhoben sich auch die slawischen Stämme Österreichs und traten zum folgenschweren „Slawenkongreß" in Prag zusammen (Juni 1848); unter der geistigen Führung des bedeutenden Gelehrten Palacky forderten sie die Anerkennung des „böhmischen Staatsrechts", d. h. der Selbständigkeit eines tschechischen Königreichs Böhmen und beschlossen, in Böhmen, Mähren und Schlesien das Vorrecht der Tschechen zu fordern und die Verdrängung der deutschen Sprache zu betreiben; damit war der Streit zwischen den Völkern Österreichs, der sog. „Nationalitätenkampf" zum Ausbruch gekommen, der seine höchste Steigerung während des Weltkriegs und seinen — zunächst wohl vorläufigen — Austrag durch den Zerfall des Gesamtstaats finden sollte.

Das Frankfurter Parlament.

In Preußen, in Österreich, überall da, wo die Umwälzung siegreich geblieben war, herrschte in jenen Tagen ein wüstes, unübersehbares Durcheinander. Die unteren Volksmassen gefielen sich in der Herrschaft; das gebildete und besitzende Bürgertum war nicht imstande, die Führung zu übernehmen; die Regierungen schwankten und zeigten sich der Lage nicht gewachsen. Es war, als müsse sich auch in Deutschland eine solche Bewegung einmal austoben, — leider aber war kein überlegener Geist und Wille vorhanden, sie schon jetzt zum Guten zu führen.

Und doch verfügte das zur Freiheit erwachte Volk über eine erstaunliche Fülle geistig hervorragender Männer, die geleitet wurden von reinem Streben und begeisterter Vaterlandsliebe; aber es fehlte auch diesen unvergeßlichen Männern, wie sich bald zeigte, das Wichtigste: die klare Erkenntnis des politisch Durchführbaren und die Macht zur Erzwingung des einmal Beschlossenen. Aber obwohl sie mit ihren Bestrebungen scheiterten, was sie sprachen und schrieben, blieb doch unverloren, denn es war der Ausdruck des leidenschaftlichen Verlangens nach dem deutschen Einheitsstaat und hatte die Folge, daß die Frage der Einigung nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung verschwand.

Am 31. März 1848 trat in der alten Kaiserstadt Frankfurt eine Schar von Mitgliedern deutscher Volksvertretungen zusammen, um im Einvernehmen mit dem nachgiebig gewordenen Bundestage über die

Berufung einer allgemeinen deutschen Nationalversammlung zu verhandeln; dies sog. Vorparlament kam zum Beschluß, daß die Zeit für die Erfüllung der Volkswünsche reif sei und verlangte unter der jubelnden Zustimmung aller Freiheitlichen die Berufung des deutschen Parlaments. Der Bundestag stimmte zu; die Wahlen wurden in den Einzelstaaten ausgeschrieben und vorgenommen, und am 18. Mai 1848 trat in der Paulskirche unter Glockengeläute und überströmender Begeisterung die langersehnte Volksvertretung zusammen, die lebendige Verkörperung des Gedankens der deutschen Einheit.

Und das deutsche Volk konnte stolz sein auf diese seine erste Vertretung: eine Fülle glänzend begabter Männer, besonders aus den Kreisen der Gelehrten; Redner von hinreißender Gewalt; vielleicht das an geistigen Kräften reichste Parlament der Geschichte.

Der anerkannte Führer wurde bald der edle Heinrich von Gagern, eine durchaus sittliche Persönlichkeit, die auch die Gegner zur Achtung zwang; der stattliche Mann wurde so recht der Vorkämpfer jener Bewegung, ein Volksmann im besten Sinn des Wortes; mochte auch sein „kühner Griff", durch den er die Schaffung einer Reichsverweserschaft erreichte, nicht die Lösung der deutschen Frage bringen, so ist doch kein Zweifel, daß er mit scharfem Verstande die politische Zukunft vorhersah und nicht scheiterte an seiner eigenen Unzulänglichkeit, sondern an der bald eintretenden Uneinigkeit der Parteien des Parlaments und daran, daß ihm, der dem Mittelstaate Hessen entstammte und dort März-Minister gewesen war, die Zwangsmittel fehlten, über die nur ein Großstaat verfügen konnte, um seinem Willen Geltung zu verschaffen. Neben ihm sei noch der Geschichtschreiber Dahlmann genannt, einer der „Göttinger Sieben"; er bemühte sich, eine für die unendlich verwickelten Verhältnisse Deutschlands geeignete Reichsverfassung auszuarbeiten; unermüdlich war der bedeutende Mann am Werke, etwas politisch Brauchbares zu schaffen.

Auf österreichischer Seite gewann der Abgeordnete Anton von Schmerling bald den größten Einfluß; ein hervorragender Mann, aber mit seinen engeren Landsleuten vor die unlösbare Aufgabe gestellt, ein deutsches Reich schaffen zu helfen, ohne den österreichischen Großstaat zu zerstören.

Bald nach seinem Zusammentritt wählte das Parlament auf Gagerns Antrag den volkstümlichen, aber nicht eben bedeutenden Erzherzog Johann, in der Zuversicht, daß das Reich ja doch zustande kommen werde, zum Reichsverweser. Gleichzeitig damit löste sich der traurige Bundestag auf, und der in übersprudelnder Begeisterung in Frankfurt empfangene Reichsverweser berief ein Reichsministerium, das leider sehr schnell die Erfahrung machen sollte, daß eine Regierung ohne wirkliche Macht ein Unding ist.

Bald zeigte sich, daß Begeisterung und Begabung noch nicht ausreichen, um Staatsmänner zu machen. Die schönen Tage des Parlaments waren rasch zu Ende; in uferlosem Redekampf wurde über die „Grundrechte" gestritten und die Zeit verloren, in der die eingeschüchterten Regierungen willfährig gewesen wären. Als man dann nach endlosen Wortgefechten zur Feststellung der Reichsverfassung kam, war es zu spät: Preußen und Österreich waren wieder zu sich gekommen, und ihre Regierungen warfen die Frage auf, wie dies Parlament und die Reichsregierung ohne Heer ihnen seinen Willen aufzwingen wolle. Es geht nicht an, die Einzelheiten jener wechselvollen Verhandlungen und des Ränkespiels der Regierungen zu schildern; es genügt die Feststellung, daß endlich in der Hauptsache zwei Parteien sich gegenüberstanden: die Großdeutschen und die Kleindeutschen; daneben gab es eine lärmende republikanische Gruppe, die aber ohne besondere Bedeutung blieb.

Die Kleindeutschen erkannten, daß der österreichische Kaiserstaat das Hindernis der deutschen Einheit sei; denn das zukünftige deutsche Reich wollte und durfte die Slawen und Madjaren Österreichs gewiß nicht aufnehmen, während die österreichische Regierung nicht zugeben wollte, daß nur ihre deutschen Kronländer in das Reich eintraten, weil dadurch der Staat zerrissen worden wäre. Aus dieser unlösbaren Schwierigkeit schien der schmerzliche Ausweg allein der zu sein, Österreich auszuscheiden — leider mit seinen Deutschen —, und unter Preußens Führung das engere Reich, „Kleindeutschland" zu schaffen. Mit staatsmännischem Weitblick faßte Gagern, der Führer dieser Partei, eine Ergänzung dieses „kleinen" Reiches dadurch ins Auge, daß Kleindeutschland mit Österreich in ein dauerndes Bundesverhältnis gebracht werde, etwa wie es unter Bismarck im Jahre 1879 abgeschlossen wurde.

Die Großdeutschen wollten nicht auf die Volksgenossen in Österreich verzichten; sie sagten mit Recht, daß ein deutsches Reich ohne die Millionen Deutschen Österreichs keine endgültige Lösung der deutschen Frage sei, und wollten die Schwierigkeit, die sich aus dem dortigen Volksgemisch ergab, nicht als entscheidend gelten lassen; es müsse eine Form gefunden werden, um die Deutschen Österreichs dem neuen Reiche zu erhalten.

Schließlich bekannte sich die Mehrheit des Parlaments zu der kleindeutschen Politik und wählte den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen am 28. März 1849 zum deutschen Kaiser; am 3. April stand die Abordnung des Parlaments vor dem Hohenzollern und trug ihm die Kaiserwürde an.

Der aber erklärte, daß er nur aus der Hand der Fürsten die Krone annehmen wolle und lehnte ab. Damit war die hoffnungsvolle Bewegung gescheitert; weder das große, noch das kleine Deutschland war zustande

gekommen, und es herrschte vollste Verwirrung. Schlimm war es für das Ansehen des Königs unter den treuen Vaterlandsfreunden, daß ein böses Wort von ihm bekannt wurde: er hatte davon gesprochen, daß er die Kaiserkrone abgelehnt habe, „weil der Ludergeruch der Revolution an ihr hafte".

Inzwischen war das Leben im Parlament entartet, während die einzelstaatlichen Regierungen nach der Niederwerfung von Aufständen in der Pfalz und Baden, in Sachsen und Böhmen sich wieder kräftig genug fühlten, der Volksbewegung Herr zu werden.

Noch im Frühsommer 1849 beriefen viele die Vertreter ihrer Wahlkreise aus dem Parlament ab, andere Abgeordnete schieden aus eigenem Entschlusse aus, wie besonders die Österreicher — kurz der Sommer sah die einst so glänzende Versammlung vor dem ruhmlosen Ende; nur eine Schar von „Unbedingten", in der Hauptsache süddeutsche Republikaner, blieb als „Rumpfparlament" zusammen und verlegte dessen Sitz nach Stuttgart; dort ergingen sie sich in nutzlosen Kundgebungen, deren Torheit nur durch die Einflußlosigkeit dieser Versammlung überboten wurde. Am 18. Juni 1849 ließ die württembergische Regierung das Rumpfparlament mit Waffengewalt auseinandertreiben. Im folgenden Dezember legte der Reichsverweser sein jeden Inhalts beraubtes Amt nieder. Ein bitteres Ende! Aber unverloren blieb doch die treibende Kraft des tollen Jahres: die Sehnsucht der Besten im Volke nach der politischen Einheit.

Verhängnisvoll wurde es für die weiteren Einheitsbestrebungen, daß König Friedrich Wilhelm IV., der Erwählte der Kleindeutschen, so völlig versagt hatte und daß dadurch auch dem preußischen Staate das Zutrauen der Süddeutschen weiter verloren ging: wenn Preußen alle Hoffnungen betrog, wenn sein König die Kaiserkrone zurückwies, wie sollte dann Deutschland geeinigt werden können?

Dabei muß, wer gerecht ist, anerkennen, daß die Weigerung Friedrich Wilhelms an sich wohlbegründet war, da die Annahme der Kaiserkrone den Krieg mit Österreich und Rußland gebracht haben würde. Dazu aber war Preußen nicht gerüstet — das war die Schuld des Königs; hierfür war sein Spiel nicht diplomatisch vorbereitet — wiederum durch des Königs Schuld. Und dann war der Grund, den Friedrich Wilhelm angab „nur aus den Händen der Fürsten wolle er die Krone annehmen", geeignet, ihn selbst als Verächter des Parlaments und des Volkes erscheinen zu lassen; gleichzeitig konnte man andererseits den Entschluß daraus lesen, daß er die Krone annehmen würde, wenn sie ihm durch die Fürsten angeboten werde.

Als ob in diesem Falle der Krieg mit Österreich und Rußland nicht gekommen wäre! Oder dachte jemand im Ernste daran, daß auch Habs-

burg dem jüngeren Hause Hohenzollern freiwillig die Kaiserkrone anbieten werde?

Mit dieser Fragestellung ist gekennzeichnet, wie unklar im Erkennen, wie haltlos im Entschließen der König sich in dieser schwierigen Zeit erwies.

Der preußisch-österreichische Gegensatz.

Seit dem Wiener Kongreß hatte Preußen darauf verzichtet, eine eigene selbständige auswärtige Politik zu betreiben, und sich ganz unter den Einfluß Metternichs gestellt; unter Friedrich Wilhelm IV. blieben die Verhältnisse, wie unter seinem Vater. Auch in den Fragen der inneren Politik war es ähnlich. So ist es klar, daß der preußisch-österreichische Gegensatz viel von seiner früheren Schärfe verloren hatte, ja fast ganz verwischt schien: Hohenzollern, und vor allem Friedrich Wilhelm IV., ordnete sich freiwillig dem „vornehmen Erzhause" unter.

Nur auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik war Preußen selbständig und fand sich infolge davon im Gegensatze zu Österreich: denn die führenden Männer der Zolleinigung vertraten die richtige Ansicht, daß Österreich mit seinen Kroaten, Slowenen, Slowaken, Polen, Tschechen und Madjaren nicht in den Zollverein passe, da die Gütererzeugung und der Verbrauch dort sich mit den Verhältnissen in Preußen, Sachsen und den süddeutschen Staaten nicht annähernd vergleichen lasse. Die Bestrebungen der österreichischen Staatsmänner, mit der Monarchie in den Zollverein aufgenommen zu werden, waren deshalb mit Recht standhaft zurückgewiesen worden. Sonst aber herrschte infolge der Selbstbescheidung der preußischen Könige Eintracht zwischen den beiden deutschen Großmächten.

In dem Augenblick aber, wo durch die Wirkungen der Märzrevolution die Frage der politischen Einigung des gesamten Deutschtums brennend wurde, mußte auch die Frage entstehen, unter welcher Führung sie vollzogen werden solle, ob unter Österreich oder Preußen, — ob der neue Kaiser ein Habsburger sein werde, oder ein Hohenzoller. Damit mußte sofort der alte Gegensatz wieder aufleben, und auch die Haltung Friedrich Wilhelms IV., der in Verehrung dem älteren Geschlechte Habsburg den Vorrang einräumte, konnte daran nichts ändern: in solchen politischen Lebensfragen der Völker sind die Verhältnisse stärker als die Menschen.

Wir wissen, wie in Frankfurt die Dinge sich zugespitzt hatten: es erschallten die Rufe: „hie kleindeutsch" — „hie großdeutsch"; die Partei der Kleindeutschen hatte die Mehrheit gewonnen und dem Preußenkönig die Kaiserwürde angetragen. Es ist uns bekannt, daß der sie ablehnte.

Aber nun zeigte sich sofort: mit Friedrich Wilhelms Absage war die Frage nicht erledigt; der Drang des Volkes nach der Einheit konnte durch den unsteten, unklaren Willen eines schwachen Fürsten nicht bestätigt werden — und dieser Drang mußte naturnotwendig auf Preußen wirken.

So kam es, daß der wieder erwachte Gegensatz auch durch Friedrich Wilhelms IV. Zurückweisung der Kaiserkrone nicht zur Ruhe gebracht wurde. Der König mußte auch trotz der Auflösung der Nationalversammlung den Strömungen in allen gebildeten Kreisen seines eigenen Landes Rechnung tragen und konnte die politische Arbeit für das kleindeutsche Reich, für das die Mehrheit in Frankfurt sich doch ausgesprochen hatte, nicht hindern.

Welche Gefahren die weitere Entwicklung in sich barg, wissen wir; die Frage war, ob der König ihrer durch eine kluge und tatkräftige Politik Herr zu werden verstand.

Nachdem er in Preußen anfangs 1850 die sog. „revidierte Verfassung" verkündet und beschworen hatte, die in der Hauptsache bis Ende 1918 gültig war, wagte er sich an die deutsche Frage heran; sein Berater war der geistvolle General von Radowitz, eine bedeutende Persönlichkeit, leider im Charakter dem Könige allzu ähnlich und deshalb, wie er, zur Unfruchtbarkeit verdammt. Noch im Jahre 1849 hatte Preußen mit Hannover und Sachsen das „Dreikönigsbündnis" geschlossen; jetzt im Frühjahr 1850, gründete es mit ihnen und den meisten kleineren Staaten, besonders den norddeutschen, die sog. „Union" und berief eine neue Versammlung von Volksvertretern der verbündeten Staaten nach Erfurt, die dort über die Verfassung des neuen Gebildes beraten sollte. Das „Erfurter Parlament" stand von vornherein unter der Führung der kleindeutschen Partei und das geplante neue Reich war in der Hauptsache als eine Art norddeutscher Bundesstaat gedacht, in dem der König von Preußen „Reichsvorstand" sein sollte.

Diesem Streben des Hohenzollern sah Habsburg nicht ruhig zu; es wollte nicht dulden, daß die Macht des Nebenbuhlers im Norden durch die neue Gründung gefährlich gestärkt werde.

Österreich nach der Revolution.

Inzwischen hatten die Verhältnisse in Österreich sich gründlich geändert; ein Mann war dort auf den Schauplatz getreten, der gewillt war, unter keinen Umständen von den alten Ansprüchen Habsburgs auch nur den geringsten aufzugeben: Fürst Felix von Schwarzenberg war der erste Berater der Krone geworden, die seit dem 2. Dezember 1848 der junge (damals erst 18jährige) Franz Josef trug, nachdem sein schwachsinniger Oheim Ferdinand zur Abdankung veranlaßt worden war.

Schwarzenberg, der Sprosse einer der ältesten und reichsten Familien des deutsch-böhmischen Adels, war ganz ein Mann des Willens; mit Verachtung sah dieser Feudalherr auf die Bürgerlichen herab, mit Verachtung auch auf alles, was öffentliche Meinung oder geistige Strömung hieß: für ihn gab es nur eines, die Macht, und ohne Gewissensbedenken richtete

er seine ganze Politik nur nach der einen Frage, ob er die Macht habe, einen Anspruch mit Gewalt durchzusetzen. Er war ein „Kavalier" der alten Schule und ohne tiefere Bildung, durch leichtfertigen Lebenswandel vor der Zeit verbraucht — aber was ihm an geistiger und sittlicher Kraft abging, ersetzte er durch einen bis zur Roheit entschlossenen Willen. So unerfreulich diese Persönlichkeit ist, die für die Rechte des Volkes, für die Gebote der Sittlichkeit nur ein hochmütiges Achselzucken hatte, sie zwingt doch zur Bewunderung und Anerkennung: durch die Kraft seines Willens wurde dieser Mann der Retter der habsburgischen Hausmacht und der Bändiger Preußens.

Einem so kühnen Spieler gegenüber war das Spiel für Friedrich Wilhelm IV. von vornherein verloren.

Schlimm genug stand es um Habsburg, als Schwarzenberg das Ruder des Staates ergriff; im Inneren tobende Unordnung, in Oberitalien der Aufruhr und außerdem der Krieg mit dem Königreich Sardinien; in Ungarn wilde Empörung, die nicht vor der Thronentsetzung des Hauses Habsburg zurückschreckte.

Noch im März 1848 hatten Mailand und Venedig sich erhoben, um die verhaßte Herrschaft Habsburgs abzuschütteln, die wirklich unerträglich schwer auf dem Lande lastete und jede freiheitliche Regung grausam unterdrückte; die Bewohner jener Lande hatten Ursache, ihre Befreiung zu ersehnen, und bereiteten in geheimen Verschwörungen seit langem den Tag der Rache vor. Im Zusammenhang mit dieser Bewegung hatte König Karl Albert von Sardinien den Plan gefaßt, die Österreicher zu vertreiben und den italienischen Einheitsstaat zu begründen; er hatte den Kampf eröffnet.

Feldmarschall Radetzky, ein glänzender Soldat, der Abgott seines Heeres, der volkstümlichste Mann in Österreich seit Maria Theresias Tod, stellte die Herrschaft seines Kaisers durch eine Reihe ruhmvoller Waffentaten wieder her, so bei Custoza am 25. Juli 1848 und bei Novara am 23. März 1849; Karl Albert mußte sich als besiegt bekennen und dankte zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel ab; die empörten Gebiete wurden wieder erobert und streng gezüchtigt. Gegen Ende des Jahres 1849 war Habsburg Dank der Siege des prächtigen Radetzky und seiner Tapfern wieder Herr in Oberitalien.

Im Sommer 1848 hatte Fürst Windischgrätz, ein Schwager Schwarzenbergs, das aufständische Prag bezwungen und im Herbst zusammen mit dem Banus (Statthalter) von Kroatien Freiherrn von Jellachich Wien aus der Hand der Freiheitsmänner genommen und zur Botmäßigkeit gebracht.

In Ungarn hatte die Regierung unter dem Eindruck der Umwälzung im April 1848 dem Drängen des madjarischen Adels und der mit ihm

verbündeten gebildeten Schichten des Bürgerstandes nachgegeben, und es war ein Ministerium gebildet worden, in dem der gemäßigte Graf Batthyany den Vorsitz führte; die treibende Kraft dieser neuen Staatsleitung wurde bald der Finanzminister Ludwig Kossuth. Dieser verhängnisvolle Mann, ein glänzender Redner und Schriftsteller, aber maßlos eitel und ehrgeizig, verstand es, den Haß der Madjaren gegen Habsburg so zu schüren, daß sich die Kluft zwischen Volk und Herrscher immer mehr vertiefte, bis schließlich die offene Empörung ausbrach.

Da, wie in Österreich, auch in Ungarn die Verhältnisse unter Metternichs freiheitfeindlichem, ruheseligem Regiment wirklich unhaltbar geworden waren, stand der größere Teil der ungarländischen Deutschen — die Siebenbürger Sachsen ausgenommen — auf der Seite der Madjaren und stellte ihnen in dem anhebenden Bürgerkrieg die fähigsten Offiziere. So war General Görgei, der Oberbefehlshaber, deutscher Abkunft, während Kossuth, der Erreger des madjarischen Größenwahns, aus slowakischem Blute stammte.

Die Gegensätze spitzten sich rasch zu, und am 14. April 1849 erklärte der ungarische Reichstag das Haus Habsburg für alle Zeit abgesetzt und des Thrones verlustig. Fürst Windischgrätz, der Bezwinger von Prag und Wien, rückte mit einem Heere in Ungarn ein, hatte aber keine größeren Erfolge; dagegen fochten die Revolutionsheere unter tüchtigen Führern wie Görgei und Bem glücklich, und es schien, daß Ungarn wirklich dem Hause Habsburg verloren gehen solle. In dieser Not rief Schwarzenberg, der seinen umständlichen Schwager Windischgrätz rücksichtslos beiseite geschoben hatte, russische Hilfe an, nachdem er die madjarenfeindlichen Bevölkerungen von Siebenbürgen, Slawonien und Kroatien unter der Führung des schneidigen Jellachich veranlaßt hatte, die Waffen im Bürgerkrieg gegen die Empörer zu erheben. General Haynau, der neue Oberbefehlshaber, führte die zurückgezogenen kaiserlichen Truppen von Westen her wieder vor; Jellachich kämpfte im Süden, und von Osten her rückte ein 80000 Mann starkes russisches Heer unter General Paskjewitsch ein. Solcher Übermacht waren die ungarischen Streitkräfte nicht gewachsen, und am 13. August 1849 mußte sich Görgei bei Vilagos mit seinem Heere ergeben. Mit furchtbarer Strenge ging Haynau vor und unterdrückte bald die letzten Regungen des Aufstands; grausam strafte der mit unbeschränkter Macht ausgestattete General das Land und die Führer der Empörung. Es kann jedoch nicht bestritten werden, daß die Aufständischen selbst die Veranlassung zu solcher Vergeltung gegeben hatten, indem sie sich geradezu barbarisch gegen die kaisertreu gebliebene Bevölkerung vergangen hatten. Der „madjarische Nationalstaat", wie ihn Kossuth und seine Anhänger wollten, hatte ein Ende mit Schrecken genommen — und es verdient festgestellt zu werden, daß er nicht nur durch das Eingreifen Rußlands ver-

nichtet wurde. Auch ohne diese fremde Gewalt hätte er am Widerstande der Nationalitäten scheitern und im Kampfe gegen die Krone unterliegen müssen; Kossuth selbst hat es ausgesprochen, daß die Madjaren der Krone und den Nationalitäten nicht gewachsen seien.

So standen die Dinge um die Wende der Jahre 1849—50: überall hatte Schwarzenberg seinen Willen durchgesetzt und die Volksbewegung niedergeworfen; nun regierte er unumschränkt, und man kann sich denken wie, wenn man hört, daß er, um seine nächsten Absichten für die innere Politik befragt, die kaltblütige Antwort gab: „Zuerst noch ein bißchen hängen lassen."

Eine Volksvertretung stand ihm nicht im Wege; denn der Reichstag, nach der Eroberung Wiens zunächst nach dem Landstädtchen Kremsier verlegt, war anfangs 1849 aufgelöst worden; dafür war durch einseitigen kaiserlichen Erlaß vom 4. März 1849 eine Verfassung für das habsburgische Gesamtreich verkündet worden, die freilich Schwarzenberg nicht hinderte, selbstherrlich zu regieren.

Hand in Hand mit dieser gewaltsamen Herstellung der Ordnung ging die innere Erneuerung des Staates, für die der Fürst, ohne Verständnis, Anteil und Kenntnisse für diese Dinge, seinen Amtsgenossen freie Hand ließ. Überraschend die Fülle bedeutender Männer, die an die Arbeit gingen, um die verrottete Erbschaft Metternichs zu ordnen und die Monarchie zu einem neuzeitlichen Staate zu machen. Der edle Graf Franz Stadion bemühte sich um die Neugestaltung der Verwaltung und eine für die verwickelten Verhältnisse brauchbare Verfassung; der Handelsminister Bruck, ein geborener Rheinländer, erwarb sich größte Verdienste um die Ordnung der Staatswirtschaft, wie um die Hebung von Gewerbe und Handel, Eisenbahnen und Schiffahrt; Graf Leo Thun setzte den allgemeinen Schulzwang durch und gründete die Gymnasien als Mittelschulen, wie er auch den Universitäten durch Gewährung der Lehr- und Lernfreiheit eine sichere Grundlage schuf; Schmerling, uns von Frankfurt her bekannt, ordnete als Justizminister das Gerichtswesen. Neben ihnen standen als Gehilfen und Mitarbeiter zahlreiche bedeutende und verdiente Männer.

Die hervorstechendste Persönlichkeit des erwachten Österreich war neben Schwarzenberg der junge Alexander von Bach, bald der Träger der inneren Politik, der er einen bestimmten Stempel aufdrückte. Er war als liberaler Volksführer durch die Revolution in die Höhe gehoben worden und sah sich — heute noch Anwalt in Wien, — morgen zum Justizminister ernannt. Als die Tage der kurzen liberalen Herrschaft zu Ende waren, blieb Bach zur Entrüstung seiner früheren Gesinnungsgenossen im Amte; er diente unter Schwarzenberg weiter, und er, der bei Beginn

der Märzrevolution einer der entschiedensten Freiheitsmänner gewesen war, machte nun die volk-verachtende Gewaltpolitik dieses Feudalherrn mit; er nahm keinen Anstand an der Auflösung des Reichstags, an der Verhängung des allgemeinen Belagerungszustandes und an der Unterdrückung der Presse; er wirkte mit, als die Regierung die politischen Rechte des Volkes aufs äußerste beschränkte, und führte selbst eine schlimme Polizeiherrschaft. Nach dem Ausscheiden Stadions, dessen geistige Kraft unter den Aufregungen und der Arbeitslast jener stürmischen Tage zusammengebrochen war, hatte Bach kurze Zeit neben dem Ministerium der Justiz auch das des Innern zu verwalten; das erstere Amt gab er an Schmerling ab und behielt das andere bis zum Jahre 1859. Als Minister des Innern setzte er Stadions Werk selbständig fort und schuf die innere Verwaltung der Kronländer um; dem Gemeindewesen in Stadt und Land widmete er seine besondere, erfolgreiche Fürsorge; sein größtes Werk ist die Durchführung der vom Reichstag noch beschlossenen und von Stadion eingeleiteten Grundentlastung, durch die der bäuerliche Grundbesitz von den Fronden, Roboten und anderen, zugunsten des grundbesitzenden Adels ihm obliegenden Leistungen befreit wurde.

In der Tat, eine völlige Umwälzung hatten die „Reform-Minister" Stadion, Thun, Bruck, Schmerling und Bach im Innern des Kaiserstaates herbeigeführt, und was sie von bleibendem Werte geschaffen, erzwingt die Achtung der Nachwelt. Eigentümlich nur, daß ihre Reformen Hand in Hand mit der von Schwarzenberg eingeleiteten „Reaktion" gingen, eigentümlich vor allem, daß ein Bach ihr seine Dienste leisten konnte. War er in den Tagen der Revolution irre geworden an der Fähigkeit des Volkes, sein Schicksal selbst zu gestalten, oder trieb ihn der Ehrgeiz, der Drang sich im großen zu betätigen, dazu, die Macht, die er durch jene Bewegung in die Hand bekommen hatte, als ihr Gegner zu behalten?

Und, in diesem verjüngten Österreich sofort welch ein Widerspruch gegenüber der die Staatsgewalt stärkenden Tätigkeit der Reform-Minister, daß Graf Thun mit dem Papste das ungeheuerliche Konkordat vom 18. August 1855 abschloß, durch das die römische Kirche „alle ihr nach der Anordnung Gottes und nach den Bestimmungen der Kirchengesetze zukommenden Rechte" erhielt! Das hieß in die Tat übertragen: der katholische Klerus gewann beherrschenden Einfluß auf das geistige Leben — aber mehr als das, er schrieb der gesamten äußeren und inneren Politik des Staates die Bahnen vor. Bezeichnend, was Bischof Riccabona von Triest wenige Jahre später sagen konnte: „Österreich wäre der unnützeste Staat der Welt, wenn es nicht als katholische Vormacht im Auftrag des Papsttums Mitteleuropa vor dem protestantischen Norden und dem glaubenslosen, umstürzlerischen Westen verteidigte".

War die unter höfischen Einflüssen begonnene politische und kirchliche

Reaktion ein folgenschwerer Fehler, so sollte sich auch bald herausstellen, daß die von Bach geschaffene sog. „zentralistische" Regierung unhaltbar war; nach der Niederkämpfung der Aufstände in Wien, Prag, Italien und Ungarn war das ganze Staatsgebiet ohne Rücksicht auf die verschiedenen Völker zu einem Einheitsstaat zusammengeworfen worden, der von Wien aus einheitlich regiert wurde, und zwar in der Hauptsache von deutschen Beamten in deutscher Sprache.

Was Maria Theresia vorsichtig vermieden hatte, was dem edeln Josef mißglückt war, wurde durch Bach in die Tat umgesetzt: ein Reich, das auf die Verschiedenheit der Völker und Stämme keine Rücksicht nahm, von einer absoluten Regierung durch deutsche Beamte von Wien aus unter Ausschaltung jeder Volksvertretung straff verwaltet. Wir werden sehen, daß dieses „zentralistische Regiment" auf die Dauer nicht durchzuführen war, wahrscheinlich weniger, weil es zentralistisch, als weil es absolut war — ein „konstitutioneller Zentralismus" wäre vielleicht damals den Tschechen und Madjaren, wie den Deutschen gleich annehmbar gewesen, aber der Versuch wurde nicht gemacht; als Anton von Schmerling ihn 1861 nachholte, war es zu spät.

Wie dem auch sei, für den Augenblick verstärkte dies Regiment die Staatsgewalt, und es ist kein Zweifel: jetzt, wo Habsburg und Hohenzollern zusammenprallten, hatte die kühne auswärtige Politik Schwarzenbergs, sein rücksichtsloses Niederschlagen der Empörungen, zusammen mit der tüchtigen Arbeit der Reform-Minister auf dem Gebiete der inneren Politik ein Österreich geschaffen, das die Stürme der Revolution überstanden hatte, und das neu gekräftigt den Kampf mit Preußen aufnehmen konnte. Wir wissen, daß das klein-deutsch gesinnte Erfurter Parlament seit dem 20. März 1850 tagte, und wollen sehen, wie die Versuche, eine „Union" unter Preußens Führung zu begründen, sich weiter entwickelten.

Preußens Demütigung.

Noch ehe das Erfurter Parlament zusammentrat, hatte das Dreikönigsbündnis sich durch Sachsens und Hannovers Austritt aufgelöst, die beide durch russisch-österreichische Machenschaften dazu bestimmt worden waren.

Das war eigentlich eine so schlechte Vorbedeutung für die „Union", daß man die Volksvertreter hätte zu Hause lassen können; indessen, sie wurden berufen und brachten bald eine Verfassung für dieses klein-deutsche Gebilde zustande, in dem auch Bayern und Württemberg von vornherein fehlten.

Im Mai 1850 fand auf Friedrich Wilhelms Einladung ein Fürstentag in Berlin statt; dort zeigte sich der größere Teil der kleineren Landesherren der Union geneigt, aber ein endgültiges Ergebnis kam nicht zustande.

Schon aber hatte Schwarzenberg Bundesgenossen gewonnen: zur selben Zeit kamen die der Union abgeneigten Fürsten in Frankfurt zusammen und berieten über die Wiederherstellung des deutschen Bundestages.

Der preußische König benutzte den Sommer zu fruchtlosen Verhandlungen; Schwarzenberg aber ließ — ohne Preußen zu fragen — durch seine Verbündeten den Beschluß fassen, daß der selig entschlafene Bundestag am 2. September 1850 wieder ins Leben treten solle.

Damit war der Traum des „tollen" Jahres vom einigen Vaterlande zerstört, Preußen aber hatte mit echt schwarzenbergischer Rücksichtslosigkeit die erste Kaltstellung erfahren. Trotzdem verzichtete der König nicht auf die Unionspläne. Nun war Anfang September 1850 in Kurhessen, das zur Union gehörte, ein Verfassungskampf zwischen dem geduldigen, treuen Volke und dem wüsten Kurfürsten Friedrich Wilhelm entstanden; der hatte durch den Kabinettsminister Hassenpflug — im Lande nannte man ihn nicht mit Unrecht „Hessenfluch" — den Versuch gemacht, die nach der Pariser Julirevolution im Jahre 1831 eingeführte Verfassung aufzuheben oder in volksfeindlichem Sinne umzugestalten. Als die Volksvertretung die Zustimmung verweigerte und wiederholte Neuwahlen keine gefügigen Stände ergaben, verhängte der übel beratene Fürst kurzerhand den Belagerungszustand über das ganze Land. Aber aufrecht und tapfer erklärten die Gerichte und Verwaltungsbehörden sich an den Verfassungseid gebunden und verweigerten den rechtswidrigen Anordnungen der Regierung den Gehorsam; das Volk versagte die Zahlung der Steuern, und die Mehrzahl der Offiziere nahm den Abschied. Ein schönes Beispiel bürgerlichen Selbstbewußtseins und Rechtsgefühls! Der Kurfürst wandte sich an den ihm gesinnungsverwandten Schwarzenberg um Hilfe, die hessischen Stände, da das Land zur Union zählte und in Erfurt durch Abgeordnete vertreten gewesen war, an den König von Preußen.

Und — eine Schmach für sein Andenken durch alle Zeit — der wieder aufgelebte Bundestag, der verfassungsmäßig ja gar nicht bestand, begann sein trauriges Dasein damit, daß er dem Kurfürsten Bundeshilfe zusagte und Bayern mit Württemberg beauftragte, die ihr gutes Recht vertretenden hessischen Stände und das tapfere Land mit Waffengewalt zum Gehorsam zu zwingen.

Das konnte Preußen um seiner Ehre willen nicht dulden, das durfte der König nicht zulassen, wenn er nicht den letzten Rest von Achtung verlieren wollte. Er ließ also preußische Truppen zum Schutze der Verfassung in Kurhessen einrücken (24. Oktober 1850); eine Woche später marschierten als Gegner die Bayern ein und mit ihnen, um den Nachdruck zu erhöhen, eine Abteilung Österreicher.

Schon war der König schwankend geworden, denn er mußte erkennen,

wie trefflich Schwarzenberg vorgearbeitet hatte, indem er den Zaren Nikolaus von Rußland für sich gewonnen hatte. Friedrich Wilhelm wollte versuchen, seinen Schwager Nikolaus umzustimmen und schickte seinen trefflichen Ministerpräsidenten Grafen von Brandenburg, einen Mann von Ehrgefühl und altpreußischem Stolz, der freilich unter einem solchen Herrscher nichts Größeres leisten konnte nach Warschau zum Zaren: was der von Preußen verlangte, war so ungeheuerlich, verstieß so gegen des Königs wie des Landes Ehre, daß Brandenburg im Innersten erschüttert wurde. Aber so weit war die Lage schon verpfuscht, daß es nur eine Wahl für Preußen gab: entweder ehrlos nachgeben oder Krieg mit der Übermacht Rußlands und Österreichs. Unter der Last dieser furchtbaren Wahl brach der tüchtige Mann buchstäblich zusammen; er starb am 6. November in wahnsinnigen Fieberträumen. Drei Tage vorher hatte der König den Minister von Radowitz, den Vater der Union, entlassen und an seine Stelle den bisherigen Minister des Innern, den strengkonservativen Otto von Manteuffel berufen; ihm fiel jetzt die schwere Aufgabe zu, Preußen aus der verfahrenen Lage mit Ehren herauszuführen.

Der österreichische Ministerpräsident kannte keine Rücksichten und verlangte gebieterisch, daß die preußischen Truppen sofort Kurhessen verlassen sollten. So weit war es gekommen! In Preußen erhob sich die Stimme des entrüsteten Volkes, so daß der König sein Heer auf Kriegsfuß zu setzen befahl und den Standhaften spielte.

Der Krieg stand vor der Tür; bei Bronzell wechselten die Vorposten bereits Schüsse, und der zu trauriger Berühmtheit gelangte „Schimmel von Bronzell" ward dabei getötet; die Tapferen im Lande verlangten die Auseinandersetzung mit den Waffen, um aus der unerträglichen Lage herauszukommen.

Aber schon hatte der König auf Manteuffels Rat einzulenken begonnen und am 15. November die Union für aufgelöst erklärt; dann schickte er diesen seinen Vertrauensmann nach Olmütz, wo damals der Sitz des österreichischen Hofes und der Regierung war.

Schwarzenberg verlangte: die Zurückführung des preußischen Heeres auf den Friedensstand, die Preisgabe Kurhessens, die Anerkennung des wiederbelebten deutschen Bundes und die Aufnahme Österreichs mit Ungarn und Galizien in den Bund, endlich die Unterwerfung Schleswig-Holsteins unter die Dänen — Manteuffel bewilligte alle diese ungeheuerlichen Forderungen.

Eine Schmach sondergleichen war dem preußischen Staate angetan, unerhört für ein nicht durch feindliche Waffen niedergeworfenes Volk, unerhört für einen König von Ehrgefühl!

An Schleswig-Holstein hing — wir werden es hören — das Herz aller guten Deutschen, an Kurhessen das Rechtsgefühl aller Freiheitlichen

und Gerechten. Beide, Kurhessen wie Schleswig-Holstein wurden geopfert: in den Elbherzogtümern zogen die Dänen ein und schalteten wie Eroberer in dem unglücklichen Lande; in Hessen kehrte der schlimme Kurfürst zurück und ließ seine Kriegsgerichte an den wackeren Verteidigern der Verfassung schlimme Rache üben.

So waren König Friedrich Wilhelm IV. und seine Regierung belastet mit dem Fluche, die Ehre des Staates preisgegeben und zwei tapfere deutsche Stämme ihren Zwingherren ausgeliefert zu haben.

Alles, was nicht der streng-konservativen russenfreundlichen Richtung in deutschen Gauen angehörte, sprach seinen Abscheu über solchen Verrat aus; alle ehrliebenden Preußen empfanden die Niederlage der königlichen Politik als eine Schmach.

Freilich der junge Landtagsabgeordnete Otto von Bismarck-Schönhausen verteidigte Manteuffels Haltung in Olmütz, indem er sagte, Preußen hätte den Krieg mit Österreich und Rußland nicht aufnehmen können, zumal da sein Heer in schlechtem Zustande war. Gewiß — aber damit ist die unselige Politik nicht gerechtfertigt, die den König und sein Land in eine solche Lage gebracht hatte, und derselbe Bismarck urteilte später über jene Politik vernichtend — sein eigenes staatsmännisches Wirken erspart uns die Frage, ob er nach Olmütz gegangen wäre. Preußen war gedemütigt, schlimmer als in Tilsit. Es trat in den Bund wieder ein; um die Schmach voll zu machen, verhinderten England und Frankreich die Aufnahme von Ungarn und Galizien, so daß fremde Mächte das deutsche Volk davor bewahrten, mit den Madjaren und Polen Österreichs verkettet zu werden.

Schleswig-Holstein.

Das tolle Jahr hatte auch die nördlichen Lande des deutschen Bundes, die Elbherzogtümer Schleswig-Holstein in seinen Strudel hereingerissen, die, wie wir wissen, den König von Dänemark zum Herzog hatten, aber ihre selbständige, von der dänischen getrennte Landesregierung in Kiel besaßen.

In Dänemark war allmählich eine Partei zu Einfluß gelangt, die in überreiztem dänischem Selbstgefühle darauf hinarbeitete, daß Schleswig und Holstein unter Verlust ihrer Unabhängigkeit als Bestandteil des dänischen Staates in Dänemark einverleibt werden sollten. Wenn der König-Herzog diesem Drängen nachgab, entstand die Frage, ob die Deutschen Schleswig-Holsteins sich ihrer verfassungsmäßig gewährleisteten Selbständigkeit berauben lassen würden. So war die Möglichkeit zu Verwicklungen gegeben. Solche traten im Frühjahr 1848 infolge des ungestümen Drängens des Kopenhagener Volkes wirklich ein, und sie wurden der Ausgangspunkt einer Kette wichtigster Ereignisse, die am letzten Ende zur Vereinigung der Elbherzogtümer mit Preußen geführt haben.

Um die Fragen zu verstehen, um die es sich dabei handelte, sei in Kürze der geschichtliche, rechtliche und verfassungsmäßige Zusammenhang geschildert.

Seit Jahrhunderten saßen die Herzöge der vereinigten Herzogtümer Schleswig und Holstein als Könige auf dem dänischen Throne; um in Dänemark die Thronfolge zu sichern, war im Jahre 1665 durch das Königsgesetz bestimmt worden, daß die Nachfolge auch der weiblichen Nachkommenschaft des Königshauses zustehen solle. In Schleswig-Holstein wurde dieses Gesetz nicht eingeführt, so daß es bei dem alten deutschen Rechte verblieb, wonach die Frauen und ihre Nachkommen von der Thronfolge ausgeschlossen waren.

Gegen das Ende der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stand das Aussterben des regierenden Zweiges des Hauses Holstein in Aussicht, da der Erbe Christians VIII. der letzte dieses Stammes war und keine Kinder hatte. Nach dem dänischen Königsgesetze sollte ihm das Haupt des Zweiges Glücksburg folgen, dessen Anwartschaft durch die weibliche Linie vermittelt war; nach deutschem Rechte jedoch war dieser Zweig in den beiden Herzogtümern nicht erbberechtigt, sondern der durch den Mannesstamm verwandte von Augustenburg. Es mußte also der Fall eintreten, daß die bisher unter einem Herrscher stehenden Länder (sog. Personal-Union) Dänemark und Schleswig-Holstein von nun an unter zwei verschiedenen Fürsten stehen würden.

Das wurde aber in Dänemark als eine Minderung des Staates aufgefaßt, die man nicht zulassen wollte; bei der Klarheit der Rechtslage war das nur möglich durch Rechtsbruch und Gewalt.

Auf das Drängen dieser dänischen Partei erließ König Christian VIII. am 8. Juli 1846 eine Kundgebung, in der er anordnete, daß auch nach dem Aussterben seines Hauses Dänemark und Schleswig-Holstein unter demselben König-Herzog aus dem Hause Glücksburg stehen sollten; dagegen legten sowohl die Stände der Elbherzogtümer, wie das Haupt des Hauses Augustenburg feierlich Verwahrung ein.

Anfang 1848 starb der König; als sein Nachfolger Friedrich VII. mit seinem Entschlusse zögerte, brach am 20. März ein Aufstand aus; das Volk in Kopenhagen verlangte, daß Schleswig und Holstein jetzt dem Königreich Dänemark in aller Form einverleibt werden sollten.

Der neue König gab nach.

Dagegen empörte sich das Rechtsbewußtsein der Schleswig-Holsteiner; sie erkannten Friedrich VII. nicht an und setzten eine „provisorische Landesregierung" mit dem Grafen Friedrich zu Reventlow und Rechtsanwalt Wilhelm Beseler an der Spitze ein, beides besonnene und bedeutende Männer, die schon damals dem stürmischen Teile der Bevölkerung nicht als entschieden genug galten.

Diese Landesregierung bildete sofort ein Heer und rüstete zum Widerstande; unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, die ihren Ausdruck fand in dem von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen gesungenen Kampfliede „Schleswig-Holstein meerumschlungen", ließen Preußen und andere Bundesstaaten Hilfstruppen einrücken. Der Oberbefehl wurde dem preußischen General von Wrangel übertragen, der das dänische Heer unter dem Jubel Deutschlands am 23. April 1848 bei Schleswig besiegte und sogar bis in das dänische Jütland vorrückte.

Da zog Preußen sich zurück: die dänische Flotte hielt die Ostseeküste blockiert und schädigte dadurch den preußischen Handel empfindlich; mit kleinlicher Rücksicht darauf, aber auch unter dem Drucke englisch-russischer Drohungen, schloß der Minister von Arnim für die Dauer von sieben Monaten den Waffenstillstand von Malmö, der einen Sturm der Entrüstung in allen deutschen Gauen, vor allem aber in den Elbherzogtümern erregte (August 1848).

Diese verharrten im Kampf und erhielten Unterstützung aus Bayern und Sachsen: der Erfolg war auf ihrer Seite, indem sie bei Eckernförde die dänische Flotte durch die Wegnahme der Fregatte Gefion schädigten und die Düppeler Schanzen erstürmten; am 23. April 1849 folgte der Sieg bei Kolding.

Zum erstenmal zeigte sich unter dem tüchtigen Admiral Bromme eine deutsche Flotte auf dem Meere und bestand einen ehrenvollen Kampf gegen die dänische bei Helgoland (5. Juni 1849).

Nun begannen Rußland und England zugunsten Dänemarks bei dem schwachen Friedrich Wilhelm einzuwirken, der inzwischen auch wieder zu den Waffen gegriffen hatte; zuerst wurde ein zweiter Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark geschlossen, der eine verzwickte Verwaltung der Elbherzogtümer vorsah und dann (im Juli 1850) der Friede; Preußen zog nicht nur seine Truppen zurück, sondern rief auch alle preußischen Offiziere aus dem schleswig-holsteinischen Heere ab; in gleicher Weise verfuhren die andern deutschen Regierungen.

Schleswig-Holstein, „deutscher Sitte hohe Wacht", war verraten und verlassen; wieder ging ein Sturm der Entrüstung durch das deutsche Volk; aber er kümmerte die Regierungen nicht, die inzwischen ja überall die Volksbewegungen niedergeworfen hatten und mit freiheitfeindlichen Maßregeln vorgegangen waren.

Die tapfern, ihres Rechts bewußten Schleswig-Holsteiner verteidigten jedoch ihre Unabhängigkeit allein weiter; sie kämpften ohne Glück bei Idstedt (24. und 25. Juli), Missunde (12. September) und Friedrichsstadt (4. Oktober 1850): aber trotzdem hielten sie aus und waren entschlossen, die Waffen nicht niederzulegen, bevor sie ihr Recht durchgesetzt hatten.

Inzwischen war der deutsche Bund wieder ins Leben getreten und

gab sich auf Betreiben Schwarzenbergs dazu her, im Dienste Rußlands, Englands, Frankreichs und Schwedens, die sich zu Dänemarks Gunsten verbündet hatten, von der Regierung der unbesiegten Elbherzogtümer zu fordern, daß sie sich unterwerfe; im Falle des Ungehorsams sollte sie durch österreichische Truppen dazu gezwungen werden.

Alle Scham, alles Ehrgefühl war dem Bunde verloren gegangen, und wir begreifen die Verachtung, die ihm die Aufrechten im Volke zeigten.

Nun hatte Friedrich Wilhelm in Olmütz zugestehen müssen, daß die Österreicher — 20000 Mann, wie zum besondern Hohn unter dem kroatischen General Legeditsch — in Holstein einrückten: damit war das Schicksal der armen Lande besiegelt und sie mußten sich unterwerfen (Januar 1851); ein volles Jahr blieben die Österreicher dort, dann übergaben sie die Herzogtümer im Februar 1852 den Dänen, nachdem diese versprochen hatten, deren Rechte zu achten.

Das besorgten die durch die Unterstützung der Großmächte, die Haltlosigkeit Preußens und den glatten Volksverrat des Bundes zu Siegern gewordenen Dänen in besonderer Weise, die wiederum ein Hohn auf alles Recht war: sie verhängten besonders über das arme Nordschleswig eine harte Gewaltherrschaft und übten Rache an allen, die sich zum Deutschtum bekannten.

Als habe das deutsche Volk noch nicht der Schmach genug erfahren, wurde diese Angelegenheit, die doch niemanden sonst etwas anging, wie Dänemark und das Haus Glücksburg einerseits, und Schleswig-Holstein mit Augustenburg, sowie den deutschen Bund andrerseits, einer Versammlung von Diplomaten Englands, Frankreichs, Rußlands, Schwedens, Österreichs und Preußens unterbreitet, die im Frühjahr 1852 in London tagte; ihr Ergebnis war das Londoner Protokoll, durch das, dem Rechte zuwider, der Anspruch der Glücksburger auch für die Elbherzogtümer anerkannt wurde — freilich mit der Bestimmung, daß beide nicht in Dänemark förmlich einverleibt werden dürften, sondern nur bei weiterhin getrennter Regierung denselben Herrscher haben sollten (Personal-Union).

Damit war Schleswig-Holstein den Dänen ausgeliefert; wie sie sich nicht um ihr Versprechen an Österreich gekümmert hatten, so verletzten sie jetzt auch ungestraft das Londoner Protokoll.

Harte Tage kamen für das verratene Land — aber kein deutscher Staat rührte den Finger.

Das Ende — die Reaktion.

So lief die anfangs siegreiche deutsche Volksbewegung des Märzen 1848 in eine schmähliche Niederlage aus, der ein edler deutscher Stamm geopfert wurde.

Das große Frankfurter Parlament und das Erfurter Parlament hatten

umsonst getagt; kein Reich war erstanden, nicht einmal die Union; Preußen gedemütigt; Österreich Sieger, und mit ihm die Mächte der Reaktion, verkörpert im neuen Bundestag.

Ein letzter Rest der schönen, hoffnungsvollen Zeit war noch übrig geblieben, die paar Schiffe der deutschen Flotte, mit der Bromme sich so wacker auf der See gezeigt hatte; auch diese Erinnerung an den deutschen Volksfrühling sollte beseitigt werden, deshalb ließ der Bundestag sie durch Hannibal Fischer öffentlich meistbietend versteigern.

Eine Schmach für alle Deutschen!

Eine schlimme traurige Zeit für alle Aufrechten, Ehrliebenden. Es kamen die Tage der Reaktion in Preußen, wie sie in Österreich vorher schon begonnen hatten; dem argen Beispiel folgten Hessen-Darmstadt, Nassau, Mecklenburg, Sachsen und Hannover. Schwer lastete der Druck der Polizei auf dem öffentlichen und geistigen Leben; es waren dumpfe, freudlose Jahre. Nur in Bayern, Württemberg und Baden wußte das Volk seine Rechte zu wahren und hatte das Glück, Herrscher zu haben, die die beschworenen Verfassungen achteten. So wurden von neuem die Grenzen zwischen Nord- und Süddeutschland vertieft. Während Österreich seine Großmachtpolitik weiter vertrat, verzichtete Preußen eigentlich auf jede tätige äußere Politik; es war, als sei jeder Wille zur Lebensbetätigung aus diesem Staate des vierten Friedrich Wilhelm geschwunden. In allem schielte er ängstlich und unselbständig nach Rußland und Österreich.

Nach Schwarzenbergs Tode (1852) ging die Führung in der großen Politik von Österreich auf den französischen Kaiser Napoleon III. über, der auch bald in ein vertrautes Verhältnis zu England trat, wo seit 1837 Königin Viktoria herrschte; es entstand das Einvernehmen der „Westmächte", die sich den Anschein gaben, den „reaktionären" Ostmächten gegenüber die Politik der Freiheit zu vertreten, in Wahrheit aber nur ihren eigenen Vorteil im Auge hatten. Der Krimkrieg, den sie aus hier nicht zu erörterndem Anlaß im Bunde mit der Türkei und Sardinien gegen Rußland führten, endete mit der Niederlage dieses Staates; damit war Rußlands Vormachtstellung im Osten wenn auch nicht beseitigt, so doch geschwächt, und Napoleon III. sah sich zum maßgebenden Manne Europas erhoben.

In Preußen wurde trotz der üblen Erfahrungen, die man in Olmütz durch den nichtkriegsfertigen Zustand des Heeres gemacht hatte, nicht einmal für das Heer wirklich gesorgt; nach Zahl und Ausrüstung, Führung und Bildung kam es herab, und mit schwerer Sorge sah des Königs Bruder, der geistesklare, tüchtige, nüchterne Prinz Wilhelm von Preußen diese Säule des Staates erschüttert. Er hatte mit Ingrimm und bebendem Zorn zuschauen müssen, wie sein Bruder von Niederlage zu Niederlage schritt; er war aber dem Könige gegenüber ohne Einfluß.

Noch einmal mußte Preußen das Leid einer solchen durchmachen, als im Jahre 1856 in dem preußischen Neuenburg an der schweizerisch-französischen Grenze die Führer der königstreuen Partei von den am Ruder befindlichen Radikalen in einen Hochverratsprozeß verwickelt und verurteilt wurden. Der König wollte Gewalt anwenden und Truppen nach diesem fernen Außenposten schicken; Napoleon III. mischte sich ein, und es begannen langwierige und unerfreuliche Verhandlungen, die damit endeten, daß Preußen im Mai 1857 auf Neuenburg ohne irgend welche Entschädigung verzichtete.

Im Juli desselben Jahres traf den König ein Schlaganfall, der sich wiederholte; so mußte Prinz Wilhelm zuerst mit der Stellvertretung betraut werden, und dann, als sich beim König die Anzeichen der Gehirnerweichung bemerkbar machten, der Verfassung gemäß als nächster am Throne die Regentschaft übernehmen (7. Oktober 1858).

Der neue Herr fand eine üble Erbschaft: denn es war kein Zweifel, daß Preußen seit 1848 überall ohne Schwertstreich zurückgewichen war und an Achtung und Ehre schwere Einbuße erlitten hatte.

König Wilhelm I.

Die erste Tat des Regenten war die Entlassung des reaktionären Ministeriums Manteuffel und die Berufung eines liberalen unter dem Fürsten Karl Anton von Hohenzollern; Preußen atmete auf und blickte voll Vertrauen auf den neuen Lenker seiner Geschicke.

Der verdiente auch solches Vertrauen.

Prinz Wilhelm war ganz anders als sein königlicher Bruder geartet: ein Mann strenger Pflichterfüllung, durch und durch Soldat, ohne den Flug hoher Gedanken, aber mit einem guten, den Dingen auf den Grund gehenden Verstande begabt, erfüllt von fester Staatsgesinnung und von Stolz auf sein Preußen; weder konservativer, noch liberaler Parteimann, aber entschlossen, die bestehende Verfassung zu achten; fromm ohne Frömmelei; leutselig, ohne Sucht nach Volkstümlichkeit; von seiner Stellung durchdrungen, aber ohne Hoffart und Eitelkeit.

Das war der Nachfolger Friedrich Wilhelms IV. — kein Genie, keine hinreißende Persönlichkeit, aber ein Mann, der der Welt den Beweis lieferte, daß ein zum Throne Berufener seinem Volke keinen größeren Dienst leisten kann, als wenn er dem Genie freie Bahn macht und es neidlos wirken läßt. Der höchste Ruhm Wilhelms sollte werden, daß er Männer wie Roon und Moltke dauernd festhielt, die ihm beide an Willen, Geist und Tatkraft überlegen waren, vor allem aber, daß er die weltgeschichtliche Größe Bismarcks neben sich wachsen sah, ohne der Krankheit der Könige zu verfallen, der Eifersucht, der Furcht, durch den Ruhm des Ratgebers in den Schatten gestellt zu werden.

Und diese höchste Königstat des Hohenzollern dankte das Volk mit dem richtigen Gefühl für das Sittliche, Edle, indem es ihm, der der erste Kaiser des neuen Reiches werden sollte, ein unendliches Maß von Liebe und Verehrung entgegenbrachte. So wuchs er hinein in eine Stellung ohnegleichen, der Kaiser Weißbart, der auferstandene Rotbart, und zeigte, daß ein Fürst ohne überragende Eigenschaften zum Beglücker seines Volkes, ja zum großen Herrscher werden kann, wenn er sich — Pflichtgefühl mit Selbsterkenntnis verbindend — dem Rate von Männern unterordnet, die dort, wo sein eignes Können nicht ausreicht, ersetzen, was ihm abgeht.

Nicht als ob dieser wahrhaft edle Fürst sich unbedingt seinen Ratgebern ausgeliefert hätte; er blieb immer der Herrscher, er behielt immer die Entscheidung in der Hand — aber er war bescheiden und selbstlos und vertraute dem Sachverständnis seiner Ratgeber.

Ein Verhältnis, wie es zwischen ihm und Roon, wie Moltke bestanden hat, kennt die Weltgeschichte kaum, gewiß aber keines wie das zwischen ihm und Bismarck.

So war es möglich, daß Kräfte schalten und walten konnten, die Wilhelm I. im hohen Greisenalter auf den Gipfel eines weltgeschichtlichen Ruhmes erhoben und sein Preußen von Sieg zu Sieg führten.

Noch aber stand er erst am Anfang seiner Laufbahn, die ihn durch Mühen und Sorgen hindurchführen sollte. Drei Dinge standen ihm vor Augen, als er sein Königsamt, zunächst als Regent, antrat: Preußen wieder seine Stellung in der auswärtigen Politik zu erobern; das Heer wieder zu einer zuverlässigen Stütze des Staates zu machen; ehrlich und Hand in Hand mit der Volksvertretung zu regieren. Den Entschluß zum Frieden mit seinem Volke bekundete er durch die Berufung eines liberalen Ministeriums. Eine erfolgreiche äußere Politik setzte ein schlagfertiges Heer voraus; darum war seine nächste Sorge, auf diesem Gebiete gut zu machen, was sein Bruder vernachlässigt hatte.

Hier war er ganz in seinem Element, selbst Sachverständiger und Schöpfer. Er kannte das preußische Heer in allen Einzelheiten, seine Schwächen, die Lücken seiner Einrichtungen. Seine Arbeit ging darauf, die Friedensstärke, die länger als 40 Jahre trotz des schnellen Wachstums der Bevölkerung stehen geblieben war, der Volkszahl entsprechend zu erhöhen, die dreijährige Dienstzeit zur völligen Ausbildung der Mannschaften durchzuführen und die Dienstpflicht in der Reserve zu verlängern, in der Landwehr zu verkürzen. Damit wäre die Heeresstärke fast verdoppelt worden und dem Lande eine Ausgabe von jährlich 80 Millionen Mark erwachsen. Wenige Jahre später verkannte niemand, daß diese Forderungen berechtigt waren, damals aber wurde das liberale Bürgertum kopfscheu und wollte die Notwendigkeit der Heeresreform nicht einsehen.

So kam der wohlmeinende Fürst — seit dem 2. Januar 1861 König

— wider seinen Willen in ein gespanntes Verhältnis zur Volksvertretung und schließlich in schärfsten Gegensatz.

Tastende Versuche in der auswärtigen Politik und in der Frage der deutschen Einheit können hier übergangen werden; die Entscheidung für die Zukunft lag darin, ob die Heerespläne des Königs durchgeführt werden konnten.

Seine militärischen Berater waren der Generalstabschef Helmut von Moltke und der Kriegsminister Albrecht von Roon, beide, wie er, durchdrungen von der Notwendigkeit des Geforderten. Moltke, der ältere von beiden, ein Geist von unerschöpflichem Reichtum, ein reiner, lauterer Mensch, eine liebenswürdige Persönlichkeit, ein unübertroffener Kenner der Kriegslehre und Geschichte, dabei einer der größten Feldherrn aller Zeiten: ein wahrhaft großer Mann, dessen Bedeutung die Welt erst später in drei Kriegen erkennen sollte; jetzt war er der Öffentlichkeit kaum bekannt und arbeitete still in den Schreibstuben des Generalstabs über seinen Plänen und an der Ausbildung seiner Offiziere.

Um so breiter stand Albrecht von Roon vor der Öffentlichkeit da, ein Held der Pflichterfüllung, ein unerschrockener Diener seines Königs, der unbeugsam seine gute Sache vertrat; ein Charakter ohne Fehl, treu wie Gold, ein edler Mensch, ein unermüdlicher Arbeiter; scharf und trotzig, recht ein Preuße und stolz auf sein Volkstum. Er war berufen, die Verhandlungen mit der Volksvertretung zu führen. Beide, Moltke und Roon, entstammten — wie auch ihr gewaltiger späterer Genosse Bismarck — dem niederen Adel; aus Armut und Enge mußten die beiden sich hervorarbeiten, und sind, obwohl adligen Geblüts, doch durch die Nöte ihrer Jugend rechte Söhne des Volkes.

Im Jahre 1860 hatte der Landtag auf ein Jahr die Mittel für die Heeresreform bewilligt, und dies im folgenden Jahre wiederholt; auf Grund davon waren neue Regimenter aufgestellt und auch im übrigen das Heer eingerichtet worden. Die Fortschrittspartei, seit der Wahl im Dezember 1861 im Landtag die herrschende, lehnte die weitere Bewilligung der Geldmittel ab und stellte damit die ganze Reform in Frage. Was sollte geschehen? Sollte man die Truppenteile auflösen, die Offiziere entlassen?

Der König dachte nicht daran nachzugeben, löste den Landtag auf und berief ein konservatives Ministerium; die Wahlen vom Mai 1862 brachten die Fortschrittspartei nur verstärkt zurück, und der Landtag lehnte wiederum alle Heeresforderungen ab.

König Wilhelm stand vor einem schweren Entschluß: er wollte den Willen des Volkes achten, er wollte ehrlich die Verfassung einhalten — aber er durfte nach seinem Gewissen in dieser Frage der Heeresreform, von der die Zukunft des Staates nach seiner Überzeugung abhing, nicht

nachgeben. In schwerer Sorge, in Gewissensnöten, treu beraten von seinem Roon, entschloß er sich, den Kampf um das Heer aufzunehmen.

Roon wies seinen König auf den Mann, der allein den Kampf durchführen könne, auf Otto von Bismarck-Schönhausen, den preußischen Gesandten in Paris, mit dem er seit Jahren in engem freundschaftlichem Verkehr und Briefwechsel stand und von dem er wußte, daß er seinem König auch den schwersten Dienst nicht weigern werde.

Lange schwankte König Wilhelm; er wußte, wie verhaßt Bismarck den Liberalen von der Zeit des vereinigten Landtages her war, wußte, daß er als „Reaktionär" schlimmster Art angesehen wurde. Er mußte fürchten, daß die Berufung dieses Mannes als eine Herausforderung der Fortschrittspartei aufgenommen werde! Aber es war kein Ausweg, er selbst kannte keinen anderen Helfer, und so beauftragte er am 22. September 1862 den von Roon aus Paris herbeigerufenen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministerpräsidenten.

Wir lich brauste die Empörung in allen liberalen Kreisen auf, daß dieser „Junker", diese „Verkörperung des Rückschritts" zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen wurde.

Belastet mit dem Haß, ja mit der Verachtung aller freiheitlich Gesinnten ging Bismarck ans Werk; er fühlte sich frei von dem, was die öffentliche Meinung ihm Schuld gab, und hoffte, sie bald durch sein unbefangenes, redliches Bemühen um eine Verständigung überzeugen zu können.

Das hoffte er vergebens — mit solchem Menschen gab es für die Liberalen kein Vertragen, keinen Frieden; mit Bismarck wollte die Fortschrittspartei keinen Vergleich, und so begann der Kampf in der schärfsten Form.

Das Land und der König mußten das Heer haben — die Volksvertretung verweigerte die Mittel — das Heer war aber auf Grund vorläufiger Bewilligung schon da — es wurde unter den Fahnen behalten, ohne daß der Landtag das Geld wieder bewilligt hatte; wiederholt mußte die entrüstete Volksvertretung heimgeschickt werden, nicht einmal der Staatshaushalt wurde genehmigt, und doch erhob die Regierung Steuern und Abgaben und machte die nicht bewilligten Ausgaben.

Verfassungsbruch, riefen die Liberalen — nein, antwortete Bismarck: Staatsnotwendigkeit.

Wer hatte Recht? Wie immer im Leben der Völker der, der das Notwendige tut, nicht wer das geschriebene Recht vertritt.

Wir können den schweren Kampf zwischen dem Ministerpräsidenten — dazu wurde Bismarck am 8. Oktober 1862 ernannt — und dem Landtag nicht im einzelnen verfolgen. Genug, der furchtlose Mann hielt allen Stürmen stand und verschaffte seinem König das Heer.

Wunderbar, wie die beiden sich einer Welt von Haß entgegenstemmten, der König an der Schwelle des Greisenalters und sein kraftstrotzender Minister; wunderbar, wie sie einander die Treue hielten seit jener denkwürdigen Unterredung im Parke zu Babelsberg, wo Bismarck den König von der Abdankung zurückhielt, bis zu dem Augenblick, da der gütige, edle Kaiser die Augen für immer schloß. Sie lebten der Welt das erhebende Schauspiel vor, wie ein deutscher Mann sich aus eigenem Entschluß seinem Fürsten weiht und wie dieser Fürst in voller sittlicher Vergeltung dem Manne sich anvertraut. Alles in allem: erlebtes Heldenlied von deutscher Treue.

Otto von Bismarck.

Ein Kind der Altmark, war er am 1. April 1815 im Schlosse Schönhausen als Sohn des Rittergutsbesitzers Ferdinand von Bismarck und seiner Ehefrau Luise Wilhelmine geb. Menken geboren. Bedeutende Menschen waren wohl beide Eltern nicht, aber danach fragt das Schicksal nicht, wenn es ein Genie hervorbringt. Ein gesunder Knabe, wild die Freiheit des Landlebens genießend; zu bald ein Zögling der Plahmannschen Anstalt, in die er noch nicht sieben Jahre alt gegeben wurde, und dann des Gymnasiums zum grauen Kloster in Berlin, in dem er sich eine umfassende Bildung aneignete. Mit 17 Jahren schon ein flotter Korpsstudent in Göttingen, stets bei der Hand mit dem Schläger, stets zu tollen Streichen geneigt; dann für nicht zu lange Zeit Auskultator an mehreren Gerichten, sowie an den Regierungen in Aachen und Potsdam, wo er mit Unlust den Aktenstaub schluckte. Bald davon abgestoßen, kehrte er aufs Land zurück nach Kniephof, einem der pommerischen Rittergüter seines Hauses; endlich übernahm er die Verwaltung des Stammgutes Schönhausen. So lebte er als Landwirt im Kreise von Standes- und Berufsgenossen, ganz ein preußischer Junker und stolz auf seine Zugehörigkeit zum alten Adel. Er wurde Deichhauptmann, genügte seiner Wehrpflicht als Landwehroffizier, ging auf die Jagd — aber arbeitete auch, wenn es über ihn kam, mit heißem Verlangen geistig, und sammelte einen unerschöpflichen Schatz an, den er sich aus Geschichte, schönem Schrifttum, volkswirtschaftlichen und politischen Werken erlesen.

Da kam er im Mai 1847 als Stellvertreter eines erkrankten Standesgenossen in den Vereinigten Landtag, zweiunddreißigjährig, und sofort zog er die Beachtung aller auf sich: ein Redner von schlagfertigem Witz, von Eigenart — doch mehr: ein selbständiger Denker — noch mehr: ein staatsmännischer Kopf und ein Charakter zugleich.

Nachdem König Friedrich Wilhelm seine Verfassung gegeben, wird Bismarck von seinem heimatlichen Kreise zum Abgeordneten für den Landtag gewählt. Schroff stellt er sich dort der Revolution und der liberalen

Richtung entgegen; ganz Preuße, ganz königstreu, will er von den Redensarten vom Reiche und vom Kaiser nicht viel wissen. Er lehnt auch die Erweiterung der Volksrechte ab und gefällt sich darin, in vielleicht bewußt übertreibender Weise die liberalen Gegner durch kecke Angriffe zu reizen. In Erfurt im Unionsparlament hält er sich wie im preußischen Landtag.

Die preußischen Reaktionäre sind entzückt von der jungen Kraft; sie sehen Bismarck ganz als den ihren an, wie er denn trotz seiner Jugend bald als einer der konservativen Führer betrachtet wurde und eifrig für die neu gegründete Kreuzzeitung schrieb; alle Freiheitlichen gewöhnen sich daran, in ihm das Vorbild des entschlossensten Rückschrittlers, einen „roten Junker" zu erblicken.

König Friedrich Wilhelm lernt den lebensvollen Streiter für sein Fürstenrecht kennen, gewinnt ihn lieb und gefällt sich in dem Gedanken, ihn zu Höherem zu erziehen. Ein grimmer Widerspruch: dies seines Weges sichere politische Genie als Zögling des politisch irrlichterierenden Schöngeists auf dem Throne!

Als der Bundestag wieder hergestellt und Preußen in Olmütz zum Eintritt gezwungen war, schickte der König Bismarck als Gesandten nach Frankfurt. Nun beginnt seine hohe Schule; als sein eigner Schüler lernt er dort die Menschen kennen, die des deutschen Volkes Geschicke lenken wollten, sieht er die unendliche Kleinheit der meisten, die Nichtigkeit ihrer Gedanken. Die Schwächen der Unpolitik seines Königs hatte er längst durchschaut, auch die Fehler der Parlamente. Sein klarer Geist erkennt: politische Ansprüche darf nur erheben, wer die Macht hat, sie durchzusetzen; als schlimmster Verstoß gegen den heiligen Geist der Politik, die ihm eine Kunst ist und keine Wissenschaft, erscheint ihm, Ansprüche ohne die zu ihrer Durchsetzung notwendige Macht zu erheben; Wille und Durchführbarkeit müssen sich decken.

So wird er zum größten „Realpolitiker", den unsere Geschichte aufzuweisen hat. Dabei erweitert sich sein tapferes preußisches Herz zum deutschen; er lernt die Sehnsucht nach dem großen deutschen Staate verstehen, weiß aber, daß dies Ziel nicht mit Festen und Reden erreicht werden kann.

Der österreichischen Politik sieht er bis ins Innerste und durchschaut, auf wie schwachen Füßen sie steht; dem politischen Treiben der Mittel- und Kleinstaaten geht er nach und erfaßt den Widerspruch, der in ihrer tatsächlichen Macht- und Hilflosigkeit und ihren Ansprüchen liegt.

In meisterhaften Denkschriften und Berichten legt er seine Anschauungen und Erfahrungen nieder, scharf zeichnet er seine politischen Mitspieler am Bundestage — und dabei schreibt er Briefe von wunderbarer Reinheit und Wärme an Gattin und Schwester — dabei ist er ein köstlicher Gesellschafter und gibt sich ohne Zwang als fröhlicher sorgloser Lebensfreund.

Freilich, wenn er die Rechte seines Königs oder Staates vertritt, dann versteht er keinen Spaß.

So wuchs er sich aus, so bereitete er sein Rüstzeug, und zum guten Deutschen geworden, schreibt er seinem vorgesetzten Minister, er sehe in dem Verhältnis Preußens zu Österreich ein Gebrechen, das „ferro et igni" (durch Eisen und Feuer) geheilt werden müsse; denselben Gedanken hat er später im Abgeordnetenhause mit der berühmten Erklärung wiederholt: „nicht durch Mehrheitsbeschlüsse und Reden werde die deutsche Frage gelöst, sondern nur durch Eisen und Blut".

Das hieß: mit Habsburg kann Hohenzollern sich über das künftige deutsche Reich nicht verständigen; Österreich hat keinen Platz im Reiche; Preußen muß dies Österreich mit dem Schwerte aus dem Reiche verdrängen; dann erst ist das Kaisertum der Hohenzollern möglich, das kleine Deutschland der Frankfurter Kaiserpartei.

Vom Bundestage kam Bismarck nach Petersburg; dort studierte er die russische Politik an der Quelle, erweiterte seine Menschenkenntnis und knüpfte wertvolle persönliche Beziehungen an; dann wurde er nach Paris geschickt, wo er bald Napoleons Vertrauen gewann und in dessen Ränkespiel Einblick erhielt.

In diesem Augenblicke rief ihn sein König auf Roons Rat. Er folgte dem Rufe, und aus innerster Überzeugung führte er den Kampf um das Heer, weil er wußte, daß nur die Macht im Leben der Völker Recht gibt, und weil er erkannt hatte, daß nur durch Blut und Eisen die deutsche Frage zu lösen sei.

So war er von vornherein dem Landtage gegenüber sittlich im Rechte — und die Geschichte hat ihn, den ritterlichen Streiter für seinen guten König, glänzend gerechtfertigt. Als er nach Berlin kam, war er längst kein Junker mehr, kein konservativer Parteimann; seine deutsche Gesinnung hatte ihn auch nicht zum Liberalen gemacht; er war keines von beiden, aber entschlossen, alle Kräfte zu benutzen, die zum gedeihlichen Ziele führten.

Ein festes „Programm" hatte er nicht, er hat es selbst gesagt, daß ein Staatsmann „nach Programmen" nicht wirken kann; er wollte aber jede Gelegenheit ergreifen, um sein Preußen zu stärken, in dem er den natürlichen Mittelpunkt des zukünftigen Deutschland erblickte.

So arbeitete er von Fall zu Fall — aber aus einem einheitlichen Entschluß nach einem fest ins Auge gefaßten Ziele, das er nicht nennen durfte. Mit beispielloser Sicherheit erkannte er jeden Fehler der Gegner und mit erfolggewisser Entschlossenheit nützte er sie aus.

Ein echter Staatsmann, ein Mensch aus einem Gusse: ein großes Herz, ein schärfster Verstand, ein tiefes Wissen, umfassende Bildung, ein un-

bestechliches Urteil — vor allem aber ein leidenschaftlicher Wille, der sich selbstlos in den Dienst seines Königs und seines Vaterlandes stellte.

* * *

Es ist klar, daß der Kampf mit dem Landtag Bismarck nicht allein in Anspruch nahm; daneben gingen die Verhandlungen mit Österreich und den deutschen Staaten wegen der deutschen Zukunft und die auswärtige Politik zur Hebung des preußischen Ansehens.

Im Sommer 1863 lieferte er den Beweis, wie ernst es ihm, dem „Reaktionär", um die Wahrung der Volksrechte zu tun war, indem er den Kurfürsten von Hessen zwang, die Verfassung anzuerkennen.

Im August desselben Jahres tagte in Frankfurt a. M., von Kaiser Franz Josef eingeladen, ein Fürstentag, um die deutsche Frage zu erörtern; es wurde ein „Direktorium" von fünf Fürsten unter Österreichs Vorsitz ins Auge gefaßt; daneben sollte der Bundestag als Oberhaus und ein Parlament aus Abgesandten der einzelstaatlichen Landtage als Unterhaus bestehen. Da Bismarck wußte, daß die deutsche Frage nicht im Wege der Verständigung mit Österreich gelöst werden konnte, veranlaßte er seinen König, jenem Fürstentage fernzubleiben, so daß dort kein Beschluß zustande kam.

Inzwischen waren die Dänen mit einem schweren Bruch des Londoner Protokolls gegen Schleswig-Holstein vorgegangen; viel hatte der Bundestag seit zehn Jahren hingenommen — würde er auch die neueste dänische Anmaßung ertragen?

Mit scharfem Blick erkannte Bismarck, daß die Schicksalsstunde für Preußen geschlagen habe, und schickte sich an, sein staatsmännisches Meisterstück zu liefern.

Der dänische Krieg.

Die großmacht-gierige Partei in Kopenhagen, die „Eiderdänen", hatten eine Staatsverfassung durchgesetzt, durch die Schleswig mit dem Königreich vereinigt werden sollte, obwohl beide Elbherzogtümer nach ihrer eigenen Verfassung „up ewig ungedeelt" verbunden waren, und obwohl diese Änderung den Londoner Beschlüssen widersprach.

Auf Preußens Antrag beschloß der Bund, im Wege der sog. „Exekution" Dänemark daran zu hindern und beauftragte Sachsen und Hannover mit der Durchführung. Nun starb König Friedrich VII. und sein Nachfolger, der Glücksburger Christian IX., bestätigte die neue dänische Verfassung.

Meisterhaft verstand Bismarck das Londoner Protokoll auszunutzen. Was einst eine Schmach für Preußen war — jetzt wurde es eine scharfe Waffe. Er wies nach, daß Dänemark jenen von England, Rußland, Frankreich, Schweden und den beiden deutschen Großmächten

unterfertigten Vertrag verletzt habe; daraus erwachse für Preußen und Österreich das Recht, gegen den Vertragsbruch als europäische Großmächte, nicht als Mitglieder des deutschen Bundes, einzuschreiten; die mitunterzeichneten Mächte konnten, an ihre Unterschrift gebunden, beide daran nicht hindern, da der Rechtsbruch Dänemarks unbestreitbar war; Österreich selbst hatte als Großmacht die Pflicht, den dänischen Übergriff nicht zu dulden.

So legte Bismarck die fremden Mächte fest und verband sich Österreich; mit ihm zusammen verlangte er anfangs 1864 die Aufhebung der dänischen Verfassung. Als Dänemark sich weigerte, wurde der Krieg erklärt, und ein Heer von 60000 Mann (23000 Österreicher und 37000 Preußen) rückte unter Feldmarschall Wrangel in Schleswig ein; unter ihm führte der hervorragende General von Gablenz die Österreicher; die Bewegungen leitete der Generalstabschef von Moltke, zuerst von Berlin aus, dann selbst im Hauptquartier.

Die Verbündeten waren von vornherein erfolgreich, so daß die Dänen sich zurückziehen mußten; doch kam es bei der eigenwilligen Befehlsführung des alten Wrangel zu keinem größeren Schlag. Nachdem Prinz Friedrich Karl von Preußen den Oberbefehl übernommen hatte, wurden in glänzender Tapferkeit die Düppeler Schanzen erstürmt (18. April 1864), so daß die Dänen weiter weichen mußten und Waffenstillstand nachsuchten. Als die Verhandlungen scheiterten, wurde der Kampf Ende Juni wieder aufgenommen; am 29. Juni gelang den Preußen unter Herwarth von Bittenfeld der Übergang nach der Insel Alsen, wo die Dänen entscheidend geschlagen wurden.

Neue Verhandlungen folgten, die am 30. Oktober zum Frieden von Wien führten: darin trat König Christian IX. Schleswig-Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich ab.

Nun erwartete die öffentliche Meinung in Deutschland, vor allem in den Elbherzogtümern, daß die beiden siegreichen Großmächte die von Dänemark befreiten Lande dem dort schon Ende 1863 zum Herzog ausgerufenen Prinzen Friedrich von Augustenburg übergeben würden. Aber daran dachte Bismarcks realpolitischer Sinn nicht; er hielt es nicht für gut, an so wichtiger Stelle an der Verbindung zwischen Nord- und Ostsee einen neuen Kleinstaat zu schaffen; ließ sich das ganz und gar nicht umgehen, so sollte Preußen wenigstens dadurch gesichert sein, daß Land- und Seestreitkräfte, Eisenbahnen und Post, sowie die Festungen und Häfen des Landes Preußen unterstellt würden. Dem widersprach Österreich, das den Augustenburger begünstigte; dieser fügte sich den preußischen Forderungen nicht, so daß ein neues Zerwürfnis da war.

Einmütig stellte die öffentliche Meinung sich gegen Bismarck; die Schleswig-Holsteiner waren empört über seine Haltung; König Wilhelm

selbst schwankte unter dem Einfluß seines Sohnes, des Kronprinzen Friedrich Wilhelm; die Bevollmächtigten der beiden Mächte, die gemeinschaftlich die Verwaltung der Herzogtümer führten, gerieten in offenen Zwiespalt. Aber Bismarck blieb fest und überzeugte seinen Herrn; es gelang ihm auch, mit der österreichischen Regierung das Einverständnis wieder herzustellen: im Vertrag zu Gastein (14. August 1865) wurde in der Hauptsache vereinbart, daß Lauenburg gegen Zahlung von 2½ Millionen Talern an Preußen falle, wogegen beide Großmächte nach wie vor die Oberhoheit über Schleswig-Holstein zur gesamten Hand behielten; die Verwaltung Schleswigs wurde Preußen, diejenige Holsteins Österreich anvertraut; der Prinz von Augustenburg blieb unberücksichtigt.

Gewiß ein künstliches, auf die Dauer unhaltbares Verhältnis; leicht begreiflich auch, daß das deutsche Volk, dem die weiteren Absichten Bismarcks nicht bekannt sein konnten, das Verhalten des beutegierigen, preußischen „Partikularisten" mißbilligte und sich auf die Seite des enttäuschten Augustenburgers schlug.

So ungewiß die Zukunft war: eines war klar, der preußische Ministerpräsident hatte sich als Meister der Diplomatie gezeigt, und das preußische Heer, das Ergebnis der Kämpfe mit dem Landtag, war ruhmbedeckt und bewährt aus dem Kriege hervorgegangen.

Der deutsche Krieg.

Österreich gewann die Überzeugung, daß Bismarcks Politik in der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage auf eine dauernde Stärkung und Vergrößerung Preußens abziele und daß er die Elbherzogtümer dem Prinzen von Augustenburg nur vorenthalte, um sie für Preußen zu erwerben. Man erkannte auch, daß er einen engeren Bund deutscher Mittelstaaten an Preußen angliedern wolle; wie immer, betrachteten die österreichischen Staatsmänner diese Fragen nicht vom deutschen, sondern vom habsburgischen Standpunkte und waren entschlossen, einen Kraftzuwachs des norddeutschen Nebenbuhlers nicht zu dulden.

Der einer dauernden Verständigung zwischen den beiden deutschen Großmächten geneigte, tüchtige und deutschgesinnte Minister des Äußeren Graf Rechberg war im Herbste 1864 über die Frage des Beitritts zum Zollverein gestürzt worden. An seiner Stelle war Graf Mensdorff-Pouilly getreten, der, obwohl selbst versöhnlich, dem mächtigen Einfluß des ihm untergebenen Freiherrn von Biegeleben gegenüber nicht durchdringen konnte; dieser, wie sein gleichgesinnter Amtsgenosse Max von Gagern, war ein geschworener Gegner Preußens; beide waren Süddeutsche, der eine Hessen-Darmstädter, der andere Nassauer, beide nach dem Scheitern der Bewegung des Jahres 1848 in österreichischen Dienst getreten; beide streng ultramontan und partikularistisch. Sie wurden, trotzdem sie nie

an äußerlich maßgebender Stelle standen, die Urheber und Treiber einer verhängnisvollen preußenfeindlichen Politik des Kaiserreichs.

Das Streben nach der deutschen Einheit war auch in den Tagen der Reaktion nicht eingeschlafen und hatte einen mächtigen Antrieb erhalten durch den österreichisch-französischen Krieg, der Habsburg nach den Niederlagen von Magenta (4. Juni) und Solferino (24. Juni 1859) die Lombardei kostete; damals, als Napoleon III. in schroffer Form Österreich vor die Entscheidung über Krieg und Frieden gestellt hatte, war in ganz Deutschland das Gefühl der Zusammengehörigkeit machtvoll rege geworden. Als Kaiser Franz Josef Bundeshilfe heischte, hatte die öffentliche Meinung von Preußen verlangt, daß es selbstlos dem Hause Habsburg beispringe; dabei verkannte man, daß der Fortbesitz der Lombardei nur ein Vorteil des Hauses Habsburg und nicht ein solcher des deutschen Gesamtvolkes sei. Die preußische Politik war trotzdem unter dem Drucke der öffentlichen Meinung bereit gewesen, dem bedrängten Österreich beizuspringen, machte aber zur Bedingung, daß alle deutschen Truppen preußischem Oberbefehl unterstellt würden; dies schien damals dem Kaiser Franz Josef unannehmbar, und er verständigte sich lieber mit Napoleon durch die Preisgabe der Lombardei, als daß er eine Stärkung des Ansehens Preußens im Bunde zuließ.

Aber die Erregung des Volkes dauerte fort, und der Gedanke der deutschen Einheit erhielt eine politische Vertretung im deutschen Nationalverein, der im September 1859 in Eisenach durch Rudolf von Bennigsen und Johannes Miquel begründet wurde; überall entstanden, größtenteils von den Regierungen mit Mißtrauen beobachtet, Zweigvereine, und es begann eine von den bedeutenden Führern trefflich geleitete Bewegung, die in Versammlungen und in der Presse den deutschen Bundesstaat mit „preußischer Spitze" forderte. Noch im selben Jahre feierte die ganze deutsche Welt den hundertsten Geburtstag Friedrich von Schillers, und in überströmender Begeisterung wurde das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen in Wort und Schrift zum Ausdruck gebracht.

Seitdem sorgten Turnfeste, Schützen- und Sängerfeste dafür, daß die Sehnsucht nach der Einheit im Volke nicht einschlafe: ein jedes Fest war zugleich eine politische Kundgebung des Einheitsdranges.

Die Kanzleien der deutschen Regierungen kamen wieder in Bewegung, und die deutsche Frage beherrschte das innere politische Leben der deutschen Staaten; eine ganze Reihe von Vorschlägen zu ihrer Lösung wurde gemacht, die wir, da sie künstlich und undurchführbar waren, nicht zu betrachten brauchen. Kein Zweifel: das Ansehen Preußens war im Steigen und damit die Erkenntnis, daß nur im Anschluß an Preußen der deutsche Staat errichtet werden könne; da war es für die „preußische Spitze" schlimm,

daß der „Konflikt" ausbrach und wieder weite Kreise an dem preußischen Königtum zweifeln machte.

Ungefähr um dieselbe Zeit nahm Österreich unter Schmerlings Leitung einen Anlauf, wieder eine Verfassung einzuführen, so daß die Anhänger Habsburgs, besonders in Süddeutschland, die Behauptung aufstellen konnten, nicht bei Preußen, sondern im Anschluß an Österreich sei das Heil zu suchen.

Jedenfalls zerbrachen die deutschen Minister sich in fortgesetzten Verhandlungen die Köpfe über die Lösung der deutschen Frage, und die öffentliche Meinung verlangte leidenschaftlich endlich die Tat.

So lagen die Dinge, als der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich sich der Elbherzogtümer wegen zuspitzte, daß gleichzeitig auch derjenige der Bundesreform zu einer Schärfe gediehen war, die nach einer Entscheidung verlangte.

Bismarck sah mit dem Blicke des großen Staatsmannes, daß beide Fragen jetzt zusammen gelöst werden müßten; **brach der Krieg mit Österreich wegen Schleswig-Holstein aus, so mußte dieser Krieg auch über die Zukunft Deutschlands** und die Stellung der habsburgischen Monarchie in Deutschland entscheiden.

Nachdem er durch Vertrag vom 8. April 1866 ein Bündnis mit dem inzwischen aus dem Einheitsdrange des italienischen Volkes unter der großartigen Führung des **Grafen Cavour** entstandenen Königreich **Italien** geschlossen hatte, in dem er dem jungen Staate die letzte österreichische Besitzung auf italienischem Boden, **Venetien**, als Beute in Aussicht gestellt hatte, reichte er am folgenden Tage in Frankfurt den Antrag auf Berufung einer deutschen Nationalversammlung ein, die über die Bundesreform beraten sollte.

So groß war der Haß gegen den „reaktionären Konfliktsminister", daß dieser Schritt von den Liberalen mit Hohn aufgenommen wurde; der preußische Landtag zeigte eine so feindliche Haltung, daß er aufgelöst werden mußte.

Nun tat Österreich seinen Gegenzug: es beantragte am 1. Juni 1866, daß die schleswig-holsteinische Frage durch den Bundestag entschieden werden solle. **Das stand im Widerspruch mit dem Gasteiner Vertrag, den Österreich und Preußen als europäische Großmächte geschlossen hatten**, nicht als Mitglieder des deutschen Bundes.

Schnell folgte und scharf lautete Bismarcks Antwort; am 7. Juni rückten preußische Truppen in Holstein ein, und am 10. Juni ließ er dem Bundestag einen Verfassungsentwurf überreichen, der für das deutsche Volk unter Ausschluß Österreichs eine **Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts forderte.**

Am 11. Juni beantragte Österreich, alle Bundestruppen, mit Ausnahme der preußischen, auf Kriegsfuß zu setzen, um gegen Preußen die

„Bundesexekution" zu betreiben; am Tage darauf schloß es einen bis heute noch unbekannten Bundesvertrag mit Napoleon III.

Bismarck warnte die deutschen Regierungen durch ein Rundschreiben und sprach aus, daß Preußen die Zustimmung zu dem österreichischen Antrag als Kriegserklärung auffassen werde.

Sein kühner Zug: dem deutschen Volke den Reichstag und das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu versprechen, machte manchen stutzig — war das der verschrieene Reaktionär? Es wurden Stimmen laut, die zur Verständigung mahnten, aber sie wurden überschrieen von dem Kampfruf gegen das friedensbrecherische Preußen.

Am 14. Juni fiel die Entscheidung: mit 9 gegen 6 Stimmen wurde der österreichische Antrag in einer von Bayern vorgeschlagenen, abgeschwächten Form angenommen; der preußische Gesandte erklärte durch diese Abstimmung den Bundesvertrag für gebrochen und den deutschen Bund für aufgelöst.

Damit war der Krieg erklärt.

Der Atem des deutschen Volkes stockte; jeder empfand, daß nun die Entscheidung auf Leben und Tod gehe — eine ungeheure Erwartung und Spannung allenthalben.

Die Österreicher fühlten sich des Sieges sicher; die Preußen gingen ruhig an die furchtbar ernste Arbeit; noch einmal verwarnten sie ihre norddeutschen Nachbarn Kurhessen, Hannover und Sachsen; es war vergebens. Zum Bruderkampfe bereit standen sich gegenüber: Österreich mit Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen, Hannover, Nassau und beiden Hessen — auf der andern Seite: Preußen mit den übrigen norddeutschen Bundesstaaten.

Wie wird dies Preußen, zerrissen von den Parteikämpfen des „Konflikts", den ungeheuren Kampf bestehen können? Großartig die Ruhe, die Umsicht, mit der die Staatsmänner, mit der die Leiter des Heeres vorgingen; glänzend bewährte sich die Friedensarbeit des genialen Generalstabschefs von Moltke und die Fürsorge des Kriegsministers von Roon; mit der Genauigkeit einer Maschine wurden die Truppenteile auf Kriegsfuß gesetzt und die Heere gebildet und vorgeschoben.

Ein wunderbares Bild nun, wie der kurze Riesenkampf anhebt und in großen Gefechten sich steigert bis zur größten Schlacht des 19. Jahrhunderts, dem Entscheidungskampf bei Königgrätz.

Auf preußischer Seite führte der greise König selbst den Oberbefehl; unter ihm standen Prinz Friedrich Karl und der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen; General von Moltke war der Leiter der ganzen Kriegshandlungen.

Auf Österreichs Seite ruhte der Oberbefehl in der Hand des Feldzeugmeisters von Benedek; der hatte sich auf den verschiedenen

italienischen Kriegsschauplätzen mit Ruhm bedeckt und war der Stolz des österreichischen Heeres; ein glänzender Soldat und tüchtiger Führer — aber kein Feldherr, der der größten Aufgabe gewachsen war; das hatte er selbst erkannt und seinen Kaiser gebeten, von ihm abzusehen; aber der Befehl seines Kriegsherrn zwang ihn an den Platz, den er nur mit Widerstreben und im Gefühl seiner Unzulänglichkeit einnahm. Unter ihm stand der Kronprinz Albert von Sachsen, ein tüchtiger Führer, der sich ausgezeichnet bewährte. In Oberitalien hatte Erzherzog Albrecht den Befehl gegen die Italiener, ein auf diesem Kriegsschauplatz erfahrener und erprobter Feldherr; die österreichische Flotte war dem Admiral von Tegethoff unterstellt.

Es kann nicht unsere Sache sein, die kriegerischen Ereignisse im einzelnen zu schildern; wir können ihren Gang nur im großen andeuten. Die Hauptmasse der Preußen richtete den Marsch auf Böhmen, in Süd- und Norddeutschland wurden verhältnismäßig schwache Abteilungen belassen.

Am 26. Juni überschritten alle Heeresteile die feindlichen Grenzen: glänzende Gefechte bei Münchengrätz, Gitschin, Nachod und Skalitz bereiten die Vereinigung der beiden preußischen Hauptheere vor; am 3. Juli stellt Prinz Friedrich Karl den österreichischen Oberfeldherrn bei Königgrätz; ein schweres Ringen beginnt; mit glänzender Tapferkeit wird auf beiden Seiten gekämpft; lange schwankt die Entscheidung; da gibt am Nachmittag die von Moltke vorherbestimmte Ankunft des kronprinzlichen Heeres den Ausschlag; die Österreicher werden vernichtend geschlagen und verlieren 20000 Gefangene, 5 Fahnen, 161 Geschütze.

Ungeheuer war der Eindruck dieses Ereignisses!

Das hatte die Welt nicht erwartet — hatte doch Erzherzog Albrecht am 24. Juni die Italiener bei Custozza besiegt und die österreichische Kriegstüchtigkeit erwiesen. Und nun diese gewaltige Niederlage!

Kaiser Franz Josef rief Napoleons Vermittlung an; dieser begann Verhandlungen mit Preußen und Italien, die aber ihre kriegerischen Maßnahmen nicht unterbrachen; der Krieg ging fort, und mit rastloser Eile rückten die Preußen gegen Wien vor.

Inzwischen waren im Norden die Hannoveraner am 29. Juni bei Langensalza zur Übergabe gezwungen, und die süddeutschen Feinde Preußens waren in einer Reihe von Gefechten besiegt worden, so die Bayern bei Kissingen (10. Juli), die Hessen bei Laufach (13.), das 8. Armeekorps der Verbündeten bei Aschaffenburg (am 14. Juli).

Überall waren Preußens Fahnen siegreich: glänzend bewährte sich König Wilhelms Heer, glänzend die Kriegsvorbereitungen Roons, glänzend die Führung Moltkes und über alles Erwarten die Tüchtigkeit der unteren Führer.

Unter dem Eindruck der Ereignisse suchten die Gegner Preußens Waffenstillstand nach, der mit Österreich am 26. Juli, mit den Süddeutschen am 2. August zustande kam. Sofort begannen die Friedensverhandlungen, bei denen Bismarck, auf der Höhe seiner staatsmännischen Aufgabe, zwei Ziele vor allem im Auge hatte: schnell zum Abschluß zu kommen, damit Napoleon nicht Zeit gewinne, eine Preußen ungünstige Haltung der bisher unbeteiligten Mächte herbeizuführen, und Österreich zu schonen, um mit ihm ein freundschaftliches Verhältnis zu gewinnen.

König Wilhelm wollte auch von Österreich Gebietsabtretungen verlangen, und der Minister hatte einen harten Kampf mit seinem Herrn zu bestehen, bis es ihm endlich gelang, seiner Meinung den Sieg zu verschaffen.

Das Ergebnis des am 23. August 1866 zu Prag geschlossenen Friedens war dies: Kaiser Franz Josef erkannte die Auflösung des deutschen Bundes an und gab seine Zustimmung zur Neugestaltung Deutschlands ohne Österreich, sowie zur Vornahme der von Preußen beabsichtigten Gebietserweiterungen; er übertrug seine Rechte an Schleswig-Holstein auf den König von Preußen und verpflichtete sich, Venetien an Italien abzutreten; daneben zahlte Österreich eine Kriegsentschädigung von 20 Millionen Talern.

Hannover, Kurhessen, Nassau, die Reichsstadt Frankfurt und Schleswig-Holstein wurden in Preußen einverleibt; die süddeutschen Staaten blieben ohne Einbuße — abgesehen von kleinen Gebietsabtretungen, die Bayern und Hessen auferlegt wurden — und schlossen mit Preußen Schutz- und Trutzbündnisse.

Mit den norddeutschen Staaten war ein enges Bundesverhältnis vorgesehen, das sogleich näher geschildert werden soll.

Eine Nebenfolge der preußischen Siege war, daß Italien, obwohl bei Custozza unterlegen und von Tegethoff in der Seeschlacht bei Lissa (20. Juli) entscheidend geschlagen, Venetien erhielt. So war ein einiges italienisches Reich entstanden, das außer dem päpstlich gebliebenen Rom ganz Italien umfaßte.

Das alles war Bismarcks Werk — ein ungeheurer Erfolg — das Werk des kühnen Staatsmannes, der im preußischen Heere unter glänzenden Führern den Vollstrecker seiner Entschlüsse gefunden hatte.

Stolz durften sein König und er das Haupt erheben, und stolz wiesen sie in der Tat Napoleon III. ab, der als „Ausgleich" für die preußischen Gebietserwerbungen die Rheinpfalz und Rheinhessen mit der Festung Mainz für Frankreich verlangte.

Hatte die ganze Welt die preußischen Siege mit staunender Bewunderung aufgenommen — in Preußen selbst brach der Bann, den die Verfassungskämpfe zwischen das Volk und den König mit seinen Beratern

gelegt hatten und jubelnder Stolz auf die unerhörte Siegesfolge dieses kurzen, aber glorreichen Feldzugs erfüllte nun alle Kreise.

Edel und großdenkend bot der König der Volksvertretung die Hand zum Frieden: er suchte vom Landtag die nachträgliche Genehmigung für die seit 1862 ohne Haushaltsgesetz vorgenommenen Staatsausgaben nach und erhielt sie mit überwältigender Mehrheit bewilligt.

Der Friede zwischen König und Volk war wieder hergestellt; Preußen vermehrt um große Gebiete, die den Staat endlich zum zusammenhängenden Ganzen abrundeten; der Weg zur deutschen Einheit war freigemacht.

Nun mochte Bismarck dazu weiter helfen!

Das Deutsche Reich.

Der norddeutsche Bund.

Sofort nach dem Kriege nahm Bismarck die Friedensarbeit auf: das „kleinere" Deutschland einzurichten und damit wenigstens den ersten Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit zu tun.

Der norddeutsche Bund entstand, gebildet aus dem durch die Siegesbeute vergrößerten Preußen, allen nord- und mitteldeutschen Staaten und dem oberhessischen Teile des Großherzogtums Hessen; es waren 21 Staaten von verschiedenster Größe und Bedeutung, zusammengefaßt zu einem Bundesstaat.

Damit ist gesagt, daß das neue Gebilde — ähnlich der schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Nordamerika — ein festgefügtes, selbständiges Staatswesen sein sollte, ausgestattet mit eigenen Geldquellen aus Steuern und Zöllen und mit eigenen Machtmitteln, dem Heere und der Flotte des norddeutschen Bundes, sowie mit dem ausgedehnten Rechte der Gesetzgebung für weite Gebiete des staatlichen Lebens (z. B. Strafrecht, bürgerliches Recht, Zölle, Heerespflicht, Post- und Telegraphenwesen usw.).

Daneben blieben die Einzelstaaten in ihrer bisherigen Staatsform bestehen, sie wurden „Bundesstaaten"; von ihren Hoheitsrechten übernahm der Bund nur die Kriegshoheit, d. h. das Recht über Krieg und Frieden, die auswärtige Politik und alle jene Gebiete, die ihm ausdrücklich durch die Verfassung übertragen waren; einige davon haben wir oben erwähnt.

Das hieß, daß der norddeutsche Bund dem Auslande gegenüber als selbständiges Ganzes auftreten konnte; es gab z. B. keine auswärtige Politik des Königreichs Sachsen, keine königlich-preußische Flotte, kein mecklenburgisches Heer mehr: es gab nur noch eine auswärtige Politik, eine Flotte, ein Heer des Bundes, in dem der größte Staat, das siegreiche Preußen, die Führung übernahm.

Durch die Verfassung wurde bestimmt, daß der jeweilige König von Preußen Oberhaupt des Bundes sein sollte, daß er den Oberbefehl über

Heer und Flotte habe, daß er den Bundeskanzler und die Beamten des Bundes ernenne und den Bund dem Auslande gegenüber vertrete. Die einzelnen Bundesstaaten entsandten ihre Vertreter in den Bundesrat, woselbst sie Stimmrecht nach Maßgabe ihrer Vertretung im früheren deutschen Bunde hatten; Preußen z. B. hatte 17 Stimmen, die übrigen zusammen 26 Stimmen, doch war festgesetzt, daß in gewissen wichtigen Fragen die führende Macht nicht überstimmt werden konnte.

Als Volksvertretung stand neben dem Bundesrate der norddeutsche Reichstag, hervorgegangen aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht; die geheime Wahl hatte Bismarck nicht zugestehen wollen, doch war sie wider seinen Willen von dem sog. „konstituierenden Reichstag" durchgesetzt worden.

Für das Zustandekommen eines jeden Gesetzes war die Genehmigung des Reichstags, die Zustimmung des Bundesrats und die Verkündigung durch das Oberhaupt des Bundes erforderlich.

Dies Gebilde scheint schwerfällig und künstlich — aber es hat sich bewährt, und der Bundesstaat hat sich, wie in der Schweiz und in Nordamerika zu einem lebendigen, machtvollen, leistungsfähigen Staatswesen ausgewachsen. Mit meisterhafter Sicherheit hatte Bismarck verstanden, ihm an Rechten zu verleihen, was er unbedingt brauchte, und doch den Einzelstaaten das Maß von Freiheit und Selbständigkeit zu lassen, das die Verschiedenheit der Stämme und der geschichtlichen Entwicklung wünschenswert erscheinen ließ, um sie zu willigen treuen Gliedern des neuen Staatswesens zu machen.

Am 24. Februar 1867 trat der erste Reichstag zusammen; in ihm hatte die aus dem deutschen Nationalverein hervorgegangene nationalliberale Partei die Mehrheit; bezeichnend war, daß ihre Führer von Bennigsen und Miquel dem eben einverleibten Hannover entstammten und daß sie sich mit begeistertem Eifer dem neuen größeren Vaterlande zur Verfügung stellten.

Feierlich und stolz eröffnete König Wilhelm die erste Tagung im Schlosse zu Berlin; schaffensfreudig ging die Volksvertretung an die Arbeit, und am 16. April nahm sie mit überwältigender Mehrheit die neue Verfassung an, die sofort vom Bundesrate gebilligt, schon am folgenden Tage von dem Bundesoberhaupte verkündigt wurde.

Zum ersten Bundeskanzler wurde Bismarck ernannt, den der Dank seines Königs zum Grafen erhoben hatte. Rasch förderten Bundesrat und Reichstag die Ausgestaltung der Einrichtungen des neuen Staatswesens; alle zu ihm gehörigen Staaten führten die allgemeine Wehrpflicht ein, die preußische Flotte ging an den Bund über und sollte sofort verstärkt werden; als Wahrzeichen für die Kriegs- und Handelsflotte wurde die schwarz-weiß-rote Flagge bestimmt, die, zusammengesetzt aus dem

preußischen schwarz-weiß und dem rot-weiß der Hansestädte, zum ersten Male am 1. Oktober 1867 gehißt wurde.

Zu Neujahr 1868 trat die einheitliche Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens ins Leben, die einen großen Fortschritt bedeutete.

Emsig wurde auf den dem Bunde überwiesenen Rechtsgebieten gearbeitet — kurz: der junge Bundesstaat bewies, geleitet von der Weisheit König Wilhelms und der Tatkraft Bismarcks, daß er leben wolle und könne. An dreißig Millionen Deutsche, auf rund 7500 Geviertmeilen wohnend, waren in ihm vereinigt und stellten zum ersten Male seit dem Verfalle der alten Kaisergewalt eine stattliche, zur Kraftentfaltung nach innen und außen berufene Macht dar; so glücklich war die Form dieses Bundes gewählt, daß die bisher ferngebliebenen süddeutschen Staaten: Bayern, Württemberg, Baden und das südliche Hessen jeden Tag ohne weiteres eintreten konnten. Vorläufig waren sie mit dem norddeutschen Bunde durch ein Schutz- und Trutzbündnis dem Ausland gegenüber zusammengeschlossen und lebten wirtschaftlich mit ihm verbunden im Zollverein: die Bande, durch die sie dem Bunde angegliedert waren, schienen so stark und fest, daß die auf näheren Anschluß drängenden Vaterlandsfreunde im Süden hoffen durften, diesen weiteren Schritt zur deutschen Einheit zu erleben.

Bismarck hielt es für richtig, nach dieser Richtung keinen Druck auf die süddeutschen Staaten auszuüben: sie sollten aus freien Stücken, nicht gezwungen, dem Bunde beitreten.

Die Entwicklung der Dinge in Österreich, das nun, wie die dortigen Deutschen bitter sagten, „aus Deutschland hinausgeworfen war", soll uns hier nicht beschäftigen; wir werden sie später bei der Darstellung der Schicksale des deutschen Volkes außerhalb des deutschen Reiches im Zusammenhang schildern. Jetzt wollen wir verfolgen, wie der norddeutsche Bund sich zum deutschen Reiche ausbaute.

Die deutsch-französische Spannung.

Die glänzende Kriegführung Preußens hatte alle Welt überrascht; in Frankreich weckte sie Haß und Neid gegen den Sieger, und Napoleon III. erkannte wohl, daß seine ausschlaggebende Rolle angesichts der Erfolge der bismarckischen Politik zu Ende sei; er empfand die Niederlage Österreichs bei Königgrätz als eine eigene; umsomehr da sein Versuch, bei den Friedensverhandlungen für Frankreich einen Vorteil herauszuschlagen, wie er sagte „Kompensationen", mißlungen war. Bismarck hatte auf den Abschluß des Friedens gedrängt, schon um Napoleon zu neuen Machenschaften keine Zeit zu lassen; das französische Verlangen nach Entschädigungen auf dem linken Rheinufer war entschieden zurückgewiesen worden.

Das alles war Napoleons Ansehen in Frankreich, das seit dem ver-

unglückten Zuge nach Mexiko (1861—67) stetig gesunken war, schädlich, und er trachtete, durch einen augenfälligen Erfolg seine geschwächte Stellung wieder zu befestigen.

So verfiel er auf den Gedanken, Luxemburg, das unmittelbar vor den Grenzen sowohl Frankreichs wie Preußens lag, für Frankreich zu erwerben. Dies kleine Land, das als Großherzogtum dem aufgelösten deutschen Bunde angehört hatte, war jetzt noch Mitglied des Zollvereins, und seine Hauptstadt war als frühere Bundes-Festung noch von preußischen Truppen besetzt; sein Herrscher war der König der Niederlande. Mit ihm knüpfte Napoleon Verhandlungen an; König Wilhelm III. ließ sich zu dem wenig ehrenvollen Abkommen bereit finden, gegen Zahlung von 4—5 Millionen Franken Luxemburg an Frankreich abzutreten. Bismarck, von diesem Handel durch den König der Niederlande selbst in Kenntnis gesetzt, trat ihm in schärfster Weise entgegen; ein diplomatischer Kampf, der die Gefahr des Krieges sehr nahe rückte, brach aus, und der Streitfall wurde durch Vermittlung Englands einer Beratung der Großmächte in London überwiesen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß Napoleon seinen Plan fallen lassen mußte, während Preußen sein Besatzungsrecht aufgab. Luxemburg wurde „neutral" erklärt und die Festung geschleift (Mai 1867).

Kein Zweifel: der französische Kaiser hatte sich statt des erwünschten Landzuwachses eine empfindliche Niederlage geholt.

Im August 1867 traf er in Salzburg mit Kaiser Franz Josef zusammen; beide kamen überein, den Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund nicht zuzulassen.

Seitdem wurden von beiden Kaiserreichen, die in Preußen den gemeinsamen Gegner sahen, ernsthafte Kriegspläne entworfen und der Versuch gemacht, Italien, obwohl es Preußens Siegen sein Dasein verdankte, zum Bundesgenossen zu gewinnen: Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, besuchte Paris, und der französische General Lebrun kam nach Wien; beide hatten den Auftrag, den Feldzugsplan für einen gemeinsamen Krieg zu verabreden, der etwa für das Jahr 1871 in Aussicht genommen war. Lebrun berührte auf der Reise süddeutsche Höfe und weihte sie in die französisch-österreichischen Abmachungen ein.

In Paris rief das Parlament nach „Rache für Sadowa". Napoleon mußte wünschen, seine Luxemburger Niederlage wettzumachen; seine Gemahlin Eugenie, unter dem Einfluß der Jesuiten stehend, haßte Preußen und die protestantischen Hohenzollern; die Volksstimmung war unbedingt für den Krieg; in Österreich stand der Kaiser mit seinen Ratgebern unter dem Eindruck der Ereignisse des Jahres 1866 und ersehnte den Augenblick der Wiedervergeltung.

Kein Zweifel, die Lage war gespannt und wurde immer gespannter

trotz des Austausches von Höflichkeiten zwischen den Herrschern; jeder Augenblick konnte den offenen Kampf bringen. In Frankreich bereitete man sich ungescheut darauf vor; die Bewaffnung wurde verbessert, vor allem führte man ein ausgezeichnetes Gewehr, das Chassepot, ein; auch Österreich rüstete.

Der Bundeskanzler Graf Bismarck bewahrte in dieser gewitterschwülen Zeit seine kaltblütige Ruhe; er sah, daß der Krieg unvermeidlich war und war entschlossen, den Zusammenstoß zwar nicht durch beabsichtigte Reizungen Frankreichs herbeizuführen oder zu beschleunigen, ihm aber auch nicht aus dem Wege zu gehen, wenn die Franzosen Preußen herausforderten. Inzwischen arbeiteten der Generalstab und das Kriegsministerium in aller Stille mit angestrengtestem Fleiße an der Vorbereitung zum Kampfe. Man erkannte, daß es auf Leben und Tod gehen werde: denn auf Bundesgenossen konnte der norddeutsche Bund nicht zählen, während Frankreich bestimmt auf Österreich rechnete. Italien war zweifelhaft, England blieb — trotz der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und London — Napoleon günstig gesinnt; hier war nichts zu hoffen. Es kam darauf an, wie Rußland sich verhalten werde: dort hatte Bismarck meisterhaft vorgearbeitet; im Besitze des persönlichen Vertrauens des Zaren Alexander II. hatte er im letzten polnischen Aufstand (1863) dem russischen Staate wichtige Dienste gegen die Aufrührer geleistet und durfte erwarten, daß Rußland bei einem Kriege Preußens gegen Österreich und Frankreich nichts Feindliches unternehmen, sondern daß Zar Alexander Preußen-Deutschland freie Hand lassen werde.

Der deutsch-französische Krieg.

Mißtrauisch beobachteten sich die Gegner; die Welt war gespannt, wie diese auf die Dauer unerträgliche Lage sich klären werde.

Da kam ein Ereignis, das die Entscheidung brachte. In Spanien war im September 1868 die sittenlose Königin Isabella durch einen Aufstand vertrieben worden; nun suchte das Land ein Oberhaupt, und die Volksvertretung wählte im Frühjahr 1870 den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen zum König. Dieser gehörte dem süddeutschen, katholischen Zweige des Hauses Hohenzollern an, das seine Lande im Jahre 1849 dem preußischen Hause freiwillig unterstellt hatte.

König Wilhelm erteilte als Oberhaupt des Gesamthauses Hohenzollern dem Erwählten des spanischen Volkes die Genehmigung, so daß dieser sich zur Annahme der Würde bereit erklärte. Dagegen erhob sich in Frankreich ein Sturm der Erregung; man erblickte in der Wahl Leopolds eine Machenschaft Bismarcks und erklärte es für unerträglich, daß im Osten und im Süden Frankreichs Glieder desselben Hauses Hohenzollern herrschten, weil darin eine ständige Bedrohung liege. Die Regierung ließ sich von

der allgemeinen Erregung tragen und erging sich in scharfen Äußerungen: es war klar, Napoleon wollte diesen Anlaß zum Kriege benutzen und fand dabei die tobende Zustimmung der Kammer und des Volkes. Die diplomatischen Maßnahmen gegen Preußen zeigten eine unerhörte Schroffheit: am 9. Juli verlangte der französische Botschafter Benedetti von König Wilhelm, der sich in Ems zur Kur aufhielt, daß er dem Prinzen Leopold verbiete, die spanische Krone anzunehmen. Dies Ansinnen wurde gebührend zurückgewiesen, aber der Prinz verzichtete freiwillig, weil er nicht die Ursache eines Krieges sein wollte. Trotzdem beruhigte die französische Regierung sich nicht, sondern tat einen Schritt, der bewies, daß sie unbedingt den Bruch wollte: Benedetti stellte am 13. Juli den König „auf offener Promenade" und forderte die Erklärung, daß er auch in Zukunft die Thronbewerbung des Prinzen von Hohenzollern nicht zulassen werde; mit würdigem Ernste lehnte der König diese Zumutung ab. Graf Bismarck, der angesichts der wachsenden Erregung von seinem Sommersitze Varzin nach Berlin geeilt war, um sich nach Ems zu begeben, erhielt in Berlin über diese Begebenheit einen längeren Drahtbericht, den er in gekürzter Form veröffentlichen ließ. Es ist dies die berühmte „Emser Depesche"; sie lautet: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe".

In dieser Veröffentlichung erblickte die öffentliche Meinung Frankreichs eine schwere Kränkung; zügellos und besinnungslos trieb sie in den Krieg hinein. Zuchtlose Banden durchzogen die Straßen von Paris mit dem Rufe: „à Berlin — Nach Berlin!" Die Kammern schlossen sich dem Taumel an; der Kaiser selbst war angesichts der folgenschweren Entscheidung wieder schwankend geworden — aber er konnte jetzt nicht mehr anders, am 19. Juli erklärte er den Krieg unter jubelnder Zustimmung der Kammern, unter maßlosen Beifallskundgebungen des Volkes.

Die Würfel waren gefallen!

Ein Rausch der Kriegslust ging durch das französische Volk; man war des Sieges so gewiß, daß man von dem „Spaziergang nach Berlin" sprach, hatte doch der Kriegsminister das Heer für „erzbereit" erklärt; daneben

sah man in Österreich den sichern, in Italien den wahrscheinlichen Bundesgenossen und hoffte auf die Unterstützung der süddeutschen Staaten.

Flammender Zorn brauste in allen deutschen Gauen auf; der Versuch, den greisen Sieger von Königgrätz zu demütigen, wurde als Angriff auf die deutsche Ehre empfunden. Deutschland war einig: im Süden wie im Norden, überall ergreifende Kundgebungen der Liebe und Verehrung für den edlen König, überall der Entschluß, die welsche Anmaßung zurückzuweisen. Im Triumph zog König Wilhelm nach Berlin, und der Reichstag des norddeutschen Bundes, den er in so ernster Stunde berufen, jubelte ihm zu: ein Hochgefühl, die deutschen Fürsten und das deutsche Volk so eines Sinnes zu sehen. Die süddeutschen Staaten machten Napoleons Hoffnung zuschanden: auf die Anregung des jugendlichen Bayernkönigs Ludwig II. erklärten sie den Kriegsfall für gegeben und stellten ihre Heere unter den Befehl des preußischen Königs.

Zeiten kamen, die an innerem Werte den Tagen der Reformation, den Tagen von 1813 glichen — ja insofern sie übertrafen, als zum ersten Male seit wie langer Zeit die Deutschen wirklich einig waren; überall erbrauste das deutsche Trutzlied, die Wacht am Rhein. Nach den ersten Stürmen der Begeisterung legte sich ein heiliger Ernst über das Volk; man wußte und erkannte, daß ein schwerer Kampf zu bestehen war, und vertraute, fern von der leichtfertigen Siegesgewißheit der Franzosen, dem guten Rechte und der deutschen Tapferkeit.

Wiederum bewährte sich die unverdrossene Friedensarbeit Roons und Moltkes in glänzender Weise: rasch waren die Truppenteile auf Kriegsfuß gesetzt und ausgerüstet, schnell und ohne Störung wurden sie zur Grenze vorgeschoben, wo die Bildung der drei Hauptheere erfolgte: bei Trier stand die erste Armee unter „dem Löwen von Skalitz", dem greisen General von Steinmetz mit 60000 Mann, bei Mainz die zweite unter Prinz Friedrich Karl von Preußen mit 194000 Mann, in der bayrischen Pfalz zwischen Speier und Landau die dritte unter Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen mit 130000 Mann. Den Oberbefehl führte König Wilhelm selbst, dem als Generalstabschef Helmut von Moltke zur Seite stand.

Die französischen Heere waren naturgemäß an den Grenzfestungen zusammengezogen; bei Straßburg lag Marschall Mac-Mahon mit 100000 Mann, bei Metz Marschall Bazaine mit 150000 Mann.

In den ersten Augusttagen wurde der Kampf eröffnet: der glorreichste Feldzug hob an, den die Geschichte kennt. Hatte die Welt die Leistungen des preußischen Heeres in dem kurzen Feldzuge von 1866 bewundert — nun sah sie, wie die Heere der vereinigten deutschen Stämme in langem, schwerem Ringen von Sieg zu Sieg zogen.

Bezeichnend für den Geist des Heeres und der Führung sind die

Heeresbefehle, die König Wilhelm und die Armeebefehlshaber an ihre Truppen erließen; hier seien die schlichten, edeln Worte des Prinzen Friedrich Karl wiedergegeben:

„Soldaten der zweiten Armee! Ihr betretet den französischen Boden. Kaiser Napoleon hat ohne allen Grund an Deutschland den Krieg erklärt; er und seine Armee sind unsere Feinde. Das französische Volk ist nicht gefragt worden, ob es mit seinen deutschen Nachbarn einen blutigen Krieg führen wolle. Ein Grund zur Feindschaft ist nicht vorhanden. Seid dessen eingedenk den friedlichen Einwohnern Frankreichs gegenüber, zeigt ihnen, daß in unserm Jahrhundert selbst im Kriege zwei Kulturvölker die Gebote der Menschlichkeit nicht vergessen, denkt stets daran, wie Eure Eltern in der Heimat es empfinden würden, wenn ein Feind — was Gott verhüte — unsere Provinzen überschwemmte.

Zeigt den Franzosen, daß das deutsche Volk nicht nur groß und tapfer, sondern auch gesittet und edelmütig dem Feinde gegenüber ist.

Friedrich Karl, Prinz von Preußen."

Derselbe Prinz — und das ist bezeichnend — hatte vorher im Biwak seinen Soldaten, als sie ihn mit jubelndem Hurra begrüßten, durch ein Zeichen mit der Hand Schweigen geboten und sie gemahnt: „Ruft hurra, wenn wir gesiegt haben." —

Glänzend heben die Ruhmestaten an mit den Schlachten von Weißenburg und Wörth, wo unter Kronprinz Friedrich Wilhelm die Bayern sich zuerst mit den Preußen Schulter an Schulter ruhmvoll bewährten; glänzend die Leistungen in der schweren Schlacht bei Spichern. Machtvoll steigert sich der Krieg in den großen Kämpfen um Metz (Vionville-Mars la Tour, Gravelotte-St. Privat) und erlebt seinen Höhepunkt in dem Tage von Sedan (1. September).

Überall waren die Franzosen geschlagen worden; Metz und Straßburg waren umzingelt — da, am 2. September fiel die Zuchtrute der Vergeltung schwer auf Frankreich und seinen Kaiser: er mußte sich gefangen geben mit 39 Generalen, über 2300 Offizieren und, die im Verlaufe der Schlacht gefangen Genommenen eingerechnet, mit über 100000 Mann.

„Welch eine Wendung durch Gottes Führung", so drahtete König Wilhelm an seine Gemahlin — fern von Überhebung und Hochmut; aber Stunden edelsten Stolzes erlebte er mit seinen treuen Paladinen.

Und daheim im deutschen Vaterlande kannte der Jubel keine Grenzen: vom Tage von Weißenburg an war eine Siegesnachricht der andern gefolgt; dankbar und glücklich wurden alle Botschaften aufgenommen; eine nicht ermüdende Begeisterung hatte alle Schichten ergriffen. Stolz hoben die Deutschen wieder das Haupt: vom greisen König herunter bis zum letzten Mann tat jeder sein Bestes; glänzend die oberste Führung, endlos die Reihe ruhmbedeckter Generale — über alles Lob erhaben die Tapferkeit des Heeres.

Alle Stämme taten ihre Pflicht — mehr als das: sie gaben den Daheimgebliebenen Anlaß zu gerechtem Stolze. Es ist im Rahmen dieses Buches weder möglich, den Gang des Krieges im einzelnen zu schildern und die Ruhmestaten des deutschen Heeres alle aufzuzählen, noch die Verdienste der Führer nach Gebühr hervorzuheben: es sei festgestellt, daß kein deutscher Volksstamm hinter dem andern zurückstand und daß die Süddeutschen, wie die Einverleibten Preußens, mit den Preußen wetteiferten.

Von den Führern seien neben dem ausgezeichneten Prinzen Friedrich Karl, neben der glänzenden Erscheinung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, neben dem draufgängerischen alten Steinmetz Kronprinz Albert von Sachsen genannt, der sich trefflich bewährte; die Bayern hatten in dem greisen Hartmann und dem bedeutenden von der Tann ruhmvolle Generale; die Preußen stellten den genialen Goeben, die beiden tapferen Alvensleben, den heldenhaften Werder und den selbstbewußten, aber auch tüchtigen Manteuffel — alles Männer von Bedeutung, ja von Größe; von den Stabschefs verdient Blumenthal besonders genannt zu werden, der dem preußischen Kronprinzen beigegeben war und die Bewegungen seines Heeres ausgezeichnet leitete. Es war von schöner Vorbedeutung, daß Süddeutsche zuerst an den Feind kamen und ihren Schneid zeigten — das war der Württemberger Graf Zeppelin auf dem Erkundungsritte zu Niederbronn; dann hatten die Bayern die ersten Lorbeeren bei Weißenburg und Wörth gepflückt.

„Mußpreußen" waren es, einverleibte Nassauer vom Regiment 88, die die erste „Mitrailleuse" erbeuteten; die Rheinhessen vom Regiment 118 vollführten mit dem Sturme auf Schloß Chambord die tollkühnste Tat des ganzen Krieges; die Mecklenburger bewährten sich glänzend in den blutigen Kämpfen an der Loire; die Badener hielten drei Tage lang an der Lisaine heldenmütig mehrfacher Übermacht stand. Über alles Lob erhaben war die Haltung der Garde und der Sachsen bei St. Privat, der Reiterei bei Mars la Tour. Das sind nur wenige Beispiele, die zeigen sollen, wie alle deutschen Stämme ihren Ruhm verdienten.

Erfreulich war es auch, daß die junge Flotte Gelegenheit hatte, sich zu bewähren und mehrere Gefechte in Ehren bestand — und schön wiederum, daß gleichfalls „Mußpreußen" vom kurhessischen Husarenregiment 14 zuerst im bezwungenen Paris einritten. Aber wir haben mit dieser kurzen Übersicht vorgegriffen und kehren zurück zu den Tagen von Sedan.

An vieles Große waren die Zuhause-Gebliebenen gewöhnt worden: das aber klang doch wie eine Sage, daß Napoleon mit seinem Heere gefangen sei. „Nun danket alle Gott", das war das beherrschende Gefühl des Volkes, das in die Kirchen strömte und dem Schlachtengotte fromm für solchen Segen dankte.

Und der Ruf nach dem deutschen Kaiser erschallte wieder, laut

und lauter; die deutschen Stämme wollten einig bleiben, und ihr Oberhaupt sollte der greise Held werden, der sie von Sieg zu Sieg geführt.

Aber noch war der Kampf nicht zu Ende.

In Paris brach nach Sedan eine Revolution aus; Napoleon wurde abgesetzt und die Republik ausgerufen. Die Männer, die nun die Gewalt an sich rissen, dachten nicht daran, die Sache Frankreichs verloren zu geben; sie riefen das Volk zu den Waffen, stampften förmlich Heere aus dem Boden und erfüllten die Massen mit leidenschaftlicher Wut gegen die Deutschen: so kam es, daß der Krieg sich noch ein halbes Jahr etwa hinzog. Schwere Schlachten waren noch zu bestehen, mühsame Belagerungen durchzumachen; der harte Winter und die feindlichen Waffen forderten noch unzählige Opfer. Aber die deutschen Heere blieben siegreich: Straßburg fiel; Metz mußte sich mit 6000 Offizieren und 187000 Mann ergeben; Paris öffnete endlich seine Tore (28. Januar 1871).

Seit Mitte September war die feindliche Hauptstadt eingeschlossen gewesen; in der Königstadt Versailles hatte König Wilhelm sein Hauptquartier aufgeschlagen, umgeben von seinen ruhmbedeckten Beratern.

Während draußen, im Norden, Osten und Südwesten Frankreichs gekämpft wurde, führte Bismarck in Versailles die Verhandlungen mit den Abgesandten der süddeutschen Staaten: Großherzog Friedrich von Baden hatte angeregt, daß sie sich dauernd dem norddeutschen Bunde anschließen sollten; König Ludwig von Bayern hatte der Anregung Folge gegeben, ebenso waren Württemberg und Hessen zum Beitritt geneigt.

Jetzt galt es, die Form des Anschlusses zu finden und im einzelnen zu regeln. Der Einheitsdrang des Volkes bekundete sich machtvoll, der Ruf nach dem deutschen Kaiser heischte Erhörung; so bot der Bayernkönig im Namen der deutschen Fürsten dem edlen König Wilhelm die Kaiserkrone an.

Am 18. Januar 1871 wurde der Traum der Besten im Volke Wahrheit: in Feindesland, im Spiegelsaale desselben Versailler Schlosses, von wo so viele, für Deutschland unheilvolle Befehle ausgegangen waren, wurde Wilhelm der Siegreiche zum deutschen Kaiser ausgerufen, umgeben von den Fürsten und Heerführern der Deutschen und den Vertretern des Reichstags; breit und mächtig stand der Mann vor ihm, der diese große Stunde heraufgeführt hatte, Otto von Bismarck, der Erneuerer des Reichs, um der Welt zu verkünden, daß die deutschen Stämme sich zu einem Reiche zusammengeschlossen und sich ein Oberhaupt, einen Kaiser gegeben hatten.

Mit dem Falle von Paris war Frankreichs Kraft erschöpft; Ende Februar 1871 wurden die Friedensverhandlungen eröffnet. Die Erwartungen auf Österreichs und Italiens Hilfe waren getäuscht worden: die entscheidungsvollen Tage von Wörth, Weißenburg und Spichern hatten

die Überlegenheit der deutschen Waffen so deutlich kundgetan, daß man in Wien und Florenz, das damals noch die Hauptstadt Italiens war, die Lust verlor, sich in die zu erwartende Niederlage Frankreichs hineinziehen zu lassen. Während des Krieges aber wies Bismarck alle Einmischungsversuche fremder Mächte entschlossen zurück: Frankreich stand und blieb allein.

Am 1. März zogen Abteilungen des deutschen Heeres in Paris ein, zum dritten Male im 19. Jahrhundert. Am 10. Mai wurde zu Frankfurt a. M. der Friede endgültig geschlossen; in derselben Stadt, wo Bismarck seine hohe Schule der Politik durchgemacht hatte, errang er seinem Volke den Preis des glorreichen Kampfes: Elsaß-Lothringen wurde abgetreten (an 14500 Geviertkilometer mit 1½ Million Einwohnern), und eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Franken war zu zahlen.

Die Schmach der Jahrhunderte war gesühnt!

Die beiden einst schnöd geraubten deutschen Lande waren wieder gewonnen, Metz und Straßburg, solange die Ausfalltore Frankreichs gegen die Deutschen waren wieder deutsch; die deutschen Staaten geeinigt und zusammengefaßt zum deutschen Reiche, an dessen Spitze ein deutscher Kaiser stand.

Gefunden hatte sich der eherne Held an Wollen und Können, gefunden hatte er den edeln Fürsten, der ihn walten ließ, gefunden hatten beide das zum äußersten entschlossene Volk als Gefolge: das Werk ihrer Mühen lohnte die gebrachten Opfer an Gut und Blut. Noch einmal erging sich das Volk in ergreifenden Kundgebungen: als die Sieger heimkehrten aus dem langen, schweren Streite. Jede Stadt, jedes Dorf, das sie berührten, bereitete ihnen unvergeßlichen Empfang; am 16. Juni 1871 hielt Kaiser Wilhelm an der Spitze von Abordnungen des Heeres, umgeben von seinen Paladinen und glänzenden Heerführern, umbraust von endlosem Jubel feierlichen Einzug in dem zur Reichshauptstadt erhobenen Berlin. Den Ehrenplatz im Zuge, unmittelbar vor sich selbst, hatte er den Helden angewiesen, denen er und die Deutschen unvergänglichen Dank schuldeten: Albrecht von Roon, der das Schwert Preußen-Deutschlands geschliffen, Helmut von Moltke, der es geführt, und Otto von Bismarck, der der treibende Wille der Volks-Gesamtheit geworden war.

Die Reichsverfassung.

Den Tagen höchster vaterländischer Erhebung im großen Kriege folgten bald solche nüchterner, treuer Arbeit, denn das neue Gebäude der deutschen Einheit wollte ausgebaut sein.

Auch wir müssen Abschied nehmen von dieser hohen Zeit und ruhig prüfen, was die Gründung des neuen deutschen Reiches besagte.

Wir kennen die Bedeutung des norddeutschen Bundes: er war der

erste Schritt zur Einheit und schuf die erste machtvolle staatliche Zusammenfassung eines Teiles der deutschen Stämme. Nun folgte der zweite Schritt: der norddeutsche Bund wuchs sich zum deutschen Reiche aus, indem die süddeutschen Staaten sich angliederten und das zurückeroberte Elsaß-Lothringen als Reichsland einverleibt wurde. Im Herzen Europas, an der Stelle, wo die Welt bisher Zerrissenheit und Kraft-Zersplitterung zu finden gewohnt war, entstand ein Staat, der auf 540743 Geviertkilometern über 40 Millionen Menschen umfaßte, die nach innen und außen zur Einheit zusammengeschlossen waren. Damit war endlich die Form gefunden, in der die Kraft des Deutschtums sich betätigen konnte.

Freilich die Deutschen Österreichs blieben außerhalb dieses neuen deutschen Staates, wie auch die Hochdeutschen der Schweiz und die Niederdeutschen Hollands und Belgiens, sowie die östlichen Außenposten in den Ostseeprovinzen und in Ungarn bei dem Einheitswerk außer Betracht bleiben mußten: sonst aber waren alle Deutschen in Mitteleuropa vereinigt zu einem Bundesstaate, der stark genug war, dem Zwecke zu dienen, den die Reichsverfassung ihm vorschrieb: der Wohlfahrt des deutschen Volkes.

Das war etwas völlig Neues in der Geschichte, eine Tatsache von umwälzender Bedeutung.

Die Deutschen, bisher gewohnt, den Gegenstand der Politik fremder Mächte abzugeben, waren durch die Einigung dazu gekommen, selbst wirksame Politik dem Auslande gegenüber treiben zu können. Das hieß: zum ersten Male in der Geschichte konnte die gesammelte Kraft der Deutschen in den Dienst einer nationalen Politik gestellt werden. Damit erst war eine solche Politik wirklich möglich geworden.

Dies zeigte sich sofort durch zwei Erscheinungen: Das neue deutsche Reich wurde zur maßgebenden Macht in Europa, ja in der Welt — ob auch der Neid und der Haß der andern Völker bestehen blieb oder wuchs, die Kraft des Deutschen Reiches wagte keines auf die Probe zu stellen, und alle erkannten seine Machtstellung an. Zum andern bot die nun geschaffene Einheit die Möglichkeit, die wirtschaftliche Kraft des Volkes frei zu machen und eine großartige Entwicklung deutschen Gewerbefleißes und Handels einzuleiten.

Maßvoll und besonnen übten Kaiser Wilhelm und sein Kanzler, dem der dankbare Herrscher die Fürstenwürde verliehen hatte, die gewonnene Macht aus: kein ungerechter Anspruch wurde erhoben, kein Übergriff begangen, aber auch kein Angriff gegen deutsche Rechte zugelassen.

Neben der inneren Ausgestaltung des Reiches hielten sie es nach den Lehren der Geschichte für ihre erste Pflicht, das deutsche Heer im Zustande

der Schlagfertigkeit zu erhalten. Bayern behielt völlig getrennte, Württemberg und Sachsen beschränkte eigene Heeresverwaltung; alle übrigen Bundesstaaten unterstellten ihre Truppen Preußen, wo die großen Helfer des Kaisers rastlos an der Erhaltung der Kriegstüchtigkeit arbeiteten; es war dafür gesorgt, daß die Ausbildung und Bewaffnung aller deutschen Truppenteile gleichmäßig werde.

Die junge deutsche Kriegsflotte fand in Prinz Adalbert von Preußen ihren ersten Admiral und in General von Stosch einen tüchtigen Neuordner; nach einem festen Plane wurden Kriegsschiffe gebaut, treffliche Seeoffiziere erzogen und eine aus allen deutschen Gauen ausgehobene Mannschaft ausgebildet. Bald konnte das Reich auf eine stattliche Kriegsmacht zur See blicken, und die Flotte bewährte sich als ein alle Stämme einigendes Band.

Kopfzerbrechen bereitete das Schicksal der gewonnenen Lande Elsaß-Lothringen. Was sollte aus ihnen werden? Heinrich von Treitschke riet, sie in Preußen einzuverleiben, weil allein ein Großstaat die innere Kraft besitze, die doch dem alten Vaterlande entfremdeten Lande wieder ganz deutsch zu machen; andere rieten eine Teilung zwischen Baden, Bayern und Preußen. Bismarck, dessen Tatsachensinn gewiß die Einverleibung in Preußen für richtig hielt, der aber die Gefühle der übrigen Bundesstaaten durch eine alleinige Vergrößerung Preußens nicht verletzen, andrerseits auch eine Erweiterung Bayerns und Badens vermeiden wollte, schlug vor, was alle deutschen Stämme vereint erworben, dem Reiche als Reichsland anzugliedern. So geschah es, und es kam eine Zwitterbildung zustande, die sich aus Bismarcks Erwägungen wohl rechtfertigen ließ, die aber doch bedauerlich war. Das Reichsland wurde kein Bundesstaat, hatte kein eigenes selbständiges Oberhaupt, keine Volksvertretung; der Kaiser wurde zugleich Herrscher des Landes, dessen Gesetzgebung vom Reichstag besorgt wurde. Nach den ersten Übergangsjahren, wo der treffliche Oberpräsident von Möller zielbewußt die Verwaltung des Landes einrichtete, wurde Feldmarschall von Manteuffel als Statthalter an die Spitze von Elsaß-Lothringen gestellt; er war dem Reichskanzler untergeordnet, hatte aber für die Landesverwaltung ein Ministerium unter sich, das in Verwaltungsfragen von einer Art Volksvertretung, dem Landesausschuß, beaufsichtigt wurde.

Wir werden später über Manteuffels Verwaltung zu berichten haben — jetzt sei festgestellt, daß von Reichs wegen alles geschah, um die Zugehörigkeit des Landes zum Reiche zum Ausdruck zu bringen und das Wohl seiner Bevölkerung zu fördern: die Festungen wurden ausgebaut, vor allem Metz und Straßburg zu uneinnehmbaren Plätzen ausgestaltet; die Verkehrsmittel wurden verbessert; das wirtschaftliche Leben erfuhr nach den unvermeidlichen Schädigungen der ersten Übergangszeit rasche Hebung,

und dem geistigen Leben wurde in der neu gegründeten, reich ausgestatteten Kaiser-Wilhelm-Universität ein Mittelpunkt gegeben.

Neben dem Heere, der Flotte und den Reichslanden waren sachlich die Gebiete der Gesetzgebung dem Reiche vorbehalten, die dem norddeutschen Bunde durch seine Verfassung übertragen worden waren; nur hatte Bayern sich in den Versailler Verhandlungen weitgehende Ausnahmerechte (sog. Reservatrechte) ausbedungen — neben der eigenen Heeresverwaltung vor allem eigene Post und Telegraphie, während Württemberg sich mit bescheideneren Sonderrechten begnügte.

Die Träger des gemeinsamen politischen Lebens des Reiches wurden der Reichstag und der Bundesrat, beide aus der Verfassung des norddeutschen Bundes übernommen und weitergebildet.

Der Reichstag war die Vertretung des im Reiche wohnenden Volkes, und seine Abgeordneten wurden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt; jeder Reichsangehörige, der 25 Jahre alt war und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befand, hatte Wahlrecht. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 397 festgesetzt.

Mit deutscher Gerechtigkeit wurden auch die undeutschen und deutschfeindlichen Bevölkerungsbestandteile mit dem Wahlrechte ausgestattet, wie Polen, Dänen und bald auch die Französlinge Elsaß-Lothringens: man dachte nicht daran, das wichtigste Bürgerrecht dadurch vor Mißbrauch zu bewahren, daß man es Reichsfeinden versagte; so wurde es möglich, daß diese Feinde des Deutschen Reiches durch ihre Vertreter im deutschen Reichstage eine deutschfeindliche Politik treiben konnten.

Der Bundesrat war die Vertretung der deutschen Einzelstaaten; er zählte insgesamt 58 Stimmen, von denen Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin je 2, die andern alle je 1 Stimme hatten. Wieder hatte Preußen sich mit einem Stimmrechte begnügt, das seiner tatsächlichen Macht und seinen Leistungen nicht entsprach, aber Bismarck wollte durch so weise Beschränkung zeigen, daß der deutsche Großstaat die Mittel- und Kleinstaaten nicht entrechten wolle; er sicherte Preußens Einfluß dadurch, daß in allen wichtigsten Fragen gegen seine Stimmen kein Beschluß zustande kommen konnte.

Den Vorsitz im Bundesrate führte der Reichskanzler, der einzige Minister des Reiches, in dessen Hände alle Fäden zusammenlaufen; zu seiner Unterstützung ward das Reichskanzleramt berufen, dessen Arbeitsgebiet mit dem Anschwellen der Geschäftslast unter „Staatssekretäre" aufgeteilt wurde, nämlich diejenigen des Innern, des Äußeren, der Justiz, der Marine, der Finanzen, der Reichspost und zuletzt für die Kolonien. Doch blieb die Einheit der Reichsleitung nach wie vor dadurch gewahrt,

daß diese Staatssekretäre dem Reichskanzler unterstellt waren, und daß er die Verantwortung für die Gesamtpolitik des Reiches zu tragen hatte.

An der Spitze des Reiches stand der Kaiser, dessen Amt und Würde dem Hause Hohenzollern erblich, verbunden mit der preußischen Königskrone, übertragen wurde; er war der Vertreter des Reiches nach außen und innen, der oberste Kriegsherr für Heer und Flotte — für Bayern nur nach erfolgter Kriegserklärung —; er war zugleich Inhaber der Regierungsgewalt für das Reichsland Elsaß-Lothringen.

Wie im norddeutschen Bunde kamen im Deutschen Reiche Gesetze zustande durch übereinstimmende Beschlüsse des Reichstags und des Bundesrats; die Veröffentlichung erfolgte durch den Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Auf die Gesetzgebung hatte der Kaiser als solcher keinen Einfluß, sondern nur als König von Preußen durch sein Recht, die preußischen Stimmen im Bundesrate anzuweisen.

Was vom norddeutschen Bunde gesagt wurde, galt auch vom Reiche: so verwickelt und schwerfällig die Reichsverfassung in solcher Darstellung erscheint, so glatt und einfach wirkte sie in der Ausübung, wenn ihre Organe — der Kaiser, der Bundesrat, der Reichskanzler, der Reichstag — erfüllt waren von dem Gedanken der Einheit und Zusammengehörigkeit, wenn sie geleitet waren von lebendigem Volks- und Staatsbewußtsein.

Tatsächlich bewährte sie sich unter Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck Händen, und schnell wurde das Haus ausgebaut, zu dem am 18. Januar 1871 der Grundstein gelegt war.

Des Reiches Ausbau.

„Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können", so lautete ein hoffnungsvolles Wort Bismarcks aus den Tagen seiner Tätigkeit für die innere Ausgestaltung seines Werkes.

Es konnte reiten, solange ein stetiger, zielbewußter Wille das Roß lenkte.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik erlebte unser Volk das Wunder, mit einem Schlage zur bedeutungsvollsten Macht erhoben zu sein, nach deren Haltung die Welt sich richtete. Die Reichshauptstadt Berlin wurde der politische Mittelpunkt der Erde.

Meisterhaft verstand es Bismarck, das grollende Frankreich in der Vereinsamung zu erhalten und damit die Gefahr eines Rachekrieges zu beseitigen. Bei Zar Alexander II. von Rußland genoß er solches Vertrauen, daß die Politik dieser Großmacht, trotz des Anwachsens der panslawistischen deutschfeindlichen Bewegung, dem Reiche gegenüber eine freundliche Haltung bewahrte. Die rücksichtsvolle Behandlung Österreichs nach seiner Niederlage trug ihre Früchte; Graf Beust, der Leiter der auswärtigen Politik der Donaumonarchie, erkannte, daß nach dem Frankfurter Frieden

ein feindliches Verhältnis zum Reiche gefährlich sei; er lenkte in andere Bahnen ein und veranlaßte seinen kaiserlichen Herrn, die Hand zur Versöhnung zu bieten, so daß noch im Jahre 1871 eine Zusammenkunft Wilhelms I. und Franz Josefs in Salzburg stattfand.

Nach Beusts Rücktritt hielt sein Nachfolger Graf Andrassy dieselbe Politik ein, und es war ein natürliches Ergebnis der guten Beziehungen des Deutschen Reiches zu Rußland und Österreich-Ungarn, daß im Jahre 1872 bei einem gleichzeitigen Besuche der Herrscher dieser Staaten in Berlin das sog. „Dreikaiserbündnis" zustande kam. Das junge Königreich Italien, das infolge der deutschen Siege das von der französischen Besatzung geräumte Rom als Hauptstadt gewonnen hatte (20. September 1870), stellte sich freundlich zu diesem Bunde, so daß Frankreich vereinsamt blieb; damit war, da es allein den Rachekampf nicht wagen konnte, der Friede gesichert.

Als Verwicklungen in den Balkanstaaten einen schweren Krieg zwischen Rußland und der Türkei herbeiführten (1877—78), in dem die Türkei unterlag, erschien es selbstverständlich daß der zur Ordnung der Verhältnisse am Balkan einzuberufende Kongreß unter Bismarcks Vorsitz in Berlin tagte.

Das Ergebnis der Verhandlungen war für das siegreiche Rußland minder günstig, als das russische Volk erhofft hatte — nicht weil das Deutsche Reich ihm seine Erfolge mißgönnt hätte, sondern weil England und Österreich-Ungarn die durch den Frieden von San Stefano geschaffene Vormachtstellung des Zarenreiches nicht dulden mochten; als auf ihren Einspruch Rußland auf einen großen Teil seiner Erfolge verzichten mußte, machte die panslawistische Bewegung Bismarck und die deutsche Politik dafür verantwortlich, und Zar Alexander II. wie sein Kanzler Fürst Gortschakow gaben ihr nach: es fand eine Entfremdung zwischen beiden Nachbarn statt, die bald bedrohliches Aussehen gewann.

Bismarcks Staatskunst erblickte gegenüber der von Osten drohenden Gefahr ein Mittel der Sicherheit in dem Trutz- und Schutzbündnis mit Österreich-Ungarn, das auf Andrassys Vorschlag und seinen Rat gegen das anfängliche Sträuben Kaiser Wilhelms zustande kam (7. Oktober 1879); im Jahre 1883 trat Italien dem Bunde bei, da der leitende Minister Crispi, sei Cavours Tode der bedeutendste italienische Staatsmann, in dem Anschluß an die beiden Kaisermächte die Bewahrung vor einem Angriffe Frankreichs erblickte.

So kam der Dreibund zustande, der über 30 Jahre den Frieden Europas erhalten hat — solange Bismarck im Amte, wirklich eine Bürgschaft der deutschen Machtstellung, seit seiner Entlassung, wie wir sehen werden, nur von bedingtem Werte. Aber der Dreibund genügte Bismarck nicht zur Sicherstellung seines Vaterlandes; es gelang ihm das unerhörte

Meisterstück, daneben, sobald in Rußland die Regierung sich ernüchtert von den panslawistischen Hetzern abwandte, ein geheimes Abkommen mit dem Zarenreiche zu schließen, den berühmten Rückversicherungsvertrag.

Das Deutsche Reich stand unangreifbar da — das war der Erfolg der unvergleichlichen Staatskunst Bismarcks; mochten in Frankreich lärmende Kundgebungen des Deutschenhasses stattfinden, mochte ein Abenteurer wie General Boulanger das Volk bis unmittelbar zum Kriegsausbruch aufreizen — die deutsche Staatsleitung blieb kaltblütig und ruhig; sie sandte gelegentlich einen der sprichwörtlich gewordenen „kalten Wasserstrahlen" nach Paris und wußte, wie gut das deutsche Heer zum Kampfe gerüstet sei und daß Frankreich keinen Bundesgenossen finden werde; diese grausamen Tatsachen brachten denn auch den westlichen Nachbarn immer wieder zur Vernunft, und der Friede blieb erhalten.

Auf dem Gebiete der inneren Politik bewährte Bismarck die gleiche Meisterschaft, wie auf dem der äußeren. Wie dort, so war auch hier die Persönlichkeit des edlen Kaisers von unschätzbarem Werte, der mit echter Bescheidenheit, sicherem Takte und wahrer Herrschergröße nicht nur die Liebe des gesamtdeutschen Volkes gewann, sondern sich auch die deutschen Bundesfürsten in wirklicher Verehrung verband: er war das anerkannte Haupt der Fürsten, von dem sie wußten, daß er ihren Rechten nie zu nahe treten werde.

So kam es, daß die Bundesstaaten sich unter dem Eindrucke der wahren Freundschaft ihrer Oberhäupter schnell und gern im Reiche einlebten und befriedigt an dem Ruhme des jungen Kaiserstaates teilnahmen. Mit unendlichem Fleiße, niemals ermüdend, mit sicherm staatsmännischem Blicke aufs Wesentliche gehend, die Rechte der Einzelstaaten und ihrer Fürsten achtend, besorgte Bismarck den Ausbau des Reiches.

Die Rechtseinheit wurde eingeleitet durch die Schaffung des Strafgesetzbuches, die allgemeine Einführung des Handelsgesetzbuches, durch das Gesetz über den Erwerb und Verlust der Reichsangehörigkeit: durch letzteres wurde ein Reichsbürgerrecht geschaffen, das allerdings nur ungenügende Sicherheit gegen den Verlust der Reichsangehörigkeit gewährte — ein Mangel, der erst im Jahre 1913 beseitigt worden ist.

Es folgten die wichtigen Reichsjustizgesetze, durch die einheitliches Zivil- und Straf-Prozeß-, sowie Konkursrecht geschaffen wurde; ein Gesetzbuch für das gesamte bürgerliche Recht wurde vorbereitet.

Das wirtschaftliche Leben konnte sich in ungeahnter Weise entfalten; das Reichsgebiet bildete, wie wir wissen, auch früher schon seit dem Ausbau des Zollvereins ein einheitliches Zollgebiet, aber die Sicherheit der politischen Verhältnisse erleichterte und begünstigte jetzt die wirtschaftliche Entwicklung dem Auslande gegenüber.

Als sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein Not bringender

Stillstand und Rückschritt des wirtschaftlichen Lebens bemerkbar machte, vollzog Bismarck entschlossen den Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll und wurde damit der Urheber eines Aufschwungs, wie er in der Geschichte noch nicht vorgekommen ist.

Die trefflich arbeitende Post- und Telegraphen-Verwaltung, die in Heinrich von Stephan ein schöpferisches Haupt gefunden hatte, förderte die wirtschaftliche Entwicklung und machte das Reich zu einer jeden Tag dankbar empfundenen Verkehrs-Einheit.

Eine ungeheure Arbeitsleistung, die der Reichskanzler und seine Mitarbeiter vollbrachten — vollbrachten trotz schwerster Hindernisse.

Hemmungen.

Wir wollen den anfänglichen Widerstand der preußischen Altkonservativen gegen Bismarcks innere Politik nicht zu hoch anschlagen, so schmerzlich er auch dem aus den Reihen dieser Partei hervorgegangenen Kanzler war — dauernden Schaden haben dem Reiche bereitet: die kurzsichtige Bismarck-Feindschaft der Fortschrittspartei unter Eugen Richters Führung, die ultramontane Bewegung unter Windthorst, die in dem Zentrum ihre parlamentarische Vertretung fand, und endlich die internationale Sozialdemokratie, die in gleicher Weise staats- und gesellschaftsfeindlich auftrat.

Die Deutschen hatten das Reich — in ihm den deutschen Staat: aber es war wieder einmal, als solle dem im Kriege glänzend bewährten Volke der Weg in eine größere Zukunft erschwert werden. Weite Kreise des Volkes stellten sich bald nach der Reichsgründung abseits vom Reiche, ja feindlich zu ihm, und es ist ein unverjährbares Verdienst des gemäßigt liberalen, gebildeten deutschen Bürgertums, wie es in der nationalliberalen Partei vertreten war, daß es, von manchen Irrungen und Schwankungen abgesehen, doch dem großen Reichsgründer Gefolgschaft leistete und ihm den Ausbau seines Werkes ermöglicht hat.

Von Bismarcks Feinden war die Fortschrittspartei an sich am wenigsten gefährlich; sie bestand aus ehrenhaften, aber in ihren Parteilehren befangenen Männern, denen die Volksrechte in der Reichsverfassung nicht ausgedehnt genug schienen und die unbedingte Gegner des Schutzzolles waren; ihr Führer Eugen Richter war ein hochbegabter, aber den Wirklichkeiten des Staates fremder Mann, der zudem für Bismarcks Größe kein Verständnis hatte und ihn mit wahrem Hasse verfolgte — ein Gefühl, das Bismarck redlich vergalt. Von Bedeutung wurde diese Parei dadurch, daß sie mit Zentrum und Sozialdemokratie vereinigt, zeitweise die Zahl der hemmenden Volksvertreter in die Mehrheit brachte und eine nationale Politik unmöglich machte.

* * *

Die ultramontane Partei, „das Zentrum", setzte sich die Wahrung der Ansprüche der katholischen Kirche und der religiösen Rechte ihrer Angehörigen zum Ziele, die sie durch das Ausscheiden Österreichs und angesichts der evangelischen Mehrheit im Deutschen Reiche gefährdet glaubte; ihr Beiwort weist „über die Berge" — ultra montes — d. h. nach Rom. Damit ist von vornherein die Gefahr einer solchen Parteibildung gekennzeichnet, die ihre Maßnahmen nicht nach dem so oder so beurteilten Bedürfnisse des eigenen Volkes trifft, sondern nach demjenigen einer außerhalb des eigenen Volkes stehenden Macht, wie sie das Papsttum darstellt.

Dies Einsetzen einer deutschen Partei für fremde, undeutsche Zwecke zeigte sich sofort bei ihrer Begründung: wir wissen, daß Rom und der Kirchenstaat infolge der deutschen Siege über Frankreich an Italien gefallen waren; damit war die weltliche Herrschaft des Papstes vernichtet. Das Zentrum forderte nun die Wiederherstellung des Kirchenstaates und die Befreiung des Papstes und der Kirche aus den Banden des italienischen Staates. Das hätte den Bruch, ja den Krieg auf Tod und Leben mit dem neuen Königreich Italien bedeutet und wäre eine Fortsetzung der unseligen Politik des Mittelalters gewesen, die ihre Ziele in Italien suchte, statt das eigene Haus in der Heimat zu bestellen. Um das Unnatürliche solcher Forderung noch klarer zu machen, sei darauf verwiesen, daß das Zentrum ein solches Verlangen an das Reich stellte, dessen Bewohner überwiegend evangelisch waren — und daß es dies im selben Augenblicke tat, wo der Papst durch die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils dem Staate und den Ketzern unerbittlichen Kampf angekündigt hatte. Es gehörte an sich die ganze Weltverlorenheit von Deutschen dazu, eine Partei auf solcher Grundlage ins Leben zu rufen, und es war ein trauriger Beweis für die mangelhafte politische Begabung unseres Volkes, für seine Unklarheit, für die Unfähigkeit zu politischer Erfassung der Dinge, daß eine solche Partei so massenhaften Zulauf fand, daß sie schon im ersten Reichstage mehr als 60 Abgeordnete zählte.

Das Unglück wollte es, daß das Zentrum in dem früheren hannöverischen Minister Windthorst einen Führer von staatsmännischer Begabung, von politischer Erfahrung und Verschlagenheit fand, der sich als Vertreter der abgesetzten hannöverischen Königsfamilie fühlte und seine Partei unausgesprochen in den Dienst der welfischen Sache stellte.

Das Unglück wollte es weiter, daß Windthorst in den katholischen Polen die geborenen Bundesgenossen des Zentrums sah, wobei das katholische Bekenntnis die Verbindung lieferte, und daß seine Partei Maßnahmen des preußischen Staates gegen die staatsfeindlichen Machenschaften des Polentums als Angriffe gegen die katholische Kirche auffaßte; dies war

um so verhängnisvoller, als der katholische Klerus der Provinz Posen der Träger des Hasses und der Feindschaft gegen Preußen war.

Diese Zusammenhänge führten einen schlimmen, schweren Kampf zwischen Staat und Kirche herauf: Bismarck sah sich veranlaßt, der polnischen Geistlichkeit wegen ihrer politischen Umtriebe entgegenzutreten — dagegen behauptete diese der Wahrheit zuwider, sie werde um ihres katholischen Glaubens willen verfolgt; das Zentrum, als Hort der katholischen Kirche, nahm sich der Polen an; Bismarck erblickte nun in der römischen Kirche ganz allgemein den politischen Feind des preußischen Staates und des Reiches — und der Streit entbrannte auf der ganzen Linie. Man kann zugeben, daß Bismarck sich in der Leidenschaft des Kampfes in seinen Mitteln vergriffen hat und daß sein Kultusminister Falk, ohne Verständnis für das Wesen, die Macht und den Einfluß der Kirche, durch „bürokratische" Quälereien der Geistlichkeit das Mitgefühl der Gläubigen wachrief und dem Zentrum neuen Zulauf brachte. Aber die Gerechtigkeit zwingt zu der Feststellung: der Reichskanzler verteidigte die Ansprüche seines Volkes und Staates gegen die Polen — das Zentrum, das sich für den Kirchenstaat und für die Welfen eingesetzt hatte, brachte es infolge einer unwahrhaftigen Verquickung zwischen kirchlichen und politischen Dingen fertig, die Forderungen des deutsch-feindlichen Polentums zu vertreten.

Kann hier die Frage sein, wer sittlich und politisch im Rechte war?

Der Streit zwischen Staat und Kirche, mit dem schiefen Namen „Kulturkampf" bezeichnet, vergiftete das politische Leben im jungen Reiche; er entfremdete zahllose Katholiken, denen es an politischem Urteil fehlte, vor allem also die Massen, dem Staate und verstärkte das Zentrum zu einer Partei von etwa 100 Abgeordneten. Wir können die Einzelheiten dieses für die Gestaltung des politischen Lebens unendlich wichtigen Kampfes nicht verfolgen und begnügen uns mit der Feststellung, daß Bismarck einzulenken begann, als er die geistige Unnahbarkeit der Zentrumswähler erkannte; er trat in unmittelbare Verhandlungen zum päpstlichen Stuhle und gab nach und nach eines seiner Kampfgesetze nach dem andern preis; in der Hauptsache blieb nur das Verbot des Jesuitenordens und des Mißbrauchs der Kanzel zu politischen Zwecken bestehen. So gelang es ihm, mit dem Papste zum Frieden zu kommen — das Zentrum aber war päpstlicher als der Papst und suchte und fand stets neue Beschwerden wegen angeblicher Unterdrückung oder ungleicher Behandlung der Kirche und katholischen Gläubigen: so erhielt es seine Bewegung im Zuge.

Die dauernde Folge des Kulturkampfes ist — das bleibt ein übles Zeichen für die politische Reife des deutschen Volkes — die Machtstellung des Zentrums, das trotz alles Entgegenkommens des Staates die Massen unter dem Schlagwort des bedrohten katholischen Glaubens bei seinen Fahnen erhielt.

Für jeden, der allein das Wohl seines Volkes zum Maßstabe der Beurteilung einer Partei nimmt, ist es klar, daß das Zentrum ein Fremdkörper im deutschen Volke ist.

* * *

Eine schlimmere Gefahr erwuchs dem jungen Reiche in der sozialistischen Bewegung.

Ihr Ursprung weist auf Frankreich, wo weltfremde Menschheitsbeglücker in der Abschaffung des Eigentums und in der Gütererzeugung der Gesamtheit für die Gesamtheit, in der unbedingten Gleichheit aller das Heil und die Erlösung der Welt suchten; eine solche Lehre verwarf den Staat und erkannte die trennenden Schranken der Völker nicht an; für sie gab es nur die Menschheit als Inbegriff gleichberechtigter und gleichverpflichteter Einzelpersonen.

Das bedeutete den Kampf gegen den Staat, gegen die Monarchie, gegen das Einzeleigentum und alle bestehende Ordnung; die Lehre war umstürzlerisch. Sie blieb ungefährlich, solange sie nur in den Köpfen einzelner lebte, wurde aber staatsgefährlich, sobald sie von den Massen aufgenommen war. Dies geschah in Frankreich und später auf deutschem Boden, als alle wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Industrie und das Großkapital umgestaltet wurden.

Die Erfindung der Dampfmaschine hatte eine Umwälzung in der Gütererzeugung hervorgebracht, die sich um so schärfer zeigte, je vollkommener neue Erfindungen die Maschinen herstellten; der Kleinbetrieb des Handwerkers trat zurück gegen die Massenerzeugung in Fabriken, die man als „Industrie" bezeichnet.

Es ist klar, daß zahllose kleine selbständige Meister vernichtet wurden — es ist klar, daß der Massenbetrieb der Fabriken schnelleres Ansammeln von Reichtümern ermöglichte, die mindestens zum Teil wieder zum weiteren Ausbau der Industrie verwendet wurden.

Es ist auch klar, daß die fabrikmäßige Massenerzeugung Menschenmassen nötig hatte, die sich an den Mittelpunkten der Industrie ansammelten und die auf den Arbeitslohn aus der Fabrik angewiesen waren. Eine weitere Folge waren wirtschaftliche „Krisen", d. h. es konnte vorkommen und kam häufig vor, daß der Vorrat der in Massen erzeugten Güter das Bedürfnis oder die Kaufkraft des in- oder ausländischen Marktes überstieg; dann ruhte der Betrieb, die weitere Erzeugung wurde eingestellt, die Fabriken standen still, und ihre Arbeiter waren erwerblos. Das hieß für sie, die nichts besaßen, daß sie brotlos waren.

So schuf die Industrie ein Heer von Arbeitern, die allen Gefahren und Wechselfällen der Wirtschaftslage ausgesetzt waren, auf deren Gestaltung sie keinen Einfluß hatten, die aus der Hand in den Mund lebten

und die mit Ingrimm sahen, wie ihre Arbeitgeber schnell Reichtümer erwarben: es entstand das sog. „Proletariat".

Es ist begreiflich, daß dieses Heer von Besitzlosen die Grausamkeit seiner Lage bitter empfand; es ist auch verständlich, daß es den Staat und die Gesellschaft, die sich nicht um es kümmerten, für seine Not verantwortlich machte, und daß der Übergang von der Unzufriedenheit zu Umsturzbestrebungen bald vollzogen war.

In diesen Massen des Fabrikproletariats fanden die Lehren des menschenbeglückenden Sozialismus Eingang und wurden um so begeisterter aufgenommen, je mehr die großkapitalistische und industrielle Entwicklung fortschritt.

Sie mußten bei den Massen um so gefährlicher wirken, als ihre geistige Ausbildung sie nicht befähigte, zu erkennen, daß solche Lehren Wahngedanken waren. In der geschilderten Weise ging die Bewegung zuerst in Frankreich vor sich und griff dann auf Deutschland über, wo sie mit dem Wachsen der Industrie auch wuchs. Hier waren es zwei Männer jüdischer Abstammung, die sich zu Führern aufwarfen: Karl Marx und Ferdinand Lassalle. Auf die Verschiedenheit ihrer Forderungen können wir hier nicht eingehen, zumal da sie durch die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie überholt sind. Ende der sechziger Jahre erstanden der Bewegung in Wilhelm Liebknecht und August Bebel entschlossene und fähige Vorkämpfer, die den „Zukunftsstaat" auf ihre Fahne schrieben. Das Eigentum sollte beseitigt, die Gütererzeugung vergesellschaftlicht werden; die stehenden Heere sollten abgeschafft und durch Volksheere ersetzt werden; jeder Zwanzigjährige sollte wahlberechtigt sein, und alle Ämter, soweit sie nötig waren, sollten mit Gewählten besetzt werden, endlich sollte das Volk selbst durch Volksabstimmung das Recht der Gesetzgebung ausüben.

Damit war das Proletariat, „der vierte Stand", im Deutschen Reiche erwacht und betrat die politische Bühne; unter dem Einfluß einer verhetzenden, rohen und gewissenlosen Presse und wüster Massenversammlungen nahmen seine Anhänger rasch an Zahl zu, und das Wachsen der „sozialdemokratischen Partei" wurde begünstigt durch die schlimmen Auswüchse der sog. „Gründerzeit", die unser Volk nach dem großen Kriege über sich ergehen lassen mußte. Es war wie eine schreckliche, sittliche Erkrankung des Volkskörpers und der Volksseele, wie ein Taumel der Gewinnsucht, ein schamloser Tanz ums „goldene Kalb".

Die französische Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Franken war natürlich nicht in der Reichskasse geblieben, sie war ausgegeben worden und brachte Geld unter die Leute, zu viel auf einmal. Das konnte unser bisher an enge Verhältnisse gewöhntes Volk nicht vertragen; das Geld verlor an Wert, es lag auf der Straße; weite Kreise verloren gegenüber

dem Streben nach raschem, mühelosem Erwerb allen sittlichen Halt. Aktiengesellschaften schossen aus der Erde, „Gründungen" der bedenklichsten Art wurden vorgenommen, selbst Träger alter, adeliger Namen und hohe Beamte ließen sich zu ihrer Förderung mißbrauchen oder erniedrigten sich dazu, die Schlepper für gewissenlose „Spekulanten" abzugeben. Dem unerhörten, verwegenen Treiben folgte ein übler Zusammenbruch, der „Krach", in dem Unsummen verloren wurden; die Börse hatte ihre glänzenden Zeiten und verdiente sich den Namen des „Giftbaumes".

Solange aber die Gründungen zu blühen schienen, flog das Geld auch dem Proletariat in die Hand; es gewöhnte sich daran, über die Verhältnisse zu leben; es wurde durch den reichen Verdienst anmaßend und übermütig — als der Krach kam und die Quellen des reichen Erwerbes versiegten, dachte man nicht der eigenen Verschwendung, sondern sah nur die unehrlich reich Gewordenen und Gebliebenen: der Groll wuchs, der Neid und der Haß gegen den Besitz, die blinde Wut gegen den Staat.

Jeder Ehrliche muß erröten, denkt er dieser Zeit, als — wenige Jahre nach der reinen Erhebung des französischen Krieges — ein großer Teil der Deutschen der verächtlichsten aller ungezähmten Begierden verfiel: der arbeitscheuen Gewinnsucht.

In solcher Stickluft konnte die Sozialdemokratie gedeihen; ihr Auftreten wurde offen umstürzlerisch; der Wahnwitz frechster Maulhelden feierte Triumphe. Hier konnte und durfte ein um Volk und Staat besorgter Staatsmann nicht länger zusehen: schon war Bismarck entschlossen, gegen diese Schwarmgeister vorzugehen, als zwei schändliche Mordanfälle gegen Kaiser Wilhelm allen Guten die Augen öffneten. So weit war es gekommen: das durch edelstes Heldentum geheiligte Haupt des greisen Herrschers wurde das Ziel ruchloser Buben. War denn die Zeit aus ihren Fugen! Ein Schrei der Empörung und Entrüstung durchzitterte das Volk, und Bismarck setzte es, nachdem der Reichstag aufgelöst worden war, durch, daß strenge Maßregeln gegen den Umsturz ergriffen wurden. Mit Hilfe des „Sozialistengesetzes" war es dem Staate möglich, die offene Aufreizung zu erschweren — im geheimen aber wirkten die Volksvergifter weiter.

Edler hat nie ein Herrscher auf ruchlose Freveltat geantwortet, als Kaiser Wilhelm, von Bismarck beraten. Sie ließen sich nicht in eine dem Proletariat feindliche Stimmung hineintreiben — nein: was berechtigt war an den Beschwerden der Sozialdemokratie, sollte beseitigt oder erleichtert werden.

Kaiser Wilhelms milder Sinn verstand die Nöte eines so unsicheren Daseins, wie es vor allem die Fabrikarbeiter zu führen hatten; Bismarck hatte für ihre Lage immer volles Verständnis gehabt und hat das berühmte Wort vom „Recht auf Arbeit" geprägt. Er erkannte auch, daß

gewissenlose Arbeitgeber die Arbeitskraft ihrer Angestellten ausbeuteten, und daß ein Schutz dagegen nicht nur für den einzelnen davon betroffenen Arbeiter und seine Familie, sondern auch gegen jeden die Volksgesundheit gefährdenden Mißbrauch nötig sei.

So gingen beide daran, der Gesetzgebung die Aufgabe zu stellen, das Los der Besitzlosen zu erleichtern; die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 kündigte die vorbildlich gewordene Sozialpolitik des Deutschen Reiches an. Nach und nach entstanden die Gesetze über die Kranken-, die Unfall-, die Alters- und Invaliditätsversicherung, die den Besitzlosen und seine Familie vor dem Schlimmsten behüten sollten. Ein großes Werk — segensreich, freilich nicht frei von Mängeln, aber eine Kulturtat im edelsten Sinne.

Sie belastete die Industrie mit großen Opfern und erwies den Arbeitern Wohltaten fast ohne Gegenleistung — eines aber hat sie nicht vermocht: die verblendeten Massen zum Staat, zur bürgerlichen Gesellschaft zurückzuführen.

Neben diesen Versicherungsgesetzen sorgte die Gewerbeordnung durch den Ausbau ihrer Schutzbestimmungen dafür, daß eine Ausbeutung der Arbeiter durch habgierige Unternehmer unmöglich gemacht werde.

Innere Gefahren.

Der „doktrinäre" Freisinn, das ultramontane Zentrum, die internationale Sozialdemokratie — diese Schädlinge des Deutschen Reiches entstammen dem Boden des deutschen Volkes; als sei es an ihnen nicht genug, erstanden uns noch zwei weitere Gefahren aus fremdem, auf dem Reichsboden ansässigem Volkstum: die Polen- und die Judengefahr.

Wir wissen, daß Preußen durch den Wiener Frieden das Gebiet der Provinz Posen endgültig erworben hatte. So hatte es zu der polnischen Bevölkerung Westpreußens auch noch diejenige des jetzt wiedergewonnenen Posen erhalten und mußte sehen, wie es mit diesen volksfremden Bestandteilen fertig werde. Mit allem Eifer hatte der Staat sich an die Hebung des Landes und seiner gedrückten Bevölkerung gemacht. Staatlicher Unterricht, staatliche Unterstützung, deutsches Geld, deutsches Beispiel hoben das Volk zu menschenwürdigem Dasein — aber der Lohn war derselbe, wie wir ihn bei der Erörterung der Nationalitätenfrage in Österreich kennen lernen werden: unüberwindlicher Haß gegen alles Deutsche.

Die politische Führung lag in den Händen des Adels und der katholischen Geistlichkeit: beider mehr oder minder offen bekanntes Ziel war die Losreißung Posens von Preußen und die Wiederherstellung eines selbständigen Polenreiches. Der unter den Wohltaten der preußischen Herrschaft herangebildete Mittelstand in Stadt und Land folgte

ihnen ebenso unbedingt, wie die Bauern und Arbeiter. Nun hatten die preußische Verfassung und die des Reiches unter der Einwirkung des demokratisch-liberalen Gedankens des gleichen Rechtes aller Staatsbürger den Polen dieselben politischen Rechte verliehen, wie den Deutschen; diese verfassungsmäßig verbürgten Rechte wurden in unerhörter Weise mißbraucht, um den verhetzenden Kampf gegen das Deutschtum zu führen; auf deutscher Seite war man nicht auf den doch eigentlich selbstverständlichen Einfall gekommen, daß politische Rechte nur haben soll, wer den Staat erhalten will, und daß es Selbstmord für den Staat ist, wenn er seine Feinde durch Verleihung solcher Rechte in den Stand setzt, ihn zu untergraben.

In der Zeit der Herrschaft des im sittlichen und politischen Sinne gleichgefährlichen Gleichheitsgedankens durfte Bismarck nicht wagen, den Polen ihre Rechte zu entziehen; er suchte dem Übel in anderer Weise beizukommen: einmal verbot er den Zuzug von Polen aus Rußland und Galizien und wies bereits Eingewanderte in Massen aus; sodann suchte er die deutsche Stellung dadurch zu verstärken, daß er die Ansiedlung deutscher Bauern durch das Ansiedlungsgesetz von 1886 in die Wege leitete. Diese bescheidenen Schutzmaßnahmen konnte er nur unter größtem Widerstande durchsetzen: denn das allzu gerechte deutsche Volk erblickte in solchen Ausnahmegesetzen ein Unrecht, einen Verstoß gegen die Gleichberechtigung der Polen.

Gegenüber dem festen völkischen Zusammenhalt der Polen genügten diese Maßregeln nicht; das Polentum machte weitere Fortschritte, und der deutsche Mittelstand wirtschaftete rückwärts, da er von den Polen geschäftlich gemieden wurde. Andrerseits wanderten die polnischen Ersparnisse, besonders die der in Rheinland-Westfalen beschäftigten polnischen Industriearbeiter in reichem Maße auf national geleitete Kassen und Banken, die damit Land aus deutscher Hand kauften und polnisch besiedelten. So geschah das Gefährlichste: in steigendem Maße kam Grund und Boden in polnische Hände, und ihr Besitz entscheidet am letzten Ende über das Schicksal eines Landes.

Es war kein Zweifel: in der preußischen Ostmark herrschte ein kaum verschleierter Kriegszustand, der die Sicherheit des Staates gefährdete.

Bismarck war entschlossen, den Polen mit schärferen Mitteln entgegenzutreten — aber seine Entlassung brachte einen völligen Umschwung der Politik auf diesem Gebiete.

* * *

Die Juden hatten auf deutschem Boden bis in die neueste Zeit hinein eine Rechtsstellung, die sie von den vollberechtigten Bürgern scharf schied;

ihre Lage war in den einzelnen Staaten des alten Reiches verschieden, aber durchgängig waren sie minderen Rechtes. So war ihre Niederlassung an bestimmte Voraussetzungen geknüpft und von behördlicher Genehmigung abhängig; sie durften Grundbesitz gar nicht oder nur in beschränktem Maße erwerben. Überall waren ihnen amtliche Stellen in Heer, Verwaltung und Gericht verschlossen, mancherorts durften sie nicht auf dem flachen Lande wohnen — kurz sie waren „Schutzbefohlene" ohne eigentliche politische Rechte, nur geduldet, keine Bürger. Die französische Revolution und die Wirkungen, die sie auf deutschem Boden nach sich zog, brachten hierin Änderungen, die in den verschiedenen Gebieten verschieden waren; jedenfalls war die Rechtsstellung der Juden zur Zeit des Wiener Kongresses durchweg erheblich besser als vor der französischen Revolution. Rückschläge minderer Bedeutung, die wiederum in den einzelnen Staaten verschieden waren, traten im Gefolge der freiheitfeindlichen Maßnahmen der Regierungen nach 1815 ein, wogegen das Jahr 1848 ihnen grundsätzlich die volle Gleichberechtigung verlieh. Die Jahre der „Reaktion" brachten hier und dort noch einmal manche Beschränkungen ihrer bürgerlichen Stellung. Die Verfassung des norddeutschen Bundes und endgültig diejenige des Deutschen Reiches legten die völlige Gleichberechtigung der Juden mit den andern Bürgern fest.

Auch gegenüber den Juden waren Volk und Staat dem Gleichheitsgedanken erlegen; sie sahen in ihnen bisher Unterdrückte, Andersgläubige — nicht Volks- und Rassenfremde; sie beachteten auch nicht die Lehren der Geschichte in bezug auf die Unfähigkeit der Angehörigen dieses Volkes, restlos in seinen Gastvölkern aufzugehen.

Seit den Tagen Lessings, der die sog. „Judenemanzipation", d. h. Befreiung dichterisch mit „Nathan dem Weisen" eingeleitet hatte, galt es als selbstverständlich für den gebildeten deutschen Mittelstand, den Juden zu gleichem Rechte zu verhelfen. Die Neigung hierzu wurde dadurch verstärkt, daß begabte jüdische Schriftsteller in den Verfassungskämpfen nach dem Wiener Kongreß ihre Federn in den Dienst der liberalen Bestrebungen stellten, so daß das deutsche Bürgertum wertvolle Bundesgenossen in ihnen sah.

Die Gefährlichkeit dieser Bundesgenossen wurde nur von wenigen erkannt, die den zersetzenden Einfluß eines Börne und Heine durchschauten — die Masse war harmlos, und wie sie sich für die Polen begeistert hatte, setzte sie sich für die Gleichberechtigung der Juden ein.

Es ist gewiß, daß sittlich und geistig hochstehende jüdische Familien das Vertrauen rechtfertigten, daß sie deutsch werden wollten und könnten — aber galt dasselbe von dem Großteil ihrer Stammesgenossen? Es bleibe dahingestellt, ob sie alle befähigt und gewillt gewesen wären, ein Gleiches zu tun, und ob die verhältnismäßig geringe Zahl der Juden,

die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf deutschem Boden lebte, hätte eingedeutscht werden können — die weitere Entwicklung spricht dagegen. Aber gewiß war es ein verhängnisvoller Fehler, nachdem man den eingesessenen Juden die Bürgerrechte verliehen hatte, die Grenzen nicht zu schließen und dadurch die Einwanderung neuer Massen aus dem sittlich, wirtschaftlich und kulturell tiefstehenden Osten nicht zu verhindern. Das war ein Unrecht gegen unser Volk, ein Unrecht schließlich auch gegen die in Deutschland wohnenden Juden.

So kam es, daß aus Rußland und Galizien Scharen von Juden einströmten, die weder sittlich noch kulturell so hoch standen, daß sie Gleichberechtigung beanspruchen konnten. Sie wurden ohne Widerstand eingelassen und genossen sofort die Freiheiten, die die Deutschen sich in jahrhundertelanger Entwicklung hatten erkämpfen müssen; sie beuteten diese Freiheiten aus, indem sie, dem Drange ihrer Rasse folgend, sich in das Erwerbsleben stürzten und, den Deutschen hierin überlegen, rasch Erfolge erzielten. Diese Zuwanderung hinderte die länger Ansässigen daran, im deutschen Volke aufzugehen, zu verschwinden; sie erinnerte immer von neuem an das Vorhandensein eines gesondert und trotzig unter den Völkern dastehenden jüdischen Volkes; sie wirkte durch ihre Massen auf das Selbstgefühl und die Zusammengehörigkeit der Juden und gab dem deutschen Gastvolke einen Zuwachs, den es nicht verarbeiten konnte. Einmal im Besitze von Rechten, wählten die Juden mit der zielbewußten äußerlichen Anpassungsfähigkeit, die ein innerliches Fremdbleiben nicht ausschließt, neben dem Handel die freien Berufe der Schriftsteller, Ärzte und Anwälte und kamen als Führer der liberalen Bewegung zu Ansehen und Einfluß.

Ihre den Gelderwerb erleichternde Geistesrichtung verführte Unzählige von ihnen, ohne Rücksicht auf die Mittel den Erwerb zu suchen: ein Netz von Wucherern breitete sich über unser Land aus, das den Bauern, den Handwerker, — jeden Geldbedürftigen ausplünderte.

Der Widerstand gegen das Judentum ging denn auch von hier aus: zuerst im Osten und in Berlin, später in Kur- und Oberhessen entstand eine judengegnerische Bewegung, „der Antisemitismus“; die zum Teil rohen Ausbrüche der Volkswut gegen das ausbeuterische Judentum stießen die Gebildeten im deutschen Volke ab und verhinderten die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Abwehr gegen die Judengefahr. Dabei kam den Juden zu statten, daß alles, was liberal war, judenfreundlich dachte, daß ein großer Teil der Presse in ihren Händen war, daß sie schon, getauft oder ungetauft, in Ämter und Würden eingedrungen waren und ihren Einfluß gegen den Antisemitismus geltend machten.

Von Berlin aber ging neben dem aus wirtschaftlichen Gründen erwachsenen, roh und wüst vorgehenden Antisemitismus eine ernste, wohlberechtigte Bewegung aus, die auf die sittliche Gefährdung des

deutschen Volkes, seines Geistes, seiner Weltanschauung, seiner Begriffe von Recht, Unrecht, Ehre und Tugend hinwies. Sie stellte sich auf den Rassenstandpunkt, d. h. sie zeigte, daß die Juden — ohne ihre Schuld — als Glieder der semitischen Rasse andere Anschauungen haben, als die arisch-germanischen Deutschen; daß diese anderen Anschauungen über die wichtigsten sittlichen Begriffe ihnen im Daseinskampfe den Deutschen gegenüber Vorteile gewähren und daß der Deutsche, wenn er nicht unterliegen will, Gefahr läuft, jüdisches Verfahren anzuwenden — sittlich-geistig zu verjuden.

Ist diese Gefahr — so sagten die Führer jener Bewegung — auf geschäftlich-wirtschaftlichem Gebiete sehr schlimm und kann sie dazu führen, unser ganzes wirtschaftliches Leben zu untergraben, so ist der Einfluß der Juden auf sittlich-geistigem Gebiete, wo der innere Wert des Deutschtums auf dem Spiele steht, noch viel verderblicher.

Die Juden hatten den größten Teil der liberalen Presse und die sozialistische ganz in ihrer Hand, jedenfalls in ihrer Botmäßigkeit; viele Theaterleitungen waren ihnen untertan; in der Politik drängten sie sich vor und hatten besonders verstanden, sich in den Gemeindeverwaltungen Macht zu verschaffen. So übten sie auf das öffentliche Leben eine Vormundschaft aus, die unerträglich war: jeder Angriff gegen das Judentum wurde unterdrückt — an die Öffentlichkeit brachten diese Presse, diese Theater nur, was ihnen behagte. Der zersetzende Geist des Judentums konnte sich durch zahllose Zeitungen und durch die Bühne, in Büchern und öffentlichen Versammlungen ausbreiten, und er übertrug seine schlechten Früchte auf unser Volk.

Die Sozialdemokratie wäre ganz gewiß ohne ihre jüdischen Führer, ohne ihre Zusammenhänge mit dem Judentum und seinen Geldmitteln nie so schnell groß geworden. Die Verwirrung der Begriffe von Recht und Unrecht, Ehrbarkeit und Betrug, wie sie in der Gründerzeit hervorgetreten waren, wäre nie so traurig und entwürdigend geworden, wenn das Gift des jüdischen Geistes nicht schon gewirkt gehabt hätte.

Es ist ein Verdienst, das die Berliner Bewegung sich unter der Führung des Hofpredigers Stöcker erworben hat, daß sie auf die sittlichen Gefahren des Judentums zuerst hingewiesen hat, und es ist eine Ruhmestat erwachter deutscher Gewissen, daß Männer wie Paul de Lagarde und Heinrich von Treitschke mit dem ganzen Gewicht ihrer reinen Persönlichkeiten gegen das Judentum auftraten.

Die judengegnerische Bewegung kam politisch dadurch zum Ausdruck, daß einige antisemitische Abgeordnete in den Reichstag gewählt wurden.

Die letzten Regierungsjahre Wilhelms I.

Drei Feinde gefährlichster Art waren dem jungen deutschen Reiche gleichzeitig erstanden, alle drei internationaler Art: der Ultramonta-

nismus, die Sozialdemokratie und das Judentum — denn auch es war international, da die Masse der Juden nicht daran dachte, wirklich im deutschen Volke aufzugehen, sondern die Zusammenhänge über die Grenzen der Staaten hinaus aufrecht erhielt und sich als das bewußt fühlte und betrug, was sie wirklich sind: ein besonderes Volk, eine eigene Rasse.

Solche Gegner mußten die Entwicklung des Reiches in nationaler Richtung nachhaltig hemmen. Die ganze Kraft des Fürsten Bismarck, soweit sie nicht von der auswärtigen Politik in Anspruch genommen war, wurde im Kampfe mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie verbraucht, und dann, als die wirtschaftliche Notlage eine Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik verlangte, im Kampfe um die Schutzzölle.

Es ist begreiflich, daß der große Schöpfer des Reiches, der zuerst an die äußere Sicherstellung seines Werkes dachte, nicht dazu kam, die sittlichen Gefahren zu bekämpfen — er hat sie vielleicht, ganz in Anspruch genommen von jenen Aufgaben, nicht bemerkt oder in seinem deutschen Selbstbewußtsein unterschätzt.

Es gibt den Maßstab für die unerschöpfliche Kraft seiner Staatskunst, daß er trotz aller Hemmungen das Reich politisch vorwärts brachte, ja einen kühnen Schritt, zögernd allerdings und anfangs fast halb widerwillig, auf neuer Bahn tun konnte: die Einleitung und Begründung einer deutschen überseeischen Kolonialpolitik. Ende der siebziger Jahre hatte er vergebens den Reichstag zu bewegen versucht, Geldmittel für koloniale Zwecke zu bewilligen. Als aber der unternehmende Bremer Großkaufmann Lüderitz sich an der Südwestküste Afrikas Land erworben hatte, da stellte der Reichskanzler dessen Niederlassung Angra Pequena unter den Schutz des Reiches (24. April 1884). Noch im selben Jahre ergriff der Afrikaforscher Nachtigal im Auftrag des Reiches Besitz von Togo und Kamerun, während Karl Peters in Mittel-Ostafrika weite Gebiete an der Küste und „Interessensphären" nach dem Innern erwarb; etwas später wurden in der Südsee der Nordosten von Neu-Guinea, die Marschall- und die Bismarck-Inseln besetzt.

Damit war das Reich Kolonialmacht geworden, aus Europa herausgewachsen und vor neue Aufgaben gestellt. Die erste Prüfung brachte ein schwerer Araberaufstand in Ostafrika, den Hermann von Wißmann in glänzendem Feldzug niederwarf (1889—1890).

Das deutsche Volk, das im Mittelalter Großes in der Besiedlung des Ostens vollbracht hatte, das Millionen seiner Kinder als Auswanderer für die Besiedlung fremdvölkischer Neuländer hergegeben hatte, mochte nun beweisen, ob es noch die Kraft besitze, für sich Neuland zu erschließen; soweit das Reich dabei in Betracht kam, tat Bismarck den notwendigen Schritt, daß er alle Besitzungen, die zunächst unter dem Schutze des Reiches von einzelnen oder von Handelsgesellschaften erworben worden waren,

gegen Abfindung der Berechtigten in den Besitz des Reiches brachte und seiner Verwaltung unterstellte.

Geschah hier ein Schritt, der neuen Erwerb brachte, so war das Reich mit seinen Maßnahmen in Elsaß-Lothringen nicht erfolgreich.

* * *

Mit Eifer war der Statthalter Feldmarschall von Manteuffel im Reichsland an seine Arbeit gegangen — leider weder mit Glück noch mit Geschick, so daß alle Mühe der altdeutschen Beamten um die innere Wiedergewinnung des Landes und seiner Bewohner verloren war; er hatte sich vorgenommen, die Bewohner um jeden Preis zu „versöhnen" — als ob nicht hätte verlangt werden müssen, daß sie sich in die neue Ordnung fügten.

In diesem Streben entwürdigte er sich und seine Stellung vielfach; er selbst sprach mit Vorliebe französisch; in seinem Hause wurde mit Elsaß-Lothringern nur, selbst mit Altdeutschen überwiegend französisch verkehrt. Ein folgenschwerer Fehler: denn in dem kerndeutschen Elsaß hatte bis jetzt nur eine dünne Schicht sich zur französischen Sprache bekannt, die nun vom Statthalter, dem Vertreter des Kaisers begünstigt, schnelle Fortschritte machte; war doch ihr höherer Wert, ihre Überlegenheit durch das Verhalten des Statthalters anerkannt worden!

Daneben schmeichelte Manteuffel in verwerflicher Weise der deutschfeindlichen katholischen Geistlichkeit und erlebte manche peinliche Zurückweisung; gleich unpolitisch kam er den sog. „Notabeln" entgegen und verlieh diesem gleichfalls welschgesinnten Kreise durch seine Nachgiebigkeit erhöhte Bedeutung.

Die Politik der Versöhnung war in Wahrheit eine solche der Schwäche und erreichte das Gegenteil des Gewollten: das Reichsland wurde nicht innerlich gewonnen, — die Bevölkerung wurde immer feindlicher, und die Reichstagswahlen ergaben überwältigende Mehrheiten für die „Protestler", d. h. die dem Reiche ablehnend Gegenüberstehenden. So scheiterte Manteuffel kläglich mit seiner Politik.

Ein Unglück für die weitere Entwicklung, daß Bismarck den Dingen in Elsaß-Lothringen zu ferne stand, auch anderweitig viel zu sehr in Anspruch genommen war, als daß er hätte eingreifen können; so vollzog sich Manteuffels unselige Wirksamkeit ungehemmt, und sie hat ihre letzten schlimmen Folgen im großen Kriege gezeigt.

* * *

Hier ist auch die Stelle, der „Welfenfrage" zu gedenken. In Kurhessen und Nassau hatten die infolge des Prager Friedens entthronten Herrscherhäuser sich in ihr Schicksal ergeben, und die Bevölkerungen fanden

sich um so schneller in den neuen Zustand, als ihnen der Anschluß an ein großes Staatswesen mannigfache Vorteile brachte; ähnlich ging es mit dem einverleibten Schleswig-Holstein, wo nur die Dänen der Grenzbezirke in Feindschaft gegen Preußen verharrten.

In Hannover dagegen erstand eine Partei, die in der Entthronung des welfischen Königshauses und der Einverleibung des Landes in Preußen ein sittliches und politisches Unrecht erblickte und in allem Ernste die Wiederherstellung des alten Zustandes verlangte; dieselbe Forderung stellte König Georg und nach seinem Tode sein Sohn, der Herzog von Cumberland; sie verwarfen den Prager Frieden und erkannten die Einverleibung Hannovers nicht an. Beide, das Haus der Welfen, wie die Welfenpartei dachten und denken nicht daran, daß der Krieg Recht schafft zwischen Staaten und daß Hannover durch die Tatsache der Eroberung an Hohenzollern und Preußen gefallen ist.

Angesichts dieser klaren Rechts- und Sachlage ist es schwer verständlich, daß eine solche Sache überhaupt Anhänger fand — noch schwerer aber, daß sie solche noch fast ein halbes Jahrhundert nach dem Prager Frieden hatte.

Bismarck hatte zunächst dem Welfenhause das in Hannover verbliebene Vermögen im Werte von 48 Millionen Mark überlassen; als König Georg in seiner staatsfeindlichen Haltung beharrte, wurde dies Vermögen beschlagnahmt, und seine Zinsen wurden „zur Bekämpfung welfischer Umtriebe" verwendet (Welfenfonds).

Eine besondere Bedeutung erhielt die Welfenfrage durch den 1884 erfolgten Tod des Herzogs Wilhelm von Braunschweig, des letzten Welfen in diesem Lande, auf das die hannöverischen Welfen nach Erbrecht Anspruch hatten. Da sie aber den Prager Frieden noch immer nicht anerkannt hatten, ist es klar, daß Preußen das feindliche Geschlecht nicht zum Throne zulassen konnte; diese Auffassung wurde durch einstimmigen Beschluß des Bundesrats anerkannt, und der braunschweigische Landtag wählte in der Person des Prinzen Albrecht von Preußen einen Regenten.

* * *

Als Lenker der preußischen Politik leitete Bismarck im Anfang der achtziger Jahre ein Unternehmen ein, das von größter Bedeutung wurde: die Verstaatlichung des wichtigsten Verkehrsmittels, der Eisenbahnen.

Seine von dem immer bewährten staatsmännischen Weitblick zeugende Absicht ging dahin, das Reich für sein Geldbedürfnis dadurch dauernd zu sichern, daß ihm die Hoheit und Verwaltung über alle im Reichsgebiet vorhandenen Eisenbahnen gegen Abfindung der bisherigen Eigentümer übertragen werden sollte; die aller Voraussicht nach stetig wachsenden Einnahmen dieser „Reichseisenbahnen" sollten dann das Rückgrat der

Geldwirtschaft des Reiches abgeben. Leider scheiterte dieser große Plan an dem kurzsichtigen Widerspruch der Einzelstaaten, die darin eine Beeinträchtigung ihrer Hoheitsrechte erblickten; aus Rücksicht auf sie ließ Bismarck seine Absicht fallen, da er jeden Anschein von Zwang vermeiden wollte, und beschränkte sich darauf, in Preußen durch den tatkräftigen und sachkundigen Minister Maybach die Verstaatlichung durchführen zu lassen — zum bleibenden Segen für die preußische Staatswirtschaft.

* * *

Wir haben gesehen, das Schicksal machte es dem jungen Reiche nicht leicht und legte ihm schwere Hemmungen in den Weg: da war es eine besondere Gunst, daß neben dem gewaltigen Staatsmanne nicht nur der große Schlachtenmeister Moltke seinem Volke erhalten blieb, sondern daß der zur Verkörperung der Volkseinheit gewordene Kaiser höchstes Alter erreichte und bis zu seinem Lebensende unermüdlich für die Festigung des gemeinsamen Werkes wirken konnte. Sein Dasein allein war eine Macht: der mit weltgeschichtlichen Erfolgen begnadete Greis gehörte allen deutschen Stämmen und wurde so recht der Gegenstand gesamt-deutscher Liebe und Verehrung. Stets sachlich, stets der Sache dienend und sich unterordnend, prunklos und schlicht, bescheiden und fromm, blieb er von so unerhörtem Ruhme unversucht; ein echter Herrscher, wie Bismarck mit liebevoller Bewunderung sagte: „jeder Zoll ein König" — ein König im Sinne des alten Fritz: der erste Diener seines Staates.

Mochten seine Ansichten von denen seines großen Beraters abweichen, stets gab er besseren Gründen nach, nie pochte er auf Königs-Willen oder -Weisheit. So erlebte das Volk die reine Freude, den edlen Fürsten in engster Freundschaft, in neidlosem Zusammenwirken mit Bismarck und Moltke bis ans Ende seiner Tage zu sehen — und alle, die ihr Herz nicht verhärtet hatten gegen die Hoheit solcher Erscheinung, erhoben ihre Seelen und konnten den Gedanken nicht fassen, daß solch ein Leben einmal enden müsse.

Und diesem edelsten Manne blieb im höchsten Alter tiefster Schmerz nicht erspart: die schwere Krankheit seines Sohnes, des Kronprinzen Friedrich Wilhelm.

Am 9. März 1888 entschlief Wilhelm der Siegreiche, fast 91 Jahre alt — betrauert von allen Guten im Volke, von keinem aber mehr, als von dem Manne, der ihn am besten gekannt, der sein Wesen am tiefsten erfaßt hatte: Otto von Bismarck.

Wilhelm II.

Todkrank kehrte Kaiser Friedrich III. aus dem Süden in die Heimat zurück, um sein hohes Amt zu übernehmen. Ein schmerzvoller

Gegensatz, höchstes Unglück so unvermittelt unerhörtem Glücke folgen zu sehen — furchtbar für den todgeweihten Mann, der der Held zweier Kriege gewesen war, und der jetzt im vollen Bewußtsein seines nahen Endes das Erbe seines Vaters antrat.

Am 15. Juni hatte der fürstliche Dulder ausgelitten, und es folgte ihm sein ältester Sohn als **Kaiser Wilhelm II.**

Der junge Herrscher schloß sich eng an Bismarck an und gab ihm unzweideutige Beweise seines Vertrauens, so daß es schien, als werde der bewährte Berater des Hauses Hohenzollern aus seinem Amte nur scheiden, wenn sein eigner Wunsch oder der Tod es so füge. Und es war not, daß der Kanzler im Amte blieb, denn der neunundzwanzigjährige Kaiser war den Staatsgeschäften fremd und erst infolge der schweren Krankheit seines Vaters in der letzten Regierungszeit Wilhelms I. dazu herangezogen worden; ihm fehlten — leicht begreiflich — der Überblick und die Einzelkenntnisse, und es wurde als Glück empfunden, daß er mit offenbarer Wärme dem Kanzler begegnete. Laut pries er dessen Verdienste und sprach die Hoffnung aus, daß ihm der unentbehrliche Berater noch lange erhalten bleibe — aber der Umschwung bereitete sich vor und wurde am 20. März 1890 mit schlimmer Schärfe vollzogen: **Fürst Bismarck wurde aus seinen Ämtern entlassen.**

Was war geschehen? Was hatte dies für unmöglich gehaltene Ereignis herbeigeführt? War Bismarck müde geworden?

Der Atem der Welt stockte — wer Verständnis für die Wertung der Geschehnisse hatte, fühlte, daß hier etwas Weltgeschichtliches sich zugetragen hatte, und fragte sich bang, ob nicht ein weltgeschichtliches Unrecht begangen worden sei.

Man sagt, es sei kaum möglich, die Geschichte einer eben erst vergangenen Gegenwart zu schreiben, und ganz unmöglich, eine noch lebende, noch wirkende Persönlichkeit geschichtlich zu werten.

Die Zeit und die Menschen nach Kaiser Wilhelms I. Tode lehren uns das Gegenteil — wer trotzdem ein geschichtliches Urteil nicht abgeben will, dem fehlt entweder der Mut dazu oder die Fähigkeit, sich nach unbestreitbaren Geschehnissen ein Bild der handelnden Menschen, ihres Charakters, ihrer Beweggründe, ihrer Lebensauffassung zu machen. Wir brauchen nicht abzuwarten, bis die Geheimnisse der Archive enthüllt werden; denn das, was jeder miterlebt und sieht, der sehen kann und will, ist kein Geheimnis: die Tatsachen sprechen, die Menschen stehen vor uns, wir sehen ihre Handlungen und erleben die Folgen.

So haben wir das Recht — und wenn wirklich die Geschichte die beste Lehrmeisterin ist: die Pflicht, auch der Schilderung der jüngsten Vergangenheit nicht aus dem Wege zu gehen.

In ihrem Mittelpunkte stand Kaiser Wilhelm II., alles drehte sich um

ihn — wir können sonach nicht anders, wir müssen den Mann betrachten, der zum Träger der deutschen Geschicke bestimmt war.

Der Kaiser besitzt zweifellos geistige Fähigkeiten besonderer Art, die ihn auf allzu vielen Gebieten heimisch erscheinen lassen — aber es fehlt die Vertiefung, die durch wirkliche Gedankenarbeit errungene Beherrschung des Gegenstandes, und die vorhandenen Fähigkeiten, weder gezügelt durch eignes Urteil, noch durch fremdes, verführten zu oberflächlicher Betrachtung und Behandlung der Dinge.

Diese Anlage wurde durch Schmeichelei, Unterwürfigkeit, geheuchelte Bewunderung und mangelnde Wahrheitsliebe seiner Umgebung soweit gesteigert, daß der Kaiser sich auf jedem Gebiete Meister fühlte: er war Feldherr und Staatsmann, Künstler und Kunstrichter, Redner und Prediger, Techniker und Geschichtskenner; er wollte die Einzelheiten der inneren und äußeren Politik überschauen, wie diejenigen in Heer und Flotte bestimmen.

Der Kaiser führte ein lauteres Familienleben; trotzdem geschah es, daß unlautere Menschen sein Vertrauen gewannen und seine Umgebung vergifteten. Mangel an Menschenkenntnis verschuldete dies — Mangel an Menschenkenntnis führte ihn in der Wahl seiner politischen Berater zu schweren Mißgriffen.

So sicher war der Herrscher durch die erheuchelte Bewunderung der Höflinge, durch das Ausbleiben ernsten Widerstandes seiner Berater, durch den charakterlosen Jubel der Massen gemacht, daß er sich in das Gefühl der Unfehlbarkeit hineingelebt hatte und sachlichen Widerspruch leicht als Auflehnung ansah. „Einer sei König" hieß ihm: einer weiß alles und kann alles — also soll nur geschehen, was er will.

Bald gelang es falschen Freunden, das Verhältnis zu Bismarck zu untergraben. Die Veranlagung des Kaisers machte dies nicht schwer: sein Drang, überall wirken, überall Erfolge sehen zu wollen, selbst den Anstoß zu geben, selbst zu regieren. Es ist klar, daß Bismarck, erfüllt von echtem Pflichtgefühl und gewöhnt an die Sachlichkeit Kaiser Wilhelms I., den Anfängen der Selbstherrlichkeit des jungen Herrschers entgegentreten mußte und daß sein ruhiges Urteil die Betätigung des Unerfahrenen auf vielen, ihm ganz fremden Gebieten nicht billigen konnte. So waren die Gegensätze gegeben — und sie wurden von Zwischenträgern verschärft.

Wir können die Entwicklung nicht im einzelnen verfolgen, auch nicht die Fragen der äußeren und inneren Politik schildern, die zu Zusammenstößen führten — das Ergebnis war, daß der Kaiser sich durch Bismarck beengt fühlte, seiner überdrüssig ward.

Es ist gewiß, daß Bismarck im Bewußtsein seiner Stellung, seiner Verdienste, als erst einmal der Gegensatz sich gezeigt hatte, dem jungen Kaiser entschieden entgegentrat. Statt solchen Widerspruch sachlich zu

würdigen, ließ Wilhelm II. sich dadurch verstimmen und wurde dem Kanzler fremd. Ein Unheil für ihn und das Vaterland! Wie aber durfte ein Hohenzoller den Mann, der sein Haus zu dem glänzendsten der Erde erhoben hatte, aus solchem Anlaß aus dem Amte entfernen?

Durfte der politisch unerfahrene junge Herrscher sich dem Greise von Welterfahrung und Weisheit an Urteil überlegen glauben?

Durfte der Enkel, der sich immer als Verehrer seines Großvaters gab, den treuesten Diener Wilhelms I. verbannen?

Drei Fragen sittlicher und politischer Bedeutung — jeder Aufrichtige mußte sie verneinen, als Bismarck ungnädig entlassen wurde; die Geschichte hat sie verneint und sie hat die Voraussicht jener bestätigt, daß diese Handlung des jungen Hohenzollern zum Verhängnis des deutschen Volkes werde.

Damals — nach dem 20. März 1890 — beruhigte sich die deutsche Öffentlichkeit bald mit dem Troste, ein starker Wille habe einem stärkeren weichen müssen; ja, als der Kaiser versicherte, der Kurs bleibe der alte, kehrte bald das Vertrauen wieder; die Gegner Bismarcks waren von einem Alp befreit — und das politisch ungeschulte deutsche Volk ergab sich in die Tatsachen.

Nur ein enger Kreis, der die Bedeutung der Trennung des Kaisers vom Kanzler richtig erfaßte: daß es sich nicht um die Personen handele, sondern um die Art zu regieren; die ahnten, daß eine Zeit unpolitischen, persönlichen Regiments kommen werde, und die sich um Bismarck scharten, nicht allein weil sie ihn liebten, weil sie ihm die Treue nicht brechen wollten — sondern weil er der Träger einer rein-sachlichen deutschen Politik war, während nun eine unsachlich-persönliche Politik eingeleitet wurde.

Wir haben üble Zeichen der politischen Unreife unseres Volkes kennen gelernt — das ärgste war, daß es sich in die Entlassung Bismarcks mit Gleichmut schickte und daß die Volksvertretung schwieg. Die hohe Beamtenschaft, der Reichstag, die Presse, die dem Kaiser zujubelnden Volksmassen — sie alle taten, als sei Selbstverständliches geschehen und wurden mit schuld, daß eine Zeit des Rückgangs anbrach. Dem Willen des Kaisers gegenüber verstummte jeder Widerspruch, als wäre dem deutschen Volke als Gesamtheit und den Einzelnen der Charakter gebrochen worden. Der Kaiser hörte und sah nur Zustimmung und wurde immer mehr hineingetrieben in das Bewußtsein seiner Unfehlbarkeit; schlimm haben seine verantwortlichen Berater an ihm gefehlt, schlimm die Presse, schlimm die Volksvertreter — alle aber haben schwer am deutschen Volke gesündigt und durch ihr Verhalten dazu beigetragen, daß das Verhängnis seinen Lauf nahm und fortsetzte.

Nur einer stand aufrecht von den Hochgestellten im Volke, er

außer Amt, Bismarck selbst, und mit ihm ließ die kleine Schar seiner Getreuen die warnende Stimme ertönen.

Im Sachsenwalde zu Friedrichsruh saß der Gebannte und verfolgte mit Sorge, was der Kaiser tat oder in kaiserlichem Auftrage General von Caprivi, der neue Reichskanzler; sobald er erkannte, daß die Maßnahmen des neuen Kurses das Reich gefährden mußten, warnte er — er mußte es öffentlich durch die Hamburger Nachrichten tun, weil ihn keiner der neuen Männer um Rat fragte, keiner ihn hören wollte. Die Mahnungen des Großen aus seinem Schatze politischer Weisheit hatten die Folge, daß er ohne Scheu in Acht und Bann getan wurde; der Hof verschmähte nicht, unedle Mittel gegen ihn anzuwenden — alles, was Wert legte auf die Gunst des Kaisers und der Regierung, mied ihn, wie einen Geächteten.

Aber dies Treiben trug sein Gegenmittel in sich: es weckte den gesunden Sinn in weitesten Volkskreisen, zuerst im lebhafteren Süden des Reiches, dann auch im Norden und Osten. Und nun geschah etwas Erhebendes: in Scharen wallten die Getreuen zu dem Gründer des Reiches, und ein Sturm der lautersten Begeisterung brauste ihm entgegen, wo er sich zeigte. Er durfte stolz das Haupt recken — denn er wußte es, daß alles ihm galt, dem Manne, dem Menschen. In wunderbaren Reden sprach er zu seinem Volke, voll Weisheit und Würde, voll Sorge und doch voll Vertrauen; in Kissingen und Jena, in Friedrichsruh, München und Dresden, wo immer es war, erschien er als getreuer Eckart des deutschen Volkes und wuchs über sich selbst hinaus zu der unerreichbaren sittlichen Höhe des wahrhaftigen und furchtlosen Verteidigers seines Heldenwerkes.

Wer ihn sah in jenen Tagen, mit dem mächtigen Haupte, dem flammenden Blick, im schlichten schwarzen Rocke, den Schlapphut in der Hand, der mußte das unvergeßliche Gefühl haben, daß hier ein Mensch zum lebendigen Denkmal seiner eigenen Größe geworden war.

Von den Warnungen Bismarcks verstanden die Regierungen so wenig, wie von dem Jubel seiner Getreuen: er galt ihnen als unzufriedener Ehrsüchtiger, der wieder ins Amt wollte — jene schienen urteilslose, von falschem Gefühl Mißleitete.

Mehrfach freilich machte der Kaiser den Versuch, sich Bismarck wieder zu nähern — aber nach der schroffen Entlassung des Großen war ein innerlicher Ausgleich für alle Zeit unmöglich.

Am 30. Juli 1898 schloß Bismarck die Augen für immer, von allen bewußten Deutschen betrauert wie ein Vater; nach seinem Willen fand er seine Ruhe unter den Eichen des Sachsenwaldes. Bezeichnend für das Wesen dieses Einzigen die Worte, die er für sein Grabmal vorschrieb; schlicht nannte er sich einen „treuen deutschen Diener Kaiser Wilhelms I."

Seinem Volke hinterließ er als wertvolles Vermächtnis seine „Gedanken und Erinnerungen", ein Buch von unvergänglichem Werte.

Bismarcks erste Nachfolger im Kanzleramt.

Die notwendige Folge der Entlassung Bismarcks, wie der Kaiser sie meinte und wollte, war, daß nicht nur seine staatsmännische Weisheit ungenutzt blieb, sondern auch, daß das gewaltige Gewicht seiner Persönlichkeit im Auslande zum Nachteil der deutschen Politik außer Betracht kam.

Nun mochte der Kaiser zeigen, was er konnte, nun seine politischen Gehilfen, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen. Wir nennen von ihnen an dieser Stelle zunächst nur die drei folgenden Reichskanzler, die berufen waren, mit ihrem Namen die kaiserliche Politik verantwortlich zu decken: denn die Politik machte nach Bismarcks Ausscheiden in den ersten zwei Jahrzehnten der Kaiser, womit gesagt ist, daß sie in Wirklichkeit von den Unverantwortlichen seiner Umgebung gemacht wurde, die gerade Einfluß auf ihn hatten.

Der erste Nachfolger des Großen war Leo von Caprivi, ein hervorragender Soldat, aber als Politiker ohne hinreichende Vorbereitung und Vorbildung; in den Fragen der inneren Politik ohne eigenes Urteil, in denen der äußeren harmlos und hilflos. Als General übernahm er das schwere Amt auf Befehl seines obersten Kriegsherrn, widerwillig und im Bewußtsein der politischen Unzulänglichkeit — ein Mann von ursprünglich vornehmer Gesinnung, der offen seine Meinung auch dem Herrscher gegenüber vertrat, doch aber die eigene Überzeugung dem kaiserlichen Willen unterordnete, weil er sich als Soldat dem Kriegsherrn zum Gehorsam verpflichtet fühlte — ein grundsätzlicher Irrtum, da das Kanzleramt ein politisches und kein militärisches ist und seinem Inhaber eine besondere politische Verantwortlichkeit auferlegt. Diese Verantwortlichkeit hat Caprivi nicht erkannt, und darum ist er seinem Amte vieles schuldig geblieben. An der unedlen Behandlung seines großen Vorgängers war er beteiligt — eine Tatsache, die einen häßlichen Flecken auf ihn wirft, und nicht damit entschuldigt werden kann, daß Bismarcks öffentlicher Tadel den Nachfolger habe reizen müssen. Was Bismarck sagte oder schrieb, entsprang der Sorge um das Reich — Caprivi deutete es kleinlich und eifersüchtig als persönlichen Angriff und verlor darüber seinen Ruf der Ritterlichkeit.

Am 29. Oktober 1894 wurde Caprivi in Ungnaden entlassen — eine traurige Erscheinung der Mann, der seinem Kaiser seinen Namen vor der Geschichte zum Opfer gebracht hat, und der nun ohne Dank in die Vergessenheit gestoßen wurde.

Am selben Tage wurde Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst zum Reichskanzler ernannt, ein müder Greis von 75 Jahren, ohne eigenen Willen, ohne eigene Ziele. Einst ein Vorkämpfer des nationalen Gedankens in seiner bayrischen Heimat, dann unter Bismarck ein brauchbarer Botschafter in Paris, hatte er schon als Statthalter der Reichs-

lande, wo er des unseligen Manteuffel Nachfolger war, Festigkeit vermissen lassen und war ohne größeren Erfolg geblieben; von da wurde er an die leitende Stelle nach Berlin berufen. Wie er seine Amtsführung einschätzte, ergibt sich aus seinem Worte: „man wird mir ein Denkmal setzen für das, was ich verhindert habe". Auch hier ein Verkennen der wesentlichen Aufgabe des Reichskanzlers. Und dabei: wie viel hat er nicht verhindern können!

Unter Hohenlohes schlaffer Geschäftsführung konnte die Einbuße, die das Kanzleramt durch Caprivi erlitten, nicht wieder wettgemacht werden; am 18. Oktober 1900 verließ er seine Stelle, in die der Bevorzugte des Kaisers, der bisherige Staatssekretär Bernhard von Bülow berufen wurde.

Eines gelang dem im besten Mannesalter Stehenden schnell: sich eine persönliche Stellung, persönliches Ansehen zu verschaffen, sowohl dem Kaiser gegenüber, wie bei der Volksvertretung. Ein Mann von nicht tiefer, aber zur Verwendung bereiter Bildung, welterfahren und klug, sicher und gewandt, eigensüchtig und kalt — ein Redner von Vollendung — zweifellos dem Kaiser und seiner Umgebung, den Bundesfürsten und ihren Beratern der Mehrzahl der hohen Beamten geistig ebenso sehr überlegen, wie den Volksvertretern. Dies geistige Übergewicht konnte aber nicht nutzbar gemacht werden zu dauernder Wirkung im Dienste des Reiches und für das Reich, weil es dem Kanzler an Erkenntnis und Zielen fehlte. Er wagte kein Wort ernsten Widerspruchs gegen den Kaiser, sondern spielerisch wohlredend suchte er ihn von Gefährlichem abzubringen; aus demselben Grunde verstand er sich dazu, schädliche Handlungen, die er nicht verhindern konnte, harmlos umzudeuten und einzurenken.

Ein bedeutendes diplomatisches Talent — kein Staatsmann im Dienste des Volkes; ein Mann von Geist — aber ohne tieferes Verantwortlichkeitsgefühl; — ein Meister im ministeriellen und parlamentarischen Ränkespiel — kein Meisterer der großen Fragen der Zeit; alles in allem, kein berufener Vertrauensmann eines großen Volkes. —

Am 14. Juli 1909 schied er aus dem Amte und hinterließ seinem Nachfolger eine schlimme Erbschaft.

Der neue Kurs.

Wir haben den Personen, die das Reich lenken sollten, mehr Raum geschenkt, als die Anlage dieses Buches an sich erlaubt, weil ihr Tun und Unterlassen von schicksalschwerer Bedeutung ist und weil das Geschick des gesamten deutschen Volkes abhängt von dem des Reiches.

Nun wollen wir in gedrängter Kürze feststellen, welche Erfolge die neuen Männer zu verzeichnen haben. Jede politische Arbeit verlangt Ruhe, Stetigkeit, Zielbewußtsein und Sachkenntnis — das ist so selbstverständlich, daß es auszusprechen unnötig scheint. Die auswärtige Politik

hat aber diese Eigenschaften erst recht zur Voraussetzung. Der neue Kurs trieb seine Politik ohne sie und erreichte in kurzer Zeit, daß das Reich aus seiner entscheidenden Machtstellung verdrängt wurde, obwohl seine Machtmittel zugenommen hatten.

Caprivi erneuerte den Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht und trieb es dadurch und durch seine polenfreundliche Politik in die Arme Frankreichs, das auf diese Weise aus der Vereinsamung erlöst wurde: es entstand der Zweibund, der das Reich von Westen und Osten umklammern konnte.

Als in Südafrika der Engländer Jameson anfangs Januar 1896 einen verbrecherischen Einfall in das Gebiet der Transvaalrepublik wagte, zog der Kaiser durch eine Drahtung an deren Präsidenten Krüger den Haß der Engländer auf sich und das Reich. Die Stimmung der Engländer war schon längst gegen alles Deutsche höchst unfreundlich, weil der geschäftliche Wettbewerb und der in Aussicht stehende Bau der deutschen Flotte ihnen als wirtschaftliche und politische Gefahr erschien; nun brach wegen dieser Kundgebung ein förmlicher Sturm der Wut gegen die Person des Kaisers los. Dieser wurde davon überrascht und begann alsbald einzulenken, indem er den Wunsch zu erkennen gab, England wieder zu versöhnen. Seit jener Zeit — der zweiten Hälfte der neunziger Jahre — sind die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und England nicht mehr zur Ruhe gekommen; sie beherrschen unsere gesamte äußere Politik. Alles Entgegenkommen des Kaisers, alle Nachgiebigkeit der Regierung, alle Versöhnungsversuche amtlicher und nichtamtlicher Kreise waren vergebens: die Engländer sahen in uns ihren eigentlichen Feind. Sie verstanden es meisterhaft, die Fehler der deutschen Politik auszunutzen, und fanden in König Eduard VII. einen kaltblütigen, geschäftskugen und verschlagenen Lenker ihrer auswärtigen Politik; er war der Urheber einer bundesähnlichen Freundschaft zwischen England und Frankreich, und er brachte dies fertig, obwohl die englische Politik Frankreich noch im Jahre 1898 in seinen kolonialen Bestrebungen am Nil gedemütigt hatte. Die gemeinsame Gegnerschaft wider das Deutsche Reich führte diese beiden alten Feinde zusammen. Des weiteren gelang es den englischen Staatsmännern, sich mit Rußland über die asiatischen Gegensätze gütlich zu einigen, nachdem sie Japan auf das Zarenreich gehetzt und ihm durch diese junge emporstrebende Macht eine schwere Niederlage hatten bereiten lassen (1904—1905). Des weiteren schlossen sie trotz der Rassengegensätze ein Bündnis mit Japan, das gegebenenfalls ebenso gegen Frankreich oder die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie gegen Rußland verwendet werden kann.

England wurde zum Herrn der Weltlage, konnte es werden durch die Fehler der deutschen Politik — konnte es werden trotz der ständig wachsenden Schwierigkeit seiner eigenen Lage und ohne daß seine Lenker große Staatsmänner gewesen wären; das

politische Mittelmaß seiner Diplomaten genügte, um die ziellose und schwankende Politik des Reiches schachmatt zu setzen.

Als die gänzlich verfehlte deutsche Marokko-Politik Anfang 1906 zur sog. Konferenz von Algeciras führte, stand das Reich allein, verlassen von seinem Bundesgenossen Italien, nur lau unterstützt von Österreich. Seit dem Beginne dieses Jahrhunderts war es klar geworden, daß Frankreich darauf hinarbeite, Marokko zu gewinnen; es hatte dahingehende Abmachungen mit den Mittelmeermächten England, Italien und Spanien getroffen, bei denen vorausgesetzt wurde, daß dies reiche und entwicklungsfähige Land infolge der Mißwirtschaft seiner Herrscher und wegen der fortgesetzten Unruhen als selbständiger Staat nicht weiterhin bestehen könne. Obwohl bedeutende deutsche wirtschaftliche Anlagen in Marokko vorhanden waren und erwartet werden konnte, daß sie sich mit größtem Nutzen ausbauen lassen würden, und obwohl deutsche Gelehrte hervorragend an der Durchforschung des Gebietes beteiligt waren, kümmerte die deutsche Regierung sich nicht um die politische Zukunft des Landes. Im April 1904 wurde das englisch-französische Abkommen bekannt, durch das England gegen Anerkennung seiner Herrschaft in Ägypten den Franzosen freie Hand in Marokko gewährte; die öffentliche Meinung im Deutschen Reiche verlangte von der Regierung, daß sie eingreife und für unser Vaterland einen Teil von Marokko gewinne. Der Reichskanzler wandte sich dagegen und erklärte, wir hätten in Marokko „keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Interessen". Nicht ganz ein Jahr später, am 31. März 1905 betrat Kaiser Wilhelm den marokkanischen Boden und erklärte in Tanger vor den Abgesandten des Scherifen, daß er diesen als unabhängigen Herrscher besuche in der Hoffnung, unter ihm werde ein freies Marokko dem friedlichen Wettbewerb aller Völker offenstehen. Es war klar, die deutsche Politik hatte ihre Haltung in der marokkanischen Frage geändert; dies war schon vorher aus dem Auftreten des deutschen Gesandten in Fez hervorgegangen und wurde jetzt durch den Kaiserbesuch in Tanger unterstrichen. Das Deutsche Reich erkannte die englisch-französischen Abmachungen über Marokko, von denen es amtlich nicht verständigt worden war, nicht an und behandelte das Reich des Scherifen als selbständigen unabhängigen Staat. Welches aber war das Ziel dieser deutschen Politik? Sie erklärte ausdrücklich, keinerlei Landerwerb anzustreben, sondern beschränkte sich auf die Forderung. „der offenen Tür" d. h. des gleichen Rechtes deutscher Kaufleute, Unternehmer und Banken mit denjenigen französischer Staatsangehörigkeit. Eine Folge der veränderten deutschen Haltung war, daß der Scherif den französischen Bestrebungen Widerstand leistete, wofür man in Frankreich die deutsche Regierung verantwortlich machte; eine andere wichtigere, daß zwischen beiden Mächten eine durch Monate dauernde Spannung entstand, die

die Gefahr eines Krieges sehr nahe rückte. Obwohl die deutsche Regierung zunächst erklärt hatte, daß sie wegen Marokkos mit Frankreich gar nichts zu tun habe, sondern allein mit dem unabhängigen Scherifen verhandeln werde, trat sie im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1905 in Unterhandlungen mit Frankreich ein und verlangte die Berufung einer „Konferenz", die über die Ordnung der marokkanischen Verhältnisse befinden sollte. Frankreich weigerte sich zunächst, darauf einzugehen, und schien im Vertrauen auf die bestimmt zugesagte englische Hilfe es auf einen Krieg ankommen lassen zu wollen. Schließlich gab der Ministerrat nach und ließ den kampfbereiten Minister des Äußern Delcassé fallen; man gestand zu, daß eine „Konferenz" berufen werden sollte. Diese trat Mitte Januar 1906 in Algeciras an der Südküste Spaniens zusammen und tagte bis Ende März. Ihr Ergebnis war für das Deutsche Reich, das, wie erwähnt, ganz vereinsamt war, sehr kümmerlich; es erreichte nichts als die Anerkennung der „offenen Tür", der Selbstherrlichkeit des Scherifen und der Unversehrtheit seines Gebietes; die verabredeten Maßregeln für die Ordnung der inneren Verhältnisse des Landes machten es deutlich, daß Frankreichs Ansprüche auf eine politische Vorzugsstellung anerkannt wurden. Um dies wenige zu erreichen, hatte der Reichskanzler, der nach Delcassés Sturz zum Fürsten ernannt worden war, unser Volk unmittelbar vor einen Krieg mit Frankreich geführt. Und dies alles, obgleich Frankreich sowohl im Jahre 1903, wie 1905, zu unmittelbaren Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche bereit gewesen war, bei denen es die Abtretung eines Teiles von Marokko an uns ins Auge gefaßt hatte. Solcher Landerwerb war von völkischen Politikern im Reiche gerade in Marokko gefordert worden, weil dies Land in seinem westlichen Teile, der an den Atlantischen Ozean stößt, sehr erzreich und fruchtbar ist, sich für den Anbau von Baumwolle vorzüglich eignet und vor allem auch als Siedlungs-Gebiet für deutsche Massen-Besiedlung in Aussicht genommen werden konnte, falls eine stärkere Auswanderung der reichsdeutschen Bevölkerung aus irgend welchen Ursachen wieder einsetzen würde.

Die widerspruchsvolle und ziellose deutsche Marokko-Politik, die üble Rolle, die das Reich in Algeciras spielte, und der klägliche Ausgang der „Konferenz", schädigte das deutsche Ansehen schwer und ermutigte Frankreich zur unverhüllten Verfolgung seiner Absicht, die Schutzherrschaft über Marokko aufzurichten. Die nächsten Jahre brachten eine Reihe französischer Maßnahmen, die gegen die Abmachungen der „Konferenz", die sog. Algeciras-Akte, verstießen; die deutsche Regierung unternahm nichts dagegen, ja in einem neuen Vertrage vom 9. Februar 1909 erkannte sie die „besonderen Interessen" Frankreichs in Marokko an und verzichtete damit recht eigentlich auf eine selbständige Politik an diesem wichtigen Teile des Erdballs. Sie tat noch mehr: als kühne und weitblickende deutsche Unter-

nehmer sich wichtige Rechte in Marokko gesichert hatten, die für die deutsche Volkswirtschaft sehr bedeutsam werden konnten, ließ sie diese Landsleute nicht nur im Stiche, sondern arbeitete ihnen geradezu entgegen.

* * *

Das unbefriedigende Ergebnis der deutschen Marokko-Politik und die allgemeine Erfolglosigkeit der deutschen Staatsleitung hatte dem Ansehen des Fürsten Bülow auf dem Gebiete, auf dem er Meister sein wollte, einen schweren Stoß versetzt. In der ersten Hälfte des Jahres 1908 hatte die „Einkreisungs-Politik" König Eduards ihren Höhepunkt erreicht: England, Rußland und Frankreich waren zum „Dreiverband" geeinigt und standen dem Deutschen Reiche geschlossen gegenüber; Italien hatte sich diesen Mächten sehr genähert und in Algeciras seine Unzuverlässigkeit bewiesen; Österreich blieb die letzte Hoffnung der Reichsleitung, war aber von seinen inneren Wirren ganz in Anspruch genommen. Der Tiefstand der politischen Geltung des Deutschen Reiches war da — verschuldet von der Willen- und Tatenlosigkeit der deutschen Staatsleitung.

Da erfolgte ein jäher Umschwung, der Fürst Bülow zu neuem Ansehen verhalf. Im Juli 1908 war es in der Türkei zu einer Staatsumwälzung gekommen, und es war dort eine Verfassung eingeführt worden. Infolge davon sah Österreich-Ungarn sich veranlaßt, die seit 1878 von ihm verwalteten, dem Namen nach noch türkischen Gebiete Bosnien und der Herzegowina endgültig dem Kaiserstaate einzuverleiben. In dem benachbarten Serbien brach nun ein Sturm der Entrüstung los; die Bevölkerung verlangte den Krieg gegen die Donau-Monarchie, und die serbische Regierung setzte das Heer auf Kriegsfuß. Es war klar, daß hinter Serbien die Mächte des Dreiverbandes standen, daß vor allem Rußland dem kleinen Staate seine Hilfe zugesichert haben mußte. Auch Österreich-Ungarn machte sich kriegsbereit, und Monate hindurch, bis Ende März 1909, konnte jeder Tag den offenen Kampf bringen; es stand zu erwarten, daß dieser sich nicht auf Serbien und Österreich-Ungarn beschränken werde, sondern daß die große allgemeine kriegerische Auseinandersetzung unter den sich gegenüberstehenden europäischen Mächtegruppen daraus entstehen werde. In dieser Lage faßte die deutsche Politik einen Entschluß; offen und unzweideutig und zu jeder Folge bereit stellte sie sich auf Österreichs Seite. In demselben Augenblick waren die Pläne des Dreiverbandes zuschanden geworden, das Netz der Einkreisung zerrissen: sowie England, Frankreich und vor allem Rußland das Deutsche Reich an der Seite der Donau-Monarchie erblickten und an den Ernst der deutschen Politik glaubten, schwenkten sie ein und veranlaßten Serbien zur Nachgiebigkeit.

Ohne Zweifel, die deutsche Politik hatte einen großen Erfolg errungen; unsere Gegner kannten die Macht des Reiches und waren sich

klar, daß ihre eigenen Rüstungen zu sicherer Niederkämpfung der beiden Mittelmächte noch nicht ausreichten; sie wichen daher jetzt dem Kriege aus. Mit einem Schlage war das deutsche Ansehen wieder hergestellt, und Fürst Bülow genoß den Ruhm, den europäischen Frieden erhalten zu haben. Es sei hier ausgesprochen, daß diese Politik durchaus gebilligt wird — nicht minder aber, daß eine andere bei der damaligen Lage des Reiches einfach unmöglich war.

* * *

Die deutsche Kolonialpolitik nach Bismarcks Entlassung begann damit, daß Caprivi das deutsche Schutzgebiet Witu und die deutschen Ansprüche auf Uganda und Sansibar gegen die kleine Insel Helgoland an England abtrat.

In den Kolonien bildete sich ein unerquickliches „Assessoren-Regiment" aus, das schlimme sittliche Schäden aufwies. Die Eingeborenen wurden falsch behandelt; es kam wiederholt zu schweren Aufständen, die teures Blut und unendliches Geld kosteten. Dies war besonders in der langwierigen Eingeborenenerhebung in Deutsch-Südwestafrika der Fall (1904—1906). Gerade diese wertvolle Kolonie wurde nicht zur rechten Zeit militärisch und wirtschaftlich erschlossen, weil man aus Scheu vor der ablehnenden Haltung des Reichstags am falschen Orte sparte — die Folge waren unverhältnismäßig große Opfer für die Niederwerfung des Aufstandes.

War es gelungen, tüchtige Männer draußen als Statthalter zu haben, so wurden sie nicht lange ertragen und mußten weichen, ehe sie Dauerndes leisten konnten. Eine Wendung zum Bessern trat erst ein, als Ende 1906 die Ablehnung einer kolonialen Forderung zur Auflösung des Reichstags führte; in dem nun folgenden Wahlkampfe stand die Kolonialpolitik im Vordergrunde, und das Volk wurde endlich in umfassender Weise über die Bedeutung und den Wert unseres überseeischen Besitzes aufgeklärt. Seitdem war die koloniale Verwaltung nicht mehr das Stiefkind des Reiches; dies kam auch darin zum Ausdruck, daß ein Reichskolonialamt geschaffen wurde.

Der deutsche Kolonialbesitz wurde durch den Erwerb der Marianen, Karolinen und Palau-Inseln in der Südsee vermehrt, die das Reich von Spanien nach dessen unglücklichem Kriege mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1899 um den Preis von 15 Millionen Mark kaufte, und durch die Pachtung des Gebietes von Kiautschau, das China im Jahre 1897 nach seiner gegen Japan erlittenen Niederlage abtrat. Beide Erwerbungen hatten das Glück, sofort in gute Verwaltung zu kommen; besonders Kiautschau entwickelte sich in der Hand des Reichsmarineamts, dem das Pachtgebiet wegen seiner Bedeutung als Flottenstützpunkt unterstellt wurde, zu einer wahren Musterkolonie und gelangte rasch zu ungeahnter Blüte; hier hat die deutsche Verwaltung Außerordentliches geleistet.

An dieser Stelle muß auch der Feldzug in China Erwähnung finden, der durch die Ermordung des deutschen Gesandten von Ketteler (1900) verursacht war; er kostete uns schwere Opfer, brachte aber keinen dauernden Gewinn; dagegen bot er dem Heere und der Flotte Gelegenheit, sich zu bewähren.

* * *

Die innere Politik des neuen Kurses unterlag denselben Schwankungen, wie die äußere; auch sie entbehrte der Stetigkeit und des zielbewußten Willens und führte schließlich zu einer Minderung des Ansehens der Reichsgewalt.

Die Polenfrage wurde im schroffsten Gegensatze zu Bismarcks Auffassung durch Entgegenkommen zu lösen versucht, und ein polnischer Unversöhnlicher gelangte in der Person Stablewskis auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen-Gnesen; polnische Adelige fanden vertrauten Zutritt zum Kaiser. Und das Ergebnis: eine Steigerung der polnischen Anmaßungen, eine Neubelebung ihrer Hoffnungen, eine Verschärfung der Gegensätze zum Deutschtum. Dazu kam, daß die polnische Bewegung nach Oberschlesien übergriff und die dortigen Polen zur Auflehnung gegen den Staat brachte. Die Führer des auffässigen preußischen Polentums trieben ihre Politik im steten Einverständnis mit denen Galiziens und Russisch-Polens. Wenn der preußische Staat sich nicht aufgeben wollte, durfte er dem unbedacht geweckten Treiben nicht weiter die Zügel schießen lassen; es mußten strenge Maßregeln zur Eindämmung der polnischen Bestrebungen getroffen werden, die wiederum im schärfsten Gegensatze zu der kaiserlichen Politik der Versöhnung standen.

Kein Wunder, daß die polnische Feindschaft gegen den preußischen Staat und das Deutschtum dadurch nur vertieft wurde.

Als man Gegenmaßregeln ergriff, geschah es nur mit mangelnder Entschlossenheit, und nur auf wirtschaftlichem Gebiete; erst die unaufhaltsamen Fortschritte der polnischen Bewegung, besonders das fortgesetzte Anwachsen des polnischen Grundbesitzes, zwangen die preußische Regierung unter dem Drucke einer von völkischen Vereinen beeinflußten öffentlichen Meinung anfangs 1908 dazu, durch Beschränkungen im Erwerb von Grund und Boden einen wichtigen Schritt in der Abwehr zu tun. Das so geschaffene Enteignungsgesetz blieb aber ganz wirkungslos, da man sich nicht entschloß, es den Polen gegenüber ernsthaft anzuwenden. Deshalb ist der polnische Anteil am Grundbesitze stetig gewachsen.

* * *

Versöhnung war auch das Schlagwort, das den Dänen in Nordschleswig zugerufen wurde; mit demselben Erfolg wie bei den Polen. Und als die Lage unhaltbar geworden war, mußte der Oberpräsident

von Köller mit doppelter Strenge Ordnung stiften; kaum war die Ruhe hergestellt, so wurde wieder Milde gezeigt, und man ließ das unversöhnliche Dänentum dem Staate Preußen und den Deutschen seine offene Feindschaft zeigen.

In Elsaß-Lothringen vermieden die Nachfolger des Feldmarschalls Manteuffel, die Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst und Hermann von Hohenlohe-Langenburg als Statthalter zwar die Fehler ihres Vorgängers, aber es gelang ihnen doch nicht, die deutsche Sache recht vorwärts zu bringen. Kein Zweifel, die Bevölkerung wandte sich langsam, aber je länger je mehr, innerlich von Frankreich ab, wozu die günstige wirtschaftliche Lage des Landes, der mächtige Aufschwung und die Fortschritte auf den mannigfaltigsten Gebieten, die der Anschluß ans Reich gebracht hatte, das ihre beitrugen. Aber die Abkehr von den Franzosen bedeutete nicht das Aufgehen im Deutschtum; es entstand vielmehr unter dem Schlagwort „Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern" eine Bewegung, die sich hochmütig ablehnend zeigte gegen die Altdeutschen, die sich besser dünkte als sie und den unhaltbaren Begriff eines besonderen elsaß-lothringischen Volkstums aufstellte. Es hätte die Regierung bedenklich machen müssen, daß trotz der Abkehr von Frankreich die Zahl der französisch Redenden zugenommen hatte — ein Beweis dafür, daß die Sprache als Mittel der äußeren Scheidung dem Reichs-Deutschtum gegenüber bewußt verwandt wurde. Aber die Regierung stützte sich trotz der schlimmen Erfahrungen des Feldmarschalls von Manteuffel weiterhin auf die sog. „Notabeln", die kleine Oberschicht des Bürgertums, die durch Besitz und Stellung Einfluß hatte, die aber nach Erziehung und Gesinnung französisch, jedenfalls nicht deutschfreundlich war. Sie erwies diesen mindestens unzuverlässigen Leuten ihre Gunst und behandelte sie mit unverständlicher Nachsicht; dadurch stärkte sie deren Einfluß nach unten und verhalf einem an sich gefährlichen Gegner zu weiterer Macht.

Diese Verhältnisse beweisen, daß eine wirkliche Annäherung ans Reich sich nicht vollzogen hat, und es bleibt besonders bedauerlich, daß ein Mann, wie Matthias von Köller, der in Nordschleswig den dänischen Übermut zu bändigen verstand, im Reichslande als Staatssekretär völlig versagte: er ließ den Ansprüchen der Notabeln und der katholischen Geistlichkeit freien Spielraum.

Erfreulich war, daß sich aus dem alt-elsässischen Deutschtum selbst Widerstand gegen die Französelei und die Sonderbestrebungen erhob; tüchtige Männer aus diesen Kreisen haben den Kampf gegen die Verwelschung ihrer Heimat aufgenommen. Die Regierung zeigte aber kein Verständnis für die Lage — es wäre längst ihre Aufgabe gewesen, die Fühlung mit den sich ehrlich und offen zum Deutschtum bekennenden Kreisen der eingesessenen Bevölkerung zu suchen und in Zusammenarbeit

mit ihnen die politische Form zu schaffen, in der das Land dem deutschen Volke innerlich wiedergewonnen und wirklich deutsch verwaltet werden konnte. Dies Notwendige und sehr wohl Mögliche geschah auch dann nicht, als diese reichsländischen Deutschbewußten von sich aus den Widerstand gegen die welschgesinnte Oberschicht aufnahmen — die nächste Entwicklung führte vielmehr zu einer weiteren Stärkung der verschiedenen im Reichslande vorhandenen reichs- und deutschfeindlichen Strömungen.

* * *

Die Absicht zu versöhnen, leitete auch die Politik in der Welfenfrage. Caprivi gab bald nach seinem Amtsantritte den „Welfenfonds" frei; es ist gewiß, daß sich bei der Verwendung der Einkünfte dieses Vermögens manche Unzuträglichkeit gezeigt hat — aber trotzdem darf man die Frage aufwerfen, ob die bedingungslose Auslieferung dieses großen Gutes an das Welfenhaus im Vorteile des Reiches und Preußens lag.

Jedenfalls hat dieses Entgegenkommen die Haltung weder der Welfen, noch ihrer Anhänger irgendwie geändert; die welfische Partei, die den Erwerb Hannovers durch die Hohenzollern und die Zugehörigkeit des Landes zu Preußen nicht anerkannte, blieb bestehen und mit ihr die den Landesverrat predigende welfische Presse.

In Braunschweig erhielten die welfischen Bestrebungen durch den im Jahre 1906 erfolgten Tod des Verwesers Prinzen Albrecht neue Nahrung; wieder entstand die Frage, ob eine endgültige oder vorläufige Regelung durchgeführt werden solle — und wieder entschied sich der Landtag für letztere. Zum Regenten wurde ein Verwandter der Welfen Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg gewählt, dessen Tätigkeit von dem Bestreben geleitet war, einen Ausgleich zwischen den Hohenzollern und den Welfen herbeizuführen und dem welfischen Hause das Herzogtum Braunschweig zu sichern.

* * *

Die staatsmännische Tätigkeit des vierten Reichskanzlers ist, wie sich aus ihrer Schilderung ergibt, alles andere als ersprießlich gewesen; sie wurde geradezu reichsschädlich, als Fürst Bülow seinen kaiserlichen Herrn im Stiche ließ, da dieser in den schwersten Zwiespalt mit seinem Volke geriet, den seine Regierung aufzuweisen hat.

Ende Oktober des Jahres 1908 veröffentlichte eine englische Zeitung eine vom Kaiser genehmigte Darlegung, die seine persönlichen Beziehungen zu England und sein Verhalten den Buren gegenüber schilderte; dabei war auch die England ungünstige Haltung der öffentlichen Meinung im Deutschen Reiche während des Burenkriegs erörtert und von dem Kaiser ungerecht und sachlich unrichtig beurteilt worden. Diese Veröffentlichung

erregte in der ganzen Welt ein ungeheures Aufsehen, im Deutschen Reiche aber brach ein Sturm des Unwillens los, der sich in der Presse und im deutschen Reichstage in schärfsten Ausdrücken entlud. Ein Doppeltes sprang in die Augen: wie unzulänglich die Kräfte des Auswärtigen Amtes sein mußten, dessen unerhörte Nachlässigkeit die Veröffentlichung der kaiserlichen Äußerung möglich gemacht hatte — dann aber das Schlimmere: wie weit der Kaiser sich von seinem Volke entfernt hatte, wie unklar sein Urteil über die Vorgänge in seinem Volke war, und wie gefährlich sein persönliches Eingreifen in die Politik werden konnte. Was seit Bismarcks Entlassung die treuesten Anhänger des Kaisertums erkannt, wovor sie ungehört lange Jahre hindurch gewarnt hatten, daß das persönliche Hervortreten des Herrschers auf allen Gebieten der Reichspolitik für die sachliche Führung der Geschäfte schädlich sei und das Ansehen der Krone untergrabe — dies wurde auf einen Schlag von der Volksgesamtheit anerkannt, und der allgemeine Unwille wandte sich gegen den Kaiser, gegen ihn allein, indem man die Pflichtwidrigkeit des Auswärtigen Amtes bald vergaß. Dies war ungerecht und unedel. Gewiß hatte der Kaiser einen schweren Fehler begangen — aber hatte er nicht vorher schon Vieles getan, was schädlich gewesen und trotzdem von der öffentlichen Meinung ohne nachhaltigen Widerstand hingenommen worden war? Jetzt vergaßen die Volksvertreter und die Wortführer der öffentlichen Meinung in der Presse ganz, daß der Reichstag durch sein Verhalten während zweier Jahrzehnte, daß der Großteil der Presse durch die unwürdige Verherrlichung der kaiserlichen Person den Zustand mitverschuldet hatten, und daß diese Entwicklung unmöglich gewesen wäre, wenn der Reichskanzler und die andern Berater der Krone ihre Pflicht getan hätten. Einer aber vergaß dies am meisten, der es am wenigsten vergessen durfte: Fürst Bülow. Er hatte über ein Jahrzehnt alle Fehler der Regierungsweise Kaiser Wilhelms II. miterlebt und war im Amte geblieben; er hatte es verstanden, sie abzuleugnen oder ins Harmlose umzudeuten — jedenfalls hatte er es nicht vermocht, die Art der Regierung zu ändern. Nun, als eine in diesem Maße und in dieser Zuspitzung auf die Person des Herrschers ungerechte Bewegung ausgebrochen war und den Thron umtobte, ließ er seinen Herrn im Stich. Statt ihn zu decken, wie es nach den Vorgängen seiner eigenen Kanzlerschaft seine Pflicht gewesen wäre, gab er den Kaiser dem Urteile des Reichstags preis und gefiel sich, indem er eine Mitteilung über seine Besprechung mit dem Herrscher vom 17. November 1908 veröffentlichte, in der Rolle eines Schützers der Verfassung gegenüber den Übergriffen der Krone. Dies war bequem und trug dem Fürsten Bülow den Beifall der Massen ein — aber es war ein schlimmer Bruch mit den besten Überlieferungen des hohen deutschen Beamtentums und eine Versündigung gegen die Person des Kaisers, wie gegen das Ansehen der Krone.

Der Kanzler blieb im Amte; das Vertrauen und die ihm vorher oft und unverdient bewiesene Zuneigung seines Herrn hatte er eingebüßt.

* * *

Im Dezember 1906 war es im Reichstag zu einem harten Zusammenstoß zwischen dem Leiter der Kolonialverwaltung, dem späteren Staatssekretär Dernburg, und dem Zentrum gekommen; in unsachlicher Verstimmung hierüber hatte das Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie eine Regierungsforderung abgelehnt, worauf der Reichstag aufgelöst wurde. Bei den im Januar 1907 vorgenommenen Wahlen hatten die Sozialdemokraten schwere Verluste, das Zentrum aber kehrte, wie es nicht anders zu erwarten war, ungeschwächt zurück. Gleichwohl beschloß der Reichskanzler, jede Zusammenarbeit mit dieser Partei, die bis dahin seine treueste und festeste Stütze gewesen war, und mit der er unbedenklich zusammengegangen war, zu vermeiden; da er eine Mehrheit brauchte, schuf er den Block, eine Parteizusammenstellung, in der die Gruppen der Rechten mit den Nationalliberalen und der bürgerlichen Demokratie zu einer künstlichen, man muß sagen, unnatürlichen Mehrheit vereinigt wurden. Dies Gebilde, das oft gefährdet war, ließ sich mit Mühe und Not an zwei Jahre aufrecht erhalten, zerbrach aber, als Abhilfe gegen die Geldnot des Reiches geschaffen werden mußte.

Die Reichsschuld war infolge der wachsenden Bedürfnisse des Reiches gegen Ende des Jahres 1907 auf über vier Milliarden Mark gestiegen; eine weitere Zunahme der Ausgaben stand bestimmt zu erwarten, kleinere Versuche, die Geldwirtschaft des Reiches zu ordnen, waren ohne merkbaren Erfolg gewesen. Es blieb nichts anderes übrig, als neue Geldquellen zu erschließen, und um das zuwege zu bringen und die Wirtschaft des Reiches zu ordnen, wurde im November 1908 die sog. „Reichsfinanz-Reform" eingeleitet. Der Kanzler wollte sie mit dem „Block" machen, stieß aber dabei auf große Schwierigkeiten, da die Anschauungen der verschiedenen im Block vereinigten Parteien über die in Frage kommenden neuen Steuern sich schroff gegenüber standen und schließlich als unvereinbar herausstellten. Fürst Bülow hätte eine Mehrheit haben können, wenn er sich entschlossen hätte, die von der Rechten und dem Zentrum angebotenen Steuern anzunehmen. Entsprechend der Haltung, die er seit der Reichstagsauflösung Ende 1906 dem Zentrum gegenüber eingenommen hatte, erklärte er sich außerstande, mit einer Mehrheit, bei der es mitwirkte, zusammenzuarbeiten. Bis Mitte 1909 zogen sich die höchst unerquicklichen Kämpfe im Reichstag hin; es kann auf die Einzelheiten hier nicht eingegangen werden und genügt die Feststellung, daß die Parteien der Rechten und des Zentrums in der „Finanzreform" die Führung übernahmen. Fürst Bülow reichte am 26. Juni seine Entlassung ein; sie wurde nicht genehmigt, doch be-

teiligte er sich nicht mehr an den weiteren Verhandlungen. Am 10. Juli erfolgte die endgültige Annahme der Finanzreform; vierhundert Millionen Mark aus neuen Steuern stellte sie der Reichsverwaltung zur Verfügung, die damit in die Lage versetzt wurde, die Reichs-Geldwirtschaft zu ordnen. Vier Tage später schied der Kanzler aus seinen Ämtern, er sorgte für einen guten Abgang, indem er sich als ein Opfer des Zentrums und seiner eigenen Überzeugungstreue im Kampfe gegen diese Partei hinstellte; wie im Jahre vorher, im November 1908, gelang es ihm, den größten Teil der öffentlichen Meinung auf seine Seite zu bringen. Da das Frühjahr 1909 ihm den schon erwähnten Erfolg gebracht hatte, daß im serbisch-österreichischen Streite Russen, Franzosen und Engländer angesichts der entschlossenen Haltung des Deutschen Reiches einschwenkten und Serbien zum Nachgeben veranlaßten, war sein Ansehen auf dem Gebiete der äußeren Politik, das doch sehr Not gelitten hatte, wieder etwas gehoben; so wurde ihm das unverdiente Glück zuteil, mit dem Abglanze dieses letzten außerpolitischen Erfolges und mit der Dornenkrone des innerpolitischen Märtyrers von der politischen Bühne abtreten zu können.

Der fünfte Reichskanzler.

Zum Nachfolger des Fürsten Bülow wurde der bisherige Staatssekretär des Innern Theobald von Bethmann Hollweg ernannt, ein Mann, der sich in seiner bisherigen amtlichen Tätigkeit bewährt hatte und dem deshalb in seinem neuen Amte Vertrauen entgegengebracht wurde. Seinem Wesen nach von dem Vorgänger ganz verschieden, war der fünfte Reichskanzler eine Persönlichkeit von ausgebildetem Pflichtgefühl, von stetem Fleiße, umfassend gebildet, ernst in der Lebensauffassung. Alles Eigenschaften, die einen wertvollen Menschen machen können, die aber zum leitenden Staatsmanne nicht ausreichen; der muß die besondere politische Begabung besitzen, Menschen und Dinge, Bedürfnisse und Strömungen richtig einzuschätzen, Wesentliches vom Unwesentlichen, Echtes vom Gemachten, Augenblickliches vom Dauernden — alles politisch verstanden — zu unterscheiden; er muß mit dem eigenen Volke ganz eins sein, fremde Völker in ihren bestimmenden Anlagen kennen, die Unwägbarkeiten im Leben des eigenen Volkes und im Zusammenleben mit andern fühlen und ahnen; er muß die Kraft des Entschlusses besitzen und hart sein können — ein Mensch des Willens und der Tat. Diese besondern Eigenschaften, die zur staatsmännischen Arbeit im wahren Sinne, im Sinne einer leitenden Tätigkeit notwendig sind, fehlen dem fünften Kanzler — es fehlt ihm jeder politische Instinkt. Diese Mängel, die ihn für jede leitende Stelle unfähig machen, wurden gesteigert durch unerträgliche Überhebung, Rechthaberei und Unnahbarkeit für seine politischen Gegner. So kam es, daß der fünfte Kanzler an jeder Aufgabe scheiterte, die er angriff, daß er, der

um jeden Preis den Frieden wahren wollte, sein Vaterland in den Krieg hineintrieb, daß er — auch in der inneren Politik vollkommen fehlgreifend, — den Zusammenbruch des Reiches und den Sturz des Kaisertums vorbereitet hat.

Nun liegt ein seltsamer Widerspruch darin: seit Bismarcks Entlassung ist Bethmann Hollweg der erste Kanzler, der die sachliche, nicht die bloß förmliche Verantwortung für seine Politik zu tragen hat. Unter dem Eindrucke der Vorgänge im November 1908 hat Kaiser Wilhelm sich eine bis dahin nicht geübte Zurückhaltung auferlegt; wenn er sie in einzelnen Fällen durchbrochen hat, änderte dies nichts daran, daß seitdem die Reichspolitik in der Hauptsache vom Reichskanzler gemacht wurde. Dieser war also sehr wohl in der Lage, wenn er seiner Aufgabe gewachsen gewesen wäre, unter Zustimmung der Krone selbständige völkische Staatskunst zu treiben, und ihn trifft die Verantwortung dafür, wenn er es nicht tat; daß er es seiner Veranlagung nach nicht tun konnte, entlastet ihn politisch nicht.

Kein Zweifel, daß Bethmann Hollweg von seinem Vorgänger eine sehr schlimme Erbschaft sowohl in der inneren, wie in der äußeren Politik übernommen hatte; darüber konnte auch die Tatsache, daß Fürst Bülow es verstanden hatte, sich einen guten Abgang zu sichern, nicht hinwegtäuschen. Man darf den fünften Kanzler also nur für diejenigen politischen Maßnahmen voll verantwortlich machen, die außerhalb der übernommenen politischen Erbschaft liegen; es kommen also nur solche politische Vorgänge in Betracht, die Bethmann Hollweg von sich aus veranlaßt hat.

Dies war zunächst der Fall bei der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage. Noch im Jahre seiner Ernennung, am 13. Dezember 1909 hatte der Kanzler Gelegenheit, sich im Reichstag über die Bestrebungen, dem Reichslande eine selbständigere Stellung zu geben, auszusprechen, und er forderte als Grundlage hierfür „Garantien, die in erster Linie die Elsaß-Lothringer selbst gewähren müssen". Diese „Garantien" sah er damals nicht als vorhanden an. Trotzdem kündigte er zur allgemeinen Überraschung bereits drei Monate später einen Gesetzentwurf an, durch den das Reichsland eine bundesstaatsähnliche Verfassung erhalten sollte; die Vorlage wurde im Dezember 1910 wirklich eingebracht, im kommenden Frühjahr im Reichstage beraten und nach mannigfaltigen Schicksalen und durchgreifenden Änderungen am 23. Mai 1911 angenommen. Dieses alles geschah, obwohl das Gegenteil der vom Reichskanzler für nötig erklärten „Garantien" vorlag, obwohl zahllose Vorfälle bewiesen, daß die französisch Gesinnten, die sog. „Nationalisten" ihre verhetzende Tätigkeit mit Erfolg betrieben — es geschah, trotzdem alle Kenner der Zustände im Reichslande, obwohl insbesondere zuverlässige deutschgesinnte Altelsässer die Vorlage für gefährlich erklärten. Es geschah des weiteren, obwohl die Nationalisten, Klerikalen, Demokraten und Sozialisten im

Reichsland den Entwurf mit Spott und Hohn als des elsaß-lothringischen Volkes unwürdig ablehnten, und obwohl andrerseits die Kenner darauf hinwiesen, daß das Land durch die Verfassung mit zwingender Notwendigkeit einer überwältigenden klerikal-nationalistisch-sozialistischen Mehrheit ausgeliefert würde, der gegenüber die deutsch und staatstreu Gesinnten einfach mundtot gemacht würden. Dazu kam endlich, daß mit der Verleihung der Verfassung grundsätzlich die gesamte Landesverwaltung einschließlich der Gerichte und Schulen in absehbarer Zeit der altansässigen Bevölkerung überlassen werden mußte — bei der teils unzuverlässigen, teils offen reichs- und deutschfeindlichen Gesinnung der Schicht, aus der die Anwärter für jene Stellen hauptsächlich hervorgehen würden, eine Aussicht geradezu staatsgefährlicher Art. Endlich aber mußte, um eine solche Verfassung durchzubringen, Preußen das unerhörte Zugeständnis machen, daß die drei Stimmen der elsaß-lothringischen Vertreter beim Bundesrate nicht gezählt werden, wenn sie *mit* Preußen gehen, wohl aber wenn sie *gegen* Preußen stimmen.

Die Vorlage war an sich eine politische Unmöglichkeit; die Art, wie sie vertreten wurde, brachte eine Minderung des Ansehens der Regierung; aber der Reichskanzler hing an diesem Vorhaben, das er als sein „Lebenswerk" bezeichnete, und setzte die Verfassung durch. Das Reichsland bekam einen Landtag mit zwei Kammern und ein verantwortliches Ministerium mit einem Staatssekretär an der Spitze; die zweite Kammer ging aus Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts hervor.

Was alle Einsichtigen vorhergesehen, was die Landeskenner bis ins einzelne vorhergesagt hatten, was aber der Reichskanzler nicht hören wollte und für nichts achtete, trat sofort ein: die erste Landtagswahl ergab eine überwältigende reichs- und deutschfeindliche Mehrheit, mit der die Regierung auskommen mußte. Die reichs- und deutschfeindlichen Bestrebungen konnten ungestört wirken, begünstigt durch die Einführung des allgemeinen Reichs-Vereins- und Preßrechtes. Eine Fülle von Vorkommnissen ernster Art, die zum Teil an offenen Aufruhr grenzten, tat dar, daß Bethmann Hollweg die Westmark des Reiches innerpolitisch an die Feinde unseres Volkes, unseres Vaterlandes, ausgeliefert hatte; auf dem Gebiete der äußeren Politik hatte dies die bedenkliche Folge, daß in Frankreich die Rachelust, die Begierde, die „geraubten Provinzen wieder zu befreien", neu belebt worden ist. Es ist kein Zweifel, daß das Reichsland dem Reiche und dem deutschen Volke niemals fremder und ablehnender gegenüber gestanden hat als seit der Verleihung der Verfassung; die letzten Wochen des Jahres 1913 und viele Vorkommnisse während des Krieges haben vollgültige Beweise dafür erbracht.

In den traurigen Ruhm, mit dem Reichskanzler dies „Lebenswerk"

zustande gebracht zu haben, teilen sich der Staatssekretär im Reichsamte des Innern Staatsminister Delbrück, der Statthalter Graf Wedel und der Staatssekretär des Reichslandes Freiherr Zorn von Bulach.

* * *

Auch in der Ostmark ließ es der Reichskanzler, der zugleich preußischer Ministerpräsident war, an der notwendigen Tatkraft und Entschlossenheit fehlen. Das Enteignungs-Gesetz, von Fürst Bülow im preußischen Landtage nach schweren Kämpfen im Frühjahr 1908 durchgesetzt, wurde in den fünfviertel Jahren, in denen er noch im Amte war, nicht angewendet. Auch Bethmann Hollweg hat überhaupt nur in zwei ganz bedeutungslosen Fällen davon Gebrauch gemacht, obwohl das Gesetz als dringend und zur Verteidigung der deutschen Stellung unbedingt notwendig eingebracht worden war, und obwohl die Polen im Erwerb von Grund und Boden stetige Fortschritte machten. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission mußte eingeschränkt werden, und ein von der preußischen Staatsregierung gleichfalls als unumgänglich nötig erklärtes Parzellierungs-Gesetz, durch das die weitere Bildung eines polnischen Bauernstandes verhindert werden soll, harrte Jahre lang der Vorlegung. Was wunder, wenn die Polen nicht mehr an den Ernst der preußischen Regierung glaubten und in ihrer deutsch- und staatsfeindlichen Haltung bestärkt worden sind, und wenn die Deutschen in den polnischen Landesteilen das Vertrauen zur Regierung verloren.

Auch in Nordschleswig zeigte sich der gleiche Mangel an Festigkeit den dänischen Machenschaften gegenüber, so daß bei den Wahlen 1912 ein in diesem Umfang unerwartetes Anwachsen der dänischen Stimmen erfolgt ist; auch dort sahen die auf dem Boden des Staates und des Volksbewußtseins stehenden Deutschen sich von der Regierung im Stiche gelassen, so daß zur selben Zeit die deutsche Stellung in den drei Grenzmarken erschüttert worden ist.

* * *

Dem Gebiete der innerpolitischen Fehlgriffe des fünften Reichskanzlers gehört auch die sog. Lösung der Welfenfrage an, die er im Laufe des Jahres 1913 herbeigeführt hat. Prinzessin Viktoria Luise, die einzige Tochter des Kaisers, hatte sich Anfangs 1913 mit dem Prinzen Ernst August von Braunschweig-Lüneburg, dem einzigen Sohne des Herzogs von Cumberland verlobt; der junge Fürst trat als Offizier in das preußische Heer ein, und die Hochzeit erfolgte im Juni. Damit war der alte Zwiespalt zwischen den Häusern Hohenzollern und Welf beendigt — politisch bedeutsam wurde diese Aussöhnung dadurch, daß dem Prinzen das Herzogtum Braunschweig zugesagt wurde.

Weil sie in dieser Art politisch wurde, hätten auch die mit dem welfischen Widerspruch gegen die Folgen des Jahres 1866 zusammenhängenden politischen Fragen endgültig erledigt werden müssen. Zunächst glaubte die völkische öffentliche Meinung annehmen zu dürfen, daß dies vor der Verlobung geschehen sei; als sich das Gegenteil herausstellte, wurde verlangt, daß jedenfalls vor der Thronbesteigung in Braunschweig alle beteiligten Personen des Welfenhauses ausdrücklich auf alle Ansprüche auf Hannover für sich und ihre Erben verzichten müßten, und daß der Herzog von Cumberland, wie sein Sohn die Auflösung der Welfenpartei herbeizuführen hätten.

Weder das eine, noch das andere geschah; der Reichskanzler begnügte sich mit einer schriftlichen Erklärung des Prinzen, daß er nichts tun oder unterstützen werde, was den derzeitigen Besitzstand Preußens verändern werde. Gleichwohl sah sich der Bundesrat veranlaßt, dem preußischen Antrage zuzustimmen, der eine Behinderung des Prinzen als nicht mehr vorliegend ansah, und der junge Fürst trat im November 1913 die Herrschaft des Herzogtums an.

Kein Zweifel, daß diese Erklärung dem Reichskanzler gegenüber ernst gemeint war und ehrlich gehalten werden sollte. Aber genügte sie angesichts der Tatsache, daß die Welfenpartei in Hannover seit der Verlobung mit erhöhtem Eifer verlangte, daß die Einverleibung des Landes rückgängig gemacht und wiederum ein selbständiges Königreich Hannover geschaffen werde? Genügte sie im Hinblick auf die mannigfachen Möglichkeiten der Zukunft, da die Erben des neuen Herzogs von Braunschweig staatsrechtlich an dessen formlose Erklärung nicht gebunden sind?

Auch wer geneigt war, im Vertrauen auf die fürstliche Gesinnung des Herzogs und seiner Erben die ganze Angelegenheit als einen Streitfall minderer Bedeutung aufzufassen, wird zugeben, daß die unpolitische Behandlung dieser Familienverbindung, die nun einmal ihre politischen Seiten hat, kennzeichnend für die Regierungsweise Bethmann Hollwegs ist. Es bleibt festzustellen, daß Monate lang unerfreulichste öffentliche Erörterungen sich an die an sich sehr erfreuliche Beilegung des hohenzollerisch-welfischen Zwistes knüpften, und daß die Welfenpartei Hannovers in Wort und Schrift anmaßender und kecker als je auftrat. Die Partei dachte nicht daran, sich aufzulösen und hielt alle Ansprüche auf die Wiedererrichtung des Königreichs Hannover aufrecht, indem sie darauf hinwies, daß dem welfischen Hause mit dem Herzogtum Braunschweig erst ein Teil seines Rechtes eingeräumt worden sei — auch der andere Teil, die Krone Hannovers, müsse ihm wieder werden!

So sieht die Lösung der Welfenfrage aus, die der fünfte Reichskanzler herbeigeführt hat. Bezeichnend ist, daß der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen gegen diese Lösung Verwahrung eingelegt hat.

Die ganze Entwicklung der braunschweigischen Thronfolgefrage drängte die Erkenntnis auf, daß es geboten war, alle Fragen der Erbfolge auf den Thron eines deutschen Bundesstaates im Falle des Aussterbens der regierenden Familie dem Privatfürstenrecht zu entziehen und sie reichsgesetzlich zu regeln; die Rechtssätze des unter ganz anderen Verhältnissen entstandenen Privatfürstenrechtes durften nicht mehr darüber entscheiden, in welcher Weise ein erledigter Thron zu besetzen ist. Die inzwischen erfolgte Beseitigung aller deutschen Fürstenhäuser hat das Bedürfnis nach einer solchen Regelung überholt; für den Fall der Wiederherstellung der Monarchie auf deutschem Boden darf sie nicht vergessen werden.

* * *

Der äußeren Politik stand Bethmann Hollweg nach seiner ganzen dienstlichen Vergangenheit fern, und er war in den ersten Jahren seiner leitenden Tätigkeit auf seine Mitarbeiter im Auswärtigen Amte angewiesen; nach und nach übernahm er die selbständige Führung, leider nicht mit Glück und Erfolg. Durch ihr entschlossenes Verhalten im serbisch-österreichischen Streitfall hatte die auswärtige Politik gegen Schluß der Amtszeit des Fürsten Bülow mit einem Schlage ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung wieder hergestellt — so sehr wirkt Festigkeit und Mut auf ein Volk, daß alle Mißgriffe und Fehlschläge vergessen wurden. Als sich aber herausstellte, daß das Deutsche Reich hinter das zurückging, was in der Algeciras-Akte festgelegt war, und die für unantastbar erklärte Selbstherrlichkeit des Scherifen von Marokko preisgab, geriet das neu erworbene Vertrauen ins Wanken, und es ging ganz verloren, als das Auswärtige Amt — nun unter Bethmann Hollwegs Verantwortlichkeit — die Unternehmungen der Gebrüder Mannesmann in Marokko, obwohl ihre Ansprüche gut begründet waren, nicht nur nicht förderte, sondern ihnen offensichtlich entgegenarbeitete.

Ein bald darauf eingetretener Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes erweckte wiederum gewisse Hoffnungen, da man wußte, daß der neue Staatssekretär von Kiderlen-Wächter der Urheber jener allgemein anerkannten Politik während des bosnischen Streites gewesen war, als er die Geschäfte des Amtes vertretungsweise geführt hatte. Einige seiner ersten Maßnahmen als Staatssekretär waren geeignet, diese Hoffnungen zu erhöhen, andrerseits geschah aber doch nichts Ernstliches gegen das weitere Vordringen Frankreichs in Marokko, das die Algeciras-Akte einfach mißachtete. Da erschien Ende April 1911 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" eine Warnung an Frankreich wegen seines gegen die Algeciras-Akte verstoßenden Verhaltens, und es wurde bekannt, daß fortgesetzte Verhandlungen zwischen Kiderlen-Wächter und dem französi-

schen Botschafter in Berlin stattfänden. Drei Wochen später rückten die Franzosen in der marokkanischen Hauptstadt Fez ein; damit war der Schritt geschehen, durch den nach Erklärungen des Staatssekretärs die deutsche Politik in Marokko wieder freie Hand erhielt. Ganz offenbar war der Reichskanzler entschlossen, die neue Lage zugunsten des Deutschen Reiches auszunutzen, und gespannt wartete die Öffentlichkeit auf die Maßnahmen der Regierung.

Da wurde die Welt am ersten Juli 1911 durch die Nachricht überrascht, daß das deutsche Kanonenboot „Panther" vor Agadir, dem Hafen des südwest-marokkanischen Gebietes von Sus, erschienen sei und daß ihm noch zwei andere Kriegsschiffe folgen würden. Ein Sturm der Zustimmung ging durch das deutsche Volk, obwohl man sich der möglichen Folgen jenes Schrittes bewußt war; man dachte nicht anders, als daß das Deutsche Reich, nachdem durch französische Schuld die Algeciras-Akte zerrissen war, seinen Anteil bei der Auseinandersetzung über Marokko fordern und sichern wolle, und daß der Erwerb eines Gebietsteiles am Atlantischen Ozean beabsichtigt werde. In England und Frankreich wurde das Erscheinen des „Panther" ebenso aufgefaßt, und in beiden Ländern erregte sich, nachdem das erste Erstaunen vorüber war, die öffentliche Meinung bis zur offenen Feindseligkeit gegen das Deutsche Reich. Der englische Minister-Präsident und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes stellten sich in denkbar schroffen Erklärungen auf Frankreichs Seite, und es fiel das Wort, daß „England das Deutsche Reich nicht an der Westküste Marokkos dulden könne". Damit war die Drohung ausgesprochen, daß es zum Kriege kommen werde, falls das Reich auf Gebietserwerb in Marokko bestehe — aber es war ein anderes, ob diese Drohung wahr gemacht worden wäre. Jedenfalls ließ die amtlich beeinflußte deutsche Presse nun erkennen, daß man nicht daran denke, ein Stück von Marokko zu erwerben; der „Panther" sei nur nach Agadir gegangen, um Frankreich „vertragsbereit" zu machen, wobei man Entschädigungen außerhalb Marokkos, an anderer Stelle Afrikas erstrebe und erlangen werde. Dieses Verhalten der Reichsregierung wurde innerhalb und außerhalb unseres Vaterlandes als ein Zurückweichen vor Englands Drohungen aufgefaßt; der Reichskanzler und der Staatssekretär ließen durch die ihnen zu Gebote stehenden Zeitungen erklären, daß ein Landerwerb in Marokko niemals beabsichtigt gewesen sei, und sie haben dies später vor dem Reichstag wiederholt und betont, daß sie immer nur an eine andere Entschädigung gedacht hätten.

Es sprechen nun sehr gewichtige Tatsachen und Gründe gegen diese Behauptung. Aber es ist, wenn man den Maßstab des schließlich Erreichten anlegt, eigentlich gleichgültig, welches die ursprünglichen Absichten der Regierung gewesen sind. Denn das Erreichte war so wenig und

so minderwertig, daß die endgültige politische Preisgabe Marokkos an Frankreich dadurch niemals gerechtfertigt werden konnte.

Die öffentliche Meinung hatte erkannt, daß ein Volk von dem raschen Wachstum des deutschen siedlungsfähiges Neuland gebrauche, in das unser Bevölkerungsüberschuß dereinst abgeführt werden könne, wenn die Heimat zu eng würde, ohne aber dem Heimatvolke, dem Heimatstaate verloren zu gehen. Man erkannte weiter, daß unsere Industrie sich für ihren Erzbedarf und für Baumwolle und andere wichtige Roherzeugnisse eigne Bezugsquellen sichern müsse, wo sie unabhängig sein werde von dem größeren oder geringeren guten Willen fremder Staaten, die in der Lage sind, solche für uns unentbehrlichen Waren abzugeben. Endlich aber sah man voraus, daß dereinst die ausländischen Märkte unserer Industrie verschlossen sein werden, daß jedenfalls der Absatz deutscher Erzeugnisse erschwert sein würde, und man wollte sich eine deutsche Kolonie begründen, die, wenn sie einmal entwickelt wäre, ein sicherer, von fremdem Willen unabhängiger Markt für die Erzeugnisse der Heimat sein werde.

Allen diesen Erfordernissen würde Westmarokko nach der Meinung der besten Landeskenner genügt haben, und ernste Leute in England und Frankreich erkannten selbst an, daß das deutsche Volk berechtigten Anspruch auf den Erwerb besiedelungsfähigen Neulandes habe.

Trotzdem gaben der Reichskanzler und der Staatssekretär das Land, auf das alles uns hinwies, der französischen Machtgier preis und begnügten sich mit einer Entschädigung am französischen Kongo, im tropischen Teile Afrikas, der für Besiedelung nicht in Betracht kommt — alles dies, obwohl in der nahen Vergangenheit Frankreich zweimal bereit gewesen war, sich mit uns gütlich wegen der Aufteilung Marokkos zu verständigen.

Innerhalb des Reiches gab sich die öffentliche Meinung, soweit sie die Bedeutung der Angelegenheit erkannte und die englisch-französische Anmaßung als einen Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auffaßte, mit den Absichten der Regierung nicht zufrieden; eine tiefe Bewegung ging durch die völkischen Kreise, und man wollte nicht von der Hoffnung lassen, daß Frankreichs Übermut eine Lage schaffe, die es der deutschen Regierung unmöglich mache, weiter nachzugeben; auf den eigenen Willen und Entschluß der verantwortlichen Männer zu vertrauen, hatte man schnell verlernen müssen.

Um nicht ins Unrecht gesetzt zu werden, ließ das Auswärtige Amt seine Presse einen gehässigen Kampf gegen alle führen, die verlangten, daß das Deutsche Reich den gebührenden Anteil an Marokko heimbringe — es waren trübe Monate, die dem seelischen Aufschwung von Agadir folgten.

Derweil führte Kiderlen-Wächter die Verhandlungen mit dem fran-

zösischen Botschafter, die von unerquicklichen Kundgebungen der englischen und französischen Presse begleitet waren; man ließ uns merken, daß wir den Rückzug angetreten hatten. Ein widerwärtiges Feilschen zwischen beiden Nachbarländern, die wegen solchen Anlasses wieder einmal vor dem Kriege standen, ermüdete und ekelte die öffentliche Meinung an — kurz, man hatte es gründlich fertig gebracht, sowohl dem eignen Volke wie Frankreich gegenüber das Gegenteil dessen zu erreichen, was man angestrebt hatte. Schließlich setzten wir die Abtretung eines Teiles des französischen Kongo durch, der viel bescheidener war, als man angekündigt hatte; aber auch dies nur gegen Abtretung des im Nordosten unserer Kolonie Kamerun gelegenen „fruchtbaren, von einem besonders tüchtigen, volkreichen und wohlhabenden Stamme bewohnten sog. Zwischenstromlandes". Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. von Lindequist, dessen Urteil über das von uns abgetretene Land so lautete, konnte diesen Tausch nicht verantworten und nahm seinen Abschied — der erste Mann in wichtiger Stellung, der sich aus eignem Entschlusse vom neuen Kurse schied und der dafür die verdiente Anerkennung fand. Wir gewannen an 270000 Quadratkilometer französischen Besitzes südlich und östlich von Kamerun — ein nach dem Urteil der Kenner höchst ungesundes, von der Schlafkrankheit verseuchtes, wirtschaftlich entwertetes Gebiet, in dem wir zudem den Franzosen gewisse militärische Zugeständnisse machen mußten.

Von diesem Ausgang war niemand befriedigt, konnte niemand befriedigt sein; dies kam im November 1911 in den Verhandlungen des Reichstags zum Ausdruck.

Das Ergebnis der ersten größeren Unternehmung Bethmann Hollwegs war ein vollkommener Mißerfolg; nach außen war die Gegnerschaft Frankreichs und Englands verschärft und die Unzulänglichkeit unserer Staatsleitung offenbar geworden — nach innen waren gerade die Kreise des Volkes, auf die jede deutsche Regierung schließlich angewiesen ist, aufs schwerste enttäuscht und verbittert.

So endete die an Fehlern und versäumten Gelegenheiten überreiche deutsche Marokko-Politik, die nur deshalb eingehender geschildert wurde, als es sonst dem Plane dieses Buches entspricht, weil sie für die Staatskunst des neuen Kurses besonders kennzeichnend ist und weil sie die Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich verhängnisvoll beeinflußt hat.

* * *

Der deutsch-englische Gegensatz hatte während dieses Marokko-Sommers seinen Höhepunkt erreicht; England stand hinter Frankreich, und es war klar, daß es uns keinen irgendwie brauchbaren Gebietszuwachs

gönnen wollte. Daraus hätte die Reichspolitik ihre Folgerungen ziehen müssen, um so mehr, als die weltpolitische Stellung Englands damals ungesicherter war als je, und die deutsche Flotte eine Stärke erreicht hatte, die sie für England zu einem gefürchteten Gegner machte.

Nach Abschluß der Marokko-Verhandlungen lenkte England ein und machte wiederholt Vorschläge wegen einer Beschränkung der Flottenbauten, die so sehr einseitig zu seinem Vorteil waren, daß sie gar nicht erörterbar schienen; gleichwohl ließ sich der Kanzler durch sie zu einer Herabminderung der in Vorbereitung befindlichen Flottenvorlage bestimmen. Dann regte England eine Verständigung über die kolonialen Bestrebungen und Anwartschaften in Afrika und Asien an; die Verhandlungen hierüber waren noch im Gange, als der Weltkrieg ausbrach.

* * *

Soweit die Regierungstätigkeit des fünften Reichskanzlers bis zum Kriege zu überblicken ist, muß ausgesprochen werden, daß es ihm nicht gelang, wieder gut zu machen, was von Bismarcks drei ersten Nachfolgern verfehlt und versäumt worden war; im Gegenteil, die alten Fehler sind fortgesetzt worden, und das Reich hat unter Bethmann Hollweg schwersten Schaden genommen.

Vergißt man über den besonderen Mißerfolgen seiner inneren und äußeren Politik nicht, daß auch im allgemeinen das Ansehen der Regierung, die auf jede Führung des Volkes verzichtete und die Zügel am Boden schleifen ließ, gemindert wurde und daß die Staatsgewalt untergraben erschien, so konnte der Vaterlandsfreund nur mit tiefer Sorge fragen, wie lange solch unselige Unpolitik noch dauern sollte. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß die Reichstagswahlen im Januar 1912 rund vier Millionen Stimmen für die Sozialdemokraten ergeben haben, denen, mit den Nachwahlen, hundertzehn Sitze im Reichstag zufielen.

In solcher Lage trat das Reich in den Kampf um Sein oder Nichtsein — unter solcher Führung.

Bundesstaaten und Volksvertretung unter Wilhelm II.

Im Reiche blieben die Beziehungen der Bundesstaaten zu Preußen nicht unberührt von der Regierungsweise des neuen Kurses; manche unerfreulichen Vorkommnisse hatten Verstimmungen der bundesstaatlichen Fürsten und Regierungen im Gefolge, die dem Reiche nicht zuträglich waren. Das Wort von der „Reichsverdrossenheit" kam auf — ein Beweis dafür, daß gegenüber der Zeit Kaiser Wilhelms des Ersten und Bismarcks Veränderungen im Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche eingetreten waren. Trotzdem aber ist kein Zweifel, daß das Zusammenleben im Reiche das Schwergewicht gemeinsamer Bedürfnisse und Einrichtungen, das er-

wachte Gefühl der Unzertrennlichkeit, den Reichsgedanken nicht nur unangetastet gelassen, sondern auch vertieft hat.

Von Bedeutung hierfür war, daß Kaiser Wilhelm II. durch seine Reisen mit allen deutschen Stämmen in Berührung kam und ihnen in glänzender Zurichtung die Verkörperung der Einheit — sich, den deutschen Kaiser — nahe brachte.

Von Bedeutung war weiter das Ausgreifen der Gesetzgebung des Reiches auf den mannigfaltigsten Gebieten, das für Süd und Nord, für Ost und West gleiches Recht schuf; ihre Krönung erfuhr diese Tätigkeit mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs des Deutschen Reiches, das am 1. Januar 1900 in Kraft trat und zum ersten Male alle in den Reichsgrenzen Wohnenden denselben, sämtliche Beziehungen des bürgerlichen Lebens umfassenden Rechtssätzen unterstellte.

Bei allen politischen Mängeln, die sich seit dem neuen Kurse im Reiche gezeigt haben, war es ein Trost zu sehen, wie die Bundesstaaten sich im Reichsverbande so geborgen und gesichert fühlten, daß der Gedanke an ein Leben außerhalb des Reiches nur in ganz wenigen verschrobenen Köpfen aufkommen konnte. Das Reich war ein festgefügter Bau, der schon manche Belastungsprobe überstehen konnte.

* * *

Im Innern des Reiches war der Gang der Reichsgeschäfte durch das Fortbestehen einer starken Zentrumspartei und durch das Anwachsen der Sozialdemokratie beeinflußt.

Wilhelm II. hatte geglaubt, mit der Sozialdemokratie allein fertig werden zu können, und hatte i. J. 1890 auf die Erneuerung des Sozialistengesetzes verzichtet. Die Folge davon war, daß die Bewegung, aller Hemmungen ledig, sich ungehindert ausbreiten konnte; die Zeitungen schossen aus der Erde, Vereine wurden in den kleinsten Orten gegründet; ein Heer von bezahlten Parteibeamten und Rednern wurde aufgestellt — und das Ergebnis war ein wüster Kampf gegen die bestehende Ordnung, gegen Staat und Gesellschaft, eine Untergrabung des Gefühls der Zusammengehörigkeit und der in jedem Gemeinwesen nötigen Unterordnung, eine Verrohung und Verwilderung des politischen Lebens.

Der Staat sah diesem Treiben ruhig zu, er ließ die Partei sich geradezu eine Gewaltherrschaft über die Arbeiter anmaßen, und er durfte sich nicht wundern, daß diese Partei der Reichsfeinde es bei den Wahlen 1912 auf vier Millionen Stimmen brachte.

Vier Millionen Volksgenossen, die ihr Volk verleugneten, die im Reiche ihren Feind sahen, die alle Wohltaten der sozialen Gesetzgebung ohne Dank hinnahmen — eine furchtbare Tatsache, beschämend für den Staat und die Gesellschaft, die solches nicht zu verhindern gewußt. Und

gering war die Hoffnung, daß es besser werde: denn der minder umstürzlerische Flügel der Partei, die sog. „Revisionisten" wurden mundtot gemacht und fanden in den Massen keinen Anhang. So war nicht abzusehen, wie diese verhetzten und verführten Volksglieder wieder für den Staat gewonnen werden könnten.

Das Zentrum hatte sich rasch in die durch Bismarcks Beseitigung geschaffene Lage gefunden und sie mit Geschick ausgenützt. Es hatte einer Regierung etwas zu bieten mit seinen etwa hundert Abgeordneten — und einer vor Kämpfen zurückscheuenden Regierung mußte es bequem sein, eine solche geschlossen auftretende Partei auf ihrer Seite zu haben.

So geschah es wirklich, daß diese Partei bald in die Stellung einer Regierungspartei einrückte und sich bis Ende 1906 darin behauptete; in den zweieinhalb Jahren des „Bülow-Blockes" waren die Beziehungen zwischen der Regierung und der Partei ganz unterbrochen; seit Bülows Sturz war das Zentrum wieder in seine alte Stellung eingerückt.

Gewiß machte die Partei eine Wandlung durch und wurde staatsfreundlicher — aber die Politik, die sie trieb, war keine rein-sachliche: wenn sie die Notwendigkeiten des Reiches in Heeres- und Flottenfragen, im Zolltarif und in den Handelsverträgen bewilligte, so wußte sie stets Sondervorteile auf dem Gebiete ihrer besonderen Bestrebungen zu erzwingen. Das Zentrum fand immer neue Beschwerden über harte oder ungleiche Behandlung seiner Glaubensgenossen: so wußte es zu gleicher Zeit seine Anhänger bei der Fahne zu erhalten und die Regierungen zu neuen Zugeständnissen zu veranlassen. In allen Fällen aber, wo es zu wählen hatte zwischen Volk und Glaubensbetätigung, zwischen Reich und Kirche, verleugnete es seinen Ursprung nicht und bewies, daß es, obwohl durch die Teilnahme an der Regierung mitverantwortlich, doch weit entfernt war, rein-nationale Politik zu treiben und zu verstehen. Die Nachgiebigkeit der Regierung hatte vor dem Bruche im Dezember 1906 keine Grenzen mehr gehabt. Das Zentrum gab den Ausschlag, seine Führer waren die Vertrauten des Kanzlers und der Staatssekretäre; sie machten hinter den Kulissen ihre politischen Tauschgeschäfte.

Der Kaiser bekundete seine Verehrung vor den Kirchenfürsten; diese schmeichelten ihm und erzeigten ihm ihre Bewunderung. Der Reichstag hatte jahrelang einen Vorsitzenden aus den Reihen des Zentrums: es hieß „katholisch ist Trumpf", sollte aber heißen „Zentrum ist Trumpf". Es soll nicht verkannt werden, daß die Erhaltung einer solchen Partei, der neben dem konservativen Adel die demokratischen Elemente aus dem geistlichen, dem Bürger- und Bauernstande angehörten, eine bedeutende politische Leistung ist — schade nur, daß sie erreicht wurde durch den Mißbrauch religiöser Gefühle unter der Vorspiegelung, daß Kirche und Glauben in Gefahr seien.

Das Zusammengehen von Regierung und Zentrum lag wie ein Alp auf dem politischen Leben — jahrelang mußte er getragen werden, weil die Regierung nicht daran dachte, den Bann zu brechen.

Bezeichnend ist, daß der Bruch erfolgte, weil das Zentrum den Bogen überspannte — bezeichnend, daß dies geschah in Fragen der Kolonialpolitik, wo es die Anliegen der gegen koloniale Beamte hetzenden und wühlenden Missionare geradezu schamlos vertrat: auf diesem Gebiete war die Zentrumsherrschaft bis zur Tyrannei gediehen, denn wer den Missionen nicht zu willen war oder ihnen mißfiel, wurde verdächtigt und verleumdet; mancher tüchtige Beamte fiel solchem Treiben zum Opfer, da die Kolonialverwaltung gegen die vom Zentrum beschützten Missionen nicht vorzugehen wagte.

Einige besonders häßliche Fälle veranlaßten im Herbste 1906 den neuen Leiter der Kolonialverwaltung Dernburg pflichtmäßig zum Widerstande gegen die Missionen — das Zentrum nahm sich ihrer an: es entstand heftigste Fehde zwischen Dernburg und den Zentrumsführern, die zur unsachlichen Ablehnung sachlich begründeter Forderungen führte. Wegen dieses Streitfalls war die Auflösung des Reichstags erfolgt; seinetwegen hatte Bülow während der letzten Jahre seiner Amtszeit jedes Zusammengehen mit dem Zentrum abgelehnt, auch wo es sachlich geboten war. Bei der Reichsfinanzreform und bei der großen Heeresvorlage des Sommers 1913 hat die Partei hervorragend mitgewirkt. Sie hatte es offenbar gelernt, daß sie trotz ihrer Stärke ihren Machtgelüsten Schranken ziehen mußte, und sie hatte innerhalb der eigenen Reihen mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen, die sie auch zu einer gewissen Bescheidung nach außen veranlaßten.

Die Reste der Fortschrittspartei hatten sich in zwei Gruppen geteilt: die „freisinnige Vereinigung" zeigte sich bereit, die Notwendigkeiten des Staates anzuerkennen, und bewilligte besonders die zum Ausbau der Wehrmacht zu Land und zur See nötigen Mittel: dagegen verharrte die „freisinnige Volkspartei" in ihrer unfruchtbaren Politik der Verneinung und trug dazu bei, daß das Zentrum ausschlaggebende Bedeutung gewann. Nach dem Tode ihres Führers Eugen Richter trat auch hier eine Wendung zum Besseren ein, und in den Fragen der Wehrkraft versagte die Partei nicht.

Eine ähnliche Schwenkung hat die demokratische süddeutsche Volkspartei vollzogen — in den Fragen der Wirtschaftspolitik sind aber diese drei linksliberalen Gruppen auf dem verneinenden Standpunkte des Freihandels verblieben, wie sie auch alle aus dem Verhältnis des Einzelnen zum Staate sich ergebenden Fragen nach der durch die Entwicklung widerlegten „liberalen Doktrin" behandelten.

Seit März 1910 hatten die drei Gruppen sich zu einer Partei, der

fortschrittlichen Volkspartei zusammengeschlossen, die ihr „doktrinäres" Wesen bewahrte und vor allem auf eine Erweiterung der Volksrechte hinarbeitete, während sie in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie versagte.

Die Nationalliberalen und die Konservativen ließen in der Hauptsache seit Bismarcks Entlassung Haltung und Selbständigkeit vermissen: es war, als sei ihnen das Rückgrat gebrochen. Sie mußten die Politik des neuen Kurses innerlich verurteilen, wie sie die Behandlung Bismarcks verurteilen mußten — aber sie schwiegen und ließen den Dingen ihren Lauf; ein leiser Tadel hie und da, halbe Worte — sonst aber aus „taktischen Gründen" ein Überdecken der Fehler, ein sich Blind- und Taubstellen gegen die Folgen der kaiserlichen Politik auf allen Gebieten.

Seit Ende 1908 war hierin ein Wandel eingetreten, und wiederholt haben beide Parteien gegen Mißgriffe der Regierung entschieden Stellung genommen. Der Streit um die Reichsfinanz-Reform hatte zu einer Entfremdung zwischen beiden geführt, aber auch innerhalb dieser Parteien selbst weitgehende Meinungsverschiedenheiten veranlaßt. Weder diese innern Schwierigkeiten, noch das unfreundliche Verhältnis zwischen beiden war bei Kriegsausbruch beseitigt; die Leitung der nationalliberalen Partei legte größeres Gewicht auf den „Anschluß nach links", als einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Rechten förderlich war.

Die Konservativen hatten offenbar die tiefsten Schäden unseres staatlichen Lebens: die Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche der Massen und die dadurch verursachte Minderung des Ansehens der Krone und der Staatsgewalt im vollen Umfange erkannt; ein Gleiches kann von dem sog. rechten Flügel der Nationalliberalen gesagt werden. Es war die Frage, ob diese Gruppen für sich und miteinander den Entschluß fanden, den Kampf um die Wiederherstellung des monarchischen und staatlichen Ansehens mit der von der Not der Zeit gebotenen Entschlossenheit aufzunehmen und gegen jeden Gegner, der sich dieser Arbeit in den Weg stellte, rücksichtslos durchzuführen.

* * *

Als der Krieg ausbrach, war als Ergebnis der bis dahin 26jährigen Regierung Wilhelms II. die Tatsache festzustellen, daß das Ansehen des Reiches trotz seiner in Heer und Flotte vorhandenen Machtmittel nach außen geschmälert, und daß nach innen die unschätzbaren Errungenschaften aus Wilhelms I. und Bismarcks Zeit gemindert waren: die durch die Liebe des Volkes begründete Machtstellung der Monarchie und die Achtung vor der Staatsgewalt.

Das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen.

Österreich-Ungarn bis zum Ausgleich.

Bis zur kriegerischen Auseinandersetzung des Jahres 1866 lebten Preußen und Österreich nebeneinander im Reiche und dann im Bunde, beide waren Glieder der großen deutschen Volksgesamtheit, und die Geschichte Österreichs war wie diejenige Preußens ein Stück der gesamten deutschen Staaten-Geschichte.

Nun änderte sich dies: denn das Habsburgerreich wurde durch den Prager Frieden von den anderen deutschen Staaten getrennt — es mußte als Staat seinen eignen Weg gehen, und dieses Ergebnis wurde durch die Gründung des neuen deutschen Reiches, als die süddeutschen Mittelstaaten sich mit den Staaten des norddeutschen Bundes zur Einheit zusammenschlossen, noch schärfer zum Ausdruck gebracht.

Damit ist auch für die geschichtliche Betrachtung ein trennender Strich gegeben; das Reich hat seine eigene politische Geschichte und die österreichisch-ungarische Monarchie die ihre.

Aber wir befassen uns nicht mit der Staatengeschichte, uns beschäftigt die Geschichte des deutschen Volkes. Deshalb dürfen wir die Entwicklung im Habsburgerreiche nicht außer acht lassen — aber sie geht uns nur insoweit an, als sie das deutsche Volk dort, seine Schicksale, seine Leiden, seine Aussichten betrifft.

* * *

Mochte auch Bismarcks weitschauende Politik den unterlegenen Gegner im Prager Frieden fast übermäßig schonend behandelt haben, so ist doch kein Zweifel, daß das Haus Habsburg von dem Ausgang des Krieges schwer getroffen war, und daß sein Staat, das zentralistische Österreich, in allen Fugen krachte.

Aus Deutschland verdrängt, Venetien verloren, das Heer zerrüttet, das staatliche Geldwesen in Nöten, Madjaren und Slawen in ihren Ansprüchen immer anmaßender und deutschfeindlich, die gebildeten und be-

sitzenden Kreise des deutschen Volkes dem Staate durch langjährige Polizeiherrschaft entfremdet — so war das Donaureich in traurigstem Zustande und sein Kaiser sah sich vor die Aufgabe gestellt, nicht nur, wie er die nächsten Folgen des Krieges: die Mängel des Heeres und der staatlichen Geldwirtschaft beseitigen wolle, sondern auch, wie das Verhältnis der Völker zum Gesamtstaate und zueinander neu geordnet werden könne.

Seit Anfang der sechziger Jahre schon waren Versuche gemacht worden, die Madjaren zu befriedigen, die, obwohl sie bei Licht betrachtet, nichts anderes waren als niedergeworfene Empörer, doch unerschütterlich die Herstellung der Verfassung vor 1849 verlangten; daneben wurde ein Ausgleich zwischen Deutschen und Slawen in den Kronländern diesseits der Leitha erstrebt, der aber daran scheiterte, daß weder der Kaiser noch die Ministerien den angreifenden, rücksichtslos vorgehenden Tschechen und sonstigen Slawen festen Willen zeigten.

Auf die Dauer ließ das „zentralistische System" Bachs sich ebensowenig halten, wie es möglich war, nach Schwarzenbergs Absicht ohne Volksvertretungen zu regieren; dazu kam die entsetzliche Geldnot, die dringend neue Einnahmequellen für den Staat erforderte.

Nach mehrfachen mißglückten Anläufen hatte Kaiser Franz Josef Ende 1860 Anton von Schmerling zur Lösung dieser ungeheuren Schwierigkeiten berufen; es gelang dem tüchtigen Mann zur selben Zeit, wo in Preußen der Verfassungskampf zwischen Regierung und Landtag im Gange war, in Österreich wieder verfassungsmäßige Zustände herzustellen, indem er neben den Landtagen eine aus ihnen gewählte Reichs-Volksvertretung schuf.

Als Schmerling 1865 abging, ernannte der Kaiser den Grafen Belcredi, einen Bürokraten ohne eigene Anschauungen und fremden Anregungen zugänglich, zum Staatsminister.

Die Zeit zwischen 1861 und 1865 war ausgefüllt gewesen mit Kämpfen gegen die Anmaßungen der katholischen Kirche, mit Versuchen, die Geldnot zu heilen, den Frieden mit Ungarn herzustellen und eine Lösung der sog. „Nationalitätenfrage" in den Kronländern diesseits der Leitha, also im eigentlichen Österreich, zu finden.

Es ist hier nötig, die Nationalitätenfrage darzulegen, da sie für die Gestaltung der Dinge in dem habsburgischen Reiche von ausschlaggebender, schicksalschwerer Bedeutung geworden ist. Die habsburgischen Lande wurden, wie uns bekannt ist, nicht von Deutschen allein bewohnt, sondern neben und mit ihnen lebten fremde, undeutsche Völker. Außer den rein deutschen Kronländern Ober- und Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg waren alle andern gemischt besiedelt: in Mähren und Böhmen wohnen Deutsche neben Tschechen; in Galizien Polen, Ruthenen und Deutsche; im südlichen Tirol Italiener und Ladiner neben Deutschen,

während der Norden rein-deutsch ist; in Südsteiermark Slowenen neben Deutschen (auch hier ist der Norden rein-deutsch); in Krain und Kärnten Deutsche und Slowenen; in den Küstenländern Deutsche, Italiener und Slawen verschiedener Stämme; in Ungarn endlich neben den Madjaren: Deutsche, Rumänen, Slowaken, Kroaten, Serben. Der Bevölkerungsanteil der Deutschen war und ist in den verschiedenen Ländern verschieden; überall aber waren sie zweifellos die Bringer der Kultur, die Träger des Fortschritts, die Förderer des Staates, die Stützen der Monarchie und endlich die Hauptträger der staatlichen Lasten.

Mit deutschem Blute hatten die Habsburger ihren mannigfaltigen Staat zusammengekittet, deutsches Blut hatte Ungarn von den Türken befreit; deutscher Fleiß hatte aus Wildnissen und Einöden bewohnte Gegenden geschaffen; deutsches Beispiel, deutscher Unterricht, deutsches Geld hatte die anderen Stämme der Bildung und dem Wohlstande zugeführt. Soweit es sich nicht um uralte germanische Siedelungen handelte, waren die Deutschen gerufen ins Land gekommen, wie wir dies von Ungarn, Böhmen, Schlesien und Mähren wissen.

So ist es geschichtlich erklärlich, daß der Habsburger Staat trotz der Vielheit der Völker doch deutsches Gepräge zeigte: deutsch war die Sprache der Gerichte, der Verwaltung und des Heeres.

Die fremden Völker dachten nicht daran, das Vorrecht und Übergewicht der Deutschen anzutasten; selbst in Ungarn lebte der herrschende Adel in erträglichem Verhältnis zu den Deutschen.

Dieser Zustand entsprach der Tatsache, daß die Deutschen in allen Kronländern zu finden waren, und daß sie ein zusammenhaltendes Band um die ganze Monarchie legten; er dauerte an bis etwa in die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Von da an regten sich die Nationalitäten; durch deutsche Hilfe zu gewisser Wohlhabenheit und Bildung gelangt, begannen sie die angebliche deutsche Vormundschaft als lästig zu empfinden und lehnten sich gegen den deutschen Wohltäter auf. Unter Metternich geschah nichts, dieser Bewegung entgegenzutreten; langsam nahm die Entwicklung ihren Gang und wurde dadurch gefördert, daß tschechische Gelehrte die tschechische Sprache wissenschaftlich bearbeiteten und es verstanden, eine glorreiche Geschichte des tschechischen Volkes — nicht ohne zu Erdichtungen, ja zu Fälschungen zu greifen — zusammenzustellen, daß sie das sog. tschechische Staatsrecht forderten und die Deutschen als Eindringlinge hinstellten.

Das Jahr 1848 brachte die entscheidende Wendung: der Slawenkongreß zu Prag warf sich zum politischen und wissenschaftlichen Vorkämpfer der slawischen Völker Österreichs auf; seine Verhandlungen belebten die Bewegung all dieser Stämme, und man verlangte nicht mehr

und nicht weniger als die Anerkennung des Vorrechts der Slawen über die Deutschen in Böhmen und Mähren.

Weder die Krone, noch die sich mehr oder weniger schnell ablösenden Regierungen gewannen die Kraft eines festen Entschlusses gegen solche den Staat in den Grundfesten erschütternde Bestrebungen; ihre schwankende Haltung ermutigte und steigerte die slawischen Ansprüche, und seit dem Jahre 1848 befand sich der Kampf der „Nationalitäten" in den Ländern diesseits der Leitha im Zustande wachsender Heftigkeit.

Anders war die Entwicklung jenseits der Leitha, in Ungarn: dort suchten die Madjaren unter der Leitung ihres Adels mit allen Mitteln die Vorherrschaft über die anderen in Ungarn wohnenden Völker zu erlangen, obwohl sie nicht einmal die Hälfte der Gesamtbewohner ausmachten und obwohl die Kronländer Kroatien und Slawonien, wie auch Siebenbürgen alte, verbriefte Rechte auf Selbständigkeit besaßen; war dieses madjarische Streben durch die Ereignisse des Jahres 1849 zurückgedämmt worden — jetzt, wo das „zentralistische Regiment" seinem Ende zuging, erwachte es von neuem mit seinen Ansprüchen, die von der Geschichte nicht gerechtfertigte Anmaßungen waren.

Also eine durchaus gegenteilige Entwicklung: diesseits der Leitha (in Österreich) suchten die „Nationalitäten" die Deutschen aus ihrer alten Stellung herauszudrängen; jenseits (in Ungarn) suchten die Madjaren unter Vernichtung der alten Rechte der „Nationalitäten" ihre Vormacht aufzurichten.

Entscheidend für die Zukunft war ein doppeltes: die Haltung der Krone und des Adels. Die Krone tat in Österreich nichts, um die Deutschen zu schützen und ließ in Ungarn den Madjaren bald freie Hand; der Adel warf sich in Ungarn zum Vorkämpfer der madjarischen Ansprüche auf, während er in den umstrittenen Gebieten Österreichs zum großen Teile ohne Scham und Treue zu den Slawen überging und sich in den andern um sein Volkstum überwiegend gar nicht kümmerte; wenige adlige Geschlechter folgten dem Beispiele des edlen deutschbewußten Hauses Auersperg, während der Verrat des alten fränkischen Geschlechtes Schwarzenberg nur zu viele Nachahmer fand.

Das Ergebnis jener Entwicklung, die noch heute nicht zum Stillstande gekommen ist, war diesseits und jenseits der Leitha eine Schwächung des Deutschtums und in naturnotwendiger Verbindung damit eine fortschreitende Zerrüttung des Staates, dessen Verwaltung zeitweilig völlig zum Stillstand gebracht wurde.

Nach dem Prager Frieden im Jahre 1866 mußte die Krone in diesen Fragen, wie in den andern, oben berührten, Stellung nehmen; bezeichnend ist, daß sie in Ungarn dem zielbewußten Drängen der Madjaren unter der Führung ihres Adels nachgab und ihnen Ungarn auslieferte, während

in Österreich die Entscheidung weder zugunsten der Deutschen, noch zugunsten der Slawen endgültig fiel; der Kaiser schwankte, neigte sich heute mehr nach der deutschen, morgen mehr nach der slawischen Seite und hielt am letzten Ende dadurch nur den Kampf lebendig.

Zuzugeben ist, daß die Krone, aus Deutschland verdrängt, sich mit ihren Slawen abfinden mußte; ungerechtfertigt ist aber die oft gehörte Behauptung, sie hätte fürchten müssen, daß die Deutschen Österreichs den Anschluß an das siegreiche Preußen geheim oder offen anstrebten, und daß das Haus Habsburg sich um deswillen bei den Slawen durch Begünstigung ihrer Bestrebungen eine Stütze hätte schaffen müssen.

Zur Lösung der unendlich schwierigen und vielseitigen Aufgaben, die dem Staate nach der Herstellung des Friedens mit Preußen und Italien gestellt waren, hatte Kaiser Franz Josef den bisherigen sächsischen Staatsminister Freiherrn von Beust berufen und zunächst zum Minister des Auswärtigen und dann nach dem Fall Belcredis zum Ministerpräsidenten ernannt. Er traf damit, wie so oft in seiner langen Herrscherzeit, eine unglückliche Wahl: denn nicht nur war Beust den verwickelten Verhältnissen des Habsburger Reichs, vor allem der „Nationalitätenfrage", ganz fremd, er hatte sich auch in Sachsen und in der Frage der notwendigen Umbildung des deutschen Bundes mehr geschäftig, als fähig erwiesen.

Graf Belcredi hatte die Schlichtung des Nationalitätenkampfes in der Weise ins Auge gefaßt, daß er die österreichische Hälfte des Gesamtreiches in mehrere selbständige Staatswesen auflösen wollte, die durch verfassungsmäßig festgelegte Bindung nach außen zu einer Einheit zusammengefaßt werden sollten („Föderalismus"). Er beabsichtigte also im Kaiserstaate Österreich, der außer den alten habsburgischen Erblanden Galizien, die Bukowina, Dalmatien und Triest umfaßte, ein ähnliches Verhältnis der kleinen zu schaffenden Teilstaaten einzuführen, wie es zur gleichen Zeit für den Ausgleich mit Ungarn geplant war, der ja auch 1867 wirklich zustande kam. Schon hatte er den Kaiser für dieses aberwitzige Vorhaben gewonnen, als Beust in seiner Eigenschaft als Minister des Auswärtigen den Herrscher auf die notwendigen Folgen einer solchen Politik hinwies. Belcredi fiel (Anfang 1867), aber seine Pläne tauchten später in veränderter Gestalt wieder auf.

Die Beziehungen zu Ungarn wurden nun im Jahre 1867 durch den sog. Ausgleich geordnet, den Beust in Zusammenarbeit mit dem madjarischen Führer Franz Deák, einem bedeutenden Staatsmanne, herbeiführte. Das Ergebnis war die Auflösung der von Bach geschaffenen Staatseinheit und die Wiederherstellung eines selbständigen ungarischen Staates, so daß das Gesamtreich jetzt zerfiel in das Kaiserreich Österreich und das Königreich Ungarn, die zu einer Einheit durch die Person des

Herrschers verbunden waren. Es ist für die Unklarheit der Verhältnisse im Habsburger Reiche bezeichnend, daß die soeben der Kürze halber gebrauchte Bezeichnung „Kaiserreich Österreich" staatsrechtlich unrichtig ist, da die Verfassung nur „die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder" kannte — aber wir dürfen sie im Bewußtsein ihrer Ungenauigkeit weiter anwenden, wissend, daß dies Staatengebilde und Völkergemisch diesseits der Leitha nicht einmal einen Namen hatte. Der Kaiser von Österreich war gleichzeitig König von Ungarn. Jedes der beiden Länder erhielt seinen Reichstag und völlig selbständige, getrennte Verwaltung mit getrennten Ministerien, die in den Hauptstädten Wien und Ofen-Pest ihren Sitz hatten.

Nur für die auswärtige Politik, den Krieg und die Reichsfinanzen wurden gemeinschaftliche Ministerien mit dem Sitze in Wien geschaffen; daneben blieb die Staatsbank gemeinschaftlich. Eine Art gemeinschaftlicher Volksvertretung für diese Verwaltungszweige des Gesamtreiches wurde in den sog. „Delegationen" geschaffen, die aus Abgeordneten der beiden Häuser des österreichischen, wie des ungarischen Parlaments bestanden, die wiederum aus der Mitte ihrer Häuser dazu gewählt wurden; sie traten abwechselnd in Wien und Ofen-Pest zusammen.

Gewiß war ein Friedensschluß zwischen der Krone und den Madjaren nötig — gewiß verfuhr Deák bei den Verhandlungen maßvoll und war aufrichtig deutschfreundlich: aber dieser Ausgleich wurde als vorläufig bezeichnet und barg die Gefahr in sich, daß die Madjaren, erst einmal zur Herrschaft gelangt und im Besitze der staatlichen Machtmittel, von der Krone weitere Zugeständnisse erpressen würden; daneben war in keiner Weise dafür gesorgt, daß die Rechte der Deutschen und der anderen Nationalitäten vor Anmaßungen der Madjaren geschützt wurden, im Gegenteil, die Siebenbürger Sachsen wurden trotz ihrer Verwahrungen ebenso dem ungarischen Staate schutzlos preisgegeben, wie Kroatien-Slawonien; letzteres behielt wenigstens seinen eigenen Landtag und eigene Verwaltung.

Beust ist seiner Aufgabe viel schuldig geblieben und hat, wie die weitere Entwicklung beweist, die Rechte der Krone ebenso wenig gewahrt, wie die der Nationalitäten. Auf den maßvollen Deák folgten bald Politiker, die die Ansprüche der zu alleinigen Herren gewordenen Madjaren steigerten, bis schließlich die völlige Trennung von Österreich, die völlige Unterwerfung der Nationalitäten und die bedingungslose Demütigung des Königs das offene Ziel der maßgebenden Parteien wurde.

Wir werden später davon zu berichten haben und begnügen uns hier mit der Feststellung, daß Beusts leichtfertiger Ausgleich nicht nur den endgültigen Frieden nicht brachte, sondern eine Quelle steter neuer Kämpfe der herrschenden Madjaren mit der Krone und den Nationalitäten wurde.

Österreich nach dem Ausgleich.

Nachdem Beust infolge des Ausgleichs Reichsminister für das Auswärtige geworden war, wurde in Österreich in den letzten Tagen des Jahres 1867 unter dem Vorsitze des Fürsten Carlos Auersperg ein Ministerium gebildet, das zum größten Teil aus Bürgerlichen liberaler Gesinnung bestand (sog. Bürgerministerium); führenden Einfluß gewann der Justizminister Herbst, bisher Professor an der Prager Hochschule. Dieses Ministerium, das bald nach seiner Berufung und auch weiterhin Änderungen in der Personenzusammensetzung durchzumachen hatte, kämpfte erfolgreich gegen die unbotmäßige katholische Geistlichkeit, bemühte sich, der Geldnot zu steuern, und brachte dem Lande neben der Preßfreiheit Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Vieles Nützliche und Gute geschah — aber eines tat dies fast ganz aus Deutschen bestehende Ministerium nicht: es verstand es nicht, den geschichtlich begründeten Anspruch der Deutschen auf Sicherung ihrer Rechte auch in den Kronländern, wo sie in der Minderheit waren, durchzusetzen; ja nicht einmal die deutsche Staatssprache wurde gesetzlich festgelegt. Schon im Herbst 1868 trat Fürst Carlos Auersperg zurück; ihm folgten rasch mehrere Ministerien, deren politische Haltung von der bisher eingenommenen nicht wesentlich abwich.

Grundstürzendes sollte eingeleitet werden mit der Anfang 1871 erfolgten Ernennung des Grafen Hohenwart zum Ministerpräsidenten. Dieser verhängnisvolle Mann erwirkte nicht nur die Zusage, daß der Kaiser sich in Prag zum König von Böhmen krönen lassen wolle, wobei die besonderen Rechte des Landes in dem Krönungseide beschworen werden sollten — er legte auch dem Prager Landtage die sog. „Fundamental-Artikel" vor, die er mit den Führern der Tschechen vereinbart hatte. Sie besagten nicht mehr und nicht weniger, als daß Böhmen die gleiche Stellung innerhalb des Gesamtreichs erhalten sollte, wie sie Ungarn zugestanden war; eine Fülle verwickeltster Bestimmungen und Einrichtungen sollte die Beziehungen zu dem übrigen Österreich und zu dem Gesamtstaate regeln. Österreich wäre zerschlagen, eine wirkliche Staatsverwaltung wäre unmöglich geworden, hätten diese Vorschläge Gesetzeskraft erlangt. Als sie bekannt wurden, bäumten sich nicht nur die Deutschen, deren Unwillen Hohenwart schon vorher durch seine rückschrittliche Politik erregt hatte, in gerechter Empörung auf — auch Beust sah sich zum Einschreiten veranlaßt und reichte dem Kaiser am 13. Oktober 1871 eine Denkschrift ein, in der er wiederum vom Standpunkte der auswärtigen Politik und der Machtstellung des Reiches gegen diesen neuen Versuch, ein „föderalistisches" Österreich zu schaffen, entschieden Stellung nahm. Er stand dabei wohl

nicht nur unter dem Eindruck der deutschen Kundgebungen im ganzen Lande, sondern auch noch unter dem Einflusse der Unterredung, die er zwei Monate vorher mit Kaiser Wilhelm I. in Gastein gehabt hatte; damals hatte der Sieger von Königgrätz geäußert: Er habe Kaiser Franz Josef in Ischl die Versicherung gegeben, niemand denke daran, die österreichisch-deutschen Provinzen zu gewinnen. Freilich habe er hinzugefügt, was er auch dem Zaren Alexander gesagt habe, daß er nichts sehnlicher wünsche und wünschen müsse, „als daß die Deutschen in Rußland sowohl als in Österreich sich zufrieden fühlen und nicht in die Lage gebracht werden, die Köpfe nach uns zu wenden und uns dadurch Verlegenheit zu bereiten".

Graf Andrassy, der erste ungarische Ministerpräsident nach dem Ausgleich, vertrat — wie Beust nach anfänglichem Schwanken — dieselbe Meinung wie jener; dieser staatsmännische Kopf hatte klar erkannt, daß die madjarische Vorherrschaft in Ungarn auf die Dauer nur mit einer deutschen diesseits der Leitha möglich sei. Der Kaiser gab den Warnungen beider Gehör: Hohenwart wurde am 27. Oktober entlassen; vier Tage später erging eine neue Zuschrift des Herrschers an den böhmischen Landtag, in der die sechs Wochen vorher gemachten Zusagen mehr oder weniger verschleiert zurückgenommen wurden. Beust selbst wurde ein Opfer seines Sieges und mußte zurücktreten.

So kurz die Wirksamkeit Hohenwarts gewesen ist, sie hat die Zerrüttung Österreichs in entscheidender Weise gefördert; denn sie erschütterte nicht nur das Vertrauen der Deutschen zur Krone und zum Staate, sondern enttäuschte und verbitterte auch die Tschechen aufs tiefste, nachdem sie ihnen die Sonderstellung Böhmens als fast erreichtes, für die Zukunft also wohl erreichbares Ziel vor Augen gestellt hatte.

Nach einem kurzlebigen Übergangsministerium wurde Ende des ereignisreichen Jahres 1871 Fürst Adolf Auersperg zur Regierung berufen, der gleich seinem Bruder Carlos zuverlässig deutsch und freiheitlich gesinnt war. Er bildete das überwiegend aus Deutschen bestehende sog. „Doktoren-Ministerium", das politisch dem Bürgerministerium seines Bruders gleichartig war und auch manchen Wandel in seiner Zusammensetzung erlebte. Leider glich es jenem auch darin, daß es nicht dafür sorgte, die Stellung der Deutschen im Staate endgültig zu sichern; ebensowenig taten dies die Deutsch-Liberalen, deren anerkannter Führer Herbst wurde, nachdem er aus dem Ministerium ausgeschieden war.

Ein folgenschwerer Fehler der Liberalen war es auch, daß sie sich dem nach dem Ausgleiche erwachten Streben der Polen nach der Sonderstellung Galiziens kurzsichtig widersetzten. Sie taten dies der Großmachtstellung des Reiches wegen und erhielten dadurch dem Deutschtum diesseits der Leitha die polnischen Gegner, die zusammen mit Tschechen

und Slowenen auf diese Art eine dauernde slawische Bevölkerungsmehrheit bildeten.

So kam es, daß Polen, Tschechen, Slowenen und Italiener unter Ausnutzung der neuen Verfassungsrechte nur um so schärfer gegen das Deutschtum ankämpften und es zum Schaden der Krone und des Staates aus seiner führenden Stellung verdrängten. In Österreich war also der Gang umgekehrt wie in Ungarn: hier verloren die Deutschen ihre geschichtlich und sittlich begründete Stellung, dort wurde die Macht den Madjaren ausgeliefert, ohne daß sie begründeten Anspruch darauf erheben konnten.

Was hier in möglichster Kürze geschildert ist, sind Vorgänge von weittragender Bedeutung.

Die Liberalen der deutschen Verfassungspartei in Österreich erwiesen sich in schicksalsschwerer Zeit unfähig, die Sache ihres Volkes zu vertreten — dies bedeutete, daß sie auch dem Staate gegenüber in dem Wichtigsten versagten, da der Staat und seine Ordnung unlöslich mit dem Deutschtum verknüpft waren. Bismarck hat für sie, anspielend auf ihren Führer Herbst, das scharfe Wort von den Herbstzeitlosen geprägt, „die nie etwas zur rechten Zeit getan haben".

Bis zum Spätjahr 1878 waren die Liberalen im Besitze der politischen Führung des Staates, also volle sieben Jahre — aber obwohl die tschechischen Ansprüche damals schon für das Deutschtum bedrohlich waren, obwohl die deutschen Minister durch Belcredis Pläne und Hohenwarts Vorgehen gewarnt sein mußten, machten sie keinen ernsten Versuch, die Staatsgewalt zur Sicherung des Deutschtums auszunutzen. Eine unerquickliche Zeitspanne — aber doch nur die Einleitung zu schlimmeren Zeiten.

Schon waren die deutschen Liberalen der Krone mehrfach durch ihre kleinliche Behandlung von Heeresfragen unbequem geworden — auch hier unbelehrt durch die Ereignisse im preußischen Verfassungskampfe der Jahre 1861—1866; Kaiser Franz Josef fühlte sich dadurch verletzt, während die Slawen und Klerikalen durch ihr Entgegenkommen in diesen Fragen sein Vertrauen gewannen.

So war der Umschwung schon vorbereitet, als ein Ereignis der auswärtigen Politik die Liberalen in offenen Gegensatz zur Krone brachte.

Infolge des russisch-türkischen Krieges war die Donaumonarchie aus guten Gründen veranlaßt gewesen, die durch den Berliner Kongreß der Türkei belassenen Gebiete von Bosnien, der Herzegowina und das Sandschak von Nowibazar im Sommer 1878 zu besetzen. Graf Andrassy, seit Beusts Entlassung Reichsminister des Auswärtigen, hatte damit nicht nur etwas getan, was zur Sicherung der Grenzen nötig erschien, sondern auch die ruhmvolle Balkanpolitik Habsburgs bis zu Karl VI. wieder aufgenommen. Die Besetzung war in einem Abkommen mit der Türkei als vorläufige bezeichnet — war aber als eine dauernde gemeint und wurde

es in der Tat dadurch, daß die stets in Geldnot befindliche Türkei voraussichtlich niemals in der Lage sein würde, Österreich die Kosten der Besetzung und Beruhigung des Landes zu erstatten.

Freilich war Andrassy in einem schweren Irrtum, wenn er meinte, die Besitzergreifung werde ohne Schwierigkeit vor sich gehen; denn die Bevölkerung der Provinz erhob sich unter der Führung eines Abenteurers Hadschi Loja und bereitete den einrückenden Truppen üblen Empfang; es kam zu blutigen Kämpfen, ja zu mehreren Niederlagen der kaiserlichen Heeresteile, und es waren schließlich drei Armeekorps nötig, um den Aufstand zu unterdrücken. Durch diese Verwicklungen entstanden sehr bedeutende Kosten, die bei der schlechten Geldlage des Gesamtstaates schwer ins Gewicht fielen.

Gegen diese Politik Andrassys nun, die des Kaisers Billigung hatte, weil sie ihm nach den Landverlusten seiner Regierung einen erwünschten Zuwachs brachte, wendete sich die liberale Verfassungspartei unter der Führung Herbsts, und sie verbiß sich in einen ebenso fruchtlosen, wie törichten Widerstand, der an der vollendeten Tatsache der Besitzergreifung natürlich nichts änderte, aber den Kaiser tief verstimmte. Die Slawen und Klerikalen dagegen traten aufs wärmste für die Besetzung ein und befestigten sich im Vertrauen des Kaisers.

Die parlamentarischen Kämpfe im Wiener Reichsrate brachten das Ministerium Auersperg im Oktober 1878 zu Fall, und nach einem zehnmonatlichen Übergangszustand wurde Graf Eduard Taaffe, der Jugendgenosse und persönliche Vertrauensmann des Kaisers zum Ministerpräsidenten ernannt.

Damit hatte die Schicksalsstunde des Deutschtums geschlagen.

Taaffe nahm zwar zunächst noch einige Liberale ins Ministerium auf, bald aber machte er ihnen das weitere Verbleiben unmöglich und bekannte sich offen zu einem Bunde mit den Klerikalen und Slawen, dessen deutschfeindliche Richtung und Wirksamkeit sich aus der Bezeichnung „eiserner Ring" entnehmen läßt. — Taaffe sprach das bedeutsame Wort, daß Österreich kein deutsches, sondern ein habsburgisches Reich sei, und erklärte es für die Pflicht der Regierung, die Nationalitäten zu versöhnen.

Das tat er denn in eigenartiger Weise: er leistete den Polen, Tschechen und Slowenen in jeder Weise Vorschub und hatte die deutsche Geistlichkeit und den Feudaladel dabei zu Bundesgenossen; seine Art zu versöhnen, bestand darin, daß er auf Kosten des Deutschtums und freilich auch des Staates jenen Völkern ein Stück staatlichen Einflusses nach dem andern preisgab.

Die Verfassungspartei war über den Kämpfen um Bosnien und die Herzegowina gesprengt worden, so daß das liberale und völkischgesinnte

Deutschtum dem neuen Ministerpräsidenten gegenüber ohne das parlamentarische Machtmittel einer geschlossenen Mehrheit dastand und von ihm mit offenem Hohn behandelt wurde. Jetzt, nachdem das Unglück da war, besannen sich Herbst und seine Freunde auf ihre völkische Pflicht und erkannten die Gefahr, in die das deutsche Volk und mit ihm der Staat geraten war.

Aber es war zu spät.

So sind alle die parlamentarischen Reden, mit denen sie gegen Taaffe und seine slawisch-klerikalen Bundesgenossen stritten, ohne Erfolg geblieben; ehrenhafte Gesinnung, tapferes Bekenntnis zum Deutschtum, aufrichtige Hingebung an den Staat — alles nützte nichts: das liberale Deutschtum war beiseite geschoben.

Und nun geschah das Widerspruchsvolle: zur selben Zeit, wo Andrassy mit Bismarck das deutsch-österreichische Bündnis schloß, um die äußere Machtstellung des Reiches zu heben, begann in beiden Reichshälften eine entschieden deutschfeindliche innere Politik. In Ungarn wurde unter Koloman Tisza die mit allen Mitteln des Druckes arbeitende Madjarisierung eingeleitet, von der wir nachher sprechen müssen, in Österreich durch Taaffe die bewußte Schwächung des Deutschtums.

Aber noch hatte es nach dem geltenden Wahlrechte die Mehrheit im Reichsrat — es bestanden die sog. Kurien der Großgrundbesitzer, der Städte, der Landgemeinden und der Handelskammern, und es wurden seit 1873 die Abgeordneten unmittelbar gewählt — also war der Kampf für Taaffe nur möglich, weil er aus dem deutschen Lager in den deutschen Klerikalen und Feudalen Bundesgenossen fand, die schnöden Verrat an der Sache ihres Volkes übten.

Schlimm die Verblendung der Liberalen, die es soweit gebracht, schlimm die volksverräterische Haltung der Klerikalen und Feudalen — aber unbegreiflich die selbstmörderische Politik der Krone und ihrer Regierung.

Hier ist der Ort, die Persönlichkeit des Kaisers Franz Josef und seines Ministerpräsidenten Taaffe ins Auge zu fassen.

Wenn wir ein Bild von dem Kaiser entwerfen wollen, so stoßen wir sofort auf eine Schwierigkeit: dieser Herrscher redete öffentlich nichts oder nur das Notwendigste, und was von ihm, abgesehen von amtlichen Kundgebungen in die Öffentlichkeit kam, erhob sich nicht über das Maß alltäglicher Redensarten — ja es machte den Eindruck der gewollten Alltäglichkeit. Anders als Wilhelm II. bot Franz Josef zur Erkenntnis seiner Persönlichkeit nicht das Hilfsmittel der mündlichen oder schriftlichen Mitteilung seiner Ansichten, Auffassungen, Urteile; wir sind also darauf beschränkt, den Menschen und Herrscher nach seiner politischen Wirksamkeit zu werten: die aber ist heute im Ergebnis schon so völlig zu übersehen, daß ein Urteil erlaubt ist.

Dieser Habsburger hatte eine schwere Aufgabe übernommen, als er im Jahre 1848 mit achtzehn Jahren das zerrüttete, im Aufruhr befindliche Reich überkam — wohl ist es ihm in den 68 Jahren seiner Regierung gelungen, die äußere Machtstellung Österreichs wieder herzustellen, aber das Gesamtreich hat er innerlich zerrüttet von den Kämpfen der Völkerschaften hinterlassen, wie es damals von der Empörung der nach Freiheit verlangenden Völker an den Rand des Abgrunds gebracht war.

Der kaiserliche Jüngling wird als hochbegabt geschildert und soll sich mit Eifer und Fleiß in allen Zweigen der Wissenschaften für seinen Herrscherberuf haben vorbereiten lassen; seine Erziehung war sorgfältig — aber innerlich zerrissen, indem ihm neben streng kirchlichen und absolutistisch gesinnten Lehrern solche von freier Geistesrichtung und neuzeitlicher Staatsauffassung beigegeben waren. Dies scheint bedeutsam für sein Leben geworden zu sein, denn derselbe Zwiespalt, der sich in seiner Erziehung zeigte, geht durch sein ganzes Leben. Größten Einfluß hatte auf den Jüngling seine Mutter, Erzherzogin Sophie aus dem Hause Wittelsbach, eine hervorragende Frau, geistig die Führerin des Wiener Hofes. Obwohl streng kirchlich gesinnt, hatte sie die Mängel der Regierung Metternichs klar erkannt und trat, um ihnen abzuhelfen, in vertrauten Verkehr mit liberalen Führern; nach den Ereignissen der stürmischen Jahre 1848—1850 wandte sie sich immer mehr der starrsten Kirchlichkeit zu und wurde der Mittelpunkt der klerikalen Bewegung.

Niemand wird den unerfahrenen, gerade erst auf den Thron gelangten Fürsten für die Maßnahmen seiner ersten Regierungsjahre verantwortlich machen wollen; die Verantwortlichkeit beginnt erst mit der Zeit, wo er sich in seinem Berufe zurecht gefunden hatte und selbständig entschied. Damit hebt eine Zeit geschichtlicher Widersprüche an, die mit einer Person unvereinbar erscheinen; eine ununterbrochene Reihe tastender Versuche in entgegengesetzten Richtungen; eine Politik der Unentschlossenheit und Halbheit, die zeigt, daß der Kaiser bestimmte Ziele überhaupt nicht hatte und sich weder zur Klarheit über das besondere Wesen seines Reiches, noch zu einem festen Urteil über seine Verwaltbarkeit durchgearbeitet hatte.

Es gewinnt den Anschein, daß seine Staatsauffassung sich zu einer rein habsburgischen festgelegt hatte, die die Bedürfnisse des Staates und der Völker in zweiter Reihe berücksichtigte, in erster aber bedacht war, die Stellung des Hauses Habsburg zu wahren. Läßt dieses Ziel sich mit den Bachschen Maßnahmen erreichen, so wird streng zentralistisch-absolutistisch regiert; scheint eine liberal-parlamentarische Staatsleitung förderlich, so wird dazu übergegangen; die Umkehr zum konservativ-föderalistischen Regiment wird vollzogen, wenn die Parteibildung dafür zu finden ist; der Föderalismus wird fallen gelassen, sobald erkannt wird, daß Habs-

burg dadurch gefährdet werden muß; alle Arten der Volksvertretung werden durchgeprobt, von dem mittelbar, durch die Landesvertretungen ernannten Reichsrat bis zum allgemeinen Wahlrecht, das für Österreich eine Ungeheuerlichkeit werden mußte.

Dies lediglich hauspolitische Ziel erklärt es allein, wie derselbe Herrscher nach dem Ausgleich in Ungarn den Madjaren die Macht ließ, und ein straff nationales, liberales Parteiregiment ertrug, während zur gleichen Zeit in Österreich die auch liberalen Deutschen aus der leitenden Stellung verdrängt wurden, und eine Politik der Nachgiebigkeit gegen die Slawen den Staat zu zertrümmern drohte.

Den Bedürfnissen des Hauses Habsburg wurde alles untergeordnet: fürchtet Habsburg für seine Stellung wegen des Trotzes der Madjaren, so opfert es ihnen die Einheit des Reiches und nachher in Ungarn die Rechte der nicht-madjarischen Völker; fürchtet Habsburg, daß seine Deutschen diesseits der Leitha den Anschluß ans Deutsche Reich erstreben, so sucht es die Slawen durch Nachgiebigkeit an sich zu ketten und die verdächtigen Deutschen zu schwächen.

So allein ist die an grundstürzenden Widersprüchen reiche Regierung Franz Josefs zu erklären — nicht aber zu verstehen.

Es ist gewiß, daß seine Aufgabe, einen Staat mit vielen Völkerschaften ungleicher Anlage, ungleicher Bildung und ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung zu lenken, unendlich schwer, vielleicht unlösbar war — aber die Unlösbarkeit ist nicht erwiesen, denn der Versuch ist nicht gemacht worden, in Ungarn den Madjaren die Herrschaft nur unter verfassungsmäßiger und tatsächlicher Sicherstellung der Nichtmadjaren zu überlassen und diesseits der Leitha den deutschen Charakter des Staates festzulegen unter beschränkter Anerkennung der Rechte der Slawen und Italiener.

Es gibt, wenn unter ihm das Reich in allen Fugen krachte, nur eine Entschuldigung für Franz Josef, die Verblendung der führenden Deutschen in den siebziger Jahren. Daneben aber steht fest, daß die engherzige Betrachtung seiner Aufgabe aus dem Gesichtspunkte des Habsburgers ihn weder als großen Menschen, noch als berufenen Herrscher erscheinen läßt — und das Urteil über seine politischen Fähigkeiten und Maßnahmen muß vernichtend lauten, wenn die geschichtliche Entwicklung dartut, daß gerade durch diese Habsburger-Politik das Haus Habsburg in seiner Macht, in seinem Ansehen geschädigt wurde: denn in Ungarn hatte sie dem Übermute der Madjaren so sehr die Zügel schießen lassen, daß der König immer nachgeben mußte, wenn er nicht offene Auflehnung erleben wollte — und in Österreich wurden Tschechen, Italiener und Slowenen offene Feinde des Hauses Habsburg, während die Polen ein glückliches Sonderdasein führten und sich weder um Habsburg noch um den Gesamtstaat anders kümmerten, als daß er die ständigen Fehlbeträge

aus den Mitteln der westlichen Kronländer zahlen durfte; alle freiheitlich gesinnten Deutschen aber standen verstimmt beiseite.

Wer diese Politik nach ihren Erfolgen beurteilt, staunt über ihre Unklarheit und Zielloſigkeit, ihr Verrechnen in allen wichtigsten Möglichkeiten. Der amtliche Vertreter dieser „Habsburger-Politik" Graf Eduard Taaffe war wie dazu geschaffen, eine solche „Staatskunst" einzuleiten. Undeutscher Abstammung — sein Vater war Ire — blieb ihm deutsches Wesen immer fremd; er war ein Mann von Verstand, aber ohne Charakter und Wissen; grundsatzlos, leichtfertig-überhebend, ein Menschenverächter; ganz ohne Verständnis für die Fragen des Volkstums und die sittlichen Pflichten eines Regierenden, ging er spielerisch daran, den von ihm für gefährlich gehaltenen Deutschen ein Gegengewicht durch die politische Stärkung der Slawen zu bieten. Daß dieser Staat nur zu halten war durch das Band eines herrschenden Volkstums, daran dachte dieser frevelhaft Leichtfertige nicht.

Dieser Mann genoß das Vertrauen des Kaisers — und wenn von dem Beauftragten auf den Auftraggeber geschlossen werden darf, so muß auch danach das Urteil hart ausfallen. Ein unerhörter Mißgriff, an die Spitze des Staates diesen für jede höhere Aufgabe Untauglichen zu stellen — aber es war das besondere Unglück Franz Josefs, daß er, mit wenigen Ausnahmen, Untaugliche zu seinen Beratern gewählt hat. Die erste verhängnisvolle Tat des Ministeriums Taaffe war die Sprachen-Verordnung des Justizministers Stremayer, der bezeichnender Weise wie Taaffe selbst aus den Reihen der Verfassungspartei hervorgegangen war; sie bestimmte im wesentlichen, daß in Böhmen alle Verwaltungs- und Gerichtsbehörden Eingaben in tschechischer Sprache entgegennehmen und erledigen sollten und daß auf Verlangen Verhandlungen, an denen Tschechen beteiligt waren, in tschechischer Sprache abgehalten werden mußten. Damit war tatsächlich die Zweisprachigkeit der Ämter eingeführt und im weiteren die einheitliche Staatsverwaltung unmöglich gemacht, wenn nicht dies wichtige Kronland ganz den Tschechen preisgegeben werden sollte. Das aber geschah in Wirklichkeit: denn die Deutschen weigerten sich überwiegend, tschechisch zu lernen, die Tschechen aber beherrschten aus naheliegenden Gründen die deutsche Sprache und hatten, da in Böhmen nur noch beide Sprachen handhabende Beamte angestellt wurden, das tatsächliche Vorrecht. Nach und nach drangen sie in alle Ämter ein; — unter Förderung der Beamten wurden dann die Stadtverwaltungen einer gemischtsprachigen Stadt nach der andern erobert und die Mehrheit im böhmischen Landtage gewonnen. Einmal im Besitze der Macht zeigte das Tschechentum die rücksichtsloseste Gier nach Alleinherrschaft. Die Deutschen wurden als Fremdlinge im Lande, als Eindringlinge behandelt; wo es anging, wurde in den Gemeinden die tschechische Sprache als die der Verwaltung allein

eingeführt, kurz das Deutschtum wurde zurückgedrängt in die Rolle eines geduldeten Rechtlosen.

Und dies trotzdem die Deutschen infolge ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit bei geringerer Volkszahl den größeren Teil der Staats- und Landessteuern aufbringen mußten, die dann von der tschechischen Mehrheit des Prager Landtages schamlos fast nur für tschechische Zwecke verwendet wurden.

Diesem Treiben sah der Staat nicht nur ruhig zu, er begünstigte es mindestens im Anfang und hatte in der Folgezeit nicht mehr den Mut, ihm entgegenzutreten.

Ein richtiges Bild dieser Entwicklung gibt das Schicksal der Landeshauptstadt Prag, die im Jahre 1855 neben 73000 Deutschen 50000 Tschechen zählte; im Jahre 1910 waren es rund 200000 Tschechen und 18000 Deutsche; die alte deutsche Kaiserstadt war den Slawen ausgeliefert.

Dies Ergebnis — wie es sich ähnlich in zahllosen anderen Städten Böhmens findet — ist nicht nur auf die stärkere tschechische Zuwanderung und Vermehrung zurückzuführen, sondern auch auf den Massenabfall von Deutschen oder den Rückfall eingedeutschter Slawen, endlich auf die jüdischen Überläufer, die sich mit den tschechischen Erfolgen von der deutschen auf die tschechische Seite schlugen.

Den Norden und den Westen des Landes Böhmen vermochten die Deutschen zu halten, aber der tschechische Angriff dauerte fort; die deutschen Sprachinseln im tschechischen Sprachgebiet, wie das wichtige Budweis, wurden aufs äußerste gefährdet.

Die Erfolge in Böhmen ermunterten die Tschechen zu Vorstößen in Mähren und Schlesien, die in derselben Weise wie dort von dem Wohlwollen der Behörden begünstigt wurden und ihnen stetige Fortschritte brachten. Noch mehr, sie wagten sich nach Niederösterreich und machten den Anspruch geltend, daß auch dies deutsche Kernland tschechischer Urbesitz sei; in Wien nahmen sie eine den deutschen Charakter der Reichshauptstadt gefährdende Stellung ein und breiteten sich unaufhörlich aus.

Eine Folge der tschechischen Fortschritte war das Erwachen der slowenischen Bewegung in Südsteiermark, Krain, Kärnten und Görz, die in unverantwortlicher Weise von den Behörden großgezogen wurde; diese südslawischen Volkssplitter, ohne eigene Sprache, wirtschaftlich ganz unentwickelt, fast ausschließlich kleinbäuerlich lebend, wären niemals in der Lage gewesen, die Jahrhunderte alte deutsche Führerschaft abzuschütteln, wenn nicht der Staat selbst sie dazu gebracht hätte. So kam es, daß auch in den Alpenländern überall der Kampf der Nationalitäten aufloderte, wo Slawen neben Deutschen wohnten, und daß die Slowenen, wo sie die Mehrheit gewannen, mit derselben wilden Rücksichtslosigkeit vorgingen, wie die siegreichen Tschechen in Böhmen.

Südsteiermark wurde ernstlich bedroht, Krain wurde den Slowenen politisch ebenso ausgeliefert wie Görz — in Kärnten aber wahrte sich das Deutschtum tapfer und erfolgreich seine Stellung.

Damit aber nicht genug — auch die Italiener Südtirols wurden unter behördlicher Begünstigung zum Kampfe gegen das Deutschtum aufgestachelt; vom Königreich Italien, nach dem die „Unerlösten" Südtirols sehnsüchtig blickten, wurde die Bewegung geschürt. Ihre politische Bedeutung war nicht zu verkennen und sollte dem Staate noch schwere Sorge bereiten.

Die letzte Errungenschaft des Streites der Nationalitäten war die Bildung einer national-jüdischen Partei „der Zionisten".

Das Ergebnis der „Versöhnungs-Politik" Taaffes lag bald vor: überall, wo mehrere Völker nebeneinander wohnten, war unversöhnlicher Haß großgezogen worden, waren die Gegensätze bis zum Äußersten zugespitzt. Die Achtung vor dem Staate wurde untergraben, das wirtschaftliche Leben lahmgelegt, die gesamte Entwicklung auf den toten Punkt gebracht.

Nachdem es aber durch die leichtfertige Politik Taaffes und seiner Nachfolger soweit gekommen war, daß der Nationalitätenstreit das gesamte politische und wirtschaftliche Leben im Reiche beherrschte, wurde ein gefährliches Gegengift verordnet: die internationale Sozialdemokratie wurde behördlich großgezogen, um die nationalen Gegensätze zum Verschwinden zu bringen. Auch nach dieser Richtung hat Taaffe den ersten Schritt getan — den letzten Freiherr von Beck mit der Durchdrückung des allgemeinen Wahlrechts, das der Sozialdemokratie zwar sofort ungeheure Erfolge brachte, aber den Nationalitätenkampf nicht im geringsten dämpfte.

Man hat es fertig gebracht, dem Staate neben den Slawen auch die Sozialdemokraten als gefährliche Feinde großzuziehen.

Damit war der Staat mit unvergleichlicher Kunst und Folgerichtigkeit auseinanderregiert, und das Haus Habsburg hatte die Grundlage seiner Macht — den Einfluß der Deutschen — leichtfertig untergraben.

Graf Taaffe war seines Weges sicher; er machte gar nicht den Versuch, sich mit den deutschen Warnungen ernsthaft und sachlich auseinanderzusetzen; in seinem Gedankengange war die Einheit des Staates gegeben durch die Einheit des Herrschers, der katholischen Geistlichkeit, des Heeres. Daß auch die Einmütigkeit der Völker dazu gehörte, dieser selbstverständliche Gedanke hatte im Kopfe dieses eigentlich Vaterlandslosen keinen Raum.

Die Entwicklung, die wir um der Einheitlichkeit der Darstellung willen bis zu ihrem beim Ausbruch des Weltkriegs übersehbaren Ergebnis verfolgt haben, setzte mit Taaffe ein; er mußte bald erfahren, daß er in dem slawischen Machtstreben Geister gerufen hatte, die er nicht mehr los werden konnte — das aber brachte ihn nicht zur Umkehr, sondern zu einer frevel-

haften Politik, die einen kleinen Tageserfolg, die Ruhe des Augenblicks, mit der dauernden Preisgabe wichtiger Staatsrechte bezahlte. Er nannte das gemütlich „Fortwursteln" oder „Durchfretten" und betrieb diese gedankenlose Art der Mißregierung solange, bis er überall unmöglich war.

Mochte er auch ruhmlos von der Bildfläche verschwinden, der unselige Mann — seine Nachfolger befolgten im Grunde dieselbe Politik, nur mit etwas mehr äußerlichem Ernste und größerer Salbung. Sie mußten also alle scheitern und sind alle gescheitert.

Wir können die parlamentarischen Kämpfe im Wiener Reichsrat und in den Landtagen von Taaffe ab nicht im einzelnen schildern, auch nicht die Maßnahmen der zahllosen Ministerien, die auf Taaffes im Jahre 1893 eingetretenen Sturz folgten: es sei festgestellt, daß sie unfruchtbar waren, ja daß zeitweise die Staatsmaschine völlig zum Stillstand gebracht war.

Die deutschen Parteien, seit den Tagen der „Herbstzeitlosen", soweit sie nicht klerikal waren, in Kampfesstellung gegen die Regierungen, versagten; der uraltdeutsche Jammer der Zerrissenheit, des Mangels an Unterordnung, des Sondergeistes, wollte auch in diesen Nöten des Volkstums nicht verschwinden. Der deutsche Feudaladel und der Klerus und alle, die ihnen folgten, begingen offenen Volksverrat — um so schlimmer, daß die freiheitlich und unbedingt völkisch gesinnten Deutschen nicht zu einer großen, der Macht fähigen Partei gekommen sind.

Das ist ein trostloses Bild, und es wird dadurch nicht erfreulicher, daß in Tagen höchster Erregung, wie zur Zeit des polnischen Ministerpräsidenten Grafen Badeni (1895—1897) eine vorübergehende Einigkeit zustande kam; denn sobald das Schlimmste abgewandt war, trat wieder der alte Zwiespalt zutage. Es ist nicht anders: alle deutschen Parteien, alle deutschen Politiker haben versagt und tragen die Verantwortung dafür, daß ihr Volk die ihm gebührende Stellung im Staate verloren hat. Es ist ein hartes Wort, das einer der Nachfahren Taaffes gesprochen hat: „Was will ich machen? Es ist mit den Deutschen nicht zu regieren" — aber es war leider wahr; es war wohl auf die Dauer unmöglich, gegen sie zu regieren — mehr konnten die der Selbstzucht und der Unterordnung unter die Sache ihres Volkes entbehrenden deutschen Parteien nicht erreichen. Ein Jammer, daß die völkische Bewegung, der Georg von Schönerer ein Führer geworden war, Schiffbruch gelitten hat: hier war Begeisterung und Opferwilligkeit, Mut und Erkenntnis, und das Linzer Programm vom Jahre 1882 zeigte einen gangbaren Weg zur Wiederherstellung der deutschen Macht, der zugleich zur staatlichen Ordnung geführt hätte. Es verlangte in der Hauptsache, daß Galizien und die Bukowina aus Österreich ausscheiden sollten, daß in dem verbleibenden Kleinösterreich, in dem dann die Deutschen die Mehrheit hätten, die deutsche

Staatssprache gesetzlich eingeführt würde und daß das Habsburger Gesamtreich in ein gesetzlich festgelegtes ewiges Bündnis mit dem deutschen Reiche trete.

Georg von Schönerer ist in den matten Tagen der Deutschliberalen der Erwecker eines entschiedenen, stolzen Volksbewußtseins geworden, und dies Verdienst wird fortleben — um so trauriger, daß durch seine Schuld, seine mangelnde Selbstzucht, seine Fehler in der Behandlung seiner Gesinnungsgenossen, seine Mißgriffe in der Wahl seiner Vertrauten, die hoffnungsvolle Bewegung zu so kläglichem Ende gekommen ist. Mit sicherem Gefühle hat er jede neue Gefahr für das Deutschtum erkannt und sich in die Bresche gestellt — aber es fehlten ihm die wichtigsten Eigenschaften des politischen Führers: die Unterordnung unter die Sache und die Fähigkeit, einmal gewonnene Gesinnungs- und Kampfgenossen zusammenzuhalten — so schmolz die Schar seiner Anhänger dahin, und schließlich stand er fast ganz allein. Er hat bis zuletzt den selbstmörderischen Entschluß der deutschen Parteien bekämpft, für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Österreich einzutreten, das die politische Herrschaft der Slawen verewigen mußte. Er hat es nicht verhindern können, daß aus Parteieigennutz und persönlichen Rücksichten die Mehrzahl der Deutschen im Reichsrat für das allgemeine Wahlrecht entweder offen eintrat oder sich bei der Entscheidung der Stimmen enthielt; es ist Gesetz (1906) geworden und hat die Folgen gehabt, die jeder Denkende vorhersehen mußte: eine weitere Schwächung der Deutschen.

Es ist beschämend und bietet ein politisches Gegenstück zu dem Dasein und der Wirksamkeit des Zentrums und der Sozialdemokratie im deutschen Reiche, daß die Deutschen Österreichs trotz ihres geistigen und wirtschaftlichen Übergewichts sich politisch haben entrechten lassen; ihren Kämpfen fehlte leider die sittliche Kraft, die Unterordnung der Person unter die Sache, diejenige der Partei unter das Wohl des Volkes; es fehlte zu vielen die Selbstzucht und die Erkenntnis, daß der Politiker erst dann seinem Volke zu nützen beginnt, wenn er aufgehört hat, an sich zu denken.

So haben die Krone, die Staatsgewalt, die Parteien am deutschen Volke gesündigt. War keine Hilfe gegen solchen Drang? Die brachte zum Glück die Arbeit der deutschen Schutzvereine, die in allen bedrohten Kronländern entstanden waren und, von tapferen, selbstlosen Männern geleitet, überall eingriffen, um zu retten, was zu retten war. Gewiß war es nur Kleinarbeit, die sie verrichteten — aber ihre Summe ergab eine gewaltige Leistung.

Die Männer, die — abseits der politischen Parteien — in den Volksräten, in der Südmark, im Schulverein, in all den anderen Schutzverbänden ihre Volkspflicht erfüllten, wurden die Träger der deutschen Hoff-

nung und übernahmen die Aufgabe, jeden bedrohten Posten zu halten, bis ein Wandel einträte.

* * *

Einst hatte Kaiser Franz Josef auf dem Frankfurter Fürstentage sich einen deutschen Fürsten genannt — die Geschichte widerlegt ihn: mag sein, daß er es damals noch war oder geglaubt hat zu sein, aber sein Sinn hatte sich abgewandt von dem Volke, dem sein Haus Dasein und Macht verdankte, er war nur eines noch — und das konnte dem deutschen Gesamtvolke nichts sein: Habsburger.

Am 2. Dezember 1908 waren es 60 Jahre, daß er über Österreich-Ungarn herrschte; am selben Tage mußte in Prag das Standrecht verkündet werden, weil wüste Tschechenbanden seit Wochen die deutschen Studenten verfolgten und verlangten, daß die älteste deutsche Hochschule aus dem tschechischen Prag vertrieben werde. Die Aufrührer riefen: „Tod den Deutschen" — aber sie sangen auch Schmähllieder auf Österreich und den Kaiser, priesen Rußland, Serbien und Frankreich und scheuten sich nicht, ihre hochverräterischen Neigungen offen zur Schau zu tragen. Erst die Drohung mit dem Henker stiftete Ruhe. —

Der Jubeltag in Prag zeigte der Welt, wohin dies Österreich gekommen war. Und bis zum Krieg ist es nicht anders geworden: der Staat krachte an allen Ecken und Enden — und kein rettender Entschluß, kein ernster Wille, der die Umkehr brachte!

Vor allen Dingen bei den Spitzen des Staates kein Anzeichen dafür, daß sie die grundlegende Bedeutung der Deutschen für das Reich erkannt hatten und das eigentliche Staatsvolk dieser Bedeutung entsprechend behandeln wollten. Und dies, obgleich das deutsche Volk im letzten Jahrzehnt zweimal seine unbedingte Treue und Opferwilligkeit glänzend bewährt hatte, als Serbiens Haltung zunächst im Jahre 1908 auf 1909 nach der Einverleibung Bosniens, und dann während des Balkankrieges im Jahre 1912 auf 1913 das Reich unmittelbar vor den Krieg mit Rußland und Serbien stellte. In beiden Fällen mußte das Heer monatelang auf Kriegsfuß gesetzt werden; die Kosten hierfür trugen zum Hauptteil die Deutschen infolge ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, und wiederum die Deutschen waren während der Kriegsbereitschaft auf den schwersten Posten unmittelbar vor den Feind gestellt worden. Die Tschechen und Slowenen gaben unverhüllt zu erkennen, daß sie mit ihren Gefühlen und Wünschen auf seiten der Feinde Österreichs standen, ja es kam zu offenen Meutereien. Auch diese Vorgänge scheinen dem, auf den es am letzten Ende ankam, die Augen nicht geöffnet zu haben: Kaiser Franz Josef ließ mindestens nicht merken, daß er über den Wert und die Zuverlässigkeit seiner Völker endlich unterrichtet sei.

Wie wäre es sonst möglich, daß die sog. „lex Kolisko“ seine Unterschrift trotz ihrer Notwendigkeit nicht gefunden hat? Wiederholt hatte der niederösterreichische Landtag auf den Antrag des Abgeordneten Kolisko beschlossen, daß die Unterrichtssprache an allen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen ausschließlich deutsch sein soll — eine Maßnahme, durch die das deutsche Wesen des Kronlandes sicher gestellt werden sollte. Die Landtage von Ober-Österreich, Salzburg und Vorarlberg hatten den gleichen Beschluß gefaßt; die Deutschvölkischen und die Christlich-Sozialen taten alles, um die kaiserliche Bestätigung zu erreichen. Aber der Kaiser vollzog das Gesetz nicht, obwohl es eigentlich Selbstverständliches bestimmte und schließlich dem Vorteil der Krone und des Staates dienen sollte!

Kann man es den Deutschen verdenken, wenn sie längst verlernt hatten, an das Wohlwollen des Kaisers zu glauben? Auch die Verwaltung ließ jahraus jahrein durch zahllose Einzel-Maßregeln erkennen, daß sie zwar bemüht war, die gute Laune der Slawen zu erhalten und zu erkaufen, aber die Treue der Deutschen trotz allem für selbstverständlich ansah und auf sie keine Rücksicht zu nehmen brauchte.

Und dies wiederum, nachdem die Deutschen bei der Wahl vom Juni 1911 die im Reichsrat ausschlaggebende Stellung erobert hatten: der Nationalverband, der in der Hauptsache die völkisch und freiheitlich gesinnten Abgeordneten umfaßte, brachte es auf über hundert Sitze; die Christlich-Sozialen erlitten eine Niederlage und wurden zu der Erkenntnis gebracht, daß sie nicht ungestraft die deutsche Sache vernachlässigen dürften. Damals hat sich eine Annäherung zwischen beiden Gruppen vollzogen und es schien, daß der Flügel der Christlich-Sozialen, der völkisch dachte, die Führung innerhalb der Partei gewonnen hätte.

In dem wichtigen Kronland Böhmen nötigte die tschechische Anmaßung und Ungerechtigkeit die Deutschen in der letzten Zeit vor dem Krieg, durch beharrlichen Widerstand im Landtage die ganze Verwaltung lahmzulegen. Sie zwangen dadurch die Tschechen zu Verhandlungen über die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzstände, Ansprüche und Einflußgebiete, der erstrebte Ausgleich scheiterte aber an der Haltung der Tschechen, und Böhmen mußte einer außerhalb der Verfassung stehenden Verwaltungsbehörde unterstellt werden.

In den gemischt-sprachigen andern Kronländern trieben die Slawen längst die „Obstruktion“, so daß von einer geordneten Verwaltung nicht gesprochen werden konnte. Im Reichsrat selbst war der gleiche Zustand eigentlich der gewöhnliche geworden — kurz, der Staat war aus Rand und Band, und nur die politische Macht des Beharrens hielt ihn zusammen.

Trotz alledem wirkten die Deutschen dabei mit, das Heer und die Flotte zu verstärken, obwohl sie die Hauptlast der Kosten beider tragen

mußten; noch immer gaben sie dem Staate, was des Staates war — freilich auch geleitet von der Erwägung, daß Österreich-Ungarn ein gleichwertiger Bundesgenosse des Deutschen Reiches sein müsse.

So wenig das Verhalten des Staats-Oberhauptes und der Behörden den Deutschen freundlich und günstig war — die letzten Jahre vor dem Kriege hatten doch eine Besserung ihrer Stellung innerhalb des Staates und gegenüber den andern Völkern gebracht. Die Arbeit der Schutzvereine tat ihre Wirkung, der Druck hatte Gegendruck erzeugt, die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens aller Deutschen hatte Fortschritte gemacht, und die Deutschen waren der politischen Macht wieder nähergerückt, als jemals seit Taaffes Zeiten. Der Widersinn, daß das nach jeder Richtung wertvollste Volk des Reiches politisch totgeteilt werden sollte, wurde durch das Schwergewicht alles dessen, was dies Volk ist und bedeutet, widerlegt. In solcher Lage fand der Ausbruch des Weltkriegs Österreich und die Deutschen. Jedem, der die Verhältnisse kannte, war es klar, daß die Hauptlast des Kampfes auf den Deutschen ruhen würde, und es war die Frage, ob die Krone und der Staat es ihnen möglich machen würden, diese Last zu tragen, um das Reich über die Gefahren des Krieges hinaus zu retten, zu erhalten.

Ungarn nach dem Ausgleich.

Wir wissen, die Deutschen sind nach Ungarn nicht als Eroberer, nicht als Eindringlinge gekommen; sie waren dem Rufe der ungarischen Könige gefolgt, die durch sie dem Volke der Madjaren eine höhere Kultur übermitteln wollten. So waren unter Stefan I. (997—1038) ganze Scharen deutscher Adeliger und Bürger, besonders bayrischer Abstammung, eingewandert; dieser König, dessen Andenken die Madjaren besonders ehren, hatte seinem Sohne und Nachfolger die Deutschen als „Stützen und Zierden" des Reiches empfohlen.

Die Einwanderung dauerte fort und breitete sich über das ganze Land aus, von der Leitha im Westen bis zum äußersten Südosten; fast alle großen deutschen Stämme waren vertreten, vor allem aber Franken von der Mosel und vom Niederrhein. Die bedeutsamste Siedelung des Mittelalters ist diejenige der Deutschen in Siebenbürgen; Moselfranken waren es, die auf den Ruf Geisas II. (1141—1161) ins Land gekommen waren; unter dem über ihre Herkunft irreführenden Namen der „Siebenbürger Sachsen" haben sie als zähester deutscher Volksstamm, als treueste Anhänger des Königtums, als tapfere Verteidiger des Südostens und als erfolgreiche Kulturbringer geschichtlichen Ruhm gewonnen.

In der Hauptsache saßen die Deutschen in den Städten, wo sie sich in Handel, Handwerk und gelehrten Berufen betätigten, und ein großer

Teil der ungarischen Städte ist deutschen Ursprungs. So reichen Ödenburg, Preßburg, Raab, Steinamanger bis in die Zeit Karls des Großen zurück; um die Mitte des 12. Jahrhunderts gründeten Deutsche die Städte Ofen und Pest an Stelle alter römischer Niederlassungen.

Die Sachsen Siebenbürgens schufen neben ihren städtischen Sitzen in Hermannstadt, Klausenburg, Kronstadt eine Fülle stattlicher Dorfsiedelungen, die mit Kirchenburgen versehen waren, um den feindlichen Angriffen nicht wehrlos gegenüberzustehen. Denn es war kein ruhiges, behagliches Dasein, das die Deutschen in Ungarn zu führen hatten; die Stürme des Mongolenzugs, der türkischen Eroberung brausten über sie hinweg — sie waren ihnen zuerst ausgesetzt und hatten am meisten zu verlieren.

Es ist bewundernswert, daß trotz aller dieser Nöte dies Volk sich erhalten hat.

Die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts brachte die Türkenherrschaft, die sich bald auf fast ganz Ungarn erstreckte und bis zur endgültigen Beseitigung durch den Frieden von Belgrad (1739) zweieinhalb Jahrhunderte dauerte.

Die ewigen Kämpfe und Unruhen hatten das Land verwüstet und verarmt; seine Befreiung von den Türken geschah durch deutsche Waffentaten — Deutsche wurden dann von den Habsburgern gerufen, um die Öde wieder von neuem der Kultur zu erobern. Es waren Bauern aus Württemberg, Bayern, der Pfalz, Kur-Mainz und Vorderösterreich, die von Maria Theresia und Josef II. im Süden, an der Grenze, angesiedelt wurden, und die in rastloser Arbeit Mustergültiges geleistet haben. Aus dieser Zeit stammen besonders die Niederlassungen der Schwaben in Slawonien, der Batschka, dem Banat.

Die deutsche Bevölkerung Siebenbürgens hat — anders als die Madjaren — der Krone immer die Treue gehalten. So war es zuletzt im Jahre 1848. Damals hat Kaiser Franz Josef die später von ihm vergessenen Worte an die Sachsen gerichtet: „Thron und Altar, für die ihr gekämpft, werden euch die verdiente Anerkennung zollen und die Bürgschaften zu schützen wissen, welche eure von unseren Ahnen so oft belobte Tapferkeit, Ausdauer und Treue, vornehmlich aber euer Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit, und der Gebrauch der hierdurch unter euch heimisch gewordenen Freiheit, für den Glanz des Staates und den Bestand der Krone gewähren."

Wir erinnern uns, daß auf die Niederwerfung der ungarischen Empörung die Zeit des zentralistischen Regiments folgte, wo das Gesamtreich einen einheitlichen Staat bildete, daß aber der Widerstand der Madjaren nicht eher ruhte, als bis unter den Einwirkungen der Niederlage von Königgrätz die alte Verfassung wieder hergestellt wurde; das Jahr 1867 brachte

den Ausgleich und am 8. Juni desselben Jahres wurde Franz Josef feierlich als König von Ungarn gekrönt.

Solange Deáks und Andrassys Einfluß währte, wurde der Ausgleich gehalten; durch seine Handhabung erkannte die Staatsgewalt tatsächlich an, daß dies Gemeinwesen, in dem zwar die Madjaren der Zahl nach das stärkste Volk waren, in dem aber neben ihnen Deutsche, Rumänen, Serben, Kroaten und Slowaken wohnten, kein „Nationalstaat", sondern ein „Nationalitätenstaat", kein Volksstaat, sondern ein Völkerstaat sei.

Nachdem aber einmal der madjarische Adel die Macht in der Hand hatte, steigerten sich seine Ansprüche, und er stellte die wahnwitzige Forderung, daß Ungarn in einen Nationalstaat verwandelt werde; das heißt, alle nicht madjarischen Völker sollten ihr Volkstum aufgeben und im Madjarentum aufgehen. Bedenkt man, daß damals noch nicht die Hälfte der Gesamtbevölkerung madjarisch war, so muß man über die Kühnheit dieser Forderung staunen — aber schon in der Mitte der siebziger Jahre gingen die zur Herrschaft gelangten madjarischen Politiker dazu über, sie in die Tat umzusetzen.

Koloman Tisza, Szell, Weckerle und wie sie alle heißen, die Ministerpräsidenten der heiligen Stefanskrone, ließen eine gewaltsame Madjarisierung ins Werk setzen, die von keinem roher und rücksichtsloser betrieben wurde als von Baron Banffy. Mit allen Mitteln der Bestechung und, wo sie nicht wirkten, des Polizeidruckes wurde gearbeitet, und es steht leider fest, daß ein großer Teil der Deutschen sich unter solchem Zwange zum Volksverrat bewegen ließ; im madjarischen Lager winkten ja Ehren und Ämter und Geldgewinn; für wenig Geld war die Umschreibung ehrlicher deutscher Namen in madjarische zu erzielen. Es ist der Ruhm der Sachsen, daß sie durchweg ihrem Volkstum treu blieben. Sie waren durch ihre alte Selbständigkeit politisch erzogen und geschult; sie hatten sich den Stolz auf ihre Abstammung und ihr Volkstum bewahrt und fühlten sich den umgebenden anderen Völkern überlegen. Anders die Masse der übrigen Deutschen im Lande, die der Zahl nach die Siebenbürger Sachsen um ein vielfaches übertrafen. Sie, die zum Teil schon während der Empörung im Jahre 1849 mit den Madjaren gemeinsame Sache gemacht und jener Bewegung die tüchtigsten Heerführer gestellt hatten — waren geneigt, als die Madjaren zu Herren geworden waren, sich ihnen unterzuordnen, ja sich ihres Volkstums zu entäußern und selbst madjarisch zu werden. Es ist traurig, daß das tapfere Bemühen der Sachsen um ihr und der andern Deutschen Recht bei diesen Deutschen kein Verständnis fand, daß im Gegenteil diese regierungstreuen und volksvergessenen Söhne unseres Volkes die sächsischen Führer angriffen und verdächtigten. So groß in den ersten Kampfjahren nach dem Einsetzen des madjarischen Größenwahns die Sachsen dastehen — so klein zeigte sich das übrige ungarländische

Deutschtum, und aus dieser Zeit stammt die Entfremdung zwischen beiden, die noch nicht ganz überwunden ist. Der politische Mißerfolg der Sachsen führte in Siebenbürgen zu einer Abschwächung des politischen Willens, und man wandte sich mehr der wirtschaftlichen Stärkung des eigenen Stammes zu.

Damals nun gingen Massen von ungarländischen Deutschen außerhalb Siebenbürgens im Madjarentum auf; wie groß die Verluste des Deutschtums sind, die so entstanden, läßt sich nicht zahlenmäßig feststellen — aber sie sind sehr groß; noch mehr als die Zahl fällt die Tatsache ins Gewicht, daß leider gerade die geistig führende Schicht der Anwälte, Ärzte, Schriftsteller und Geistlichen vom Deutschtum abfiel und dadurch die Treugebliebenen der Führung beraubte, gleichzeitig aber die Madjaren um ihre geistige Kraft stärkte. Besonders das Schulwesen und die Gestaltung der politischen Rechte wurden zielbewußt für die Zwecke der Madjarisierung mißbraucht. Aber diese Art, Deutsche zu Madjaren zu machen und sie für den erstrebten einheitlichen madjarischen Staat zu gewinnen, war den Machthabern zu langwierig; sie wollten rasche, durchschlagende Erfolge sehen und verloren die Geduld. Sie begannen, gewalttätig und gesetzwidrig vorzugehen — und erreichten das Gegenteil dessen, was sie wollten. Denn ihr Verfahren trug sein Gegenmittel in sich; es erweckte Widerspruch, und seit Ende der neunziger Jahre entstand eine deutsche Bewegung, die mutig und kraftvoll die Rechte des Volkstums vertritt.

In Siebenbürgen nahm man den politischen Kampf wieder auf; die „Grünen" warfen sich mit leidenschaftlichem Feuer den madjarischen Anmaßungen entgegen — aber allzu schnell kam dieser Anlauf zum Stillstand, und die führenden Männer der Sachsen schlossen ihren Frieden mit den Machthabern, indem sie als Abgeordnete der Regierungspartei beitraten.

Später und langsamer, aber besonnen und ruhig erhob sich das Deutschtum im Banat, in Syrmien, in der Batschka. Zunächst wurden dort deutsche Zeitungen gegründet, die tapfer für die deutsche Sache eintraten; ihre Schriftleiter und andere Führer der Deutschen wurden schamlos verfolgt und gesetzwidrig schwer verurteilt. Dadurch wurde der Widerstand nur gestärkt, und das Jahr 1907 sah eine ungarländische deutsche Volkspartei sich bilden, die sofort tausende von Anhängern fand und sich seitdem stetig ausbreitet; ihre Wirksamkeit wurde unterstützt von den gut geleiteten deutschen Blättern und fand den Beistand der rumänischen und slowakischen „Nationalitäten", auf denen der Druck der Madjaren gleich schwer lastet, wie auf den Deutschen.

Tapfer und stolz sprachen die ihres Volkstums wieder bewußt gewordenen Deutschen Südungarns aus, daß sie in ihrer Muttersprache, in ihrer ererbten Kultur den höchsten Besitz erblicken und ihn bis aufs äußerste

verteidigen wollten; aber maßvoll und ruhig gestanden sie dem Staate, den Madjaren und den anderen Völkern ihre Rechte zu, so daß kein billig Denkender sie tadeln konnte. Trotzdem aber erblickten die Madjaren in ihnen die ärgsten Feinde und suchten die Bewegung durch alle Mittel polizeilichen Druckes tot zu machen.

Bedauerlich war, daß von den Führern der Siebenbürger Sachsen nur ein kleiner aber wertvoller Teil sich der südungarischen Deutschen annahm; die Mehrheit versuchte noch der Regierung gegenüber durch Nachgiebigkeit die besonderen Vorteile ihres Volksteiles zu wahren. Diese Politik war gefährlich und kurzsichtig, und es kam darauf an, ob die Sachsen allgemein erkannten, daß sie sich nur im engsten Zusammenhalten mit ihren etwa um das Zehnfache zahlreicheren Volksgenossen in andern Teilen Ungarns würden durchsetzen können; sie mußten ihre Rückendeckung bei den andern Deutschen des Landes suchen und als Gegenleistung den politischen Vorkampf für jene übernehmen.

Jedenfalls hat das gesamtdeutsche Volk Ursache, auf die Deutschen Ungarns stolz zu sein: auf die Sachsen, die sich mit unendlichen Opfern ihre Schulen erhalten und inmitten von Millionen Fremdsprachiger mit ihrer knappen Viertelmillion Sprache und Volkstum bewahrt haben; auf die Schwaben Südungarns, die sich aus eigener Kraft gegen einen übermächtigen, rücksichtslosen Feind wehrten. Für beide galt es, im Widerstande zu verharren, bis das wahnwitzige Streben der Madjaren in sich zusammengebrochen war und an Stelle des erzwungenen aber unmöglichen madjarischen Staates ein Völkerstaat entstand, in dem neben den Madjaren die Deutschen und die anderen Völker ihr Dasein ungestört führen könnten. Als Erwecker der Deutschen Ungarns, als ihr politischer Lehrmeister und unermüdlicher Berater hat sich Edmund Steinacker unvergängliche Verdienste erworben; der tapfere Mann wurde durch Verfolgungs-Maßregeln der Madjaren gezwungen, außerhalb Ungarns zu gehen und hat seine segensreiche Tätigkeit von Wien ausgeübt — immer in engster geistiger Verbindung mit den deutschen Führern der verschiedenen Landesteile. Bei Kriegsausbruch lebten in Ungarn zusammen 2½ Millionen Deutsche, von denen auf Siebenbürgen eine Viertelmillion, auf das Banat über 400000, auf die Batschka 200000, zwischen Drau und Donau in der „schwäbischen Türkei" über 200000 kamen; der Rest wohnte im Norden und Westen und verteilt in den Städten des ganzen Landes.

Das Vorhandensein dieses östlichen Vorpostens war für das gesamtdeutsche Volk politisch von größtem Wert und auch wirtschaftlich von Belang; der Zusammenbruch Ungarns und die Zertrümmerung der madjarischen Macht änderte ihre Lage vollkommen, wie wir später sehen werden.

Bosnien und die Herzegowina.

Die endgültige Einverleibung dieser seit 1878 von Österreich-Ungarn in Besitz und Verwaltung genommenen, früher türkischen Gebiete, die im Herbst 1908 gelegentlich der Staatsumwälzung in der Türkei stattfand, hatte zur Folge, daß dem Lande eine eigenartige Stellung innerhalb des Gesamtreiches und neben den alten „Reichshälften" Österreich und Ungarn angewiesen wurde; man machte eine Art von „Reichsland" aus ihm, und unbelehrt von allen Erfahrungen, die gerade die Lenker der habsburgischen Monarchie doch hatten machen müssen, verlieh man ihm eine Verfassung, wie sie für eine einheitliche Bevölkerung höherer Bildung brauchbar gewesen wäre, gegenüber dem Gemische von Mohammedanern, Serben und Kroaten von durchweg rückständiger Erziehung aber schlechthin unverständlich ist. Die innere Verwaltung wurde dem Bewilligungsrecht und der Aufsicht eines Landtags, des „Sabor" ausgeliefert, der mit einem Schlage den Abgeordneten der eingeborenen Volksmassen entscheidenden Einfluß gewährte. Was sich überall im Gesamtreiche gezeigt hatte, wo Deutsche einer nichtdeutschen Mehrheit gegenüberstanden, trat auch hier ein, und die Deutschen Bosniens lernten sofort die Feindseligkeit der alten Bevölkerung kennen.

Wie einst Prinz Eugen, Kaiserin Maria Theresia und Kaiser Josef II. Deutsche nach Süd-Ungarn gezogen hatten, um das Land wieder der Kultur zu gewinnen, so war es auch nach der Besitzergreifung im Jahre 1878 geschehen. Deutschen Beamten fiel in der Hauptsache die Aufgabe zu, die von den Türken hinterlassenen verrotteten Zustände in Ordnung zu bringen; Deutsche wurden herbeigezogen, um der trägen, stumpfen Bevölkerung das Beispiel fleißiger Arbeit zu geben. So kam es zu einer stattlichen Einwanderung, und insbesondere zogen Schwaben aus den benachbarten Teilen Süd-Ungarns nach Bosnien, um dort bäuerliche Siedlungen zu gründen. Der Boden war gut und billig, und die Tüchtigkeit der schwäbischen Bauern, die vielleicht der für solche Siedlungsarbeit tauglichste deutsche Stamm sind, brachte es dahin, daß stattliche deutsche Dörfer mit wohlhäbiger deutscher Bevölkerung entstanden. Solange die kaiserliche Verwaltung selbstherrlich vorgehen konnte, förderte sie die jungen Siedlungen, deren Wert sie kannte. Anders wurde dies mit der Einführung der Landesverfassung; der allen Fremden, den „Kuferaschen", feindliche Landtag entzog den deutschen Siedlungen bisher gewährte Beihilfen, besonders solche für Schul- und kirchliche Zwecke. Dazu kam gleichzeitig, daß infolge der wiederholten Kriegsgefahr wirtschaftliche Rückschläge eintraten, und daß endlich die Landesverwaltung nicht den Mut fand, die Fremden, vor allem die Deutschen, gegen den Haß der Eingeborenen zu verteidigen. Es kamen schwere Jahre für die jungen Siedelungen

— aber sie verloren nicht den Mut und schritten zur Selbsthilfe. Auf genossenschaftlicher Grundlage wurden Darlehnskassen gegründet, ein völkischer Schutzverein entstand, und opferwillig brachten diese Bauern die Mittel auf, um sich ihren deutschen Gottesdienst und Unterricht zu erhalten.

Der Zuzug aus der benachbarten alten südungarischen Heimat dauerte fort, und auch sonstige deutsche Einwanderer lenkten ihre Schritte nach diesem jüngsten deutschen Siedlungsgebiete; die Landesverwaltung schien sich auf den Wert dieses wertvollen Bevölkerungsbestandteils besonnen zu haben und begann wieder, ihn zu fördern. Da brach der Weltkrieg aus; der letzte Anlaß zu ihm wurde durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin auf bosnischem Boden, in Sarajewo, gegeben. Damals lebten rund 25000 Deutsche im „Reichslande" Bosnien — eine kleine Zahl, aber ein tapferer, um sich greifender Stamm, auf dessen Kämpfe und Arbeit das gesamte Deutschtum stolz sein kann, wie immer sich sein Schicksal weiterhin gestalten wird.

Die Schweiz.

Seit ihren Siegen über die nach der Landesherrschaft strebenden Habsburger und zuletzt nach ihrem erfolgreichen Widerstande gegen Kaiser Maximilian I. im Jahre 1499 war die Eidgenossenschaft eigentlich vom Reiche losgelöst; die endgültige Trennung war aber doch erst im westfälischen Frieden vollzogen worden.

Von da an führt die Schweiz staatsrechtlich ihr Eigendasein, und es traten trotz ihrer republikanischen Verfassung im Leben der Kantone dieselben Erscheinungen zutage, wie sonst auf dem Festlande. In den Kantonen maßte die dünne Oberschicht der „Herren" sich die Macht an und führte ein strenges, böses Regiment; französische Sitten, Gebräuche und Moden fanden Eingang, so daß die deutsche Eigenart des Landes gefährdet war.

Wie in Deutschland lehnten sich auch hier bedeutende Geister gegen diese Herrschaft des Welschtums auf und gewannen der deutschen Sprache ihr geschichtliches Recht wieder zurück.

Seit den Tagen Bodmers, Breitingers, Geßners und Albrecht von Hallers ist der geistige Zusammenhang mit dem Reiche aufrecht erhalten geblieben, wie er auch vorher immer — mit Ausnahme der vorübergehenden Welschtümelei — gefühlt und erkannt worden war.

Das strenge Regiment der Herren vom städtischen Patriziat brachte es mit sich, daß die französische Revolution in der unterdrückten Bevölkerung mit Freuden begrüßt wurde. Die Unzufriedenen riefen französische Hilfe an; sie wurde gerne gewährt; durch französische Heeresabteilungen wurden die bestehenden Kantonsregierungen gestürzt und eine einheitliche hel-

vetische Republik begründet, die ganz unter französischem Einfluß stand.

Der Fall Napoleons brachte die Befreiung des Landes von diesem übermächtigen Einfluß, und die alte Kantonsverfassung wurde wieder hergestellt. Auf dem Wiener Kongreß wurde die Schweiz für neutral erklärt; sie durfte von keinem der vertragschließenden Teile angegriffen werden, durfte keinen angreifen und durfte bei einem Kriege zwischen andern keine Partei ergreifen.

Damit war der Fortbestand der Eidgenossenschaft gewährleistet, sie selbst aber gleichzeitig aus dem großen politischen Leben ausgeschaltet.

Die Folgezeit brachte wieder in einigen Kantonen die alten Geschlechter zur Herrschaft, gegen die mannigfache Volkserhebungen erfolgten, bis das Jahr 1830 eine tiefgehende Bewegung hervorrief, die im großen ganzen segensreiche Wirkungen hatte.

Die Kantone erhielten durchweg freiheitliche Verfassungen; Träger der Staatsgewalt wurde das Volk selbst; Verwaltung und Rechtspflege wurden getrennt, Stadt und Land gleichgestellt — kurz der Bevölkerung wurden alle Freiheiten eines neuzeitlichen Gemeinwesens zuteil.

Aber die rückschrittlichen Kreise gaben sich noch nicht geschlagen; unter Führung der katholischen Strenggläubigen kam im Jahre 1847 der Sonderbund der katholischen Kantone zustande, der mit der Eidgenossenschaft und ihrer Verfassung im Widerspruche stand. Als der Sonderbund sich entgegen der Aufforderung der Tagsatzung nicht auflöste, wurde Waffengewalt angewandt, und in kurzem Feldzuge wurden die katholischen Kantone zur Unterwerfung gezwungen. Infolge dieses Sieges wurde die Verfassung der Eidgenossenschaft umgestaltet: nach dem trefflich bewährten Vorbilde der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurden alle Kantone zu einem Bundesstaate zusammengefaßt, der die militärische Hoheit und die äußere Vertretung des Landes, sowie einen Teil der Verwaltung und der obersten Gerichtsbarkeit übernahm, als Einnahmequelle aber die Zölle erhielt.

Damit hatte die staatliche Entwicklung der Eidgenossenschaft ihren Abschluß gefunden, und seit dem Jahre 1848 lebt sie selbst und ihre Glieder in gedeihlicher Entwicklung. Gewiß ist kein großer Zug in dem Dasein dieses kleinen Staates, kein fortreißender, mächtiger Gedanke ringt sich durch; er ist zwar gesichert vor den großen Nachbarländern, aber auch ausgeschlossen von den Vorgängen eines reichen politischen Lebens.

Nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 hatte die Schweiz rund 3750000 Einwohner, von denen 2600000 deutsch, 796000 französisch, 300000 italienisch und 41000 räto-romanisch sprachen; die Zahl der dort lebenden Reichsdeutschen betrug damals rund 200000.

Daraus ist zu ersehen, daß das Land, seinem Ursprunge entsprechend,

weit überwiegend deutsche Bevölkerung hat — aber es muß ausgesprochen werden, daß diese, die Deutschschweizer, keine Hinneigung zum Deutschen Reiche empfinden. Zwar ist die alte Vorliebe für Frankreich heute nicht mehr vorhanden, und der Gebrauch der französischen Sprache gilt in der deutschen Schweiz nicht mehr wie im 18. Jahrhundert als ein Zeichen von Vornehmheit; aber die Erhebung der nichtdeutschen Landesteile zu selbständigen und gleichberechtigten Kantonen hat dazu geführt, daß die Deutschen an der Sprachgrenze der Verwelschung nicht mehr den zähen Widerstand entgegensetzen wie in früheren Jahrhunderten, so daß auf das ehemalige stetige Vordringen der deutschen Sprache seit einem halben Jahrhundert mancherorts geradezu eine Abbröckelung von deutschem Sprachboden gefolgt ist.

Aber die fehlende Hinneigung zum Reiche hindert nicht, daß die deutsche Schweiz eine „geistige Provinz" des deutschen Gesamtvolkes ist und daß ein bodenständiges, unverwüstliches deutsches Volkstum dort lebt und wirkt.

Eine reiche Zahl bedeutender, ja wirklich großer Männer hat sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Alldeutschland geschenkt: im Schrifttum vor allem die großen Meister Jeremias Gotthelf, Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer und nach ihnen eine Reihe von Talenten; in der Malerei den herrlichen Arnold Böcklin und neuerdings Albert Welti.

Der Geschichtschreiber Jakob Burkhardt, der Staatsrechtslehrer Bluntschli haben mit einer großen Zahl bedeutender anderer Gelehrten das geistige Leben des gesamtdeutschen Volkes bereichert, wie denn ein reger Austausch von Gelehrten und Schülern zwischen den Hochschulen des Reiches und denen des ganzen deutschen Sprachgebiets ohne Unterlaß stattfindet. So zeigt sich, daß trotz der mangelnden Neigung der Schweizer zum Kernland ihres Volkes, zum Deutschen Reiche, doch die Natur mächtiger ist, als der Wille oder die Laune des Einzelnen: auch die deutsche Schweiz ist deutsches Land, ihre Bewohner sind Deutsche und sie bilden, ob sie wollen oder nicht, eine lebendige Einheit mit ihren Blutsgenossen überall sonst auf der Erde.

Die Niederländer.

Die Bewohner des Tieflandes an der Nordsee um die Rheinmündungen sind, wie wir wissen, Deutsche, und zwar Abkömmlinge der Franken, Sachsen und Friesen. Wir haben ihre politischen Schicksale verfolgt und erinnern uns, daß sie durch die burgundische Erbschaft im Jahre 1477 an Habsburg gefallen waren und dann von Karl V. seinem Sohne Philipp II. zugewandt wurden. Dessen Unduldsamkeit und Härte hatte den Freiheitskampf hervorgerufen (1568—1648), der zur völligen Unabhängigkeit der

nördlichen, reformierten Provinzen führte, während die südlichen, katholischen sich Habsburg wieder unterwarfen (1579).

Seitdem waren die Niederländer staatlich getrennt in die Generalstaaten unter den Oraniern als Erbstatthaltern und Süd-Niederland unter den spanischen Habsburgern. Der spanische Erbfolgekrieg hatte dies Gebiet im Frieden zu Utrecht (1713) wieder an die deutschen Habsburger gebracht, die es bis zur französischen Revolution behielten; dann erfolgte die Gründung der batavischen Republik, die beide niederdeutschen Gebiete umfaßte, und nach Napoleons Erhebung diejenige eines Königreichs Holland unter einem seiner Brüder.

Der Wiener Kongreß schuf ein Königreich der Niederlande unter dem Hause Oranien, dem auch Luxemburg als Großherzogtum unterstellt wurde: das Jahr 1830 aber brachte den Abfall der südlichen, katholischen Provinzen, die durch die Londoner Konferenz als selbständiges Königreich Belgien unter Leopold I. aus dem Hause Koburg anerkannt wurden (1831).

Seitdem geht die staatliche Entwicklung der Niederlande und Belgiens ihre getrennten Wege — das Volk aber ist eines Blutes und spricht eine Zunge, das zur selbständigen Sprache gewordene Niederdeutsch; es ist festzuhalten, daß es nicht nur stammverwandt ist mit den andern Deutschen Europas, sondern daß es dasselbe Volk ist, das nur durch politische Ereignisse — in der Hauptsache durch Habsburgs Schuld — staatlich von der Hauptmasse des Deutschtums absplitterte und sich infolge davon auch sprachlich trennte; die niederdeutsche Sprache teilte sich nochmals in die der nördlichen Provinzen, die nach der führenden Provinz kurz die holländische genannt wird, und die der südlichen, die vlämische. Beide Zweige haben sich Ende des 19. Jahrhunderts über eine gemeinsame Schriftsprache geeinigt.

Wir wollen in möglichster Kürze die Geschicke der Niederländer und der Vlamen verfolgen und im Zusammenhang damit das Deutschtum in Luxemburg betrachten.

Wir wissen, wie glänzend der Ruhm der Generalstaaten im Kampfe mit der spanischen Weltherrschaft aufstieg, und wie infolge der siegreichen Durchführung des Freiheitskrieges Nord-Niederland, das wir dem Sprachgebrauche folgend, Holland nennen dürfen, sich zur ersten Seemacht der Welt erhob. Es beherrschte die Meere und gewann Kolonien in allen Teilen der Erde. Das Jahr 1648 brachte die völlige Unabhängigkeit vom Reiche und die Anerkennung der staatlichen Selbständigkeit.

Nun erwuchs den Holländern in England ein gefährlicher Nebenbuhler, während im Innern Zwietracht und Krämergeist die Entwicklung hemmten; es ging bergab trotz der Tapferkeit der Flotte unter Admiralen, die den größten Seehelden aller Zeiten ebenbürtig sind. Bezeichnend für die Siegesgewißheit jener Tapferen, daß Martin van Tromp mit einem

Besen an der Mastspitze hinausfuhr, um das Meer von Engländern „rein zu fegen"; das ist ihm auch geglückt, ja er segelte sogar mit seinem Geschwader die Themse hinauf bis dicht vor London.

Als Frankreich und England im Jahre 1672 zusammen zu Wasser und zu Lande den Vernichtungskrieg gegen Holland begannen, kam noch einmal eine große Zeit — nicht das Verdienst des Volkes, sondern eines großen Mannes, des letzten, den Holland hervorgebracht, Wilhelms III. von Oranien. Er war die treibende Kraft im Kampfe gegen Ludwig XIV.; er verteidigte sich zu Lande mit Glück, zur See aber erkämpften seine Admirale — allen voran Michiel de Ruyter, ein nicht wieder erreichter Meister des Seekriegs — glänzende Siege über die Flotten Englands und Frankreichs.

Noch einmal hatte Holland eine Heldenzeit erlebt — aber mit Wilhelms III. Tode entschwand dem Leben des Staates jede Größe; der Krämergeist der „Regentenfamilien" gewann die Oberhand, und der Verfall ging rasend schnell von statten.

Es ist eine trübe, traurige Zeit, das ganze 18. Jahrhundert — es war, als sei der gute Geist des Volkes erstickt in den Reichtümern, die aus den ausgebeuteten Kolonien im Mutterlande zusammenströmten.

Die Flotte verkam, das Heer desgleichen — eine selbstbewußte Politik war unmöglich; ehrlos und feig schleppte sich das Leben dieses einst so stolzen Gemeinwesens hin, bis es dem Ansturme der französischen Revolution erlag.

Eine Folge des erzwungenen Anschlusses an Frankreich war, daß England, das in einem durch keinen Friedensschluß unterbrochenen Kampfe mit der Republik sowohl wie mit Napoleon lebte, sich im Seekriege eines wichtigen Teiles der holländischen Kolonien bemächtigte und sie auch im Wiener Frieden behielt, vor allem das zukunftreiche Kapland. In der Hauptsache verblieben dem neu gegründeten Königreiche der Niederlande die Besitzungen im fernsten Südosten, eine stetig fließende Quelle des Reichtums — für den Staat aber durch die fortgesetzten Aufstände der gedrückten Eingebornen eine kostspielige Last, die er kaum mehr zu tragen vermag.

Nach der Trennung Belgiens (1831) verlief das Leben des Landes in einförmiger Gleichmäßigkeit, jedes großen Zuges entbehrend; es ist wirklich so, als seien die edeln Kräfte des Volkes in seiner großen Kampfeszeit aufgebraucht worden.

Einst so fruchtbar an bedeutenden Männern, bringt es jetzt kaum mehr Persönlichkeiten hervor, die Beachtung verdienen, und seinen größten Sohn seit jener Zeit, den Dichter Eduard Douwes Dekker, der unter dem Namen Multatuli verdienten Ruhm erworben hat, trieb es in die Verbannung, weil er, die Verhältnisse der Kolonien genau kennend, für die ausgesogenen Eingebornen eingetreten war.

Die reiche Vergangenheit in Kämpfen und Siegen, die Blütezeit der Baukunst und der Malerei, der Staatskunst und der Wissenschaften — all das ist ein totes Vermögen geworden, auf das der Holländer hochmütig pocht, das ihn aber nicht zu einer Erhebung der Seele über die Engherzigkeit des Alltags zu bringen vermag.

Auch hier begegnen wir der Abneigung gegen das Reich; der Holländer dünkt sich besser als der Reichsdeutsche und blickt mit Überhebung auf ihn herab. Dazu kam nach der Gründung des Deutschen Reichs die Furcht, gewaltsam in den Reichsverband aufgenommen zu werden, obwohl eine solche Absicht im Reich bei niemand bestand.

Im Weltkrieg hat die weitaus überwiegende Mehrzahl der Holländer innerlich auf der Seite der Feinde Deutschlands gestanden, und die Presse, sowie die verschiedenen Volksschichten scheuten sich nicht, ihre Abneigung, ja ihren Haß gegen das Deutsche Reich und sein Volk offen zur Schau zu tragen.

Die Bevölkerung betrug bei der Zählung von 1909 rund sechs Millionen. Es ist unbestreitbar, daß sie sich zur Zeit mehr als je innerlich und äußerlich von dem großen deutschen Hauptvolke entfremdet hat. Welche Folgen das für Holland selbst haben wird, lehrt die Zukunft.

* * *

Während Nordniederland nur von Bewohnern einer Sprache und derselben Abstammung besiedelt ist, finden sich in Südniederland, in Belgien neben den Vlamen, die niederdeutschen Blutes und derselben Sprache sind, Wallonen (Walen), die eine Mischung aus germanischem und romanischem Blute darstellen und französisch sprechen.

Das Zahlenverhältnis ist nach der letzten Zählung so, daß rund 5 Millionen Vlamen neben 3 Millionen Wallonen in Belgien leben. Trotzdem zeigt das öffentliche und gesellschaftliche Leben des Landes französisches Gepräge, was leider in der besitzenden und gebildeten Oberschicht besonders in Erscheinung tritt. Dies erklärt sich aus der geschichtlichen Entwicklung: die bevorzugte Sprache des burgundischen Hofes war französisch, und sie ist es während der Zeit Karls V. und nachher unter den spanischen Habsburgern geblieben; das Volk selbst freilich war seiner Sprache treu geblieben und ist es bis heute.

Als aber im Jahre 1831 die Losreißung vom Königreich der Niederlande erfolgte und ein selbständiges Belgien gebildet wurde, ging die Absicht der Urheber jener Umwälzung dahin, die politische Trennung möglichst zu unterstreichen und durch eine sprachliche zu vertiefen; dazu kam, daß sie meist französisch gebildet und von französischer Gesinnung erfüllt waren, wie denn die belgische Revolution in der Haupt-

sache eine Folge der französischen Julirevolution war: so ist es zu erklären, daß französisch zur Staatssprache bestimmt wurde.

Mit der Begünstigung der französischen Sprache im Staatsleben war eine Bevorzugung des wallonischen Teiles der Bevölkerung verbunden, die naturgemäß zu einer Zurücksetzung der Vlamen, ja zu einer gewissen Entrechtung führte: nur diejenigen Vlamen gelangten in öffentliche Ämter, die sich zum Gebrauch der französischen Sprache bequemten. Dabei blieb es aber nicht: man ging offen zum Kampfe gegen das Vlämische über und versuchte, die Alleinherrschaft des Französischen durchzusetzen; in den Schulen wurde nur französisch gelehrt und das Vlämische als eine nur für das niederste Volk geeignete arme Mundart verhöhnt.

Aber solcher Druck mußte Widerstand hervorrufen — und noch war das neue Königreich Belgien nicht zehn Jahre alt geworden, da waren auch dem Vlamentum in Jan Frans Willems und Hendrik Conscience geistige Führer von Bedeutung erstanden, beide Dichter von dauerndem Namen, vor allem aber begeisterte Vorkämpfer ihrer schönen und reichen Muttersprache. An sie schloß sich eine Schar von hervorragenden Schriftstellern und Gelehrten an, und das vlämische Volk erlebte eine Wiedergeburt von erstaunlichem Reichtum; die vlämische Musik fand bedeutende Tondichter, von denen Peter Benoit und F. A. Mesdag, wie Gevaert hier genannt seien.

Allerorten wurden Vereine ins Leben gerufen, Zeitungen gegründet und mit Eifer die politische Rückeroberung der alten Rechte des Vlämischen als der Sprache der Mehrheit der Landesbewohner vorbereitet. Mit Nachdruck betonten die Führer des Vlamentums den geistigen und geschichtlichen Zusammenhang mit dem alten großen Vaterlande, mit dem Gesamtdeutschtum, und sie fühlten sich als Söhne des deutschen Volkes.

Das kam im Jahre 1870/71 ergreifend zum Ausdruck; während in Holland die Stimmung franzosenfreundlich war, so daß der preußenfeindliche König Wilhelm III. daran dachte, sich auf Napoleons Seite zu schlagen, empfanden die Vlamen dessen Anmaßung als Angriff gegen alle Deutschen; sie bangten um Deutschland und jubelten, als unsere Heere von Sieg zu Sieg schritten; sie hatten das richtige Gefühl, daß ihr eigenes Vaterland Frankreichs Beute werden müßte, wenn Preußen-Deutschland niedergeworfen worden wäre. Lauter jauchzten die Zuhausegebliebenen im Reiche nicht, als die wackeren Vlamen nach dem Tage von Sedan, und in feurigen Gedichten sprachen sie den Siegern den Dank dafür aus, daß sie durch ihre Tapferkeit auch Maas und Schelde vor der Herrschaft der Franzosen bewahrt.

Durch diese Ereignisse wurde die politische Bewegung neu belebt, man ruhte nicht, bis die Gleichberechtigung erstritten war, und Eduard

Coremans aus Antwerpen, der tapfere politische Vorkämpfer seines Volkstums, führte seine Getreuen von Erfolg zu Erfolg; es wurde erreicht, daß in Schule und Kirche, vor Gericht, in der Gemeinde- und Staatsverwaltung, in der Volksvertretung und in der Gesetzgebung das Vlämische gleiches Recht mit dem Französischen erlangt hat — aber es ist nicht zu verkennen, daß dies Ergebnis vorläufig noch nicht in großem Maßstabe in die Tat umgesetzt worden ist. Die Beamtenschaft, welsch erzogen und gewöhnt, und die gesellschaftliche Oberschicht mit ihrer Vorliebe für Frankreich — beide nach Gesinnung verwelscht — leisten dem Vordringen des Vlämischen zähen Widerstand, und es wird noch manchen Kampf kosten, bis die Sprache der Mehrheit auch in der tatsächlichen Übung zu ihrem Rechte gekommen ist.

Aber die Gewißheit besteht: das niederdeutsche Vlamentum ist erwacht; es wird nicht wieder in Schlaf versinken, und es wird siegen, wenn es entschlossen und mutig sein Ziel weiter verfolgt.

Einen tätigen Bundesgenossen findet es an der niederen katholischen Geistlichkeit, die hier — anders als sonst in den Daseinskämpfen des deutschen Volkes, abgesehen von Süd-Tirol — sich auf die vlämische Seite geschlagen hat.

Die politischen Verhältnisse des Landes sind unerfreulich: nachdem über ein Menschenalter hindurch die Liberalen die Regierung in der Hand gehabt haben, wurden sie im Anfang der achtziger Jahre von den Klerikalen verdrängt, die seitdem ihre Herrschaft im Sinne strengen Kirchentums ausüben; eine sehr starke sozialistische Bewegung in den Mittelpunkten der Industrie hat zwar wiederholt schwere Erschütterungen gebracht — aber die Kirche war jedenfalls bis zum Ausbruch des Weltkriegs noch Herrin im Lande.

Belgien war bei der Gründung des Staates für neutral erklärt worden; trotzdem war Napoleon III. entschlossen, im Kriege mit Deutschland die Neutralität nicht zu beachten, und es war die Frage, ob bei der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den großen Mächten, die bei der Zuspitzung der Gegensätze unter ihnen seit 1911 unausbleiblich war, das kleine Land sich unparteiisch halten wollte und könnte — weiter, ob und in welchem Umfange es in den Kampf hineingezogen würde. Manche Anzeichen deuteten darauf hin, daß die französisch gesinnten Machthaber bereits mehrere Jahre vor Kriegsausbruch ihre Wahl dahin getroffen hatten, daß sie auf der Seite der Feinde des Deutschen Reichs stehen wollten; sie sind durch Urkunden, die während des Kriegs in deutsche Hand fielen, bestätigt worden.

Die militärische Notwendigkeit zwang die deutsche Heeresleitung, den Aufmarsch gegen die Franzosen und Engländer durch Belgien zu bewerkstelligen. Was darauf gefolgt ist, werden wir später hören.

Hier ist festzustellen, daß der Krieg auch die Mehrheit der vlämischen

Bevölkerung weiter als je von den Deutschen des Reichs getrennt hat. Ob dieser Zustand in absehbarer Zeit zum Guten geändert werden kann, bleibe dahingestellt — nicht minder auch, ob die feindliche Gesinnung der Vlamen gegen die Reichsdeutschen die Preisgabe des eignen Volkstums zugunsten der Verwelschung fördert.

Darüber wird die nächste Zukunft entscheiden.

* * *

Luxemburg das nicht eigentlich niederdeutsches Sprachgebiet ist, wegen der nach Lage und Geschichte sich ergebenden Zusammenhänge aber hier mit behandelt werden darf, bietet ein trauriges Gegenstück zu dem eben Berichteten. Dies kleine Land hat, abgesehen von nicht ganz 4000 eingewanderten Franzosen, eine Bevölkerung von einer Viertelmillion, die rein deutscher Abstammung ist. Trotzdem ist der deutsche Charakter völlig verwischt, und die Luxemburger stehen den Reichsdeutschen mit Feindschaft gegenüber, während sie den Franzosen freundlich gesinnt sind — und dies, obwohl sie vom Wiener Kongreß bis zum Jahre 1866 zum deutschen Bunde gehört haben, obwohl sie bis zum Frieden von Versailles dem deutschen Zollverband angehörten und ihm ihren Wohlstand verdanken, und obwohl 1867 Bismarck ihre Selbständigkeit vor den Gelüsten Frankreichs gerettet hat.

Hier zeigt sich, wie widrige politische Schicksale, Unsicherheit der politischen Zugehörigkeit und der Einfluß der oberen Stände einem Volke den Charakter brechen können; so spielen die Luxemburger, die Deutsche sind und es nicht sein wollen, die Franzosen sein wollen und es nicht sind, eine klägliche Rolle, die dadurch noch lächerlicher wird, daß sie glaubten und glauben, mit Hochmut auf die Reichsdeutschen herabsehen zu dürfen und sich ihnen überlegen zu halten. Ein armseliges Zwitterding von Volk, dessen Verwaltungs- und Gerichtssprache französisch ist, während der höhere Unterricht zweisprachig und der in den Volksschulen deutsch ist, und im Verkehr — wegen der Zugehörigkeit zum Zollverband und den unter deutscher Verwaltung stehenden Eisenbahnen — wenigstens bis zum Ende des Weltkriegs das Deutsche vorherrscht.

Das Land ist seit 1867 neutral.

Im Buche des gesamtdeutschen Volkstums steht Luxemburg als toter Posten; die Kluft zwischen den Reichsdeutschen und Luxemburgern wurde durch die Ereignisse des Kriegs noch vertieft.

Das Deutschtum in Rußland.

Im europäischen Rußland lebten, als der Weltkrieg ausbrach, neben rund 150000 Reichsdeutschen über 2 Millionen Deutsche, deren Siedlungen

nach Lage, Geschichte, Gliederung und wirtschaftlicher Entwicklung große Verschiedenheiten aufweisen.

Am bedeutungsvollsten ist das Deutschtum in den Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland, das sich auf weit vorgeschobenen Posten in ähnlicher Lage befindet wie dasjenige Siebenbürgens, wie denn auch die „Balten" mit den „Sachsen" in bezug auf die zäheste, opferwilligste Verteidigung ihres Volkstums wetteiferten.

Die Besiedelung dieser Gebiete hat, wie wir uns erinnern, zwei Ausgangspunkte: die überseeische Ausdehnung der Herrschaft der Hanse, besonders Lübecks vom 12. Jahrhundert ab, und die Eroberung durch den Orden der Schwertbrüder und nach ihm der Deutsch-Ritter im 13. Jahrhundert. Die Kraft des deutschen Bürgertums vereinigte sich mit derjenigen des Rittertums; beide stoßen fast gleichzeitig nach Nordosten vor, um dem Deutschtum neuen Boden zu gewinnen; die katholische Kirche jener Tage verbündete ihre kulturbringende Macht mit ihnen und brachte dem eroberten Neuland das Christentum. Im Laufe von rund 70 Jahren — etwa von 1170—1240 war dies große Werk vollbracht, und alles Land von der Mündung der Memel bis zu der der Narowa dem Deutschtum unterworfen. Ein reiches deutsches Leben erblühte dort an der Ostsee; prächtige Städte wie Riga, Reval und Dorpat entstanden, zahllose Burgen und Schlösser des Ordens bedeckten das Land und hielten es in Ordnung. Nur ein Unglück, daß der Zuzug aus dem Reiche nicht stark genug war und zu früh aufhörte, vor allem daß Bauern bei der Besitzergreifung ganz fehlten und erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts ins Land gezogen wurden; ihre Zahl war auch dann viel zu gering, um die Eindeutschung der eingeborenen Letten und Esten durchsetzen zu können.

Dadurch war und blieb es in Frage gestellt, ob die eroberten Lande dauernd und völlig für das Deutschtum gewonnen waren; dieser Übelstand wurde durch die Zwietracht der Deutschen verstärkt, indem der Ritterorden, die reichen Städte und die großen geistlichen Herren untereinander in Eifersucht, ja oft in offenem Kampfe lebten; so war die Kraft des Deutschtums gelähmt. Verhängnisvoll war endlich, daß zwischen den ostpreußischen Landen des Ritterordens und Livland eine Verbindung nicht hergestellt wurde, da es nicht gelang, die dazwischenliegende litauische Landschaft Samaiten zu unterwerfen; das Stammland des Ordens blieb von dem neuen Gebiete getrennt.

Diese Umstände haben es zusammenwirkend dahingebracht, daß das Deutschtum mit dem politischen Erstarken der Nachbarvölker und mit der kulturellen Hebung der Eingeborenen gefährdet werden mußte.

In Betracht kamen für diese Gefährdung von Süden, Osten und Westen Litauer, Polen und Russen, wie von Norden die Schweden. Mit zäher Tapferkeit erwehrte sich der Orden seiner slawischen Feinde, und seine

Landmeister — vor allem der große Wolter von Plettenberg — haben Bewundernswertes geleistet: bis 1560 hielten sie allen Angriffen stand, dann aber erlag das Ordensland dem übermächtigen Feinde. Wenn man diese Leistung des Ordens richtig einschätzen will, muß man bedenken, daß sein Gebiet die slawischen Massen des Hinterlandes vom Meere fernhielt und daß diese nach der Ostsee vordringen mußten; einerlei, welches der slawischen Völker dort im Wandel der Zeiten die Oberhand gewonnen hatte, das jeweils herrschende mußte nach dem Meere streben: so kam es, daß der furchtbare politische Druck der Slawen von drei Seiten — von Westen, Süden und Osten auf das Land wirkte, und es ist klar, daß es unter ihm zusammenbrechen mußte, wenn nicht ein Massenzuzug von Volksgenossen aus dem Reiche seine Verteidigungskraft genügend stärkte.

Aber ein solcher blieb nicht nur aus, sondern die kirchliche Umwälzung der Reformation, die auf den Ordensstaat übergriff und ihre Wirkung äußerte, brachte neuen inneren Zwist und schwächte dies geistlich-ritterliche Gemeinwesen.

So ist sein Zusammenbruch nicht zu verwundern — zu bewundern aber die Tatkraft des Ordens, die so lange im Kampfe ausharrte.

Die ersten Besieger waren die Polen im Zusammenwirken mit den Schweden: das Jahr 1561 sah Livland polnisch, Estland schwedisch, während Kurland sich als weltliches Herzogtum unter polnischer Lehnshoheit hielt. Von da an bis zum Jahre 1795, das die Ausdehnung der russischen Herrschaft auf alle drei Gebiete brachte und seitdem bis in den Weltkrieg dauernde Verhältnisse schuf, waren die Schicksale des Landes wechselvoll; es bildete in den fortgesetzten Kämpfen zwischen Schweden, Russen und Polen nicht nur den Siegespreis, sondern mußte zu oft auch den Kampfplatz abgeben. So hatte es eine an Leiden, Verwüstungen und Bedrückung überreiche Zeit durchzumachen, bis endlich, im Frieden zu Nystadt (1721), Livland und Estland als Beute des nordischen Krieges von Schweden an Zar Peter den Großen abgetreten wurden; im Jahre 1795 brachte die dritte Teilung Polens den Russen das bis dahin noch unter polnischer Hoheit gebliebene Herzogtum Kurland.

Die russischen Herrscher hatten den Landen die Rechte, die ihnen Schweden und Polen zugestanden hatten, feierlich verbrieft und verbürgt: den Deutschen wurde die Selbstverwaltung belassen, das Deutsche blieb Landessprache, und den Deutschen wurde die Freiheit des Glaubens gewährleistet. So brachte die russische Herrschaft dem Lande sichere Verhältnisse und eine Zeit ruhiger Entwicklung; das durch die Kriegsstürme der vergangenen Jahrhunderte bis zum Tode erschöpfte Deutschtum erholte sich langsam und erhielt eine Auffrischung seiner Kraft durch neue Einwanderer aus dem Reiche.

Der russische Staat hat diese milde Behandlung der eroberten Pro-

vinzen nicht zu bereuen gehabt, denn das baltische Deutschtum schenkte ihm zum Danke eine unübersehbare Fülle bedeutender Männer, die ihm als Feldherrn, Staatsmänner und Gelehrte dienten und die recht eigentlich das politische und sittliche Rückgrat des ungeheueren Staatswesens abgaben.

Andrerseits hatte sich die altansässige Bevölkerung der Esten und Letten nicht über die deutschbaltischen Herren zu beklagen: aus eigenem Entschluß beseitigten die Stände die Leibeigenschaft (1802), ordneten die ländlichen Besitzverhältnisse in geradezu vorbildlicher Weise, versorgten das flache Land mit Kirchen und Volksschulen — wie denn Letten und Esten seit der Aufnahme der Reformation im Lande auch evangelisch geworden waren und allmählich zu erfreulichem Wohlstande gediehen. Es herrschte zwischen den Deutschen und der alten Bevölkerung volles Einverständnis — zum Nutzen des Landes, nicht am wenigsten aber zum Vorteil des russischen Staates und seines Herrscherhauses.

Das wieder zur Kraft gekommene Deutschtum ruhte nicht auf seinen Erfolgen aus: wie es für die frei gemachten Esten und Letten geistig und wirtschaftlich sorgte, so ordnete es auch die Verhältnisse zwischen Ritterschaft, Städten und Bauern in gerechter Weise, richtete ausgezeichnete Bildungsanstalten ein, deren Bau mit der Gründung der Universität Dorpat gekrönt wurde (1802). Das Land war zufrieden und glücklich und konnte eine gedeihliche Entwicklung erwarten.

Aber die russische Regierung wollte es anders.

Nachdem schon Zar Nikolaus I. einen, aber bald wieder aufgegebenen Versuch unternommen hatte, die verbrieften Rechte der baltischen Stände zu beschränken und die Bevölkerung russisch zu machen, ließ sich Alexander II. zu einem umfassenden und gewaltsamen Angriffe gegen die Deutschen verleiten. Die Ursachen und Zusammenhänge sind hier ähnliche, wie bei der staatzerstörenden Politik Kaiser Franz Josefs zugunsten der Slawen in Österreich: wie man ihn nach 1866, und erst recht nach 1871 glauben machte, daß die Deutschen seines Landes eine Vereinigung mit dem Deutschen Reiche herbeisehnten, so behaupteten die Vorkämpfer der allrussischen Bewegung (Panslawisten) in Alexanders Umgebung, daß die Balten hochverräterische Absichten hegten.

Er ließ sich betören und ließ — um mit den Worten eines genauen Kenners der russischen Geschichte zu reden — den Ast absägen, auf dem der russische Staat und sein Herrscherhaus saß; sein Sohn Alexander III., an sich ein Feind des Deutschen Reiches, setzte die Politik seines Vaters mit Überzeugung und Entschlossenheit fort und verweigerte bei seiner Thronbesteigung im Jahre 1881 die Bestätigung der alten Rechte der Deutschen. Mit rücksichtsloser Härte wurde die Arbeit der Sicherung des russischen Einflusses und der Staatshoheit in den baltischen Landen in

Angriff genommen, — und wie in Österreich die Begünstigung der Tschechen und Slowenen zu einer Zerrüttung des ganzen staatlichen Lebens führte, so geschah es auch hier: man stachelte die bisher ruhigen und zufriedenen Letten und Esten gegen die Deutschen auf, trieb sie in eine Stimmung wilden Hasses und Neides hinein und entfesselte damit bisher niedergehaltene Triebe, die einmal zum Ausbruch gekommen, sich nicht nur gegen die Deutschen, sondern gegen den Staat wenden mußten. So wurde die Stellung des Deutschtums untergraben — daneben wurden Schulen, Verwaltung, Rechtspflege russisch gemacht, die deutsche Sprache wurde aus dem staatlichen Leben verdrängt, die deutsche Universität Dorpat wurde in eine russische verwandelt und der jahrhundertalte Namen der Stadt in „Jurjew" umgetauft.

Wer von Beamten, Geistlichen, Lehrern sich nicht fügte, wurde ohne Gnade bestraft und verlor seine Stellung; wer seine Kinder deutsch unterrichten lassen wollte, mußte es auf eigene Kosten in geschlossenen Schulen tun.

Kurz, es hob eine Verfolgung des Deutschtums an, die, von unwissenden und rohen russischen Beamten ausgeführt, ebenso grausam wie töricht war.

Die Kulturarbeit von Jahrhunderten war zum Stillstande gebracht — aber damit nicht genug, sie wurde durch die Stürme der estnisch-lettischen Revolution im Jahre 1905—1906 zum Teil vernichtet.

Als im ganzen russischen Reiche in Nachwirkung des japanischen Krieges eine auf die Erlangung politischer Freiheit gerichtete Bewegung einsetzte, die in vielen Gegenden umstürzlerisches Wesen annahm, kam es in den baltischen Landen zu einer wüsten Erhebung der durch die Regierung zum Deutschenhaß herangezogenen Esten und Letten; wie in den schlimmsten Tagen der französischen Revolution hausten die Banden der Umstürzler; Meuchelmord, Raub, Brandstiftung — mit Blutgier, Feigheit und Hinterlist ausgeführt — waren an der Tagesordnung. Zahllose alte deutsche Kulturstätten, Schlösser, Burgen, Kirchen und Gutshöfe wurden eingeäschert — Rittergutsbesitzer und Geistliche ermordet: kurz, es war ein wüstes und schändliches Treiben, dem die Regierung lange Zeit untätig zusah.

Unschätzbarer Schaden war angerichtet, als die Deutschen durch einen gut wirkenden Selbstschutz zur Verteidigung ihrer vom Staate preisgegebenen Sicherheit vorgingen; dann erst entschloß sich die Regierung zu kräftigen Maßregeln, nachdem im ganzen Reiche die staatstreue Bevölkerung sich gegen das Treiben der Umstürzler ermannte, und als auch das Staatseigentum gefährdet war.

Nachdem so in den Letten und Esten ein wilder, vor keinem Verbrechen zurückschreckender Feind des Staates herangezogen war, hätten die russischen Staatslenker zur Vernunft kommen und die staatsbildende und erhaltende Kraft der Balten erkennen sollen; es hätte den Regierenden zu denken

geben können, daß die Ostseeprovinzen ein sicherer Hort des Zartums waren, solange der deutsche Einfluß dort maßgebend war, und daß sie zu einer Brutstätte staatsfeindlicher Umtriebe geworden sind, nachdem einmal die eingeborene Bevölkerung von der wohltätigen Führung der Deutschen „befreit" und sich selbst überlassen war. Aber nichts dergleichen geschah.

Eine genaue Ermittelung der Stärke des Deutschtums in den Ostseeprovinzen ist ebensowenig möglich gewesen, wie im übrigen Rußland; doch gaben sie zuverlässige Schätzungen auf nicht ganz 200000 Seelen an, etwa neun vom Hundert der Gesamtbevölkerung, als der Krieg ausbrach.

Die Führung des deutschen Volkes dort hat der grundbesitzende Adel, die alten und zum großen Teile ruhmvollen Geschlechter, die seit Jahrhunderten ansässig, stets der deutschen Sache treu geblieben sind und daneben dem russischen Reiche unschätzbare Dienste geleistet haben.

Das Wort „Adel verpflichtet" wird nirgends besser wahr gemacht, als von den Nachkommen dieses deutschen Schwertadels, der sich eins fühlt mit den deutschen Bürgern und Bauern, der nicht nur ihre Leiden und Nöte kennt, sondern sie selbst durchzumachen hat, und der entschlossen ist, sein Volkstum ritterlich bis zum letzten zu verteidigen.

Neben ihm sind es die tapferen lutherischen Geistlichen, die berufen sind, für die deutsche Sache einzutreten; und wirklich zeigen sie sich nicht nur als mutige, auch nicht vor dem Martyrertum zurückschreckende Bekenner ihres vom Staate verfolgten und gefürchteten Glaubens, sondern auch als Vorkämpfer ihres Volkstums. Die letzten Jahre hatten auch der deutschen Presse größere Bewegungsfreiheit gebracht, so daß sie, ohne sofortige Beschlagnahme befürchten zu müssen, entschiedener den geistigen Kampf für das Deutschtum führen konnte.

Alles in allem: wenn irgendwo in der Welt tapfere und volksbewußte Deutsche leben, so sind es die in den baltischen Landen; wenn irgendwo Deutsche zum Wohle ihres Wirtsvolkes gewirkt haben, so sind sie es; wenn irgendwo der dauernde Vorteil des Staates mit ihrem Bestehen verknüpft war, so war es dort.

Alle Deutschen auf Gottes weiter Erde haben das Recht, auf solche Blutsgenossen stolz zu sein — die im Reiche aber dürfen ihre Staatslenker fragen, ob sie ruhig zusehen wollen, wie ein so ruhmvoller Teil der Volksgesamtheit den Verzweiflungskampf kämpft: denn das ist er heute, nachdem das russische Reich zertrümmert ist, noch weit mehr als es zur Zeit der Deutschen-Verfolgung durch den russischen Staat der Fall war. Hierüber werden wir bei der Schilderung der Ereignisse und Folgen des Weltkriegs zu berichten haben.

* * *

Viel jünger sind die deutschen Siedelungen im Innern Rußlands: im Westen in Wolhynien und Podolien etwa 120000 Seelen, im Süden in Bessarabien, Taurien und Cherson über 400000, an der Wolga ebenso viele.

Alle diese Siedlungen sind das Werk russischer Herrscher, und alle deutschen Stämme sind an ihnen beteiligt: Katharina II. und Alexander I. waren es hauptsächlich, die unter dem Versprechen besonderer Vorteile ganze Scharen Deutscher zur Einwanderung veranlaßt haben, und es ist ein Beweis der deutschen Wanderlust, daß Württemberg, Baden, die Schweiz, Hessen und die Pfalz, Westfalen und Holstein, Bayern und Tirol, Ostpreußen und Holland, Sachsen und Schlesien ihren Anteil dazu stellten.

Sie wurden gerufen, um das Land urbar zu machen, die eingeborene Bevölkerung durch ihr Beispiel zu lehren und heranzuziehen — kurz: sie sollten als Kulturträger für das völlig darniederliegende bäuerliche Leben Rußlands wirken.

Sie haben in der trostlosen Umgebung zum Teil versagt, zum Teil haben sie ihre Aufgabe erfüllt, aber mit dem Erfolge, den solche Kulturträger immer zu gewärtigen haben, daß sie von der herangezogenen eingeborenen Bevölkerung Undank ernten, und daß sie dem Staate, der sie gerufen, verdächtig werden, wenn sie nicht ihr Volkstum verleugnen wollen.

Vor dem Kriege waren diese deutschen Siedlungen, die politisch immer bedeutungslos waren, in der Mehrzahl dem Untergange geweiht: denn der russische Staat arbeitete, wie in den Ostseeprovinzen, daran, sie zu entdeutschen, indem er ihre Schulen russisch machte und damit den Unterricht in der Muttersprache verhinderte. Kein Zweifel, daß ein Teil der Eingewanderten die Gewohnheiten der russischen Umgebung angenommen hatte und für das deutsche Leben verloren war — wo aber die deutschen Geistlichen ihre Pfarrkinder fest in der Hand hatten, da herrschte Wohlstand, Zucht und Ordnung; dies galt besonders für die Kolonien im Süden Rußlands, und die wohlhabenden deutschen Bauern dort verstanden es, sich und die Ihren deutsch zu erhalten. Aber auch sie gerieten in ernste Gefahr, als die „nationalistische", d. h. allem nichtrussischen Volkstum feindliche Strömung, die im russischen Volke und in den führenden Schichten längst vorhanden war, auch die Regierung ergriffen hatte. Mißtrauisch und mißgünstig betrachtete man die deutschen Siedlungen und suchte durch gesetzliche und Verwaltungsmaßregeln ihre Bewohner zum Russentum zu zwingen. So sind diese Deutschen ihres Besitzes unfroh geworden und sahen bereits vor dem Kriege eine unsichere Zukunft vor sich; das hat dahin geführt, daß sie sich zum Teil zur Auswanderung entschlossen hatten, daß ein anderer, wohl größerer Teil mit dem Gedanken umging, das Gleiche zu tun, als der Krieg kam.

Bescheidene Anfänge wurden vom Reich aus gemacht, um die Rückwanderung aus Rußland und Russisch-Polen in die alte Heimat einzuleiten. Aufgabe einer tatkräftigen Reichspolitik wäre es gewesen, sie mit großen Mitteln durchzuführen. Oder sollte das Reich zusehen, daß diese äußersten Außenposten, wenn ihnen das Dasein dort unerträglich geworden war, den Weg übers Meer einschlugen, nach Amerika? Es war ein dringendes Gebot weitschauender Volkspolitik, diese Söhne unseres Volkes dem geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet in Europa zu erhalten — aber bevor noch rettende Maßnahmen vom Deutschen Reich als der alten Heimat der Deutschen in Rußland ergriffen wurden, brach der Weltkrieg aus; seine Folgen waren, wie wir sehen werden, für die Deutschen verheerend — schlimmer vielleicht noch diejenigen des russischen Umsturzes mit der folgenden Lösung jeder Ordnung.

Das Deutschtum in der Zerstreuung.

Der deutsche Wandertrieb, immer noch so lebendig wie im Anbeginn unserer Geschichte, hat es dahin gebracht, daß keine Gegend der bewohnten Erde zu finden ist, in der nicht Deutsche leben: von dem äußersten Norden Europas, Asiens und Amerikas bis zur Südküste Australiens — überall sind sie anzutreffen; wohl mag ein guter Teil davon Abenteurer sein, in der Hauptsache aber sind es fleißige, tüchtige Menschen, die in allen Berufen — als Bauern, Kaufleute, Ingenieure, Seeleute, Gelehrte — ihren Erwerb suchen und die ihrer neuen Heimat ebenso nützen, wie sie selbst ihr Fortkommen finden.

Um ein Bild von der Verbreitung unseres Volkstums unter den anderen Völkern und in fremden Staaten zu geben, sei die Anzahl der Deutschen mitgeteilt, die sich dort vor dem Kriege fanden; dabei wird von den Siedlungen abgesehen, die bereits behandelt sind:

In Europa:

Frankreich	500000
Dänemark	50000
Schweden	5000
Norwegen	2600
England	120000
Rumänien	50000
Serbien	7000
Bulgarien	3500
Türkei	15000
Griechenland	1000
Italien	56000
Spanien	3000
Portugal	1000

Amerika:	
Vereinigte Staaten	12000000
Kanada	400000
Mexiko	5000
Mittelamerika	2000
Westindische Inseln	5000
Kolumbien	3000
Venezuela	2000
Brasilien	450000
Uruguay	5000
Argentinien	40000
Paraguay	3000
Chile	14000
Peru	2000
Übriges Amerika	2000
Asien:	
Russisch-Asien	80000
Türkisch-Asien	5000
China	4200
Kiautschau	4000
Japan	1000
Südasien	50000
Afrika:	
Deutsch-Afrika	19000
Britisch-Südafrika	740000
Ägypten	12000
Übriges Afrika	10000
Australien:	
Australien und Neu-Seeland	110000
Deutsche Südsee-Inseln	1200
Übrige Südsee-Inseln	2000

Diese gewaltige Zahl Deutscher — nach den soeben mitgeteilten zuverlässigen Schätzungen nahe an 15 Millionen — setzt sich zusammen aus Angehörigen aller deutschen Stammlande, die wir bisher betrachtet haben, also des Reiches, Österreich-Ungarns, der Schweiz und der Niederlande; das gesamte deutsche Volk ist dabei als lebendige Einheit anzusehen, als die Volksgemeinschaft, die ihre Glieder an fremde Völker und Länder durch die Auswanderung abgibt; die weitaus überwiegende Mehrzahl dieser 15 Millionen wird aber aus den Reichsgrenzen gestammt haben, wenngleich die Zahl sich nicht genau ermitteln läßt.

Von dieser über die ganze Erde zerstreuten deutschen Auswanderung sind drei Fälle besonders wichtig, weil sie das Schicksal der aus der Heimat

Weggezogenen besonders klar zeigen und auch durch die Lehren, die sie der Gegenwart erteilen, bedeutsam sind: die nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die nach Brasilien und endlich die nach Südafrika. Sie verlangen eine nähere Betrachtung, nehmen sie doch von jenen 15 Millionen rund 13 Millionen zusammen in Anspruch; ihre Geschichte wird uns nachher beschäftigen. Die verbleibenden zwei Millionen verteilen sich auf alle übrigen Länder, wo sie als Kulturträger dieselbe Aufgabe erfüllen, die unser Volk von je den tieferstehenden Völkern gegenüber erfüllt hat.

Soweit es sich um Auswanderer handelt, die dauernd in der neuen Heimat zu bleiben entschlossen sind, müssen die zu Hause gebliebenen sich an den Gedanken gewöhnen, daß diese Blutsgenossen in absehbarer Zeit ihrem Volkstum verloren sind, da sie in dem Gastvolke aufgehen; sie bedeuten also einen Verlust für das Stammvolk, der um so nachteiliger ist, als das Gastvolk durch ihr Aufgehen kulturell, politisch und wirtschaftlich gehoben wird, so daß mindestens die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Stammvolke am letzten Ende beeinträchtigt wird. Daher war es zur Zeit der Blüte des Reichs für die Heimat von größtem Belang, daß die Zahl der dauernd Auswandernden verringert werde und daß die in das Ausland gehenden Deutschen dem englischen Beispiele folgend wieder zurückkehrten, sobald sie genug erworben hatten; denn das Stammvolk, das, wie wir nachher hören werden, ungeheure Verluste durch solche Auswanderung erlitten hat, konnte nicht ruhig zusehen, wie seine Söhne — um mit dem bekannten Worte eines deutschen Reichstagsabgeordneten zu reden — weiterhin den Kulturdünger für fremde, minderwertige Rassen abgeben.

Die deutschen Stämme, einerlei, ob es sich um die im Reiche oder in der Schweiz, in Österreich oder in den niederdeutschen Landen handelt, mußten in gesunder völkischer Selbstsucht dahin wirken, daß die dauernde Abwanderung auf ein Mindestmaß beschränkt werde, und daß die ins Ausland Gehenden im Zusammenhang mit dem Heimatstaate verblieben und nach Erreichung ihrer Zwecke wieder zurückkehrten.

Wäre das geschehen, dann wäre das Ausland-Deutschtum wirklich ein Wegbahner deutscher Industrie, deutschen Handels — wirklich ein Vertreter der wichtigen ausländischen, besonders überseeischen Beziehungen des Stammvolkes gewesen, während es tatsächlich nur zu oft der sich selbst aufgebende Vermittler der Kultur für das Gastvolk gewesen ist.

Glücklicherweise hat das, was als erstrebenswertes Ziel hier ausgesprochen ist, schon seit je von einem beträchtlichen Teile des Ausland-Deutschtums gegolten, vor allem in den tropischen Gebieten Amerikas, Asiens, Afrikas und der Südsee, aber auch sonst und besonders von den unter europäischen Gastvölkern lebenden Deutschen. Sie waren die wirtschaftlichen Vor-

kämpfer ihres Vaterlandes und als solche von unschätzbarem Werte. Die reichsdeutsche Ausfuhr an allen Erzeugnissen des Fleißes der Heimat, der reichsdeutsche Ausland-Handel hätte niemals den gewaltigen Umfang annehmen können, den er vor dem Kriege hatte, wenn nicht überall in der Welt Angehörige des Deutschen Reiches gesessen hätten, die beide vermittelten und trugen.

Solche im Auslande wohnenden Angehörigen mußte die Heimat stützen und schützen, sie mußte das Band der Zugehörigkeit durch eine zweckmäßige Einrichtung der politischen Vertretung im Auslande fest schürzen, um nicht nur den Nutzen aus der Arbeit ihrer im Auslande lebenden Söhne zu ziehen, sondern sie auch davor zu bewahren, im fremden Volkstum aufzugehen und dem fremden Staate zu verfallen. Nach dieser Richtung war die Reichsgesetzgebung höchst unglücklich gestaltet, indem sie das Recht der Reichsangehörigkeit schon nach zehn Jahren ununterbrochener Abwesenheit für verloren erklärte, falls der im Auslande wohnende Reichsdeutsche sich dort nicht in die Listen des nächsten deutschen Konsulats eintragen ließ. Diese Einrichtung stammte aus den ersten Jahren des jungen Reiches, wo noch niemand voraussah, welche Folgen sie haben konnte. Tatsächlich hat sie Millionen von Reichsbürgern rechtlich der Heimat entfremdet und ihnen selbst die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich genommen. Als diese unheilvollen Wirkungen des Gesetzes über die Reichs- und Staatsangehörigkeit erkannt wurden, setzten die Bemühungen ein, diesen Rechtszustand entsprechend den Bedürfnissen des in die große Welt hinausgewachsenen deutschen Volkes zu ändern. Vor allem der Alldeutsche Verband hat einen zwanzigjährigen Kampf hierum geführt, und endlich im Jahre 1913 kam ein neues Gesetz zustande, das vor allem den Verlustgrund zehnjähriger Abwesenheit beseitigt und sich mit vollem Rechte auf den Standpunkt stellt, daß die Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche — von einigen besonderen Fällen abgesehen — überhaupt nur durch ausdrückliche Willenserklärung des ausgewanderten Reichsbürgers verloren wird. Dies heißt: das Reich hält auch im Ausland seine Bürger fest — ein Grundsatz von größter Bedeutung.

Bevor die Deutschen im Ausland sich den zu ihrem Vorteil geänderten Rechtszustand zu nutze machen konnten, kam der Weltkrieg und gab sie den Verfolgungen der Wirtsvölker preis, die sich auf die Seite unserer ursprünglichen Feinde Rußland, Frankreich und England schlugen. Die Wirkung war, wie später darzutun ist, vernichtend; es kann schon hier gesagt werden: so schwer das Deutschtum in der Heimat unter den Folgen des Krieges zu leiden hatte — viel schwerer noch war das Schicksal der Deutschen im feindlichen Ausland, die nicht nur vom Hasse ihrer Wirtsvölker umtobt waren, sondern auch alles verloren.

* * *

Hier ist die Stelle, dankbar der Dienste zu gedenken, die die deutschen Schulen im Auslande ihrem Volke und dem Staate geleistet haben, indem sie nicht nur dafür sorgten, daß der deutsche Nachwuchs deutsch erhalten wurde, sondern auch der deutschen Bildung und damit dem deutschen Einfluß im fremden Lande Boden gewannen. Wurden sie zunächst fast durchweg durch die Opferwilligkeit einzelner gegründet und unterhalten, so hat doch die Reichsregierung, unter dem steten Drängen weitblickender Männer ihre Wichtigkeit in steigendem Maße erkennend, nach und nach größere Mittel von Reichswegen zur Verfügung gestellt; zuletzt beliefen sich die Reichszuschüsse für die Auslandschulen auf jährlich anderthalb Millionen Mark — so stattlich dieser Betrag erscheint, so geringfügig war er doch gegenüber dem bestehenden Bedürfnis, und es war vor dem Kriege die dringende Aufgabe für Regierung und Volksvertretung, zum Ausbau der bestehenden und zur Gründung neuer Lehranstalten ausreichende Mittel zu gewähren. Nach dem Kriege mit diesem furchtbaren Ausgang und den ihm entspringenden wirtschaftlichen Nöten wird voraussichtlich eine starke Auswanderung einsetzen; es wäre also geboten, mit allem Nachdruck das Schulwesen im Ausland zu fördern; denn es ist sicher, daß die Auslandschulen nicht nur eines der wichtigsten Mittel völkischer Selbsterhaltung sind — sie bilden auch, wie die deutschen Kirchengemeinden, den Mittelpunkt, wo die Deutschen verschiedener Staatsangehörigkeit zusammenarbeiten und dem fremden Wirtsvolke gegenüber als Einheit zusammengefaßt werden. Ob das verarmte Deutsche Reich freilich die Mittel dazu bereitstellen kann, ist eine andere Frage — wenn irgend möglich, muß dies aber erreicht werden.

In den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Schon sehr früh sind Deutsche nach dem neu entdeckten Amerika mit der Absicht gezogen, sich dauernd dort niederzulassen — anders als Spanier und Portugiesen, die nur hinübergingen, um schnell Reichtümer zu erwerben und dann zurückzukehren.

Es waren meist Evangelische, die sich dem Drucke der katholischen Machthaber in der Heimat entziehen wollten; die erste Siedlung bildete um 1562 eine Schar von Elsässern und Hessen, die sich in Karolina niederließen. Von da an hat die deutsche Auswanderung nicht mehr aufgehört — aber es waren doch immer nur wenige, die sich im neuen Vaterlande unter den Engländern verloren.

Anders wurde es erst mit der Besiedelung von Pennsylvanien, der Gründung des englischen Quäkers William Penn, der, um die Entwicklung seiner Kolonie zu fördern, selbst zweimal nach dem Reiche gekommen war und versucht hatte, eine stärkere Auswanderung ins Leben

zu rufen (1671 und 1676); er hatte jedoch nur sehr geringen Erfolg. Dagegen brachte es auf seine Veranlassung und in Zusammenarbeit mit ihm der Frankfurter Anwalt Dr. Daniel Pastorius wenige Jahre später fertig, daß am Rheine eine lebhafte Auswanderung entstand. Am 6. Oktober 1683 landete die erste Schar, dreizehn Weber aus Krefeld mit Weibern und Kindern, und gründete die Stadt „Germantown" bei Philadelphia, jetzt ein Teil dieser Stadt; seitdem das heutige Deutschtum der Vereinigten Staaten sich wieder auf sich besonnen hat und sich zusammenzuschließen strebt, wird dieser 6. Oktober als der deutsche Tag festlich begangen. Diesen ersten Siedlern folgten bald stärkere Nachschübe, und so oft auf deutschem Boden Protestanten um ihres Glaubens willen ihre Scholle verlassen mußten, suchte ein Teil der Vertriebenen eine bessere Zukunft jenseits des Weltmeeres. An der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts soll bereits gegen eine Million Deutsche auf amerikanischem Boden gelebt haben; so stark war die nicht genau nachzuprüfende Einwanderung, so schnell hatte sie sich vermehrt.

Aber die Gewissensnöte der Lutherischen und mit ihnen die der Reformierten und Sekten blieben nicht allein die Ursache der Auswanderung; als die Raubkriege Ludwigs XIV. in immer neuen Stürmen über den Westen des Reiches unendliches Leid verhängten und ganze Länder verheerten, da wurde mancher des Elends und der Armut überdrüssig und verließ die von den Franzosen durch Jahrzehnte ausgesogene Heimat.

So sind die wichtigen Massenzüge der Pfälzer entstanden (1708 bis 1710). Ihr engeres Vaterland, die gesegnete Pfalz, hatte im Zeitalter des Sonnenkönigs furchtbar leiden müssen, und es ist wohl zu begreifen, daß die verzweifelten Bauern und Bürger dieses Landstrichs den Glück und Freiheit verheißenden Nachrichten, die über Reichtum und Frieden Amerikas zu ihnen drangen, williges Gehör schenkten.

Im Winter 1708 landete die erste Schar unter der Führung des Pfarrers Kocherthal aus Landau in Neuyork und wurde nahebei im Tale des Hudson angesiedelt; im Jahre darauf folgten zwei weitere Scharen, von denen die kleinere mit etwa 600 Köpfen nach Nord-Karolina geleitet wurde, während die größere von fast 4000 wiederum in Neuyork bleiben sollte. Nach dem französischen Louisiana zogen in den Jahren 1717—1720 nochmals an 10000 Pfälzer, während das englische Georgia 1734 von vertriebenen Salzburgern aufgesucht wurde.

Nur dieser Einwanderungen sei hier gedacht, um ein Bild der Entwicklung anzudeuten — aber ein Bestandteil der deutsch[illegible] Siedler sei noch erwähnt, weil er die Zustände der alten Heimat so recht kennzeichnet: die von ihren Landesherren verkauften hessischen und württembergischen Söldner. England brauchte für seine Kriege gegen Franzosen und Indianer Soldaten; es kaufte sie von deutschen Landesherren, die, um ihre

prunkvolle Hofhaltung nach französischem Vorbilde führen zu können, Massen ihrer Landessöhne gegen Sündenlohn verschacherten; an 30000 Männer kamen auf diese Weise gezwungen nach Amerika. Viele von ihnen, soweit der Krieg sie verschont hatte, blieben nach Ablauf ihres erpreßten Dienstes im Lande.

Wie groß die gesamte Einwanderung von Deutschen, die aus den verschiedensten Beweggründen und Ursachen erfolgte, trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse im achzehnten Jahrhundert gewesen sein muß, ergibt sich daraus, daß ihre Zahl um das Jahr 1760 allein in Pennsylvanien auf nahezu 100000 geschätzt wurde, womit sie in dieser Kolonie fast ein Drittel der Einwohner ausmachten.

Die deutschen Einwanderer zeichneten sich durchweg durch Fleiß, Tüchtigkeit, Frömmigkeit aus; sie gelangten zu Wohlstand und förderten die neue Heimat auf allen Gebieten. Eines aber taten sie nie und nirgends: nie unternahmen sie den Versuch, ihre Siedlungen zu selbständigen deutschen Gemeinwesen, staatlich eingerichtet, auszubauen. Selbst wo sie in der Mehrheit waren, kam ihnen der Gedanke an eine solche Eigenentwicklung nicht. Ganz anders die Engländer, die doch auch um des Glaubens willen ihre Heimat verlassen hatten; die streitbaren Puritaner wirkten bewußt politisch, sie gründeten überall neue Gemeinwesen staatlicher Art mit englischem Gepräge und schrieben dem Lande für alle Zukunft seine Entwicklung vor. Ihr entschlossener Wille hat das ungeheure Gebiet des nordamerikanischen Festlandes für die Angelsachsen erobert, und englisch sollte auch dann noch unbestritten und selbstverständlich die Staatssprache bleiben, als die Kolonien sich in dem Befreiungskampfe (1775—1783) vom englischen Staate losgerissen hatten. Wir mögen es heute bedauern, daß die deutschen Einwanderer, selbst wo sie in Massen auftraten, keine selbständigen Siedlungen mit staatlichem deutschem Gepräge gründeten — aber wir müssen es verstehen und uns hüten, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen. Es waren doch ärmste, niedergetretene Menschen, die nach Amerika gingen, um dort ein neues Leben aufzubauen; sie kamen aus den kläglichen Verhältnissen des zerfallenen Reiches, nicht nur von äußeren Feinden ausgeraubt, auch niedergedrückt von den bisherigen Landesherren, jeglicher eigenen Willensbetätigung der Staatsgewalt gegenüber ungewohnt, aller politischen Schulung und Erfahrung bar. Das Bedürfnis nach Ruhe, ihre Armut, ihre politische Unselbständigkeit mußten sie von vornherein dem Gemeinwesen ausliefern, das sie aufsuchten; dazu kam, daß sie beim Betreten des amerikanischen Bodens einen festgegliederten Staat mit englischer Sprache und Verwaltung vorfanden und den englischen Untertaneneid leisten mußten, also von dem Staate der neuen Heimat in aller Form mit Beschlag belegt wurden; endlich, daß die alte Heimat sich nicht mehr um die Ausgewanderten

kümmerte. Nur die Kirchengemeinschaften dort hielten den Zusammenhang aufrecht, und es bildet einen Ruhmestitel für sie, daß sie Geistliche und Lehrer über das Weltmeer sandten; besonders von Halle aus wurde so für die Ausgewanderten gesorgt. Hier verdient auch die Arbeit der Herrnhuter unter den Indianern erwähnt zu werden, die schöne Erfolge erzielte. So brachte es der heldenhafte Prediger Post dahin, daß die mächtigen Indianerstämme des Westens im Jahre 1758 bei dem Kampfe zwischen England und Frankreich, der infolge des siebenjährigen Krieges auch in Amerika entbrannt war, die Franzosen verließen und auf englischer Seite kämpften.

Staatengründer also wurden die Deutschen nicht! Ihre Haltung scheint vorgezeichnet in den Worten ihres ersten Führers Pastorius: „sie wollten ein still und christlich Leben führen."

Das war nur den wenigsten möglich, die sich in schon gesicherten Siedlungen niederließen — die andern aber, die im Kampfe mit den Indianern und allen Gefahren des Urwaldes und der Wildnis sich durchsetzen mußten, hatten ein Dasein voll schwerster Mühen und fortgesetzter Kämpfe. Nur allzu oft hatten sie unter der Härte, ja Grausamkeit der englischen Statthalter, unter dem Mißtrauen und Neid der englischen Bevölkerung zu leiden, wenn sie nach den Unbilden der langen Seefahrt das Land ihrer Hoffnungen erreicht hatten. Nichts ist ergreifender als die Schilderungen der Nöte, die solche Auswanderer auf dem Meere zu überstehen hatten — und was wir über ihre Behandlung durch die englischen Behörden lesen, ist oft empörend.

Wahrlich: das Glück fiel diesen Armen nicht in den Schoß, und mancher mochte glauben, aus dem Regen in die Traufe gekommen zu sein. Und doch gehörten sie, einmal seßhaft geworden, jetzt einem Gemeinwesen an, wo ihre Kräfte sich entfalten konnten. So kam es von selbst, daß auch die Ergebnisse der unendlichen Arbeit, die deutscher Fleiß geleistet, politisch den selbstbewußten, zielsicheren Angelsachsen englischer Sprache zugute kamen.

Im Unabhängigkeitskriege (1775—1783), als die Kolonien sich vom englischen Staate losrissen, hat das Deutschtum tapfer seinen Mann gestanden, und es ist keine Übertreibung, wenn gesagt wird, daß ohne seine Unterstützung die von England abgefallenen Staaten nicht den Sieg errungen hätten. Männer wie Nikolaus Herkheimer, Friedrich Wilhelm von Steuben (einst Flügeladjutant Friedrichs des Großen), General Kalb und Peter Mühlenberg haben in entscheidenden Augenblicken durch ihre Heldentaten die Sache der Vereinigten Staaten gefördert, und die Masse der wehrfähigen Deutschen hat ihren vollen Anteil an dem guten Ausgang des Krieges; es waren ganze Truppenteile ins Feld gerückt, die nur aus Deutschen bestanden.

So glänzend sie sich im Kampfe für die Freiheit ihrer neuen Heimat bewährt hatten — für sich selbst, für ihr Volkstum, für die Sicherung seiner Zukunft taten und forderten sie nichts.

Nun versiegte der Strom der Einwanderung bis nach den napoleonischen Kriegen; die wirtschaftliche Not, die damals in vielen Gegenden des Reiches herrschte, und dann die politischen Zustände während der Herrschaft der „heiligen Allianz" mit ihrem Polizeidruck und ihrer „Demagogenverfolgung" verursachten eine neue Auswanderung, die bis zur Julirevolution 1830 langsam wuchs, dann größeren Umfang annahm und im Jahre 1847 mit rund 75000 Seelen ihren Höhepunkt erreichte. Die „Reaktion" nach 1848 bewirkte eine rasche Steigerung bis auf 215000 im Jahre 1854; von da ab ist ein Rückgang bis etwa zur Mitte der sechziger Jahre zu beobachten und dann wieder in der Hauptsache ein Anwachsen, bis das Jahr 1882 die höchste Einwanderungsziffer mit rund 250000 Deutschen bringt. Die folgenden Jahre zeigen in der Hauptsache eine stetige Abnahme bis zur tiefsten Zahl von rund 17000 im Jahre 1898; seitdem ist wieder ein langsames Anwachsen zu bemerken; immerhin sind in der Zeit von 1899 bis 1912 rund 300000 Reichsangehörige nach den Vereinigten Staaten ausgewandert — ein Verlust, der nicht leicht genommen werden darf. Die Gesamtzahl der in der Zeit von 1820—1912 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eingewanderten Deutschen beträgt rund fünf Millionen. Sie scheiden sich in zwei der Zahl nach sehr verschiedene Gruppen: die politischen Flüchtlinge und Unzufriedenen, die das Vaterland verließen, weil sie verfolgt wurden oder weil sie den Druck der Reaktion nicht ertragen konnten und sich nach Freiheit sehnten — zum andern aber die Masse der Bauern und Handwerker, die in Not und Armut aus der Heimat zogen, um ihr Glück jenseits des Weltmeeres zu finden.

Zu jener ersten Gruppe gehören bedeutende Männer, die sich schon in der Heimat einen Namen gemacht hatten; es sei von ihnen hier nur Karl Schurz genannt, der Bekannteste von allen und der einzige Deutsche, der es im politischen Leben der Vereinigten Staaten zu einer maßgebenden Stellung gebracht hat, indem er unter Präsident Hayes Staatssekretär des Innern wurde. Diese Freiheitsmänner aus den Zwanziger Jahren, und besonders diejenigen nach 1830 und 1848 waren für das Land ihrer Wahl ein erwünschter Zuwachs — fast alles Männer von Charakter, tapferer, unabhängiger Gesinnung, daneben wertvoll als Träger deutscher Bildung und deutschen Wissens.

Gewiß belebten sie das Volksgefühl ihrer schon vorher ansässigen Stammesgenossen; sie gründeten Zeitungen und Schulen, riefen Vereine ins Leben — aber was wollte ihre geringe Zahl unter den Millionen bedeuten, und so bleibt die harte Gewißheit, daß ihre Lebensarbeit auf allen

Gebieten in der Hauptsache doch der neuen Heimat, dem angelsächsischen Staate zugute kam.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß diese Männer aus den verstimmenden Zuständen des alten Vaterlandes eine alles Bestehende verneinende Auffassung aller staatlichen, kirchlichen, gesellschaftlichen und Schulfragen mitbrachten, die sie in vielem mit den Anschauungen der älteren Einwanderer in Widerspruch setzte; dies wurde von besonderem Nachteil im kirchlichen Leben, das doch gerade für die Erhaltung der deutschen Sprache bedeutungsvoll war. Wer den Einfluß der deutsch-lutherischen Kirche schwächte, schadete — wie die Verhältnisse lagen — der Sache des Deutschtums.

Alle diese Umstände wirkten zusammen zu dem traurigen Ergebnis, daß alle Fähigkeiten, aller gute Wille dieser politischen Gruppe deutscher Einwanderer keine dauernde Einwirkung auf ihre Landsleute gewannen; im großen ganzen war und blieb die Masse der Deutschen unter der noch größeren Masse der andern ohne geistige Führung, ohne politische Ziele und erlag der Schwäche des deutschen Volkscharakters, fremde Sprache und Sitte allzu leicht und bereitwillig anzunehmen.

So gingen Millionen und aber Millionen der andern Gruppe, der Bauern und Handwerker, dem Deutschtum verloren, indem sie die englische Sprache annahmen und damit das geistige Band mit ihrer Heimat zerrissen. Die fünf Millionen, die von 1821—1912 eingewandert sind, gehören in überwältigender Mehrzahl zu ihnen; sie haben eine ungeheure Arbeit geleistet; die Eroberung des Westens ist zum guten Teile ihr Werk. In stetem Vordringen, allen Hindernissen zum Trotz, erschlossen sie einen Landstrich nach dem andern den Anfängen der Kultur; die Flußtäler des Ohio, Missouri und Mississippi besiedelten sie und legten den Grund zu den Staaten Ohio, Missouri, Wiskonsin, Tennessee und Kentucky. Dann stießen sie weiter vor nach Texas, Illinois und Michigan; in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts waren Nebraska, Kansas, Colorado, vor allem aber Kalifornien das Ziel der deutschen Einwanderer. So haben sie sich in allen Teilen des ungeheuren Landes niedergelassen und drangen von der Ostküste durch die urbar gemachte Wildnis bis zum Weltmeer des Stillen Ozeans vor. In Massen sitzen sie heute in den mittleren Weststaaten zusammen: in Illinois lebt fast eine Million, in Ohio und Wiskonsin je über 700000; an der Ostküste finden wir in Neuyork 1300000, in Pennsylvanien fast 700000 Landsleute; von den Staaten am Großen Ozean zählt Kalifornien die meisten mit 150000.

Neben dieser gewaltigen Leistung bei der Erschließung des Westens hat die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts noch eine Betätigung der Deutschen von weittragender Wirkung erlebt: sie gehörten zu den entschiedensten Gegnern der in den Südstaaten herrschenden Negersklaverei

und stellten bei der Bewegung, die sich dagegen erhob, die entschlossensten Vorkämpfer. Als es dann zum offenen Bürgerkriege zwischen Nord- und Südstaaten kam (sog. „Sezessionskrieg", 1861—1865), weil letztere die Freilassung der Neger verweigerten, eilten Massen von Deutschen unter die Fahnen der Nordstaaten; an 190000 kämpften auf ihrer Seite, ganze Regimenter waren aus Deutschen gebildet, und es ist kein Zweifel, daß der endliche Sieg der „Union" zum guten Teile ihnen zu danken ist.

* * *

Wir bestaunen die deutsche Siedlungsarbeit im Mittelalter und kennen die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Tat für das Deutschtum, dem sie alles Land über der Elbe eroberte und den Grund zu den beiden zukünftigen Großstaaten Preußen und Österreich legte.

Und doch, wie eng und klein sind die Lande, die diese Siedlung dem deutschen Volke erobert hat, im Vergleich zu den unendlichen Gebieten, die deutsche Arbeit in Nordamerika der Kultur hat erschließen helfen. Und der Erfolg — welche Gegensätze!

Ohne Vorwurf gegen das Deutschtum der Vereinigten Staaten, ohne es mit geschichtlicher oder politischer Verantwortlichkeit belasten zu wollen — beides ist unzulässig — seien die Tatsachen festgestellt, da die Geschichte uns Lehrmeisterin sein soll:

Die wenigen Hunderttausende, die im Mittelalter „gen Osten" fuhren, haben Dauerndes für die Zukunft ihres Volkes geschaffen, und die Weltmachtstellung des Deutschtums vor dem Zusammenbruch des Reichs beruhte auf ihrem Werke der Eroberung und staatlichen Einrichtung der Ostmarken.

Die Millionen aber, die über das Weltmeer nach Westen zogen, haben wohl selbst ein erträgliches Los gefunden, im besten Falle Reichtum gewonnen — aber was sie schufen und wirkten, kam dem Staate zu gute, in dem sie ihre neue Heimat suchten, kam fremdem Volkstum zu statten, während sie ihr eignes verloren.

Zwölf Millionen Deutschsprechende, die entweder selbst noch im Reiche geboren sind oder von Eltern oder Großeltern stammen, die noch da geboren sind, leben heute in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Also genau so viele, wie das Deutschtum in Österreich-Ungarn vor dem Kriege umfaßte, das von der Überzahl von Slawen in seinem Bestande bedroht war.

Was wäre, wenn diese Millionen dem Stammlande erhalten geblieben wären, ausgenützt zu großartiger, planvoller Besiedlung des uralten deutschen Volksbodens im nahen Osten Europas? Die herrschende Stellung des Deutschtums wäre für alle Zeit außer Frage gestellt. Aber noch mehr: die Vereinigten Staaten Nordamerikas haben heute rund

90 Millionen Einwohner, von ihnen stammen nach zuverlässigen Schätzungen zwischen 26 bis 32 Millionen von eingewanderten Deutschen ab; nimmt man die Mitte zwischen beiden Zahlen, so ergibt sich, daß der dritte Teil der Gesamtbevölkerung deutschen Ursprungs ist. Eine ungeheure Zahl — aber eine niederdrückende Feststellung zu wissen, daß von jenen 26 bis 32 Millionen heute nur noch zwölf Millionen deutsch reden.

Wer will den Ausgewanderten und ihren Nachkommen einen Vorwurf daraus machen, daß sie sich dieses Ziel wählten und daß sie dort im fremden Volke bald aufgingen? Waren es nicht die deutschen Fürsten und ihre Regierungen, die mindestens einen großen Teil von ihnen zum Verlassen der Heimat gebracht haben? Hat nicht die Kurzsichtigkeit der berufenen Inhaber der Staatsgewalt es verschuldet, daß der Zug in die Ferne nicht nutzbringend verwertet wurde für das Vaterland?

Wenn heute die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Macht von weltpolitischer Bedeutung sind, wenn ihre Industrie, ihr Ackerbau, ihr Handel dem alten Europa wirtschaftlich eine gewaltige Gefahr bedeuten, so danken sie dies neben dem politischen Willen und der zielbewußten Zähheit der aus England eingewanderten Angelsachsen, dem Fleiße, der Tapferkeit, der Unverdrossenheit der Deutschen, die sich politisch selbstlos in den Dienst des Angelsachsentums stellten. Aber diese Selbstlosigkeit ist soweit gegangen, daß sie auch dort, wo sie in Massen saßen und wo sie die Mehrheit bildeten, nicht ernsthaft versucht haben, bestimmenden Einfluß zu gewinnen — ganz anders als die an Zahl, Bildung und Wohlstand ihnen nachstehenden Iren, die sich überall zusammenschlossen und eine außerordentliche politische Bedeutung erlangten.

Schon vor dem Kriege war kein Zweifel mehr darüber möglich, daß die Vereinigten Staaten ein angelsächsisches Gemeinwesen sind und bleiben werden; die Deutschen waren mit ihm wirtschaftlich, gesellschaftlich, ja selbst sprachlich so verwachsen, daß es unmöglich erschien, daß sie sich als selbständiges Volkstum im politischen Sinne erhalten könnten. Die Erfahrungen des Kriegs haben diese Auffassung bestätigt.

So hart es ist: diese Deutschen sind Kulturdünger gewesen — unendlich wertvoll für ihre neue Heimat — aber doch nur Kulturdünger.

Und sie haben es nicht einmal verstanden, ihre Leistungen als solche dem Bewußtsein ihres Gastlandes klar zu machen, wieviel weniger dem des alten Europa und des alten Vaterlandes. Sie sind Amerikaner geworden, und was sie leisteten, gilt als amerikanische Leistung.

So brüstet sich der Amerikaner angelsächsischer Herkunft, der sich als allein berufenen Vertreter des amerikanischen Volkes breit macht, mit den Werken des amerikanischen Genies, und die Welt nimmt das hin und bewundert gutgläubig die Taten des kühnen Geistes amerikanischer Erfinder,

Ingenieure, Industrieller. Sie fragt nicht, welche und wieviele jener Männer nur Amerikaner der Staatsangehörigkeit nach waren, nicht aber nach Blut und Sprache.

Und doch sind Großtaten auf allen Gebieten geistiger Arbeit von Deutschen getan worden, von der verwegenen Wunderbrücke Röblings über den East River bis zur Feinarbeit der Schreibmaschine, deren Erfinder, Franz Xaver Wagner, aus Heimbach am Rhein stammte.

* * *

Was hier von dem Deutschtum der Vereinigten Staaten berichtet wurde, war bei all seinen gewaltigen Leistungen, soweit das politische Ergebnis in Betracht kommt, für das gesamte Deutschtum unerfreulich.

Um die Jahrhundertwende aber entstand dort eine starke Bewegung unter den deutschen Bürgern; geführt von Männern, die auf ihr Blut, ihre Sprache stolz waren, hatte sich der „deutsch-amerikanische Nationalbund" gebildet, dessen wichtigste Satzungsbestimmungen zeigen, was er anstrebte:

> Der Bund will seine Mitglieder zu politischer Tätigkeit nach eigenem Urteil anhalten und alle Bestrebungen unterstützen, die den deutschen Anteil an der Entwicklung des Landes geschichtlich feststellen.
>
> Er beabsichtigt keine Gründung eines Staates im Staate, erblickt aber in der Zusammenfassung der Bevölkerung deutschen Ursprungs die beste Gewähr für die Erreichung seiner Ziele. Er erstrebt das Einheitsgefühl unter den Deutschen der Vereinigten Staaten zu wecken und zu fördern und es nutzbar zu machen zur Pflege und Sicherung guter, freundschaftlicher Beziehungen der Heimat zum alten Vaterlande.

Man war berechtigt, in der Gründung des Nationalbunds ein Zeichen der Selbstbesinnung des amerikanischen Deutschtums zu erblicken, die mit Freuden zu begrüßen war und die den Beginn einer neuen Zeit für die dortigen Volksgenossen bedeuten konnte.

Wenn der Bund, was nach der Haltung seiner Führer erwartet werden durfte, seinen vorgeschriebenen Weg weiterschritt, konnte er die deutschsprechenden Bürger der Vereinigten Staaten zu völkischem Selbstbewußtsein erziehen, zum berechtigten Stolze auf ihre Abstammung und auf die geschichtlichen Taten ihres Stammvolkes, nicht minder auch auf die Leistungen ihrer Volksgenossen im Gastvolke, dem sie nun angehören.

Dann konnte erwartet werden, daß die deutsche Sprache und mit ihr der geistige und kulturelle Zusammenhang mit dem Stammlande sich erhalte; damit wäre die geistige Vermittlung zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten verewigt worden.

Dann durfte das Mutterland hoffen, daß die Deutschen in Nordamerika mit ihrem Zusammenschluß das politische Ziel erreichten, in dem Sinne die politischen Vermittler zwischen der alten und neuen Heimat zu werden, daß in den großen Fragen der Weltpolitik in Zukunft das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten sich nie als Feinde gegenüberstünden.

All diese Hoffnungen wurden zuschanden, als die Vereinigten Staaten im Frühjahr 1917 in den Krieg als Feinde des Deutschen Reichs eintraten. Es kamen damit auch für das Deutschtum des Landes furchtbar schwere Tage, in denen der Einzelne Verfolgungen ausgesetzt war. Der Nationalbund löste sich auf. Die deutschen Bürger mußten zu Felde ziehen gegen ihre Blutsgenossen jenseits des Weltmeers, und es ist unbestritten, daß sie den wertvollsten Teil des Massenheeres ausmachten, das die Vereinigten Staaten gegen das Deutsche Reich aufboten. Man rühmt sich heute dort, bei der Niederwerfung unseres Vaterlandes den Ausschlag gegeben zu haben. Damit hätte sich in Anbetracht der Teilnahme amerikanischer Deutscher im Kampfe gegen das Reich wiederholt, was wir seit Urbeginn unserer Geschichte so oft erlebt haben.

Heute haben wir die Pflicht festzustellen, daß von den unzähligen deutschen Einwanderern der größere Teil gänzlich sein Volkstum verloren hat und im Angelsachsentum aufgegangen ist (von jenen 26—32 Millionen alle bis auf die 12 Millionen, die heute deutsch noch sprechen); und wir müssen des weiteren die Befürchtung aussprechen, daß von diesen zwölf Millionen der überwiegende Teil dasselbe Schicksal haben wird, — und zwar jetzt noch mehr als vor dem Kriege.

Das grausame Wort ist also wahr, daß Amerika das Grab des deutschen Volkes gewesen ist — und es ist zu fürchten, daß es für die Masse des nordamerikanischen Deutschtums das Grab bleiben wird.

Für die Deutschen im zertrümmerten Reich aber heißt es: Ein Volk, das so ungeheure Verluste durch die sorglose und gleichgültige Behandlung der Auswanderung erlitten hat und das durch diese Verluste der Zahl nach seinen europäischen Feinden — vor allem den Slawen gegenüber — in Nachteil geraten ist, hat die Pflicht dafür zu sorgen, daß eine aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Auswanderung dahin gelenkt wird, wo sie gefährdete Posten des Volksbodens verstärken; dafür kommen vor allem die Teile Deutsch-Österreichs in Betracht, die durch die Aufopferung ihrer deutschen Kämpfer im Kriege so große Blutverluste erlitten haben, daß ein Nachschub aus dem Reiche notwendig ist.

In Brasilien.

In Mexiko und allen Staaten Mittel- und Südamerikas finden sich deutsche Niederlassungen, die von größter wirtschaftlicher Bedeutung

für das Mutterland waren; denn die dort ansässigen Deutschen vermittelten einen gewaltigen und vor dem Kriege stetig wachsenden Güteraustausch zwischen der Heimat und jenen reichen und aufnahmefähigen Gebieten; die deutsche Volkswirtschaft hatte große Vorteile von dieser Tätigkeit der Deutschen in Süd- und Mittelamerika, und es stand zu erwarten, daß sie dauernd sein würden.

Von besonderer Art sind die deutschen Ansiedlungen in dem größten der südamerikanischen Staaten, in Brasilien. An 450000 Deutsche leben in dem ungeheuren Lande, von denen etwa 50000 Kaufleute und Gewerbetreibende sind, während der Rest von 400000 Landwirtschaft treibt.

Die ersten Deutschen wanderten um 1825 ein; es waren Bauern aus Pommern, vom Hunsrück und aus Württemberg, die sich in der südlichen Provinz Rio Grande do Sul niederließen und die bald blühende Siedelung Santo Leopoldo gründeten; langsam und stetig wuchs die Zahl der bäuerlichen Siedler, bis die Einwanderung durch den schlimmen Bürgerkrieg, der Brasilien fast zehn Jahre beunruhigte, um die Mitte der 30er Jahre ganz zum Stillstand kam.

Vom Ende der 40er Jahre an setzt sie wieder ein, begünstigt in gleicher Weise durch die unerfreulichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, wie durch die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Brasilien; etwa zehn Jahre lang blieb Brasilien das Ziel eines starken bäuerlichen Einwandererstromes, der aus allen Teilen des Vaterlandes dorthin abfloß.

In diesem Zeitraume sind die wichtigsten und größten deutschen Kolonien entstanden, vor allem diejenigen im Süden des Landes, in Rio Grande, in Santa Katharina und Paranna.

Von allen deutschen Siedlungen ist die von Blumenau die bekannteste geworden; im Jahre 1850 gründete Dr. Hermann Blumenau, ein Apotheker aus Hasselfelde am Harz, mit 17 Genossen in dem Staate Santa Katharina eine Stadt, die seinen Namen trägt und die, nachdem die ersten Schwierigkeiten überwunden waren, sich glücklich entwickelte und von deutschen Bürgern musterhaft verwaltet, zusammen mit dem gleich alten Joinville, den Mittelpunkt für die zahlreichen Siedlungen dieser Provinz bildet.

Etwa um dieselbe Zeit entstanden gleichfalls in Santa Katharina die Niederlassungen des Hamburger Kolonisations-Vereins, später in Hanseatische Kolonisationsgesellschaft umgetauft; sie zogen nach und nach etwa 20000 Deutsche an sich und entwickelten sich günstig.

Das Jahr 1859 brachte in Preußen einen Erlaß des Handelsministers von der Heydt, der die Auswanderung nach Brasilien völlig verbot, weil in einigen Teilen des Landes die Siedler einer wucherischen Ausbeutung durch eingeborene große Unternehmer ausgesetzt waren. Die Wirkung

dieser gut gemeinten Maßregel war eine andere, als der preußische Minister vorhersah; die Auswanderung nach Brasilien unterblieb, aber diejenige nach den Vereinigten Staaten wuchs. Für die Erhaltung des Volkstums der Auswanderungslustigen wäre aber das Umgekehrte das Richtige gewesen; die Bedenken der preußischen Regierung, die fürchtete, daß ihre Untertanen ausgebeutet würden, hätten sich wohl durch geeignete Einwirkung auf die brasilianischen Behörden beseitigen lassen.

Damit sind wir auf die Tatsache gekommen, die die deutschen Niederlassungen in Brasilien besonders wertvoll und wichtig macht: die deutschen Ansiedler dort bleiben, so lange sie nicht in Berührung mit der obersten, herrschenden Schicht der eingebornen Bevölkerung kommen, deutsch nach Sprache, Sitten und Gebräuchen, und fühlen sich bewußt als Glieder der deutschen Volksgesamtheit.

Die Erklärung dieser erfreulichen Erscheinung ergibt sich aus den Wesensgegensätzen zwischen den deutschen Einwanderern und der Masse der alteingesessenen Kolonialbevölkerung portugiesischer Abstammung, die durch Vermischung mit den eingeborenen Indianern und eingeführten Negern ihre Rasse verdorben hat.

Der dem Mittelstande oder gar der Unterschicht angehörige Brasilianer portugiesischer Herkunft und erst recht der Mischling unterscheidet sich von dem Deutschen so ausgesprochen, daß er ihm immer fremd bleibt; dieser innerliche Abstand wird durch die Sprache aufrechterhalten; der Deutsche fühlt sich als Angehöriger einer höheren Rasse, ist auf seinen Wert stolz — ja er zieht unter ihm lebende andere europäische Einwanderer, wie Italiener und Slawen an und macht sie zu Deutschen.

Als im Jahre 1897 der von der Heydtsche Erlaß aufgehoben wurde, war schon großer Schaden angerichtet — nicht nur, daß während seiner Geltung über 3½ Millionen Deutsche nach den Vereinigten Staaten gezogen waren, von denen sonst gewiß ein großer Teil nach Brasilien gegangen wäre — sondern dort fehlte gerade die Zufuhr neuer deutscher Kraft aus dem Mutterlande, während in derselben Zeit Massen von Italienern und Slawen in die Siedlungen kamen.

Sobald aber die zweischneidige Verordnung beseitigt war, hob eine planmäßige Belebung der brasilianischen Auswanderung an, geleitet hauptsächlich von der oben erwähnten Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft und von dem Leipziger Gelehrten Dr. Herrmann Meyer, der selbst eine große Siedlung neu gründete.

Den Fürsprechern dieser Bewegung, die deutsche Auswanderungslustige statt nach den Vereinigten Staaten nach Brasilien lenken will, ist zuzustimmen, soweit die Notwendigkeit einer Auswanderung überhaupt bestand.

Betrachten wir nun das Schicksal der deutschen Ansiedlung in Brasilien, so ist gewiß, daß wir auf die Leistungen dieser Volksgenossen stolz sein können. Es ist ihnen nicht leicht gemacht worden, ihren Erwerb zu finden; der Kampf mit der Wildnis des Urwaldes hat unendliche Arbeit gekostet, die unsicheren politischen Verhältnisse des Landes haben die Entwicklung gehemmt, der Neid und die Eifersucht der Brasilianer ihnen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Wenn trotzdem überall dort, wohin sie den Fuß gesetzt haben, blühende Städte, stattliche Dörfer entstanden sind, so ist dies ein glänzender Beweis für die zähe Tüchtigkeit dieser aus allen Stämmen der Heimat gekommenen deutschen Siedler.

In Zucht und Ordnung, wohlhabend und zufrieden leben sie zusammen; eine große Zahl deutscher Schulen und Kirchen sorgt für die Erziehung und die Glaubensbedürfnisse der Bevölkerung; gut geleitete deutsche Zeitungen vertreten dem Staate gegenüber die Anliegen ihrer Landsleute und sind die geistigen Vermittler unter ihnen und mit der Heimat.

Für ihr neues Vaterland sind diese Deutschen ein wertvoller Besitz: ihre Ruhe, ihre strenge Gesetzlichkeit, ihre Steuerkraft heben sie vorteilhaft heraus unter dem rasselosen Mischmasch der Mittel- und Unterschicht der eingeborenen Bevölkerung. Diese hat zwar im Gefühl der eigenen Minderwertigkeit angesichts der steten Fortschritte des Deutschtums den Vorwurf erhoben, daß diese Deutschen hochverräterisch eine Besitzergreifung südbrasilischer Gebiete durch das Deutsche Reich erstrebten oder gar vorbereiteten — aber die Einsichtigen unter den Staatsmännern des Landes wußten, daß dies ein unhaltbarer Vorwurf war; einer von ihnen hat es ausgesprochen, daß es eine deutsche Gefahr für Brasilien nicht gäbe, wohl aber für alle andern Völker, die im Handelsverkehr mit Brasilien stehen — und zwar deshalb, weil die Überlegenheit der Deutschen jene von den Märkten Brasiliens auszuschließen drohe. Ein schönes Zeugnis, um so bedeutsamer, als es Wahres ausspricht. So war es vor dem Kriege.

Damals zeigte uns das Deutschtum Brasiliens im allgemeinen das erfreuliche Bild, daß die Volksgenossen dort nicht nur treue, bewußte, stolze Söhne ihres Volkes geblieben waren, sondern daß sie — treue Angehörige ihrer neuen Heimat — die Träger und Ausbreiter der überseeischen Beziehungen ihres Stammlandes in Brasilien wurden und blieben. Sie sind ein zähes, widerstandsfähiges Geschlecht — und so steht zu hoffen, daß sie die Nöten überdauern, in die sie durch die Teilnahme Brasiliens am Kriege gegen das Mutterland versetzt wurden. Auch wenn das geschehen sollte, müssen wir uns darüber klar sein, daß die Deutschen dieses Landes nur so lange ihrem Volkstum erhalten bleiben, als sie nicht selbst in die herrschende Schicht aufgestiegen sind und in ihr Aufnahme gefunden haben. Dann freilich gibt es nach allen Erfahrungen keinen

halt mehr, und der Deutsche, der die politische und gesellschaftliche Vorzugsstellung dieser trotz der republikanischen Verfassung noch im Besitze der Macht befindlichen vornehmen Geschlechter teilen will, geht darüber seinem Volke verloren. Das wird für die Zeit nach dem Kriege in noch höherem Maße gelten als vorher.

In Süd-Afrika.

Im ersten Viertel des 17. Jahrhunderts hatten Holländer sich an der Südspitze Afrikas niedergelassen; ihnen folgten Nachschübe von Landsleuten, bald aber auch Deutsche aus den verschiedensten Teilen des Reichs und französische Hugenotten, die um des Glaubens willen ihr Vaterland verlassen mußten.

Das Kapland war holländische Siedlung und wurde, wie wir wissen, als Holland infolge der französischen Revolution unter Frankreichs Botmäßigkeit gekommen war, in den Kämpfen zwischen Frankreich und England von letzterem in Besitz genommen; durch den Wiener Kongreß wurde diese Eroberung bestätigt, und seitdem ist das Land englische Kolonie geblieben.

Um 1820 soll die Bevölkerung europäischer Herkunft rund 20000 Köpfe gezählt haben, von denen 10000 niederdeutsch-holländischer, über 6000 hochdeutscher und etwas weniger als 4000 hugenottischer Abstammung waren.

Das niederdeutsche Wesen gab dem Lande und den gesamten Ansiedlern sein Gepräge, indem sowohl die Hochdeutschen, wie die Hugenotten die kapholländische Sprache angenommen hatten, eine mit Worten hochdeutschen, französischen und kafferischen Ursprunges versetzte holländische Mundart.

So verschmolzen die drei Bestandteile der Einwanderung zu einer Einheit mit einer Sprache, gleichen Sitten, gleicher Lebensführung, die durchweg bäuerlich war, — zu dem Volke der Buren, das als Zweig des Niederdeutschtums angesehen werden kann.

Die Buren waren, als die Engländer ins Land kamen und die Verwaltung übernahmen, nicht gewohnt, von einer Regierung Anweisungen zu empfangen und sie zu befolgen; die bisherige holländische Obrigkeit hatte sie gewähren lassen, was angesichts der steten Kämpfe mit den eingeborenen Zulus und Kaffern, der weiten Entfernungen der einzelnen Siedlungen, des Mangels an Städten, durchaus begreiflich war. Jeder Bur lebte als ein kleiner König auf seinem Hofgut; er mußte gegenüber den Eingeborenen seinen Mann stellen und sehen, wie er ohne Hilfe der Obrigkeit fertig wurde; er hatte gegen alle Gefahren und Beschwerden der Wildnis zu kämpfen. So war es gekommen, daß ein starkes Selbst-

bewußtsein, ein Drang nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit neben starrer Frömmigkeit die beherrschenden Charakterzüge der Buren wurden. Sie fühlten sich als Herren und hatten es wirklich verstanden, durch strenge, aber gerechte Behandlung die Eingeborenen in Zucht zu halten.

Die englische Regierung verlangte nun Unterordnung und Unterwerfung, noch mehr, sie wich von der bewährten Behandlung der Schwarzen ab und stellte die Buren mit ihnen fast auf gleiche Stufe. Solche Maßnahmen erbitterten die Buren, die sich in beinahe zweihundertjährigen Mühen und Gefahren ihre Stellung geschaffen hatten, aufs tiefste und führten zu Unruhen, die blutig niedergeworfen wurden.

Da entschloß sich dies freiheitliebende Geschlecht, die Heimat zu verlassen, weiter zu ziehen, mit Weib und Kind und aller fahrenden Habe in die Wildnis zu „trekken", um sich ein neues, von den verhaßten Engländern unabhängiges Dasein zu schaffen.

Drei, viermal hat sich im Laufe des 19. Jahrhunderts dieser Vorgang wiederholt: die Buren suchen sich Neuland, gewinnen es der Wildnis ab, unterwerfen sich die Schwarzen und beginnen sich ihrer neu errungenen Freiheit und Sicherheit zu freuen — da folgt ihnen die englische Herrschaft und erklärt, daß alles Land, das sie, die doch englische Untertanen seien, erworben, Englands Eigen sei. Und wieder verlassen neue Scharen von Buren die kaum urbar gemachte Scholle und ziehen nordwärts, um bald ein gleiches Schicksal zu erleben. Auf diese Weise hat England das gewaltige Gebiet der heutigen Kapkolonie durch die Buren der Kultur erschließen lassen und für sich in Besitz genommen: alle Früchte ihrer Arbeit tat politisch England für sich ein.

In den Jahren 1834—36 kam es zu dem „großen Trek": an 10000 Buren überschritten den Oranje-Fluß und besetzten das Gebiet zwischen Oranje und Vaal; sie hatten sich ein Oberhaupt und Unterführer gewählt und waren entschlossen, eine Art staatlichen Zusammenschlusses durchzuführen, um ihre Unabhängigkeit dauernd wahren zu können.

Sie mußten schwere Kämpfe mit den wilden Matabele bestehen und konnten sich Mitte der 40er Jahre als Herren des Landes betrachten — aber wieder folgten ihnen die Engländer, und im Jahre 1848 erklärten sie den „Oranje-Freistaat" als englische Kolonie und richteten in der Hauptstadt Bloemfontein eine Regierung ein.

Da griff abermals ein Teil der Buren zum Wanderstabe; sie überschritten unter der Führung von Pretorius den Vaal und gründeten die Transvaalrepublik, deren Hauptstadt später Pretoria wurde.

Die Engländer erlebten jedoch keine Freude in dem Oranje-Gebiet; sie wurden der kostspieligen Kriege mit den Eingeborenen müde und gaben die Kolonie auf: seit 1854 hatte der Oranje-Freistaat seine Freiheit wieder, so daß nun nördlich von der englischen Kapkolonie zwei selbständige burische

Gemeinwesen bestanden. Die weiteren politischen Geschehnisse können wir nicht verfolgen; England versuchte mehrmals, seine Herrschaft auszudehnen, aber ohne dauernden Erfolg, bis der große südafrikanische Krieg der Jahre 1899—1902 eine Änderung brachte.

Aus dem Reiche und Holland war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine starke Einwanderung nach Südafrika erfolgt; die Holländer gingen begreiflicherweise in dem Burentum auf, während die aus dem Reichsgebiet stammenden Deutschen ihre Sprache und damit ihr Volkstum bewahrten.

Infolge dieser Nachschübe und der starken Vermehrung der Buren war bei Ausbruch des Krieges die weiße Bevölkerung Südafrikas überwiegend niederdeutsch und hochdeutsch.

Ganz genaue Zahlen waren nicht zu ermitteln, doch wurde das Verhältnis nach vorsichtigen Schätzungen folgendermaßen festgestellt:

	Hochdeutsche	Buren	Engländer
Kapland	17000	306000	87000
Natal	2500	13000	50000
Transvaal	12500	122000	40000
Oranje	1000	91000	5000
zusammen	33000	532000	182000

Trotz dieser bedeutenden Mehrzahl der Deutschen (die niederdeutschen Buren und die Hochdeutschen aus dem Reiche zusammengenommen) erhob England den Anspruch, die „vorherrschende Macht" in Südafrika zu sein, und arbeitete gegen Ende der 90er Jahre planmäßig dahin, die Alleinherrschaft zu erringen. Der besondere Gegenstand seiner Begierden waren die Gold- und Diamantenfelder des südwestlichen Transvaal, wo um die Städte Johannesburg und Kimberley neben ehrbaren und seßhaft gewordenen Unternehmern schnell angewachsene Niederlassungen von Abenteurern aus aller Welt sich gebildet hatten, angelockt von dem Reichtum des Landes.

Ende 1895 wagte Dr. Jameson, ein Beauftragter des kapländischen Ministers Cecil Rhodes, einen bewaffneten Einfall ins Transvaal-Gebiet, wurde aber gefangen genommen.

Seitdem war die Absicht Englands klar.

Als in Europa bekannt wurde, daß Jamesons frevelhafter Anschlag mißglückt sei, gab Wilhelm II. auf Antrag des damaligen Staatssekretärs Marschall von Bieberstein dem Gefühle der Genugtuung darüber Ausdruck, indem er dem Präsidenten Paul Krüger, dem greisen Oberhaupte der Transvaal-Republik, drahtlich seine Glückwünsche dazu aussprach, daß er, „ohne an die Hilfe fremder Mächte zu appellieren", des Friedensstörers Herr geworden sei. Diese Kundgebung des Kaisers erregte jubelnde Zu-

stimmung in allen hoch- und niederdeutschen Landen, besonders unter den Buren selbst, während in England ein Sturm der Entrüstung ausbrach: sie ist, wie wir wissen, für die auswärtige Politik des Deutschen Reiches von weittragender Bedeutung geworden. Die Buren lasen aus ihr das Hilfe-Versprechen für den Fall eines englischen Angriffs und fanden sich in ihrer Ansicht bestärkt, als Marschall von Bieberstein im Reichstage erklärte, daß „die deutsche Regierung in der Beseitigung der Buren-Freistaaten eine schwere Schädigung der deutschen Interessen erblicken müsse".

In der Tat war es von Wert für das Reich, daß in Süd-Afrika zwei lebenskräftige, waffenstarke niederdeutsche Staaten bestanden, die einer englischen Vorherrschaft Widerstand leisten konnten; nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, da die deutsche Ausfuhr nach den Burenländern ständig wuchs, sondern aus weltpolitischen Erwägungen mußte uns daran liegen, jeden Gegner Englands zu erhalten und zu stärken — ganz besonders aber solche Gegner, die einen Landkrieg mit dem zwar seemächtigen, zu Lande aber schwachen Inselreich führen konnten. Daneben mußte das Reich, das selbst Kolonien in Afrika besitzt, froh sein, wenn außer ihm und England dort noch andere Staaten bestanden; endlich aber war es ganz allgemein für das gesamte Deutschtum von Wert, daß zukunftreiche, selbständige Gemeinwesen niederdeutschen Gepräges sich weiter entwickelten und damit die gesamte Macht des Deutschtums vermehrten. So war die Haltung des Staatssekretärs von Marschall durchaus zu begreifen und zu billigen — aber die Leitung der deutschen Reichspolitik besaß weder genügendes Selbstbewußtsein, noch ruhige Stetigkeit; als sie die Erregung in England sah, wo der Kaiser in empörender Weise in Presse und Reden angegriffen wurde, verlor sie die Kaltblütigkeit und schwenkte ein. Marschall wurde entlassen und an seiner Stelle Bernhard von Bülow, damals Botschafter in Rom, zum Staatssekretär ernannt; sein Auftrag ging dahin, England zu versöhnen.

Zu diesem Behufe schloß er im September 1898 den sog. „Delagoa-Vertrag", dessen Wortlaut nicht bekanntgegeben wurde, dessen Inhalt aber nach englischen Preß-Mitteilungen dahin ging, daß das Reich der Abtretung der wichtigen Delagoa-Bucht an der Westküste Süd-Afrikas, die Portugal gehörte aber für die Buren den Weg zum Meere öffnete und Endpunkt der Eisenbahn von Pretoria nach Lourenço Marques war, von Portugal an England zustimme; außerdem habe es England zur Regelung der Verhältnisse in Süd-Afrika freie Hand gelassen. Als Gegenleistung sollte bedungen sein, daß das Deutsche Reich, falls Portugal in seinen Geldnöten seine afrikanischen Besitzungen Angola und Mozambique veräußern müsse, sie erwerben möge, ohne Englands Widerstand zu finden. Auch heute ist der Wortlaut des Delagoa-Vertrages noch nicht bekannt, doch ist es

sicher, daß seine Bestimmungen inhaltlich in der Hauptsache dem entsprechen, was die englische Presse behauptete. Dieses Abkommen spielte bei den vor dem Weltkriege schwebenden deutsch-englischen Verhandlungen eine Rolle — damals hatte es jedenfalls die Folge, daß die deutsche Regierung trotz der Zuspitzung der burisch-englischen Beziehungen nichts mehr tat, um die Buren-Freistaaten zu stützen.

Englische Machenschaften führten im Herbst 1899 zum Ausbruch des Kriegs: tapfer und selbstbewußt nahmen die kleinen Staaten, obwohl sie wußten, daß sie auf fremde Hilfe, besonders auf deutsche, nicht rechnen konnten, den aufgezwungenen Kampf auf, in Oranje unter der Führung des charaktervollen Präsidenten Steyn, in Transvaal unter dem alten Paul Krüger. Glänzende Siege ließen zuerst hoffen, daß die Buren sich halten könnten, aber schwere Fehler ihrer Führer vom alten Schlage, die nach den Vorschriften der Bibel einen neuzeitlichen Krieg glaubten führen zu können, und die erdrückende Übermacht des englischen Weltreichs wendeten ihr Schicksal zu schweren Niederlagen. Doch die Not erzeugte neue Führer: der kaum 30jährige Louis Botha wurde zum Oberfeldherrn gewählt; unter ihm standen Christian Dewet und J. H. Delarey, sowie zahlreiche andere bedeutende und entschlossene Führer.

Heldenhaft führte die kleine Schar den Krieg weiter; Botha bewährte sich als weitblickender, kaltblütiger Feldherr; Dewet und Delarey gewannen als kühne Reiterführer unsterblichen Ruhm.

Über zwei Jahre hielten die Buren noch stand; alle Grausamkeit der Engländer, die ihren Grimm an den Frauen und Kindern, sowie am Eigentum der Kriegführenden ausließen, vermochte den Widerstand nicht zu brechen. Die völlige Erschöpfung zwang sie endlich, die Waffen niederzulegen, nachdem sie wahrhaft heldenmütig bis zum bittern Ende gerungen: am 31. März 1902 wurde Frieden geschlossen, der die Unterwerfung von Oranje und Transvaal unter England aussprach. Damit haben die selbständigen Buren-Freistaaten aufgehört zu bestehen.

Während die deutsche Regierung der Entwicklung der Dinge in Südafrika untätig zuschaute, entstand im deutschen Volke eine begeisterte Bewegung: man bewunderte nicht nur das Heldentum des kleinen Burenvolkes, man empfand das Gefühl der Blutsverwandtschaft und der Zusammengehörigkeit und gab ihm Ausdruck durch Kundgebungen, durch Geldspenden, durch Ausrüstung von Krankenpflege-Abteilungen, ja zahlreiche Deutsche traten bei den Buren als Kämpfer ein.

Die deutsche Regierung sah mit kalter Ablehnung auf diese gesunde, schöne Volksbewegung — ihr kam nicht der Gedanke, daß damit vielleicht ihre eigenen Fehler wieder gut gemacht werden könnten; als ob nicht auch die besiegten Buren noch eine Macht bleiben würden, deren Dank gegen das deutsche Volk noch einmal von Wert werden könnte; als ob nicht das

erwachte Gefühl der Rassengemeinschaft in Holland, seine Stärkung unter den Vlamen Belgiens ein politischer Gewinn sei.

So bewundernswert die Haltung der Buren im Kriege war, so staatsklug und zielbewußt war sie nach dem Frieden. Nachdem nur die erste schwere Not überwunden war, beteiligten sie sich unter Bothas Führung am politischen Leben und erstritten fünf Jahre später im politischen Kampfe den Sieg, der ihnen im Felde versagt geblieben war.

England hatte die Gebiete der beiden Freistaaten zu Kolonien unter Kron-Statthaltern mit eigenen Verwaltungen gemacht, die ihren Sitz in Bloemfontein und Pretoria hatten: die besonnene Haltung der Buren bewirkte, daß ihnen die Londoner Reichsregierung bald politische Rechte verlieh — und damit den Übergang der Regierung der Kolonien an die Buren vorbereitete.

Die Wahlen des Frühjahres 1907 brachten in den beiden ehemaligen Freistaaten burische Parlamentsmehrheiten; in Bloemfontein wurde Fischer, ein bewährter Mitarbeiter Steyns, in Pretoria Louis Botha selbst Ministerpräsident.

So hatte das für niedergerungen und verloren gehaltene Burentum das Heft der Kolonial-Regierung und der Selbstverwaltung in der Hand!

Aber noch mehr: fast zur selben Zeit gewann in der Kapkolonie die „Afrikander-Partei", die Partei der Buren, bei den Wahlen die Mehrheit und übernahm die Regierung, so daß drei südafrikanische Kolonien burische Ministerien erhielten.

So schlimm der Krieg die wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas gestört, ja auf Jahrzehnte zurückgeworfen hat — eine gute Folge hat er gehabt: in der Kapkolonie wurde unter den Buren das Volksgefühl geweckt, sie bewunderten die Taten ihrer freistaatlichen Stammesgenossen und bedauerten ihr Schicksal: die Bande des Blutes kamen zur Geltung, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wurde wieder lebendig.

Das Burentum Südafrikas, nun unter Englands Herrschaft vereinigt, betrachtet sich als völkische Einheit, die sich politisch in dem „Afrikandertum" betätigen will: wohl erkennt man die durch die Macht der Tatsachen geschaffene, englische Herrschaft an, aber man will die weitere Entwicklung Südafrikas selbst gestalten nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Weißen — also nach denen der Buren — und unter Ablehnung der politischen Vormundschaft Englands.

Drei Umstände sind diesem Streben günstig: der Grund und Boden ist weitaus überwiegend im Besitze von Buren; ihre Sprache hat sich in der Kapkolonie trotz der fast 100jährigen Herrschaft Englands noch erhalten; sie bilden den Engländern gegenüber in allen vier Kolonien nahezu die doppelte Mehrheit.

Die nächste Zukunft wird es lehren, ob die Entwicklung sich in der

Richtung des Afrikandertums vollziehen wird, oder ob die Buren, unter dem Schwergewichte des englischen Einflusses doch erliegend, verengländern. Der Anfang des Jahres 1909 hat den ersten Schritt zum Vorteil der Buren gebracht: den Entwurf zu einer Verfassung des südafrikanischen Gesamtstaates, der aus der Kapkolonie, Natal, Transvaal und Oranje bestehen sollte.

Der Sommer 1910 bereits sah diese „Südafrikanische Union" entstanden und als ersten Ministerpräsidenten an ihrer Spitze: Louis Botha — ein Zeugnis der Staatskunst der burischen Führer, nicht minder aber der Klugheit der englischen Reichsleitung!

Im Jahre 1911 betrug die gesamte weiße Bevölkerung der „Union" rund 1120000 Seelen, wovon in runden Zahlen 700000 Buren, an 380000 Engländer und gegen 40000 Hochdeutsche waren. Die Buren haben in der Verfassung der „Union" die Gleichberechtigung der niederdeutschen Sprache durchgesetzt — eine Maßregel von weittragender Bedeutung — und ihr Schulwesen macht stetige Fortschritte, seitdem im Jahre 1911 für Kapland, Oranje und Transvaal die Muttersprache zur Unterrichtssprache erklärt worden ist. Die Engländer haben sich diesen Maßnahmen nicht gefügt; innerhalb und außerhalb der Volksvertretungen ist ein Sprachenkampf entbrannt, der aller Voraussicht nach den Gegensatz zwischen Engländern und Buren wachhalten wird.

Leider ist seit Ende 1912 bei den Buren eine Spaltung eingetreten, indem sich der entschiedenere völkisch-niederdeutsche Flügel unter Steyns und des bisherigen Justizministers Hertzog Führung von dem gemäßigten, englandfreundlichen unter Botha getrennt hat. So bedauerlich diese Spaltung ist, sie wird die niederdeutsche Sache kaum besonders schädigen, da der Sprachenkampf ganz gewiß nicht aufhören, wahrscheinlich sich verschärfen wird; er muß die heute uneinigen Parteien der Buren den Engländern gegenüber wieder zusammenführen.

Noch ist die Zukunft ungewiß — sicher aber war es, daß das gesamte Deutschtum allen Anlaß hatte, mit Stolz auf jene selbstbewußten, trotzigen Volksgenossen zu blicken, die im fernen Süd-Afrika im Kampfe mit tausend Fährlichkeiten und Nöten zäh ihre Sprache und ihr Volkstum bewahrt haben und nach ruhmvoller Niederlage daran gingen, das Dasein ihres Volkes durch die friedlichen Mittel der politischen Rechte zu sichern.

Für die Reichsdeutschen aber ist es ein bitteres Gefühl, daß ihre Staatsmänner nicht unschuldig daran sind, daß dies unter englischer Oberhoheit geschehen muß, statt daß noch zwei selbständige Staatswesen niederdeutschen Gepräges sich erhalten und ausbauen konnten.

* * *

Der Weltkrieg hat die Reichsdeutschen in Südafrika furchtbar schwer getroffen; mit kalter Grausamkeit gingen die Engländer gegen sie vor; die aus dem Burenkriege bekannten „Konzentrations-Lager" erlebten eine Neu-Auflage, indem die Deutschen in ihnen gefangen gehalten wurden; ihr Eigentum wurde beschlagnahmt, ihre Handelsniederlassungen aufgelöst, das deutsche Schul- und Kirchenwesen lahmgelegt.

Die Buren wurden als Glieder des britischen Weltreichs in den Krieg hineingezogen; es muß anerkannt werden, daß sie — so wenig wie die Bürger der Vereinigten Staaten — der Notwendigkeit nicht ausweichen konnten, auf der Seite Englands und seiner Verbündeten gegen das Deutsche Reich zu fechten. Freilich, eine Minderheit unter Christian Dewets Führung versuchte durch einen Aufstand die englische Herrschaft abzuschütteln, unterlag aber bald. Den burischen Streitkräften wurde die Aufgabe gestellt, die deutschen Kolonien in Südwest- und Ostafrika zu besetzen; so unerfreulich diese Tatsache war, wie die Dinge sich entwickelt hatten, wird niemand den Buren einen Vorwurf daraus machen, daß sie sich ihr unterzogen, nachdem sie englische Untertanen geworden waren. Traurig aber war es, daß ein Teil ihrer Führer, — allen voran Botha — besondere Gehässigkeit gegen das Deutsche Reich an den Tag legte und vor den Engländern damit geradezu prahlte. Dies Verhalten kann nicht damit entschuldigt werden, daß diese Buren — Botha und seine Gleichgesinnten — durch ihre Erfahrungen mit der Reichspolitik und ihren Lenkern während des Burenkrieges mit tiefer Abneigung, ja Verachtung gegen die Träger der Reichspolitik erfüllt worden seien — das deutsche Volk hat damals den Buren nicht nur gute Gesinnung gezeigt, sondern nur Gutes erwiesen.

Soweit sich die Lage in Süd-Afrika am Ende des Krieges übersehen läßt — was bei den unzulänglichen Nachrichten, die von dort kommen, nicht ganz leicht ist, — hat der Krieg, infolge der Teilnahme der Buren an ihm, eine Steigerung ihrer politischen Ansprüche gegen England, sowie eine Verstärkung der burisch-nationalistischen Bewegung gebracht, die unter dem Schlagwort „Afrika den Afrikandern" die Beziehungen zu England möglichst los gestalten will.

Es bleibt abzuwarten, ob und welchen Erfolg diese Bewegung haben wird, ebenso auch ob sie die schwere Lage der in Südafrika lebenden Reichsdeutschen verbessern will und wird.

Innere Entwicklung im 19. Jahrhundert.

Die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts haben einen wunderbaren Aufschwung im geistigen Leben unseres Volkes gesehen, während — im schroffsten Gegensatz dazu — der politische Verfall fortschritt und in den Tagen von Jena zum furchtbaren Zusammenbruch führte.

Nach Napoleons Besiegung war zwar die kriegerische Ehre der Deutschen wieder hergestellt und das Dasein der deutschen Staaten gesichert — aber die Schaffung von befriedigenden Zuständen innerhalb dieser Staaten und gar ihr Zusammenschluß zu einem mächtigen Reiche wollte nicht gelingen: erst nach schweren Erschütterungen und Kämpfen brachte das fortschreitende 19. Jahrhundert dem deutschen Volke die brauchbare politische Form.

Unabhängig von dieser politischen Zerfahrenheit entwickelte sich die Kultur unseres Volkes weiter. In unübersehbarer Mannigfaltigkeit und Vielseitigkeit, in solchem Reichtum an Erscheinungen bewies seine geistige Kraft ihren Schaffensdrang, daß es weder den Absichten, noch der Anlage dieses Buches entsprechen kann, in die Einzelheiten hineinzusteigen: wir dürfen nur Männer von dauerndem Werte nennen und müssen den nach mehr verlangenden Leser auf das Schrifttum der einzelnen Gebiete verweisen; dies gilt sowohl für die Entwicklung der Künste, wie für das gesamte geistige und wirtschaftliche Leben im 19. Jahrhundert.

So bescheiden ich von Dem denke, was ich mit diesem Buche geleistet habe — für die folgenden Blätter halte ich mich berechtigt, noch besonders auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die eine so gedrängte Übersicht bietet; ich bin mir der Mängel meiner Darstellung durchaus bewußt, hoffe aber trotzdem zu erreichen, daß der Leser sich ein Bild von der unendlichen Vielseitigkeit der Betätigung deutschen Geistes wird machen können.

Dichtkunst.

Friedrich Schiller, der größte deutsche Dichter für die Schaubühne, schenkte seinem Volke in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts noch Werke von unvergänglichem Werte; sein Wallenstein bedeutet den Höhepunkt seines Schaffens, die Jungfrau von Orleans und Wilhelm

Tell, an künstlerischer Geschlossenheit hinter jenem zurückstehend, warfen das Panier der Freiheitsliebe und der völkischen Opferwilligkeit auf und fanden begeisterte Aufnahme; wir wissen, wie sie auf das Geschlecht einwirkten, das, von Napoleon niedergeworfen, den Tag der Erhebung herbeisehnte.

Am 9. Mai 1805 starb der Dichter, dessen edle, reine Persönlichkeit eine der hehrsten Erscheinungen unserer Geschichte ist; seinen Werken kann die Zeit nichts anhaben — mochten auch manche Kunstrichter ihren Wert anzweifeln und herabsetzen — sie sind noch heute ihrer Wirkung sicher und bilden den kostbarsten Besitz unserer Bühne.

Heinrich von Kleist, nach ihm wohl der bedeutendste Bühnendichter unseres Schrifttums, folgte ihm wenige Jahre später im selbstgewählten Tode, da er an der Befreiung seines Preußen verzweifelte. Er hatte in der Hermannsschlacht das hohe Lied der Rache gedichtet; im Käthchen von Heilbronn schuf er ein wunderbares Werk voll Märchenzauber und Traumseligkeit; sein Prinz von Homburg pries waffenklirrend Preußens Ruhm unter dem großen Kurfürsten; der Zerbrochene Krug ist nach Lessings Minna von Barnhelm unbestritten das beste deutsche Lustspiel. Große Entwürfe barg Kleists Seele noch, vor allem den gewaltigen Stoff des Trauerspieles „Robert Guiskard", als er, vor der Zeit müde, seinem Leben ein Ende machte.

Goethe überlebte seinen Freund Schiller fast um ein Menschenalter; unermüdlich im Schaffen, bereicherte dieses größte dichterische Genie der Welt das Schrifttum der Menschheit um eine Fülle von Meisterwerken — aber er blieb seinem Volke fremd, wie er sich fern von ihm hielt. Fast schien es, als sei er durch seine Größe hinausgehoben über die Schranken seines Volkes und fühle sich als Mensch schlechthin. So verhielt er sich in den Nöten der Tage Napoleons teilnahmslos gegen den Zusammenbruch der Deutschen, ablehnend stand er den Bestrebungen nach politischer Wiedergeburt gegenüber, und die Befreiungskriege ließen ihn kalt.

Es ist zu verstehen, daß solches Verhalten des Mannes, auf den die Besten im Volke stolz waren, verstimmend wirkte, und daß sie, von seiner Ablehnung befremdet, dem toten Schiller ihre doppelte Liebe zuwandten.

Es ist schmerzlich, den Abstand zwischen dem Volke und einem seiner größten Söhne zu sehen — und es ist nicht zu leugnen, daß die Schuld daran an Goethe lag, der in den Tagen der Not und Gefahr seinem Volke nichts zu sagen hatte. Dieser Umstand und die Eigenart der Werke seines vorschreitenden Alters brachten es mit sich, daß der Dichter in den letzten zwei Jahrzehnten wenig Wirkung ausübte; erst die Nachwelt lernte es, sich unbefangen seiner Größe zu freuen und ihn, unbeeinflußt von seinen menschlichen Schwächen, zu würdigen.

Die Romantiker erwiesen sich in ihrem Schaffen meist ebenso haltlos,

wie in ihrer Lebensführung, und nur Weniges von ihnen hat sich eine bleibende Stelle im deutschen Schrifttum erobert. Der reifste und reinste unter ihnen ist Josef von Eichendorff. Die dauernde Wirkung der Romantiker beruht darin, daß sie dem Volke die Geschichte der Vorzeit nahebrachten und ihre Dichtwerke der Vergessenheit entrissen: sie haben das Nibelungenlied, Walter von der Vogelweide, des Knaben Wunderhorn und alle die andern reichen Schätze der Vergangenheit ausgegraben — ein Verdienst, durch das sie sich ein dankbareres Andenken gesichert haben, als durch eigenes Schaffen.

Daneben haben sie uns die Werke der großen englischen, spanischen und portugiesischen Dichter in meisterhaften Übersetzungen bekannt gemacht — vor allem Shakespeare für die deutsche Bühne erobert: solange die Kunst dieses Gewaltigen lebt, wird das deutsche Volk das Andenken Ludwig Tiecks und August Wilhelm von Schlegels ehren, die ihm die Werke dieses größten Bühnendichters vermittelt haben.

Wurden Goethe und Schiller in ihrer Gesamtleistung auch bis heute nicht wieder erreicht, so erstand doch aus allen Teilen des Vaterlandes, von allen deutschen Stämmen erzeugt, eine unübersehbare Schar von Dichtern, von denen viele Schönes und Gutes, einige auch Großes, ja Gewaltiges schufen.

Der Wiener Franz Grillparzer griff mit gleichem Erfolge in das griechische Altertum, wie er Stoffe der vaterländischen Geschichte meisterte; eine reiche Begabung, ein reiner und edler Mensch, dessen Wert noch heute nicht voll erkannt ist.

Der Dithmarsche Friedrich Hebbel, ein geborener Bühnendichter von tiefstem Ernst und rücksichtsloser Wahrhaftigkeit, erprobte seine Kraft an schwersten sittlichen Fragen und schuf in den Nibelungen ein gewaltiges Bühnenwerk, das den Stoff der Siegfriedsage verarbeitete; seine Agnes Bernauerin schildert ergreifend einen Zwiespalt im Fürstenhause Wittelsbach, dessen Opfer ein unschuldiges Bürgerkind werden mußte.

Hebbel ist unstreitig von allen Nachfahren Schillers und Goethes der tiefste Geist und nach Kleist unser machtvollster Bühnendichter; auch sein Reichtum ist noch lange nicht Gemeingut der deutschen Bühne geworden und muß erst noch zur Geltung gebracht werden.

Der Thüringer Otto Ludwig hat verwandte Züge mit Hebbel — aber ihm fehlt die herbe Wucht, die jenem eigen; seine Bühnenwerke (der Erbförster, die Makkabäer) haben großen Zug — das Beste aber leistete der Dichter im Roman: seine „Heiterethei" und „Zwischen Himmel und Erde" sind köstliche Werke.

Damit ist die Zahl der größten Bühnendichter erschöpft; nach ihnen verdient noch der Detmolder Dietrich Grabbe genannt zu werden —

eine große Begabung, leider ungezügelt und unausgereift, so daß das Schaffen dieses durch ein wüstes Leben vor der Zeit zugrunde gerichteten Mannes etwas Gewaltsames, Krampfhaftes an sich hat.

Das ausgehende Jahrhundert hat von erfolgreichen Bühnendichtern den Österreicher Ludwig Anzengruber hervorgebracht, der in wirkungsvollen Schauspielen das bürgerliche und bäuerliche Leben seiner Heimat erfaßte, und den Hohenzollernsprossen Ernst von Wildenbruch, der mit Schwung und Feuer Gegenstände der vaterländischen Geschichte mit sicherer Schlagkraft behandelte.

Die Gefühlsdichtung (Lyrik) erlebte eine wunderbare Blüte: die Schwaben Eduard Mörike und Ludwig Uhland, die Westfalin Annette von Droste-Hülshoff und der Dithmarsche Klaus Groth, der in plattdeutscher Mundart dichtete, erreichten die höchste geistige Höhe; Männer wie Gottfried Keller, Theodor Storm und Konrad Ferdinand Meyer, deren Bedeutung vor allem im Romane liegt, haben auch als Lyriker Kostbares geschaffen; neben ihnen sind aus der jüngsten Zeit noch Theodor Fontane und Detlev von Liliencron zu nennen.

Die erzählende Dichtung (der Roman, die Novelle) fand erste Meister: der Franke Jean Paul Richter bewies sein reiches Gemüt in schönen Werken, deren Wirkung leider durch den Mangel an Zusammenfassung beeinträchtigt ist; um so fester und entschiedener gestaltete der Schweizer Jeremias Gotthelf die Schicksale der Bauern seiner Heimat in lebensvoller Wirklichkeit und liefert vor allem in seinem „Uli" und in „Anne Bäbi Jowäger" Meisterwerke der Lebensschilderung.

Der Magdeburger Karl Immermann, ein hochstrebender Geist, hat mit seinen Bühnenwerken dauernde Erfolge nicht errungen; dagegen sind seine Romane für die Zeitgeschichte von bleibender Bedeutung. Am bekanntesten ist der „Oberhof", ein Teil aus dem „Münchhausen".

Der Schlesier Willibald Alexis stieg in die Vergangenheit Preußens hinab und entwarf in einer Reihe von geschichtlichen Romanen, die die Zeit vom Ende des 14. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts umspannen, treue Bilder der Menschen und der Geschehnisse von bewundernswerter Anschaulichkeit.

Der Märker Theodor Fontane zeigte wie Alexis seine reife Kunst in der prächtigen Gestaltung geschichtlicher Stoffe — aber seine besten Leistungen liegen in der Darstellung des neuzeitlichen Lebens und seiner Zwiespältigkeiten, und hier erwies er sich als Seelenkenner und Menschendarsteller von eindringender Tiefe.

Der Schlesier Gustav Freytag, dessen Lustspiel „Die Journalisten" wohl stark überschätzt wird, setzte sich in seinen „Ahnen" die Aufgabe, die Entwicklung unseres Volkes von seinen ersten Anfängen bis in die Neuzeit

in einer fortlaufenden Reihe von Romanen zu gestalten; in „Soll und Haben" entwarf er ein meisterlich wahres Bild des bürgerlichen Lebens um die Mitte des 19. Jahrhunderts.

Der Mecklenburger Fritz Reuter behandelt die Zustände seiner engeren Heimat in niederdeutschem „Platt" und schuf die prächtige Gestalt des „Onkel Bräsig", die im Mittelpunkte seiner schönen „Stromtid" steht; sein Landsmann John Brinkmann, ihm als Menschenkenner überlegen, nahm sich das enge Dasein der kleinbürgerlichen Kreise seiner Heimat zum Gegenstand und erfüllte es mit seinem Geiste; der Badener Viktor Scheffel gab im „Ekkehard" ein treffliches Bild klösterlichen und höfischen Lebens im frühen deutschen Mittelalter, das sich am Bodensee und um den Hohentwiel abspielt, und der feine Deutschböhme Adalbert Stifter versenkt sich mit begeisterter Liebe in die Natur des schönen österreichischen Landes und seiner Menschen. Als Künstler weniger wie als Erzieher und Vertiefer völkischer Gesinnung ist Felix Dahn von Bedeutung, dessen geschichtliche Romane, besonders sein „Kampf um Rom", ein lebensvolles Bild der deutschen Vergangenheit geben.

Der Steiermärker Peter Rosegger, so recht ein Sohn des Volkes, geht in seinen Romanen und Erzählungen in die Tiefen des Daseins, der Sorgen und Freuden seiner Landsleute, und sein Landsmann Robert Hamerling wagt sich in farbenprächtigen Dichtungen an die größten Stoffe der Menschheit; der Tiroler Adolf Pichler stellte sich mit seinem reichen und schönen Schaffen bewußt in den Dienst des völkischen Gedankens; neben ihnen steht der geistvolle Ferdinand von Saar, dessen „Novellen aus Österreich" neben vielem Guten Wertvollstes von echter Menschlichkeit bieten; ihnen noch überlegen ist Ludwig Anzengruber, der außer seinen früher erwähnten Bühnenwerken eine Zahl trefflicher Romane und Erzählungen verfaßte.

Die größten aber unter den erzählenden Dichtern des Jahrhunderts sind die beiden Schweizer Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer, der Schleswiger Theodor Storm, die Österreicherin Marie von Ebner-Eschenbach und der Braunschweiger Wilhelm Raabe: sie alle verbinden geistige Tiefe mit unfehlbarer Kenntnis der menschlichen Seele, Gedankenreichtum mit sicherer Gestaltungskraft. Sie schenkten ihrem Volke Werke von köstlichem Werte. So unerschöpflich ist, was diese fünf Großen uns brachten, daß wir nicht unternehmen dürfen, einzelnes hervorzuheben.

An ihren Werken besitzt unser Volk einen Schatz von so ursprünglicher Gesundheit, von solcher lauteren Schönheit, daß man nur wünschen muß, es möchte sich an ihnen immer mehr erheben und erbauen.

Nicht unerwähnt bleibe der Kreis von Dichtern, deren dauernder Wert in der leidenschaftlichen, in edelster Form gegebenen Vertretung politischer Hochziele ruht; es seien der Österreicher Anastasius Grün

(Graf Alexander Auersperg), der Lübecker Emanuel Geibel und der Detmolder Ferdinand Freiligrath genannt.

Nur der Vollständigkeit halber sei das junge Deutschland erwähnt, jene Gruppe von Schriftstellern, die in den 30er Jahren eine Erneuerung der Kunst und des geistigen Lebens anstrebten; — sie verquickten politische und künstlerische Hochziele, verneinten ohne geschichtlichen Sinn das Bestehende und gelangten zu unfruchtbarem Radikalismus; sie gehören nur dem Tage an, — und ihre Werke sind bis auf wenige vergessen. Immerhin seien die Namen Heinrich Laube und Karl Gutzkow genannt.

Eine Gattung für sich allein bildet Wilhelm Busch, ein Meister knappster humoristischer Fassung und ein genialer Zeichner, der zu seinen köstlichen Reimen mit wenigen Strichen Bilder von verblüffender Lebenswahrheit gibt.

Es ist nicht wahr, was so oft behauptet wird, daß die Zeit nach Goethes Tod unfruchtbar gewesen sei an Dichtwerken; unser Volk kann sich zufrieden geben mit dem, was ihm geschaffen wurde, — es kann damit eine noch ärmere Zeit überstehen, wenn es nur genießt, was Großes und Gutes ihm geboten wurde. Pflicht aller Volksbewußten ist es, die Mitlebenden an diese Schätze heranzuführen, sie Echtes vom Unechten unterscheiden zu lehren.

Dies gilt auch von den Dichtwerken unserer Zeit, unter denen sich viel Schönes und Gutes findet, wenn auch unter ihren Schöpfern kein ganz Großer ist. Im Roman und im Schauspiel haben die Brüder Karl und Gerhart Hauptmann aus Schlesien, der Elsässer Friedrich Lienhart, der Dithmarsche Adolf Bartels Bedeutendes geschaffen; von ihnen ist es nur Gerhart Hauptmann gelungen, die Bühne zu erobern. Dies glückte auch dem Tiroler Karl Schönherr, nachdem er mit dem Trauerspiel „Glaube und Heimat" verdienten Erfolg gehabt hatte. So gut wie ausgeschlossen von der Bühne blieben auch Tim Klein, dem mit „Veit Stoß" ein Trauerspiel von herber Deutschheit gelang, der Oberpfälzer Dietrich Eckart mit seinem geschichtlichen Schauspiel „Heinrich der Hohenstaufe", der Schlesier Eberhard König mit seinen der deutschen Sage entnommenen Werken. Der Allemanne Hermann Burte, dessen Roman „Wiltfeber" trotz mancher Schwächen die Aufmerksamkeit auf diesen Dichter gelenkt hat, scheint sich durchzusetzen; von seinen Werken ist „Katte" als Bühnendichtung am vollkommensten.

Von Lyrikern ist der Schwabe Cäsar Flaischlen zu erwähnen, auf dem Gebiet der Ballade der Niedersachse Börries Freiherr von Münchhausen. Der junge Thüringer Walter Flex ist uns dann der eigentliche Dichter des Weltkriegs geworden.

Von neueren und neuesten Romanschriftstellern sind zu nennen: der Sachse Wilhelm von Polenz, der Preuße Hermann Löns, der Westfale Hermann Wette, der Oberpfälzer August Sperl, die Ober-

österreicherin Enrica von Handel-Mazetti; aus dem hannöverischen Heinrich Sohnrey; die Schwäbin Agnes Supper und ihr Landsmann aus dem südungarischen Banat Adam Müller-Guttenbrunn. Sie alle geben eigenstes zum größten Teil wirklich Meisterhaftes an Menschendarstellung und Naturschilderung. Sei es, daß sie die engere Umwelt darstellen, der sie entstammen, oder schwerste Fragen zu lösen versuchen; sei es, daß sie sich mit vollendeter Kunst in längst vergangene Schicksale und Zeiten einfühlen und sie neu vor uns erstehen lassen; sei es, daß sie in liebevollster Kleinmalerei festhalten, was sie Tieren und Pflanzen ablauschen oder endlich, daß ihnen Angst und Sorge um die deutschen Stammesbrüder immer wieder die Feder in die Hand drückt.

Wichtiges hat die deutsche Schaubühne zu tun: sie sollte sich darauf besinnen, welch einen Reichtum sie in den Werken der großen Dichter aus der Zeit nach Schiller und Goethe noch ungehoben ließ; sie zur Geltung zu bringen, sollte Ehrenpflicht sein. Freilich wird sie erst erfüllt werden, wenn die Bühne dieser Zeit von der jüdischen Zwangsherrschaft befreit ist, die heute auf ihr lastet. Wie kein anderes Gebiet der Kunstbetätigung ist sie diesem Einfluß unterworfen und wurde durch ihn zugrunde gerichtet. Was Wunder, daß die Bühne zum Gegenteil dessen geworden ist, was Schiller von ihr verlangte, der in ihr eine „moralische Anstalt" sah, und daß die Werke lebender deutscher Dichter unaufgeführt bleiben.

Musik.

Machtvoll und schöpferisch erwies der deutsche Geist sich auch in der Musik, in Tönen der ganzen Welt unendlichen Reichtum spendend.

Der Zeit und der Bedeutung nach ist hier Ludwig van Beethoven an erster Stelle zu nennen: eine machtvolle Persönlichkeit, ein überragender Künstler, der in seinem Schaffen alle Höhen und Tiefen umfaßte. Sein schweres Schicksal — er war schon sehr früh vollständig taub geworden — fand in seinen Werken ergreifenden Ausdruck, und es dauerte lange, bis das Verständnis seiner großen Kunst in weitere Kreise drang.

Auch Franz Schubert, der leider so jung verstorbene Wiener, hat unvergänglich Schönes hinterlassen.

Als Romantiker unter den Musikern gilt Robert Schumann.

Große Vertreter der symphonischen Dichtung sind noch Johannes Brahms und Anton Bruckner.

Alle diese Meister haben auch das Lied gepflegt; hier sind noch zu nennen Peter Cornelius und Hugo Wolf, jener als Wort- und Tondichter, und für die Ballade Karl Löwe.

In der Bühnenmusik stehen neben Beethovens einziger wundervoller Oper „Fidelio", Karl Maria von Webers „Freischütz" und „Oberon", Heinrich Marschners „Hans Heiling" und „Der Vampyr". Daneben

die liebenswürdigen, volkstümlichen Spielopern Albert Lortzings und „Der Barbier von Bagdad" von Cornelius; auch Wolfs „Corregidor" sei hier genannt.

In der Operette hat den Wiener „Walzerkönig" Johann Strauß auch heute noch keiner seiner zahlreichen Nachahmer wirklich erreicht.

So unvergänglich die Wirkung aller dieser Meister, und besonders die Beethovens, des Größten unter ihnen, sowie diejenige der Tondichter des 17. und 18. Jahrhunderts ist, von denen wir früher gesprochen haben — das musikalische Leben der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und die Gegenwart steht unter dem Einfluß Richard Wagners.

Nachdem die früheren Tondichtungen dieses Meisters: Rienzi, Der fliegende Holländer, Tannhäuser und Lohengrin die Bühne schon erobert hatten, kam er in tiefgründiger Kunstbetrachtung dazu, die bis dahin landläufige „Oper" als unkünstlerisch zu verwerfen, und forderte das Musikdrama, in dem Dichtung, Musik und Bühnenhandlung zur lebendigen Einheit verbunden sind. Er schritt von der Kunsterkenntnis zur Tat und wurde der Schöpfer der von ihm geforderten neuen Kunstgattung. Ihr gehören der Ring des Nibelungen, Tristan und Isolde, Die Meistersinger, Parsifal an, alles Werke von hehrer Größe — und es war zu verstehen, daß ihr Schöpfer wünschte, sie seinen Hörern losgelöst von den Ablenkungen des Alltags darzubieten, in weihevoller Erhebung. So kam er dazu, in Bayreuth ein Festspielhaus zu errichten, dem nur die Aufgabe gestellt ist, in vollendeten Vorstellungen Wagners Werke aufzuführen.

Das Schicksal des Genies blieb Richard Wagner nicht erspart; lange war er verkannt, ja verspottet und verhöhnt; sein Glück führte ihn dem jungen König Ludwig II. von Bayern zu, der sich ihm in begeisterter Freundschaft anschloß und ihm die Wege bahnte. Nachdem seine Musikdramen so erst die Bühne gewonnen hatten, war die Wirkung gewaltig, unerhört. —

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Richard Wagner auch als Dichter und Bereicherer der deutschen Sprache eine erste Stelle einnimmt; von seinen Bühnendichtungen scheinen mir die Meistersinger ein vollendetes Werk deutschen Humors zu sein.

Nicht allzu reich ist die zeitgenössische deutsche Tonkunst an wirklichen Meistern. Nur wenige der lebenden Tondichter haben Werke geschaffen, die sie — voraussichtlich — überdauern werden. Hier sei in erster Reihe Engelbert Humperdincks gedacht, der sich namentlich durch seine wundervoll poetische Vertonung der Märchendichtungen von „Hänsel und Gretel" und „Königskinder" ein bleibendes Denkmal gesetzt hat. Siegfried Wagner, der Sohn Richard Wagners, ein Tonsetzer von erheblichem Wollen und Können, dem das musikalische Schrifttum eine größere Anzahl von wertvollen musikdramatischen Werken verdankt, hat — sehr zu Unrecht —

darunter zu leiden, daß er an dem Maßstab des großen Vaters gemessen wird. Seine zum Teil im besten Sinne volkstümlich gehaltenen Werke verdienten im Spielplan unserer Opernbühnen eine weit größere Beachtung. Richard Strauß hat sich in zahlreichen musikalischen Werken der verschiedensten Gattungen als ein Meister überlegenen fachlichen (technischen) Könnens erwiesen. Seiner Kunst haftet jedoch der Mangel an, daß sie vielfach äußerlich ist und häufig zu sehr mit dem Verstand und zu wenig mit dem Herzen geschrieben ist. Einer der bedeutendsten lebenden deutschen Tonkünstler ist zweifellos der Badener Friedrich Klose, dessen ursprünglicher Erfindung und reichem Können entsprungene Kunst erst in letzter Zeit gebührend gewürdigt wird.

Der größte deutsche Tondichter unserer Zeit ist aber zweifellos Hans Pfitzner, dessen Schaffen wie das keines anderen tief im deutschen Volkstum wurzelt. Man hat Pfitzner den „letzten Romantiker" genannt und es ist in der Tat wunderbar, wie der Meister in der Gedanken- und Gefühlswelt einer längst vergangenen Zeit lebt und schafft. Außer mehreren bedeutenden Kammermusikwerken verdanken wir ihm eine größere Anzahl von Liedern, die an Stimmungsgehalt und inneren Werten in der zeitgenössischen Tonkunst unerreicht sind. Nicht minder bedeutend sind die musikdramatischen Werke Pfitzners. Schon in seiner frühen Jugend entstand das Musikdrama „Der arme Heinrich", dem die romantische Oper „Die Rose vom Liebesgarten" folgte. Die Krönung des Pfitznerschen Lebenswerkes bildet bis heute die musikalische Legende „Palestrina", eine Tonschöpfung von ganz überragender Höhe, wie sie nur einem ganz großen Meister gelingt.

Bildende Künste.

In der Musik also haben die Deutschen des 19. Jahrhunderts Ursprüngliches geleistet; ihre Tondichter haben der ganzen Menschheit ihren Reichtum überlassen, und noch heute zehrt sie davon.

Minder selbständig erwies die Begabung der Deutschen sich zunächst in der Malerei; hier hatten am Anfang des Jahrhunderts die großen Vorbilder des italienischen Mittelalters und der Renaissance übermächtigen Einfluß; später übten die lebenden Franzosen und Belgier ihre Wirkung aus, und endlich fanden die Engländer Nachahmung.

Aber die genialen Naturen und die großen Begabungen ließen sich von den Fremden nur in bezug auf die Form und die Art zu sehen und zu malen beeinflussen — der Geist blieb bei ihnen deutsch, und so gelang es den am fremden Beispiel herangebildeten Meistern, Großes zu schaffen.

Peter Cornelius, wohl der gedankenreichste deutsche Maler, und Alfred Rethel bewährten ihre Kraft in gewaltigen Bildwerken; Friedrich Preller zeigte sich als Meister groß aufgefaßter Landschaften. Ludwig Richter und Moritz von Schwind stiegen hinab in das Leben

des Tages und in die deutsche Märchenwelt und schufen aus ihrem Geiste heraus Kunstwerke, die als echteste Erzeugnisse deutschen Gemütes gelten können; ihnen verwandt ist Karl Spitzweg als Schilderer des Heimlichen, Trauten, Heimatlichen — allen dreien ist ein köstlicher Humor eigen, der auch die scheinbar kleinlichen Vorwürfe hebt und verklärt.

Die Maler, die etwa von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis in die achtziger Jahre den Geschmack beherrschten, waren mehr Meister der Form, als des geistigen Gehalts; ihre Werke übten mehr äußerliche Wirkung, wie sie auch bewußt auf sie hinarbeiteten; es fehlte die seelische Tiefe und das Aufgehen im Gegenstand. So sind die Erzeugnisse dieser Kunst trotz manches bedeutenden Wurfes doch nur für den Tag geschaffen worden, — dauernde Wirkung vermochten sie nicht auszuüben.

Sobald das Auge der Beschauer dazu erzogen war, sich nicht an Formen und Farben genügen zu lassen, sondern innere Wahrheit zu verlangen, mußten ihnen die Bilder selbst eines Wilhelm Kaulbach, eines Schnorr von Karolsfeld, eines Piloty fremd werden; von der mit allen Reizen der Sinnlichkeit wirkenden Kunst des Wieners Hans Makart galt dies erst recht.

Schon Anselm Feuerbach hatte sich dieser Scheinkunst abgewandt und sich zu ergreifender Innerlichkeit durchgekämpft. In der Landschaftsmalerei bewährten Kaspar David Friedrich, Karl Friedrich Lessing, Andreas Achenbach, Gustav Schönleber und von den Neueren Albert Staebli hohe künstlerische Kraft, während die Sittenbildmalerei in F. A. Kaulbach und W. Dietz bedeutende Vertreter fand.

Das ländliche Leben fand schlichte und wahre Schilderer in Benjamin Vautier, Ludwig Knaus und Franz Defregger. Es kam die Zeit, wo die edlen, schlicht wahrhaftigen Werke eines Hans Thoma, eines Fritz von Uhde, Eduard von Gebhardts, Wilhelm Steinhausens, Wilhelm Leibls und Wilhelm Trübners zur Geltung kamen und den Beschauer den Atem deutscher Ehrlichkeit und Sachlichkeit spüren ließen.

Eine besondere Stellung nahm Adolf Menzel ein, der ganz auf sich ruhend, ganz selbständig seinen Weg schritt und als genialer Schilderer der Welt Friedrichs des Großen seinen Ruhm gewann; genaueste Beobachtung des Kleinsten, eiserner Fleiß, geistige Durchdringung und Ausschöpfung des Gegenstandes machten diesen Künstler zu einem Meister höchsten Wertes — und ein Beweis seines Genies: der Mann, dessen Sondergebiet das höfische und militärische Leben des 18. Jahrhunderts so sehr war, daß er darin völlig aufzugehen schien, blickte mit scharfen Augen in die Gegenwart und meisterte ihr Leben und Treiben mit wunderbarer Sicherheit.

Eine ganz andere Natur als er, aber auch ein Genie von wunderbarem Reichtum, war der Schweizer Arnold Böcklin; sein Auge er-

blickte Land und Meer von Fabelwesen mannigfacher Art belebt; so fremdartig sie sind, — er erfüllte sie mit Geist und Leben, so daß wir an ihre Wirklichkeit glauben müssen; das Heldenhafte, das Gewaltige, das Rätselvolle, ja das Grauenhafte — aber auch das Ruhige und Traute lockt diesen allumfassenden Künstler, der auch tiefen Humor besitzt — und sein Pinsel schuf bald in wundervollster Farbenpracht, bald in gespenstiger Düsterkeit oder in schlichten Farben Bilder von überwältigender Macht.

Verwandt scheint ihm in der Tiefe und dem Reichtum der Gedanken der Leipziger Max Klinger — sein Höchstes leistet aber der vielseitige Künstler doch als Bildhauer.

In der Bildnismalerei sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts wirklich bedeutende Künstler nicht zu verzeichnen; sie fand einen großen Meister erst in Franz Lenbach, der in immer neuem Ringen das Wesen Bismarcks ergründet und erobert hat, und der — wenn er sonst nichts geschaffen hätte — als Schilderer Bismarcks ewig leben wird.

Wenn man die Entwicklung der Malerei überschaut, so darf man die freudige Überzeugung aussprechen, daß eine bodenständige, deutschem Geiste entsprungene, mit den Mitteln gereifter Formgebung, mit ehrlicher Sachlichkeit wirkende Kunst sich durchgesetzt hat, die die Bande der Abhängigkeit von der Vorzeit und vom Auslande gesprengt hat: die schöpferische Kraft des Volksgeistes hat Großes geschaffen.

* * *

Die Bildhauerkunst des beginnenden 19. Jahrhunderts stand völlig unter dem Einflusse des griechischen Altertums, das der Nachwelt Werke von ewiger Schönheit hinterlassen hat; mit ganzer Seele hat sich Joh. Heinrich Dannecker in diese hohe Kunst versenkt und nachempfindend Bedeutendes geleistet.

Erst die besonderen Aufgaben der Denkmal-Kunst machten die Bildhauer mit der Wirklichkeit bekannt und veranlaßten sie, sich auf den Boden des Vaterlandes, der Gegenwart zu stellen, sich den deutschen Menschen zu betrachten und zu bilden. So wirkten die praktischen Aufgaben, die der Stolz des Volkes über die Siege der Befreiungskriege und die Dankbarkeit der Fürsten ihren Feldherren und Staatsmännern gegenüber stellten, erzieherisch, und Künstler wie Christian Rauch, Joh. Gottfr. Schadow und Ernst Rietschel bewiesen, daß sie nicht nur die Schönheit des Menschenkörpers an sich zu gestalten verstanden, sondern daß sie deutsche Menschen von Fleisch und Blut charakteristisch und lebensvoll darstellen konnten.

Manches edle und schöne Bildwerk, manches wertvolle Denkmal entstand; die höchste Leistung erreichte diese Kunst mit Rauchs Denkmal Friedrichs des Großen.

Höfische und politische Zwecke drückten der Bildhauerei bis in die letzten Jahrzehnte den Stempel auf und führten zu einer gewissen Erstarrung; als Meister dieser Kunstgattung schufen Johannes Schilling das Niederwald-Denkmal und Rudolf Siemering das Siegesdenkmal in Leipzig — Werke von schönen Formen, aber ohne Seele, ohne Persönlichkeit. Anders, hinreißend und wuchtig, wirkt das Arminsdenkmal im Teutoburger Walde, dessen Schöpfer, Ernst von Bandel, sein ganzes Leben daran gesetzt hatte, dem Befreier Deutschlands ein würdiges Ehrenmal zu errichten.

Erst nach den 90er Jahren erwachte die Bildhauerei aus der Erstarrung und bekannte sich dazu, daß große Wirkung nicht durch die noch so getreue Schilderung des Tatsächlichen zu erreichen sei, sondern daß das Persönliche, das Geistige dazu kommen müsse, um dem steinernen oder ehernen Bildwerk Leben und Wahrheit zu geben.

Die neuen Künstler strebten nicht nur nach der Schönheit der Form — sie rangen mit dem Gegenstande ihrer Schilderung, um ihn geistig zu erfassen, zu durchdringen. Ihr Führer und Vorkämpfer ist der kraftvolle Adolf Hildebrand; neben ihm sind Fritz Schaper und Adolf Brütt zu nennen. Wertvolle Werke entstanden durch sie, aber das Höchste ist Max Klinger mit seinem herrlichen Beethoven gelungen — einer Schöpfung, die mit ebenbürtigem Geiste einen der größten aller schaffenden Menschen in der Arbeit seiner Gedanken erfaßt und majestätisch nachbildet.

Die monumentale Bildhauerkunst fand ihren höchsten Ausdruck in dem Hamburger Bismarckdenkmal des Österreichers Hugo Lederer, das in seiner Wucht zur rechten Verkörperung des gefeierten Helden geworden ist.

* * *

Auch der Baukunst gelang es erst mit dem Ende des 19. Jahrhunderts sich zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit von fremden Vorbildern durchzuringen. Die Formen des griechischen Altertums und der italienischen Blütezeit waren dem Boden ihrer Heimat entsprossen, sie entsprachen den Bedürfnissen ihrer Bewohner. Auf den deutschen Norden übertragen, mußten sie fremd und kalt wirken. So Schönes die Meister des beginnenden Jahrhunderts geschaffen haben, von denen wir als Größte den in Berlin wirkenden Karl Friedrich Schinkel, Leo von Klenze in München und Gottfried Semper in Dresden nennen — den zeitgemäßen, den Verhältnissen des deutschen Bodens entsprechenden Baustil haben sie nicht gefunden.

Ebenso unangebracht war die Wiederholung gotischer, barocker und der Bauformen des Rokoko für ganz andere Verhältnisse und Zwecke.

Aber es wollte nicht gelingen, Neues zu finden, und so mühten die Baumeister sich fast bis zum letzten Jahrzehnt, entweder die Formen der Vergangenheit mehr oder weniger gewandt nachzuahmen, oder sie boten ein sinnloses Gemisch aus mehreren alten Stilen. Wirklich hervorragende Künstler litten unter dem Einfluß der alten Bauweisen, vermochten aber doch durch völliges Aufgehen in ihnen Bedeutendes zu leisten, wie der Wiener Dombaumeister Friedrich Schmidt mit dem Rathaus zu Wien.

Im allgemeinen aber war es eine Zeit arger Stillosigkeit, die dem Äußeren unserer Städte, besonders der Großstädte, ein unerfreuliches, leider bleibendes Gepräge aufgedrückt hat.

Unter den Meistern, denen neue Gestaltung unter Anlehnung an die Vergangenheit gelungen ist, ragen der Münchener Friedrich Thiersch, der Leipziger Hugo Licht und vor allem der Rheinhesse Paul Wallot mit seinem Reichstagsgebäude in Berlin hervor; Bodenständiges, ganz Eigenartiges schufen die Münchener Gabriel und Emanuel Seidl, sowie Theodor Fischer, der Berliner Stadtbaurat Ludwig Hofmann und der Wiener Josef Olbrich. Die Denkmal-Baukunst fand großartige Schöpfer in Bruno Schmitz mit seinen Kaiser-Denkmälern auf dem Kyffhäuser, an der Porta Westfalica, am deutschen Eck in Koblenz und dem gewaltigen Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, sowie in dem Rheingauer Wilhelm Kreis, bekannt geworden durch seine wirkungsvollen Bismarcksäulen.

So kann es ausgesprochen werden, daß das ausgehende 19. und das beginnende 20. Jahrhundert eine deutsche Baukunst hervorgebracht haben — die trostlose Bauweise, die lange Jahrzehnte das Vaterland verunstaltet hat, ist besiegt — hoffentlich für immer.

* * *

Das gleiche gilt vom deutschen Kunstgewerbe.

Wir wissen, welche Höhe der Leistungen es im Mittelalter und besonders während der Blüte der Städte erreicht hatte; auch in der endlosen Zeit der Armut und Enge, die eigentlich vom dreißigjährigen Kriege bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dauerte, hatte es sich auf achtbarer Höhe gehalten, ja noch Vollendetes zustande gebracht. Die bescheidenen Verhältnisse jener zweihundert Jahre zwangen von selbst zu sachlicher Behandlung der Stoffe und zur rechten Bewertung handwerklicher Arbeit. Erst als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine neue wirtschaftliche Blüte begann, entartete das Kunstgewerbe, und in den ersten Jahrzehnten des entstehenden Reichtums lag es ganz darnieder. Der in der Bescheidenheit einer geldknappen Zeit gebildete, aufs rein Sachliche erzogene Stamm der Kunsthandwerker stand dem neuen Bedürfnis nach Prachtentfaltung ratlos gegenüber; ohne Überlieferung für solche, nicht

an die Arbeit ohne Rücksicht auf die Kosten gewöhnt, verfielen sie jetzt einem geschmacklosen Prunken mit den Stoffen, soweit die Befriedigung der Bedürfnisse der Reichen in Betracht kamen, und lieferten, hierdurch verbildet und verführt, für den Gebrauch der Massen, die es der Oberschicht nach Möglichkeit gleichtun wollten, ebenso anspruchsvollen wie stillosen Schund. Am schlimmsten waren auch für das Kunstgewerbe die Gründerjahre, da hier der Umschwung der wirtschaftlichen Lage und das Bedürfnis auch der Massen nach dem Besitze von Gegenständen über das unbedingt Notwendige hinaus zu überraschend hereinbrach.

Erst im letzten Jahrzehnt etwa des abgelaufenen Jahrhunderts besann sich das Kunstgewerbe wieder auf seine edle Aufgabe, beraten und geführt von Kennern und Freunden echter Kunst; zu gleicher Zeit erwachte auch in den Kreisen des reichen und wohlhabenden Bürgertums der Sinn für das Echte, Sachliche. Damit war, wenn man vom Bedürfnis der untersten Schicht absieht, die Herrschaft des Scheines gebrochen, und langsam aber stetig strebte das Kunstgewerbe seiner Gesundung zu. Zweck, Stoff und Form wurden in Einklang gebracht — was zunächst für die „oberen Zehntausend" bei der Herstellung handwerklich gefertigter Gegenstände galt, wurde allmählich maßgebend für die Befriedigung der bescheideneren, ja bescheidensten Bedürfnisse, und man kann heute sagen: wer sich mit Echtem, Schönem, Gutem umgeben will, kann es, einerlei ob reich, ob arm. Solcher Besitz ist heute nur die Frage des eigenen Geschmacks, der eigenen Erkenntnis — jedenfalls haben wir wieder ein Kunstgewerbe, das bodenständig deutsch zu arbeiten versteht und seinen Stolz in schöne Arbeit mit gutem Stoff zu sachlichem Gebrauche setzt. Eine Freude für jeden, der Echtes vom Falschen, der Sein vom Schein zu unterscheiden vermag.

Kunststätten.

Das mannigfaltige, reiche, in allem aufs höchste gerichtete Streben der Künstler fand Mittelpunkte vor allem in den Hauptstädten der deutschen Lande, deren Fürsten darin wetteiferten, durch Begünstigung und Förderung der Künste den Glanz ihrer Regierung zu mehren.

Vor allem König Ludwig I. von Bayern verstand es, sein München zur ersten Kunststadt auf deutschem Boden zu machen; aber auch in Berlin geschah vieles, und neben den Bauten und Denkmälern, die Friedrich Wilhelm III. errichten ließ, sind vor allem die Sammlungen von Gemälden, Gegenständen des Kunsthandwerks und von Altertümern zu erwähnen, die damals angelegt und geordnet, unendliche Reichtümer bergen. Dresden hatte den Vorsprung seiner prächtigen Bauten aus der Zeit der Auguste und seiner einzig dastehenden Gemäldesammlung, und es wußte ihn zu wahren.

Das kleine Weimar erhielt die Überlieferung aus der Zeit Karl

Augusts aufrecht durch seine Kunstakademie und sein Theater; am Rhein entstand in Düsseldorf eine Kunststadt, die zeitweise in der Malerei, der Bühnenkunst, der Musik die Führung hatte; der kunstsinnige Herzog Georg von Meiningen hob sein Theater zu einer Höhe der Leistungen, die einen neuen Abschnitt der Bühnenkunst einleitete.

Die süddeutschen Hauptstädte Stuttgart und Karlsruhe erhielten Kunstakademien, gut geleitete Hofbühnen und wurden zum Mittelpunkt der Kunstneigungen und Bestrebungen ihrer engeren Heimat; zuletzt folgte Darmstadt diesem Beispiele, und die Anregungen und Unternehmungen des sachverständigen Großherzogs Ernst Ludwig fanden weithin Beachtung.

Eine eigenartige Stellung nimmt Bayreuth ein; dorthin hatte Richard Wagner im Jahre 1872 seinen Wohnsitz verlegt: dort erbaute er sein Weihe-Festspielhaus, und es finden da in gewissen Zeiträumen Aufführungen seiner Werke statt, die seine Verehrer aus aller Herren Ländern herbeiziehen und die stille Stadt für wenige Wochen zum Sammelpunkte begeisterter Kunstfreunde machen. Der Ernst und die Würde der Kunstübung der Bayreuther Überlieferung haben nicht nur unvergeßliche Eindrücke bereitet — sie haben auch befruchtend und aneifernd auf die neuzeitliche Bühnenkunst gewirkt.

Die Wissenschaften.

So oberflächlich und andeutungsweise wir uns jetzt mit der Entwicklung der Künste beschäftigt haben — der kurze Überblick gibt mit allen seinen Mängeln doch ein Bild des Reichtums der künstlerischen Kräfte unseres Volkes und der Vielseitigkeit, mit der sie sich betätigten.

Und doch ist dies nur eine Seite seines geistigen Lebens; in derselben Zeit entfaltete die Pflege der Wissenschaften auf allen Gebieten menschlichen Wissens und Forschens eine erobernde und sichtende Tätigkeit, deren Leistungen und Erfolge nicht zu übersehen sind.

Die Hochschulen (Universitäten) waren und sind der Sitz der unendlichen Geistesarbeit, die im Streben nach Wahrheit und Erkenntnis verrichtet wurde. Unter ihnen errang die Berliner Universität sich bald die führende Stellung — aber alle Hochschulen haben ihren Anteil an dem Erarbeiteten, alle deutschen Stämme stellen ihre beste Kraft an Gelehrten und Schülern zur Verfügung. Nur um über die Ausbreitung dieser obersten Bildungsanstalten in dem Vaterlande eine Anschauung zu geben, seien ihre Namen genannt: in Preußen neben Berlin, Königsberg, Greifswald, Halle-Wittenberg, Göttingen, Marburg, Bonn, Kiel, Münster, Breslau und als jüngste Frankfurt a. M. und neuerdings Köln; in Bayern München, Erlangen, Würzburg; in Württemberg Tübingen; in Baden Freiburg und Heidelberg; im Elsaß Straßburg; in Hessen Gießen; in Thüringen Jena;

in Sachsen Leipzig; in Mecklenburg Rostock; in den Hansestädten während des Kriegs Hamburg; in Österreich Wien; in Steiermark Graz; in Tirol Innsbruck; in Böhmen Prag; in der Bukowina Czernowitz; in der Schweiz Zürich, Basel und Bern.

Unter ihnen fand und findet ein steter Austausch von Gelehrten und Schülern statt, der leider in bezug auf die Hochschulen Hollands und Belgiens durch die Verschiedenartigkeit der niederdeutschen Sprache erschwert ist. Vertraten die Universitäten die vier alten „Fakultäten" der Gottesgelehrtheit, der Rechtswissenschaft, der Heilkunde und der Philosophie, so wurden für die praktischen Wissenschaften der Ingenieurkunst, der Baukunst, der Elektrizität, der Maschinenkunde usw. sog. technische Hochschulen errichtet, von denen als die bedeutendsten die zu Charlottenburg, Darmstadt, Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Hannover, Braunschweig, Wien, Graz und Zürich und die älteste Prag genannt seien.

Auf allen Gebieten wurde Staunenswertes geleistet — Neues und Grundstürzendes in den Naturwissenschaften, die recht eigentlich als die große geistige Eroberung des 19. Jahrhunderts gelten können. Es genüge, Namen wie Alexander von Humboldt, K. F. Gauß (gleichzeitig der größte deutsche Mathematiker), W. F. Weber, Albrecht Thaer, Justus Liebig, R. W. Bunsen, Hermann Helmholtz, Werner Siemens, Robert Mayer, Philipp Reis, Ernst Haeckel, Robert Koch und Wilhelm Röntgen zu nennen: die Chemie wurde dem Menschen untertan, die Einheit von Wärme und Kraft festgestellt, die neue Kraft der Elektrizität erforscht und zu den verschiedensten Zwecken nutzbar gemacht; die Vorgeschichte der Erde und des Menschen erkundet; das Dasein und Wirken kleinster Lebewesen (Bazillen) entdeckt; der Heilkunde wurden neue Wege auf Grund dieser Entdeckungen gewiesen — kurz eine Fülle ungeahnter Tatsachen wurde ermittelt, in Ursache und Wirkung ergründet und in ihren Ergebnissen verwertet.

Aus der unübersehbaren Fülle der Erfindungen seien, weil sie besonders weittragende Wirkungen hatten, der Diesel-Motor von Rudolf Diesel und Graf Zeppelins Luftschiff erwähnt.

Die Gottesgelehrtheit der Protestanten nahm die Bibel nicht mehr als etwas unbedingt Feststehendes, sondern prüfte die Wahrheit und Glaubwürdigkeit ihrer Berichte.

Die Weltweisheit (Philosophie) fand in dem Schwaben Wilhelm Hegel einen tiefsinnigen Verteidiger des Bestehenden, der das Wirkliche für vernünftig, und das Vernünftige für wirklich erklärte; der Danziger Arthur Schopenhauer glaubte dagegen diese Welt als die schlechteste aller möglichen Welten zu erkennen und erblickte das Ziel des Lebens im Selbstvergessen, in dem Aufgehen im Nichts; Friedrich Nietzsche wiederum gelangte dazu, als Ziel der Entwicklung die Züchtung eines starken,

rücksichtslosen, über der Masse stehenden, sie zwingenden „Herrenmenschen" zu preisen, der frei sein sollte von den schwächlichen Anwandlungen des Christentums und der sozialen Lebensauffassung; Wilhelm Wundt ergründete die Geheimnisse der Seele, sowohl des Einzelnen wie der Völker; der letzte der großen Philosophen Eugen Dühring stellte eine stolze, männlich ernste Lehre vom Heldentume des Lebens und seinen Pflichten auf.

Die Rechtswissenschaft stieg hinab an die Quellen der Rechtsbildung und verfolgte ihre Entwicklung, erfüllt von dem Gedanken, daß jedes Volk Träger besonderer, ihm eigentümlicher Rechtsauffassungen sei; sie hatte ihren glänzendsten Vertreter in Friedrich Karl von Savigny.

Die Sprachforschung stellte den gemeinschaftlichen Ursprung der indogermanischen Sprachen fest und gewann daraus eine Fülle wichtigster Aufschlüsse; hier waren Wilhelm von Humboldt und der Mainzer Franz Bopp geradezu geniale Pfadfinder; mit begeisterter Liebe vertieften sich die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm aus Hanau in die Entwicklung der deutschen Sprache und erschlossen ihrem Volke die Wunder der Dichtungen seiner Vorzeit, während der Karlsruher August Böckh das griechische Altertum durchforschte.

Die deutsche Geschichtschreibung nahm einen glänzenden Anlauf, der sie zur Höhe der Erkenntnis und Darstellung führte: Männer wie Niebuhr, Schlosser, Häusser, Dahlmann, Giesebrecht, Ranke, Sybel, Mommsen haben ihrem Volke Schilderungen geschenkt, die der deutschen Geschichtschreibung die erste Stelle in der Welt sicherten; ihren Gipfel erreichte sie mit Heinrich von Treitschke, dem leidenschaftlichen Herold des Deutschen Reiches — dem Gelehrten, der mit entschiedenem sittlichem Urteil und mit dem Feuer seiner Seele Partei ergriff und ohne Scheu Menschen und Taten wertete — eine hinreißende Persönlichkeit von Adel der Gesinnung und glühender Liebe zum Vaterlande, so recht berufen ein Lehrer der Jugend zu sein. Von den Späteren seien Karl Lamprecht, Dietrich Schäfer, Georg von Below und Kurt Breysig als selbständige Forscher und ausgezeichnete Darsteller genannt; die junge Wissenschaft der deutschen Vorgeschichte hat ihren Führer in Gustaf Kossinna.

Die Wissenschaft der Gesetze des Schönen (Ästhetik) fand in dem Schwaben Theodor Vischer einen ebenso feinfühlenden wie tiefen Forscher, der auch als schaffender Künstler Großes leistete; so ist sein Lebensbild „Auch Einer" ein wunderbares Werk.

In der Geschichte des Schrifttums leisteteten Johannes Scherr, Adolf Stern, Adolf Bartels und Max Koch Vortreffliches, indem sie sich bemühten, dem Volke den Sinn für dauernd Wertvolles zu schärfen, und Echtes vom Unechten unterscheiden zu lehren; Bartels hat daneben das besondere Verdienst, den zersetzenden jüdischen Einfluß auf das deutsche Schrifttum nachgewiesen und bekämpft zu haben.

Die Erdkunde hatte in Karl Ritter und Friedrich Ratzel ausgezeichnete Bearbeiter, während kühne Forschungsreisende wie Heinrich Barth, Gerhard Rohlfs, Gustav Nachtigal und Hermann Wißmann das erdkundliche Wissen bereicherten.

Die Volkswirtschaftslehre fand ihren größten Meister in dem Schwaben Friedrich List, dem geistigen Vater des Zollvereins, dessen Wirksamkeit wir früher kennen gelernt haben. Ist diesem genialen Wegebahner auch kein Ebenbürtiger mehr gefolgt, so haben doch der Leipziger Hochschullehrer Wilhelm Roscher als Begründer der geschichtlichen Volkswirtschaftslehre, und die beiden in Berlin tätigen Schwaben Gustav Schmoller und Adolf Wagner als „Katheder-Sozialisten", als wissenschaftliche Vorkämpfer sozialer Lebensauffassung und Pflichterfüllung Verdienstvolles geleistet.

Eine eigenartige Stellung nahmen drei Männer ein durch die enge Verbindung, in die sie wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Bestrebungen bringen: der Rembrandt-Deutsche (Julius Langbehn), Paul de Lagarde und Ernst Hasse. Ihnen gemeinsam ist die besondere Wertung des Deutschen, des Völkischen in seiner Eigenart, wie es sich in der deutschen Rasse verkörpert findet; sie erachten die Erhaltung der Rasse für die Voraussetzung einer gesunden Weiterentwicklung unseres Volkes und bekämpfen alles, was seinen Rassenwert mindert.

Mit erstaunlichem Wissen und Gedankenreichtum geht der Rembrandt-Deutsche allen Äußerungen der geistigen Kraft seines Volkes nach und preist als seine erhabenste Erscheinung die beste Zeit des Niederdeutschtums, dessen Höhe er wieder in Rembrandt verkörpert findet.

Paul de Lagarde trägt in seinen deutschen Schriften alle Zeichen des Verfalls zusammen, weist insbesondere auf den zersetzenden Einfluß des Judentums hin und zeigt — halb schon verzweifelnd — die Wege zur Besserung. Haben die Kundgebungen dieses weit- und tiefblickenden Mannes auch zu ihrer Zeit keine politische Wirkung ausgeübt — sicher ist, daß alle, die jetzt im Kampfe um die Wiedergeburt ihres Volkes stehen, durch seine Schule gegangen sind.

Ernst Hasse endlich unternahm es, in seiner groß angelegten deutschen Politik das gesamte politische Leben des gesamtdeutschen Volkes darzustellen — aber mehr noch, ihm neue Hochziele seiner Entwicklung zu zeigen. Das bedeutende, viel Selbständiges, Neues bietende Werk ist leider unvollendet geblieben; es enthält die wissenschaftliche Begründung der alldeutschen Bewegung, d. h. jener Bestrebungen, die die unzerreißbare kulturelle Einheit aller Deutschen ohne Rücksicht auf die Staatsgrenzen vertreten und daraus politisch wohlberechtigte Forderungen ziehen.

Die junge Wissenschaft der Rassenforschung hat in den beiden

Badenern Ludwig Wilser und Otto Ammon verdienstvolle Vertreter, die unabhängig von den Franzosen Gobineau und Lapouge und von dem Engländer H. St. Chamberlain wertvolle Erkenntnisse über das Entstehen und die Entwicklung der deutschen Rasse bieten, und die sorgenvoll und scharfblickend auf die Gefahren hinweisen, die ihrem Bestande drohen — Fragen von größter Bedeutung, über die jeder Ernste im Volke unterrichtet sein sollte. Sie fanden einen bedeutenden Mitarbeiter in dem zu früh verstorbenen Ludwig Woltmann, der die politische Bedeutung der Rasse ergründete und den Anteil deutschen Blutes an den führenden Schichten der romanischen Völker festzustellen suchte.

In diesem Zusammenhange ist eines Mannes besonders zu gedenken, der zwar kein Deutscher, aber ein Germane war, des Grafen Arthur von Gobineau; er hat in seinem großartigen Werke über die Ungleichheit der Menschen-Rassen recht eigentlich den Grund zu der politisch-kulturellen Wertung der Rassen gelegt und ist in diesem Sinne der Schöpfer der Rassenlehre geworden. Mag er im einzelnen noch so oft geirrt oder unrichtig geurteilt haben — für die entscheidenden Tatsachen im Leben der Völker hat er einen geradezu seherhaft-sicheren Blick gehabt, und das Wesen seiner Lehre ist unantastbar. Der französische Edelmann ist bezeichnenderweise in seinem Vaterlande ganz ohne Wirkung geblieben — für das deutsche Volk hat Ludwig Schemann sein Werk gerettet und nutzbar gemacht; diesem unermüdlichen Vorkämpfer verdanken wir, daß der Einfluß des großen Erkenners auf das geistige Leben der zur Führung berufenen Oberschicht unseres Volkes gesichert ist.

Von ähnlicher Bedeutung wie Gobineau wurde für diese Kreise unseres Volkes H. St. Chamberlain, der während des Weltkriegs aus eignem Entschluß seine Zugehörigkeit zum englischen Volke aufgegeben hat und Reichsbürger geworden ist; von seinen zahlreichen bedeutenden Werken seien hier die Grundlagen des 19. Jahrhunderts genannt.

Die Kirchen.

Die katholische Kirche machte infolge der Aufhebung der zahlreichen, kleinen Kirchenstaaten — etwas anderes waren die Erzbistümer, Bistümer und reichsfreien Abteien nicht gewesen — eine Wandlung durch, die für ihr Verhältnis zum Staate nicht eben günstig war.

Bisher waren die kleinen kirchenstaatlichen Gemeinwesen die Stätten der Versorgung für die jüngeren Söhne des hohen und niederen Adels gewesen; die Bischofssitze, die Domstifte usw. boten ihnen neben angesehener Stellung ein reiches Auskommen. Diese adeligen Herren waren alles andere nur keine Eiferer; sie wollten leben und leben lassen; daneben standen sie durch ihre Abkunft den Trägern der staatlichen Verwaltung zu nahe, als daß sie ihr Schwierigkeiten hätten bereiten wollen; ihr Geist

des Behagens, der Ruhe übertrug sich auf die niedere Geistlichkeit, und es kann ausgesprochen werden, daß kurz vor dem Zusammenbruch des Reiches infolge dieser ruheseligen Stimmung das Verhältnis zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche friedlich, fast freundlich war.

Mit der Beseitigung der geistlichen Staaten durch den Reichsdeputationshauptschluß (1803) entfielen nun alle diese schönen reichen Stellen, und es war begreiflich, daß der katholische Adel von nun an mindere Neigung zum priesterlichen Stande fühlte, der keine Zukunft mehr zu bieten hatte; er wandte sich um so eifriger dem Staats- und Heeresdienste zu. So kam es, daß auch für die leitenden kirchlichen Stellen der adelige Nachwuchs fehlte, als die bisherigen Inhaber starben, und nun rückten Geistliche bürgerlicher Herkunft ein, die von unten herauf gestiegen waren.

Sie brachten ihrem Amte anderen Eifer, dem Staate andere Gesinnung entgegen; das kirchliche Leben wurde ernster und schärfer wurde darauf geachtet, daß die niedere Geistlichkeit ihre Pflichten erfüllte. Die Zeit des alten Behagens war dahin. Je länger, je mehr erzeugte der kirchliche Eifer Gegensätze zum Staate und zu den Andersgläubigen; der fromme Bischof wurde zum Eiferer; seine Gesinnung übertrug sich nach unten — kurz es entstand eine Geistlichkeit, die durch ihre Abstammung dem Staate fremder, durch die Ehelosigkeit losgelöst von Gesellschaft und Familie, nicht nur in der Ausübung der Seelsorge ihre Aufgabe suchte, sondern auch in der Vertretung der kirchlichen Ansprüche gegen den Staat, in der Abgrenzung ihrer Glaubensgemeinschaft gegen Andersgläubige.

Gewiß kam diese Entwicklung der katholischen Kirche zugute — dem Frieden im Lande aber nicht; es folgten bald Zusammenstöße mit den Behörden, wobei der Staat den kürzeren zog, wie denn auch die Eintracht unter den Bekenntnissen gestört wurde. Die entscheidende Wendung brachte erst der Kulturkampf; die Stellung der Kirche in ihm war glänzend vorbereitet durch den geistigen Führer des deutschen Katholizismus, den Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel Freiherrn von Ketteler (1850—1877). Der hatte begonnen, seine jungen Geistlichen von den Universitäten abzurufen, wo sie mit der weltlichen Bildung und Andersgläubigen in Berührung kamen; nun wurden sie in bischöflichen Seminaren einseitig kirchlich erzogen und mit dem Geiste abgeschlossenster Kirchlichkeit erfüllt. Daneben wurden katholische Laienvereine gegründet, eine besondere katholische Presse geschaffen — kurz nicht nur die Priester wurden scharf von allen unkatholischen Einflüssen getrennt, auch um die katholischen Laien wurde eine Schranke gezogen, die eine gewisse Trennung von den Nichtkatholiken herbeiführte. Kettelers Beispiel wurde in den anderen Bistümern nachgeahmt, so daß der Kulturkampf die Kirche gerüstet fand mit einer weit verbreiteten Presse und mit Vereinen, die die Kerntruppen im politischen Kampfe abgeben konnten.

Vorher hatte sie zwei Absplitterungen zu erleben: im Jahre 1844, als in Trier eine für den „heiligen Rock" Christi erklärte „Reliquie" ausgestellt wurde, zu der Millionen Gläubiger wallfahrteten, und im Herbste 1870, als das Vatikanische Konzil die Unfehlbarkeit des Papstes verkündete.

Jener erste Vorfall veranlaßte den Pfarrer Ronge in Breslau und ähnlich Denkende, gegen solche Reliquienverehrung, als mit der Schrift in Widerspruch stehend, Verwahrung einzulegen und aus der katholischen Kirche auszutreten. Dieser Schritt fand Nachahmung, und es bildete sich aus den Ausgetretenen eine neue kirchliche Gemeinschaft der Deutschkatholiken, die binnen Jahresfrist fast 300 Gemeinden umfaßte.

Diese Bewegung wurde unverständlicherweise durch die Regierungen gehemmt und bekämpft und kam bald zum Stillstand; bald zeigten sich weitgehende Meinungsverschiedenheiten unter ihren Anhängern, die das Ansehen und die Anziehungskraft des Deutschkatholizismus schädigten, vor allem aber wirkte es geradezu zerstörend, daß einzelne Führer den Bruch mit der Entwicklung so gründlich vollzogen, daß sie zu völliger Verneinung gelangten. So trat ein steter Rückgang ein; heute gibt es knapp 5000 Deutschkatholiken im Reiche.

Gefährlicher wurde die altkatholische Bewegung des Jahres 1871: an ihrer Spitze standen Männer, die bisher als Gelehrte in der katholischen Kirche eine führende Stellung eingenommen hatten und die, dem Drange ihres Gewissens folgend, durch die in der Schrift nicht begründete Lehre von der Unfehlbarkeit sich gezwungen sahen, aus der Kirche auszutreten. Ihr hervorragendster Führer war Ignaz Döllinger in München, eine Leuchte der katholischen Wissenschaft. Zahlreiche Gebildete traten in die altkatholische Kirche ein, — aber die Massen blieben aus; heute zählt die Gemeinschaft im Reiche etwa 30000, in der Schweiz an 40000 Anhänger.

Beide Bewegungen scheiterten und vermochten die Machtstellung der katholischen Kirche nicht zu erschüttern — es verdient hervorgehoben zu werden, daß es während der Verhandlungen des Vatikanischen Konzils einen Augenblick gegeben hat, wo wieder einmal die Entstehung einer deutschen katholischen Kirche möglich war — aber wiederum wurde er versäumt. Es ist erwiesen, daß Bischof Ketteler von Mainz, der unbestrittene Führer der deutschen Katholiken, trotz seiner strengen Kirchlichkeit oder vielleicht gerade ihretwegen, der von den Jesuiten aufgestellten Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes ablehnend gegenüberstand. Er bekämpfte sie auf dem Konzil bis zuletzt; während seines Kampfes fragte er bei Bismarck, der damals in Versailles war, an, ob er im Falle seines weiteren Widerstandes einen Rückhalt bei der preußischen Regierung und dem in Bildung begriffenen Reiche finden werde. Der Kanzler erteilte, in allen Fragen der katholischen Kirche minder bewandert und klar-

blickend als Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, der kurz vorher als leitender Minister Bayerns noch zu gemeinsamem Vorgehen gegen das Konzil aufgefordert hatte, ablehnenden Bescheid — und Bischof Ketteler mußte sich „löblich unterwerfen". Der große Staatsmann hatte als evangelischer Norddeutscher minder weit gesehen als der katholische Süddeutsche.

Ketteler wurde in dem bald anhebenden Kulturkampfe, dessen Ursachen und Verlauf wir kennen, der Vorkämpfer der streitbaren Kirche, die es erlebte, daß jetzt die Gläubigen noch enger an sie gekettet wurden.

Die letzten Jahre haben neue Anläufe zu sog. „Reformbestrebungen" gebracht, die von angesehenen Kirchenlehrern, wie dem Würzburger Schell, dem Straßburger Ehrhard und dem Münchener Schnitzer ausgingen; diese „Modernisten" haben aber bisher einen Erfolg nicht zu erringen vermocht; sie fanden Anhänger unter den Gebildeten, aber die Masse der Gläubigen ist ihnen unerreichbar.

Es verbleibt dabei, daß die sog. „katholische Wissenschaft" unfrei ist und sich an die Vorschriften der kirchlichen Oberen gebunden sieht; ob sie den Mut findet, sich davon zu befreien, wird die Zeit lehren.

Die enge Verbindung zwischen der katholischen Kirche und der ultramontanen Zentrumspartei im Reiche, sowie der klerikalen christlich-sozialen Partei in Österreich ist zwar auf Zeit für die Machtstellung der Kirche von Vorteil — aber sie kann auch eine Gefahr werden. Dies empfinden fromme Söhne der Kirche, die eine Loslösung von den politischen Parteien für nötig halten; sie haben sich zu einer „deutschen Vereinigung" zusammengeschlossen, die besonders am Rhein unter den Gebildeten Anhänger gefunden hat; ein erfreulicher Anfang ist damit gemacht; ob diese neue Bewegung sich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

* * *

Den Evangelischen brachte das Jahr 1817 in Preußen die „Union", d. h. die Vereinigung der einzelnen Bekenntnisse zu einer einheitlichen evangelischen Landeskirche.

So erwünscht und notwendig dieser Schritt war, er fand doch zunächst viel Gegnerschaft, weil er von der Krone von oben herunter verordnet, statt von den Gemeinden von unten herauf verlangt wurde. Immerhin fand er nach und nach Anerkennung, wie denn auch die deutschen Landeskirchen außerhalb Preußens dem gegebenen Beispiele zum Teile folgten.

Ganz anders als in der katholischen Kirche, ist in der evangelischen der Wissenschaft und der Überzeugung vollste Freiheit gelassen — das ist die Quelle gewisser Schwächen der katholischen Kirche gegenüber, aber in viel höherem Maße eine solche ihrer unüberwindlichen Stärke: die Freiheit der Gewissen ist am letzten Ende der Boden, auf dem alle Freiheit ruht.

Gewiß haben die Kämpfe der strengen und der freien Richtungen in der Lehre und in der Seelsorge ihre Nachteile gehabt, und sie haben solche heute mehr als je — aber sie vermögen der evangelischen Kirche keinen dauernden Schaden zuzufügen. Im Gegenteil, sie übt eine stete, und wenn nicht alle Zeichen trügen, eine wachsende Anziehung auf bisher katholische Volksgenossen aus; in Österreich ist unter dem Rufe „Los von Rom" eine Übertrittsbewegung entstanden, die im Laufe von etwa zwanzig Jahren doch nahezu hunderttausend Anhänger gefunden hat, und die jetzt, herausgehoben aus dem politischen Lärm, mit dem sie eingeleitet wurde, stetig und stille wirkt und fortschreitet.

Volkswirtschaftliche Entwicklung.

Die politischen Umwälzungen der Jahrhundertwende hatten auch solche persönlicher und wirtschaftlicher Art zur Folge: wir wissen, daß überall auf deutschem Boden — hier früher dort später die Leibeigenschaft aufgehoben wurde, daß auch die Gebundenheit an die Scholle aufhörte, daß die in der Ausübung der Gewerbe bestehenden Beschränkungen beseitigt wurden. Nach und nach fielen die letzten Fesseln, und das Ergebnis war: eine freie Bauernbevölkerung auf dem Lande, in den Städten Gewerbefreiheit, für alle Staatsbürger aber das Recht der Freizügigkeit.

Daneben her vollzog sich durch die Beseitigung der Binnenmauten und durch die Gründung des Zollvereins, von dem allerdings Österreich, die Schweiz, die niederdeutschen Gebiete ausgeschlossen blieben, die Schaffung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes, dem durch den Übergang zu den Schutzzöllen die Sicherheit des inneren Marktes gewährt wurde.

Im Zusammenwirken all dieser Umstände mit der Ausnutzung der Maschinenkraft und stets neuer Erfindungen, sowie mit dem Anwachsen der Kapitalmacht, entwickelte sich eine rasch aufblühende und schließlich ins Riesenhafte sich ausdehnende Industrie.

Sie nahm ihre Arbeiter zunächst aus den unteren Schichten der städtischen, dann, als diese nicht ausreichten, aus denen der Landbevölkerung.

Die Errungenschaften der Lösung des Einzelnen von alten Beschränkungen, die völlige Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit hatten ebenso ihre Schattenseiten, wie die unvermittelte Aufhebung der Leibeigenschaft. Auf dem Lande hatte die ohne Übergangszeit geschenkte Freiheit und die Regelung der Besitzverhältnisse der Freigewordenen die Folge, daß vielfach die zu freien Bauern gewordenen, aber vermögenslosen, bisherigen Leibeignen in eine schlimme Lage gerieten, der sie nicht gewachsen waren, und es dauerte lange, bis eine gewisse Festigung eintrat; in den Städten wurde unter dem Schlagwort vom „freien Spiel der Kräfte" einem schrankenlosen Wettbewerb Tür und Tor geöffnet, bei dem nicht immer der Bessere siegte und der Untüchtige unterlag, sondern allzu oft der Schwache dem

Geldkräftigen, der gewissenhaft Ehrliche dem Rücksichtslosen; zahllose Handwerker und Gewerbetreibende wurden hinabgestoßen in die Schar der Besitzlosen und vermehrten das städtische „Proletariat", von dem wir früher gesprochen haben. Einen weiteren Zuwachs erhielt es aus denen, die auf dem Lande nicht vorankommen konnten, und später aus denen, die das bäuerliche Leben nicht mehr mochten und den Lockungen der Stadt folgten.

Die Industrie wuchs — mit ihr wuchsen die Städte; die industrielle Ausdehnung verlangt mehr Arbeitskräfte und zieht weiteres Proletariat an.

So entstanden die Großstädte und Millionenstädte — und zwar auf Kosten des flachen Landes und der Landstädte, die Menschenmassen abgeben müssen; so entstanden Industriemittelpunkte mit ungeheurer Menschenanhäufung, vor allem in Westfalen.

Es entwickelte sich eine Binnenwanderung vom gewaltigsten Umfang, die im großen ganzen den Zug von Osten nach Westen verfolgt; ganze Teile Ost- und Westpreußens und Posens wurden dadurch entvölkert, daß die Bewohner nach Berlin oder Westfalen zogen.

So entstand die Leutenot der Landwirtschaft, der durch Heranholen slawischer Einwanderer abgeholfen werden mußte.

Um einen Begriff von dieser Binnenwanderung zu erhalten, sei mitgeteilt, daß im Jahre 1871 das Deutsche Reich nur acht Städte mit mehr als 100000 Einwohnern hatte, die zusammen nicht ganz zwei Millionen zählten und nicht ganz 5% der Gesamtbevölkerung ausmachten; im Jahre 1910 hatten wir 48 Großstädte mit fast 14 Millionen Einwohnern, also über 21% der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1871 wohnten überhaupt in Städten 36% der Bevölkerung; ihr Anteil war 1910 auf 60% gestiegen; d. h. weit mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung wohnte in Städten — das Land war menschenarm geworden!

Der Boden des Landes schreit nach Arbeitskräften und findet keine — in den Städten aber liegen Tausende und Abertausende Arbeitsloser, sobald ein wirtschaftlicher Rückschlag eintritt. Aber diese Binnenwanderung hat nicht nur die üble Folge, daß dem Lande Arbeitskräfte entzogen werden und die landwirtschaftliche Leutenot entsteht — sie birgt auch die Gefahr der Rassenentartung in sich.

Denn „die Städte sind immer das Grab des Menschengeschlechtes gewesen; nach wenigen Geschlechtsfolgen stirbt die Rasse aus oder entartet", hat mit vollem Recht W. H. Riehl, einer der gründlichsten Kenner des deutschen Volkes, gesagt, und Otto Ammon hat auf Grund peinlichster Untersuchungen nachgewiesen, daß eine vom Lande in die Stadt verzogene Familie durchschnittlich nicht die dritte Geschlechtsfolge überdauert.

Ist das städtische Leben an sich aufreibender, verbrauchender, so

gilt dies in viel gefährlicherem Maße für die in der Industrie Beschäftigten.

Die Entvölkerung des Landes hat weiter die furchtbare Gefahr, daß sie den Quell der Volkskraft und der Volksgesundheit zuschüttet: den seßhaften Bauernstand. Damit ist der Nachwuchs in Frage gestellt und gleichzeitig die Wehrkraft des Vaterlandes; denn es ist erwiesen, daß die Städte viel weniger zum Heeresdienst Taugliche stellen können, als das Land. Von hundert im Jahre 1912 abgefertigten Heerespflichtigen ländlicher Herkunft waren im Durchschnitt über 60 diensttauglich, während von den Stadtgebornen nur 50 brauchbar waren. Im allgemeinen gilt der Satz: je stärker in einem Landesteile die Stadtbevölkerung und die Industrie angewachsen war, um so niedriger war seine Beteiligung bei Erfüllung der Wehrpflicht — je mehr die Landwirtschaft in einem Landesteil überwog, um so tüchtiger war die Bevölkerung zum Waffendienst. Das krasseste Beispiel für diesen allgemein gültigen Satz lieferte Berlin, indem dort im Jahre 1913 unter 100 Abgefertigten nur 39 Diensttaugliche gefunden wurden.

Die gleiche Erscheinung finden wir bei der Geburtenhäufigkeit, die ein sicheres Merkmal der körperlichen und geistigen Gesundheit der Bevölkerung ist: in den Jahren 1876—1880 kamen auf 1000 weibliche Personen im Alter von 15—45 Jahren in den Städten 160,6, auf dem Lande 182,9 Lebendiggeborene; seitdem ist diese Zahl in beiden gesunken und zwar in den Städten fortgesetzt und geradezu erschreckend, auf dem Lande nach anfänglichem Wachstum langsamer, aber auch unerfreulich genug. Für den Zeitraum von 1906—1910 wurden in den Städten nur noch 118,7, auf dem Lande immer noch 169 Geburten aufs Tausend gezählt. Gründlichste Einzeluntersuchungen haben dargetan, daß der Rückgang in den Großstädten am stärksten, ja in manchen geradezu ungeheuer ist, so daß die Bevölkerung dort ohne den dauernden Zuzug vom Lande nicht auf der erreichten Höhe gehalten werden könnte; die Tatsache, daß die Großstädte trotzdem durchweg weiter wuchsen, beweist am klarsten, welche Menschenmassen das Land an sie abgeben mußte.

Eine weitere Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem gefördert durch den Menschenbedarf der Industrie, war die Einwanderung fremder, überwiegend minderwertiger Volksangehörigen, vor allem von Slawen aller Arten: im Jahre 1913 hat die Zahl solcher Volksfremden über 1500000 betragen; sie belasteten uns, sobald ein wirtschaftlicher Rückschlag erfolgte — vor allem aber sie beschwuren die Gefahr einer Rassenmischung und -verschlechterung herauf.

Um 1914 standen wir erst am Anfang dieser Entwicklung, so rasend schnell sie vor sich gegangen ist. Sie wirft furchtbar ernste Fragen auf, die sich in die Zusammenhänge zwischen Großstadt, Industrie, Binnenwanderung, Entvölkerung, fremde Einwanderung schließen und zur Lösung drängen. Eine ernste Mahnung enthält das Ergebnis der Berufszählung von 1907: der Anteil der von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung ist von 35,7% im Jahre 1895 auf 28,6% gesunken, während derjenige der nichtlandwirtschaftlichen von 64,8% auf 71,4% gewachsen ist. Es lebten bei dieser letzten Zählung nur noch rund 17½ Millionen von der Landwirtschaft und verwandtem Erwerb, während fast 26½ Millionen ihren Unterhalt aus der Industrie im weiteren Sinne gewannen und der Rest von rund 17 Millionen ihn aus sonstiger städtischer Tätigkeit bezog.

* * *

Der gewaltige Aufschwung der deutschen Industrie, von dem wir früher gesprochen haben, hatte das deutsche Volk reich gemacht und es ermöglicht, die gewaltig angewachsene Bevölkerung zu ernähren; die Industrie erzeugte ungeheure Werte, um die Bedürfnisse des Inlandes zu decken und für die Ausfuhr in fremde Länder.

Der Handel war in gleicher Weise gewachsen und schlug riesenhafte Werte um; um einen Begriff von seinem Umfang zu geben, seien nur die Zahlen für Ein- und Ausfuhr des Jahres 1912 gegeben, da hierfür genaueste Nachweise vorliegen, was für den innern Umschlag nicht möglich ist: die Einfuhr belief sich auf rund 10½ Milliarden, die Ausfuhr auf rund 9 Milliarden Mark, das sind zusammen 19½ Milliarden. Der viel ältere Handel des unermeßlich reichen, großen England betrug in demselben Jahre 22,8 Milliarden, der Frankreichs 11,6, der der um ein vielfaches größeren Vereinigten Staaten 15,9 Milliarden.

Hand in Hand damit ging die Entwicklung der Handelsflotte vor sich; war sie im Jahre 1870 nur halb so groß wie die französische, so war sie 1913 mehr als doppelt so groß und faßte damals über 3 Millionen Tonnen; sie nahm damit nach der englischen die zweite Stelle ein.

Die Binnenschiffahrt auf den wichtigsten deutschen Strömen, besonders Rhein und Elbe, der Verkehr auf den Eisenbahnen hat sich gewaltig gesteigert.

Der Fleiß und die Unternehmungslust, denen solche Erfolge zu verdanken sind, haben ihre Früchte gezeitigt; gewiß sind sie in erster Reihe den tatkräftigen Unternehmern und Großkaufleuten, wie den Großbanken, zugute gekommen — aber daß der Segen auch in die Volksmassen hineingedrungen, weisen die Sparkassen aus, die in der Hauptsache von kleinen Sparern zur Anlage benutzt werden; die Gesamteinlage wuchs von 2 Milliarden Mark im Jahre 1876 auf über 18 Milliarden im Jahre 1912.

In derselben Zeit schwollen bei den deutschen Banken, deren Kund-

schaft aus den Wohlhabenderen und Reichen besteht, die angelegten Werte von knapp 600 Millionen auf fast zehn Milliarden an.

Das Einkommen der innerhalb der Reichsgrenzen wohnenden Bevölkerung betrug nach den letzten zuverlässigen Schätzungen um 1914 rund vierzig Milliarden Mark im Jahre, gegen 22—25 Milliarden um das Jahr 1895. Davon wurden erspart rund zehn Milliarden, die also einen Zuwachs des Gesamt-Volksvermögens darstellen; letzteres wurde Ende 1912 auf über 300 Milliarden angenommen, gegen rund 200 Milliarden um die Mitte der 90er Jahre; in nicht zwei Jahrzehnten war die Reichsbevölkerung als Gesamtheit also um mehr als hundert Milliarden reicher geworden.

Diese wenigen Zahlen geben immerhin ein Bild des unerhörten wirtschaftlichen Aufschwunges im Deutschen Reiche; in Österreich lagen die Verhältnisse viel weniger günstig, da das gesamte Leben durch den Nationalitätenstreit und seine Folgen gelähmt war.

Der steigende Wohlstand hat sich auch in dem Anwachsen der Großbanken gezeigt, die zur wichtigsten Macht im Wirtschaftsleben zu werden drohen und die die ausgesprochenste Form des Großkapitalismus darbieten. Die von den Banken verwalteten Gelder und die in ihrem Kapital angelegten Millionen — 1914 waren mehrere Banken mit mehr als 100 Millionen eigenem Kapital vorhanden — verlangen Verzinsung; sie ermöglichen den Banken Unternehmungen im größten Stile. Anleihen der Staaten und Gemeinden, leider oft ausländische, Bahnbauten, industrielle Anlagen, Gründung von Warenhäusern — kurz Unternehmungen der verschiedensten Art müssen die Verzinsung aufbringen.

Daß der Verdienst um jeden Preis das Ziel solcher Banken ist, macht sie nicht wählerisch in ihren Mitteln; Rücksichten auf das öffentliche Wohl, auf die Volksgesamtheit kennt das Gewinn heischende Großkapital nicht.

Durch diese rücksichtslose Betätigung wird es für den Staat und die Gesamtheit zur Gefahr; schon hat die selbst Werte schaffende Industrie zu fühlen, wie sich die Hände der Großbanken ausstrecken, um die Herrschaft über sie zu erlangen und sie zur Dienerin des auf arbeitslosen Gewinn ausgehenden Großkapitals zu machen — aber der Mittelstand ist in ganzen Schichten bereits ihr Opfer geworden; er kann gegen die Kapitalmacht nicht aufkommen. Das sprechendste Beispiel liefert die Vernichtung zahlloser gut eingerichteter und geleiteter Mühlen mittleren und kleinen Umfangs durch großkapitalistisch gegründete Riesenmühlen, und die Verwüstung, die in ähnlicher Weise geschaffene Warenhäuser unter dem städtischen Mittelstande angerichtet haben.

Gewiß soll nicht übersehen werden, daß das Großkapital befruchtend gewirkt und daß es manche allgemein nützliche Unternehmen ins Leben gerufen hat, die nur durch es geschaffen werden konnten — aber das

hindert nicht an der Erkenntnis, daß die fortgeschrittene Kapitalanhäufung ungesund ist und notwendig zu einer die Allgemeinheit schädigenden Ausbeutung führt.

Der gesamte Mittelstand in Stadt und Land ist durch die großindustrielle und großkapitalistische Entwicklung in eine schlimme Lage gekommen; diese alte Schicht, auf der die Gesundheit des Staates doch schließlich ruht, und die seine Lasten in der Hauptsache zu tragen hat, ist den geldmächtigen beiden neuesten Schichten der Gesellschaft nicht gewachsen. In den Städten sehen sich die kleinen und mittleren Gewerbebetriebe und die Handwerke von der Industrie, die mannigfachen kleinen und mittleren kaufmännischen Geschäfte von den Warenhäusern bedroht; auf dem Lande werden dem Mittelstande die Arbeitskräfte entzogen, und er ist in der Verwertung seiner Erzeugnisse von der Willkür des spekulierenden Großkapitals abhängig.

Die Übelstände, die besonders zutage traten, wenn die Kreise des Mittelstands Geldbedürfnisse hatten, führten zur Gründung mannigfacher Genossenschaften, die durch Zusammenschluß die Mittel zu gemeinsamen Zwecken zu erreichen strebten, so Volksbanken für die Geldgebarung, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften usw. Durch diese Selbsthilfe ist viel erreicht worden — aber sie vermochte die Fortschritte des großkapitalistischen Einflusses doch nicht zu hindern.

Wer den Dingen auf den Grund geht, wird die Schattenseiten des Großkapitalismus erkennen, der im Begriffe ist, sogar die Befriedigung der staatlichen Geldbedürfnisse maßgebend zu bestimmen.

Führt zu großer Reichtum an und für sich leicht zu einer Entfremdung vom Volke, so ist für den Großkapitalismus diese Gefahr um so größer, als er überwiegend unter jüdischer Führung steht und wesentlich selbstsüchtige Zwecke verfolgt.

Daneben zeigen Luxus und Genußsucht, die in seinem Gefolge auftreten, wohin der Weg führt: die Entartung und Entsittlichung im Leben der Großstädte ist eine Mahnung ernstester Art.

Alle diese Erscheinungen sprechen dafür, daß Vorkehrungen getroffen werden müssen, die den Mittelstand retten und damit unser Volk sittlich, körperlich, wirtschaftlich wieder gesund machen.

Öffentliches Leben.

Die Beschaulichkeit des den politischen Dingen abgewandten bürgerlichen Daseins, wie sie um die Wende des 18. Jahrhunderts herrschte, wurde jäh zerstört durch die Folgeerscheinungen der französischen Revolution.

Zuerst forderten die Parteikämpfe in Frankreich zur Teilnahme auf, dann griff die Revolution über die Grenzen und brachte den linksrheinischen

Ländern des Reiches, der Schweiz und den Niederlanden nicht unerwünschte Umwälzungen; endlich kam die Kette kriegerischer Ereignisse, die Niederlage der Preußen und Österreicher, die Knechtung Preußens, seine Wiedererhebung und der glorreiche Befreiungskrieg. Alle diese Ereignisse hatten auch die Stumpfen und Gleichgültigen aufgerüttelt und sie zur Teilnahme an öffentlichen Fragen gezwungen. Seitdem sind die Deutschen politisch geweckt und durch die fortschreitende Entwicklung nicht wieder zur Ruhe gekommen.

Die Reformen Steins gingen zudem mit voller Absicht darauf aus, durch die Selbstverwaltung die Teilnahme am Staate zu beleben; die Frage der Neugestaltung des befreiten Vaterlandes, dann die Verfassungskämpfe, die Ereignisse von 1830 und 1848, der Zwiespalt zwischen Preußen und Österreich, zwischen Nord und Süd, der preußische Verfassungsstreit von 1861 bis 1866, die Reichsgründung, die soziale Frage, der Kulturkampf — alles das sorgte dafür, daß die einmal geweckte Teilnahme an den Sorgen von Volk und Staat lebendig blieb.

So entstand ein „öffentliches Leben", das zwar in den Jahren, als in Preußen, Österreich und den Mittel- und Kleinstaaten die Reaktion herrschte, vorübergehend durch Polizeimaßregeln beeinträchtigt, nicht aber ganz unterdrückt werden konnte.

Sobald aber einmal Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit durchgesetzt waren — was in den verschiedenen Staaten zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenem Umfang geschah —, hatte dies öffentliche Leben festen Boden unter den Füßen; die liberale Bewegung, der solche Fortschritte zu verdanken waren, hatte in ihrem Gleichheitsstreben nicht daran gedacht, die Sache des Volkes und des Staates durch geeignete Vorkehrungen zu schützen, so daß volksfeindliche Bestrebungen, wie die der Polen, Dänen und Französlinge, und staatsfeindliche, wie die der Sozialdemokratie, unter dem Schutze dieser Freiheiten und in ihrer Ausbeutung eine gefährliche Tätigkeit entfalten konnten; so kam es, daß diese Rechte neben guten und nützlichen auch schädliche Wirkungen ausübten und ausüben, wie ja auch die Zuspitzung des Nationalitätenkampfes in Österreich und die Notlage des dortigen Deutschtums auf ähnliche Ursachen zurückzuführen sind.

Sobald einmal ein Staat die Mitwirkung des Volkes durch gewählte Abgeordnete eingeführt hatte, ließen die Parteibildungen nicht auf sich warten, und es ist festzustellen, daß durchweg drei Gruppen sich fanden: die Verteidiger der alten Ordnung und des Beharrens (die Konservativen), die Anhänger des Fortschritts und der Erweiterung der Volksrechte (die Liberalen, Demokraten, Fortschrittler) und zwischen beiden gemäßigte Gruppen, die von den Bestrebungen beider das ihnen brauchbar erscheinende vertraten.

Das war eine durchaus gesunde Gruppierung, und es konnte nur von Vorteil sein, wenn sich diese Parteien in der Mehrheit ablösten; verfälscht wurde dieses Gebiet des öffentlichen Lebens durch die Bildung der konfessionellen Zentrumspartei (in Österreich der Klerikalen und Christlich-Sozialen), und durch die Sozialdemokratie. Diese Zerreißung in fünf Parteien hätte schon genügt, um brauchbare Mehrheitsbildungen zu erschweren — *also die Geltung der Volksvertretungen den Regierungen gegenüber zu schwächen.*

Was sollte erst werden, wenn zahllose neue Parteibildungen eine so weitgehende Zersplitterung brachten, wie es im Reiche und in Österreich geschah? *Damit mußte die Bedeutung der Volksvertretungen sinken.*

Das deutsche Volk hatte nicht soviel Sachlichkeit, Unterordnung und politische Klarheit, daß es die Sonderbestrebungen seiner Vertreter unterdrückt und wieder gesunde, brauchbare Parteigruppen hervorgebracht hätte. Das ist ein Beweis fehlender politischer Erziehung und hat zu einer schlimmen Verwilderung des öffentlichen Lebens geführt.

Möglich war solche Entwicklung nur, weil im Reiche bald nach den großen Tagen der Reichsgründung, in Österreich nach dem Verfall der Verfassungspartei die Schichten des Volkes, denen nach Bildung und Besitz die Führung zukam, sich vom politischen Leben zurückzogen.

Die Gleichgültigkeit gerade dieser Kreise, ihr Aufgehen im Erwerbsleben, später nach Bismarcks Entlassung ihre Verbitterung, waren und sind die Krebsschäden unseres öffentlichen Lebens.

Es ist nicht anders, *diese Schichten haben ernste staatsbürgerliche Pflichten vernachlässigt* und es dahin kommen lassen, daß zur Führung nicht geeignete Männer in den Vordergrund treten konnten; sie tragen auch die Schuld daran, daß Zentrum und Sozialdemokratie zu solcher Macht gelangen konnten, denn sie haben den Kampf um die Volksseele mit jenen auf Massenfang ausgehenden Parteien gar nicht aufgenommen.

Heute erkennt jeder Denkende den Widersinn solcher Parteizerrissenheit; sie zu beseitigen, muß eine ernste Aufgabe aller wahrhaften Volksfreunde sein; gelingen wird sie nur, wenn die berufenen Schichten, besonders des Mittelstandes, dem Vaterlande ihre Kräfte zur Verfügung stellen.

Daß solche Kräfte vorhanden sind, beweist die Tätigkeit des Mittelstandes in allen Gliederungen der Selbstverwaltung, die durchaus Achtbares und Nützliches schaffen.

* * *

Das letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts hat den seit dem Jahre 1848 vorbereiteten Eintritt des weiblichen Geschlechts ins öffentliche Leben ge-

bracht durch die Frauenbewegung („Emanzipation"), deren Ziel es war, die Stellung der Frauen in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu heben. Sie hat ursprünglich ihren Ausgang von der Erscheinung genommen, daß die Männer infolge der Zuspitzung des Kampfes ums Dasein in steigendem Maße nicht zur Ehe schreiten, daß somit die Zahl der unverheirateten und unversorgten Frauen zunimmt. Ihnen eine Lebensaufgabe, ihnen Versorgungsmöglichkeiten zu bieten, war das berechtigte Ziel der Bewegung; es wurde erweitert durch das Streben, das weibliche Geschlecht durch bessere geistige Vorbildung für den Daseinskampf überhaupt auszurüsten — und schließlich gelangte man zur Forderung der Gleichberechtigung beider Geschlechter im weitesten Umfange, besonders in politischer Betätigung. Aus dieser Steigerung der Wünsche ergibt sich, da nicht alle „Frauenrechtlerinnen" sich den äußersten Begehren anschlossen, daß von einer einheitlichen Bewegung nicht gesprochen werden konnte; sie war gespalten in gemäßigte, vorgeschrittene und äußerste Gruppen.

Soweit es sich um Bestrebungen handelte, die dem weiblichen Geschlechte das Rüstzeug für eine tüchtige Lebensführung in und außerhalb der Ehe liefern sollen, mußte jeder Denkende sie begrüßen, und jeder Gerechte mußte helfen, den Unverheirateten Berufe zu eröffnen und den Eintritt in solche zu erleichtern, die dem Weibe angemessen sind.

Bedenken mußten aber auftauchen, als auch solche Berufe in Anspruch genommen wurden, die bisher von Männern allein ausgeübt wurden und wo nun ein Wettbewerb zwischen den Geschlechtern, ein Unterbieten durch die Frauen in Aussicht stand: denn dieser Wettbewerb muß das Übel verschlimmern, indem er weiteren Männern die Ehe erschwert und die Zahl der unverheirateten Frauen vermehrt.

Völlig ablehnen mußte aber jeder Besonnene das Verlangen nach politischer Gleichstellung: das politische Leben unseres Volkes war infolge fehlender politischer Erziehung und Selbstzucht der Männer so zerrissen und verfahren, daß es eine Steigerung dieses Zustandes, die durch die politische Betätigung der Frauen mit Naturnotwendigkeit zu erwarten war, nicht vertragen konnte. Fehlte den Männern noch so vieles an der dem Volksganzen nützlichen Auffassung und Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten — welcher Vernünftige wollte besseres von den Frauen erwarten?

Aufgabe der ernsten Vaterlandsfreunde war es: die gemäßigte Richtung in der Frauenbewegung zu stärken und ihr in allem entgegenzukommen, was die Gesamtheit dauernd fördert; ihre Vertreterinnen zu warnen vor einem Überspannen der Ziele, deren Erreichen dem weiblichen Geschlechte vielleicht für kurze Zeit Vorteile, für die weitere Zukunft aber Schaden bringen muß; mit ihnen in gründlicher Beratung die Grenzen zu stecken für die weibliche Betätigung; vor allem aber sie zu bewahren

vor einer Verfälschung und Entartung ihrer berechtigten Bestrebungen, die durch das Eindringen volksfremder Geschlechtsgenossinnen in die Führung zu befürchten standen.

* * *

Mit der Entwickelung des öffentlichen Lebens ist die Presse gewachsen, ja sie ist eigentlich heute sein wichtigstes Sprachrohr geworden. So hat das Zeitungswesen seit den kleinen Anfängen bei Beginn des vorigen Jahrhunderts bis zu seinem Ablaufe eine ungeheure Ausdehnung erfahren; bedauerlich ist nur, daß der innere Wert mit dem äußeren Wachstum nicht gleichen Schritt gehalten hat — ja, daß es umgekehrt gegangen ist.

Waren die Zeitungen früher in der Hauptsache die Vertreter bestimmter politischer Anschauungen und Bestrebungen, so ist dies anders geworden mit dem Aufschwung unseres Wirtschaftslebens, mit dem damit verbundenen scharfen geschäftlichen Wettbewerb: nun schoß das früher nebensächliche Anzeigenwesen üppig ins Kraut, es wurde recht eigentlich die Einnahmequelle des Verlegers — und die Bedeutung des politischen Teiles trat zurück. Damit wurden die Zeitungen — mit der Ausbildung des Anzeigen-(Reklame)-Wesens fortschreitend — Geschäftsunternehmungen, die ihre politische Haltung bewußt oder unbewußt den Wünschen der Anzeigengeber unterordneten; der politische Leser trat in seiner Wertung zurück.

So kam es, daß rein politische Zeitungen sich nur in seltensten Fällen noch halten können; zumeist werden solche Blätter unter bedeutenden Opfern der an ihrem Bestande beteiligten Kreise fortgeführt.

Diese Entwicklung hatte eine Verfälschung der öffentlichen Meinung im Gefolge, die eine große Gefahr ist; um nur ein Beispiel zu geben, sei an die Judenfrage erinnert, zu der nur ganz wenige Zeitungen offen Stellung zu nehmen wagen, weil die Rücksicht auf die Anzeigen sie zum Schweigen bringt. Dazu kommt, daß ein ausgedehnter Teil der Presse sich im Besitze von Juden befindet, so daß die öffentliche Meinung, ohne es zu merken, unter jüdische Vormundschaft gestellt ist.

Ein besonderes Gebiet der Presse bilden die politischen Witzblätter; sie wirken — abgesehen von dem bismarcktreuen Kladderadatsch — durchweg in zersetzendem Sinne und sind schädlich; es ist kein Zufall, daß sie ganz von Juden beherrscht werden.

Wenn das Pressewesen zu so ernsten Bedenken heute Anlaß gibt, so darf doch nicht verkannt werden, daß eine Reihe unabhängiger tapferer Tageszeitungen die Forderungen einer deutschen Volkspolitik vertritt — mit gleichem Freimut nach unten, wie nach oben — aber sie verschwinden unter der Masse der andern, wie die Zahl ihrer Leser außer Verhältnis steht zu der der Bezieher schädlicher Blätter. Neben den verdienstvollen,

völkischen Tages-Zeitungen arbeitet eine Reihe ernster Zeitschriften an der geistigen, sittlichen und politischen Wiedergeburt unseres Volkes, die alle Erscheinungen der Zeit unter diesen Gesichtspunkten erörtern.

* * *

Es ist kein erfreuliches Bild, das uns das öffentliche Leben der Deutschen um 1914 bot; was Gutes für unser Volk vorbereitet war und geschah, mußte außerhalb der Volksvertretungen und leider auch in wichtigsten Fragen außerhalb der Regierungen — mindestens vorbereitet werden.

So wurde eine ganze Reihe von Vereinen nutzbringend tätig auf Gebieten, an die sich der Staat und die Volksvertretungen noch nicht heranwagten: es sei nur auf die Vereine zur Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke, der Unsittlichkeit, und solche für die Hebung der Volksgesundheit hingewiesen.

Von größter Bedeutung für die politische Erziehung unseres Volkes hätten die politischen Vereine werden können, wenn weitere Kreise sich ihnen angeschlossen hätten; leider blieben sie auf enge Kreise beschränkt. Bezeichnenderweise sind sie fast alle erst in der Zeit des neuen Kurses im Reiche und seit dem Taaffeschen Regiment in Österreich entstanden, also recht eigentlich der Ausdruck der Not des Volkes.

Besondere Gebiete der Aufklärung und Förderung bearbeiteten im Reiche die Kolonial-Gesellschaft und der Flotten-Verein, weiter der Ostmarken-Verein, der deutsche Verein für Nordschleswig und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie; wirtschaftlichen Zwecken und politischer Erziehung dienen die Mittelstands-Vereinigung und der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband, beide straff geleitet und erfolgreich arbeitend; die geistig-sittliche Erhebung und die Rassenpflege fördert der Deutschbund. Der Allgemeine Deutsche Sprachverein weckt den Sinn für Reinheit und Schönheit der deutschen Sprache. Der Bund der Landwirte hat sich die Aufgabe gestellt, der deutschen Landwirtschaft die Stellung im volklichen und staatlichen Leben zu sichern, die sie entsprechend ihrer Bedeutung für das Volksganze beanspruchen darf. Allgemein politisch aufklärend und wegeweisend wirkt der Alldeutsche Verband mit dem besonderen Willen, das Gefühl der unzerstörbaren Zusammengehörigkeit aller Deutschen ohne Rücksicht auf die staatlichen Grenzen zum Gemeingut der führenden Volksschichten zu machen. Als Hilfsverein für die notleidenden Volksgenossen außerhalb des Reiches arbeitet der Verein für das Deutschtum im Auslande, der besonders dem Schulwesen seine Sorge zuwendet; wie der Alldeutsche Verband geht er von dem Gedanken der natürlichen Zusammengehörigkeit des gesamten Deutschtums auf der Erde aus und entfaltet, absichtlich unpolitisch wirkend, eine segensreiche Tätigkeit.

Der Wehrverein, der jüngste unter den großen völkischen Verbänden, betrieb den Ausbau des Heeres und verlangte, daß es den ungeheuren Aufgaben gewachsen sei, die ihm der nächste Krieg stellen werde. Seine Gründung war so recht ein Zeichen der Zeit, indem unabhängige Männer es auf sich nehmen mußten, unsere Öffentlichkeit über die Mängel der Heeresrüstung aufzuklären und Abhilfe zu verlangen; der Wehrverein hat das Verdienst, zusammen mit dem Alldeutschen Verbande die große Heeresvorlage des Jahres 1913 stimmungsmäßig vorbereitet und die Erkenntnis von ihrer Notwendigkeit so verbreitet zu haben, daß sie ohne Schwierigkeit von der Regierung durchgesetzt werden konnte.

Manche fördernde Tat, manche nutzbringende Anregung ist aus den Kreisen dieser Vereine hervorgegangen, und eine Fülle selbstloser Arbeit ist von ihnen im Dienste für das Vaterland, das Volk, geleistet worden; wo die Regierungen und die Volksvertreter versagten, mußten sie einspringen, und sie haben trotz der Beschränktheit ihrer Mittel nicht Unbeträchtliches erreicht.

Wenn auch die Zahl ihrer Mitarbeiter unter den Millionen der untätig abseits stehenden Volksgenossen verschwindet — das Dasein dieser Vereine, ihre aufopferungsvolle Tätigkeit bildete den Anfang der Genesung unseres öffentlichen Lebens. Leider nur den Anfang. Ihre Anhängerschaft, ihr Einfluß reichte nicht aus, die störenden und zersetzenden Kräfte lahm zu legen. So konnten die völkischen Verbände das Unheil nicht abwenden.

Das deutsche Volk um 1914.

Bevor wir uns anschicken, das Schicksal unseres Volkes in den letzten schweren Jahren zu schildern und uns mit den inneren und äußeren, sittlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Folgen auseinanderzusetzen, die der Krieg nach sich zog, wollen wir uns klar werden, wie das deutsche Volk im Jahre 1914 dastand, als der Kampf um sein Dasein anhob.

Das Jahr 1914 bildet den Wendepunkt der deutschen Geschichte.

Damals lebten auf dieser Erde rund 95 Millionen deutsche Menschen, verschieden an Glück, Einfluß, Geltung und Aussichten, und im Deutschen Reiche waren von ihnen rund 61 Millionen staatlich zusammengefaßt; neben ihnen wohnten über 6 Millionen Undeutsche im Reiche: nämlich an 4½ Millionen Polen, gegen 600000 Juden, rund 250000 Franzosen, an 150000 Dänen und über eine halbe Million sonstige Andersprachige.

Die Hauptmasse des deutschen Volkes, die vor allem die Macht staatlicher Geschlossenheit hinter sich hatte, fand sich also im Deutschen Reiche, und es war klar, daß ihr Schicksal für die Zukunft der deutschen Volksgesamtheit von ausschlaggebender Bedeutung sein würde. Im engsten Zusammenhange damit stand die Zukunft des Deutschtums in Österreich-Ungarn

mit seinen zwölf Millionen; ihre Gestaltung mußte wieder auf die Stellung des Deutschen Reiches unter den großen Mächten zurückwirken.

Wir wissen aus dem, was über die Entwicklung im Reiche seit Bismarcks Entlassung berichtet wurde, daß die Dinge dort übel bestellt waren. Die außenpolitische Lage war trotz aller Friedensversicherungen und Verständigungsverhandlungen infolge der Absichten unserer Gegner England, Frankreich und Rußland so gespannt, daß mit einer baldigen kriegerischen Lösung gerechnet werden mußte.

Im Innern des Reichs waren Gefahren aller Art herangewachsen, die die weitere Entwicklung bedrohten: die Zerrissenheit des öffentlichen Lebens, das Vorhandensein des Zentrums, die große Gefolgschaft der Sozialdemokratie, die Macht des Judentums. Mit dem allem nicht genug standen in den Grenzmarken die Polen, Dänen und Französlinge dem Reiche feindlich gegenüber.

Alles das waren Gefahren ernstester Art, auf die jene allzu Wenigen, die den Mut hatten, die Dinge zu sehen und zu schildern, wie sie waren, nicht müde wurden, mahnend hinzuweisen. Aber die öffentliche Meinung wollte sie nicht erkennen; man wollte im Erwerb, im Genuß nicht gestört sein. Auch die Presse wollte — von den verhältnismäßig wenigen völkisch gerichteten Blättern abgesehen — die Wahrheit nicht wissen und tat demnach nichts, um die Öffentlichkeit aufzuklären. Am schlimmsten aber war es, daß die Regierenden entweder von diesen Gefahren und ihrer voraussichtlichen Gesamtwirkung keine Ahnung zu haben schienen, oder nicht den Entschluß fanden dagegen anzukämpfen.

So lagen die Dinge im Deutschen Reich. Nicht anders war es in Österreich — nur waren die Wirkungen all dieser Umstände dort noch durch den Nationalitätenkampf und die Machtlosigkeit des Deutschtums verstärkt, das politisch an die Wand gedrückt war und sich trotz all seiner Not nicht zu einer achtunggebietenden Einheit zusammengeschlossen hatte. Hüben und drüben endlich, im Deutschen Reiche und in Österreich, war längst nicht mehr zu bezweifeln, daß die Staatsoberhäupter, die beiden Kaiser, in so furchtbar ernster Lage politisch ganz versagten.

Die Tieferblickenden wußten, daß ihr Volk politisch und sittlich erkrankt war, und sie fragten sich, ob ihm noch geholfen werden könne. Wenn sie das Für und Wider abwogen, brauchten sie nicht zu verzweifeln, falls die rettende Tat rechtzeitig getan wurde. Bei Betrachtung der zugunsten einer besseren Zukunft sprechenden Umstände, stand neben den äußeren Machtmitteln des Reichs in Heer und Flotte die Tatsache im Vordergrund, daß seit der Begründung des Reiches die Volkszahl sich von 40 auf 67 Millionen vermehrt hatte, und daß infolge eines starken — allerdings in den letzten Jahren stetig, in den Großstädten

geradezu erschreckend sinkenden — Geburtenüberschusses mit ihrem weiteren Wachstum zu rechnen war. Dieses Wachstum war nicht nur bedeutsam als Beweis der körperlichen Gesundheit der Mehrheit der Volksgenossen, sondern militärisch und wirtschaftlich von größtem Werte, denn es vergrößerte durch die wachsende Zahl der Wehrfähigen die deutsche Wehrmacht und durch die Vermehrung der Arbeitskräfte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gegenüber unsern Wettbewerbern. Allerdings stellte es auch ernste Aufgaben: die Reichsleitung mußte die Zeit ins Auge fassen, wo die Grenzen des Vaterlandes den Volksmassen zu eng sein würden, wo es sie nicht mehr ernähren könnte — zum andern mußte sie mit der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Rückschlags rechnen, der Massen von Volksgenossen arbeitslos machen würde.

Das deutsche Heer hatte sich seinen Leistungen nach auf der Höhe gehalten, und die lange Friedenszeit hatte seinen Wert nicht herabgemindert; nicht nur, daß alle Fortschritte der Bewaffnung und Ausrüstung ihm zur Verfügung gestellt wurden, es wurde auch an der Ausbildung von Offizieren und Mannschaften mit Eifer und Ernst gearbeitet, und es kann gesagt werden, daß wir 1914 das beste Heer aller Völker hatten. Welcher Geist in ihm lebte, hatten die kolonialen Feldzüge in zwei Jahrzehnten gezeigt, wo sich Kühnheit, Ausdauer und Dienstzucht glänzend bewährt hatten; besonders der schwere Aufstand in Deutsch-Südwest hatte die dort verwendeten Freiwilligen vor zahllose Gefahren und außerordentliche Anstrengungen gestellt, und es gereichte unserem Heere zum Ruhme, daß es ihrer Herr geworden war. Während der letzten Jahre war das Reich gegenüber den Rüstungen der Franzosen und Russen gegen den Willen des deutschen Generalstabes, der auf den Ernst der Lage hingewiesen und den Ausbau der Wehrmacht wiederholt verlangt hatte, bedenklich zurückgeblieben; die Kriegsverwaltung hatte sich damit begnügt, nur kleine, ganz unzulängliche Verstärkungen zu verlangen. Da übernahm die völkische öffentliche Meinung — wie wir gehört haben — unter Führung des Wehrvereins und des Alldeutschen Verbands, die Sorge um das deutsche Heer, und in unermüdlicher Aufklärungsarbeit haben unabhängige Männer, hat die nationale Presse es dahin gebracht, daß die Regierung im Erinnerungsjahre an die große Zeit von 1813 eine Wehrvorlage eingebracht hat, die unter dem Drucke der unabweisbaren Notwendigkeit von dem Reichstage angenommen wurde und den dringendsten Bedürfnissen abhalf. Leider beschränkte sich der Reichskanzler von Bethmann Hollweg in seiner Vorlage gegenüber dem, was der große Generalstab und die Völkisch-Gesinnten für nötig erklärt hatten, aus Rücksicht auf die Stimmung des Reichstags nicht unerheblich — ein Umstand, der später im Kriege schwere Folgen hatte. Die großen Kosten dieser Heeresverstärkung wurden zum Teile durch einen „Wehrbeitrag" aufgebracht —

ein Opfer, das die Besitzenden sich in Erinnerung an die Opferbereitschaft ihrer Vorfahren gerne haben auferlegen lassen.

Die Friedensstärke des deutschen Heeres sollte nach Durchführung der Wehrvorlage, d. h. am 1. Oktober 1915 rund 750000 Mann betragen.

Unsere Seemacht ist unter Wilhelm II. in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt worden, und der Kaiser hat das Verdienst, dem Reiche eine kriegstüchtige neuzeitliche Flotte gegeben zu haben. Er hatte das Glück, in Alfred von Tirpitz einen der schweren Aufgabe gewachsenen Berater zu finden. In umfassender Arbeit, die das Größte und das Kleinste mit gleicher Sorgfalt beachtete, wurde nach festem Plane, nach eingehenden Untersuchungen, die Stärke der Flotte bestimmt und in drei Flottengesetzen festgelegt; der Bau der Schiffe, teils in eignen kaiserlichen Werften, teils in solchen der Privatindustrie, wurde ins Werk gesetzt und planmäßig durchgeführt. Hand in Hand damit ging die Herrichtung all der Anlagen, die eine neuzeitliche Flotte notwendig hat — vor allem aber auch die Erziehung eines See-Offizierkorps, das dem des Landheeres ebenbürtig wurde, und die Ausbildung der Mannschaften. Wie Großadmiral von Tirpitz der Schöpfer der Flotte ist, so wurde Großadmiral Hans von Köster ihr Lehrmeister, besonders der Erzieher unserer See-Offiziere, und beide haben in kurzer Zeit Bewundernswertes geleistet. Als der Krieg kam, besaßen wir eine Flotte, die es an Wert der Schiffe, an Tüchtigkeit der Offiziere und Mannschaften, an deren seemännischem Geiste, mit jeder Seemacht der Welt aufnehmen konnte — alles in allem eine Schöpfung, die dem deutschen Volke zu ungetrübter Freude Anlaß gab, und die den besonderen Vorzug hatte, daß sie, als eigentlichste Einrichtung des Reiches, die Söhne aller deutschen Gaue, aller deutschen Stämme, unter der Reichskriegsflagge dem Befehle des Kaisers unterstellte.

Der durch die letzte Fassung des Flottengesetzes vorgesehene Ausbau unserer Seemacht sollte im Jahre 1916 beendet sein.

So standen wir menschlicher Voraussicht nach gegen äußere Feinde gerüstet da — mit dem besten Heere der Welt und einer achtunggebietenden Seewehr: um so schlimmer, daß unsere auswärtige Politik von Mißerfolg zu Mißerfolg — trotz solcher Machtmittel — geschritten ist, aber man durfte hoffen, daß kommende Staatsmänner für ihre Politik den Rückhalt an der Wehrkraft des Reiches finden würden. Und es war gewiß, daß wer richtig urteilen wollte, die Lage des Deutschen Reiches nicht nach den Mißerfolgen und Fehlern der amtlichen Politik allein beurteilen durfte, sondern auch das Volk selbst betrachten mußte. Wer das tat, staunte über das, was es leistete und verstand die Sorgen und den Neid der Andern. Er sah einen unerhörten Aufschwung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen

Lebens — ein Ergebnis deutschen Fleißes, deutscher Arbeit — in der Geschichte keines Volkes in solchem Umfange jemals vorgekommen!

Wir können hier nicht im einzelnen die zahlenmäßigen Belege für diese Entwicklung geben; hier genügt die Feststellung, daß die Gütererzeugung durch die Industrie, daß Handel, See- und Flußschiffahrt mit einem Schlage seit der Gründung des Reiches und Bismarcks Schutzzollpolitik ins Gewaltige gewachsen sind. Wir waren auf dem Weltmarkte der gefährlichste Wettbewerber Englands geworden, standen im Begriffe es einzuholen und hatten es auf wichtigen Gebieten bereits überholt, wie vor allem in der Eisenindustrie. Im Jahre 1913 war das Jahresgesamteinkommen des deutschen Volkes nahe an das des reichen englischen gerückt und betrug, wie oben festgestellt ist, 40 Milliarden. Eine ungeheure Summe, der Ertrag deutscher Arbeit, deutschen Fleißes und Unternehmungsgeistes!

Das deutsche Volk war reich geworden — zum ersten Male wieder seit den Tagen der Blüte des städtischen Lebens im sechzehnten Jahrhundert; freilich war es an den Reichtum noch nicht gewöhnt und wußte noch nicht den rechten Gebrauch davon zu machen, so daß er gefährlich wurde. Zwei wichtige Gruppen des Volkes freilich haben an diesem Aufschwunge nicht teilnehmen können; die Landwirtschaft hat Zeiten schwerer Sorge, ja der Not vor Bismarcks rettender Tat der Schutzzollgesetze durchlebt und nachher wieder, als Caprivi die Schutzzölle gegen russische, ungarische und amerikanische Getreide-Einfuhr unbedacht herabsetzte. Aber ihr ist durch die Gesetzgebung der Jahre 1902/3 geholfen worden, und sie ist wieder zu Kräften gekommen und stand 1914 auf der Höhe ihrer Aufgabe.

Dagegen war die Lage des Handwerks in allen Gewerben, die fabrikmäßige Herstellung zulassen, gefährdeter als je — trotz alles Fleißes seiner Meister: aber hier war der Rückschritt in der Hauptsache nicht ein Verschulden des Handwerkers — sondern die Folge der Kapitalmacht der Industrie und ihrer Massenerzeugung, genau wie der zeitweilige Rückgang der Landwirtschaft nicht durch die Untüchtigkeit der Bauern und Gutsbesitzer, sondern durch die Unterbietung durch billigere Masseneinfuhr aus dem Auslande herbeigeführt war.

* * *

Seit Wilhelms I. Tode war vieles geschehen, was die Freude am Reiche getrübt und viele, allzuviele der Teilnahme am öffentlichen Leben, die doch Mannespflicht ist, entfremdet hatte. Infolge davon gewannen im öffentlichen Leben des Volkes Leute wachsenden Einfluß, die nach Menschenwert, Einsicht und Absichten ungeeignet waren und breiteste Schichten des Volkes in Gegensatz zum Staate und seinen wichtigsten Einrichtungen brachten. So wurde unser politisches Leben vergiftet und

zerrissen, und es lag ein Druck des Mißvergnügens, ja in manchen Kreisen des Hasses über dem deutschen Volke. Und doch war dies nicht seine Grundstimmung, war durch Aufreizung und Verhetzung in es hineingebracht, denn so oft es darauf ankam, die seinem Wesen entsprechenden seelischen Kräfte zu bewähren, brach die angeborene Art durch, und es zeigte sich, daß die Deutschen dieser Zeit noch flammender Begeisterung fähig waren, wenn echtes Heldentum sich zeigte, wenn Großes geschah, wenn Wichtiges zur Entscheidung drängte. So war es, als Bismarck in Acht und Bann getan war, und als der Zorn über solchen Frevel das Volk zu ihm riß. So war es, als das kleine Burenvolk den ungleichen Kampf mit dem englischen Weltreiche aufnahm und zunächst glorreiche Siege gegen erdrückende Übermacht erfocht und dann in jahrelangem Ringen sich zäh wehrte — das war kein unfruchtbarer Gefühlsausbruch, sondern eine Bewährung sittlicher Erkenntnisfähigkeit für Recht und Unrecht, für Tapferkeit und Freiheitsdrang.

So war es im Marokko-Sommer des Jahres 1911, als stürmischer Jubel über die Pantherfahrt nach Agadir durch unser Volk ging, wo niemand außerhalb des engen Kreises der Verantwortlichen es fassen mochte, daß wir wiederum zurückweichen sollten, wo jeder, auch der Einfachste, der auf die Ehre des deutschen Namens hielt, bereit war seinem Kaiser zu folgen und gespannt auf seinen Ruf wartete.

So war es, als aus den Reihen der Völkisch-Gesinnten der Ruf zuerst nach der deutschen Flotte erscholl, und als sie zuletzt die Verstärkung des deutschen Heeres in planvoller Werbearbeit vorbereiteten und durchsetzten.

Und hatte nicht das deutsche Volk sich selbst geehrt, als es im Sommer der Hundertjährung, bewußt an die große Vergangenheit anknüpfend, die außerordentlichen Opfer der Wehrvorlage auf sich genommen hat?

Waren nicht begeisterte Männer am Werke, die für die körperliche und sittliche Gesundheit, für die politische Erziehung unseres Volkes, für die Ertüchtigung seiner Jugend arbeiteten?

Wer dies alles in Betracht zog, konnte meinen, ein Volk, in dem all das geschehen konnte, das vor allem noch den Wert kriegerischer Tugend kenne und das mit jauchzender Begeisterung zum Schutze der deutschen Ehre den Ruf seines Kriegsherrn erwartete — ein solches Volk stehe nicht am Ende seiner Geschichte. Konnte glauben, es habe Krankheiten einer Übergangszeit durchzumachen, es schwanke in den Gefahren der wirtschaftlichen Entwicklung — ja es möge selbst sittlich erkrankt sein: aber es sei doch noch gesund im Kern und werde die Krankheitserscheinungen überwinden, sobald die Ärzte sich fänden in Staatsmännern, die ihre Aufgabe nicht erschöpften in der Erledigung der Arbeit des Augenblicks und der äußeren Staatsleitung, sondern die in die Zukunft schauten und erkannt hätten, daß nur ein sittlich und körperlich gesundes Volk das

Recht aufs Dasein hat. So durfte auch der Ernsteste mit der Möglichkeit rechnen, daß seinen Deutschen über die schlimme Zeit hinweggeholfen werde.

In solchem Zustand wurde das deutsche Volk vom Krieg betroffen. In stürmischer Begeisterung nahm es den aufgezwungenen Kampf auf, wiederum seine angeborene Art bewährend, und nun waren die Sorgenvollsten ihrer Sache sicher, daß der Krieg ihr Volk wieder gesund machen werde.

Erhebung und Fall.

Vorbemerkung.

Wer die inner- und außerpolitische Entwicklung des deutschen Reichs seit Bismarcks Entlassung unvoreingenommen und wachsam verfolgte, mußte sich über die folgenschweren Änderungen klar sein, die sich in der Stellung und Geltung unseres Vaterlandes unter und zu den großen Mächten der Erde vollzogen hatten, nicht minder darüber, daß sich Gefahren um es herum zusammengeballt hatten, die entweder nur durch diplomatische Meisterschaft oder durch höchste Kraftanspannung des Volksganzen gebannt werden konnten, wenn der drohende kriegerische Zusammenstoß vermieden werden sollte. Aber der staatsmännische Führer, der politische Retter blieb unserem Volke vorenthalten, und weder zu Lande noch zur See wagten die Staatsleiter — teils aus schwächlicher Rücksicht auf die Stimmung im Reichstag, teils im Hinblick auf die befürchtete schädliche Wirkung im Auslande — die volle Ausnutzung der militärischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Volkes zu betreiben.

Wir wissen aus der Schilderung der letzten Zeitspanne vor dem Kriege, da Bethmann Hollweg Reichskanzler war, daß die Lage des deutschen Reichs sich unter der Einwirkung seiner fehlerhaften Politik weiterhin erschwert hatte, wissen aber auch, daß dieser Kanzler und seine wichtigsten Mitarbeiter sich gegen die Erkenntnis dieser Tatsache sträubten; insbesondere wollten sie nicht einsehen, daß England kaltblütig, entschlossen, weitschauend, geschickt und erfolgreich eine Staatskunst betrieben hatte, die das deutsche Reich von allen Seiten umstellte, und die nur das Ziel haben konnte, das deutsche Reich als gefährlichsten wirtschaftlichen Nebenbuhler so oder so unschädlich zu machen. Die deutschen Staatsleiter glaubten an den guten Willen Englands, sich mit dem deutschen Reiche friedlich zu verständigen, und im Frühjahr 1914 wurde sowohl von englischen wie von deutschen Ministern verkündigt, daß die beiderseitigen Beziehungen niemals besser gewesen seien, als eben jetzt. Im deutschen Reiche wurde die englische Beteuerung für bare Münze genommen, und die amtlichen

Kreise waren ihrer Sache so sicher, daß sie für absehbare Zeit eine Gefährdung des Friedens als ausgeschlossen ansahen. Da geschah am 28. Juni 1914 zu Serajewo die fürchterliche Tat, der Kaiser Franz Josefs Thronerbe, der Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich mit seiner Gemahlin zum Opfer fiel —; es war ein politischer Mord, dessen Urheber in Serbien zu suchen waren, und der den zum Austrag drängenden Gegensatz zwischen dem Habsburger-Reich und dem über seine Grenzen hinausstrebenden Serbien grausig beleuchtete.

Wer den politischen Zustand Europas, wie er in Wirklichkeit war, genau kannte, mußte fürchten, daß die Bluttat von Serajewo das Feuerzeichen sei, das die große Auseinandersetzung zwischen den Mächtegruppen, die ohne deutsche Schuld in Widerstreit geraten waren, ankündigte.

So war es in der Tat.

Vier Wochen nach Franz Ferdinands Ermordung erließ Österreich-Ungarn die kurzbefristete Aufforderung um Genugtuung an Serbien und erklärte, als seine Forderungen nicht durchweg erfüllt wurden, wenige Tage später den Krieg. Wie in den früheren serbischen Streitfällen stellte sich auch diesmal das deutsche Reich an die Seite des Bundesgenossen an der Donau, während die Schutzmächte Serbiens — Rußland, Frankreich und England, zugleich die geheimen Urheber der Wirren am Balkan —, für Serbien eintraten, das in begründetem Vertrauen auf den Schutz seiner Gönner den Kampf aufnahm. Nun überstürzten sich die Ereignisse, indem Rußland sein Heer gegen Österreich-Ungarn auf Kriegsfuß setzte, und Anfang August befand sich das deutsche Reich im Kampfe mit Rußland, Frankreich, England, Serbien und Belgien —; bald schlossen sich diesen Feinden ungezählte andere an. Das deutsche Reich selbst hatte auf seiner Seite nur Österreich-Ungarn — das durch den Streit der Völker zersetzte Land des greisen Franz Josef; der alte Dreibund-Genosse Italien versagte seine Hilfe —; Rumänien, das in geheimem Bündnis mit den Mittelmächten lebte, nicht minder, und so standen diese einer ungeheuren Übermacht gegenüber.

Von vornherein war es klar, daß das deutsche Reich die Hauptlast des Krieges zu tragen haben werde und daß die Heeresleitungen der beiden Mittelmächte von den Streitkräften Österreich-Ungarns mit Sicherheit nur auf die Deutschen und Madjaren rechnen konnten, vielleicht noch auf die Dalmatiner und Bosniaken — alle anderen Völkerschaften der Donau-Monarchie, vor allem Tschechen, Slowaken, Rumänen, Slowenen, Italiener, Ruthenen waren mit dem Herzen auf der anderen Seite, und es zeigte sich bald, daß sie zu offenem Verrat bereit waren.

Über Nacht war das deutsche Volk so in den Kampf auf Leben und Tod hineingerissen — in einen Kampf, bei dem es die zahlenmäßige Unterlegenheit nur durch bessere Führung, höheren inneren Wert und

äußerste Leistungen seiner Kämpfer, sowie durch die unbedingte Entschlossenheit und Einigkeit der Heimat wettmachen konnte.

Der Augenblick war da, vor dem Bismarck gebangt, auf den Moltke gerechnet hatte: denn beide waren sich klar darüber gewesen, daß das junge deutsche Reich sein Recht aufs Dasein noch einmal mit dem Schwerte erweisen müsse, ehe es endgültig gesichert sein werde.

* * *

Wenn hier das Wagnis unternommen wird, in dem eng gespannten Rahmen, den dies volkstümliche und kurzgefaßte Geschichtsbuch zuläßt, das gewaltige Geschehen zu schildern, das zwischen der wunderbaren Erhebung des deutschen Volkes im August 1914 und seinem schmählichen Fall im November 1918 liegt, wenn vorher die Ursachen und der Anlaß zum Weltkriege dargelegt werden und schließlich der Umsturz mit seinen Folgen beschrieben wird, so müssen die Leser sich — wie der Verfasser — darüber klar sein, daß der Krieg als militärischer Vorgang noch nicht geschichtsreif ist und daß noch lange nicht alle Einzelheiten der politischen Handlungen bekannt sind: hinsichtlich der Darstellung der kriegerischen Ereignisse muß deshalb eine Beschränkung auf die wichtigsten Vorgänge eintreten, wobei der Verfasser besondere Nachsicht in Anspruch nehmen muß, da er militärischer Laie ist; — was die politischen Zusammenhänge und Vorgänge betrifft, so liegen sie trotz des Fehlens von ungezählten Einzelheiten für den Kenner der Zeitgeschichte so klar, daß bestimmte und begründete Meinungen und Urteile ausgesprochen werden können.

Sonach wird man, in dem was hier geboten wird, Kriegsgeschichte vergeblich suchen; es kann sich nur darum handeln, in die Schilderung der Schicksale unseres Volkes in diesen schweren Jahren die äußeren Vorgänge, Wirkungen und Folgen des Krieges einzuflechten, das Hauptgewicht aber auf die politischen Geschehnisse zu legen.

Wenn trotz des Strebens nach möglichster Kürze dieser Teil des Buches breiter ausfällt, als die Darstellung früherer Zeitläufte der deutschen Geschichte, so wird dies mit dem Bedürfnis entschuldigt werden, das bei dem Verfasser vorhanden ist, und das er bei seinen Lesern voraussetzt, sich geistig mit seiner Zeit auseinanderzusetzen; man wird ihm auch die Schwierigkeit zugute halten, die in der Zusammendrängung des ungeheuren Stoffes liegt. Von ihr kann jedermann sich einen Begriff verschaffen, wenn er sich im Geiste vergegenwärtigt, was alles seit dem Tage von Serajewo im deutschen Reiche und bei seinen Bundesgenossen sowie bei seinen Feinden politisch, und was auf den Kriegsschauplätzen in drei Weltteilen sich ereignet hat. Dazu kommt, daß der Weltkrieg in des Wortes vollkommenster Bedeutung eine Schicksalswende für das deutsche

Volk bedeutet, deren innere und äußere Ursachen und Begleiterscheinungen so genau wie möglich festgehalten werden müssen. Daß diese Schicksalswende einen tiefen, tiefen Fall gebracht hat, ist klar — ungewiß bleibt, ob, wie und wann eine Erhebung aus ihm möglich ist. Sie wird aber nur dann eintreten, wenn das deutsche Volk oder besser — wenn auch dem Zeitgeist zuwider — gesagt, die nun einmal zur Führung bestimmten Kreise in ihm aus den Geschehnissen dieses furchtbaren Jahrfünfts so viel lernen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen werden. Und weil dieses Buch in diesem Sinne belehren will, muß man ihm den Raum gewähren, den die dazu nötigen Ausführungen in Anspruch nehmen. Dies gilt nach dem Vorgesagten für das Politische — was das Militärische betrifft, so könnte die gewaltige Zahl und der Umfang der Kriegshandlungen, die Fülle der lebendigen Kräfte, Kriegsmittel und Gefechtsfelder, sowie die Bewertung der Einwirkungen außerhalb der eigentlichen Kämpfe auch bei noch so sehr gedrängter Schilderung nur in einem besonderen, umfangreichen Werke geschildert werden; unser Buch verlangt in dieser Beziehung Beschränkung auf das Wichtigste. Dabei soll aber doch zur lebendigen Anschauung kommen, was dies nach dem Umsturz zusammengebrochene Volk an unerhörten Taten vollbracht hat, solange es willensstarken Führern folgte. Es scheint fast, als ob dies alles aus dem Gedächtnis der Lebenden getilgt sei. Um so mehr Grund, daran zu erinnern — und aus der Erinnerung den Glauben an den Wert des eigenen Volkes wieder zu gewinnen.

* * *

Noch eine Bemerkung sei schließlich vorangeschickt, bevor wir an die Schilderung der Ereignisse herantreten; sie bezieht sich auf das Schlagwort von der Schuld am Kriege, — ein Wort, das für das deutsche Volk so verhängnisvoll geworden ist.

Wie so vieles, was verheerend auf die Seele des deutschen Volkes eingewirkt hat, stammt auch dieses Wort aus England, und es wurde — wiederum wie so vieles andere — im deutschen Reiche aufgenommen, von unpolitischen deutschen Staatsleitern, Volksvertretern und Schriftstellern mit bitterem Ernste hin und her gedreht und untersucht, so daß schließlich der urteilslosen Mehrheit unseres Volkes die Meinung beikam die „Schuld" liege auf deutscher Seite, und zwar in dem Sinne, daß deutsche Staatsleiter, Feldherren, Schriftsteller oder Politiker bewußt auf den Krieg hingearbeitet oder doch nicht das Äußerste zu seiner Abwendung getan hätten. Mit planmäßiger Unablässigkeit erörterte das Ausland die Frage von der „Schuld am Kriege"; es wurde in seiner Berechnung, damit dem deutschen Volke die innere Sicherheit, das gute Gewissen zu rauben, durch ein verhängnisvolles Wort des Reichskanzlers von Bethmann

Hollweg wirksam unterstützt, so daß die deutsche Öffentlichkeit schließlich dieser Einwirkung unterlag. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den Umstand, daß es im Reiche international gerichteten Politikern und Zeitungen gestattet war, die Geschäfte der Feinde zum schwersten Schaden des Vaterlandes zu besorgen.

Nur allzu Wenige besaßen die geistige Selbständigkeit, das Schlagwort von der „deutschen Schuld am Kriege" auf seinen Inhalt, seine Berechtigung zu prüfen und seine Unhaltbarkeit zu erkennen, so daß sie von der sittlichen und geistigen Zermürbung frei blieben, der nach und nach die Mehrzahl ihrer Mitbürger unterlag. Für sie stand von vornherein fest, daß der Weltkrieg aus einer Spannung hervorgegangen war, die zur Zeit seines Ausbruchs bereits Jahrzehnte lang bestanden, und die während der letzten Jahre in steigendem Maße zugenommen hatte. Die Ursachen dieser Spannung wiederum lagen in Bedürfnissen, Beziehungen, auch Stimmungen der verschiedenen zum Kriege nach und nach hinzugetretenen Völker und der Art ihres Hervortretens in der Weltpolitik. Und in dieser letzten Hinsicht darf schon hier gesagt werden, daß gerade die Regierung des deutschen Reiches, so sehr man alle Nachfolger Bismarcks sonst auch der Unfähigkeit zeihen darf, in dem Wunsche, den Krieg unbedingt vermieden zu sehen, noch über Bismarck hinausgegangen war. Kaiser Wilhelm II. und alle seine Kanzler wünschten nur die Erhaltung des Friedens; ihre Politik war kurzsichtig, ohne Einsicht und Tatkraft. Sie rief in der Außenwelt Mißtrauen hervor, weil gerade den Schwachen ihre behauptete Uneigennützigkeit nicht geglaubt wurde. Aber tatsächlich kannte die deutsche Reichsleitung Angriffs-Politik so wenig wie Politik überhaupt.

Im nachfolgenden sei die Lage Europas, wie sie sich seit der Gründung des deutschen Reiches gestaltet hatte, in großen Zügen gezeichnet.

Frankreich konnte die Niederlage von 1870/71 nicht verwinden und beharrte dabei, die Herausgabe Elsaß-Lothringens an den damaligen Sieger, als Unrecht zu betrachten; es fühlte sich in seinem völkischen Stolze durch Niederlage und Gebietsverlust tief getroffen und hatte daneben unausgesprochen, aber im Unterbewußtsein um so wirksamer die Furcht, durch das rasche Wachstum der deutschen Bevölkerung und der deutschen Wirtschaftsmacht weiter gefährdet zu sein. Hieraus ergab sich für alle französischen Staatsmänner seit dem Kriege von 1870/71 die Entschlossenheit, jede geeignete Gelegenheit zu ergreifen und auch zu suchen, die den Wünschen oder auch den vermeintlichen Notwendigkeiten ihres Volkes durch einen Krieg Befriedigung verschaffen konnte. Was daraus für das deutsche Volk sich ergab, war hart und schwer, lag außerhalb seiner Verantwortung und entsprang der unveränderlichen und von deutscher Seite nicht beeinflußbaren Wesensart des französischen Volkes, aus der die

deutschen Staatsmänner dauernd verpflichtet gewesen wären, die politischen und militärischen Folgerungen zu ziehen, um Frankreich gegenüber so stark dazustehen, daß es einen Waffengang nicht wagte.

Bei England lag — wahrnehmbar bereits in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts — im Grunde die Sache so, daß es sich durch den außerordentlichen Aufschwung des deutschen Überseehandels und der Handelsschiffahrt in seiner weltwirtschaftlichen Stellung bedroht fühlte — eine Angelegenheit, die nach englischer Auffassung die Selbsterhaltung des englischen Volkes berührte. Neben diesem Umstande hat es gefühlsmäßig auf englischer Seite sehr verbitternd gewirkt, ja so etwas wie Haß erzeugt, daß der deutsche Fleiß die an Behaglichkeit und geringere Arbeitsleistung gewöhnten Engländer vor die ihnen unangenehme Notwendigkeit stellte, mehr arbeiten zu müssen, wenn sie dem deutschen Wettbewerb standhalten wollten; auch sah man mit Sorgen auf die deutsche Arbeiterschutz-Gesetzgebung und fürchtete ihre Folgen für das eigene Land, wenn die englische Arbeiterschaft ähnliches verlangen werde. So ballte sich in England mit der Zeit eine Deutschfeindlichkeit zusammen, die schon von dem Fürsten Bismarck während seiner amtlosen Jahre nicht ohne Besorgnis wahrgenommen worden war. Aus diesem Gefühle heraus und um die gesamte Bevölkerung des Landes für die Deutschfeindlichkeit der herrschenden Kreise zu gewinnen, wurde seit Ende der neunziger Jahre das Vorhandensein der deutschen Kriegsflotte der Masse gegenüber als Bedrohung hingestellt. In Wirklichkeit galt der deutsche Flottenbau in seinen ersten Anfängen nur der Sicherung gegen ein etwaiges französisch-russisches Bündnis, erst später, als die Haltung Englands immer feindlicher wurde, auch der Abwehr englischer Gefahr. Angriffsabsichten gegenüber England bestanden im deutschen Reiche weder in militärischer noch in politischer Hinsicht. Ebenso steht fest, daß im deutschen Reiche niemand an die Erdrosselung der englischen Wirtschaft dachte. Hatte ja doch die Erde auf absehbare Zeit für die deutsche und englische Wirtschaft neben derjenigen der Vereinigten Staaten Raum genug. So dachte, so empfand man innerhalb des deutschen Reichs, wie es der ganzen Veranlagung des deutschen Volkes entspricht. Der englischen Eigenart dagegen entsprach es, die Wege feindseliger, schließlich gewaltsamer Betätigung zu beschreiten.

Die Russen standen seit langem unter dem Gedanken, daß man die russische Macht ausbreiten, daß man den Zugang zum Meer in Konstantinopel und an den nichtrussischen Küstengebieten der Ostsee gewinnen müsse. Stimmungsmäßig wirkte daneben der Haß gegen die Deutschen sehr stark mit, — ein Haß, der sich aus der außerordentlichen Verschiedenheit deutschen und russischen Wesens ergibt — und der nach dem Urteile Bismarcks von dem deutsch-feindlichen Ausland mit Hilfe von polnischen

und jüdischen Tages-Schriftstellern künstlich genährt wurde. Hierzu traten die unklaren Gedanken, die man unter dem Worte „Panslawismus" zusammenzufassen pflegt. Uns Deutschen zeigt ein Blick auf die Landkarte, daß das ungeheure russische Reich sich selbst genug sein konnte, jedenfalls nach dem Westen hin keine weitere Ausdehnung auf Kosten des deutschen Reiches, und erst recht nicht um den Preis eines Krieges zu erstreben brauchte. Reichsdeutsche und russische Staatsnotwendigkeiten liefen nirgends widereinander, deckten sich vielmehr in vielem, was von ernsten russischen Staatsmännern ebenso anerkannt worden war, wie von reichsdeutschen. Nur die reichsdeutsche Notwendigkeit, daß wir die österreichisch-ungarische Monarchie schützen mußten, stand zwischen Rußland und unserem Vaterlande. Hierüber kam es schließlich dann auch zum Bruche. Sonst war die russische Politik dem deutschen Reiche gegenüber mehr von Gefühlen geleitet, in gedanklicher Unklarheit geführt, als durch Notwendigkeiten ihres Volkes bestimmt. Rußland geriet mit dem deutschen Reich und der mit ihm verbündeten Donaumonarchie in Krieg, weil es sich dem Schutze der „slawischen Brüder", der Serben, nicht glaubte entziehen zu dürfen. Serbien selbst bildete seit langem die unruhigste Stelle der europäischen Politik; die führenden Kreise dieses jungen Staates strebten ein Groß-Serbien an: man begehrte den Weg zum Meere an der Adria und die Vereinigung der im Habsburger Reiche lebenden Volksgenossen mit dem serbischen Nationalstaat. Bei diesen Bestrebungen ging man mit großer Leidenschaft vor und scheute auch vor Verbrechen nicht zurück.

Wenn die sachliche Betrachtung derjenigen Auffassungen bei unseren nächsten Feinden, die letzten Endes die Ursachen zum Kriege gegeben haben, feststellt, daß überall hochgesteigerte Ansprüche bestanden, daß der Wille, diesen Ansprüchen Geltung zu verschaffen in vollstem Maße vorhanden war, daß schließlich die nationalen Leidenschaften hochschlugen und der Feindschaftbetätigung jedes Mittel gestatteten, so darf man dagegen von dem deutschen Reiche behaupten, daß es dem Auslande in vollster Bescheidenheit gegenüberstand, ja daß es den Weg der demütigsten Nachgiebigkeit in keinem Augenblicke verließ. Das deutsche Reich begehrte von den anderen machtpolitisch nichts. Es war, wie amtlich oft genug betont wurde, seit 1870/71 „gesättigt" und wollte nur seine wirtschaftliche Kraft entfalten. Wirtschaftlich war es ausgreifend, im Sinne der anderen — wenn auch mit friedlichen Mitteln — sonach angreifend, politisch befand es sich seit seiner Gründung in der Verteidigung. Um sich zu verteidigen, erhielt es sein Heer, baute es seine Flotte. Der Bündnisschutz, den Bismarck dem deutschen Reiche mit seiner Umsicht und Geschicklichkeit geschaffen hatte, war seit seinem Abgang so ziemlich verfallen — nur das Bündnis mit Österreich-Ungarn bestand nicht bloß dem Namen nach. Darum durfte das deutsche Reich, um sich

verteidigungsfähig zu halten, diese Macht, die infolge der unglücklichen Politik der nach-bismarckischen Zeit, als Bundesgenosse allein übriggeblieben war, weder den Ansprüchen Rußlands preisgeben, noch durch Zulassung der serbischen Vergrößerungsabsichten dem Zerfalle aussetzen. Es ist geradezu Sünde wider die Grundbegriffe der Staatskunst, wenn Deutsche aus dem Verhalten des deutschen Reiches in den entscheidenden Sommertagen 1914 eine „Schuld am Krieg" herleiten wollen, die unser Vaterland den Feinden gegenüber sittlich und politisch ins Unrecht setzen würde: Die deutschen Staatslenker haben, so verkehrt und unpolitisch sie vorher in allzuvielen Fällen verfuhren und so unzweckmäßig und für ihr Vaterland nachteilig sie im einzelnen noch während dieser Zeitspanne handelten, das für die Selbsterhaltung ihres Volkes Gebotene getan, als sie im Juli 1914 auf Österreichs Seite traten, das seinerseits den serbischen Machenschaften gegenüber gar nicht anders als scharf zugreifend vorgehen konnte, wenn es sich nicht selbst aufgeben wollte.

Daß die Feinde zur Förderung ihrer Zwecke das Schlagwort von der deutschen Schuld am Kriege prägten und tausendfach wiederholten, war ein politisches Kriegsmittel der Stimmungsmache, ihr gutes Recht — daß Deutsche das Wort aufgriffen und allmählich ihr eigenes Volk vor sich selbst ins Unrecht setzten, war Verrat am deutschen Volke.

Klein und eng war die Auffassung jener, die bei dem gewaltigsten Völkerzusammenstoße aller Geschichte, der so nur möglich wurde, weil er im Wesen der gegen uns stehenden Völker begründet war, also etwas von elementarer Notwendigkeit an sich hatte, von der Schuld gerade desjenigen Volkes zu sprechen wagten, das nach Lage und Anlage einem Kriege am allermeisten widerstreben mußte. Daß es so beschränkte Geister und schwache Herzen bei der deutschen Schicksalswende auf deutschem Boden gab, ist bei der Schwäche des völkischen Empfindens der Durchschnitts-Deutschen nicht zu verwundern — daß während des Kampfes auf Tod und Leben gerade solche an entscheidenden Stellen Einfluß und schließlich in der öffentlichen Meinung die Herrschaft gewannen, wurde zum Verhängnis des deutschen Volkes. Ihnen gegenüber kann man von Schuld im Kriege reden — in gewissem Sinne aber sind diese und ihnen wesensverwandte Kreise aber auch schuld am Kriege. Sie haben in Wort und Schrift — man denke an den „Vorwärts", das „Berliner Tageblatt", die „Frankfurter Zeitung" — die Zustände im deutschen Reiche als unerträglich geschildert, sie haben die Lüge aufgebracht, als ob maßgebende oder einflußreiche Kreise auf Eroberungen ausgingen, sie haben der Wahrheit zuwider über die angebliche Herrschaft des preußischen Militarismus gezetert und es so hingestellt, als ob das Volk des freiesten Wahlrechtes ein Sklaven-Dasein führe. Alles in allem haben sie den Feinden den Eindruck beigebracht, daß das Reich innerlich zermorscht sei,

ja die sozialistischen Volksverführer haben geradezu angekündigt, daß das deutsche Proletariat bei etwaigem Kriege dem Vaterlande den Kriegsdienst verweigern würde. Wenn etwas geeignet war, die Feinde in der Absicht des Angriffs zu bestärken, so waren es diese im Ausland geflissentlich verbreiteten Bloßstellungen der eigenen Heimat, und es hat sich während des Krieges gezeigt, daß die Feinde für ihre Stimmungsmache, ihre verhängnisvoll wirkende „Propaganda" die sogenannten geistigen Waffen aus dem Lügenvorrat jener Kreise hervorholten. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß dies mitgeholfen hat, unser Volk zu zermürben — soweit vorher die Gegner dadurch ermutigt wurden, den Kampf gegen das deutsche Reich zu wagen, sind diese Leute, die das Schlagwort am meisten im Munde führen, schuld am Kriege. Es sei schon hier festgestellt, daß sie entweder Volksfremde, oder ihrem Volke Entfremdete waren.

Ursachen und Vorgeschichte des Krieges.

Wir haben soeben, soweit Frankreich, England, Rußland und Serbien in Betracht kommen — bei Erörterung der Frage der Schuld am Kriege — schon einiges über die Ursachen des Krieges gesagt und werden nachher die Vorgänge zu schildern haben, die den letzten Anlaß zu ihm gegeben haben. Hier ist im Zusammenhang noch festzustellen, daß, wenn man den Dingen ganz auf den Grund geht, die Tatsache der Reichsgründung die wesentliche, von deutscher Seite aber nicht zu beseitigende Ursache zum Kriege geschaffen hat. Das Reich war infolge des deutschen Sieges über Frankreich entstanden; nach seiner Veranlagung konnte das französische Volk uns diesen Sieg nicht verzeihen und sann auf Rache, betrieb seine Rüstungen und war bereit, sich jedem anderen Gegner des deutschen Reiches zu verbünden. Die Reichsgründung änderte den politischen Zustand Europas vollkommen, indem sie in dessen Mitte einen kraftvollen Staat mit mächtigem Lebenswillen schuf, der einerseits dem deutschen Volke die Möglichkeit wirtschaftlicher Entfaltung bot, andererseits den englischen Einfluß auf dem Festlande zurückdämmte und die russische Vormachtstellung daselbst beseitigte.

Geschichtlich steht fest, daß England die gesamte Entwicklung, die seit 1868 zur Gründung des deutschen Reiches führte, nicht gehindert hat, weil es bei der von dem Krimkriege herrührenden, von Bismarck geschickt benutzten Lage Europas ohne Festland-Bundesgenossen dastand. Bismarcks Hauptstütze bildete in diesen Entwicklungsjahren das zarische Rußland. Aber auch an dem Hofe, in der Diplomatie und in der Gesellschaft Rußlands fehlte es schon damals nicht an Gegenströmungen. Zunächst unternahmen weder England, noch Rußland etwas gegen das neue Reich. Dagegen war Frankreich vom ersten Tage dessen offener Feind und seine Feindschaft ist für die ganze Entwicklung der deutschen und der europäischen

Politik von entscheidender Bedeutung geworden. Mochte Frankreich auch erkennen, daß es allein nicht imstande sei, den Rachekrieg gegen das deutsche Reich zu führen — das Vorhandensein des Willens zur Rache, verbunden mit Rüstungen, die schließlich das Letzte herausholten, was Frankreich zu geben hatte, bedeutete für das deutsche Reich die stete Gefahr, daß der Krieg ausbrechen werde, sobald eine zweite Macht bereit wäre, mit Frankreich gegen uns zu kämpfen. Jeder zukünftige Feind des deutschen Volkes wußte, daß er auf Frankreich als Mitkämpfer rechnen könne, und die deutsche Staatsleitung war sich klar, daß sie, sobald eine andere Macht als Frankreich den Krieg mit uns suchte, gewissermaßen selbsttätig mit zwei Feinden zu tun habe. Bismarck wußte, weshalb ihn der „Alpdruck der Bündnisse" quälte — seine ganze äußere Politik strebte mit Erfolg dahin, Frankreich vereinsamt zu halten. Bis Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts gelang es ihm ohne weiteres; schwieriger wurde die Lage, als die panslawistische Bewegung in Rußland aufkam und nach dem Berliner Kongreß (1878) wachsenden Einfluß gewann, aber wir wissen, daß der große Staatsmann trotzdem die Gefahr zu bannen verstand. Bismarck wußte durch seine Geschicklichkeit immer wieder Rußland an deutscher Seite festzuhalten, indem er unter anderem mit den „Interessen und Befürchtungen" des Zarenreiches arbeitete; er verhütete den Ausbruch offener Feindschaft zwischen Petersburg und Wien und sicherte selbst in wenig günstiger Lage bis zu seinem Abgange dem deutschen Reiche für eintretenden Kriegsfall die russische Neutralität. Dies geschah zuletzt durch Verträge von 1884 und 1887. Infolge der Entlassung Bismarcks wurde diese „Rückversicherung" nicht erneuert, und Rußland wurde seit Frühjahr 1890 reif für den Anschluß an Frankreich, mit dem es noch im Jahr 1891 den Zweibund abschloß. So war der Feind des deutschen Reichs im Westen aus der Vereinsamung befreit; sein Selbstgefühl wurde durch die russische Bundesgenossenschaft mächtig gesteigert. Freilich zeigte die russische Politik gar keine Neigung, Frankreich bei einem Rachekrieg wegen Elsaß-Lothringen Beistand zu leisten; sie nahm die Vorteile wahr, die das Bündnis mit Frankreich ihr für die asiatische Politik bot, brachte vor allem in Frankreich die russischen Anleihen unter und betrieb ihre politischen Unternehmungen unter der Rückendeckung des Zweibundes. So sehr dieser nach Frankreichs Absichten Angriffszwecken dienen sollte, so wenig entsprach dies bis auf weiteres den Wünschen Rußlands, und es mußte etwas anderes dazu kommen, um den Willen der russischen Staatslenker in Frankreichs Sinn umzuformen; die panslawistischen Treibereien in Rußland und die kriegerischen Neigungen Frankreichs allein vermochten dies noch nicht.

Und hier beginnt die Rolle wirksam zu werden, die England dem deutschen Reiche gegenüber zu spielen übernahm. Es hatte die Reichs-

gründung nicht hindern können; als sich zeigte, daß Bismarcks Werk aus den im deutschen Reich zusammengefaßten deutschen Staaten die stärkste Macht des Festlandes geschaffen hatte, begannen Englands Staatsmänner ihr gegenüber die altüberlieferte Politik einzuschlagen, die sie jeweils in früheren Fällen den stärksten Festlandmächten gegenüber betrieben hatten. Neben dem politischen Streben, das deutsche Reich zu schwächen, weil es eben die stärkste Macht des Festlandes war, wirkte die Erkenntnis, daß dessen wirtschaftlicher Aufschwung die englische Wirtschaft gefährde, und aus diesen Erwägungen entsprang der Entschluß, der vom deutschen Reich befürchteten Schädigung der englischen Macht- und Wirtschaftsstellung entgegenzutreten. So lange Fürst Bismarck die Reichsgeschäfte leitete, mußte dabei mit der gebotenen Vorsicht verfahren werden, die man gegenüber einem Staatsmann von so unbestrittenem Ansehen und von so bewährter Meisterschaft einhalten mußte. Seine Beseitigung lag im Vorteil Englands, und es kann heute als erwiesen gelten, daß englische Machenschaften bei dem Bruche Kaiser Wilhelms II. mit Bismarck mitbestimmend waren, nicht minder, daß dies seit März 1890 bei der Nichterneuerung des Rückversicherungs-Vertrages zwischen Rußland und dem deutschen Reiche der Fall gewesen war.

Als die Reichspolitik seit März 1890 die Bahnen Bismarcks verließ, erleichterte sie den Engländern das Geschäft; seit diesem Augenblick ist das deutsche Reich leidender Gegenstand der englischen Staatskunst geworden und man kann geradezu sagen, daß die englische „Einkreisung" bereits mit dem Zweibund Rußland-Frankreich begonnen hatte. Trotz der immer ungünstiger werdenden politischen Lage des deutschen Reichs entfaltete sich seine Wirtschaft ins Ungemessene und verstärkte damit den Antrieb Englands, sich des als gefährlich erkannten Nebenbuhlers zu entledigen. In der öffentlichen Meinung Englands wurde besonders mit dem Hinweis auf die deutsche Kriegsflotte, die seit 1897/98 offensichtlich nur zum Zwecke der Verteidigung ausgebaut wurde und nur ihm dienen konnte, Stimmung gemacht. Wir haben früher schon gesehen, wie oft es zu Zusammenstößen zwischen beiden Mächten gekommen war und wissen bereits, daß überall da, wo das deutsche Reich Schwierigkeiten begegnete, entweder England selbst ihm entgegentrat oder seine Hand im Spiele hatte. Mit welcher Planmäßigkeit England in seiner Politik verfuhr, sei bei der Bedeutung, die der englische Gegensatz gegen das deutsche Reich gewinnen sollte, auf die Gefahr einer Wiederholung hier kurz dargestellt.

Im Jahre 1902 hatte England einen Vertrag mit Japan geschlossen, das in der deutschen Festsetzung in Kiautschau (1898) eine Beeinträchtigung seiner auf das ostasiatische Festland gerichteten Ansprüche erblickte und wegen des Verhaltens der deutschen Politik nach dem japanisch-chinesischen Kriege (1895) erbittert war.

Zwei Jahre später (1904) folgte die Verständigung Englands mit Frankreich über Marokko und Ägypten; die beiden alten Feinde hatten sich in der „entente cordiale", im „herzlichen Einvernehmen" gefunden. Wenn Fürst Bismarck dies entscheidende Ereignis noch erlebt hätte, würde sein „Alpdruck der Bündnisse" noch gesteigert worden sein, da die neue Verbindung zwischen beiden durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen das deutsche Reich veranlaßt war und sich gegen es richtete.

Einen Schritt weiter bedeutete die Verständigung Englands mit Rußland über Asien, die 1907 zustande kam; durch sie wurden beide Mächte nach anderen Richtungen hin frei, indem die zwischen ihnen bislang in Asien gewesenen Gegensätze ausgeglichen wurden. Man erinnere sich dabei, daß wenige Jahre vorher (1904/5) die russische Machtstellung im äußersten Osten von Japan zertrümmert worden war, und daß Japan diesen Krieg recht eigentlich zum Vorteil und zur Entlastung Englands geführt hatte. Trotzdem gelang es den Engländern durch die Abreden, die 1908 bei der Zusammenkunft König Eduards VII. mit dem Zaren Nikolaus II. in Reval getroffen wurden, in engste Verbindung mit Rußland zu gelangen: damals wurden die Rüstungen verabredet, die 1916 beendigt sein sollten. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten, die sich in solcher Weise zur Überraschung der amtlichen deutschen Stellen gefunden hatten, erfuhren 1909 durch das Abkommen über Persien eine Verstärkung. Im selben Jahre fand die wichtige Zusammenkunft des Zaren Nikolaus mit König Viktor Emanuel von Italien zu Raconigi statt: damals vollzog Italien, das äußerlich noch im Dreibund mit dem deutschen Reiche und Österreich-Ungarn lebte, den wenn auch geheimen Anschluß an den „Dreiverband", zu dem das Verhältnis zwischen England, Frankreich und Rußland sich entwickelt hatte. Es ist klar, daß die Bedeutung des Dreibundes, dessen Wert seit den Erfahrungen von Algeciras (1906) schon sehr fraglich geworden war, weiter gemindert wurde. Durch die Zusammenkunft von Raconigi wurden die sogenannten „irredentistischen" Bestrebungen in Italien, die auf Erlösung der in Österreich-Ungarn lebenden Italiener durch Abtrennung der von ihnen bewohnten Gebiete hinzielten, ermutigt. Der Dreibund war geschwächt, der Dreiverband gestärkt, in ihm hatte England unbestritten die staatsmännische Führung.

Zu der von England betriebenen Einkreisung des deutschen Reiches gehörte auch die Zersetzung Österreich-Ungarns, da sich die Donau-Monarchie, wie man erfahren hatte, von ihrem Bundesgenossen nicht trennen ließ; auch die Auflösung der Türkei gehörte in diesen Plan. Beide Unternehmungen wurden von dem Dreiverbande England, Frankreich, Rußland mit skrupellosem Eifer betreiben: Die „Irredentisten" in Italien, die Machenschaften der Tschechen und Südslawen, besonders der Serben wurden

mit großen Mitteln unterstützt; auf dem Balkan wurde dafür gesorgt, daß stete Unruhe herrschte.

Im Jahre 1911 wurden die Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika durch einen sogenannten Schiedsvertrag als besonders herzlich offenbart.

In diesem Jahre war es zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich wegen Marokkos zum schweren Zusammenstoß gekommen, wobei England sich unter Kriegsrüstungen neben Frankreich stellte, ja offensichtlich die treibende Kraft der französischen Politik war.

Der italienisch-türkische Krieg, der ebenfalls im Jahre 1911 entstand und in dem Italien im Einverständnis mit England das türkische Gebiet von Tripolis besetzte, zeigte die Türkei in ihrer Hilflosigkeit; er war ein Vorbote des ersten Balkankrieges (1912/13), der das türkische Reich aufs tiefste erschütterte. Das Königreich Serbien ging aus diesem ersten und dem zweiten — gegen Bulgarien gerichteten — Balkankriege außerordentlich gestärkt hervor. Die Folge war eine Steigerung des serbischen Selbstbewußtseins und des Drängens, durch Losreißen der serbischen Gebiete Österreich-Ungarns ein groß-serbisches Reich zu gründen.

Während des Marokko-Streites war der deutsch-englische Gegensatz aufs äußerste zugespitzt gewesen; nachdem er den uns bekannten ungünstigen Verlauf für das deutsche Reich genommen, gab sich England — wie wir wissen — den Anschein, als wünsche es ernstlich mit dem deutschen Reiche auf gutem Fuß zu leben; es fanden die sogenannten Verständigungsversuche statt, die sich auf die Minderung des deutschen Flottenausbaues und auf die Kolonialgebiete in Afrika bezogen. Hinsichtlich der deutschen Schiffbauten erreichte England tatsächlich eine Abschwächung der Pläne des Großadmirals von Tirpitz — die kolonialen Verständigungsverhandlungen wurden von den völkisch gesinnten Kreisen mit berechtigtem Mißtrauen verfolgt.

Die maßgebenden amtlichen Stellen in Berlin waren in der Zeit von 1912/14 im Ernst von dem guten Willen Englands überzeugt, mit dem deutschen Reiche in Frieden zu leben — die englischen Staatsmänner setzten mit erhöhtem Eifer und mit dem Erfolge, der solcher Zielbewußtheit nicht fehlt, ihr Werk der Umfassung und Vereinsamung des deutschen Reichs fort. Der Dreiverband stellte England die kriegerische Kraft Frankreichs und Rußlands zur Verfügung; Italiens war man nicht nur sicher, sondern wurde von ihm über die Vorgänge innerhalb des Dreibunds auf dem Laufenden gehalten; die Türkei war geschwächt, Serbien gestärkt und angriffslustiger als je; über den inneren Zustand Österreich-Ungarns war man genau unterrichtet und sorgte dafür, daß die Zersetzung fortschritt; Japan hatte man als Bundesgenossen, die Vereinigten Staaten als Freund,

von dem man gewiß war, auf welche Seite er sich gegebenenfalls stellen werde. Die eigenen Machtmittel des Dreiverbandes wurden mit äußerster Anstrengung gesteigert. In England selbst wurde die öffentliche Meinung mit allen Künsten einer skrupellosen Presse gegen das deutsche Reich aufgehetzt, indem man die deutsche Flotte unter falschen Angaben über ihre Stärke als Lebensgefahr hinstellte und das Gespenst eines deutschen Einfalls in England an die Wand malte. In den Jahren 1912 und 1913 zog man die Hauptkräfte der englischen Flotte aus dem Mittelmeer nach den nördlichen Gewässern — sammelte sie also gegen das deutsche Reich; das Mittelmeer wurde den Franzosen überlassen; nur ein englisches Geschwader blieb dort. In Rußland wurden mit französischem Gelde die für Kriegszwecke nötigen Eisenbahnen gebaut und die Heeresrüstungen mit größter Anstrengung betrieben. Im Jahre 1913 führte Frankreich das wahrhaftig das Äußerste für den Ausbau seines Heeres getan hatte wieder die dreijährige Dienstzeit ein — eine Maßnahme, die eine weitere außerordentliche Verstärkung der französischen Kriegsmacht darstellte und die nur in dem Sinne gedeutet werden konnte, daß die französische Staatsleitung mit einem baldigen Kriege rechne. Im selben Jahre besuchte das Haupt des französischen Generalstabs, General Joffre, Rußland, um sich dort von dem Stande der Rüstungen zu überzeugen und mit den Leitern des russischen Heeres zu beraten. Eine neue Anleihe Rußlands in Frankreich und eine neue russische Heeresvorlage standen im engsten Zusammenhange damit. Schließlich wurden im Frühjahr 1914 zwischen England und Rußland Verhandlungen eingeleitet, die ein Flottenabkommen hinsichtlich der Ostsee zum Ziele hatten; die Absicht dabei war, starke Flottenkräfte in der Ostsee zum Zwecke einer russischen Landung in Pommern zur Verfügung zu haben, und England sollte die Geldmittel dazu liefern. Zur gleichen Zeit vollzog Rumänien die Abkehr von den Mittelmächten, mit denen es in einem Bündnis lebte. Italien aber erteilte Österreich auf eine Anfrage, die auf ein Vorgehen gegen Serbien wegen dessen Absicht auf Albanien zielte, eine Absage. So konnte England als Führer des Dreiverbandes darauf rechnen, daß politisch und militärisch alles hinreichend vorbereitet sein würde, wenn es zum Zusammenstoße käme; für ihn war das Jahr 1916 in Aussicht genommen worden. Die Stimmung des englischen Volkes war hinreichend erhitzt und wurde von der Presse, die im engsten Einvernehmen mit der Regierung arbeitete, stets von neuem aufgepeitscht, während die Regierung sich den Anschein gab, mit dem deutschen Reiche die Verständigung zu suchen und so die maßgebenden Stellen dort und die öffentliche Meinung täuschte. Auch außerhalb Englands entfaltete die englische „Propaganda", unterstützt durch das im englischen Besitz befindliche Nachrichtenwesen, mit großem Erfolge ihre deutsch-feindliche Tätigkeit; so gelang es ihr besonders, die Stimmung in

den Vereinigten Staaten gegen das deutsche Reich einzunehmen. Frankreich war kriegslustiger als je: nicht nur wußte es sich im Bunde mit der stärksten Flottenmacht England und mit dem für die stärkste Militärmacht gehaltenen Rußland den Mittelmächten unendlich überlegen — die nationalistischen Machenschaften in Elsaß-Lothringen hatten den Rachegedanken immer neu belebt und der Ausgang des Marokko-Streites, der einen vollen Sieg der französischen Politik bedeutete, steigerte die Siegesgewißheit und die Kriegslust ins Ungemessene. Bei einigen Zwischenfällen zeigte sich der Haß des französischen Volkes gegen das deutsche in zügelloser Weise, und die Hetzpresse tat das ihre, um ihn zu schüren.

In Rußland wirkten alle auf den Krieg hinarbeitenden Kreise mit leidenschaftlichem Eifer zusammen und standen in engster Fühlung besonders mit den Gesinnungsverwandten in Frankreich. Seit dem japanischen Kriege war das russische Heer auf die Höhe seiner Leistungsfähigkeit gebracht worden. Der Wohlstand des Volkes war unter dem Einfluß der „Agrar-Reform" des hervorragenden Ministers Kriwoschein rasch aufgeblüht, und das russische Selbstbewußtsein gegenüber dem verhaßten Deutschen war gewachsen: es war kein Zweifel, daß ein Krieg gegen die westlichen Nachbarn, besonders gegen Österreich-Ungarn volkstümlich sein würde — ganz anders als vor Jahren der Krieg gegen Japan, dem das Volk kühl bis ans Herz hinan gegenübergestanden hatte.

Das amtliche Rußland verhielt sich in seinen Beziehungen zum deutschen Reich ähnlich wie die englische Regierung: man rüstete aufs äußerste zum Kriege und ließ es zu, daß die Volksstimmung in steter Erregung gehalten wurde, gab sich aber dabei den Anschein, mit dem Reich auf guten Fuß kommen zu wollen. Die Begegnungen der beiderseitigen Herrscher in Potsdam (1910) und Baltischport (1912) machten den Reichskanzler von Bethmann Hollweg in bezug auf die von ihm angenommenen guten Absichten der russischen Staatsleiter sicher — er täuschte sich hierin ebenso folgenschwer wie gegenüber den englischen Machthabern. Und doch hätte die russische Heeresvorlage von 1913/14, die eine Jahresaushebung von fast 600000 Mann und eine „zeitweilige" Erhöhung der Friedensstärke von 800000 Mann auf 1250000 Mann brachte, den Leitern der deutschen Politik die Augen öffnen müssen, nicht minder die herausfordernde Haltung, die einzelne verantwortliche Männer in Rußland, besonders der Kriegsminister Suchomlinow einnahmen. Genau so wie in Frankreich deutete in Rußland alles daraufhin, daß dort mit einem baldigen Kriege gerechnet wurde.

Eine Verschärfung erfuhren die Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und Rußland um die Wende der Jahre 1913/14, als bekannt wurde, daß der preußische General Liman von Sanders nach Konstantinopel entsandt werde, um den Wiederaufbau des im Balkankriege schwer mit-

genommenen türkischen Heeres zu leiten und gleichzeitig den Befehl über die im Bezirke von Konstantinopel stehenden Truppen zu führen. Nicht nur die Presse und die öffentliche Meinung brauste auf, auch die amtliche Politik nahm die schroffste Haltung ein und wurde selbstverständlich von England und Frankreich unterstützt — dies alles, obwohl ein englischer Admiral gegenüber der türkischen Flotte dieselbe Aufgabe übernommen hatte, wie sie General Liman von Sanders beim türkischen Heere zugedacht war. Die deutsche Politik war auch in diesem Falle schwach und schloß mit einer Niederlage ab.

So war die Lage, als das Schicksalsjahr 1914 begann.

Die englischen Staatsmänner konnten mit dem, was sie offen vor aller Welt, die sehen konnte, erreicht hatten, zufrieden sein: zum Kriege willig und gerüstet, ihn für die nächste Zukunft erwartend, ja auf ihn drängend, waren die beiden befreundeten Festlandmächte, die das deutsche Reich von West und Ost umklammerten und, wie man annahm, erdrücken würden. Aber damit gab sich die englische Staatskunst noch nicht zufrieden; sie wollte für alle Fälle sicher gehen und war deshalb nicht nur entschlossen, mit der in den nördlichen Gewässern versammelten Flottenmacht in den Krieg einzutreten, sondern Frankreich auch mit dem Heere zu unterstützen. Obwohl von den englischen Staatsmännern stets geleugnet wurde, daß ein Kriegsbündnis mit Frankreich bestehe — was wörtlich genommen, auch nicht der Fall war —, hatten die beiden Mächte längst genaue Abrede über das Zusammenwirken ihrer Streitkräfte zu Wasser und zu Lande getroffen, und England setzte alles daran, mit den versprochenen Truppen sobald wie möglich auf dem Festland zu erscheinen; von langer Hand her waren die Maßnahmen vorbereitet, um die für die erste Hilfe zugesagten Truppen überzusetzen und zu landen. Die Frage war dabei, wo die Landung geschehen sollte — ob auf französischem, belgischem oder holländischem Boden. Damit kommen wir zu der Rolle, die dem neutralen Königreich Belgien von England und Frankreich zugedacht, und die Belgien zu spielen bereit war; die Voraussicht der englischen Staatsmänner zeigt sich dabei im hellsten Lichte.

Das englisch-französische Einvernehmen — die „entente cordiale" — kam, wie wir wissen, im Jahre 1904 zustande; auf Grund der damals über Marokko getroffenen Abreden betrieb Frankreich in dem Lande des Scherifen seine Politik der „friedlichen Durchdringung", was im Jahre 1905 zu dem ersten Marokko-Streitfall mit dem deutschen Reiche geführt hatte. Die Dinge waren damals so weit gediehen, daß ein Krieg zwischen Frankreich und dem deutschen Reich ausbrechen konnte, und es ist kein Zweifel, daß bereits damals England entschlossen war, den Franzosen Beistand zu leisten. Der damalige französische Minister des Äußeren Delcassé hatte nach seiner Entlassung zur Rechtfertigung seiner auf eine

feste Haltung Frankreichs drängenden Politik bekannt gegeben, daß die Engländer ihm die Landung von 100000 Mann an der jütländischen Küste zugesagt hatten; die Absicht dabei war damals, von Dänemark aus die deutschen Flottenstützpunkte, den wichtigen Hafen Hamburg und den Nordostseekanal zu bedrohen. Die nahe Kriegsgefahr von 1905 veranlaßte den englischen Generalstab offenbar, die Frage einer Landung auf dem Festland genau zu prüfen. Dies und das weitere ist durch die Urkunden erwiesen, die im Herbst 1914 nach der Besetzung Brüssels durch die Deutschen in dortigen Archiven gefunden wurden. Daraus ergibt sich, daß bereits im Januar 1906, also noch während der sogenannten Konferenz von Algeciras, die damals den Marokkostreit aus der Welt schaffte, der englische Militärbevollmächtigte in Brüssel dem belgischen Generalstabsleiter eröffnete, es sei die Landung von 100000 Mann englischer Truppen vorgesehen, falls Belgien angegriffen würde; sie solle mit größter Beschleunigung an der französischen Küste erfolgen, worauf das Heer sofort nach Belgien geschafft werden solle; über das Zusammenwirken mit der belgischen Heeresleitung wurden Abreden vorgeschlagen und getroffen. Es ist kein Zweifel, daß diese Abreden sich lediglich gegen das deutsche Reich gerichtet haben; dies ergibt sich auch aus einer Anordnung des Finanzministeriums vom 31. Juli 1914, in der die Verwalter öffentlicher Kassen angewiesen wurden, im Falle einer Besetzung, ihre Geschäfte für die besetzende Macht fortzuführen, was sich nach allem Vorhergegangenen nur auf den Einmarsch englischer und französischer Truppen beziehen konnte. Die erwähnten Abmachungen wurden später — wahrscheinlich im Jahre 1912 — bestätigt, wobei 160000 Engländer in Aussicht gestellt wurden. Es ist weiter erwiesen, daß der englische Generalstab in der Zeit von 1909 bis 1914 die zukünftige Tätigkeit des englischen Heeres in Belgien unter Mitwissen des belgischen Generalstabs aufs Genaueste vorbereitete.

An dieser Stelle sollen diese Ausführungen dartun, wie planmäßig England einen Krieg vorbereitete, bei dem es sich nur als Gegner des deutschen Reiches dachte, und wobei erwiesen ist, daß der Einmarsch in Belgien von ihm für alle Fälle, also auch bevor etwa deutsche Truppen dort eingerückt wären, ins Auge gefaßt wurde.

So hatte also England — abgesehen von der Kriegsbereitschaft seiner Freunde und abgesehen von der Tätigkeit, die seiner Seemacht zugedacht war — Vorsorge für seine Teilnahme am Landkrieg getroffen und sich dafür sein Aufmarschgebiet ausgesucht, gesichert und vorbereitet.

* * *

Das letzte Jahrzehnt vor dem Weltkrieg hatte das deutsche Reich dreimal bis unmittelbar vor den Krieg geführt: Im Jahre 1905 Marokkos wegen wider Frankreich, um 1908/9 wegen des bosnischen Streitfalls als

Bundesgenossen Österreich-Ungarns gegen Serbien und Rußland mit der Aussicht, daß Frankreich und England sofort auf die Seite dieser Feinde treten würden, und 1911 im zweiten Marokkostreite gegen Frankreich, neben das sofort England getreten war.

Diese Fälle waren in gewissem Sinne Vorspiele des Weltkrieges; sie bewiesen, wie planvoll die englischen Staatsmänner auf ihr Ziel losgingen und wie kaltblütig sie die größtmögliche Sicherheit für das Gelingen ihres Unternehmens: der politischen und wirtschaftlichen, wenn nötig auch militärischen Erdrückung des deutschen Reiches herbeizuführen strebten. Es ist heute kein Zweifel mehr darüber möglich, daß das deutsche Reich zur Zeit jener drei Kriegsgefahren militärisch günstiger dastand, also größere Aussicht auf den Sieg hatte, als im Jahre 1914. England zog die Folgerung daraus, indem es sein Werk der Erdrückung des deutschen Reichs weiter betrieb, dessen sicheren oder möglichen Bundesgenossen durch Förderung der inneren Zersetzung schwächte, dessen unsichere Verbündeten an sich kettete und nebenher die öffentliche Meinung fast der ganzen Erde deutsch-feindlich beeinflußte.

Seit der Tagung von Algeciras war es klar, was außenpolitisch aus dem deutschen Reiche Bismarcks geworden war: es stand in diesem Falle ganz allein. In einem Kriege gar, der wegen eines nicht-festländischen Streitfalles ausbrechen würde, hatte es selbst auf Österreich-Ungarn nicht zu rechnen — es sei denn, daß Rußland sich feindlich beteiligen würde. Statt sich einzugestehen, daß ihre Politik in Algeciras eine schwere Niederlage erlitten und daß sie die lebensgefährliche Vereinsamung ihres Vaterlandes offenbar gemacht hatte, erklärten die deutschen Staatsleiter deren Ergebnisse für einen Erfolg und beeinflußten die deutsche öffentliche Meinung in diesem Sinne. Das Richtige wäre gewesen, aus diesem Erlebnis den Schluß zu ziehen, daß lediglich die äußerste Steigerung seiner Rüstungen das deutsche Reich vor einem Kriege bewahren und in einem Kriege retten könne. Aber dazu fehlte sowohl den verantwortlichen Männern im Reiche, wie der Mehrzahl seiner Volksvertreter und der Presse die Einsicht, und der Rat jener, die auf die gefährliche Lage ihres Vaterlandes hinwiesen und die nötige Sicherung durch gesteigerte Rüstung verlangten, wurde in den Wind geschlagen. Erst 1911 und 1912 entschloß sich die Regierung, geringfügige Heeresverstärkungen zu betreiben, und im Jahre 1913 brachte sie, einem Verlangen des Großen Generalstabs nachkommend und von der völkisch-gerichteten öffentlichen Meinung gedrängt, eine umfassende Heeresvorlage ein. Es war für die ganze Art der Reichsleitung, Politik zu machen, kennzeichnend, daß sie bis zuletzt glaubte, die drohende Gefahr durch Verhandlungen und Nachgiebigkeit abwenden zu können — nicht entfernt dachte die Regierung daran, das Volk über den Ernst der Lage aufzuklären. Man überließ es seiner Arbeit,

dem Verdienen und Genießen und schaute ruhig zu, wie immer weitere Kreise von den Irrlehren der „Pazifisten" ergriffen wurden. Es ist neben den leitenden Köpfen des Generalstabs das Verdienst vaterländisch gesinnter und einsichtiger Männer, die die Lage ihres Vaterlandes richtig beurteilten, daß schließlich in letzter Stunde die längst notwendigen Verstärkungen des Heeres und der Flotte betrieben wurden; es sei hier der Arbeit des Flottenvereins, des Wehrvereins und des Alldeutschen Verbandes gedacht.

Aber wie verfuhr die Reichsregierung dabei?

Daß im Frühjahr 1912 die Flottenvorlage des Großadmirals von Tirpitz vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg aus Nachgiebigkeit gegen England verstümmelt wurde, wissen wir. Ebenso verfuhr der Kanzler mit den Anträgen des Großen Generalstabs ein Jahr später: von den für nötig erklärten Verstärkungen wurden drei Armeekorps gestrichen, und es ist bedauerlich, daß der Kriegsminister von Heeringen, wie der Reichskanzler, von falscher Rücksicht auf die Stimmung im Reichstage geleitet, zu dieser gefährlichen Beschneidung der Anträge des Generalstabs die Hand lieh: so wurde das Unzureichende, das verlangt wurde, mit unwesentlichen Abstrichen vom Reichstag bewilligt. Die volle Wirkung der also angenommenen Heeresvorlage konnte erst zum 1. Oktober 1915 eintreten.

Aber solange wurde dem Vaterlande nicht Zeit gelassen. Wo die Gegensätze sich so zugespitzt haben, kann jeder Zwischenfall den Zusammenstoß herbeiführen. Und die Art, in der der Dreiverband den Auftrag des Generals Liman von Sanders in Konstantinopel behandelte, die Reden mancher Minister dieser Mächtegruppe, die Kundgebungen ihrer Presse bewiesen, wie stark die Zuspitzung geworden war.

Im Juli 1914 unternahm der neue Präsident der französischen Republik Poincaré, — aus der Zeit seiner Tätigkeit als Ministerpräsident bewährt als Vorkämpfer des Rachegedankens — eine Reise nach Petersburg, um der Welt die engste Bundesgenossenschaft der Mächte deutlich zu machen, die das deutsche Reich von Ost und West umklammerte. Um dieselbe Zeit richtete ein hervorragender russischer Gelehrter, Professor Mitrofanoff, ein Schreiben an einen deutschen Fachgenossen, in dem er den Krieg zwischen Rußland und dem deutschen Reiche für unvermeidlich erklärte.

Und trotzdem waren die verantwortlichen Personen im Reiche der Meinung, daß der Friede gesichert sei; insbesondere vertrauten sie fest auf den guten Willen Englands, vor allem seiner Minister Grey und Haldane, von denen der letztere seinerzeit in Berlin wegen der Flottenverständigung verhandelt und sich dabei als Deutschenfreund aufgespielt hatte.

Es ist erschütternd festzustellen, daß fremde Diplomaten die Weltlage sowie die Absichten der englischen, französischen und russischen Staatsmänner gegenüber dem deutschen Reiche mit voller Klarheit erkannten, während die verantwortlichen Personen im deutschen Reiche vollkommen versagten. Das lag in ihrer Veranlagung begründet, und aus diesem ihrem Unverständnis kam es auch, daß an den wichtigsten Posten des deutschen diplomatischen Außendienstes unfähige Vertreter standen.

Die berühmten belgischen Gesandtschaftsberichte beweisen, daß fremde Diplomaten die Lage ebenso beurteilten, wie die Führer der völkischen Bewegung im Vaterlande. Und dabei waren die Verantwortlichen auf deutscher Seite gewarnt, sie wollten aber einfach nicht glauben, was ihnen von urteilsfähigen Männern über die Stimmung und die Absichten in England, Rußland und Frankreich berichtet wurde, weil es ihren vorgefaßten Meinungen widersprach — vor allem aber, weil sie die auf Fehlurteilen beruhende Meinung Kaiser Wilhelms II., der die Lage günstig ansehen wollte, nicht zu stören wagten.

In welchem Umfange Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Kaisers, Selbsttäuschung und Mangel an Einsicht, mit der Furcht, daß das immer noch ungezügelte Wesen des Kaisers Unheil anrichten könne, bei ihnen zusammenwirkte, beweist die nicht mehr bestreitbare Tatsache, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und das Auswärtige Amt in den wichtigen Jahren seit 1909 auf Umwegen in den Besitz von Schriftstücken gelangten, die sie über die Absichten unserer späteren Feinde aufklären mußten, daß sie aber dem Kaiser diese Schriftstücke vorenthielten!

Es war auch kein Zufall, daß in den letzten Jahren vor 1914 die Fälle von Spionage auf deutschem Boden sich häuften; besonders die Engländer taten sich darin in den Küstengebieten dem deutschen Reiche gegenüber hervor, und die Russen gegen Österreich-Ungarn; von deutscher Seite wurden die fremden „Offiziers-Spione" mit einer, auf dem Mangel an Menschenkenntnis beruhenden, ganz falschen Ritterlichkeit behandelt.

Kein Zweifel: im Frühjahr 1914 war die Lage aufs Äußerste gespannt: die sogenannte „Kaunitzsche Koalition" aus der Zeit des großen Friedrich, deren mögliche Wiederholung dem Fürsten Bismarck bis in seine letzten Stunden so schwere Sorgen bereitet hatte, war ein Kinderspiel gegen den Angriffsbund des Dreiverbandes. Gleichwohl sprachen knapp zwei Monate vor Kriegsbeginn sowohl englische wie deutsche Staatsmänner davon, daß die Beziehungen zwischen ihren Ländern niemals herzlicher gewesen seien, als eben jetzt. Derweil hielten die Engländer die Schlinge in den Händen, um sie zuzuziehen — die Deutschen aber glaubten mit harmlosem Gemüte an das, was sie wünschten.

Anlaß und Ausbruch.

Kaiser Franz Josef hatte, solange als es irgend anging, ja man kann ruhig sagen, länger als das Staatswohl es erlaubte, die oberste Leitung aller Staatsgeschäfte in seiner Hand behalten und den Thronerben, seinen Brudersohn Erzherzog Franz Ferdinand möglichst wenig zu ihnen herangezogen. Erst als sein hohes Alter die Teilnahme an Übungen des Heeres und der Flotte nicht mehr zuließ, hatte er diesen Erben zum General-Inspektör der gesamten Streitmacht zu Lande und zu Wasser ernannt und ihm schließlich auch einen Teil der übrigen wichtigsten Dienstzweige überlassen; insbesondere gewann der Thronfolger damit Einfluß auf die auswärtige Politik Österreich-Ungarns. Für die sogenannte „Nationalitätenfrage" galt dies nicht in gleichem Maße, doch wendete er ihr seine größte Aufmerksamkeit zu und suchte sich gründlich zu unterrichten.

Franz Ferdinand von Österreich-Este war nicht für den Thron geboren; Thronerbe war er erst durch das traurige Ende des körperlich und geistig zerrütteten Kaisersohns Erzherzog Rudolf geworden. Auch da hielt ihn sein Oheim, der keinerlei Neigung für diesen Brudersohn hatte, von seiner Person und, so lange es anging, von den Staatsgeschäften ferne; es war kein erfreuliches Leben, das der Erbe des Habsburger-Reiches zu führen hatte, und es ist sicher, daß er vieles erfahren mußte, was ihn zum Menschenverächter und hart machte. Lange lediglich zum Zuschauen verurteilt, sah er vieles und bildete sich ein eigenes Urteil über den Zustand seines künftigen Reiches, das weit von den Anschauungen seines Oheims abwich und das für dessen Ratgeber vernichtend war.

Dieser Habsburger ist nicht in die Lage gekommen, die große Prüfung auf sein Wollen und Können als Herrscher haben ablegen zu können; er ist, auch als er mehr und mehr zu den Geschäften zugelassen wurde, öffentlich wenig hervorgetreten; seine Tätigkeit spielte sich im stillen ab und war bei den Widerständen, die ihm in allen nicht militärischen Angelegenheiten von den teils unfähigen, teils unwürdigen Vertrauensleuten des greisen Kaisers entgegengebracht wurden, mehr vorbereitender, unterrichtender Art. So ist ein endgültiges, ganz sicheres Urteil über diese wichtige Persönlichkeit nicht zu gewinnen — immerhin liegen für den, der die Dinge in Österreich-Ungarn aus eigener Auffassung kannte und verfolgt hat, hinreichende Anhaltspunkte vor, um sich ein Bild von ihm zu machen.

Erzherzog Franz Ferdinand war kein Mann, der menschliche Zuneigung weckte, und es wird ihm, abgesehen von seiner zur linken Hand angetrauten Gemahlin aus dem böhmischen Hause der Grafen Chotek, kaum jemand Liebe entgegengebracht haben. Er war hochfahrend, in Geldsachen engherzig, ohne geistige Bedürfnisse und Bildung. Fromm, ja hart katholisch

im habsburgischen Sinn, übte er die Gebräuche der Kirche peinlich treu, dachte aber nicht daran, sich politisch ihren Wünschen unterzuordnen; für ihn war — über die Glaubensfragen hinaus — die Kirche ein Mittel, die auseinanderstrebenden Völker seines künftigen Reiches im Sinne der Unterordnung beeinflussen zu lassen. Es ist häufig gesagt worden, daß der Erzherzog ein ergebener Jünger der Jesuiten gewesen sei, eine Behauptung, die bei solcher, rein habsburgisch-selbstsüchtigen Veranlagung kaum zutreffen wird. Ebensowenig ist es glaubhaft, daß er unter dem Einflusse seiner Gemahlin tschechisch gesinnt und deutschfeindlich gewesen sei — eine Behauptung, die mit seinem unedlen Verhalten gegenüber deutschen Angehörigen seiner Umgebung begründet wird. Aber auch solche Schlüsse gehen fehl, da sie einem solchen Manne Gefühlsregungen zutrauen, deren er in seiner menschenfernen Selbstsucht nicht fähig war. Ihm mag die Unterwürfigkeit tschechischer Angestellter bequemer gewesen sein, als die Unfügsamkeit und Schwerfälligkeit mancher Deutschen. Doch auch in solchen Dingen dachte er staatlich-selbstsüchtig-habsburgisch, und es liegen hinreichend Anzeichen dafür vor, daß er sich über die zersetzende Tätigkeit der Tschechen und Slowenen, über den Größenwahn der Madjaren, über die Reichsfeindlichkeit der Italiener und Rumänen klar war und daß er erkannt hatte, daß nach wie vor die Deutschen den Kitt und das Band für den Gesamtstaat abgeben mußten. Deshalb war er beileibe kein „Deutschenfreund", kein bewußter Deutscher; das konnte ein Mann seiner Art nicht sein. Die Beziehungen, die er neben Deutschen mit den Vertretern anderer Nationalitäten, besonders mit Slowenen, Kroaten und Ruthenen angeknüpft hatte, sprechen nicht gegen die hier vertretene Auffassung, sondern dafür, daß er sich auf seine Aufgabe als Herrscher vorbereiten, sich unterrichten wollte. Unbedingt feindlich scheint er den Madjaren und Italienern gegenüber gestanden zu haben — nicht minder den Juden, in denen er als ausgesprochener Mann der Ordnung die Träger der „Korruption", der Zersetzung erblickte, die während der Zeit seines Oheims, von staatlicher Abwehr ganz ungestört, bedenklichste Fortschritte gemacht hatte. Denn Franz Ferdinand war ein Mann der Ordnung, wäre vielleicht etwas wie ein Fanatiker der Ordnung geworden.

Seine Beobachtungen führten ihn zur Erkenntnis, daß nach außen sein Erbe durch die Schwäche des Heeres, durch die Abtrennungsgelüste der Madjaren und durch die „irredentistischen" Bestrebungen der Italiener und Rumänen gefährdet sei; nach innen sah er die Gefahren, die sich aus dem Hasse der „Nationalitäten" gegen den Staat und das Deutschtum ergaben, und er suchte nach Mitteln, all diesen Nöten zu begegnen. Am leichtesten war es für ihn, nachdem ihm Heer und Flotte unterstellt waren, dem Zustand der Verkümmerung der Wehrmacht entgegenzuwirken; er brachte wieder Leben, Bewegung und Streben hinein, setzte die Ver-

stärkung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande durch und fand bei denkenden Offizieren für seine Tätigkeit große Anerkennung. Ob er die innere Wiedergeburt des Reiches in der Form des sogenannten „Zentralismus", also des straff zusammengefaßten Einheitsreiches anstrebte, oder ob er aus dem „dualistischen" Gesamtreich, das aus Österreich (d. h. wie wir wissen: den im Wiener Reichsrat vertretenen Kronländern) und Ungarn bestand, ein „trialistisches" Reich schaffen wollte, in dem ein südslawischer Staat den Dritten im Bunde bilden sollte, an den Österreich und Ungarn die von Südslawen bewohnten Gebiete hätten abgeben sollen, oder ob er eine andere Ordnung für notwendig und möglich ansah, bleibe dahingestellt. Das letzte Geheimnis seiner Absichten ist noch nicht enthüllt, ebensowenig die etwaige Ausführbarkeit seiner Pläne und seine eigene Fähigkeit, sie auszuführen. Eines aber ist gewiß: Dieser Habsburger wollte nichts von dem Erbe seiner Ahnen preisgeben — nicht das geringste; was ihm zufiel, wollte er fester in seine Hand bekommen, als dies bei seinem Oheim und Vorgänger der Fall war.

Infolge davon stand der Thronfolger von vornherein im schroffsten Gegensatz zu jenen Bestrebungen, die Teile des Reiches absplittern wollten, weil ihre Bewohner sich mit den außerhalb der Monarchie staatlich zusammengefaßten Volksgenossen zu vereinigen strebten; dies galt besonders von Serben und Italienern, und es verdient hier hervorgehoben zu werden, daß Franz Ferdinand frühzeitig und klar besonders die Unzuverlässigkeit, ja Feindseligkeit des italienischen Bundesgenossen erkannte — anders als die Berater seines Oheims und Kaiser Wilhelms II.

Kein Wunder, daß die „Irredentisten" aller Art ihn haßten — und diesem Hasse ist er zum Opfer gefallen.

Vom Königreich Serbien wissen wir, daß es an kriegerischen Erfolgen reich und mit außerordentlich erweitertem Staatsgebiet aus den beiden Balkankriegen hervorgegangen und daß dadurch das Selbstbewußtsein der Serben wesentlich gesteigert war. Es ist hier festzustellen, daß die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien sich längst sehr unfreundlich gestaltet hatten — in der Hauptsache wegen des serbischen Begehrens nach Gebieten, die zur Donau-Monarchie gehörten, zweifellos aber auch infolge kurzsichtiger und hochmütiger Maßnahmen der Wiener Politik, besonders in wirtschaftlichen Fragen. Nach der Beilegung des bosnischen Streitfalles im Frühjahr 1909 hatte Serbien in aller Form versprochen, ein freundnachbarliches Verhältnis zu Österreich-Ungarn herzustellen — in Wirklichkeit aber tat es das Äußerste, um keine Ruhe aufkommen zu lassen. Geheime Gesellschaften betrieben unter Mitwissen der serbischen Behörden ihre Zettelungen in Bosnien, Südungarn und im Küstenlande; serbische Offiziere übten die Angehörigen der Geheimbünde im Waffendienst; Waffen, Bomben, Schießbedarf erhielten sie aus staatlichen Be-

ständen. Die serbische Presse führte, unterstützt von der russischen, eine maßlose Sprache; auch englische, französische und italienische Sendlinge wirkten bei diesen Machenschaften mit, und es ist erwiesen, daß diese Bewegung auch mit Geld aus allen diesen Ländern unterstützt wurde.

Ende Juni 1914 unternahm der Erzherzog-Thronfolger, begleitet von seiner Gemahlin, eine Reise ins Reichsland Bosnien und die Herzegowina; am 28. Juni 1914, einem Sonntag, kam er nach der Hauptstadt Serajewo, und dort fiel er dem Mordanschlage zweier jungen Serben zum Opfer, die einem der Geheimbünde angehörten.

Die fürchterliche Tat konnte als solche die Menschheit erschüttern und sie tat es — wem aber die Zusammenhänge klar waren, der wußte, daß ihre Bedeutung über das Persönliche und Gefühlsmäßige weit hinausging, daß die Schüsse von Serajewo den Zusammenprall zweier feindlichen Welten ankündigten, wobei nur fraglich war, welche Ausdehnung der Zusammenstoß annehmen würde.

Österreich-Ungarn stellte Forderungen, die nicht nur die volle Aufklärung über die großserbische Verschwörung bringen, sondern auch Sicherheiten gegen deren zukünftige Tätigkeit bringen sollten — etwas, was vom Standpunkte der Selbsterhaltung des Habsburger Staates und zumal einem solchen Volke gegenüber, das seinen bösen Willen so ausgiebig erwiesen hatte, durchaus berechtigt war. Denn für Österreich-Ungarn handelte es sich darum, die Verwirklichung der großserbischen Bestrebungen zu verhindern; diese waren für den Gesamtstaat um deswillen lebensgefährlich, weil im Falle ihres Gelingens der Selbständigkeitsdrang der anderen Völkerschaften starke Antriebe erhalten mußte, und das Auseinanderfallen des Reiches infolge davon in nächste Nähe gerückt wurde.

Also: die österreichisch-ungarische Politik hatte Recht und Pflicht, mit allem Nachdruck gegen Serbien vorzugehen. Zuerst schien es, daß angesichts der Verwerflichkeit des Mordes von Serajewo die Mächte des Dreiverbandes ihr nicht in den Arm fallen würden, weil dies doch eine zu ungeeignete Gelegenheit gewesen wäre. Als aber die serbische und russische Presse sich in maßloser Leidenschaft gegen Österreich-Ungarn wandte und die öffentliche Meinung in beiden Ländern diesem Beispiel folgte, wurde über der Absicht, die Mittelmächte durch die Demütigung Österreichs zu schwächen, der schändliche Anlaß vergessen. Man nahm den Umstand, daß Österreich-Ungarn, um ganz sicher zu gehen, maßgebenden Einfluß auf die in Serbien selbst vorzunehmende Untersuchung verlangte, zum Vorwand, sich offen gegen die Wiener Forderungen zu stellen, indem man vorgab, daß damit die staatliche Selbstherrlichkeit („Souveränität") Serbiens angetastet werde. So kam es nach fast vierwöchentlichen Verhandlungen zu dem letzten kurzbefristeten Verlangen Österreich-Ungarns („Ultimatum") nach Genugtuung und Sicherheit; als dem nicht in vollem

Umfange entsprochen wurde, erklärte die Monarchie am 28. Juli 1914 dem Königreich den Krieg; gleichzeitig ließ sie die Petersburger Regierung in bindender Form wissen, daß Österreich-Ungarn keine Gebietserweiterung zum Nachteil Serbiens beabsichtige.

Der Krieg war da; es standen sich Österreich-Ungarn und Serbien gegenüber; infolge des Wiener Versprechens nach Petersburg war es unbestreitbar, daß es sich nur um einen Feldzug handelte, der die Sühne für einen Frevel erzwingen sollte, an dem das erhitzte serbische Volk mit seiner Regierung mitschuldig war, und der die Sicherung des in seinem Bestande bedrohten Reiches gegen die Fortsetzung der serbischen Wühlarbeit zum Zwecke hatte.

Aber sowohl das russische Volk wie seine Regierung wollten den Zerfall Österreich-Ungarns, und letztere glaubte überdies, soweit sie sachlich genug war die Wiener Forderungen nicht von vornherein zu verwerfen, es dem Ansehen des Zarenreiches als der Schutzmacht der kleineren slawischen Staaten schuldig zu sein, daß Serbien nicht der Strafgewalt Österreich-Ungarns ausgeliefert werde. Die öffentliche Meinung und die Politik der übrigen Verbandsmächte traten auf Serbiens Seite, obwohl sie zunächst ihren Abscheu über den Mord von Serajewo geäußert hatten; nun wurde die Sache so dargestellt, als ob das schwache, kleine Serbien von dem übermächtigen, großen Österreich-Ungarn vergewaltigt werden solle.

Die seit langem aufs Äußerste zugespitzte Lage war unerträglich geworden; sie wurde noch weiter durch den Umstand verschärft, daß Rußland, das seit Jahresbeginn starke Truppenmassen in seinen Grenzgebieten besonders in Kongreßpolen angehäuft hatte, noch weitere Streitkräfte heranzog. Für das deutsche Reich war bei aller Friedfertigkeit des Kaisers, der Regierung und des Volkes gar keine Wahl, was zu tun sei: man mußte auf die Seite von Österreich-Ungarn treten, ob man dies gern tat, oder nicht. Denn die ganze außen- und wirtschaftspolitische Entwicklung seit Bismarcks Entlassung hatte, wie wir wissen, das Reich immer mehr vereinsamt, so daß ihm als letzter möglicher Bundesgenosse nur Österreich-Ungarn übrig geblieben war. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß diese Entwicklung bedauerlich, ebensowenig darüber, daß die Politik, die sie veranlaßt hatte, verfehlt war — aber durch beide waren Tatsachen geschaffen, aus denen die Reichsleitung ihre Folgerungen einfach ziehen mußte, wenn sie nicht mit offenen Augen zuerst den letzten Bundesgenossen, der unleugbar seine Schwächen hatte, immerhin aber noch einen ansehnlichen Rest militärischer Macht in die Wagschale werfen konnte, vernichten lassen wollte, um dann selbst ohne jeden Beistand dem Angriffe so entschlossener Gegner ausgesetzt zu sein.

Sonach handelte die deutsche Regierung der gegebenen Lage

entsprechend, als sie beschloß, auch in diesem Falle an die Seite des Bundesgenossen zu treten; ihr Verhalten wurde damals von der gesamten öffentlichen Meinung im Reiche gebilligt.

Zwischen dem 28. und 31. Juli bemühte sich Kaiser Wilhelm II., der erst am Tage zuvor von seiner Nordlandreise in Potsdam wieder eingetroffen war, in persönlichen drahtlichen Verkehr mit dem Zaren Nikolaus zu treten; nebenher gingen Verhandlungen zwischen den Auswärtigen Ämtern in Berlin und London, und es war unzweifelhaft das aufrichtige Bestreben aller amtlichen Stellen des deutschen Reiches, den Ausbruch des Krieges zu vermeiden. Es ist in diesem Buche nicht angezeigt, das Hin und Her dieser Verhandlungen im einzelnen zu schildern; es genügt festzustellen, daß man auf deutscher Seite sich ernsthaft um die Erhaltung des Friedens bemühte. Dies entsprach durchaus dem Wesen aller auf der deutschen Seite beteiligten Personen, und es sei noch hervorgehoben, daß von ihnen bis zuletzt niemand daran glaubte, daß es zum Kriege kommen werde.

Wenn dies trotzdem geschah, so trägt nach außen Rußland durch die Fortsetzung seiner Rüstungen die Verantwortung — neben ihm Frankreich und England, indem sie nichts taten, um ihren Bundesgenossen, der arglistig für den Frieden zu wirken vorgab und dabei Truppenmassen auf Truppenmassen an die Grenze warf, von diesem auf den Krieg geradezu hindrängenden Verfahren abzuhalten.

Am 31. Juli wurde in Berlin bekannt, daß der Zar, nachdem der Beginn der „Vormobilisierung" bereits im Frühjahr und derjenige der „Kriegsvorbereitungs-Periode" am 25. Juli verfügt worden war, die allgemeine Mobilmachung angeordnet habe. Damals starrten die Westgrenzen Rußlands schon von einfall-bereiten Truppen und in Wahrheit waren die von den Grenzen ferner liegenden Heerkörper schon längst in Bewegung gesetzt; es ist später bekannt geworden, daß z. B. in Sibirien dies schon seit April und Mai 1914 der Fall war.

Auf die Nachricht von der russischen Mobilmachung überreichte der deutsche Botschafter am 31. Juli in Petersburg die Forderung, die Rüstungen einzustellen; gleichzeitig wurde durch den Botschafter in Paris bei der französischen Regierung angefragt, ob Frankreich sich neutral zu verhalten gedenke; die am 1. August gegebene französische Antwort lautete, daß „Frankreich alles tun werde, was seine Interessen gebieten". Am selben Tage noch wurde — nachmittags um 3½ Uhr — die allgemeine Mobilmachung angeordnet, also früher als die deutsche, und schon am 2. August überschritten französische Truppen an manchen Stellen die elsässische Grenze ohne Kriegsansage.

Als von Petersburg keine Antwort gegeben wurde, erklärte der deutsche Botschafter am 1. August dem Zarenreiche förmlich den Krieg.

Nun entwickelten sich die Dinge mit unaufhaltsamer Schnelligkeit: russische Truppen überschritten an manchen Stellen die deutsche Grenze. Auf diese Vorkommnisse erklärte der deutsche Kaiser der Republik am 3. August den Krieg Nachdem deutsche Truppen schon vorher Luxemburg besetzt hatten, erfolgte am 4. August der Einmarsch in Belgien.

Am 31. Juli hatte auch Belgien mobil gemacht; am 2. August ließ die deutsche Regierung in Brüssel erklären, daß das deutsche Reich im Hinblick auf Frankreichs Absicht und dem Gebote der Selbsterhaltung folgend gezwungen sei, durch seine Heere belgischen Boden betreten zu lassen; sie erbat mit zwölfstündiger Antwortfrist von Belgien freien Durchmarsch für die deutschen Heere und die Einhaltung freundlicher Neutralität, wogegen dem Königreich die Gewähr der Unversehrtheit und Unabhängigkeit gegeben würde. Die Brüsseler Regierung wies den deutschen Vorschlag zurück, erklärte den deutschen Einmarsch als Bruch des Völkerrechts und wandte sich um Hilfe an England. Am selben Tage trat in London das Parlament zusammen, dem Staatssekretär Sir Edward Grey vortrug, daß England sich verpflichtet fühle, zur Verteidigung der Unabhängigkeit Belgiens das Äußerste zu tun; die Volksvertretung stimmte dem bei, und so erklärte noch am selben Tage die englische Regierung dem deutschen Reiche den Krieg.

Einige Tage nach der deutschen Kriegserklärung an Rußland, nämlich am 6. August 1914 folgte Österreich-Ungarn diesem Beispiel.

Europa stand in Flammen.

Was die Staatsmänner in Paris, London und Petersburg seit Jahren vorbereitet und gewollt hatten, war eingetreten — etwas früher als es geplant war, in der Folgewirkung der Mordtat von Serajewo. Es war von vornherein klar, daß, obwohl der Anlaß zum Kriege aus dem Streitfall Österreichs gegen Serbien hervorgegangen war, die Mächte des Dreiverbandes doch das deutsche Reich als den Hauptfeind betrachteten, den sie mit ihren gewaltig überlegenen Kräften rasch niederzuwerfen hofften.

Die Schicksalsstunde des deutschen Volkes hatte geschlagen; jetzt mußte sich zeigen, ob es der Prüfung auf Daseins-Willen, -Kraft und -Wert gewachsen sei, die es im Kampfe mit einer Welt von Feinden zu bestehen hatte.

Und es geschah ein Wunder!

Seit dem Tage von Serajewo war dem deutschen Volke bewußt geworden, was bevorstehe; die scharfe Aufforderung Österreich-Ungarns an Serbien entsprach dem, was die öffentliche Meinung im deutschen Reiche für geboten hielt, und als der Bundesgenosse dem friedenstörenden Königreich den Krieg erklären mußte, war es schon an vielen Orten zu stürmischen Kundgebungen der Hilfsbereitschaft gekommen. Von Tag zu Tag wuchs die Erregung, wuchs auch die Erkenntnis dessen, was auf

dem Spiele stehe; mochten die Verantwortlichen in Berlin noch glauben, daß der Krieg vermieden werden könne — das Volk fühlte, daß dies nicht mehr angehe, fühlte auch, daß der unerträgliche Druck, der seit Jahren über Europa lag, nach Entlastung verlangte, fühlte endlich, daß die Sache des Bundesgenossen und damit auch die eigene gut und gerecht sei. In den entscheidungsvollen Tagen vom 28. Juli bis 1. August fanden die Deutschen sich wieder; vereinzelt versuchten Volksvergessene gegen den Krieg Kundgebungen zu veranstalten oder zur Verweigerung des Waffendienstes zu hetzen — ihr Treiben tauchte in dem mächtigen Strome der vaterländischen Bewegung unter, die damals durch die deutschen Gaue ging. Und als die schwere Stunde der ersten Kriegserklärung kam, da brauste das Volksgefühl allerorten im Vaterlande in unvergeßlichen Kundgebungen auf; die „Wacht am Rhein", „Deutschland, Deutschland über alles" und „Heil dir im Siegerkranz" klangen laut durch die Lande, und verstummt waren die Verhetzer des Volkes; sie standen abseits ohne Gefolgschaft. Alle Schichten wetteiferten in der Bewährung ihrer Liebe und Treue zum Vaterlande; der Kaiser und die Bundesfürsten waren umbraust von dem Jubel des Volkes, und beglückt sahen die Ernsten, die längst die Lage des Vaterlandes mit ihren äußeren Gefahren und inneren Nöten erkannt hatten, daß auch die Massen ihrer Volksgenossen sich zum Vaterlande, zum deutschen Staate zurückgefunden hatten.

Das Wunder war geschehen!

Die ursprüngliche Kraft des Zusammengehörigkeitsgefühles der Volksgenossen hatte die Fesseln parteimäßiger Entfremdung voneinander und vom gemeinsamen Vaterlande gesprengt: das deutsche Volk war einig.

Wer diese Tage miterlebt hat, wird den Glauben an es nicht wieder verlieren.

Und als dann die ersten Truppen, in die feldgraue Wehrtracht des Krieges gekleidet, mit klingendem Spiel, fliegenden Fahnen und blumengeschmückten Waffen ihre Standorte verließen, um ins Feld zu ziehen — welch ein Zusammenschlag der Herzen, der sich in den Abschiedskundgebungen Luft machte.

Ergreifender noch war das Verhalten der älteren Jahrgänge des Beurlaubtenstandes, wie sie ihren Truppenkörpern zugeteilt aber noch im Bürgerkleide in endlosen Zügen, mit ehernem Tritt, vaterländische Lieder singend, zu ihren Versammlungsorten marschierten.

Vergessen war alles, was die Bekenntnisse, die Stände, die Berufe getrennt hatte. Dies war ein einig Volk von Brüdern, das den furchtbaren Ernst der Zeit begriff, vor ihm nicht erschrak, sondern den Entschluß zeigte, ihm mannhaft zu trotzen.

Wer die Deutschen dieser Tage sah, fühlte den Schwung der Jahre 1813 und 1870 übertroffen und bat ihnen in seinem Herzen manchen

Vorwurf ab, den er ihnen hatte machen müssen. Dazu noch die Tatsache, daß diesmal die Deutschen des Reiches zusammen mit denen Österreich-Ungarns zu Felde zogen — zum ersten Male seit unvordenklicher Zeit, ja eigentlich zum ersten Male überhaupt die mitteleuropäische Masse der Deutschen vereinigt, dasselbe wollend, erfüllt von der Größe der Zeit, und wenn nicht alle Zeichen trogen, danach trachtend ihr genug zu tun.

So furchtbar schwer der Kampf werden mußte, der ihrem Volke bevorstand —: die ernstesten Deutschen waren befreit von der Furcht, daß die zersetzenden Kräfte die Herrschaft gewonnen hätten, und sie hofften, daß der Krieg, mit solcher Innerlichkeit erfaßt, ihr Volk wieder gesund machen werde.

Die Lage; die Aufgabe; die Männer.

So wunderbar die seelische Erhebung des deutschen Volkes in jenen Augusttagen 1914 war und so berechtigt die Hoffnungen schienen, die von den Vaterlandsfreunden an sie geknüpft wurden, darüber konnte sich niemand täuschen, der die Dinge sah, wie sie waren, daß der Krieg das deutsche Reich politisch, militärisch und wirtschaftlich in schwierigster Lage fand. Politisch hatte die Reichsleitung alles versäumt, um diesen Kampf auf Leben und Tod vorzubereiten. Sie hatte längst die Führung in dem diplomatischen Ringen um Geltung und Einfluß gegenüber den Staatsmännern des Dreiverbandes verloren, und es war auch nichts geschehen, um in den außerhalb der beiden Mächtegruppen stehenden Staaten solche Beziehungen zu pflegen, die für den äußersten Fall, wenn auch nicht Waffenhilfe, so doch eine freundliche Haltung erwarten ließen. Das Vertrauen zu der Stetigkeit und Festigkeit der deutschen Reichsleitung war bei diesen Staaten verloren gegangen; man hatte gemerkt, wie entschlußlos und unzuverlässig die deutsche Politik die ganze nachbismarckische Zeit über gewesen war, und hatte sich, entsprechend dem Gesetze, daß Stärke anzieht, Schwäche abstößt, innerlich den Mächten des Dreiverbandes zugewandt, von denen England und Frankreich die Mittel der Stimmungsmache zu ihren Gunsten mit besonderem Erfolg anwandten. Dem hatte die deutsche Politik nichts entgegenzusetzen.

Aber selbst die Bundesgenossen entzogen sich ihren Pflichten; die Ungeschicklichkeit der deutschen Politik erleichterte ihnen den Abfall. Als der Krieg ausbrach war sowohl das offenkundige Bündnis mit Italien wie das geheime mit Rumänien noch in Kraft; die deutsche Kriegserklärung, die angesichts der feindlichen Maßnahmen Rußlands ganz ohne Not das deutsche Reich der Form nach, obwohl es sich in der Verteidigung befand, als angreifenden Teil erscheinen ließ, war ein verhängnisvoller Fehler, den ein politisch geschulter Mann, wie Großadmiral von Tirpitz, bei der entscheidenden Beratung vor dem Kaiser vergeblich zu verhindern

suchte. Diese Maßnahme lieferte Italien den Scheingrund, sich zunächst vom Kriege fernzuhalten. In Wahrheit bereitete es sich alsbald darauf vor, das Gegenteil dessen zu tun, was das Bündnis ihm vorschrieb, indem es seine Truppen von der französischen Grenze wegzog und nach der österreichischen vorschob. Dadurch wurden französische Truppen zur Verwendung an anderer Stelle frei, während österreichische gebunden wurden, die an anderer Stelle fehlten. Daß auch Rumänien keine Miene machte, seine Verpflichtung zu erfüllen, war um so weniger zu verwundern, als auch dieser Staat sich seit Anfang des Kriegsjahres 1914 dem Bündnis insgeheim abgewandt hatte. Politisch waren also die beiden Kaisermächte auf sich allein angewiesen.

Wirtschaftlich war ebensowenig geschehen, um die für einen längeren Krieg notwendigen Vorräte an Nahrungs- und Futtermitteln, sowie an Rohstoffen, die aus dem Ausland bezogen werden mußten, aufzuspeichern, obwohl von weitblickenden Männern außerhalb der Ämter seit Jahren auf die Notwendigkeit solcher Maßnahmen hingewiesen und geradezu die Bildung eines „wirtschaftlichen Generalstabes" für den bevorstehenden Krieg verlangt worden war. Es steht fest, daß sowohl Frankreich wie Rußland ihre Getreide- und Futtervorräte ergänzten, während die deutsche Regierung es noch bis in die letzte Zeit vor dem Kriegsausbruch zuließ, daß deutsches Getreide nach dem Auslande ausgeführt wurde — ein geradezu unverantwortliches Verfahren! Dagegen war die Reichsbank infolge der vorsichtigen Maßnahmen ihres obersten Leiters Dr. Havenstein imstande, den ungeheuren Aufgaben zu genügen, vor die sie durch den Krieg gestellt wurde.

Auch militärisch waren die Feinde kriegsbereiter als die deutschen Streitkräfte. Von Rußland haben wir bereits gehört, daß es große Truppenmassen an den Grenzen hatte und daß die entfernteren Heereskörper schon seit Mai, ja April in Bewegung gesetzt waren; gegen Österreich-Ungarn hin war geradezu eine sogenannte „Vor-Mobilmachung" durchgeführt worden; diese Maßnahmen hingen aufs Engste mit einem Beschlusse des Kronrats vom 21. Februar 1914 zusammen, der nach dem russischen Umsturz bekannt wurde: damals war festgesetzt worden, daß Rußland die erste sich bietende Gelegenheit benutzen sollte, um sich Konstantinopels zu bemächtigen. Dem deutschen Reiche gegenüber verfügte Rußland über weit überlegene Reitermassen mit Artillerie und starken Schützen-Brigaden, die einfallbereit ganz schwachen deutschen Grenztruppen gegenüberstanden. Infolge aller dieser Umstände hatte die russische Heeresleitung im Übergang zum Kriegszustande der deutschen gegenüber einen großen Vorsprung, der noch dadurch vergrößert wurde, daß der Befehl zur deutschen Mobilmachung erst am 1. August erlassen wurde. Die wichtigste vorläufige Aufgabe der deutschen Kriegführung, im Osten Zeit zu gewinnen,

bis sie im Westen entscheidende Schläge geführt hätte und sich dann gegen Rußland wenden könnte, war dadurch in Frage gestellt.

In Frankreich war, entsprechend der politischen Gesamthaltung seit dem Frankfurter Frieden, die Kriegsbereitschaft auf den höchsten Stand gebracht; das französische Volk hatte in bewunderswertem Eifer kein Opfer gescheut, um für die ersehnte Stunde des Rachekrieges gerüstet zu sein; es hatte zuletzt die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit auf sich genommen. Als der Krieg ausbrach, war das französische Heer etwas stärker als das deutsche, obwohl die Bevölkerung Frankreichs hinter der des deutschen Reiches um rund 25 Millionen Köpfe zurückblieb.

Auch England war, was seine Flotte betrifft, sofort kriegsbereit: am 22. Juli lagen vor Spithead 216 Kriegsschiffe aller Gattungen, die für die letzten Übungen zusammengezogen waren; nach deren Beendigung — am 28. Juli — befahl die Admiralität, diese mächtige Flotte versammelt und bis zum 15. August verstärkten Mannschaftsbestand zu halten. Für die Überführung des Hilfsheeres nach Frankreich und Belgien war seit Jahren Vorsorge getroffen; sie konnte unter dem Schutze der Flotte ungestört vor sich gehen.

So lagen die Dinge bei den Feinden, und im Hinblick auf den Grad ihrer Kriegsbereitschaft sei der Ausspruch des russischen Außenministers Sasonow angeführt, der in einer Geheimsitzung der Duma im Winter 1913 geäußert hatte: „Die Friedensliebe Kaiser Wilhelms bürgt uns dafür, daß der Krieg dann kommt, wenn wir ihn haben wollen."

Ganz anders sah es auf deutscher Seite aus, und erst recht bei Österreich-Ungarn.

Die Feinde wußten, daß der Krieg kommen werde — im deutschen Reiche wollten die maßgebenden Stellen nicht daran glauben: deshalb wurden sie überrascht, während die Feinde wohl vorbereitet waren. Kaiser Wilhelm befand sich auf der Nordlandreise, der Leiter des Generalstabes, General von Moltke, als kranker Mann im Bade. Als beide in den letzten Julitagen in Berlin eintrafen, scheute die Reichsleitung trotz der russischen Maßnahmen davor zurück, ihre Einwilligung zu entsprechenden Gegenmaßregeln zu geben und hintertrieb die sofortige deutsche Mobilmachung, so daß drei kostbare, unbezahlbare Tage verloren gingen. Wohl war vom Großen Generalstab alles vorbereitet, um die einmal angeordnete Mobilmachung und den Aufmarsch auszuführen; aber das Kriegsministerium hatte keinerlei Vorkehrungen für einen längeren Krieg getroffen — vor allem hatte es sich nicht dazu aufgerafft, die Heeresstärke, französischem Beispiele folgend, der Leistungsfähigkeit des Volkes gemäß zu gestalten, ein Fehler, der schwer ins Gewicht fiel. Auch für Schießbedarf

war unter Mißachtung der Lehren des russisch-japanischen Krieges nur ganz unzulänglich gesorgt.

Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse in Österreich-Ungarn, dessen Heer einen viel zu schwachen Friedensstand aufwies und dessen Ausrüstung im Vergleich zu dem russischen ganz ungenügend war; die Bemühungen des ermordeten Thronfolgers um durchgreifende Besserung hatten erst zu wirken begonnen. Dabei war das Heer infolge des Nationalitätenstreits innerlich gespalten; das Sprachengewirr erschwerte die Befehlsführung, und einzelne Stämme zeigten sich schon bei der Mobilmachung unzuverlässig, ja es kamen bereits hierbei Fälle von Meuterei vor — wie besonders in Prag.

Die Aufgabe des österreichisch-ungarischen Heeres, das die russische Hauptmacht auf sich zu ziehen hatte, wurde von vornherein erschwert, weil Italien nicht nur die Bundespflicht nicht erfüllte, sondern — schnell erkennbar — eine unfreundliche Haltung einnahm; deshalb mußte die österreichische Heeresleitung ihm gegenüber Truppen stehen lassen, die an anderer Stelle fehlten.

Es fiel auch ins Gewicht, daß die Leiter von Italiens Heer und Flotte als Bundesgenossen in den Besitz vieler Geheimnisse der deutschen und österreichisch-ungarischen Heeres- und Flotten-Leitungen gelangt waren, deren Kenntnis bestimmt den Feinden zugute kam.

Aus alledem ergibt sich, daß die beiden Kaisermächte im gegebenen Augenblick — anders als ihre Feinde — nicht vollkommen kriegsbereit waren, geschweige denn, daß sie den Krieg gewollt hätten.

Die Aufgaben, die der deutschen Kriegsmacht bei Ausbruch des Krieges zufielen, waren wegen der Menge der Gegner und der Länge der zu deckenden Grenzen sowie wegen des Mißverhältnisses der Kraftquellen so vielseitig, weiträumig und schwierig, daß an eine Sicherheit des Sieges nicht gedacht werden konnte — die Hoffnung auf guten Ausgang beruhte auf den sittlichen Kraftquellen des deutschen Volkes, auf dem Glauben an die Überlegenheit der obersten deutschen Führung, des deutschen Offizierkorps und der deutschen Soldaten, und sie wurde durch den seelischen Aufschwung des ganzen Volkes noch bestärkt.

Die Gesamtlage schloß einen Angriffskrieg der beiden Kaisermächte aus; es handelte sich nur um Notwehr, um einen Verteidigungskrieg, ja, man kann sagen um einen Verzweiflungskampf gegen die an Zahl und Kriegsmittel weit überlegenen Feinde. Dem deutschen Heere standen das an Zahl mindestens gleiche französische und gewiß die Hälfte des weit überlegenen russischen Heeres sicher gegenüber, wozu bestimmt noch das englische und wahrscheinlich auch das belgische kamen. Das französische Heer hatte nur eine kurze Grenze zu decken und stützte sich auf ein tief gestaffeltes Netz starker Befestigungen, die für Angriff und Verteidigung

Stützen und Sicherheit boten. Die lange Ostgrenze des deutschen Reiches war denkbar ungünstig und trotzdem nur ungenügend befestigt und besetzt. Auf der russischen Seite dagegen war schon im Frieden ein weit überlegenes, kriegsbereites Heer zwischen zahlreichen starken Festungen vorhanden, das kriegsgeübte Führer hatte und dessen Mannschaften, von Haß gegen alles Deutsche erfüllt, darauf brannten, sich kriegerisch zu betätigen; hatte man es doch verstanden, ihnen den Glauben an die religiöse und politische Sendung des russischen Volkes gegenüber dem widerwärtigen Nachbarn beizubringen.

Die Bewaffnung war auf beiden Seiten gleichartig und gleich gut. Einen Vorsprung hatte das deutsche Heer in der schweren Artillerie seines Feldheeres und in wirksamsten Belagerungsgeschützen, das französische in den Fliegern und ihrem Zusammenspiel mit der weiterschießenden, sich versteckenden und vorzüglich ausgebildeten Feldartillerie.

Der Gefechtswert konnte bei Deutschen, Franzosen und Engländern wohl als ziemlich gleich angenommen werden, erwies sich aber jedenfalls in der ersten Kriegszeit bei den Deutschen als höher. Die Möglichkeit des Ersatzes war bei den Deutschen begrenzt, bei den Franzosen noch beschränkter, dagegen bei den ihnen verbündeten Russen und Engländern außerordentlich, ja, wenn man die englischen Kolonien und das asiatische Gebiet Rußlands in Betracht zog, fast unbegrenzt. Übrigens hatten sich die Franzosen in der Bevölkerung ihrer überseeischen Besitzungen eine wichtige Kraftquelle erschlossen. Unter solchen Umständen war die Lage des bisher politisch eingekreisten deutschen Reiches militärisch und wirtschaftlich im Kriege so schwer wie nur denkbar, weil es von zwei Seiten militärisch umklammert und durch Englands Seemacht von jeder überseeischen Einfuhr abgeschnitten wurde.

Alles kam darauf an, das Letzte, das Äußerste aus dem Volke, das den 30jährigen Krieg überstanden, das den Befreiungskrieg geführt und schließlich den unerhörten Siegeslauf der Jahre 1870/71 geleistet hatte, herauszuholen, damit es endgültig sein Recht zum Dasein als den Weltmächten ebenbürtig erweise. Was an äußeren Kräften fehlte, mußte an inneren ersetzt werden; um dies zu erreichen, mußten Staat und Gesellschaft, Behörden und Presse, Parteien und völkische Verbände vom ersten Tage an planmäßig alles aufbieten, um bei länger dauerndem Kriege die Stimmung im Volke so hochzuhalten, daß sie nicht nur den von der Kampffront etwa kommenden niederdrückenden Einflüssen gewachsen war, sondern den kämpfenden Volksgenossen den Rückhalt an Entschlossenheit und Opferfreudigkeit bieten konnte, der für sie, die doch „das Volk in Waffen" darstellten, unentbehrlich war. Daraus erwuchsen der politischen Leitung besondere Aufgaben, die sie Hand in Hand mit der obersten Führung des Heeres zu lösen hatte; ihre Aufgabe im Kriege

war, das innere Gefüge von Volk und Reich durch ihre Maßnahmen so fest zusammenzuhalten, daß es alle Stürme überdauern konnte. Auch der Krieg ist Politik; wenn Krieg ist, sind Politik und Krieg unlöslich verbunden; beide haben einander zu dienen und zu ergänzen.

Alles kam darauf an, ob diese Aufgabe gelöst wurde. Die oberste Heeresleitung konnte ihr Werk, getragen vom Vertrauen des ganzen Volkes, in Angriff nehmen — die politische Leitung, voran der Reichskanzler und das Auswärtige Amt dagegen standen vor einem Zusammenbruch ihrer Politik, der die Frage dringend machte, ob die verantwortlichen Personen nicht alsbald von besser Geeigneten abgelöst werden sollten. Denn dies war die schwächste Seite der deutschen Kriegsrüstung. Den politisch Verantwortlichen war es auch zuzuschreiben, daß die Mobilmachung verzögert wurde, woraus dem Heere beim Übergang in den Kriegszustand schwerer Schaden erwuchs.

Im übrigen aber, soweit die Arbeit des Heeres in Betracht kam, verlief die Mobilmachung in musterhafter Ordnung und Sicherheit; besonders die Eisenbahnverwaltungen leisteten Großes. Das deutsche Volksheer des ersten Aufgebots ging stolz und freudig dem schweren Kampfe entgegen, selbst vom Willen zum Siege erfüllt und überzeugt, daß dieser Wille auch hinter ihm in der Heimat herrsche. Dies Heer war freilich die Auslese des Volkes!

Seine Taten und Siege gereichen ihm zum höchsten Ruhm und werden bis in die fernsten Zeiten als Großtaten des Heldentums, der Vaterlandsliebe und Pflichterfüllung leuchten.

Das Heer brachte in dieser Weltenwende die Höchstleistung zu Wege, geführt von einem Offiziersstande, der seine Seele war und dem die Mannschaft voll Vertrauen und Hingabe folgte. Dieses Heer, das stolzeste, beste und lauterste der Weltgeschichte, hat sich geopfert, es ist unbesiegt geblieben, und wenn es schließlich doch nicht gesiegt hat, so lag wahrhaftig die Schuld nicht an ihm.

* * *

Der deutsche Kriegsplan, der ursprünglich von Moltkes bedeutendstem Nachfolger in der Leitung des Großen Generalstabs, vom Generaloberſten Alfred Grafen von Schlieffen, herrührte und einige Abwandlungen erfahren hatte, war ebenso wie derjenige Österreich-Ungarns, den der hervorragende Freiherr Conrad von Hötzendorf entworfen hatte, richtig; beide Generalstäbe standen im dauerndem Einvernehmen, wenn auch ein gemeinsamer Kriegsplan nicht verabredet war.

Die Lage des deutschen Reiches gebot nach Westen anzugreifen und nach Osten zunächst zu verteidigen; dem österreichisch-ungarischen Heere war die Aufgabe zugedacht, den russischen Aufmarsch durch einen Vorstoß

im südlichen Kongreßpolen zu stören. Die Dinge lagen demnach so, daß die verbündeten Heere, obwohl es sich für sie um einen aufgedrungenen Verteidigungskrieg handelte, angriffsweise vorgehen mußten, um den Frieden möglichst rasch zu erzwingen. Der Angriff war auch geboten, um den Krieg von dem eigenen Lande fernzuhalten, dessen Kraft- und Erzeugungsquellen aller Art vor Zerstörung geschützt werden mußten, wenn anders die auf sich selbst angewiesenen, voraussichtlich von aller Zufuhr abgeschnittenen Mittelmächte nicht alsbald ohne Nahrung dastehen und den Ersatz des mannigfaltigen Kriegsbedarfs entbehren sollten; abgesehen davon konnten die verbündeten Heeresleitungen sich die notwendige Bewegungs-(Operations-)Freiheit nur dadurch sichern, daß sie durch kühnen Angriff den Krieg ins Land der Feinde trugen. Schließlich mußten sie dies tun, um dem Grundsatz aller Feldherrenkunst zu genügen, nämlich: den Gegnern das Gesetz des Handelns vorzuschreiben — aber auch, möglichst weite feindliche Gebiete zur Versorgung des Heeres, vielleicht sogar der eigenen von der Welt abgeschlossenen Heimat heranzuziehen.

Alles gebot sonach den Angriff, der auch dem Wesen des höchstwertigen deutschen Heeres entsprach, als es ins Feld rückte. Die rein verteidigende Kriegführung derart, daß die verbündeten Heere an verteidigungsfähigen Stellen hinter den Grenzen stehen geblieben wären, hätte den Sieg von vornherein preisgegeben und das eigene Land der Verwüstung ausgesetzt.

Der deutsche Kriegsplan ging dahin, zuerst die Franzosen zu schlagen und dann alle im Westen entbehrlichen Kräfte nach Osten zu werfen; bis zu diesem Zeitpunkt mußten die schwachen reichsdeutschen Kräfte und das österreichisch-ungarische Hauptheer die Russen aufhalten. Jedenfalls mußte die Möglichkeit, erst mit den Franzosen fertig zu werden, ausgenutzt werden.

An sich wäre es selbstverständlich richtig und wünschenswert gewesen, gleichzeitig den Angriff nach Westen und Osten zu tragen; aber dafür fehlten leider die Menschenkräfte und die Kriegsmittel, weil die Reichsleitung der nachbismarckischen Zeit an Erkennen und Wollen der Aufgabe nicht gewachsen war, die sich aus der — wesentlich durch ihre politische Schuld — erwachsenen militärischen Lage ergab, und weil sie kleinmütig von vornherein die Segel vor dem kleindenkenden Reichstag strich. Die letzten Kriegsminister seit der Entlassung des ausgezeichneten Generals Bronsart von Schellendorf tragen die schwere Verantwortung dafür, daß sie die militärischen Erfordernisse, die der Generalstab mit voller Klarheit erkannte, nicht durchsetzten, sondern sich dem Verlangen der Reichsleitung nach Anpassung an die Wünsche der Reichstagsmehrheit, das dem Bedürfnis nach Ruhe und Bequemlichkeit entsprang, unterordneten. Schon an dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß solch ein Verhalten un-

verantwortlich war; es belastet die Reichskanzler Bülow und Bethmann Hollweg, die Kriegsminister von Einem und von Heeringen mit demselben Maße furchtbar schwerer Schuld wie die Reichstagsmehrheit.

Der Gesamtkriegsplan der Feinde war, nachdem der Zweibund durch den Beitritt Englands zum Dreiverband geworden war und dieses die unbestrittene politische Führung darin übernommen hatte, die natürliche Fortsetzung der vorausschauenden, kalt-grausamen englischen Staatskunst. Demgemäß erstrebte er die militärische Einkreisung, die wirtschaftliche Abschließung, und demnach die Erdrosselung und Vernichtung mit allen Mitteln der Kriegführung, also militärischen, politischen und wirtschaftlichen. Zu diesem Behufe wurde der zusammenstrebende (sog. „konzentrische") Angriff auf das deutsche Reich betrieben, wobei mit wirklich großartiger Planmäßigkeit, Folgerichtigkeit und Ausdauer verfahren wurde. Einerlei, ob der Feind in Ostpreußen oder Ungarn, in Flandern oder in den Vogesen, am Bosporus oder in Tirol andrängte: sein Ziel war die Erdrückung des deutschen Reiches, ja geradezu die Ausrottung des deutschen Menschen.

Die Kriegspläne der beiden Mächtegruppen entsprachen dem zu erreichenden letzten Ziele; die auf ihre Verwirklichung hinstrebende Kriegführung (Strategie) war demnach richtig. Es fragt sich nun, ob die Einzelmaßnahmen der Heeresleitungen (Taktik), die dem erstrebten (strategischen) Ziele entgegenführen sollten, dies gleichfalls waren. Soweit sich bis heute darüber ein Urteil bilden läßt, wird man sagen dürfen, daß die deutsche Kampfesweise der ersten beiden Kriegsjahre die Menschenkräfte mit zu wenig Schonung einsetzte und dementsprechend opfervoll war; sie folgte dabei dem Drange: heran an den Feind, der in allen Kriegen große Verluste gekostet aber auch glänzende Erfolge gebracht hatte. Überdies steht fest, daß gerade die besten Truppen in ihrem Ungestüm, an den Feind zu kommen, nach vorwärts durchgingen und dadurch selbst ihre großen Verluste herbeiführten.

Diese Eigenschaft zeigte sich in den ersten Feldzügen auch bei den deutsch-österreichischen Truppen.

Auf der Seite der Feinde verfuhren die Russen rücksichtslos — sie brauchten bei den ihnen zu Gebote stehenden Menschenmassen ihre Truppen nicht zu schonen; die Engländer waren schwerfällig und für den großen Bewegungskrieg ungeübt; bei den Franzosen endlich war die Taktik gut und, wie das Ende gezeigt hat, zweckmäßig.

* * *

Die eigentliche Kriegführung war bei den Deutschen der „Obersten Heeresleitung" anvertraut. Man kann sagen, daß eine solche Stelle gewiß

notwendig war; sie hatte aber die Folge, daß der oberste Kriegsherr zurücktrat. Das Bedürfnis des Volkes, eine bestimmte Persönlichkeit als Träger wichtigster Entschlüsse und Entscheidungen leibhaftig vor sich zu sehen, war damit nicht befriedigt; es wurde es erst dann, als die dringende Not die großen deutschen Kriegshelden an die obersten leitenden Stellen gebracht hatte. Da erst erhielt die Einrichtung der gewissermaßen namenlosen Obersten Heeresleitung Fleisch und Blut. In Wahrheit gab der Kaiser als oberster Kriegsherr in der Erkenntnis, daß er so ungeheurer Aufgabe nicht gewachsen war, die tatsächliche Kriegsleitung aus der Hand; der Oberbefehl wurde in Wirklichkeit von dem „Chef des Generalstabs des Feldheeres" geführt und es war abzuwarten, ob die dazu bestimmten Männer nicht nur die nötigen Eigenschaften der Begabung und Vorbildung, des Charakters und der Nervenkraft besaßen, sondern auch, ob sie das unentbehrliche Ansehen bei den ihnen unterstellten Führern hatten.

Den Krieg führte also die Oberste Heeresleitung; die Beschaffung alles dessen, was dazu an Menschen und Kriegsbedarf notwendig war, lag den Kriegsministerien ob, deren es infolge der bei der Reichsgründung getroffenen Einrichtungen außer dem preußischen, solche für Bayern, Sachsen und Württemberg gab — kein Zweifel, daß dies Erschwerungen mancher Art nach sich ziehen konnte; sie sind nicht ausgeblieben.

In engstem Zusammenwirken mit beiden — der Obersten Heeresleitung und den Kriegsministerien — hatte, da der Krieg Politik ist, die oberste politische Leitung des Reiches zu wirken, und zwar in gleicher Weise für alle Angelegenheiten der äußeren und inneren Staatskunst, die auf den Krieg Bezug hatten. Und welche wären das bei solchem Kampf ums Dasein nicht gewesen?

Viel hing sonach von der Zusammenarbeit dieser Stellen ab, ganz besonders, soweit die politischen in Betracht kamen, ob sie das notwendige Verständnis für das Wesen des Krieges an sich und dieses Krieges im besonderen besaßen.

Auf den ersten Blick wird die Meinung auftreten, daß — zumal bei einem derartigen Vielfrontenkrieg — die drei für seine erfolgreiche Durchführung maßgebenden Stellen an einem und demselben Orte in der Heimat, an dem alle Fäden zusammenliefen, ihren Sitz hätten haben müssen; diesem Bedürfnis gegenüber durfte die bei der neuzeitlichen Art der Kriegführung wohl romantische Auffassung, daß der oberste Kriegsherr an die Front gehöre, nicht ins Gewicht fallen. Mag sein, daß die aus den zu erörternden persönlichen Rücksichten sich ergebenden Erwägungen dahin geführt haben, die Oberste Heeresleitung nicht in die Reichshauptstadt zu verlegen, um sie den dortigen ungünstigen Einflüssen nicht auszusetzen. Dies wäre nur ein Beweis dafür, daß von vornherein das engste sachliche

Zusammenarbeiten zwischen den für den Krieg entscheidenden Stellen, das ein solcher Daseinskampf verlangte, nicht gewährleistet war. Es kann schon hier gesagt werden, daß die Schuld daran nicht bei der Obersten Heeresleitung lag.

* * *

Da Männer auch heute noch Geschichte machen oder wenigstens machen sollen, ist es geboten, die wichtigsten Personen zu betrachten, denen das Geschick unseres Volkes in solcher Zeit in die Hände gelegt war.

Kaiser Wilhelm II. war letzten Endes die entscheidende Stelle auch im Kriege; über seine Persönlichkeit sind wir uns durch die Schilderung, die von ihr oben gegeben wurde, klar. Hier ist nur zu sagen, daß mit fortschreitenden Lebensjahren das früher zu raschen Entschlüssen neigende Wesen des Kaisers sich geändert hatte, indem es in das Gegenteil umschlug. Der Kaiser hatte seine Entschlußkraft, die sich früher zu oft bei falschen Gelegenheiten betätigt hatte, verloren, so daß er nur schwer zu den ihm schließlich obliegenden Entscheidungen gebracht werden konnte. Dies galt in gleicher Weise für militärische wie politische Maßnahmen, für Personen- wie sachliche Fragen. Um bedeutsame Fälle anzuführen, die diese Erscheinung deutlich machen sollen, sei vorgreifend hier erwähnt, daß er trotz des Drängens der maßgebenden militärischen Berater den Mobilmachungsbefehl um drei Tage verzögerte, daß er trotz des vollkommenen Zusammenbruches von Bethmann Hollwegs Politik diesen Unseligen mit seinen ebenso unbrauchbaren Gehilfen im Amte behielt, daß er erst in äußerster Not die geborenen Feldherren dieses Krieges an die ihnen zukommende Stelle berief, daß er endlich erst verspätet die Anwendung von Kriegsmitteln zuließ, ohne die die deutsche Kriegführung nicht auskommen konnte. In diese selbst mischte sich der Kaiser sachlich so gut wie gar nicht ein; hier bewies er eine Zurückhaltung, die seinem ursprünglichen Wesen nicht entsprach und die wohl auf seine Erkenntnis zurückzuführen ist, daß ihm die wesentlichen Eigenschaften des Feldherrn fehlen. So übte er sein Amt als Oberster Kriegsherr nicht eigentlich selbst handelnd aus, sondern beschränkte sich auf die letzten Entscheidungen nach den Vorschlägen der von ihm zur tatsächlichen Kriegführung berufenen Männer. Diese Zurückhaltung hätte der deutschen Kriegführung zweifellos zum reinen Vorteil gereicht, wenn nicht allgemeine Entschlußlosigkeit und das Fehlgreifen in wichtigsten Führerfragen sowie durchweg in der Wahl seiner maßgebenden und deshalb einflußreichen Vertrauten verhängnisvollste Wirkungen gehabt hätte. Politisch freilich verursachte dieser Wandel im Wesen seiner Persönlichkeit dem Vaterlande schwersten Schaden, indem der Kaiser den Dingen den unheilvollen Lauf ließ, den seine unseligen politischen Berater ihnen wiesen. Soweit man von „passivem Helden-

tum" sprechen kann, ist Kaiser Wilhelm II. so der „passive Held" des Weltkriegs geworden, und sein Ende zeigt, daß auf diese Art das Schicksal sich nicht meistern läßt. Es verdient hier hervorgehoben zu werden, daß es dem Kaiser durchaus nicht an Einsicht gebrach; es liegen Beweise dafür vor, daß er die Unfähigkeit seines Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und der wichtigsten Leute des Auswärtigen Amtes durchaus erkannte, nicht minder, daß er sich über den Unwert von Leuten, die ihm im Laufe des Krieges für bedeutsame Ämter aufgedrängt wurden, vollkommen klar war. Trotzdem behielt er sie oder ließ sie sich aufdrängen — zum Schaden des Vaterlandes und Volkes, der Krone und seines Hauses. Was insbesondere sein inneres Verhältnis zu Bethmann Hollweg betrifft, so läßt es sich aus der Wesens-Verwandtschaft beider erklären: denn der Kaiser war, wie der Kanzler, trotz seiner Vorliebe für kriegerische Reden und militärisches Gepränge „Pazifist" — als solcher war er längst vom Ausland erkannt worden, besonders in Frankreich. Eines blieb sich vom ersten Tage des Krieges bis zum Trauerspiel von Spaa gleich — wie es während seiner ganzen Herrscherzeit gewesen war: den treuesten Getreuen des Kaisertums, den ernstesten Vaterlandsfreunden blieb der Zugang zum Kaiser verschlossen; er wollte sie nicht sehen und hören. Es ist der Fluch dieses Herrschers geworden, daß er ganz offenbar Männer von Charakter, von Wahrhaftigkeit nicht ertragen konnte, als habe er Scheu vor dem Anblick der Wirklichkeit. So vollendete sich sein Schicksal, das auch zum Schicksal des deutschen Volkes wurde.

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hatte in einem politisch lichten Augenblicke, als ihm der englische Botschafter Sir Edward Goschen die Kriegserklärung überreichte, diesem gegenüber den Ausspruch getan, daß seine ganze Politik wie ein Kartenhaus zusammenfalle. Das war in der Tat in vernichtender Weise der Fall, und man hätte annehmen sollen, daß der höchste verantwortliche Beamte eines Landes, das über Nacht in den Kampf auf Leben und Tod gestürzt wurde, so viel Selbsterkenntnis und Sachlichkeit besessen hätte, daß er aus eigenem Entschluß den Platz räumte, für den er nach den Ergebnissen seiner Amtsführung schlechthin unmöglich war. Aber das Gegenteil geschah. Mit einer Zähigkeit sondergleichen klammerte sich dieser Kanzler an sein Amt und entwickelte im Verlaufe des Krieges eine Tatkraft und Entschlossenheit in dessen Verteidigung, die bewundernswert wäre, wenn sie nicht einer so schlechten Sache, wie der Selbsterhaltung eines unbrauchbaren Ministers, gegolten hätte. Jenem Bekenntnisse an Sir Edward Goschen zuwider verbiß er sich in den Gedanken, daß seine Politik — besonders England gegenüber — doch die allein mögliche gewesen sei, und, wie er vor dem Kriege die Verständigung mit einem Gegner gesucht hatte, der nichts davon wissen wollte, so fuhr er damit im Kriege fort. Das Wesen dieses Daseins-

kampfes hat er, jedenfalls so lange er im Amte war, nicht erkannt, und auch nicht die Absicht der Feinde, das deutsche Reich zu vernichten. So setzte er seine äußere Politik der Schwäche und Ziellosigkeit auch während des Krieges fort und überließ den rücksichtslos zugreifenden, nach lange feststehendem Plane entschlossen vorgehenden Feinden das Feld.

Schlimm war es, daß dieser innerlich schwache Mann an den Sieg seines Volkes nicht glaubte; dies wirkte je länger je mehr ansteckend auf die deutsche Öffentlichkeit. Schlimmer vielleicht noch, daß der Kanzler seinem Volke so fremd war, daß er dessen seelisches Bedürfnis, in solcher Zeit machtvoll geführt und immer von neuem emporgerissen zu werden, nicht verstand. Bethmann Hollwegs kaltes Gemüt und sein — politisch wenigstens — enges Gehirn konnte die Männer nicht begreifen, die ihr Volk durch die offene Darlegung dessen, um was es in diesem Kriege ging, zur Höchstleistung auf allen Gebieten fortreißen wollten; er sah in ihnen nur unbequeme Störer seiner Verständigungspolitik und ließ sie durch alle Mittel polizeilicher Unterdrückung mundtot machen. Wie er nach außen auch solchen Feinden gegenüber an seinem unmöglichen Verständigungsplane eigensinnig festhielt, so innerpolitisch an seinen Gedanken, die unteren Volksschichten mit dem Staate, mit den anderen Klassen der Gesellschaft zu versöhnen. Dabei ging er von der falschen Anschauung aus, als hätten die großstädtischen Massen in den entscheidungsvollen Tagen Ende Juli und Anfang August 1914, als in ihnen das ursprüngliche Gefühl der Zugehörigkeit zum Staate und der Zusammengehörigkeit zu dem Volksganzen wieder erwachte, etwas getan, wofür ihnen nicht nur Lob, sondern auch Lohn gebühre — eine Auffassung, die letzten Endes bewies, daß er der Volks- und Staatstreue dieser Schicht nicht getraut hatte und nun angenehm durch deren Bewährung überrascht war. Ganz offenbar beging der Kanzler den folgenschweren Fehler, die Begriffe „Arbeiterschaft" und „Sozialdemokratie" gleichzusetzen — was an sich, und erst recht in der ersten Kriegszeit falsch war.

Kein Zweifel, daß — besonders bei länger währendem Kriege — die Masse der großstädtischen Bevölkerung infolge ihrer Zusammendrängung bei der Regelung ihres Bedarfs nicht ganz leicht in Ruhe und Zufriedenheit zu halten war. Grundsätzlich falsch aber war das von diesem Reichskanzler vom ersten Kriegstage an eingeschlagene Verfahren, ihr Wohlverhalten durch innerpolitische Nachgiebigkeit zu erkaufen. Staat und Gemeinden mußten alles tun, um Ernährung und Arbeitsgelegenheit zu sichern, und den breiten Volksmassen zeigen, daß der Staat an sie denke, auch die oberen Schichten zu einem Verhalten bringen, das jenen bewies, daß sie ein Herz für das Volk hatten. So mußte denen, die unter dem Krieg litten, das Leben möglichst erleichtert werden. Verwerflich und gefährlich aber war es, ihre gute Laune durch innerpolitisches Zurück-

weichen zu erkaufen — ein Verfahren, das um so bedenklicher war, als kein Mensch wissen konnte, wie lange der Krieg dauern werde: bei längerer Dauer entstand die Gefahr, daß der Staat der so gezüchteten politischen Begehrlichkeit der Massen nichts mehr preiszugeben hatte.

Und dann? Und dann?

Wir werden hören, in welcher Weise der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, wie er die militärische Kriegführung durch Hintanhaltung der Mobilmachung von vornherein geschädigt hatte, sofort die politische von Grund aus verdarb und im Innern durch die Ausrufung eines unwahrhaftigen „Burgfriedens" den zersetzenden Kräften freien Spielraum gewährte, während er die staatsbewußten Behörden und die unbedingt staatstreuen Schichten band.

Das Dichterwort, daß der Mensch mit seinen höheren Zwecken wachse, wurde durch Bethmann Hollweg Lügen gestraft; er wurde kleiner, engherziger und verbissener und trieb bei Lichte betrachtet eine Politik, die um jeden Preis sein eigenes Verhalten in der Vergangenheit rechtfertigen sollte. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, daß auf diese Weise ein Volk höchste Gefahr überstehen könne. Und es war das Verhängnis, daß nicht nur der Kaiser — seiner besseren Erkenntnis zum Trotz — diesen an dieser Stelle lebensgefährlichen Mann im Amte hielt, sondern daß ihm auch die überwältigende Mehrheit der Volksvertreter und fast die ganze Presse Gefolgschaft leistete.

Bethmann Hollwegs nächste Mitarbeiter waren so unerheblich, daß sie hier kaum Erwähnung verdienen; es ist genug, wenn sie genannt werden, wo es sich nicht umgehen läßt: sie waren ihm an Unbrauchbarkeit ebenbürtig.

Von den an wichtigen Stellen tätigen Botschaftern erwies nur Freiherr von Tschirschky in Wien sich als seiner Aufgabe gewachsen; alle anderen waren durch den Krieg ebenso überrascht worden, wie der Kanzler und das Auswärtige Amt, und es war begreiflich, daß sie — in die Heimat zurückgekehrt und dort in mannigfaltigen Stellungen verwendet — aus ihrer Haut nicht herauskonnten.

Ganz anders war es im Heere, weil dort ein anderer Geist herrschte. An seiner Spitze stand als tatsächlicher Leiter der Kriegführung Generaloberst von Moltke, der Neffe des großen Feldmarschalls und sein dritter Nachfolger im Amte des „Chefs des Großen Generalstabs". Er war zweifellos ein bedeutender Mann von scharfem Geiste und politischem Instinkt, — ein Mann auch, der Liebe verdiente und fand. All diese wertvollen Eigenschaften aber reichten nicht aus, um den Feldherrn zu machen, den dieser Krieg verlangte, wenn das deutsche Volk sich „heraushauen" sollte. Hellmut von Moltke war sich über die Grenzen seiner Begabung und Leistungsfähigkeit ganz im klaren; in ehrlicher Selbsterkenntnis hatte

er sich und dem obersten Kriegsherrn eingestanden, daß er weder nach seiner geistigen Eigenart, noch nach seiner militärischen Vorbildung, noch schließlich nach seiner körperlichen Leistungsfähigkeit diejenigen Eigenschaften besitze, die bei dem Haupte des Generalstabs eines Volkes, das solch einen Krieg zu führen gezwungen würde, vorhanden sein müßten.

Schon als der Kaiser ihn zum Nachfolger des Grafen Schlieffen bestimmte, hatte er gebeten, von seiner Berufung auf diesen Posten abzusehen. Er wußte, daß ihm das notwendige „Handwerkszeug" zum Generalstabs-Chef fehlte. Wohl war er jahrelang persönlicher Adjutant seines großen Oheims gewesen und hatte als solcher sowohl in sachlicher Hinsicht, wie in Personenfragen Einblick in die obersten Geschäfte des deutschen Generalstabs gewonnen — aber dem eigentlichen Generalstabs-Dienste war er fremd geworden und hatte so nicht die notwendige Schulung erworben, die beim obersten Haupte einer Gemeinschaft, wie der deutsche Generalstab es war, unbedingt vorhanden sein mußte. Der Kaiser bestand darauf, um seines Namens willen diesen Moltke im „roten Hause" auf dem Königsplatz zu haben, und so übernahm der Neffe auf Befehl seines obersten Kriegsherrn in Mannentreue und Offiziersgehorsam das Amt, in dem nach dem Maße seines Oheims gemessen wurde.

Durch diese Nachgiebigkeit wurde Hellmut von Moltke eine der „tragischsten" Gestalten dieses Krieges — vielleicht der deutschen Geschichte.

Wohl hatte sich der tüchtige und unermüdlich fleißige Mann so weit eingearbeitet, daß er Ansehen und Vertrauen fand — wohl hatte er die furchtbar gefährdete Lage des Vaterlandes klar erkannt, daraus die militärischen Schlüsse gezogen und sich vor dem Kaiser und dem Kanzler zum Vorkämpfer der Heeresverstärkung gemacht. Aber es fehlte ihm nicht nur schöpferische Genialität, sondern auch unbeugsame Entschlossenheit, so daß seine Friedensarbeit, gegenüber den äußersten Notwendigkeiten des von ihm vorhergesehenen aber nicht gewollten Krieges, Stückwerk blieb.

Zu diesen Mängeln seiner Persönlichkeit kam, daß Moltke seit Jahren leidend war; mit Besorgnis hatten seine Freunde in den letzten großen Friedensübungen gesehen, wie seine körperliche Leistungsfähigkeit nachließ. Als der Krieg in nächste Nähe rückte, war er, ein ernstlich kranker Mann, im Bade. Gleichwohl rückte er als „Chef des Generalstabs des Feldheeres" ins Feld. Die Zuversicht der über diese Dinge Unterrichteten hielt sich an den „Generalstab" als solchen — an jene einzigartige militärische Gemeinschaft, in der die Auslese des Heeres für die letzte Aufgabe des Soldaten wissenschaftlich und praktisch zugleich vorbereitet wurde. Die Mobilmachung und die ersten glänzenden Erfolge bewiesen, daß der Geist Scharnhorsts, Gneisenaus und des ersten Moltke noch im Heer und Generalstabe lebte. Aber auf die Führung — das lehrt dieser Krieg aufs Neue mit

Unerbittlichkeit — auf die lückenlos beste Führung von oberster Stelle kommt alles an. Und ihr Inhaber war nicht der Mann, der solches gewährleisten konnte.

Es wird sich Gelegenheit bieten, die Feldherren, die der Obersten Heeresleitung unterstellt, Großes leisteten, an den geeigneten Stellen zu nennen; hier kann schon gesagt werden, daß dem deutschen Heere im Krieg eine überraschende Fülle bedeutender Heerführer erstand — Männer von eisernem Willen und stählernen Nerven, die die schwersten Aufgaben meisterten. Keines der feindlichen Heere hatte auch nur annähernd solche Führer aufzuweisen. Aus ihnen aber erhob sich in der äußersten Not des Vaterlandes ein Heldenpaar von einzigartiger Größe.

Die deutsche Flotte hatte nicht sofort das Glück, einem überragenden Führer unterstellt zu werden; ja man kann von einheitlicher Führung überhaupt nicht reden, da die berufenen Stellen unter sich nicht einig wurden und einander entgegenarbeiteten; der eigentliche Schöpfer der Flotte, Großadmiral von Tirpitz, war ohne Einfluß auf die Kriegführung zur See und blieb auf die Geschäfte des Reichsmarine-Amtes beschränkt.

* * *

Bei dem verbündeten Österreich-Ungarn wurde der Oberbefehl dem Erzherzog Friedrich übertragen, einem tüchtigen, einsichtsvollen Manne, der seinem hervorragenden Generalstabschef Conrad von Hötzendorff ganz freie Hand ließ und bestrebt war, innerpolitisch Einfluß in der Richtung der Stärkung der Reichsgewalt zu nehmen, indem er die auf den Zerfall des Reiches hinwirkenden Machenschaften der Nationalitäten zu unterdrücken versuchte. Er fand dabei wenig Verständnis bei den obersten Stellen der Verwaltung, und von dem alten Kaiser waren keine durchgreifenden Anordnungen zu erwarten.

Freiherr von Conrad war — wie Moltke, aber in anderer Art — eine tragische Persönlichkeit. Er hatte mit sicherstem Instinkt die Gefahren erkannt, die seinem Vaterlande von Italien und Serbien drohten, und er hatte seinem Kaiser geraten, ihnen zu Leibe zu rücken, bevor es zu spät wurde. Die Leute des „Ballplatzes" in Wien — des Ministeriums des Äußeren — hatten Franz Josef zu überzeugen gewußt, daß der Generalstabschef Gespenster sehe. So geschah in beiden Fällen nicht, was General Conrad für richtig gehalten hatte. Auch in bezug auf seine Anträge zur Verstärkung des Heeres war er nicht durchgedrungen. Als der Krieg nun ausbrach, war Conrad überzeugt, daß er für Österreich-Ungarn denkbar ungelegen komme. Gleichwohl — oder vielleicht erst recht — setzte er alles Feuer seiner Persönlichkeit daran, daß sein Heer die Aufgabe erfülle, die ihm zugedacht war.

Auf der Seite der Gegner fanden sich weder in der Kriegführung,

noch in den Regierungen wirklich große Männer. Der französische Oberbefehlshaber General Joffre war ein Mann von kaltem Blute und Überblick, tüchtiger in der Verteidigung als im Angriff — als sein Heer unter dem stürmischen Angriff der Deutschen zu zerbrechen drohte, hat er keinen Augenblick die Ruhe verloren und geschickt die Anordnungen getroffen, die sein Vaterland retteten. Die politische Führung hatte zunächst unbestritten der Präsident Poincaré, einer der eifrigsten Treiber zum Kriege, erfüllt von leidenschaftlichem Volksgefühl, aber ohne staatsmännische Eigenschaften.

Der englische Oberfeldherr Sir John French hatte sich seinerzeit im Burenkriege als Unterführer bewährt; in den so viel größeren Verhältnissen dieses Völkerkampfes versagte er. Die englische Politik wurde bei Kriegsbeginn vom Ministerpräsidenten Asquith und vom Staatssekretär des Äußeren Sir Edward Grey geleitet, beides Männer, die ganz von dem Geist erfüllt waren, der die englische Politik seit Bismarcks Entlassung gegen das deutsche Reich gelenkt hatte. Als Kriegsminister stand ihnen Lord Kitchener zur Seite, der mit der ganzen zähen Willenskraft und Rücksichtslosigkeit, die er in anderen Stellungen bewährt hatte, seinem Vaterland während des Krieges ein großes Heer schuf; wie er die Aufgabe der englischen Kriegführung auffaßte, ergibt sich aus seinem vor dessen Ausbruch gebrauchten Worte, daß England nicht im Kanal, sondern an der Maas verteidigt werden müsse.

In Rußland gewann der Oberstbefehlshaber Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch nicht nur in der Kriegführung die herrschende Stellung, sondern auch in der gesamten Politik; seinem Einfluß ordnete sich auch Zar Nikolaus unter. Großfürst Nikolai war von all denen, die in Rußland seit langem zum Kriege trieben, der wildeste Feind der Deutschen, der im engsten Einvernehmen mit den Trägern des französischen Rachegedankens stand; er war ein Willensmensch von rücksichtsloser Härte und auch ein Feldherr von starker Begabung. Unzweifelhaft hatte er durch sein scharfes Durchgreifen das russische Heer zu dem Maße von Leistungsfähigkeit gebracht, die es in den ersten Kriegsjahren entwickelte, und auch während des Krieges holte er aus dem Volke alles heraus, was es militärisch zu bieten hatte; durch unerbittliche Strenge sorgte er auch dafür, daß der Offiziersstand in allen Graden so viel gab, wie überhaupt in Rußland erreichbar war.

* * *

Derartig gerüstet und geführt gingen die Völker, die sich beim politischen Zusammenprall zum kriegerischen Austrag entschlossen hatten, in diesen Kampf, von dem klar war, daß er nach der Zahl der Streiter auf beiden Seiten ohne Beispiel in der Geschichte sein werde. Aber auch die-

jenigen, die damals am besten erkannt hatten, was dieser Krieg für die bewohnte Erde und für die beteiligten Völker bedeute, konnten den Umfang nicht voraussehen, den er schließlich annehmen werde.

Auf beiden Seiten waren die führenden militärischen Kreise von der eigenen Überlegenheit überzeugt. Während dies im deutschen Reiche sich in der ruhigen Sicherheit der militärischen Maßnahmen zeigte, offenbarte es sich bei den Feinden in offenem Übermute. Dort wußte man, wie ungeheuer das russische Heer die Streitkräfte der Mittelmächte an Kopfzahl übertraf und wie weit die Kriegsbereitschaft vorgeschritten war; deshalb rechneten Engländer, Franzosen und Russen mit einem Überrennen der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen im Osten. Aber auch alle die politischen Kreise der Dreiverbandsländer, die zum Kriege getrieben hatten, waren fest von einem leichten und schnellen Siege überzeugt und hatten längst die Pläne bereit, nach denen die niedergeworfenen Mittelmächte zerstückelt werden sollten. Kein Zweifel, daß die Feinde ganz allgemein die militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mittelmächte und besonders des deutschen Reiches wesentlich unterschätzten — in welchem Umfange das geschah, sollten sie mit Staunen zu merken bekommen.

Auch auf deutscher Seite wurde der Feind unterschätzt, soweit England und Rußland in Betracht kamen; Frankreich kannte man und war sich über seine durch äußerste Anspannung der Volkskraft erzielte militärische Leistungsfähigkeit klar. Dagegen traute man England nicht entfernt das zu, was es im Laufe des Krieges militärisch zustande brachte, und es ist kein Zweifel, daß das, was die englische Staatsleitung und die Kriegsverwaltung allmählich schufen, eine Höchstleistung eigener Art ist. Rußland gegenüber rechnete der deutsche Generalstab darauf, daß der Übergang vom Friedens- in den Kriegszustand nach allen Erfahrungen, die bisher in solchen Fällen dort gemacht worden waren, langsam und begleitet von so viel Reibungen und Unordnung vor sich gehen werde, daß man inzwischen die Hauptarbeit im Westen erledigt haben könne. Über die weit vorgeschrittene Kriegsbereitschaft dieses mit unerschöpflichen Menschenmassen versehenen Feindes war man nicht ausreichend unterrichtet. Als sie offenbar wurde, mußte der deutsche Generalstab eine Teilung der ihm zu Gebote stehenden Kräfte vornehmen, die verhängnisvoll für den ursprünglichen Kriegsplan werden konnte. Er war dazu gezwungen, weil das Feldheer nicht auf die Stärke gebracht worden war, die in einer Denkschrift des Generalstabs vor Einbringung der letzten großen Heeresvorlage für notwendig erklärt worden war; die drei Armeekorps, die der Kanzler und der Kriegsminister gestrichen hatten, fehlten gerade im Anfang des Krieges überall.

Da die Mobilmachung und der Aufmarsch in Frankreich und im

deutschen Reiche in gleicher Weise etwa drei Wochen in Anspruch nehmen würden, waren im Westen, wo man mit dem ersten Zusammenprall rechnete, größere Kämpfe um den 20. August herum zu erwarten.

Bis dahin arbeitete alles in der Heimat mit Feuereifer, um den Waffengang vorzubereiten.

Die politische Kriegs-Einleitung in der Heimat.

Die Reichsleitung war in diesen Krieg, wie wir wissen, politisch ohne jede Vorbereitung geradezu hineingetaumelt; die Inhaber der wichtigsten Ämter, vor allem der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen, waren dadurch so bloßgestellt, daß ihre Beseitigung von allen politisch Urteilsfähigen als selbstverständlich angesehen wurde. In solchen Händen durfte die deutsche Politik nicht belassen werden, wenn nicht die Gefahr entstehen sollte, daß die mit ruhiger Sicherheit erwarteten Erfolge des Heeres durch die Fehler von Beamten, die ihre vollkommene Unzulänglichkeit bewiesen hatten, um ihre Früchte gebracht werden sollten.

Alles kam darauf an, daß Kaiser Wilhelm sich zu dem Entschlusse aufraffte, neue und brauchbare Männer an die entscheidenden Stellen zu berufen, die, in voller Eintracht mit der Obersten Heeresleitung, die inner- und außerpolitische Kriegführung in feste Hand nähmen und die besonders auch — mit dem Wesen ihres Volkes vertraut — seine seelische Widerstandskraft so wach und stark erhielten, daß das Volk den ungeheuren Anforderungen solch eines Kampfes gewachsen blieb.

Zu seinem und des deutschen Volkes Unheil hat Kaiser Wilhelm diesen Entschluß nicht zu fassen vermocht; der Reichskanzler von Bethmann Hollweg blieb im Amte und mit ihm die anderen, deren Unfähigkeit in so überzeugender Weise festgestellt worden war.

Wo der Kaiser selbst sich zeigte, umbrauste ihn der Jubel des Volkes. Als am 1. August eine unübersehbare Menge ihm vor dem Schlosse in Berlin huldigte, richtete er eine kurze Ansprache an sie, in der der Satz enthalten war, daß, wenn es zum Kriege komme, jede Partei aufhöre; wir seien nur noch deutsche Brüder. Diesen Gedanken wiederholte er am 4. August bei der Eröffnung des Reichstags im weißen Saale, indem er nach Verlesung der Thronrede noch aus dem Stegreif hinzufügte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche." Zur Bekräftigung des Willens zum Zusammenstehen durch Not und Tod ließ er sich das Handgelübde der Parteiführer leisten.

Kein Zweifel: diese Worte des Kaisers waren gut gemeint, kein Zweifel weiter, daß sie im Augenblick auf Urteilslose Eindruck machten und die Volkstümlichkeit des Herrschers steigerten. Die Urteilsfähigen freilich erkannten die Gefahr, die sich mit diesem unpolitischen Satze ankündigte. Es fiel weniger ins Gewicht, daß der Kaiser damit gewisser-

maßen selbst zugab, bisher Parteien in dem Sinne gekannt zu haben, daß er sie ungleichartig bewertet und behandelt hätte — das Bedenkliche war, daß sich damit eine vollkommene Gleichsetzung der Parteien ankündigte, einerlei, was sie in der Vergangenheit Gutes oder Schlimmes getan, einerlei, was sie in Zukunft tun würden. Es war so recht ein Wort der augenblicklichen Stimmung, von keiner Überlegung überwacht, und es wurde, von den maßgebenden Beratern des Kaisers, von dem Teile der Presse und der Volksvertretung, die im bismarckischen Sinne nicht unbedingt reichstreu waren, verfälscht zu dem Losungsworte des „Burgfriedens", wodurch zunächst jedes an die Vergangenheit anknüpfende Werturteil über die Brauchbarkeit oder Zuverlässigkeit bestimmter politischer Gruppen unmöglich gemacht wurde. In der weiteren Wirkung und nach der tatsächlichen Handhabung durch Bethmann Hollweg und seine Leute führte dies Schlagwort zum unaufhaltsamen Zurückweichen vor den in der Vergangenheit politisch nicht bewährten Gruppen und schließlich zur Preisgabe des staatlichen Ansehens, ja der Staatsmacht an sie. Über diese unselige Entwicklung wird noch zu reden sein; hier sei festgestellt, daß nur wenige damals die verhängnisvolle Wirkung dieses Kaiserwortes sofort erkannten. Sie waren sich klar, daß der Kaiser die neu erwachte Einigkeit des Volkes preisen wollte — in der unpolitischen Form, in der er diesen berechtigten Gedanken zum Ausdruck brachte, mußten sie seinen Ausspruch bedauern und erkannten, daß damit aller Voraussicht nach der Krieg innerpolitisch von vornherein verloren sei, wenn anders die aus diesem Worte erwachsenden Gefahren nicht durch bessere Ratgeber des Kaisers beschworen würden.

Am selben Tage noch sprach der Reichskanzler einen Satz, der außerpolitisch die gleiche Wirkung hatte. Nach der feierlichen Eröffnung durch den Kaiser trat der Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um über die Bewilligung der für den Krieg geforderten Mittel zu befinden; bei dieser Gelegenheit hielt Bethmann Hollweg eine Rede, in der er darlegte, daß das Reich gezwungen diesen Verteidigungskrieg führen müsse, so daß es mit reinem Gewissen in den Kampf ziehe; Rußland habe die Brandfackel an unser Haus gelegt. Wir seien in der Not, die kein Gebot kenne. Deshalb hätten unsere Truppen Luxemburg besetzt und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Wörtlich sagte der Kanzler weiter: „Das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiert; wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereitstand. Frankreich konnte warten, wir nicht. Ein französischer Einfall in unsere Flanke am Niederrhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir gutmachen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.

Wer so bedroht ist, wie wir, und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut."

Der Sitzungsbericht des Reichstags meldete, daß dieser Satz „ungeheure Bewegung und stürmischen Beifall" auslöste.

Den Urteilsfähigen stockte der Atem, als sie dies hörten und lasen. Sie erkannten sofort, welches Unheil der verantwortliche Leiter der Reichspolitik mit diesem Worte angerichtet hatte, das eine politische Ungeheuerlichkeit an sich war, im gegebenen Falle eine deutsche Schuld annahm und bekannte, die nicht vorhanden war, weil sie nicht begangen werden konnte. Damit war den Feinden eine furchtbare Waffe in die Hand gegeben, die sie sofort mit größtem Erfolge zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Welt im deutsch-feindlichen Sinne benutzten. Kein anderer als der deutsche Reichskanzler hatte sie ihnen in seiner unerhörten politischen Instinktlosigkeit und Unkenntnis in die Hände gespielt.

Bei der Bedeutung, die dieses Wort im Zusammenhange mit der angeblichen Verletzung der belgischen Neutralität durch das deutsche Reich im Verlaufe des Krieges gewonnen hat, ist es angezeigt, auf diese Frage kurz einzugehen.

Wir erinnern uns, daß die ehemaligen spanischen Niederlande, die nach dem Aussterben der Habsburger an Österreich gefallen, dann in der Revolutionszeit unter Frankreich gekommen und schließlich auf dem Wiener Kongreß mit dem Königreich der Niederlande unter dem Hause Oranien vereinigt worden waren, im Jahre 1831 unter dem Namen Belgien zu einem selbständigen Staate wurden, nachdem sie sich im Revolutionsjahr 1830 gegen Holland erhoben hatten. Auf der Londoner Konferenz der Großmächte (1831) wurde der neue Staat als Königreich anerkannt, wobei ihm dauernde „Neutralität" auferlegt wurde. Der Krieg zwischen Holland und Belgien dauerte bis zum Jahre 1833 fort und der Friede zwischen beiden wurde erst durch Vertrag vom Jahre 1839 geschlossen, der von den europäischen Großmächten Österreich, Frankreich, England, Preußen und Rußland mitunterzeichnet wurde.

Im Artikel 7 dieses Vertrages war bestimmt: „Belgien wird in seinen (vorbezeichneten) Grenzen einen unabhängigen und für immer neutralen Staat bilden. Es wird gehalten sein, diese selbe Neutralität gegen alle anderen Staaten zu beobachten."

Aus der hier nicht näher zu verfolgenden Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung ergibt sich unzweideutig, daß gegenüber der Fassung der Londoner Konferenz von 1831 die beteiligten Großmächte keine unbedingte Gewährleistung für die belgische Neutralität übernahmen, sondern sie an die Voraussetzung knüpften, daß der neue Staat die ihm auferlegte Neutralität allen anderen Staaten gegenüber unbedingt erfülle — eine Auffassung, die durch belgische Rechtsgelehrte selbst mit der Schlußfolgerung

anerkannt wurde, daß ihrem Vaterlande damit nicht die Gewähr der Unversehrtheit und Unverletzlichkeit zugestanden worden sei. Daraus ergibt sich ein doppeltes: einerseits waren Frankreich und besonders England nicht verpflichtet, für Belgiens Neutralität mit den Waffen einzutreten — andererseits konnte Belgien auf die Beachtung seiner Neutralität nur Anspruch machen, wenn es allen Staaten gegenüber diese ihm auferlegte Pflicht erfüllte.

Nun wissen wir aber, daß dies nicht der Fall war, daß Belgien vielmehr seit 1906 militärisch in engstem Einvernehmen mit England und selbstverständlich auch mit Frankreich war und alle Maßnahmen zu gemeinsamem Kampfe gegen das deutsche Reich getroffen hatte. Damit hatte es seine Pflicht gegenüber der Vertragsmacht Preußen, in deren Rechte das deutsche Reich eingetreten war, verletzt, so daß es nicht mehr den Anspruch hatte, seine Neutralität von dort beachtet zu sehen.

Aber damit nicht genug!

In den letzten Jahren vor dem Kriege wurde von belgischen, französischen und englischen Militär- und politischen Schriftstellern in aller Offenherzigkeit ausgesprochen, daß Belgiens Platz im vorausgesetzten europäischen Kriege an der Seite der Feinde des deutschen Reiches sei. Ja, es wurde geradezu — und mit vollem Rechte — gesagt, dies Land sei Englands Festung auf dem Festland. Unterrichtete Männer außerhalb der Ämter haben längst gewußt, daß Belgien sich vollständig in den Arm des Dreiverbandes geworfen hatte, also aufgehört hatte neutral zu sein.

Dazu kommt noch eins: am 15. November 1818 hatte der König der Niederlande in Aachen einen Vertrag mit England, Österreich, Preußen und Rußland — also ohne Frankreich — geschlossen, wonach im Falle eines Krieges mit Frankreich England und Preußen gewisse feste Plätze besetzen sollten; die Bestimmungen dieses Geheimvertrages waren bei der Anerkennung des belgischen Staats zwischen jenen vier Großmächten ohne Frankreichs Wissen aufrecht erhalten worden. Auch dies ist in Belgien anerkannt und — aufs engste damit zusammenhängend — auch das Recht des friedlichen Durchmarsches für Preußen-Deutschland.

Diese knappe Darlegung ergibt folgendes:

Das deutsche Reich hatte als Rechtsnachfolger Preußens Belgien gegenüber aus dem Aachener Vertrag von 1818 im Falle eines Krieges mit Frankreich das Recht des Durchmarsches und der Besetzung fester Plätze.

Belgien hatte an sich nicht das Recht, gegen das deutsche Reich sich auf seine Neutralität zu berufen — es hatte dies um so weniger, als es seit 1906 in einem neutralitätswidrigen, deutschfeindlichen Verhältnis mit den Dreiverbandmächten stand.

England war an sich nicht verpflichtet, für Belgiens Neutralität gegen

das deutsche Reich Krieg zu führen — es war eine politische Zwecklüge, wenn die englischen Minister behaupteten, Englands Ehre als gewährleistende Macht von 1831/39 verlange dies.

Über alle diese offenkundigen geschichtlichen Tatsachen setzte sich der deutsche Reichskanzler hinweg, als er das politisch verbrecherische Wort vom deutschen Unrecht gegen Belgien sprach. Was half es gegen die verheerende Wirkung dieses Wortes, daß er vorher gesagt hatte, Frankreich habe zum Einfall bereit gestanden? Die Feinde ließen jenen Satz von dem „deutschen Unrecht" durch die Welt fliegen, und seine Wirkung auf die öffentliche Meinung war verheerend.

Während der Reichstag dem Reichskanzler zujubelte, wie er es vorher dem Kaiser gegenüber getan hatte, erkannten Tieferblickende, daß mit diesem Worte der Krieg auch außenpolitisch gefährdet sei — wenn anders der Kaiser sich nicht endlich entschließe, einen so belasteten Berater zu beseitigen.

Aber war das von Wilhelm II. zu erwarten?

So begann die politische Kriegführung nach innen und außen unter schlimmen Vorzeichen.

Der deutsche Aufmarsch.

Der Kriegsplan des Großen Generalstabs, wie er in seinen Grundzügen von Generaloberst Grafen von Schlieffen festgelegt worden war, beruhte auf der Erkenntnis, daß ein Durchbrechen der mit allen Mitteln neuzeitlicher Festungsbaukunst befestigten Ostgrenze Frankreichs so gut wie ausgeschlossen sei, jedenfalls ungeheure Opfer kosten werde und so lange Zeit beanspruche, daß an anderen Stellen Gefährliches geschehen könne. Eine solche Stelle war nicht nur der ganze dem russischen Angriff ausgesetzte Osten des Reiches und Österreich-Ungarns, sondern auch der Nordwesten, der von den Franzosen und ihren angenommenen Verbündeten auf dem Wege über Belgien erreicht werden konnte. Dieser Teil des Reiches, der nicht nur wegen der Versorgung der Heimat mit Kohlen unter allen Umständen unangetastet bleiben mußte sondern auch für die Herstellung alles Kriegsbedarfes einfach unentbehrlich war, konnte wirksam nur geschützt werden, wenn deutsche Truppen in raschem Anlauf durch Belgien eilten und im Nordosten Frankreichs den Krieg führten. Mit reinem Verteidigungskrieg war das rheinische Industriegebiet nicht zu halten, sondern nur durch den ins Land des Feindes getragenen Angriff. Ein solches Vorgehen entsprach auch den allgemein gültigen Grundsätzen der Kriegführung. Wenn dabei Belgien durch den deutschen Durchmarsch in Mitleidenschaft gezogen wurde, war auf deutscher Seite nicht daran gedacht, daß dies mit feindlichen Absichten geschehen sollte; es konnte an sich angenommen werden, daß Belgien unter geeigneter

Rechtsverwahrung sich dem deutschen Vorgehen füge — freilich, von dem seit 1906 mit den zukünftigen Feinden des deutschen Reiches in neutralitätswidrigem Einvernehmen stehenden Belgien war dies nicht zu erwarten. Aber die deutsche Heeresleitung konnte und durfte darauf keine Rücksicht nehmen und sie mußte schnell handeln. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hatte ganz recht, als er am 4. August im Reichstage sagte „Frankreich konnte warten — wir nicht". Aber nicht nur dies: es mußte unter allen Umständen verhindert werden, daß Belgien von Frankreich und England zum Aufmarsch gegen den deutschen Nordwesten benutzt würde, was mit aller Bestimmtheit in Aussicht stand, wenn es nicht von den Deutschen rechtzeitig besetzt wurde. Unter so zwingenden Notwendigkeiten wurde der Plan des Grafen Schlieffen jetzt im Kriege zur Ausführung gebracht. Das Auswärtige Amt kündigte dies in aller Form der belgischen Regierung an, indem schonende Behandlung der Bevölkerung sowie Vergütung aller dort verursachten Kosten und Schäden zugesagt und eine freundlich neutrale Haltung erbeten wurde. Dies Ansinnen lehnte Belgien schroff ab, indem es sich auf das Völkerrecht und die ihm zustehende Neutralität — beides wahrheitswidrig — stützte und sofort den Schutz Englands anrief. Gleichzeitig rüstete es zum militärischen Widerstand, aber nicht nur dies: Regierung, Selbstverwaltungs-Behörden und Geistlichkeit stachelten die nicht im Heeresdienst stehende Bevölkerung zum bewaffneten Widerstande auf. In der Nacht zum 4. August überschritten die ersten deutschen Truppen die belgische Grenze; ein kühner Handstreich auf die starke Maasfestung Lüttich mißlang zunächst, aber am 7. August fiel der wichtige Platz den unter General von Emmich mit rücksichtsloser Tapferkeit vorgehenden Deutschen in die Hände. Bereits bei diesen Kämpfen hatte sich gezeigt, zu welchen Taten die verhetzte belgische Bevölkerung fähig war: Heckenschützen (Franktireurs) überfielen aus dem Hinterhalt schwache deutsche Truppenteile; in den Quartieren kamen Meuchelmorde vor; selbst Frauen vergriffen sich an Verwundeten und Versprengten. Dies allem Völkerrecht und aller Menschlichkeit widersprechende Verhalten der belgischen Bevölkerung dehnte sich in den ersten Tagen des Einmarsches auf weitere Teile des besetzten Gebietes aus und zwang die deutschen Befehlshaber zu harten aber unvermeidlichen Gegenmaßregeln. So wurde der Krieg von vornherein vergiftet — nicht durch deutsche Schuld. Noch einmal versuchte, um dem Lande die Schrecken des Krieges zu ersparen, die deutsche Regierung eine gütliche Einigung mit der belgischen, indem sie die gemachten Zusicherungen wiederholte. Es war vergeblich; so wurde Belgien Kriegsgebiet und sein Heer mußte aus dem Felde geschlagen werden. Dies geschah in einer Reihe von Schlachten, in denen sich die Überlegenheit der deutschen Führung und Truppen bewährte. Schon am 20. August fiel die Hauptstadt Brüssel in deutsche Hand; dort wurde

eine deutsche Militärverwaltung eingerichtet. Nach dem Falle von Antwerpen (9. Oktober) war bald das ganze Königreich bis auf die nordwestlichste Ecke von Deutschen besetzt, und so blieb es bis gegen Ende des Krieges.

Die Feinde, die das unselige Wort des deutschen Reichskanzlers vom Unrecht gegen Belgien zu ihren Zwecken ausgenutzt hatten, erfüllten die Welt alsbald mit schwersten Anklagen gegen die deutsche Kriegführung. Aus den — gewiß harten aber notwendigen — deutschen Vergeltungsmaßregeln gegen den Bandenkrieg, gegen meuchlerische Überfälle und ähnliches machten sie die Lügen von schändlichen Greueln, die Deutsche gegen die harmlose belgische Bevölkerung begangen hätten, und peitschten damit die für die Wahrheit nicht erreichbare Welt zu Haß und Verachtung gegen die Deutschen auf.

Nachdem Lüttich in deutsche Hand gefallen war, vollzog sich der Vormarsch durch Belgien vom Feinde ungehindert; die militärische Wirkung und der Eindruck der Eroberung dieses wichtigen Platzes, bei der Generalmajor Ludendorff durch seine Entschlossenheit in gefährlicher Lage entscheidend eingegriffen hatte, war sehr groß. Der Aufmarsch der deutschen Heere vollzog sich planmäßig; es wurden deren sieben ins Feld gestellt, deren Führer von Norden nach Süden gehend die Generaloberſten von Kluck, von Bülow, von Hausen, Herzog Albrecht von Württemberg, der deutsche Kronprinz Wilhelm, der bayrische Kronprinz Rupprecht und Generaloberst von Heeringen waren.

Abgesehen von den Kämpfen in Belgien fanden im Westen bereits in der zweiten Woche und um die Mitte des August größere Gefechte statt, die den nach Vollendung des beiderseitigen Aufmarsches erwarteten großen Schlachten vorangingen; in ihnen bewährte sich durchweg die draufgeherische Tapferkeit der Deutschen aller Stämme.

Die schwachen deutschen Streitkräfte im Nordosten standen unter dem Befehl des Generaloberſten von Prittwitz und Gaffron; ihre Aufgabe war von vornherein sehr schwierig, da die russische Kriegsbereitschaft seit Monaten vorbereitet und die „Kriegs-Vorbereitung" dort schon am 25. Juli — also eine Woche früher als die deutsche Mobilmachung — angeordnet war. So fielen die Russen schon in der ersten Augustwoche in Ostpreußen ein; Greueltaten aller Art, Mord und Brand bezeichneten ihren Weg. Trotz erfolgreicher Gefechte, die er dem feindlichen Njemen-Heere bei Stallupönen und Gumbinnen lieferte, glaubte der deutsche Oberbefehlshaber vor der ungeheuren Übermacht ausweichen zu müssen und räumte Ostpreußen bis vor Königsberg. Das preisgegebene Land wurde schändlich verwüstet, seine Bewohner unmenschlich mißhandelt; in Massen wurden sie nach Rußland verschleppt. Was als Beute nicht mitgenommen werden konnte, verfiel der Vernichtung.

Die Vorgänge auf diesem Kriegsschauplatz ließen einen Wechsel im Oberbefehl angezeigt erscheinen, mit dem General von Beneckendorff und von Hindenburg betraut wurde. Eine schwere Aufgabe harrte seiner, als er in der dritten Augustwoche die Fahrt gen Osten antrat.

Der Siegeslauf im Westen.

Wer die Ruhe und Sicherheit bewundert hatte, mit der sich der Übergang des Heeres vom Friedens- in den Kriegszustand vollzog, und die stürmische Begeisterung des ausrückenden Heeres auf sich wirken ließ, wußte, daß dies Volk in Waffen Heldentaten vollbringen werde. Was nun aber geschah, als die gewaltigen Truppenmassen im Westen dem Kriegsplan gemäß geordnet waren und sich auf den Feind zu in Bewegung setzten, überstieg alle Erwartung; es ist ein Vorgang ohne Beispiel in aller Geschichte, wenn man die Riesenzahlen der einander gegenüberstehenden Heere, die Furchtbarkeit der neuzeitlichen Kriegsmittel, die Größe der den Kämpfenden zuzumutenden Anstrengungen und die Schwere der Verluste in Betracht zieht. Und allen diesen Schwierigkeiten wurden die deutschen Truppen Herr; in einem Siegeslauf sondergleichen stürmten sie voran und trieben die Feinde vor sich her. In den ersten zehn Tagen nach vollendetem Aufmarsch reihte sich Sieg an Sieg und die Heimat folgte solchen Taten des Heeres mit jubelnder Bewunderung. Am 20. und 21. August schlug Kronprinz Rupprecht von Bayern die „Lothringer-Schlacht"; er hatte Truppen aller deutschen Stämme unter sich, mit denen er in der Gegend zwischen Metz und den Vogesen gegen acht französische Korps vorstieß; er heftete den ersten großen Erfolg an seine Fahnen und die Heimat sah die ersten Scharen feindlicher Kriegsgefangener. Am folgenden Tage erstritt Kronprinz Wilhelm den Sieg bei der Festung Longwy, die sich alsbald übergeben mußte. Am 23. August schlug Herzog Albrecht von Württemberg die Franzosen am Semois, einem rechten Nebenfluß der Maas, entscheidend, und überschritt die Maas bei Sedan. Inzwischen waren auch die drei deutschen Heere im Nordwesten an den Feind geraten: am 26. August besiegte Generaloberst von Kluck die Engländer bei Maubeuge und Cambrai; am gleichen Tage warfen die Heere der Generaloberſten von Bülow und von Hausen die Franzosen und Belgier im Gebiet zwischen Namen (Namur), Sambre und Maas. Die Folge dieser glänzenden Waffentaten war, daß die geschlagenen Gegner sich auf der ganzen Linie zwischen Cambrai und Verdun zurückziehen mußten; sie wichen bis über die Marne. In den Tagen vom 28. bis 30. August schlug Bülow ein französisch-englisches Heer bei St. Quentin. Am 1. September folgte die große Champagneschlacht zwischen Reims und Verdun; unter Führung des deutschen Kronprinzen und des württembergischen Thronfolgers griffen

deren beide Heeresgruppen zehn französische Armeekorps auf der Linie Sorges-Malancourt-Varennes an und warfen sie nach Süden zurück.

Die drei deutschen Armeen am rechten Flügel des deutschen Heeres schwenkten nach ihren großen Erfolgen in weitem Bogen nach Süden ein und strebten in stürmischem Vordringen auf die feindliche Hauptstadt zu. Ungeheuer war der Eindruck dieser Vorgänge in der ganzen Welt, niederschmetternd in Frankreich. Die französische Regierung mit dem Präsidenten Poincaré an der Spitze zog sich mit den beiden Kammern der Volksvertretung nach Bordeaux zurück; Paris schien dem Angriff der Deutschen ausgesetzt. Die Absicht der deutschen Heeresleitung ging dahin, den Franzosen ein zweites Sedan in ungeheuer vergrößertem Maße zu bereiten, wobei den siegreichen Heeren des deutschen rechten Flügels die Aufgabe zugedacht war, von Norden kommend die Feinde einzuschließen und sie im Zusammenwirken mit den nach Westen dringenden Heeren zu erdrücken; solch ein Vorhaben entsprach den Anschauungen des verstorbenen Erdenkers des westlichen Kriegsplanes, Grafen von Schlieffen, der in vernichtenden „Umfassungsschlachten" nach der Art von Cannä, wo der karthagische Feldherr Hannibal im Jahre 216 v. Chr. die Römer vollständig aufrieb, die höchste Aufgabe des Feldherrn erblickte, weil sie zur Zertrümmerung des Feindes führte. Graf Schlieffen hatte alle Gefahren, die ein länger dauernder Krieg für das deutsche Reich in sich barg, klar erkannt; sein Ziel war deshalb, in raschen kühnen Schlägen den Feind so schnell wie möglich zu vernichten und dadurch den Frieden zu erzwingen.

Aber noch war der Höhepunkt der deutschen Erfolge nicht erreicht: Am Jahrestage der Schlacht von Sedan fielen zahlreiche und wichtige französische Sperrbefestigungen, wie Laon, Hirson und La Fère in deutsche Hand, am 4. September wurde die alte Krönungsstadt Reims besetzt und am 7. die Festung Maubeuge eingenommen; 40000 Kriegsgefangene und 400 Geschütze waren die Beute.

Kein Zweifel: Gewaltiges hatte das deutsche Heer, von unwiderstehlichem Siegeswillen erfüllt, in kürzester Zeitspanne geleistet; als großer Erfolg sprang in die Augen, daß der Krieg weit ins Feindesland vorgetragen war — die Heimat blieb von dem Schicksal verschont, seinen Schauplatz abzugeben. Nun war die Frage, ob die deutsche oberste Führung ihr letztes Ziel in übermächtigem ersten Ausholen erreichen konnte. Hierbei fiel der Zustand des siegreichen Heeres ins Gewicht; die bisherigen Erfolge waren mit sehr schweren Opfern erkauft; die Mannschaften waren durch die ungeheuren Leistungen dieser zwei Wochen stark mitgenommen und der stürmische Vormarsch hatte die Versorgung der Truppen mit Nahrungsmitteln, Schießbedarf und sonstigem Heergerät in Frage gestellt. Aber der Geist auch der am meisten angestrengten Heeresteile war glänzend und siegesgewiß.

Auf französischer Seite hatte der oberste Führer General Joffre trotz all dieser Schläge die Ruhe nicht verloren; seine Mitte, gestützt auf die Festung Verdun mit ihren neuzeitlichen Außenwerken, hielt die Heere des Kronprinzen Wilhelm und des Herzogs Albrecht von Württemberg fest; auch Kronprinz Rupprecht von Bayern konnte in Französisch-Lothringen keinen Raum gewinnen, während Generaloberst von Heeringen Einfälle im Elsaß abzuwehren hatte. In dieser Zeit zog General Joffre südlich von der Marne neue Kräfte zusammen, die zusammen mit den Heeren der französischen Mitte gleichzeitig diejenige der Deutschen durchbrechen und deren rechten Flügel aufrollen sollten. Begünstigt wurde dies Vorhaben durch das Verhalten der italienischen Politik, die der durch den Dreibund-Vertrag auferlegten Pflicht nicht nachkam: in den Verabredungen der Generalstäbe des Dreibundes war vorgesehen, daß das italienische Hauptheer den Südosten von Frankreich bedrohen sollte, und daß einige Armeekorps zur Unterstützung der Deutschen nach dem Elsaß gesandt würden. Nun versagte die italienische Regierung nicht nur diese Dienste, sie zog sogar ihre Truppen von der französischen Grenze nach der österreichischen weg. Kein Zweifel, daß die politische und militärische Leitung der Verbandsmächte über die Absichten Italiens genau unterrichtet war und so konnten die französischen Truppen vom Süden zu den hinter der Marne angesammelten genommen werden. Dort hatte der feindliche Feldherr nun überlegene, zum großen Teile frische und mit allem wohl versehene Kräfte zur Verfügung. Mit ihnen ging er am 5. September zum Angriff über und es entbrannte die mehrtägige schwere „Schlacht an der Marne", die sich in einer Reihe von großen Gefechtshandlungen abspielte. Sie wurde mit einem starken französischen Ausfall aus der Hauptfestung Paris eingeleitet, an der damals der äußerste rechte Flügel der Deutschen in der Richtung nach Süden vorbeizumarschieren im Begriffe war; die Reiterei der Armee Kluck war bereits seit Anfang des Monats bis dorthin vorgestoßen, ja sie hatte ihre Streifzüge bis südlich von Paris ausgedehnt. Der französische Ausfall wurde zurückgeschlagen, aber der geworfene Feind erneuerte den Angriff Tags darauf im Verein mit den bereitgestellten Kräften. Die Lage der weit vorgeprellten deutschen Heere, die geschwächt waren und an Schießbedarf und Nahrung Mangel litten, war schwierig — zudem waren ihnen noch zwei Armeekorps entzogen worden, die im Osten gegen die Übermacht der Russen zu Hilfe gerufen wurden; jetzt fehlten im Westen — abgesehen von der ausgebliebenen italienischen Hilfe im Elsaß, welche die jetzt dort festgehaltenen deutschen Truppen zur Verwendung im Norden freigemacht hätte — genau die drei Armeekorps, die der Reichskanzler und das Kriegsministerium dem Generalstab bei der Einbringung der Heeresvorlage verweigert hatten, — eine verhängnisvolle Maßnahme, von der wir wissen,

daß sie durch die Rücksicht auf die Mehrheitsparteien des deutschen Reichstags bestimmt war.

Die deutschen Heerführer zeigten sich der Aufgabe gewachsen, besonders wird die Führung der Generaloberſten von Bülow und von Kluck von sachverständigen Beurteilern als meisterhaft anerkannt. Alle mit großer Wucht ausgeführten Versuche der Feinde, die deutsche Mitte zu durchbrechen und den rechten Flügel zu umfassen, scheiterten. Siegreich behaupteten die Deutschen bis zum 9. September das Feld, als starke neue Kräfte aus Paris vorbrachen und eine Umgehung der als Flankendeckung wirkenden deutschen Reiterei im Norden zu befürchten stand. Unter dem Eindruck der Meldungen hiervon entschloß sich die Oberste Heeresleitung, die Schlacht nicht durchzukämpfen, sondern abzubrechen und ihre Heere in ein für günstiger gehaltenes Gelände an der Aisne zurückzunehmen. Es war ein weittragender Entschluß der damit gefaßt wurde, begleitet von großen militärischen, aber vielleicht in noch höherem Grade von politischen Folgen. Ob er notwendig war, läßt sich heute noch nicht endgültig entscheiden, doch scheint nach den Feststellungen und Untersuchungen sehr urteilsfähiger Sachverständiger überwiegend viel dafür zu sprechen, daß die Schlacht von deutscher Seite hätte durchgekämpft werden können und sollen. Nach der Meinung dieser Sachverständigen habe alle Aussicht bestanden, daß, wenn die deutschen Heere noch vierundzwanzig Stunden länger standgehalten hätten, der endgültige Sieg erstritten gewesen wäre — und dies Standhalten wäre sehr wohl möglich gewesen. Darüber aber besteht gar kein Zweifel, daß der Sieg gewiß gewesen wäre, wenn nicht jene zwei schmerzlich vermißten Armeekorps nach dem Osten geschafft worden wären — natürlich erst recht, wenn das deutsche Heer um die mehrfach erwähnten drei Armeekorps stärker gewesen wäre.

Befehlgemäß mußten sich die deutschen Heere vom Feinde lösen — bei so verschlungener Schlacht eine schwere Aufgabe. Hart war es für die siegesgewissen Truppen, den Rückzug anzutreten, härter noch für die Heerführer, die die Schlacht glaubten durchkämpfen zu können, die Anordnungen dazu zu treffen. Bezeichnend für den Geist der unteren Führer und ihrer Truppen war es, daß einzelne Armeekorps trotz des Rückzugsbefehls noch erfolgreiche Vorstöße südlich der Marne gegen den Feind unternahmen; bei einem solchen zeichnete sich besonders das III. Korps aus. Der Soldat verstand nicht, weshalb er zurückgehen mußte; der Feind war so verblüfft von diesem ihm unerwarteten Geschehen, daß er zunächst nur zögernd folgte — ein Glück für die am weitesten vorgeprellten Heeresteile, die nun mitten aus dem Siegeslauf den schnellen Rückzug antreten mußten; die an sich schweren Verluste, die er mit sich brachte, wären sonst noch viel größer geworden. Sobald die französische Heeresleitung merkte,

was vorgegangen war, stieß sie mit aller Kraft nach — aber ein Durchbruch war nirgends zu erzielen. Im Zusammenhang mit dem Zurückgehen im Norden räumte der deutsche Kronprinz Reims und gab den Argonnenwald wieder preis. Von Mitte bis Ende September versuchte Joffre mit Gewalt die deutsche Schlachtreihe zu durchbrechen. Der Hauptkampf tobte zwischen Oise und Maas, wo die Franzosen schwer geschlagen wurden. Im Süden gelang es dem dritten bayrischen Armeekorps des Generals Freiherr von Gebsattel das „Camp des Romains" zu erobern — ein großer Erfolg, da dies das stärkste Werk zwischen Toul und Verdun war. Auch erzwang der deutsche Kronprinz bei St. Mihiel den Übergang über die Maas. Auf diesem Kriegsschauplatz hat, seitdem die deutschen Heere die von ihrer obersten Leitung vorgesehenen Stellungen an der Aisne bezogen haben, der Kampf auf lange Zeit sein Wesen geändert; aus dem Bewegungskrieg, der die Entscheidung in offener Feldschlacht sucht, war ein Stellungskampf in und um befestigte Plätze und Feldstellungen geworden. Damit war die Gefahr gegeben, daß der Krieg erstarre — eine Folge, die für die Mittelmächte bedenklich war, da sie nach rascher Entscheidung streben mußten, die zunächst im Westen gewinkt hatte.

So ehrenvoll und glänzend sich die deutschen Heere im Westen bis dahin geschlagen hatten und so wenig der Feind sich, da sie sich an der Aisne festsetzten und nicht durchstoßen werden konnten, von Rechts wegen eines Sieges rühmen konnte — die Wirkungen des deutschen Rückzuges waren groß und verhängnisvoll. Sie waren es in solchem Maße, daß eingeweihte Mitarbeiter des deutschen Oberfeldherrn den 9. September als den ersten schwarzen Tag dieses Krieges für die Deutschen bezeichnen. Militärisch wurde klar, daß der großartige Plan des Grafen Schlieffen nicht mehr ausführbar war. Damit entfiel die Möglichkeit schneller Entscheidung im Westen und die Feinde gewannen Zeit weitere Kräfte heranzuziehen, was besonders bedenklich war, da die Engländer alles aufboten um sich zu verstärken, und als den Franzosen nun Gelegenheit gegeben wurde ihre schwarzen Truppen von Übersee herbeizuschaffen.

Gewaltig war die politische Wirkung dieses Vorganges in bezug auf die Stimmung in Frankreich: bis zum 9. September war das Volk von Schrecken wie gelähmt und der Verzweiflung nahe. Man war im Bewußtsein der großen Überlegenheit, die man zusammen mit den Verbündeten hatte, eines schnellen Sieges sicher gewesen; nun waren nicht nur die eigenen Heere Schlag auf Schlag zurückgetrieben worden, sondern im Osten hatten auch die Russen fürchterliche Niederlagen erlitten, von denen wir hören werden. Alle Hoffnungen waren zuschanden geworden, Paris in Gefahr, die Regierung geflüchtet — dazu weite Teile von Belgien in Feindeshand und auch die Engländer überall geschlagen, wo sie vor

die Deutschen geraten waren. Ein schlimmes Ende schien nahe bevorzustehen.

Und nun der deutsche Rückzug! Gewiß kein „taktischer" Sieg des französischen Oberfeldherrn, aber ein strategischer Erfolg zweifellos insofern, als die Deutschen ihr ursprüngliches Ziel nicht erreicht hatten und in die Verteidigung zurückfielen. Alles Betonen der deutschen Heeresleitung, daß sie aus eigenem Entschluß, also ohne feindlichen Zwang, gehandelt habe, änderte nichts an der Tatsache, daß die Stoßkraft des deutschen Heeres nach französischer Auffassung gebrochen war. Es war das gute Recht der militärischen und politischen Leitung Frankreichs, den deutschen Rückzug zu einem ungeheuren Sieg zu stempeln; das leicht erregbare Volk atmete auf, jubelte und gewann sein Selbstbewußtsein wieder; von diesem Augenblick an glaubte es wieder an den Sieg und zog aus diesem Glauben die Kraft, die furchtbar schweren Prüfungen ungebrochen zu überstehen, die es noch durchzumachen hatte. Von der Regierung, von der Volksvertretung, von der Presse geschah alles, um das Volk in diesem Glauben zu bestärken, — ganz anders als auf der deutschen Seite, und der ehrliche Feind muß gestehen, daß die seelische Widerstandskraft der Franzosen in der harten Zeit dieses Krieges bewundernswert war.

Nicht um ein absprechendes Urteil zu fällen, sondern um die Frage anzudeuten, sei erwähnt, daß von militärisch und politisch urteilsfähigen Deutschen die Meinung vertreten wird, der Plan des Grafen Schlieffen sei undurchführbar gewesen, sobald infolge des Versagens von Italien Frankreich mit stärkeren Kräften gegen die Deutschen auftreten konnte, während diese, weil die italienische Hilfe im Elsaß fehlte, zu schwach waren und besonders im Norden, nach dem Meere zu, zu wenig Truppen hatten. Es wird daran erinnert, daß Graf Schlieffen ein Vorgehen, das sich eng an die flandrische und nordfranzösische Küste hielt, und von da ununterbrochen bis ins Elsaß reichte, geplant hatte, so daß jede Gefahr der Überflügelung im Norden ausgeschlossen gewesen wäre. Diese Sachkenner hatten empfohlen, daß die deutschen Nordheere nach ihren großen Anfangserfolgen, statt nach Süden abzuschwenken, in breiter Front vorgehen sollten, so daß Calais genommen und den Engländern der Aufmarsch erschwert worden wäre. Großadmiral von Tirpitz hatte diese Meinung vertreten, war aber damit nicht durchgedrungen.

Abgesehen hiervon wird noch von Sachkennern bedauert, daß nach der Marneschlacht der rechte Flügel der Deutschen in zu weiter Ausdehnung zurückgenommen wurde.

Auch diese Fragen sind noch nicht spruchreif; ihre Entscheidung in einem oder anderem Sinne kann zudem an den geschichtlichen Tatsachen nichts ändern. Bei der schicksalschweren Bedeutung, die jene Maßnahmen der deutschen Obersten Heeresleitung nach der geschichtlichen Entwicklung

gewonnen haben, sei zum möglichsten Verständnis noch hervorgehoben, daß Graf Schlieffens Plan — auf die einfachste Formel gebracht — dahin ging, den linken deutschen Flügel im Süden sich mit schwachen Kräften auf Abwehr beschränken zu lassen, gleichzeitig aber die gegenüberstehenden feindlichen Kräfte festzustellen; indessen sollte der übermächtig gemachte rechte (nördliche) Flügel den linken französischen Flügel eindrücken und dem französischen Heere ein „Cannä" bereiten. Gefährdet wurde dieser Plan dadurch, daß die mehr erwähnten drei Armeekorps von vornherein fehlten und daß zwei solche vom rechten Flügel nach dem Osten abgegeben wurden — wo sie übrigens gar nicht gebraucht wurden, weil Hindenburg inzwischen die Schlacht bei Tannenberg bereits ohne diese Hilfe gewonnen hatte! Trotz dieser beiden Umstände wäre aber nach der überwiegenden Meinung der Sachverständigen Graf Schlieffens Plan noch durchführbar gewesen, wenn man sich wirklich an ihn gehalten hätte. Leider aber hatte der Chef des Generalstabs des Feldheeres sich dazu bestimmen lassen, von dem Plane abzugehen. Die Befehlsführung der sechsten Armee hatte beantragt, statt sich plangemäß hinter der Saar streng in der Verteidigung zu halten, gegen die im Vormarsch befindlichen Franzosen vorbrechen zu dürfen. Moltke hatte dies zugestanden, und so war es zur „Lothringer Schlacht" gekommen. Das wäre noch nicht unbedingt fehlerhaft gewesen, da man diesen deutschen Vorstoß als notwendig ansehen konnte, um den Feind festzuhalten. Verhängnisvoll aber wurde es, daß die Befehlsführung der sechsten Armee irrtümlich annahm, die französische „Armee" geschlagen zu haben, während sie nur mit deren Vortruppen aneinander geraten war, und daß sie in dieser falschen Annahme beantragte, weiter vorgehen zu dürfen. Auch das gewährte Moltke, und nun geriet die sechste Armee, über Lunéville vorbrechend, in das französische Festungsgebiet; dort erlitt sie schwere Verluste und konnte keine Erfolge erringen, verbiß sich vielmehr in nutzlose Kämpfe. Hätte der deutsche Oberfeldherr mit aller Tatkraft darauf bestanden, daß am ursprünglichen Plane festgehalten worden wäre, so hätten die zur Verstärkung des angreifenden in so schwere Kämpfe verstrickten rechten Flügels notwendigen Armeekorps bei der sechsten Armee frei gemacht und rechtzeitig nach Norden gesandt werden können. In diesem wichtigen Falle hatte die Willenskraft des Generaloberſten von Moltke versagt, wie es vorher seine Nerven getan hatten, als er auf die ungünstigen Nachrichten aus dem Osten zwei Armeekorps von den hart kämpfenden Heeren seines rechten Flügels herausgenommen und nach Osten hatte abrollen lassen.

* * *

Nachdem die Deutschen sich an der Aisne festgesetzt hatten, versuchten die Feinde in immer erneuten, aber vergeblichen Anstürmen, ihre Stellung zu durchbrechen. Daneben begann nun der „Wettlauf nach der Küste", d. h. von beiden Seiten wurden Versuche unternommen, den Feind nach Norden zu überflügeln. Die Absicht der deutschen Heeresleitung dabei war, auf diese Art den Bewegungskrieg wieder zu erzwingen, den Feind von Norden aufzurollen und auf diese Art eine Entscheidung herbeizuführen. Joffre verfolgte den Zweck, durch die Umfassung den deutschen Streitkräften in den Rücken zu kommen, sie so zu zerschmettern und sofort in den deutschen Nordwesten einzufallen. Keiner der Gegner konnte seine Absicht erreichen, da es dem anderen rechtzeitig gelang, an die gefährdete Stelle Truppen zu werfen; so verlängerte sich die Kampflinie immer mehr nach Norden, bis der Kanal erreicht war. Als die Deutschen den Feind nahe der Küste so schwer bedrängten, daß er fürchtete sich nicht mehr halten zu können, durchstach er die Dämme und ließ das Meer ins Land; die Deutschen mußten aus dem überschwemmten Gebiete zurückgehen. Nun kamen nur noch Durchbruchsangriffe in Betracht. Gegen Ende des Jahres hatte die Kampffront im Westen eine Ausdehnung von 700 km erreicht; sie verlief mit mannigfachen, an manchen Stellen sehr großen Vorsprüngen oder Einbiegungen von Ostende im Norden in der Hauptrichtung südlich bis in den Sundgau im Oberelsaß. Überall standen die Deutschen auf fremdem Boden, während ihre eigene Heimat, abgesehen von der kleinen Ecke des Oberelsasses mit St. Amarin, Thann, Maasmünster und Dammerkirch, vom Feinde frei war. Kein Teil dieser ungeheuren Front blieb von schweren Kämpfen verschont, die sich oft bis zur Wildheit steigerten. Glänzend die Haltung der deutschen Truppen, großartig die Leistungen ihrer Offiziere, bewundernswert der Opfermut, die Tapferkeit und die Seelenstärke, mit denen das deutsche Heer den unvermeidlichen Anstürmen der Feinde standhielt, ja an einzelnen Stellen Raum erzwang. Es geschahen Vorgänge von ergreifendem Heldentum: so als die Blüte deutscher Jugend, in neugebildete Truppenteile zusammengefaßt, am 10. November bei Langemarck unter dem Gesange des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" gegen die feindliche Stellung anstürmte und ihre vorderste Linie unter ungeheuren Opfern nahm. So heldenhaft diese Tat, so unverantwortlich war es auf solche Weise, die zu furchtbaren Verlusten führen mußte, die Freiwilligen-Regimenter einzusetzen. Es war auch unrichtig, die Gebildeten und Führer-Anwärter in geschlossenen Truppenteilen einzustellen und in den Kampf zu schicken, statt sie als Offiziers-Ersatz zu behandeln und auszubilden. Vieles geschah, was an die lebenverachtenden, stolzverwegenen Taten der Goten erinnerte, und Woche über Woche, Monat über Monat mußte der Großteil des kämpfenden Heeres in Erdhöhlen hausen, steten Angriffen des Feindes und den Unbilden der Witterung ausgesetzt.

Mit unerschütterlicher Standhaftigkeit wurde dies alles ertragen; mit eisernen Nerven hielten Offiziere und Mannschaften aus, indem sie im schönsten Treuverhältnis miteinander lebten.

Wahrlich dies deutsche Heer von 1914 offenbarte alle Tugenden der Deutschen und die Heimat blickte mit Stolz und Vertrauen nach Westen. Inzwischen aber hatten sich auch im Osten Ereignisse von gewaltiger Größe abgespielt, die die Welt zur Bewunderung zwangen. Bevor wir den Blick auf sie lenken, sei, um die Schwierigkeit der Aufgabe der deutschen Heeresleitung klar zu machen, schon hier festgestellt, daß der Krieg von ihr nach keiner Seite mit der Aufbietung der ganzen Kraft geführt werden konnte. Die Stärke der im Westen zur Verfügung stehenden Truppen war von den Vorgängen im Osten bedingt und umgekehrt. Wie die Marneschlacht nicht durchgekämpft werden konnte, weil die russische Übermacht die Abrollung von zwei Armeekorps nach Ostpreußen veranlaßt hatte, so kam es umgekehrt vor, daß gegen die Russen errungene Vorteile nicht voll ausgenutzt werden konnten, weil im gegebenen Augenblick äußerste Durchbruchgefahr im Westen bestand, die die Heranziehung von Kräften aus dem Osten nötig machte. So wurden abwechselnd die hier errungenen Erfolge durch die dort auftretende Not gehemmt: bewundernswert, wie — trotz aller von Sachkennern behaupteten Fehlgriffe im einzelnen — die deutsche Heeresleitung die furchtbar schwierige Lage meisterte; großartig auch die Sicherheit und Pünktlichkeit, mit der die Eisenbahnen ihre Aufgabe erfüllten.

Bedenklich war, daß die ersten Kriegsmonate einen sehr großen Teil der Offiziere, besonders der jüngeren, aufgebraucht hatten, für die bei längerer Kriegsdauer kaum Ersatz zu beschaffen war — bedenklich weiter, daß es sehr bald an Geschützen und Geschossen (Munition) fehlte, weil die Kriegsverwaltung, unter dem Einflusse der politischen Leitung stehend, einen längeren Krieg für ausgeschlossen hielt, und deshalb für dessen Notwendigkeiten nicht vorgesorgt hatte. Das war für das deutsche Reich um so bedenklicher, als es, von aller Welt abgeschnitten, lediglich auf sich selbst angewiesen war und dabei noch für seinen Bundesgenossen sorgen mußte, der noch weniger vorbereitet war. Die Feinde, die auch sehr bald Mangel an Geschützen und Schießbedarf litten, waren viel besser daran, da ihnen die Werkstätten der ganzen Welt offen standen; vor allem halfen ihnen dabei Japan und die Vereinigten Staaten.

Daß diese Hilfe wirksam werden konnte, ist eine der schweren Folgen des deutschen Rückschlages an der Marne — nicht minder aber auch die militärische Zwickmühle, um dies Bild zu gebrauchen, in der sich die deutsche Heeresleitung infolge davon und im Hinblick auf die unerwartet weit vorgeschrittene russische Kriegsbereitschaft bis zur endgültigen Zertrümmerung der russischen Kriegsmacht dauernd befand.

Die Rettung des deutschen Ostens.

Gegen Ende des ersten Kriegsmonates stand es im Osten schlimm um die deutsche Sache. Weite Teile Ostpreußens waren nach dem Rückzug der Kräfte des Generaloberſten von Prittwitz und Gaffron von den Russen überschwemmt; Königsberg selbst war bedroht und der Einfall nach Westpreußen und Posen stand bevor. In solcher Lage übernahm General der Infanterie von Hindenburg, der schon seit Jahren aus dem Dienste ausgeschieden war und zu Hannover im Ruhestand lebte, den Oberbefehl; als Generalstabschef wurde ihm Generalmajor Ludendorff beigegeben, der ihn mit Sonderzug in Hannover abholte. Hier hatten sich die rechten Männer gefunden. Schon in Koblenz hatte der neue Generalstabschef — von der Eisenbahn aus die Befehle erlassen, um Ungeheures vorzubereiten, und dies war mit der Sicherheit und Ruhe überlegener Feldherrenkunst geschehen.

Hindenburg und Ludendorff! Mit diesen Männern treten zwei Kriegsmeister vor die Welt, die die ragenden Helden — die einzigen — dieses Krieges werden sollten. Als die höchste Not des Vaterlandes nach den Rettern schrie, waren sie da — aus der Dunkelheit tretend, in der sie für die große Öffentlichkeit bis dahin gelebt hatten, und mit einem Schlag zwangen sie das Schicksal, bannten sie die Gefahr und wurden die Retter, die Hoffnung des Vaterlandes.

Ein Heldenpaar, das in der Namenverbindung und Tatenbewertung eine unzertrennliche Einheit bildet, das bei aller Verschiedenartigkeit der Veranlagung und Weltanschauung doch so notwendig zusammengehört, wie es sich gefunden hat.

Beide waren sie Söhne des preußischen Ostens, beide von frühester Jugend an ihrem Beruf zugetan, beide früh von ihren Vorgesetzten als Muster der Pflichterfüllung, aber auch als hervorragende Begabungen erkannt; beide früh in den Generalstab gelangt und dort als Hoffnungen des Heeres gewertet.

Der Oberfeldherr Hindenburg war am 2. Oktober 1847 in Posen geboren; als blutjunger Offizier hatte er die Kriege von 1866 und 1870/71 mitgemacht und sich trefflich bewährt. Er war ein Altpreuße vom Scheitel bis zur Sohle, als Sprosse eines alten Adelsgeschlechtes Anhänger jenes „Royalismus" im überlieferten Sinne, der durch Kaiser Wilhelms II. Herrschertätigkeit die Berechtigung verloren hatte. Dieser altpreußische Offizier war nur Soldat und wollte nichts anderes sein; er entbehrte der politischen Veranlagung, hatte aber auch, als er in dem Generalstab die Zusammenhänge zwischen Staatsleitung und Kriegskunst vor Augen sehen mußte, nicht das Bedürfnis sich in die politischen Dinge einzuleben; er huldigte geradezu der eigentlich überlebten Auffassung, daß der Offizier

sich von aller Politik fernzuhalten habe, wobei er dies Wort, das die Führer des Heeres aller Rangstufen mit Recht dem inneren Parteigetriebe und ihrem Hader fernhalten will, auf die großen politischen Angelegenheiten übertrug, die der Betätigung der Staatskunst auf dem Gebiete der höchsten inneren und äußeren Lebensfragen des Staates warten. Dies ist der Mangel in der Begabung Hindenburgs, die dadurch einseitig erscheint aber in ihrer Einseitigkeit großartig war und eine geschlossene Persönlichkeit hervorbrachte. Fromm, gütig, schlicht und bescheiden schritt dieser Soldat durch das Leben, ein treuester Diener seines Königs; ein Mann ohne Nerven, von unerschütterlicher Ruhe, stets zuversichtlich und die eigene Zuversicht auf seine Umgebung übertragend. Graf Schlieffen hatte den Feldherrn in ihm erkannt — kein Zweifel, daß er alle militärischen Eigenschaften eines solchen hatte. Ein Jammer, daß ihm der politische Instinkt im Sinne des Staatsmännischen fehlte; denn der Feldherr braucht naturnotwendig, weil sein Werk im Ernstfalle Politik „mit anderen Mitteln" ist, politisches Urteil, er muß politisch treibend und gestaltend eingreifen. Wenn man zwei Männer grundverschiedenen Lebensganges und -werkes vergleichen will, wird man an Martin Luthers Einseitigkeit erinnert — wie bei ihm für seine Befreiertaten auf dem religiösen Gebiete, mag es bei Hindenburg für die Entwicklung seiner militärischen Begabung bis zur Vollkommenheit notwendig gewesen sein, daß er sich unter Abweisung alles anderen auf seinen Beruf beschränkte. Als Soldat, als Feldherr, hat Paul von Hindenburg so Großes geleistet, daß er den ersten Kriegsmeistern aller Zeiten zuzurechnen ist, und er hat aus höchster Kriegsgefahr sein Volk gerettet. Als aber die politische Not erkennbar wurde, wuchs, sich riesengroß türmte und zur Entscheidung drängte, da ist der Soldat Hindenburg dem politischen Amte des Feldherrn Entscheidendes schuldig geblieben, und so hat er schließlich das Schwerste erlebt, was einem ruhmgekrönten Heerführer zustoßen kann, daß sein König fiel, sein Heer zerbrach, sein Volk zu schanden ward.

Im Grunde gehörte der Mann, dem jetzt der Oberste Kriegsherr den Schutz der deutschen Ostmark anvertraute, einer früheren Zeit an; er war Offizier im Sinne Kaiser Wilhelms I. und mag sich fremd genug in diesen Tagen der Unrast, Zersplitterung und Nervenüberreiztheit vorgekommen sein. Ganz anders sein Generalstabschef Erich Ludendorff, der als Kind dieser Zeit ganz in ihr lebt, ganz neuzeitlicher Mensch ist; auch er ein Sohn des preußischen Ostens, geboren am 9. April 1865 in Kruszewnia in Posen; auch er Preuße mit Leib und Seele, auch er ein treuester Anhänger seines Kaisers und Königs, auch er leidenschaftlicher Soldat. Aber seine innere Stellung zu seinem Kriegsherrn ist eine wesentlich andere, als die seines Oberfeldherrn; er ist kein „Royalist" alter Art und steht dem Reichsoberhaupt mit innerer Freiheit gegenüber. Das Verhältnis

zu diesem ist für ihn kein einseitiges des Untertanen, sondern als ein gegenseitiges gedacht; insofern ist Ludendorff gewissermaßen von Grund aus politisch vorbestimmt. Seine Begabung zum Feldherrn weist ins Großartige und ist gepaart mit stärkstem Willen wie genauester Kenntnis aller Hilfsmittel des neuzeitlichen Krieges. Seinen politischen Blick für die entscheidenden Fragen hatte Ludendorff bewiesen, als er im Jahre 1912, damals Abteilungschef im Großen Generalstab, auf wesentliche Verstärkung des deutschen Heeres drang; die Heeresvorlage von 1913 ging ursprünglich auf seine Anregung zurück — ihre Ausführung blieb weit hinter dem von ihm als notwendig Erkannten zurück. Die Feldherrn-Persönlichkeit Ludendorffs ist infolge seines Instinkts für die großen politischen Fragen vielseitiger, umfassender als diejenige Hindenburgs — und dies Urteil wird auch dadurch nicht eingeschränkt, daß dieser glänzende Soldat sich in den Wirren des inneren Parteigetriebes nicht zurecht fand, daß er, als er zu so bedeutsamem Amte berufen wurde und zu Größerem wuchs, nicht die Einzelheiten des, ach so kleinen, diplomatischen Betriebes übersah und daß ihm die ausreichende Kenntnis der Menschen fehlte, die im deutschen Reiche innere und äußere Politik machten, — eine Kenntnis, die er brauchte, als die Not ihn zwang von Fall zu Fall einzugreifen. War Hindenburg nach Herkunft und Denkungsart altkonservativ, so ist Ludendorff von Parteianschauungen kaum berührt gewesen; jedenfalls haben die im Weltkrieg gesammelten Erfahrungen ihn zum nationalen Mann schlechthin gemacht.

Das sind die beiden Feldherren, die nun vereint ans Werk gingen der russischen Übermacht Trotz zu bieten — die, als sie es wunderbar vollbracht hatten, zu größerer Aufgabe im Osten berufen wurden und die schließlich vereint den tatsächlichen Oberbefehl über die Heere ihres Vaterlandes und seiner Verbündeten übernahmen. Müßig die Frage, wer der größere von beiden ist — wahrscheinlich, daß die Gedanken und der Wille von Ludendorff kamen, während Hindenburg sein sicheres Urteil, seine Erfahrung, sein Ansehen beisteuerte und die Verantwortung für ungeheure Entschlüsse übernahm. Ein Stolz, eine Freude für die Deutschen, dies Heldenpaar vor sich zu sehen. Beides eindrucksvolle Erscheinungen: der breite, an der Schwelle des Greisenalters stehende Oberbefehlshaber und sein Stabschef, eine vornehme schlanke Gestalt in bestem Mannesalter. Wundervoll ihr Verhältnis vollkommensten Vertrauens, neidloser Zusammenarbeit — ein Bund, der unzertrennlich erschien, der aber leider in der höchsten Not des Vaterlandes zerbrach.

Sehen wir nun, wie die beiden ihre Aufgabe anfaßten. In Ostpreußen waren zwei russische Heere eingefallen: die Njemen-(Memel-) Armee unter General von Rennenkampf mit fünf Armeekorps und drei Reiterdivisionen und die Narew-Armee unter General Samsonow

in ungefähr gleicher Stärke. Vor dieser gewaltigen Übermacht waren die Deutschen zurückgewichen. Die Russen waren ihnen langsam gefolgt und so in die an Seen, Sümpfen, kleinen Flüssen und Wäldern reichen Gebiete des Landes gekommen; beide russische Heere standen getrennt und waren ohne Verbindung untereinander. Die deutsche Heeresleitung beschloß, diesen Umstand auszunutzen, indem sie unverzüglich den einen Gegner angriff und ihn zu vernichten suchte, um sich dann gegen den anderen zu wenden. Ein Unternehmen von höchster Kühnheit, ja Verwegenheit, da der Zwischenraum zwischen den beiden feindlichen Heeren nur sechs Marschstunden betrug, und da jedes von ihnen allein den deutschen Kräften weit überlegen war. Es konnte nur gelingen, wenn die unteren Führer den schweren Aufgaben gewachsen waren, die der Oberbefehlshaber ihnen stellte, wenn alles zusammengriff und klappte, und wenn es gelang die Russen getrennt zu halten. Der erste Angriff galt der zwischen Hohenstein, Gilgenburg und Ortelsburg stehenden Narew-Armee; er wurde am 26. August mit dem Ziele begonnen, Samsonows Mitte vorzulocken, seine Flügel zu umgehen und ihn dann vollkommen zu umschließen. Der geniale Plan gelang dank der ausgezeichneten Mitwirkung der unteren Führer und der rücksichtslosen Tapferkeit der Truppen, die um den Boden und die Befreiung der Heimat kämpften, vollkommen; das vorbildliche Beispiel einer Umfassungsschlacht wurde geliefert und am 28. August hatte die deutsche Heeresleitung einen strahlenden, einzigartigen Sieg errungen: Das weit überlegene feindliche Heer war vernichtet; 93000 Gefangene fielen in deutsche Hand —; die Kriegsbeute war unermeßlich. Der deutsche Oberbefehlshaber taufte die Schlacht auf den Namen der Stadt Tannenberg, die im Gefechtsgebiet lag, und sühnte damit nach Jahrhunderten die Schmach, die einst (1410) dem deutschen Volke durch die Niederlage des Ordensheeres dort angetan worden war. Mit jubelnder Dankbarkeit wurde die Kunde vom Tannenberger Siege überall, wo Deutsche wohnen, aufgenommen, und das Volk hatte sofort das richtige Gefühl, daß die Meister dieser Schlacht die Helden dieses Krieges seien und blieben. Ohne die Einzelheiten des genial erfaßten und mustergültig genau ausgeführten Schlachtplanes zu kennen, ahnte es, daß hier höchste Feldherrenkunst sich bewährt hatte, deren ebenso kühne wie besonnene Träger Besonderes sein mußten. Die aber hatten keine Zeit zur Rast: im Norden der Provinz stand Rennenkampf mit ungeschwächtem Heere und seine Truppen hausten fürchterlich in den heimgesuchten Bezirken. Schnell und sicher nahmen die deutschen Feldherren die Umordnungen vor, die den Angriff gegen die russische Njemen-Armee vorbereiteten; die Gegner trafen sich im Gebiet der masurischen Seen, das den Deutschen für den Fall des Gelingens ihres Planes, der wieder auf die Umstellung zielte, große Vorteile bot. Am 10. September begann

der neue Kampf; in zwei Meldungen von diesem Tage teilte Hindenburg — nun zum Generaloberſten ernannt — mit, daß eine Schlacht im Gange ſei, in der er den linken (ſüdlichen) Flügel der Njemen-Armee geſchlagen und ſich damit den Zugang in den Rücken des Feindes geöffnet habe. Diesmal entzogen ſich die Ruſſen der tödlichen Umklammerung, indem ſie den Rückzug antraten; die Deutſchen verfolgten ſie nach Nordoſten und warfen in einem Gefecht bei Lyck am 11. September friſche Kräfte des Feindes, die Rennenkampf zu Hilfe kamen, zurück. Nun artete der Rückzug der Ruſſen in wilde Flucht aus. Großfürſt Nikolai Nikolaijewitſch, der ſich bei der Njemen-Armee befand, rettete ſich nur durch eiligſte Flucht. Der Gegner war zertrümmert, wenn auch nicht, wie bei Tannenberg, vernichtet. Kennzeichnend für die Größe des Erfolges iſt die Meldung des Generaloberſten von Hindenburg, aus der einige Sätze hier angeführt ſeien:

„Die Wilnaer (das iſt die ‚Njemen‘-)Armee iſt durch die Schlacht an den Maſuriſchen Seen und durch die ſich daran ſchließende Verfolgung vollſtändig geſchlagen. Die Grodnoer Reſerve-Armee ... hat in beſonderem Gefechte bei Lyck ſchwer gelitten. Der Feind hat ſtarke Verluſte, ...; die Zahl der Gefangenen ſteigert ſich. Die Kriegsbeute iſt außerordentlich. Bei der Frontbreite der Armee von über 100 km, den ungeheuren Marſchleiſtungen von zum Teil 150 km in vier Tagen, bei den ſich auf dieſer ganzen Front und Tiefe abſpielenden Kämpfen, kann ich den vollen Umfang noch nicht melden ... die Armee war ſiegreich auf der ganzen Linie gegen einen hartnäckig kämpfenden, aber ſchließlich flüchtenden Feind.“

Wieder brauſte der Jubel durch die deutſchen Lande und die Feldherren von Tannenberg und Maſuren waren zu Helden von echteſter Volkstümlichkeit geworden. Oſtpreußen war befreit, der ruſſiſche Vorſtoß gegen die deutſche Grenze geſcheitert, und ſofort wurde der Krieg dem Feinde ins Land getragen.

Inzwiſchen hatten ſich die Dinge im Südoſten zum Nachteil der anfangs kühn und erfolgreich in Galizien und Süd-Kongreßpolen vorſtürmenden Öſterreicher weſentlich verſchlimmert, da die ruſſiſche Übermacht zu groß war. Deshalb wurde das ſiegreiche deutſche Heer aus Nordoſten zu Hilfe gerufen. Sofort nach der Schlacht an den Maſuriſchen Seen vollzog Hindenburg ſeinen „Umzug“ nach Südpolen; zum Schutz von Oſtpreußen und Polen wurden nur ſchwache Kräfte zurückgelaſſen.

Der im Herbſt 1914 in Kongreß-Polen geführte Feldzug Hindenburgs iſt von beiſpielloſer Kühnheit und Vorſicht zugleich; er zeigt den Feldherrn und ſeinen Generalſtabschef an neuen Gedanken und Aushilfen unerſchöpflich. Auch in den gefährlichſten Lagen, die infolge der immer neu aus dem

Hinterland zuströmenden Massen russischer Truppen wiederholt entstanden, verloren beide keinen Augenblick Ruhe und Übersicht, und sie hatten Führer und Soldaten unter sich, die schlechthin unübertrefflich waren. Es ist nicht die Aufgabe dieses Buches, den verwickelten Vorgängen auf diesem Kriegsschauplatz im einzelnen nachzugehen; es genüge die Feststellung, daß das deutsche Ostheer nun die Aufgabe hatte, die Österreicher, die von den Russen einfach erdrückt zu werden drohten, zu entlasten. Zu diesem Zwecke wurde ein kühner Stoß in die Flanke des Feindes geführt. Dieser war aber so reich mit Truppen versehen, daß er in der Lage war Hindenburgs rechten Flügel bei Iwangorod festzuhalten, um den linken zu umklammern; Stützpunkt der Russen war die Hauptstadt Warschau. Um der drohenden Gefahr zuvorzukommen, wurde Mitte Oktober ein Vorstoß gegen Warschau unternommen. Dort standen aber vierfach überlegene russische Kräfte. Schnell entschlossen löst sich der deutsche Feldherr nach mehrtägigen Kämpfen, die hauptsächlich den Feind über den beabsichtigten Rückzug täuschen sollten, von den Russen los und geht auf den Fluß Rawka zurück; als dann der Feind in Massen nachrückt, wird ein Ausweichen auf die Grenzlinie Thorn—Czenstochau—Krakau notwendig. Diese schwierigste Maßnahme ward so meisterhaft ausgeführt, daß die Russen nur langsam zu folgen wagten, und weder Gefangene noch Beute in ihre Hände fielen. Trotzdem stieg die Gefahr aufs Höchste: die Russen hatten nun 45 Armeekorps zusammen, die auf Krakau und Breslau marschierten. Die Siegesgewißheit der Verbandländer äußerte sich in dem Worte von der „russischen Dampfwalze", die alle Gegenwehr einfach unter sich zermalmen werde. Die preußischen Provinzen Posen und Schlesien waren aufs Äußerste bedroht; ihr Schutz wurde dem schlesischen Landwehrkorps von Woyrsch und mehreren von Österreich gesandten überlassen. Das ganze übrige Ostheer führte mit der Eisenbahn einen Linksabmarsch nach der Linie Hohensalza—Thorn aus und wurde von dieser neuen Grundstellung überraschend gegen die rechte Flanke der russischen Riesenarmee vorgeführt. Dabei zeigte sich die Kriegskunst Hindenburgs und Ludendorffs, die Tüchtigkeit ihrer Unterfeldherren, die Unübertrefflichkeit ihrer Truppen in strahlendstem Lichte. Was dort geleistet wurde, waren so verwickelte Kriegsvorgänge, daß sie der Laie nicht verstehen und verfolgen konnte — auch waren für ihn die erzielten Erfolge nicht so offensichtlich, wie nach den herrlichen Schlachten von Tannenberg und in Masuren; deshalb haben diese Leistungen des deutschen Heeres und seiner Führer, unter denen sich besonders General von Mackensen auszeichnete, nicht die Volkstümlichkeit erlangt, die jenen anderen Kriegstaten zu Teil wurde. Um so mehr ist es Pflicht darauf hinzuweisen, daß Feldherren und Heer vielleicht zu keiner Zeit und auf keinem Kriegsschauplatz Größeres vollbracht haben, als in jenen polnischen Herbstfeldzügen: was an Marsch-

leistungen und seelischer Widerstandskraft von den deutschen Soldaten hier verlangt werden mußte, ist wahrscheinlich ohne Beispiel in der Geschichte. Der Flankenvorstoß führte zu den blutigen Schlachten um Lodz (Ende November — Anfang Dezember) und schließlich zu der — wenn auch sehr weitläufigen — Einschließung von Warschau. Aus den zahlreichen blutigen Kämpfen dieser Tage sei nur die Heldentat von Brzeziny erwähnt: dort gelang es den Russen, das 25. Reservekorps und die 3. Gardedivision doppelt zu umklammern, so daß kein Ausweg möglich erschien: Der Befehlshaber jener schwachen Kräfte, General von Scheffer-Boyadel, beschloß den Durchbruch und erzwang ihn, unterstützt von dem Führer der Gardedivision Generalleutnant Litzmann, in dreitägigen schwersten Kämpfen; in der Nacht vom 23. auf 24. November glückte das Wagnis; auf sechstausend Mann war die deutsche Truppe zusammengeschmolzen — und sie brachte zwölftausend Russen als Gefangene mit sich!

Auch die österreichischen Heere leisteten in diesen Kämpfen Außerordentliches; von ihren vorangegangenen furchtbar schweren Feldzügen wird noch kurz zu berichten sein.

Ende Dezember 1914 stand das Ergebnis fest: Die Russen waren in Polen überall zurückgeworfen und bezogen auf der Flußlinie Bzura—Pilica—Nida—Dunajez—Biala Verteidigungsstellen; seitdem erstarrte auch dort der Krieg zum Festungs- und Stellungskampf, bis die Russen aus ihrem unerschöpflichen Menschenvorrat wieder so verstärkt waren, daß sie erneut zum Angriff übergingen.

Die Retter Ostpreußens hatten Posen und Schlesien vor dem Einfall der Feinde geschützt; an ihrer überlegenen Kriegskunst und der unerschütterlichen Tapferkeit ihrer Truppen war die russische Dampfwalze zuschanden geworden.

Aber während sie dies Heldenwerk in Kongreß-Polen verrichteten, war neue Gefahr über den Nordosten der Heimat heraufgezogen, deren Abwendung des Zusammenhanges wegen hier sogleich geschildert sei, auch wenn damit zeitlich vorgegriffen wird.

Als Hindenburg seinen „Umzug" nach Kongreß-Polen ausführen mußte, konnten in Ostpreußen nur schwache Kräfte belassen werden, die dem tüchtigen General Otto von Below unterstellt wurden. Sie mußten sich der Übermacht der Russen gegenüber auf die Verteidigung beschränken und bezogen zu diesem Zwecke starke Stellungen hinter der Angerapp auf der Linie Johannisburg—Gumbinnen und an den masurischen Seen; ihr Stützpunkt war die Feste Boyen bei Lötzen. Alles ostpreußische Land vor dieser Verteidigungsstellung lag notgedrungen ungeschützt und mußte noch einmal den Russen preisgegeben werden; wiederum hausten ihre Scharen dort schrecklich. Anfang Februar 1915 schlug die Stunde der Befreiung, als der deutsche Oberbefehlshaber im Osten, seit

27. November 1914 zum Generalfeldmarschall ernannt, in Polen seine Aufgabe gelöst, seine Heere zum Vorstoß nach Ostpreußen zurückgeführt und sie dort neu geordnet hatte. Am 7. Februar begann der neue Feldzug mit dem Übergang über das Flüßchen Pissek südlich von Johannisburg; am Tage darauf wurden diese Stadt und ihre Nachbarorte, mit Lyck, wieder genommen. Damit wurde die neuntägige Winterschlacht in Masuren (8.—16. Februar) eingeleitet. Unter dem Feldmarschall umschlossen die Heere des Generaloberſten von Eichhorn und des Generals von Below die zehnte russische Armee des Generals von Sievers östlich der Masurischen Seen. Unerhörtes mußte den deutschen Soldaten zugemutet werden; durch gewaltige Schneestürme kämpften sie sich durch, und es gelang, den Feind so vernichtend zu schlagen, daß der im Forste von Augustow umstellte Rest der Russen die Waffen streckte. Unermeßlich war die Beute an Kriegsgerät; 7 Generale und über 100000 Mann fielen in Gefangenschaft.

Und wieder erklangen die Glocken in deutschen Gauen, dem Danke und der Freude für solches Geschehen Ausdruck zu geben.

Aber die Russen ließen nicht nach; bereits Ende Februar warfen sie neue Heeresmassen gegen die Grenzen von Ost- und Westpreußen, die erfolgreich verteidigt wurden. Bei diesen auf russischem Boden ausgetragenen heldenhaften Kämpfen zeichnete sich General von Gallwitz besonders aus. Ihr Ergebnis war, daß die deutsche Ostmark seit Mitte März endgültig gesichert war; abgesehen von einem zweitägigen Raubzug der Russen nach Memel (18. März) hat seitdem kein Feind mehr den Boden des Vaterlandes dort betreten.

Dies hatte die Heimat ihren Helden Hindenburg und Ludendorff, den ihnen unterstellten ausgezeichneten Generalen und der über alles Lob erhabenen Kriegstugend ihrer Offiziere und Soldaten zu verdanken.

Die ersten Kämpfe des österreichisch-ungarischen Heeres.

Die Aufgabe der Bundesgenossen war es, mit ihrem Hauptheer die Russen in Südpolen anzufallen und ihren Aufmarsch möglichst zu stören, damit Zeit gewonnen werde, bis die Hauptarbeit der Deutschen im Westen erledigt sei; der Krieg gegen Serbien wurde selbstverständlich Nebensache, nachdem die Dinge diese Entwicklung genommen hatten.

Die gestellte Aufgabe lösten der verbündete Oberfeldherr Erzherzog Friedrich und sein hervorragender Generalstabschef Freiherr Conrad von Hötzendorff, indem sie schon in der ersten Augustwoche einen kühnen Vorstoß zwischen Weichsel und Bug unternahmen. Alsbald von den Russen gemachte Versuche, in die Bukowina und nach Galizien einzudringen, scheiterten. In der letzten Augustwoche spielten sich Großkämpfe ab, bei denen die Österreicher siegreich blieben: in der

Schlacht bei Krasnik (23.—25. August) brachte General von Dankl den Russen eine schwere Niederlage bei, bei Zamosc und Komarow schlug General von Auffenberg ein starkes von Osten vordringendes Heer. Aber der Feind wälzte immer neue Massen heran. Von dem wolhynischen Festungsdreieck Rowno—Luzk—Dubno drang er in die Bukowina und in Galizien ein; Czernowitz und Lemberg mußten ihm überlassen werden. Bei Lemberg nahmen die österreichisch-ungarischen Streitkräfte den Kampf auf; es kam zu einer fünf Tage dauernden schweren und wechselvollen Schlacht, bei der sich die kaiserlichen Truppen mit Ausdauer der weit stärkeren Feinde erwehren; als die Übermacht erdrückend zu werden droht, ordnet Conrad von Hötzendorff an, daß der Kampf abgebrochen und der allgemeine Rückzug der österreichisch-ungarischen Streitkräfte angetreten wird. Sie wählen Stellungen hinter dem Dunajez und in den Karpathen; alles Vorland ist den Russen überlassen; die Festung Przemysl wird von ihnen eingeschlossen, aber der Einfall nach Ungarn gelingt nicht. Dies war die Lage Mitte September 1914, als Hindenburg seinen Zug nach dem Süden antrat, um den Feind in der Flanke zu fassen und damit den Bundesgenossen zu entlasten. Wir wissen, mit welchem Erfolge dies geschehen ist, wissen auch, daß die Bundesgenossen daran redlichen Anteil hatten. Für das österreichisch-ungarische Heer war das Ergebnis Mitte Dezember so, daß nach der siegreichen Schlacht bei Limanowa (12. Dezember), der Einnahme von Gorlice und Petrikau die ungeheure Gefahr beschworen war; die Russen waren zurückgeworfen. Aber sie sammelten neue Kräfte.

Was hier in allergröbsten Umrissen zu schildern versucht wurde, sind Kriegsvorgänge von größter Bewegtheit und Wucht. Kein Zweifel, daß die oberste Heeresleitung des Bundesgenossen alles daran setzte, der verabredeten Aufgabe gerecht zu werden — kein Zweifel auch, daß ihr Vorgehen kühne Entschlossenheit und opferbereite Tatkraft zeigte. Wenn der Umschwung so bald zum Nachteil des österreichisch-ungarischen Heeres eingetreten ist, so lag dies nur zum Teile an der gewaltigen Überlegenheit der Russen, die zudem längst kriegsbereit waren, während die österreichisch-ungarische Streitmacht lange nicht so gerüstet und vor allem an Artillerie unterlegen war. Es kam dazu, daß die ruthenische Bevölkerung Ostgaliziens, wo wichtige Kämpfe spielten, sich in hochverräterischem Einverständnis mit dem Feinde befand und ihm Spionendienste verrichtete, — weiter aber auch, daß das verbündete Heer jetzt die Mängel offenbarte, die sich aus der Verschiedenartigkeit der Völker ergaben, aus denen es zusammengesetzt war; die Verhetzung durch den „Nationalitätenstreit" zeitigte schlimme Früchte an der Kampffront. Unbedingt zuverlässig waren eigentlich nur die Deutschen, Madjaren, Dalmatiner und Kroaten; von letzteren abgesehen waren alle Slawen bedenklich, am unzuverlässigsten Tschechen, Slowaken

und Ruthenen. Die Erfahrungen vor dem Feinde führten dazu, daß die Verwendung der nicht-deutschen oder nicht-madjarischen Truppen nach Möglichkeit so angeordnet werden mußte, daß sie nicht-verwandten Feinden entgegengestellt wurden — eine schwer zu lösende Aufgabe. Ja, man sah sich bald dazu veranlaßt, die Tschechen möglichst von der Front zurückzuhalten und in der Heimat zu verwenden. Als Italien in den Krieg eintrat, bot sich Gelegenheit ihm Truppen entgegenzustellen, die den Russen gegenüber minder verläßlich erschienen.

Alles in allem Umstände, die sich aus dem vor dem Kriege zu äußerster Erbitterung gestiegenen Nationalitätenstreite ergaben und die das österreichisch-ungarische Heer — ganz abgesehen von seiner zahlenmäßigen Schwäche und unzureichenden Kriegsrüstung — als wesentlich gehemmt erscheinen ließen. Wenn man dies in Betracht zieht, muß man bewundern, was der tatsächliche Leiter des Krieges, Freiherr Conrad von Hötzendorff, zustande brachte, und die Leistungen der treuen Bestandteile des Heeres verdienen höchstes Lob. Unter ihnen hinwiederum steht obenan, was die Deutschen geleistet haben. Mit stürmischer, lebenverachtender Tapferkeit rannten die Söhne der Steiermark, Kärntens und Tirols gegen den Feind. Auf den Schlachtfeldern Galiziens verblutete sich mancher deutsche Truppenteil, indem er so seine Treue gegen den Herrscher, gegen den Staat und gegen die Sache des deutschen Volkes besiegelte. Denn dies wußte der Bauer in den Alpen so gut wie der seebefahrene Mann der Waterkant im Norden, daß es jetzt um die Sache des ganzen Deutschtums gehe.

Die Anfänge des Krieges zur See und in der Luft.

Wenn etwas den Deutschen dieser Zeit ans Herz gewachsen war, so war es die deutsche Flotte; sie war wehrmacht-politische Einrichtung des Reiches, und ihr oberster Kriegsherr hatte, von Großadmiral von Tirpitz wohl beraten, alles für ihren Ausbau getan, was die politische Reichsleitung und der Reichstag zugestanden. Man wußte, daß die Flotte kriegstüchtig war und wartete mit ruhiger Sicherheit auf ihre Taten, obwohl ihre zahlenmäßige Unterlegenheit gegenüber der englischen jedermann bekannt war.

Für die Leistungen der deutschen Seemacht war es von vornherein verhängnisvoll, daß eine wirkliche einheitliche oberste Führung nicht vorhanden war; die Befugnisse lagen zersplittert bei den Chefs des Admiralstabs, der Hochseeflotte, des Ostseegeschwaders und der Stationen der Nord- und Ostsee — in Wilhelmshaven und Kiel —, abgesehen von den Einflüssen des Marinekabinetts und der Reichskanzlei.

Der tatkräftige Teil der Admirale und der Offiziere war der Meinung, daß die Flotte — wie das Landheer — dazu da sei, um zu kämpfen; die politischen Stellen und die von ihnen beeinflußten hohen Seeoffiziere

dagegen glaubten, daß sie da sei „um da zu sein", d. h. um durch ihr Vorhandensein beim Ende des Krieges englischen Ansprüchen gegenüber als Machtmittel in die Wagschale geworfen werden zu können — eine Auffassung, die ganz und gar unmilitärisch, noch nicht einmal unbedingt politisch, sondern wesentlich diplomatisch war.

Der Schöpfer der deutschen Flotte, Großadmiral von Tirpitz, war der Meinung, daß die Flotte kämpfen solle und stellte sich dem Obersten Kriegsherrn als ihr Führer zur Verfügung. Kaiser Wilhelm entschied auf den Rat seines Kanzlers und des Marinekabinetts anders: Tirpitz blieb im Reichsmarineamt und die Flotte sollte möglichst geschont werden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die auf Kampftätigkeit der Seemacht dringenden Offiziere nicht leichtherzig und oberflächlich verfuhren, sondern ihren Rat mit der schnelleren Kriegsbereitschaft (Mobilmachung) und der Überlegenheit der deutschen schwersten Schußwaffen (Artillerie) und Panzerung begründeten, sowie daß sie entscheidende Kämpfe bei Kriegsbeginn für aussichtsreicher hielten, solange die in Betracht kommenden Gewässer noch nicht mit Minen verseucht waren. So weit man vor Klarlegung aller die Entscheidung des Kaisers beeinflussenden Umstände zu urteilen vermag, gaben ihnen die Erfahrungen Recht, die in allen Fällen gemacht wurden, wo die deutsche Flotte sich mit den Feinden, vor allem mit den Engländern messen konnte.

Auch in diesem Falle kann eine nachträgliche Untersuchung an den geschichtlichen Tatsachen nichts ändern. Wer aber das ruhmlose Ende der deutschen Flotte sieht, wird wünschen, daß sie in höherem Maße als Kampfmittel verwendet worden wäre, um im schlimmsten Falle ehrenvoll zugrunde zu gehen, nachdem sie den Feind möglichst geschädigt hätte, — anstatt daß sie schließlich kampflos und schmachvoll an die Engländer ausgeliefert wurde.

Ein eigenartiger Abschnitt zu der Frage: Staatskunst und Kriegführung! Zu große Vorsicht ist selten eine gute Beraterin — im Kriege nie.

* * *

Wo immer die deutsche Kriegsflagge sich auf den Meeren zeigte, tat sie es in hohen Ehren, und es ist kein Zweifel, daß Seeoffiziere und Matrosen in Begeisterung, Kampfesmut und Opferwilligkeit den Kameraden vom Lande ebenbürtig waren — ja man kann davon reden, daß sie die Taten des Heeres mit Eifersucht verfolgten und darauf brannten, die eigene Tüchtigkeit voll zu bewähren.

Der Seekrieg wurde erfolgverheißend mit dem schneidigen Husarenstreich der beiden Kreuzer „Göben" und „Breslau" eingeleitet, die sich bei Eröffnung der Feindseligkeiten unter dem Befehl des Admirals Souchon im Mittelmeer aufhielten; sie beschossen zunächst einige Hafen-

städte Algiers, dampften nach Messina, um Kohlen einzunehmen und durchbrachen dort die englische Bewachungslinie, um nach den türkischen Gewässern zu gelangen; sie erreichten Konstantinopel und gingen nach einem Übereinkommen der beiderseitigen Regierungen in türkischen Besitz über. So wurden sie der Kern der osmanischen Flotte und leisteten, als die Türkei den Mittelmächten als Bundesgenosse beitrat, im Seekrieg Außerordentliches.

In den heimischen Gewässern fand am 28. August ein Seegefecht zwischen leichteren deutschen Streitkräften und englischen Schlachtkreuzern statt; erstere fochten mit Ehren, wurden aber von der deutschen Schlachtflotte nicht unterstützt; die kleinen Kreuzer „Mainz", „Köln" und „Ariadne" fanden dabei ein ruhmvolles Ende.

Seit September 1914 trat auch die jüngste Waffe des Seekrieges, das Unterseebot, auf deutscher Seite in Tätigkeit; sie fand sofort kühne Führer, von denen der Held des „U-Bootes 9" Kapitänleutnant Weddigen sich einen glänzenden Namen erwarb; ihm gelang es am 22. September am hellen Tage angesichts der holländischen Küste drei englische Kreuzer zu versenken.

Es scheint, nachdem diese neueste Waffe und die sich aus ihrer Verwendung ergebenden politischen Fragen im weiteren Verlaufe des Krieges besondere Bedeutung gewannen, angezeigt, auf die Gesichtspunkte hinzuweisen, die für die Anhänger des Unterseebootes und die rein-militärische, also durch politische Rücksichten nicht gehemmte Verwendung dieser Waffe maßgebend waren.

Daß die Unterseeboote ein neues Kriegsmittel waren, konnte ihre Anwendung ebensowenig hindern wie der Umstand, daß sie bis dahin mangels einer Gelegenheit noch niemals gebraucht worden waren — alle neuen Waffen müssen einmal schließlich zum ersten Male angewandt werden. Daß die völkerrechtlichen Abmachungen über die Unterseeboote nichts bestimmten, konnte gegen ihren Gebrauch nicht geltend gemacht werden, weil sie zur Zeit jener Verhandlungen als Waffe noch zu unentwickelt und deshalb nicht berücksichtigt worden waren. Daß das deutsche Reich kurz vor dem Weltkrieg eine kriegsbrauchbare Art jener Fahrzeuge hergestellt hatte, mit der es seinen Feinden überlegen war, sprach natürlich auch nicht dagegen — auch nicht, daß die neue Waffe bei erfolgreicher Anwendung furchtbare Wirkungen erzielte. Die Feinde haben das Unterseeboot als eine völkerrechtswidrige und unmenschliche Waffe hingestellt, haben selbst aber den Krieg gegen das von allen Seiten umklammerte, von der Welt abgeschnittene deutsche Reich nicht nur mit allen militärischen Mitteln geführt, die ihnen zu Gebote standen, sondern durch völkerrechtswidrige Absperrungserklärungen (Blockade), ebensolche Maßnahmen über den Begriff der Bannware Kontrebande) und sonstige

wirtschaftliche Zwangsmittel eine Kriegführung eingeleitet, die gegen alles geläuterte, neuzeitliche Völkerrecht verstieß, weil sie sich gegen die Gesamtbevölkerung richtete, also auch die Nichtkämpfer „Nicht-Kombattanten") darunter leiden ließ. Es ist erwiesen, daß die Feinde von vornherein sich den Hunger als wichtigsten Bundesgenossen auserwählt haben: Das deutsche Volk sollte dadurch, daß ihm jede Zufuhr von Übersee abgesperrt wurde, und daß seine neutralen europäischen Nachbarn gezwungen wurden, ihm nichts oder möglichst wenig zu liefern, einfach der Hungersnot ausgesetzt und durch ihre Wirkungen zur Unterwerfung gezwungen werden. Man rechnete damit, daß in einem Vierteljahr dieser Zustand erreicht sei, soweit die deutschen Heere nicht durch die ungeheure Übermacht der Feinde zertrümmert würden.

Der Hunger war also die wichtigste Waffe der Feinde — eine Waffe, die bewußt und kaltblütig angewandt wurde. Es war an sich die grausamste, unmenschlichste Kriegführung, die denkbar war — und Feinde, die sich zu ihr entschlossen, hatten kein Recht, Schonung zu erwarten. Die Frage des U-Bootkrieges liegt genau so, wie jene des deutschen Einmarsches in Belgien: in keinem der beiden Fälle handelte das deutsche Reich völkerrechtswidrig; in beiden lag zudem ein Notstand vor, der zu den Maßnahmen zwang, die allein ihn beseitigen konnten; in beiden war dieser Notstand durch die Feinde geschaffen worden, die es auf die Vernichtung des deutschen Volkes abgesehen hatten. In beiden Fällen gab es nicht nur Deutsche, die die Geschäfte der Feinde im Vaterlande besorgten, sondern es konnte schließlich geschehen, daß die Verblendeten, die beide militärische deutsche Notstandsmaßnahmen verurteilten, die öffentliche Meinung beherrschten.

Um seinen Zweck zu erfüllen, mußte das U-Boot nicht nur gegen feindliche Kriegsschiffe verwendet werden, sondern auch gegen feindliche Handelsschiffe und dann auch solche in neutralem Besitze, die sich in Gewässer wagten, die zum Kriegsgebiet erklärt worden waren. Die Einzelheiten dieser verwickelten Fragen und Vorgänge können in diesem Buche nicht geschildert werden; hier kommt es darauf an, festzustellen, daß das deutsche Reich unter allen Gesichtspunkten berechtigt und dem eigenen Volke gegenüber verpflichtet war, zur Behebung der furchtbaren Gefahr, und um den durch die Feinde geschaffenen schwersten Notstand durch Brechung des feindlichen Vernichtungswillens zu beseitigen, die U-Boote rücksichtslos zu gebrauchen, und zwar nicht nur gegen feindliche Kriegsschiffe, sondern auch gegen feindliche Handelsschiffe und solche neutralen, die die vom Reich gegen seine Feinde erklärte Blockade nicht beachtet hatten (sog. „Unterseе-Handelskrieg").

Das deutsche Kreuzergeschwader, das bei Kriegsausbruch in den ostasiatischen Gewässern gelegen hatte, war den überlegenen dort befind-

lichen Streitkräften aus dem Wege gegangen und kreuzte im Stillen Ozean; es bestand aus den großen Kreuzern „Scharnhorst" und „Gneisenau" und aus den kleinen „Leipzig", „Dresden" und „Nürnberg"; den Befehl führte Vizeadmiral Graf Spee. Am 1. November 1914 stieß es bei Coronel an der chilenischen Küste auf englische Kräfte, die sofort angegriffen wurden. Bei schwerem Seegang wurde das Feuer aus weiter Entfernung eröffnet; bereits nach 52 Minuten waren die feindlichen Geschütze zum Schweigen gebracht. Der Feind verlor zwei Schiffe; eines entkam schwer beschädigt — auf deutscher Seite entstanden keine Verluste und nur geringe Beschädigungen der Schiffe.

Zum ersten Male hatten sich Deutsche mit Engländern im Kampfe auf hoher See gemessen, und die deutsche Flagge hatte den Sieg davon getragen. Mit Stolz und Hoffnung wurde diese Kunde in der Heimat aufgenommen. Fünf Wochen später traf Graf Spee bei den Falklandsinseln auf weit überlegene englische und japanische Geschwader; trotzdem griff er sie sofort an, und es entspann sich eine Schlacht, bei der sich die deutschen Schiffe mit zähester Tapferkeit wehrten; dabei sanken alle außer der „Dresden", der es gelang, zu entkommen. Der deutsche Admiral fand mit zwei Söhnen den Heldentod. Der Verlust des Kreuzergeschwaders war schwer aber unvermeidlich, ein Trost, daß er in höchsten Ehren erfolgt war.

Außer diesem Geschwader waren noch einige kleine Kreuzer in verschiedenen Gewässern tätig; ihre Aufgabe war es die feindliche Handelsschiffahrt zu schädigen. Bei diesem Kaperkriege haben sich besonders die Kreuzer: „Emden", „Königsberg" und „Karlsruhe" ausgezeichnet; mit verwegenstem Mute führten sie abenteuerliche Taten aus, die auch die Achtung der Feinde erzwangen. Den glänzendsten Namen gewann sich der Kommandant der „Emden", Fregattenkapitän von Müller, und der ihm zuerst unterstellte, dann als Führer der „Ayesha" selbständig tätige Kapitänleutnant von Mücke. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß überall die Haltung von Offizieren und Matrosen über alles Lob erhaben war.

In den heimatlichen Gewässern fanden weiterhin häufige Vorstöße schwächerer oder stärkerer deutscher Kräfte statt — abgesehen von den fortgesetzten erfolgreichen Unternehmungen der Unterseeboote. Zu einer größeren Gefechtshandlung kam es infolge der Zurückhaltung der englischen Flotte erst wieder am 24. Januar 1915, als ein deutsches Geschwader von vier Panzer- und vier kleinen Kreuzern in der Nähe von Helgoland mit einem stärkeren englischen Geschwader zusammenstieß. Der Kampf dauerte drei Stunden und wurde von den Engländern abgebrochen, die mindestens ebenso schwere Verluste hatten wie die Deutschen. Beide Teile schrieben sich den Sieg zu — kein Zweifel, daß auch hier wiederum

die deutsche Flotte und alle an dem Kampf Beteiligten in Ehren bestanden hatten.

* * *

Außer den Unterseebooten besaß das deutsche Reich in Luftkreuzern eine Angriffswaffe, der die Feinde nichts Ebenbürtiges entgegenzustellen hatten. Das vom Grafen Zeppelin hergestellte Luftschiff war so vervollkommnet worden, daß es zu Kriegszwecken nicht nur für die Aufklärung, sondern auch für den Angriff brauchbar wurde; sein Erfinder war überzeugt, daß ihm eine große Rolle zufallen müsse und bemühte sich, die maßgebenden Stellen dafür zu gewinnen, daß man seine Waffe rücksichtslos vor allem gegen England anwende. Hiergegen wurden Bedenken ähnlicher Art geltend gemacht, wie sie wider den Unterseebootkrieg erhoben wurden. Der Hinweis des greisen Grafen, daß England zunächst nur durch diese Waffe im eigenen Lande getroffen werden könne und daß man damit planmäßig und rücksichtslos vorgehen müsse, bevor die Engländer ausreichende Abwehrmittel geschaffen hätten, wurde mit Erwägungen falscher Menschlichkeit abgetan, und man begnügte sich damit, gelegentliche Streiffahrten gegen englische Küstenstädte zu unternehmen, auch ein paarmal London anzugreifen — alles Beginnen, die nach Graf Zeppelins Meinung den Feind nur reizten, ohne ihn nachhaltig zu schädigen. Ob das Vorhaben des großen Erfinders in seinem Sinne wirklich durchführbar war, bleibe dahingestellt — jedenfalls war er von der furchtbaren Gefahr, in der sein Vaterland schwebte, und aus der er es durch seine Waffe retten helfen wollte, so überzeugt, daß er, als seine Pläne hartnäckig abgelehnt wurden, davon sprach, daß ihm der Tod willkommen sei, damit er Deutschlands Untergang nicht zu erleben brauche.

Als man sich später dazu entschloß, die „Zeppeline" in höherem Maße als bisher gegen England zu verwenden, hatten sich dort Abwehrmittel gefunden, die den Erfolg dieser deutschen Waffe sehr beeinträchtigten.

Wo immer aber die deutschen Luftschiffe zur Verwendung kamen — überall wetteiferten Führer und Besatzung in Kühnheit, Kaltblütigkeit und Schneid.

Neben den Luftschiffen gewannen die Flugzeuge schnell eine Bedeutung, die sich im Laufe des Krieges außerordentlich steigerte; sie wurden nicht nur für die Aufklärung und zu Angriffsfahrten weit ins feindliche Land hinein verwendet, sondern auch in der Feldschlacht selbst zu eigenem Angriff, wie zur Leitung der Geschütztätigkeit. In bezug auf diese Verwendung hatten die Franzosen größere Übung und der Zahl nach wird das Flugzeugwesen der Feinde dem deutschen weit überlegen gewesen sein. Was aber die Einzelleistungen betrifft, so haben die deutschen Luftkämpfer die anderen weit hinter sich gelassen: Helden wie Boelcke, Im-

melmann, von Richthofen haben Freund und Feind durch ihre Kühnheit in Erstaunen gesetzt und dem deutschen Heere unvergleichliche Dienste geleistet.

Außerpolitische Kriegführung.

Neue Feinde und Bundesgenossen — die Neutralen.

Als der Krieg für die Reichsleitung über Nacht gekommen war, und mit ihr diejenigen Kreise der Volksvertretung, der Presse und der öffentlichen Meinung, die einen solchen Zusammenstoß für unmöglich gehalten hatten, weil sie ihn selbst von deutscher Seite aus nicht wünschten, ihre ganze Politik zusammenbrechen sahen, hielt man es in allen politisch irgendwie tätigen Kreisen des deutschen Volkes — auch wenn sie bis dahin stets mit dem Reichskanzler gegangen waren — für selbstverständlich, daß Bethmann Hollweg und mit ihm die Bloßgestellten des Auswärtigen Amtes aus dem Dienste ausscheiden müßten. Man nahm an, daß dies nach einer gewissen Anstandsfrist geschehen werde, zumal in der ersten Zeit nach dem Kriegsausbruch der Kaiser sehr abfällig über die Tätigkeit seiner diplomatischen Berater urteilte, so daß der Schritt zu ihrer Beseitigung eigentlich nahegelegen hätte. Aber er wurde nicht getan, ja, es ist sicher, daß der Einfluß des Reichskanzlers wieder wuchs, als der militärische Rückschlag in Frankreich die Hoffnung des Kaisers auf ein rasches Ende enttäuschte.

So blieb Bethmann Hollweg im Amte, und es gelang ihm, die Stimmen zum Schweigen zu bringen, die öffentlich an seiner Tätigkeit vor dem Kriege Urteil übten und verlangten, daß ein Mann von so erwiesener politischer Unfähigkeit durch einen tauglichen ersetzt werde. Zu dem Zwecke, den Widersprechenden jede Meinungsäußerung zu verwehren, wurde die „militärische Zensur" mißbraucht, von der noch zu berichten sein wird.

Mit Bethmann Hollweg blieb sein Geist der Schwäche, Ziellosigkeit und Unentschlossenheit, und er stützte sich auf diejenigen Kreise der Volksvertreter, der Presse und der öffentlichen Meinung, die ihm wesensverwandt waren. In einer Zeit, in der es darauf ankam das deutsche Volksgefühl aufs Äußerste zu entflammen, den „furor teutonicus", von dem Bismarck so bedeutungsvoll gesprochen, zu entfesseln, geschah von Amts wegen alles, um die in solcher Not schlechthin unentbehrliche Volksleidenschaft zu dämpfen, damit keinem der Feinde zu nahe getreten würde. Der Verständigungswahn lebte im Kopfe dieses Kanzlers und seiner Leute weiter; er suchte auf die Kriegführung Einfluß zu gewinnen und fand ihn auf dem Umweg über die Person Kaiser Wilhelms. Daß die Feinde die Vernichtung des deutschen Volkes wollten und nicht anderes, hatte der fünfte Reichskanzler nicht begriffen; so steht seine äußere Politik —

wenn man seine Tätigkeit während des Krieges so nennen will — im schärfsten Gegensatz zu derjenigen, die von den Staatsmännern der Feinde, vor allem in England und Frankreich, betrieben wurde. Bei ihnen rücksichtslose Tatkraft und Entschlossenheit — auf deutscher Seite das Gegenteil. Was Wunder, daß das alte Gesetz sich auch diesmal bewährte, daß Stärke anzieht, Schwäche aber abstößt!

Noch vor Eröffnung der großen Schlachthandlungen stellte Japan am 19. August das kurzbefristete Ansinnen an das deutsche Reich, ihm das deutsche Pachtgebiet von Kiautschau zu überlassen. Diese Macht, die zur Zeit des Fürsten Bismarck in engen freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Reiche gestanden hatte, ihre militärische Entwicklung deutschen Lehrmeistern ganz und ihre wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritte zum guten Teile deutschem Vorbilde verdankte, war durch das Verhalten der deutschen Politik nach dem japanisch-chinesischen Kriege (1894/95) so erbittert worden, daß die alten guten Beziehungen erschüttert wurden; damals war das Auswärtige Amt nach dem Frieden von Schimonoseki zusammen mit Frankreich und Rußland den Japanern in den Arm gefallen, um den Russen gefällig zu sein, und es hatte dazu beigetragen, der jungen aufstrebenden Macht die Früchte ihres Sieges zu kürzen. Als zwei Jahre später (1897) die deutsche Festsetzung in Kiautschau folgte, erblickte Japan darin eine Bedrohung seiner Ansprüche an die chinesische Erbschaft und wurde in seinem Mißtrauen gegen das deutsche Reich bestärkt. Dies war auch der Fall, als die deutsche Politik sich nach dem japanisch-russischen Kriege (1904/05) für den Frieden verwandte, der wiederum Japan — trotz seines militärischen Sieges — nicht das brachte, worauf sein Ehrgeiz ging.

Wir wissen, daß seit 1902 Japan ein Bündnis mit England hatte und gewissermaßen für diesen Bundesgenossen den Krieg gegen die Russen geführt hatte. Gleichwohl soll es unter dem Einflusse seiner Gegensätze wider die Vereinigten Staaten den Anschluß an das deutsche Reich wieder gesucht haben, und es liegen beglaubigte Mitteilungen darüber vor, daß es kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in Berlin ein Bündnis angeregt hat. Es ist klar, was ein solches für das deutsche Reich in der furchtbar schweren Lage bedeutet hätte, in die es durch die englische Einkreisungspolitik geraten war: zu Lande wären die Russen gezwungen gewesen, einen so starken Teil ihrer Truppen für den Osten bereit zu halten, daß sie sich den Krieg nach Westen wohl sehr überlegt hätten, und die rasch gewachsene japanische Seemacht hätte die Vereinigten Staaten im Schach gehalten. In Berlin ging man auf die japanische Anregung nicht ein und nun stellte sich dies Kaiserreich auf die Seite der Feinde. Damit war Kiautschau, die Musterstedlung der ganzen europäischen überseeischen Kolonialpolitik verloren: am 7. November 1914 streckte die deutsche Besatzung die

Waffen, nachdem sie sechs Wochen lang dem mehr als zehnmal stärkeren Feinde tapfersten Widerstand geleistet hatte.

Viel schwerer als dieser Verlust fielen die anderen Folgen der japanischen Feindschaft ins Gewicht: nicht nur, daß Rußland seine ganze Macht gegen Westen kehren konnte — Japan, das sich sonst am Kriege kaum beteiligte, stellte seine schnell geschaffene Rüstungsindustrie in den Dienst seiner Verbündeten und versorgte sie in größtem Maße mit Geschützen, Schießbedarf und sonstigem Kriegsgerät.

Abgesehen davon erhielten die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika freie Hand für ihr Verhalten während des Krieges. Daß diese bedeutendste unter den neutralen Mächten vom ersten Tage an innerlich auf der Seite der Feinde des deutschen Reiches stand, wurde klar, als Kaiser Wilhelm ganz im Anfang des Krieges das Eingreifen des Präsidenten Wilson gegen völkerrechtswidrige Maßnahmen im Waffengebrauch der Feinde erbat — war für denjenigen, der die Stimmung der Amerikaner englischer Abstammung und die Politik der Washingtoner Regierung beobachtet hatte, auch nicht anders zu erwarten. Die Bevölkerung stand, abgesehen von den Deutschen und Iren, ganz auf der feindlichen Seite; sie war seit Jahren von der ganz im englischen Fahrwasser befindlichen Presse in diesem Sinne bearbeitet, und die Politik wurde von den maßgebenden Geldleuten jüdischer und angelsächsischer Herkunft bestimmt, die von vornherein einen Sieg der Mittelmächte nicht zulassen wollten. Es kann gesagt werden, daß die Vereinigten Staaten trotz aller scheinheiligen und verlogenen Versicherungen von Kriegsbeginn an gegen die Mittelmächte ehrliche Neutralität nicht einhielten; ihre Industrie versorgte die Feinde mit Massen alles Kriegsgeräts und -bedarfs, sowie mit Geld, und politisch war dieser stärkste Neutrale stets auf der anderen Seite zu finden, bis er sich schließlich zur Teilnahme am Kriege entschloß.

Von den europäischen Staaten waren die Schweiz, Schweden und die Niederlande, sowie Spanien gewillt, freundliche Neutralität zu wahren, soweit die Regierungen in Betracht kamen; die Stimmung der Bevölkerungen war ungleich — in der welschen Schweiz offen feindlich; ebenso unter dem Einfluß des angeblichen deutschen Unrechts an Belgien und der erlogenen deutschen Greueltaten daselbst diejenige der unteren Schichten in Holland. Unfreundlich war die Haltung Dänemarks, Norwegens und Griechenlands, wo überall Englands Einfluß und Geld maßgebend war.

Italien und Rumänien hatten sich der nicht nach dem Wortlaut, wohl aber nach dem Sinne der Verträge unbestreitbaren Bundespflicht entzogen, der gemäß sie mit den Mittelmächten hätten zu Felde ziehen müssen; dabei half ihnen der Umstand, daß das deutsche Reich auf

Bethmann Hollwegs Betreiben an Rußland und Frankreich förmlich den Krieg erklärt hatte. Trotz aller fadenscheinigen Begründungen für ihr Verhalten war es klar, daß beide entschlossen waren, auf die Seite der voraussichtlichen Sieger zu treten — in Italien wurde dies ungescheut mit der Redensart ausgesprochen „gebt uns einen Sieg", d. h. erstreitet ihr Deutschen einen so großen militärischen Erfolg, daß der Kriegsausgang nicht mehr zweifelhaft ist. Die Gerechtigkeit gebietet es anzuerkennen, daß beide Länder in schwieriger Lage waren: Italien fand sich von der See her dem Angriff feindlicher Flotten ausgesetzt, und Rumänien fürchtete die Überflutung durch russische Heere, so lange die Übermacht dieses Gegners nicht gebrochen war. Dazu kamen die politischen Gegensätze beider zum Habsburger Reich, die zu „irredentistischen" Strömungen geführt hatten: die in Ungarn lebenden Rumänen wurden von den im Besitze der Staatsgewalt befindlichen Madjaren hart bedrückt und strebten aus diesem Staate hinaus und zu ihren Landsleuten im Königreich Rumänien hinüber. Die in Südtirol und an der Adria lebenden italienischen Untertanen Österreichs hatten über keine Zurücksetzung zu klagen — im Gegenteil; weder in Südtirol noch viel weniger an der Adria war der Wunsch, mit Reichs-Italien vereinigt zu werden, in nennenswertem Umfange vorhanden. Auf dem platten Lande war man von solchem Wunsche ganz entfernt; in den Städten handelte es sich nur um verhältnismäßig wenige Hetzer, die aber in engster Fühlung mit den Gesinnungsgenossen des Königreichs standen und eine lebhafte, lärmende Tätigkeit ausübten — durchweg waren es Angehörige der italienischen Freimaurer-Logen. So wurde die „irredentistische" Bewegung doch zu einer gefährlichen Klippe im Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Dazu kam noch der Gegensatz zwischen beiden in der sog. „albanischen Frage", der mit der habsburgischen Balkan- und der italienischen Adria-Politik zusammenhing: Italien dachte daran, auf der anderen Seite der Adria in Valona Fuß zu fassen, was Österreich-Ungarn nicht zulassen wollte. Die Mächte des Vielverbandes verstanden es, all diese Bestrebungen zu fördern und für ihre Zwecke auszunutzen.

Lagen die Dinge infolge dieser Umstände für die Mittelmächte diesen Bundesgenossen gegenüber von vornherein ungünstig, so daß eine Erfüllung der Bundespflicht an der Seite Österreich-Ungarns sowohl in Italien wie in Rumänien mindestens unvolkstümlich gewesen wäre, so wurde die Lage noch schwieriger, als der entscheidende Waffenerfolg des deutschen Heeres bei Kriegsbeginn ausblieb. Der Rückschlag an der Marne hatte auch dort weittragende politische Folgen, indem die zögernden Bundesgenossen nun noch weniger bereit waren, den Vertrag zu erfüllen. Es soll aber festgehalten werden, daß das deutsche Reich der Hilfe dieser Bundesgenossen wesentlich mit deshalb entraten mußte, weil die Rumänen Un-

garns wegen der Bedrückung durch die Madjaren, und weil — von der Regierung nicht gehindert — ein skrupellos vorgehender Teil der städtischen italienischen Bevölkerung Österreichs von Habsburg wegstrebten, während die Regierungen Rumäniens und Italiens die „irredentistische" Bewegung des eigenen Landes glaubten berücksichtigen zu müssen.

Dies alles zugegeben, bleibt das Verhalten der Regierungen in Rom und Bukarest widerwärtig, ja ehrlos. Die Verbandsmächte ließen alle Künste der Überredung, Drohung und Bestechung spielen, um die beiden Verbündeten der Mittelmächte zu sich herüberzuziehen und wurden durch die Freimaurer beider Länder entscheidend unterstützt. Das Auswärtige Amt in Berlin dagegen, dem von Rechts wegen entsprechend der ungeheuren Kriegsleistung des deutschen Reiches die politische Führung der Mittelmächte zugekommen wäre, war hilflos und schwach. In Rom und Bukarest wußte man, daß der stärkere Wille bei den Verbandsmächten, jedenfalls in London, sei und rechnete damit, daß die Politik des stärkeren Willens zuletzt den Sieg davontragen werde.

Bis beide Staaten schließlich ihren Entschluß faßten, gegen die Mittelmächte loszuschlagen, wurde ein häßlicher diplomatischer Kampf geführt, in dem aus den angegebenen Gründen die Mittelmächte den kürzeren zogen. Ihre Heere hatten die schwere Aufgabe mit Blutopfern gut zu machen, was die politische Leitung versäumte, und wirklich ist es ihnen bis zum Ende des Krieges gelungen, die militärische Kraft der abtrünnigen Bundesgenossen lahm zu legen. Davon wird noch zu reden sein; hier sei aber erwähnt, daß selbstverständlich die Kräfte, die gegenüber Italien und Rumänien zuerst zur Beobachtung, dann zur Bekämpfung notwendig waren, an anderen Stellen fehlten, so daß die Verbandsmächte den militärischen Vorteil davon hatten.

In der Türkei hatten die jungtürkischen Machthaber, an der Spitze der tatkräftige Enver Pascha, sofort erkannt, daß ihr Vaterland in diesem Kriege nicht neutral bleiben könne; die Überlegung, daß die Russen den Besitz Konstantinopels und der Meerengen erstrebten, während die Mittelmächte, besonders das deutsche Reich, seitdem es Balkanpolitik überhaupt zu treiben begonnen hatte, stets für die Erhaltung der Türkei eingetreten war, führte zu dem begreiflichen Entschlusse, sich mit den Mittelmächten zu verbünden. Freilich war das Land von den Kriegen der letzten Jahre so geschwächt, daß seine militärische Leistung nicht sehr groß werden konnte; zudem mußte Zeit gewonnen werden, um die Kriegsbereitschaft einigermaßen zu sichern und aus dem deutschen Reiche Führerkräfte und Hilfsmittel heranzuschaffen, die das Rückgrat der türkischen Leistung bilden konnten. Dabei kam es der deutschen Heeresleitung hauptsächlich darauf an, die Meerengen gesperrt zu halten, damit von Süden her keine Verbindung zwischen Rußland und seinen Verbündeten hergestellt werde:

jenem sollte die Zufuhr von Kriegsbedarf aller Art, diesen die Lieferung russischer Lebensmittel abgeschnitten bleiben.

Mit der Übernahme der deutschen Kriegsschiffe „Goeben" und „Breslau" in den türkischen Dienst, war in der Sache eigentlich die Stellungnahme des Osmanenreiches entschieden; Ende Oktober 1914 waren die Vorbereitungen so weit gediehen, daß die Türkei Farbe bekannte und Anfang November 1914 erklärten die Mächte des Vierverbandes ihr den Krieg.

Die wesentliche Aufgabe des türkischen Bündnisses, Rußland vom Mittelmeer abzusperren, wurde erfüllt, sonst aber blieb dieser Bundesgenosse weit hinter den auf ihn gestellten Erwartungen zurück. Wo militärisch Bedeutendes geleistet wurde, war deutsche Führung und Hilfe entscheidend.

Länger dauerte es, bis das Zartum Bulgarien sich entschied, ob und auf welcher Seite es am Kriege teilnehmen werde; dies geschah erst im Oktober 1915, doch soll der Vorgang des Zusammenhanges halber hier geschildert werden. Bulgarien war trotz großer Erfolge und Leistungen im ersten Balkankriege (1912/13), als es sich mit seinen Verbündeten Serbien, Griechenland und Montenegro wegen der Teilung der türkischen Beute entzweit hatte, im zweiten Kriege unterlegen; es hatte den ungünstigen Frieden von Bukarest (August 1913) schließen müssen und war geschwächt und gedemütigt aus dem Felde zurückgekehrt. Der Haß gegen Serben und Rumänen war groß — nicht minder das Verlangen, den Gebietverlust des Bukarester Friedens wieder gut zu machen. So wurde das Zartum von vornherein an die Seite der Mittelmächte gewiesen — aber ehe es zu einem klaren Entschlusse kam, verhandelte Zar Ferdinand nach allen Seiten, um seinem Lande Vorteile zu sichern. Ein Versuch, der nach der Niederlage Bulgariens und ihren Folgen begreiflich war und durch den zur Vorbereitung für alle Fälle Zeit gewonnen wurde.

Die Obersten Heeresleitungen der Mittelmächte mußten auf die Bundesgenossenschaft Bulgariens Wert legen, weil dadurch die Verbindung mit der Türkei hergestellt wurde; diese wurde je länger je mehr nötig, um den Osmanen alles zuzuführen, was im Südosten zur erfolgreichen Kriegführung notwendig war.

Am 14. Oktober 1915 war die Lage für Bulgarien zur Entscheidung reif; es erklärte an Serbien den Krieg und zog mit den Heeren der Mittelmächte zu einem glänzenden Feldzuge aus, von dem später zu berichten ist.

Mit der Gewinnung dieses Bundesgenossen war die politische Anziehungskraft der Mittelmächte erschöpft.

Betrachtete man dies Ergebnis vom reichsdeutschen Standpunkt, so war es höchst unerfreulich: das deutsche Reich hatte nur „kranke" Bundesgenossen gefunden, über deren Schwäche sich niemand einer Täuschung hingeben konnte. Ein verzweifeltes Ergebnis der deutschen Politik.

Die rücksichtslos entschlossene Staatskunst Englands ging zielbewußt ihres Weges weiter und verband sich schließlich neben den ursprünglichen Verschworenen noch weitere Staaten. Aus den Mittelmächten war der Vierbund geworden. Im Vierbund aber hatte das deutsche Reich die Hauptlast zu tragen.

Die Vorgänge in der Heimat.

In den ersten Wochen nach dem Kriegsausbruch hielt die begeisterte und entschlossene Stimmung an, die in den letzten Julitagen aufgeflammt war. Was Wunder, da ein strahlender Sieg nach dem anderen gemeldet wurde und alles mit Stolz auf die Taten des unvergleichlichen Heeres blickte. Man rechnete mit einem baldigen günstigen Ende des Kampfes und ließ sich in dieser Hoffnung auch durch den Rückzug nach der Marneschlacht nicht irre machen. Freilich über dieses Ereignis wurde die deutsche Öffentlichkeit sehr mangelhaft unterrichtet, so daß nur wenige über seine voraussichtlichen Folgen klar sahen. So sehr es geboten war, alle sich auf die Kriegführung beziehenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Nachrichten sorgfältig zu sichten, um dem Feinde keine Fingerzeige zu geben, so unklug war es, die Nachrichtenprüfung und -überwachung von vornherein so anzulegen, daß dem Volke minder günstige oder ungünstige Vorgänge ganz vorenthalten wurden, als wäre es unfähig sie zu ertragen. Aber nicht nur das geschah; die „Zensur" genannte Überwachung aller durch Wort und Schrift ins Volk gelangenden Mitteilungen wurde auch auf politische Vorgänge vor dem Kriege, sowie auf Urteile und Meinungen ausgedehnt, die Bethmann Hollwegs Politik nicht billigten; schließlich mußte die Zensur dazu dienen, alle und alles zu unterdrücken, was sich — wenn auch aus ernster vaterländischer Besorgnis — gegen politische und wirtschaftliche Maßnahmen dieses Reichskanzlers wandte, einerlei ob das Urteil sich auf Vorgänge in oder vor dem Kriege bezog.

Auf diese Art beherrschte die Zensur jahrelang die öffentliche Meinung; sie schützte ihren Herrn und Meister vor unbequemen Angriffen und hielt das Volk im Dunkeln über die wahre Bedeutung dieses Kampfes ums Dasein, sowie über die vollkommene Unzulänglichkeit der politischen deutschen Kriegführung nach außen und im Innern. Es war, als ob die Machthaber den in der Heimat gebliebenen Deutschen weder die seelische Kraft, noch die Nervenstärke zutrauten, die ein derartiger Krieg erfordert, und als ob sie wie Kranke oder Kinder vor der Berührung mit der Wirklichkeit verschont bleiben sollten. Ein Verfahren, das sich bitter rächte und auf das in solcher Zeit nur Menschen verfallen konnten, denen es selbst an seelischer Widerstandskraft und Nervenstärke gebrach und die zudem dem Seelenleben ihres Volkes ganz verständnislos gegenüberstanden. Die Zensur hatte noch den Zweck, den unmöglich gewordenen

Reichskanzler und seine Leute vor den allzu berechtigten Angriffen der Gegner ihrer äußeren und inneren Politik sicher zu stellen, und für die sorgfältigste Erfüllung dieser Aufgabe sorgte die Reichskanzlei durch Vermittlung des sog. Kriegspressеamtes auf das Peinlichste. Wurde die Regierung wegen des unerträglichen, durch die Zensur geschaffenen Zustandes zur Rede gestellt, so erwiderte sie, daß sie darauf keinen Einfluß habe, da dies eine militärische Angelegenheit sei. An sich eine Halbwahrheit — in Wirklichkeit eine Lüge, da die politische Beeinflussung der Zensur von den politischen Stellen ausging und von den militärischen nur ausgeführt und gedeckt wurde. Die Zensur war nämlich den für die Heimat geschaffenen „stellvertretenden Generalkommandos" übertragen worden die — aus Offizieren bestehend — in politischen Dingen fast durchweg ohne Erfahrung und Urteil waren und in allen politischen Fragen nach den Anordnungen der politischen Stellen vorgingen. Ein Zustand, wie er für eine Regierung ohne Mut und Kraft gar nicht bequemer gedacht werden konnte: auf diese Art vermochte sie alle politischen Gegner mundtot zu machen, die Verantwortung dafür aber unter Hinweis auf den militärischen Charakter der Zensur abzulehnen. Dies üble Spiel wurde bis gegen das Ende des Krieges getrieben und vergiftete die öffentliche Meinung des Landes. Ein Jammer, daß sich die Generale in der Heimat — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — zu so schädlichem und unwahrhaftigem Treiben hergaben, dessen aufreizende Folgen sich dann am Heere selbst rächten, weil all dieses von den inneren Gegnern des Heeres als Auswüchse eines unterdrückungswütigen „Militarismus" hingestellt wurde.

Aber dieses Treiben wäre nicht möglich gewesen, wenn es die Parteien des Reichstages, die mit dem Kanzler zusammengingen, und ihre Presse im Lande nicht zugelassen hätten. Daß dies geschah, war die Folge eines — sei es stillschweigenden, sei es ausgesprochenen — Übereinkommens zwischen Bethmann Hollweg und jenen Kreisen. Kein Wunder: die äußere Politik dieses Kanzlers einschließlich der mangelhaften Ausgestaltung von Heer und Flotte für den Kriegsfall war stets von den Parteien des Zentrums, der bürgerlichen Demokratie und der Sozialisten gebilligt worden; sie waren von Rechts wegen für deren unglückliche Folgen mitverantwortlich; dasselbe galt von ihrer Presse. Sie schützten sich selbst, wenn sie zuließen, daß der Kanzler sich durch eine verlogene Anwendung der Zensur sicherte. Das Wort vom „Burgfrieden", das seine Berechtigung hatte, wenn es ein gedeihliches Zusammenarbeiten aller nützlichen Kräfte unter Zurückstellung von Meinungsverschiedenheiten zum Zwecke des inneren Zusammenhaltens während der Kriegsnot forderte, wurde dahin verfälscht, daß auch die großen, entscheidenden Fragen sachlicher und persönlicher Art unerörtert bleiben sollten — zum Vorteil

der Unfähigen, Schwachen, Böswilligen. Was Bethmann Hollweg und sein Anhang im Reichstag und in der Presse unter Burgfrieden verstanden, war nichts anderes als der bedingungslose Schutz ihrer früheren und gegenwärtigen Politik; wer dagegen anzukämpfen suchte, und sei es aus stärksten Gründen vaterländischer Sorge und Not, wurde bezichtigt, den Burgfrieden brechen zu wollen oder gebrochen zu haben, und verfiel der Zensur.

Es bezeichnet den Tiefstand des deutschen öffentlichen Lebens sowie die innere Unfreiheit und mangelnde politische Schulung seiner Träger in der Presse und im Reichstag, soweit sie mit einem solchen durch die Ereignisse als unbrauchbar gekennzeichneten Kanzler gingen, daß ein derartiges Treiben möglich war. Draußen im Felde die furchtbare Wahrhaftigkeit des Krieges — zu Hause die Herrschaft der Lüge, ausgeübt von ebenso kleinmütigen wie unfähigen Menschen. Wiederholte Versuche unabhängiger Männer, die das Vaterland und die Krone retten wollten, den Kaiser über das Wesen seiner nächsten Ratgeber und den wahren Zustand der Heimat aufzuklären, scheiterten an der Unmöglichkeit die Mauer zu durchbrechen, die um den Herrscher errichtet war. Es liegen Beweise dafür vor, daß der Kaiser gar nicht die Fühlung mit seinen Getreuesten wünschte, sei es, weil er die Wahrheit fürchtete, sei es, weil er über die Absichten jener falsch unterrichtet war.

Als die Engländer auch Nahrungsmittel, die — über See kommend — für die Bevölkerung des deutschen Reiches bestimmt waren, für „Bannware" erklärten, wurde klar, daß alles darauf ankomme die Ernährung zu sichern; denn was half aller erfolgreiche Widerstand im Felde, wenn die Heimat am Hunger zusammenbrach? Diese Aufgabe erschien den Sachverständigen, so schwierig sie war, nicht unlösbar, da die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege so hoch entwickelt worden war, daß noch nicht ganz ein Fünftel des Gesamtbedarfs an Lebensmitteln aus dem Auslande bezogen wurde, freilich auch die für die Viehhaltung wichtigen Futtermittel in großen Mengen. Man hatte bald nach den ersten Kampfhandlungen weite feindliche Gebiete besetzt, die jedenfalls zur Ernährung des Heeres herangezogen werden konnten und später die Heimat versorgen halfen. Die führenden Männer der deutschen Landwirtschaft und des Handels waren überzeugt, daß die Aufgabe gelöst werden konnte, und sie unterbreiteten der Regierung Vorschläge, die auf ihrer Erfahrung beruhten. Aber diese ging den Weg, den ihr Unverantwortliche rieten, indem sie sog. Kriegsgesellschaften gründete, denen die Beschaffung und Verteilung der wichtigsten Lebensmittel und Rohstoffe übertragen wurde — Einrichtungen zwar kaufmännischer Art, aber mit amtlichen Befugnissen, bei denen sich bald die Schattenseiten sowohl der Bureaukratie wie des Handels herausstellten.

Ausgegangen waren diese Gesellschaften von dem Bedürfnis, alle für die Ausrüstung des Heeres notwendigen Dinge in die Hand zu bekommen; zu diesem Zwecke wurde ihre Beschlagnahme von Amts wegen verfügt und sie sollten an gewissen Stellen zusammenströmen, um von da zur Verwendung verteilt zu werden; diese Stellen waren die ersten „Kriegsgesellschaften". Man brachte der Regierung und der Heeresverwaltung die Ansicht bei, daß dies Verfahren sich bewährt habe, und so entstand Gesellschaft auf Gesellschaft, um so ziemlich alles zu erfassen, was für den Bedarf des Heeres und der Heimat notwendig war. Der freie Handel wurde vollkommen ausgeschaltet — damit verschwanden manche Waren aus dem Verkehr oder waren nur gegen Wucherpreise zu haben.

Es bleibe dahingestellt, ob der freie Handel im Kriege aufrecht zu erhalten war — jedenfalls steht fest, daß das Treiben der Kriegsgesellschaften sich als gemeinschädlich erwies, und daß die Regierenden auf alle Ratschläge wirklich Sachverständiger nicht hörten. Die Folgen waren verheerend: Mangel an allen Enden, auch wenn an sich hinreichende Vorräte vorhanden waren; ein unehrlicher Handel entstand, der das Bedürfnis der Bevölkerung auf Schleichwegen zu befriedigen wußte und dafür Wucherpreise nahm. Durch nichts wurde die allgemeine Stimmung im Lande, besonders der Frauen, so gedrückt, später erbittert und endlich aufgereizt, wie durch das Treiben der Kriegsgesellschaften und seine Folgen.

Diese Einrichtung ist, was ausgesprochen werden muß, eine jüdische Erfindung; sie geriet von Anfang an zum weitaus größten Teile in die Hand von Juden, die, infolge ihrer von den Behörden als gemeinnützig angesehenen Tätigkeit, einerseits vom Heeresdienste verschont blieben andererseits Gelegenheit hatten, das gesamte wirtschaftliche Leben des Volkes in ihre Hand zu bekommen und ungeheure Gewinne zu machen.

Die Geduld der Heimat wurde durch diese Maßnahmen einer weltfremden und geschäftsunerfahrenen Bureaukratie — auch der militärischen — auf eine harte Probe gestellt, und bei längerer Dauer des Krieges und wachsenden Entbehrungen war zu erwarten, daß die Hochstimmung der ersten Kriegswochen verschwinden werde. Es durfte auch nicht außer acht gelassen werden, daß die schweren Verluste im Felde, die bald kein Haus mehr ungetroffen ließen, und die Zerreißung des Familienlebens, die durch die längere Dauer des Krieges in Millionen von Häusern eintrat, ihre Wirkung auf die Seelen der Zurückgebliebenen nicht verfehlen würden.

Es mußte ein Mittel gefunden und angewendet werden, das die Stimmung der Heimat zu ruhiger, starker Entschlossenheit festigte, um die Zermürbung der Seelen zu verhüten. Dies erblickten Männer, die ihr Volk kannten, die mit ihm zu leben gewohnt waren und die ganz in seinem Dienste aufgingen, darin, daß man der Öffentlichkeit klar mache, worum es in Wahrheit in diesem Kriege gehe, daß es ein

Kampf auf Leben und Tod sei, der angesichts des Vernichtungswillens der Feinde nur mit dem deutschen Siege enden dürfe, wenn anders das deutsche Volk nicht einem Sklavendasein verfallen solle — daß endlich im Falle dieses Sieges das deutsche Reich sich von den Feinden diejenigen Sicherheiten erzwingen müsse, die eine Wiederkehr so ungeheurer Gefahr ausschlössen. Nach den Ansichten jener Männer sollte das Volk sonach in gleicher Weise über die Größe der Gefahr wie über Art und Umfang des Siegespreises aufgeklärt werden — beides mit der Absicht, den Willen zum Durchhalten so zu festigen, daß er jeder Belastungsprobe gewachsen sei.

Dieser doppelten Absicht entsprang die sog. „Kriegsziel-Bewegung"; sie hatte nichts gemein mit größenwahnsinnigen Weltmachtplänen, sondern befaßte sich mit den durch den Lauf der Geschichte erwiesenen Notwendigkeiten, die zur Sicherung der deutschen Zukunft erfüllt werden mußten; dabei wollte sie zeigen, daß schlechthin jeder Volksgenosse am Ausgang des Krieges beteiligt sei, indem der Sieg einem jeden Besserung seiner Lage, die Niederlage aber Schaden, ja Untergang bringe.

Man hätte denken sollen, daß jeder Regierung eine solche Bewegung, die von unabhängigen Männern im Volke ausging, willkommen gewesen wäre, daß sie in ihr eine Förderung ihrer eigenen auf die innere Festigung der Heimat wie der Kämpfenden zielenden Absichten erblickt hätte. Aber der fünfte Reichskanzler war anderer Meinung, mit ihm seine Leute, die klein dachten und instinktlos waren, wie er selbst. Bethmann Hollweg sah in den Vertretern des „deutschen Kriegszieles" — wie das in Übung gekommene Schlagwort lautete — nur unbequeme Störer seiner eigenen Politik, und zwar sowohl der äußeren wie der inneren. Den Feinden stand er noch immer ahnungslos gegenüber, indem er, von seiner eigenen Willensschwäche schließend, bei ihnen die Absicht baldiger Verständigung annahm und eine solche durch das Bekanntwerden der deutschen Kriegszielpläne gefährdet glaubte. Denn in ihnen war die Angliederung Belgiens an das deutsche Reich, die Vorschiebung der deutschen Grenzen im Westen und Osten nach Maßgabe des deutschen Schutzbedürfnisses, sowie eine Kriegsentschädigung vorgesehen — alles Dinge, die im Vergleiche mit den Absichten der Feinde äußerst maßvoll waren, die aber der Reichskanzler als Ausfluß eines auf deutschem Boden einfach unmöglichen „Chauvinismus" ansah. Eine politische Ausnutzung des etwa erstrittenen militärischen Sieges entsprach den Anschauungen Bethmann Hollwegs nicht.

Darin traf er sich mit den Führern der Sozialdemokratie im Reichstag und ihren Wortführern in der Presse: sie hatten bei Kriegsausbruch den Einfluß über ihre Gefolgschaft verloren, in der die eingeborene Vaterlandsliebe stürmisch aufgeflammt war, und sie hatten sich, um ihre Vereinsamung nicht zu offenbaren, veranlaßt gesehen, mit Ausnahme einer

kleinen Minderheit, am 4. August die „Kriegskredite" zu bewilligen; dies geschah mit der Begründung, daß die zur Verteidigung des Vaterlandes erforderlichen Mittel nicht versagt werden sollten. Seitdem beherrschte das Schlagwort vom „Verteidigungskrieg" die parteiamtliche Haltung der Sozialdemokratie; ein solcher erlaube keine Eroberungen, keine „Annexionen"; die Führer ließen dem Reichskanzler keinen Zweifel darüber, daß das weitere Verhalten der Partei im Kriege davon abhänge, daß der Krieg den Charakter des Verteidigungskampfes nicht verliere. Bethmann Hollweg zog daraus den Schluß, daß die Sozialdemokratie durch öffentliche Kriegsziel-Erörterung nicht gereizt werden dürfe, und diese innerpolitische Rücksicht stimmte mit seiner außerpolitischen überein, da er die Kriegsziel-Erörterung als störend für seine äußere Politik ansah.

Aus solchen Erwägungen kam er dazu, jede Kriegsziel-Erörterung in Wort und Schrift durch die stellvertretenden Generalkommandos unterdrücken zu lassen; dabei wurde mit allen kleinlichen Künsten polizeilicher Willkür verfahren, die bewiesen, wie wenig die Inhaber der Staatsgewalt vom Geiste der Zeit begriffen hatten.

In nichts nun offenbarte sich die politische Instinktlosigkeit des Reichskanzlers deutlicher, als in seinem Abhängigkeitsverhältnis von den sozialistischen Führern: sie glaubte er wegen des „Eindruckes auf das Ausland" bei guter Laune erhalten zu müssen, damit sie ihm im Reichstag nicht die Gefolgschaft versagten; in ihnen erblickte er eine Macht, wider deren Stachel er nicht löcken dürfe. Deshalb war er — abgesehen von seiner eigenen Veranlagung — ängstlich bestrebt, seine ganze äußere und innere Politik während des Krieges danach einzurichten, daß sie bei der Sozialdemokratie keinen Anstoß erregte. Ohne Verbindung mit dem Volke, sah Bethmann Hollweg in den sozialistischen Führern allein die Angehörigen der stärksten Partei im Reichstage und deshalb waren sie eine Macht für ihn, nach deren lauten oder stillen Wünschen er sich richtete. Daß diese Führer in Wahrheit machtlos geworden waren, weil ihre Gefolgschaft sich, durch die Ereignisse aufgerüttelt, zum Vaterlande und zur Volksgesamtheit zurückgefunden hatte, erkannte der lebensfremde Bureaukrat nicht und er sah deshalb auch nicht, daß nun der Augenblick gekommen war, wo die großstädtische Arbeiterschaft anders fühlte und dachte als ihre Vertreter im Reichstag. Für einen schöpferischen Staatsmann stieg die glückverheißende Gelegenheit auf, wo die Arbeiterschaft von ihren „international", staats- und gesellschaftsfeindlich gerichteten Verführern befreit werden, wo eine auf dem Boden des eigenen Volkes, seines Staates und seiner Gesellschafts-Ordnung stehende völkische Arbeiterbewegung ins Leben gerufen werden konnte. Von alledem fühlte und sah Bethmann Hollweg nichts; seine Art Politik zu machen, wies ihn auch auf die innerpolitische „Verständigung", d. h. auf die Berücksichtigung und Anerkennung jener Partei-

Häuptlinge, die im Reichstag über die meisten Sitze verfügten. Durch sein Verhalten hat er recht eigentlich den sozialdemokratischen Führern wieder zur Macht verholfen, er hat ihnen geradezu die verloren gegangene Gefolgschaft wieder zugetrieben und weiterhin in den wieder machtbewußt gewordenen Führern jene Herrschsucht groß gezogen, deren rücksichtsloser Betätigung schließlich das deutsche Reich zum Opfer gefallen ist.

Was von den sozialistischen Führern gesagt ist, gilt auch von ihrer Presse: bei Kriegsbeginn fügte sie sich der Volksstimmung und hielt sich in gewissen Grenzen; sobald die Partei im Reichstage wieder ihr Selbstbewußtsein gewonnen hatte, fiel die Presse, zum größten Teile von volksfremden Juden geschrieben, in die alte zersetzende und verhetzende Weise zurück. Wenn die stellvertretenden Generalkommandos dies durch die Zensurmaßnahmen verhinderten, wurde es als eine Gefährdung des Burgfriedens hingestellt, indem man ihnen „reaktionär-militaristische" Bestrebungen andichtete. Da Bethmann Hollweg und seine Leute unter allen Umständen Zusammenstöße mit den Sozialisten vermeiden wollten, wurde ihre Presse äußerst nachgiebig behandelt: so gewann sie eine Bewegungsfreiheit, die viel größer war als die der staatstreuen Zeitungen; das hinderte sie aber nicht fortgesetzt auf Täuschung und Einschüchterung berechnete Beschwerden über angebliche Knebelung vorzubringen.

Die Haltung der übrigen Parteien war zweifellos bei Kriegsbeginn und in den ersten Kriegsjahren aufrichtig volks- und reichstreu; dies war bei den Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und dem rechten Flügel des Zentrums und der Freisinnigen selbstverständlich; aber der völkische Schwung jener Zeit war so hinreißend, daß er auch auf die nur bedingt völkisch-zuverlässigen Angehörigen der beiden zuletzt genannten Parteien wirkte.

Die Presse all dieser Gruppen verhielt sich entsprechend dem Verfahren der Parteileitungen, so daß in der ersten Kriegszeit wirklich von einer geschlossenen, stark völkisch-gestimmten öffentlichen Meinung geredet werden konnte. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß die unabhängige völkische Presse am meisten unter der Zensur zu leiden hatte, da sie sich durch derartige Vorkommnisse nicht in der begeisterten Vertretung des völkischen Gedankens beeinflussen ließ.

Ein folgenschweres Versäumnis aber war es, daß sich die stark völkisch gerichteten Parteien des Reichstags aus falsch verstandenen Rücksichten auf die Wirkung im Ausland — ihrer besseren Erkenntnis und Neigung zuwider — davon abhalten ließen im Reichstag den rücksichtslosen Kampf gegen den Reichskanzler aufzunehmen und damit das Vaterland in seiner schwersten Not von einem so unbrauchbaren Leiter seiner politischen Geschicke zu befreien. Das Urteil aller einsichtigen Angehörigen dieser Reichstagsgruppen über Bethmann Hollweg war vernichtend, aber es kam nicht zum öffentlichen Ausdruck.

So konnte der Unselige sich im Amte halten, ja es hatte den Anschein, daß er der Vertrauensmann des ganzen Volkes sei, da er bei allen wichtigen Gelegenheiten im Reichstag in den ersten Jahren fast allgemeine Zustimmung fand. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die bedingungslose Gefolgschaft der sog. großen Presse, die, fast ganz in jüdischen Händen befindlich, in Bethmann Hollweg den Geistesverwandten erblickte und verteidigte. Wie sehr indes das dem Reichskanzler in den Tagen seines Kampfes gegen die völkischen Kreise gespendete Lob zweckdienliche Mache war, zeigte sich nach seinem Sturze und später um die Zeit des Zusammenbruches, als dieselben Blätter, die ihn damals als weisen und großen Staatsmann gepriesen hatten, ihn nun fallen ließen, ja verunglimpften.

Lediglich die zunächst kleine Gruppe des äußersten linken sozialistischen Flügels versagte ihm die Gefolgschaft. Sie hatte sich anläßlich der Haltung der Parteimehrheit in den Kriegsfragen abgesplittert und vertrat, trotzdem in allen am Kriege beteiligten Ländern der Wahngedanke der „Internationalen" kläglich und vollkommen an den nationalen Instinkten zerbrochen war, auf deutschem Boden nach wie vor dies Zerrbild einer Weltanschauung; bezeichnend, daß in dieser „Arbeitsgemeinschaft" — wie das anfangs kleine Häuflein sich nannte — die Juden ganz die Führung hatten; im Frühjahre 1917 bildete sie sich, durch großen Zulauf verstärkt, zur neuen Partei der „unabhängigen Sozialdemokratie" aus.

Der Reichskanzler tat nichts, um dieser Schlange den Kopf zu zertreten; so konnte sie wachsen, bis sie das Reich erwürgte.

Der Fortgang der Kriegshandlungen.

Nachdem im Westen das „Wettrennen nach dem Kanal" für keinen der Gegner das erstrebte Ergebnis einer Überflügelung des Feindes gehabt hatte und die Kämpfe in der Hauptsache zum Stellungskrieg erstarrt waren, mußte sich die deutsche Oberste Heeresleitung auf einen längeren Krieg einrichten. Was immer an großen und kühnen Taten da oder dort geschah, konnte nicht eher eine Entscheidung bringen, als bis in zähem Ringen einer der Feinde nach dem anderen so geschlagen wurde, daß er ausschied, und die deutsche Heeresleitung in die Lage kam, gegen die übrig gebliebenen nun mit so starken Kräften aufzutreten, daß auch sie niedergekämpft werden konnten. Da die Feinde über viel größere Heere verfügten und zum Teil unerschöpflichen Menschenersatz hatten, ergab sich für die deutsche Leitung die Aufgabe, die eigenen Truppen möglichst zu schonen, damit das Heer nicht vor der Zeit zusammenschmolz, sich im allgemeinen in der Verteidigung zu halten und Angriffe nur da zu unternehmen, wo sie entweder durch feindliche Maßnahmen unbedingt geboten oder besonders aussichtsreich erschienen. Die Feinde machten begreiflicherweise von ihrer Überlegenheit Gebrauch, indem sie sowohl im Osten

wie im Westen immer von neuem angriffen; wo sie mit gefahrdrohenden Stößen vorgingen, mußten deutsche Truppen von anderen Stellen zur Hilfe herangezogen werden. Die deutsche Heeresleitung nutzte den Vorteil der „inneren Linie" gewandt und findig aus, und fast fortgesetzt rollten stärkere oder schwächere Teile des deutschen Heeres von einem Kriegsschauplatz zum anderen, um die Reise fortzusetzen, sobald sie ihre letzte Aufgabe gelöst hatten. Der Erfolg dieses Verfahrens war, daß die Feinde überall im Schach gehalten, auf manchen Kriegsschauplätzen sogar schwer geschlagen wurden; aber eine Entscheidung konnte infolge der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Mittelmächte vorläufig nirgends erzwungen werden.

Faßt man die Schwierigkeiten ins Auge, mit denen die deutsche Heeresleitung infolge der feindlichen Übermacht auf allen Kriegsschauplätzen zu kämpfen hatte, so ist es bewundernswert, was sie zustande brachte — bewundernswert auch, was die Offiziere und Soldaten leisteten.

Nach der Schlacht an der Marne war auf der deutschen Seite ein Wechsel in der obersten Heeresleitung notwendig geworden, da der kranke Generaloberst von Moltke den außerordentlichen körperlichen und geistigen Anstrengungen, die sein Amt an ihn stellte, nicht mehr gewachsen war; er erhielt in dem bisherigen Kriegsminister General Erich von Falkenhayn, der ihm längere Zeit zur Unterstützung beigeordnet war, Anfang Dezember 1914 seinen Nachfolger. Der war zweifellos ein fähiger, an Gedanken und Aushilfen reicher Mann — aber es fehlte ihm die überlegene Ruhe des geborenen Feldherrn; seine Tätigkeit erscheint manchmal planlos und nicht bis ins Letzte durchdacht; auch besaß er gegenüber den Heerführern nicht jenes Ansehen, das ein Zusammenarbeiten im Kriege zur Voraussetzung hat. Als jener Wechsel in der obersten Führung nicht mehr vermeidbar erschien, richteten sich die Augen und Wünsche des Heeres auf die Männer, die inzwischen im Osten so Ungeheures vollbracht hatten — und im Volke fragte man sich, als die Ernennung Falkenhayns bekannt wurde, weshalb nicht Generalfeldmarschall von Hindenburg mit seinem Ludendorff an die ihm zukommende Stelle berufen worden sei. Es wird wahrscheinlich einmal als eine der am wenigsten begreiflichen Maßnahmen Kaiser Wilhelms II. angesehen werden, daß er damals die so bewährten Kriegsmeister des Ostens nicht in die Oberste Heeresleitung berief. Als dies fast zwei Jahre später geschah, war viel, viel Zeit verloren, viel versäumt, viel kostbares Blut geopfert worden.

Es ist zweckmäßig, den Gang der Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen während der Zeitspanne, in der Falkenhayn Generalstabschef war, im Zusammenhang zu verfolgen; sie umfaßt die Zeit bis zum Hochsommer 1916.

* * *

Im Westen haben wir die Kriegshandlungen bis zum Spätherbst 1914 geschildert; ihr Charakter änderte sich bis ins letzte Kriegsjahr kaum mehr.

Noch Ende Dezember unternahmen die verbündeten Feinde einen allgemeinen Angriff auf der ganzen Front von der See bis nach Verdun; er scheiterte an der unerschütterlichen Tapferkeit der Deutschen, denen es gelang während dieser Kämpfe den Engländern bei Givenchy eine schwere Niederlage zu bereiten.

Das Jahr 1915 begann mit blutigen Kämpfen am Kanal von La Bassée; Mitte März versuchten die Engländer in der Nähe davon den Durchbruch — vergeblich. Die Deutschen hielten nicht nur in Belgien und Nordfrankreich allgemein ihre Stellungen, sondern trugen sie an manchen Orten noch weiter vor.

Die Argonnen, bei dem Vormarsch von dem Heere des deutschen Kronprinzen genommen und nach der Marneschlacht wieder geräumt, wurden im Anschluß daran der Schauplatz schwieriger und blutiger Kämpfe, die sich mit Unterbrechungen die ganzen Kriegsjahre hindurch fortsetzten und die Überlegenheit der deutschen Truppen bewährten; es gelang, an wichtigen Stellen die deutsche Front zu verbessern.

In den Vogesen, besonders im Süden, wo die Franzosen bei Kriegsbeginn eingedrungen waren, rissen erbitterte Gefechte nicht ab. Zweimal hatte der Feind sich mit starker Übermacht Mülhausens bemächtigt gehabt, war aber bald wieder vertrieben worden. Nun drehten sich in der Folge die Kämpfe um den Hartmannsweilerkopf, den Reichsackerkopf, die Höhe von Bau de Sapt, das Schratzmännle und andere wichtige Punkte. Unter General Gaede hielt deutscher Landsturm dort so treue Wacht, daß dem Feinde kein Fortschritt gelang. Er blieb bis zum Ende des Krieges auf die Vorteile beschränkt, die er ganz im Anfang, als nur Grenzwachen in der Südwestecke des Reiches standen, dort errungen hatte.

Das Flußgebiet der Aisne sah im Herbst noch fortgesetzte Schlachten, die für die Deutschen durchweg günstig verliefen. Anfangs Januar 1915 gelang den Franzosen die Einnahme einer starken Stellung nordöstlich von Soissons; daraus entwickelte sich, da sie dem Feinde nicht belassen werden durfte, die dreitägige Schlacht bei Soissons (12. bis 14. Januar 1915), in der die Truppen der Generale von Lochow und Wichura sich glänzend hielten.

Mitte Februar entbrannte schwerster Kampf in der Champagne; über einen Monat hindurch rannten die Franzosen mit mehr als doppelter Übermacht gegen die deutsche Linie zwischen Souain—Perthes—Massiges an, um den Durchbruch zu erzwingen; heldenhaft hielten ihnen zwei rheinische Armeekorps, verstärkt durch einige Brigaden Bayern und Garde, Stand.

Auch in dem schwierigen Gelände zwischen Maas und Mosel tobte der Kampf; der Priesterwald, St. Mihiel und die Combreshöhe waren seit Herbst 1914 heiß umstritten und den deutschen Truppen mußte in der Abwehr Unerhörtes zugemutet werden; aber sie wankten nicht. Im April und Mai 1915, ja bis in den Sommer hinein erneuerte sich der Ansturm der Feinde; hier und da gelang ihnen ein Vorteil, wurde ihnen aber bald wieder entrissen. Was dort besonders von den Bayern geleistet wurde, ist höchsten Ruhmes wert; es kann als eine Art Gesamtheldentat bezeichnet werden, die nur möglich war, weil Offiziere und Soldaten zu engster Gemeinschaft verbunden waren.

Der Feind ließ nicht nach: im Mai und Juni 1915 versuchte er an anderer Stelle den Durchbruch. Um die Russen, denen damals furchtbare Schläge versetzt wurden, zu entlasten, griff der französische Oberstbefehlshaber Joffre den bayrischen Kronprinzen Rupprecht mit erdrückender Übermacht zwischen Lille und Arras an; unter ihm standen die Engländer unter General French. Sieben Wochen lang rannten die Feinde in ununterbrochenen Stürmen wider die deutschen Linien an; die Lorettohöhe, Loos, Lens, Festubert, Neuve Chapelle u. a. waren die umstrittensten Stellen. Der Kampf steigerte sich zur Entscheidungsschlacht in den Tagen vom 9.—21. Mai: mit der Hartnäckigkeit des Verzweifelten ließ Joffre seine Heere zu ununterbrochenen Angriffen vorgehen; Kronprinz Rupprecht hielt ihm Stand. Sein Heer, das aus Truppen aller deutschen Stämme zusammengesetzt war, schlug sich heldenhaft und vereitelte den groß angelegten Durchbruchsversuch, bei dem die Franzosen rund 80000 Tote und Verwundete verloren.

Aber dies war noch nicht das Härteste, was den Deutschen in diesem Jahre zugemutet wurde; ärgeres stand ihnen bevor. Im Osten waren die Russen weiter bedrängt worden und Bulgarien schien im Begriffe, sich auf die Seite der Mittelmächte zu schlagen. Um das zu verhindern und die Russen zu entlasten, unternahm Joffre im Herbst 1915 einen neuen Gewaltangriff, als dessen Hauptschauplatz er die Champagne ausgewählt hatte; das offen verkündete Ziel war, die Deutschen aus Belgien und Frankreich hinauszuwerfen und die letzte Entscheidung auf deutschem Boden zu suchen. Den Engländern war dabei die Aufgabe gestellt, den deutschen Flankenschutz an der belgischen Küste mit ihrer Flotte niederzukämpfen und in der Nähe von Ypern vorzustoßen; die Franzosen sollten im Artois angreifen und den Hauptschlag in der Champagne führen. Vom 23. September bis Ende Oktober wütete der Kampf, das erste Beispiel der in diesem Kriege weiterhin in Übung gekommenen „Materialschlachten". Ungeheure Übermacht von Geschützen, mit unerschöpflichem Schießvorrat versehen, war auf der ganzen Angriffsfront zur Stelle gebracht; durch tagelanges, ununterbrochenes „Trommelfeuer" wurde

der Kampf eingeleitet, um die Deutschen, deren Artillerie einfach machtlos war, zu erschüttern — und dann im Sturm zu überrennen. Dies Verfahren war auch in diesem Kriege etwas ganz Neues, da das schon vorher verwendete „Trommelfeuer" hier von Geschützen schwersten Kalibers ausgeführt wurde, die mit der Geschwindigkeit des Gewehrfeuers ihre Eisenmassen schleuderten. An einzelnen Stellen kommt der Feind voran, nirgends gelingt ihm der Durchbruch. Trotz des wahnsinnigen mörderischen Feuers halten die Deutschen in der Hauptschlacht ihre Stellungen; wohl überrannte der Feind, als er am 25. September mit 27 Divisionen gegen vier deutsche nach solcher Vorbereitung überraschend vorbrach, unsere dünne vorderste Linie und machte durch Umfassung viel Gefangene; die zweite Linie aber wurde behauptet und die Franzosen hatten nur einen schmalen Geländeabschnitt voll Schutt und Trümmer gewonnen. Wahrlich, hier bewährten die Deutschen ein Heldentum eigener Art, indem sie die nerven-zerrüttende Wirkung dieses Feuers überstanden und die folgenden Massenangriffe unerschütterter feindlicher Truppen auffingen. Als der Kampf abflaut und einschläft, hat Joffre nichts Wesentliches erreicht, aber ungeheure Verluste erlitten; nach feindlichen Angaben ließen die Engländer an 60000, die Franzosen gegen 130000 Tote und Verwundete liegen, während die so schwer bedrängten Deutschen kaum ein Fünftel dieser Gesamtverluste zu beklagen hatten.

Die feindliche Niederlage war so schwer, daß der Rest des Jahres 1915 verhältnismäßig ruhig verlief; es mußte damit gerechnet werden, daß Joffre neue Kräfte sammele und erneut vorgehen werde. Die Oberste Heeresleitung der Deutschen war leider nicht in der Lage nach dieser Niederlage der Feinde im Herbst 1915 im Westen die Entscheidung zu suchen, weil ihre Kräfte im Osten noch zu stark eingesetzt waren.

Es wurde bekannt, daß ein neuer Hauptangriff der Franzosen und Engländer mit noch größerem Einsatz von Truppen und Artillerie im Frühjahr 1916 geplant und vorbereitet werde. Um, ihm zuvorkommend, die Entscheidung herbeizuführen, empfahl General von Falkenhayn dem obersten Kriegsherrn den Angriff auf Verdun, um dort die feindliche Front an wichtigster Stelle zu durchstoßen. Die Ausführung dieses Planes wurde beschlossen und dem deutschen Kronprinzen übertragen. Dieser selbst riet davon ab, den Feind an seiner stärksten Stelle anzupacken — abgesehen davon bemängeln Sachverständige, daß das Unternehmen in bezug auf Artillerie und Truppen nicht hinreichend vorbereitet gewesen sei und daß man, wenn es gewagt werden sollte, die Festung nicht gleichzeitig auf beiden Ufern der Maas angriff. Am 21. Februar 1916 begann der Sturm. Mit wuchtigen Stößen gingen die Deutschen unter todesverachtender Tapferkeit vor; sie eroberten in den ersten Tagen die Außenwerke und nahmen am 25. Februar die Panzerfesten Douaumont und

Hardaumont. Am 26. hatte der französische Befehlshaber beschlossen, die Festung zu räumen — aber an diesem Tage stockte der deutsche Angriff. In Verdun übernahm der unerschütterlich-willensstarke General Pétain die Leitung; er setzte sich dafür ein, den Platz unter allen Umständen zu halten, und nun wurde Verdun zu einem Ehrenpunkte für Frankreich. Ein gewaltiges Ringen hob an, mörderisch für die Angreifer, wie für die Verteidiger. Anfangs März riet der deutsche Oberfeldherr Kronprinz Wilhelm zur Einstellung des Angriffes, nachdem die Eroberung in der Überraschung nicht gelungen sei; ihm widerstrebte es an falscher Stelle seine Truppen zu opfern. Aber General von Falkenhayn bestand auf Fortführung des Unternehmens, dessen Bedeutung, nachdem die rasche Einnahme des französischen Hauptplatzes nicht gelungen war, der deutschen Öffentlichkeit nun so beschrieben wurde, daß es den geplanten neuen Großangriff gestört und die für diesen verfügbaren feindlichen Kräfte auf sich gezogen und zum großen Teile verbraucht habe. Dies ist sicherlich der Fall gewesen; im März allein mußten die Franzosen in dem engen Raum um Verdun 28 Divisionen einsetzen und ihre Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen waren schwer. Aber sie wehrten sich mit zähester Entschlossenheit, indem sie ihre Geschicklichkeit bewährten, sich als Verteidiger dem Gelände anzupassen. Man weiß nicht, was größere Bewunderung verdient: die nicht entmutigte Angriffskraft der Deutschen oder die verbissene Abwehr der Franzosen. Um jeden Schritt wurde gekämpft; langsam kamen die Deutschen voran; unter ungeheuren Opfern hatten sie ein Außenwerk nach dem anderen genommen — aber die Franzosen nisteten sich von neuem im Gelände fest und als der Hochsommer gekommen war, ließ sich noch nicht absehen, wann das unerhörte Ringen den von Falkenhayn erstrebten Erfolg haben werde.

Als Ende August 1916 Generalfeldmarschall von Hindenburg Generalstabschef und Ludendorff erster Generalquartiermeister wurden, war ihr erster Befehl, die Angriffe auf Verdun einzustellen; sie wollten es nicht verantworten, an dieser Stelle das deutsche Heer sich verbluten zu lassen. Von da ab beschränkten die Deutschen sich darauf, zu halten, was sie gewonnen hatten; im Dezember 1916 aber gelang es dem Feind, sie aus wichtigsten Stellungen durch Überraschungsangriffe herauszuwerfen.

So endete dies mit großen Erwartungen begonnene Unternehmen, das furchtbare, blutige Verluste gekostet hatte, mit einem Fehlschlag und sein Erfolg beschränkte sich darauf, den Großangriff des Feindes verzögert und auch von ihm starke Kräfte verbraucht zu haben. Es wiederholte sich die politische Nebenwirkung, die nach der Marneschlacht in Frankreich und bei seinen Bundesgenossen eingetreten war: der militärische Mißerfolg der Deutschen war ein französischer Erfolg, also ein Sieg. Als solcher wurde er überschwänglich gefeiert und stärkte die französische Sieges-

gewißheit, den Willen zum Durchhalten, von neuem, indem dem Volke die in der Tat rühmliche Leistung der Verteidigung von Verdun als Pfand des Endsieges dargestellt wurde.

Nachdem die deutschen Fortschritte vor Verdun sich verlangsamt hatten, konnte Joffre zur Ausführung des angekündigten Großangriffes schreiten, der mit größter Sorgfalt vorbereitet war und durch die Vorgänge auf anderen Kriegsschauplätzen zur Entlastung notwendig wurde. Für die neue Schlacht hatte der feindliche Oberfeldherr das Flußgebiet der Somme ober- und unterhalb Péronne ausgewählt, wo ihm wiederum der bayrische Kronprinz gegenüberstand. Anfang Juli wurde der Kampf mit tagelangem Trommelfeuer von unerhörter Heftigkeit eingeleitet; künstlich erzeugter Rauch und giftige Gase wurden ausgiebig angewandt. In allen Truppengattungen den Deutschen wesentlich überlegen, brachen die Franzosen nach solcher Vorbereitung auf der 50 km langen Linie Vermandouvillers—Gommecourt vor und warfen die zusammengeschossenen deutschen Verteidiger aus etwa 20 zerstörten Dörfern heraus. Aber so fest war trotz der höllischen Wildheit dieses Massenangriffes der deutsche Widerstand, daß auch diesmal ein Durchbruch an keiner Stelle der Schlachtfront gelang. Am 20. Juli steigert sich der Kampf zur Entscheidung, nachdem die Engländer zum Angriff herangezogen sind; alles bisher an Wucht und Nachdruck Geleistete wird überboten; der Geschützkampf wird weiter gesteigert. Und trotzdem halten die wundervollen deutschen Kämpfer Stand — nur die Engländer vermögen einige Fortschritte zu erzielen, die Franzosen werden ganz zurückgewiesen. So ging es weiter bis in den Hochsommer hinein: fast täglich werden die Stürme erneuert; im günstigsten Falle gewinnt der überlegene Feind etwas Boden, aber nirgends durchstößt er den eisernen Wall der Deutschen. Wieder bewähren sich alle deutschen Stämme in dieser furchtbar harten Dauerschlacht an der Somme, die bis tief in den Winter hinein anhält und erst ein eigenartiges Ende findet, als die neue Oberste Heeresleitung ihre Maßnahmen auf diesem Kriegsschauplatz getroffen hatte. Die feindlichen Verluste gingen ins Riesenhafte; die gesuchte Entscheidung hatte Joffre aber auch diesmal nicht erzielt. Sein Wille war an dem Heldenmut der deutschen Verteidiger zuschanden geworden.

Wo hat ein anderes Volk derartiges geleistet!

Und doch war dies alles nur, was auf einem Kriegsschauplatz getan wurde, während der Kampf auf allen anderen weitertobte.

Im Osten war der Bundesgenosse noch Ende des Jahres 1914 von neuem schwer bedroht worden, nachdem es im erfolgreichen Zusammenwirken der verbündeten Heere gelungen war, die Russen zurückzuwerfen. Nun brachen sie wiederum gegen West-Galizien vor und griffen auch in der Bukowina an. Militärisch ging ihre Absicht dahin, über Krakau

nach Schlesien einzudringen, politisch: das schwankende Rumänien zum Anschluß an die Verbandsmächte zu bestimmen. Die viel schwächeren österreichisch-ungarischen Streitkräfte mußten sich zurückziehen; ihnen kommt der deutsche Bundesgenosse zu Hilfe und aus deutschen wie österreichisch-ungarischen Truppen wird unter dem Oberbefehl des Generals von Linsingen eine „deutsche Südarmee" gebildet, der die Aufgabe gestellt ist, die Russen aus den Karpathen und den von ihnen besetzten Gebieten von Nord-Ungarn hinauszuwerfen. Mitte Januar 1915 entbrennt die Karpathen-Schlacht; sie dauert bis Ende April und gehört zu den größten Kriegshandlungen aller Zeiten. Zunächst nehmen die Verbündeten dem Feinde einen Gebirgskamm nach dem anderen ab; Unerhörtes hatten ihre Truppen zu leisten, aber weder die grimme Kälte noch Glatteis und Schneestürme vermögen sie am siegreichen Vorgehen zu hindern. Die Russen werden verstärkt und gehen von neuem vor, nachdem sich die Festung Przemysl ihnen, durch Hunger bezwungen, hatte ergeben müssen und das Belagerungsheer frei geworden war. Mit der ganzen Gewaltsamkeit seiner Kriegführung treibt der russische Oberstbefehlshaber Sturmwelle auf Sturmwelle vor: die Angriffe des weit überlegenen Gegners scheitern an der Tapferkeit der Verteidiger. Es seien aus diesen Kämpfen nur die umstrittensten Stellungen genannt, wie der Dukla-, Lupkow- und Uszokpaß, aber auch die glänzende Eroberung des Zwinin unter dem bayrischen General Grafen Bothmer erwähnt, der für uneinnehmbar gehaltene Bergrücken wurde am 9. April erstürmt. Als der Monat zu Ende ging, hatte Linsingens Süd-Armee ihre Aufgabe gelöst: Ungarn war von Russen befreit.

Inzwischen waren in Westgalizien die Vorbereitungen zu einem großen Schlage getroffen worden, deren Ziel es war, auch dies Kronland von den Russen zu säubern. Unter Generaloberst von Mackensen war ein starkes Heer gebildet worden, das aus sieben Armeen bestand; unter den deutschen Führern finden wir die Generale von Woyrsch und von Linsingen, unter den österreichischen Böhm-Ermolli, Boroëvic und Pflanzer-Baltin. Am 2. Mai kam es im Raum von Gorlice-Tarnow zum Kampfe, der die russischen Linien durchstoßen sollte, die sich dort in stark befestigten Stellungen gebildet hatten. Nach Plänen, die ihren Ursprung im Haupte des österreichischen Generalstabschefs Freiherrn von Conrad hatten, wurde die gewaltige Schlacht unternommen; ihr Ausgang war für die Verbündeten ein voller Sieg: die russische Front wurde an mehreren Stellen durchbrochen, so daß der Feind sich eiligst zurückziehen und, um nicht abgeschnitten zu werden, die noch gehaltenen Stellungen in den Karpathen räumen mußte. An 150000 Gefangene und 1000 Geschütze fielen in die Hand der Verbündeten. Der hart bedrängte Bundesgenosse war gründlich entlastet, die russische Front

in Bewegung gebracht, und damit der Bann des Stellungskrieges im Osten gebrochen. Es begann eine Zeitspanne großartiger Bewegungskämpfe, wie sie in diesem Umfange und in solcher Dauer in diesem Kriege, ja in der ganzen Weltgeschichte nicht vorgekommen sind. Fast ganz Galizien, Kongreßpolen, Kurland, West-Wolhynien wurde dem Feinde entrissen — von der Ostsee bis zu den Karpathen war alles in Bewegung, für die Verbündeten ein einziger Siegeszug. Es ist im Rahmen dieses Buches unmöglich, die Fülle der Kriegshandlungen, auch die sich im Osten bis zum Ende des Jahres 1915 abspielten, im einzelnen zu schildern, da sich bei der hier gebotenen Kürze ein Überblick über sie nicht geben läßt. Es sei nur erwähnt, daß anfangs Juli der Hauptangriff von der Ostsee bis zum San und Bug aufgenommen wurde; nicht weniger als elf Armeen mit einer für östliche Verhältnisse bis dahin zahlreichen Artillerie waren dazu bereitgestellt, und zwar sieben deutsche und vier österreichisch-ungarische. Die Aufgabe bestand in der Eroberung Kurlands, der Einnahme der russischen Festungen am Narew und Njemen, dem Vorstoß über die Weichsel mit dem Ziele Warschau und der Bezwingung des wolhynischen Festungsdreiecks Luzk—Dubno—Rowno. Die gewaltige Aufgabe wurde gelöst.

Höhepunkt dieser unvergleichlichen Feldzüge sind: die Einnahme von Mitau, wo die Sieger am 1. August 1915, von den baltischen Deutschen als Befreier jubelnd begrüßt, einzogen; die Bezwingung von Warschau am 5. August; der Fall von Litauisch-Brest (Brest-Litowsk) am 26. August, von Grodno am 3. September, von Wilna am 19. September.

Infolge der ununterbrochenen Niederlagen wurde Großfürst Nikolai Nikolajewitsch seines Amtes entsetzt und der Zar übernahm den Oberbefehl selbst.

Als Ende September starke Kräfte der Verbündeten von diesem Kriegsschauplatz weggezogen werden, um unter dem zum Generalfeldmarschall ernannten Heerführer von Mackensen den Kampf gegen Serbien zu führen und um im Westen den durch den Hauptangriff Joffres hart bedrängten Heeren Hilfe zu bringen, versuchen die Russen erneut, unter Einsatz gewaltiger Massen das Glück zu zwingen, indem sie auf der ganzen Front vom Pripjet bis zur rumänischen Grenze vorstoßen. Es entbrennt die Dauerschlacht am Styr, die von Anfang Oktober bis Mitte November 1915 wütet und nach schwersten wechselvollen Kämpfen die Verbündeten als Sieger sieht. In ihnen hatte die Armee des Grafen von Bothmer die schwere Aufgabe, die in Galizien eingenommenen Stellungen gegen die russische Übermacht zu halten; dies gelingt nach mannigfachen Wechselfällen.

Anfang November ließ sich das Ergebnis der bewundernswürdigen Kriegstaten der verbündeten Heere dahin feststellen, daß sie von der

Düna im Norden bis nach der ostgalizischen Stadt Tarnopol im Süden eine in der Hauptrichtung südlich verlaufende Linie einnahmen; unermeßliche Gebiete des Feindes waren von ihnen besetzt, während die Russen — abgesehen von der letzten Ecke Ostgaliziens mit Tarnopol — überall aus den Grenzen der Verbündeten herausgeworfen waren.

Wahrlich eine Leistung, die zu höchster Bewunderung zwingt. Und doch war auch sie nur diejenige eines Kriegsschauplatzes! Seinen Hauptkampf focht dies Volk doch im Westen. Welch anderes Volk hätte je ähnliches geleistet! Soweit deutsche Truppen in Feindesland standen, wurden der militärischen höchsten Befehlsstelle „Oberost" unterstellte Zivilverwaltungen eingerichtet, deren Hauptsitze in Mitau, Wilna und Warschau waren; sie verrichteten vielfältige Kulturarbeit, stellten Ruhe und Ordnung her, sorgten für die Gesundheit der Bewohner und wiesen der deutschen Kriegführung aus den Landeserzeugnissen zu, woran sie Bedarf hatte.

Von diesem Zeitpunkt an erstarrte der Kampf im Osten wieder zum Stellungskriege, in dem sich die Verbündeten, die auf anderen Kriegsschauplätzen beschäftigt waren, in der Hauptsache auf die Verteidigung beschränkten.

Es sei erwähnt, daß politisch urteilsfähige Kreise nach dem Eindringen der Deutschen in Kurland die Eroberung der ganzen baltischen Provinzen und den Vorstoß auf Petersburg aus politischen Erwägungen gewünscht haben; ein Unternehmen, das militärisch ohne großen Kraftaufwand wohl ausführbar gewesen wäre. Weshalb es damals unterblieb, ist noch nicht vollkommen geklärt.

Der Stellungskrieg bedeutete im Osten so wenig wie im Westen ein Ruhen der Kampfhandlungen. Kein Tag verging, ohne daß hier oder dort die Russen angegriffen hätten; sie erlitten dabei fortgesetzt schwere Verluste.

Noch vor Ablauf des für sie so unheilvollen Jahres begannen sie neue Durchbruchskämpfe, die von Mitte Dezember 1915 bis Mitte Januar 1916 dauerten und sich auf der ganzen Front vom Pripjet nördlich über Styr, Strypa, Sereth, Dniestr und Pruth im Süden bis zur rumänischen Grenze abspielten. Nach sorgsamster Vorbereitung eröffnete der Feind den Hauptangriff; mit aller Gewalt wollte er die Stellung der Verbündeten durchstoßen, um durch einen großen Erfolg Rumänien zum Losschlagen auf der Seite der Verbandsmächte zu veranlassen. Auch diesmal gelang der Durchbruch nirgends — auch dies gewaltsame Unternehmen kostete ungeheure Menschenopfer.

Als kurze Zeit später im Westen der deutsche Sturm auf Verdun erfolgversprechend eingesetzt hatte und die Franzosen dort in Gefahr waren, unternahm das immer noch an Truppen nicht erschöpfte Rußland Mitte bis Ende März 1916 einen Entlastungsfeldzug im Norden, und zwar bei

Jakobstadt an der Düna, der sich dann weiter südlich ausdehnte und restlos ungünstig verlief.

Nach einer Atempause, die der neue russische Oberst-Befehlshaber General Brussilow zur Heranziehung weiterer Truppenmassen und zur Beschaffung alles Kriegsbedarfes ausnutzte, begann Anfang Juni auf der Front von der Beresina bis nach Ostgalizien ein neuer Gewaltangriff. Trotz größter Anstrengungen wurde er — abgesehen von einer Stelle — überall abgewiesen; daß er an einer Stelle gelang, war verhängnisvoll und für den ganzen weiteren Verlauf des Krieges von weittragenden Folgen begleitet.

Wir werden im Zusammenhang zu schildern haben, daß Italien sich seit 23. Mai 1915 gegen Österreich-Ungarn im Kriege befand und daß es ihm nicht gelang, wesentliche Vorteile gegen die ihm gegenüberstehenden viel schwächeren Kräfte der Monarchie zu erzwingen. Der verbündete Generalstabschef Freiherr Conrad kam Anfang 1916 auf seinen Lieblingsgedanken zurück, Italien, in dem er längst vor dem Kriegsausbruch den sicheren zukünftigen Feind seines Vaterlandes erkannt hatte, durch den Vorstoß von Süd-Tirol aus vernichtend zu treffen und damit eine Entscheidung zu erzwingen, die nach seiner Überzeugung für den ganzen Ausgang des Krieges maßgebend sein würde. Nachdem im Osten der Stellungskrieg wieder eingetreten war, in dem sich die Verbündeten in Verteidigung hielten, sah er sich in der Lage, hinreichende Kräfte aus seinen Frontabschnitten herauszuziehen, um sie zum Angriff gegen Italien zu verwenden. Nach sorgsamsten Vorbereitungen wurde dieser Mitte Mai 1916 begonnen und in glänzendem Anlauf in das italienische Gebiet der sog. „sieben Gemeinden" getragen. Conrad sah sich dem Ziele nah — schon glaubte er zum entscheidenden Schlage gegen die ihm verhaßten Italiener ausholen zu können, als im Osten das Ereignis eintrat, das seinen großgedachten und aussichtsreichen Plan erstickte.

Der wolhynische Abschnitt war der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand überwiesen, eines Führers, der sich bis dahin bewährt hatte; nun lag er seit Monaten in verhältnismäßiger Ruhe, von russischen Angriffen kaum behelligt und dadurch in sträfliche Sicherheit gewiegt. In dieser Armee waren Nachlässigkeit und Pflichtvergessenheit eingerissen, die sich vom obersten Führer bis auf die Mannschaften ausdehnten — ein Zustand schlimmer Verwahrlosung. Diese Stelle wählte sich Brussilow, wohl unterrichtet wie es dort aussah, für den beabsichtigten Durchbruch aus und stieß am 4. Juni 1916 gegen sie vor. Josef Ferdinand wurde einfach überrannt; die Rücktruppen (Reserven), über die er verfügte, griffen nicht ein, und der Durchbruch gelang. Der Erzherzog ging auf die Festung Luzk (am Styr) zurück; sein in Unordnung geratenes, um die innere Widerstandskraft gebrachtes Heer vermochte sie nicht zu halten

und flutete weiter zurück. Die österreichisch-ungarische Front brach an dieser wichtigen Stelle zusammen; eine Woche lang war sie in Gefahr ganz aufgerollt zu werden, bis deutsche westlich von Luzk einsetzende Gewaltstöße den Feind zum Halten zwangen. Es entwickelten sich schwerste Kämpfe, bei denen insbesondere Graf Bothmer sich durch unbeugsame Entschlossenheit und Zähigkeit auszeichnete. Mit wilder Rücksichtslosigkeit wirft Brussilow seine Massen vor, aber die Lage ist wieder hergestellt; ein Durchbruch gelingt ihm nicht mehr.

Dagegen hat er auch in der Bukowina Erfolg; gleichfalls im Juni 1916 gelang es den Russen dort vorwärts zu kommen; die Österreicher müssen ausweichen, bis Graf Bothmer auch hier eingreift.

In der zweiten Juni-Hälfte steht nahezu die ganze Ostfront in hartem Ringen; die deutschen Heerführer bleiben überall Herren der Lage, aber Conrad von Hötzendorff muß alles aufbieten, um seine Abschnitte zu verstärken; er kann es nur, indem er im Raum der „sieben Gemeinden" Halt macht und sich feste Stellungen sucht — unter Verzicht auf die Fortführung seines Stoßes gegen Ober-Italien.

So hat die unerhörte Pflichtvergessenheit des Erzherzogs Josef Ferdinand weittragende Folgen gehabt — sie beschränken sich nicht auf den militärischen Schaden: die schwere Erschütterung der österreichisch-ungarischen Streitmacht treibt Rumänien zur Entscheidung und das Gespenst eines neuen Feindes erscheint im Südosten.

Wirklich erklärt dies Königreich Ende August 1916 der Monarchie den Krieg.

* * *

Das Verhalten Italiens beim Ausbruch des Krieges ist uns bekannt. Im Herbst 1914, als klar wurde, daß die Mittelmächte den Erfolg nicht nach ihren dem italienischen Generalstab bekannten Plänen so schnell erzwingen konnten, als es für die baldige Beendigung des Krieges nötig gewesen wäre, steigerte sich die Hetze gegen Österreich und die Begehrlichkeit. Das Schlagwort vom „sacro egoismo," von der „Heiligen Selbstsucht" des italienischen Volkes kommt in Schwung, und die römische Regierung stellt als Entgelt für ihre wohlwollende Neutralität weitgehende Forderungen an Österreich-Ungarn. Das Hin und Her der Verhandlungen, die den früheren Bundesgenossen in schamloser Raffgier zeigen, können wir nicht verfolgen, wollen nur feststellen, daß es für einen Staat, der sich nicht selbst aufgeben wollte, einfach unmöglich war, die italienischen Forderungen zu erfüllen. Kaiser Franz Josef gab so weit nach, wie er konnte; die deutschen Bemühungen, zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu vermitteln, hatten keinen Erfolg, und am 23. Mai 1915 erklärte Italien den Krieg. Des Zusammenhanges halber

sei erwähnt, daß es zwischen dem deutschen Reiche und Italien zunächst noch nicht zum Kriege kam; beide Regierungen vermieden den sofortigen Bruch. Es entstand ein geschichtlich beispielloses Verhältnis, das durch die Nachgiebigkeit des deutschen Reiches trotz mannigfachster Herausforderungen Italiens länger als $^5/_4$ Jahr dauerte. Ihm wurde am 28. August 1916 ein Ende bereitet; von diesem Tage an befanden sich die beiden alten Bundesgenossen im Kriegszustand.

Trotzdem die Italiener über zehn Monate Zeit gehabt hatten, um sich vorzubereiten, und obwohl sie mit ihrer ganzen Streitmacht auftreten konnten, während die Monarchie nur den kleineren Teil für den neuen Kriegsschauplatz zur Verfügung hatte, gingen sie behutsam, ja ängstlich vor, und von dem angekündigten „Spaziergang nach Wien" war keine Rede. Auf österreichisch-ungarischer Seite führte der kluge und tüchtige Erzherzog Eugen den Oberbefehl, auf italienischer der Generalstabschef Graf Cadorna. Der Erzherzog war bei der zahlenmäßigen Unterlegenheit seiner Kräfte von vornherein auf die Verteidigung angewiesen; schlimm war noch, daß die italienische Artillerie wesentlich besser war.

Aus den Grenzen der beiden neuen Feinde ergaben sich von selbst drei Kampfgebiete: im Norden die Tiroler, im Nordosten die Kärntner, im Osten und zwar ziemlich von Norden nach Süden verlaufend, die Isonzo-Grenzlinie. Die hauptsächlichsten Kämpfe spielten sich am Isonzo ab; bis Ende des jetzt behandelten Zeitabschnittes rannten die Italiener in vier Dauerschlachten gegen die Österreicher an, die hier dem zähen General Boroëvic unterstellt waren. Allen Anstrengungen und Verlusten zum Trotz kommen die Italiener nicht vom Flecke; sie waren anfangs 1916 so geschwächt, daß Conrad von Hötzendorff auf dem Südtiroler Kriegsschauplatz zu seinem groß angelegten Unternehmen vorgehen konnte, dessen Ziel, Einleitung und Abbruch uns bekannt ist.

War die verbündete Oberste Heeresleitung gegenüber Italien auf die eigenen Kräfte angewiesen und beschränkt, so ging sie gegen Serbien und Montenegro mit denen des deutschen Reiches zusammen.

Dieser Kriegsschauplatz war, obwohl der ganze Krieg von dem serbischen Streitfall seinen Ausgang genommen hatte, nebensächlich geworden, als die Weltmächte Rußland, Frankreich und England gegen die Mittelmächte zu den Waffen griffen. Der erste Feldzug Österreich-Ungarns, der zur Besetzung von Belgrad und anderer Teile Serbiens geführt hatte, nahm durch den sträflichen Leichtsinn des Feldzeugmeisters Potiorek, der dort befehligte, im Dezember 1914 ein Ende mit Schrecken. Seitdem beschränkte sich die Oberste Heeresleitung auf kleine Unternehmungen, die der Abwehr der in Südungarn eingedrungenen Serben dienten.

Der Verlauf der Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli, die infolge

des Eintretens der Türkei in den Krieg auf der Seite der Mittelmächte entbrannt waren, sowie die allgemeine militärische Lage dieses Bundesgenossen, machten es notwendig eine sichere Verbindung zwischen der ungarischen Grenze und Konstantinopel herzustellen; sie ging durch Serbien. Deshalb beschlossen die Heeresleitungen der Mittelmächte den Angriff gegen das Königreich, der durch General von Falkenhayn politisch und militärisch durch den Abschluß des Bündnisses mit Bulgarien vorbereitet worden war.

General-Feldmarschall von Mackensen verließ Wolhynien, den Schauplatz seiner letzten Siege, um den Oberbefehl über das neu gebildete Heer der Mittelmächte zu übernehmen; ihm waren als Armeeführer die Generale von Gallwitz und von Köveß unterstellt. In der zweiten Hälfte des September 1915 wurde der Kampf um den Übergang über die Donau mit der Beschießung von Belgrad eingeleitet; am 6. Oktober wurde die serbische Hauptstadt gestürmt, und am 9. Oktober erzwang Gallwitz den glänzend ausgeführten Übergang über die Donau. Nun war die Lage für Bulgarien so weit gediehen, daß es Farbe bekennen konnte; am 14. Oktober erklärte es den Krieg an Serbien und trat sofort in den Kampf ein. In kurzem, schneidig durchgeführten Feldzug der drei Verbündeten werden die Serben zu Paaren getrieben; die Reste ihres furchtbar mitgenommenen Heeres fliehen nach Westen, um sich durch Albanien und Montenegro nach der adriatischen Küste zu retten.

Der Siegeszug führt die Verbündeten weiter; die Bulgaren und Deutschen stoßen nach Süden gegen das ägäische Meer vor — die Armee Köveß bezwingt Montenegro und rückt in Albanien ein.

Nach weit ausschauendem Plane hatten Engländer und Franzosen unter dem Befehl des Generals Sarrail in der griechischen Hafenstadt Saloniki Truppen gelandet und sich einen Stützpunkt geschaffen, von dem sie bei gegebener Gelegenheit nach Osten gegen die Türkei und nach Norden gegen Bulgarien und Südungarn vorstoßen konnten. Während des serbischen Krieges griff das englisch-französische Heer zur Unterstützung Serbiens in den Kampf ein, wurde aber, wo es sich zeigte, von den Deutschen und Bulgaren geworfen; Mitte Dezember 1915 floh es nach verlustreichen Kämpfen über die griechisch-mazedonische Grenze in Unordnung auf Saloniki zu. Die Lage war so, daß die dort befehligenden Truppenführer überzeugt waren, die Feinde bei weiterer Verfolgung über die griechische Grenze einfach ins Meer zu werfen; sowohl Zar Ferdinand von Bulgarien wie Conrad von Hötzendorff empfahlen, ja verlangten dies. Die deutsche oberste Heeresleitung jedoch versagte aus politischen Erwägungen die Zustimmung, indem sie vorgab, daß Griechenland in diesem Falle aus der Neutralität in Feindschaft gegen den Vierverband übergehen werde. Das war ein Vorwand; bestimmend war die persönliche Rücksicht Kaiser Wilhelms II. auf seinen Schwager König Konstantin von Griechenland.

So wurde — zur Verstimmung der Bulgaren — das englisch-französische Heer vor der Vernichtung gerettet und richtete sich in Saloniki wieder ein, um zur gegebenen Zeit vorzustoßen. Durch die falsche deutsche Politik wurde den Feinden eine Waffe gelassen, die unter Umständen nicht nur gefährlich werden konnte, sondern die auf den ganzen Gang des Krieges einen bestimmenden Einfluß gewinnen sollte. Das in Saloniki verbleibende Verbandsheer wurde allmählich so verstärkt, daß es im Herbste 1918 imstande war mit Übermacht zum Angriff auf die kriegsmüden Bulgaren vorzugehen — ein Umstand, der den Abfall Bulgariens vom Vierbund und damit schwerwiegende Folgen für das Ende des ganzen Krieges veranlaßt hat.

So hatte sich deutsche Feldherrenkunst und Waffentüchtigkeit am Balkan bewährt; ihrem Siegeslauf war fast im Angesicht des ägäischen Meeres ein vorzeitiges Ende bereitet worden. Aber auch damit sind die Taten des deutschen Heeres noch nicht aufgezählt; auch auf dem türkischen Kriegsschauplatz leistete es Großes und half dem Verbündeten wirksam die Gefahren bestehen. Bei allem guten Willen der türkischen Machthaber war es klar, daß ihr Land — zumal nach den Leiden seiner letzten Kriege — für den Kampf mit Großmächten nicht gerüstet war, daß ihm nicht nur für die neuzeitliche Kriegsweise vorgebildete Führer zu Lande und zu Wasser fehlten, sondern auch die Kriegsmittel aller Art. Hier mußte das deutsche Reich helfen; es stellte in Feldmarschall von der Goltz den Feldherrn, in Admiral Souchon den Flottenführer; es lieferte Geschütze und Schießbedarf, sowie alles übrige Kriegsgerät eines neuzeitlichen Krieges. Unternehmende Offiziere aller Grade und Mannschaften kamen auf dem Landwege, Unterseeboote durch die Meerenge von Gibraltar und das Mittelmeer. Auch für die Geldmittel sorgte das deutsche Reich.

Kein Zweifel, daß in den ersten Kriegsjahren die türkischen Truppen ihren alten Ruf neu bewährten und die Hauptlast des Kampfes trugen — zweifellos aber auch, daß sie dies nur durch die deutsche Unterstützung und Führung konnten.

Die Vorgänge auf den entlegenen türkischen Kriegsschauplätzen, die das schwarze Meer und die Dardanellen, den Kaukasus und Armenien, Mesopotamien und die Gebiete am Persischen Meerbusen, die Küste von Arabien und den Suezkanal umfaßten, können uns nicht beschäftigen. Es genügt die Feststellung daß bei ihnen allen deutsche Offiziere, Soldaten und Matrosen ruhmreichen Anteil hatten; in den Märchenlanden des Orient legten sie Zeugnis ab von deutschem Heldentum.

Am Ende des jetzt behandelten Abschnittes (Sommer 1916) hatte sich die Türkei all ihrer Feinde erfolgreich erwehrt; durch die Niederwerfung Serbiens war die Verbindung zwischen ihr und den Bundes-

genossen geschaffen, den Feinden aber durch die ruhmvollen Kämpfe auf der Halbinsel Gallipoli der Weg nach Rußland versperrt geblieben.

Der Seekrieg litt weiterhin unter dem Fehlen einheitlicher straffer Führung; nach dem oben berichteten Kampfe bei Helgoland (24. Januar 1915) wurde längere Zeit nichts größeres unternommen. Um so eifriger betätigten sich die Unterseeboote, die bald so ausgebaut wurden, daß sie die weite Fahrt ins Mittelmeer unternehmen konnten. Die Flottenverwaltung war darauf bedacht, alle im Kriege gesammelten Erfahrungen zu verwerten und immer vollkommenere Schiffe zu bauen, gab leider nur zu wenige in Auftrag.

Neben den U-Booten führten einige Hilfskreuzer auf allen Meeren verwegenen Kreuzerkrieg, der es hauptsächlich auf die Vernichtung feindlicher Handelsschiffe abgesehen hatte; unter ihnen ist besonders die „Möwe" unter dem kühnen und verschlagenen Grafen Dohna-Schlodien und später der „Wolf" des ausgezeichneten Korvetten-Kapitäns Nerger berühmt geworden.

Bis Anfang 1915 richtete sich der Unterseebootkrieg allein gegen feindliche Kriegs- und Handelsschiffe. Als die englische und französische Regierung am 31. Januar 1915 anordneten, daß ihre Handelsschiffe, um die deutschen U-Boote zu täuschen, neutrale Flagge führen sollten, sah sich das deutsche Reich zu einer entschiedenen Gegenmaßregel veranlaßt: am 4. Februar 1915 wurden mit Wirkung vom 18. desselben Monates die Gewässer um England und Irland herum für Kriegsgebiet erklärt und angeordnet, daß jedes feindliche Handelsschiff, das von deutschen U-Booten in den bezeichneten Gewässern betroffen werde, ohne weiteres angegriffen werden sollte; den neutralen Schiffen wurde bekanntgegeben, daß sie innerhalb des Kriegsgebietes infolge des Mißbrauches neutraler Flaggen auch Gefahr liefen, angegriffen zu werden, und es wurde ihnen eine bestimmte Fahrstraße vorgeschrieben, auf der sie ungefährdet verkehren konnten — Bannware, die für den Feind bestimmt war, durften sie selbstverständlich auch dort nicht befördern.

Mit dieser Maßnahme war der eigentliche Unterseeboot-Handelskrieg eröffnet; er war — abgesehen davon, daß England die wider Menschlichkeit und Völkerrecht verstoßende „Hungerblockade" über Deutschland verhängt hatte — durch den amtlich von den feindlichen Regierungen angeordneten Mißbrauch neutraler Flaggen notwendig geworden, wenn die deutsche Waffe des U-Bootes nicht wesentlich entwertet werden sollte. Denn es kam darauf an nicht nur gegen England Vergeltung zu üben, sondern seine Kriegführung durch die Verringerung des Frachtraumes zu schädigen. Wie aber sollte das ausgeführt werden, wenn sich feindliche Schiffe einfach durch den Gebrauch neutraler Flaggen schützen konnten?

Die neue Kampfesweise setzte sofort mit Erfolg ein. In England

erweckte dies maßlose Wut und man verstand es wiederum, die öffentliche Meinung außerhalb der Mittelmächte gegen das als barbarisch und grausam gebrandmarkte deutsche Volk zu erregen. Dies Verfahren wurde mit um so größerer Wirkung angewandt, als am 7. Mai 1915 ein deutsches U-Boot den englischen Riesendampfer „Lusitania" versenkte, der von Neuyork kam, amerikanische Bürger an Bord hatte, aber auch Schieß- und sonstigen Kriegsbedarf amerikanischer Herkunft, für England bestimmt, beförderte, und selbst bewaffnet war. Dies alles, obwohl der Kapitän des Schiffes von deutscher Seite vor der Abreise gewarnt worden war. Dasselbe Schiff war bei der Rückkehr von seiner vorletzten Reise unter amerikanischer Flagge in den Heimathafen eingelaufen. Bei dem Untergang der „Lusitania" fanden über 1500 Menschen den Tod, unter ihnen an 100 Amerikaner, und dies veranlaßte die Vereinigten Staaten zu dem Verlangen, den U-Bootkrieg so zu führen, daß ihre Bürger dabei nicht gefährdet würden. Derselbe Wilson, der sich in jener Zeit von Mexiko eine geradezu verächtliche Behandlung gefallen und die Bürger der Vereinigten Staaten warnen ließ, sich in diesem Lande in Gefahr zu begeben, hatte gar nichts getan um seine Landsleute von der gefährlichen Schiffsreise ins Sperrgebiet zurückzuhalten; es ist kennzeichnend für seine bösen Absichten gegen das deutsche Reich, daß er sie ungehindert als „Schutzengel" für England auf englischen Schiffen fahren ließ und dem Tode aussetzte. Die Sprache der Washingtoner Regierung war anmaßend, die Begründung ihrer Forderungen verlogen und scheinheilig — an der entscheidenden Tatsache, daß die Amerikaner den Feinden des deutschen Reiches Waffen und sonstiges Kriegsgerät, sowie Nahrungsmittel in Massen lieferten und daß auch dieses Schiff solchen Kriegsbedarf nach England befördert hatte, ging sie vorbei. Das deutsche Auswärtige Amt zeigte zunächst eine feste Haltung. Als die diplomatischen Noten aus Washington immer drohender wurden, gestand die deutsche Regierung Anfang September 1915 zu, daß U-Bootangriffe auf Handelsschiffe erst nach Warnung und unter Gewährung von Rettungsmöglichkeiten erfolgen sollten. Damit war diese neue furchtbare Waffe zum guten Teile wirkungslos gemacht — das amerikanische Auftreten gereichte vor allem England zum Nutzen. Aber mit diesem Zugeständnis begnügte sich Präsident Wilson nicht, der sich immer offener als Begünstiger der Verbandsmächte zeigte. Neue Zwischenfälle führten zur Fortsetzung des Notenkampfes, bei dem Amerika schließlich das unverschämte Verlangen stellte, das deutsche Reich solle den Unterseebootkrieg nach den Regeln des Kreuzerkrieges führen. Während dieser Verhandlungen erbat und erhielt Großadmiral von Tirpitz am 15. März 1916 den Abschied, da er für die Durchführung des durch politische Rücksichten nicht gehemmten U-Bootkrieges eintrat, wogegen der Reichskanzler dem amerikanischen Verlangen aus Furcht vor dem Eintritt

der Vereinigten Staaten in den Krieg nachgeben wollte. Anfang Mai ließ er auf neue diplomatische Schritte Wilsons, die sich zu einem unerhört anmaßenden „Ultimatum" gesteigert hatten, erklären, daß das deutsche Reich sich der Forderung füge. Das war eine furchtbare politische Niederlage, die von den ehrliebenden Deutschen als Schmach empfunden wurde.

Damit war das U-Boot bis auf weiteres entwertet, da ein Vorgehen „nach den Regeln des Kreuzerkrieges" die Boote dem Verderben ausgesetzt hätte.

In der Flotte und in dem völkisch gerichteten Teile der öffentlichen Meinung entstand über diese Vorgänge tiefe und berechtigte Erbitterung.

Sie wurde fürs Erste gebannt, als am 2. Juni 1916 bekannt wurde, daß die deutsche Hochseeflotte unter ihrem Führer Vizeadmiral Scheer und unter rühmlicher Mitwirkung des Befehlshabers der Aufklärungsschiffe, Vizeadmiral Hipper einen herrlichen Sieg über weit überlegene englische Streitkräfte erstritten hatte. Die gesamte englische Kriegsflotte war am 31. Mai unter Admiral Jellicoe vor dem Skagerrak auf die deutsche Flotte gestoßen; der Kampf zog sich bis in den folgenden Tag hin und endete mit dem Rückzug der Engländer. Ihr Verlust stellte sich auf 9000 Tote und rund 170000 Tonnen, während die Deutschen nur 2500 Tote und 60000 Tonnen eingebüßt hatten. Der deutsche Sieg war zweifellos, wurde aber von den Engländern doch bestritten — zweifellos auch die Überlegenheit der deutschen Führung. Alles bei der deutschen Flotte hatte sich bewährt: die Schiffe selbst, ihre Offiziere, die Matrosen — glänzend ihr Geist, unvergleichlich ihr Todesmut, ja ihre Todesfreudigkeit.

Der große Tag erfüllte das Volk mit gerechtem Stolze auf seine junge so bewährte Seemacht, und wo „blaue Jungen" sich im Lande zeigten, flogen ihnen die Herzen zu; die siegreichen Admirale Scheer und Hipper waren die Helden des Tages.

Auch im Luftkrieg zeigte sich weiterhin die verwegene Unternehmungslust der deutschen Flieger und Luftkreuzer-Führer; ihre Einzel-Leistungen wurden von den Feinden nicht annähernd erreicht.

Von den überseeischen Besitzungen wissen wir, daß Kiautschau gegen Ende des Jahres 1914 an die Japaner verloren ging. Auch diejenigen in der Südsee und in Afrika waren nicht zu halten. In Deutsch-Südwest- und Ost-Afrika rächte sich, daß die dortige deutsche Wehrmacht viel zu schwach war. So fiel Südwest schnell in englische Hand, nachdem die Reste der deutschen Streitmacht am 9. Juli 1915 bei Otawi die Waffen gestreckt hatten, in Ostafrika aber führte der Befehlshaber der Schutztruppe von Lettow-Vorbeck einen heldenmütigen Kampf gegen vielfache feindliche Übermacht, der er nicht unterlag; wo immer er die Waffen mit ihr maß, blieb er siegreich, und trat, als er sich auf deutschem Gebiet nicht mehr halten konnte, auf portugiesisches über. Er stand bis zum Ende

des Krieges unbesiegt im Felde, und seine farbigen Truppen bewährten die Treue gegen das Reich bis zum Letzten.

Als das zweite Kriegsjahr zu Ende ging, schien die Sache der Mächte des Vierbundes glänzend zu stehen, wenn man nach dem äußeren Ergebnis urteilte. Hatten sie doch fast ganz Belgien, weite Teile Nordfrankreichs, fast 300000 qkm Rußlands und außerdem ganz Serbien und Montenegro besetzt — alles in allem rund 430000 qkm feindlichen Landes, denen gegenüber die von den Franzosen gehaltene Ecke im Oberelsaß und die von den Russen besetzten Teile von Galizien und der Bukowina verschwanden. Und doch war die Lage des Vierbundes sehr ernst. Die ungeheure Überlegenheit der Feinde konnte noch nicht gebrochen werden: im Westen war das Unternehmen gegen Verdun gescheitert und an der Somme rannten Franzosen und Engländer mit furchtbarer Übermacht an; im Süden hatte Conrad seinen Vorstoß gegen Oberitalien einstellen müssen, weil auf dem östlichen Kriegsschauplatz in Wolhynien und in der Bukowina die Russen vorgedrungen waren. Politisch war Rumänien im Begriffe, sich auf die Seite der Verbandsmächte zu schlagen und die Vereinigten Staaten hatten ihre offene Deutschfeindlichkeit bekundet. Die Gefahr lag vor, daß die Deutschen sich „totsiegen" würden. Was konnte geschehen, ihr wirksam zu begegnen?

Innerpolitische Entwicklung.

Noch im Spätjahr 1914 wurden für den aufmerksamen Beobachter die ersten Anzeichen bemerkbar, daß der Siegeswille der deutschen Heimat ins Wanken gerate. Dies war kein Wunder in einem Staatswesen, dessen politische Spitzen offensichtlich von vornherein nicht an den Sieg glaubten, weil sie nach ihrer ganzen Veranlagung nicht daran glauben konnten. Schwäche in sich selbst, Schwäche nach außen, Schwäche nach innen war das Wesen dieser Regierung Bethmann Hollwegs.

Wie weit er der Sozialdemokratie entgegenkam, wissen wir, wissen auch, daß er recht eigentlich dadurch ihren Führern wieder zu Ansehen und Macht verhalf. Dieselbe Schwäche bewies er gegenüber den deutschfeindlichen Machenschaften im Reichsland, in der Ostmark und in Nordschleswig — als gewähre die Tatsache, daß auch die Söhne dieser Landesteile ihre Kriegspflicht erfüllten den daheimgebliebenen Stammesgenossen den Freibrief für Zettelungen gegen den Bestand des Reiches. Besonders im Elsaß und in Posen lag gehäufter Beweisstoff für die gefährliche, ja hochverräterische Tätigkeit der welschgesinnten und polnischen Führer vor, und die Militärbefehlshaber drängten darauf, gegen solche Wühler vorzugehen, taten es auch in den schlimmsten Fällen; aber Durchgreifendes ließ die Reichsleitung nicht zu und die landansässigen Altdeutschen im Reichsland und die treuen Preußen in Posen mußten mit Grimm zusehen,

wie Ansehen und Sicherheit des Reiches von den Verrätern untergraben wurden.

Bei dem Verhalten der Regierung in diesen Dingen, die zum Teil das Gebiet der äußeren Politik berührten, waren — abgesehen vom angeborenen Mangel an Mut und Entschlußfähigkeit — törichte Rücksichten auf das Urteil des Auslandes mitbestimmend; dort sollte nichts von der unsicheren Haltung nicht unbeträchtlicher Teile der Bevölkerung Posens und des Reichslandes bekannt werden. Als ob nicht insbesondere die Feinde durch ihren Späherdienst genau über diese Dinge unterrichtet gewesen wären.

In den Fragen der eigentlichen inneren Politik wurde es von Tag zu Tag klarer, daß Bethmann Hollweg und seine Leute, indem sie allein die gute Stimmung der großstädtischen Massen und die Billigung der Reichstagsmehrheit zur Richtschnur ihrer Maßnahmen machten, sich innerlich und politisch immer mehr von den Grundsätzen erhaltender Staatskunst und von den unbedingt staatstreuen Schichten und ihren Volksvertretern entfernten — ein an sich bedenkliches Vorgehen, das im Daseinskriege geradezu lebensgefährlich war. Aus diesem hemmungslosen Hinübergleiten ergab sich die Haltung dieser Regierung in allen wichtigen Einzelfragen.

Die Volksernährung richtete sich nach den Wünschen der großstädtischen Massen, deren Wortführer sozialistisch verbildete Gewerkschaftsführer und sonstige Parteiangestellte waren, deren Kenntnisse des wirklichen wirtschaftlichen Lebens aber bei weitem nicht ausreichten, um sie zu vernünftigen und brauchbaren Vorschlägen zu befähigen. Das gesamte Wirtschaftsleben entartete, und besonders zeigten sich die Folgen der „Zwangswirtschaft" in einer immer gefährlicher werdenden Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung („Produktion"), da bei den wichtigsten zur Volksernährung nötigen Erzeugnissen die behördlich festgesetzten Preise die Selbstkosten der Landwirte nicht deckten. Als die Volksernährung sich nach den sozialistischen Falschgesetzen als unausführbar herausstellte, und als trotzdem die Behörden an der Zwangswirtschaft festhielten, wurde der Schleichhandel zu dem Mittel, durch das jeder, der Geld hatte, sich neben dem behördlich Zugeteilten durchhalf — die Mittellosen mußten hungern, und zu ihnen gehörten alle, die nicht an sich wohlhabend oder „Kriegsgewinnler" oder „Munitionsarbeiter" waren — besonders aber weite Kreise des Mittelstandes. Als die Erbitterung über diesen Zustand immer lauter wurde, suchten die Machthaber und die sozialistischen Wortführer die Ursachen nicht da, wo sie waren, sondern beschuldigten die Landwirtschaft wucherischer Ausbeutung der Kriegsnot — ein Verfahren, das schließlich zu schlimmer Entfremdung zwischen Stadt und Land führte.

Die Finanzpolitik war rein bankenmäßig gerichtet und ging viel zu spät — erst Ende 1916 — an die Sicherung des durch den Krieg angespannten Reichs-Geldwesens, indem sie die wucherischen Kriegsgewinne zur Besteuerung heranzog.

Für die innere Politik in engerem Sinne wurde ebenso leichtfertig wie gedankenlos für die Zeit nach dem Kriege die „Neuorientierung" in Aussicht gestellt: damit wurde angekündigt, daß die politischen Befugnisse des Volkes erweitert werden sollten — was der Sache nach auf die Machterweiterung der Massen und ihrer Führer herauskam und den Übergang von der „konstitutionellen" Staatsform Bismarckischer Prägung zum „parlamentarischen System" nach französisch-englischem Muster vorbereiten sollte, in Wahrheit aber die Saat zu ganz anderer Ernte säte.

Je schonungsbedürftiger diese Regierung war und je schwächer sie sich zeigte, um so anspruchsvoller traten die Wortführer der Parteien auf, die Bethmann Hollweg stützten, weil er ihnen bequem war; es waren dies Sozialdemokratie, Zentrum und Freisinn, und die Presse dieser Parteien tat das Gleiche. Nationalliberale und Konservative traten immer mehr in Gegnerschaft zu Bethmann Hollweg, entschlossen sich aber nicht rechtzeitig zu rücksichtslosem Kampf gegen ihn, den sie längst als Reichsverderber erkannt hatten.

Die versprochene „Neuorientierung" ging von dem Fehlgedanken aus, daß das opferwillige Volk und seine Vertreter für die vaterländische Bewährung im Kriege belohnt werden müßten, und der Einwand, daß ein politisch so ungeschultes Volk wie das deutsche, gar nicht über die Kräfte verfüge, um im „parlamentarischen System" gut geführt zu werden, wurde in grenzenloser Oberflächlichkeit mit dem Schlagworte abgetan, daß der „gute Durchschnitt" genüge, um das deutsche Volk zu regieren — starke Begabungen oder gar das Genie seien dazu nicht nötig. Und dies zu einer Zeit, wo im Felde jeder Augenblick im Größten und Kleinsten zeigte, daß auf den Führer alles ankommt — wo die deutsche Industrie und Landwirtschaft unter starken Führern, unterstützt durch den „Durchschnitt" weit überragender Forscher und Erfinder, für unmöglich Gehaltenes leisteten.

Dieser Abkehr vom Führergedanken entsprach diejenige vom Machtgedanken, d. h. von der seit den ersten Anfängen aller Geschichte bestätigten Lehre, daß der Staat Macht ist, daß seine innere und äußere Sicherheit nur so lange gewährleistet ist, als er Macht bleibt. Diese Auffassung sollte nun auf einmal veraltet, kultur- und freiheitwidrig sein und der richtigen Einschätzung des deutschen Volkes durch das feindliche und neutrale Ausland im Wege stehen. Und dies alles ausgerechnet in einer Zeit, wo das feindliche Ausland das Äußerste aufbot, um ausgesprochenste Machtpolitik zu betreiben! „Recht und Kultur" sollten die Wegweiser

der Staatsleitung nach den Lehren dieser Schwarmgeister sein, als ob Recht und Kultur nicht erst dem durch die Macht bereiteten Mutterboden entsprießen könnten!

Diesen krausen Gedankengängen entsprang auch die Stellung ihrer Verkündiger zum Kriegsziel. Sie wiesen darauf hin, daß dieser Krieg als ein solcher der Verteidigung für das deutsche Volk begonnen worden sei, der nicht zum Eroberungskriege „entwürdigt" werden dürfe; demgemäß empfahlen sie eine Politik „weiser Mäßigung" und hatten in Verkennung der geschichtlichen Zusammenhänge von damals und heute den Mut, Bismarcks Verhalten gegenüber dem besiegten Österreich nach der Schlacht von Königgrätz als Beispiel hinzustellen — als ob nicht derselbe Bismarck Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt für sein Preußen gewonnen hätte! In Wahrheit war die Politik „weiser Mäßigung" nichts anderes als eine solche des Verzichts auf Erweiterung der deutschen Macht und auf Ersatz der Kriegskosten — beides für den Fall des deutschen Endsieges. Ein derartiger Verzicht ging — leicht begreiflich — bis gegen das Ende des Krieges, als die Verhetzung jede Vernunft unterdrückt hatte, wider den gesunden Sinn des Volkes, das, soweit es nicht durch Wort und Schrift der Verzichtleute beeinflußt war, als selbstverständlich annahm, daß das Vaterland vergrößert und ohne wirtschaftlichen Schaden aus dem Kriege hervorgehen müsse. Da seit dem Spätjahr 1914 die Prediger des Verzichts, ungehemmt von der Zensur, immer offener und lauter hervortraten, konnten die Vorkämpfer für ein den Notwendigkeiten der deutschen Zukunft entsprechendes Kriegsziel nicht schweigen, zumal da sie die begründete Besorgnis hegten, daß der Verzicht dem Volke jedes große Ziel nehmen und damit seine Ermüdung fördern werde. Die Feinde kannten ihr Kriegsziel, ihre Staatsmänner, ihre Volksvertreter, ihre Presse — alle sprachen es unverhohlen aus: es war die Vernichtung des deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und der Türkei, für das deutsche Volk ganz eindeutig gesprochen: die Vernichtung des verhaßten deutschen Menschen. Und diesem wahrhaftig aufs Ganze gehenden Kriegsziel der Engländer, Franzosen, Russen und Italiener trachteten ihre Volksgesamtheiten — von verschwindenden Minderheiten abgesehen — mit Leidenschaftlichkeit nach. Sie wußten, was sie wollten. Sie wußten, daß solch ein Krieg nur mit Sieg oder Niederlage enden konnte, daß also die ganze Volkskraft rücksichtslos für den Kriegszweck eingesetzt werden müsse. Wie anders auf deutscher Seite: da sollte der „Zustand vor dem Kriege" der höchste der Wünsche sein!

Weil die Völkischgesinnten, unbedingt Reichstreuen, wußten, daß sich mit solcher Entsagung ein Volk, das durch die Härte seiner Feinde hungern und frieren mußte, nicht Jahre hindurch seelisch widerstandsfähig erhalten lasse, deshalb beschlossen sie, ihr Kriegsziel zu enthüllen und zu verfechten.

Der Reihe nach traten der Alldeutsche Verband, die sechs größten wirtschaftlichen Verbände und der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden" in den Kampf ein — aber die Regierung hinderte sie daran, dies öffentlich zu tun. Vertrauliche Denkschriften, geschlossene Versammlungen wurden ihnen zugestanden, aber auch diese wurden mit kleinem Geiste überwacht und von der Zensur schikaniert. Und dies Verhalten entsprang der doppelten Rücksicht auf die immer anmaßender auftretende Gefolgschaft des Kanzlers im Reichstag und auf die irrtümlich angenommene Friedensbereitschaft eines oder des anderen Feindes, die nicht durch angeblich „annexionistische" Kriegsziele verscherzt werden sollte. Es war eine Todsünde gegen deutsche Staatskunst, die da begangen wurde, als die Regierung die Kriegszielbewegung unterdrücken ließ: denn nun blieb das Volk in der Heimat seinen wachsenden Nöten und Leiden überlassen und seine Frage, weshalb draußen all das Blut fließen, weshalb es zu Hause Entbehrungen aller Art erdulden müsse, blieb ohne eine stärkende, glückverheißende Antwort. Die Verteidigung schlechthin ist für ein Volk, von dem das Äußerste verlangt werden muß, kein Hochgedanke, der es fortreißt — was Wunder, wenn die Heimat mit zunehmender Not jenen anheimfiel, die die Zersetzung des Bestehenden erstrebten und die man dies Geschäft betreiben ließ.

Die Frage des Kriegszieles war nicht die einzige, in der die völkischen und staatserhaltenden Kreise in schroffster Kampfesstellung gegen die Regierung stehen mußten; auch die Kriegführung selbst, soweit sie von den politischen Stellen beeinflußt war, wurde Gegenstand ihrer Sorgen, Vorschläge und schließlich Angriffe. Dies bezog sich vor allem auf die Anwendung der Unterseeboote und der Luftkreuzer („Zeppeline"); wir erinnern uns, was darüber berichtet wurde. Je mehr sich nun zeigte, in welchem Maße der feindliche Vielverband dem Vierbunde an Menschen und allem Kriegsgerät überlegen war, um so mehr drängten dieselben Kreise, die für das Kriegsziel der Notwendigkeiten eintraten, darauf, daß das deutsche Reich von denjenigen Waffen, in denen es den Feinden überlegen war, rücksichtslosen Gebrauch mache; die Regierung und ihre Anhänger schützten Rücksichten auf Menschlichkeit, auf das Urteil des Auslandes, auf die Friedensneigungen der Feinde vor und scheute sich nicht wahrheitswidrig behaupten zu lassen, daß militärisch-technische Umstände den ungehemmten Unterseebootkrieg gar nicht gestatteten. Es kam zu jenem Hin und Her bei der Anwendung der beiden furchtbaren Waffen, das wir teils kennen, teils noch kennen lernen werden; die Besorgnis, daß einer oder mehrere der Neutralen alsdann gegen das deutsche Reich auftreten werde, spielte eine Rolle und wurde insbesondere hinsichtlich der Vereinigten Staaten geltend gemacht. Der Streit der Meinungen um den Unterseebootkrieg nahm leidenschaftliche Formen in und außer-

halb des Reichstags an. Die Verteidiger dieses Kriegsmittels wurden von der Zensur gehindert öffentlich aufzutreten; geheime Schriften, mit und ohne Verfasserangaben, erschienen und rückten dem Kanzler zu Leibe.

Auch die Gesamtpolitik Bethmanns wurde in dieser Art bekämpft, und der Kanzler wendete sich im Reichstag in maßloser Heftigkeit gegen jene, die in namenlosen Schriften oder unter ihrem Namen gegen ihn aufträten; er prägte für diese Gegner das ungerechte Wort, sie seien „Piraten der öffentlichen Meinung".

Damit ist schon gekennzeichnet, bis zu welchem Maße die Gegensätze das öffentliche Leben dieses um sein Dasein ringenden Volkes vergiftet hatten — in der Hauptsache, weil ein unfähiger Kanzler sich mit allen Mitteln, die ihm der Besitz der Staatsmacht und die Gefolgschaft der Wortführer der Massen zur Verfügung stellten sich in der Macht erhalten und als im Besitze der höheren staatsmännischen Voraussicht erweisen wollte.

Gegenüber dem vaterländischen Drängen auf Anwendung aller deutschen Kriegsmittel wurde von den Vertretern der Vorsicht behauptet, die „Zeit arbeite für uns" — eine offensichtliche Torheit, da die Feinde den Menschenvorrat fast der ganzen Erde und ihren Reichtum an allem, was für die Kriegführung nötig war, zur Verfügung hatten, während der Vierbund abgeschlossen war und auf die unmittelbar greifbaren Menschen angewiesen blieb: die Zeit arbeitete also für die Feinde.

Je erfolgreicher das Heer im Westen die Abwehr, im Osten den Angriff betrieb, um so mehr Anhänger fand die Kriegszielbewegung außerhalb der Kreise, von denen sie zunächst getragen wurde, und es kam die Zeit, da die sämtlichen Reichstagsparteien außer der Sozialdemokratie sich in mehr oder minder entschiedenen Erklärungen dazu bekannten, daß im Falle des deutschen Sieges die Zukunft des deutschen Volkes durch Erweiterung seiner Macht, Gewinnung von Siedlungsland, Ausbau seiner wirtschaftlichen Grundlagen und Entschädigungen durch die Feinde gesichert werden müsse. Insbesondere wurde verlangt, daß Belgien in geeigneten Formen unter deutschem Einfluß bleiben müsse, daß die Kohlen- und Erzlager der östlichen Grenzgebiete Frankreichs abgetreten und daß die bisher russischen Ostseeprovinzen an das deutsche Reich angegliedert werden sollten. Aber auch da war der Reichskanzler nicht zu unzweideutigen Erklärungen zu bewegen; er sprach von „realen Garantien", von „Faustpfändern" — Wendungen, die niemanden befriedigten.

Eine häßliche Erscheinung war es, daß die sozialistische und der kriegszielfeindliche Teil der bürgerlichen Presse — fast nur jüdische oder jüdischgerichtete Blätter — im Kampfe gegen die Vertreter des Kriegszieles die verleumderische Behauptung aufstellten, jene wollten den Krieg nur verlängern, weil sie ungeheuren Verdienst aus ihm zögen — einerlei

ob sie zur Industrie oder zur Landwirtschaft gehörten. Auch in den Reichstag wagten sich solche Verdächtigungen.

So weit war es gekommen! Noch ehe das zweite Kriegsjahr zu Ende ging, war die innere Einheit im Vaterlande zerstört. Dazu rissen die berechtigten Klagen über den immer drückender werdenden Kohlenmangel nicht ab, unter dem besonders in den kalten Jahreszeiten die Bevölkerung sehr litt. Die Beschwerden über die Teuerung waren nur zu begründet, wurden aber gerade von denen in hetzerischer Weise übertrieben, die sie mit verursacht hatten: Denn die rasch zunehmende Teuerung war nur zum Teil eine Wirkung des Warenmangels aller Art — in höherem Maße war sie durch jene verfehlte Ernährungs- und Wirtschaftspolitik veranlaßt, die auf sozialistische Vorschläge hin oder mit Rücksicht auf die Massen eingeschlagen worden war.

Jene, sei es berechtigten, sei es übertriebenen Beschwerden über die Teuerung drangen von der Heimat an die Front und verfehlten dort ihre Wirkung nicht.

Die Verhetzung nahm überhand; ihre hauptsächlichsten Förderer waren jene Blätter, die in jüdischem Besitze oder jüdisch bestimmt und geleitet waren.

Auch dieses Treiben setzte das Ansehen der Staatsgewalt herab, zumal da sich nicht bestreiten ließ, daß die Behörden den besonderen Aufgaben, die der Krieg an sie stellte, nicht gewachsen waren. Die abfälligen Urteile, die aus diesem Anlaß ausgesprochen wurden, kamen jenen Bestrebungen zu gute, die das Schlagwort der „Neuorientierung" so verstanden, daß der Einfluß der Krone und des von ihr berufenen Beamtentums zurückgedrängt werden sollte.

Das öffentliche Leben des deutschen Volkes bot um die Mitte des Jahres 1916 ein tief betrübendes Bild, und die Vaterlandsfreunde fragten sich besorgt, wohin das führerlose Schiff der deutschen Heimat treibe.

Wenn sich nicht bei den Kriegsanleihen und bei freiwilligen Gaben für Kriegszwecke die Opferwilligkeit der Heimat gezeigt hätte, hätte man glauben können, daß jeder Gemeinsinn in diesem Volke erstorben wäre und daß der Streit aller gegen alle bevorstehe.

Litt die innere Politik des Kanzlers — abgesehen von den Mängeln, die sich aus der Veranlagung ihres Trägers ergaben — unter der Unfreiheit, in der er sich gegenüber den Massen und ihren Wortführern befand, so war dasselbe bei seiner äußeren Politik der Fall und gewann Einfluß auf die Kriegführung. Weil die äußerste Linke den Krieg nur als solchen der Verteidigung gewissermaßen anerkannte, weil sie an die Verständigungsbereitschaft der demokratisch-parlamentarisch geleiteten feindlichen Völker glaubte oder zu glauben vorgab, weil ihr die Zarenherrschaft in Rußland verhaßt war: deshalb richtete Bethmann Hollweg seine Politik

so ein, daß sie links keinen Widerspruch erfuhr, wobei wiederholt betont sei, daß sie auch seinen eigenen Anschauungen entsprach. Als in Rußland das Ministerium Stürmer in vorbereitenden außeramtlichen Schritten die Geneigtheit zu Friedensverhandlungen dartat, glaubte Bethmann Hollweg darauf nicht eingehen zu können, und wenn er bei Reichstagsreden im Gegensatz zu Ratschlägen, die ihm von Sachkennern erteilt wurden, die russische Regierung besonders schroff angriff, so begründete er dies unter vier Augen mit der gebotenen Rücksicht „auf die Linke". Damit war zugegeben, daß der Kanzler — wie er im Innern die Zügel aus der Hand gegeben hatte — so auch in der äußeren Politik auf die Führung verzichtete. Er schwankte zwischen den Rücksichten auf seine in allen Grundfragen jeder Staatskunst instinktlose Gefolgschaft und denen auf die Stimmung und das Urteil des Auslandes, zwischen den Hoffnungen auf die Verständigung mit England oder Frankreich und in der Furcht vor dem etwaigen Eintritt anderer Mächte in den Krieg einerseits — und den harten Notwendigkeiten des Krieges und den Forderungen, die von Heer- und Flottenleitung erhoben wurden, hin und her. So zeigte er sich ohne Entschlossenheit gegen die Feinde, schlaff gegen Amerika, nachgiebig gegen Rumänien, Griechenland und andere Staaten. Von Zuversicht merkten die Neutralen bei diesem Kanzler nichts und sie zogen ihre Schlüsse daraus. Er seinerseits wußte nichts damit anzufangen, als der deutsche Nationalbund in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1915 vom amerikanischen Kongreß strengste Neutralität und Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Waffen und Schießbedarf verlangte — er erkannte auch Englands letzte Absichten in diesem Kriege noch nicht, als dort Anfang 1916 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde.

Die ganze Schwäche und Haltlosigkeit der Bethmannschen Politik zeigte sich in der U-Bootfrage und in derjenigen nach der Zukunft des befreiten Kongreßpolen; auf beide sei daher in aller Kürze hier hingewiesen.

Seit September 1915 war, wie wir wissen, der U-Bootkrieg auf amerikanischen Einspruch hin wesentlich abgeschwächt, seit Mai 1916 weiter beschränkt worden — letzteres obwohl nicht nur Großadmiral von Tirpitz für die ungehemmte Anwendung der neuen Waffe eintrat, sondern obwohl auch der Admiralstab eine Denkschrift eingereicht hatte, in der er das Gleiche befürwortete und begründete. Der wichtigste Satz besagte: „Wird der neue U-Bootkrieg uneingeschränkt, d. h. mit der Maßgabe geführt, daß im Kriegsgebiet jeder Schiffsverkehr verhindert werden darf, dann steht in sicherer Aussicht, daß England sich infolge unerträglicher Beengung des Frachtraumes und damit der Zu- und Ausfuhren und folgeweise gesteigerter Teuerung, unterstützt durch schwere finanzielle Bedrohung, in absehbarer Zeit, längstens in sechs Monaten, zum Friedens-

schluß gezwungen sehen wird." Dieser Denkschrift waren Gutachten angesehenster Sachverständiger des wirtschaftlichen Lebens beigegeben, die alle den sofortigen ungehemmten U-Bootkrieg befürworteten. Von allen für die Anwendung der neuen Waffe maßgebenden Stellen wurde betont, daß zur Zeit England wirksame Mittel zur Bekämpfung der U-Bootgefahr noch nicht besitze, daß es sich solche aber beschaffen könne, wenn man weiter zögere.

„Um England nicht zum Äußersten zu reizen" — dies England, das durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht den Entschluß dargetan hatte, den Krieg bis zur letzten Entscheidung rücksichtslos durchzukämpfen, und aus Furcht vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, die mit der Hoffnung bemäntelt wurde, daß Präsident Wilson nach etwaiger Wiederwahl sich um die Friedensvermittlung bemühen wolle, nahmen Bethmann Hollweg und seine Berater die Verantwortung auf sich, dem amerikanischen Ansinnen nachzugeben und die deutsche, England gegenüber, gefährlichste Waffe unwirksam zu machen; sie begründeten dies nach außen damit, daß die deutsche Flotte nicht über hinreichend zahlreiche Unterseeschiffe verfüge, was von dem Admiralstab bestritten wurde.

So gewährte der deutsche Reichskanzler dem entschlossensten Feinde seines Landes ein Jahr Schonzeit, in dem er die Mittel zur Abwehr der Unterseeboote entwickeln und mit gesteigerter Anstrengung Frachtraum schaffen konnte!

Vorgreifend sei hier bemerkt, daß später, als der uneingeschränkte U-Bootkrieg zugelassen wurde und England trotzdem nicht in sechs Monaten zum Frieden genötigt war, der Vorwurf erhoben wurde, der Admiralstab habe mit seinem Setzen so kurzer Frist die politische Leitung und den Reichstag täuschen wollen.

Es bleibe dahingestellt, ob jene Frist für den Fall des sofortigen uneingeschränkten U-Bootkrieges richtig bemessen, und ob es angebracht war, überhaupt eine solche zu setzen und allmählich bekannt werden zu lassen — jedenfalls liegt es auf der Hand, daß die Anklage der Täuschungsabsicht ein Fälscherkunststück ist: der uneingeschränkte U-Bootkrieg, im Frühjahr 1916 begonnen, als England an Frachtraum Mangel litt und noch keine wirksamen Abwehrmittel gegen das U-Boot hatte, mußte ganz andere militärische, politische und wirtschaftliche Folgen haben, als der ein Jahr später begonnene, nachdem England unvergleichlich viel besser darauf vorbereitet war.

Als sofort wahrnehmbare politische Wirkung der deutschen Nachgiebigkeit, ja Unterwerfung unter den Willen der Vereinigten Staaten, zeigte sich ein Sinken des deutschen Ansehens in den wohlwollend neutralen Staaten und eine Ermutigung der deutsch-feindlichen Machenschaften bei den unfreundlich Neutralen, wie vor allem in Rumänien. So wurde die

Preisgabe des U-Bootkrieges zu einer furchtbaren politischen Niederlage des deutschen Reiches; sie wurde von allen Volksbewußten als eine Schmach empfunden und steigerte die Erbitterung gegen den Kanzler, der sie verschuldet hatte.

Nach der Eroberung Kongreßpolens durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte, die recht eigentlich das Land von der russischen Herrschaft befreiten, wurden von den Verbündeten Militärverwaltungen eingerichtet, von denen die deutsche ihren Sitz in Warschau hatte und dem General von Beseler unterstellt wurde. Neben den Wohltaten, die sie dem Lande durch Wiederherstellung der Ordnung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und Dienstes erwies, ging sie daran zu ergründen, wie Polens Zukunft gestaltet werden sollte. Die Einzelheiten und Wandlungen der Absichten und Pläne der verbündeten Regierungen, die sich in wichtigsten Fragen widersprachen, können nicht geschildert werden; festzuhalten ist, daß der selbstverständliche Gesichtspunkt des deutschen Vorteils, der deutschen Sicherheit, dabei viel zu wenig beachtet wurde. In unfaßbarer Verblendung glaubte man ein starkes Polen schaffen zu sollen; harmlos nahm man an, ein solches werde einen Wall gegen Rußland aufrichten und selbstlos mit seiner Wehrmacht „die historische Mission" erfüllen, Mitteleuropa und seine Kultur gegen Rußland zu verteidigen. Daraus ergab sich eine Umwerbung der Polen, die sehr bald ihre Früchte zeitigte. Als die Deutschen im August 1915 in Warschau einzogen, wurden sie als Befreier jubelnd begrüßt und der Generalgouverneur von Beseler wurde überschwenglich gefeiert. Sobald die Polen merkten, wie falsch die Berliner Regierung und die politische Leitung in Warschau sie einschätzte, schwoll ihnen der Kamm; sie wurden übermütig und verlangten noch während des Krieges vollkommene Selbstherrlichkeit. Bereits im Spätjahr 1915 kam es zu umstürzlerischen Umtrieben und je gründlicher die polnischen Führer die Schwäche der deutschen Regierung erkannten, um so anmaßender traten sie auf, dazu noch durch die Uneinigkeit zwischen Berlin und Wien ermutigt.

Der Reichskanzler lernte aus diesen Erfahrungen nichts. Als er im Frühjahr 1916 vor dem deutschen Reichstag über seine Politik Auskunft zu geben hatte, schwieg er zwar über das deutsche Kriegsziel in bezug auf den Osten, aber sprach es aus, daß die nicht-russischen Völker zwischen dem Peipus-See und dem Schwarzen Meere befreit werden sollten.

Nach manchem Hin und Her, und trotz der immer offener zu Tage tretenden Deutschfeindlichkeit der Polen, kam es am 12. August 1916 in Wien zu einer Verständigung zwischen Bethmann Hollweg und dem österreichisch-ungarischen Außenminister Baron Burian, in der die Gründung eines selbständigen Königreichs Polen vereinbart wurde. Dieses solle ein eigenes Heer haben, das sofort ins Leben gerufen werden müsse;

man schmeichelte sich dabei — unter dem Einfluß polnischer Versprechungen stehend —, daß dies Heer alsbald auf der Seite der Verbündeten gegen Rußland kämpfen werde. Der Reichskanzler wurde rechtzeitig darauf hingewiesen, daß er mit der Verwirklichung seiner Pläne eine damals mögliche Verständigung mit Rußland verbaue; er beharrte auf ihnen. Als die Männer der neuen deutschen Obersten Heeresleitung zu ihren Ämtern berufen wurden, waren die entscheidenden Entschlüsse über Polens Schicksal gefallen; gleichwohl wurden sie von dem Kanzler Nahestehenden später dafür verantwortlich gemacht — ein Verfahren, das die geschichtlichen Tatsachen zu fälschen versuchte.

Das bundesbrüchige Rumänien setzte seine wahrhaft schmutzige Schaukelpolitik bis Ende August 1916 fort, wobei es die Not der Mittelmächte, besonders des deutschen Reiches, an Nahrungsmitteln und Erdöl erpresserisch ausnutzte. Die Vertreter des Vielverbandes betrieben offen schamlose Bestechungen rumänischer Politiker, und die Hetze gegen die Mittelmächte nahm zu; die bestochene Presse führte eine wüste Sprache und wies insbesondere darauf hin, daß die Madjaren jedes Zugeständnis in bezug auf die ungarländischen Rumänen verweigerten. Die deutsche Politik war dem allem gegenüber hilflos; als sie in Bukarest den Versuch machte, die öffentliche Meinung mit den landesüblichen Mitteln zu beeinflussen, geschah es so ungeschickt, daß ein großer Skandal entstand. Trotz aller Anzeichen, die auf den offenen Übertritt Rumäniens zu den Feinden deuteten, wollte man in Berlin nicht glauben, daß dies geschehen werde, und war schmerzlich überrascht, als es doch geschah. Von Landeskennern wird behauptet, daß das schmähliche Zurückweichen des Auswärtigen Amtes vor Wilson die Achtung vor dem deutschen Reiche und den Glauben an seinen Sieg untergraben und die Neigung, sich den Feinden anzuschließen, bestärkt hätte; den Ausschlag gab schließlich der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Front nach dem Unglück bei Luzk, und Ende August sahen die Mächte des Vierbundes einen neuen Feind vor sich, dessen ungeschwächtes, frisches und wohlausgerüstetes Heer von etwa einer halben Million in so bedrängter Lage eine schwere Bedrohung bildete.

Durch das deutsche Volk ging ein jähes Aufzucken, als Rumänien in den Krieg eintrat, und diese Tatsache wurde als eine neue Niederlage der auswärtigen Politik empfunden.

Wahrlich, bei Beginn des dritten Kriegsjahres lagen die Dinge ernst genug für das deutsche Volk, und es war zu begreifen, daß gerade die treuesten Vaterlandsfreunde voll Sorge fragten, ob nicht die inneren Zustände den Sieg gegen die Feinde gefährden müßten.

Zwei Erscheinungen steigerten diese Sorge noch besonders, weil sie

die überlieferte Ordnung zu stören drohten: die eine, daß Bethmann Hollweg, wenn ihm die Angriffe der Gegner seiner Politik zu bedrohlich wurden, sich auf Anordnungen des Kaisers berief. So zog er die Krone in den Streit der Meinungen und, statt ihren Träger zu decken, versteckte er sich hinter ihm — ein unverantwortliches Verfahren. Zum anderen trat je länger je mehr bei der Linken, zu der sich nun auch die „Zentrumsdemagogen" schlugen, die Absicht zu Tage, die durch den Krieg in der Heimat geschaffene Lage zur Erweiterung der Volksrechte, in Wahrheit zur Stärkung des Einflusses der Parteiführer, zu benutzen. Die gewissenlosen Menschen, die in solcher Zeit als Parteiführer dieser Art eine Rolle spielen konnten, weil der traurige Reichstag vom Januar 1912 seine Amtsdauer verlängert hatte, vergaßen den Krieg und seinen Sinn — viel wichtiger wurde ihnen, was sie zur Befriedigung ihrer persönlichen Macht- und Eitelkeitsansprüche durchsetzen könnten. Es begann ein Spiel, das nicht anders als verbrecherisch genannt werden kann: wie Erpresser suchten sie der schwachen Regierung, dem schlecht beratenen Herrscher Maßnahmen abzunötigen, die, dem Gesamtwohl schädlich, ihren eigenen Machthunger, ihre Eitelkeit befriedigen sollten.

Die Gutgesinnten, allein das Volkswohl Bedenkenden, fanden sich im Reichstag, in der Presse, im öffentlichen Leben vereinsamt; ihre Warnungen, so weit die Zensur sie öffentlich durchließ, wurden nicht gehört, ja als Rückständigkeit verspottet und verleumdet. Was Wunder, wenn ihre Vorkämpfer sich im Hinblick auf die Besorgnis erweckende Gesamtlage des Vaterlandes für verpflichtet hielten, den Kaiser über die Gefahren aufzuklären, die über ihm und dem deutschen Volke hingen. Aber der Kaiser wollte sie nicht hören — ja er empfand diese treu gemeinten Versuche als Beeinträchtigung seiner Herrscherrechte und so wies er sie unwillig zurück.

Ebenso erfolglos blieben die Schritte, die bei den Bundesfürsten unternommen wurden, um sie auf die innere Not des Reiches aufmerksam zu machen und sie zu rettenden Maßnahmen zu veranlassen. Manche von ihnen erkannten die Gefahr, weigerten sich aber aus falsch verstandenen Rücksichten auf den Kaiser und Kanzler, etwas zu tun. In Bayern, das berufen war den Widerstand gegen Bethmann Hollwegs Politik zu führen, lagen die Dinge so, daß König Ludwig III. das richtige Urteil hatte — aber weder er noch seine Minister unternahmen etwas, weil dem Hause Wittelsbach Landzuwachs durch Angliederung des Elsasses an die bayrische Pfalz in Aussicht gestellt war. Auch sämtliche anderen bundesstaatlichen Regierungen versagten — abgesehen von Sachsen, das hier und da Ansätze zum Widerstand machte aber allein blieb; und der Bundesrat, der doch über geistige Kräfte verfügte, war mit Bethmann Hollweg stets einig.

Es war, als ob sich die zuerst zur Führung des Volkes Berufenen mit Gewalt der Wahrheit verschließen wollten! Und diese traurige Wahrheit lautete so: der Siegeswille des deutschen Volkes in der Heimat begann mürbe zu werden — wurde er nicht von neuem gehärtet und gestählt, so war das Ende dieses Kampfes ums Dasein gefährdet.

Mit Aufbietung aller Kraft mußte die äußerste Entschlossenheit zum Durchhalten wieder hergestellt werden, indem der Wahrheit vor dem Kaiser, wie vor dem Volke, freie Bahn geschaffen wurde. Aber zu diesem Dienste waren zu wenige bereit; Bismarcks herbes Wort von der fehlenden „Zivilcourage" der Deutschen bewahrheitete sich, und es zeigte sich nun auch, daß Wilhelms II. Herrscherweise es fertig gebracht hat, die Charaktere aus dem öffentlichen Leben zu vertreiben.

Furchtbar stand die Gefahr vor den Augen der Erkennenden. Da winkte die Hoffnung auf Rettung, als Hindenburg und Ludendorff in die Oberste Heeresleitung berufen wurden.

Neue Siegeszeit.

Die Unterrichteten im Volke atmeten auf, als die Berufung Hindenburgs und Ludendorffs in die Oberste Heeresleitung bekannt wurde — im Heere wurde sie mit Begeisterung aufgenommen. Seine besten Köpfe hatten die Kriegführung des Generals von Falkenhayn mit Sorgen beobachtet; sie vermißten Ruhe und Stetigkeit in ihr und sahen mit Schrecken, wie das deutsche Heer zusammenschmolz, fürchteten auch die Folgen der unzureichenden Rüstung für den weiteren Kampf, da die Kriegsverwaltung — unter politischen Einflüssen stehend — mit dem baldigen Ende des Krieges rechnete und deshalb nicht tat, was für die Bedürfnisse eines längeren Krieges notwendig war.

Mit den neuen Männern kam Plan und Ruhe in die Kriegführung. Oberstes Gesetz wurde: Menschen sparen; zweites: für ausreichende Rüstung sorgen. Daß die Angriffe bei Verdun sofort eingestellt wurden, wissen wir. Sonst tobte im Westen auch nach Übernahme des Oberbefehls durch Hindenburg und Ludendorff die Riesenschlacht zu beiden Seiten der Somme weiter; sie dauerte durch den ganzen September und Oktober bis in die Mitte des Novembers, wo sie allmählich erlosch. Die Feinde hatten ihren Zweck nicht einmal annähernd erreichen können. Die deutschen Verluste an Land waren unbedeutend, größer jene an Gefangenen und Geschützen, die in den vordersten Linien aufgegeben werden mußten, wenn die Verteidiger vorübergehend zurückgedrückt wurden; sie standen aber in keinem Verhältnis zu dem auf 800000 Mann geschätzten Verluste der Feinde.

Im Osten hatten die Russen keineswegs zu unterschätzende Erfolge erzielt. Die Zahl der österreichischen Gefangenen und der slawischen Überläufer war bedeutend; vor allem hatten die Brussilowschen Angriffe den

General von Conrad genötigt alle verfügbaren Kräfte dagegen einzusetzen und den so erfolgreich von der Hochfläche der sieben Gemeinden aus begonnenen Angriff auf die Italiener einzustellen. Das war um so mehr zu bedauern, als begründete Hoffnung bestanden hatte, daß dieser Angriff die Ausschaltung Italiens aus der Reihe der Feinde zur Folge haben würde.

Im August hatte der russische Angriff aber bereits seinen Höhepunkt überschritten und brach im Laufe des September unter den Schlägen des württembergischen Generals von Gerock und des bayrischen Generals Graf Bothmer völlig zusammen.

Unterdessen war den Mittelmächten in Rumänien, das am 27. August an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hatte, ein neuer Gegner entstanden, der sich mit seinen gut ausgebildeten und -gerüsteten 600000 Mann zu einer tödlichen Gefahr für sie auswachsen konnte.

Die Rumänen brachen mit drei Heeren gegen die siebenbürgische Grenze vor, während ein viertes Heer von der Dobrudscha aus in Bulgarien einfallen sollte. Ein Teil Siebenbürgens mit Kronstadt und Herrmannstadt mußte zunächst preisgegeben werden. Dagegen sammelten sich die Heere des Vierbundes unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls von Mackensen in zwei Gruppen: südlich der Donau ein aus Truppen aller vier Verbündeten bestehendes Heer, bei dem sich der Feldmarschall selbst befand; es sperrte in raschem Anlauf den Einfallweg aus der Dobrudscha durch Wegnahme der Stadt Dobritsch und bemächtigte sich der befestigten Brückenköpfe von Tutrakan und Silistria; die zweite, die Nordgruppe, wurde unter dem Befehl des bisherigen Chefs des Generalstabes von Falkenhayn gegenüber den in Siebenbürgen eingebrochenen rumänischen Armeen zusammengezogen. Am 26. September war Falkenhayn so weit, die erste rumänische Armee angreifen zu können. In drei Tagen brachte er ihr eine vernichtende Niederlage bei und verfolgte seinen Sieg mit allem Nachdruck; er wandte sich gegen das zweite rumänische Heer, warf es auf Kronstadt zurück und eroberte am 8. Oktober Kronstadt selbst. Am 24. Oktober nahm er den Vulkan-Paß und schob sein Heer über Schnee und Eis durch die engen Täler der transsylvanischen Alpen vor. Am 18. November schlug er dann in der Schlacht von Tarku Jiu die Rumänen neuerdings, drang in die walachische Ebene vor und eroberte Krajowa.

Es war dies der Augenblick in dem auch Mackensen eingriff. Der große österreichische Donaubrücken-Train und die gepanzerten Donau-Monitoren waren rechtzeitig von General Conrad bereitgestellt worden; die Donau, die in der dortigen Gegend an 1000 m breit und vielfach von Sümpfen begleitet ist, wurde an mehreren Stellen überschritten. Die Hauptmacht führte den Übergang bei Giurgiu aus und wirkte von Osten

her mit dem von Norden vorgehenden General von Falkenhayn zusammen. Am Abend des 6. Dezember zog Mackensen in Bukarest ein. Das rumänische Heer war auf die Hälfte zusammengeschmolzen und hatte mehr als die Hälfte seiner Geschütze verloren, während die deutsche Front, die ursprünglich 700 km lang war sich auf 100 km verkürzt hatte. In einer fünftägigen Schlacht wurden die von den Russen unterstützten Rumänen nordöstlich Buzeu nochmals geschlagen, und als das Jahr zu Ende ging, lag auch dieser Gegner am Boden; ungefähr 100000 qkm seines Landes waren im Besitz des Vierverbandes.

Ein glänzender Feldzug war zum Abschluß gebracht; so weit das deutsche Heer dabei beteiligt war, hatten sich Führer und Truppen mit Ruhm bedeckt, und wieder waren die Leistungen der Truppen im Gebirgskampf bewundernswert gewesen.

Eine erfreuliche Nebenfolge dieses Feldzuges war es, daß die Angehörigen des deutschen Heeres, als sie nach Siebenbürgen kamen, mit Staunen die deutsche Art dieses im fernen Südosten liegenden Landes erkannten, Städte und Dörfer von deutscher Bauweise fanden und den Klang ihrer Muttersprache vernahmen. Im Verkehr mit den wackeren Siebenbürger Sachsen lernten sie schätzen, was dieser Vorposten ihres Volkes dort unten geleistet hatte und leistet.

Ähnlich war es jenen deutschen Truppen ergangen, die im Jahre zuvor den Feldzug gegen Serbien mitgemacht und im Süden Ungarns, im Banat, das kräftige Leben der Schwaben kennen gelernt hatten. So erteilte der Krieg den Angehörigen der deutschen Heere eine Art von völkischem Anschauungsunterricht, der sehr wirksam war.

In Italien hatte, wie erwähnt, der große erfolgreich eingeleitete Vorstoß, infolge der Niederlage der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand, eingestellt werden müssen. Infolgedessen unternahm Cadorna im Laufe des Herbstes noch vier weitere heftige Angriffe auf die Isonzolinie, deren einziger Erfolg die Einnahme der gänzlich zusammengeschossenen Stadt Görz war.

So schloß das Jahr 1916 auf allen Kriegsschauplätzen in hohem Grade erfolgreich für die deutschen Waffen und für den Vierbund wenigstens befriedigend ab.

Die Kämpfe des Jahres 1917 trugen im allgemeinen im Westen die Merkmale des Abwehrkrieges und zeigen im Osten das Bestreben, den russischen Feind vollkommen niederzukämpfen und lahmzulegen.

An der Westfront fanden im Januar nur Kriegshandlungen geringeren Umfanges statt. Vom 24. Februar ab und in der Zeit vom 15. bis 17. März ordnete dagegen die deutsche oberste Heeresleitung eine Maßregel an, die nur durchgeführt werden kann, wenn der Feldherr eiserne Nerven besitzt und seiner Truppen unbedingt sicher ist: Die gesamte deutsche Front zu beiden Seiten der Ancre und weiter im Süden von Bapaume

bis Peronne, Roye und Noyon wurde in eine vorbereitete feste Stellung zurückgenommen. Dies geschah in wohl überlegter Weise ohne dem Gegner auch nur das Geringste an Kriegsgerät zu überlassen, und unter vollständiger Zerstörung aller Gegenstände, die ihm den Vormarsch durch das geräumte Gebiet erleichtern konnten. Diese Maßregel hatte den Vorteil, die deutsche Linie bedeutend zu verkürzen und dadurch in erheblichem Maße Kräfte zu sparen, sowie den Gegner zu völlig neuen Vorbereitungen zu nötigen, wenn er die neue Stellung angreifen wollte.

Der englische Oberbefehlshaber erhielt, wohl mit Rücksicht auf die Gefahr, die der nunmehr eingesetzte „rücksichtslose" Unterseebootkrieg der Verpflegung Englands brachte, den Befehl, um jeden Preis die flandrische Küste zurückzunehmen. Seine Angriffe begannen am Ostersonntag, den 9. April, mit einem mächtigen Vorstoß bei Arras, dem sich acht Tage später, nach einem zehntägigem Trommelfeuer, ein französischer Angriff an der Aisne anschloß. Der deutsche Heeresbericht hat diesen Angriff, der mit ungeheuren Massen, in einer Breite von 40 km, unter dem an Marschall Joffres Stelle berufenen neuen Oberbefehlshaber General Nivelle unternommen wurde, eine der größten Schlachten der Weltgeschichte genannt. Die ersten Angriffe brachten den Gegnern zwar kleine Erfolge, kamen aber bald ins Stocken. Sie kosteten die Franzosen so ungeheure Opfer, daß sich allgemeiner Unwille gegen General Nivelle erhob, der wegen seines rücksichtslosen Menschenverbrauches den Namen „Buveur de sang" — „Blutsäufer" erhalten hatte. Er wurde abberufen und an seine Stelle trat als Oberfeldherr General Pétain, der Retter Verduns. Aber auch unter ihm scheiterten weitere französische Angriffe am 18. April in der Champagne und stärkste englische Vorstöße bei Arras und am 28. April an der Straße von Arras nach Cambrai völlig. Dieser letzte Angriff soll mit 700000 Mann unternommen worden sein. Mit 400000 Mann versuchten die Franzosen Anfang Mai an der Aisne durchzubrechen. Aber auch hier hatten sie nur am ersten Tage Erfolge, die sie am zweiten und den folgenden Tagen wieder aufgeben mußten. Nach siebenwöchentlicher Dauer erkannten unsere Gegner, daß auch diese Großangriffe gescheitert seien.

Im Juni wagten die Engländer nach langen Vorbereitungen südlich Ypern neue Vorstöße, nachdem sie zahlreiche Minengänge vorgetrieben hatten. Es gelang ihnen, den Wytschaetebogen und das Dorf Messines zu erstürmen: dann aber waren sie dermaßen abgekämpft, daß ihnen weitere Erfolge versagt blieben.

Nachdem nunmehr auch die Landung der ersten amerikanischen Truppen in Aussicht stand — am 30. Juni 1917 betraten die ersten Abteilungen den französischen Boden — wurde am 26. in einer Gesamtberatung der Verbündeten zu St. Jean de Maurienne in Savoyen ein neuer einheit-

licher Gesamtangriff beschlossen. Die Engländer stürmten am 30. Juni mit dichtesten Massen, dichter als sie bisher je auch von den Russen eingesetzt worden waren, beiderseits von Ypern vor, gewannen aber nur deutsche Trichterstellungen, aus denen sie in ungestümem Gegenangriff alsbald wieder hinausgeworfen wurden. Auch am „Damenweg" nördlich Suippe, waren die deutschen Gegenangriffe gegen den gleichzeitigen französischen Angriff erfolgreich.

Im Osten hatte nach der inneren Umwälzung, die sich im Frühjahr 1917 in Rußland vollzogen hatte — es wird darüber bei der Schilderung der politischen Entwicklung zu berichten sein — zunächst einige Zeit lang jede größere kriegerische Tätigkeit geruht; es hatte den Anschein, als ob die russische Angriffskraft gebrochen sei. Wo allenfalls kleinere deutsche Vorstöße stattfanden, hatten sie die besten Erfolge. Allgemein war man der Ansicht, daß die Friedensunterhandlungen in bezug auf den Osten bald eingeleitet werden würden.

Aber es war dem Vielverbande gelungen, den Führer der russischen Sozialisten, Kerensky, der sich zum nahezu alleinigen, unbeschränkten Machthaber Rußlands aufgeworfen hatte, zu einem erneuten heftigen Angriff auf die, wie man glaubte, geschwächten deutschen und österreichischen Linien zu veranlassen. Noch vor Ende des dritten Kriegsjahres, am 1. Juli 1917, hatte nach heftigem Trommelfeuer General Brussilow mit 20 Divisionen einen gewaltigen Angriff bei Breczany ausgeführt; er verfolgte die Absicht, Lemberg zu nehmen, war aber von den unter deutschem Befehl stehenden Truppen zurückgeschlagen worden. Ebenso mißlang ein neuer Vorstoß am 6. Juli; dagegen wurden die Österreicher am 8. und 9. Juli bei Stanislau zurückgedrängt und die Russen besetzten am 8. Juli Halicz, am 11. Kalusz.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz hatte am 14. Mai 1917 die zehnte Isonzoschlacht mit einem italienischen Angriff von 40 km Breite begonnen; es war den Italienern gelungen, die Hochfläche von Kuk zu gewinnen. Weiter hatten sie nicht vordringen können; im Gegenteil: die Österreicher hatten bei ihren Gegenangriffen am 4. Juni das vorher verlorene Jamiano wieder zurückgewonnen und mehrere italienische Regimenter fast ganz gefangen genommen. Die neue Schlacht hatte mit einem Verlust von 160000 Mann an Toten und Verwundeten und 22000 Gefangenen nur kleine örtliche Erfolge für Italien eingebracht.

Am Ende des dritten Kriegsjahres hatten die deutschen Heere und ihre Verbündeten 548700 qkm feindlichen Landes besetzt, also ein um 8000 größeres Gebiet als das deutsche Reich. An Gefangenen waren bis dahin 3 Millionen gemacht worden, 12000 Kanonen, 50000 Maschinengewehre waren genommen. An feindlichen Kriegsschiffen waren 930000 Tonnen versenkt worden, an Handelsschiffen gegen 10 Millionen Tonnen.

Was liegt in diesen Feststellungen eingeschlossen! Wo hat in aller Geschichte ein anderes Volk Ähnliches geleistet? Und welches Heldentum bewährten Offiziere und Mannschaften in den furchtbar schweren Abwehrschlachten des Westens, die an die Nerven, an Mut und Ausdauer unerhörte Anforderungen stellten. Wer sich in der Heimat einen Begriff von alledem machen konnte, war ergriffen von dem Opferwillen an der Front, und beschämt, wenn er den Zustand zu Hause betrachtete.

Bethmanns Ende.

Die äußere Gefahr, in der sich das Vaterland bei Beginn des dritten Kriegsjahres befand, blieb auf die Kreise, die seine innere Not auf dem Gewissen hatten, ohne Eindruck. Im Gegenteil: ihre Parteiführer, ihre Presse setzten das schändliche Treiben fort, die Willensschwäche und Hilflosigkeit der Regierung zum Vorteil ihrer reichsschädlichen Machtgelüste auszunutzen — und kein Kaiser und Kanzler, kein Bundesfürst oder einzelstaatliches Ministerium fand den Entschluß, solchem Tun entgegenzuwirken; einzig die in der Minderheit befindlichen staatstreuen Parteien, die Völkischgesinnten im Lande und ihre Presse taten ihre Pflicht, fanden aber kein Gehör — auch wo einer oder der andere tüchtige Minister in den Bundesstaaten zum Widerstand mahnte, scheiterte er an der Entschlußlosigkeit seiner Amtsgenossen.

Durch den Fehlschlag des deutschen Unternehmens gegen Verdun war das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung, deren Haupt damals Falkenhayn war, schwer erschüttert worden, und die Kriegserklärung Rumäniens hatte auf die deutsche Öffentlichkeit tief gewirkt. Gegen Falkenhayn bestand beim Kanzler schon lange Groll und Mißtrauen, aber solange er der Bevorzugte des Kaisers war, hatte er nicht gewagt, auf seine Abberufung zu dringen. Erst als auch die kaiserliche Gunst sich wandte, hatte er es durchgesetzt, daß dieser General von der Stellung als Chef des Generalstabs des Feldheeres enthoben und durch die vom unbegrenzten Vertrauen des Volkes getragenen siegreichen Feldherren des Ostens ersetzt wurde.

Schon Ende 1914 waren Verdienst und Fehler des Generals Falkenhayn Unterrichteten kein Geheimnis mehr. Sein Verdienst bestand darin, daß er nach der Marneschlacht, als im großen Hauptquartier alles den Kopf verloren hatte, sich dem Kaiser mutig zur Verfügung stellte und auch wirklich die Zügel mit fester Hand ergriff. Seine Fehler zeigten sich, indem er, der als Kriegsminister aushilfsweise auch den Posten des Generalstabschefs übernommen hatte, nicht nur beide Posten in der Hand behielt, sondern auch die ihm so verliehene Macht dazu ausnützte, um die Entfaltung der überragenden Feldherrnschaft Hindenburgs und Ludendorffs zu verhindern. Die besten Köpfe des Heeres erkannten es schon im Hinblick auf die neuzeitlichen Verkehrsverhältnisse und auf die technische Ent-

wicklung, durch welche die Kriegführung weit über die Maße von 1870 hinausgewachsen war, als unmöglich, daß in diesem Kriege die Arbeit, die damals zwei Männer von der Größe Roons und Moltkes ausgefüllt hatte, von Falkenhayn allein geleistet werden könne, zumal da der Generalstabschef bei der Unzulänglichkeit der politischen Leiter sich notgedrungen um politische Angelegenheiten kümmern mußte — wofür gerade General von Falkenhayn ausgesprochene Eignung besaß. Trotz der offenkundigen Unvereinbarkeit der beiden Ämter, erreichte der Kanzler es erst im Januar 1915, daß der Generalstabschef das Kriegsministerium abgab. Gegen das Verbleiben des Generals in der Obersten Heeresleitung unternahm er nichts, obwohl er darüber im Klaren war, daß die Art der Begabung und der Charakter dieses Mannes für die Kriegführung verhängnisvoll werden müsse. Alles Drängen Unterrichteter und Wohlmeinender vermochte ihn nicht dazu, beim Kaiser die Abberufung Falkenhayns zu beantragen, solange er ihn in der Gunst des obersten Kriegsherrn wußte — dagegen wurde halbamtlich und von derart beeinflußten Stellen ein häßlicher unterirdischer Zeitungskrieg gegen den Generalstabschef geführt. Als dieser nach dem Mißerfolg von Verdun seines Postens enthoben wurde, wußten Bethmann Hollweg und seine Anhänger gegenüber den Männern, die doch allein für die Oberste Heeresleitung in Betracht kamen, einen Anspruch auf Dankbarkeit damit zu begründen, daß er den Wechsel veranlaßt habe. Wirklich gelang es ihm — besonders durch die Beeinflussung der gesamten öffentlichen Meinung — bei vielen Gutgesinnten, die von dem wahren Sachverhalt keine Ahnung hatten, den Schein des Verdienstes zu erwecken.

Wie die neuen Männer der Obersten Heeresleitung ihre Aufgabe anfaßten, und durchführten, haben wir gehört und wissen, daß es ihnen gelang die kriegerische Gefahr zu bannen. Was wunder, wenn die Vaterlandsfreunde aufatmeten und hofften daß sie auch mit starker, rettender Hand in die politische Geschäftsführung eingreifen und der inneren Not ein Ende bereiten würden.

War dieser Glaube sachlich ungerechtfertigt? Die ihn hegten, wußten, daß der Krieg „Politik mit anderen Mitteln" ist; sie fanden deshalb, daß ihm als der folgenschwersten Art von Politik alle inner- und außerpolitischen Einzelmaßnahmen unterzuordnen seien, und trauten Hindenburg und Ludendorff die Erkenntnis und Entschlußkraft zu, sich als oberste Leiter des Krieges in den damit verbundenen Fragen der inneren und äußeren Politik zurechtzufinden und in beide nach den Notwendigkeiten der Kriegführung einzugreifen. Die Hoffnung dieser Kreise ging, kurz gesagt, dahin, daß die beiden Feldherren, die recht eigentlich erst festen Plan in die deutsche Heeresleitung gebracht hatten, je länger je mehr die staatsmännische Führung des Krieges übernehmen würden.

Es ist zum Schicksal des deutschen Volkes geworden, daß sie das nicht taten. Angesichts dieser verhängnisvollen Tatsache muß auf die Umstände hingewiesen werden, durch die diese Hoffnung der Reichstreuen vernichtet wurde. Aus der Kennzeichnung der Persönlichkeiten Hindenburgs und Ludendorffs wissen wir, daß der Feldmarschall nach der preußischen Offiziersüberlieferung — abgesehen davon, daß er ganz im alten Royalismus wurzelte — unpolitisch war, während sein erster Generalquartiermeister vor Jahren bei der Bearbeitung der Frage, ob die Stärke des deutschen Heeres gegenüber derjenigen der voraussichtlichen Feinde genüge, macht- und außerpolitisches Verständnis bewiesen hatte. Nun mußte sich zeigen, ob die royalistische Grundrichtung des Feldmarschalls ihm die Witterung für die Gefahren gab, die eine falsche Leitung der Staatsgeschäfte dem preußischen Königtum und gleichzeitig dem mit ihm durch das Kaisertum verbundenen deutschen Reich und Volk bereitete, und ob aus dieser Witterung eine einheitliche Auffassung der Lage, ein großer Entschluß zu ihrer Rettung sich ergäbe. Bei Ludendorff war abzuwarten, ob sein politischer Instinkt die Gestalt staatsmännischen Erfassens, Durchdenkens und Gestaltens der unendlich schweren Aufgabe, die der politische Retter des Vaterlandes zu lösen hatte, annehmen werde. Bei beiden endlich war die Frage, ob sie — von den Geschäften der Obersten Heeresleitung in einem solchen über zwei Weltteile ausgedehnten Kriege in Anspruch genommen — die Berater suchen und finden würden, welche die für die Feldherrn notwendigen staatsmännischen Entschlüsse auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik mit Sachkunde und Weitblick vorzubereiten hätten, denen ins besondere auch die verschlungenen innerpolitischen Vorgänge vertraut waren und die über hinreichende Kenntnis der in der Heimat politisch tätigen Personen verfügten.

Die Entwicklung zeigte, daß diese drei bedeutsamen Fragen nicht restlos günstig für das deutsche Volk beantwortet wurden — der Rest war so groß, daß er den Ausgang des Krieges unheilvoll beeinflußte. Der Feldmarschall wurde, als der Royalist in ihm erkannte, daß Bethmann Hollweg die Krone gefährde, politisch, indem er in scharfe Gegnerschaft zu dem Kanzler geriet; zu einer staatsmännischen Gesamtbetrachtung der Lage des Vaterlandes gelangte er nicht — leider auch nicht zu der Erkenntnis, daß ein Royalist in so entscheidungsvollem Amte, wie er es bekleidete, gegebenenfalls mit stärksten Mitteln auf seinen König einwirken muß, um ihn vor Schaden zu bewahren. Auf Ludendorff lag ohne Zweifel die Hauptlast der Kriegsleitung; je länger je mehr ging die Feldherrnschaft auf ihn allein über, und es ist zu begreifen, daß er nicht dazu kam, sich bei währenden Kriegsgeschäften die gebotene einheitliche Anschauung der daneben zu lösenden staatsmännischen Aufgaben zu erarbeiten, ja daß er sich grundsätzlich von den politischen Dingen fernhalten wollte. So griff

er nur ein, wenn er besonders zwingenden Anlaß zu haben glaubte, also von Fall zu Fall — ein Verfahren, das in seiner Lage verständlich, für die große Sache, die auf dem Spiele stand, aber gefährlich war. Unter solchen Umständen war es ein Verhängnis, daß beide Feldherren nicht das Bedürfnis hatten — es jedenfalls nicht befriedigten — sich staatsmännisch geschulte Berater zur Seite zu stellen, die eine der Bedeutung dieses Krieges entsprechende dauernde und günstige Einwirkung der Obersten Heeresleitung auf die politischen Maßnahmen der Regierung durchzuführen fähig waren. Es blieb bis zuletzt bei dem unter den gegebenen Umständen unhaltbaren Zustande, daß sie — sei es der Feldmarschall, sei es der erste Generalquartiermeister — nur eingriffen, wenn es einfach nicht mehr anders ging; und dann war es zu spät. Der Rat Wohlmeinender, daß sie sich unbedingt den notwendigen politischen Einfluß erzwingen müßten, wurde nicht gehört, und der besondere Hinweis darauf, daß die inneren Zustände des Reichs das Eingreifen einer starken Hand gebieterisch forderten, wurde mit der Antwort abgetan, man wolle den Krieg gewinnen und müsse deshalb „innere Krisen" vermeiden — als ob der Ausgang des Krieges nicht im engsten Zusammenhange mit der innerpolitischen Entwicklung der Heimat gestanden hätte!

Wenn sonach die Feldherren politisch versagten, so gebietet die Gerechtigkeit zu ihrer Entschuldigung anzuführen, daß sie — abgesehen davon, daß sie nicht politisch vorgebildet waren — mit den Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die sich aus der Persönlichkeit und Art des Kaisers ergaben: dieser hatte das richtige Gefühl, daß er durch die Berufung der beiden Volkshelden als oberster Kriegsherr tatsächlich abgedankt habe, und suchte mit um so größerem Nachdruck gerade ihnen gegenüber den Schein seines maßgebenden politischen Einflusses aufrecht zu erhalten, indem er angebliche Einmischungsversuche der Obersten Heeresleitung in die politischen Dinge zurückwies — in Wahrheit freilich hatte Wilhelm II. sich längst auch der politischen Macht begeben, und sein Kanzler richtete sich in allen Maßnahmen so ein, daß er es mit den Wortführern der Masse nicht verdarb. Es geriet zum Unheil, daß Hindenburg und Ludendorff den Kaiser nicht zu jenen Handlungen zu bestimmen wußten, die ihn und das Vaterland retten konnten: die tatsächliche Macht dazu besaßen sie; denn der Feldmarschall nahm nun eine Stellung ein, vergleichbar derjenigen Kaiser Wilhelms des Ersten im deutsch-französischen Kriege, während Ludendorff diejenige inne hatte, die damals Hellmut von Moltke bekleidete.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß beide Feldherren, als sie ihr neues Amt antraten, durchaus keine Gegner des Reichskanzlers waren sondern mit dem Entschlusse kamen, mit ihm friedlich zusammenzuarbeiten. Wenn sie je länger je mehr wider ihn ankämpfen mußten und schließlich seine Beseitigung durchsetzten, so geschah dies in der zunehmenden Er-

kenntnis der Verderblichkeit seiner Unpolitik. Ein Unglück, daß sie nach Bethmann Hollwegs Sturz den großen politischen Fragen gegenüber wieder in ihre politische Enthaltsamkeit zurückfielen und die verheerende Tätigkeit seiner Nachfolger nicht verhinderten!

* * *

Wohin die Fahrt in der Heimat ging, zeigte sich noch im Frühherbst 1916, als die Reichstagsmehrheit, zu der sich nun das Zentrum unter dem Einflusse seiner demagogischen Führer geschlagen hatte, die Einführung eines ständigen Ausschusses für die auswärtige Politik durchsetzte. Damit war ein weiterer Schritt zum parlamentarischen System getan und dem Machthunger eitler, ehrgeiziger Volksverführer eine Mitwirkung gewährt, die — so unsachlichen und politisch so unbrauchbaren Menschen zugestanden — nicht anders als unheilvoll werden konnte.

Indes erklärte der Wortführer der Sozialdemokratie im Reichstage es als Ansicht und Wille seiner Gefolgschaft, daß der Krieg ohne Machterweiterung der einen oder anderen Mächtegruppe ausgehen solle; er prägte das Schlagwort: „was deutsch war, soll deutsch bleiben, was französisch war, französisch." In jedem anderen Lande hätte ein Politiker, der eine solche Unkenntnis vom Wesen und den Absichten der anderen Seite geoffenbart hätte, ausgespielt gehabt — im deutschen Reiche wurde derartiges ernst genommen, und die Regierenden wagten solcher Afterweisheit nicht entgegenzutreten, weil sie in den Banden der Sozialdemokratie lagen. Aber nicht genug damit: die Sozialdemokraten und ihre Presse betonten fortgesetzt die deutsche Sehnsucht nach dem Frieden, ohne zu begreifen, daß die Feinde daraus das Bekenntnis deutscher Schwäche lesen würden, und ihr Führer zog im Lande herum und verkündete unter Berufung auf den Reichskanzler, daß das amtliche deutsche Kriegsziel nichts von Landerwerb und Entschädigungen wisse, sondern den Zustand vor dem Kriege anstrebe. Immer maßloser wurde der Kampf gegen die „Alldeutschen", womit alle diejenigen getroffen werden sollten, die bei siegreichem Ausgang des Krieges das deutsche Volk vor der Wiederkehr solcher Gefahr behüten wollten; das Wort „alldeutsch" mit dem nach Belieben der „Verzichtler" die Konservativen und Nationalliberalen, die Landwirtschaft und Industrie, die freien Berufe und Handwerkerverbände gekennzeichnet wurden, sobald sie sich im Sinne der Erfüllung deutscher Daseinsnotwendigkeiten im Falle des Sieges aussprachen, wurde geradezu zum Schmähwort, und es beleuchtet die Lage, daß die also Angegriffenen ihre Gegner als „Alljuden" oder alljüdisch beeinflußt hinstellten. Hiermit sollte der Wahrheit gemäß gesagt werden, daß jüdische Politiker, jüdische Zeitungen es sich anmaßten, der deutschen Zukunft in der Richtung des Verzichts die Bahn vorzuschreiben, was im günstigsten Falle mit dem

Stillstand, wahrscheinlich aber mit dem Untergang des deutschen Volkes gleichbedeutend war.

Neben solchem das öffentliche Leben vergiftenden Streite, ging derjenige um den Unterseebootkrieg weiter; seine Verteidiger erkannten den Ernst der Lage des Vaterlandes in voller Klarheit und verlangten die dem Wesen des Krieges entsprechende Anwendung aller Kampfmittel, die den Feind zum Frieden zwingen konnten. Aber auch diesmal — im Herbst 1916 — drangen sie nicht durch; ihre Hoffnung auf ein entscheidendes Eingreifen der Obersten Heeresleitung erfüllte sich nicht, da man diese glauben machte, daß Holland und Dänemark sich zu den Feinden schlagen würden, und die Feldherren — dies als richtig annehmend — im Hinblick auf Rumänien keinen weiteren Feind mehr brauchen zu können erklärten. So unterblieb auch jetzt die Wiederanwendung der England gegenüber wirksamsten Waffe.

Die innere Lage, wie sie die neuen Herren der Obersten Heeresleitung vorgefunden hatten, wurde durch ein Schreiben, das der Feldmarschall am 27. September an den Reichskanzler richtete unzweideutig gekennzeichnet; darin beklagte er sich, daß offenbar amtliche Stellen den Ernst der Zeit noch nicht begriffen hätten und nicht bestrebt seien ihm genug zu tun; vom Kanzler verlangte er, daß er diesen Leuten ihre Pflicht klar mache, daß er „starke Männer" zur Arbeit in der Heimat berufe und dafür sorge, daß der „furor teutonicus" entfesselt werde. Und wiederum bemerkenswert: diese Kundgebung des Oberfeldherrn wurde der deutschen Öffentlichkeit von der Reichskanzlei vorenthalten; sie wurde erst später auf nichtamtlichem Wege bekannt — eine Tatsache, die bewies, daß schon nach kurzer Zeit die Wege der Obersten Heeresleitung sich von denen der Regierung schieden.

Auf dem Gebiete der äußeren Politik führte die falsche Beurteilung der polnischen Frage durch Bethmann Hollweg und seine Berater zu dem Entschlusse, im Einverständnis mit Wien ein selbständiges Königreich Polen zu schaffen; der bereits im August ins Auge gefaßte Schritt wurde vor der Öffentlichkeit getan, indem am 5. November 1916 die verbündeten Kaisermächte eine feierliche Kundgebung erließen, durch welche die Wiedererrichtung des Polenstaates verheißen wurde.

Damit war — vom deutschen Standpunkte betrachtet — ein Fehler begangen worden, der ein doppeltes Gesicht hatte, indem eine Verständigung mit der Regierung des Zaren nun einfach unmöglich war, und indem andererseits dem Deutschtum für die Zukunft ein neuer Feind geradezu geschaffen wurde. Leidenschaftlich bäumten die Völkischgesinnten sich gegen diese Maßnahme auf, die ihnen um so unverantwortlicher schien, als der Reichskanzler versprochen hatte, daß keine große politische Entscheidung ohne Wissen des Volkes getroffen werden solle, diesen Schritt aber insgeheim mit Habsburg verabredet hatte. Eine bittere Enttäuschung

war es für diese Kreise, daß die Oberste Heeresleitung dies Verhängnis nicht abgewandt hatte; es verlautete sogar, daß sie ausdrücklich einverstanden gewesen sei. In Wahrheit aber lag die Sache so, daß die bereits vor Hindenburgs und Ludendorffs Berufung entschiedene Maßnahme der Obersten Heeresleitung mit der Aussicht begründet wurde, alsbald polnische Hilfstruppen zu erhalten, worauf sie im Hinblick auf die gespannte militärische Lage erklärt hatte, polnische Truppen gebrauchen zu können. Sie erhob also nach solcher Vorspiegelung keinen Einwand mehr gegen eine fest entschiedene Sache. Daß es sich um eine Täuschung der Obersten Heeresleitung handelte, wurde alsbald offenbar; das in Aussicht gestellte polnische Heer fand sich niemals zusammen; klägliche Anfänge blieben stecken, was bei dem bösen Willen der Polen begreiflich ist, und das Ergebnis dieser Politik war — abgesehen von der dauernden Schädigung des deutschen Reiches — eine arge Bloßstellung seiner Regierung. Es verdient festgehalten zu werden, daß der österreichisch-ungarische Generalstabschef von Conrad dringend davor warnte, den polnischen Versprechungen militärischer Hilfe Glauben zu schenken, während der deutsche Generalgouverneur von Beseler, ganz von den Polen hinters Licht geführt, für den Ernst ihrer Zusagen eintrat. Weiter muß betont werden, daß Bethmann Hollweg von allen Kennern der polnischen Geschichte und der polnischen Bestrebungen dieser Zeit nachdrücklich gewarnt worden war — vergeblich. So schuf dieser Kanzler während des Weltkrieges seinem Volke in der gefährlichen Ostflanke einen neuen Feind, von dem zu erwarten war, daß er bei erster Gelegenheit die Hände gierig nach den deutsch-polnisch gemischten Gebieten Preußens ausstrecken werde!

Es kann schon hier des Zusammenhanges halber gesagt werden, daß die wahre Meinung der Polen, die nur so unpolitische Männer wie der Kanzler und der Generalgouverneur verkennen konnten, sich sehr bald enthüllte. Ihre Ansprüche auf vollkommene Bewegungsfreiheit noch während des Krieges wurden angemeldet; als sie nicht befriedigt wurden, weil dies aus militärischen Gründen einfach nicht geschehen konnte, entstanden verschwörung-artige Machenschaften. Noch war kein halbes Jahr nach der „November-Proklamation" verflossen, als die Polengefahr drohende Formen annahm; eine Folge davon war, daß die alsbald nach der deutschen Besetzung von Warschau eröffnete polnische Hochschule wegen der Umtriebe der Studentenschaft wieder geschlossen werden mußte. Das erste Wetterzeichen, das im Osten aufleuchtete!

Und eine solche Unpolitik hatte nicht nur die Krone gebilligt — auch die Reichstagsmehrheit und die ihr ergebene Presse hatte sie unbedenklich mitgemacht!

Hiermit aber war Bethmann Hollwegs Tätigkeit für das Jahr 1916 noch nicht abgeschlossen.

Hindenburg und Ludendorff erkannten in ihrer neuen Stellung sofort, wie unzureichend ihr Vorgänger und das Kriegsministerium für die Weiterführung des Krieges gesorgt hatten, soweit der nötigste Kriegsbedarf — besonders an Geschützen und Geschossen — in Frage kam. Sie verlangten, daß so gefährlichem Mangel schleunigst abgeholfen werde, und begegneten dem Einwand, daß der Industrie die nötigen Menschen nicht zur Verfügung ständen, mit dem Verlangen, daß alle Kräfte der Heimat für die Beschaffung des notwendigen Heeresbedarfes herangezogen werden müßten — ein großartiger, solcher Zeit würdiger Gedanke. Die Oberste Heeresleitung forderte die Einführung einer „vaterländischen Hilfsdienstpflicht", durch die den Behörden und der Industrie die Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden sollten, deren sie zur Bewältigung der ungeheuren Aufgaben bedurften. Nun wäre die Regierung in der Lage gewesen eine solche Hilfsdienstpflicht im Verordnungswege einzuführen, da sie bei Kriegsbeginn vom Reichstag allgemein zu weitgehenden Anordnungen wirtschaftlicher Art ermächtigt worden war; die Oberste Heeresleitung war aber der Meinung, daß eine so einschneidende Maßregel, die das ganze Volk der Heimat für die Zwecke der Kriegsrüstung in Anspruch nahm, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Reichstags — als der berufenen Vertretung des ganzen Volkes — getroffen werden sollte, um den notwendigen Eindruck auf die Bevölkerung zu machen. Das war an sich schön und richtig gedacht, ließ jedoch die Kenntnis dieses Reichstags, d. h. seiner machthungrigen, durch gewissenlose Volksverführer geleiteten Mehrheit vermissen. Leider bestand die Oberste Heeresleitung, schlecht beraten, auf diesem einer solchen Volksvertretung gegenüber unangebrachtem Verlangen, und die Gesetzesvorlage für die Hilfsdienstpflicht wurde von der Regierung eingebracht. Was die Kenner des Reichstags vorhergesehen hatten, trat ein: die Not des Vaterlandes, die aus solcher Maßnahme sprach, wurde von der Sozialdemokratie ausgebeutet, um längst aufgestellte, bisher aber unerfüllt gebliebene politische Forderungen durchzusetzen. Gewiß war es ein politischer Fehler der Obersten Heeresleitung die gesetzliche Einführung der Hilfsdienstpflicht verlangt zu haben — aber die Verantwortung dafür, daß die Gesetzesvorlage eingebracht wurde, trifft deshalb doch den Reichskanzler, und er, wie seine politischen Mitarbeiter, sind verantwortlich für die Behandlung, die einem so groß gedachten Plane durch die kleinen Menschen des Reichstags zu Teil wurde, weil die Regierung in fortgesetzter Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche der Massen sie duldete. Der Gesetzentwurf erlitt solche Veränderungen, daß sein Sinn entstellt ward; die feste und bewährte Gliederung der deutschen Industrie wurde im selben Augenblick in Frage gestellt, wo England und Frankreich ihrer Arbeiterschaft Einrichtungen aufzwangen, die in Deutschland die hohe

Leistungsfähigkeit der Werke ermöglicht hatten. Im deutschen Reich geschah das Umgekehrte, indem in solcher Zeit, wo alle Machtkämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern ruhen sollten, dem Verlangen der Reichstagsmehrheit entsprechend in allen größeren Betrieben mit Gesetzeszwang Arbeiterausschüsse eingeführt wurden, die von Hetzern leicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden konnten; so wurde die Stetigkeit der Arbeitsleistung gefährdet. Obwohl der weitaus größte Teil der Hilfsdienstpflichtigen zum Zwecke der Arbeit in der Kriegsindustrie vom Heeresdienst Beurlaubte („Reklamierte") waren, die von Rechts wegen als unter den Kriegsgesetzen stehend zu betrachten waren, wurden ihnen die politischen Rechte ausdrücklich verbürgt; auch hierdurch war die Gefahr der Verhetzung vergrößert. Als der Entwurf Gesetz wurde, konnte von ihm gesagt werden, daß von dem ursprünglich Geplanten nicht viel mehr als der Name übrig geblieben sei.

Mit dem Hilfsdienstpflichtgesetz, wie es vom Reichstag gestaltet worden war, geschah ein Schritt auf sehr abschüssiger Bahn; sie führte zum Umsturz.

Die Kriegserklärung Rumäniens hatte den Kanzler so tief erschüttert, daß er den Plan faßte, durch Vermittlung des Präsidenten Wilson Schritte zu tun, die eine Verständigung mit den Feinden anbahnen sollten. Der deutsche Botschafter in Washington wurde Anfang September 1916 angewiesen, deshalb bei Wilson anzufragen, antwortete aber, daß dieser, der damals den Wahlfeldzug für seine Wiederwahl als Präsident zu führen hatte, vor dessen Abschluß derartiges nicht tun werde. Da es darüber jedenfalls November werden und niemand bestimmt sagen konnte, was Wilson dann tun werde, und da Bethmann Hollweg es eilig hatte, trat er auf den Rat seiner Mitarbeiter dem Gedanken näher, ohne fremde Vermittlung den Feinden ein Friedensangebot zu machen. Der Kaiser wurde für das Vorhaben gewonnen, und es wurde beschlossen, einen günstigen Zeitpunkt für einen solchen Schritt abzuwarten, damit das deutsche Reich nicht als Bittsteller erscheine. Diesen Augenblick sah der Kanzler gekommen, als der Feldzug gegen Rumänien zu glänzendem Ende geführt und am 6. Dezember Bukarest von den Truppen des Vierbundes besetzt worden war. Am 12. Dezember 1916 übergab er im Einverständnis mit den Verbündeten den in Berlin beglaubigten Vertretern der neutralen Mächte, die den Schutz der Deutschen in den feindlichen Ländern übernommen hatten, eine Kundgebung, die für jene bestimmt war. In ihr wurden die Feinde unter Berufung auf die „Kultur- und Menschheitsinteressen" und mit einer Begründung, die schlechthin „mystisch-sentimental" genannt werden darf, zu Friedensverhandlungen aufgefordert; dabei wurde in Aussicht gestellt, daß die vier Verbündeten Vorschläge unterbreiten würden, die nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage zur Verständigung

böten. Bemerkenswert war, daß bereits einige Tage vor diesem Schritt die führenden Blätter der Sozialisten und der bürgerlich-jüdischen Demokratie auf das bevorstehende große Ereignis hinweisen konnten und daß weiter von ihnen angekündigt wurde, der Kanzler habe dem Reichstag Bedeutungsvolles mitzuteilen. Am Tage der sog. „Friedensnote", an jenem 12. Dezember, trat Bethmann Hollweg wirklich vor die Volksvertretung und machte sie mit dem Geschehenen bekannt; die Mehrheit war natürlich damit einverstanden — zweifellos war sie vorher unterrichtet; der beabsichtigte Widerspruch der Konservativen und Nationalliberalen konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, da eine Erörterung von der Mehrheit nicht zugelassen wurde.

Auch in diesem Falle hatte der Kanzler seinem Versprechen zuwider gehandelt, das Volk vor wichtigen Maßnahmen zu hören — aber nicht nur das: er hatte offenbar mit den Verbündeten die Friedensbedingungen fest verabredet, die den Feinden unterbreitet werden sollten, falls sie sich zu Verhandlungen herbeiließen. Kein Zweifel, daß diese im wesentlichen den Verzicht auf Machterweiterung enthielten; überdies vermochte das führende sozialistische Blatt das vorher schon anzukündigen.

Für die völkischen Kreise kam dies Friedensangebot ganz überraschend und sie waren darüber bestürzt; sie kannten das feindliche Ausland genug, um zu wissen, daß es in diesem Schritte ein weiteres Zeichen der Schwäche, ja der Verzweiflung der Mächte des Vierbundes erblicken werde, das die Feinde erst recht zu äußerstem Widerstand anstacheln werde; ließen die Feinde sich aber aller Erwartung zum Trotz auf Verhandlungen ein, so war zu befürchten, daß die militärischen Vorteile aus den letzten Siegen des Vierbundes bei etwaiger Waffenruhe verloren gingen, ganz abgesehen davon, daß von ihnen wirklich ernsthaft gemeinte Verhandlungen sicherlich für das deutsche Reich mit einem „Verzichtfrieden" enden würden: war doch der Kanzler nach den Mitteilungen seiner sozialistischen Vertrauten zu einem solchen bereit.

Man kann sich denken, daß alle, die an den deutschen Sieg glaubten und die ihn zur Sicherung der deutschen Zukunft ausgenutzt sehen wollten, jäh auffuhren. Ein leidenschaftlicher Zeitungskampf brach aus; die Preßgefolgschaft der Regierung pries die Weisheit des Kaisers und seines Kanzlers, die sich in dem Friedensangebot kundgebe, in höchsten Tönen, während die völkische Presse es scharf verurteilte. Bei diesen Erörterungen wurde bekannt, daß die Oberste Heeresleitung mit der „Friedensnote" ausdrücklich einverstanden gewesen sei — ein Umstand, der von den Verteidigern Bethmann Hollwegs mit Genugtuung festgestellt wurde, und der den Völkischen eine neue Enttäuschung bereitete, weil er ihnen wiederum bewies, wie wenig sachgemäß die Oberste Heeresleitung in politischen Fragen unterrichtet war.

Die feindlichen Regierungen antworteten zunächst nicht; ihre Presse wies jedoch das Anerbieten der Vierbundmächte mit Hohn zurück.

Als das ereignisreiche Jahr 1916 zu Ende ging, war für die politisch Urteilsfähigen klar, daß die Schwäche der Regierung das Vaterland nach innen und außen in schwerste Gefahr gebracht hatte; das Ansehen der Staatsgewalt war unterwühlt, das der Krone und des Kanzlers vernichtet. Es gab nur einen Halt noch; ihn bot die Oberste Heeresleitung.

Doppelt begreiflich die Sorge der Reichstreuen, daß auch sie in so wichtigen politischen Fragen, wie den geschilderten, irrte oder versagte.

Während im Reiche die Zügel der Regierung am Boden schleiften und die Zermürbung der Geister fortschritt, vollzog sich in England ein Personenwechsel von großer Bedeutung: an die Spitze des Ministeriums trat der bisherige Munitionsminister Lloyd George, ein Mann von rücksichtslosem Willen und unbeugsamer Tatkraft. Lloyd Georges Ernennung zum Ersten Minister tat dar, daß England den Kampf bis zum Äußersten fortzuführen entschlossen war, und bestätigte die Auffassung derer, die auf Grund ihrer Kenntnis der englischen Politik niemals etwas anderes erwartet hatten. Und Bethmann Hollweg war noch immer Kanzler des deutschen Reiches! Die starken Männer, nach denen Hindenburg gerufen hatte, wurden auch im Jahre 1917 nicht zur Leitung der Reichsgeschäfte herangezogen. Alles ging im Innern seinen alten Gang weiter: die alljüdische Presse und die ihr gesinnungsverwandten politischen Kreise predigten den Verzicht, wetterten gegen den U-Bootkrieg und bezichtigten alle, die anderes wollten, der eigennützigen Kriegsverlängerung. Immer klarer trat zu Tage, daß auch die lautesten Lobredner Bethmann Hollwegs infolge der nicht abreißenden Kette inner- und außerpolitischer Mißerfolge an diesem ihrem Meister irre geworden waren — eigentlich war es nur noch die ausgesprochene Judenpresse, die zu ihm hielt. Auch ein Ergebnis für den obersten Beamten des deutschen Reiches!

Die völkischen Kreise ließen sich durch alle Verleumdungen nicht irre machen und führten den Kampf in Wort und Schrift — soweit die Zensur dies zuließ — für den Unterseebootkrieg weiter, und die völkischen Parteien boten alles, was in ihrer Macht stand, in der gleichen Richtung auf. Die Flottenführer waren längst von der Notwendigkeit überzeugt, die neue Waffe rücksichtslos anwenden zu müssen und auch die Oberste Heeresleitung bekannte sich zu dieser Ansicht, als sie nach der Niederwerfung Rumäniens militärisch die Arme frei bekam und als das Friedensangebot des Vierbundes Mitte Januar von dem Vielverband mit einer ebenso verlogenen wie unverschämten Erklärung abgelehnt wurde. Nun mußte es auch dem Kanzler und seinen Leuten klar sein, daß die Feinde es auf Deutschlands Vernichtung abgesehen hatten — und wirklich sprach dies

der Kaiser als seine Meinung in einer Kundgebung an Heer und Flotte aus. Endlich reifte der Entschluß, der längst hätte gefaßt und ohne politische Hemmungen durchgeführt werden müssen: mit dem 1. Februar 1917 sollte der uneingeschränkte U-Bootkrieg einsetzen.

Den Vaterlandsfreunden fiel eine Last vom Herzen. Die deutsche Öffentlichkeit erkannte trotz der maßlosen Verhetzung durch die alljüdische Presse, daß diese Maßregel geboten sei und vertraute dem Urteil der Männer der Obersten Heeres- und Flottenleitung; als der Feldmarschall offen davon sprach, daß das deutsche Reich auf alle Folgen eingerichtet sei, die aus diesem Entschlusse entstehen könnten, und ihnen gewachsen sei, verstummte der Widerspruch. Hindenburgs Worte bezogen sich auf die Vereinigten Staaten, deren feindselige Haltung längst offenkundig war und von denen erwartet wurde, daß sie nun in den Krieg eintreten würden. Mit größten Erfolgen verrichteten die nun von den unerträglichen Fesseln befreiten Unterseeboote ihre schwere Arbeit; ihre schneidigen Führer und trefflichen Helfer und Mannschaften bewährten sich glänzend.

So wurde die Hoffnung auf ein gutes Kriegsende wieder belebt, zumal da das vorwurfsvolle, aber doch auch zuversichtliche Wort des Generalstabschefs von Conrad bekannt wurde, der Krieg wäre längst siegreich beendigt, wenn man die U-Boote rechtzeitig hätte arbeiten lassen. Sonst aber konnte kein Ernster die inneren Zustände in der Heimat und ihre Entwicklung mit Ruhe ansehen.

Als Anfang des Jahres 1917 der längst als Deutschenfeind erkannte amerikanische Botschafter aus Amerika nach Deutschland zurückkehrte, wurde er in Berlin in würde- und geschmackloser Weise gefeiert — derselbe Gérard, der durch die Förderung des feindlichen Späherdienstes Deutschlands Feinde offenkundig unterstützt hatte und dessen Treiben das in Furcht vor den Vereinigten Staaten ersterbende Auswärtige Amt geduldet hatte.

Dieses Amt beging, als die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges beschlossene Sache war, die unbegreifliche Torheit, die Bundesgenossenschaft Mexikos nachzusuchen und ihm als Lohn dafür Gebietsteile der Vereinigten Staaten zu versprechen — die betreffende Drahtung an den deutschen Gesandten in Mexiko wurde von den Amerikanern entziffert und unter entrüsteten Kundgebungen über die Verwerflichkeit der deutschen Politik veröffentlicht.

Am 2. April 1917 erklärte Präsident Wilson, der die Beziehungen zwischen Berlin und Washington schon vorher hatte abbrechen lassen, dem deutschen Reiche den Krieg, indem er dem amerikanischen Kongreß eine Botschaft zugehen ließ, in der er behauptete, daß die U-Bootwaffe außerhalb des Rechtes stehe, daß ihre Anwendung ein Krieg gegen die Menschheit sei, daß der Kampf gegen das deutsche Reich nicht nur der Welt den Frieden schenken sondern auch die Herrschaft

des Rechts wiederherstellen solle; schließlich erdreistete er sich zu sagen, daß er dem deutschen Volke die Freiheit bringen werde — alles in allem eine Urkunde von verlogener Salbung, die nur durch spätere Handlungen dieses größten und widerwärtigsten Heuchlers der Geschichte an Unwahrhaftigkeit übertroffen werden konnte. Der amerikanischen Kriegserklärung folgte diejenige von China, das den Worten nach das Bedürfnis hatte, sich zum Heile der Menschheit am Kampf gegen die barbarischen Deutschen zu beteiligen — in Wirklichkeit wurde niemand weniger vom Unterseebootkrieg betroffen, als dies Land, das keine Handelsflotte hatte, die unter ihm leiden konnte; es handelte unter englischem Zwange, und die Engländer beseitigten die letzten Zweifel über ihre Absichten, als sie veranlaßten, daß alle deutschen Handelsniederlassungen in China vernichtet, ihr Vermögen beschlagnahmt, die Bücher und sonstigen geschäftlichen Urkunden weggenommen und die deutschen Bürger rechtlos gemacht wurden: es war auf die Vernichtung des deutschen Handels, auf die Ausschaltung jedes deutschen Wettbewerbes abgesehen.

Dem Beispiel von China und gleichem Zwange — sei es von England oder den Vereinigten Staaten ausgehend — folgten, mit Brasilien beginnend, nach und nach die meisten mittel- und südamerikanischen Freistaaten, und die unter englischer oder französischer Oberherrschaft stehenden Länder Asiens wie Siam, so daß beinahe die ganze bewohnte Erde gegen das deutsche Reich und seine Verbündeten im Felde stand. Ihr Menschenvorrat, ihre Rohstoffe und Erzeugnisse — alles wurde aufgeboten, um die verhaßten Deutschen auf die Knie zu zwingen, die erbarmungslos von ausländischer Zufuhr abgeschnitten waren. Es kamen harte Tage für das Deutschtum jener englisch-französisch-amerikanischer Gewalt weichenden Länder, und nichts in der Geschichte gleicht der kalten Grausamkeit, mit der die Engländer, nichts dem wollustartigen Peinigergeiste, mit dem die Franzosen die unglücklichen Deutschen mißhandelten, die ihnen im Ausland in die Hände fielen.

Und doch sollten die Deutschen die Barbaren, die Hunnen, die Knechter der Menschheit sein!

* * *

Im Frühsommer folgten Schlag auf Schlag Ereignisse, die der deutschen Außenpolitik ihre Unfähigkeit bezeugten: die Entwicklung in Polen kennen wir — in Griechenland sah sich der deutschfreundliche König Konstantin, ein Schwager Kaiser Wilhelms II. zur Abdankung gezwungen, obwohl ein großer Teil des Heeres und der Offiziere treu zu ihm hielt; er unterlag der gewalttätigen Einwirkung Englands und Frankreichs, die längst Truppen auf griechischem Boden gelandet und Helfershelfer unter den Politikern des Landes gefunden hatten. Das war die Quittung dafür,

daß nach Serbiens Niederwerfung die vereinigten deutsch-bulgarisch-österreichisch-ungarischen Heere an der griechischen Grenze Halt gemacht hatten, statt die vom griechischen Saloniki aus vorgebrochenen, aber in die Flucht geschlagenen englischen und französischen Truppen des Generals Sarrail ins Meer zu jagen und diesen Angriffsherd endgültig auszubrennen. Kaiser Wilhelm hatte aus falscher Rücksicht auf seinen Schwager diese militärisch und politisch gleich verkehrte Unterlassung gegen den Widerspruch des Zaren Ferdinand von Bulgarien und des Generalstabschefs von Conrad durchgesetzt — und nun ging Griechenland, nachdem sein König abgedankt hatte, offen zu den Feinden über und stellte ihnen Mazedonien zum Aufmarsch von Südosten zur Verfügung.

Es sollte sich bitter rächen, daß Bethmann Hollweg und General Falkenhayn diesem Ansinnen des Kaisers nachgegeben hatten.

Auch in der Schweiz erlebte das Reich durch die Ungeschicklichkeit seiner äußeren Politik eine Demütigung, indem der deutschfreundliche Bundesrat Hofmann, dem die auswärtige Politik der Eidgenossenschaft anvertraut war, seine Hand dazu lieh, einen nichtamtlichen aber mit Wissen amtlicher Stellen gemachten deutschen Friedensfühler an die russischen Umstürzler gelangen zu lassen; dieser Zusammenhang wurde offenbar, worauf der tüchtige Mann von den deutschfeindlichen Kreisen der Schweiz so wütend angefallen wurde, daß die oberste Bundesbehörde ihn preisgab; an seine Stelle trat ein ganz im Fahrwasser des Vielverbandes befindlicher Welsch-Schweizer.

Die Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands aber beantworteten die deutsche Friedensanfrage ablehnend.

Als die „Internationale" die sozialistischen Führer der ihr angeschlossenen Staaten zu einer Beratung über die Kriegs- und Friedensfragen nach Stockholm eingeladen hatte, ermöglichte Bethmann Hollweg gegen den Willen und die Absichten der militärischen Stellen reichsdeutschen Abgeordneten die Teilnahme. Diese bekannten sich auf der im Juni 1917 abgehaltenen Tagung zu dem Vorschlage des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, den Frieden unter Verzicht auf Landerwerb und Entschädigungen und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker herzustellen; in der Frage der „deutschen Schuld am Kriege" dagegen wahrten sie den Standpunkt, daß ihr Vaterland durch die Machenschaften seiner Feinde, vor allem Rußlands, gegen seinen Willen in den Weltkrieg hineingerissen worden sei. Bezeichnend war, daß die wichtigsten feindlichen Regierungen den Sozialisten ihrer Länder die Teilnahme an den Stockholmer Verhandlungen nicht erlaubten. Die Behandlung, die den deutschen Vertretern dort zu teil wurde, ließ jede Gerechtigkeit, jedes Verständnis für die Lage des deutschen Reiches vermissen und bewies, daß die neutralen Sozialisten dem deutschen Reiche feindlich gegenüber-

standen. Das Auftreten der deutschen Sozialisten in Stockholm endete mit einer Niederlage, die der Sache ihres Vaterlandes schädlich war.

Damit gelangen wir zu dem Punkte, an dem in aller Kürze auf die innerpolitischen Ereignisse in Rußland einzugehen ist, die sich an die fortgesetzten äußeren Niederlagen seiner Heere knüpften.

Seit Ende Februar 1917 war es in Petersburg und anderen Städten Rußlands infolge der Lebensmittelnot und der Teuerung zu Unruhen und Ausständen gekommen. Zuerst niedergeworfen, lebte die Bewegung im März wieder auf und am 14. dieses Monats folgte der offene Umsturz. Es bildete sich eine Regierung, in der freiheitlich gesinnte Männer von Bildung und Besitz die Oberhand hatten, der aber auch einige Sozialisten angehörten; die Absicht ging dahin eine bürgerlich-parlamentarische Republik zu gründen. Der schwache, hilflose Zar Nikolaus dankte in der Nacht zum 15. ab und es zeigte sich schnell, daß die neue Regierung der auf den Umsturz aller Ordnung drängenden Masse, die von Juden verhetzt und geführt wurde, nicht Herr werden konnte. Es bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die — unter jüdischem Einfluß stehend — sich zunächst in alle Fragen der Staatsleitung, der allgemeinen und örtlichen Gewalt einmischten, schließlich die Gewalt an sich rissen und jede Ordnung auflösten. Die vorläufige Regierung, an deren Spitze im Anfang noch Bürgerliche standen betrieb mit allem Eifer die Fortsetzung des Krieges; es kam deshalb die Meinung auf, daß die Beseitigung des Zaren Nikolaus unter Mitwissen Englands veranlaßt worden sei, weil jener einen Sieg des Vielverbandes als aussichtslos erkannt habe und zum Frieden mit dem Vierbund geneigt gewesen sei. Ob dies richtig, ist heute noch ungeklärt. Jedenfalls traten in den ersten Monaten nach der Umwälzung auch die umstürzlerischen Arbeiter- und Soldatenräte für die Weiterführung des Krieges ein, weil er die Verteidigung gegen den deutschen Angriff bezwecke. Die erwähnte, aus der Schweiz kommende Anregung zu einem Sonderfrieden mit dem Vierbunde, die von einem der Führer der Schweizer Sozialdemokratie persönlich in Petersburg unterbreitet worden war, wurde im Juni nicht nur von der vorläufigen Regierung, sondern auch von den Arbeiter- und Soldatenräten förmlich abgelehnt: ein neuer Beweis dafür, daß die sog. „Internationale", zu der doch die Sozial-Revolutionäre Rußlands gehörten, ganz und gar nicht als unbedingt friedensfreundlich angesehen werden konnte, wie dies die Parteilehre behauptete.

Freilich, daß die sogenannten deutschen Sozialisten aus diesem Vorgang etwas lernen würden, konnte bei ihrer Verranntheit nicht erwartet werden.

Wozu diese, die Not des Vaterlandes Vergessenden, selbst unter jüdischer Führung Stehenden, im Bunde mit der jüdischen Falsch-Demokratie und ihrer skrupellos hetzenden Presse imstande waren, wurde bei Beginn des Jahres 1917 bekannt, als wie auf Verabredung der Ruf nach Ände-

rung des preußischen Wahlrechts erhoben wurde. Als wären der inneren Wirren noch nicht genug, verlangten diese Gewissenlosen das allgemeine gleiche Wahlrecht für den führenden Bundesstaat und ließen erkennen, daß sie die inneren Schwierigkeiten des Reiches, die der Krieg zum Gefolge hatte: die Verstimmung der Massen über schlechte Ernährung, Teuerung und sonstige Mißstände, rücksichtslos ausnutzen wollten, um auf dem Wege des allgemeinen gleichen Wahlrechts Preußen unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen, wie sie infolge der Unfähigkeit und Mutlosigkeit des Kanzlers schon die Herren über das Reich geworden waren. Bethmann Hollweg lehnte es zunächst ab, auf dies Ansinnen einzugehen; er erklärte selbst und ließ seinen Beauftragten mit Recht erklären, daß eine solche Frage in solcher Zeit nicht entschieden werden könne — damit müsse bis nach dem Ende des Krieges gewartet werden. Eine gleiche Haltung nahm die Rechte — aus den Konservativen, den meisten Nationalliberalen und Freikonservativen, sowie dem größeren Teile des Zentrums bestehend — mit ihrer Presse ein, und nun entbrannte ein wüster, nichtswürdiger Zeitungskampf. Weil die Rechte, die jetzt die Wahlrechtsfrage verschoben haben wollte, für die deutsche Daseinsnotwendigkeiten sicherstellende Erweiterung der deutschen Macht im Falle des Sieges eintrat und den uneingeschränkten Unterseebootkrieg gefordert hatte, behauptete die jüdische Presse, daß die Kriegszielpolitik „reaktionären Interessen" entspringe und ihnen diene; sie fälschte das Bestreben ernster, selbstloser Vaterlandsfreunde, gerade durch einen guten Frieden die Zukunft der arbeitenden Volksgenossen zu sichern, in kaltherzige Selbstsucht um, die dem Vorteil der Besitzenden dienen wolle und ihm das Blut der Kämpfenden opfere. Ein schändliches Treiben! Wie weit seine Urheber sich von der Wahrheit und dem Gesamtwohl entfernt hatten, ergab sich aus dem Worte, das nun aufkam und bald im ganzen Lande umging: „ein deutscher Sieg sei nicht zu wünschen, da er die Reaktion fördern würde."

So sehr hatte das Gift schon gewirkt. Die Vaterlandsfreunde mochten sich fragen, was größer sei: die Verblendung oder die Niedertracht dieses Treibens — ändern konnten sie daran nichts, weil die Massen auf jene Verführer hörten und die Regierung tatenlos zuschaute.

Immer drohender wurde die Wahlrechtsforderung erhoben; da tat Bethmann Hollweg — wie immer — das Verkehrteste, was getan werden konnte, indem er Wilhelm II. zu halbem Entgegenkommen veranlaßte: in der sog. „Oster-Botschaft" vom 7. April 1917 sprach der König von Preußen sich für die Umbildung des preußischen Landtags aus und sagte hinsichtlich des strittigen Punktes, daß „nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei." Der Kanzler wurde als Vorsitzender des preußischen Staatsministeriums beauftragt, eine Vorlage ausarbeiten zu lassen, welche

die unmittelbare und geheime Wahl vorsehe, damit der Entwurf bei der Rückkehr der Krieger rasch erledigt werden könne.

Mit diesen Versprechungen gaben sich die Volksverführer nicht zufrieden; der Kaiser wollte die Wahlrechtsfrage bis nach dem Kriege vertagt haben und er sprach nicht vom gleichen Wahlrecht; sie aber wollten Preußen sofort, also noch während des Krieges in die Hand bekommen, indem sie das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht — wie im Reiche — ertrotzten.

So ging dieser Kampf weiter, von der jüdischen Linken und ihrer Presse mit allen Mitteln der Aufpeitschung der Leidenschaften geführt. Nach der Osterbotschaft kam es in Berlin zu einem großen Ausstand der Arbeiter von Geschoßfabriken, der aber rasch beendigt wurde; er zeigte, bis zu welchem Grade die Massen verhetzt waren, daß in solcher Zeit in solchen Betrieben die Arbeiter feierten. Der Feldmarschall fand zornige Worte, um diese Gewissenlosigkeit zu brandmarken, der Kanzler aber wich wiederum zurück.

Am 6. Juli 1917 traten die sozialdemokratischen Führer vor ihn und verlangten neben der Einführung des „parlamentarischen Systems" die sofortige Ernennung von Volksvertretern zu Ministern und Staatssekretären, sowie die sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen; gleichzeitig wurde ihm eröffnet, daß die Sozialdemokratie noch jetzt für den Verteidigungskrieg eintrete und einen Frieden auf Grund des Zustandes vor dem Krieg verlange.

Wie die Dinge lagen, war dies Erpressung in aller Form. So weit war es gekommen, daß der vierte Nachfolger Bismarcks in solcher Weise mit sich reden ließ!

Das preußische Staatsministerium blieb fest und lehnte die unverschämte Zumutung der Sozialisten ab; in seinem Namen hielt der Minister des Innern dem Kaiser Vortrag und empfahl ihm das gleiche Verfahren. Der Kaiser sagte dies zu, wurde aber vom Reichskanzler, der über den Kopf des Staatsministeriums hinaus handelte, umgestimmt, und erließ als König von Preußen am 11. Juli die Anordnung, daß dem Landtage alsbald eine Vorlage unterbreitet werden solle, die das gleiche Wahlrecht bringe.

So hatte sich der König von Preußen dem Drohen der machtgierigen, jüdisch-geleiteten Sozialdemokratie unterworfen — unterworfen wider den Rat seines verantwortlichen Ministeriums, mißleitet von dem Berater, dessen politische Sünden sich so gehäuft hatten, daß endlich, endlich — viel zu spät — sein Sturz unmittelbar bevorstand. Jetzt waren doch auch seine eifrigsten „Getreuen auf Kündigung" von der sozialistischen, jüdisch-bürgerlichen und ultramontanen Demagogie an ihm irre geworden, während Hindenburg und Ludendorff die Reichsgefährlichkeit eines solchen leitenden

Ministers in vollem Umfange erkannt hatten. Die besten Freunde des Kaisertums drangen in Wilhelm II., sich von einem solchen längst unmöglich gewordenen Berater zu trennen — er aber kam zu keinem Entschlusse.

Abgesehen von den inner- und außerpolitischen Vorgängen, die bis jetzt geschildert wurden, gab es noch zahlreiche andere, die zeigten, wohin die Fahrt ging und wie weit sich der Reichswagen dem Abgrund genähert hatte. So hatte die zur ausschlaggebenden Partei gewordene Sozialdemokratie wiederholt im Laufe des Frühjahrs 1917 den Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen" verlangt; ja ihr Wortführer hatte am 15. Mai im Reichstag mit dem Umsturz gedroht, falls der Krieg zum Zwecke von Eroberungen über die notwendige Verteidigung hinaus fortgesetzt werde. Unter dem Vorsitz dieses Volksvergessenen tagte der Verfassungsausschuß des Reichstags und beschäftigte sich mit der Frage der militärischen Befehlsgewalt in einer Weise, die keinen Zweifel darüber ließ, daß die oberste Verfügung über das Heer dem Kaiser entzogen und dem Reichstag, d. h. den machthungrigen Führern der Mehrheitsparteien, übertragen werden sollte. Etwas derartiges konnten die Männer der Obersten Heeresleitung nicht mit ansehen.

Die Lage wurde weiter dadurch verwirrt, daß in der Frage des Kriegszieles das Zentrum, dessen Mehrheit sich bis dahin für den Fall des deutschen Sieges für eine Erweiterung der deutschen Macht ausgesprochen hatte, unter dem Einflusse seines linken Flügels von der Rechten getrennt hatte und in die alte Unzuverlässigkeit zurückgefallen war. Damit war eine politische Entwicklung eingeleitet, die verhängnisvoll wurde; es ist notwendig, sie kurz im Zusammenhang zu schildern.

Bisher ist es mit Absicht vermieden worden, die Namen reichsschädlicher Volksvertreter zu nennen — nun aber läßt es sich nicht vermeiden; abgesehen davon, scheint es auch notwendig, die Menschen, die den Zusammenbruch ihres Vaterlandes auf dem Gewissen, die ihr Volk in der Heimat vergiftet und zugrunde gerichtet haben, dem Urteil preiszugeben, das sie verdienen.

Das Zentrum ist niemals eine wirklich einheitliche Partei gewesen; in ihm fanden sich seit je von der äußersten Linken, die von den sozialgerichteten christlichen Gewerkschaftlern gebildet wird, bis zur äußersten Rechten, die aus dem westfälischen und schlesischen Adel und Großgrundbesitz besteht, alle politischen Meinungen vertreten, die sonst in verschiedenen Parteibildungen zum Ausdruck kommen; das einigende Band in dieser nur auf deutschem Boden denkbaren Partei bildet die angebliche Gefährdung des katholischen Glaubens, die nach der Behauptung der Partei — sei es der Staat, sei es die evangelische Mehrheit der Bevölkerung — im Schilde führen sollen. Innerhalb des Zentrums rangen die verschiedenen Rich-

tungen um die Führung, und der Grad seiner politischen Brauchbarkeit hing davon ab, welche von ihnen die Oberhand behielt. Als der Krieg ausbrach, war die ganze Partei, die Bethmann Hollwegs äußere Politik bis dahin mitgemacht hatte, ohne Frage von dem inneren Schwunge mitgerissen, der das deutsche Volk ergriffen hatte, und Hoffnungsvolle wagten zu glauben, daß dies ungeheure Erleben die Kluft zwischen den christlichen Bekenntnissen dauernd und endgültig überbrücken werde. Als die deutschen Heere siegreich in Belgien und Frankreich vorgedrungen waren, und nachher auch weite Teile Rußlands besetzt hielten, waren auch die führenden Männer des Zentrums der Meinung, daß der Friede eine Erweiterung der deutschen Macht bringen müsse, und sie waren mit den Wortführern der Kriegszielbewegung darin einig, daß nach Ost und West die deutsche Grenze vorgeschoben werden müsse, um die militärische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes zu sichern, besonders um ihm den Boden für die innere ländliche Siedlung zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne machte das Zentrum die Kriegszielbewegung mit; die Partei faßte entsprechende Entschließungen und die führenden Blätter verfochten mit Entschiedenheit solche Pläne. Am weitesten ging hierin bei Kriegsbeginn der Reichstagsabgeordnete Mathias Erzberger, Vertreter eines südwürttembergischen Wahlkreises, seit langem der Führer des linken Flügels, von den schlechthin Vaterländischen ebenso lange als Demagoge unerfreulichster Art erkannt. Dieser weder durch Charakter, noch durch Begabung, weder durch Wissen, noch durch Leistungen ausgezeichnete Mensch hatte sich zuerst durch dreistes Draufgängertum, dann durch einen gewissen Fleiß in kleinen Dingen, und weiterhin durch die Kenntnisse, die er diesem untergeordneten Fleiße verdankte, im Reichstag einen Namen gemacht und die Regierungsvertreter fürchteten ihn, weil sie fast stets ein schlechtes Gewissen hatten und wußten, daß von diesem Skrupellosen überraschende Angriffe zu gewärtigen seien. Obwohl seine eigenen Parteifreunde den Unwert dieses Menschen erkannten, war er — in einer solchen Volksvertretung und einer solchen Regierung gegenüber kein Wunder — zu einer gewissen Macht gekommen, die er selbstgefällig und ehrsüchtig ausübte. Bei Kriegsbeginn zog Bethmann Hollweg diesen nur für Unfähige und Charakterlose erträglichen Menschen in den Kreis seiner nächsten Vertrauten, beauftragte ihn mit allerhand halb- und ganzamtlichen Aufgaben und steigerte damit sowohl die Eitelkeit wie den Einfluß dieses politischen Gernegroß. Wo immer er seine Hände im Spiele hatte, sei es in Italien, sei es in der Schweiz oder in Österreich und Rumänien, gab es ein Unglück — aber Erzberger war eine Macht geworden, der sich die kleinen Menschen dieser Regierung und dieses Reichstags beugten. Man glaubte zu wissen, daß dieser Volksvertreter geheimnisvolle Beziehungen zur römischen Kurie, zum österreichischen Feudaladel und zu den klerikalen Kreisen Italiens

habe und daß er mit den führenden Köpfen der wichtigsten Orden in Verbindung stehe. Dieser Mann war in der ersten Kriegszeit ausgesprochenster „Annexionist"; als der Sieg nicht so schnell kam, wie er erwartet hatte, wurde er ebenso entschiedener Vertreter des Verzichts und fand sich mit dem Reichskanzler in der Ansicht zusammen, daß ein Verständigungsfriede anzustreben sei. Seitdem dieser keines großen Gedankens Fähige auf Grund seiner von deutschen Rücksichten freien Erkenntnisquellen zum „Verzichtler" geworden war, wurde er eine Gefahr für die Kriegführung, soweit die Stimmung in der Heimat und die Haltung des Reichstags in Betracht kam. Denn Erzberger war so etwas wie der Beherrscher der öffentlichen Meinung der Zentrumspresse geworden; die kleinen Leute in der Partei, die fast nur aus solchen bestand, schauten und hörten auf ihn; er war mit dem Ansehen bekleidet, das das Vertrauen des Kanzlers, seine Beziehungen zum deutschen Auswärtigen Amte, zu Rom und Wien — auch wenn sie zum Teil nur vorgetäuscht waren — ihm verliehen: kurz, er war der politische Wettermacher des ultramontan-demagogischen Flügels seiner Partei. Als solcher hat er alles getan, was ein Einzelner vermag, um den Glauben an den Sieg zu untergraben, um den Geist der Heimat zu zermürben. Wo immer der Reichskanzler Verderbliches tat, war Erzberger seine Stütze — wo immer die Völkischen im Reichstag und im Lande Starkes wollten, begegneten sie seinem Widerstande. Es war ein trauriges Zeichen für die politische Unbrauchbarkeit der Deutschen, daß in solcher Zeit ein solcher Mensch eine solche Rolle spielen konnte! Aber er fand einen Genossen, der mit ihm um die Palme des Unwertes und der Verderblichkeit rang: dies war der Abgeordnete Philipp Scheidemann, der Führer der Sozialdemokraten. Auch er ein Mensch ohne eigene Gedanken, ja ohne Denkfähigkeit, auch er gebläht von Eitelkeit und Ehrsucht, auch er ohne das Gefühl für Pflicht und Verantwortung; ein Kleinbürger, der sich das Scheinwissen seiner Parteilehre zu eigen gemacht hatte und der, mit unbestreitbarer Redegewandtheit begabt, mit der stärksten Partei hinter sich und eine solche Regierung sich gegenüber, ohne Schwierigkeit ein „großer Mann" werden konnte, vor dem sich der Kanzler wie der Reichstag beugten. Daß aus seinem Munde niemals ein Wort kam, das von selbständigem Denken zeugte, tat nichts — auch darin war er seinem Strebensgefährten Erzberger verwandt. Auch er wurde Vertrauter des Reichskanzlers; auch er war auf den Verzicht gestimmt; auch er wollte den Frieden ohne Landerwerb und Entschädigung im Wege der Verständigung — auch er stand im Rufe, daß, was er schrieb und sprach, im Einverständnis mit Bethmann Hollweg hinausgehe. Mit Erzberger hatte er auch die grenzenlose Unwahrhaftigkeit gemein — in einem freilich war er ihm unterlegen: wurde jener je länger um so mehr der Gebieter seiner Partei, der herrisch auftreten konnte, so war Scheidemann, in dessen Banden

Bismarcks vierter Nachfolger lag, selbst ein Unfreier, Getriebener. Dieser sogenannte Führer der Regierungs-Sozialdemokratie war in allem, was er tat, abhängig von der Rücksicht auf die äußerste Linke, auf jene sozialistische Gruppe, die auch äußerlich „gegen den Krieg" war, dem Vaterlande die zu seiner Führung notwendigen Mittel versagte und am Wahngedanken der „Solidarität des internationalen Proletariats" festhielt. Die so Gesinnten waren Ende März 1916 aus der „Reichstagsfraktion" ausgetreten und hatten sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft" zusammengeschlossen. Als die Gegensätze zu den „Regierungs-Sozialisten" sich verstärkten, und ihr Zulauf sich vergrößerte, verließen diese „Radikalen" ihre Partei ganz und gründeten Ostern 1917 eine neue, diejenige der „Unabhängigen". Kein Zweifel: wenn man die wissenschaftlich und tatsächlich unhaltbaren Lehren des Sozialismus einmal als politisches Glaubensbekenntnis angenommen hatte, waren die Unabhängigen die folgerichtigen und ehrlichen Sozialisten, während Scheidemann und seine Leute nicht Fisch nicht Fleisch waren. Die unter den Kriegsnöten leidenden Massen waren, als die vaterländische Hochstimmung erst einmal verflogen war und die Nachwirkung der jahrzehntelangen Verhetzung vor dem Kriege wieder zu wirken begann, für die bedingungslos sozialistischen Unabhängigen mehr eingenommen als für die lauen Gefolgsleute Scheidemanns, und es vollzog sich ein Massenabfall von der alten Partei zur neuen. Deren Führer wurden rasch die Vertrauensleute des großstädtischen Proletariats, und die alte Partei fühlte, wie ihr der Boden unter den Füßen schwand. Um sich einigermaßen zu halten und wenigstens den Anschein der Massengefolgschaft zu retten, mußte sie in demagogischen Wettbewerb mit den Unabhängigen treten. So wurden ihr die Gesetze ihres politischen Handelns von jenen vorgeschrieben und besonders Scheidemann tat nichts, ohne nach den gefährlichen Nebenbuhlern von der alleräußersten Linken zu schielen. Hierdurch wurde dieser an sich Unwahrhaftige doppelt unwahrhaftig — ein Führer, der gar nicht nach eigenen Überzeugungen handeln konnte sondern sich den Rücksichten unterwarf, die ihm die gefürchtete Nebenbuhlerschaft der Unabhängigen aufzwang. In welcher Richtung dies wirkte, kann man ermessen, sobald man hört, daß die neue Partei schlechthin von Juden geleitet wurde.

Draußen im Felde Heldentum über alles geschichtlich überlieferte Heldentum — in der Heimat aber erbärmliche Kleinheit; draußen Führer von überragender Größe — in der Heimat aber ein Bethmann Hollweg im Bunde mit Erzberger und Scheidemann, in Wahrheit in ihren Banden!

Das Zusammenwirken dieser drei Reichsverderber spann sich, von freundschaftlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfällen abgesehen, bis ins Frühjahr 1917 weiter, was bei der Nachgiebigkeit des Reichskanzlers nicht erstaunlich ist. Allmählich aber wurde den beiden

Demagogen die Verbindung mit einem von so ausgesprochenem und fortgesetzten Mißgeschick verfolgten Kanzler unheimlich; was er zu vergeben hatte, hatte er vergeben, und in der U-Bootfrage hatte er sich den Forderungen der militärischen Führer und der völkischen Kreise gefügt. Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten war erfolgt; außenpolitisch hatten sich die Nackenschläge gehäuft; in den Zensurfragen konnte Bethmann Hollweg der Sozialdemokratie nicht ganz nach Willen sein, weil dies am Widerstand der militärischen Stellen scheiterte, und das „parlamentarische System" durfte er auch nicht zugestehen. So wurde er den Sozialdemokraten gleichgültig — Erzberger aber erblickte in ihm sogar ein Hindernis für den von ihm erstrebten Frieden, weil Bethmann Hollweg mit den Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich und mit dem „Unrecht an Belgien" belastet erschien. Auf diese Art geriet der Kanzler in Gefahr, zumal da der Zentrumsdemagog mit der ganzen Skrupellosigkeit, die solchen Menschen eigen ist, an die Ausführung seines Planes ging; der spätere Versuch des Kanzlers, sich durch das dem Kaiser abgerungene Zugeständnis des gleichen Wahlrechts für Preußen zu halten, konnte ihn nicht retten, da die Führer der Massenparteien keinen Grund mehr hatten sich für ihn zu bemühen, nachdem er mit dem Wahlrechtserlaß das letzte aus der Hand gegeben hatte.

So lagen die Dinge, als Erzbergers Plan, eine große politische Unternehmung einzuleiten, zur Verwirklichung reifte. Daß er seit langem auf den Verzicht gestimmt war, ist oben gesagt. Nun wollte er durch seine Verbindungen in Österreich die Überzeugung gewonnen haben, daß dieser Bundesgenosse vor dem Zusammenbruch stehe; er schloß, daß dies den Zusammenbruch des Vierbundes nach sich ziehen werde und übernahm vordringlich, eitel und verblendet das Amt eines Retters des Vaterlandes. Im April 1917 hatte er in Wien auf unrechtmäßige Weise ein geheimes Schreiben des Außenministers Grafen Ottokar Czernin an seinen Herrscher kennen gelernt, in dem dieser die innere Lage Österreich-Ungarns als sehr ernst, ja verzweifelt schilderte; inhaltlich war dieses Schreiben, das den Zusammenbruch der Monarchie ankündigte, falls nicht vor dem Winter der Krieg beendigt sei, für die deutsche Oberste Heeresleitung bestimmt, machte auf sie aber nicht den vom Verfasser beabsichtigten Eindruck. Denn man erkannte seine Ausführungen als übertrieben und hielt an der Meinung fest, daß der Krieg mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden könne. Anders aber Erzberger. Er nahm nicht nur den Inhalt jenes Geheimschreibens als durchaus zutreffend an, sondern er benutzte ihn ohne Wissen des Grafen Czernin und unter Bruch des Geheimnisses für seinen Zweck der Friedensstiftung, der in Wahrheit auf hochverräterische Wichtigtuerei hinauslief. Zunächst gab er von dem Inhalt bei der ersten Gelegenheit seinen Parteifreunden Kenntnis, dann benutzte er ihn im Reichstag anderen Abgeordneten gegen-

über und schließlich im Hauptausschuß des Reichstags: überall erzielte er bei Urteilslosen den Erfolg tiefer Entmutigung; wer freilich die Lage in Österreich wirklich kannte und kaltblütig beurteilte, ließ sich nicht verblüffen. Über dies in solcher Zeit hochverräterische Treiben hinaus wird Erzberger ernsthaft beschuldigt, dem Ausland auf dem Umweg über seine klerikalen Beziehungen in der Schweiz Gelegenheit geboten zu haben, das Czerninsche Geheimschreiben kennen zu lernen, und bei den Feinden wirkte es, spätestens im Juni 1917 bekannt geworden — leicht begreiflich — ermutigend und anfeuernd. In England und Frankreich war man durch die von ungeheuren Verlusten begleiteten militärischen Mißerfolge schwankend geworden, und in London wie in Paris kam die Neigung auf, die ersten Schritte wegen der Beendigung des Krieges zu tun. Da erhielt man Kenntnis von dem Inhalt des Czerninschen Schreibens — und die Zuversicht war wieder hergestellt, der Wille zur Fortführung des Krieges neu gestärkt.

Der vielgeschäftige Erzberger spann seine Fäden; zur selben Zeit ließ er der römischen Kurie den Vorschlag vermitteln, der Papst möge eine Friedensbotschaft an die kämpfenden Mächte erlassen, in der er eine Verständigung „ohne Landerwerb und Entschädigungen" empfahl, und nun bearbeitete er selbst die seinen Machenschaften zugänglichen Parteien des Reichstags dahin, die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes auf der Grundlage des Verzichts in feierlicher Entschließung kundzugeben. Anfangs Juli hatten sich diese Bemühungen den Volksvertretern gegenüber so weit verdichtet, daß der Reichstagsausschuß damit befaßt wurde; die Konservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen verhielten sich — von geringen Ausnahmen abgesehen — selbstverständlich ablehnend und erkannten die Gefahr, in die das Vaterland im Falle der Annahme des Erzbergerschen Vorschlages gebracht werde; auch die Regierung bekämpfte den Vorschlag; die Mehrheitsparteien stimmten ihm zu, nachdem sein Urheber den größeren Teil des Zentrums für sich gewonnen hatte. Damals glich der Reichstag einer politischen Hexenküche — man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die Sozialdemokraten um diese Zeit die Einführung des „parlamentarischen Systems" verlangten, daß ihr Führer Scheidemann im Falle der Fortführung des Krieges über die Verteidigung hinaus den Umsturz ankündigte, und daß der unter seinem Vorsitz tagende Verfassungsausschuß gegen die Befehlsgewalt Sturm lief. Seit dem 15. Mai, wo Bethmann Hollweg sich zuletzt über das Kriegsziel der Regierung — zweideutig wie immer — geäußert hatte, war auch die bürgerliche Mehrheit für das Verlangen der Machterweiterung im Falle des deutschen Sieges auseinandergefallen, weil die Zentrumsmehrheit unter Erzbergers Führung geraten war — die erste greifbare Folge des Mißbrauches, den er mit Czernins Geheimschreiben getrieben hatte.

Man kann sich schwer einen Begriff von der Zerfahrenheit und Überreizung der Volksvertreter machen; ihre an sich unzulängliche politische Urteilsfähigkeit war ganz aufgehoben, nicht aber ihr Machthunger. Und dieses Durcheinander wurde noch gesteigert durch den gleichzeitig tobenden Kampf um die Person des Kanzlers, der an alledem die Hauptschuld trug. Die Oberste Heeresleitung hatte sehr bald, nachdem Hindenburg und Ludendorff ihre Ämter angetreten hatten, erkannt, daß Bethmann Hollweg ein Hindernis des deutschen Endsieges sei; sie, die mit dem besten Willen gekommen waren mit ihm in Frieden zusammenzuarbeiten, hatten einsehen müssen, daß dies unmöglich sei. Der unhaltbar gewordene Zustand der Heimat, die Erfahrungen, die sie in so wichtigen Fragen wie derjenigen der Polenpolitik, des Unterseebootkrieges, des Hilfsdienstgesetzes gemacht hatten, die Rückwirkungen, die von der zermürbten Heimat nach der Front gingen — alles dies brachte sie zu dem Entschluß, den Kaiser vor die Wahl zu stellen, entweder Bethmann Hollweg zu entlassen oder auf ihre Dienste zu verzichten. In diesem Sinne wurden sie beim Obersten Kriegsherrn vorstellig; ihnen schloß sich der Kriegsminister von Stein an. Die Parteien der Rechten waren längst überzeugt, daß dieser Kanzler dre Totengräber des Reiches und des Kaisertums sei; leider hatten sie ihn nicht mit der Rücksichtslosigkeit bekämpft, die die Not des Vaterlandes gebot. Jetzt erklärten sie dem Vorsteher des Zivilkabinetts, der als Vertrauensmann des Kaisers die Meinung der Parteien erfragte, daß der Rücktritt Bethmann Hollwegs unvermeidbar sei. Und nun geschah das Eigenartige: das Zentrum, bisher des Kanzlers festeste Stütze, schloß sich dieser Ansicht an — aus anderen Gründen freilich; aber auch es verlangte seine Beseitigung. Erzbergers Weisheit erblickte in der Person Bethmann Hollwegs ein Friedenshindernis, weil die Feinde mit dem Urheber der Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich nicht würden verhandeln wollen. So gab er kaltherzig, ja heimtückisch den Mann preis, der ihn hatte groß werden lassen. Die Freisinnigen hielten an Bethmann Hollweg fest, die Sozialdemokraten taten weder etwas für noch gegen ihn.

In solchem Wirrwarr berief der Kaiser einen Kronrat; Kronprinz Wilhelm, der Feldmarschall und der erste Generalquartiermeister kamen nach Berlin. Unzweideutig beharrten Hindenburg, Ludendorff und Stein auf ihrem Vorschlag, der auch der Ansicht des Thronerben entsprach; dieser hatte längst die Gefährlichkeit des Kanzlers erkannt und bei seinem Vater wiederholt, aber erfolglos dessen Entlassung erbeten. In seiner krankhaft gewordenen Entschlußlosigkeit hoffte der Kaiser, Bethmann Hollweg halten zu können — aber die Bestimmtheit der drei Generale, die Kundgebungen der Parteien ließen keinen anderen Ausweg mehr zu: der Kanzler reichte sein Entlassungsgesuch ein, das am 14. Juli 1917 unter sehr unverdientem wärmsten Danke Wilhelms des Zweiten bewilligt wurde.

Drei Tage vorher noch hatte der Unselige seinen König zum Versprechen des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu bestimmen gewußt — nun war er endlich, endlich von der Stelle verdrängt, an die ihn des Kaisers mangelnde Menschenkenntnis berufen und unverantwortlich lange gehalten hatte.

Auf den Tag acht Jahre lang war Theobald von Bethmann Hollweg deutscher Reichskanzler gewesen, und er hat es fertig gebracht, diese lange für das deutsche Volk entscheidend gewordene Zeit zu einer einzigen Kette schwerster Fehler und Mißerfolge zu gestalten. Von der reichsländischen Verfassungsvorlage, die die deutschfeindlichen Bestrebungen in Elsaß-Lothringen und die Rachelust Frankreichs von neuem belebte, bis zum Wahlrechtsversprechen vom 11. Juli 1917 —: ein Weg inner- und außerpolitischer Niederlagen. Er führte über das marokkanische Abenteuer, das die Franzosen der englischen Bundesgenossenschaft versicherte und geradezu eine Aufforderung zum Kriege wurde, über die Verständigungsverhandlungen mit England und die ihnen folgende Einschränkung der Flottenvorlage, über den unzureichenden Ausbau des deutschen Heeres in höchst gefahrdrohender Zeit, zum Kriege, der das deutsche Reich politisch vollkommen unvorbereitet, militärisch und wirtschaftlich aber unzulänglich gerüstet fand. Der Mann, der dies alles zu verantworten hatte, verzögerte die deutsche Mobilmachung um kostbare Tage, gab schwankenden Bundesgenossen die Möglichkeit sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, indem er ganz ohne Not den Kaiser zur Kriegserklärung an Rußland und Frankreich veranlaßte, und eröffnete die politische Kriegführung seines Vaterlandes mit dem verderblichen Worte von dem deutschen Unrecht gegen Belgien.

Im Kriege selbst war er es, der den vaterländischen Aufschwung dämpfte, den Siegeswillen erstickte, die staatsfeindlichen Richtungen stärkte. Seine Tätigkeit haben wir in den großen Umrissen verfolgt, die dies Buch erlaubt, und kommen zu dem Schlusse, daß niemals ein großes Volk in entscheidungsvoller Zeit so unglückselig mißleitet wurde, wie das deutsche von Bismarcks viertem Nachfolger.

Läßt man alles beiseite, was er vor dem Kriege gefehlt und versäumt hatte — der Krieg machte ihm die Hände frei von der Vergangenheit. Der durch das Kriegsrecht geschaffene Zustand bot ihm Gelegenheit innerpolitisch gut zu machen, was in der nachbismarckischen Zeit verfehlt worden war. Der Mann, der das deutsche Reich in solcher Zeit, unter solchen Umständen zu betreuen hatte, konnte selbstherrlich schalten und walten, wie es ein Bismarck niemals gekonnt hatte. Der Krieg hatte alle guten Kräfte der Volksseele wieder geweckt. In stürmischer Begeisterung bekannten sich die Deutschen dieser Tage zu Volk und Vaterland, zu Kaiser und Reich.

Und was ist aus alledem geworden?

Zur Erklärung dieses Furchtbaren reicht der Satz nicht aus, der aus

Bethmann Hollwegs Umgebung stammt, daß das gute Mittelmaß das Schicksal der Völker zu bestimmen habe, daß die deutsche Reichsleitung danach eingerichtet gewesen sei und daß sie an der ungeheuren Größe der Arbeit Schiffbruch gelitten habe. Ein mittelmäßiger Kanzler von Instinkt, Willen und Ausdauer hätte wahrscheinlich das Letzte nicht herausholen können, was die Zeit für das deutsche Volk bereit hielt — aber er hätte es nach außen zum Sieg geführt. Diesem Kanzler aber fehlte nicht nur alles zur Größe — es mangelte ihm an den grundlegenden Eigenschaften politischer Begabung, und so mußte er unheilvoll wirken.

Daß der jeder Einwirkung durch Einsichtige unzugängliche Mann nicht von selbst erkannte, wie ungeeignet er an sich und zumal in solcher Zeit zu seinem Amte war, ist schwere persönliche Schuld. Aber wer gerecht ist, wird erkennen, daß die Schuld derer, die ihn im Amte hielten oder sein Verbleiben zuließen, noch größer ist. In sie teilen sich der Kaiser, der mit unfaßbarer Verblendung an diesem Berater festhielt; die Bundesfürsten, von denen mindestens einige die Verderblichkeit Bethmann Hollwegs erkannten, ohne Ernstes dagegen zu unternehmen; die einzelstaatlichen Regierungen, die stumpf und willenlos dem Verhängnis zuschauten; die Volksvertreter, die ihm teils aus Eigensucht, teils aus ihrer Unzulänglichkeit heraus folgten, oder die, soweit sie klar sahen, nicht den Entschluß zu rücksichtslosester Bekämpfung aufbrachten; endlich die Presse aller Schattierungen, die ihn aus den verschiedensten Beweggründen verteidigte, und das Bürgertum, das ohne Meinung und Rückgrat dem Inhaber der Macht nachbetete. Alles, was Bethmann Hollwegs sachliche Gegner wider ihn vorgebracht haben, ist durch die Entwicklung bestätigt worden — es ist damals ohne Wirkung geblieben, und der Kampf um seine Person nahm durch die Schuld seiner Verteidiger einen Verlauf, der die innere Einheit der Deutschen in schwerster Zeit zerriß. Es war schlimm, daß sie dabei gewohnheitsmäßig mit allen Mitteln der Unwahrhaftigkeit verfuhren — schlimm auch, daß sich in der nächsten Umgebung des Kaisers Leute fanden, die die Wahrheit von ihm fernhielten.

Trostlos schließlich war das Verhalten des Volkes, wenn man für das öffentliche Urteil das Verhalten der Reichstagsmehrheit zum Kanzler maßgebend sein lassen will: wenn immer er eine seiner „großen" Reden hielt, jubelten ihm diese Leute zu; keine platte Alltäglichkeit, die nicht als Richtschnur der „Neuorientierung", keine Kundgebung von Willensschwäche und Unentschlossenheit, die nicht als weises staatsmännisches Maßhalten gepriesen wurde. Jeder Reichstagssieg des Kanzlers war eine Niederlage der vaterländischen Sache, wurde aber dem Kaiser gegenüber als Beweis der Volkstümlichkeit seines ersten Beraters hingestellt.

So wurde es möglich, daß Bethmann Hollweg bis unmittelbar vor der

Erzberger-Entschließung im Amte bleiben konnte. Als er schied, hinterließ er das Vaterland in trostlosem Zustande der Auflösung, soweit die Heimat in Betracht kam. Nach außen aber standen seine Heere an allen Fronten siegreich und siegesgewiß.

Noch konnte das deutsche Reich gerettet werden, wenn ein starker Mann berufen wurde, dieses Kanzlers Erbschaft zu bereinigen.

Ins vierte Kriegsjahr.

Während in der Heimat die kleinen Menschen in der Regierung, im Reichstag und in der ihnen gesinnungsverwandten Presse — immer noch über den wahren Willen der Feinde ihres Vaterlandes im Unklaren — von Verständigung sprachen und schrieben, ging im Westen der Kampf mit einer Zähigkeit und Opferbereitschaft der Franzosen und Engländer weiter, die eigentlich jeden nicht ganz Verblendeten endlich darüber hätten aufklären müssen, daß jene die rücksichtslose Durchführung des Krieges planten, die Vernichtung des deutschen Reiches erstrebten und von Verständigung nichts, aber auch gar nichts wissen wollten. Unermüdlich folgte nach Beginn des vierten Kriegsjahres ein feindlicher Angriff dem anderen. Am 15. August begann die zweite große Schlacht in Flandern; am 20. griffen die Franzosen bei Verdun an. Diese Kämpfe gingen auch durch den Oktober und November fort. Einen größeren Erfolg erzielte Feldmarschall Haig bei Cambrai, indem er die Deutschen dadurch überraschte, daß er nicht nach langem Trommelfeuer sondern in schnellem Vorgehen angriff; doch auch diese Erfolge gingen bei dem deutschen Gegenstoß am 30. November und 1. und 2. Dezember wieder verloren. Am 15. Dezember stellte der amtliche deutsche Bericht fest, daß nach viermonatlicher Dauer und 16 Schlachten die Angriffe der Engländer in Flandern als gescheitert betrachtet werden könnten.

Wiederum hatten die deutschen Kämpfer Unvergleichliches geleistet.

General Brussilows erneute Angriffe im Frühsommer 1917 hatten die deutsche Oberste Heeresleitung zu dem Entschluß gebracht, sich im Osten durch volle Zertrümmerung der russischen Macht freie Hand zu schaffen. Unter dem Oberbefehl des Prinzen Leopold von Bayern hatte am 19. Juli ein kräftiger Angriff bei Zloczow stattgefunden, der die russischen Linien zerschlagen und durchbrochen hatte. Schon nach drei Tagen war das 35 km hinter der Front befindliche Tarnopol genommen. Der enttäuschte Machthaber Kerensky setzte den bisherigen Oberfeldherrn Brussilow ab und berief General Kornilow an seine Stelle. Dieser versuchte vergebens noch einmal einen Angriff auf der ganzen Front. Bei Dünaburg wurden sechs russische Divisionen, bei Smorgon deren acht, welche die Deutschen angriffen, vollkommen zertrümmert und am 26. Juli fiel

Kolomea; am 31. überschritten die Österreicher den russischen Grenzfluß Zbrucz und besetzten Czernowitz, die Hauptstadt der Bukowina, am 3. August nach hartem Kampfe. So hatte das vierte Kriegsjahr im Osten angefangen, und nun begann auch der deutsche Vormarsch im Norden Rußlands. Am 3. September nahm ein neugebildetes Heer unter General von Hutier Riga und am folgenden Tage dessen Hafen Dünamünde. Unaufhaltsam drangen die Deutschen vor; am 22. September besetzte General Graf Schmettau den großen Brückenkopf von Jakobstadt, und am 12. Oktober landeten deutsche Truppen auf der Insel Oesel, die nach einigen Tagen ganz in ihrer Hand war. Dem folgte die Besetzung der Inseln Dagö und Moon, womit für Deutschland die Herrschaft auf der Ostsee erkämpft und der finnische Meerbusen verriegelt war. Ausgezeichnetes hatte bei diesen Unternehmungen die Flotte in der Zusammenarbeit mit dem Heere geleistet; die von ihr für die schwierigen Unternehmungen getroffenen Vorbereitungen hatten sich trefflich bewährt.

Nun war die militärische Macht Rußlands zertrümmert; jede Aussicht, daß das Heer sich wieder erholen könne, war ausgeschlossen, zumal da auch der innere Zerfall des ehemaligen Zarenreiches mit raschen Schritten und furchtbarem Erfolge sich vollzogen hatte. Waren die Machthaber der bürgerlichen Republik von dem Sozialisten Kerensky gestürzt worden, so wurde seine Herrschaft von den vorgeschrittensten Umstürzlern, den sog. „Bolschewisten", abgelöst. Diese Gruppe führte in den Tagen vom 7. bis 12. November unter der Leitung von Lenin eine neue Umwälzung herbei und bemächtigte sich der öffentlichen Gewalt. Sie bildete eine neue Regierung, die alsbald mit dem deutschen Reich Verhandlungen anknüpfte. Am 7. und 15. Dezember wurde mit den Mittelmächten ein Waffenstillstand geschlossen, dem auch Rumänien beitrat; die Friedensverhandlungen sollten alsbald beginnen.

Seit Anfang September 1917 war ein deutsches Gouvernement in Riga eingerichtet worden. Die eingebornen Deutschen dieser Hauptstadt Livlands hatten den Einzug ihrer siegreichen Landsleute mit überströmender Begeisterung begrüßt und sie glaubten, daß ihnen die langersehnte, aber für unmöglich gehaltene Befreiung vom russischen Joche endlich und endgültig geschenkt sei. Für sie kam die Zeit der stolzen Hoffnung, als äußerster Vorposten im Nordosten mit dem Mutterlande vereinigt zu werden, und ihre Führer suchten nach der staatsrechtlichen Form, in der dies am besten geschehen könne. Mit Staunen entdeckten die reichsdeutschen Truppen das Deutschtum der mächtigen baltischen Stadt, die sie heimatlich anmutete, und sie bekamen einen Begriff von der Kühnheit und den Leistungen ihrer Ahnen, die dort oben vor 700 Jahren Fuß gefaßt hatten; sie sahen auch, was es bedeutete, daß die baltischen Volksgenossen so lange treu und zäh ihr Volkstum bewahrt hatten. Das waren die glücklichsten Tage

Rigas und der Vorkämpfer der deutschen Sache im Baltenlande, die sich dort zusammengefunden hatten. In einem freilich wurden sie sofort enttäuscht; sie hatten es als selbstverständlich angenommen, daß die Sieger nicht bei Riga Halt machen, sondern daß sie Livland und Estland von den russischen Horden reinigen und somit die ganzen baltischen Provinzen besetzen würden. Der Feind war gar nicht mehr in der Lage Widerstand zu leisten; der Vormarsch hätte die Deutschen Livlands und Estlands von der scheußlichen Gewaltherrschaft der bolschewistischen Mordbrenner befreit und den Weg auf Petersburg selbst offen gefunden. Alle Kenner Rußlands und seines Volkes empfahlen ein solches Vorgehen. Aber die Berliner Stellen waren anderer Meinung; sie wollten die Verhandlungsbereitschaft der bolschewistischen Regierung durch den weiteren Vormarsch nicht gefährden und überließen aus dieser politischen Rücksicht die unglücklichen Gebiete noch monatelang ihren Peinigern; daß sie damit wieder eine große politische Gelegenheit versäumten, wollten sie nicht erkennen.

Im Süden wurde das neue Kriegsjahr mit einem italienischen Angriff auf Asiago eingeleitet, der aber ohne Erfolg blieb, und nun zog Cadorna alle Kräfte für die elfte Isonzoschlacht zusammen, die am 18. August 1917 mit 48 Divisionen in einer Breite von 70 km einsetzte. Die Italiener erstürmten auf dem Karst das Dorf Selo und drangen auf der Hochfläche von Bainsizza in einer Breite von 15 km in die Verteidigungsstellung der Österreicher ein. Der ersehnte Durchbruch auf Triest gelang aber auch diesmal nicht.

Obwohl das italienische Heer in der elften Isonzoschlacht über 200000 Mann verloren hatte, rüstete Cadorna doch zu einer zwölften Schlacht, die zum völligen Siege führen sollte. Da geschah das Unerwartete, daß die Verbündeten selbst zum Angriff vorgingen. Hierbei wurden die Österreicher durch ein deutsches Heer unter dem auf allen Kriegsschauplätzen rühmlichst bewährten General Otto von Below unterstützt, das von Klagenfurt und Villach her ins Isonzogebiet rückte. Am 24. Oktober brach der Angriff los. In einer Breite von 30 km wurden die ausgebauten feindlichen Stellungen durchstoßen; am 27. Oktober mußten die Italiener Görz wieder preisgeben und am 29. rückten die Deutschen in Udine, dem bisherigen Hauptquartier Cadornas ein. Am 4. November wurde der Tagliamento überschritten, am 9. stand Below an der Piave, am 10. fiel Belluno, am 15. Primolano und Feltre: die Zahl der Gefangenen überstieg 250000, die der erbeuteten Geschütze mehr als 2300.

Die Sieger drangen bis in die nächste Nähe von Venedig vor — dann trat Kampfesruhe ein. Durch österreichische Veröffentlichungen ist bekannt geworden, daß dieser Feldzug nur die beschränkte Absicht verfolgte, Triest zu sichern.

Es ist nicht einzusehen, warum dieser gewaltige Stoß frontal vom

Isonzo weg, nicht flankierend aus Südtirol, erfolgte, wo auf der Hochfläche der sieben Gemeinden die Ausfalltore in österreichischer Hand waren. Der frontale Stoß vermochte auch bei höchstem Gelingen nur ein erfolgreiches Zurückdrücken der italienischen Linie zu erzielen, während der Flankenstoß die Vernichtung der italienischen Streitmacht und damit die Beendigung des italienischen Krieges zur Folge haben konnte. Diese Art des Angriffes hatte der neue österreichische Generalstabschef Freiherr Arz von Straußenberg, der an die Stelle des zum Führer einer Armee in Tirol ernannten Feldmarschalls von Conrad getreten war, ganz gegen Rat und Wunsch des letzteren, so angesetzt; dieser mußte zusehen, wie sein groß gedachter Plan der militärischen Zertrümmerung Italiens verdorben wurde.

Die Außenstehenden ahnten dies nicht, sie merkten auch nichts davon, daß die deutsche Oberste Heeresleitung zu Conrads Bedauern nur mit halbem Herzen bei diesem Unternehmen war, da sie stets an ihren Hauptkriegsschauplatz im Westen dachte. Die öffentliche Meinung der Mittelmächte hatte stolze Freude an dem, was die verbündeten Heere in kurzem, glänzendem Feldzuge geleistet hatten; freilich verstand man es nicht, daß nach solchen Siegen planmäßig Halt gemacht wurde, anstatt die geschlagenen Italiener nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Im deutschen Reiche hatte man allen Anlaß, die Taten Otto von Belows, seiner Unterführer und Truppen zu bewundern und sich über den entscheidenden Anteil zu freuen, den sie an den errungenen Siegen hatten. Auch in diesem Feldzug bewährte sich die kriegerische Tüchtigkeit des deutschen Heeres wunderbar, und die Welt staunte über diese neue Kraftleistung der Deutschen und ihre Unermüdlichkeit.

Es klang doch auch märchenhaft, daß das deutsche Heer, dessen Truppen auf allen Kriegsschauplätzen gebraucht wurden, noch so viel Kräfte abgeben konnte, daß es in den Alpen mit starken Verbänden auftrat.

So hatte das Jahr 1917 in militärischer Hinsicht befriedigend geendet. Der Frieden mit Rußland stand in naher Aussicht, jedenfalls war dessen Widerstandskraft endgültig gebrochen. Rumänien konnte den Kampf gegen die Mittelmächte nicht allein weiterführen, war also ebenfalls gezwungen Frieden zu schließen, und Bulgarien schien imstande zu sein, dem englisch-französischen Heere in Saloniki und mit Hilfe Österreichs auch den in Albanien eingedrungenen Italienern erfolgreichen Widerstand zu leisten.

Die Italiener hatten statt des in der zwölften Isonzoschlacht erhofften Sieges durch die vereinigten deutsch-österreichischen Heere eine schwere Niederlage erlitten und waren für längere Zeit ausgeschaltet.

Weniger günstig stand es auf dem Kriegsschauplatz in Kleinasien, wo die Türkei Bagdad an die Engländer verloren hatte, und diese sich anschickten vom Süden her sich auch Palästinas zu bemächtigen.

Doch war das immerhin nur ein Nebenkriegsschauplatz — die Entscheidung lag nach wie vor im Westen und nach dem erfolgreichen Widerstand, der im Jahre 1917 geleistet worden, war das Vertrauen der Obersten Heeresleitung und der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes berechtigt, daß man nunmehr nach Ausschaltung des russischen Feindes endgültig mit den Franzosen, Engländern und Amerikanern abrechnen könne.

Bei der Besprechung der Vorgänge auf den einzelnen Kriegsschauplätzen sei diesmal mit dem Osten begonnen.

Die Friedensverhandlungen, die in Litauisch Brest mit der russischen „Sowjet-Republik" eingeleitet worden waren, hatten sich infolge des Verhaltens ihrer Vertreter zerschlagen; wir werden darüber bei der Schilderung der politischen Vorgänge Näheres hören und stellen hier fest, daß die deutsche Regierung am 16. Februar 1918 bekannt gab, sie erblicke im russischen Vorgehen eine vom 10. Februar wirksame Kündigung des Waffenstillstandes. Infolge davon begann am 18. Februar der deutsche Vormarsch auf der ganzen Ostfront; am 19. wurde Dünaburg, am 20. Minsk und Rowno, am 23. Dubno und am 1. März Kiew besetzt; auch der Hafen von Odessa wurde von den Deutschen genommen.

Daraufhin beschloß die russische Regierung am 24. Februar die deutschen Bedingungen anzunehmen, am 3. März wurde in Litauisch Brest der Frieden unterschrieben und am 15. von der bolschewistischen Versammlung in Moskau genehmigt.

Die Abtrennung der Randstaaten vom großrussischen Reiche hatte zur Folge, daß diese sich um Hilfe gegen die bolschewistischen Banden an das deutsche Reich wandten. Dort fühlte man sich in ritterlicher Weise verpflichtet den neuen Schutzstaaten: Finnland, den Ostseeprovinzen und der Ukraine diese Hilfe zu gewähren. Deutsche Truppen unterstützten den Kampf der Ordnung gegen die kommunistische Revolution in diesen Ländern. Eine Reihe glänzender, leicht errungener Erfolge war das Ergebnis, gleichzeitig aber auch eine Bindung und große Zersplitterung deutscher Kräfte, die namentlich im Südosten bis nach Odessa, auf die Halbinsel Krim, ja bis Tiflis in Transkaukasien sich ausdehnen mußten.

Im Westen herrschte in den ersten Wochen des Jahres 1918 verhältnismäßige Ruhe; auf beiden Seiten bereitete man sich für den letzten Entscheidungskampf vor. Die Feinde sahen sich durch die Amerikaner verstärkt, die in viel größerer Zahl, als man in Deutschland erwartet und für möglich gehalten hatte, an der Westküste Frankreichs landeten und von da planmäßig gegliedert und zunächst hinter die Kampffront befördert wurden, um nach hinreichender Vorbereitung eingesetzt zu werden. Dies neue Heer, das anfangs 1918 gegen 300000 Mann betrug und im Sommer eine Million Streiter überschritten hatte, war glänzend ausgerüstet — mit

allem versehen, was die unerschöpfliche Heimat ihm mit auf den Weg geben konnte. Freilich fehlte ihm alle Kriegserfahrung und seine Verwendbarkeit in einem solchen Kriege war fraglich. Gewiß aber war von vornherein, nachdem einmal solche Massen von Amerikanern nach Frankreich gekommen waren, daß sie durch ihr Vorhandensein die Franzosen und Engländer zunächst hinter der Front entlasteten und dort gebundene Kräfte für andere Zwecke freimachten.

Die Aufstellung, Ausrüstung und Beförderung dieses Heeres ist eine gewaltige Leistung, die auch die Anerkennung des Feindes erzwingt.

In Deutschland enttäuschte es, daß es den deutschen Unterseebooten so selten gelang amerikanische Truppenschiffe zu fassen — aber die Feinde hatten ein Verfahren gefunden, das diese Schiffe so sicherte, daß sie selten angreifbar waren. Hatte man doch durch den verspäteten Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges den Feinden Zeit gelassen, Abwehrmittel aller Art zu suchen und zu erproben.

Trotz der Verstärkung, die der Vielverband im Westen durch die Amerikaner erwartete, war man auf deutscher Seite voller Zuversicht. Man wußte sich unter Hindenburgs und Ludendorffs Feldherrnschaft geborgen und hatte soeben noch im Alpen-Feldzug gesehen, daß die Schlagkraft des deutschen Heeres ungebrochen war.

Die Oberste Heeresleitung war entschlossen, bei dem Schlußkampf im Westen von sich aus dem Feinde das Gesetz des Handelns vorzuschreiben, also ihn anzugreifen.

Die Kanzlerschaft von Michaelis und Graf Hertling.

Als bei Beginn des zweiten Juli-Drittels 1917 der Streit um die Person von Bethmann Hollweg den Höhepunkt erreicht hatte und klar war, daß er nicht mehr länger Reichskanzler bleiben konnte, begann das Raten, wer der Nachfolger sein werde und mit allgemeiner Spannung wurde die Entscheidung des Kaisers erwartet. Seine Wahl fiel auf Dr. Georg Michaelis, bisher Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium und seit kurzem Staatskommissar für das gesamte Ernährungswesen in Preußen. In diesem Amte hatte sich der neue Mann mehr durch entschiedene Worte, die er gelegentlich gebrauchte, als durch Taten bei der Linken einen Namen gemacht; Sachverständnis hatte er weder mitgebracht noch bewiesen; doch galt er von seiner Tätigkeit im Finanzministerium als tüchtiger Beamter. Welche Erwägungen den Kaiser bestimmt haben, einen in den Geschäften der großen Politik ganz Fremden zu dem Amte zu berufen, das an sich, erst recht in solcher Zeit und nun gar nach den Fehlern seines Vorgängers, von entscheidender Wichtigkeit war, ist noch nicht geklärt. Die Öffentlichkeit sah sich einem politisch Unbekannten gegenüber und erwartete sein erstes Auftreten mit Spannung. Am 19. Juli

stand Dr. Michaelis zum ersten Male als Reichskanzler vor dem Reichstag. In seiner Einführungsrede gab er einen Überblick über die politische und militärische Lage, setzte sich kurz mit dem Antrage des Abgeordneten Erzberger auseinander, der mit Unterstützung der Mehrheitsparteien eine die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes auf der Grundlage des Zustandes vor dem Kriege aussprechende Kundgebung vorschlug. Dabei betonte der Kanzler, daß das deutsche Reich ein neues Friedensangebot nicht machen könne, sondern den Krieg zum siegreichen Ende führen müsse und versicherte zum Schlusse, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen werde. Erschien die Stellungnahme des neuen Kanzlers zu dem Antrag Erzberger, mit dem er sich abfinden zu können glaubte, den Vaterlandsfreunden bedenklich, so hatten sie doch den Eindruck, daß diese Rede den Weg zu einer brauchbaren Politik noch offen lasse, und die Versicherung des Kanzlers, daß er führen wolle, erweckte Hoffnungen. Sie wurden — wie fast alle in der nachbismarckischen Zeit gehegten — schwer getäuscht. Schon in den nächsten Tagen zeigte sich, daß der Kanzler die Führung überhaupt nicht angetreten hatte und das Wesen dieses fünften Nachfolgers Bismarcks wurde offenbar.

Georg Michaelis war kein Mann von Führereigenschaften; er kam politisch nach jeder wesentlichen Richtung durchaus unvorbereitet in dieses Amt, das politisch mehr von seinem Inhaber verlangt — als irgend ein anderes auf der Erde. Aber er besaß auch keinen Instinkt, keine Personenkenntnis und nicht die Gabe, sich in schwierigen Lagen zurechtzufinden. So stand er sehr bald den Dingen hilflos und ohnmächtig gegenüber und vermochte eigentlich nicht einmal einen Tag lang sich vor dem Reichstag Geltung zu verschaffen — ja man kann sagen, daß seine Stellung bereits seit seinem ersten Auftreten untergraben war. Das starke Wort vom Führenwollen wurde nicht erfüllt, weil es von seinem Sprecher nicht erfüllt werden konnte, und nach Kurzem war dieser Kanzler einfach die Zielscheibe schnödester Angriffe der Reichstagsmehrheit, gegen die er sich wehrlos erwies; im Spätherbst bereits erlag er ihnen und trat von der politischen Bühne zurück. Bedauerlich für den Mann, der an dritter Stelle gut brauchbar sein mochte, an der ersten aber vollkommen fehl am Orte war. Den Wirklichkeiten der politischen Gegenwart fremd, von vorgefaßten Meinungen erfüllt, ohne die Schlagfertigkeit des Geistes und der Rede, die dem verwilderten Reichstag gegenüber nun einmal notwendig geworden war, wurde dieser Kanzler ein Opfer seines Amtes, das ihm der Kaiser nie hätte antragen, das er nie hätte annehmen dürfen.

Als Bethmann Hollweg zurücktrat, stand Erzbergers Unternehmen, den Feinden über den Kopf der Reichsregierung hinaus durch den Mund des Reichstags die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes ohne Landerwerb und Entschädigungen kundzutun, nahe vor dem Ziele. Der regie-

rungssozialistische Führer Scheidemann war von vornherein eingeweiht, hatte die ganze Sache mit eingefädelt und betrieb sie mit der ihm eigenen Gewissenlosigkeit; seine Partei machte selbstverständlich mit. Dasselbe taten die jüdisch geführten Freisinnigen, und Erzberger hatte zuerst den linken Flügel und schließlich fast das ganze Zentrum für seinen Plan gewonnen — also war ihm eine große Mehrheit im Reichstag sicher. Bethmann Hollweg und seine nächsten Berater hatten, was zu ihrer Ehre festgestellt werden muß, den Entwurf der Erzbergerschen „Verzichtentschließung" für unannehmbar erklärt; das gleiche hatte die Oberste Heeresleitung getan. Da die Führer der Reichstagsmehrheit trotzdem an ihrem Vorhaben festhielten, war mit einem Zusammenstoß zwischen Reichsgewalt und Volksvertretung zu rechnen, eine Aussicht, der ein wirklicher Staatsmann mit Ruhe entgegengesehen hätte, weil sie ihm bei der zu Tage liegenden Leichtfertigkeit der Reichstagsmehrheit die Gelegenheit geboten hätte, diese Art von Volksvertretern in die Schranken zu weisen und das staatliche Ansehen wieder herzustellen. Daß der wankende Bethmann Hollweg dafür nicht in Betracht kam, war klar — würde sein Nachfolger die Machtprobe wagen?

Er tat es nicht nur nicht, sondern erklärte seinen Beratern, er glaube sich mit dem Entwurfe abfinden zu können. Am 19. Juli 1917 — am selben Tage, wo Dr. Michaelis zum ersten Male vor dem Reichstag stand — brachten Zentrum, Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei den Antrag ein, den Entwurf Erzbergers zum Beschluß zu erheben. Die entscheidenden Stellen in ihm lauteten:

„... der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und dauernder Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar ...

Die Freiheit der Meere muß sicher gestellt werden. Nur ein Wirtschaftsfrieden wird dem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern ..."

Die Mehrheitsparteien bekannten sich zu diesem Antrag; die Rechte lehnte ihn ab. Der neue Reichskanzler aber sagte mit Bezug auf ihn in seiner Jungfernrede wörtlich: „Diese Ziele (des zu erstrebenden Friedens, die er vorher dargelegt hatte) lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen."

Mit diesem Zugeständnis wollte der Kanzler ein Auskommen mit den Mehrheitsparteien anbahnen, aber er hatte sich mit der durch den Zwischensatz gegebenen Beschränkung sofort das Grab gegraben.

Mit 214 gegen 116 Stimmen und bei 17 Enthaltungen wurde von der deutschen Volksvertretung der Antrag Erzbergers angenommen.

Damit hatte das deutsche Volk in aller Form durch seine gewählten Abgeordneten das politische Gift mischen lassen, an dem das Reich zugrunde gehen sollte.

Die Annahme dieser Entschließung bedeutete politisch mehr als eine verlorene Schlacht — sie stellte das Kriegsergebnis militärisch in Frage und erschütterte den Geist der Besten und Zuverlässigsten an der Front. Vom Feinde aber wurde sie aufgefaßt als das Zugeständnis des deutschen Reichstags, daß der Krieg nicht gewonnen werden könne, und so belebte sie den feindlichen Kriegswillen aufs Äußerste.

Es scheint unfaßbar, daß deutsche Volksvertreter das Seelenleben der feindlichen Völker so wenig verstanden, daß sie die Wirkung dieses Schrittes nicht vorherzusehen vermochten. Aber der Reichstag war ja in solcher Zeit der Tummelplatz der geistig Armen und Gewissenlosen geworden!

So wurde ein politisches Gesamtverbrechen begangen, das einzig in der Geschichte dasteht; seine Urheber werden in Zukunft als Verderber des deutschen Volkes gerichtet sein.

Aber mitschuldig wurden der neue Kanzler, mitschuldig seine Berater. Abgesehen davon, daß sie den Kampf mit einer so reichsgefährlich gewordenen Volksvertretung aufnehmen mußten — wie ist es zu verzeihen, daß sie den Urheber dieser verderblichen Machenschaften nicht vernichteten und damit für die Zukunft ausschalteten! Es ist seitdem durch die Veröffentlichungen von Männern, die sich damals in verantwortlichen Stellen befanden, dargetan worden, daß sie die hochverräterischen Zusammenhänge des Erzberger-Antrages kannten und wußten, daß er unverantwortlichem Mißbrauch des Czerninschen Geheimschreibens entstammte, daß dessen Inhalt durch Erzbergers Schuld dem feindlichen Ausland bekannt geworden war. Dies hätte genügt, den Gewissenlosen vor Gericht zu stellen — zu seiner politischen Vernichtung hätte es damals mehr als ausgereicht.

Und nichts dergleichen geschah — genau zwei Jahre nach jenem Verbrechen, als das Unheil über das Vaterland hereingebrochen war, unterbreiteten die amtlichen Mitwisser von 1917 erst ihre Behauptungen und Beweise der Öffentlichkeit.

Während der Reichstag in seiner politischen Verblendung von Verständigung, von Wirtschaftsfrieden, von der Freiheit der Meere, von „internationalen Rechtsorganisationen" sprach und das „freundschaftliche Zusammenarbeiten der Völker" durch seine Entschließung vorbereiten wollte, wirkte im feindlichen und neutralen Ausland jene Einrichtung, die England geschaffen hatte, um den Haß gegen alles Deutsche in der ganzen Welt aufs Äußerste zu reizen, es der Verachtung preiszugeben. Ein besonderes „Propaganda-Ministerium" war gebildet worden, das mit den handgreiflichsten Lügen und Verleumdungen arbeitete; wo immer

Zeitungen käuflich waren, wurden sie für den schändlichen Zweck der Vernichtung der deutschen Ehre gewonnen, und diese — nach dem Leiter eines solchen Feldzuges genannte — „Northcliffe-Presse" lieferte Tag für Tag den Beweis, wie weltenweit entfernt die Feinde von der Absicht „friedlichen Zusammenarbeitens" mit den Deutschen waren.

Trotzdem jene Entschließung vom 19. Juli!

Ihre sofort fühlbare Wirkung bestand darin, daß vor allem die Franzosen neuen Mut faßten. Ihr Heer war nach den furchtbar blutigen, aber erfolglosen Angriffen Nivelles im April an der Aisne und Pétains im Mai in der Champagne schwer erschüttert; die Manneszucht war gelockert, ganze Truppenteile hatten gemeutert und die Stimmung des Landes geriet ins Schwanken. Da kamen die Nachrichten von Erzbergers Machenschaften, dann die von der Annahme seiner Entschließung, und die ganze französische Presse benutzte dies Vorkommnis, um die Widerstandskraft des Volkes und die Haltung des Heeres wieder zu beleben. Beides mit durchschlagendem Erfolge.

So war die Wirkung der Erzberger-Entschließung nach außen verhängnisvoll; im Innern steigerte sie den Gegensatz zwischen den völkischen Kreisen und den in ihre internationale Neigung Zurückgefallenen bis zur Unerträglichkeit, zumal da die Verzichtleute mit vergifteten Waffen kämpften. Zum alten Unsinn kam neuer; Schlagworte, wie das vom „Selbstbestimmungsrecht der befreiten Völker", drohten das Reich um die Früchte der doch schließlich mit deutschem Blute erkauften Waffenerfolge im Osten zu bringen.

Kurze Zeit nach dem 19. Juli ließ der Papst eine Friedensnote an die kriegführenden Mächte ergehen, in der er sie zur Verständigung ermahnte und zu diesem Zwecke Vorschläge machte, die mit denjenigen Erzbergers inhaltlich übereinstimmten. Der Zusammenhang lag am Tage.

Während nun die Feinde die Reichstagsentschließung durch ihre Presse mit kaltem, höhnischem Nein abtun ließen, beantwortete die deutsche Regierung den päpstlichen Vorschlag, der für ein unbesiegtes Volk unannehmbar war und zudem bewies, daß sein Urheber sich gar nicht in die Not des deutschen Reiches versetzen konnte, mit geflissentlichem Eifer zustimmend.

Der Kanzler befand sich in den Banden der Reichstagsentschließung und hatte im neuen Staatssekretär von Kühlmann einen Berater in den Fragen der äußeren Politik, der ihn trotz seiner Fähigkeiten nicht gut beraten konnte, weil er — ganz von dem Gedanken der Verständigung mit England erfüllt — für die Aufgaben dieser Kriegszeit ungeeignet war.

Den Mehrheitsparteien gegenüber hatte der Kanzler trotz aller Nachgiebigkeit einen schweren Stand; sie vergaßen es ihm nicht, daß er am 19. Juli seine Stellungnahme zur Erzberger-Entschließung mit dem Zwi-

schensatze „wie ich sie verstehe" eingeschränkt hatte und warfen ihm Hinterhältigkeit vor. Im Oktober geriet er in harten Streit mit der Mehrheit: auf seine Veranlassung berichtete der Staatssekretär des Reichsmarineamts über Meutereien, die im Mai 1917 bei der Hochseeflotte vorgekommen waren, und beschuldigte die unabhängigen Sozialdemokraten, die Hand dabei im Spiele gehabt zu haben. Diese leugneten damals ihre später festgestellte Mitwirkung bei jenen Vorgängen, und die Führer der Mehrheitsparteien stellten sich auf ihre Seite, indem sie mit Entrüstung gegen den Kanzler und den Staatssekretär vorgingen. Und wieder wich dieser mutlos dem notwendigen Kampfe aus; wenn er jene Vorgänge ans Licht der Öffentlichkeit ziehen und den Unabhängigen die sittliche Verantwortung zuschieben ließ, mußte der Kampf durchgeführt werden. So endete er mit einer Niederlage der Regierung.

Für die Vaterlandsfreunde war es bitter, auf diese Weise erfahren zu müssen, daß noch nicht ein volles Jahr nach dem glorreichen Tage von Skagerrak der Geist des Hochverrats sich in die deutsche Flotte eingeschlichen hatte; das Gift des russischen Bolschewismus und der jüdischen Verhetzung hatte im Bunde mit dem Gelde der Feinde seine erste Wirkung getan. Wohl war die Meuterei niedergeschlagen worden — aber wer bürgte dafür, daß nicht neue Verräter am Werke seien? Der Verlauf der Reichstagsverhandlung vom 9. Oktober konnte solche jedenfalls von ihrem Vorhaben nicht abschrecken.

Die Reichstagsmehrheit, die nun geradenwegs auf die Parlamentsherrschaft losging, hatte schon kurz nach Michaelis Amtsantritt die Einsetzung eines „Siebener-Ausschusses" durchgesetzt, dem alle wichtigen Fragen der äußeren Politik vorgelegt werden sollten. Ein weiterer Schritt, der von der durch Bismarcks Reichsverfassung vorgezeichneten Bahn abführte. Aber diese Einrichtung genügte den durch die Schwäche und Hilflosigkeit des Kanzlers übermütig gemachten Volksverführern nicht. In der jüdisch bestimmten und geleiteten Presse wurde ein mit allen Mitteln der Demagogie betriebener Kampf für das „parlamentarische System" eröffnet und die Linke verlangte von Michaelis, daß er dieses bei der Krone durchsetze. In allem hatte der Kanzler nachgegeben — hier blieb er fest und erklärte den drängenden Parteiführern, daß er dafür nicht zu haben sei. Damit war sein politisches Todesurteil gesprochen. Nun wurde der hilflose Mann in aller Form totgehetzt; Gerüchte von seiner Entlassung oder seinen Abschiedsgesuchen wurden aufgebracht — kurz, es geschah mit frevelhaftem Eifer alles, um die öffentliche Meinung nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Das Reich glich einem Tollhaus; die geistige Erkrankung der Volksvertretung, die sich am 19. Juli angekündigt hatte, war zum Ausbruch gekommen. Die Lage war unhaltbar; der Kanzler sah ein, daß er ihr nicht gewachsen war und reichte am 26. Oktober seine Entlassung ein.

Wie vorher in allen politischen Nöten richteten sich die Augen der Vaterlandsfreunde auch jetzt auf die Oberste Heeresleitung und man drang in sie, beim Kaiser dahin zu wirken, daß er Männer in die entscheidenden Ämter berufe. Man sagte sich, daß diese Führer des Heeres doch erkennen müßten, daß der Krieg nicht gewonnen werden könne, wenn die Heimat politisch zusammenbreche.

Hatten sie beim Sturze Bethmann Hollwegs mitgewirkt — diesmal handelten sie nicht. Das Feld wurde den Parteihäuptlingen und den ihnen wesensverwandten Staatssekretären überlassen; sie trieben mit dem willenlos gewordenen Kaiser ihr Spiel, und am 1. November erhielt Michaelis seine Entlassung, während der bisherige bayrische Ministerpräsident Dr. Graf von Hertling zum Reichskanzler ernannt wurde.

So hatte in dem deutschen Trauerspiel nach 3½monatlicher Dauer der Zwischenauftritt geendet, dessen leidender Held Dr. Michaelis geworden war.

Als er schied, ließ er das Reich noch zerrütteter zurück, als Bethmann Hollweg es ihm überliefert hatte.

In seine Kanzlerschaft fällt die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, die so recht ein Kind der Not dieser Zeit war. Am Sedantage 1917 hatten sich im Yorcksaale des Landeshauses zu Königsberg reichstreue Männer von der konservativen bis zur Volkspartei zusammengetan, um eine Stätte zu schaffen, an der sie gemeinsam für die Rettung des Vaterlandes wirken könnten. In ergreifendem Aufruf hatten sie sich an alle Gutgesinnten gewandt und gemahnt, alle inneren Fragen ruhen zu lassen, bis die äußere Sicherheit des Vaterlandes erstritten sei. Ihr Ruf fand begeisterten Widerhall bei denen, die nicht durch die Verhetzung vergiftet waren — die anderen aber erblickten in der Vaterlandspartei den neuen inneren Feind, auf den sie sich mit leidenschaftlicher, gehässiger Wut stürzten. Kennzeichnend für Michaelis und seine Leute ist, daß er mit seinen Beratern der Vaterlandspartei kühl, ja ablehnend gegenüberstand.

Erwähnt sei noch, daß in seiner Zeit die Polenpolitik Bethmann Hollwegs nach innen und außen neue Früchte zeitigte: am 12. September wurde durch gemeinsame Kundgebung der verbündeten Kaiser dem neuen Polenstaate die uneingeschränkte Selbstherrlichkeit (Souveränität) einschließlich eigener Außenpolitik zugestanden, und in Posen hatten sich beim hundertjährigen Todestag Kosziuskos Vorgänge abgespielt, die bewiesen, daß die preußischen Polen die Achtung vor der stets nachgiebigen Staatsgewalt verloren hatten und die Maske fallen ließen.

* * *

Die Zeit schrie förmlich nach ihrem Meister, nach dem deutschen Staatsmann, der sie gestalte, nach dem politischen Helden, der furchtlos den Scheingrößen des Reichstages zu Leibe rücke und sie in ihr Nichts zurückschleudere, der — ebenbürtig den Feldherren der Obersten Heeresleitung — der Heimat die Ruhe wiedergäbe. Denn diese war verloren gegangen. Die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse hatte es unter der Führung der Frankfurter Zeitung, des Berliner Tageblattes und des Vorwärts durch ihr unablässiges Hetzen dahin gebracht, daß das ganze öffentliche Leben in den Zustand der Gärung geraten war. Dazu waren die Wirkungen der inneren Not gekommen: Lebensmittelmangel, Knappheit an Waren und Rohstoffen, das Treiben der Kriegsgesellschaften, der Wucher der Nahrungsmittel- und Warenschieber, der Geldüberfluß der Kriegsgewinnler von den Munitionsarbeitern herauf bis zu den Großspekulanten — das alles hatte einen Zustand erzeugt, der für jeden Ernsten und Sittlichen unerträglich war. Nicht allgemein, aber doch in vielen Orten trug der Unverstand der Kleinbureaukratie, ihre durch die Kriegsbefugnisse gesteigerte Hochmütigkeit, nicht wenig dazu bei, gerade bei den kleinen Leuten die Vorstellung zu erwecken, daß man für allen aufgewandten Opfersinn auch noch rechtlos sei. Was war aus dem deutschen Volke nach drei Jahren unverantwortlicher Mißwirtschaft geworden? Die Preßzensur verhinderte dabei die Darlegung der inneren Schäden durch die Reichstreuen — die Schädlingspresse ließ sie dagegen gewähren und die führerlosen Massen weiter verwirren. Dazu kamen die Einwirkungen der feindlichen „Propaganda-Presse“ auf die Urteilslosen. In ihrem Unverstande brachten die deutschgeschriebenen Zeitungen nach amtlichem Beispiel tagaus tagein Auszüge aus feindlichen Blättern, die von der deutschen Schuld, von deutschen Greueln, von deutscher Raubgier schrieben, die den preußischen Militarismus als Urheber des Weltkrieges verdammten, die freiheitfeindliche Gesinnung der angeblichen Machthaber geißelten und sagten, mit einem von der durch und durch rückschrittlichen Militär- und Junkerkaste geleiteten Deutschland sei kein Friede möglich — dem gebühre Haß und Verachtung der freien Völker und die sichere Niederlage; ein freies Deutschland sei den schon befreiten Völkern willkommen, denn sie hätten keine Feindschaft gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die Hohenzollern und die „reaktionären“ Kasten, die mit ihnen das Volk unterdrückten und der ganzen Welt ihre Gewaltherrschaft aufzwingen wollten.

Hatte der Leser, der doch schließlich im Lande des freiesten Wahlrechtes der Welt lebte, zuerst über solche Auslassungen gelacht — als er durch seine Zeitungen derartiges Tag für Tag aus Feindesmund zu hören bekam, als ihm die teuflisch klug nach der Wirkung auf die Deutschen berechneten Reden feindlicher Staatslenker mit instinktloser Beflissenheit übermittelt wurden: da begann allmählich von alledem in den Hirnen

etwas zu haften; — da faßten solche und ähnliche Gedankengänge Fuß und schließlich beherrschten sie allzu viele Geister. Das feindliche Gift hatte seine Wirkung getan, und die deutschgeschriebene Presse hatte es unter Vortritt der halbamtlichen dem harmlosen, weltfremden deutschen Volke vorgesetzt.

Ein Vorgang ohne Beispiel!

So vereinigten sich die daraus entstehende Zermürbung der Geister mit der Unzufriedenheit über die inneren Zustände und der Unruhe, die das politische Treiben der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse erzeugt hatte, zu einer verderblichen Gesamtwirkung. Es lagen Schwaden giftigen Nebels über dem öffentlichen Leben dieser Tage und die von ihm geistig noch Freigebliebenen riefen nach dem reinigenden Gewitter.

Wer würde mit gewaltiger Hand Thors Hammer in diese Stickluft werfen? Noch einmal: die Zeit schrie nach dem rettenden deutschen Staatsmann von Schöpferkraft und Bändigerwillen.

Statt seiner gab der Kaiser dem Reiche in dieser Zeit den Grafen Hertling zum Kanzler, an den er sich seit Jahren im Geiste schon geklammert hatte, wenn Bethmann Hollweg gefährdet erschien. Wenn irgend etwas die Menschenkenntnis Wilhelms II. verneinte, so war es diese Wahl. In solcher Zeit, wo alles auf dem Spiele stand, einen solchen Mann an die oberste verantwortliche Stelle zu berufen, war gleichbedeutend mit dem Verzicht auf Selbstbehauptung nach innen und außen. Denn Graf Hertling war ein Greis von 74 Jahren, der körperlich den Aufgaben nicht gewachsen war, die sein neues Amt an ihn stellte; in Bayern hatte er die kleinen Nöte dieses Mittelstaates nicht überwinden können — und nun sollte er die Todesnot des Reiches bannen! Dieser Zentrumsaristokrat, der lange Jahre hindurch Führer des rechten Flügels seiner Partei gewesen war, hatte niemals etwas Schöpferisches, nichts machtvoll Drängendes in sich gehabt; er war behutsam und leise, ein Politiker der Umwege, der Diplomat des Zentrums. In der äußeren Politik, die er für seine Partei gewissermaßen überwachte und bearbeitete, war er mit Bülow und Bethmann Hollweg gegangen, so lange er Reichstagsabgeordneter gewesen war, und noch später, als ihn König Ludwig III. von Bayern zum Ministerpräsidenten seines Landes gemacht hatte, wußte er die Weisheit der Bethmannschen Marokko-Politik zu rühmen, nachdem für jeden Einsichtigen deren Folgen klar waren; insbesondere rechnete er darauf, daß Frankreich sich im Scherifen-Reiche in steten Kämpfen mit den Berberstämmen militärisch verbluten werde. Während des Krieges war er der dienstwillige Helfer Bethmann Hollwegs, der besonders als Vorsitzender des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten dessen Fehler sämtlich mitmachte und deckte; mehr als einmal hatte er den wankenden Kanzler durch seine Hilfe gerettet und besonders hatte er ihn bei der Verhinderung des

rechtzeitigen uneingeschränkten Unterseebootkrieges unterstützt. Demnach ein Mann, der von seiner Tätigkeit als Parteiführer und als Minister des zweitgrößten Bundesstaates mit der Mitschuld an dem Schlimmen belastet war, das jetzt auf dem Vaterlande lag.

Schon die Art, wie die Mehrheitsparteien sich in den Tagen zwischen dem Abschiedsgesuch des letzten und der Ernennung des neuen Kanzlers betrugen, zeigte, daß sie sich als Herren fühlten und gewillt waren ihre Macht zu gebrauchen; das nahm solche Formen an, daß Graf Hertling im Begriffe war, das Amt abzulehnen. Von seinen Verehrern wurde verbreitet, er habe es nur auf dringendes Bitten des Kaisers und aus Pflichtgefühl übernommen, um sein Vaterland nicht im Stiche zu lassen; wenn dies zutrifft, hat er sein Pflichtgefühl in einer Weise betätigt, die für Kaiser und Reich zu schwerstem Schaden ausschlug.

Nach dem Wortlaut und dem Geiste der Reichsverfassung hatte der Kaiser den Kanzler zu bestimmen; der Kanzler hatte den Kaiser verantwortlich zu beraten und hatte dessen Zustimmung einzuholen. Jetzt aber vergewisserte sich der Kanzler zunächst der Zustimmung der Mehrheitsparteien — eine ganz neue Einrichtung und ein weiterer Schritt zur Parlamentsherrschaft; seinen Stellvertreter im Reich ließ er sich von der Mehrheit auswählen. Das war der süddeutsche Demokrat Dr. von Payer, jetzt einer der Führer der Freisinnigen Volkspartei — ein Mann vom kleinsten Zuschnitt, ganz in jüdisch-demokratischen Gedankengängen verrannt, den Wirklichkeiten der großen Politik fernstehend, ein abgesagter Feind Bismarkischer Überlieferung. Kennzeichnend für ihn, daß er bis zu seiner Berufung zu dem neugeschaffenen Amte des „Vizekanzlers" im Aufsichtsrate der jüdischen Frankfurter Zeitung gesessen hatte. Für Preußen wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsministeriums der bisherige Führer der Nationalliberalen im Abgeordnetenhause Dr. Friedberg bestimmt, ein Jude, der seine Eignung zu seinem Amte sofort mit einem jähen Gesinnungswechsel bewies. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Kühlmann, ein Liebling der Linken, blieb an seiner Stelle, und die Presse der Mehrheit, die sich dem Ziele der unbedingten Parlamentsherrschaft wesentlich näher sah, begrüßte das „große Kabinett Hertling-Payer-Kühlmann" in Jubeltönen, als ob nun eine neue glückliche Zeit anbreche.

„Das große Kabinett" der an Ziel und Willen Kleinen hatte sich, um die Genehmigung der Mehrheit zu erlangen, zu viererlei verpflichten müssen: mit den Feinden eine Verständigung auf der Grundlage der päpstlichen Friedensnote anzustreben, in Preußen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht durchzusetzen, im Reiche die Aufhebung der politischen Zensur herbeizuführen und schließlich eine Abgrenzung der Zuständigkeit der militärischen Befehlsgewalt zu erreichen — alles in der Hauptsache

Forderungen der äußersten Linken, die insbesondere mit ihrem Begehren nach Beseitigung der Zensur die schrankenlose Preß- und Versammlungsfreiheit haben wollte, um gegen die Oberste Heeresleitung und die unter dem Sammelnamen „Alldeutsche" zusammengefaßten vaterländischen Kreise politisch ungehindert Sturm laufen zu können.

Die Oberste Heeresleitung, den Leuten der Mehrheit längst verdächtig, wurde seit ihrem Eingreifen beim Sturze Bethmann Hollwegs von ihnen geradezu mit Haß verfolgt; sie wurde beschuldigt, sich die politische Macht im Reiche angemaßt zu haben und im geheimen Bunde mit den Alldeutschen dem Frieden zu widerstreben; beiden wurde zur Last gelegt, daß sie den Krieg selbstsüchtig verlängerten; die Vaterlandspartei wurde in diesen Haß mit einbezogen, den Tatsachen zuwider als „alldeutsch" gekennzeichnet, und mit wüsten Angriffen verfolgt.

Graf Hertling ließ versichern, daß er mit der Übernahme des Reichskanzleramtes, neben dem ihm auch dasjenige des preußischen Minister-Präsidenten übertragen wurde, ein hartes Opfer bringe; man kann dies in dem Sinne gelten lassen, daß der „Zentrums-Aristokrat" sich so ziemlich bedingungslos den verbündeten Demagogen des Zentrums, der Sozialdemokratie und des jüdischen Freisinns unterwarf. Eine Tatsache, die um so mehr gegen ihn spricht, als er es liebte sich als Mann von konservativer Weltanschauung zu bezeichnen. Hart war es für alle bewußten Preußen, daß der bisherige süddeutsche Minister auch an die Spitze der preußischen Staatsgeschäfte berufen wurde, denen er ganz fremd war und in die er sich in seinem Alter sicherlich nicht mehr einarbeiten konnte; der führende Bundesstaat war also in Wirklichkeit ohne Regierungsoberhaupt.

Kurz nachdem im Reiche der Personenwechsel stattgefunden hatte, der an die Stelle eines hilflosen, unpolitischen Bureaukraten einen altersmüden und zu staatsmännischer Arbeit von je untauglichen Parteimann gebracht hatte, kam es auch in Frankreich zu einem solchen; auch dort übernahm ein Greis die Leitung der Regierung, Georges Clémenceau, der noch dem Parlament zu Bordeaux angehört und damals (1871) gegen den Frankfurter Frieden gestimmt hatte.

Aber welch ein Gegensatz! Dieser Fünfundsiebzigjährige ganz Feuer, Wille, Tatkraft — ja wilde Entschlossenheit. Im parlamentarischen Frankreich schob dieser alte Parlamentarier das Parlament auf die Seite, weil er sein Vaterland retten wollte und wußte, daß das auf parlamentarische Art nicht gemacht werden konnte. Ein gehässiger Feind Deutschlands, ein unedler Mensch mit vielen Mängeln des Charakters, vielen Flecken in seiner Vergangenheit — aber ein leidenschaftlicher Sohn Frankreichs, von Rachedurst getrieben, der verkörperte rücksichtslose Siegeswille. Und im Reiche der vorsichtig tastende, stets verschleierte, ruhebedürftige Mann,

der die Herrschaft einer Reichstagsmehrheit ausgeliefert hatte, die teils den Sieg nicht wollte, teils nicht an ihn glaubte!

Der neue französische Ministerpräsident nahm sofort die Zügel fest in die Hand, riß sein Volk zusammen und forderte das Letzte von ihm unter gewalttätigem Zwange — sein deutscher Gegenspieler gab die Leitung ganz ab, suchte mit den Leuten des Verzichtes in Frieden zu leben und beugte sich unter ihren kleinen Ehrgeiz nach innerer Macht. Denn dies war weiterhin das Zeichen der Zeit, daß die demagogischen Wortführer den Krieg unter dem Gesichtspunkte ihres innerpolitischen Machtstrebens betrachteten — verkennend, daß der Krieg der letzte, äußerste Ausdruck der äußeren Politik ist, dem alles andere zu dienen hat, damit das Vaterland gerettet werde.

Diese deutsche Volksvertretung hatte das Selbstbestimmungsrecht der durch deutsche Blutopfer befreiten Völker ausgerufen, so daß Polen, Litauer, Letten — des Reiches ungefragt — ihre Zukunft sollten bestimmen dürfen — Graf Hertling erkannte dies an.

Die Mehrheit verlangte tätige Einwirkung auf etwaige Friedensverhandlungen, wie sie jetzt nach dem vollkommenen militärischen Zusammenbruche Rußlands in Aussicht standen — Graf Hertling gestand dies zu.

Dieselben Leute wollten Elsaß-Lothringen trotz der gehäuften Beweise der Unzuverlässigkeit eines Teiles seiner Bevölkerung die „Autonomie", d. h. die Rechte eines selbständigen Bundesstaates verleihen — Graf Hertling war dazu bereit, obwohl er als bayrischer Ministerpräsident von Bethmann Hollweg das Versprechen erwirkt hatte, daß das Elsaß dem Hause Wittelsbach zufallen sollte.

Schwäche und Nachgiebigkeit, wohin man schaute.

Dabei das Treiben der Kriegsgesellschaften so, daß alle wirtschaftlichen Gesetze auf den Kopf gestellt waren. Die Entzweiung zwischen Stadt und Land fortgeschritten. Die Steigerung der Löhne, die das „Hindenburg-Programm" mit seiner Forderung, den Heeresbedarf um jeden Preis zu befriedigen, nach sich gezogen hatte, maßlos. Das Geld verlor den Wert — der Tanz ums goldene Kalb wurde schamloser und wüster als in der Gründerzeit, weil er im Kriege vor sich ging. Maßlose Genußsucht, freche Raffgier nahmen überhand und wirkten um so aufreizender, als sie sich ohne Scheu breit machten, während Entbehrung und Not, Sorgen und Trauer in ungezählten Häusern herrschten.

Die Heimat bot ein Bild politischer Führerlosigkeit und sittlicher Verwilderung. Der Wunsch nach dem Frieden steigerte sich zu dem Verlangen nach Frieden um jeden Preis; der Hinweis der Vaterlandsfreunde, daß die Feinde den Krieg durchfechten wollten, daß eine Verständigung nach dem Willen der Mehrheit einen „Hungerfrieden" bringen werde,

wurde als „nationalistische Kriegshetze", als „alldeutsche Demagogie" verlästert.

Kurz, und alles in allem: ein Treiben, ein Zustand, der die Vaterlandsfreunde erschüttern mußte. Und wieder erging ihr Ruf an den Kaiser, in höchster Not dem Verderben durch die Berufung von Männern, die Männer waren, Einhalt zu gebieten — und wieder kein Gehör!

Während das alles in der politisch und sittlich verwahrlosten Heimat vor sich ging, verrichtete das kämpfende Heer seine Wunder: im Westen hielt es mit unerschütterlichem Heldenmute den überlegenen Feinden Stand; im Süden hatte es den glorreichen Feldzug gegen Italien geführt; im Osten waren die letzten russischen Heere zertrümmert worden und die Friedensverhandlungen standen bevor. Also überall an der Front die Bewährung des Führergedankens — die Heimat aber führerlos. Aber je länger, je mehr wirkte die dortige Verwahrlosung auf die Front. Mit Sorgen sahen die Truppenführer, wie verändert ihre Leute aus dem Urlaub zurückkehrten; die brieflichen Berichte der Angehörigen taten das ihre — kurz: der Heldengeist begann zu kränkeln, und die Versuche, ihn durch „vaterländischen Unterricht" zu heben, erwiesen sich in den meisten Fällen als erfolglos, weil es an genügend vorgebildeten und der Aufgabe geistig-sittlich gewachsenen Männern fehlte, die derartiges hätten ausführen können. Übrigens wurde das Bestreben der Obersten Heeresleitung, das Heer durch die Aufklärung über die Bedeutung dieses Krieges innerlich auf der Höhe zu halten, von der Reichstagsmehrheit argwöhnisch verfolgt und sehr bald als alldeutsche oder vaterlandsparteiliche Machenschaft hingestellt. Der „Vorwärts" freilich, das „Berliner Tageblatt", die „Frankfurter Zeitung" und ähnliche zerstörende Blätter kamen überall hin an die Front, in alle Lazarette, und sie vergifteten die Gemüter dort, wie sie es in der Heimat getan hatten. Dazu kamen noch verhetzende Flugblätter, die in Massen verbreitet wurden und allmählich ihre Wirkung taten.

Der Begeisterung der Reichstagsmehrheit über das „starke Kabinett" folgte sehr bald die Ernüchterung, weil der müde Graf Hertling die „Neuorientierung" den drängenden Volksverführern zu langsam betrieb und insbesondere die preußische Wahlrechtsfrage verfassungsmäßig erledigen wollte. Innerpolitisch beherrschte diese Angelegenheit das öffentliche Leben, wobei die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse alles tat, um die Gegensätze aufs Äußerste zu verschärfen, jeder noch so berechtigte Widerstand im preußischen Landtag gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen wurde als Ausfluß junkerlicher oder schwerindustrieller Selbstsucht verdächtigt. Verlogen und gewissenlos wurde es so hingestellt, als ob in Preußen, dessen Bürger doch im Reiche das freieste Wahlrecht der Welt besaßen, der Zustand der Sklaverei herrsche, so lange

die Wahlrechtsänderung nicht durchgesetzt sei, und man wagte zu behaupten, es sei kein Wunder, daß die Deutschen von den Feinden gehaßt und verachtet würden; dies geschehe, weil sie das Joch des Militarismus, der Junker und der reaktionären Bureaukratie ertrügen.

Mit dem endgültigen Zusammenbrechen Rußlands traten die Fragen der äußeren Politik in den Vordergrund. Freilich für die ungeheure Bedeutung dieses weltgeschichtlichen Vorganges hatten nur wenige Verständnis. Über dem inneren Zwist und den kleinlichen, wichtigtuerischen Machenschaften zur Beglückung der vom russischen Joche befreiten Gebiete wurde vergessen, was die Zertrümmerung des gewaltigen russischen Weltreiches für das Deutschtum bedeutete.

Von allen Gefahren, die das deutsche Reich bedroht hatten, war diejenige in seiner Ostflanke die schwerste gewesen; denn sie ging von einem Staate aus, der über eine Bewohnerschaft von 180 Millionen verfügte, der jährlich einen gewaltigen Bevölkerungsüberschuß aufwies, dessen Heer wesentlich stärker war als das deutsche, dessen führende Bevölkerungsschicht von Haß gegen alles Deutsche erfüllt war, sich als Träger des allrussischen („panslawistischen") Gedankens betrachtete und seit Jahren auf den Krieg hinwirkte. So sah sich das deutsche Reich an der Ostflanke, die zudem jedem feindlichen Angriff ungeschützt offen lag, lebensgefährlich bedroht — ein Umstand, der in Verbindung mit der steten Kriegsbereitschaft der Franzosen auf die Dauer unerträglich war. Vom Feinde im Westen unterschied sich derjenige im Osten nicht durch minder bösen Willen sondern durch seine gewaltig anwachsende Volkskraft, während die der Franzosen infolge des Geburtenrückganges abnahm.

Und nun war das militärisch Ungeheure geschehen, daß das Riesenheer des russischen Weltreiches unter den deutschen Schlägen zerfallen, auseinandergelaufen war — mit der politisch ebenso ungeheuren Wirkung, daß dies Weltreich selbst in Trümmer fiel. Seit dem Eintritt Rußlands in die europäische Staatengesellschaft war jetzt zum ersten Male der Druck im Osten beseitigt und es konnte, wenn man den inneren Zustand der bisher im Zarenreiche zusammengefaßten Völker betrachtete, damit gerechnet werden, daß auf Jahrzehnte hinaus diese Entlastung dauern werde. Diese Frist konnte und mußte benutzt werden, um die Zukunft des Deutschtums in Mitteleuropa endgültig zu sichern: indem man die westlichen Randgebiete mit nichtrussischer Bevölkerung vom russischen Reiche löste, konnte man der ländlichen Siedlung weite Landstrecken zur Verfügung stellen und das deutsche Reich durch eine — wie immer genannte — Angliederung der baltischen Gebiete an der Ostsee ausdehnen.

Alles in allem besagte dies, daß durch den Sieg der deutschen Waffen Bewegungsfreiheit nach Osten gewonnen war, deren politische und wirtschaftliche Ausnutzung winkte, wenn der militärische Gesamtsieg durch die

Leistungen der Truppen im Westen und die Standhaftigkeit der Heimat erstritten würde.

Glückverheißende Aussichten, die sich hier eröffneten — ein Ereignis, das jedes andere Volk zu stolzem Selbstbewußtsein gebracht, zu äußerstem Aushalten angetrieben hätte!

Anders in Deutschland, das acht Jahre lang von Bethmann Hollweg regiert, dessen öffentliche Meinung, so weit sie sich um politische Dinge überhaupt kümmerte, durch die jüdische und jüdisch-bestimmte Presse vergiftet und durch das Treiben der Reichstagsmehrheit gleichzeitig verhetzt und zermürbt war. Man hatte gar keine Zeit geistig-politisch zu durchdringen, was im Osten geschehen war und sich auftat — man war ja damit beschäftigt, den verhaßten Militarismus der Obersten Heeresleitung, die kriegsverlängernden (angeblichen) Umtriebe der Alldeutschen unschädlich zu machen, das preußische Sklavenvolk durch die Erpressung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts zu befreien und die vom russischen Joch geretteten kleinen Völker zu beglücken. Da hatte man freilich keine Zeit, an das Wohl des deutschen Volkes zu denken.

Eine Verblendung voll von Bitternissen für die, die ihre Folgen vorhersahen.

Den Regierungen des Vierbundes lag es ob, nach dem am 17. Dezember 1917 geschlossenen Waffenstillstand mit den russischen Machthabern zu verhandeln, um zum Frieden zu gelangen. Noch im Dezember traten die hierzu Abgeordneten in Litauisch Brest (Brest-Litowsk) zusammen, wobei das deutsche Reich durch Staatssekretär von Kühlmann und Österreich-Ungarn durch Graf Czernin als führenden Beauftragten vertreten war; die Russen hatten eine Abordnung von jüdischen Revolutionären entsandt, deren Wortführer Trotzky ursprünglich Bronstein geheißen hatte. Es begannen die eigenartigsten Verhandlungen der Geschichte: Trotzky und seine Gehilfen dachten gar nicht daran, sich sachlich mit den Vertretern des Vierbundes auseinanderzusetzen; zunächst zogen sie die Aussprache durch endlose Erörterungen über das Verhältnis der von Rußland losgerissenen Randgebiete zur sog. „Sowjet-Republik" hin und beanspruchten, daß diese so lange zu der von ihnen vertretenen Republik gehörten, als sie nicht ausdrücklich freigegeben seien. Um die Jahreswende wurden die Verhandlungen vertagt und am 10. Januar 1918 wieder aufgenommen. Als die jüdischen Wortführer Sowjet-Rußlands das alte Spiel fortsetzen wollten und die diplomatischen Vertreter des Vierbundes nicht tatkräftig gegen dies Treiben einschritten, riß der Obersten Heeresleitung die Geduld und ihr Beauftragter, Generalmajor Hoffmann, wies darauf hin, daß nicht Rußland der Sieger sei sondern der Vierbund; er tat dar, daß die Randgebiete sich rechtsgültig von Rußland losgetrennt hätten, während die Macht der derzeitigen Wortführer der Sowjet-Re-

publik auf roher Gewalt beruhe. Diese Erklärung des Generals, die notwendig war, ja eigentlich reichlich spät kam, wurde nur in den völkisch gesinnten Kreisen des deutschen Reiches mit Genugtuung aufgenommen — die Leute der Mehrheit erblickten darin ein ungebührliches Pochen auf die Macht, das dem Vierbund im feindlichen und neutralen Ausland übel genommen werde.

Nun verlegten sich die jüdisch-bolschewistischen Wortführer auf ein anderes Verfahren; sie hielten den lammesgeduldigen Vertretern des Vierbundes endlose Vorlesungen über ihre politischen Anschauungen und zwar in der offenkundigen Absicht, damit zu ihren Gesinnungsverwandten unter den Völkern des Vierbundes, besonders im deutschen Reich und Österreich-Ungarn zu reden. Sie verkündeten die Notwendigkeit der Weltrevolution, die den Völkern den Frieden bringen werde, und zielten damit auf die politische Zersetzung des deutschen Volkes ab, das diese Juden tödlich haßten. Und dies wurde zugelassen, statt daß den Frechen die Kündigung des Waffenstillstandes angedroht und sachliches Verhandeln gefordert worden wäre — ja, nicht nur dies: die halbamtliche und die übrige Presse im deutschen Reich und in Österreich-Ungarn berichtete lang und breit über die krausen sozial-revolutionären Reden eines Trotzky und machte sie damit unter ihrer schon zermürbten und vergifteten Bevölkerung bekannt.

Nachdem diese Sowjet-Juden ihre endlosen Hetzreden hatten halten dürfen und endlich auf Schluß der Verhandlungen gedrungen wurde, verließ Trotzky Litauisch Brest und erklärte am 10. Februar 1918 von Moskau aus den Kriegszustand für beendet; gleichzeitig ordnete er die Auflösung des Restes der russischen Wehrmacht an, die sich übrigens von selbst vollzogen hatte. Der Vierbund konnte sich mit dieser selbstherrlichen Lösung nicht zufrieden geben, da sie eine Fülle von Zweideutigkeiten in sich schloß, und stellte sich mit Recht auf den Standpunkt, daß Trotzky die Verhandlungen abgebrochen und damit den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt habe. Aus den noch nicht befreiten baltischen Gebieten Livland und Estland, sowie aus der Ukraine kamen Rufe nach Hilfe gegen die bolschewistischen Greuel. In Berlin beschloß man endlich, diese Bitten zu erhören und gleichzeitig durch militärische Maßnahmen die Sowjet-Republik zum Frieden zu zwingen. So wurde von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere der allgemeine Vormarsch angeordnet, der in der zweiten Februar-Hälfte angetreten wurde; über ihn ist im Zusammenhang bei der Schilderung der Kriegsvorgänge die Rede. Das Ergebnis war, daß die weiten russischen Gebiete vom Peipussee im Norden bis zur Halbinsel Krim im Süden besetzt wurden. Endlich hatte für das Deutschtum Livlands und Estlands die Stunde der Befreiung geschlagen, nachdem die unglücklichen Provinzen durch bolschewistische Mordbrenner schändlich ge-

peinigt worden waren. Wohin die deutschen Truppen kamen wurden sie mit überschwänglichem Danke als Retter begrüßt; mit allem Eifer sorgten die deutschen Befehlshaber für Ordnung; Landesvertretungen wurden gebildet und die alte deutsche Hochschule zu Dorpat wurde wieder hergestellt.

Die Ukraine war, nachdem Trotzky Litauisch Brest verlassen hatte, selbständig in Verhandlungen mit dem Vierbund getreten und am 9. Februar bereits war der Friedensvertrag zustande gekommen.

Das politische Ergebnis des deutschen Vormarsches, dem die Österreicher sich nachträglich anschlossen, war außerordentlich und bot, wenn der Vierbund endgültig Sieger wurde, die günstigsten Aussichten für die weitere Zukunft. Fürs nächste rechnete man, da auch die reiche Ukraine von den Bolschewisten gesäubert war — in Kiew wurde ein deutsches, in Odessa ein österreichisch-ungarisches General-Gouvernement gebildet — daß von dort Lebensmittel an die ausgehungerten Mittelmächte geliefert würden, eine Erwartung, die freilich nur sehr spärlich verwirklicht wurde.

Durch diese Vorgänge waren die Machthaber der Sowjet-Republik gefügig geworden, und so wurde am 3. März zu Litauisch Brest der Friede geschlossen; seine Festsetzungen brauchen hier nicht wiedergegeben zu werden, da sie durch die weiteren Ereignisse hinfällig wurden.

Schon damals entstand die Frage, ob es militärisch richtig war, die Kriegshandlungen durch den weiteren Vormarsch nach Osten zu „überdehnen". Sechs Wochen nachdem der Brester Frieden geschlossen war, landete eine deutsche Division unter dem General Grafen von der Goltz an der Küste Finnlands; sie folgte auf Anordnung der Reichsregierung dem Hilferuf der bürgerlichen Regierung dieses neuen Staates, der sich vom russischen Reiche losgesagt, nun aber aus eigener Kraft nicht mit den schändlich hausenden Bolschewisten fertig werden konnte. Im Laufe eines Monats hatte der schneidige General seine Aufgabe gelöst. Nun standen deutsche Truppen von Finnland im äußersten Norden, über die Inseln Aaland, Oesel und Dagö, in den baltischen Landen bis nahe vor Petersburg, auf der Linie Peipussee—Krim verteilt, ja sie hielten die wichtigsten Teile des Kaukasus besetzt, leisteten Hilfe in Syrien, Mesopotamien, Palästina und Mazedonien und hatten den Hauptteil der zwischen der deutsch-österreichisch-ungarischen Grenze und der Linie Peipussee—Kaukasus liegenden Gebiete, vor allem Litauen, Weißrußland, die Ukraine und Kongreß-Polen, sowie außerdem das besetzte Rumänien zu halten. Hierzu war beinahe eine Million Leute nötig — und sie wurde nach dem vollständigen militärischen Zusammenbruch Rußlands mindestens zum guten Teile dort belassen, um zum Vorteil der Bewohner die Ruhe zu sichern. Sehr ernste, politisch und militärisch geschulte Männer meinen nun, es wäre richtig gewesen sich im Osten auf die Sicherung der Ostsee-

provinzen und derjenigen benachbarten Gebiete zu beschränken, die mit dem deutschen Reiche nach dem Kriege in engere Verbindung gebracht werden sollten, sonst aber sich in eine gut zu verteidigende Linie zurückzuziehen und das geräumte Land sich selbst zu überlassen. Bei dieser Meinung wird davon ausgegangen, daß die letzte Entscheidung im Westen fallen mußte, daß wir also dort gar nicht stark genug sein konnten, und es wird behauptet, daß ein erheblicher Teil der auf dem überdehnten Besetzungsgebiet im Osten stehenden Truppen für den Westen nötig und verwendbar gewesen sei. Dem wird entgegengehalten, daß im Osten fast nur Landsturm verwendet worden sei, und man wird mit dem Urteil zurückhalten müssen, bis klargestellt ist, in welchem Umfange zum Kampf in der Feldschlacht geeignete Truppen im Osten belassen wurden. Eines kann freilich jetzt schon gesagt werden: daß nicht einzusehen ist, weshalb die Deutschen so widerspenstigen Befreiten wie etwa den Polen Polizeidienste leisten sollten.

Mit Rumänien wurden die Friedensverhandlungen Ende Februar in Bukarest begonnen; auch hierbei war das deutsche Reich durch Staatssekretär von Kühlmann vertreten, dem vorgeworfen wurde, daß er diese politisch und wirtschaftlich gleich bedeutsame Aufgabe ganz unzulänglich behandele. Am 7. Mai 1918 wurde der Friedensvertrag unterzeichnet; von ihm wurde später festgestellt, daß er die großen Hoffnungen, die man in Deutschland auf die wirtschaftliche Erschließung Rumäniens setzte, vernichtet habe. Es erübrigt sich auch in diesem Falle auf den Inhalt des „Bukarester Friedens" einzugehen, weil er hinfällig geworden ist.

* * *

So war der Osten befriedet und alles hing davon ab, wie die Deutschen sich auf dem Hauptkriegsschauplatz im Westen behaupten würden und wie die Bundesgenossen noch die schwere Kriegslast tragen könnten. Dies war sehr wesentlich von dem inneren Zustande der Vierbundvölker bedingt.

Im deutschen Reiche ließ der müde Greis, dem der Kaiser das Kanzleramt in solcher Zeit anvertraut hatte, die Zügel ganz aus der Hand fallen. Zu dem unseligen Wahlrechtsstreit und dem Kampf gegen die angeblich politisch herrschsüchtige Oberste Heeresleitung kamen neue Schlagworte, die die Geister verwirrten. Man entdeckte, daß das Reich und die Gliedstaaten bisher „Obrigkeitsstaaten" gewesen seien, in denen das Volk als unmündig behandelt worden sei; es habe aber während des Krieges eine solche politische Reife bewiesen, daß es mündig gemacht werden müsse, und deshalb sei die rechte Staatsform für ein so bewährtes Volk diejenige des „Volksstaats", der auch im Ausland mit mehr Vertrauen betrachtet werde als der bisherige auf der Macht beruhende Obrigkeitsstaat.

Daneben empfahlen gleichgerichtete Menschen die „Abrüstung der Geister" als die Vorstufe zum Frieden und die Einleitung zum Bunde der Völker, der allgemeinen Abrüstung und dem ewigen Frieden!

In Frankreich aber peitschten Clémenceau, in England Lloyd George, in den Vereinigten Staaten Wilson ihre Völker zur äußersten Kraftanstrengung auf, um die verhaßten Deutschen zu vernichten.

Während die Oberste Heeresleitung ihre Vorbereitungen traf, um die entscheidenden Schläge im Westen zu führen, zu denen sie sich nach der Beendigung der Kriegshandlungen im Osten fähig fühlte, wurde eine Denkschrift des früheren deutschen Botschafters in London Fürsten Lichnowsky bekannt, die neben anderen Vorwürfen gegen die Reichsleitung deren Schuld am Kriege behauptete und sich ganz auf den Boden des Verzichtes stellte. Die Kenner der Verhältnisse wunderte es gar nicht, daß solche Menschen unter Bethmann Hollweg entscheidend wichtige Posten inne haben konnten — sie sahen mit Bedauern, wie zersetzend eine solche Veröffentlichung im Inland, wie reichsschädigend sie im Ausland wirkte, und wußten, daß ähnliche Menschen wie dieser entamtete Diplomat noch in der Zeit der höchsten Not an maßgebenden Stellen belassen wurden.

In der Schweiz hatte sich eine Niederlassung volksvergessener Reichsdeutscher gebildet, die mit allen Mitteln der Lüge gegen das eigene Vaterland im feindlichen und neutralen Ausland hetzten und ihre Schriften und Zeitungen auch in der Heimat und an der Front verbreiteten; auch die Arbeit dieser Bundesgenossen des Auslandes blieb nicht ohne schädliche Folgen auf Urteilslose und Schwankende.

Immer furchtbarer wuchs die Frage: ist das deutsche Volk dazu verurteilt sich tot zu siegen?

Die Entwicklung in Österreich-Ungarn und das Verhältnis des deutschen Reiches zu seinen Bundesgenossen.

Franz Josefs Reich krachte in allen Fugen, als es den Kampf ums Dasein auf sich nehmen mußte. In Österreich hatten die slawischen Völkerschaften gegen die Krone, den Staat und die Deutschen eine so feindselige Haltung eingenommen, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der großen öffentlichen Geschäfte unter Mitwirkung des Reichsrates unmöglich geworden war; daher ließ die Regierung seit Frühjahr 1914 diese Volksvertretung nicht mehr tagen. In den einzelnen Kronländern lagen die Dinge ähnlich; besonders hatte in Böhmen der Landtag ausgeschaltet werden müssen; dort war die Verwaltung einer besonderen, vom Kaiser berufenen Behörde übertragen worden. In Ungarn war die Machtgier der Madjaren bis zum Unerträglichen gestiegen; sie richtete sich sowohl gegen die Nicht-Madjaren des Landes, wie gegen die Krone und Österreich.

Da kam der Weltkrieg und zwang den Gesamtstaat, das Äußerste zu leisten, was er bieten konnte. Die militärische Leistung bis zum Frühjahr 1918 haben wir kennen gelernt; es muß anerkannt werden, daß sie in Anbetracht der verzweifelten inneren Verhältnisse des Reichs über alle Erwartung ging. Dabei ist nochmals festzuhalten, daß den deutschen Truppen jeweils die schwersten Aufgaben gestellt wurden, und daß sie demgemäß die größten Opfer bringen mußten.

Wer die Entwicklung des Habsburger Reiches verfolgt hatte, wußte, daß eine Gesundung dieses Staates von sich aus und im verfassungsmäßigen Wege ausgeschlossen war; dies erkannten auch die besten Köpfe unter den Beamten sowie die Führer der deutschen Bewegung außerhalb des Reichsrates. Es entstand die Überzeugung, daß vom deutschen Reiche die Rettung kommen müsse, und man dachte sich dies so, daß die Berliner Regierung einen Druck auf die Wiener ausüben werde, um die als notwendig erkannten Besserungen einzuführen; in gleicher Weise wurde die Geltendmachung reichsdeutschen Einflusses erwartet, um das Los der Nicht-Madjaren in Ungarn erträglich zu gestalten.

Was insbesondere die Reichshälfte diesseits der Leitha betrifft, die vom Kaiser im zweiten Kriegsjahre durch Verordnung den Namen „Österreich" verliehen bekam, so gingen die auf langer Erfahrung beruhenden Vorschläge der deutschen Wortführer dahin, Galizien aus Österreich auszuscheiden — wie dies schon im „Linzer Programm" vorgesehen war — und damit innerhalb dieser Reichshälfte eine deutsche Mehrheit zu sichern. In Böhmen sollte das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen, in der Steiermark, in Krain und im Küstenlande dasjenige zwischen ihnen und den Slowenen in einer das Gemeinwohl fördernden Weise festgelegt werden, wobei an eine Sonderstellung der wichtigen Hafenstadt Triest gedacht wurde, die das Heer so zäh und mit gewaltigen Opfern verteidigte. Alle diese Maßnahmen — also sowohl in „Österreich" wie in den einzelnen Kronländern, aus denen es bestand — sollten im Wege der Anordnung durch die Krone durch „Oktroi" eingeführt werden, da die ordnungsmäßige Erledigung im Einverständnis mit dem Reichsrate und mit den Landtagen ganz ausgeschlossen erschien. Auch die Gestaltung der Beziehungen zum deutschen Reiche beschäftigte die geistigen Führer des Deutschtums und auch hierfür wurden brauchbare, ernster Prüfung würdige Pläne entworfen, die ein untrennbar enges Bündnis, gemeinsame Einrichtungen vor allem für Heer, Flotte und Festungen vorsahen und auch den engsten wirtschaftlichen Bund anstrebten.

Unter den Deutschen des Gesamtstaates herrschte in der ersten Kriegszeit eine gehobene Stimmung, die von den eigenen Leistungen, noch mehr aber durch die Bewunderung der Taten des reichsdeutschen Heeres hervorgerufen war. Man sah im Reiche Begeisterung, Siegeswille, Opfer-

bereitschaft, Zucht, Ordnung und Voraussicht, und fühlte sich voller Stolz und Zuversicht als Glied der großen deutschen Volksgemeinschaft. Im Gegensatz dazu waren die Tschechen und Slowenen ganz niedergeschlagen; die erwarteten Siege der Verbandsmächte waren ausgeblieben, zahllose Verrätereien entdeckt und bestraft, und das Kriegsrecht hielt mit gebotener Härte die Ordnung aufrecht. Besonders schwer wurden die Tschechen durch das Strafverfahren gegen ihren Führer Kramarsch und Genossen getroffen, in dem die Hauptbelasteten Anfang Juni 1916 vom Kriegsgericht in Wien wegen Hochverrats zum Tode verurteilt wurden. Das Kriegsgericht hatte in musterhafter Sorgfalt die Schuld Kramarschs und seiner Gehilfen festgestellt; es hatte die Verbindungen offen gelegt, die dieser bei der obersten Bureaukratie in Wien in höchstem Ansehen stehende Tschechenführer vor und in dem Kriege mit Serbien, Rußland, Italien, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten unterhalten hatte: sie erstrebten die Gründung eines selbständigen Tschechenreiches, was die Zertrümmerung der Habsburger Monarchie voraussetzte. Durch das Verfahren gegen Kramarsch war die Bahn für eine rettende Staatskunst gegenüber den slawischen Völkern freigemacht — aber Franz Josef entschloß sich nicht, sie zu beschreiten.

Alles sprach dafür, daß die Spitzen des Staates den Wert des Deutschtums erkennen und nun sehen mußten, wie dessen Stellung sich festigen lasse, damit die Zukunft des Reiches gesichert werde; es sei nur darauf hingewiesen, daß die Deutschen sich mit großer Bereitwilligkeit der Kriegsanleihen annahmen, während die Slawen, besonders die Tschechen, sich sehr zurückhielten.

Der Ministerpräsident Graf Stürgkh, der in solcher Zeit die Staatsgeschäfte leitete, war nicht der Mann, die vom Schicksal gebotene Gelegenheit auszunutzen, um die ihm anvertraute Reichshälfte innerlich gesund zu machen. Ohne Gedanken, ohne Kraft und Entschluß, suchte er die Verwaltung in der alten Art fortzuführen: dabei kam ihm das straffe Regiment der Generale zu Hilfe, die in den zweifelhaften Bezirken mit dem Standrecht Ordnung hielten. Den Reichsrat berief er gar nicht erst ein, sondern erledigte alles notwendige durch Verordnungen. Nachdem dieser Weg beschritten war, hätte es nahe gelegen, den allgemeinen inneren Aufbau Österreichs auf diese Weise zu betreiben, wie das die geistigen Führer der Deutschen wollten. Aber dazu konnte sich der leitende Minister, dem im „Kramarsch-Prozeß" engste Beziehungen zu diesem tschechischen Hochverräter nachgewiesen wurden, nicht aufraffen — jedenfalls nicht zu rechter Zeit. Als er angeblich dazu bereit war — nach Versprechungen, die er deutsch-böhmischen Abgeordneten im Herbst 1916 gemacht hatte — fiel er (am 21. Oktober 1916) einem Meuchelmorde zum Opfer.

Wenn nun die besten politischen Köpfe Deutsch-Österreichs wünschten und erwarteten, daß die reichsdeutsche Regierung in Wien mit sanftem oder hartem Drucke nachhelfe, damit man sich dort aufraffe, oder daß sie womöglich die Richtung des Rettungswerkes für Österreich bestimme, so befanden sie sich in einem Irrtum, der sich nur aus der Unkenntnis der im deutschen Reiche maßgebenden Personen erklären läßt. Wer sollte dies Werk in Berlin in die Hand nehmen? Kaiser Wilhelm II., der einen Bethmann Hollweg im Amte ließ, oder dieser selbst, der durch Handlungen und Unterlassungen das Ansehen der Krone und des Staates zugrunde richtete?

So sehr die bedingungslos vaterländisch Gesinnten im Reiche, denen die Verhältnisse in Österreich bekannt waren, den Wunsch der Gleichgerichteten dort verstanden und zu fördern suchten —: die Verwirklichung dieser Bestrebungen war aussichtslos, so lange nicht in Berlin ein vollkommener Wechsel der Regierungsart unter Beseitigung der dem Staatswohl Schädlichen durchgeführt war.

War diese Hoffnung trügerisch, so wurde diejenige, die sich auf das österreichisch-ungarische „Armee-Oberkommando" baute, auch nur zum geringsten Teile erfüllt. Gewiß besaß Erzherzog Friedrich Einsicht in die Schäden des Staates, gewiß wollten er und sein Generalstabschef Freiherr Conrad, daß die inneren Zustände während der Kriegsdauer wenigstens so seien, daß der Krieg erfolgreich zu Ende geführt werden konnte, und sie taten und veranlaßten, was in ihren Kräften stand, wie auch die Militärbefehlshaber in der Heimat entschlossen durchgriffen, soweit der Staat durch Verrat und innere Unruhen gefährdet wurde. Darüber hinaus konnten sie nichts erreichen, weil die obersten bürgerlichen Behörden voll Eifersucht und Angst bei dem alten Kaiser dahin wirkten, daß ihrer Tätigkeit engste Grenzen gezogen wurden.

Dies war nicht zum Wohle des Staates.

Nachdem einmal die Hochstimmung der ersten Zeit unter den Deutschen verflogen war, nachdem die inneren wirtschaftlichen Nöte, Mangel an Nahrung und Kohlen, sich fühlbar gemacht hatten, entstand eine gewisse Gleichgültigkeit in der Bevölkerung — man hatte nur den einen Wunsch, daß der Krieg bald zu Ende sei. Diese Entwicklung wurde durch den Umstand gefördert, daß Deutsch-Österreich, abgesehen von der Abwehr der Feinde von den deutschen Kronländern, kein außenpolitisches Kriegsziel hatte. Jeder Landzuwachs, sei er von den Russen, Rumänen, Serben oder Italienern erzwingbar, hätte nur die Zahl der Undeutschen vermehrt, wäre also der Geltung der Deutschen innerhalb des Gesamtreiches nachteilig gewesen. Man ging, als die Russen den größten Teil Galiziens besetzt hatten, in einem gewissen politischen Galgenhumor so weit, den Verlust von Ostgalizien als österreichisches Kriegsziel zu bezeichnen; man empfahl die Preisgabe dieses Landes an Rußland und wollte

jedenfalls, wenn Galizien beim Gesamtreiche bliebe, sein Ausscheiden aus Österreich. Deshalb betrieben diese deutschen Kreise, als Kongreßpolen von den Mittelmächten erobert war und die Frage auftauchte, was aus diesem Lande werden sollte, die sog. „austropolnische" Lösung, d. h. sie empfahlen, das befreite Kongreßpolen zusammen mit Galizien an Habsburg zu geben und so einen besonderen Staat neben Österreich und Ungarn zu bilden. Freilich wären die Deutschen Österreichs auf diese Art die Polen los geworden; sie übersahen dabei nur, daß ein so großer polnischer Staat einerseits die Hand nach dem polnischen Gebiet Preußens ausstrecken und andererseits starke Anziehungskraft auf die preußischen Polen ausüben würde — womit, was an Deutsch-Österreich gut gemacht, an Preußen-Deutschland verdorben worden wäre.

Die Absperrung von aller Welt, die eine Folge der englischen „Blockade" war, hatte für Österreich die allerübelsten Folgen, soweit die deutsche Bevölkerung in Betracht kam, da sowohl die Alpenländer wie das deutsch-böhmische Industriegebiet auf die Einfuhr von Getreide, Kartoffeln und Fleisch angewiesen waren. Vom Ausland kam nichts mehr herein — dagegen herrschte in Ungarn und im tschechischen Inner-Böhmen Überfluß. Man sollte nun denken, daß es selbstverständlich gewesen wäre, die ganze Monarchie als einheitliches Wirtschaftsgebiet anzusehen und zu behandeln und die Nahrungsmittelvorräte so zu verteilen, daß überall etwas gewesen wäre. Das Armee-Oberkommando erkannte, von welcher Bedeutung die Ernährung nicht nur des kämpfenden Heeres sondern auch der daheimgebliebenen Bevölkerung für die Kriegführung war und wollte in diesem Sinne durchgreifen; seine Absicht scheiterte an dem Widerspruch der madjarischen Machthaber, soweit Ungarn in Betracht kam, und an der Furcht der Wiener Minister, die den Tschechen nicht vor den Kopf stoßen wollten. So geschah das Ungeheuerliche: gerade die deutschen Gebiete, deren Männer sich am treuesten hielten und ihr Blut für den Staat vergossen, litten am Notwendigsten Mangel, ohne daß der Staat für sie etwas tat. Es ist sicher, daß die Ernährung im deutschen Reiche infolge des englischen Handelskrieges und der Verkehrtheit der wirtschaftlichen Maßnahmen der Behörden ganz ungenügend war, und daß das Volk schwer darunter litt — in Österreich war es in einzelnen deutschen Gegenden unvergleichlich viel schlimmer, und man fragt sich, wovon die Ärmsten dort gelebt haben. Im deutschen Industriegebiet Böhmens brach im letzten Kriegsjahre der Hungertyphus aus und forderte ungezählte Opfer, obwohl an der tschechischen Sprachgrenze Überfluß an Kartoffeln und Speck herrschte! Die Reichshauptstadt Wien mußte bei der Berliner Regierung um Kartoffeln und Mehl betteln — und jenseits der Leitha war alles in Hülle und Fülle vorhanden. Das treue Tirol suchte Hilfe in München.

Hatten die reichsdeutschen Behörden, nachdem man einmal den unvernünftigen Vorschlägen der sozialistischen Wortführer stattgegeben hatte, sich der Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, welche die Volksernährung unter so schwierigen Umständen an sie stellte, so war dies in Österreich erst recht der Fall. Die landesübliche Lässigkeit, die geringere Zucht und Ordnung taten das ihre, um nicht einmal eine Versorgung nach reichsdeutschem Vorbild in Gang kommen zu lassen. Auf der einen Seite ärgster Mangel — auf der anderen Überfluß: also so recht Gelegenheit für die Schieber- und Wuchergeschäfte des unredlichen Handels. Wer Geld hatte — viel Geld —, der konnte alles in jeder Menge haben; die Armen mußten hungern, und zu ihnen gehörte der weitaus größte Teil des Mittelstandes. Es war ein Treiben, das an Schändlichkeit die ähnlichen Vorgänge im deutschen Reich noch übertraf! Man kann sich denken, welche Erbitterung es hervorrief: gegen den Staat, der tatenlos solcher Niedertracht zuschaute, zwischen den Besitzenden und Mittellosen, zwischen den Reichshälften, innerhalb Österreichs zwischen den Kronländern, und wiederum in deren Grenzen zwischen den „Nationalitäten". Es ist kennzeichnend für die verzweifelte Not in Deutschböhmen, daß gegen Ende des Krieges die Vertrauensmänner dieses unglücklichen Gebietes sich an die deutsche Oberste Heeresleitung mit der Bitte wandten, sie möge ins tschechische Gebiet reichsdeutsche Truppen legen, die den Tschechen ihre Vorräte zwecks gerechter Verteilung an die hungernden Deutschen abnehmen sollten!

Die Hoffnung, aus Rumänien und der Ukraine in großem Maßstabe versorgt zu werden, erwies sich als trügerisch und in der äußersten Not mußte das deutsche Reich wiederholt aushelfen.

Gelang es den Juden im deutschen Reiche, sich das kranke Wirtschaftsleben dienstbar zu machen, so war dies noch in viel höherem Grade in Österreich und Ungarn der Fall. Wien war die Zuflucht für ungezählte flüchtige Ostjuden geworden: sie erwiesen ihren Dank, indem sie sich auf den Schmuggel und auf Schiebergeschäfte übelster Art warfen; ihr Wucher kannte keine Grenzen. Die angesessenen Juden bemächtigten sich durchaus der halb-behördlichen Kriegsgesellschaften und beuteten den Staat wie das Volk in gleicher Weise aus. Mit Grauen und Verachtung sahen die Gequälten auf diese Schädlinge, die die Obrigkeit gewähren ließ, deren Rassegenossen in Massen Offiziere waren. In diesem Umstand liegt die Erklärung für manches Übel, das dem nicht landeskundigen Reichsdeutschen auffiel und ihn zu harten Urteilen über das österreichische Heer veranlaßte. Anders als im Reich waren in Österreich-Ungarn bereits vor dem Krieg viele Juden Offiziere geworden; im Kriege wuchs ihre Zahl, und sie wirkten nicht nur zersetzend, sondern auch aufreizend.

So hatten die Verhältnisse sich gegen die Wende der Jahre 1916/17

schon so ernst gestaltet, daß mancher unbedingt bündnistreue Deutsche in Österreich fragte, ob sein Land noch weiter im Krieg aushalten könne. Die Stimmung beim Feudaladel und dem hohen Klerus war niemals reichsfreundlich gewesen, und allerlei Kräfte waren am Werke, um Österreich-Ungarn vom Reiche zu trennen. Kaiser Franz Josef erwies sich als der Mann von Ehre, der er immer gewesen; seiner Auffassung widersprach es, den Bundesgenossen im Stiche zu lassen, und es ist kein Zweifel, daß er in voller Aufrichtigkeit zu ihm stand. Sein Verhalten am Ende seines langen, an Irrtümern und Fehlern reichen Lebens wirft einen verklärenden Schimmer auf den Abschluß seiner Herrschertätigkeit. Dieser Habsburger war als Offizier und Ehrenmann unfähig, dem deutschen Reiche die Treue zu brechen. Es war das Schicksal der verbündeten Mittelmächte und ihrer Deutschen, daß Franz Josef vor dem Ende des Krieges, am 21. November 1916, fast 88 Jahre alt, starb; kurz vorher erlebte er noch die Ermordung seines Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, von dem er sich trotz dessen erwiesener Unfähigkeit nicht hatte trennen lassen, obwohl selbst das Herrenhaus ihm in dringender Vorstellung die Mängel der inneren Politik in einer Throneingabe vorgetragen hatte.

Dem greisen Herrscher folgte sein Großneffe Erzherzog Karl Franz Josef, der sich als Kaiser Karl nannte. In dem 28jährigen Jüngling wurde eine Persönlichkeit zum Thron berufen, die in bezug auf die vollendete Untauglichkeit zum Herrscheramte in der ganzen Geschichte wenige ihresgleichen hat. Als Erzherzog hieß es von ihm, daß er ein nicht bedeutender aber offener und liebenswürdiger Mensch sei, der die Dinge sehe, wie sie sind. Obwohl es nach der unebenbürtigen Vermählung seines Oheims Franz Ferdinand sicher war, daß der Neffe ihm auf dem Thron folgen werde, geschah nichts, um diesen in den Staatsgeschäften einzuführen. Er lebte als Reiteroffizier in kleinen Standorten weiter, tat seinen Dienst und beobachtete in Tschechien und Galizien manches, was ihm den Unterschied zwischen Deutschen, Tschechen und Polen handgreiflich machte; aus dieser Zeit liegen Äußerungen von ihm vor, die auf seine damalige ausgesprochene Deutschfreundlichkeit schließen lassen. Wenige Jahre vor Kriegsausbruch ging er die Ehe mit der Prinzessin Zita, aus dem in Österreich lebenden Hause Parma-Bourbon, ein und geriet damit in den Bann der Verwandten seiner Gemahlin, vor allem seiner Schwiegermutter, einer streng ultramontanen, deutsch-feindlichen und ehrgeizigen Frau. Franz Ferdinands gewaltsamer Tod rief den jungen Mann an die zweite Stelle im Reiche, und es stand bei dem hohen Alter Franz Josefs zu erwarten, daß dem Greise der nach keiner Richtung für seinen hohen Beruf vorbereitete Jüngling folgen werde.

Während des Krieges tat der Thronerbe in raschem Aufstiege Führerdienst; es wurde darauf gesehen, daß er bei Unternehmungen Befehls-

haber war, bei denen sich Ruhm holen ließ; so war er im Frühjahr 1916 dem Namen nach Oberfeldherr bei den großen Unternehmungen Conrads gegen Italien gewesen.

Der alte Kaiser war in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit gar nicht mehr hervorgetreten, und das Hofleben Wiens war erstorben. Nun gelangte das jugendliche Paar zum Thron; es eröffnete sich die Aussicht, daß der Herrscher seinen Völkern wieder sichtbar und zugänglich sein werde, daß die prächtige Hofhaltung der Habsburger in Wien und Ofenpest wieder aufleben werde — kurz die öffentliche Meinung begrüßte die Veränderung, und insbesondere in Deutsch-Österreich erwartete man von dem neuen Kaiser, von dem man nicht viel mehr wußte, als daß er sich gelegentlich deutschfreundlich geäußert hatte, alles mögliche Gute. Wirklich nahm Karl den Anlauf zur Neuordnung des kranken Österreich; er zog zunächst Berater in seine Umgebung, von denen es hieß, daß sie in die Pläne seines ermordeten Oheims eingeweiht seien, und es kam die Meinung auf, der junge Kaiser beabsichtige Franz Ferdinands Absichten auszuführen. Der feudale Graf Clam-Martinitz wurde zum Ministerpräsidenten ernannt und erhielt den Auftrag, im Wege des „Oktroi" die innerpolitische Gesundung der österreichischen Reichshälfte durchzuführen; er war einer jener böhmischen Hochadeligen, die während des Krieges von ihrer Tschechenfreundlichkeit geheilt worden waren, und fand trotz seiner Vergangenheit bei den Deutschen Vertrauen, da er hervorragende deutsche Führer in sein Ministerium nahm.

Die Urteilslosigkeit und Willensschwäche Karls zeigte sich sofort, als diesen gewalttätigen aber notwendigen Plänen von dem gemeinsamen Minister des Äußeren Grafen Ottokar Czernin, der seit Ende Dezember 1916 dies Amt versah, Widerstand entgegengesetzt wurde. Auch dieser war Angehöriger des böhmischen Feudaladels und in der Prager Landstube hatte er unter den Abgeordneten des verfassungstreuen deutschen Großgrundbesitzes seinen Platz gewählt. Er hatte in nahem Verkehr mit Erzherzog Franz Ferdinand gestanden und war als dessen Vertrauensmann zum Gesandten in Bukarest ernannt worden. Dort hatte er offenen Blick, Menschenkenntnis und selbständiges Urteil bewiesen, indem er entgegen den Wiener und Berliner Wünschen und im Gegensatz zu seinem reichsdeutschen Amtsgenossen vorhergesagt hatte, daß Rumänien als Feind der Mittelmächte in den Krieg eintreten werde. Durch die Erfüllung dieser Vorhersage war der staatsmännische Ruf Czernins begründet worden, und es war eigentlich selbstverständlich, daß ihm das Ministerium des Äußern angetragen wurde. Zu diesem Amte fehlten ihm aber die überlegene Ruhe und die innere Unabhängigkeit. Der geistig bewegliche, gebildete Feudalherr gab sich mit Absicht „modern", indem er demokratischen Anschauungen Zugeständnisse machte. Mit voller Klarheit erkannte

er die innere Schwäche der Doppelmonarchie und trachtete danach, sobald als möglich Frieden zu machen, um den Zusammenbruch des Reiches zu verhindern. Gewiß hatte er mit seiner Erkenntnis Recht, auch mit seinem Streben nach dem Frieden — gänzlich unstaatsmännisch aber waren die Wege, die er einschlug, indem er — statt äußerste Entschlossenheit selbst zu zeigen und dem Kaiser wie der öffentlichen Meinung beizubringen — durch fortgesetzte Friedensangebote nach außen die hilflose Lage des Reiches offenbar machte und nach innen eine Politik der Schwäche empfahl. Aus Rücksicht auf das Urteil des feindlichen Auslandes widerriet er seinem Herrscher die Ordnung Österreichs durch Maßnahmen des Thrones, die „Reform durch Oktroi"; es sollte dem feindlichen Gerede, als seien die Mittelmächte der Sitz innerpolitischer Rückständigkeit, kein neuer Stoff geliefert werden — als ob nicht jedes Volk, jeder Staat nach ihren eigenen besonderen Verhältnissen und Eigenschaften geleitet sein wollten. So durchkreuzte dieser Vertraute Franz Ferdinands den Plan des Grafen Clam-Martinitz, von dem es hieß, daß er dem Geiste des ermordeten Thronfolgers entstamme, und bestimmte Kaiser Karl zu dem aberwitzigen Entschluß, den Reichsrat einzuberufen und den Versuch zu machen, mit dieser vor dem Krieg aus Rand und Band geratenen Volksvertretung zu regieren. War dies ein Fehlgriff von unheilvollsten Folgen, so geriet auch seine Friedenspolitik dem Habsburger Staate und in der Nachwirkung auch dem verbündeten deutschen Reiche zum Verderben. Diese Art Politik zu treiben, entsprach den Stimmungen, die am kaiserlichen Hofe herrschten, und sie wurde von dem Kaiser, der ganz dem Einfluß der Herzogin von Parma und ihrer jesuitischen Berater verfallen war, in einer Weise — und zwar zunächst heimlich — fortgeführt, die Graf Czernins Auffassungen zuwiderlief. Denn dem Minister war klar, daß die Doppelmonarchie nur zusammen mit dem deutschen Reiche gerettet werden könne; er war also bündnistreu und suchte die Maßgebenden im Reiche für seine Absichten zu gewinnen, sie auch zu Opfern zu bestimmen, die sich mit der militärischen Lage nicht in Einklang bringen ließen; insbesondere empfahl er immer wieder die vollständige Wiederherstellung Belgiens, also den Verzicht auf alle Sicherungen, die dort für das deutsche Reich geschaffen werden konnten. Der mißleitete Kaiser dagegen trieb hinter dem Rücken Czernins eine Politik des Verrats, indem er sich mit den Feinden in Verbindung setzte und einem Sonderfrieden unter Preisgabe des deutschen Reiches nachjagte.

So sind die Kennzeichen der kurzen Herrscherzeit dieses Habsburgers Schwäche nach innen und außen, Treubruch gegen den Freund und Verrat am deutschen Volke.

Nachdem die Bahn der Schande erst einmal beschritten war, taumelte dieser Unmännliche von Fehler zu Fehler, und ehe noch zwei Jahre ver-

strichen waren, hatte er den Thron seiner Ahnen verloren und mußte mit dem Schimpf des Treubruchs beladen von der Weltbühne abtreten.

Der Versuch, mit dem Reichsrat zusammenzuarbeiten, mißlang nicht nur vollständig, — er geriet den inneren und äußeren Feinden Österreichs zum Vorteil und zur Ermutigung, indem er die Unbrauchbarkeit des Herrschers und die Entschlußlosigkeit seiner Minister dartat; letztere lösten einander in rascher Folge ab und man kann sagen, daß — wie im deutschen Reiche — dem Unfähigen immer der Unfähigere folgte, bis der Zusammenbruch da war.

Leider ließen es auch die führenden deutschen Volksvertreter an allem fehlen, was dem Unheil Einhalt gebieten konnte; sie suchten Anschluß an diesen Herrscher und seine Beauftragten und hatten bis zuletzt nicht begriffen, daß in solchem Falle nur rücksichtslosester Widerstand helfen konnte. Was Wunder, wenn die Erbitterung unter dem politisch geschulten Teile der deutschen Wählerschaft riesengroß wurde!

Als der Reichsrat im Frühjahr 1917 zusammentrat, von Kaiser Karl mit einer salbungsvollen Thronrede feierlich eröffnet, trat sofort ein, was die Kenner der slawischen Völker Österreichs erwartet hatten: mit herausfordernder, höhnischer Offenheit sagten sie dem Staate den Kampf an und enthüllten unter dem Schutze der Redefreiheit ihren Haß gegen alles Deutsche und gegen das Bündnis mit dem deutschen Reiche; die Maßnahmen des Armee-Oberkommandos wurden aufs Schärfste angegriffen; das letzte Ziel der Slawen, die Losreißung vom Staate, unverhohlen ausgesprochen. Sachliche Arbeit war mit dieser Volksvertretung nicht zu leisten; ihre slawische Mehrheit wollte das auch gar nicht sondern hielt ihre Reden zum Fenster hinaus, zum Gehör der Feinde, die wohl verstanden, was im Wiener Reichsrate vorging. Die Zeit der slawischen Mutlosigkeit war vorüber; die Schwäche des Kaisers und seiner Berater weckte die staatsfeindlichen Ansprüche von Tschechen, Slowenen, Polen und Ruthenen zu neuem Leben, und hilflos standen die Ministerien — einerlei wer ihnen die Namen lieh — solchem Ansturm gegenüber. Aber wie die erste Schwäche die Mutter weiterer Schwächen zu sein pflegt, so tat Kaiser Karl, ohne die Meinung seiner verantwortlichen Berater einzuholen, auf höfische Einflüsse hin einen weiteren Schritt zum Abgrund, indem er ganz allgemein die wegen Hochverrats Verurteilten oder in Untersuchung Befindlichen begnadigte: nach der seelischen Verfassung der Slawen wirkte diese Maßnahme nicht beruhigend, begütigend — sie wurde, was sie wohl auch war, als Zeichen der Furcht aufgefaßt und steigerte den slawischen Übermut bis zur Unerträglichkeit. Bei den Deutschen entstand darüber helle Empörung; mit gutem Willen hatten sie dem jungen Kaiser Gefolgschaft leisten wollen: jetzt erkannten sie ihn als haltlosen Schwächling und sagten sich von ihm los; seit dem „Amnestie-Erlaß" waren sie

innerlich mit ihm fertig. Es war schon eine Leistung, daß nach knapp halbjähriger Regierung Franz Josefs Erbe seine Deutschen gegen sich aufgebracht und die Slawen zum letzten inneren Kampfe gegen die Monarchie förmlich aufgefordert hatte. Ganz offen nahmen die Tschechen für ihren geplanten Staat das slowakische Sprachgebiet in Anspruch, das zu Ungarn gehörte — schlimmer als das: es wurde das Schlagwort „Triest-Danzig" geprägt und verkündet, mit dem gesagt war, daß selbständige slawische Staatswesen von der Adria bis zur Ostsee entstehen sollten, und zwar der Reihe nach „Jugoslawien" (= Neuslawien), als Staat der Slowenen, Kroaten und Serben; „Tschecho-Slowakien" als Staat der Tschechen und Slowaken, zusammengesetzt aus Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien und den nordungarischen Komitaten; endlich Großpolen. Daß zur Verwirklichung dieses Planes Land und Leute von Preußen abgerissen werden mußten, kümmerte die auf den Schutz des Vielverbandes bauenden Slawen Österreichs nicht, noch weniger, daß dann das deutsche Reich durch einen Gürtel neuer Staatsgebilde vom Osten abgeschnitten würde.

Und solche Pläne durften unter den Augen der Behörden betrieben werden! Den Militärbefehlshabern in der Heimat wurden die Hände gebunden, und mit amerikanischem, englischem und französischem Gelde reichlich unterstützt, erhob der Hochverrat von neuem sein Haupt und wartete auf den Augenblick, wo er das verhaßte Habsburgerreich zertrümmern könnte.

Außenpolitisch und dem deutschen Bundesgenossen gegenüber wurde der erste verhängnisvolle Schritt im April 1917 mit jenem Geheimschreiben des Grafen Czernin an den Kaiser getan, das wir durch den Mißbrauch, den der Abgeordnete Erzberger damit getrieben hatte, bereits kennen. Trotzdem der Brief an den Kaiser ging, war er eigentlich für die Oberste Heeresleitung des deutschen Reiches bestimmt, um sie in der Richtung zur Verhandlungsbereitschaft zu beeinflussen. Daß Graf Czernin diesen Weg wählte, ist seine staatsmännische Schuld, da er wissen mußte, in welche Hände er das Schriftstück gab, dessen Gefährlichkeit er kannte. Mittelbar durch den Kaiser gelangte das Geheimschreiben an Erzberger, durch den sein Inhalt im deutschen Reich und im feindlichen Ausland bekannt wurde, und die Wirkung war unter allen Gesichtspunkten und nach allen Richtungen zerstörend.

So oft Graf Czernin sich öffentlich über seine Politik äußerte, tat er es im Sinne der Verständigung und Entsagung; darüber hinausgehend vertrat er die Notwendigkeit der allgemeinen Abrüstung und des Völkerbundes und wurde dafür von allen, die sich von solchen Schlagworten irre führen ließen, als wahrhaft neuzeitlicher Staatsmann gefeiert. Freilich, als er im Frühjahr 1918 bei den Friedensverhandlungen mit Ru-

mänien die empfohlene Enthaltsamkeit tatsächlich hätte üben können, verstand er für Österreich-Ungarn wesentlich größere Vorteile einzutun als Staatssekretär von Kühlmann für das deutsche Reich, ja er schreckte nicht vor Landerwerb zurück, indem das besiegte Rumänien gezwungen wurde, waldreiche Grenzstreifen an Ungarn abzutreten. Da auch er ein Vertreter der „austropolnischen Lösung" war, die dem Hause Habsburg Kongreßpolen mindestens zum großen Teile bringen sollte, hatte er es leicht Enthaltsamkeit zu predigen.

Das innere Elend wurde vorübergehend vergessen, dank der Waffentaten der Verbündeten, die sie in Oberitalien bis in die nächste Nähe von Venedig, im Osten bis ans schwarze Meer führten; aber aller Kriegsruhm konnte die hungernden Massen der Heimat nicht satt machen und vermochte auch die Slawen nicht zum Verzicht auf ihre Pläne zu bewegen.

Inzwischen fiel der urteilslose Kaiser immer tiefer in die Schlingen der deutsch-feindlichen jesuitischen „Kamarilla"; er hatte über den Schmeicheleien unterwürfig-berechnender Höflinge das seelische Gleichgewicht verloren und bildete sich ein, allmächtig zu sein, während ihm der Boden unter den Füßen schwankte. In schnöder Weise hatte er zunächst den Oberstbefehlshaber Erzherzog Friedrich beseitigt und dann den treibenden Geist seines Heeres, Feldmarschall Conrad von Hötzendorff, Anfang März 1917 seines Amtes entsetzt; der Sturz dieses bedeutenden Mannes war verhängnisvoll. In bezug auf die Großen der reichsdeutschen Obersten Heeresleitung wurden Äußerungen Karls bekannt, die ihn als sittlich und geistig unzurechnungsfähig erscheinen ließen.

Das Jahr 1918 fand die nicht landwirtschaftlichen Gebiete Österreichs in schlimmster Hungersnot; Kartoffeln gab es monatelang gar nicht; der Brotanteil wurde im ersten Vierteljahr auf 2¼ Pfund für die Woche, im zweiten fast auf die Hälfte herabgesetzt. Dabei trieben Wucher und Schleichhandel ihr verruchtes Handwerk mit schamloser Offenheit. Unruhen und Ausstände waren an der Tagesordnung, und die Sozialdemokratie verlangte den Frieden um jeden Preis.

Das Band zwischen den Slawen der verschiedenen Stämme knüpfte sich immer fester; sie waren einig in dem Endziel, von Habsburg loszukommen. Daß die Sache der Mittelmächte militärisch ausgezeichnet stand, beirrte diese in den Künsten der Verschwörung Erfahrenen nicht, da sie mit den Feinden in steter Verbindung standen und von ihnen mit unbeschränkten Geldmitteln unterstützt wurden. Übrigens liefen sie bei ihren staatsfeindlichen Machenschaften ja gar keine Gefahr, da die unter dem feigen Herrscher feig gewordenen Behörden nichts mehr zu unternehmen wagten.

Die Verständigungsverhandlungen, die zwischen deutschen und slawischen Vertretern in den Kronländern geführt wurden, waren von vornherein aussichtslos; die Slawen wollten die Unterwerfung der Deutschen

und rechneten darauf, daß der Zusammenbruch des Reiches sie bringen werde.

Auf dem Gebiete der äußeren Politik wurde noch im Frühjahr 1918 die Treulosigkeit Kaiser Karls offenkundig. Anläßlich einer öffentlich geführten Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Czernin und dem französischen Ministerpräsidenten Clémenceau ließ dieser einen Brief veröffentlichen, den der Kaiser an seinen Schwager, Prinzen Sixt von Parma, der im belgischen Heere diente, geschrieben hatte, und in dem er die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen als berechtigt bezeichnete. Dieser Brief, dessen Echtheit von Karl der Wahrheit zuwider bestritten wurde, bildete nur ein Glied in der Kette von nichtamtlichen Verhandlungen, die seit Frühjahr 1917 hinter dem Rücken der Berliner Regierung von Wiener Stellen geführt wurden; Graf Czernin hatte jedenfalls von dem Briefe seines Kaisers an den Prinzen von Parma vor der Absendung keine Kenntnis gehabt und nahm seine Entlassung.

In offener Empörung brausten die Deutschen gegen den ehrvergessenen Herrscher auf; seine Gemahlin und ihre Angehörigen durften sich öffentlich nicht mehr sehen lassen. Die Slawen aber und die ausländischen Feinde sahen sich ihrem Ziele näher und näher kommen.

Die Stimmung der Deutschen fand auf mehreren großen „Volkstagen" Ausdruck, die von April bis Juni 1918 veranstaltet wurden, so in Graz für die Steiermark, in Marburg an der Drau für die Südmark, in Sterzing für Südtirol, in Klagenfurt für Kärnten, in Teschen für Schlesien, in Neutitschin für Mähren, in Gablonz für Deutschböhmen; ihre Krönung und Zusammenfassung erhielten diese Veranstaltungen durch die große Tagung in Wien. Überall kam zum Ausdruck, daß die Deutschen ihr Recht aufs Dasein durchsetzen, daß sie bedingungslos treu zum deutschen Reiche stehen wollten und daß sie die Politik des Kaisers scharf verurteilten. Am bezeichnendsten war wohl der Verlauf des Volkstages in Sterzing, weil er zeigte, wie weit die Kluft zwischen den Deutschen und dem Kaiser geworden war: es wollte doch etwas heißen, daß die Tiroler, die treuesten Getreuen des Hauses Habsburg, dem Kaiser und dem Staate mit schweren Anklagen die Gefolgschaft aufsagten und offen vom Anschluß ans deutsche Reich sprachen; auch anderwärts wurde dies als Wunsch verkündet, besonders in Deutschböhmen, Schlesien und im Salzkammergut.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz war nach dem großen Erfolge der Verbündeten im Spätjahr 1917 längere Ruhe eingetreten. Erst Ende Mai 1918 begannen die Italiener, bei denen Graf Cadorna durch General Diaz als Oberbefehlshaber ersetzt worden war, im Etschtal und am Monte Asolane neue Angriffe; sie scheiterten ebenso wie ein solcher, der am 9. Juni beim Pertica-Berge unternommen wurde.

Das Armee-Oberkommando, bei dem Kaiser Karl selbst den Ober-

befehl führte, während Generaloberst Arz von Straußenberg Chef des Generalstabes war, hatte einen neuen Vorstoß beschlossen, der Mitte Juli ausgeführt werden sollte. Anders als unter Conrad waren die Vorbereitungen mangelhaft, und der Plan dieses Unternehmens litt an demselben Fehler, wie jener des vorigen Herbstes: wiederum sollte die Hauptmasse des Heeres an der Piave vorstoßen, während für den Angriff aus Tirol nur schwache Kräfte zur Verfügung gestellt wurden. Im ersten Anlauf erzwang das österreichisch-ungarische Heer den Übergang über die Piave; als es im jenseitigen Raum zähen Widerstand fand, blieb der Angriff stecken, ja die Truppen mußten über die Piave zurückgenommen werden; dies geschah unter schweren Verlusten. Bei dem ganzen unglücklichen Unternehmen hat Verrat eine üble Rolle gespielt; doch zeigte sich das Heer auch kampfesmüde; die Verpflegung war ganz ungenügend und das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften bei manchen Truppenteilen geradezu feindselig.

Dies war die letzte große Kriegshandlung des k. u. k. österreichisch-ungarischen Heeres; als sie gescheitert war, trat für einige Zeit wieder verhältnismäßige Ruhe ein.

Die Vorgänge an der Piave steigerten die allgemeine Erbitterung im Volke — weil es kennzeichnend für die unter den Deutschen herrschende Stimmung ist, sei mitgeteilt, daß Kaiserin Zita beschuldigt wurde, den Plan zur Piaveschlacht durch ihre Brüder an die Verbandsmächte verraten zu haben.

Kennzeichnend war es weiter, daß der zurückgetretene Minister des Äußeren Graf Czernin am 19. Juli im Herrenhaus Aufsehen erregende Vorwürfe gegen die Regierung erhob. Er sagte: „Unsere Politik krankt daran, daß wir zwar in der äußeren Politik Gott sei Dank den deutschen Kurs steuern, daß im Innern aber ein planloses Herumlavieren stattfindet und die Regierung die haßgeschwängerten tschechischen und südslawischen Angriffe gegen alles, was deutsch ist, mit gleicher mütterlicher Liebe umfaßt. Das Geschrei: ‚Los von Deutschland' setzt eine Felonie voraus, die überdies blödsinnig wäre". Das war deutlich, und es war klar, gegen wen diese Worte gerichtet waren. So weit war es gekommen, daß ein früherer Minister in solcher Weise glaubte reden zu sollen!

Alles deutete darauf hin, daß der Zusammenbruch unvermeidlich sei, wenn nicht ein starker Wille mit großem Entschlusse eingreife; es wurde davon gesprochen, daß Kaiser Karl abdanken und an seiner Stelle der tüchtigste Erzherzog mit unbeschränkter Machtvollkommenheit die Rettung versuchen solle. Zeit war um so weniger zu verlieren, als das Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften unerträglich geworden war. Alsbald nach seiner Krönung zum König von Ungarn hatte Karl den willensstarken, bundestreuen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza entlassen; seit-

dem schritt die Lösung der staatlichen Bande rasch fort und der unfähige Herrscher irrlichterte von einem untauglichen Versuche zum andern. Das Land war des Krieges müde, und es wurde offen davon gesprochen, daß Ungarn seinen Sonderfrieden mit den Verbandsmächten ohne Rücksicht auf Österreich und das deutsche Reich suchen solle; hochverräterische Verbindungen mit den Feinden wurden angeknüpft, ohne daß die Staatsleitung etwas dagegen zu unternehmen wagte.

* * *

Die Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und seinen Bundesgenossen, die von vornherein ihre Schwierigkeiten gehabt hatten, waren seit der Niederwerfung Rumäniens immer unerfreulicher geworden. Es ist kein Zweifel, daß der fehlende politische Führerwille der maßgebenden deutschen Stellen ungünstig wirkte, aber auch andere Umstände wirkten dabei mit.

In Österreich hatte, soweit Kaiser Franz Josef, das Armee-Oberkommando, der größte Teil der Offiziere und die deutschen Truppen in Betracht kamen, gewiß der beste Willen bestanden, mit dem stärkeren Bundesgenossen freundschaftlich zusammenzuarbeiten; es war das um so begreiflicher, als man — abgesehen von dem militärischen Beistand — auf deutsche Hilfe angewiesen war, um über die staatliche Geldnot und den Mangel an Nahrungsmitteln sowie an Rohstoffen und Ausrüstungsbedarf aller Art für das Heer hinwegzukommen. Von reichsdeutscher Seite geschah, was angesichts der eigenen Lage nur immer geleistet werden konnte.

Die erste Abkühlung des Verhältnisses erfolgte, als das Armee-Oberkommando eine gewisse Überhebung und Unoffenheit der reichsdeutschen Obersten Heeresleitung zu beobachten glaubte, während General von Falkenhayn Chef des Generalstabs war; so führt Conrad von Hötzendorff Beschwerde darüber, daß er z. B. von dem deutschen Angriffsplan gegen Verdun nicht vorher unterrichtet worden sei, und daß bei erfolgreichen gemeinsamen Unternehmungen die deutsche Heeresleitung immer das Verdienst für die deutschen Führer und Truppen in Anspruch genommen habe. Die Reichsdeutschen — Offiziere und Mannschaften — machten bei den österreichischen Kameraden manche ungünstige Wahrnehmungen: das Pflichtgefühl, der Ordnungssinn, Pünktlichkeit und Zucht ließen gegenüber reichsdeutschen Begriffen viel zu wünschen übrig. Die Fälle des Verrats und feigen Ausreißens wurden mit Verachtung bemerkt. Nur machten die Reichsdeutschen, ganz unzulänglich unterrichtet über die Zusammensetzung des verbündeten Doppelstaates, den Fehler, den „Österreichern" allgemein zur Last zu legen, was Polen, Ruthenen, Tschechen usw. sich hatten zu schulden kommen lassen; sie unterschieden nicht zwischen den deutschen und undeutschen Bestandteilen des Heeres und urteilten

über die „Österreicher" schlechthin absprechend, überhoben sich auch ihnen gegenüber. Dies kränkte und erbitterte die Deutschen Österreichs, und es ist kein Zweifel, daß in der reichsdeutschen Verallgemeinerung des absprechenden Urteils über die „österreichischen" Kameraden eine Ungerechtigkeit lag — andererseits ist aber wieder unbestreitbar, daß auch deutsch-österreichische Offiziere und Truppen, am Maße deutscher Anforderungen und Leistungen gemessen, häufig und an vielen Stellen zu wünschen übrig ließen.

So wurde das Verhältnis vergiftet, und es wirkte besonders ungünstig, daß die Österreicher sich hauptsächlich über die absprechende, hochmütige Art der Preußen glaubten beschweren zu müssen. All das waren Erscheinungen, die jedenfalls in der Hauptsache hätten vermieden werden können, wenn die reichsdeutschen Führer, Offiziere und Mannschaften über die Zusammensetzung des verbündeten Völkerstaates und seines Heeres geeignet aufgeklärt worden wären. So bewirkten sie eine Entfremdung, die sich manchmal zwischen Reichsdeutschen und Deutsch-Österreichern zur Feindseligkeit steigerte.

So sehr man die Schwächen des verbündeten Heeres zugeben und anerkennen muß, daß auch sein deutscher Bestandteil davon nicht frei war — so sehr muß doch auch betont werden, daß unter den obwaltenden Umständen und alles in allem die Leistung des österreichischen Heeres die Erwartungen überstiegen hat, die reichsdeutsche Kenner der Monarchie gehegt hatten.

Die Madjaren hatten von je das Spiel getrieben, den Reichsdeutschen Freundschaft zu heucheln und ihnen gegenüber zu behaupten, daß ihr Haß dem österreichischen Staate und seinen willensschwachen Deutschen gelte. Jetzt im Kriege wiederholten sie dies gegenüber den reichsdeutschen Führern, Offizieren und Mannschaften mit um so größerem Erfolge, als sie ihre Bewunderung für alles Reichsdeutsche beteuerten. So lange die Russengefahr bestand, hatten sie allen Anlaß sich als Deutschenfreunde aufzuspielen, und auch nachher wiederum, als die Rumänen im Lande standen. Als aber unter wesentlicher Mitwirkung deutscher Heere die Russen und Rumänen vom ungarischen Boden zurückgetrieben waren, ihre kriegerische Macht gebrochen und alle Gefahr beseitigt schien, änderte sich das Verhalten dieses falschen Volkes. Man beschwerte sich über das Verbleiben reichsdeutscher Truppen im Lande, bereitete ihrer Verpflegung Schwierigkeiten und gab zu erkennen, daß man der Gegenleistungen für die gewährte Waffenhilfe überdrüssig sei. Als aus Rumänien Getreidesendungen für das deutsche Reich durch Ungarn befördert wurden, wagte man sie zu beschlagnahmen, gab die deutschen Eisenbahnwagen nicht heraus — kurz, man gab sich so zu erkennen, wie man in Wahrheit immer gewesen war: als deutschfeindlich schlechthin. Dies Verhalten fand gegen

das Ende des Krieges durch Treubruch und Verrat seine schmähliche Krönung — schon vorher aber war klar, daß die innere Voraussetzung zu einem gedeihlichen dauernden Bündnis fehlte, da die Madjaren Feinde alles Deutschen waren. Dies war eine bittere Erkenntnis für jene, die sich durch den verschlagenen Bundesgenossen hatten täuschen lassen, so lange Ungarn gefährdet war.

Die Bulgaren waren allein durch die Erwartung auf die deutsche Seite geführt worden, im Bündnis mit den Mittelmächten Rache an Serbien nehmen und ihr Land vergrößern zu können; als der Krieg mit Rumänien kam, winkte ihnen der Wiedergewinn des im zweiten Balkankriege Verlorenen, und auch von der Türkei hatten sie verstanden sich Vorteile auszubedingen. Das Land, das noch unter den Wirkungen der Balkankriege litt, mußte vom deutschen Reich mit Geld, Waffen, Bekleidung und Rohstoffen unterstützt werden, und man hätte annehmen können, daß die deutsche Hilfe bei den Bulgaren Dankbarkeit hervorriefe. Etwas derartiges ist aber diesem eigensüchtigen, im Sinne des Wortes unliebenswürdigen Volke tartarischer Abstammung fremd; irgendwelche nähere inneren Beziehungen zwischen Deutschen und Bulgaren entstanden nicht. Das Verhältnis der beiderseitigen Offiziere zueinander war schwierig, und es forderte von den Deutschen große Selbstverleugnung, mit den überhebenden dabei gesellschaftlich unerzogenen Bulgaren auszukommen.

Politisch hatte es in Sofia — mit Recht — verstimmt, daß die deutsche Oberste Heeresleitung im Spätjahr 1915, als Serbien zusammengebrochen und das französisch-englische Hilfsheer über die mazedonische Grenze zurückgetrieben war, den Vormarsch auf Saloniki unterließ, obwohl Zar Ferdinand und die bulgarischen Generale ihn empfohlen hatten. Aus der serbischen Beute konnten die bulgarischen Ansprüche um so eher befriedigt werden, als Österreich-Ungarn keine Sehnsucht hatte, größere Gebietsteile des bezwungenen Königreichs zu erwerben. Anders war es aber nach der Besiegung Rumäniens: bei den Verhandlungen in Bukarest war den Bulgaren nicht die von ihnen heißersehnte ganze Dobrudscha zugesprochen worden sondern nur deren südlicher Teil; das Schicksal der Nord-Dobrudscha wurde von einer Verständigung mit der Türkei abhängig gemacht, die auf diese Weise von den Bulgaren eine andere Grenzführung am rechten Maritza-Ufer erreichen wollte. Bei den Bukarester Verhandlungen hatten die reichsdeutschen Unterhändler die Bulgaren im Stiche gelassen; ihr Verhältnis zu sämtlichen Bundesgenossen hatte einen Riß bekommen, dasjenige zur Türkei war geradezu feindselig geworden. Es war bezeichnend, daß man in Sofia von einem Marsch auf Konstantinopel redete. Die Vorenthaltung der Norddobrudscha erregte im Lande große Erbitterung; die deutschfeindlichen Kreise benutzten dies, um die Stellung des bündnisfreundlichen Ministeriums Radoslawow zu erschüttern, an

dessen Stelle am 17. Juni 1918 ein Ministerium Malinow trat, das offenkundig zum Vielverbande neigte. Die für die Mittelmächte ungünstige Entwicklung, die neben anderen Ursachen mit auf die unkluge Politik des Auswärtigen Amtes zurückzuführen war, wurde noch durch den Umstand gefördert, daß in Sofia die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten aufrecht erhalten worden war, nachdem Wilson den Mittelmächten den Krieg erklärt hatte; von der Kriegserklärung an Bulgarien hatte man in Washington abgesehen, um in der bulgarischen Hauptstadt einen diplomatischen Vertreter belassen zu können. Diese Gesandtschaft wurde der Sitz eines weit verzweigten Späherdienstes des Vielverbandes; sie arbeitete in Bulgarien und in der Türkei mit Bestechungen, um diese Bundesgenossen von den Mittelmächten loszureißen — und sie tat dies mit Erfolg. Die Regierungen in Berlin und Wien duldeten einen solchen unerhörten Zustand, obwohl die militärischen Stellen seine Beseitigung forderten!

Zu alledem kamen noch kurzsichtige, ja unverständliche wirtschaftliche Maßnahmen reichsdeutscher Kriegsgesellschaften, die Bulgarien schädigten und Erbitterung hervorriefen; so geschah es besonders, als die Tabakernten, für die eine andere Absatzmöglichkeit nicht vorhanden war, den Bauern nicht abgenommen wurden, obwohl das deutsche Reich Bedarf hatte; die Bauernschaft wurde dadurch aufs Äußerste gegen den deutschen Bundesgenossen aufgebracht.

Das Land stand seit 1912 fast ununterbrochen im Kriege; es war begreiflich, daß die Kriegsmüdigkeit wuchs. Sie wurde durch alle diese Umstände gefördert, und es trat auch immer mehr zu Tage, daß das Heer nach Hause wollte. Seit dem Spätjahr 1917 lagen die Bulgaren vor der mazedonischen Grenze; den Feinden war Zeit gelassen worden, sich zu verstärken, und es war zu erwarten, daß sie im geeigneten Zeitpunkt zum Angriff übergehen würden. Beim bulgarischen Heere befand sich nur eine deutsche Division; Zar Ferdinand beantragte Verstärkungen, als die feindlichen Angriffsabsichten offenbar wurden, aber dem wurde nicht stattgegeben. So blieb die Südflanke in der Hauptsache den Bulgaren überlassen, in deren Reihen bolschewistische Umtriebe, feindliche Bestechung, Kriegsmüdigkeit und Unzufriedenheit mit den Bundesgenossen zersetzend wirkten. Zar Ferdinand, der sein Volk kannte, sah dieser Entwicklung mit Besorgnis zu und sprach, auf die Erfahrungen im zweiten Balkankrieg gestützt, aus, daß die Mittelmächte unbedingt einen militärischen Mißerfolg an der mazedonischen Front verhindern müßten, weil die Bulgaren nicht mehr zum Stehen zu bringen seien, wenn sie erst einmal zu laufen angefangen hätten.

Die Türkei war, als sie sich im Spätjahr 1914 den Mittelmächten angeschlossen hatte, in noch üblerer Lage gewesen als Bulgarien, und der

deutsche Bundesgenosse mußte überall aushelfen, um das durch die Kriege mit Italien und den Balkanstaaten zerrüttete Land zum Kampfe gegen die Welt- und Großmächte fähig zu machen, auf deren Angriffe es nun gefaßt sein mußte. Das deutsche Reich tat alles, was es unter den für es selbst so schwierigen Verhältnissen tun konnte, um dies zu erreichen, und es ist unbestreitbar, daß in den ersten Kriegsjahren die Osmanen sich mit Ehren behaupteten. So weit die Staatsleitung in Betracht kam, war es nur der ganz enge Kreis um Enver, Talaat und Dschavid, die aufrichtig und aus Überzeugung bündnistreu waren — sonst wirkten die alten Beziehungen insbesondere zu Frankreich und England stark nach, und man mußte im deutschen Reich darauf gefaßt sein, daß mit der Beseitigung Enver Paschas und seiner Gesinnungsgenossen das Bündnis in Frage gestellt sein werde.

Es ist kein Zweifel, daß alle deutschen Offiziere und Mannschaften, die zur Hilfeleistung nach der Türkei geschickt wurden, mit dem besten Willen dorthin kamen — aber sie fanden sich in dieser ihnen ganz fremden Welt nicht zurecht, hatten keinen Begriff von dem Wesen des Osmanen und erblickten in dem, was sie im Verhalten der Türken nicht begreifen konnten, Gleichgültigkeit, Trägheit, Feigheit und Hochmut. Für die gewiß schwere Aufgabe, mit diesen „Orientalen" auszukommen, waren die Reichsdeutschen ebensowenig vorbereitet, wie sie es für das Zusammenarbeiten mit dem Völkermischmasch des k. u. k. Heeres und mit den Bulgaren gewesen waren, und wie dort, erregten sie auch hier Anstoß, wenn sie — dem eigenen Wesen gemäß — scharf und schneidig anpacken, gegen Fehler schroff vorgehen wollten. Diese Dinge führten zuerst zu Peinlichkeiten, dann zur Entfremdung, und das Auseinanderleben der Bundesgenossen wurde noch gefördert, als die Berliner Regierung es nach der Öffnung des Weges nach Konstantinopel zuließ, daß neben ehrbaren, tüchtigen Kaufleuten und Unternehmern beutegierige Geschäftsabenteuerer aller Art, besonders jüdische, sich über die Türkei ergossen, die das Land ganz als Gegenstand ihrer Ausbeutung behandelten.

In den beiden letzten Kriegsjahren ließ die militärische Leistung der Türken viel zu wünschen übrig; wo sie mit neuzeitlich ausgerüsteten Feinden zusammenstießen, hielten sie nicht Stand. Um so verdrießlicher war es für die Deutschen, nachdem deutsche Waffentaten Rußland ganz daniedergeworfen, nachdem deutsche Truppen Transkaukasien besetzt hatten, nun die Türken, die in Syrien, Mesopotamien und Palästina dringendere Arbeit zu verrichten gehabt hätten, am Schwarzen Meere auftauchen zu sehen. Ihre Führer handelten dabei zweifellos den Deutschen gegenüber hinterhältig, ja böswillig; sie eröffneten an einer Stelle, wo kein Krieg mehr zu führen war, einen auf Raub und Plünderung ausgehenden Feldzug in Transkaukasien, mordeten und wüteten in Armenien und behinderten

die deutschen Bundesgenossen, die nach Transkaukasien nur gegangen waren um für die Herstellung des Kriegsbedarfes so wichtige Bodenschätze wie Kupfer und Erdöl zu sichern, an deren Fortschaffung. Die Deutschen, die das Treiben der türkischen Machthaber und ihrer verwilderten Truppen in Transkaukasien und Armenien kennen lernten, wandten sich mit Abscheu von solchen Bundesgenossen ab. Der Krieg war dort entartet; in Konstantinopel und an den eigentlichen Kampffronten wurde die Bestechung der Verbandsmächte wirksam — kurz: der Wert dieses Bundesgenossen war nach jeder Richtung hin in Frage gestellt. Mit den Bulgaren lagen die Türken wegen der Dobrudscha- und Maritzafrage in Streit; mit den Deutschen rissen die Widerwärtigkeiten wegen der Habsucht, Böswilligkeit und Grausamkeit der türkischen Machthaber in Armenien und Transkaukasien nicht ab, während die Engländer von allen Seiten dem Hauptsitze der osmanischen Macht näher rückten.

Weder die deutsche Botschaft am Bosporus noch das Auswärtige Amt in Berlin verstanden es, die deutschen Vorschläge oder Forderungen — auch wenn sie zum Vorteil der Türkei gedacht waren — durchzusetzen; das gelang nur, wenn die Oberste Heeresleitung eingriff oder wenn die deutschen Befehlshaber ihrem Verlangen an Ort und Stelle Nachdruck verschafften.

In Transkaukasien fanden die deutschen Truppen zu ihrem Erstaunen die schönen und wohlhabenden Siedlungen schwäbischer Landsleute und lernten so den äußersten südosteuropäischen Vorposten ihres Volkes kennen.

* * *

Wenn man die Entwicklung des Verhältnisses der drei Bundesgenossen zum deutschen Reich überschaut, wird klar, daß sich der Mangel jeder festen politischen Führung geltend machte, ja daß ihm die Hauptschuld an dem politischen Verfall des Vierbundes, wie an der inneren Zermürbung der verbündeten Staaten, zufiel. Das deutsche Reich trug die Hauptlast dieses Krieges — also hatte es auch den Anspruch auf die politische Führung; ja, es ist kein Zweifel, daß die anderen auf diese Führung warteten.

Aber woher sollte sie kommen? Die Berliner Leitung hatte seit Beginn des Krieges — und hierin brachte der Abgang Bethmann Hollwegs nicht die geringste Änderung, da sein staatsverderbliches System verblieben war — ihr eigenes tüchtiges, tapferes, zu jedem Opfer bereites Volk auseinanderregiert; ihre traurige Außenpolitik hatte das Reich bei den Feinden und Neutralen um jede Achtung, jede Furcht gebracht. Wie sollten sie die Bundesgenossen mit starker Hand führen können? Wie sollten sie, die selbst nicht an den deutschen Sieg glaubten, jenen das Vertrauen auf den glücklichen Ausgang beibringen?

Es war nicht anders: als die Oberste Heeresleitung dazu schritt,

die Entscheidung des Krieges im Westen zu suchen, hatte das Reich in Wahrheit nur noch einen Bundesgenossen — die Deutschen Österreich-Ungarns.

Der Endkampf im Westen.

Daß auf dem Kriegsschauplatz im Westen im Jahre 1918 die Entscheidung gesucht werden und fallen mußte, darüber war man sich in Deutschland und auch bei seinen Feinden klar. Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen drängte; die Zeit aber konnte nur für die Feinde zum Helfer werden. Zwar die Überlegenheit an Zahl blieb auf deren Seite, auch nachdem für die deutschen Heere im Westen alles herangezogen worden, was man sonst irgendwo entbehren zu können glaubte. Zweifellos mußte es die Heeresleitung schwer empfinden, daß noch 1½ Millionen Menschen trotz der Friedensschlüsse im Osten festgehalten waren. Der Gedanke läßt sich nicht abweisen, es wäre besser gewesen, die dortigen Pläne — abgesehen von der Sicherung der baltischen Lande — zurückzustellen, und alles was irgend möglich war, auf dem entscheidenden Kriegsschauplatz im Westen zu sammeln. Die besten Truppen waren ja bereits herübergeholt — doch wird von Sachkennern behauptet, daß hierin noch weiter hätte gegangen werden können und müssen, um auch auf deutscher Seite eine große „Reserve-Armee" zu bilden, wie sie die Feinde mit so großem Vorteil für die Entscheidung bereitgestellt hatten. Für die wichtigen Dienste und Aufgaben einer solchen mußten jeweils aus den minderbeschäftigten Frontteilen Truppen herausgezogen werden. Das hatte neben anderen Nachteilen die Folge, daß die Fronttruppen viel zu wenig Ruhe fanden. Über die Größe des Unternehmens war man sich im Großen Hauptquartier durchaus klar — aber wenn man den Sieg wollte, mußte der Angriff gewagt werden. Mit Rücksicht auf die ausgezeichnete Unterführung und die immer noch ganz hervorragenden Leistungen der Truppen war die Hoffnung auf den Endsieg auch berechtigt.

Nach gründlichen Vorbereitungen, in denen das Größte und Kleinste vorbedacht war, setzte am 21. März 1918 der erste deutsche Angriff ein: In einer Breite von 80 km von Monchy an der Sensée bis La Fère an der Oise traf er mit vernichtender Gewalt die dritte und fünfte englische Armee. In vier Tagen war der Vorstoß 30 km weit vorgedrungen und hatte 45000 Gefangene und über 600 Geschütze eingebracht. Anfang April gelangte er bis auf 13 km vor Amiens und erreichte eine Tiefe von 65 km. Dann aber blieb der Angriff stecken, da er bei Albert an der Ancre und zwischen Montdidier und Noyon auf zu starke Stellungen des Gegners traf; es kam wieder zum Stellungskampf.

Am 9. April begann mit voller Überraschung ein neuer deutscher Angriff in Flandern, der die englisch-portugiesischen Truppen in wenigen

Tagen über 20 km zurückwarf und am 25. April in der Einnahme der beherrschenden Kemmel-Stellung gipfelte. Dann aber kam auch hier der Angriff nicht mehr vorwärts. Die Verbandsmächte erkannten die dringende Gefahr und griffen als entscheidendes Mittel rücksichtsloser Abwehr zur Vereinheitlichung der Kriegsleitung, indem General Foch zum obersten Befehlshaber, zum „Generalissimus" sämtlicher verbündeten Streitkräfte ernannt wurde. Die Wahl war gut: General Foch ist ein Mann von eisernen Nerven, großer strategischer Befähigung, gründlichem militärischen Wissen und starkem Willen; er hat in schwierigen Lagen keinen Augenblick die Ruhe verloren, und verstand es rasch sich das notwendige Ansehen bei den Unterführern zu schaffen.

Die Deutschen sahen die Lage trotz des Stockens beim Vordringen für gut an. Freilich waren sie sich bewußt, daß die notwendig gewordenen Pausen die Abwehrmaßnahmen der Gegner erleichterten, aber die Notwendigkeit, die Kräfte zu schonen, den Truppen Erholung zu gewähren, sowie die Schwierigkeit des Nachschubes machten sie zu einem unvermeidlichen Übel.

Am 27. Mai erfolgte ein Angriff der Heeresgruppe deutscher Kronprinz in Richtung auf Paris, aus der Front zwischen Noyon und Reims. Seine Erfolge waren noch größer als jene des März und April. Im stürmischen Anlauf wurden die englischen Stellungen am Damenweg und die französischen bei Soissons geworfen: die Deutschen erreichten bei dieser Stadt die Hauptstraße nach Paris und durchschnitten die strategische Hauptbahn des Feindes, die Paris mit Ostfrankreich verband. Die deutsche Beute betrug damals etwa 200000 Gefangene, 2500 Geschütze, 15000 Maschinengewehre.

Bei all diesen großen Angriffsschlachten hatte das deutsche Heer seine kriegerischen Tugenden noch einmal herrlich bewährt. Die Stimmung der im Bewegungskampfe unüberwindlichen Truppen war ausgezeichnet und siegesgewiß, und auf die Heimat fiel der Abglanz der großen Ereignisse an der Front: noch einmal lebte in ihr der Siegeswille auf, noch einmal zog stolze Freude und Begeisterung in den deutschen Landen ein und alle Vaterlandstreuen vertrauten darauf, daß Hindenburg und Ludendorff mit ihrem wundervollen Heere das Schicksal im Westen meistern würden, wie sie es im Osten getan hatten. Die anderen aber — die Leute des Verzichtes, der Verständigung und des innerpolitischen Eigennutzes — standen verstört beiseite: sollte das deutsche Reich nun doch wirklich siegreich bleiben?

In dieser für Frankreich furchtbar schweren Zeit bewiesen die Franzosen wiederum ihre unerschöpfliche Vaterlandsliebe, ihren Stolz und ihren Opferwillen. Gewiß ging ein neuer Schrecken durch das Land, stand doch Kronprinz Wilhelm 60 km vor Paris. Aber kein Wort von

Friede oder Verhandlungen wurde laut. Clémenceau fand den rechten Ausdruck der wilden Entschlossenheit des französischen Volkes, den Kampf bis zum äußersten fortzuführen, als er in der Kammer bei der Erörterung der durch die deutschen Siege geschaffenen Lage unter dem Jubel der Abgeordneten ausrief: „ich schlage vor Paris, ich schlage in Paris, ich schlage hinter Paris."

Wo war der deutsche Staatsmann, der diesem Greise an Entschlossenheit gleich oder nur ähnlich gewesen wäre?

In dieser Zeit hat nun, wenn man von den durch die Presse bekannt gewordenen Schilderungen der beim Heere befindlichen Berichterstatter ausgeht, die erst nach Prüfung durch militärische Stellen veröffentlicht werden durften, die Nachrichtenabteilung bei der Obersten Heeresleitung versagt, so daß in der Heimat die falsche Anschauung verbreitet wurde, durch die bisherigen deutschen Angriffe sei die französische Hauptreserve aufgebraucht, während sie in Wirklichkeit in einer Stärke, die dem schwer mitgenommenen deutschen Heere gefährlich werden konnte — es wird behauptet 50 Divisionen —, zum Eingreifen bereit stand. Die Oberste Heeresleitung bestreitet sich über die feindliche Reserve geirrt zu haben und betont die Notwendigkeit des deutschen Angriffes, weil er das einzige Mittel gewesen sei — im Falle des Gelingens — den Feind verständigungsbereit zu machen.

Am 15. Juli begann bei der Heeresgruppe Kronprinz der letzte deutsche Angriff in einer von der bisherigen abweichenden Richtung, mehr nach Südosten und Osten gerichtet. Man hoffte wohl Reims einzuschließen, sowie den wichtigen Verbindungsweg zwischen Paris und der französischen Front bei Nancy—Verdun abzuschneiden.

Nachdem der Vorstoß sich hoffnungsvoll angelassen hatte, setzte am 18. Juli die entscheidende Gegenwehr der Hauptreserve Fochs ein. Mit 35 Divisionen brach er aus den Waldungen von Fontainebleau überraschend in die Flanke des letzten deutschen Vorstoßes vor, wo nur 15 deutsche Divisionen standen.

Die ungebrochene Kampfkraft der deutschen Truppen verhinderte zwar den Durchbruch und ein Aufrollen der deutschen Front, aber die Zurücknahme der gesamten über die Marne vorgegangenen deutschen Truppen war unvermeidlich geworden. Der 17. Juli war der letzte Tag des deutschen Angriffs.

Zunächst ließ sich der deutsche Rückzug gut an. Man wich planmäßig aus und stand am 4. August in einer neuen festen Stellung auf den Aisnehöhen, nördlich Soissons und nördlich der Vesle. Da traf am 8. August ein sorgfältig vorbereiteter Vorstoß der englischen Armee Rawlinson auf den linken Flügel der Heeresgruppe Rupprecht und den rechten des deutschen Kronprinzen. Ein ungeheures Aufgebot an Geschützen, Schlacht-

fliegern und Kampfwagen, sog. „Tanks", leitete diesen Angriff ein und begleitete ihn; dichter Nebel begünstigte das Vorgehen der Feinde, das noch stehende Korn verschleierte den Vormarsch des Fußvolkes; dieser 8. August muß als der Entscheidungstag des Krieges angesehen werden.

Die Deutschen wurden an verschiedenen Stellen überrannt, verloren Gefangene und Geschütze — ein Durchbruch war trotzdem wieder nicht gelungen. Dagegen hatten sich aber Erscheinungen gezeigt, die auf den Geist wenigstens eines Teiles der deutschen Truppen ein übles Licht warfen; geschlossene Truppenteile hatten sich dem Feinde ergeben, ohne genügende Abwehr zurückgehende Truppen hatten anderen braven Abteilungen, die pflichttreu zum Gegenstoß vorgingen, zugerufen: „Ihr Streikbrecher — Kriegsverlängerer." Die seit mehr als einem Jahre mit jüdisch-russischem Gelde und deutscher Verranntheit betriebene sozialdemokratische Zermürbung des Heeres begann ihr Ziel zu erreichen!

Damit stieg das Gespenst der deutschen Niederlage vor der Heimat auf — alles mußte geschehen, um die furchtbare Gefahr abzuwenden.

Seit dem 8. August war es klar, daß nur noch ein Weg zu einem erträglichen Ende offen blieb: vom Gegner den Frieden zu verlangen und gleichzeitig planmäßig die noch ungebrochenen deutschen Heere in die stark verkürzte, sehr verteidigungsfähige Linie Antwerpen—Namen (Namür)—Metz zurückzunehmen. Zugleich mußte der Aufruf zum Volkskrieg erfolgen und das Vaterland in Gefahr erklärt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein geordneter Rückzug unter Bergung aller Vorräte und Verbindungstruppen in diese Linie möglich war, und denkbar ist es, daß die drohende Stellung des noch vollkommen widerstandsfähigen deutschen Heeres die Feinde veranlaßt hätte, den unvermeidlichen Riesenopfern und dem zweifelhaften Erfolg eines erneuten Angriffes einen erträglichen Frieden vorzuziehen.

Die Oberste Heeresleitung verlangte von den politischen Stellen noch im August, daß sie mit dem Antrag auf Friedensverhandlungen an die Feinde herantreten sollten; diese Anregung wurde von der Reichsleitung nicht oder ungeschickt ausgeführt. Aber auch der Rückzug in die angegebene Stellung wurde nicht angeordnet.

Die Lage war gewiß aufs Äußerste gespannt aber keineswegs verzweifelt. Von den Feinden hatte Frankreich, von den Bundesgenossen Österreich-Ungarn, wiederholt noch größere Fährlichkeiten überstanden, und es kam vor allem in Betracht, daß die deutschen Heere noch weit in Feindesland standen.

Alles kam darauf an, ob das deutsche Volk im fünften Kriegsjahr so viel sittlichen Halt, so viel Ausdauer, Nervenkraft und Opferwillen besaß, um seinen Feldherren und dem kämpfenden Heere von der Heimat

her den Rückhalt zu bieten, der für den erfolgreichen Widerstand notwendig war.

Ganz zugespitzt lautete die Schicksalsfrage: ob die Deutschen dieser Zeit dem westlichen Erbfeinde an jenen seelischen Kräften ebenbürtig seien, die ein Volk in der höchsten Not retten können.

Sehen wir zu, wie die Heimat diese Frage beantwortet hat.

Der Zusammenbruch.

Während die großen Heerführer mit ihren Helfern und Unterfeldherren im Westen den Entscheidungsschlag vorbereiteten und dann von der dritten Märzwoche bis Mitte Juli die deutschen Heere noch einmal zu Siegen geführt hatten, die an die ersten Kriegszeiten erinnerten — während die Kämpfer an der Front die besten Eigenschaften der deutschen Soldaten durch stürmische Tapferkeit und lebenverachtenden Opferwillen zeigten —: während draußen so Großes geschah und die letzte Entscheidung im Werden war, ging das unheimliche Schicksal in der Heimat seinen verhängnisvollen Gang weiter. Wohl bewirkten die neuen Siegesnachrichten vorübergehend ein Aufflammen der Stimmung, aber von einer allgemeinen und nachhaltigen Erhebung der Seelen, wie der Ernst der Zeit sie erforderte, war nichts zu merken. Allein der Kreis der Völkischgesinnten hatte die ganze Bedeutung des Weltkrieges für das deutsche Volk erkannt und wußte, daß die Mittelmächte bei dem Vernichtungswillen der Feinde keine andere Wahl hatten, als zu siegen oder unterzugehen; er ermüdete nicht in seinen Anstrengungen, die Deutschen zum Durchhalten bis zum Äußersten zu ermahnen, blieb aber mit der gesinnungsverwandten Presse bei diesen Bemühungen vereinsamt. Heftiger als je wurden ihm die Verleumdungen der Leute des Verzichtes und des Verständigungsfriedens entgegengeschleudert, als dächten diese „Kriegsverlängerer" nur an ihren Vorteil und seien Willens ihm ungezählte weitere Menschenleben zu opfern. Es tobte so etwas wie eine „innerpolitische Generaloffensive" gegen die verhaßten „Alldeutschen", bei der die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt die Hand im Spiele hatten. Die Regierenden machten gar nicht den Versuch, die Führung des Volkes im letzten Augenblicke in die Hand zu nehmen; ihrer ganzen Art nach konnten sie ihn auch nicht machen, und der Kaiser raffte sich auch jetzt nicht zu dem Entschlusse auf, starke Persönlichkeiten mit der Leitung der Reichsgeschäfte zu betrauen. Die Zeit war überreif für die „Diktatur", für die Übertragung des Inbegriffes aller staatlichen Machtbefugnisse an einen oder mehrere Männer von ungebrochener Nerven- und Willenskraft, die, mit politischem Instinkt und in genauer Kenntnis des Führungsbedürfnisses ihres Volkes, das Rettungswerk in Angriff genommen hätten. Dem Kaiser selbst fehlten alle Eigenschaften zum „Diktator"; er hätte aber Männer finden können, die die notwendigen

Taten verrichteten. Damit wäre im deutschen Reiche endlich dasselbe geschehen, was die „großen Demokratien des Westens", was England, Frankreich und die Vereinigten Staaten vorher getan hatten: dort hatte man erkannt, daß ein Krieg solcher Art die höchste Kraftanspannung der Völker erheischt, die nicht durch das Hineinreden der Parlamente erreicht werden kann sondern nur durch die Überlassung der höchsten Gewalten an Vertrauensmänner der Volksgesamtheit. So hatten in England Lloyd George, in Frankreich Clémenceau, in den Vereinigten Staaten Wilson die unumschränkte Gewalt an sich gerissen, und es dachte im Ernste niemand daran sich dieser Notwendigkeit zu widersetzen; diese Völker fügten sich den innerpolitischen Anforderungen, die der Krieg an sie stellte; *sie ließen Demokratie Demokratie sein, um den Krieg zu gewinnen.* Anders im deutschen Reiche! Hier sah es nachgerade so aus, als ob der Krieg nur geführt werde, um den Mehrheitsparteien Gelegenheit zu geben, ihre Machtansprüche gegen das Reich und die Bundesstaaten, gegen den Kaiser und die Bundesfürsten durchzusetzen. Und kein zornig-entschlossenes Wort, keine Tat, die sie in die Schranken zurückgewiesen, die ihnen „ihres Nichts durchbohrendes Gefühl" beigebracht hätte.

Ruchlose Reden gingen durch das Land: „wenn der Krieg gewonnen werde, komme die Reaktion oben auf"; „der Sieg an der Front bedeute den Sieg des Militarismus in der Heimat", und dem Sinn nach ähnliche Sätze. Politische Wortführer der Sozialisten sprachen offen davon, daß ein deutscher Sieg für die Entwicklung der Demokratie unerwünscht sei — insgeheim äußerten sich Anhänger der bürgerlich-jüdischen Demokratie im gleichen Sinne.

Die Oberste Heeresleitung wurde beschuldigt, die politische Herrschaft an sich gerissen zu haben; die Bemühungen, die Mannschaften draußen und in der Heimat über die Bedeutung des Krieges aufzuklären, wurden als „reaktionär-annexionistisch alldeutsche" Stimmungsmache verdächtigt, so daß die Kriegsverwaltung sich einschüchtern ließ.

In den Eisenbahnen und Wirtshäusern, überall, wo Menschen zusammen waren, fanden sich gewissenlose Hetzer, die dem Überdruß am Kriege das Wort redeten und die Notwendigkeit seiner Beendigung mit krausesten Behauptungen begründeten, die allzu oft auf die Urteilslosen Eindruck machten. Gewiß war der Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen immer drückender geworden, so daß die Not groß war — *gewiß* wurden in Massen selbständige mittlere und kleinere Kaufleute, Unternehmer und Handwerker, die im Felde standen, wirtschaftlich vernichtet, während Altersgenossen, die aus irgendwelchen Gründen vom Kriege befreit waren (die „Reklamierten") die Lage ausnutzen konnten und rasch in die Höhe kamen — *gewiß* litt der Mittelstand, dessen Einnahmen sich nicht erhöhen ließen unter den maßlos wachsenden Kosten

der gesamten Lebenshaltung — gewiß war es für ungezählte Familien, deren Väter gefallen oder jahrelang Dienst zu tun hatten und die des Ernährers entbehrten, hart, auf die jedenfalls für größere Städte unter solchen wirtschaftlichen Verhältnissen unzureichende Kriegsunterstützung beschränkt zu sein — gewiß fühlten sich besonders die Frauen von den verkehrten wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung verstimmt; das alles erzeugte wachsenden Unwillen, dessen Äußerungen aber die Hauptsache übersahen: daß England der Urheber aller Not und daß es nur ein sicheres Mittel gab, ihr ein dauerndes Ende zu bereiten, nämlich die innere Festigkeit, die Entschlossenheit des deutschen Volkes, die vorübergehende Not bis zum Siege zu ertragen.

Und keiner unter den Regierenden, der es verstand den Unwillen über die innere Not auf die Feinde zu lenken, aus ihm den Entschluß zu wecken bis zum Äußersten durchzuhalten! So machte die Zermürbung der Gemüter ungehemmt Fortschritte. Dazu kam die Zerstörung des Rechtsbewußtseins, des Sinnes für Gesetzlichkeit, die eine Folge jener vernunftwidrigen Gesetzesmacherei war, die das Volk seit Kriegsbeginn über sich hatte ergehen lassen müssen. Die Zahl der Verordnungen, die sich insbesondere auf die Verfügung und Verteilung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen bezogen, war unübersehbar, ihr Inhalt so, daß niemand mehr wußte was Recht oder Unrecht sei. Vor allem: wer den Bestimmungen über die Ernährung nachkommen wollte, geriet in Gefahr zu verhungern; so gab es schließlich kein Haus mehr, in dem nicht obrigkeitliche Anordnungen Tag für Tag übertreten wurden. Die Schleichhändler waren dazu behilflich und ließen sich die Gefahr, die sie dabei liefen, mit Wucherpreisen bezahlen; keine noch so hohen Strafen vermochten den Schleichhandel zu unterdrücken. Alle Vorschläge an die Regierenden, so verderblichem Treiben durch Aufhebung der vernunftwidrigen Wirtschaftsmaßnahmen zu steuern, blieben unerhört. Das flache Land, dessen Geist durch den Schleichhandel angegriffen, ja zum guten Teil vergiftet war, sollte mehr liefern, als es bisher geboten hatte: im Wege des Zwanges, der oft Unschuldige traf, suchte man dies zu erreichen und übertrug damit die Erbitterung auch auf die Landbevölkerung. Die Geschäfte der Staatsfeinde gediehen: aus Rücksicht auf die Massen hatte man die „Zwangswirtschaft" eingeführt. In Wirklichkeit diente dies System, wenn auch nicht von vornherein mit Absicht so doch im Verlaufe seines Ausbaues, der Bereicherung jener Kreise, die seine Träger waren — und dies waren vor allem die Juden. Je länger je mehr litten die Massen unter diesen Maßnahmen und wurden dem Staate aufsässig; statt auf dem Wege umzukehren, erregte man noch das Landvolk: wer sollte denn den Staat noch halten?

Das fortgesetzte Zuwiderhandeln gegen obrigkeitliche Verordnungen, die selbst von ihren Urhebern nicht befolgt wurden, weil es unmöglich war, führte zu einem Zustand allgemeiner Entsittlichung, von dem Schlimmes zu erwarten war. Dazu kamen die gesteigerten Einnahmen der Masse, von den jüngsten Arbeitern beiderlei Geschlechts an; für sie verlor das Geld jeden Wert, und die Verwilderung der Jugend und der Frauen nahm überhand. Die Verbrechen häuften sich.

Der Mangel einer festen, auf Großes gehenden politischen Führung machte sich bis in die untersten Schichten geltend. Die Mehrheitsparteien und ihre Presse hatten es völlig aufgegeben aus diesem Kriege für ihr Volk etwas heimzubringen, das seine Zukunft sichern konnte; sie waren „international" schlechthin geworden, faselten vom „Weltgewissen", setzten sich für das „Selbstbestimmungsrecht" der besiegten Völker ein, schwärmten für den „Völkerbund" und erblickten in der „Freiheit der Meere" das oberste Kriegsziel. Es war ihnen vorbehalten, die einzigen Internationalen unter den kriegführenden Völkern zu sein, da die Sozialisten und Klerikalen aller anderen Länder im Kriege ausgesprochen „national" geworden waren.

In der jüdischen Presse wurde für den baldigen Abschluß des Krieges durch einen „Geschäftsfrieden" Stimmung gemacht — als ob dieser furchtbare Völkerzusammenstoß etwas sei, was durch Verhandlungen im geschäftlichen Sinne ausgeglichen werden könne. Für die Mehrheitsparteien und alles, was in Presse und öffentlichem Leben an Pazifizisten, Verzichtleuten und Verständigungspolitikern zu ihnen hielt, war Präsident Wilson der Hohepriester der neuen Zeit der Abrüstung, des Völkerbundes und des Selbstbestimmungsrechts der Völker geworden, seit er dem Kongreß zu Washington durch seine Botschaft vom 8. Januar 1918 die zu weltgeschichtlicher Bedeutung gelangten „14 Punkte" offenbart hatte, die nach seiner Ansicht die Bedingungen des Weltfriedens bilden müßten; zu ihnen hatte er in einigen Ansprachen noch weitere Erläuterungen gegeben.

Wer die „14 Punkte" Wilsons so verstand, wie sie nach Wortlaut und Sinn gemeint waren, erkannte sofort, daß ein Friede auf dieser Grundlage das Ende des deutschen Reiches und Österreich-Ungarns bedeuten werde: darin wurden dem annoch sieghaften deutschen Reiche nicht nur die Wiederherstellung Belgiens und die Herausgabe aller in Ost und West besetzten Gebiete angesonnen, sondern auch die Wiedergutmachung des an Frankreich im Jahre 1871 angeblich verübten Unrechtes und die Wiederherstellung eines freien selbständigen polnischen Staates mit gesichertem Zugang zur Ostsee.

Das bedeutete: Das deutsche Reich solle nicht nur unter Verzicht auf seine Kriegskosten Belgien und Nordfrankreich räumen sondern sämt-

liche dort durch den Krieg verursachten Schäden auf seine Kosten wiederherstellen — schlimmer noch: es solle auf Ausdehnungsmöglichkeiten im Osten verzichten; — am schlimmsten: es solle das Reichsland an Frankreich herausgeben und die polnisch gemischten Gebiete Preußens an den zukünftigen polnischen Staat abtreten.

Die Kundgebung so ungeheuerlicher Bedingungen durch das Oberhaupt eines der feindlichen Staaten hätte eigentlich allein schon genügen sollen, die Geister im Reiche über die Absichten der Feinde aufzuklären und den Willen zum Durchhalten aufs Äußerste zu stärken. Aber die Leute des Geschäfts- und Verständigungsfriedens waren ganz anderer Meinung: sie sahen in Wilson den großen Demokraten, den Propheten einer neuen Staatskunst, den wahrhaft „modernen" Staatsmann; die von ihm verkündeten Hochziele des Völkerbundes, der Abrüstung, des Freihandels, der Freiheit der Meere, der „offenen Diplomatie" waren ihre eigenen, und auch die Räumung Belgiens, Frankreichs und Rußlands entsprach ihrer Meinung; so dachte man sich die „Verständigung", die das deutsche Volk freilich politisch und wirtschaftlich erdrücken mußte, und rechnete nach Händlerart damit, daß Wilson in bezug auf Elsaß-Lothringen und Polen „vorgefordert" habe und darüber mit sich reden lassen würde. Und die Vertreter so unpolitischer Anschauungen konnten die öffentliche Meinung des im Kampfe ums Dasein stehenden deutschen Volkes beherrschen, weil sie die Parteien der Massen und die Massenpresse für sich hatten — diese auch wirtschaftlich nur ganz klein denkenden, die machtpolitischen Grundlagen jeder Volkswirtschaft außer acht lassenden Krämerseelen wurden die schicksal-bestimmenden Wortführer eines Volkes, dessen Blüte im Waffenkampfe mit fast der ganzen bewohnten Erde höchstes Heldentum bewies. Diese für die Ehre des deutschen Volkes Gefühllosen durften ungehindert Meinungen vertreten, die das Ehrgefühl der zu Hause Gebliebenen abstumpften und schließlich töteten. Um die Gegensätze der Weltanschauung in ihren Helden zu spiegeln: dieselben, die Hindenburg und Ludendorff mit ihrem Hasse verfolgten, waren die Verehrer des Präsidenten Wilson. Er wurde ihr Götze, und blieb es, bis er selbst vor ihnen in Versailles ihr Götzenbild zerschlug. Von allen Beweisen, die das deutsche Volk seit Bismarcks Entlassung in bezug auf seine politische Instinktlosigkeit gegeben hatte, ist dies der allerbeschämendste, daß Menschen, die auf politisches Urteil Anspruch erhoben, dem widerwärtigsten und verlogensten Feinde ins Garn gingen, daß sie als politischen Idealismus ansahen, was platteste Gemeinplätze waren, daß sie die gotteslästerliche Salbung eines Herz- und Gemütlosen für Menschenliebe und als Ausfluß neuester Staatsweisheit nahmen. Daß dies mit Hilfe der jüdischen und jüdisch-bestimmten Zeitungen geschah, nimmt dem Vorgang nichts vom Beschämenden, läßt im Gegenteil

die Urteilslosen in ihrer ganzen geistigen Abhängigkeit von einer zwar deutsch-geschriebenen, aber deutschfeindlichen Presse erscheinen.

Wer will es den Vaterlandstreuen verdenken, wenn sie trotz der neuen Siege im Westen die Gefahr des Zusammenbruches der Heimat näher rücken sahen!

Dabei wurde bekannt, daß auch an der Front nicht mehr alles war, wie es sein sollte. Der lange Krieg hatte die Berufsoffiziere in Massen verbraucht; insbesondere die Leutnante und Oberleutnante, die mit den Truppen am meisten zusammenleben, waren furchtbar zusammengeschmolzen. So mußten die fehlenden untersten Führer dadurch beschafft werden, daß in Massen „Kriegsleutnante" ernannt wurden, die man den im Besitze des Einjährigen-Zeugnisses Befindlichen entnahm. Der Krieg verwirklichte die alte Forderung der Linken nach „Demokratisierung des Offizierskorps", indem auch Leute befördert wurden, die weder nach Bildung und Lebensführung noch nach ihrer Herkunft den Mannschaften überlegen waren, also der Unterlagen jedes Führerberufes entbehrten. Es ist sicher, daß unter diesen viele waren, die sich trotzdem bewährten — ebenso sicher aber auch, daß viele sich über den gemeinen Mann erhoben, nun den Vorgesetzten zur Schau trugen und hoffärtig wurden. Es ist unendlich oft ausgesprochen worden, daß der Soldat fast immer mit seinen Berufsoffizieren und älteren Vorgesetzten aus dem Beurlaubtenstande gut auskam, daß er dagegen viele Beschwerden gegen die hochmütigen „Kriegsleutnante" hatte, die ihn von oben herab, also unkameradschaftlich behandelten, auch wenn sie viel jünger waren. Das „Reklamiertenunwesen" erregte viel böses Blut; es kam in zahllosen Fällen vor, daß Kriegsdienstfähige aller Berufe, durch irgendwelche Verwendung, in der Heimat und in ihrer Tätigkeit belassen wurden, während ihre Berufsgenossen im Felde standen; die meinten nun, daß eine Ablösung, ein Auswechseln sehr wohl möglich sei, und empfanden es mit Fug als Ungerechtigkeit, daß jene Jahre hindurch von jedem Kriegsdienst frei blieben und zu Hause Geld verdienen konnten, während sie selbst unabgelöst den Gefahren und Anstrengungen des Krieges ausgesetzt waren. Noch schlimmer war es, daß an Begünstigung, ja an Bestechung geglaubt werden konnte, die Massen von Kriegsdienstfähigen in der Heimat zurückhielt. So erregte der Menschenbedarf der verhaßten Kriegsgesellschaften besonders an der Front Anstoß. Die jüngsten Jahrgänge des Ersatzes ließen viel zu wünschen übrig; die großstädtische Jugend, die aus den Munitionsfabriken kam, erwies sich als sozialistisch verhetzt und oft minderwertig; wo sie unter älteren, wackeren Kameraden verteilt waren, wurden sie doch erzogen und brauchbar. Was vom Osten nach dem Westen kam, war nicht selten bolschewistisch verseucht und wirkte nun dort ansteckend; es war nicht hinreichend darauf geachtet worden, die Truppen im Osten vor deutschgeschriebenen bolschewisti-

schen Druckschriften und vor dem Verkehr mit Verführern zu sichern. Die Nachgiebigkeit gegen die Machthaber der Reichstagsmehrheit hatte längst dazu geführt, daß ungehemmt sozialistische Zeitungen und Schriften an die Front kamen; fast noch schlimmer wirkte die bürgerliche Judenpresse, die in Massen verbreitet war und die mit ihrer unablässigen inneren Hetze, mit ihrem Kampf gegen jedes Siegesziel, mit ihrer Verdächtigung der Völkischgesinnten als Kriegsverlängerer je länger je mehr die Gemüter zermürbte. An der eigentlichen Kampffront, vorn am Feinde, herrschte trotzdem fast durchweg ein ausgezeichneter Geist: man muß die sittliche Widerstandskraft der Männer bewundern, die in den schwersten Gefahren und Anstrengungen trotz aller schädigenden Einflüsse pflichtgetreue Vaterlandsverteidiger blieben. Der Feind hatte ein neues Mittel gefunden, diese ganz vorn Stehenden zu bearbeiten, indem er von Flugzeugen aus Massen von Drucksachen über sie ausschüttete, in denen ihnen die Nutzlosigkeit des Widerstandes, die Verruchtheit ihrer Regierung usw. dargetan wurde — alles mit der Aufforderung verbunden die Waffen niederzulegen.

Hinter der Front, in den Verbindungsstandorten, den sog. „Etappen", sah es längst unerfreulich aus. Dort waren Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften weit über Bedarf vorhanden, die nicht voll beschäftigt waren; sie hatten die Vorräte an Nahrungsmitteln bei der Hand und konnten ein Leben führen, wie es weder in der Heimat, noch viel weniger an der Kampffront möglich war. Unzureichende Beschäftigung bei gutem Leben verdarb die „Etappen", und es ist leider festzustellen, daß viele Offiziere den Untergebenen mit schlechtem Beispiel vorangingen. Unbegreiflich, daß die Heeresverwaltung dem allgemein bekannten Unwesen nicht zu Leibe rückte, insbesondere den Bestand der „Etappen" an Offizieren und Mannschaften nicht so herabdrückte, daß sie wirklich arbeiten mußten. Durchstechereien kamen vor; Lebensmittel, die den tapferen Kämpfern zukamen, wurden in die Heimat geschickt — kurz: es geschah viel zu vieles, was bewies, daß Pflichttreue und Verantwortungsgefühl gegen die Kameraden eingeschlafen waren. Als der Krieg im Osten beendet war, entwickelte sich besonders in Rußland, Polen, Rumänien, in der Ukraine und in den Ostseeprovinzen unter den beschäftigungslosen Offizieren und Mannschaften ein Treiben, das auf die Lösung der sittlichen Bande, die einst das Heer zusammengehalten hatten, schließen ließ; die Ehrliebenden im Heere und in der Heimat mußten erröten, wenn sie hörten, wie Deutsche die beseitigten russischen Dienststellen an Bestechlichkeit übertrafen, daß sie selbst unehrenhafte Geschäfte betrieben und sich bereicherten. Es war schlimm, daß gegen dies ansteckende Treiben nichts Ernsthaftes geschah.

Auch in der Heimat war die Verderbnis in das Heer eingezogen. Die dort stehenden Truppen waren, leicht begreiflich, noch viel mehr den

schädlichen Einflüssen der Presse und der Hetzer ausgesetzt. Auch hier erwies es sich — wie in den Verbindungsstandorten — als fehlerhaft, daß viel zu viel Leute versammelt waren, die nicht hinreichend beschäftigt wurden, und die entweder an die längst menschenknappe Kampffront gehört hätten oder bis zu ernsthafter militärischer Verwendung zu ihrer bürgerlichen Tätigkeit hätten entlassen werden sollen. So lagen sie gehäuft in den Städten und waren den Nachteilen des Müßigganges preisgegeben. Unbegreiflich, daß dieses Übel erkannt und doch nicht abgestellt wurde, zumal da es überall, vor allem in Landwirtschaft und Industrie, an Arbeitskräften fehlte. Es wurde bekannt, daß die „Unabhängige Sozialdemokratie" planmäßig Hetzredner ausbildete, die auf die Truppen, besonders der Großstädte, losgelassen wurden; sie hatten den Umsturz vorzubereiten und streuten die Saat, die bald so verderblich aufging. Wie weit die Zersetzung vorgeschritten war, bewiesen sich häufende Fälle von Meutereien in der Heimat. Auch feindliches Geld spielte eine Rolle; kein Zweifel, daß feindliche Beauftragte hetzten und schürten, Bestechungen verübten und Ehrlose fanden, die sich verführen ließen. Als der Friede mit der russischen Sowjet-Republik geschlossen war, betrieben die jüdischen Machthaber dieses Nachbarlandes das Zerstörungswerk im größten Maßstabe — erst recht, nachdem der Jude Joffe als Botschafter in Berlin eingezogen war und durch seine „Kuriere" russisches Geld im Reich verteilen und umstürzlerische Umtriebe aller Orten einfädeln ließ.

All diese Dinge waren den Behörden bekannt; aber aus Angst vor den herrschenden Volksführern wagten sie nichts dagegen zu tun, obwohl die Oberste Heeresleitung auf Abstellung drang. Wo tatkräftige Befehlshaber in der Heimat eingriffen, machten sie sich mißliebig und wurden beseitigt.

Die Kriegsverwaltung ließ es trotz der fortgesetzten Anforderungen der Obersten Heeresleitung, die Lücken an der Front rechtzeitig zu stopfen, an Nachdruck fehlen, weil die maßgebenden politischen Stellen fürchteten, durch scharfes Vorgehen gegen unnötig „Reklamierte" die Massen zu reizen; als Not an Mann ging, fehlten im Westen über 600000 Mann, um die Verteidigung erfolgreich führen zu können; der Kriegsminister Scheüch, der anfangs Oktober 1918 dem General von Stein im Amte gefolgt war, erklärte, diese Anzahl von Ende Oktober ab zur Verfügung stellen zu können; vorher war es zum Schaden der Kriegführung nicht geschehen.

Die Wortführer der Mehrheitsparteien und deren Presse beherrschten die öffentliche Meinung vollkommen; ihr Plan ging dahin, das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Deshalb wurde der Streit um das preußische Wahlrecht mit wüster Leidenschaftlichkeit weitergeführt; an dem Ergebnis der Verhandlungen von Litauisch Brest wurde getadelt, daß es den Grundsätzen der Reichstagsentschließung vom 19. Juli wider-

spreche, weil auf das Machtwort der Obersten Heeresleitung der Reichskanzler und das Auswärtige Amt den Forderungen der „Annexionisten" nachgegeben hätten, statt einen Verständigungsfrieden zu schließen, der den Feinden den guten Willen des deutschen Reiches bewiesen hätte. An der Verwaltungstätigkeit von „Ober-Ost" hatte man auszusetzen, daß sie zu wenig im Sinne der befreiten Litauer, Letten usw. verfahre; bewährten Männern wurde die Weiterarbeit unmöglich gemacht, so daß sie sich von so verlorenen Posten zurückzogen.

Graf Hertling erkannte wohl, daß ein Regieren mit so übermütig gewordenen Parteiführern wie Erzberger und Scheidemann nicht möglich sei und kündigte in vertrauten Gesprächen die Absicht an, zuerst das Zentrum von seinem bösen Geiste Erzberger zu befreien und dann den Kampf mit der Sozialdemokratie aufzunehmen. Zur Ausführung dieses Planes fand der müde und überbehutsame Kanzler nicht die Kraft; trotzdem kam es zum Bruch zwischen ihm und Erzberger, weil dieser Anfang Mai 1918 im Hauptausschuß des Reichstags in Fragen der Ostpolitik einen Vorstoß machte, der allgemein als Angriff gegen Graf Hertling gedeutet wurde.

Das „große Kabinett" war schon längst nicht mehr nach dem Geschmacke der Mehrheitsparteien, deren Führer die leitenden Posten selbst erstrebten und die reine Parlamentsherrschaft aufrichten wollten. Hertlings Vorgehen in der Wahlrechtsvorlage erregte ihr Mißfallen, obwohl der Kanzler davon gesprochen hatte, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen eingeführt werden müsse, um die Krone zu retten. So weit war es bereits gekommen. Die Mehrheitspresse hatte den „neuen Geist" begrüßt, der jetzt im öffentlichen Leben zur Herrschaft gelangt sei; der Vizekanzler von Payer hatte davon gesprochen, daß man die „ausgefahrenen Geleise" der früheren Politik verlassen habe — nun zeigte sich, wohin die Fahrt ging.

Man kann es den treuen Preußen nachfühlen, daß sie es als Entrechtung ihres Staates empfanden, wenn nicht-preußische, besonders süddeutsche Reichstagsführer die Forderung vertraten, Preußen solle freiheitlich umgestaltet werden; dies sei nötig, um den im neutralen und feindlichen Ausland erhobenen Vorwurf zu beseitigen, Preußen sei der Sitz der „Reaktion", und dort regiere eine brutale „Militär-Kaste" — nebenbei Behauptungen, die das Ausland dem Wortschatze der jüdisch-demokratischen und sozialistischen Presse entnommen hatte.

Aber auch in sich zeigte das „große Kabinett" Sprünge. Staatssekretär von Kühlmann, der Liebling der Reichstagsmehrheit, hatte sich in immer schärferen Gegensatz zur Obersten Heeresleitung begeben. Er brachte es fertig, am 25. Juni 1918 angesichts der eben erfochtenen Siege der deutschen Heere im deutschen Reichstag zu äußern, daß „bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm beteiligten auch überseeischen Mächte, durch rein militärische Entschei-

dungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen, ein Ende nicht erwartet werden könne". Dieser Ausspruch des Staatssekretärs erregte ungeheures Aufsehen; er lieferte Wasser auf die Mühlen der Verständigungsleute im Inland und wurde im Ausland als das Zugeständnis eines verantwortlichen Ministers aufgefaßt, daß der Krieg für die Mittelmächte nicht mehr gewonnen werden könne. Seine Wirkung an der Front kann man sich vorstellen: in der Zeit von der dritten Maiwoche bis Anfang Juni hatten die deutschen Heere im Westen Sieg auf Sieg erfochten und ihre Großtaten mit Strömen von Blut bezahlt. Und nun sagte der Staatssekretär des Auswärtigen es vor aller Welt, daß auf diese Art das Ende des Krieges nicht herbeigeführt werden könne. Wofür waren dann diese furchtbaren Opfer gebracht, wozu sollten noch weitere dem Heere zugemutet werden? Man kann sich denken, daß die feindliche „Propaganda" sich den Ausspruch Kühlmanns zu nutze machte, um die deutschen Truppen zu entmutigen, zu verwirren. Daß die Oberste Heeresleitung, die sich von dem Staatssekretär vor aller Welt angegriffen sah, mit einem solchen Manne nicht mehr zusammenarbeiten wollte, war selbstverständlich; so wurde ihm, der bei den Verhandlungen mit Rumänien ganz versagt hatte, Ende Juni der Abschied erteilt. Die Folge war, daß der Obersten Heeresleitung wieder vorgeworfen wurde, sie habe eigenmächtig und verfassungswidrig in die Politik eingegriffen.

Um sich den ganzen Gegensatz zwischen dem Zustande des deutschen Reiches und Frankreichs klar zu machen, sei an Clémenceaus wild-entschlossenen Aufruf erinnert, vor, in und hinter Paris schlagen zu wollen, als die Deutschen 80 km vor der feindlichen Hauptstadt standen, während der deutsche Staatssekretär dem siegreichen deutschen Heere sagte, daß der Krieg durch rein militärische Entscheidungen nicht zum guten Ende gebracht werden könne!

Wer jetzt Blätter von der Geistesrichtung der Reichstagsmehrheit aus jener Zeit liest, zweifelt nicht, daß das Gift, das zuerst in der jüdischen und jüdisch-bestimmten Presse bereitet wurde, das dann die Volksvertretung und einen Teil der öffentlichen Meinung angesteckt hatte, allmählich breiteste Volksschichten ergriffen hatte. Es war wie eine geistige, politische Ansteckungskrankheit, die alle guten Regungen der von ihr Befallenen ertötete — und die zur Betreuung des Volkes Berufenen machten gar keinen Versuch, den Arzt zu rufen oder die Heilmittel zu finden, die Rettung bringen konnten, ehe das Übel zum schlimmsten gediehen war.

In solcher Geistesverfassung befand sich die öffentliche Meinung — trotz der Siege in Frankreich — als die Nachricht in die Heimat kam, daß der letzte Großangriff der Kronprinzen-Armee zum Stillstand gekommen und daß der Feind am 18. Juli zu mächtigem Gegenstoß übergegangen sei. Als nun Schlag auf Schlag die Meldungen von der Zurücknahme der

deutschen Linien sich folgten, mit denen die Preisgabe schwer erkämpfter Städte, Ortschaften und Stellungen verknüpft war, entstand in den zermürbten Geistern eine tiefe Entmutigung, die sich nach den weiteren Erfolgen der Feinde in der zweiten Augustwoche steigerte. Dazu wurde bekannt, daß am 8. August ein Teil der Truppen versagt habe; die Gerüchte vergrößerten auch andere Vorgänge und wußten von unglaublichen Massen von Überläufern zu erzählen.

Wenn die Heimat nicht geistig-sittlich krank gewesen wäre, hätten diese Nachrichten sie zur Selbstbesinnung bringen müssen, da auf der Hand lag, daß hauptsächlich ihre Einwirkung die Front zermürbt hatte. Wenn eine Spur des Heldengeistes, der dort überwog, in der Heimat vorhanden gewesen wäre, hätte spätestens Anfang August aller innere Hader geschwiegen und alle Gruppen und Schichten hätten sich erneut zusammengeschlossen, um den Kampf fürs Vaterland auf Tod und Leben zu bestehen. Aber es geschah nicht nur nichts derart, sondern die Leute der Reichstagsmehrheit beuteten den Rückschlag im Felde politisch aus, indem sie erpresserisch ihre Macht erweiterten; fast schien es, als ob sie die Vorgänge im Felde wesentlich unter dem Gesichtspunkt ihrer innerpolitischen Bestrebungen betrachteten.

Für die Beurteilung der inneren Lage ist es kennzeichnend, daß der Kaiser in einem am 14. August 1918 in Spaa abgehaltenen Kronrate, in dem General Ludendorff auf die zermürbende Einwirkung der Heimat auf die Front verwiesen und strengere innere Zucht sowie machtvolle Zusammenfassung aller inneren Kräfte geheischt hatte, forderte, die „einzelnen Ressorts dürften nicht mehr wie bisher gegen einander arbeiten ... die Militär- und Zivilbehörden müßten zusammenarbeiten". Genau dasselbe hatten die völkischen Kreise von den ersten Anzeichen der beginnenden Zersetzung an verlangt und dem Kaiser vorgestellt; er aber hatte nicht hören und sehen wollen! Jetzt, wo das Heer auf dem Rückzug war, wo das Übel sich in der Heimat eingefressen hatte — jetzt sollten dieselben Regierungsleute, die es dahin hatten kommen lassen, die Umkehr bereiten!

Die Art, in der die Oberste Heeresleitung in der zweiten Augusts- und ersten September-Hälfte die rückwärtigen Bewegungen vornahm, war meisterhaft, und die Truppen schlugen sich — abgesehen von schmerzlichen Ausnahmen — fast durchweg ausgezeichnet; ihre Haltung erregte die Bewunderung ehrlicher Feinde, und Mitte September konnte das Urteil dahin lauten, daß die Truppen wieder fest in der Hand ihrer Führer seien und daß man das Schlimmste überstanden habe; wenn jetzt die Heimat ihre Pflicht tue, könne der Krieg zu einem erträglichen Ende geführt werden.

Da tat zunächst Kaiser Karl einen politischen Schritt, der bewies, wie weit er sich von dem Bundesgenossen entfernt hatte, und dann folgte

auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz ein Schlag von weittragendsten Wirkungen.

Seit den ungünstigen Ereignissen im Westen anfangs August 1918 drängte Kaiser Karl darauf, daß noch in diesem Jahre der Friede zustande kommen müsse. In wechselvollen Verhandlungen zwischen den Verbündeten drehte es sich darum, daß von reichsdeutscher Seite ein unmittelbarer Friedensschritt als verderblich verworfen und die Vermittlung einer am Kriege unbeteiligten Macht für angezeigt erklärt wurde, während Kaiser Karl den Vorschlag von Österreich-Ungarn ausgehen lassen wollte, um sich „die Rolle des Friedensstifters nicht von anderen nehmen zu lassen". Trotz des deutschen Widerspruches ließ der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Burian, der Nachfolger des Grafen Czernin seit dem Frühjahr 1918, am 14. September eine Friedensnote hinausgehen, durch welche die politische Stellung des Vierbundes den Feinden gegenüber erschüttert wurde. Zwei Tage vorher hatte der Vizekanzler von Payer in einer Rede zu Stuttgart den unzweideutigen Verzicht des deutschen Reiches auf Belgien ausgesprochen, aber betont, daß das im Osten Erreichte festgehalten werden sollte. Die Feinde nahmen beide Kundgebungen als Beweis der Schwäche — den Verzichtleuten im Reich aber ging Payer noch nicht weit genug, weil er nicht auch den Osten preisgab.

Am 15. September erfolgte an der mazedonischen Front der große Stoß des Vielverbandes — Franzosen, Engländer und Serben —, der in einer Tiefe von 30 km die Linie der kampfmüden, teils bestochenen, teils bolschewistisch verseuchten Bulgaren durchbrach. Der Erfolg war vollständig; das bulgarische Heer löste sich in wilder Flucht auf, und schon am 2. Oktober schloß Bulgarien einen Waffenstillstand ab, demzufolge es sein Heer auf den Friedensfuß setzen und den Einmarsch der Sieger gestatten mußte.

Hier rächte sich der schwere Fehler, daß im Spätjahr 1915 der Vierbund unter deutschem Einfluß auf die Einnahme von Saloniki verzichtet hatte. Schnell auf den Weg gebrachte deutsche Truppen kamen zu spät nach Bulgarien, um das Geschehene rückgängig machen zu können; die an der mazedonischen Front stehende Division kehrte in der Überzeugung zurück, daß ihre Bundesgenossen nicht eigentlich geschlagen worden seien, sondern sich hätten schlagen lassen und fortgelaufen seien; die von ihnen besetzten Stellungen seien stark und leicht zu verteidigen gewesen. — Zar Ferdinand mußte abdanken; die öffentliche Meinung des Landes wurde geschlossen deutschfeindlich. Die Folgen dieser Vorgänge waren überaus ernst: abgesehen von der stimmungsmäßigen Wirkung des bulgarischen Abfalles war nicht nur die Verbindung mit der Türkei zerrissen, sondern es lag auch einem Angriff des über eine halbe Million starken mazedonischen Heeres des Vielverbandes auf die Südgrenze Ungarns nichts mehr im Wege.

Die unglücklichen Ereignisse beschränkten sich nicht auf diesen Kriegsschauplatz. Die Mächte des Vielverbandes, die durch die im Laufe des Jahres 1918 eingetroffenen Amerikaner außerordentlich gestärkt worden waren, und in denen der entschlossene Wille zur Durchführung des Krieges lebte, griffen im September überall an, und überall hatten sie Erfolge. Am langsamsten ging es mit einem englisch-amerikanischen Vorstoß zwischen Etsch und Brenta, dem die Heere des Feldmarschalls Boroëvic, der dort den Oberbefehl führte, tapfersten Widerstand entgegenstellten. Um so schlimmer entwickelten sich die Dinge in Palästina, wo den Engländern am 21. und 30. September große Schläge gelangen; die Türken verloren in diesen Tagen an 70000 Gefangene; ihre Truppen hatten alle Widerstandskraft eingebüßt und ihre Führer waren zum Teil bestochen.

In ungefähr derselben Zeit gingen im Westen die Amerikaner zum Angriff über und am 26. September unternahmen sie nach furchtbarer Feuervorbereitung zusammen mit französischen Truppen in der Champagne und zwischen Argonnen und Maas einen Gewaltvorstoß auf breiter Front, der die Deutschen zur Preisgabe von wichtigen Orten wie Tahure, Varennes, Malancourt und Montfaucon zwang und viele Gefangene kostete.

Eine Unglücksbotschaft nach der anderen lief in diesen Septembertagen bei der Obersten Heeresleitung ein; Bulgarien war aus dem Kriege ausgeschieden; der Zusammenbruch der Türkei stand unmittelbar bevor; Kaiser Karl hatte durch Burians Note zu erkennen gegeben, daß er Politik auf eigene Faust betreibe und entschlossen sei, ohne Rücksicht auf das deutsche Reich Frieden zu suchen. Es mußte damit gerechnet werden, daß in einem nahen Zeitpunkt Deutschland auf sich allein angewiesen sein werde: im Westen stürmten die weit überlegenen Feinde vom Kanal bis zu den Vogesen in kaum unterbrochenen Vorstößen an; von Südosten und Süden waren Angriffe zu erwarten, sobald Österreich-Ungarn die Waffen niedergelegt hatte — das deutsche Heer aber war angesteckt von dem kranken Geiste der Heimat, und in dieser selbst tobte innerer Zwist, war das Ansehen der Krone und der Staatsgewalt untergraben, griffen die Wortführer der Reichstagsmehrheit nach der Herrschaft; die Bevölkerung war in breitestem Umfange zermürbt, dabei körperlich durch die Lebensmittelnot und die Massenerkrankungen an Grippe hart mitgenommen. Zu Hause kein Führer, der das Volk in die Höhe hätte reißen wollen — an der Front die Oberste Heeresleitung, von den furchtbar schweren Aufgaben dieser Tage ganz in Anspruch genommen, in der Erwartung neuer Angriffe an jeder Stelle des westlichen Kriegsschauplatzes.

Bevor geschildert wird, wie sie in so gespannter Lage sich verhielt, sei mit ein paar Worten dargelegt, wie sich die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege äußerte. Wir wissen, mit welcher Tatkraft man dort

an die Aufstellung eines großen Heeres gegangen war; Präsident Wilson predigte den „Kreuzzug" gegen das verbrecherische deutsche Reich und das Land folgte seinem Aufruf — einschließlich der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung. Das Heer wurde mit allem Kriegsbedarf neuester Erfahrungen reichlich versehen, vor allem mit Geschützen, Schlachtwagen (Tanks) und Flugzeugen. Die Hoffnung — ja Zusage — der deutschen Flottenleitung, das Herüberkommen der zur Beförderung der Menschen und des Kriegsgerätes gebrauchten ungezählten Schiffe durch die Unterseeboote verhindern oder wesentlich beschränken zu können, wurde, wie oben dargetan ist, enttäuscht, und wirklich stand um die Mitte des Jahres 1918 ein gewaltiges Heer auf französischem Boden, das berufen war, den englisch-französisch-belgischen Streitkräften, die unter den schweren Schlägen der deutschen Frühjahrsangriffe schwer gelitten hatten, Entlastung zu bringen und den Gegenstoß zu ermöglichen. Sein Bestand wuchs von Tag zu Tag; auf die dringenden Hilferufe der Engländer, Franzosen und Italiener nach ihren Niederlagen hatte die Kriegsverwaltung der Vereinigten Staaten alles aufgeboten, um weitere Massen herüberzuschaffen, und es war ihr gelungen. Die Gesamtstärke der amerikanischen Heere zur Zeit der höchsten deutschen Gefahr ist noch nicht genau bekannt geworden; im Juli 1918 soll sie über 1200000 Mann, Ende Oktober an oder über zwei Millionen betragen haben. Dieser Zuwachs an frischen, gut genährten, gesunden und kriegswilligen, trefflich ausgerüsteten Menschen war es, was der Vielverband vor dem deutschen Reiche voraus hatte; seine Heere schmolzen zusammen; für ihre Auffüllung kamen noch die „Reklamierten" aller Art in der Heimat und der jüngste Jahrgang der noch nicht voll 18jährigen in Betracht — freilich auch die Massen von Kriegsmüden, die sich seit Wochen, unter dem Vorwande ihre Truppenteile nicht mehr finden zu können, in den „Etappen" herumtrieben. Einen den Amerikanern ebenbürtigen Ersatz bot keine dieser Gruppen. Es wird der Obersten Heeresleitung zum Vorwurf gemacht, daß sie über die Zahl der Amerikaner falsch unterrichtet gewesen sei und daß sie deren Gefechtswert falsch eingeschätzt habe. Beides wird bestritten — das eine mit der Behauptung, daß man genau gewußt habe, wie stark die Amerikaner seien, das andere mit dem Hinweis auf die mangelnde Ausbildung und Kriegserfahrung von Führern und Truppen, die den Deutschen niemals hätten gefährlich werden können, wenn sie durchweg noch von demselben Heldenmute und Ehrgefühl erfüllt gewesen wären, wie vor dem Wirksamwerden der zersetzenden Bestrebungen. Auch jetzt waren die Amerikaner, Deutschen gegenübergestellt, keine an sich gefährlichen Gegner, aber ihre Anwesenheit ermöglichte es den Franzosen und Engländern, alles, was sie von kriegsbrauchbaren Truppen zur Hand hatten, in der Kampffront zu verwenden, und die noch kriegsungeübten Amerikaner zu

anderen Diensten heranzuziehen. Wo sie selbst in der Schlacht auftraten, konnte es mit solcher Übermacht geschehen, daß sie die immer dünner gewordenen deutschen Linien, die immer mehr zusammengeschmolzenen Verbände, zu erdrücken drohten. Bis zuletzt aber waren die Deutschen überzeugt, daß die Amerikaner an sich keine gefährlichen Gegner seien — und es kann hier ausgesprochen werden, daß jeder tüchtige deutsche Frontkämpfer bis zur Einstellung der Kriegshandlungen das Gefühl unbedingter Überlegenheit auch über Engländer und Franzosen behalten hat.

In den letzten Septembertagen stand die Oberste Heeresleitung unter dem Eindruck der schlimmen Nachrichten von allen Kriegsschauplätzen; sie war bedrückt von den Erscheinungen, die sich bei manchen Truppen im Westen zeigten, und hatte mit einer Wiederbeteiligung Rumäniens am Kriege zu rechnen. Unter solchen Umständen erkannte sie, daß der Vernichtungswille der Feinde — an den sie auch jetzt selbstverständlich noch glaubte — nicht mehr, wie sie bisher angestrebt hatte, durch deutsche Angriffe gebrochen werden könne; sie rechnete damit, den Feind durch Abwehrschlachten und die hohen für ihn damit verbundenen Menschenopfer friedensbereit zu machen, wollte aber ihrem Vaterlande, wenn irgend möglich, die Fortführung des Krieges ersparen und beschloß deshalb bei den politischen Stellen auf Einleitung von Friedensverhandlungen zu dringen. Bei General Ludendorff hatten die Nachrichten von der Erschütterung der sittlichen Kampfeskraft mancher deutscher Truppenteile vorübergehend die Befürchtung geweckt, daß das Heer keinen wirksamen Widerstand mehr leisten werde, daß die deutsche Front durchbrochen werden könne, daß dann der Zusammenbruch des ganzen Heeres zu befürchten sei und das Vaterland wehrlos vor den Feinden daliege. Feldmarschall von Hindenburg erkannte den vollen Ernst der Lage gleichfalls, war aber in keinem Augenblicke verzweifelt sondern glaubte, daß der Widerstand so lange fortgesetzt werden könne, bis der Feind zum Frieden bereit sei. Deshalb war er einverstanden, als General Ludendorff ihm am 28. September 1918 in Übereinstimmung mit allen zuständigen Abteilungschefs der Operationsabteilung vortrug, die Regierung aufzufordern sofort in Friedensverhandlungen einzutreten und dem Vielverband zu diesem Zwecke einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Die Oberste Heeresleitung knüpfte dabei an die Vorschläge an, die sie — unter dem Eindruck der Ereignisse vom 8. August — im Kronrat vom 14. August gemacht hatte. Am 28. September ging eine der Anordnung des Feldmarschalls entsprechende Drahtung nach Berlin, worauf am folgenden Tage Admiral von Hintze, der am 30. Juni zu Kühlmanns Nachfolger ernannt worden war, im Großen Hauptquartier eintraf. Der neue Staatssekretär schilderte bei den Besprechungen in Spaa den inneren Zustand des Reiches als verzweifelt

und sagte den Umsturz für die allernächste Zeit voraus; er meinte, um dem zuvorzukommen, müsse eine neue Regierung gebildet werden, die vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen sei, und nur eine solche könne den Feinden ein Friedensangebot machen, da die bisherige Regierung vor dem Ausland zu belastet sei, ja als verlogen gelte. In diesem Sinne hielt von Hintze auch dem Kaiser Vortrag, der sich dazu bestimmen ließ, die einleitenden Schritte für die Bildung einer neuen Regierung anzuordnen. Der Obersten Heeresleitung wurde versichert, daß das ohne Schwierigkeit ausgeführt werden könne — der müde, untätige Kanzler wurde bei alledem kaum mehr befragt, spielte keine Rolle.

Hier liegt nun der erste Irrtum der Politik der Obersten Heeresleitung in jenen Tagen vor — denn ihr Eingreifen war Politik im engeren und gleichzeitig im höchsten Sinne: sie stimmte den unstaatsmännischen Darlegungen und Vorschlägen des Staatssekretärs von Hintze zu, der damit seine kurze aber verhängnisvolle Tätigkeit in dieser schicksalschweren Zeit einleitete. Dieser Diplomat hatte einst zu den Hoffnungen des reichsdeutschen auswärtigen Dienstes gezählt, seit er aus der Flotte vom Kaiser dorthin übernommen worden war; er hatte im Rufe eines klugen, scharfblickenden, mutigen und tatkräftigen Mannes gestanden, so daß seine Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von den deutschvölkischen Kreisen mit Hoffnungen begrüßt worden war; jetzt zeigte er, wie wenig er so guten Ruf verdient hatte.

Er erwies sich für die Aufgaben eines deutschen Staatsmannes in solcher Zeit als vollkommen ungeeignet; er ging — politisch instinktlos — von der ganz falschen Voraussetzung aus, daß die innerpolitische Gefahr durch den Übergang zum „parlamentarischen System" gebannt werden könne; das hieß, daß gerade denjenigen, die an der staatlichen Zerrüttung, seelischen Zermürbung und sittlichen Vergiftung des Volkes die Hauptschuld hatten, nun die Macht endgültig ausgeliefert werden sollte. Nur ein von den Lehren der Geschichte ganz unberührt Gebliebener, dem Wesen des eigenen Volkes zudem Fremder und für die nächsten Aufgaben deutscher Staatskunst Blinder, konnte auf einen solchen Gedanken kommen. Daß der Kaiser in seiner Haltlosigkeit Hintzes Vorschlägen keinen Widerstand entgegensetzte, ist nicht zu verwundern, aber ein Unglück war es, daß die Oberste Heeresleitung, nachdem sie nun einmal gezwungen war in die Politik einzugreifen, so gefährlichen Plänen nicht bis zu den äußersten Schlußfolgerungen widersprach. Im Großen Hauptquartier wußte man ganz genau, wer die Entartung der Heimat auf dem Gewissen hatte, wußte man, wer in Rückwirkung des dort erzielten Erfolges das Heer angesteckt hatte, wer den Sturz der Obersten Heeresleitung anstrebte; sowohl Hindenburg wie Ludendorff verdammten die Afterpolitik eines Scheidemann oder Erzberger, wie sie die Schwäche Bethmann Hollwegs,

seiner Nachfolger und ihrer Gehilfen, verurteilt hatten. Und trotzdem unternahmen sie nichts gegen den selbstmörderischen Versuch das Vaterland zu retten, indem man seinen Verderbern die Staatsgewalt endgültig in die Hände spielte.

Dem ersten Fehlgriff folgte ein zweiter: General Ludendorff, dem es mit der Erreichung eines Waffenstillstandes sehr ernst war, drängte, nachdem Staatssekretär von Hintze mit einem Vertreter der Obersten Heeresleitung nach Berlin zurückgekehrt war, in Ferngesprächen und Drahtungen in den nächsten Tagen darauf, daß die Bildung der neuen Regierung und die Einleitung von Verhandlungen mit den Feinden beschleunigt werde; in diesen Mitteilungen kamen unzweifelhaft Wendungen vor, wonach die Oberste Heeresleitung die militärische Lage als höchst gefährlich ansah.

Von ihr aus betrachtet kann man verstehen, daß sie die von ihr bereits seit Mitte August empfohlenen Verhandlungen mit den feindlichen Regierungen in Fluß bringen wollte — die hierzu gewählten Mittel waren aber verhängnisvoll und ließen jede Kenntnis des Wesens jener Personen vermissen, die nach Hintzes vom Kaiser gebilligten Plane jetzt zur Regierung berufen werden sollten. Ahnungslos, wie unter solchen Umständen ein derartiges mit der verzweifelten Lage des Heeres begründetes Drängen auf solche Leute wirken werde, bot insbesondere General Ludendorff den Machthabern von morgen, seinen politischen Gegnern seit längst, zugleich den Gegnern starker deutscher Reichsgewalt und entschlossener Kriegführung, die Handhaben, um das Letzte, was von Ansehen und Achtung im Lande noch bestand — um die Stellung der Obersten Heeresleitung zu erschüttern, ihren politischen Einfluß bei der Kriegführung auszuschalten und sie schließlich auch in den militärischen Fragen zur Seite zu schieben.

Das ist das Schicksalvolle im Vorgehen des großen Feldherrn und Vaterlandsfreundes, daß er — politisch ungeschult und unberaten, ohne die notwendige Personen- und Sachkenntnis in diesen Dingen, ohne das Gefühl für die Wirkung seiner Schritte — diesen Politikern der Reichsämter und der Reichstagsmehrheit gegenüber so verfuhr, als hätte er es mit sachlich auf demselben Boden stehenden Gesinnungsgenossen zu tun, die nur lässig gewesen wären und nur angespornt werden müßten — während nicht nur die Wortführer der Reichstagsmehrheit, sondern auch ein starker Teil der obersten Bureaukratie nach Weltanschauung, Werdegang und Zielen auf ganz, ganz anderem Boden stand und aus dem Drängen des Generalquartiermeisters das Zugeständnis seines Zusammenbruches herauslas.

Wenn die Oberste Heeresleitung sich durch die militärische Entwicklung veranlaßt sah, in die Politik einzugreifen — was Recht und Pflicht der

Feldherren war — so mußte sie sich über das Wie und Wohin klar sein, mußte die Personen ins Auge fassen, die bis dahin die unglückliche Politik betrieben hatten, mußte vom Kaiser verlangen, daß er politisch Tauglichere an ihre Stelle berufe. Darin hatte Admiral von Hintze ganz recht, die alte Regierung war zu erfolgreichen Verhandlungen ungeeignet — grundfalsch aber war es, die neue nach Gesichtspunkten zu wählen, die vom Vertrauen des Auslandes bestimmt waren, weil das nach allen Lehren der Vergangenheit der Verderblichkeit für das eigene Land gleichkam. Die weitere Entwicklung hat das grausam bestätigt. Die Oberste Heeresleitung, die sich über die Ursachen der unseligen Kriegspolitik der Reichsregierung und über das Wirken der Reichstagsmehrheit ganz klar war, die sich schon früher mit dem Gedanken der „Diktatur" als der Rettung in äußerster Not beschäftigt hatte, mußte wissen, daß jetzt in der Tat nur die festeste Zusammenfassung aller staatlichen Macht in der stärksten Hand helfen konnte: sie mußte also den Kaiser verhindern, Hintzes Rate folgend durch den Übergang zum Parlamentarismus die Staatsgewalt an längst als unfähig erwiesene Volksredner auszuliefern, und sie durfte ihrer eigenen Stellung nicht das Grab graben, indem sie diesen Leuten — den Eindrücken der augenblicklichen Lage an der Front erliegend — nun den bestimmenden Einfluß auf die weitere Kriegspolitik geradezu in die Hand spielte.

Zur Erklärung des von unheilvollsten Wirkungen begleiteten Verhaltens der Obersten Heeresleitung in den Tagen um die Wende der Monate September und Oktober ist gesagt worden, daß General Ludendorff vorübergehend unter dem Eindruck der auf ihn anstürmenden Unglücksbotschaften die Nerven verloren habe — er selbst bestreitet das. Man wird sich nicht auf einen Streit darüber einzulassen haben, was unter jener Wendung verstanden werden kann, und darf aussprechen, daß es kein Wunder wäre, wenn der große Feldherr, auf dem die Hauptlast einer weltgeschichtlich beispiellosen Kriegführung ruhte, nach mehr als vier fast urlaublosen Jahren die sonst stets bewährte Spannkraft eingebüßt hätte. Überdies handelt es sich bei den hier in Frage stehenden Maßnahmen vorwiegend um das Politische, wo die Vorbildung auf dem Gebiet der Sach- und Personenkenntnis nicht ausreichte und der Instinkt versagte. Die treuesten Verehrer des Generals, die Bewunderer seiner Feldherrngröße, können die Feststellung nicht umgehen, daß er durch sein politisch-unpolitisches Verhalten in einem weltgeschichtlichen Augenblick eine der Ursachen, unter anderen, geschaffen hat, durch die eine Reihe von Wirkungen ausgelöst wurde, für die er, streng genommen und nach Maßgabe der politischen Verantwortungsbegriffe, nicht haftbar gemacht werden kann, für die er aber trotzdem als der Träger der letzten Rettungsmöglichkeit die weltgeschichtliche Verantwortung trägt.

Es ist nicht anders: in jenen September- und Oktobertagen wurde

Wirklichkeit, was die treuesten Vaterlandsfreunde insgeheim gefürchtet und wovor sie gewarnt hatten: daß die Oberste Heeresleitung durch politische Maßnahmen, deren Tragweite ihr mangels ausreichender Vorbereitung und Beratung nicht vor Augen stünde, ihren Ruhm, ihre Volkstümlichkeit aufs Spiel setzen und verlieren könne.

* * *

Es ist nicht die Aufgabe dieses Buches, die durch Ludendorffs unbestrittenes Drängen auf die nicht mehr aufschiebbare Einleitung von Friedensverhandlungen in Gang gesetzte Entwicklung im einzelnen zu schildern: innerpolitisch war die Wirkung sofort verwüstend; außerpolitisch kam ein Augenblick, wo sie gehemmt zu werden schien, dann aber wetteiferte sie an Verderblichkeit mit jener nach innen. Der Zusammenhang war so: Am 24. September war der Hauptausschuß des Reichstags wieder zusammengetreten — diese politische Geißel des deutschen Volkes, der Kreis, von dem unendliches Unheil während der Kriegsjahre ausgegangen war. Obwohl die Kriegslage die äußerste Kraftanspannung von Volk und Staat, also das Schweigen aller inneren Gegensätze forderte, rückten die sozialistischen Führer mit dem Verlangen heraus, die Regierung zu „parlamentarisieren", und stellten dafür ihre Bedingungen, die außerpolitisch hauptsächlich auf den vollen Verzicht, innerpolitisch auf weiteres Nachgeben gegenüber ihrem Machtstreben hinausliefen. Wohin die Absicht ging, ergab sich aus dem Verlangen jene Verfassungsvorschrift aufzuheben, nach der Reichstagsabgeordnete nicht Mitglieder des Bundesrates sein konnten: Die Parteiführer wollten Minister und Staatssekretäre werden. In die Verhandlungen hierüber platzte am 25. September die Nachricht, daß Bulgarien um Waffenstillstand gebeten habe; bis dahin war der Öffentlichkeit von den Vorgängen im Südosten nichts bekannt geworden. Sie stellte dem Ausschuß den Ernst der Lage eindringlichst vor Augen, und er mochte sich überlegen, ob dies der Zeitpunkt sei sich mit Verfassungsänderungen abzugeben. Die Frage wurde mit der heuchlerischen Begründung bejaht, daß gerade diese Vorgänge dazu drängten „neue Bahnen zu beschreiten", die zur reinen Parlamentsherrschaft im Reich und in den Bundesstaaten führen sollten.

Mit den Eindrücken dieser Verhandlungen war Staatssekretär von Hintze am 29. September ins Große Hauptquartier gekommen, und er hatte den Kaiser für die Erfüllung der Parlamentsforderungen gewonnen. Graf Hertling war politisch erledigt; wegen der Verhandlungsfähigkeit mit dem Ausland sollte eine neue Regierung gebildet werden, bei der die Ansprüche der Wortführer der Reichstagsmehrheit weitgehend berücksichtigt werden sollten. Zunächst galt es den Nachfolger Hertlings, den neuen Kanzler, zu suchen — eine für die Geburtsstunde des sog. deutschen

Parlamentarismus nicht leichte Aufgabe, da unter den Führern der Mehrheit kein Mann war, der nicht nur die für dies Amt notwendigen Eigenschaften sondern auch das persönliche Ansehen besessen hätte. Man mußte den Kanzler außerhalb des Reichstags suchen — eine Verhöhnung des sog. „parlamentarischen Gedankens", wie sie ärger nicht gedacht werden kann. Während man einen Kanzler suchte, über ihn verhandelte, sollten die von Ludendorff dringlichst verlangten Maßnahmen für die Friedensschritte nicht unterbleiben: über sie wurde unter der Leitung des Vizekanzlers von Payer beraten. Die Führer der Reichstagsparteien, denen kurz vorher noch von einem militärischen Vertreter der Obersten Heeresleitung dargelegt worden war, daß die Lage befriedigend sei, wurden von der veränderten Auffassung des Großen Hauptquartiers unterrichtet. Die Wirkung auf die Leute des Verzichts, diese geschworenen Gegner Ludendorffs, kann man sich denken, besonders wenn man die in den Berichten der Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spaa enthaltenen Sätze liest, nach denen der Generalquartiermeister bei verschiedenen Unterredungen am 1. Oktober geäußert haben sollte „heute halte die Truppe noch, was morgen geschehen werde, sei ungewiß"; — „es könne jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen" — „48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten; das Friedensangebot müsse auf allerschnellste Weise herauskommen".

Die Führer der Reichstagsmehrheit zogen aus den ihnen gemachten Mitteilungen den Schluß, daß das Heer vor dem Zusammenbruch stehe, daß die bisherige Zuversicht der Obersten Heeresleitung entweder Selbsttäuschung oder Betrug an der öffentlichen Meinung gewesen sei; nun, im Augenblick der höchsten Not, stürze das Gebäude der Hoffnungen oder Täuschungen Ludendorffs ein, der offenbar selbst zusammengebrochen sei.

Am 2. Oktober hielt ein Vertreter der Obersten Heeresleitung den Parteiführern einen kurzen Vortrag über die Entwicklung der militärischen Lage in den letzten Tagen und schloß mit der Mahnung, daß weder Heer noch Heimat etwas tun dürften, was Schwäche erkennen lasse. Gleichzeitig mit dem auch von ihm für notwendig erklärten Friedensangebot müsse eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die den unbeugsamen Willen erkennen lasse den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen oder nur einen demütigenden Frieden geben wolle.

Diese Mahnung enthüllte die politische Unbelehrtheit der militärischen Stellen, ihre Selbsttäuschung über das, was von der Reichstagsmehrheit zu erwarten war, in erschütternder Weise! Die machthungrigen Volksvertreter als Hüter der inneren Einheit! Bezeichnend war weiter, daß dem Reichstagsausschuß kein Wort von dem gesagt wurde, was nach General Ludendorffs Überzeugung der Urgrund des Umschwunges an

der Westfront war: die Zermürbung der Front von der Heimat aus, an der die Mehrheitsparteien und ihre Presse die Schuld trugen.

Es war an sich klar aber auch ausdrücklich ausbedungen, daß die Mitteilungen aus dem Großen Hauptquartier geheim gehalten werden mußten, soweit sie die militärische Lage betrafen. Trotzdem wurden sie unverzüglich in die Öffentlichkeit hinausgetragen, und die Presse der Mehrheitsparteien, vor allem die jüdische, eröffnete einen niederträchtigen Kampf gegen die Oberste Heeresleitung. Ihr Leitwort war „belogen und betrogen", — womit gesagt werden sollte, daß Ludendorff durch die Heeresberichte das deutsche Volk getäuscht habe. Wer jene Blätter aus dieser Zeit liest, erhält den Eindruck, daß sie die Vorgänge an der Front unter dem Gesichtspunkt ihrer innerpolitischen Begehren betrachteten und den Augenblick gekommen glaubten, wo infolge des Zusammenbruches der Obersten Heeresleitung der „Militarismus" beseitigt, die Krone gedemütigt und die reine Parlamentsherrschaft aufgerichtet werden könnte. So sahen tatsächlich die Führer der Mehrheitsparteien die Lage an, und es gehörte die ganze politische Weltfremdheit militärischer Kreise dazu, an die Einheitsfront im Innern unter ihrer Mitwirkung zu glauben.

Als Reichskanzler wurde von den Mehrheitsparteien Prinz Max von Baden, der Thronerbe des Großherzogtums, in Aussicht genommen; der Kaiser war bei der Auswahl seines obersten Beraters ganz ausgeschaltet; er hatte nur die Ernennung des ihm von den Parteiführern Bestimmten zu vollziehen!

So weit waren Kaiser- und Königtum herabgedrückt, denen einst Wilhelm der Erste durch Bismarcks Taten neuen Inhalt gegeben hatte.

Am 1. Oktober 1918 wurde der neue Reichskanzler ernannt: in ihm berief der Kaiser den Mann ins Amt, der ihn selbst vom Throne stoßen und das Reich in abgrundtiefes Unglück stürzen sollte.

Prinz Max von Baden hatte in den letzten Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit durch einige Reden auf sich gelenkt, in denen die herrschende Judenpresse den Pulsschlag einer neuen Zeit verspüren wollte; diese Auffassung ließen sich die harmlosen Zeitungsleser beibringen, und der badische Thronfolger war über Nacht eine politische Hoffnung geworden. Wer freilich diese Reden mit eigenem Urteil gelesen hatte, war über die Unklarheit der Anschauungen, die Verschwommenheit der politischen Begriffe dieses zukünftigen Reichsfürsten erstaunt; der Prinz sprach von Weltgewissen und Völkerversöhnung, wo es darauf ankam, mit eisernem Willen das Daseinsrecht des eigenen Volkes gegenüber grausamen Feinden um jeden Preis durchzusetzen. Aber in der Welt der politisch Urteilslosen hatte er sich — bezeichnend dafür, wie wenig das deutsche Volk politisch im Kriege gelernt hatte — die Anwartschaft auf eine führende Rolle erworben, und schon wiederholt war, wenn der

Rücktritt Bethmann Hollwegs oder Hertlings in Frage stand, von ihm als Reichskanzler gesprochen worden.

Nun war er das wirklich geworden.

Prinz Max gehörte zu jenen, trotz allen guten Willens sich ihrem Volke anzupassen, doch ihm innerlich fremden Naturen, die allmählich in den fürstlichen Häusern die weitaus größere Mehrzahl bildeten: dazu war er weich und blieb der Wirklichkeit des staatlichen Lebens fern; er war unterrichtet und doch unbelehrt über die Grundlagen aller Herrschertätigkeit, zu politischer Wirksamkeit drängend und doch unpolitisch durch und durch, wohlwollend und doch der größte Schädiger gerade jener, denen er helfen wollte. Alles in allem ein Mann, der vielleicht Freunde und Verehrer gefunden hätte, wenn er sich den öffentlichen Dingen ganz ferngehalten hätte — der auf Grund seiner Reden sich als Oberhaupt eines kleinen Staatswesens ungeeignet erwiesen hatte — der jetzt in höchster Not der politische Führer und Retter eines in sich zerrissenen Volkes werden sollte. Erfunden wurde dieser Kanzler von den Führern der bürgerlichen, jüdisch-bestimmten Demokratie, denen er wesensverwandt war.

So unpolitisch der neue Kanzler war, — die ungeheure Gefahr, die das Verlangen Ludendorffs nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen nach innen und außen in sich schloß, erkannte er doch, und er weigerte sich dem Drängen der Obersten Heeresleitung nachzukommen; er wollte mindestens acht Tage Zeit haben und begründete diesen Aufschub ganz richtig. Zwei Tage lang sträubte sich der Prinz gegen die wiederholte Aufforderung des Großen Hauptquartiers — und das war der Zeitpunkt, in dem die außenpolitische Wirkung von Ludendorffs Drängen gehemmt werden konnte. Als aber am 3. Oktober Feldmarschall von Hindenburg, der nach Berlin gekommen war, erklärte, „die Oberste Heeresleitung bleibe auf ihrer am 29. September gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen — die Lage verschärfe sich täglich und könne die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen" —: da fügte der Kanzler sich und ließ in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1918 drahtlich die Bitte an den Präsidenten Wilson hinausgehen, „die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen". Dabei erklärte er, daß die deutsche Regierung das von Wilson „in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen annehme", und ersuchte um sofortigen Waffenstillstand.

Am 5. Oktober trat Prinz Max von Baden zum ersten Male als Reichskanzler vor den deutschen Reichstag und kündigte seine Pläne zum Umbau der Verfassung und des öffentlichen Lebens an — in jeder Einzelheit ein

Nachgeben gegenüber den Forderungen der Masse, eingekleidet in eine jener überlegen sein sollenden Reden, die nichts als Schwäche atmen —; zum Schlusse machte er das Haus mit seinem Friedensschritte bekannt, den er in seiner weichen Art begründete. Immerhin erklärte er, daß, wenn die Feinde dem deutschen Volke einen ehrenvollen Frieden verweigerten, der Endkampf auf Leben und Tod geführt werden müsse, der die Deutschen geschlossen und einig finden werde.

So war der erste Schritt auf dem verderblichen Wege getan und der Welt bekannt gemacht worden.

Über die Verantwortlichkeit für ihn ist, als das Maß des Unheils offenbar wurde, zwischen den militärischen und politischen Stellen gestritten worden. Wie die Dinge liegen, kann die Oberste Heeresleitung nicht von dem Vorwurf entlastet werden, unter solchen Umständen, in solcher Art, ohne richtige Vorstellung von den innerpolitischen Folgen ihres Drängens, das Friedensgesuch angeregt und auf ihm bestanden zu haben — die politische Verantwortung für die Absendung des Friedensgesuches und seinen Inhalt trifft den Reichskanzler, und seine Schuld ist um so größer, als er die Gefährlichkeit des Schrittes erkannte, ihn nicht tun wollte und schließlich gegen seine bessere Überzeugung doch getan hat.

Gibt es politisch Verdammenswerteres als solches Verhalten in einer Frage, wo es um das Dasein eines ganzen Volkes geht!

Festgestellt sei, daß der sog. „Friedensschritt" des Prinzen Max von Baden — wie nicht anders zu erwarten — die Zustimmung des weitaus größten Teiles des Reichstags fand.

Die Berufung des neuen Kanzlers war im Zusammenhang mit einem „Systemwechsel" erfolgt, den der Kaiser auf den Rat des Staatssekretärs von Hintze ausführte; in der Entlassungsurkunde an den Grafen Hertling sprach der Kaiser am 30. September 1918 aus, daß „Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, im weiten Umfange an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen" sollten. Also ein weiteres Fortschreiten auf der Bahn, auf die er sich nach Michaelis' Sturz hatte drängen lassen: damals wurden zum ersten Male leitende Beamte den Parlamenten entnommen, jetzt wurde zugestanden, daß dies in „weitem Umfange" geschehen sollte, und unter den vom „Vertrauen des Volkes getragenen Männern" waren die Wortführer der Massenparteien verstanden. Freilich: der reine Parlamentarismus war damit noch nicht geschaffen — trotzdem nahm die bürgerliche Demokratie diese Abschlagsleistung befriedigt an, die Sozialisten dagegen murrten sofort, daß dies nicht die ganze Erfüllung der Volksforderungen sei. Die Bescheidenheit der bürgerlichen Demokraten läßt sich aus der Verlegenheit er-

klären, den Posten des Reichskanzlers nicht aus den Reihen der zur Mehrheit gehörenden Parteien besetzen zu können. So pries man die kaiserliche Kundgebung vom 30. September als die Einleitung einer neuen Zeit, die dem Volke den Anteil an der Regierung zuweise — und stritt sich um die Verteilung der Beute, die den Führern der Mehrheit zufiel. Von den zu Staatssekretären ernannten Abgeordneten seien hier nur Erzberger und Scheidemann erwähnt, die nun Gelegenheit erhielten, ihre staatsmännische Begabung als Regierende zu erweisen.

Die Rechte — bestehend aus den Konservativen und Nationalliberalen — blieb von der Heranziehung zu den leitenden Ämtern ausgeschlossen; Prinz Max hatte ein Kabinett der Mehrheit bilden lassen — eine eigenartige Einleitung zu der Sammlung aller Kräfte des Volkes, die er ankündigte. Von ihm und von dem ihn beratenden Staatssekretär von Hintze aus war die Fernhaltung konservativer und nationalliberaler Abgeordneter durch die Rücksicht auf die verhetzten Massen des eigenen Volkes und auf die Stimmung des feindlichen Auslandes bestimmt: diese Gruppen waren von der jüdischen Presse vor dem Inland und Ausland als Träger der „kriegsverlängernden, reaktionären, weltmachtlüsternen alldeutschen Annexionsbestrebungen" so sehr gebrandmarkt, daß sie für das geplante Friedenswerk unmöglich erschienen. Sie sind dadurch davor bewahrt geblieben, an der Zertrümmerung des deutschen Reiches mitschuldig zu werden. Die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, daß die Konservativen, besonders ihr Führer Graf Westarp, die verderbliche Politik der vier Kanzler des Krieges bekämpft haben — zuerst, wie wir wissen, unter Bethmann nicht entschieden genug, dann zu Beginn der Kanzlerschaft des ihnen von früher als gesinnungsverwandt bekannten Grafen Hertling auch nur mit Zurückhaltung, schließlich aber mit Nachdruck und Würde; ihre Führer sind in der ganzen Volksvertretung eigentlich die einzigen gewesen, die das Gewissen des deutschen Volkes gewahrt haben — nicht gut machen ließ sich freilich die Versäumnis der ersten Kriegszeit, wo sie Bethmann Hollweg nicht mit der rücksichtslosen Entschlossenheit bekämpft haben, die zur Beseitigung dieses Reichszerstörers notwendig war.

Mit der Berufung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler und der Bildung seines „Kriegskabinetts" — ein Schlagwort, das eine Lüge war — hatte der Kaiser aufgehört politisch Herrscher zu sein; die Tätigkeit der neuen Regierung erstreckte sich in den 40 Tagen ihrer Amtszeit darauf, außenpolitisch den Frieden um jeden Preis herbeizuführen, innerpolitisch den Kaiser auch militärisch zu entrechten und damit zum Schattenherrscher zu machen.

Friede um jeden Preis war tatsächlich das Verlangen der Regierungsleute vom Schlage eines Scheidemann, auch wenn sie zunächst

vom ehrenvollen Frieden sprachen oder vor der Torheit warnten, das Gewehr früher als die Feinde in die Ecke zu stellen — auch wenn sie die Bereitwilligkeit des Volkes zur äußersten Fortsetzung des Krieges ankündigten, falls die Feinde keine annehmbaren Bedingungen stellten oder, wie Prinz Max von Baden, vom Kampf auf Leben und Tod redeten, wenn ein ehrenvoller Friede nicht bewilligt werde.

Die Zeit vom 1. Oktober bis 9. November 1918 bietet ein trostloses Bild: wo höchste Kraftanspannung und Einigkeit geboten war, um im Falle der Ablehnung des Friedensangebotes oder unerträglicher feindlicher Bedingungen das ganze Volk zur nationalen Verteidigung aufzurufen und den Feinden einen Widerstand entgegenzusetzen, der sie zur Sinnesänderung gezwungen hätte, ein Treiben, das von großem Sinne nichts merken ließ. So sind diese Wochen, während draußen an der Front das wieder standhaft gewordene Heer eine letzte Heldenzeit von erschütternder Größe erlebte, während die Oberste Heeresleitung — zur Erkenntnis der unerbittlichen Notwendigkeit des Kampfes bis zum äußersten gelangt — den Volkskrieg vorbereitete und forderte, erfüllt von innerpolitischem Zwist, von haßerfüllten Anklagen gegen Ludendorff und seine Mitarbeiter, von Angriffen gegen die kaiserliche Kommandogewalt und jede bewährte Einrichtung des Reiches und Preußens. Hand in Hand damit ging das Bestreben, jeden weiteren Widerstand als nutzlos aber auch unnötig hinzustellen — sich selbst und die Öffentlichkeit über den Vernichtungswillen der Feinde zu täuschen und dem Volke vorzureden, daß, wenn erst das deutsche Reich wirklich die Waffen niederlege, die anderen Kriegführenden dasselbe tun würden. Aber als die Feinde nicht so verständigungsbereit waren, wie man — von sich auf jene schließend — fälschlich angenommen hatte, folgte das würdelose Buhlen um die Gunst eines Wilson, das Bestreben, durch Änderung der Grundlagen des deutschen Verfassungslebens sich verhandlungsfähig zu erweisen. So entstand ein Gesamtbild, ein Wirrwarr, in dem nur die Kleinsten, Unfähigsten und Selbstsüchtigsten handelnd auftraten, weil alle guten und brauchbaren Kräfte in dem Maße als volksfeindlich verleumdet waren, daß außerhalb ihrer Gesinnungsgemeinschaft niemand auf sie hören wollte. Sie wiesen darauf hin, daß die berühmten „14 Punkte" Wilsons zum Untergang des Vaterlandes führen müßten; sie forderten die nationale Verteidigung unter Berufung eines mit unbeschränkter Macht bekleideten „Diktators"; sie warnten vor der Nachgiebigkeit nach innen und außen — alles vergeblich: sie hatten keinen anderen Erfolg, als daß sie nur noch mehr als Feinde des Friedens und des Volkswohles verdächtigt wurden.

Die Oberste Heeresleitung aber mußte es erleben, daß die Fahrt auf dem Wege, den sie einzuschlagen empfohlen hatte, ganz wo anders

hinging, als sie sich gedacht hatte; sie mußte erfahren daß die Leiter ein ganz anderes Ziel im Auge hatten als sie, und sie hatte nicht die Macht, Einhalt zu gebieten oder die Richtung zu ändern.

Am 8. Oktober erfolgte Wilsons Antwort; in ihr wurde hauptsächlich die Forderung ausgesprochen, daß das deutsche Reich und seine Verbündeten die besetzten Gebiete räumen müßten und gefragt, ob der Kanzler „nur für diejenigen Gewalten spreche, die bisher den Krieg geführt hätten" — eine im Verkehr von Staaten ungeziemende Frage, die der Anfang der amerikanischen Beeinflussung des inneren Zustandes im deutschen Reiche war. Am 12. Oktober antwortete das Auswärtige Amt, daß man zur Räumung der besetzten Gebiete bereit sei, und sagte, daß die jetzige Regierung „gebildet sei durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags", und daß der Kanzler „gestützt auf den Willen dieser Mehrheit" im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes spreche; außerdem wurde bestätigt, daß die sog. „14 Punkte" Wilsons von deutscher Seite angenommen worden seien, so daß die weiteren Verhandlungen den Zweck hätten, sich über die „praktische Anwendung" der 14 Punkte zu verständigen. In dieser Note der angeblich kühlen Realpolitiker dieser Regierung, die in Wahrheit in einer Welt der eingebildeten Unwirklichkeit lebten, wurde kein Versuch gemacht die deutsche Würde zu wahren, und die ausdrückliche Unterwerfung unter die „14 Punkte" kündigte die Bereitwilligkeit an, vom deutschen Reiche Elsaß-Lothringen, die Ostmark, Posen und Westpreußen abzureißen. Die völkischen Kreise taten das Äußerste, um hiergegen eine Volksbewegung zu entfachen — sie blieben allein. Am 14. Oktober erteilte Wilson die Antwort auf die letzte deutsche Note; er verlangte in der Hauptsache die Einstellung des U-Bootkrieges und bezog sich auf eine Bedingung, die er in einer Rede vom 4. Juli 1918 kundgegeben hatte; dort war verlangt: „Vernichtung jeder militärischen Gewalt überall, die es in den Händen hat... den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht". Die amerikanische Note fuhr fort: „Die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, die der Präsident im Auge hatte; die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern". Dann wurde gesagt, daß diese Bedingung erfüllt werden müsse, wenn der Friede „durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen solle".

Damit war ausgesprochen, daß das Kaisertum der Hohenzollern — sei es ganz beseitigt oder durch seine tatsächliche Entrechtung dauernd der Stellung entkleidet werden sollte, die ihm nach der Geschichte und der Reichsverfassung zukam.

Schmachvolleres war noch keinem Volke zugemutet worden, dessen Heere — einer Welt Trotz bietend — noch weit im Feindesland standen und die, nach kurzem Schwanken wieder gefestigt, langsam in heldenhaften für die Feinde furchtbar verlustreichen Kämpfen zurückgingen.

Die Forderung Wilsons — von der unwahren Annahme ausgehend, daß der deutsche Kaiser diesen Krieg ohne Not veranlaßt habe — bedeutete eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Reiches; sie griff an die Ehre des deutschen Volkes, die in der Person des Reichsoberhauptes angetastet war. Gegenüber einem solchen Versuche, die Volksgesamtheit sittlich zu brechen, hatte außer Betracht zu bleiben, was der Kaiser seinem Amte schuldig geblieben, was er an seinem Volke gesündigt hatte. Hier gab es für Deutsche von Ehrgefühl nur eine Antwort: ein entrüstetes Aufbäumen gegen das Verlangen des Amerikaners und gegen die Unterstellung, von der es ausging — für eine deutsche Regierung konnte eine Wahl nicht bestehen; sie mußte die Verhandlungen abbrechen.

Anders die Reichsregierung, an deren Spitze Prinz Max von Baden stand, und zu der Scheidemann und Erzberger gehörten — anders die Reichstagsmehrheit, die von solchen Leuten geleitet wurde — anders die öffentliche Meinung, die von jüdischen und jüdisch-bestimmten Blättern vergiftet, betört und verführt war. Offen wurde die Frage erörtert, ob der Kaiser abdanken solle — derselbe Kaiser, dessen Politik vor und im Kriege die Reichstagsmehrheit eigentlich immer gebilligt hatte, der den ihr genehmen Bethmann Hollweg zum Schaden des Reiches und der Krone allzu lange im Amte gehalten hatte, und dessen Kanzler im Kriege alle eine der Mehrheit nachgebende innere Politik getrieben hatten!

Die Reichsregierung hielt es für richtig, auf Wilsons Note einzugehen und zog den ersten Generalquartiermeister und Admiral Scheer zur Beratung der Antwort zu; am 17. Oktober wohnten beide einer Sitzung bei. General Ludendorff erklärte in der Hauptsache, daß er nach wie vor für Verhandlungen eintrete, aber es dürften nur Waffenstillstandsbedingungen angenommen werden, die dem deutschen Heere eine geregelte Räumung der besetzten Gebiete gestatten — ausgeschlossen sei es, sich Bedingungen zu unterwerfen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich machten. Wolle der Feind dies und verlange er etwas gegen die nationale Ehre, so müsse ihm ein Nein entgegengesetzt werden. Der General berichtete ergriffen von dem Heldenmut und der Opferwilligkeit der deutschen Truppen und Offiziere und ging bei seinem Vorschlage von der von ihm hervorgehobenen Tatsache aus, daß das eigene Heer widerstandsfähig und der Feind zur Zeit abgekämpft sei. In einer zweiten am selben Tage abgehaltenen Beratung

empfahl er deshalb eine Antwort, die der deutschen Würde entspreche.

In der dritten deutschen Note vom 20. Oktober wurde die Einstellung des U-Bootkrieges zugestanden und auf die Verfassungsänderungen, die im Werke seien, sowie auf die Art des Zustandekommens dieser Reichsregierung und auf die Zustimmung der überwältigenden Volksmehrheit zu ihrer Politik hingewiesen. Von einem Versuche, die deutsche Würde zu wahren, konnte auch diesmal kein noch so Wohlwollender etwas merken.

Nun wurde Wilson am 23. Oktober noch deutlicher und verlangte den Rücktritt des Kaisers so gut wie unverblümt; auch erklärte er, daß für den Vielverband ein Waffenstillstand nur unter solchen Bedingungen in Betracht komme, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch das deutsche Reich ausschlössen.

Nun war es ausgesprochen, was die Feinde wollten: auf Gnade und Ungnade sollte sich das deutsche Reich den Feinden unterwerfen, nachdem es sein Oberhaupt beseitigt hatte, und dann warten, welche Verfügung der Vielverband über das wehrlose Volk treffe.

Gab es jetzt eine Wahl?

Für kein anderes Volk als für das führerlose und mißleitete deutsche dieser Zeit hätte es eine solche gegeben, für keine andere Regierung, als für die voll Furcht allein auf die großstädtischen, verhetzten Massen blickende deutsche. So antwortete sie am 27. Oktober ausweichend, indem sie auf die inzwischen vorgenommenen Verfassungsänderungen verwies, durch die die entscheidende politische Macht in die Hände der „Volksregierung" gelegt sei und der auch die militärischen Gewalten unterstellt seien.

Wirklich hatten sich die Regierung und die Reichstagsmehrheit mit unwürdiger Folgsamkeit beeilt, Bismarcks Verfassung so zu ändern, daß sie die Gnade eines Wilson fände; besonders war am 26. Oktober die oberste Kommandogewalt des Kaisers beseitigt worden, der sich diesem Eingriff willenlos gefügt hatte.

Am selben Tage heischte der Staatssekretär Scheidemann im Namen seiner Partei vom Reichskanzler die Abdankung des Kaisers, und erhielt General Ludendorff den Abschied.

Seit der dritten deutschen Note an Wilson vom 20. Oktober hatten sich die Wege der Obersten Heeresleitung von denjenigen der Regierung getrennt und seit der dritten Antwort Wilsons taten Hindenburg und Ludendorff alles, was in ihren Kräften stand, um einen Waffenstillstand unter so verderblichen und entehrenden Bedingungen zu verhindern. Das Schicksal, das sie zuerst in Gang gesetzt hatten, konnten sie nicht mehr aufhalten; sie hatten sich selbst des bestimmenden Einflusses über den Krieg begeben, als sie die politischen

Stellen zur sofortigen Herausgabe der Friedensbitte veranlaßt hatten. Nun erlag der erste Generalquartiermeister der Macht, die seine Gegner infolge jenes verhängnisvollen Schrittes erlangt hatten. Den äußeren Anlaß bot ihnen eine Kundgebung, die der Feldmarschall am 24. Oktober an alle Truppen hatte ergehen lassen; in ihr war gesagt, daß Wilsons Antwort die „militärische Kapitulation" fordere und deshalb für das Heer unannehmbar sei. Es ergebe sich daraus, daß der Widerstand mit äußersten Kräften fortgesetzt werden müsse. Dieser Befehl war durch eine Verkettung von Umständen ohne General Ludendorffs Mitwirkung abgefaßt worden; er widersprach den Anschauungen und Absichten der Regierenden und sie veranlaßten, sobald sie davon erfuhren, daß er zurückgehalten wurde. Aus dem Inhalt der Kundgebung des Feldmarschalls schlossen Prinz Max und seine Leute, daß General Ludendorff der Urheber sei, und sie beantragten beim Kaiser dessen Entlassung. Der General hatte in den letzten Tagen aus den Verhandlungen mit der neuen Regierung die Überzeugung gewonnen, daß diese Leute sich zu keiner Tat mehr aufraffen würden; um die Lage des Kaisers gegenüber der Heimat und den Feinden, und diejenige seines Vaterlandes den Feinden gegenüber zu erleichtern, hatte Ludendorff am 26. Oktober selbständig den Entschluß gefaßt, seinen Abschied zu erbitten — seine Entlassung erfolgte, unabhängig von seinem Gesuch, auf Betreiben der Regierung. Am selben Tage stand der große Mann zum letzten Male vor seinem obersten Kriegsherrn; er schied von ihm in der Überzeugung, daß binnen zwei Wochen auch der Kaiser gestürzt sein werde. So fiel dieser Mann. Ein erschütterndes Ende dieses Helden, für ihn noch erschütternder, als der Generalfeldmarschall ihn allein gehen ließ.

Mit Ludendorffs Entlassung verlor das immer noch heldenhaft kämpfende Heer sein Haupt, das ihm den einheitlich starken Willen gegeben hatte; sein Nachfolger wurde General Gröner — ein hervorragender militärischer Fachmann aber politisch ohne Halt, ja in den großen Fragen unzuverlässig; seine Wirksamkeit gereichte dem Heere zum Verderben.

* * *

In Österreich hatte Kaiser Karl vor dem staatsfeindlichen Ansturm der Slawen aller Stämme zurückweichend und in der Hoffnung, damit die Gunst des Vielverbandes zu erkaufen, am 16. Oktober 1918 für Österreich eine Kundgebung erlassen, durch die er die Umwandlung der Reichshälfte „dem Willen der Völker gemäß" in einen Bundesstaat zugestand, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes Gemeinwesen bilden sollte. Harmlos meinte der Kaiser, daß das Vaterland so „gefestigt durch die Eintracht

der Nationen, die es umschließt, als ein Land freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen möge".

Damit war das alte Österreich aufgelöst, von dem eigenen Herrscher in Trümmer geschlagen. Die Deutschen der Alpenländer, die Polen und die Tschechen gingen alsbald daran, sich eigene Staatswesen zu gründen; die Deutschen Böhmens wandten sich an das deutsche Reich, und die Herrschaft des letzten Habsburgers zerrann unter seinen Händen.

Am selben 16. Oktober zogen die Madjaren aus der kaiserlichen Kundgebung für Österreich den Schluß, sich vollkommen selbständig zu erklären und unabhängig von Österreich und vom deutschen Reiche den Frieden auf Grund der „14 Punkte" Wilsons anzustreben. Alsbald meldeten die Nichtmadjaren Ungarns ihr Selbstbestimmungsrecht an und bildeten deutsche, rumänische, slowakische, südslawische Volksräte. So war auch Ungarn in voller Zersetzung begriffen,

Trotz alledem hielt die Front: es gab kein Reich, kein Vaterland mehr — aber es gab noch eine „k. u. k. Armee", die sich bis zum letzten Augenblicke trotz der Verräter, die in ihr sich fanden, heldenhaft schlug — ein ergreifendes Beispiel für die zähe innere Kraft des geschichtlich Gewordenen. Seit der letzten Oktoberwoche hatten die Italiener wieder starke Angriffe unternommen; bis zuletzt wehrten sich die österreichisch-ungarischen Heere erfolgreich, insbesondere schlugen sich die deutschen Regimenter aus Kärnten und Deutschböhmen glänzend. Der Kaiser hatte, als die Wirkung seiner Maßnahmen ganz anders war, als er sie sich vorgestellt hatte, völlig den Kopf verloren; er entließ den Grafen Burian und berief am 24. Oktober den Grafen Julius Andrassy zum Außenminister. Dieser Madjare mißbrauchte sein Amt, um für Ungarn Sondervorteile zu erzielen; er bestärkte den Kaiser in seiner Absicht, ohne Rücksicht auf das deutsche Reich Frieden nachzusuchen. Die Ofenpester Regierung ging noch weiter: sie befahl, um das Wohlwollen des Vielverbandes zu erwerben, den madjarischen Truppen aus dem Kampfe auszuscheiden. Diese folgten dem verräterischen Befehle, indem sie ihre Stellungen im Stiche ließen und abrückten. Der verzweifelte Kaiser suchte am 27. Oktober den Sonderfrieden nach und erbat am 30. Oktober Waffenstillstand. Nun lief der Rest des Heeres auseinander; die in den vordersten Stellungen befindlichen deutschen Regimenter fielen infolge unklarer Fassung der Waffenstillstandsbedingungen in italienische Gefangenschaft. Das sterbende Österreich-Ungarn verpflichtete sich, seine Gebiete den Heeren des Vielverbandes zu öffnen. Durch diese Preisgabe des deutschen Bundesgenossen erschwerte Andrassy der deutschen Heeresleitung die noch vorhandenen Verteidigungsmöglichkeiten, da die Feinde nun von allen Seiten der Süd- und Südostgrenze angreifen konnten. So war die letzte Handlung Kaiser Karls und seines madjarischen Ministers Verrat am deutschen Reiche.

Am 4. November 1918 wurde der Waffenstillstand zwischen dem Donaureiche und dem Vielverband abgeschlossen.

Das österreichisch-ungarische Heer bestand nicht mehr — der Staat der Habsburger war zusammengebrochen.

So war das deutsche Reich jetzt ganz allein.

Mit um so größerer Eindringlichkeit stand es jedem Pflichtbewußten von politischer Einsicht vor Augen, daß es nur eine Rettung gäbe: den Versuch zu machen, das Volk vollkommen über die Folgen aufzuklären, die die Unterwerfung unter den Vernichtungswillen der Feinde haben mußte, — es im Hinblick auf diese furchtbare Gefahr zum höchsten Opfer aufzurufen und den letzten Kampf auf Leben und Tod zu wagen.

Aber an des Reiches Spitze stand Wilhelm II., der sich selbst preisgegeben hatte; Reichskanzler war ein Mann politischer Einbildungen wie Prinz Max; Machthaber waren die Führer der großstädtischen Massen geworden, die längst den Einfluß auf ihre Gefolgschaft verloren hatten; die öffentliche Meinung war von der Presse der Mehrheitsparteien beherrscht, die schändlicher schürte und hetzte als je: heldenhafte Entschlüsse waren von all diesen nicht zu erwarten. So verhallten die Rufe, Warnungen, Aufklärungsversuche der Völkischgesinnten ungehört.

Am 28. Oktober hatten zwei der bewährtesten Heerführer, die Generale von Gallwitz und von Mudra, Gelegenheit vor den Staatssekretären ihre Überzeugung zu bekunden, daß der Kampf fortgesetzt werden könne, wenn das ganze Volk aufgerufen werde — aber sie drangen nicht durch. Die in der Zeit Wilhelms II. längst willenlos gewordenen Berufsbureaukraten, die kleinbürgerlichen Staatssekretäre nach der Art eines Payer, die allein nach unten schielenden in hohe Ämter gelangten Volksverführer wie Scheidemann siegten im Rate mit ihrer Kleinheit über die willensstarken und kampfbereiten Feldherren. Männer ohne Heldensinn können nichts Heldisches wagen.

So wurden die Verhandlungen mit Wilson nicht abgebrochen. Nach einer vierten Note des Präsidenten beschloß die Reichsregierung eine „Waffenstillstands-Kommission" unter der Führung des Staatssekretärs Erzberger zu dem feindlichen Oberstbefehlshaber zu entsenden; sie war innerlich entschlossen, um jeden Preis Frieden zu schließen.

So sah das lebende Geschlecht den Zusammenbruch des deutschen Reiches und seines Volkes.

Der Umsturz.

Die Erscheinungen, die schließlich den inneren Zusammenbruch des deutschen Volkes verursachten, brauchten nicht unbedingt die äußere Niederlage des deutschen Reiches herbeizuführen. Das kämpfende Heer stand auch auf dem entscheidenden westlichen Kriegsschauplatz noch immer weit

in Feindesland, und die Oberste Heeresleitung wie die bewährtesten Heerführer waren Ende Oktober der Ansicht, daß der Krieg noch monatelang fortgesetzt werden könne — mit der Aussicht dem Feinde so schwere Verluste beizubringen, daß er bereit würde, dem deutschen Reiche einen annehmbaren Frieden zu gewähren. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Erfolges war um so größer, als seit der zweiten Hälfte des Oktober die Stoßkraft des Feindes fühlbar nachgelassen hatte, der Winter vor der Tür stand, und der Feind einen nochmaligen Winterfeldzug scheute. Am Tage der Entlassung des Generals Ludendorff berichtete der neue Kriegsminister General Scheüch in der Sitzung der Staatssekretäre, Feldmarschall von Hindenburg habe geäußert: „Wir sind über den Berg gekommen. Nicht nur unsere Truppen halten, sondern beim Gegner bestehen erhebliche Schwierigkeiten. In 14 Tagen werden wir weiter sehen — also Zeit gewinnen." Was der Oberste Feldherr der deutschen Heere hier gesagt hatte, war der Inbegriff aller Schlußfolgerungen, die aus den bei der Heeresleitung zusammenlaufenden Meldungen gezogen wurden.

Also: es war keine Rede davon, daß das Heer besiegt gewesen wäre, das Vaterland schutzlos dem Zugriff der Feinde dagelegen hätte. Daß der Feldmarschall mit seiner zuversichtlichen Meinung nicht allein stand, ergibt sich aus den oben berichteten Äußerungen der Generale von Gallwitz und von Mudra, und auch Ludendorffs Nachfolger General Gröner war Anfang November, obwohl er im allgemeinen schwarz sah, mindestens der Ansicht, daß die feindliche Stoßkraft nachgelassen habe. So bestand denn bei der Obersten Heeresleitung, auch nachdem Ludendorff ausgeschieden war, kein Zweifel darüber, daß entehrende und vernichtende Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen unannehmbar seien. In bezug auf die Räumung der besetzten Gebiete war im Falle des Waffenstillstandes an planmäßiges Zurückgehen gedacht, um alles dort befindliche Heeresgut zu retten. An eine Preisgabe deutschen Bodens dachte die Oberste Heeresleitung überhaupt nicht, sondern an ein Zurückgehen bis auf die Reichsgrenze — noch viel weniger kam für sie die Entwaffnung des deutschen Heeres in Frage, das vielmehr während der Verhandlungen schlagbereit zusammengehalten werden sollte, um auf die Feinde den nötigen Druck auszuüben.

So lagen militärisch die Dinge Ende Oktober und Anfang November 1918, und es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Oberste Heeresleitung bei der Bildung ihres Urteils alle ungünstigen Folgen in Betracht gezogen hatte, die sich aus dem Ausscheiden aller Bundesgenossen des deutschen Reiches ergaben. Es steht also fest, daß nach der Überzeugung der für die Kriegführung maßgebenden Stellen das deutsche Heer um diese Zeit noch kampffähig war und mindestens noch

wochenlang Widerstand leisten konnte — ganz abgesehen davon, ob und mit welchem Erfolge die Heimat zur „nationalen Verteidigung" hätte aufgerufen werden können.

Wenn die Regierung des Prinzen Max von Baden sich trotzdem entschlossen hatte in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, obwohl dem deutschen Volke nach den Antworten Wilsons Unerträgliches zugemutet wurde, so bestand doch die Möglichkeit, daß sie scheitern würden, wenn die Feinde offenkundig an die deutsche Ehre griffen. Für diesen Fall hatte Prinz Max, hatten selbst sozialdemokratische Führer den Kampf bis aufs Äußerste angekündigt. Dies wird hier festgestellt, um den Schluß zu ziehen, daß auch sie die Weiterführung des Krieges militärisch für möglich hielten.

Wenn dann aus dem inneren Zusammenbruch des deutschen Volkes die furchtbarste Niederlage wurde, die jemals ein Staat erlitten hat, so ist dafür der Umsturz verantwortlich zu machen, der Anfang November das deutsche Reich erschütterte, das Kaisertum zerschlug, die letzten Reste des Ansehens der Staatsgewalt beseitigte, den Einfluß der Urteilsfähigen und Staaterhaltenden ausschaltete und die Herrschaft der politischen Streber aufrichtete, die sich auf die verhetzte und irregeleitete Masse stützten. Der Geist im Lande war vergiftet, Meuterei und Treubruch waren planmäßig in Heer und Flotte — vor allem in den „Etappen" — vorbereitet worden. Dieser Teil der hochverräterischen Tätigkeit der Umsturzleute hat, als seine Folgen wirksam wurden, das Reich wehrlos gemacht und dadurch alles verschuldet, was sich aus der Wehrlosigkeit ergab. Es kam die Zeit, da die längst sichtbar gewordene sittliche und politische Erkrankung der Volksmasse zum Wahnsinn ausartete; da ihre Wortführer an die Spitze des Zerrbildes von Staat, das aus dem Reiche Wilhelms des Ersten und Bismarcks geworden war, getragen wurden, wo sie, von völkischem Ehrgefühle unberührt, nur auf die Stimmung ihrer Gefolgschaft horchten, vor der sie zitterten, weil sie die Führerschaft verloren hatten. Der Friede sollte den Arbeitermassen nach den Versprechungen jener, die sie zum Abfall vom alten Vaterlande mißleitet haben, Freiheit, Arbeit, Brot bringen — darüber wurde alles andere vergessen, vor allem die Gesetze der völkischen Ehre und Selbstachtung und die Bedeutung der Staatsmacht, die sowohl für das Eigenleben jedes Volkes wie für sein Verhältnis zu anderen Völkern von entscheidender Bedeutung sind. Die vom Umsturz emporgetragenen Machthaber ohne Macht fügten sich dem Verlangen der verführten Masse nach Frieden um jeden Preis und erreichten, daß ihr wehrlos gemachtes Vaterland sich seinen unbarmherzigen Feinden auf Gnade und Ungnade unterwarf und in einen Zustand geriet, der weder den Frieden brachte, noch Brot, noch Freiheit, sondern die verewigte Ohnmacht mit der Verarmung und Versklavung des deutschen

Volkes — alles zum Verderben gerade jener, die sich in ihrer Verhetzung und Urteilslosigkeit angemaßt hatten, die Geschicke des Vaterlandes selbst in die Hand zu nehmen.

Wie all dies Entsetzliche gekommen, sei kurz geschildert.

* * *

Wir haben verfolgt, wie seit Bismarcks Entlassung die Staatsgewalt Schritt für Schritt vor dem Machthunger der Verführer der Arbeitermassen und vor der gewalttätigen Begehrlichkeit dieser selbst zurückgewichen war; während des Krieges hatte sich diese gefährliche, von der Sozialdemokratie gewissenlos betriebene Entwicklung beschleunigt mit dem Erfolge, daß das Ansehen der Krone und des Staates vernichtet war. Es gab nur noch eine Stelle, vor der auch die Massen Achtung hatten — die Oberste Heeresleitung; nun war ihr Ansehen durch die schändliche Verdrehung und Ausbeutung der Vorgänge im Großen Hauptquartier um die Wende der Monate September/Oktober von den zur Herrschaft drängenden Leuten der Reichstagsmehrheit und ihrer Presse auch zerstört worden.

Alle üblen Instinkte des öffentlichen Lebens waren entfesselt; wer das Gute und Nützliche für das urteilslose Volk erstrebte, wurde überschrieen und verdächtigt. Ein Zustand, der auch die treuesten Volksfreunde verzweifelt stimmen konnte.

Und doch hatten die Dinge sich noch viel gefährlicher und verderblicher entwickelt, als auch gut Unterrichtete wußten. Neben der zersetzenden Tätigkeit, welche die zur Richtung der Reichstagsmehrheit gehörenden Volksverführer und ihre Presse öffentlich ausübten, machten sich die Wirkungen der geheimen, unterirdischen Arbeit geltend, die — wie nach dem Umsturz auch der Öffentlichkeit bekannt wurde — seit Jahr und Tag von den Anhängern der unabhängigen Sozialdemokratie im Bunde mit noch weiter links stehenden Gruppen ausgeübt worden war. Es ist zugegeben worden, daß sie mit russisch-jüdischem Gelde ermöglicht wurde, und heute ist nicht mehr zweifelhaft, daß ihr auch Mittel aus dem feindlichen Auslande, wenn auch mittelbar, zur Verfügung gestellt wurden. Die Sendboten der Verschwörung hatten sich über das Reich verbreitet; ihre Tätigkeit erstreckte sich auch auf die Verbindungs- und Besatzungstruppen im eroberten Gebiete, ja an manchen Stellen bis auf die Kämpfenden an der vordersten Front und auf die Schlachtflotte. Mit besonderem Eifer wurde die Verhetzung sowohl in der Heimat wie im besetzten Gebiete an Orten ausgeübt, wo größere Truppenmengen zusammengezogen waren, außerdem überall dort, wo die Industriearbeiterschaft stark vertreten war. Die Fäden der Verschwörung liefen in den Händen der unabhängigen Sozialdemokraten zusammen, die unter jüdischer Führung standen, und an vielen Orten hatten Juden die Hand im Spiele. Seit

dem Frieden mit der Sowjet-Republik bestand enge Verbindung mit den jüdischen Machthabern des russischen Bolschewismus; die Folge davon war, daß die zum Umsturz willigen Angehörigen der Sozialdemokratie im deutschen Reiche immer weiter nach links getrieben wurden. Zum Zwecke der „Aufklärung" wurden Redner ausgebildet und im Lande umhergeschickt, die sich zur unabhängigen Sozialdemokratie bekennenden Zeitungen im Heer und in der Flotte verbreitet, aufrührerische Flugschriften verteilt und geheime Versammlungen abgehalten. Besonders eifrig wurde dieser „Aufklärungsdienst" in Eisenbahnzügen und Gastwirtschaften betrieben, wo dazu Angelernte die Rede auf die Zustände im Reich zu bringen hatten, um — wenn sie Gehör fanden — die Saat aufrührerischer Gedanken auszustreuen. Großen Anhang fanden diese Bestrebungen alsbald unter den jugendlichen Arbeitern, unter verhetzten Frauen und — auch auf den Schlachtschiffen der Flotte. Die Meuterei im Frühjahr 1917 war ein erstes Warnungszeichen gewesen; damals hatte der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Capelle behauptet, daß die Meuterer mit den Führern der Unabhängigen in Verbindung gestanden hätten; er fand aber, als das, soweit die verbrecherische Absicht in Frage kam, von diesen geleugnet wurde, nicht den Entschluß, den Fäden nachzugehen und die Zusammenhänge klarzulegen. Die Furcht vor der Reichstagsmehrheit, die den Unabhängigen beisprang, verhinderte rücksichtsloses Vorgehen. Da und dort aufflammende Ausstände, Meutereien in heimatlichen und Verbindungsstandorten, besonders solche bei der Ausreise von Truppen ins Feld, bewiesen, daß das Gift des Aufruhrgeistes zu wirken begonnen hatte — aber kaum jemand ahnte, in welchem Maße dies geschehen.

Als Prinz Max von Baden Reichskanzler geworden, als die Zeit des „parlamentarischen Systems" gekommen war und der „neue Geist" seine ersten Blüten trieb, verlangten die sozialistischen und die bürgerlichen Demokraten, daß die wegen politischer Verbrechen Verurteilten begnadigt werden sollten. Wirklich ließen sich die bundesstaatlichen Regierungen dazu herbei, und noch im Laufe des Oktobers 1918 wurden die wichtigsten Verbreiter des Umsturzgedankens in Freiheit gesetzt. Die Wirkung zeigte sich nach drei Seiten: Das Ansehen des Staates, wie es durch die Rechtsprechung zum Ausdruck kam, wurde weiter gemindert; die Begnadigten nahmen sofort ihre hochverräterische Tätigkeit wieder auf, für die sie durch die Entmutigung und Zermürbung der Heimat den Boden weiter bereitet fanden; wer bisher aus Furcht vor Strafen sich von solcher Wühlarbeit zurückgehalten hatte, erkannte, daß im deutschen Reiche des Prinzen Max von Baden der Hochverrat nicht mehr gefährlich sei.

An der Westfront kamen die schwersten Tage, die jemals ein Heer durchzumachen hatte: so wenig auch von den Einzelheiten des Waffen-

stillstandsgesuches und der politischen Vorgänge ganz vorn am Feinde bekannt geworden war, so war doch durchgedrungen, daß der Krieg abgebaut werden solle, und es war die stärkste Belastungsprobe für das Pflichtgefühl der Kampftruppen, von ihnen unter solchen Umständen das Ausharren im ungleichen Kampfe zu verlangen. Sie haben diese Prüfung bestanden. Es liegen erschütternde Beweise in Menge dafür vor, daß die kämpfende Front in den letzten Kriegswochen ein Heldentum über alles Beschreiben bewährt hat.

Die Flotte rüstete sich, falls die Verhandlungen scheitern sollten, mit größtem Nachdruck den Kampf aufzunehmen. Anfang August 1918 war der Sieger in der Schlacht vor dem Skagerak, war Admiral Scheer Chef des Admiralstabes geworden; er hatte sich dabei Vollmachten ausbedungen, die nun — gegen das Ende des Krieges — endlich die kraftvolle Führung der Flotte nach einem Willen möglich machten; sein Nachfolger als Führer der Schlachtflotte war Admiral Hipper geworden, der an jener Waffentat rühmlichen Anteil hatte. Die Flottenverwaltung hatte den Auftrag, mit allen Mitteln besonders den Bau von Unterseebooten zu fördern, um England in höherem Maße zu schädigen, wenn der Krieg fortgeführt werden mußte. Also: die Führer der Flotte dachten ebensowenig wie die des Heeres an Unterwerfung unter den Willen der Feinde, an einen Frieden um jeden Preis; bei den Beratungen mit den Leuten der neuen Regierung hatten sie getreulich an der Seite der Heerführer gestanden. Während diese sich auf den wiederhergestellten Geist ihrer Truppen verlassen konnten, wurden Scheer und Hipper von ihrer Waffe im Stiche gelassen, weil ein Teil der Matrosen vom Geiste des Umsturzes ergriffen war. Was sich im geheimen vorbereitet hatte, kam nun verderblich ans Licht.

Für die letzten Oktobertage hatten Admiralstab und Flottenchef eine große Unternehmung gegen die englische Flotte vorgesehen; die Vorbereitungen waren so getroffen, daß die feindliche Flotte unter Bedingungen in einen Kampf verwickelt werden sollte, die eine schwere Niederlage in bestimmte Aussicht stellten. Scheer und Hipper, die Helden vom Skagerak, waren gemeinsam am Werke: durfte die Flotte unter so bewährten Führern nicht auf den Sieg rechnen? Am 28. Oktober sollte die Schlachtflotte auslaufen — da brach offene Meuterei aus, die zum Flammenzeichen für den allgemeinen Umsturz wurde.

Man bedenke, was in den politisch und militärisch für das Vaterland so furchtbar schweren Tagen Ende Oktober 1918 ein deutscher Seesieg über die Engländer bedeutet hätte — und man ist sich über die Größe des Verbrechens klar, das Ehrvergessene damals begingen, auch wenn man die innerpolitischen Wirkungen jenes Verrates zunächst außer acht läßt.

Bei den Matrosen der Hochseeflotte hatten die Wühlereien der Unabhängigen günstigen Nährboden gefunden: das enge Zusammenleben auf den großen Schiffen, von denen die tüchtigsten der jüngeren Offiziere, die sonst den Verkehr mit den Mannschaften zu vermitteln, die sie zu überwachen und zu leiten hatten, für den Unterseebootdienst weggenommen waren, erleichterte den Verschwörern ihre Machenschaften. Dazu kam, daß der Dienst streng und eintönig war, ohne daß die Leute vom Erfolge etwas merkten, ohne daß ihre Einbildungskraft, ihre Stimmung durch glückliche größere Unternehmungen belebt worden wäre. Außerdem gehörten sie von ihrer bürgerlichen Tätigkeit her zum überwiegenden Teile zur Sozialdemokratie und hatten in den großen Kriegshäfen Kiel und Wilhelmshaven, deren Arbeiterschaft sich im Kriege für Werften, Fabriken und Werkstätten aller Art vervielfacht hatte, bei Landurlaub Gelegenheit, mit den dortigen Unabhängigen in Fühlung zu kommen. Andererseits hatten sie in der dienstfreien Zeit auf den Schiffen Muße unbeobachtet die eingeschmuggelten Zeitungen und Flugschriften zu lesen und zu besprechen. All diese Umstände hatten bewirkt, daß die Mannschaften der Schlachtflotte im Sinne des Umsturzes verseucht waren — diejenigen der Unterseeboote und der Torpedoboote, auf denen Offiziere und Matrosen eng zusammenlebten, waren trotz der Schwere ihres Dienstes in der Hauptsache davon frei geblieben.

Als nun in der Schlachtflotte die Vorbereitungen zu einem Unternehmen getroffen wurden, dessen Ziel den Untergebenen nicht bekannt war, verbreiteten die Rädelsführer zwei Lügen: Die Offiziere sähen voraus, daß die Flotte beim Abschluß des Waffenstillstandes an die Engländer ausgeliefert werde, und hätten sich geschworen dies zu verhindern und für ihre Schiffe im Kampf mit der englischen Übermacht den Untergang zu suchen — wobei auf das Wahnsinnige eines solchen Unternehmens unmittelbar vor dem Waffenstillstand, der zum raschen Frieden führe, und auf das Verbrecherische, ungezählten Seeleuten wegen der verstiegenen Ehrbegriffe der Offiziere den Tod zu bereiten, hingewiesen wurde. Außerdem behaupteten die Hetzer, ihre Führer am Festland hätten bestimmte Nachricht von Gleichgesinnten auf der englischen und französischen Flotte, daß, sobald die deutschen Kriegsschiffe die „rote Flagge" hißten, beim Feinde dasselbe geschehen werde, womit der Krieg auf einen Schlag beendet sei. Durch solche Lügen betörten sie ihre urteilslosen Kameraden und die Meuterei brach aus, als der Flottenchef am 28. Oktober den Befehl zum Auslaufen gab; die Heizer rissen die Feuer heraus und auch an Deck zeigte sich Widersetzlichkeit. Noch gelang es der Meuterer Herr zu werden — aber an ein Auslaufen der Flotte war nicht zu denken; Admiral Hipper mußte das geplante Unternehmen, dessen Aussichten um so größer waren, als durch

die Einstellung des Unterseе-Krieges alle U-Boote dafür frei waren, aufgeben und ließ das 3. Geschwader nach Kiel dampfen. Kein Zweifel, daß auf allen Schiffen die Treugebliebenen die große Mehrzahl bildeten, aber da sie sich aus dem falschen, ihnen beigebrachten „proletarischen Solidaritätsgefühl" heraus weigerten, bei der Unschädlichmachung der Meuterer mitzuwirken, gegen sie von der Waffe Gebrauch zu machen, fraß der Aufruhr um sich, und in Kiel beschlossen die Rädelsführer, die Verhafteten zu befreien. Vom ersten November ab wurden dort von Arbeitern und Matrosen öffentliche Versammlungen abgehalten und Handlungen begangen, die aufrührerischer Art waren; sie zu verhindern wagte man aus politischen Rücksichten nicht, fürchtete auch, von den Truppen im Stiche gelassen zu werden. Am 3. November kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem Blut floß; am folgenden Tage bewaffnete sich ein Teil der Marinemannschaften am Festland eigenmächtig, um die Gefangenen zu befreien; am 4. November war die Bewegung so weit, daß die ersten „Soldatenräte" von den Meuterern gewählt wurden und daß sie die rote Flagge offen zeigten. Am selben Tage unterbreiteten die Rädelsführer den Vorgesetzten ihre Forderungen, unter denen sich neben der Freilassung der jetzt Verhafteten und von dem früheren Flottenaufruhr im Zuchthaus sitzenden Verurteilten die Abdankung des Hauses Hohenzollern befand.

So weit war es gekommen, daß Angehörige der Flotte, der die besondere Sorge und Liebe Kaiser Wilhelms des Zweiten gegolten hatte, seinen Sturz verlangten!

Nun entwickelten sich die Dinge in rasender Schnelligkeit; die Vorgesetzten waren machtlos. Kiel vom übrigen Reiche abzusondern und damit den Herd der Empörung einzudämmen, wagte die Regierung des Prinzen Max nicht — oder durfte es nicht. Es verdient, in diesem Zusammenhang festgehalten zu werden, was der „Vorwärts", der nach dem Umsturz gewissermaßen „Regierungs-Organ" geworden war, Anfang 1919 höhnisch schrieb: „Die Revolution vom 9. November — auch das muß einmal rund heraus gesagt werden — war ein Kinderspiel, weil damals die Sozialdemokratie schon in der Regierung saß und dadurch jede Gegenwehr der Regierung hinderte." Nach Kiel wurden Unterhändler gesandt, die sich auf den Boden des Geschehenen stellten und vor allem weiteres Blutvergießen zu verhindern suchten, nachdem es auf dem Linienschiff „König" zum Kampf gekommen war. Der ehrliebende Kommandant Kapitän z. S. Weniger hatte mit seinen Offizieren die deutsche Kriegsflagge gegen den Versuch der Meuterer, sie durch die rote zu ersetzen, mit der Waffe verteidigt und war dabei schwer verwundet worden. Am Abend des 4. November war der wichtigste deutsche Kriegshafen unbestritten in den Händen der Aufrührer; auf den Schiffen

und Werften, an den Dienstgebäuden wehte die rote Fahne — einst das Wahrzeichen der Seeräuber. Einer der von Berlin entsandten Unterhändler, der mehrheitssozialistische Abgeordnete Noske, wurde zum Gouverneur ernannt — später, als der Umsturz allgemein geworden war, wurde es als sein Verdienst gerühmt, daß er durch sein Verhalten in Kiel den Kampf gegen die dortigen Meuterer verhindert und damit die Ausbreitung der Bewegung nach außerhalb ermöglicht habe.

War Kiel jetzt nicht mehr zu retten, so galt es mit allen Mitteln den Aufruhr auf diesen seinen Sitz zu beschränken. Der Versuch dazu wurde gar nicht unternommen, weil die Berliner Regierung — längst befangen in dem Wahne, daß der Umsturz unvermeidlich sei — nur bedacht war, Blutvergießen zu vermeiden: damit ließ sie sich von dem Angriffswillen der Empörer, die bei solchem Verhalten der Behörden ja keinerlei Gefahr liefen, überall das Gesetz vorschreiben.

Ungehindert von den bürgerlichen und militärischen Behörden sprang der Aufruhr zunächst auf Travemünde, Lübeck und Hamburg über; ungehindert verbreiteten sich die meuternden Matrosen von Kiel über das Reich, wobei sie planmäßig die militärisch und politisch wichtigsten Städte zuerst überrumpelten, dort die Gewalt an sich rissen und mit den örtlichen Führern der Verschwörung in Verbindung traten. Am 8. November waren sie die Herren von Köln, das der wichtigste Verbindungsort zur Westfront war; sie sperrten den Bahnverkehr nach der Front und verhinderten, daß Truppen, Lebensmittel, Schießbedarf dorthin befördert wurden. So fielen sie dem in denkbar schwerstem Kampfe befangenen Heere in den Rücken.

Mit einem Schlage stand das Reich in den Flammen des Aufruhrs: überall waren die Sendboten von Kiel seine ersten Erreger, überall fanden sie Mitläufer bei den mißmutigen, beschäftigungslosen Besatzungen, überall traten — als die Behörden untätig blieben — die örtlichen Führer der Sozialdemokratie in den Vordergrund und bemächtigten sich der Bewegung. Es steht fest, daß — abgesehen von dem ganz verseuchten Kiel — überall nur wenige den Anstoß zur Umwälzung gaben, und es ist nicht zu bezweifeln, daß an den meisten Orten der Aufruhr ohne Schwierigkeit hätte unterdrückt werden können, wenn die Behörden den Entschluß zu kräftigem Handeln gefunden hätten. Aber woher sollte ein solcher kommen?

Der Reichskanzler Prinz Max ging bei der Beurteilung des inneren Zustandes im Reich allein von der Stimmung aus, die unter der verhetzten Arbeiterschaft der großen Städte herrschte, und er nahm es als feststehend an, daß diese den Willen und die Macht zum Umsturz habe; er ergab sich in die Entwicklung, als sei sie etwas unabänderliches. Die militärischen Befehlshaber der Heimat waren seit dem 26. Oktober 1918,

als die oberste Kommandogewalt des Kaisers beseitigt worden war, den maßgebenden politischen Stellen untergeordnet und durften nur auf deren Anordnungen einschreiten — die politischen Stellen aber wollten unter allen Umständen kein Blut vergießen lassen. Daß Offiziere, denen die Sicherheit der Heimat anvertraut war, gegebenenfalls um den Staat und die Krone zu retten, auf eigene Verantwortung handeln und von der in ihre Hand gelegten Macht Gebrauch machen müssen, daran dachte kein einziger von all den Befehlshabern im Reiche, und verhängnisvoll trat der Mangel an politischem Instinkt, politischem Erkennen und Wollen zu Tage, der bei den hohen Offizieren des deutschen Reiches herrschte. Nur gewohnt, auf Befehl zu handeln, waren sie rat- und hilflos, als der Befehl ausblieb, und ließen den Dingen ihren Lauf. So stießen die Leute des Umsturzes nirgends auf Widerstand, und kleinste Minderheiten zwangen der Mehrheit ihren Willen auf. Das Bürgertum sah sich von seinen Behörden und den Militärbefehlsbabern im Stiche gelassen; Waffen besaß es nicht und die örtlichen Truppen schlossen sich überall dem Umsturz an. Was konnte, was sollte es tun, um einen Staat, eine Staatsform zu retten, die sich selbst aufgegeben hatte? Dazu kam, daß ja der weitaus größte Teil der bürgerlichen Bevölkerung den Einflüssen der zersetzenden Presse verfallen war und im Ernst daran glaubte, die innere Umwälzung werde den alsbaldigen Frieden mit Besserung der Ernährung und die Völkerverbrüderung bringen.

So geschah das Undenkbare, Schmachvolle, daß sich keine Hand für die Erhaltung des geschichtlich gewordenen Zustandes erhob und daß, als in Berlin das Kaisertum gestürzt wurde, im ganzen Reiche die bestehende Verfassung als erledigt galt und mit ihr auch die Staatsform der Bundesstaaten in Trümmer ging.

Nach dem Willen der Urheber des Umsturzes sollte die Monarchie des Hauses Hohenzollern beseitigt werden — etwas, an dessen Ausführbarkeit noch im Frühherbst 1918 kein Führer der Regierungssozialisten gedacht hatte; nun fiel sie, weil sie sich selbst aufgab und weil ihr Träger Leute zur Regierung berufen hatte, die sich — wie er selbst — willenlos vom Strome treiben ließen.

Wir wissen, daß Präsident Wilson unverhohlen, wenn nicht die Abschaffung des Kaisertums so doch seine Minderung an verfassungsmäßigem Einfluß und die Abdankung Kaiser Wilhelms II. verlangt hatte, sowie daß diese unerhörte Forderung nicht nur von den Führern der bürgerlichen und sozialistischen Mehrheit sofort aufgenommen und von ihrer Presse vertreten worden war, sondern daß Scheidemann im Namen der sog. Mehrheitssozialisten am 26. Oktober vom Reichskanzler in aller Form den Thronverzicht des Kaisers verlangt hatte. Prinz Max sah seitdem die Stellung des Kaisers als unhaltbar an und will sich bemüht haben, die Monarchie

als Staatseinrichtung und das Haus Hohenzollern zu retten, indem er den Kaiser zum freiwilligen Rücktritt zu veranlassen suchte.

Bereits am 1. November hatte sich ein preußischer Minister nach Spaa begeben, wohin der Kaiser in den letzten Oktobertagen zurückgekehrt war, um ihm im Namen der Regierung „über die Frage seiner Thronentsagung Vortrag zu halten"; der Kaiser hatte ablehnend geantwortet, indem er darauf hinwies, daß er dem Heere den Obersten Kriegsherrn erhalten müsse und daß in der Heimat das Chaos eintreten werde, wenn das Staatsoberhaupt fehle; er hatte erklärt, daß er es als seine Pflicht betrachte auf seinem Posten auszuharren. Auch als in der Heimat der Umsturz ausgebrochen war und um sich gegriffen hatte, blieb der Kaiser bei derselben Meinung und sprach sich insbesondere am 8. November bestimmt dahin aus, daß er nicht abdanken dürfe, weil sonst Volk und Heer der Zersetzung verfielen — er wollte vielmehr an der Spitze des Heeres in der Heimat die Ordnung wieder herstellen.

Im Laufe dieses Tages waren aus Berlin und aus den Etappen Meldungen über die Ausbreitung der Umsturzbewegung eingegangen, so daß am 9. November im Großen Hauptquartier zu der Lage Stellung genommen werden mußte. Der Feldmarschall war unter dem Einfluß des Generals Gröner zu der Ansicht gekommen, daß der Kaiser seinen Vorsatz, an der Spitze der Truppen nach Hause zurückzukehren und dort Ordnung zu stiften, nicht ausführen könne; der Erste Generalquartiermeister selbst sprach aus, daß das Heer nicht mehr hinter dem Kaiser stehe, während der Generalstabschef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Generalmajor Graf von der Schulenburg, die Überzeugung vertrat, daß Offiziere und Soldaten ihren Kriegsherrn nicht im Stiche lassen würden. Während der Feldmarschall und die Generale dem Kaiser über diese Fragen Vortrag hielten, traf aus der Reichskanzlei durch Fernsprecher die Aufforderung zur Abdankung ein und sie wiederholte sich mit wachsender Dringlichkeit, so daß der militärische Vortrag abgebrochen werden mußte. Inzwischen war Kronprinz Wilhelm erschienen und bat seinen Vater, die Truppen nicht zu verlassen, sondern zu seiner Heeresgruppe zu kommen, um mit ihr den Marsch in die Heimat anzutreten. Um die Stimmung der Truppen dem Kaiser gegenüber zu erforschen, wurde eine Umfrage unter den greifbaren Regimentsführern veranstaltet, deren Ergebnis der beauftragte Generalstabsoffizier dahin zusammenfaßte, daß die Truppe ihrem Kriegsherrn noch treu und ergeben sei — aber sie wolle nur Ruhe und Frieden, weil sie müde und gleichgültig sei; gegen die Heimat marschiere sie nicht, auch nicht mit dem Kaiser an der Spitze, sie wolle nur den Waffenstillstand.

Währenddessen liefen fortgesetzt Ferngespräche aus Berlin ein, in denen auf Abdankung gedrängt wurde. Zur Begründung dieses Drängens wurde,

nach der Bekundung der militärischen Umgebung des Kaisers, von der Reichskanzlei geltend gemacht, daß in Berlin heftige Straßenkämpfe stattfänden, die Stadt flösse in Blut, die Truppen seien übergegangen und nur durch den Thronverzicht des Kaisers könne der Bruderkrieg vermieden werden. Auch wurde darauf hingewiesen, daß nur auf diese Art das Haus Hohenzollern gerettet werden könne — der Entschluß müsse aber sofort gefaßt werden, und es handle sich nicht um Stunden, sondern um Minuten. Von den Beratern des Kaisers im Hauptquartier wurde verlangt, mit dem Reichskanzler persönlich durch den Fernsprecher in Verbindung zu treten und es wurde ins Auge gefaßt, daß Wilhelm II. als Kaiser abdanke, aber König von Preußen bleibe, um zu vermeiden, daß die Armee führerlos werde und sich auflöse; in diesem Falle sollte der Feldmarschall den Oberbefehl über das deutsche Heer übernehmen, während der König bei den preußischen Truppen bleiben wolle. Während eine diesem Entschlusse Wilhelms II. entsprechende Erklärung abgefaßt wurde, und ohne daß Prinz Max von Baden mit dem Großen Hauptquartier in Verbindung getreten wäre, wurde von der Reichskanzlei erneut die völlige Abdankung verlangt und mitgeteilt, daß der Reichskanzler bereits nachstehende Erklärung habe veröffentlichen lassen, die auch durch Funkspruch schon bei einzelnen Truppenteilen bekannt geworden sei:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind; er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler vorzuschlagen."

Das Ungeheuerliche war geschehen: der deutsche Reichskanzler, vom Kaiser zu seinem ersten Vertrauensmann berufen, Sohn eines alten Fürstenhauses, selbst Thronerbe in einem deutschen Bundesstaate, hatte es über sein Gewissen gebracht, der Welt eine Abdankung des Kaisers zu verkünden, die von diesem nicht vollzogen war, und dies noch durch den erlogenen Thronverzicht des Kronprinzen zu verschlimmern — er hatte das getan, nachdem vorher seine Beauftragten in der Reichskanzlei durch teils unwahre, teils übertriebene Behauptungen über die Vorgänge in Berlin den Kaiser und seine militärischen Berater zur Abdankung zu bestimmen versucht hatten.

Es ist kein Fall in der Geschichte bekannt, wo der oberste Berater eines Fürsten in solcher Weise Treubruch begangen hätte: dies Äußerste war den Deutschen vorbehalten als Abschluß des unseligen Zeitabschnittes, der mit der Entlassung des Fürsten Bismarck begonnen hatte.

Prinz Max begründet sein Vorgehen damit, daß er es — angesichts der Lage in Berlin und im Hinblick auf die Verzögerung des von seinem Be-

auftragten vom Großen Hauptquartier verlangten unbedingten Thronverzichtes des Kaisers — als das einzige freilich verzweifelte Mittel erkannt habe, um im letzten Augenblick die Monarchie als Staatseinrichtung und die Hohenzollern als Herrscherhaus zu retten. Eine Begründung, die des Prinzen menschliche Schwächen und politische Unzulänglichkeit offenbart. Kein Zweifel, daß der Reichskanzler und seine Umgebung allein unter dem Eindruck der Vorgänge in Berlin und in anderen Großstädten standen, daß sie die durch kein Einschreiten der Behörden gehemmten Aufruhrhandlungen des großstädtischen Pöbels als Willenskundgebung der Volksgesamtheit ansahen, gegen welche die Reichsleitung sich nicht auflehnen dürfe oder könne. Das seit Kriegsbeginn von der Regierung geübte Verfahren, nur nach unten zu sehen, alle Maßnahmen nach den Stimmungen der Masse einzurichten, diese Stimmungen als Volkswillen zu betrachten, erfuhr hier seine letzte Steigerung, die zur Zertrümmerung des Bismarck-Reiches führte. Über die sittliche Verwerflichkeit der Handlungsweise des Prinzen Max, die mit dem Kaiser auch den Kronprinzen abtat, kann kein Zweifel bestehen — um die Unklarheit seines angeblichen politischen Zieles zu kennzeichnen, sei doch darauf hingewiesen, daß ein Herrscherhaus und eine Monarchie, die durch die erzwungene Abdankung ihres Oberhauptes unter solchen äußeren Umständen „gerettet" worden wären, durch diese „Rettung" so sehr alles notwendigen Ansehens entkleidet werden mußten, daß sie unmöglich wurden — daß also diese Rettung ihr politisches Ziel verfehlt hätte.

Was war nun in Berlin tatsächlich vorgegangen?

Nach den Erklärungen, die das Oberkommando in den Marken durch Fernsprecher am 9. November an das Große Hauptquartier gelangen ließ, sollten zwar die Truppen in der Mehrzahl zu den Empörern übergegangen sein; die von der Reichskanzlei behaupteten Straßenkämpfe aber waren geringfügig; es konnte keine Rede davon sein, daß die Straßen in Blut flössen. Der gewiß bedenkliche Zustand war in der Reichshauptstadt, wie anderwärts, durch die Willenlosigkeit der politischen Behörden und durch das Versagen der obersten Militärbefehlshaber herbeigeführt worden. Man denke daran, daß Sozialdemokraten in den höchsten Ämtern saßen und die Haltung einer an sich schwachen Regierung dahin beeinflußten, „kein Blut zu vergießen", d. h. dem Umsturz das Spiel zu überlassen. Der Höchstkommandierende in den Marken, Generaloberst von Linsingen, hatte alle Vorbereitungen getroffen, um Unruhen von Berlin fernzuhalten; insbesondere hatte er die Reichshauptstadt vom Verkehr mit den Mittelpunkten der Aufruhrbewegung, vor allem von Kiel, abgeschlossen, um die meuternden Matrosen fernzuhalten; er war entschlossen, dies mit Waffengewalt zu erzwingen. Diese Absicht wurde nicht ausgeführt; inwieweit politische Stellen sie

durchkreuzt haben, ist noch nicht aufgeklärt. Jedenfalls gelangten Matrosen in großer Zahl nach Berlin und übernahmen die Führung der Bewegung. Sie niederzuwerfen, wäre trotzdem möglich gewesen, wenn man die zuverlässigen Truppen von der Waffe hätte Gebrauch machen lassen — aber Generaloberst von Linsingen glaubte, nun keine zuverlässigen Truppen mehr verfügbar zu haben und erließ von sich aus das Verbot zu schießen. Damit war die Reichshauptstadt den Empörern ausgeliefert — aber Berlin war nicht Preußen, war nicht das Reich.

Wenn durch die Erklärung des Generaloberſten von Linsingen die Frage des Schießverbotes für Berlin geklärt ist, so ist dies in bezug auf das Reich nicht der Fall. Nirgends ließen die militärischen Befehlshaber von der Waffe Gebrauch machen, überall wurde ein gleiches Schießverbot vorgeschützt, auch wo die Offiziere überzeugt waren, ihre Truppen fest in der Hand zu haben oder bereit waren, mit rein aus Offizieren bestehenden Abteilungen dem Aufruhr entgegenzutreten. Die Regierung bestreitet, ein allgemeines Schießverbot erlassen zu haben, und es liegt der Verdacht vor, daß von den Führern des Aufruhrs gefälschte Befehle ausgegeben wurden.

Wie immer die Dinge aber lagen — es ist kein Zweifel, daß die Treiber zum Umsturz, diejenigen, die auch auf die Gefahr eines Kampfes den Umsturz erzwingen wollten, eine kleine Minderheit waren, der sich infolge der Willenlosigkeit, ja Feigheit der Behörden dann schnell eine Masse von Mitläufern anschloß.

Die Geschichte hat die äußeren Vorgänge bei Staatsumwälzungen überliefert; sie gleichen sich immer und überall im wesentlichen und unterscheiden sich nur im Grade der Ausschreitungen, der der Veranlagung der tätig werdenden Völker entspricht. Staatsmänner, die aus der Geschichte gelernt haben, müssen wissen, daß Schwäche das sicherste Mittel ist, um den überall vorhandenen zerstörenden Kräften die Macht auszuliefern — Prinz Max von Baden und seine Amtsgenossen aber hatten nicht nur nichts von staatsmännischem Geiste in sich, sie waren auch von den Lehren der Geschichte unberührt geblieben. So erlagen sie schwachen Herzens und Willens den Eindrücken des Augenblicks und ihrer Umgebung und gaben preis, was zu behüten ihre oberste Amtspflicht war. Daß der Reichskanzler dies zudem in der Form eines in der Geschichte einzig dastehenden Betruges und Treubruches tat, ist seine besondere Schuld. Der politisch Rat- und Hilflose stand ganz unter dem Einfluß Scheidemanns, der ihm den Ausbruch des allgemeinen Ausstandes, des gefürchteten „Generalstreiks" androhte, wenn der Kaiser nicht unverzüglich abdanke.

Derselbe sozialdemokratische Führer und Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max faßte, als er merkte, daß die unabhängigen Sozialisten im Bunde mit den Meuterern und dem übelsten Großstadtgesindel auf

den Umsturz der Staatsform losgingen, für sich und seine Partei einen raschen Entschluß Er ließ die Maske fallen und stellte sich an die Spitze der Empörung, indem er am 9. November gegen 2 Uhr nachmittags vor einer am Reichstagsgebäude versammelten Volksmenge die Republik ausrief.

In Spaa war dem Kaiser am frühen Nachmittag des 9. November gemeldet worden, daß Prinz Max in Berlin seine Abdankung veröffentlicht habe; es wurde beraten, wie Wilhelm II., der sich noch als König von Preußen ansah und bezeichnete, und der als solcher beim Heere bleiben wollte, sich nach diesem Vorgang zu verhalten habe. Die Oberste Heeresleitung war der Ansicht, daß unter den obwaltenden Umständen weder ein Verbleiben bei den Truppen noch viel weniger die Rückkehr nach der Heimat in Betracht komme. Sie empfahl auch jeden Versuch zu unterlassen, den unbefugten Schritt des Reichskanzlers rückgängig zu machen, weil sie davon den Bürgerkrieg befürchtete, und wies darauf hin, daß die deutschen Bevollmächtigten für die Waffenstillstandsverhandlungen bereits am 7. November die französische Linie überschritten hätten, der Abschluß des Waffenstillstands also unmittelbar bevorstehe. Sie schlug dem Kaiser den Übertritt ins neutrale Ausland, und zwar nach den Niederlanden, vor. Der Kaiser faßte am 9. November noch keinen endgültigen Entschluß — am frühen Vormittag des 10. verließ er das große Hauptquartier, um sich nach der niederländischen Grenze zu begeben; in Amerongen nahm er seinen vorläufigen Aufenthalt. Dort hat er am 28. November den Verzicht auf den Thron vollzogen und alle Offiziere und Beamten ihres Treueides entbunden.

So verlor der Enkel Wilhelms I. das Herrscheramt, das nach menschlichem Ermessen seinem Hause sicher schien, so lange ein Hohenzoller lebte. Seine Getreuen im Großen Hauptquartier schließen ihren Bericht über die Vorgänge in Spaa mit dieser Feststellung:

„Der Kaiser stand unter dem niederschmetternden Eindruck, daß ihn der erste Ratgeber der Krone, der Reichskanzler, preisgegeben hatte, daß Heer und Marine ihn verlassen hatten und daß ihm der Weg zur Heimat und zur Front verschlossen war. So faßte der schwergeprüfte Herrscher nach qualvollen Seelenkämpfen, in Übereinstimmung mit dem Urteil seiner verantwortlichen Ratgeber und seiner Umgebung, den Entschluß, außer Landes zu gehen. Der Kaiser hoffte, hierdurch Deutschland weitere Verluste, Not und Elend ersparen und ihm Frieden, Ruhe und Ordnung wiedergeben zu können. Bis zuletzt ließ er sich nur von dem einen Gedanken leiten, seinem Vaterlande treu zu dienen."

Niemand wird dies Schlußwort zu Wilhelms des Zweiten Herrschertätigkeit ohne Erschütterung lesen, und wer zwischen den Zeilen zu lesen vermag, dem berichtet es von den Bitternissen, die der gefallene Kaiser

an dem Schicksalstage von Spaa erlebt hat. Wer sachlich urteilt und alles in Betracht zieht, was von den tatsächlichen Vorgängen im Großen Hauptquartier nach den Zeugnissen der Beteiligten feststeht, kann sich der beklemmenden Erkenntnis nicht entziehen, daß der Kaiser auch in seiner militärischen Umgebung keinen Mann gehabt hat, der der schweren Stunde gewachsen war, der ihn recht beraten hat. Er selbst war rat- und hilflos; aus allen Berichten ergibt sich, daß er alles an sich herankommen ließ, keinen Ausweg selbst fand, sondern zwischen den sich ändernden zum Teil widersprechenden Ratschlägen seiner Umgebung hin und her schwankte. Von ihm war der rettende Gedanke und Entschluß nicht zu erwarten — um so mehr kam es darauf an, daß seine Umgebung, insbesondere die Männer der Obersten Heeresleitung so für ihn handelten, ihn so berieten, daß das Wohl des Reiches und das Ansehen der Krone gewahrt wurden. Das aber haben sie nicht getan. Mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen haben sie sich vor den Ereignissen gebeugt statt ihnen standzuhalten, und es ist schmerzlich auszusprechen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg nicht zu jenen Ausnahmen gehörte. Seit sein getreuer Ludendorff aus dem Dienste geschieden war, hatte dessen Nachfolger, General Gröner, bestimmenden Einfluß auf sein Urteil und seine Entschlüsse gewonnen. Dieser in manchen Beziehungen tüchtige und auf dem Gebiete der Benutzung der Eisenbahnen zu Kriegszwecken sehr bewährte, aus dem württembergischen Heeresanteil hervorgegangene Offizier besaß weder nach seiner Weltanschauung noch nach seinem Charakter die Eigenschaften, die dem greisen Feldherrn in solcher Lage den notwendigen Rückhalt geben konnten. Insbesondere war ihm das Verständnis für das preußische Königtum fremd geblieben, und er wußte nicht abzuschätzen, was das ruhmlose Verschwinden des Obersten Kriegsherrn für das Heer bedeuten werde. Er stand der Gedankenwelt seiner schwäbischen Landsleute nahe, die während des letzten Kriegsjahres zu politisch maßgebenden Ämtern gelangt waren, und die trotz der Verschiedenheit ihrer Richtungen in den für „demokratisch" gehaltenen Grundanschauungen übereinstimmten. Nach dem Berichte der militärischen Umgebung des Kaisers war dieser General von seinem letzten Aufenthalte in Berlin am 5. und 6. November, obwohl er in der Beratung der Staatssekretäre scharf gegen die Abdankung des Kaisers gesprochen hatte, mit der Überzeugung ins Große Hauptquartier zurückgekehrt, daß der Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen angesichts der Entwicklung in der Heimat kaum länger aufgehalten werden könne. Wenn er es als Offizier (nach jenem Berichte) mehrfachen Anforderungen gegenüber ablehnte, den Kaiser zu diesem Schritt zu veranlassen, so liegt es doch nahe, daß seine Ansicht auf den Feldmarschall Einfluß gewann. Jedenfalls steht fest, daß dieser bei allen Besprechungen und Vorträgen am 9. November nichts tat, um den Kaiser von der Abdankung zurückzuhalten, ihn

zum Ausharren beim Heere zu bestimmen. Und das war das Entscheidende. Der Erbe Wilhelms des Ersten durfte sich nicht durch eine wahrheitswidrige Kundgebung des pflichtvergessenen Reichskanzlers absetzen lassen — der Nachfahre des großen Friedrich durfte das Heer nicht verlassen, sondern mußte auf jede Gefahr hin bei ihm bleiben, um die Würde seines Amtes zu wahren und um zu retten, was zu retten war. Gegenüber diesem Gebot der Kaiser- und Königspflicht durfte die persönliche Sicherheit des Herrschers nicht in Betracht kommen. Es wird aber auch von glaubwürdigsten Zeugen — Offizieren und Mannschaften —, die bis zum letzten Augenblick in der kämpfenden Front gestanden haben, versichert, daß die Truppen — von verhetzten Ausnahmen abgesehen — gar nicht daran dachten, sich von ihrem Kriegsherrn abzuwenden, noch viel weniger, daß sie ihm feindlich gesinnt gewesen seien.

Wenn im vorletzten Satze des oben wiedergegebenen Schlusses der Niederschrift, welche die militärische Umgebung des Kaisers über die Vorgänge des 9. November gefertigt hat, ausgesprochen wird „der Kaiser habe gehofft durch seine Abdankung dem Vaterlande weitere Verluste, Not und Elend zu ersparen, und ihm Frieden, Ruhe und Ordnung wieder zu geben" —, so steht diese Behauptung mit der besseren Erkenntnis des Kaisers im Widerspruch, die an anderer Stelle des Berichtes wiedergegeben ist, daß seine Abdankung die Zersetzung des Heeres, das Chaos der Heimat zur Folge haben werde. Weil der Kaiser dies klar erkannte, durfte er nicht von seinem Posten weichen — hätte er es nicht erkannt, so mußten es ihm seine Berater im Großen Hauptquartier sagen und sie mußten verhindern, daß er ihn verließ. Die Oberste Heeresleitung verfuhr anders, und sie trägt deshalb vor der Geschichte die Mitverantwortung für die Folgen der Abdankung des Kaisers und seiner Entfernung vom Heere.

Des Zusammenhanges halber sei schon hier ausgesprochen, daß die politischen, militärischen und sittlichen Folgen dieses Schrittes ungeheuer waren. Das Kaisertum war doch allen Deutschen, die auf dem Boden ihres Volkes und Vaterlandes standen, die oberste Vertretung der völkischen Würde — das Königtum war für die treuen Preußen untrennbar vom Staate und ihr persönliches Verhältnis zum König hatte seine Weihe, trotz der Fehler der nachbismarckischen Zeit, noch nicht eingebüßt — der oberste Kriegsherr war für Offiziere und Soldaten mehr als ein Begriff; er war das lebendige Oberhaupt der mächtigen Gemeinschaft, dem sie den Fahneneid geschworen hatten und auf das sie in guten und schlimmen Tagen schauten.

Und nun verließ der Kaiser und König das ererbte Amt, der oberste Kriegsherr seine Truppen: was stand nun noch fest? Wofür sollten die Volks- und Staatstreuen sich einsetzen, wenn das Reichsoberhaupt dem Umsturz wich und durch seine Abdankung anerkannte, daß die alte Ver-

fassung in Trümmer geschlagen sei? — Wer sollte dem Heere seine Befehle erteilen, wenn es in die Heimat zurückkehrte?

Noch vor Kurzem hatte ein sozialistischer Führer anerkannt, daß das deutsche Volk durch und durch monarchisch sei — und nun beugte sich der Erste der deutschen Fürsten einem Aufruhr, der von wenigen angezettelt war und der nur Bedeutung gewonnen hatte, weil die obersten Vertrauensleute der Krone ihre Pflicht nicht erfüllt hatten!

Was sollten die Offiziere, die Beamten, die Bürger tun, wenn der Oberste im Lande den Umsturz tatsächlich anerkannte — was dachten und sagten die Truppen, daß der erste Soldat des Heeres über die Grenze ins Ausland ging!!

Wer die Unwägbarkeiten kennt, die im Leben eines Volkes so bedeutsam sind, und die tausend Fäden sah, durch die das Kaiser- und Königtum mit den wertvollsten Schichten des Volkes schier unlösbar verbunden war, versteht es, daß Wilhelms des Zweiten Abdankung und Entfernung verwüstende Folgen hatte.

Für den monarchischen Gedanken war es auch ein schwerer Schlag, daß Kronprinz Wilhelm seinen Ansprüchen auf den Thron entsagte; er hatte gegen die Kundgebung seines gar nicht erfolgten Thronverzichtes nachdrücklich und würdig Verwahrung eingelegt und sich erboten, seinen Dienst als Heerführer weiter zu tun und, als dies von den neuen Machthabern abgelehnt wurde, sich für jeden anderen Dienst zur Verfügung gestellt. Als auch das nicht angenommen wurde, begab auch er sich — schlecht beraten — auf niederländisches Gebiet. Dort vollzog er am 5. Dezember den Verzicht auf die Krone Preußens und des deutschen Reiches.

Hier sei ausgesprochen, daß die Art, wie Prinz Max von Baden den deutschen Kronprinzen ausschaltete, an Schändlichkeit mit dem Betrug wetteifert, den er gegen den Kaiser beging. Um so bedauerlicher ist es, daß der Kronprinz das Geschehene durch seinen unerzwungenen Verzicht, der nach keiner Richtung hin nützen oder erleichtern konnte, anerkannt hat.

* * *

Die Vorgänge in Kiel, Hamburg, Lübeck, Köln usw. waren die Einleitung zu dem, was im ganzen Reiche und in den Etappengebieten geplant war. Einen gewaltigen Ruck nach vorwärts machte die Bewegung, als am 8. November in München der sozialdemokratische Schriftsteller Eisner, ein Jude polnischer Abstammung, die Republik ausrief, und als König Ludwig III., ohne den Versuch der Gegenwehr, aus seiner Hauptstadt floh. Die obersten Behörden ließen sich, ohne einen Finger zu rühren, beiseite schieben, und das auf seine Sonderrechte eifersüchtige Bayern unterwarf sich der unbeschränkten Herrschaft eines Volks- und Landfremden,

der sie mit einem Stabe von Rassegenossen und zweideutigen Nicht-Juden ausübte. Seine Leibgarde bildeten Matrosen, die hier wie überall, wo sie sich nun als Stoßtrupp des Umsturzes zeigten, den Schrecken aller Ordnungliebenden bildeten. Die Entwicklung der Dinge in München zeigte die Kopflosigkeit der obersten Behörden in hellstem Lichte: man war genau über Eisners Pläne unterrichtet gewesen und hatte doch nichts dagegen zu unternehmen gewagt.

So war der greise Wittelsbacher, der sich wahrhaftig bemüht hatte, den Pflichten seines Amtes gerecht zu werden, unter den deutschen Fürsten das erste Opfer des Umsturzes — schlimm, daß er so unköniglich floh.

Mit der Veröffentlichung der angeblichen Abdankung des Kaisers und des erlogenen Thronverzichtes des Kronprinzen war der Sieg des Umsturzes entschieden; in den Bundesstaaten wurden die Landesherren gezwungen, seinem Beispiel zu folgen, und das monarchischste Volk war über Nacht mit 25 Republiken bedacht, die im republikanischen Reiche zusammengefaßt bleiben sollten. Um zum Ausdruck zu bringen, daß jetzt die Zeit der Freiheit, der Volksherrschaft, gekommen sei, nannte man die neue Staatsform bald „Volks-", bald „Freistaat".

Die alten verfassungsmäßigen Volksvertretungen, der Reichstag und die einzelstaatlichen Landtage, ließen sich ebenso zur Seite schieben, wie der Bundesrat. Sonach unterwarfen sie sich der Umwälzung ebenso widerstandslos, wie die Landesherren und ihre Regierungen.

Es kam wie ein Taumel über die verführte Menge und ihre Mitläufer aus dem Bürgertum. Diese Urteilslosen wähnten wirklich, daß eine neue, glückliche, große Zeit angebrochen sei; daß nun, wo der Kaiser und die Bundesfürsten beseitigt, wo der „Militarismus" vernichtet war, und wo sich die Deutschen durch Annahme der republikanischen Staatsform den „freien Völkern des Westens" ebenbürtig erwiesen, der Friede sofort folgen werde, der dem Volke Ruhe und Nahrung biete. Man hätte über die politische Harmlosigkeit, über die kindliche Weltfremdheit dieser Deutschen lächeln können, wenn nicht das Vaterland in Todeszuckungen gelegen hätte, von denen jene freilich nichts ahnten. Entsetzlich aber war es zu beobachten, wie Charakterlosigkeit und Feigheit sich offenbarten — beschämend, wie die öffentliche Gewalt in die Hände, sei es von politisch Unzurechnungsfähigen, sei es von politischen Verbrechern gelangte, die sich auf den Auswurf der Bevölkerung stützten. Der Augenblick war gekommen, wo die Ehrlosen, die ihr Vaterland im Kampfe im Stiche gelassen hatten, wo die Fahnenflüchtigen aus ihren Verstecken hervorkamen und die Leibgarde des Umsturzes bildeten; ihnen gesellten sich die Halbwüchsigen zu, die während des Krieges verwildert und sozialistisch verseucht worden waren. Vielerorten wurden Zuchthäuser, Gefängnisse und Freudenhäuser geöffnet, und ihre Insassen traten als Beschützer der

neuen deutschen Freiheit auf. Das Schändliche geschah und wurde geduldet, daß eine Hetze gegen die Offiziere losbrach, als seien sie Verworfene, daß ehrliebende Soldaten ihrer Waffen und Abzeichen beraubt wurden; das eiserne Kreuz und die anderen Kriegsorden machten ihre Inhaber vogelfrei und die Ehrlosen prahlten mit ihrer Schande.

So äußerte sich der politische und sittliche Wahnsinn eines führerlosen Volkes, und wer von ihm frei blieb, wollte in Scham über das Unausdenkbare verzweifeln.

Überall entstanden nach dem Vorbilde des russischen Umsturzes „Arbeiter- und Soldatenräte" — der widersinnige Versuch, die öffentlichen Geschäfte von unten leiten zu wollen.

In Berlin hatte Prinz Max von Baden nach der Ausrufung der Republik ruhmlos das Feld geräumt und die Reichskanzlerschaft dem Führer der Regierungssozialisten, dem Reichstagsabgeordneten Ebert übertragen. Aber schon zwei Tage später bildete sich — wiederum nach russischem Beispiel — eine Regierung der sog. „Volksbeauftragten", die sich je zur Hälfte aus Mehrheits- und unabhängigen Sozialisten zusammensetzte und die von einem „Vollzugsausschuß" der Arbeiter- und Soldatenräte ihre politischen Anweisungen empfing und von ihm überwacht wurde. Die Volksbeauftragten erließen am 12. November eine Verfügung mit Gesetzeskraft, durch die der Belagerungszustand aufgehoben, vollkommene Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit eingeführt, der Erlaß aller Strafen für politische Verbrechen und Vergehen verkündet, der achtstündige Arbeitstag angeordnet und neben anderen Bestimmungen Wahlen zu einer „verfassunggebenden Nationalversammlung" in Aussicht gestellt wurden, für die alle Zwanzigjährigen beider Geschlechter das Wahlrecht erhielten. Alsbald wurde auch die Einrichtung der unbedingten Unterstützungsansprüche Arbeitsloser geschaffen.

Die Mehrheitssozialisten gebärdeten sich als die Träger und Schützer echt „demokratischer" Anschauungen und Einrichtungen — gegen sie aber drängten von unten die am russischen Beispiel geschulten Vertreter einer reinen Herrschaft des Proletariats. Die neue Zeit begann mit dem Widerstreit zwischen den verschiedenen Gruppen der Umstürzler; die Regierungssozialisten sprachen die „Souveränität" dem Volksganzen zu, während die Unabhängigen und noch vorgeschrittenere Gruppen, von denen besonders die sog. „Spartakisten" eine wilde Hetztätigkeit entfalteten, sie allein für das Proletariat in Anspruch nahmen.

Das innere Glück des mit raschestem Frieden zu begabenden Volkes sollte durch den Abbau der ins Ungemessene gestiegenen Preise für alle Lebensnotwendigkeiten — vor allem für Nahrungsmittel — gefördert werden, und auch an diese Verheißung glaubte die urteilslose Masse.

* * *

So beschämend die Vorgänge beim Umsturz in der Heimat waren — noch schimpflicher waren sie bei den Truppen der Etappen und besetzten Gebiete. Dort lösten sich vor den Augen der verwunderten Feinde bei den längst innerlich zuchtlos gewordenen Truppen die letzten Bande militärischer Ordnung. Die Offiziere verloren allen Einfluß und die Unwürdigsten rissen die Leitung an sich.

Was sich in Nordfrankreich und Belgien, in Polen und in der Ukraine abspielte, hat die Achtung vor dem deutschen Namen mehr geschädigt, als es die schwerste Niederlage im Kriege vermocht hätte. Aus den Truppen, die gestern noch äußerliche Ordnung hielten, waren über Nacht zuchtlose Banden geworden — nur von einem Gedanken beherrscht, so schnell wie möglich nach Hause zu kommen. Die Ehrlosen bemächtigten sich des Heeresgutes, verschleuderten es zum eigenen Vorteil an die fremde Bevölkerung, ließen sich entwaffnen, stürmten die Eisenbahnen, entkleideten sich selbst der bisher wert gehaltenen Abzeichen deutscher Krieger — und ernteten die grenzenlose Verachtung der Fremden, denen sie gestern noch Ruhe und Ordnung im Lande gehalten und die Herren gezeigt hatten. In regellosen Haufen strömten sie in das Reich zurück und hinterließen ein Andenken, das bei den so befreiten Feinden alle kriegerischen Großtaten des deutschen Heeres — die freilich von anderen deutschen Truppen ausgeführt worden waren — verdunkelte.

Auch im Reiche löste sich alle militärische Ordnung. Eigenmächtig verließen die Soldaten ihre Standorte und Truppenteile und viele vergriffen sich bei solchem Abschied vom Dienste am Heeresgut. Fast durchweg blieben nur ausgesprochene Anhänger des Umsturzes in Wehrtracht, denen es gefiel, in den Arbeiter- und Soldatenräten eine Rolle zu spielen oder das mühelos gewonnene Brot der republikanischen Sicherheitswehr zu essen. Andererseits warf sich das schlimmste Gesindel in Soldaten- und Matrosenkleidung, die auf diese Weise entehrt und zum Abscheu für alle Anständigen wurde.

Das war das Ende des deutschen Heeres in der Heimat und in den besetzten Gebieten.

War die deutsche Ehre ganz verloren gegangen?

* * *

Draußen vor dem Feinde, auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Belgiens, im fernen Osten, im Kaukasus und auf der Krim, standen ihre Hüter und wahrten das höchste Gut ihres unglücklichen Volkes in Heldensinn und Manneszucht. Als Prinz Max von Baden sich entschlossen hatte, auf Grund der „14 Punkte" Wilsons und der amerikanischen Noten in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, hatten die Feinde jede Waffenruhe abgelehnt. Der Krieg ging weiter, und den deutschen Fronttruppen

mußte zugemutet werden, ihr Leben trotz des bevorstehenden Kriegsendes im ungleichen Kampfe einzusetzen. Wir wissen, daß sie diese schwerste Soldatenpflicht in ruhmeswürdiger Weise erfüllten — so, daß ehrliche Feinde ihre Bewunderung aussprachen.

So groß die feindliche Übermacht, so schwer die fechtende Front von den unaufhörlichen Kämpfen mitgenommen war: vor dem Umsturz stand das deutsche Heer unbesiegt und war nach der Meinung der Obersten Heeresleitung imstande, den Krieg noch eine Zeit lang fortzusetzen. Der Erste Generalquartiermeister, der wahrlich nicht zu den Zuversichtlichen gehörte, hatte in der letzten Sitzung der Staatssekretäre, der er beiwohnte, am 5. November ausgesprochen, daß das Heer nur noch kurzen Widerstand leisten könne — also an sich seine Kampffähigkeit bejaht und deren Maß als wesentlich von den Einflüssen der Heimat abhängig bezeichnet. Er hatte seine Ausführungen damit geschlossen, daß wir bessere Bedingungen erhielten, wenn die Armee ungebrochen bleibe; dann hätten wir für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage; die nötige Zeit zu Verhandlungen werde von dem Heere sicher geschafft werden. Trotz des Unterschiedes im Tone war General Gröner sonach in der Hauptsache auf dem Standpunkt seines Vorgängers Ludendorff verblieben; was er am 5. November in Berlin vortrug, war keine Bereitschaft, sich unerträglichen Bedingungen zu unterwerfen, sondern sah die Fortsetzung des Krieges für den äußersten Fall, wenn auch nur für kurze Zeit vor.

Am selben Tage reisten die deutschen Bevollmächtigten für die Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Großen Hauptquartier ab und trafen am 7. November beim feindlichen Oberst-Befehlshaber ein. Ihre Reise wurde von all den Urteilslosen, die auf Wilsons Hilfe und Hochherzigkeit bauten, mit der Hoffnung glimpflichen Ausganges begleitet. Da kam der Umsturz, die Abdankung des Kaisers, der Freudentaumel der Instinkt-Verlassenen in der Heimat — und ganz in den Bann der Völkerverbrüderung Verfallene steigerten ihre Hoffnung, nun, wo Wilhelm II. und der Militarismus beseitigt seien, würden die Feinde noch gnädiger verfahren.

Am 9. November ließ General Foch der deutschen Abordnung die Bedingungen überreichen, unter denen der Vielverband dem deutschen Reiche einen Waffenstillstand von 30 Tagen bewilligen wollte; am Tage darauf wurden sie der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben. Ein jäher Schrecken fuhr durch dies weltfremde Volk, das die Feinde — vor allem Engländer, Franzosen und Amerikaner — nach sich selbst beurteilt hatte. Wo war da etwas vom Geiste der Völkerversöhnung zu entdecken, wo etwas von dem sänftigenden Einfluß des Menschenfreundes Wilson? Alles, was dem deutschen Reiche zugemutet wurde, atmete Haß, Rache,

Gewalt, ja Vernichtungswahn, und brachte für die Schlafwandler der deutschen Kriegspolitik ein furchtbares Erwachen.

Was der Vielverband verlangte, war die Wehrlosmachung, war die Unterwerfung des deutschen Reiches auf Gnade und Ungnade. Die wichtigsten Bedingungen lauteten:

sofortige Räumung von Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen;

Räumung des linken Rheinufers, wobei die Brückenköpfe Mainz, Koblenz und Köln mit einem rechtsrheinischen Gebiete im Halbmesser von 30 km den Feinden überlassen wurden;

rechts des Rheines sonst Schaffung einer „neutralen Zone" von 30 bis 40 km Tiefe;

Unterhaltung der feindlichen Besatzung auf Kosten des deutschen Reiches;

Zurücknahme der im Osten stehenden Truppen hinter die Grenze des 1. August 1914;

Verzicht auf die Verträge von Litauisch Brest und Bukarest;

Rückgabe des Standes der belgischen Bank sowie des russischen und rumänischen Goldes;

Bedingungslose Waffenstreckung in Ostafrika;

Abgabe von 5000 Kanonen, 30000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern und 2000 Flugzeugen;

Abgabe von 5000 Lokomotiven, von 10000 Eisenbahnwagen und ebensoviel Kraftfahrzeugen;

Abgabe von 100 Unterseebooten, 8 leichten Kreuzern, 6 größten Schlachtschiffen — während alle übrigen Schiffe abgerüstet und zur Bewachung an die Verbündeten oder an Neutrale abgeliefert werden sollten;

Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit;

Aufrechterhaltung der Blockade gegen das deutsche Reich.

Was hier dem noch mit den Waffen nicht besiegten deutschen Reiche zugemutet wurde, ging gegen die Volksehre; wir sollten Elsaß-Lothringen preisgeben, ohne daß die stärksten Waffenplätze des Festlandes, ohne daß Metz und Straßburg bezwungen waren; — wir sollten dem Feinde das ganze linke Rheinufer überlassen und standen noch auf seinem Boden; — die deutsche Flotte ausliefern, die das seegewaltige England nicht niederzukämpfen vermocht hatte; — die Helden von Ostafrika im Stiche lassen; — wir, die wir von den Feinden fast 4 Millionen Kriegsgefangene im Lande hatten, sollten sie freilassen, die deutschen Kriegsgefangenen aber sollten von den Feinden festgehalten werden —; unser Volk, das so furchtbar unter den Folgen der Unterernährung litt, sollte weiter hungern, da die Engländer ihr einziges Kriegsmittel, mit dem sie Erfolg hatten, ihre zugleich feigste und schärfste Waffe, die Blockade, weiter aufrecht erhielten!

Eine jede dieser Forderungen bedeutete, wenn angenommen, die sittliche Selbstvernichtung des deutschen Volkes; die Annahme dieser Bedingungen war Waffenstreckung, nicht Waffenstillstand — war politischer Selbstmord.

Der Augenblick war da, an den Ludendorff gedacht, wenn er von der Notwendigkeit äußersten Widerstandes gesprochen hatte, — und auch Prinz Max, ja selbst sozialistische Führer hatten doch Anfang Oktober noch versichert, daß im äußersten Falle der äußerste Widerstand geleistet werden sollte!

Und nun?

Nun hatte der Umsturz in der Heimat und in den Etappen gesiegt, nun sperrten ehrvergessene Arbeiter- und Soldatenräte dem kämpfenden Heere die Zuführung von Ersatzmannschaften, von Lebensmitteln und Schießbedarf. Nun waren der Oberste Kriegsherr und sein Erbe vom kämpfenden Heere weg ins neutrale Ausland gegangen — waren auch an der Front Soldatenräte gebildet worden und begann bei minder guten Truppen die Umwälzung sich geltend zu machen — bei allen aber die Sehnsucht nach der Heimat.

Konnte dies Heer auch jetzt noch — während die Verhandlungen schwebten — nach so grundstürzenden Änderungen weiterkämpfen? Wäre es, wenn es das noch gekonnt und gewollt hätte, nicht zwischen den äußeren Feind und die im Aufruhr befindliche Heimat eingeklemmt worden?

Die Schuld des Umsturzes in bezug auf die innere Zertrümmerung und Vernichtung des Vaterlandes ist furchtbar — furchtbarer noch die Schuld gegen das deutsche Heer — am furchtbarsten aber die von ihm herbeigeführte Preisgabe der deutschen Ehre gegenüber den Feinden.

Was konnte jetzt noch geschehen? Die vaterländischen Kreise, die zur Wahrung der deutschen Ehre bis zum Umsturz die völkische Verteidigung verlangt hatten, widersprachen der Annahme solcher Bedingungen und rieten, die Feinde sich holen zu lassen, was sie heischten — rieten es im Bewußtsein dessen, was daraus folgen konnte.

Der Feldmarschall, das Haupt des unbesiegten Heeres, verzweifelte jetzt nicht nur an jedem Widerstand, er fürchtete, daß das Heer nach der Abdankung und Entfernung des Kaisers sich im Falle der Ablehnung der Bedingungen nicht zusammenhalten lasse, und empfahl deshalb, einige Milderungen zu erwirken; gelinge das nicht, so riet er durch Drahtung vom 10. November trotzdem abzuschließen.

Der Umsturz im Reiche hatte dem kämpfenden Heere die Waffen zerbrochen, hatte den ruhmgekrönten Feldherrn der Möglichkeit beraubt, das Letzte zu leisten, um die deutsche Ehre zu wahren; der unbesiegte Feldmarschall mußte das Härteste tun, was je einem Heerführer zugemutet wurde: er mußte die Annahme von Bedingungen empfehlen, die sein Vaterland wehrlos und ehrlos zugleich machten.

Die „Volksbeauftragten" — in noch höherem Grade auf die Stimmung der Massen schauend, als die früheren Regierungen — waren auch ohne Hindenburgs Rat entschlossen, den Waffenstillstand anzunehmen und ermächtigten den Staatssekretär Erzberger, den Vertrag zu unterzeichnen. So trägt diese Urkunde deutscher Schande den Namen des Mannes, der im Verein mit den sozialistischen Führern den Zustand herbeigeführt hat, der das Vaterland vernichten mußte. Die Rolle, die der Verderbliche bei den Verhandlungen mit dem feindlichen Oberbefehlshaber spielte, hat in der Geschichte nicht ihresgleichen: eitel und ruhmredig, oberflächlich und unwürdig, unsachverständig und leichtfertig trat der für so ein furchtbar ernstes Geschäft von den neuen Machthabern Bestimmte auf, und die ihm beigegebenen Sachverständigen der deutschen Erwerbsstände warfen ihm vor, daß er durch die Art seiner Behandlung wichtigster Fragen das deutsche Volk schwer und langwirkend geschädigt habe.

Am 11. November 1918 unterzeichnete Erzberger den Vertrag, und um 11 Uhr 55 Minuten mittags trat an diesem Tage der Waffenstillstand in Kraft.

Fünf Wochen danach schrieb der englische General Maurice in einer Londoner Zeitung: „Das deutsche Heer ist von hinten erdolcht worden", und etwas später äußerte ein ehrlicher französischer Offizier im besetzten Gebiete: „Wir haben nicht gesiegt, — aber wir haben gewonnen."

Als deutsche Seeoffiziere die an England auszuliefernden Kriegsschiffe dorthin brachten, gestanden ihnen englische Offiziere, daß ihr Vaterland nur kurze Zeit noch habe kämpfen können. Es bleibe dahingestellt, in welchem Umfang das richtig ist — man kann die Furcht und den Druck, unter dem unser gefährlichster Feind gestanden hatte, nach den Vorgängen ermessen, die sich im Unterhaus bei der Bekanntgabe des Waffenstillstandes abspielten — auch aus dem Dankgottesdienste, zu dem sich das Parlament sofort darauf in die Westminster-Abtei begab.

Wie die Aussichten — abgesehen von der Widerstandsfähigkeit des deutschen Heeres — für einen annehmbaren Ausgang des Krieges kurz vor dem Umsturz standen, ergibt sich auch aus einem Satze, den Winston Churchill, eine der treibenden Kräfte der englischen Kriegführung, Anfang Januar in einer Zeitschrift schrieb: „Darf ich es sagen? Wir sind gerade nur so durchgekommen". Dies Geständnis bezieht sich insbesondere auf die Wirkungen des deutschen U-Bootkrieges und läßt die außerordentliche Bedeutung seiner Einstellung während der Verhandlungen mit Wilson im hellsten Lichte erscheinen, als Prinz Max auf den Befehl des Amerikaners die in diesem Augenblick wirksamste deutsche Waffe aus der Hand gab.

* * *

Der Umsturz hat vollendet, was die Reichstagsmehrheit begonnen, was ihre Presse gefördert, was die Regierenden des früheren Reiches geduldet hatten: wenn er sonach auch nicht allein für das Unglück verantwortlich ist, in welches das deutsche Reich geriet, so trägt er für dessen Maß und Gestalt den größten Teil der Schuld. Darüber hinaus aber muß gesagt werden, daß niemals eine Staatsumwälzung sinnloser war, daß niemals eine solche von kleineren, unwürdigeren Menschen betrieben wurde, daß keine zerstörendere Wirkungen gehabt hat, als diese angeblich deutsche, mit der das deutsche Volk nichts gemein hat, als daß es sie duldete. Was konnte dieser Umsturz noch wollen, nachdem der Kaiser sich in solchem Umfange seiner wesentlichen Herrscherrechte hatte entkleiden lassen, daß die rein parlamentarische Staatsform sicher war? Von einer Bedrückung des Volkes durch ungerechte Behörden konnte niemand reden, und der Mangel an Nahrung und Rohstoffen konnte wahrlich durch den Sturz des Kaisertums, das zudem an ihm ganz unschuldig war, nicht behoben werden. Wie man auch sucht, um Gründe zur sittlichen Rechtfertigung der Novembervorgänge zu finden — es gibt deren keine. Daß die nachbismarckische Regierungsweise verkehrt war, daß ihre Träger beseitigt werden mußten, daß die Rückkehr zu den politischen Überlieferungen Wilhelms des Ersten und Bismarcks notwendig war — rechtfertigt diese Umwälzung nicht; denn sie ging von Leuten aus, nach deren Wünschen und Winken hauptsächlich in dem letzten Vierteljahrhundert die Reichsgeschäfte geleitet worden waren. Es steht auch fest, daß der Umsturz gar nicht von Hungernden oder sonst Notleidenden ausging. Seine Träger waren die Meuterer der Schlachtflotte, denen es an nichts fehlte, die Fahnenflüchtigen, die kriegsscheuen Ersatztruppen der Heimat, die verwahrlosten Jugendlichen, Großstadt-Gesindel aller Art — sie alle geleitet und benutzt von machthungrigen Parteiführern, deren politische Unbrauchbarkeit ihr Verhalten während des Krieges für jeden Urteilsfähigen dargetan hatte. Um ihren Ehrgeiz zu befriedigen, um sie davor zu sichern, daß sie den Einfluß ouf die von ihnen verhetzten Massen nicht ganz verlören, mußte das Reich zertrümmert werden. Nicht einmal bei dieser Vernichtungsarbeit zeigten die Empörer selbständige Erfindung, noch viel weniger bei dem Versuche, die neue Staatsform zu schaffen. Alles wurde sklavisch den Vorbildern der französischen, vor allem aber der russisch-jüdischen Umwälzung nachgeahmt. Kein Wort aus den Reden der neuen Machthaber, das Leben behalten hätte — noch viel weniger ein aufbauender Gedanke. Nirgends eine Persönlichkeit von Führereigenschaften, sondern soweit die Leute des Umsturzes deutscher Abstammung waren, kleinbürgerliche Menschen, die als Parteiangestellte behäbig geworden waren, aber ewig Parteiangestellte mit dem Gesichtskreis der mißverstandenen Arbeiterbegehren blieben, oder aus dem Gleich-

gewicht geratene Fanatiker von geistiger Zuchtlosigkeit — und, soweit sie Juden waren, die echtesten Träger jenes zersetzenden, alles auflösenden Geistes, der dieser Rasse eigen ist. Diese Juden sind und bleiben letzten Endes die Urheber des Umsturzes. Die unabhängige Sozialdemokratie ist eine jüdische Gründung, ihre Führer waren Juden, ihre Verschwörer- und Zerstörerarbeit jüdisch — und als der Umsturz selbst kam, tauchten Juden überall als örtliche Treiber auf, wurden die Wortführer in den Arbeiter- und Soldatenräten, nahmen die Posten von „Volksbeauftragten", von Staatssekretären und Ministern in Anspruch, ließen durch ihre Presse die Massen weiter aufpeitschen, wühlten und hetzten zu neuem Aufruhr, zu steten Ausständen — kurz, sie gaben der Entwicklung nach dem Umsturz das entscheidende Gepräge. Dies Zerrbild eines Staatswesens, das aus dem deutschen Reiche Bismarcks geworden war, hatte mit deutschem Geiste nichts mehr gemein; es war eine jüdische „Provinz" geworden — dies Wort im Sinne des römischen Staatsrechts gebraucht — und trug alle Mängel seines Ursprunges, seiner Leitung an sich.

Es liegen gehäufte Beweise dafür vor, daß auch sog. deutsche Juden mit vollkommener Feindseligkeit dem etwaigen deutschen Siege gegenüberstanden; hier sei nur das Wort eines der jüdischen Wortführer der „Pazifizisten" angeführt, der im Dezember 1918 zu schreiben wagte: „Freudigen Herzens müssen wir den demokratischen Parteien des Westens danken, daß sie gesiegt haben. Sie haben auch uns befreit!"

Wer immer aber — sei er Deutscher, sei er Jude — an der November-Umwälzung beteiligt ist, bleibt mit dem Vorwurf belastet, in höchster Not zur Erreichung innerpolitischer Begehren, in Wahrheit zur Stillung persönlichen Machthungers oder zur Verwirklichung politischer Wahngedanken, das deutsche Reich seinen Feinden wehrlos ausgeliefert zu haben. Dieser Hochverrat ist das größte politische Verbrechen, das die Weltgeschichte kennt und wird es wahrscheinlich für lange Zeit bleiben.

Das Ende.

Wenn die Mehrheit der Deutschen nicht politisch unzurechnungsfähig gewesen wäre, hätte die Umwälzung vom 9. November bereits zwei Tage später ihr Ende gefunden, und das deutsche Reich wäre wieder unter einer den Aufgaben der Zeit gewachsenen starken Reichsleitung zur alten Ordnung zurückgekehrt. Denn die Waffenstillstandsbedingungen der Feinde und der Zwang zu ihrer Annahme zeigten allen, die sehen konnten und wollten, daß die Hoffnungen auf Wilson, die Erwartung günstiger Folgen von der Beseitigung des Kaisers und der Hilfe des fremden Proletariats eitel Trug oder Einbildung gewesen waren. Grausamer hätte der Vielverband

auch das kaiserlich gebliebene deutsche Reich nicht treffen können, eindeutiger nicht beweisen können, daß er das deutsche Volk vernichten wollte — wie das die Völkischgesinnten stets behauptet hatten. Aber an eine derartige politisch belehrende, geistig gesundende Wirkung des Waffenstillstandes war nicht zu denken, weil alle, die an der Vorbereitung und Ausführung des Umsturzes beteiligt waren, ihre Presse mißbrauchten, um die Wahrheit durch neue Täuschungen zu verschleiern. Es hieß, das „neue System" sei der Erbe des zusammengebrochenen schuldbeladenen alten und müsse dessen unseligen Nachlaß bereinigen — was offenkundig der Wahrheit ins Gesicht schlug. Man suchte die Öffentlichkeit damit zu trösten, daß der Waffenstillstand nur von ganz kurzer Dauer sein werde, da ein rascher Friede in Aussicht stehe; übrigens werde Wilson sicher für Milderung der harten Bedingungen sorgen; auch werde die „Internationale" sich rühren und niemals dulden, daß das deutsche Proletariat, das nun zur herrschenden Schicht geworden sei, von den „Militaristen und Chauvinisten" der siegreichen „Bourgeois-Regierungen" mißhandelt werde — schlimmstenfalls werde die heraufziehende „Welt-Revolution" dies verhindern. Schließlich wurde darauf verwiesen, daß der Friede die Hauptsache sei, und da müsse man sich auf Wilson verlassen, der doch seine Verheißungen nicht brechen könne, — man dürfe auch damit rechnen, daß weder die Engländer noch die Amerikaner, die doch als gute Kaufleute mit den Deutschen Geschäfte machen wollten, es dulden würden, daß etwa Frankreichs Haß das deutsche Reich zu schwer schädige, weil ja damit ihr zahlungsfähiger deutscher Kunde in seiner Kaufkraft gemindert werde.

Politisch Urteilsfähige hatten die Wahl, ob sie die Verbreiter solchen Trostes mehr als Toren oder als Betrüger betrachten wollten.

Die neuen Machthaber suchten die Gunst der Feinde zu erwerben, indem sie ihre Vorgänger der „Schuld am Kriege" bezichtigten und wahllos amtliche Urkunden veröffentlichten, aus denen das sich ergeben sollte; dabei schreckten sie vor Fälschungen nicht zurück.

Schnell wurden auch all diese Trostbehauptungen durch die wirkliche Entwicklung Lügen gestraft. Der Vielverband dachte nicht an raschen Frieden, sondern hielt das deutsche Volk in den Schlingen des Waffenstillstandes, der mehrfach unter erschwerten Bedingungen verlängert wurde; er dachte nicht daran, die hungernden Deutschen durch Aufhebung der Blockade mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen. „Die Internationale" bestand nur in den Köpfen volksvergessener Deutscher oder sozialistischer Juden, und von dem rettenden Ausbruch der „Welt-Revolution" war nichts zu verspüren.

Alsbald aber zeigten sich die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen der deutschen Niederlage. Es war noch nicht lange her, da hatte die Presse

der Mehrheitsparteien, als die Vertreter des deutschen Siegeswillens warnend auf die verheerenden Wirkungen eines Verzichtfriedens hingewiesen hatten, sie beschuldigt, durch solche „nationalistische Demagogie" das Volk „annexionistisch, chauvinistisch" aufstacheln zu wollen, um ihre kriegsverlängernden Pläne durchzusetzen. Nun war die Niederlage da und die schlimmsten Voraussagen wurden durch die grausame Wirklichkeit überboten.

Aber auch hierfür wurde das „alte System" verantwortlich gemacht, und den Vertretern des Siegeswillens glaubte man den Mund damit zu schließen, daß man sie für den schlimmen Ausgang des Krieges verantwortlich machte, weil gerade sie durch ihr Treiben den rechtzeitigen günstigen Abschluß verhindert hätten. Schamlos wurde der Versuch unternommen, die früheren deutschen Regierungen, die verhaßte Oberste Heeresleitung und die Alldeutschen als an der langen Dauer des Krieges schuldig hinzustellen, indem sie die Friedensbereitschaft der Feinde zurückgewiesen hätten — gleichgültig, ob von den feindlichen Staatsleitern längst öffentlich erklärt worden war, daß sie in keinem Augenblick dem Frieden zuführende Schritte getan hätten. Auch hier die wahrheitswidrige Beschuldigung von Reichsbürgern zum Vorteil der Feinde!

Wie es die verlästerten Vertreter des deutschen Siegeswillens vorhergesehen hatten, wurde durch die Folge der Niederlage keine Schicht schwerer getroffen, als die mißleitete Arbeiterschaft, die — blind für ihren wahren Vorteil — alles getan hatte, um sie herbeizuführen. Das „werktätige Volk", wie es im Amtsstil des Umsturzes genannt wurde, verlangte jetzt von seinen Führern die Verwirklichung alles dessen, was ihm seit Jahrzehnten als Ziel und Inhalt des Sozialismus vorgetragen worden war. Es heischte drohend die Erfüllung des „sozialistischen Programms", die Sozialisierung der Betriebe, die Selbstregierung des politisch reifen Volkes — kurz es bestand auf der Einlösung der Wechsel, die seine Führer ihm ausgestellt und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hatten verlängern müssen. Jetzt war das Proletariat Herr auf deutschem Boden und wollte die Früchte seiner Herrschaft ernten.

Da war guter Rat teuer. So weit die neuen Machthaber sich nicht zu dem Wahnwitz bolschewistischer oder spartakistisch-kommunistischer Pläne bekannten, waren sie einsichtig genug zu erkennen, daß die wesentlichen Verheißungen des sozialistischen Zukunftsstaats unerfüllbar waren — sie hüteten sich, dies einzugestehen und begründeten die Nichterfüllung damit, daß das beseitigte „alte System" eine zusammengebrochene Volkswirtschaft zurückgelassen habe, von der nur wenige Zweige „zur Sozialisierung reif" seien. Damit gaben sich die begehrlich und herrschsüchtig gewordenen Massen nicht zufrieden, und so wurden, um sie bei Laune zu erhalten, gegen die bessere Überzeugung der nun aufgeklärten Machthaber, an

dem kranken deutschen Wirtschaftskörper „Sozialisierungs-Versuche" unternommen, über deren Verderblichkeit kein Einsichtiger sich täuschen konnte.

Sobald die sozialistischen Wortführer, die bis dahin das leichte Geschäft der Volksredner getrieben hatten, zu Leitern des Staates geworden waren, zeigte sich, daß die Partei des sogenannten werktätigen Volkes über keinen einzigen politischen Kopf verfügte, daß sie zur Staatsleitung nicht nur unvorbereitet, sondern auch unfähig war. Um Reich und Bundesstaaten nicht ganz aus Rand und Band geraten zu lassen, was den Machthabern selbst zum Verderben gediehen wäre, kamen sie aus dem Triebe der Selbsterhaltung dazu, die Träger des bei jeder Gelegenheit gelästerten „alten Systems", seine Beamten, im Dienste zu halten und mit Hilfe dieser Bureaukratie, die teils aus Pflichtgefühl, teils aus dem Zwange wirtschaftlicher Notwendigkeit, im Dienste blieb, brachten sie es fertig, notdürftig zu regieren; die Arbeitsteilung war dabei so, daß die vernünftigen, erhaltenden Maßnahmen von dem Beamtentum ausgingen, während die neuen Machthaber das Vorrecht hatten, Schaden zu stiften. Es ist unbestritten, daß das „neue System" ohne die alte Beamtenschaft keine Woche lang Reich und Bundesstaaten hätte in Gang halten können.

Wo der Versuch gemacht wurde, vorübergehend durch die Vertreter des angeblich werktätigen Volkes zu regieren, kam es zu Zuständen, die bitterster Hohn auf den Staatsgedanken waren und die Stoff zu politischen Possen böten, wenn sie nicht gar zu traurig und unwürdig gewesen wären — schlimmer noch war es, wo Verbrecher und Narren sich die Macht anmaßten und eine schändliche Blutherrschaft ausübten. Braunschweig und München boten wochenlang den Anblick solcher Regierungskünste, Berlin, Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Leipzig und andere Städte vorübergehend. Gewiß wollten die zur Macht gelangten Mehrheitssozialisten nach ihrer Art Ordnung halten — aber hatte das „werktätige Volk" der Meuterer, Fahnenflüchtigen, Halbwüchsigen, Zuhälter und Zuchthäusler zu solchem Zwecke „Revolution gemacht"? War den Spartakisten und Bolschewisten mit einem Zustand gedient, bei dem das Proletariat nicht nach russischem Muster allein zu befehlen hatte?

Aus diesem Widerstreit der gesellschafts- und ordnungsfeindlichen Bestrebungen gegen die Absicht der neuen Machthaber, in ihrem Sinne Ordnung zu stiften, entsprangen an vielen Orten im Reiche Putsche; fortgesetzte Ausstände ließen das wirtschaftliche Leben nicht zur Ruhe kommen — kurz das Reich glich einem großen Tollhaus, in dem die vom politischen und sittlichen Veitstanz Besessenen ihr Unwesen trieben. Nur wo die neuen Machthaber sofort über hinreichende militärische Kräfte verfügten, vermochten sie den Aufruhr wider das „neue System" niederzuschlagen — in den anderen Fällen mußten sie ihn toben lassen, bis die „Reichswehr" eingreifen konnte.

In allen Einzelheiten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens erkannten die zu Staatsleitern gewordenen Führer der Massen, daß sie die Gefangenen ihrer eigenen politischen Vergangenheit und ihrer Gefolgschaft waren — nirgends aber mehr als in den Fragen der Macht nach innen und außen. Wie hatte man noch vor kurzem die Kreise, die an der uralten Lehre festhielten, daß Macht die Grundlage jedes Staatswesens sei, als Vertreter finstersten Rückschrittes verketzert und ihnen gegenüber den Rechts- und Volksstaat in den Himmel erhoben! Und nun mußte man erkennen, daß auch diese gepriesene, angeblich höhere Staatsform — die nichts war als ein hohles Schlagwort — nicht ohne Macht auskommen könne; man war nun selbst Obrigkeit geworden und erlebte, daß eine solche nur dann nicht dem Fluche lächerlicher Hilflosigkeit verfällt, wenn sie ihrem Willen durch Machtausübung Nachdruck verschaffen kann. Da war es das Verhängnis, daß die neuen Staatsleiter das aus dem Felde heimkehrende Heer zerstört und sich selbst der Unterstützung beraubt hatten, die es der Sache der Ordnung hätte bieten können.

* * *

Nach den Waffenstillstandsbedingungen hatte das deutsche Heer Frankreich, Belgien und Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen vom 11. November ab zu räumen, binnen weiterer 11 Tage mußten alle deutschen Truppen über den Rhein, jenseits der „neutralen Zone", zurückgezogen sein.

Der harte Wille der Feinde hatte der Obersten Heeresleitung hier eine ebenso traurige wie schwere Aufgabe gestellt. Bis zum letzten Schusse am Mittag des 11. November hatte die Front ihre Pflicht getan — dann mußte schleunigst abgebaut werden; denn es war bedungen, daß alle Truppen und alles Heeresgut, die nach den staffelweise bestimmten Zeitpunkten noch im Räumungsgebiet gefunden würden, in Kriegsgefangenschaft fallen oder zur Beute werden sollten. Da die pflichtvergessenen Etappen zum größten Teil versagten und die Fristen zu kurz waren, konnte das Heeresgut nicht annähernd geborgen werden; unermeßliche Werte fielen in Feindeshand. Das Heer selbst jedoch wurde zurückgeführt — eine Leistung, die bewundernswert ist. Es war ein hartes Stück für die unbesiegten Truppen, in Märschen, die wegen der Kürze der Fristen nicht anders als fluchtartig sein konnten, in die Heimat zurückzukehren, von der sie die äußeren Schrecken des Krieges ferngehalten hatten. Daß der traurige Rückzug fast überall in Ordnung und Manneszucht ausgeführt wurde, zeigt, daß der gute Geist des deutschen Heeres noch nicht erstorben war — freilich, je mehr seine Angehörigen sich der „befreiten" Heimat näherten, um so größer wurde die Gefahr der Ansteckung, des Auseinanderlaufens. Um so höhere Ehre gebührt jenen zahlreichen Truppenteilen,

die bis zu den ihnen bestimmten letzten Marschzielen, der Fahne getreu, beieinander blieben und mit einem Hurra auf den Kriegsherrn und das Vaterland entlassen wurden.

Wochenlange Märsche hatten sie im Winter durch das trostlose Vaterland auszuführen, dessen Verwahrlosung ihnen durch den Augenschein erst ganz klar wurde, und sie hielten Zucht und Ordnung. Auch bei ihnen hatte man Soldatenräte eingeführt, nachdem die Oberste Heeresleitung in unbegreiflicher Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Umsturzleute deren Bildung befohlen hatte. Selbst beim Großen Hauptquartier und den Armee-Oberkommandos bestand diese Einrichtung. Die von der Zersetzung unberührt gebliebenen Truppenteile lehnten es ab, solche heereswidrigen Vertretungen zu wählen — manche mußten erst dazu gezwungen werden und wählten dann ihre nächsten Vorgesetzten. Es kam nicht selten zu Zusammenstößen, wenn königstreu gebliebene Truppen mit den Umstürzlern aneinander gerieten oder sich über die Wahrzeichen des Umsturzes empörten.

Als nun der letzte Mann des heimkehrenden Heeres die Grenzen der „neutralen Zone" überschritten hatte, entstand die Frage, ob und was die obersten Führer unternehmen würden, um die Heimat zu befrieden und zu retten. Alle Freunde der Ordnung hielten es für selbstverständlich, daß die vor dem Feinde bewährten Feldherren sich der Pflicht nicht entziehen würden, dem Vaterlande, dem sie die Feinde ferngehalten hatten, nun die so schändlich gestürzte Ordnung wiederzubringen; man dachte nicht anders, als daß sie einen festen Plan für dies Werk hätten und wußte, daß mindestens ein sehr großer Teil der Truppen bereit war, dabei mitzuwirken. Es ging die Rede durch das Land, der Yorck werde sich finden, der dem deutschen Reiche seine Ruhe schaffe — und mancher Name aus der Zahl der Oberbefehlshaber wurde mit Hoffnungen hierfür genannt.

Aber der Yorck fand sich nicht.

Die bewährtesten Feldherren waren nur Soldaten, gewohnt nach Befehlen noch höherer Stellen zu handeln, in politischen Dingen ratlos und nicht zu Entschlüssen zu bringen — was zu diesem Handwerk gehörte, hatten sie auf der Kriegsakademie „nicht gelernt"; kein oberster Kriegsherr war mehr vorhanden, der ihnen Befehle erteilen konnte, und dem Feldmarschall fehlten die Eigenschaften, die Soldaten wie Yorck, Gneisenau, Roon zu Helden der politischen Tat gemacht hatten.

Es wird der weiteren Zukunft schwer verständlich sein, daß keiner der Generale, die vor dem Feinde Tatkraft und Mut bewiesen hatten, nun auch nur den Versuch machte, etwas für die innere Wiederherstellung des Vaterlandes zu wagen; sie wird hierin die schicksalsvolle Tatsache bestätigt finden, daß unter so vielen hervorragenden Feldherren kein politischer Soldat war — und den Kaisertreuen des lebenden Geschlechtes wird sie

die Enttäuschung nachfühlen, die ihnen dies politische Versagen der Generale bereitete.

* * *

Auch die neuen Machthaber rechneten damit, daß einer oder der andere der Generale mit königstreuen Truppen etwas unternehmen werde, und sie zitterten insgeheim vor der „Gegenrevolution". Um die Gefahr zu mindern, hatten sie angeordnet, daß die zurückgekehrten Truppen so rasch wie irgend möglich entlassen, ihre Truppenteile aufgelöst werden sollten. Aus blasser Angst vor der Gegenrevolution machte sich die neue Regierung selbst wehrlos gegen die Umsturzbestrebungen der staats- und gesellschaftsfeindlichen Gruppen. So konnte es geschehen, daß für längere oder kürzere Zeit die wichtigsten Städte in die Hände der Unabhängigen, Spartakisten und Bolschewisten gerieten und erst durch förmliche Straßenschlachten ihnen wieder abgerungen werden mußten. Um das ausführen zu können wurden „Freikorps" aus Freiwilligen gebildet, die reine Soldtruppen waren; aus ihnen wurde später die Einrichtung der „Reichswehr", die auch ein Söldnerheer ist. Sie ist das Werk des zum Reichswehrminister ernannten sozialdemokratischen Führers Noske, der im Reichstag und in der Presse das Seinige dazu getan hatte, das alte Heer herabzusetzen und aufzulösen, und der in Kiel dem Umsturz zum Siege verholfen hatte. Nun wurde dieser geschworene Feind des „Militarismus" gezwungen, um die Stellung, ja das Leben der neuen Machthaber vor dem Ansturm noch umstürzlerischerer Gruppen zu sichern, aus den Trümmern des kaiserlichen Heeres eine Truppe zu bilden, die mühsam die Ordnung aufrecht erhielt. Man hat das dem Reichswehrminister als besonderes Verdienst auch um die bürgerlichen Schichten angerechnet, aber dabei vergessen, daß sein Vorgehen dem Selbsterhaltungstrieb der neuen Gewalten entsprang.

Das war das Ende des preußisch-deutschen Heeres, das in einer unvergleichlich ruhmvollen Geschichte sich zum „Volk in Waffen" entwickelt und im Weltkrieg die Höchstleistung zustande gebracht hatte, über 4 Jahre hindurch vielfache Übermacht unbesiegt abzuwehren. Das Werk der großen preußischen Kurfürsten und Könige und ihrer Kriegshelden war vernichtet. Um die innere Ordnung einigermaßen aufrecht erhalten zu können, kehrten die Machthaber des Umsturzes dahin zurück, wo der Große Kurfürst angefangen hatte, indem sie Soldtruppen bildeten — nach außen aber konnten diese schwachen Kräfte dem unglücklichen Vaterlande keinen Schutz gewähren: das noch anfangs November verteidigungsfähige deutsche Reich lag ohnmächtig und wehrlos vor seinen Feinden.

* * *

Daß der Vertrag vom 11. November 1918 kein Waffenstillstand sondern Waffenstreckung war, ist schon gesagt — ihn trotzdem als solchen hinzustellen und der Öffentlichkeit vorzugaukeln, daß der Friede Besseres bringen werde, als dieser Vertrag erwarten lasse, war eine der zahllosen Wahrheitswidrigkeiten des „neuen Systems". Die durch den deutschen Zusammenbruch und Umsturz zu Siegern gewordenen Feinde wollten zuerst an das ihnen zugefallene Glück nicht recht glauben, so unerwartet kam es ihnen, zumal in solchem Umfang. Aber sie fanden sich schnell in ihre Rolle und behandelten das zertretene deutsche Reich mit dem Übermut und der Grausamkeit, die jeder deutsche Kenner ihrer Geschichte erwartet hatte, falls sein Vaterland unterliege.

Noch im November nahmen die Franzosen das Reichsland in Besitz; sie wurden von den Welschgesinnten jubelnd begrüßt und erklärten, — dem berühmten Selbstbestimmungsrecht der Völker zuwider — daß Elsaß und Lothringen ohne weiteres zu Frankreich gehörten, an das sie, vom preußischen Joche befreit, einfach zurückfielen. Schändlich war, was die welschen Parteigänger und das Gesindel dort an deutschgesinnten Alteingesessenen und Altdeutschen verbrachen — schmachvoll, wie die Wahrzeichen der deutschen Zugehörigkeit des Landes zerstört und entehrt wurden. Die neue Herrlichkeit im Reichslande nahm schnell ein Ende, als die Franzosen auch die alteingesessene Bevölkerung als Unterworfene behandelten. Der Gegensatz zwischen ihr und den neuen Herren spitzte sich schärfer zu, als der zwischen Elsaß-Lothringen und der deutschen Regierung. Es ist ein schlechter Trost, diese Entwicklung zu beobachten — aber etwas wie Strafe liegt in ihr sowohl für die widerborstigen reichsfeindlichen Alemannen und Franken des Reichslandes wie für die Franzosen.

Anfang Dezember erschienen die Feinde am Rhein: Franzosen, Amerikaner, Engländer und Belgier teilten sich in die Besetzung des linksrheinischen Reichsgebietes, das sie wie erobertes Land behandelten. So mancher Bürger und Bauer, vor allem aber die Arbeiterschaft, die vor kurzem noch, nur um den Krieg beendigt zu sehen, auch die Feinde im Lande als erträglich angesehen hatten, wurden nun belehrt, was es heißt, solchen Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Eine besondere Schmach und Kulturschande bedeutet die massenhafte Verwendung schwarzer und gelber Truppen; der Auswurf Asiens und Afrikas hielt am Rhein die Wacht für seine weißen Herren. Wo aber Beschwerden gegen die Gewaltherrschaft vorgebracht wurden, verwiesen diese auf das, was deutsche Truppen in Frankreich und Belgien getan hätten — außer acht lassend, daß dies im Krieg und im Zusammenhang mit Kampfhandlungen geschehen war, wogegen die Rheinlande ihnen auf Grund eines Vertrages überlassen worden waren.

Die erste Forderung der Sieger ging dahin, daß eine für sie verhand-

lungsfähige Regierung und eine den Friedenswillen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringende Volksvertretung geschaffen werde; sie erklärten dabei, sie würden eine Räteregierung nach russischem Muster nicht anerkennen.

In Berlin trennten sich in den letzten Dezembertagen 1918 die Unabhängigen von den Mehrheitssozialisten, die den Rat der „Volksbeauftragten" nun allein aus ihren Reihen besetzten; unter ihnen wirkte ein Kabinett von Sachministern, die zum Teil aus den Mehrheitsparteien, zum Teil aus der alten Beamtenschaft entnommen waren. Entsprechend ihrem Bekenntnis zur sog. Demokratie schrieb die Regierung Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung aus; sie wurden am 19. Januar 1919 vorgenommen; ihr Ergebnis wird später zu erörtern sein. Hier ist festzustellen, daß die Nationalversammlung sofort nach ihrem Zusammentreten eine Notverfassung beschloß, der zufolge die oberste Leitung der Reichsgeschäfte von einem Reichspräsidenten als Reichsoberhaupt und von einem Ministerium als ausübender Behörde besorgt werden sollte; die Souveränität des Volkes wurde durch die Nationalversammlung verkörpert. Zum ersten vorläufigen Präsidenten wurde der Mehrheitssozialist Ebert gewählt, dem Prinz Max am 9. November das Reichskanzleramt übertragen hatte; er berief ein Reichsministerium, zu dessen Vorsitzenden er seinen Parteigenossen Scheidemann ernannte.

So war dem Willen des Vielverbandes genügt; das neue deutsche Reich hatte ein Staatsoberhaupt, eine Regierung und eine Volksvertretung. Gleichwohl beeilten die Feinde sich nicht, die Friedensbedingungen vorzulegen; es war so, als weideten sie sich an der deutschen Ungewißheit — das Werk, das sie als Friedensvertrag von ihren Staatsmännern ausarbeiten ließen, brauchte freilich Zeit, um die zum System erhobene politische Zerstörungswut und Grausamkeit bis in die kleinsten Einzelheiten in Bestimmungen zu fassen.

Bis der Vertragsinhalt bekannt wurde, suchte sich die deutsche Öffentlichkeit mit den bekannten Hoffnungen und Erwartungen zu trösten — um so furchtbarer war das Erwachen, als der Vielverband endlich sein Werk vorlegte. Zur Entgegennahme der Bedingungen war die deutsche Abordnung nach Versailles vorgeladen; nachdem man sie dort ungebührlich hatte warten lassen, übergab der französische Ministerpräsident Clémenceau als Vorsitzender der feindlichen „Friedenskommission" der deutschen Abordnung am 7. Mai die Vertragsurkunde. Um den Besiegten zu demütigen, um den französischen Rachedurst zu befriedigen und um den siegreichen Völkern ein Schauspiel zu bieten, war im selben Spiegelsaale des Schlosses zu Versailles, in dem am 18. Januar 1871 Wilhelm der Erste zum deutschen Kaiser ausgerufen worden war, eine feierliche Sitzung der staatsmännischen Vertreter des Vielverbandes und seiner

Heerführer veranstaltet worden. Vor ihr erschien die deutsche Abordnung, der Zusammensetzung nach so recht ein Bild des zusammengebrochenen Deutschland: unter der Führung eines jener „neuzeitlich" tuenden Adligen aus ältestem Hause, die ihrer Überlieferung untreu geworden sind und den inneren Halt verloren haben, waren Vertreter der Mehrheitsparteien und ein Beraterstab, der hauptsächlich ihren Kreisen entnommen war, nach Versailles gegangen, um das „Friedenswerk" zustande zu bringen — eine Gesellschaft politisch Gescheiterter, durch die Entwicklung Widerlegter. Kein Angehöriger des von den Krankheiten der Zeit unberührt gebliebenen stolzen deutschen Adels unter ihnen, keiner der königlichen Kaufleute, kein Vertreter völkischer Weltanschauung und Staatskunst — abgesehen von ein paar tüchtigen Beamten, die pflichtmäßig diese Reise mitmachen mußten, und einigen der deutschen „Industriekapitäne", die als Sachverständige mitgenommen waren, aber kaum gehört wurden, kein Mann unter ihnen, den die Geschichte als Träger deutschen Sinnes und Wollens anerkennen wird, der den Feinden Achtung eingeflößt hätte.

Was die Kenner der feindlichen Völker für den Fall des Sieges der Verbandsmächte vorhergesagt hatten, daß Friedensverhandlungen überhaupt nicht stattfinden würden, sondern daß das zusammengebrochene deutsche Reich den fertigen Vertrag auf Ja oder Nein vorgelegt bekommen werde, kündigte sich durch manche Mitteilung der feindlichen Presse an. Die Unbelehrbaren auf deutschem Boden wollten es aber nicht glauben; ihr Götze Wilson konnte doch seine erhabenen Grundsätze nicht verleugnen, noch weniger durfte — nach dieser Meinung — sein Land, das schließlich doch beim Obsiegen des Vielverbandes den Ausschlag gegeben hatte, dulden, daß sein Oberhaupt vor aller Welt Lügen gestraft werde. Diese Harmlosen klammerten sich an die „14 Punkte", die bei den Verhandlungen des Waffenstillstandes von beiden Seiten als Grundlage des Friedens anerkannt worden seien; an die seien auch die Feinde gebunden und dürften nichts verlangen, was mit den „14 Punkten" im Widerspruch stehe. In ihrer politischen Weltfremdheit behandelten sie diese Frage nach der Art eines privatrechtlichen Streitfalles — daß hier eine Machtfrage durch die deutsche Selbstpreisgabe bereits im Sinne der Feinde entschieden war, und daß die Feinde dem ohnmächtigen deutschen Reiche gegenüber aus dieser Lage jeden nur möglichen Vorteil ziehen würden, wollte ihnen nicht in den Kopf. Fest steht, daß der Führer der deutschen Abordnung Graf Brockdorff-Rantzau an den guten Willen Wilsons glaubte und überzeugt war, er werde ihn zu gunsten des deutschen Volkes umstimmen können, wenn er nur mit ihm erst am Verhandlungstische säße — kein Wunder, wenn auch die untergeordneten Mitglieder der Abordnung mit guten Hoffnungen nach Versailles gereist waren. Ihnen allen und dem politisch unbelehrten Teile des deutschen Volkes — also seiner großen Mehrheit —

wurde eine furchtbare Enttäuschung bereitet. Die feindliche „Friedenskommission" legte einen Vertrag vor, den die deutsche Regierung nur annehmen oder ablehnen konnte, bei dem wirkliche Verhandlungen aber nicht zugelassen wurden. Und welch eine Urkunde hatte sie ausgearbeitet! In einem dickleibigen Werke von 440 Artikeln, von denen viele wieder zahlreiche Unterabschnitte enthielten, war bestimmt, was alles dem deutschen Reiche auferlegt wurde, um es zur dauernden politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht zu verurteilen — aber nicht nur das: es waren auch Vorschriften aufgestellt, die den wilden, ja krankhaften Haß eines Teiles der Sieger enthüllten. Die Vertreter einer auf den deutschen Sieg ausgehenden Kriegspolitik sahen auch diesmal ihre Vorhersagen bewahrheitet — die anderen aber standen in starrem Staunen: ihr Wilson hatte sie im Stiche gelassen, von Völkerverbrüderung war in diesem Vertrage so gar nichts zu entdecken, ja die Sieger schlossen das deutsche Reich sogar vom Völkerbunde aus. Leidenschaftliche Anklagen wurden gegen die Leiter des Vielverbandes erhoben; die Mehrheitspresse beschuldigte sie des Betruges. Durch die Vorspiegelung der „14 Punkte" hätte man das deutsche Volk dahin gebracht, die Waffen niederzulegen — und was dergleichen einer unmöglichen privatrechtlichen Auffassung machtpolitischer Fragen entstammende Vorwürfe waren. In besonderer Tagung trat die Nationalversammlung am 12. Mai in Berlin zusammen: unter stürmischer Zustimmung erklärte der Ministerpräsident Scheidemann diesen Vertrag für unannehmbar und rief aus: „Die Hand solle verdorren, die solch eine Urkunde unterschreibe." Die Führer der Parteien gaben gleichlautende Erklärungen ab — die bundesstaatlichen Regierungen und Volksvertretungen legten der Reihe nach feierliche Verwahrung gegen diesen Frieden ein — zahllose Volksversammlungen im ganzen Lande schlossen sich diesem Verfahren an, und es schien zweifellos, daß — abgesehen von den jüdisch geführten unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakisten — das ganze deutsche Volk, Regierungen und Regierte, darin einig waren, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werden dürfe. Und doch war dies, soweit die Reichsregierung in Betracht kam, Spiegelfechterei; sie war von vornherein zur Annahme entschlossen und gebrauchte so starke Worte nur, um den Unwillen des vielleicht zur Selbstbesinnung gelangenden Volkes von sich und ihren Parteien abzulenken. In den Parteien freilich glaubten die kleinen Leute im Ernste, der Vielverband lasse sich durch die deutschen Entrüstungskundgebungen beeinflussen. Wie wenig das der Fall war, zeigte der Fortgang der „Verhandlungen", die in einseitigem Bitten der deutschen Vertreter, in steter Ablehnung der Feinde bestanden. Präsident Wilson ließ sich nicht dazu herbei, sich mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau an den Beratungstisch zu setzen; dieser mußte seinen Kampf in diplomatischen Noten führen. Mit unermüdlichem Eifer reichte

er solche ein, und fast immer erfuhren sie höhnische Abweisung. Dies für das deutsche Volk grausame Spiel ging bis tief in den Juni 1919; dann stellte der Vielverband, der nur in geringfügigen Dingen Zugeständnisse gemacht hat, die Forderung, bis zum 23. Juni sei die Annahme zu erklären, widrigenfalls der Waffenstillstand als beendet angesehen und der Krieg wieder aufgenommen werden sollte.

Nun hieß es für die Regierung und die Nationalversammlung Farbe bekennen.

Für das deutsche Reich stand die Frage so: Militärischer Widerstand konnte im Westen nicht geleistet werden, weil die neuen Machthaber das aus dem Felde heimgekehrte Heer aus Furcht vor der „Gegenrevolution" aufgelöst hatten. Wie es im Osten stand, wird später zusammengefaßt berichtet. Hilflos lag das deutsche Reich in selbstverschuldeter Ohnmacht vor den Gewaltherrschern von Versailles — und doch durfte es sich diesem Vertrag nicht fügen. Es war eine Frage völkischer Ehre, ihn ohne Rücksicht auf die Folgen abzulehnen. Dies galt von den zahllosen unerfüllbaren wirtschaftlichen Bedingungen, die kein ehrenwerter Mann, im Bewußtsein ihrer Unerfüllbarkeit, unterschreiben durfte. Es galt in viel höherem Maße von den Bestimmungen, die unmittelbar und nach dem Willen der Feinde mit Absicht an die deutsche Ehre rührten: Das deutsche Reich sollte die Schuld seiner früheren Regierung am Kriege anerkennen, Kaiser Wilhelm den Zweiten einem Verbandsgerichtshofe zur Aburteilung preisgeben und alle Heerführer, Offiziere und sonstige Personen, die vom Verbande völkerrechtswidriger Kriegshandlungen beschuldigt würden, ihren Gerichten ausliefern. Jede dieser Forderungen war darauf berechnet, das deutsche Ehrgefühl endgültig zu vernichten und das deutsche Volk, wenn es sich ihnen füge, vor aller Welt als ehrlos bloßzustellen. Eine Schuld anerkennen, die kein Deutscher hatte — den Kaiser ausliefern, der der Vertreter der Volksgesamtheit war und bei Kriegsbeginn ihre begeisterte Zustimmung gefunden hatte — die Helden zu Wasser und zu Lande verraten, wobei die Feinde besonders an die kühnen Befehlshaber der Unterseeboote dachten — das war unmöglich. Die völkischen Kreise waren sich aller Folgen bewußt, die die Ablehnung des Vertrages haben konnte und verlangten sie trotzdem, weil sie wenigstens die deutsche Ehre aus dem Fall ihres Vaterlandes retten wollten. Sie rechneten auch, daß die Besetzung weiterer Teile des deutschen Reiches deren noch unbelehrter Bevölkerung die Bekanntschaft mit den Feinden und ihrer Art, auf deutschem Boden Ordnung zu halten, vermitteln und sie durch die daraus zu gewinnenden Erfahrungen wieder zur völkischen Gesinnung, zur geläuterten Vaterlandsliebe, zurückführen werde.

Als die Dinge durch die Drohung der Verbandsmächte zur Entscheidung getrieben wurden, erlebte das deutsche Volk einen neuen inneren Zusammenbruch. In widerlichem Ränkespiel der Führer der Mehrheitsparteien wurde in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Annahme des Vertrages gesichert; einige der Minister, unter ihnen der Präsident Scheidemann, wahrten den Schein und schieden aus ihren Ämtern; dasselbe hatte der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau schon vorher getan, als er seine Politik durch seinen Amtsgenossen Erzberger durchkreuzt sah.

Am 22. Juni sprach dieselbe Nationalversammlung, die am 12. Mai ihr „Niemals" verkündet hatte, durch Beschluß ihr Einverständnis mit der Unterzeichnung des Friedens aus, wobei die Urheber dieser Entschließung den ursprünglichen Vertrauensantrag in eine Kundgebung für die bedingungslose Annahme des Vertrages von Versailles umfälschten. Damit war entschieden, daß Regierung und Nationalversammlung sich der feindlichen Forderung nach bedingungsloser Unterzeichnung unterwarfen. Die Verbandsmächte luden die deutschen Bevollmächtigten zur feierlichen Unterzeichnung vor und bestimmten hierzu den 28. Juni.

Es hielt nach dem Rücktritt des Grafen Brockdorff-Rantzau schwer, die Bevollmächtigten zu finden, die ihren Namen unter die Urkunde deutscher Schande zu setzen bereit waren; schließlich verstanden sich je ein Vertreter der Regierungssozialisten und des Zentrums zu diesem Geschäft: als sie am vorgeschriebenen Tage in Versailles den Vertrag vollzogen — genau fünf Jahre nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand — legten sie gleichzeitig sinnbildlich die Schuld ihrer Parteien an diesem fürchterlichen Ausgang fest.

* * *

Was der sog. Friedensvertrag von Versailles dem deutschen Reiche und Volke auferlegt, kann hier im einzelnen nicht aufgezählt werden; nur die wesentlichen Bestimmungen seien mitgeteilt.

An Frankreich mußte Elsaß-Lothringen abgetreten werden; an den wieder geschaffenen Polenstaat aus den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen ohne weiteres ein Gebiet von nahezu 42000 qkm; hinsichtlich weiterer rund 26000 qkm, die dem östlichen Westpreußen, dem südlichen Ostpreußen und Oberschlesien zugehören, soll das Ergebnis einer Volksabstimmung maßgebend sein, die unter Aufsicht der Verbandsmächte vorgenommen werden soll. Die Stadt Memel und ihre Umgebung mit 2500 qkm soll ein selbständiges Gemeinwesen oder zu Litauen geschlagen werden; die Stadt Danzig mit Umgebung (rund 2000 qkm) bildet „unter dem Schutze des Völkerbundes" einen Freistaat, um den Polen den Zugang zum Meere zu verschaffen. Das Saarbecken wird auf 15 Jahre an Frankreich überlassen; nach deren Ablauf

soll die Bevölkerung entscheiden, ob sie beim Reiche verbleiben will. An Belgien fällt der Bezirk von Malmedy (gegen 1000 qkm), an Dänemark die nördlichen Kreise Schleswigs — zum Teil nach Volksabstimmungen. Alles in allem verliert das Reich sofort und bestimmt rund 65000 qkm mit gegen 3½ Millionen Einwohnern — für rund 34700 qkm mit gegen 2 Millionen Einwohnern ist das Schicksal von der Abstimmung der Bevölkerung abhängig gemacht, auf deren Ausfall die Verbandsmächte maßgebenden Einfluß zu gewinnen suchen. Kennzeichnend für die Gesinnung der Verbandsmächte, die heuchlerisch behaupten, die erhabenen Gesetze des Rechtes und der Gerechtigkeit zu verwirklichen, ist der Raub uralt deutscher Städte und Gebiete mit überwiegender und unbezweifelter deutscher Bevölkerung, wie Danzig, Thorn, Graudenz und des ganzen Reichslandes — ohne Rücksicht auf das berühmte Selbstbestimmungsrecht der Völker werden sie vom Reiche losgerissen. Welche Absicht der Vielverband mit dem Landraub im Osten verfolgt, zeigt ein Blick auf die Karte: er will, das letzte Ziel der Slawen verwirklichend, eine Reihe slawischer Staatswesen von Triest bis Danzig, von der Adria bis zur Ostsee, um das deutsche Sprachgebiet legen, um diese Urfeinde des deutschen Volkes stets gegen das deutsche Reich loslassen zu können und um es von Rußland zu trennen, damit der politische und wirtschaftliche Verkehr mit diesem Staate nach seiner etwaigen Wiederherstellung unterbunden oder erschwert wird.

Wirtschaftlich bedeutet der Verlust der landwirtschaftlichen Gebiete im Osten eine ernste Bedrohung der Volksernährung; in Elsaß-Lothringen gehen die Erz- und Kaligebiete, im Saarbecken die Kohlengruben verloren; falls Oberschlesien durch Volksabstimmung an Polen fällt, würde dieser Verlust so gesteigert, daß die Kohlenversorgung der ostelbischen Gebiete mit ihren Großstädten in Frage gestellt wäre. Der deutschen Industrie erschwert der Raub der Kohlen- und Erzgebiete die Möglichkeit des Fortbestehens in kaum zu überwindender Weise und gefährdet damit das Dasein für Millionen der bisher von ihr beschäftigten Arbeiter. Machtpolitisch wird das deutsche Reich zu einem Kleinstaat herabgedrückt, indem es vom 31. März 1920 ab nur ein Heer von 100000 Köpfen, einschließlich der (4000) Offiziere, gegliedert in 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen, halten darf, wobei der ruhmreiche Generalstab aufgelöst wird; außerdem ist durch Ablieferung von Gewehren, Geschützen, Maschinengewehren, Flugzeugen usw. die Entwaffnung des Reiches ausbedungen. Der zugestandene Heeresbestand wird nicht einmal zur Sicherung der inneren Ruhe ausreichen. Die Flotte wird auf 6 Linienschiffe, 6 kleine Kreuzer und je 12 große und kleine Torpedoboote begrenzt. Für die Linienschiffe ist eine derart geringe Größe festgesetzt, daß sie als Gegner in der Schlacht überhaupt nicht ernstlich in Frage kommen. Alle anderen vorhandenen

Kriegsschiffe gehen in den Besitz der Feinde über. Hier hat der Befehlshaber der in England „internierten" Kriegsschiffe, Konteradmiral von Reuter, das deutsche Vaterland vor äußerster Schmach bewahrt, indem er sie am 22. Mai bei Scapa Flow unter Berufung auf den allgemeinen Befehl des obersten Kriegsherrn, kein Schiff in feindliche Hand fallen zu lassen, versenkte — ein erschütterndes Ende der stolzen Flotte, die Großadmiral von Tirpitz dem deutschen Volke geschaffen hatte und die Kaiser Wilhelm II. unter dem Einfluß schlechter Berater, vor allem Bethmann Hollwegs, nicht ihren Daseinszweck durch den Kampf gegen England hatte erfüllen lassen. Untergehend stellte sie durch das Verdienst ihres Führers die Ehre der deutschen Kriegsflagge wieder her.

Die deutsche Handelsflotte, die vor dem Kriege die uns bekannten gewaltigen Fortschritte gemacht hatte, mußte zur Gutmachung der durch den Unterseebootkrieg den Feinden zugefügten Schäden alle Fahrzeuge bis auf einen Bestand von etwa 2250 Schiffen mit rund 500000 Register-Tonnen abliefern; sie behält knapp den 33. Teil ihres Umfanges im Jahre 1914, und zwar nur kleinste Fahrzeuge, die meisten unter 1000 Tonnen, wenige darüber bis zu 1600 Tonnen. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß die überseeische deutsche Handelsschiffahrt vernichtet ist und daß es dem Unternehmungsgeist ihrer Führer überlassen bleibt, von vorne anzufangen.

Das deutsche Reich mußte seine sämtlichen Kolonien an die Verbandsmächte abtreten, die darüber verfügen werden; es ist von den französischen Sklavenhaltern und den englischen Schlächtern in Indien und Ägypten nicht würdig befunden worden, farbige Bevölkerung in seiner Obhut zu behalten!

Die Rheinprovinz, Rheinhessen, die Rheinpfalz und die Brückenköpfe bleiben bis zu 15 Jahren besetzt — am längsten die von den Franzosen besetzten Gebiete; die Kosten trägt das deutsche Reich. Es hat auch für die Kosten der Wiedergutmachung im belgischen und französischen Kriegsgebiete aufzukommen, deren Höhe im Friedensvertrag nicht festgesetzt ist, sondern späterer Bestimmung durch den „hohen Rat der Verbündeten" vorbehalten bleibt, so daß die darin liegende fürchterliche Bedrohung des Reichsgeldwesens jeden wirtschaftlichen Aufbau unmöglich macht und dem Ausland jedes Vertrauen auf die wirtschaftliche Erholung des deutschen Reiches in absehbarer Zeit nimmt. Allein schon die Unterwerfung des Vaterlandes unter diese vernichtende Unsicherheit war ein politisches Verbrechen.

Eine Fülle militärischer, wirtschaftlicher, fachlicher Ausschüsse überwacht die Ausführung der Vertragsbestimmungen; japanische Offiziere z. B. wirken bei der Grenzfestsetzung gegen Polen mit. Die großen deutschen Wasserstraßen werden Behörden unterstellt, in denen das deutsche Reich

in der Minderheit ist. Dies ist eine eigenartige Abwandlung des Gedankens der „Internationalen", von dem die Sozialdemokraten fabelten, und des „internationalen Gedankens", von dem die anderen Volksvergessenen schwärmten: ihr Vaterland, das ihnen nicht gut genug war, ist gründlich „internationalisiert", seitdem es den feindlichen Überwachungsstellen ausgeliefert wurde. Die Bestimmungen der Reichsverfassung gelten nur, soweit sie nicht mit dem Vertrag von Versailles in Widerspruch stehen — auch darf das Reich nichts tun und dulden, was eine Umgehung seiner Rüstungsbeschränkungen bedeuten würde. Es hat seine Schuld am Kriege anerkannt, gibt den Kaiser dem feindlichen Gerichte preis und verpflichtet sich, jeden Heerführer, Offizier oder sonstige Personen, gegen die eine der Verbandsmächte wegen Verletzung der Kriegsgebräuche Anklage erhebt, zum Zwecke der Aburteilung auszuliefern.

Dies ist, aufs Äußerste zusammengepreßt, der wesentliche Inhalt des Vertrages von Versailles, soweit er das deutsche Reich betrifft; in ihm sind ungezählte Fußangeln gelegt, so daß Tag für Tag die Gefahr einer Vertragsverletzung besteht — ganz abgesehen davon, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen infolge der Leistungsunfähigkeit des deutschen Volkes unmöglich eingehalten werden können. So werden jeden Augenblick von den Siegern Fälle der Vertragsverletzung behauptet und begründet werden können, die ihnen Anlaß zu neuen Erpressungen und Schädigungen bieten.

Bei Lichte betrachtet, hat das deutsche Reich seit dem 11. November 1918, bestätigt durch den Vertrag von Versailles, seine Selbstherrlichkeit (Souveränität) verloren und ist unter die politische, wirtschaftliche und rechtliche Vormundschaft der Verbandsmächte gestellt worden. In welchem Umfang dies der Fall, bewies noch im September 1919 die Forderung „des hohen Rates der Verbündeten", den Artikel 61 der neuen Reichsverfassung zu beseitigen, in dem für den Fall der Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem deutschen Reiche Bestimmung getroffen wird, während diese Vereinigung durch den Friedensvertrag ausdrücklich verboten ist! Hier feierte die Lüge vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ihren größten Sieg. Obwohl die Deutschen des Reiches und Deutsch-Österreichs das leidenschaftliche Verlangen bekundet haben, sich zu vereinigen, verbot der Vielverband, der zum Nachteil des deutschen Volkes jedem kleinsten Volkssplitter sonst das Recht des Eigendaseins zubilligt, diese staatliche Zusammenfassung des mitteleuropäischen Deutschtums und betrog es damit um den einzigen Trost und Vorteil, den der furchtbare Zusammenbruch der Mittelmächte ihm hätte bringen können.

Bevor wir den Versailler Vertrag verlassen, seien aus der Zeit der

sog. „Friedensverhandlungen" noch drei Tatsachen festgestellt, die in Erinnerung behalten werden müssen.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, hatte in der ersten feierlichen Sitzung der „Friedenskonferenz" die Schuld des deutschen Reiches am Kriege, der geschichtlichen Wahrheit zuwider, teilweise zugestanden.

Sein Amtsgenosse Erzberger, der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, hatte, während Graf Brockdorff-Rantzau sich in seiner — freilich aussichtslosen — Weise bemühte, günstigere Bedingungen zu erlangen, durch seine Preßverbindungen im Auslande verlauten lassen, daß das deutsche Reich den Vertrag auch ohne Milderungen annehmen werde.

Die unabhängigen Sozialisten und ihre Presse haben unter Androhung von Ausständen die unbedingte Annahme des Vertrages gefordert.

So war der oberste Bevollmächtigte des deutschen Reiches in Versailles der Gefangene seiner eigenen Erklärung, der Machenschaften Erzbergers und des fortgesetzten Verrates der Unabhängigen.

Dies war das Ende der äußeren Politik des deutschen Reiches, die am 20. März 1890 eingeleitet wurde.

* * *

Bevor die Entwicklung auf dem Gebiete der inneren Politik geschildert wird, sei noch eine Angelegenheit behandelt, die beiden gemeinsam war: die Polenfrage, d. h. in den Zusammenhängen, die der Umsturz geschaffen hatte, die Frage, was aus den Landesteilen Preußens werden sollte, die von den Polen als polnische in Anspruch genommen wurden. Nach dem verderblichen Leitwort des Burgfriedens: „Ich kenne keine Parteien mehr" hatte die preußische Regierung über alles hinweggesehen, was die Polen staatsfeindliches während des Krieges getan hatten; im Reichstag gehörten ihre Abgeordneten zur Verzichtmehrheit, ihr Obmann saß im Ältestenausschuß und ihre Vertreter wurden bei den vertraulichen Beratungen des Reichskanzlers oder seiner Beauftragten mit den Parteiführern zugezogen — eine Harmlosigkeit, die übrigens auch gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie geübt wurde; denn Staatsfeinde zu erkennen und entsprechend zu behandeln, war nicht die Sache einer Staatsleitung, die nach den unhaltbaren Begriffen des Burgfriedens verfuhr. So war auch ein Pole zugegen, als Anfang Oktober 1918 der Abgesandte der Obersten Heeresleitung seine geheimen Mitteilungen über die militärische Lage und die Notwendigkeit von Friedensverhandlungen machte; man kann sich denken, mit welchen Gefühlen dieser „deutsche" Volksvertreter die Nachrichten über die Not des deutschen Reiches entgegengenommen hatte.

Als dann der Umsturz kam, brach in Posen das Ansehen des Staates und die Machtstellung des Deutschtums im Nu zusammen, da auch dort sowohl der oberste militärische wie der politische Vertreter des Staates bis zur Kopflosigkeit versagten. Die Polen benutzten die sozialistische Bewegung, um die bestehende Ordnung zu beseitigen und damit etwaigen militärischen Widerstand gegen ihre national-politischen Pläne unmöglich zu machen; sobald dies durch die völkische Gleichgültigkeit der sozialistischen Staatsverderber gelungen war, traten sie mit ihren nationalen Ansprüchen auf und setzten sie widerstandslos durch. Sie hatten dabei das besondere Glück, daß die Berliner „Volksbeauftragten" die Prüfung und Bearbeitung der deutschen Ostfragen Leuten in die Hand legten, die bis zum Irrsinn oder Verrat ungeeignet waren. Einer dieser Zerstörer des von allen großen Männern seit dem alten Fritz bis zu Bismarck geschaffenen Werkes entschied, daß — entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker — die Polen Anspruch hätten auf alle Landesteile, die bis zu 41% polnisch besiedelt seien: also dieser preußische Staatsbeauftragte bestimmte, der Deutschen im Osten ungefragt, daß eine polnische Minderheit von vier Zehnteln eine deutsche Mehrheit von sechs Zehnteln vergewaltigen dürfe. Als sich hiergegen in allen gemischtsprachigen Provinzen Preußens leidenschaftlicher Widerstand der Deutschen erhob, und als im ganzen deutschen Reich der Einspruch gegen die Preisgabe des Ostens laut und der Hinweis auf die Bedeutung dieser landwirtschaftlichen Überschußgebiete für die deutsche Volksernährung wirksam wurde, da besann man sich in Berlin eines besseren und suchte zu retten, was zu retten war.

Zu dem Plane des Vielverbandes, das deutsche Reich dauernd ohnmächtig zu machen, ihm todfeindlich gesinnte Staaten vor die zurückgedrängten Grenzen zu legen, die jederzeit militärisch gegen es losgelassen werden könnten, es außerdem dadurch wirtschaftlich von dem Riesengebiete eines wieder befriedeten Rußland abzuschneiden, gehörte die Herstellung eines möglichst großen polnischen Staates, und es war sicher, daß die mit der Geschichte im Widerspruch stehenden Wünsche der Polen freundliches Gehör bei den feindlichen Staatsmännern finden würden. Nach der Behauptung der Polen ist von Rechts wegen ganz Ost- und Westpreußen, ganz Posen, Teile von Pommern und der Mark, der größere Teil Schlesiens altpolnisches Land — man konnte also erwarten, daß Preußen im Osten schwerste Opfer bringen müsse, nachdem es durch den Zusammenbruch und Umsturz im Reich wehrlos geworden war. Diese Gefahr rief die Deutschen der Ostmark zur Abwehr. Die bisherige Behandlung der Ostfragen durch die neuen Machthaber schrie so laut zum Himmel, daß eine Umkehr erfolgen mußte. Inzwischen waren aus Ost und West die Truppen aus dem Felde zurückgekehrt; sie auf einmal zu entlassen, sollte im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit vermieden werden —

andererseits hatte der Vielverband eine „Demarkationslinie" zwischen Polen und Preußen bestimmt, die ankündigte, wohin seine Zerstückelungsabsichten gingen, und das größenwahnsinnige Polentum hielt sich hieran nicht einmal gebunden, sondern ließ durch seine Truppen, unter denen sich auch gepreßte Deutsche befanden, Vorstöße über die vorläufige Grenze vornehmen. So entstand infolge des ersehnten Friedens im Westen ein neuer Kriegsschauplatz im Osten, und die neue Reichsregierung entschloß sich, die „Demarkationslinie" militärisch zu sichern, indem sie hinter ihr eine neue Front aufbaute. Nach und nach wurde dort ein Heer von über 300000 Mann aufgestellt, das mit allem versehen war, was zu einem erfolgreichen Kriege gegen die Polen gebraucht worden wäre. Bewährteste Generale führten über die drei Heeresgruppen den Befehl; die oberste Leitung lag in der Hand des Feldmarschalls von Hindenburg, der seinen Sitz nach Kolberg verlegt hatte. Es steht fest, daß maßgebende Mitglieder der Regierung unöffentlich die Absicht ankündigten, im Osten den deutschen Besitzstand zu wahren, soweit nicht unbedingt polnische Mehrheiten vorhanden wären; es steht fest, daß sie andeuteten, es auf den Kampf mit den Polen ankommen lassen zu wollen; es steht fest, daß die Truppen in diesem Sinne beeinflußt wurden und zum Losschlagen drängten; es steht endlich fest, daß die Führer durchweg überzeugt waren, das sog. polnische Heer nur so vor sich hinzutreiben und den Feldzug zur Wiederherstellung der deutschen Ehre siegreich führen zu können. Welche Rückwirkung ein derartiges Vorgehen auf die gesamte Stimmung und die Entwicklung im Reich haben konnte, lag auf der Hand — kein Zweifel also, daß alle, die den Umsturz fortdauern lassen wollten, geschworene Feinde dieser Pläne waren.

Klar war von vornherein, daß der Vielverband einen Angriff auf Polen nicht dulden würde; da die Polen jedoch fortgesetzt herausfordernde Unternehmungen wagten, handelten die Deutschen in der Verteidigung — aber auch ein allgemeiner Vormarsch des Ostheeres zu diesem Zwecke wäre bestimmt auf das Verbot der Feinde gestoßen. Es war die Frage, ob man sich dadurch verhindern lassen sollte, zu tun, was die deutsche Ehre, die deutsche Sicherheit verlangten. Hier war der Punkt, wo die Friedensverhandlungen sich mit der Ostfrage kreuzten, wo die reine Verteidigung im Osten mit dem Machtwillen der Feinde und der Unterwerfungsabsicht der Umsturzmachthaber zusammenprallte. Die Kreise, die für die Ablehnung der Versailler Bedingungen eintraten, erblickten im entschlossenen Auftreten gegen die Polen das beste Mittel, den guten Geist im Volke aufzurütteln und dem Ausland gegenüber das deutsche Ansehen wieder herzustellen — auch auf die Gefahr des feindlichen Vormarsches im Westen: Die Folgen eines solchen glaubten sie für das Vaterland ertragbar, weil sie überzeugt waren, daß die deutsche Wiedergeburt nur vom Osten ausgehen könne.

Soweit waren die Dinge gediehen, als Reichsregierung und Nationalversammlung, als Presse und Volkskundgebungen den Versailler Vertrag verwarfen. Was lag näher, als im Osten die Folgerungen daraus zu ziehen? So entstand die Möglichkeit, daß die völkischen Bestrebungen mit den Maßnahmen der Regierung im Osten zusammenliefen, und die Hoffnung blitzte auf, daß daraus für den Aufbau Deutschlands sich Wirkungen ergäben, die für die Wiederherstellung der völkischen Selbstachtung und der Ehre vor dem Ausland, der Wahrung des deutschen Besitzstandes, Gutes versprachen. Es kann als erwiesen gelten, daß ein Teil der neuen Machthaber im Reiche und in Preußen solchen Gedanken zugänglich war — jedenfalls ist den Truppen ein solches Verfahren in Aussicht gestellt worden.

Und doch war auch dies entweder nur eine starke Anwandlung oder bewußte Täuschung, je nach dem Wesen und den Absichten der einzelnen Regierenden.

Als der Gewaltwille des Vielverbandes sie in der Friedensfrage vor ein Entweder — Oder stellte, ward dies für sie in bezug auf den Osten von gleicher Bedeutung, zumal ja der Vertrag von Versailles vorschrieb, welche Landesteile unbedingt oder je nach dem Ausfall späterer Volksabstimmungen an Polen abgetreten werden sollten. Und wie dort, fielen sie auch hier um: Sie unterwarfen sich, verboten den Heerführern jeden Widerstand, jedes Vorgehen, beseitigten die Generale, die sich im Sinne der Volksehre ausgesprochen hatten, und erzeugten in den Truppen das Gefühl, von ihren Vorgesetzten monatelang betrogen und nun verraten worden zu sein.

Die „Ostfront" wurde abgebaut, nachdem sie unter dem Aufwand von Mitteln, der für ein so bettelarmes Land wie das deutsche Reich ein ungeheures Opfer bedeutete, in monatelanger Arbeit erst hergestellt worden war. Eine neue furchtbare Niederlage! Das Deutschtum der Ostmark ward preisgegeben, soweit die Polen nach dem Willen der Verbandsmächte ihre Hand danach ausstreckten. Die Urheber dieser Ostmarken-Schande waren dieselben, die den allgemeinen Umsturz herbeigeführt und gefördert und welche die Unterwerfung unter Versailles betrieben hatten.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Vorgängen stehen diejenigen in Oberschlesien und in Kurland. Auch in bezug auf das Schicksal dieser Gebiete wirkten die Reichszerstörer im Sinne der Feinde — insbesondere in Kurland gaben sie die eigenen deutschen Landsleute an die Letten preis, deren Regierung deutsche Truppen, unter Verleihung des Bürgerrechts und mit dem Versprechen von Siedlungsland, zum Schutze gegen den russischen und lettischen Bolschewismus herbeigerufen hatte. Pflichttreu unterzog sich die so gebildete „baltische Landeswehr" ihrer

Aufgabe. Auf Drängen des Vielverbandes, der dort oben keinen noch so unbedeutenden Ansatz deutscher Machtbildung dulden wollte, aber in den deutschen Truppen einen solchen erblickte, verlangte die lettische Regierung unter Bruch ihres Versprechens die Räumung des Landes und die Machthaber des Reiches schlossen sich dem an, als der „Oberste Rat der Verbündeten" seinen Druck auf Berlin ausübte; mit stärksten Mitteln forderten sie von den deutschen Truppen in Kurland, die lettisches Bürgerrecht erworben hatten unter Verzicht auf ihre vertraglichen Ansprüche, in Furcht und Unterwürfigkeit vor dem Gewaltwillen der Verbandsmächte ersterbend, die Rückkehr ins Reich.

Wohin man in den Ostfragen schaut, Verrat am deutschen Volke und seiner Ehre.

Soweit die preußisch-deutsche Ostmark in Frage kam, bedeuteten die Maßnahmen der Umsturzregierung das Ende der preußischen Polenpolitik von Friedrich dem Großen bis zu Bismarck, wie es vernichtender nicht gedacht werden kann.

* * *

Auch auf dem Gebiete der inneren Politik wurde zum letzten Schlusse geführt, was mit Bismarcks Entlassung begonnen hatte: Der Umsturz vom 9. November brachte den leichtfertigsten und widersinnigsten Bruch des deutschen Volkes mit seiner Geschichte, herbeigeführt durch den Einfluß Volksfremder und Volksvergessener oder verstiegener Parteiführer, in die Tat umgesetzt durch die schlechtesten Bestandteile des Volkes. Ihm folgte die planmäßige Zerstörung der Reichsverfassung Bismarcks und des preußischen Staates, beides betrieben unter der geistigen Leitung jüdischer Auch-Staatsmänner, genehmigt von den Mehrheiten der sog. deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung.

Daß dies geschehen konnte, war durch die Zusammensetzung beider Volksvertretungen bedingt, die sich aus den ersten Wahlen anfangs 1919 ergeben hatte. Um sie recht zu würdigen, muß auf das Verhalten des Bürgertums und der alten bürgerlichen Parteien bei und nach dem Umsturz, sowie auf das der neugebildeten Parteien hingewiesen werden.

Das deutsche Bürgertum, das in der ganzen nachbismarckischen Zeit einen Mangel an Selbstbewußtsein und Würde, an Instinkt und „Zivilkurage" bewiesen hatte, der die Mißregierung von oben und die Machtverschiebung nach unten erst begreiflich macht, wurde von dem Umsturz ganz unvorbereitet getroffen und ergab sich untätig, ja feige in das Geschehene. Die Mehrheit seiner Wortführer in den alten Parteien des Zentrums, der freisinnigen Volkspartei und des linken Flügels der Nationalliberalen suchte eiligst den Anschluß an die Machthaber des Umsturzes,

indem sie die Weisheit predigten, man müsse sich zum Schutze der Ordnung und zur Abwehr des Bolschewismus „hinter die Regierung stellen" — hinter diese „Volksbeauftragten" ohne Volksauftrag, die Nutznießer eines politischen Verbrechens von unerhörter Verderblichkeit. Allein die Vertreter der Konservativen und Rechtsnationalliberalen wahrten Haltung und Würde, wenn sie auch den sofortigen Kampf nicht aufnahmen — in der Meinung, daß die Umsturzregierung, nachdem sie einmal die Macht in die Hand bekommen hatte, aus dem Triebe der Selbsterhaltung heraus durch Niederhaltung der wildesten Gesellschaftsfeinde für Ordnung sorgen werde.

Allgemein war man bei den Bürgerlichen der Ansicht, daß die „neue Zeit" neue Parteibildungen verlange. Am ersten waren die jüdischen Schrittmacher des Umsturzes auf dem Plan, indem sie eine „demokratische Partei" gründeten; zu ihr liefen die Fortschrittler und alles rechts von ihnen, was die Haltung verloren hatte — insbesondere vom linken Flügel der Nationalliberalen, d. h. in der Hauptsache der jüdische und jüdisch bestimmte Bestandteil dieser Partei. Das Zentrum hielt es für richtig, sich in eine „christliche Volkspartei" umzuwandeln und fand daraufhin auch Zuzug aus nicht katholischen Kreisen, welche die christliche Weltanschauung durch den Umsturz bedroht sahen und in der neuen Gestalt des Zentrums deren Verteidiger erblickten — ein gründlicher Irrtum, der bald erkannt wurde. Wie diese Partei seit der Gründung des Reiches zuerst — nach der Ansicht des allerzuständigsten Beurteilers, des Fürsten Bismarck, — reichsfeindlich und dann bis zum Kriege, wenn auch nur bedingt, reichsfreundlich war, wie sie im Kriege nach dem Abflauen der ersten völkischen Begeisterung in ihre Unzuverlässigkeit zurückgefallen und dann durch ihr Verhalten eine der Haupt-Miturheberinnen des Zusammenbruches gewesen war, so erwies sie sich auch in ihrer neuen Form als skrupellose Vertreterin ihrer Parteianliegen. Ihre Politik war grundsatzlos bis zum Ekel; ein so unwürdiger, gemeinschädlicher, unwahrhaftiger Führer wie Erzberger brachte sie zu allem, was er wollte; diese Verfechter christlicher Weltanschauung und Kirchentums gehen Arm in Arm mit dem glaubenfeindlichen, von Juden beherrschten Sozialismus und machen das Maß ihrer Sünden voll, indem sie unter dem Einfluß ihrer angeblich christlichen Gewerkschaftsführer ihren Frieden mit dem Umsturz schließen und die Reste des deutschen Wirtschaftslebens durch Unterstützung wahnwitziger Arbeiterforderungen untergraben helfen.

Den gleichen Weg ist in der Hauptsache der Teil des Bürgertums gegangen, der sich von der rein jüdisch geleiteten demokratischen Partei in ihre Reihen locken ließ. Es war widerwärtig, zu beobachten, wie diese Kreise, die nach Belieben je nach den Bedürfnissen ihrer Sonderwünsche Mannesstolz oder Unterwürfigkeit vor Königsthronen gezeigt hatten, sich

den neuen Machthabern förmlich an den Hals warfen und die revolutionäre Umwandlung als Fortschritt begrüßten. Ihre Führer drängten sich zu Minister- und Staatssekretärposten; alles machten sie und ihre Presse mit — bis auf die Zustimmung zum Versailler Frieden: Hier waren sie zu klug, um die Mitverantwortung auf sich zu nehmen und überließen sie der sozialistisch-ultramontanen Mehrheit; ihre führenden Blätter dagegen — „Frankfurter Zeitung" und „Berliner Tageblatt" — traten für die Unterzeichnung ein.

Wenn eine Partei nach dem Umsturz auf Nimmerwiedersehen verschwinden mußte, so war es die des angeblich freiheitlichen Bürgertums — statt dessen fand die demokratische Partei gewaltigen Zulauf; das Bürgertum wollte zu erkennen geben, daß es die Zeichen der neuen Zeit verstehe, daß es „freiheitlich" gesinnt sei — und so rannten so viele — auch gut gesinnte — Bürger der reinen Judenpartei in die Arme, daß sie bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung nach der Sozialdemokratie und dem Zentrum die meisten Stimmen erhielt. Doch gebietet die Gerechtigkeit anzuerkennen, daß viele, die sich der neuen demokratischen Partei anschlossen, im guten Glauben waren, es handle sich um die Bürgerpartei schlechthin. Daß dieser Irrtum überhaupt möglich war, ist eine Schuld der rechtsstehenden Gruppen, die viel zu lange mit der Sammlung ihrer Anhänger zauderten.

Wenn etwas die Kreise von Bildung und Besitz, Seßhaftigkeit und Eigenwirtschaft, Überlieferung und Staatsgesinnung zu einer machtvollen Einheit zusammenschweißen mußte, so waren es die Erfahrungen des Umsturzes: Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte von der Republik nichts wissen, wollte die Herrschaft der Straße abwenden, wollte die wahnsinnigen Sozialisierungsversuche nicht mitmachen — der Boden für eine große Bürgerpartei der Reichsrettung war bereitet. Aber die Parteiführer der Mehrheitsgruppen wollten es anders; auch in der Todesnot ihres Vaterlandes dachten sie an sich und ihren Ehrgeiz, und so blieb das Bürgertum zersplittert, weil es diesen Schädlingen folgte. Den Vorteil hatte die Sozialdemokratie, in deren Schlepptau sich das ultramontane Zentrum und die jüdische Demokratie begaben. Von allem, was für die politische Unmündigkeit des deutschen Volkes Zeugnis ablegt, ist das durchschlagendste, daß die jüdischen Macher der sog. demokratischen Volkspartei aus den Kreisen der Nichtjuden massenhaft Zulauf fanden.

So waren die bisherigen Anhänger der völkisch gerichteten Parteien gezwungen, für sich allein vorzugehen; leider einigten sich auch diese Gruppen nicht zu einer starken völkischen Partei, sondern spalteten sich in die deutsche Volkspartei und die deutsch-nationale Volkspartei — ein Vorgehen, dessen Notwendigkeit nicht anerkannt werden kann, und auch in den Parteizielen keine Begründung findet; wenn man einen Unterschied

entdecken will, so ist es vielleicht der, daß die deutsch-nationale Volkspartei entschlossen scheint, die Bekämpfung des Judentums aufzunehmen, während die deutsche Volksportei dies — nach Kundgebungen ihrer Leitung ablehnt; die Masse ihrer Mitglieder ist jedoch offenbar auch judenfeindlich.

Diese beiden Parteien haben mit Nachdruck und mit dem Gewichte durchschlagender Gründe die volksverderbende Politik der Umsturzmachthaber und ihrer Mehrheitsparteien bekämpft; sie haben den Ruhm, die deutsche Ehre — soweit sie, die von der Macht ausgeschlossen waren, es konnten: also durch Reden, Erklärungen und sonstige Kundgebungen — gewahrt zu haben; leider haben sie nicht sofort den rücksichtslosen Kampf gegen eine solche Regierung aufgenommen, sondern eine Politik „positiver Mitarbeit" zu treiben versucht — erst als sie erkannten, was von vornherein klar war, daß von solchen Staatsleitern nur Unheil kommen konnte, haben sie sich zur „nationalen Opposition" entschlossen.

Als Partei, die bis zur Zeit vor dem Kriege außerhalb der Regierungsfähigkeit und -möglichkeit stand, war die Sozialdemokratie geistig und politisch längst eingerostet — kein zugkräftiger Gedanke mehr, der aus ihren Kreisen kam; nur die Mittel gröbster Verhetzung hielten die Gefolgschaft zusammen. Die besseren Köpfe der Partei erkannten diese Verschrumpfung; ihr Urteil blieb ohne Einfluß. Da kam über Nacht durch das Treiben der Unabhängigen der Umsturz — wie man glauben und als erwiesen annehmen kann, in diesem Zeitpunkt für die Mehrheitssozialisten verfrüht; nun aber mußten sie „dabei" sein — ihre Führer wollten die erste Rolle spielen. So kam Scheidemann dazu die „Republik auszurufen", so gelangten er, Ebert und der Jude Landsberg in den „Rat der Volksbeauftragten"; mit den Unabhängigen, die für sich „das Verdienst an der Revolution" in Anspruch nahmen, mußten sie sich in die Macht teilen. Diese Verbindung konnte nicht dauern, denn die Mehrheitssozialisten waren im Glauben an ihre Lehre brüchig geworden, wollten von den Unbedingtheiten der sozialistischen Entwicklung nichts mehr wissen — sie waren verbürgerlicht und insofern als Sozialisten unwahrhaftig: von den verbundenen Worten des Parteinamens legten sie mehr Gewicht auf „demokratisch" als auf „sozialistisch". Anders die Unabhängigen; sie vertraten nicht nur die starre alte Parteilehre, sondern bildeten sie unter russisch-jüdischem Einfluß zur Forderung der Alleinherrschaft des Proletariats aus. Alle Zugeständnisse der Mehrheitssozialisten halfen nichts — um die Wende des Unglücksjahres 1918 riß das Bündnis und seitdem befehden sich die beiden Gruppen mit wildem Haß. Aber damit hatte die Spaltung der äußersten Linken noch kein Ende; den ganz Unbedingten waren auch die Unabhängigen nicht proletarisch genug. Sie erhielten Wettbewerber in der Gunst der großstädtischen Massen durch die Spartakisten (Kommunisten), die noch

von den Anarchisten überboten werden. So zeigt das „werktätige" Volk dasselbe Bild der Zerrissenheit wie das Bürgertum; wenn nicht alle Zeichen trügen, wandert seine Gefolgschaft nach links ab, während die Entwicklung der Bürgerlichen nach rechts führt.

Daß der Umsturz, den wir als beispielloses politisches Verbrechen erkannt haben, auch eine politische Lüge war, erwies der Ausfall der Wahlen zur „verfassunggebenden Nationalversammlung". Obwohl damals die Sozialdemokraten im unbestrittenen und alleinigen Besitze der obersten Staatsgewalt waren und obwohl sie bei der Wahlbewegung von den ihnen dadurch in die Hand gegebenen äußeren und inneren Mitteln der Wahlbeeinflussung skrupellosen Gebrauch machten — obwohl zum ersten Male die Frauen zur Wahlurne gerufen wurden und von beiden Geschlechtern die Zwanzigjährigen wählen durften, also die Masse der Urteilslosen ungeheuer vermehrt ward: — trotz alledem vermochten die Sozialisten keine unbedingte Mehrheit zu erzielen. Sie brachten es für die Regierungssozialisten auf 164, für die Unabhängigen auf 22 Abgeordnete, zusammen also 186, während das Zentrum 91, die Demokraten 75, die deutschnationale Volkspartei 39, die deutsche Volkspartei 22, sonstige kleinere Gruppen und Parteilose 8 Sitze erhielten — zusammen also 235. Den Umstürzlern standen sonach die Bürgerlichen mit starker Überlegenheit gegenüber. Die Mehrheit der Wähler hatte trotz aller ungünstigen Einflüsse den Umsturz abgelehnt; kein Zweifel, daß sie nach wie vor monarchisch war. Jetzt kam es darauf an, wie die Erwählten des Bürgertums sich verhalten würden: die Entscheidung lag bei den Abgeordneten des Zentrums und der Demokratie, und sie haben versagt.

Die erste Zeit der sozialistisch-demokratisch-republikanischen Herrschaft hat genügt, für immer die unbedingte Regierungsunfähigkeit der Gruppen darzutun, welche die Staatsleitung in der kaiserlosen Zeit in die Hand genommen haben. Die Demokratie — einerlei, ob sie jüdisch-bürgerlich, sozialistisch oder ultramontan aufgemacht ist, hat einen fürchterlichen Zusammenbruch erlebt — nur schade, daß das deutsche Reich vernichtet werden mußte, um ihre Untauglichkeit zu erweisen! Unfruchtbar, feige, wie das „alte System" in seiner schlimmsten Zeit, richtet sie sich nur nach dem Begehren der Masse, sucht sie bei guter Laune zu erhalten und opfert diesem Bestreben die Grundlagen staatlicher Gemeinschaft.

Der Sozialismus, der sich vermessen hatte, möglichst vielen das Glück zu bringen, der die wahre Freiheit an Stelle der bisherigen Unterdrückung verhieß, der Arbeit sein wollte — erwies sich als die jedes Gemeinleben zerstörende Gruppe, als die er von geistig Klaren immer erkannt worden war: die ehrlichen Volksbeglücker, die weltfremden Idealisten bildeten von je die einflußlose Minderheit — ihre Wahngedanken hatten keine Anziehungskraft — die Masse war von dem Triebe des Neides erfüllt,

bei ihm von den berufsmäßigen Hetzern angepackt worden, von ihm zu selbstmörderischer Zertrümmerung der Grundlagen des eigenen Daseins getrieben worden. Wie der Neid niemals schöpferisch und glückspendend werden kann, so mußte auch der Sozialismus als Partei des zum System erhobenen Neides seine eigenen Anhänger mit dem Volksganzen verderben. Nicht zu reden davon, daß er statt der Freiheit nach innen die Gewaltherrschaft der Massen, nach außen die Versklavung durch die Feinde gebracht hat.

Bezeichnend ist, daß der echteste Verkörperer der auf den Umsturz folgenden staatlichen Mißwirtschaft kein Sozialist, auch kein Juden-Demokrat, sondern der Zentrumsdemagoge Erzberger wurde, den geduldet und groß haben werden zu lassen die unsühnbare Schuld des Zentrums ist.

Alles in allem bestätigt das Verhalten der drei international gerichteten Parteien gerade im Kriege und beim Umsturz das Urteil des Fürsten Bismarck, der in ihnen mit der sicheren Witterung des Staatsmannes, Menschen- und Geschichtskenners Reichsfeinde erblickt und sie auch so genannt hatte. Diese Kennzeichnung ist später, als der neue Kurs alles schön gefärbt sehen wollte, außer Übung gekommen, und als der Krieg ausbrach, gab es nach der Ansicht des Kaisers und Bethmann Hollwegs nur Vaterlandsfreunde im deutschen Reiche. In Wahrheit aber lebten die Reichsfeinde noch; sobald sie die Stimmung des Volkes abflauen sahen, nahmen sie ihre Arbeit wieder auf und richteten das Werk Bismarcks, von seinen Nachfolgern ungehindert, zugrunde.

Wie Regierungen und Volksvertretungen wirken, in denen solche Gruppen tonangebend sind, liegt auf der Hand: so führen sie für das verblendete deutsche Volk den in der Geschichte längst erbrachten Beweis von neuem und mit entsetzlichem Nachdruck, daß ein Staat von unten her nicht regiert werden kann. Was die Tagungen der Arbeiter- und Soldatenräte, über die öffentliche Berichte ausgegeben wurden, an Tiefstand der Gesinnung, des Urteils, der Schulung brachten, ging über die schlimmsten Erwartungen weit hinaus und widerlegte das schmeichlerische Wort von der politischen Reife der Deutschen. Sachlich nicht viel höher stehen die Verhandlungen der Landesversammlungen und der Nationalversammlung, soweit nicht die Wortführer der „nationalen Opposition" sie auf eine gewisse Höhe bringen. Leute, die nicht die kleinste Gemeinde gut leiten könnten, sind durch die Unvernunft der Wähler bestimmt, die Geschäfte eines großen Volkes in schwerster Not zu besorgen. Sie können nicht anders; sie müssen vernichten und verwirtschaften, was der neueste Kurs, was der Umsturz noch übrig gelassen haben.

Die neue Reichsverfassung, die diese Regierung mit dieser Nationalversammlung geschaffen hat, kehrt sich mit gehässiger Absichtlichkeit von den Anschauungen ab, von denen der Reichsgründer er-

füllt war; ein lebloses Gebilde ohne Volkstümlichkeit — mit vollendeter Gleichgültigkeit aufgenommen, als sie am 11. August 1919 verkündet wurde und am 14. in Kraft trat. Die ruhmreichen Farben des alten Reiches wurden abgeschafft und durch schwarz-rot-gold ersetzt — damit verloren die Farben der völkischen Bewegung von 1848 den Zauber, den sie ausgeübt: denn was von diesem Umsturz berührt wird, ist entheiligt.

Die Geldgebarung des „neuen Systems" widerspricht allen bewährten Grundsätzen der Staatswirtschaft und führt das Reich immer tiefer in Schulden. Die deutschen Zahlungsmittel sind dem Ausland gegenüber so entwertet, daß ein Güteraustausch nur unter größten Opfern möglich ist. Die Kriegsgesellschaften leben noch und die Zwangsbewirtschaftung setzt ihr schädliches Treiben fort. Die Sozialdemokratie konnte keines ihrer alten Parteiversprechen, aber auch keine der Glücksverheißungen des Umsturzes wahr machen; um sich vor der Enttäuschung ihrer Gefolgschaft zu sichern, sucht sie ihnen durch gemeinschädliche Versuche, wie die Sozialisierung „reifer" Betriebe und die Einführung des „Rätesystems" in alle wirtschaftlichen Unternehmen mit gewisser Arbeiterzahl, Sand in die Augen zu streuen. Das wahnwitzige „Reichsnotopfer" Erzbergers entzieht der Privatwirtschaft die Mittel, ohne dem Reiche zu helfen. Die öffentlichen Verkehrsanstalten verlangen Zuschüsse; Post und Eisenbahnen, einst Vorbilder für die ganze Welt, sind innerlich und äußerlich zugrunde gerichtet. Die Ansprüche der Arbeitnehmer sind infolge der jahrzehntelangen Verhetzung so gestiegen, daß ein Wirtschaften unmöglich ist — Pflichtgefühl, Arbeitsfreude sind gesunken, bei allzu vielen ertötet. Die unterschiedslose Arbeitslosenunterstützung fördert die Trägheit, züchtet Betrüger und Verbrecher; Ausstände tragen die Unsicherheit in alle Betriebe. Der Sinn für Recht und Ehre, Gesetzlichkeit und Ordnung ist verschwunden; Sparsamkeit und Maßhalten, Scham und Schicklichkeit gelten als überlebt. Ein Taumel der Genußsucht ist über das zerschlagene Volk gekommen, der sich überall, am schlimmsten in den Großstädten, austobt: Dort herrschen Tanz- und Spielwut, die krankhaft sind.

Der „preußische Militarismus", der nichts anderes war als die Schule der Ordnung und das Werkzeug äußerer und innerer Sicherheit, ist tot — an seine Stelle ist ein Soldheer getreten, das mehr kostet als das um ein vielfaches stärkere Heer der allgemeinen Wehrpflicht.

Der Kaiser und die Fürsten sind beseitigt — aber die Machthaber des Umsturzes zittern im Bewußtsein ihrer Schuld vor der „Gegenrevolution". Ihre Nachläufer wollen die Gegenleistung für ihre Hilfe bei der Zerstörung des Gewesenen und drängen sich zu den Ämtern; so gelangen Menschen zum öffentlichen Dienst, die nicht nur nichts von dem verstehen, was ihrer Obhut anvertraut ist, sondern die durch Unwürdigkeit den letzten Rest des staatlichen Ansehens untergraben. Die Bestech-

lichkeit hat schnell Eingang gefunden; die auf deutschem Boden bisher unbekannte „Korruption" ist nicht nur entstanden, sondern hat sich mit erschreckender Schnelligkeit eingefressen.

Das Treiben der Machthaber in den Hauptstädten hat eine Bewegung hervorgerufen, die unter den Schlagworten „Los von Berlin", „Los von München" die Zertrümmerung der beiden größten Bundesstaaten anstrebt. Mit dieser aus dem Widerwillen gegen die Umsturzleute erklärbaren, aber trotzdem politisch zu verwerfenden Bewegung sind im besetzten Gebiete volksverräterische Machenschaften verquickt, die — hauptsächlich unter ultramontanen Einflüssen — den Anschluß an Frankreich suchen, dies aber heuchlerisch mit dem Abscheu begründen, den die ordnungliebende Bevölkerung vor den Folgen des Umsturzes empfinde, und mit dem Verlangen, unter französischem Schutze wieder zu geregelten Verhältnissen zu kommen.

Die Landarbeiter werden gegen die Besitzer aufgehetzt, und Ernteausstände gefährden die Ernährung des Volkes. Die Kohlennot stellt die Aufrechterhaltung industrieller Betriebe und den Verkehr, die Beleuchtung und Erwärmung in Frage — und dabei verlangen die Feinde dem Versailler Vertrag gemäß die Lieferung von Kohlen!

Die Höhe der Schuldenlast des Reiches ist unübersehbar; zu ihr kommen die Schulden der Bundesstaaten und Gemeinden.

Die Verwaltung ist im Zustande der Auflösung.

Die Schulen sollen mit dem „neuen Geiste" erfüllt werden, d. h. jede wirkliche Erziehung wird in Frage gestellt, der Einfluß der Kirchen auf die Jugenderziehung so gut wie ausgeschaltet; damit wird der Menschenwert des kommenden Geschlechts gefährdet.

Alle bösen Geister scheinen losgelassen, um dies der inneren Sammlung, körperlichen Erholung und wirtschaftlichen Erstarkung bedürftige Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Das ist das Ende des Bismarck-Reiches, herbeigeführt durch die Schuld eines ganzen Volkes, das sich durch volksfremde und volksvergessene Falschmünzer der öffentlichen Meinung seinem eigenen Wesen hat entfremden lassen.

* * *

Da das deutsche Reich der Kraftmittelpunkt des gesamten deutschen Volkes ist, mußte sein Zusammenbruch von verhängnisvollster Wirkung auf das Deutschtum außerhalb des Reiches sein. Von der Not, in welche die Auslanddeutschen im engeren Sinne, d. h. die in fremden Staaten lebenden, durch den Krieg versetzt wurden, soweit ihre Gastländer sich als Feinde des Vaterlandes am Kriege beteiligten, haben wir schon gehört. Für sie konnte allein der deutsche Sieg Rettung bringen, indem er ihnen Entschädigung für ihre Verluste, den Neuaufbau ihres Lebens gesichert

hätte. Die Niederlage des Vaterlandes besiegelte ihren Untergang — eine erschütternde Tatsache.

Die Deutschen in Rußland haben furchtbar gelitten. So lange die Zarenherrschaft noch dauerte, wurde gegen sie nach dem Worte des Ministerpräsidenten Goremykin verfahren: „Wir führen den Kampf gegen das Deutschtum."

Die Kriegshandlungen, die Maßnahmen der militärischen Befehlshaber in Kriegsgebieten, in denen Deutsche ansässig waren, haben vollendet, was die Verwaltung in bezug auf Mißhandlung der Deutschen zu tun übrig ließ. Die Bolschewisten taten das Letzte. Bei dem heutigen inneren Zustand Rußlands läßt sich nicht übersehen, was von den deutschen Siedlungen diese Verfolgung, das Chaos überstanden hat, was etwa noch bei der Verschleppung gerettet wurde. In Wolhynien scheint alles vernichtet zu sein; an der Wolga soll es besser stehen, während die transkaukasischen Siedlungen vielleicht ziemlich glimpflich durchkommen. Um so grausamer ist das Schicksal des Deutschtums in den Ostseeprovinzen — ein erschütterndes Trauerspiel in örtlich begrenztem Rahmen innerhalb des gewaltigen Trauerspieles des ganzen deutschen Volkes! Nach den Nöten der ersten Kriegszeit durch den Einmarsch deutscher Heere befreit, sahen sie den deutschen Kaiser unter sich, jubelten ihm als ihrem dereinstigen Oberhaupte zu, bereiteten den staatlichen Anschluß an das Mutterland vor. Da brachte der Umsturz die militärische Räumung der Lande; wo gestern noch deutsche Truppen gelegen hatten, rückten die Horden russischer und lettischer Bolschewisten ein und hausten mit unmenschlicher Grausamkeit. Als die Bolschewistengefahr auch die neuen Machthaber des deutschen Reiches zwang, gegen die Mordbrenner aufzutreten, und als das eingesessene Deutschtum zur Selbstverteidigung schritt, kamen nochmals Tage der Hoffnung; ein wechselvoller Kleinkrieg begann, der heute eine Stadt rettete, um sie später wieder preisgeben zu müssen. Wehe den Deutschen, die dann in die Hände des Gesindels fielen. Noch ist die Entwicklung nicht abgeschlossen, noch läßt sich nicht übersehen, welche Opfer an Gut und Blut die deutsche Niederlage das baltische Deutschtum gekostet hat — fest steht aber, daß es mit beispielloser Treue und Zähigkeit, mit unerschütterlicher Standhaftigkeit und Opferbereitschaft sein Volkstum verteidigt hat — ein ruhmvolles Vorbild für jene Deutschen, die dereinst ihr zertretenes Vaterland wieder aufrichten werden. Die neuen Machthaber im Reich hatten für die politische Bedeutung und den sittlichen Wert des deutschbaltischen Daseinskampfes kein Verständnis; sie betrachteten ihn als das verzweifelte Bemühen der ihnen verhaßten „baltischen Barone", ihre angeblich volksfeindliche Adelsherrschaft zu retten. Darüber übersahen sie, selbst ohne Sinn für persönliche Ehre, daß dort oben im Nordosten die völkische Ehre gewahrt wurde.

In Frankreich und Belgien waren Verfolgung, Haß und Verachtung alles Deutschen maßlos; das deutsche Eigentum verfiel in Frankreich bei Kriegsbeginn, in Belgien nach der Räumung der Beschlagnahme; die Deutschen selbst wurden nach der Willkür der Behörden entweder ausgewiesen oder in Verwahr genommen.

England und seine Kolonien führten allem Völkerrecht zuwider nicht nur den Raub deutschen Privatvermögens durch, sondern ließen alle Handelsniederlassungen auflösen; dabei wurden ungeheure Werte mit voller Absicht vernichtet und der einzelne Deutsche um sein Eigentum gebracht. Auch dort war nur die Wahl zwischen Ausweisung oder Festnahme; in beiden Fällen erfuhren die meisten der Betroffenen grausame und unwürdige Behandlung.

In anderen Staaten scheint man weniger gehässig vorgegangen zu sein; so wird behauptet, daß die Reichsdeutschen in den Vereinigten Staaten, in China, in Italien persönlich weniger Grausamkeiten zu erdulden hatten, aber auch dort verfiel ihr Vermögen der Einziehung.

Wenn auch noch bei weitem nicht volle Klarheit über die Lage des Deutschtums in den am Kriege beteiligten feindlichen Staaten geschaffen ist, so kann doch bestimmt gesagt werden, daß ihm ein tödlicher Schlag versetzt worden ist. Eine Zeit des Leidens liegt hinter ihm, Not und Armut vor ihm. So endet dieser Abschnitt deutscher Geschichte mit einem fürchterlichen „verloren".

Aber nicht nur dies: der Weltkrieg, von dessen Schicksal das Auslanddeutschtum abhing, dessen glückliches Ende seine Zahl hätte verringern können, hat es vermehrt: Elsaß-Lothringen, Posen und die anderen abgetretenen Gebiete sind ja Ausland geworden, die in ihnen wohnenden Volksgenossen damit zu „Auslanddeutschen"!

* * *

In weiterem Sinne waren auch die Deutschen des Habsburgerreiches Auslanddeutsche — und sie sind es geblieben.

In Ungarn führte der Umsturz zum Zusammenbruch des madjarischen Größenwahnes: Die madjarischen Verräter traf die Strafe zuerst und vernichtend. Aus dem Ungarn, das eine künstlich zur Mehrheit gemachte madjarische Minderheit zum madjarischen Nationalstaat mit den Ansprüchen einer Großmacht zwingen wollte, ist ein kleines, armes, verachtetes Gemeinwesen geworden, von dem Rumänen, Serben, Kroaten, Tschecho-Slowaken, Italiener sich die Landesteile abgerissen haben, in denen ihre Volksgenossen wohnen; für Ungarn bleibt in der Hauptsache nur die madjarisch besiedelte Donau-Tiefebene. Kein Wort des Bedauerns kann diesem Zusammenbruch gelten — ein Volk, das am Ende seiner

Geschichte eine Tat auf sein Gewissen lädt, wie das madjarische durch den Verrat des Feldmarschalls von Mackensen, der sein Retter vor Russen und Rumänen war, verdient kein anderes Schicksal.

Die Deutschen des zerschlagenen Ungarn sind dabei, unter klugen und tüchtigen Führern, in den Ländern, denen sie zufallen, ihre Zukunft zu sichern, indem sie je nach den Umständen vorgehen. Es hat den Anschein, daß die Rumänen, zu denen die Siebenbürger Sachsen und ein Teil der Banater Schwaben, und der jugoslawische Staat, zu dem der Hauptteil des südungarischen Deutschtums kommen wird, es günstiger behandeln wollen, als es unter madjarischer Herrschaft geschah. Doch ist die Entwicklung abzuwarten. Was im restlichen Ungarn bleibt, hat sich im deutschen Kulturrat eine Vertretung geschaffen und ist den schwachen Madjaren gegenüber in besserer Lage als früher.

Das westungarische Deutschtum strebt zu Deutsch-Österreich, und seine Vertreter hatten den Anschluß schon erklärt, als die jüdisch-sozialistischen Machthaber, die durch den Umsturz in Wien zur Herrschaft gelangt sind, eine förmliche Volksabstimmung verlangten. Die Verbandsmächte haben die Vereinigung dieser Volksgenossen mit dem von ihnen geschaffenen „Österreich" bewilligt.

Die Reichshälfte diesseits der Leitha, der Kaiser Franz Josef am Ende seines Lebens mit der amtlichen Bezeichnung „Kaisertum Österreich" endlich einen Namen gegeben hatte, ist infolge des Zusammenbruches des Gesamtstaates auseinandergefallen; das Gebiet ist zwischen Polen, Tschecho-Slowaken, Jugoslawen, Italien und Klein-Österreich aufgeteilt worden. Dabei verfuhr die feindliche „Friedenskommission" durchweg zum Nachteil des deutschen Volkes und setzte sich über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, geschichtliche Überlieferung, wirtschaftliche Entwicklung und Volkszugehörigkeit, rücksichtslos hinweg. Dieselben Staaten, die Recht und Gerechtigkeit fortwährend im Munde führen, reißen das rein deutsche Südtirol zugleich mit dessen italienisch besiedeltem Zipfel vom Tiroler Lande ab; bis zum Brenner geht die reichsitalienische Grenze. In einer Vergewaltigung sondergleichen werden Meran und Bozen, die Heimat Walthers von der Vogelweide und Andreas Hofers, urdeutscher Boden mit rein deutscher Bevölkerung, vom deutschen Volkskörper getrennt und dem verhaßten Italien zugewiesen.

Die Tschecho-Slowaken zwangen das ganze Sudeten-Deutschtum der böhmischen Randgebiete, Mährens und Österreichisch-Schlesiens unter ihr Joch. Dreieinhalb Millionen Deutsche sind diesen gewalttätigen, gewissenlosen Feinden unseres Volkes ausgeliefert — keine Verwahrung, kein Ruf um Recht wurde von den Siegern erhört; weder der Anschluß an das deutsche Reich, noch an Deutsch-Österreich wurde

ihnen zugestanden. Auch sie mußten unter das Joch und leben als Rechtlose in dem neuen Freistaat der Tschecho-Slowaken, dessen sozialistische Leiter ihnen gegenüber von dem Geiste der Völkerversöhnung nicht nur nichts merken lassen, sondern ihre Führer verfolgen, ihre Presse bedrücken, ihre wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Das Unrecht, das die Heuchler des Vielverbandes diesem unglücklichen deutschen Stamm antun, schreit zum Himmel.

Nicht anders ist es an der deutsch-slowenischen Sprachgrenze im Gebiete der Ostalpen. Die mit dem tatsächlichen Besitzstand im Widerspruch stehenden Ansprüche der Slowenen wurden zum Nachteil der Deutschen durchweg befriedigt; soweit die Küstenlande nicht italienisch wurden, fielen sie an Jugoslawien und die „Friedenskommission" der Verbündeten hatte nur Sorge, den Widerstreit der italienischen und jugoslawischen Begehren zu mildern oder zu lösen — über die deutschen Einsprüche und Verwahrungen zerbrach sie sich nicht den Kopf. So fielen Teile von Steiermark und Kärnten an den neuen Südslawenstaat, deren Deutsche der Fremdherrschaft ausgeliefert sind. Wie willkürlich und gewalttätig die Feinde dabei verfuhren, belegt die Tatsache, daß das alte deutsche Marburg an der Drau zu Jugoslawien kam!

Was von Alt-Österreich übrig blieb, waren die Kronländer Salzkammergut, Vorarlberg, Nordtirol, Nordkärnten, Nordsteiermark, Ober- und Nieder-Österreich. Von ihnen suchte Vorarlberg den Anschluß an die Schweiz, wurde von ihr aber zurückgewiesen; die übrigen strebten nach dem Reiche, wurden aber durch das Verbot des Vielverbandes von ihm ferngehalten.

In den deutschen Kronländern des zertrümmerten Staates war der Umsturz von wesentlich denselben Kreisen ausgegangen wie im Reiche, nur spielte das Judentum und seine Presse wenn möglich hier noch eine größere Rolle wie dort; das großstädtische Proletariat folgte seiner Leitung ganz; das Bürgertum war zerspalten und willenlos; die Behörden versagten — kurz, die Umstürzler rissen die Gewalt an sich und an die Spitze des werdenden Staates, der als erste Pflicht die Rettung des Deutschtums der gemischtsprachigen Gebiete, als zweite die Vereinigung mit demjenigen des Reiches hatte, traten in den wichtigsten Ämtern sozialistische Juden. Wie in Berlin, so hatten auch in Wien die Machthaber Angst vor dem zurückgekommenen Heere und beeilten dessen Auflösung; wie dort mußte alsbald für die innere Ordnung eine Truppe gebildet werden. Man war aber in Wien noch furchtsamer als in Berlin, indem man nur „Genossen" in Dienst nahm; so entstand die „Volkswehr" — eine Truppe, die ein Spott gegen ihre Aufgabe und eine Bedrohung für das Bürgertum wurde. In den international gerichteten Kreisen hatte man die Hoffnung, daß die Verbandsmächte mit Österreich glimpflicher verfahren würden, als

mit dem deutschen Reiche, und der französische Beauftragte, der alsbald in Wien seinen Sitz aufschlug, fand für seine Machenschaften unter Juden, Sozialisten und Klerikalen willige Helfer; auch der deutschfeindliche Feudaladel suchte Beziehungen zu ihm.

Um so peinlicher war die Überraschung, als die Friedensbedingungen, die dem neuen Staate am 2. Juni 1919 in St. Germain vorgelegt wurden, noch härter waren, als diejenigen von Versailles. Das unselige Rest-Österreich war, weil es deutsch war, der Erbe all des Hasses, der einst dem Habsburger-Staate gegolten hatte; auf es wurden die Nachteile des Gesamtstaates aus dem Kriege abgewälzt. Eine ungeheuerliche Schuldenlast wurde ihm aufgebürdet; seine wirtschaftliche Erhebung verhindert, indem die Kohlen- und Industriegebiete Böhmens an die Tschecho-Slowaken gegeben wurden. Vom Zugang zum adriatischen Meere wurde es abgesperrt, indem die Küstengebiete des alten Gesamtstaates unter Italien und Jugoslawien verteilt wurden, die freilich darüber in Todfeindschaft gerieten. Dies Klein-Österreich, seiner böhmischen, mährischen, schlesischen, südsteirischen, südtiroler und südkärntner Deutschen beraubt, wurde ein Binnenstaat, der nicht leben und nicht sterben kann, dem der Anschluß an das deutsche Reich ausdrücklich verboten ist und dem der Haß der Verbandsmächte vorschrieb, daß nicht einmal das Wort deutsch in dem amtlichen Namen vorkommen darf. Durch den Willen der Sieger heißt der kleine deutsche Binnenstaat der Alpenländer Österreich; machtpolitisch ist er noch stärker gefesselt als das deutsche Reich, und die ihm auferlegte Pflicht der „Wiedergutmachung" der Kriegsschäden drückt ihn zu Boden.

Als diese Bedingungen in Wien bekannt wurden, brach die Empörung jener, die sich am meisten auf die Milde des Vielverbandes verlossen hatten, am lautesten aus — aber das wehr- und machtlose Gemeinwesen mußte sich unterwerfen, und am 10. September wurde der Raubvertrag von St. Germain vollzogen.

Die inneren Zustände des Landes sind noch verfahrener als im deutschen Reiche; die verwahrloste Reichshauptstadt mit ihrem Proletariat, mit ihren Massen von Ostjuden, die seit Kriegsbeginn als Flüchtlinge dort zusammengeströmt waren, belastet die Kronländer unerträglich, und es ist durchaus verständlich, wenn diese unter dem Schlagwort „Los von Wien" eine Regelung anstreben, die sie von dem Einfluß dieser im Verhältnis zu dem übrigen Lande viel zu großen, verjudeten, international gerichteten Stadt befreien. Wie sehr dies Streben sachlich begründet ist, ergibt sich daraus, daß das neue Österreich im ganzen rund sechs Millionen Einwohner hat, von denen in Wien allein eindreiviertel Millionen leben — also fast der dritte Teil!

Im Gegensatz zum deutschen Reiche lebt die Mehrzahl der Bevölkerung — von der Hauptstadt abgesehen — auf dem Lande und in Mittel- und

Kleinstädten, so daß die innere Wiedergeburt, die Aufrichtung der Ordnung, bessere Aussichten bietet als im deutschen Reiche.

Die furchtbare Schuld, welche die Juden, Sozialisten und Ultramontanen Alt-Österreichs durch die Zermürbung des Volkes am Zusammenbruch der beiden Mittelmächte haben, wird nicht durch die Verwahrung ausgelöscht, welche die Nationalversammlung des neuen Staates gegen die Vergewaltigung durch die Verbandsmächte und gegen die Fernhaltung vom deutschen Reiche beschlossen hat.

Die Völkischgesinnten des Reiches hören unter den aus Deutsch-Österreich herüberdringenden Stimmen allein diejenigen ihrer Gleichgesinnten und wissen, daß die Zukunft dieses Bruderlandes auf ihnen ruht.

Wer die Geschehnisse dieser Zeit so betrachtet, daß er einen Plan der Vorsehung in ihnen erkennt, wird die derzeitige Trennung der Deutschen des Reiches und Österreichs als ein vorübergehendes Übel hinnehmen und erwägen, ob es nicht im Sinne der deutschen Wiedergeburt nachteilig gewesen wäre, wenn die Wiedervereinigung eine Folge des Umsturzes gewesen, wenn sie als eine Wohltat der Urheber dieses Verbrechens erschienen wäre. Aus Schlimmem kann nichts Gutes entstehen — dies Gesetz gilt jetzt für das deutsche Volk; das Gute kann erst kommen und wiederkehren, wenn Ursachen und Urheber des Schlimmen beseitigt sind.

* * *

Am Schlusse dieser Schilderung hat die Feststellung zu stehen, daß das deutsche Volk, das im Reiche Bismarcks freier lebte als irgend ein anderes — das wohlhabender geworden war und in besserer Ordnung lebte, als irgend ein anderes, zum verachteten und gehaßten Sklavenvolke der Welt geworden ist, daß es in Bettelarmut und heillose Unordnung geriet, weil es in seiner Verblendung jenen folgte, die den deutschen Sieg nicht wollten. Seine Helden hatten ihm den erstritten und wollten und konnten ihn halten — die Verräter im Volke wollten es anders, und so kam das Ende voller Schrecken und Not, die keine Reue wendet, die nur Befreiertat wegräumen wird.

Die deutsche Selbstvernichtung hat die angelsächsischen Staaten im Bunde mit dem internationalen Großkapital zu Herren dieser Erde gemacht, weil die Deutschen nicht wußten, was sie wollten — zu wollen hatten. Nun fragt es sich, wie lange diese Herrschaft dauern wird. Wenn dies unklar ist, so ist um so gewisser, daß kein Volk schwerer unter ihr zu leiden hat als das deutsche, so lange sie dauert.

Diese Sicherheit ist das trostlose Endergebnis des Weltkrieges, in dem das deutsche Reich 1600000 Tote betrauert, in dem es über 600000 Gefangene und 200000 Vermißte verloren hat, von denen allzu viele die

Heimat nicht wiedersehen werden — in dem über vier Millionen seiner Kämpfer verwundet wurden, von denen zahllose dauernd verkrüppelt sind. Zu diesen Opfern vor dem Feinde kommen diejenigen der Heimat: das Reichsgesundheitsamt hat festgestellt, daß dreiviertel Millionen Deutsche an Unterernährung gestorben sind — ungeachtet der Gesundheitsschädigung, die Hunger und Kälte dem Volke, vor allem den Kindern, zugefügt haben.

Welche Fülle von Not und Leid liegt in diesen Zahlen!

Und doch dies Ende!

Ausblick.

Wir haben die Schicksale unseres Volkes von den Tagen an verfolgt, wo es aus dem Dunkel seiner Wälder und Sümpfe in die Helle der Geschichte getreten ist; wir haben es auf der Sonnenhöhe des Glückes und Ruhmes und in den Schatten der Schmach und des Unheils gesehen. Gewaltige Männer sind an uns vorbeigeschritten, aber auch Schwächlinge und Verderber. Neben ihnen sahen wir die Volksgesamtheit, das Volk. Wir haben es in seinen geistigen Blüten, in seiner Arbeit, seiner kriegerischen Tüchtigkeit kennen gelernt. Sein Jubel und seine Verzweiflung sind an unser Ohr geklungen, seine Schwächen haben uns erschreckt — zuletzt haben wir eine ungeheure Kraftanstrengung miterlebt, endend in schuldvollem, selbstmörderischem Versagen. Nun stehen wir jenseits der Schwelle der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart und sind im Begriffe, den Fuß in die Zukunft zu setzen.

Wohin wird ihr Weg uns führen?

Die Vergangenheit liegt von den Uranfängen unseres Volkes aufgeschlagen vor uns. Wir haben gesehen, daß sein Schicksal hart und wechselvoll, aber auch stolz und reich war. Mit den besten Zeitgenossen haben wir gehofft, geglaubt, daß es entschlossen und stark den Gipfel seiner nächsten Bestimmung erreichen werde — da wurde es von einem Schwindel ergriffen, stürzte in die Tiefe und liegt dort an Leib und Seele so gebrochen, daß die bange Frage aufsteigt: Wird es sich wieder erheben können, um erneut, mit besserem Willen und befreit von Einflüssen, die den unseligen Taumel hervorriefen, den Weg nach der Höhe anzutreten?

Viele — und nicht die Schlechtesten — verzweifeln und finden sich mit blutendem Herzen und gebrochenem Willen damit ab, daß die deutsche Geschichte in der Niederung auslaufen soll, in die unser Volk durch den furchtbaren Ausgang des Weltkrieges geraten ist; sie meinen, es habe sich im Irrsinn verführen lassen, einer falschen Freiheit, einem naturwidrigen Verhältnis zu anderen Völkern, auch der ihm feindlichen, nachzujagen — darüber sei es selbst in Knechtschaft gefallen und nun bleibe es um seiner Schuld willen verurteilt, das Sklavenvolk dieser Erde zu sein.

Wer offenen Auges die gesamte Entwicklung der nachbismarckischen Zeit miterlebt hat, wer insbesondere im letzten Jahrzehnt den Kampf auf Leben und Tod nahen sah, ohne daß das Volk davon etwas wissen wollte — wer im Kriege trotz aller gewaltigen Taten des Heeres infolge der himmelschreienden Mängel der Staatsleitung das Gespenst des Zusammenbruches und der Niederlage näher und näher kommen sah, ohne daß seine Mitbürger etwas davon merkten — wer Verbrechen, Treubruch und Feigheit beim Umsturz beobachtete und nach ihm den Bruch mit Zucht und Sitte, Ordnung und Recht, die Herrschaft der Schlechten, das Treiben der Entarteten, jenen Taumel einer aus dem Gleichgewicht geratenen Menschheit —: der kann, wenn er sich nur an die letzte Vergangenheit und die wüste Gegenwart hält, wenn er die sittlich, geistig und politisch Verwahrlosten für die endgültigen Träger des deutschen Gesamtlebens hält, wahrhaftig verzweifeln, ja mit Abscheu sich von dem entheiligten Vaterlande und seinem gesunkenen Volke abwenden.

Aber sind die Entarteten, Wahnsinnigen, Verirrten berufen, dauernd dem Leben des Volkes, dem Bilde seines öffentlichen Lebens, dem Wesen seiner jetzt verzerrten Staatlichkeit die Züge zu verleihen?

Der Verlauf der deutschen Geschichte spricht dagegen — dagegen auch das schwere Schicksal des deutschen Volkes, der Märtyrer der Weltgeschichte zu sein. Denn Märtyrer siegen schließlich doch! Und das lebende Geschlecht ist trotz alledem der Erbe Armins, der Gewaltigen unter den Karlingen, Ottonen und Hohenstaufen, Luthers und des Großen Friedrich, der der König aller Könige war, Kants, Goethes, Schillers, Gneisenaus, Bismarcks — unter ihm leben noch Hindenburg und Ludendorff, und die Blutzeugen des Weltkrieges wollen nicht vergeblich ihr Leben geopfert, die Mütter, Frauen und Bräute nicht umsonst ihre Liebsten dahingegeben haben.

Die deutsche Geschichte kann nicht dort enden, wohin sie Schwächlinge und Volksverführer, Meuterer und Fahnenflüchtige, Feiglinge und Verbrecher gebracht haben.

In den Zeiten auch fast hoffnungslosen Tiefstandes, als der dritte Friedrich aus dem Hause Habsburg Kaiser war, schrieb der weltbefahrene und geschichtskundige Grieche Laonikos Chalkondylas: „Wenn das deutsche Volk eines Sinnes wäre und von einem Herrscher geleitet würde, wäre es unbesiegbar." Dasselbe haben die treuesten Deutschen dieser Zeit geglaubt, nein gewußt — daran, daß im entscheidenden Augenblick weder oben noch unten getan wurde, was diesem Satze entsprach, sind wir gescheitert. Scheitern aber heißt noch nicht untergehen.

* * *

Nichtigen Hoffnungen, Luftbildern einer besseren Zukunft darf niemand nachjagen, der seinem Volke wirklich helfen will; mit beiden Füßen muß er auf dem Boden der Wirklichkeit stehen und der grausamen Wahrheit mit offenen Augen ins Antlitz schauen. Dann gewahrt er ein Deutschland, dem im Westen, nach der Feinde Absicht für immer, Elsaß-Lothringen und das Saarbecken entrissen sind, dessen linksrheinische Gebiete bis zu einem halben Menschenalter in der Gewalt der Sieger bleiben sollen, dessen Lieblingsstrom und wichtigste Weltverkehrsstraße ihnen ausgeliefert ist — im Norden die Zerstückelung der ewig unteilbaren Mark — im Osten den Raub Posens und wichtiger Teile West- und Ostpreußens und Schlesiens. Die alte Hansestadt Danzig ist verurteilt, ein vom Reiche losgerissener kleiner Staat zu sein, der Rest Ostpreußens ist eine Insel inmitten slawischer Staaten. Das Reich ohnmächtig, arm, seiner Selbstherrlichkeit beraubt — vom Ausland verachtet und als ehrlos behandelt — ohne ererbtes Oberhaupt und ohne Leiter von anerkanntem Ansehen und Bedeutung — seine Volkswirtschaft so im Marke getroffen und zerrüttet, daß niemand weiß, wie sie aufgerichtet werden kann, seine Wasserwege der feindlichen Willkür ausgeliefert, seine Verkehrsanstalten aus Rand und Band — die Gefahr täglich neuer Empörungen und Bürgerkriege im Innern — von den Siegern her die Aussicht, daß nach ihrem Belieben die Knechtschaft jeden Tag verschlimmert werden kann.

So und nicht anders ist die Lage.

Sie ist so einzigartig furchtbar, wie das Verhalten der Staatsleitung und der Volksteile, die so tiefen Fall verursacht haben, ohne Beispiel in der Weltgeschichte dasteht. Es ist kein Trost, auf die langsame Auferstehung nach dem dreißigjährigen Kriege, auf die rasche Wiedergeburt nach Preußens Zusammenbruch verwiesen zu werden. Die Gegenwart ist unvergleichlich viel schlimmer. Damals hatten wir keine Großstädte, keine Industrie mit ihren Massen verhetzter, dem Staate entfremdeter Arbeiter — damals hatten wir keine volks- und staatsfeindliche Presse, die die Geschäfte der Feinde besorgt — damals hatten wir kein zersetzendes Judentum im Lande; die Fürstenmacht und mit ihr die Staatsgewalt waren unerschüttert, das Volk der kleinen Städte und des flachen Landes treu und willig, die öffentliche Meinung von den Starken und Guten zu leiten. Sie ist aber heute vor allem deshalb schlimmer als jemals in der deutschen Geschichte, weil unsere eigentlichsten Feinde, weil England und Frankreich durch die deutschen Leistungen dieses Krieges auf allen Gebieten erkannt haben, was in unserem Volke steckt. Mit den durch Neid, Haß und Furcht geschärften Sinnen vermögen sie besser als der Volksgläubigste im Vaterlande zu beurteilen, was das deutsche Volk hätte vollbringen können, wenn es — mit jenem Griechen zu reden — unter einem wirklichen Herrscher, in sich

einig und einheitlich geleitet gewesen wäre, nachdem sie erlebt haben, daß es ohne politische Führung und trotz seiner inneren Zerrissenheit über vier Jahre einer Welt ruhmreichsten Widerstand geleistet, ja recht eigentlich sich totgesiegt hat. Deshalb, weil die Feinde wissen, was die Deutschen sind und können, weil sie sich in ihrem Inneren auch klar sind, daß nicht sie uns besiegt haben, sondern daß sie die Oberhand behalten haben, weil wir die Waffen wegwarfen, — deshalb haben sie dem durch eigene Schuld wehrlos gewordenen Volke durch den Vertrag von Versailles Fesseln angelegt, die seine Riesenkraft für immer unschädlich machen sollen. So widersinnig es klingt — es ist doch wahr: Noch niemals ward dem deutschen Volke größere Anerkennung, als durch den Gewaltfrieden des 28. Juni 1919. In ihm haben nicht nur Haß und Neid, in ihm hat vor allem Englands und Frankreichs Furcht die Feder geführt, weil sie besser als wir selbst wissen, was die Deutschen sind.

Die Furcht ist es, die Österreichs Deutsche von der Vereinigung mit den Volksgenossen im Reiche fernhielt; deshalb verletzt der Vielverband das ihm sonst so heilige Selbstbestimmungsrecht der Völker, sobald Deutsche in Frage kommen — deshalb hält er eine Meute haßerfüllter Slawenstaaten von der Adria bis zur Ostsee bereit, um ein erstarkendes Deutschland anzufallen.

Es ist sicher: In solcher Lage wie jetzt das deutsche, hat noch niemals ein Volk sich befunden — noch keines auch ist innerlich und äußerlich so tief gesunken gewesen.

Deshalb ist zu verstehen, wenn treueste Vaterlandsfreunde in Zweifel geraten — verzweifeln aber darf keiner, der über dem entsetzlichen Heute und Gestern das Vorgestern und die weitere Vergangenheit nicht vergißt.

An dies Vorgestern wollen wir uns halten, weil es zu dem Geschlecht von heute gehört; das Vorgestern soll uns bestätigen, was die Feinde wissen und fühlen: Daß auch die Deutschen dieser Zeit demselben Volke angehören, das seine Urkraft in unerhörtem Vollbringen, in erschütterndem Dulden und Entbehren erwies und das nur im letzten Anlauf stecken blieb, weil es — führerlos und verführt — seinem Willen, nicht seiner Kraft nach versagte.

Nichts darf von dem allen vergessen werden, was vorgestern vollbracht wurde: Der glänzende Siegeszug im Westen, Hindenburgs und Ludendorffs strahlende Taten im Osten, die völlige Niederwerfung des unerschöpflich menschenreichen Rußland, Rumäniens Besiegung, die Zerschmetterung Serbiens, die Niederlage Italiens, die Heldenkämpfe im Westen von den Vogesen bis zum Kanal. Dies alles hat das kleine Deutschland mit seinem Heere vollbracht, das einen Bruchteil der feindlichen Kriegsmacht zählte. Die ganze Welt war gegen es

aufgeboten — und weil die weißen Feinde es nicht zwingen konnten, wurden von allen Teilen der Erde Farbige herbeigeholt, zur ewigen Schande der ehrvergessenen weißen Völker, die solchen Verrat an der gemeinsamen Rasse begingen. Den Hunger, das feigste und zugleich wirksamste Kriegsmittel, riefen sie zu Hilfe. Gegen ihn wehrte sich die Heimat vier Jahre lang, wie das Heer gegen den Feind in Waffen. Dabei arbeitete sie Tag und Nacht, darbte und fror, erlitt das Herzweh, das der Tod, die Gefangenschaft und Verwundung der Millionen von Kämpfern den Müttern und Vätern, den Frauen und Kindern und Bräuten bereitete.

Nahe vor Calais und Paris standen die deutschen Sturmheere; im Osten hielten sie schließlich die Wacht vom Peipussee bis zum Schwarzen Meer, im Süden hatten sie Saloniki und Venedig fast in Sichtweite, im Kaukasus, im Taurus, am Bosporus und in Mesopotamien bewährte sich deutsche Tüchtigkeit. In der Luft und unter See überboten sich deutsche Helden an Kühnheit und Opfermut. Im Stillen Weltmeer hatte Graf Spee, vor dem Skagerak Scheer gezeigt, was die deutsche Flotte vermag. Im Herzen des schwarzen Erdteils hielt Lettow-Vorbeck mit seiner kleinen Schar unbezwungen gewaltiger Übermacht stand. Der lauterste Mensch dieser Zeitspanne, Paul von Hindenburg, und ihr größter Mann, Erich Ludendorff, sind deutschen Blutes.

Das alles soll gewesen sein, soll nichts mehr sagen — soll verschwinden vor dem Unheil und der Schande von gestern und heute. Und mit dem Großen des Vorgestern soll der ganze übrige zweitausendjährige Lauf der bekannten Geschichte unseres Volkes versinken, ihre Verheißungen sollen Lüge gewesen sein — die Ansprüche, die eine solche Vergangenheit durch die Taten der Großen, die die Gegenwart durch den Willen der Besten und das Opfer der Tapfersten begründet hat, sollen verworfen sein!

Die Schlechten im Volke, die grausamen Sieger sollen mit ihren Lügenkünsten endgültig die Herrschaft gewonnen haben?

Das kann und wird keiner glauben, der das schwer faßliche wahre Wesen seines Volkes aus dem Lauf seiner Geschichte begriffen hat — keiner der an die Macht des Guten und Wahren glaubt.

Die Weltenwaltung hat dem lebenden Geschlechte, weil es nicht in allem des Sieges würdig war, eine Prüfung von unerhörter Schwere auferlegt, und die Schicksalsfrage lautet: Wird es sie bestehen?

Es wird sie bestehen, wenn alle, die ihr Volk lieben, daran gehen, es innerlich zu läutern, sein angeborenes Wesen von den Schlacken fremder Einflüsse zu reinigen, es aufzurichten und zum Wiederanfang zu stärken.

Und wer sollte sein Volk, sein Vaterland nicht lieben? Wem die unvergängliche Schönheit unserer Heimat aufgegangen ist, wie sie so mannigfaltig und reich sich offenbart, von den Häuptern der Alpen bis zu den Wogen der Meere, vom Hochwald des Wasgau bis zur träumenden Tiefebene des östlichen Flachlandes; — wer den trunkenen Blick hat schweifen lassen über die Gaue des Rheines, die Herrlichkeiten Tirols und der Steiermark, des Salzkammergutes und des bayrischen Hochgebirges, wer das deutsche Mittelgebirge mit offenen Augen durchwandert hat — wer die Zeugen der Vergangenheit in Lübeck und Nürnberg, in Danzig und Straßburg, in Hildesheim und Rothenburg erschaut hat, und wie sie alle heißen die Stätten der Größe; — zu wem die gewaltigen Dome und Münster ihre Sprache reden, und die Marienburg an der Nogat und das Heidelberger Schloß; — sollte dem das Herz nicht überströmen — sollte der seine Heimat, sein Volk nicht lieben?

Und wenn er sich sinnenden Geistes versenkt in die Schicksale seines deutschen Volkes — wenn die Geschichte vor ihm lebendig wird, und ihre Helden vor ihm stehen und erzählen von Ruhm und Stolz, von Schmach und Not, von Freud und Leid, von Kampf und Sieg: soll der sich nicht fragen, ob nicht ihm selbst und jedem im Volke ein Amt ward, zu helfen, daß wir wieder voran kommen?

Die Liebe zum Vaterlande, das Gefühl, für sein Schicksal mitverantwortlich zu sein, wird den Willen erzeugen und die Erkenntnis stärken zur nötigen Arbeit im Volksdienst.

Die Erkennenden werden verstehen, aus der furchtbaren Not die seelischen Kräfte zu wecken, die dem Leben des Volkes Schwung und Inhalt geben: der Druck der Feinde schreit nach Befreiung, die losgerissenen Teile des Vaterlandes wollen erlöst sein; die ferngehaltenen Volksgenossen streben nach Vereinigung; der Kaisergedanke übt seinen alten Zauber. Das deutsche Volk hat, nachdem es sich in mißverstandener Anwendung eines Gelegenheitswortes des Reichsgründers fast ein halbes Jahrhundert lang politisch „gesättigt" fühlte und so verhielt, — zum ersten Male seit jenem ersten Tage von Versailles am 18. Januar 1871 — wieder politische Hochziele: der Zwang seiner Feinde hat sie ihm im selben Versailles am 28. Juni 1919 aufgerichtet. Der Gedanke an sie wird die schwere Arbeit der innerlichen Erneuerung und des inneren Aufbaues wunderbar fördern.

Und wenn sie geleistet ist, dann mag er kommen, der neue Bismarck — er wird sein Volk zur Wiedergeburt reif finden.

Dann beginnt die neue deutsche Geschichte.

Wer dazu helfen will, weite sein Herz und rüste sich zur rettenden Tat, indem er sich vorhält:

Erkennen ist viel, der Wille aber ist alles!

Verzeichnis zum Nachschlagen.

Aachen, Friede zu 140. 162.
—, Vertrag zu 479.
Absolutes Regiment 137. 151—152. 170. 180. 188.
Adalbert von Appeldern 58.
Adolf von Nassau, König 65.
— von Schaumburg, Markgraf 39.
Agadir 317. 429.
Aisne, Kämpfe an der 485.
Alarich 11.
Albert, Kronprinz (später König) von Sachsen 260. 271.
Albrecht I. 65. 72. 75.
— II. 71. 81.
— der Bär 39. 41.
— Erzherzog 260. 266.
— von Brandenburg 91.
— von Hohenzollern 98.
— von Württemberg, Herzog 482. 483. 484.
Alemannen 3. 9. 11—13. 132.
Alexander I., Zar 200. 203. 205. 207. 219. 365.
— II., Zar 267. 277—8. 362.
Alexis, Willibald 194. 394.
Algesiras-Konferenz 302/3. 316. 447. 448.
Alldeutsche 423/4. 559. 596. 600. 628.
Allianz, Große 146. Heilige 219.
Alsen 255.
Altkatholiken 411.
Andrassy 278. 332. 334.
—, Julius 657.
Angeln 3. 10.
Ansiedlungskommission 287. 314.
Antisemitismus 289/90.
Aquä Sextiä, Schlacht bei 1.
Arbeiterschutz-Gesetzgebung 436.
Arbeiter- und Soldatenräte 568. 569. 677. 678. 681. 684. 709.
Arioviſt 6.
Armin 7.
Arndt 200. 204. 209. 216. 222.
Arnulf von Kärnten 21.
Artevelde, Jakob von 76.
Arz von Straußenberg 584.
Aspern 206.
Auersperg, Fürst Adolf 332. 334.
—, Fürst Carlos 331/2.
—, Graf Alexander 396.
Aufklärung 158. 174. 182. 188.
Augsburger Interim 103.
Ausgleich in Österreich-Ungarn 329. 347.
Auslandschulen, deutsche 370.
Austerlitz 195.
Auswanderung 291. 303. 361 ff.

Bach, Alexander von 237/8.
Baden 164. 193. 218. 222. 225. 228. 259. 265. 271/2.
—, Vertrag zu 147.
Banat 145. 150. 174. 346. 348.
Balkan 432. 443. 534.
Balkankrieg 443. 453. 512.
Basel, Vertrag von 191.
Batschka 346. 348.
Bauernkrieg 54. 86. 96/97.
Baukunst 29. 61. 76. 83. 107. 153. 183. 402.
Bayern 9. 12/3. 15. 16. 26. 44. 60. 70. 129. 130. 138. 144. 146. 160. 161. 175. 195/97. 206. 218. 222. 225. 240. 259/61. 265. 275. 276.
Befreiungskriege 209 ff.
Belcredi 326. 329.
Belgien 111. 113. 142. 146/7. 175. 191. 217. 226. 354. 356 ff. 432. 448. 449. 477. 478. 480. 538. 573. 631. 632. 688. 691.

Belgien, Einmarsch in 457.
—, Kampf in 481/82.
Belgrad 143. 145. 150. 176. 532. 533.
—, Vertrag von 151. 346.
Belle-Alliance 214.
Below, General von 498. 499. 583. 584.
Benedek 259.
Beneckendorff und von Hindenburg, Generalfeldmarschall S. auch Hindenburg.
Bennigsen, Rudolf von 257. 264.
Berliner Kongreß 278. 333. 440.
Bernhard von Weimar 125. 126. 129.
Beseler, General von 547. 561.
Bethmann Hollweg, Theobald von 311 ff. 343. 431. 434. 449. 450. 466. 468/71. 476. 477. 481. 507. 510. 513. 517. 518. 519. 538—40. 544. 546. 547. 549. 556. 557. 559. 560. 562—565. 568. 570. 573—575. 577—580. 586. 587. 592. 594. 596. 597. 643. 684. 698. 700. 709.
Beust, Minister von 277. 329/33.
Bildhauerkunst 29. 62. 83. 107. 158. 401.
Binnenwanderung 414/6.
Bismarck 8. 197. 231. 243. 247. 250. 251 ff. 272—79. 282. 285. 287. 291/98. 333. 411. 433. 435. 436. 439/41. 507. 550. 571. 704. 705. 709.
Bittenfeld, Herwarth von 255.
Blockade 503/04. 608.
Blücher 197. 199/200. 203. 206. 207/15.
Blumenau, Dr. Hermann 380.
Blumenthal, General von 271.
Böhmen 9. 26/27. 59/60. 65/66. 68. 70/71. 84. 119/21. 173. 183. 229. 326/27. 331. 338/9. 344. 604/5.
Bolschewisten 582. 687. 690. 712.
Bonifatius 15.
Bornhöved, Schlacht bei 48.
Bosnien 143. 176. 304. 333. 350 ff.
Botha, Louis 387/8.
Bothmer, Graf von 527/8, 531. 551.
Boyen 204. 208.
Brandenburg 39. 60. 68. 70. 106. 120. 128. 130. 134. 146/7. 152.
Braunschweig 46. 164. 200. 225. 293. 308. 314.
Breitenfeld, Schlacht bei 125. 129.
Breslau, Friede von 161.
Brest-Litowsk, Friede zu 585. 602. 662.
Brockdorff-Rantzau, Graf 693. 694. 696.
Bromme 244. 246.
Bruck 237/8.
Buchdruckerkunst 82.
Bukarest, Friede zu 603. 620.
Bülow von, Bernhard 300. 304 ff. 308ff. 316. 322. 386. 466. 594.
Bülow-Dennewitz 212/14.
—, Generaloberst von 482/83. 486.
Bulgarien 443. 512. 523. 584. 620/1. 639. 640. 646.
Bundesrat 264/65. 276. 293.
Bundesreform 258.
Bundestag, deutscher 218. 222. 229/30. 240. 245. 252. 258.
Buren 308. 383 ff. 429.
Burgfrieden 471. 477. 514/5.
Burgund 25/26. 65. 72. 75/76. 84. 106. 140/1.
Burgunder 9. 10. 13. 62.
Burian, Graf, Minister 639. 657.
Burschenschaft 221/222.

Cambrai, Schlacht bei 483.
Cäsar 6. 7.
Calvin 99.
Campo Formio, Friede von 191.
Canossa 36.
Caprivi 298/9. 305. 308. 341.
Champagne, Schlacht in der 483. 522. 523.
Chatten 9.
Chinafeldzug 305.
Chlodwig 13.
Christian, Herzog von Braunschweig 122.
— IV., König von Dänemark 122—126.
— VIII., „ „ „ 243.
— IX., „ „ „ 254.
Clam-Martinitz, Graf, öster. Ministerpräsident 611. 612.
Clausewitz 204. 208.
Clémenceau 596/7. 604. 616. 626. 629. 646. 692.
Conrad Freiherr von Hötzendorf, österr. Generalstabschef 464, 473, 499. 500. 527. 530/1. 533. 538. 551. 561. 566. 568. 584. 607. 615. 618.
Courbière 199.
Czernin, Graf 576. 600. 611/2. 614. 616/7. 639.

Dänemark 48. 78. 122. 147/8. 218. 242. 254 ff. 509. 560.
Dänen 3. 16. 22. 241. 244/5. 276. 306. 314.
Dankelmann, Minister von 152.
Dante 10. 66/67.
Dassel, Reinald von 42.
Daun 164/68.
Deák 329/30.
Delagoa-Vertrag 386.
Delegationen, öster.-ung. 330.
Demokratische Partei 705/6. 708.
Derfflinger 136.
Dessau, Leopold von 156. 163.
Deutscher Bund 218. 241. 244. 254. 259. 261.
Deutscher Handelsverein 224.
Deutschkatholiken 411.
Deutsches Recht 63. 85/6. 97.
Deutschtum im Auslande 325 ff. 711/14.
in Belgien 713.
„ Frankreich 713.
„ Italien 713.
„ Österreich-Ungarn 714.
„ Rußland 712.
„ Nordamerika 713.
Deutsch-Südwestafrika 305.
Dichtkunst 29. 62/3. 108. 181. 185/87. 204/5. 209. 353. 355. 357. 391 ff.
Dietrich von Bern 11.
Döllinger, Ignaz 411.
Dreibund 278. 442.
Dreikaiserbündnis 278.
Dreikönigsbündnis 234. 239.
Dreißigjähriger Krieg 121/33. 180/1.
Dreiverband 442/44. 450. 454. 479.
Dresden, Friede zu 162.
—, Schlacht bei 212.
Düppel, 244. 255.

Ebert, 669. 677. 692. 707.
Edikt von Nantes 136.
— von Potsdam 137.
Eduard VII., von England 442.
Egmont 112.
Eike von Repgow 63.
Einem, Kriegsminister von 542.
Einkreisungspolitik 441/49. 508.
Eisenbahnen 224. 227. 293. 359.
Eitelfritz von Hohenzollern 84.
Elsaß 6. 20. 129/30. 217.
Elsaß-Lothringen 273. 275. 292. 307/8. 312/3. 435. 441. 597. 632. 653. 688. 691. 696. 721.
Emmich, General von 481.
England 3. 10. 78. 87. 113. 115/6. 122. 132. 140. 142. 146/7. 149. 161—63. 166. 189. 191. 194/95. 198. 205. 211. 218. 226. 242. 244. 267. 278. 301 ff. 317 ff. 354/5. 384 ff. 431/2. 436. 439/40. 450. 456/7. 459. 475. 478. 481. 506/7. 512. 532. 536. 545/6. 565. 567. 577. 579. 589. 604. 606. 629. 698.
Entdeckung Amerikas 86. 109.
— des Seewegs nach Ostindien 86.
Enteignungsgesetz 306. 314.
Entente cordiale 442. 446.
Erbfolgekrieg, jülich-klevescher 118/19.
—, österreichischer 162.
—, pfälzischer 142.
—, spanischer 145/47. 354.
Erbfolgestreit, bayrisch-österreichischer 170. 175.
Erfurter Fürstentag 205.
— Parlament 234. 239. 252.
— Union 234. 239. 241.
Ernst August, König von Hannover 226.
Erzberger 573. 575—78. 587—90. 614. 636. 643. 651. 654. 658. 682. 696. 700. 705. 709. 710.
Estland 79. 116. 147. 360. 583. 601.
Eugen, Prinz von Savoyen 145/46. 149.
Eylau, Schlacht bei 199.

Falkenhayn 521. 524. 525. 533. 550. 551. 555. 618.
Fehrbellin 136. 141.
Feme 71.
Ferdinand I. 105/7. 116/7. 144.
— II. 117/129. 130. 173.
— III. 129. 144.
—, Kaiser von Österreich 227. 229. 234.
— von Braunschweig 164/68.
Ferdinand, Zar von Bulgarien 533. 568. 620/1. 639.
Fichte 200. 204.
Flandern 75. 77. 466. 571. 624.
Flotte, deutsche 244. 246. 263/4. 271. 275. 305. 320. 436. 441. 473. 501 ff. 507. 510. 537. 582.
Flotte, kurbrandenburgische 136.

Flottengesetz 431.
Flottenkampf bei Coronel 505.
— bei den Falklandinseln 505.
— „ Helgoland 505.
— „ Skagerrak 537. 591. 663.
Foch, General 625. 679.
Föderalismus in Österreich 329. 331.
Fortschrittspartei 249/50. 280. 323.
Franken 3. 9. 10. 11/13. 15. 52 ff. 60. 70. 345.
Frankfurter Friede 273. 461.
— Parlament 229 ff.
Frankreich 11. 13. 20. 75/6. 115. 128/9. 130. 132. 140 ff. 146. 150. 161. 165. 182. 189 ff. 217. 219. 226/7. 231. 242. 245. 265 ff. 277/8. 316 ff. 432. 435. 439. 440. 450. 456. 457. 459. 475. 477/8. 481. 532. 567. 573. 577. 604. 606. 629. 632. 688. 691. 696. 711.
Franz I. von Frankreich 85. 95. 99. 100.
— I. (Gemahl Maria Theresias) 71. 160. 162. 172. 174.
— II. 176. 190/91. 195/97. 202. 206. 211/13. 219. 227.
— Ferdinand, Erzherzog 432. 451. 454. 610/12. 696.
— Josef, Kaiser von Österreich 234. 254. 257. 260. 266. 278. 326 ff. 335 ff. 346. 432. 451. 531. 606. 610. 618.
Frauenbewegung 421.
Freisinn 323. 419.
Friedenwalde, Vertrag von 104.
Friedensangebot, deutsches 563.
Friedensbedingungen 696 ff.
Friedrich I. (Rotbart) 41 ff. 50.
— II. 47 ff.
— III. 81.
— VI., Burggraf von Nürnberg 69/70.
Friedrich, Erzherzog 473. 499. 607. 615.
Friedrich, der Große 8. 54. 157—170. 175. 177. 182. 186. 210.
—, der Weise 89. 93. 95.
—, Prinz von Augustenburg 255/56.
— V. von der Pfalz 121/22.
— August III. von Sachsen-Polen 150/1. 177.
— Karl, Prinz von Preußen 255. 259. 260. 269. 270/1.
— Wilhelm, der große Kurfürst 134. 141. 144. 183.
Friedrich Wilhelm, Herzog von Braunschweig 206.
— Wilhelm I. von Preußen 54. 154—160. 162.
— Wilhelm II. von Preußen 171. 190.
— Wilhelm III., von Preußen 193—201. 206—209. 219. 221. 404.
— Wilhelm IV. von Preußen 227/228. 231—242. 245—247. 251. 252.
— Wilhelm, Kronprinz (als Kaiser Friedrich III.) 256. 259. 269—271. 294.
Friesen 3. 9. 11./12. 15. 51.
Friesland 20. 24. 163.
Grundsberg, Georg von 100.
Fürstenbund, deutscher 170. 175.
Füssen, Vertrag von 162.

Gablenz, General von 255.
Gagern, Heinrich von 230/1.
Galizien 174. 218. 241/2. 326. 332. 496. 501. 605. 607.
—, Kampf in 500. 526. 528. 538.
Gallipoli, Kampf auf 532.
Gasteiner Vertrag 256. 258.
Gegenreformation 101. 118—122. 124. 130. 182.
Gegenrevolution 690. 695. 710.
Gent, Vertrag von 112.
Gero, Markgraf 23.
Geschichtschreibung 29. 62. 407.
Geusen 112.
Gewerbefreiheit 207. 413.
Gneisenau 199. 200. 204. 207. 209/10. 222.
Goeben, General von 271.
Goltz, Feldmarschall von der 534.
—, General, Graf von der 602.
Görgei 236.
Goethe 168. 186. 392.
Göttinger Sieben 226. 230.
Goldene Bulle 68.
Goten 9—13.
Gottfried von Bouillon 40.
— von Straßburg 62.
Granfee, Schlacht bei 75.
Gregor VII., Papst 33/37.
Grey, Minister 449. 457. 474.
Griechenland 509. 512. 567.
Gröner, General 656. 659. 668. 673. 679.
Großbeeren 212.

Großdeutsche 231.
Großgörschen 210.
Grundentlastung in Österreich 238.
Gustav Adolf 116. 124 ff. 148.
Gutenberg 82.

Hannover 149. 161. 195. 198. 218. 226. 234. 239. 259/61. 292. 308. 315.
Hanse 61. 76. 85. 110. 115.
Hans Sachs 93. 108.
Hardenberg 200. 207—209. 217. 221.
Haugwitz, Graf 172.
—, preuß. Minister, Graf 195—197.
Hausen, Generaloberst 482/3.
Heeresleitung, Oberste 466/67. 476. 486. 520. 548. 556. 558. 560. 561. 564. 565. 566. 572. 576. 578. 585. 586. 588. 592. 596. 600. 618. 620. 623. 627. 629. 632. 635. 641. 642. 643. 644. 647. 648. 649. 658. 659. 661. 672. 674. 679. 686. 688. 700.
Heeresreform 248/50.
Heeringen, Generaloberst 449. 466. 482. 484.
Heinrich I., der Finkler 22. 28. 39.
— II., der Heilige 25. 30/1.
— III. 26. 30/1.
— IV. 27. 31 ff.
— V. 37.
— VI. 45/47.
— VII. 66.
— der Löwe 39. 41. 44/5.
— der Stolze 38. 39.
—, Prinz von Preußen 164. 166/7.
— Raspe 49.
— von Plauen 80.
Helgoland 243. 305.
Herbst, österreichischer Minister 331—335.
Hermann der Befreier s. Armin.
— von Salza 48. 58.
— von Wied, Erzbischof 101. 107.
Hertling, Dr. Graf von, Reichskanzler 592. 594 636. 646. 650.
Hessen 15. 118. 161. 193. 218. 225. 228. 241. 259—61. 263. 272.
Heydt, Erlaß von der 380.
Hilfsdienst, vaterländischer 562.
Hindenburg, Generalfeldmarschall von 483. 489. 492/94. 499. 521. 525. 550. 555. 556. 557. 558. 565. 566. 571. 578. 586. 625. 642. 643. 649. 655. 659. 682. 702. 720. 722.
Hintze, Admiral von, Staatssekretär 642. 643—646. 650.
Hipler, Wendelin 97.
Hipper, Vizeadmiral 537. 663/4.
Hochkirch 165.
Höchstädt und Blindheim 146.
Hofer, Andreas 206. 714.
Hoffmann, Generalmajor 600.
Hohenfriedberg 162.
Hohenlinden 191.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu 299. 355. 412.
Hohenstaufen 39—50. 61. 64.
Hohenwart, österr. Minister 331/2.
Holland, Grafschaft 65. 68.
—, Graf Wilhelm von 49. 51.
Hubertusburger Friede 167.
Hugenotten 115. 129. 137. 183. 383.
Humanismus 82/3.
Hunnen 9.
Hus 70.
Hussiten 70.
Hutten, Ulrich von 88. 91. 108.

Internationale 568/9. 631. 685.
Investitur 34/5. 38.
Italien 10. 16. 17. 44. 46/7. 49. 64. 66/7. 235.
— Königreich 260/1. 266/7. 272. 278. 281. 302. 304. 340. 432. 459/60. 485. 509/10. 530 1. 606. 722.
—, Kampf in 530/32. 552. 554. 583/4. 616/7. 640. 657.
Italienisch-türkischer Krieg 443.
Irredentisten 442. 452/3. 510/11.

Jahn 204. 221/2.
Japan 441. 507.
Japanisch-chinesischer Krieg 441. 507.
Jena und Auerstädt 198.
Jesuiten 101. 118/9. 181. 282. 411.
Joffre 444. 474. 485. 490. 523/4.
Johann, Erzherzog, Reichsverweser 230.
— Friedrich von Sachsen 101/2.
— Sobieski, König von Polen 144.
Josef I. 146.
— II. 54. 167. 174. 346.
Josef Ferdinand, Erzherzog 530.

Juden 424. 452. 520. 569. 575. 601. 609. 631. 635. 684. 715/17.
Judenfrage 286 ff. 422.

Kärnten 65. 84. 118. 501. 697.
Kahlenberg, Schlacht am 144.
Kant 184.
Kapland 218. 355. 383 ff.
Kappel, Schlacht bei 99.
Karl Martell 13. 53.
— der Große 15. 50. 53.
— der Kahle 19.
— der Dicke 21.
— IV. 68.
— V. 84/5. 88/9. 93—95. 99 ff. 118.
— VI. 146 7. 149. 160.
— XII. 71. 161/2.
— der Kühne von Burgund 75. 81.
— von Lothringen 144.
— Kaiser von Österreich 610—17. 638—40. 656.
— XII., König von Schweden 147/8.
—, Erzherzog 191. 205/6.
— Wilhelm Ferdinand von Braunschweig 198.
Karlowitz, Friede von 145.
Karlsbader Beschlüsse 222.
Karpathenschlacht 527.
Karolinger 14—21.
Katharina II. von Rußland 167. 176. 177. 365.
Katte, Heinrich von 158.
Katzbach, Schlacht an der 211.
Kaunitz, Fürst 163. 172.
Kaunitzische Koalition 164/5. 450.
Kepler 107.
Ketteler, Bischof Freiherr von 410/11.
Kiautschau 305. 441. 507/8. 537.
Kiderlen-Wächter 316 ff.
Kimbern 1. 6.
Kirchenstaat 14. 281.
Kleinasien, Kampf in 584. 640.
Kleindeutsche 231. 233.
Kleist, Ewald von 185.
—, Heinrich von 205. 392.
— von Nollendorf 212.
Kluck, Generaloberst 482/3. 485/6.
Köller, Mathias von 307.
Königgrätz 259/60.
Königshofen 97.
Köster, Großadmiral 427.
Kolonien, Deutsche 136. 157. 291/2. 305. 319. 323. 698.
— Kampf in den 537.
Kolumbus 86.
Konflikt in Preußen 250 ff. 258. 262.
Kongreßpolen 455. 465. 545. 547. 615.
— Kampf in 496—98. 528.
Konrad I. 21.
— II. 26.
— III. 39. 41.
— IV. 49.
Konradin 45. 49.
Konservative Partei 252. 280. 324. 419. 420. 540. 570. 577. 651. 705.
Konzil, vatikanisches 281. 411.
— von Basel 82.
— von Konstanz 69/70. 73 ff.
— von Lyon 49.
— von Trient 99. 101. 103.
Koppernigk 82.
Krain 65. 84. 164.
Kriegserklärungen:
— Bulgarien an Serbien 512. 533.
— China an Deutschland 567.
— Deutschland an Frankreich 457. 480.
— Deutschland an Rußland 456. 480.
— England an Deutschland 457.
— Entente an Türkei 512.
— Italien an Österreich 531.
— Österreich an Rußland 455.
— Rumänien an Österreich 531. 551. 555. 563.
— Vereinigte Staaten an Deutschland 566. 576.
Kriegszielbewegung 517. 541/2. 543.
Krimkrieg 439.
Kreuzzüge 40. 45. 56.
Kroatien 236. 328. 330.
Krüger, Paul 301. 385/6.
Kühlmann, Staatssekretär von 590. 595. 600. 615. 636/7. 642.
Kulturkampf 282/83. 410/11. 419.
Kunersdorf 165.
Kurhessen 225. 240/1. 253. 259. 261.
Kurland 79. 148. 360/1. 528/9. 703.

Lagarde 290. 408.
Landtag, preußischer 249/50. 258. 262.

Landwirtschaft 414. 415. 416. 428.
Langobarden 9. 10. 14. 16.
Laudon 164/5. 176.
Lausitz 26. 81. 128. 130.
Lechfeld, Schlacht auf dem 23.
Legnano 44.
Lehnswesen 17. 26. 55 ff. 131.
Leibeigenschaft, Aufhebung der 175. 202. 362. 413.
Leibniz 184.
Leipziger Teilungsvertrag 162.
— Völkerschlacht 212.
Leonardo da Vinci 10.
Leopold I. 144. 146.
— II. 176.
Leopold, Prinz von Bayern 581.
—, Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen 267.
Lestocq, General von 199.
Lettow-Vorbeck, General von 537/8, 723.
Leuthen 165.
Liga 118/125.
Ligny, Schlacht bei 213.
Lindequist, Staatssekretär von 319.
Linzer Programm 341. 605.
Lissa, Seeschlacht bei 261.
List, Friedrich 224. 408.
Litauer 79.
Litauisch-Brest s. auch Brest-Litowsk 557. 600. 635.
Livland 58. 79/80. 85. 116. 147. 360. 583. 601.
Lloyd George 565. 604. 629.
Londoner Konferenz 478.
— Protokoll 245. 254/5.
Lorettohöhe, Kampf um die 523.
Lothar 19/20.
— von Sachsen 38.
Lothringen s. auch Elsaß-Lothringen 20. 141. 143. 152. 217.
Lothringer Schlacht 483. 489.
Louis Ferdinand, Prinz von Preußen 198.
Loyola, Ignatius von 101.
Lübeck 44. 60/1. 76. 83. 193. 199.
Ludendorff 482. 492. 493/4. 497. 521. 525. 550. 555—58, 571. 578. 586. 625. 632. 638. 642—45. 647. 654—56. 659. 673. 679. 681. 720. 722. 723.
Ludwig der Fromme 19.
— der Deutsche 19. 20.
Ludwig das Kind 21.
— der Bayer 66 ff. 72. 75.
— I. von Bayern 201. 222. 228. 404.
— II. von Bayern 269. 272. 398.
— XIV. von Frankreich 133/36. 140/44. 146. 180. 182. 371.
— XV. von Frankreich 150. 188/89.
Lüderitz 199.
Luftkrieg 506/7. 537.
Luise, Königin von Preußen 194. 206—09.
Lunéville, Friede von 191.
Luther 74. 82. 88—102. 107/8.
Lutter am Barenberge 124.
Lützen 126.
Luxemburg 16. 18. 142/3. 217/18. 266. 354. 359. 457. 477.

Mackensen, Generalfeldmarschall von 497. 527. 528. 533. 551. 714.
Madjaren 21/2. 23. 56. 59/60. 139. 173. 233. 236. 237. 325 ff. 345 ff. 432. 452. 500. 510. 548. 604. 619/20. 657.
Mähren 59/60. 81. 119. 326/7.
Magdeburg, Belagerung 125.
Majestätsbrief 119/20.
Malerei 29. 62. 76. 83. 107. 114. 183. 353. 399.
Malmö, Vertrag von 85.
—, Waffenstillstand 244.
Mansfeld, Graf Ernst von 120. 124.
Manteuffel 271. 275. 292.
—, Minister Otto von 241. 247.
Marbod 8.
Marchfeld, Schlacht auf dem 65.
Maria Theresia 54. 149. 160/1. 172. 174. 190. 346.
Maria von Burgund 82.
Markomannen 8. 9.
Marneschlacht 485. 510. 513. 521. 522. 525. 555.
Marokkopolitik 301 ff. 316 ff. 442. 443. 447/48. 579. 594.
Marwitz, von der 199.
Masuren, Schlacht an den Seen 496. 497.
— Winterschlacht in 499.
Matthias 116—120.
Max, Prinz von Baden, Reichskanzler 648. 654. 656. 658. 660. 662. 666. 667. 669. 671. 675. 681. 682. 692.
Maximilian I. 81. 83.

Maximilian II. 107. 116.
—, Herzog von Bayern 118—124. 132.
Mecklenburg 41.
Melanchthon 95.
Merowinger 12/13.
Mersen, Vertrag von 20.
Metternich 197. 219/20. 222. 227/28. 327.
Metz 100. 130. 270. 272/3. 275. 483.
Michaelis, Dr. Reichskanzler 586—92.
Miquel 257. 264.
Mirabeau 171. 190.
Mittelmächte 432. 454. 475. 509. 510. 511. 532. 551.
Mittelstand 417/8. 420.
Möller, Oberpräsident von 275.
Mohacs, Schlacht bei (1526) 100. 143. (1688) 145.
Moltke, Helmut von 247/49. 255. 259—261. 269. 273. 294. 433. 558.
—, Generalstabschef (1914) 459. 471. 473. 489. 521.
Morgarten, Schlacht bei 75.
Moritz von Sachsen 101—105. 109.
— von Nassau-Oranien 112.
Motz, Minister von 224.
Mühlberg, Schlacht bei 102.
Mühldorf, Schlacht bei 66.
Murten 74.
Musik 184. 357. 397. 405.

Nachtigal 291. 408.
Napoleon Bonaparte 191—199. 205. 215.
Napoleon III. 228. 246/47. 257. 259. 260—262. 265/270. 272.
Nassau 201. 228. 259. 261.
Nationalitätenfrage in Österreich-Ungarn 229. 237. 326 ff. 451. 462. 500. 501.
Nationalliberale Partei 264. 280. 324. 519. 540. 570. 577. 651. 704. 705.
Nationalverein 257. 264.
Nationalversammlung, verfassunggebende 692. 694. 695. 696. 703. 704. 706. 708. 709.
Nettelbeck 199.
Neuenburg (Neufchâtel) 147. 196. 247.
Nibelungenlied 11. 28. 62/63.
Niederlande 72. 75. 87. 103. 109. 111 ff. 121. 132. 134. 136. 146/7. 162. 171. 217/8. 226. 353 ff. 478. 509.
Nikolai Nikolaijewitsch 474. 496. 528.
Nikolaus I., Zar 227. 241. 362.
— II., Zar 442. 456. 569.
Norddeutscher Bund 263 ff. 273/4.
Nordischer Krieg 147. 157.
Noreja 1.
Normannen 16. 21. 24.
Norwegen 3. 509.
Norweger 3.
Noske 666. 690.
Nymwegen, Friede zu 141.
Nystadt, Vertrag von 148. 361.

Österreich 23. 65. 70. 83. 117—19. 130. 139/40. 149/50. 161 ff. 172. 177—80. 182. 191. 195. 205/6. 211. 217—20. 228/9. 234 ff. 240. 254—61. 265. 272. 278. 302. 304/5. 325 ff. 412/3. 417. 419. 432. 451—457. 473. 478. 656. 716.
Oldenbarneveldt 112.
Oldenburg 44.
Oliva, Friede von 135.
Olmütz, Vertrag von 241/42. 245.
Oranje-Freistaat 384 ff.
Orden, deutscher 48. 56. 57/8. 79 ff. 85. 98. 116. 179. 360.
Ostpreußen 3. 48. 81. 155. 165. 209. 218. 414. 466.
— Kampf in 482. 492. 494/96.
Ostseeprovinzen, russische 3. 58. 79. 147. 360.
Otto I. 22. 39.
— II. 24.
— III. 24. 30.
— IV. 47.
— von Wittelsbach 44. 47.
Ottokar von Böhmen 65.

Panslavismus 437. 440.
Paris, Einnahme von 213. 214. 272.
Pariser Frieden 217.
Passarowitz, Friede von 150.
Passau, Vertrag von 104. 124.
Pavia, Schlacht bei 100.
Payer, 595. 636. 639. 647. 658.
Peter der Große, Zar 147/8. 361.
Peters, Karl 291.
Pfalz 118. 128. 130. 142. 161. 371.
Philipp der Großmütige 93. 99. 101—103.
— der Schöne von Frankreich 66. 72.
— von Schwaben 46.

Philipp II. von Spanien 84. 100. 103. 111. 353.
Piasten 43. 60.
Pietismus 182.
Pippin von Heristal 13.
— der Mittlere 13.
— der Kleine 13/14.
Polen 6. 12. 25. 26. 42. 79. 80. 116. 132. 135. 145. 152. 171. 179. 276. 314. 332.
Polenfrage 12. 281. 286. 306. 309. 560. 592. 700 ff.
Polnische Teilungen 170. 191. 194.
Pommern 41. 79. 129. 136. 138. 148. 199. 217.
Posen 178. 218. 414. 497. 498. 592. 653.
Prag 22. 68. 235. 343.
Prag, Friede zu 261. 325.
—, Vertrag von 128. 134.
Pragmatische Sanktion 149. 160.
Presse 422/3. 425. 426. 438. 444. 454. 463. 507. 509. 514/5. 519. 540. 543. 548. 555. 559. 565. 569. 580. 593. 601. 631. 634. 651. 658. 685. 694. 706.
Preßburger Friede 196.
Preußen, Herzogtum 98. 135/6.
—, Königreich 147—49. 153. 177—180. 189. 193—209. 217. 218. 219—24. 230 bis 233. 234 ff. 244/5. 246 ff. 265. 315. 478.
Proletariat 284. 414. 439. 575. 677. 684. 685. 716.
Przchmysliden 59.

Raabe, Wilhelm 89. 395.
Radetzky 211. 235.
Radowitz, General von 234. 241.
Rastatt, Friede von 147.
Raule, Benjamin 136.
Rechberg, Graf 256.
Reformation 74. 93 ff. 105. 117. 128. 130.
Regie 169. 171.
Reichsdeputationshauptschluß 193. 201. 410.
Reichsfest zu Mainz 45.
Reichsfinanzreform 310/1. 323/4.
Reichsgesetze 279. 285/6. 321. 369.
Reichskammergericht 84.
Reichsreformbestrebungen 84. 97. 110.
Reichstagsresolution (vom 19. VII. 1917) 588. 635.
Reichstag, deutscher 264/5. 275. 276. 305. 309—11. 322.
— zu Augsburg 97. 103. 105.
— zu Besançon 43.
— Nürnberg 64. 97.
— zu Preßburg 145. 161.
— zu Regensburg 118. 131. 142.
— zu Speier 97.
— zu Worms 93/4. 100.
— zu Würzburg 42. 46.
Reichsverfassung (1848) 231. (1871) 273 ff. (1919) 709/10.
Reichsverweser 230—32.
Reichswehr 687. 690.
Reims, Besetzung von 483. 484.
Religionsfriede 105. 118. 130.
Religionsgespräch zu Leipzig 91.
— zu Marburg 99.
Rense, Fürstentag zu 67.
Restitutionsedikt 124. 128. 130.
Reunionskammern 142.
Reuter, Fritz 226. 395.
Revolution (1789) 54. 171. 188—90.
— (1830) 225 (1848) 228 ff. 232. 236. 245.
— deutsche (1918) 660 ff.
— russische 569. 582.
Rheinbund 196. 218.
Richter, Eugen 280.
Ritterorden. S. auch Orden, deutscher. 56. 79.
Römisches Recht 85. 86. 96.
Roon 247—49. 259. 261. 269. 273.
Roßbach 164.
Rudolf von Schwaben 36.
— von Habsburg 64.
— II. 116—119.
Rückversicherungsvertrag mit Rußland 279. 301. 440/1.
Rumänien 432. 442. 460. 509. 527. 529. 538. 548. 551. 584. 603. 609. 611. 615. 637. 722.
— Kampf in 551/2.
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 482. 483. 485. 523.
Ruprecht von der Pfalz 69.
Rußland 78. 147/9. 150. 162. 163. 171. 191. 195. 199. 208/9. 217. 244. 267. 278. 301. 304. 432. 437. 439. 440. 450. 455. 457. 458. 459. 475. 477. 478. 507. 510.

529. 532. 538. 547. 569. 582. 584. 599. 606/7. 632. 722.
Rußland, Deutschtum in 332. 359 ff. 712.
Russischer Feldzug Napoleons 208.
Ruthenen 432. 452. 501. 613. 618.
Ruyter, de, Admiral 115. 355.
Ryswyk, Friede von 143. 145.

Sachsen 3. 11. 12. 13. 15. 38. 39. 68. 70. 109. 118. 130—33. 138/9. 144. 147/8. 162. 163. 166/67. 182/3. 199. 200. 218. 225. 233/4. 239. 259. 275. 347.
Sachsenspiegel 63.
Sachsen-Weimar 218. 220.
St. Germain, Friede von 136. 141.
—, Vertrag zu 1919. 716.
Saloniki 505/6. 568. 584. 620. 639.
Salzburger Protestanten 155. 371.
Sanders, Liman von 443. 449.
Sarazenen 13. 24.
Scharnhorst 199. 200. 203. 207. 210/1.
Scheer, Vizeadmiral 537. 654. 663. 723.
Scheidemann, Philipp 574/5. 577. 588. 636. 643. 651. 654. 655. 667. 671. 692. 694. 696. 707.
Scheüch, Kriegsminister 635.
Schill 199. 206.
Schiller 186/7. 257. 391/2.
Schleiermacher 204.
Schlesien 43. 59. 70. 81. 139. 161. 167. 199. 211. 497. 498. 527.
Schleswig-Holstein 135. 218. 241. 242—245. 254—56. 261.
Schlieffen, Generaloberst, Graf von 464. 472. 480/1. 484. 487/8.
Schmerling, Anton von 230. 237/38. 258. 326.
Schönbrunner Vertrag 196.
Schönerer, Georg von 341/2.
Schuld am Weltkriege 434. 568. 593. 604. 685. 700.
Schulpflicht, allgemeine 155. 237.
Schurz, Karl 374.
Schutzvereine, deutsche 342. 351.
Schutzzoll 280. 428.
Schwabenspiegel 63.
Schwarzenberg, Adam von, brandenburg. Minister 134.
—, Fürst Felix 234/9. 240/1. 245/6.
—, Fürst von, Heerführer 211/12.
Schweden 3. 116. 124—129. 132. 135/6. 140. 141. 147/9. 166. 167. 211. 245. 509.
Schweiz 65. 72. 74. 99. 132. 351 ff. 509. 568. 604.
Schwerin, Feldmarschall Graf 161. 164.
Schwertbrüder 58. 360.
Sedan 270/1.
Seekrieg 503—505. 535—37.
Selbstverwaltung in Preußen 202.
Sempach, Schlacht bei 75.
Serajewo, Mord zu 432. 433. 454. 457.
Serbien 432. 437. 453. 455—57. 499. 512. 528. 532. 538. 606. 620. 722.
—, Kampf in 533. 552.
Seydlitz 164.
Sickingen 96.
Siebenbürgen 47. 60. 116. 144/5. 218. 236. 328. 330. 345 ff. 551.
Siebener Ausschuß 591.
Siebenjähriger Krieg 163. 373.
Sigismund 69—71.
Simonie 31. 33.
Slawen 12. 22. 24. 57. 79/80. 325 ff. 361.
Slawenkongreß 229. 327.
Slawonien 218. 236. 330. 346.
Slowaken 327. 432. 500.
Slowenen 12. 327. 339. 432. 452. 605. 606. 613. 715.
Soldatenräte 665. 677. 689.
Somme, Schlacht an der 526. 538. 550.
Soissons, Schlacht bei 522.
Souchon, Admiral 534.
Sowjet-Republik 585. 600. 601. 602.
Sozialdemokratie (Sozialisten) 280. 283 ff. 291. 310. 320/1. 340. 419. 420. 514. 517—19. 538. 540. 543. 559. 562. 564. 568/69. 570/71. 574. 577. 578. 629. 650. 664. 665. 670. 706—08. 710. 717.
Spartakisten 677. 687. 690. 694. 707/8.
Spee, Graf von, Vizeadmiral 505. 723.
Sporenschlacht von Kortrijk 76.
Stadion, Graf Philipp 205.
—, Graf Franz 237/8.
Städtebund, flandrischer 76.
—, rheinischer 51.
Städteordnung in Preußen 202.
Stahremberg, Graf Rüdiger 144.
Steiermark 65. 83. 118. 326. 501. 605. 715.

Stein, Reichsfreiherr vom 54. 197. 200/03. 207. 209. 217. 222.
—, Kriegsminister von 578. 635.
Steinmetz, General von 269. 271.
Stosch, General von 275.
Stürgkh, Graf, österreich. Ministerpräsident 606. 610.
Straßburg 142. 270. 272/3. 275.
Sueben 3. 6. 9.
Südafrika, Deutschtum in 383 ff.
Syrmien 348.

Taaffe 334/5. 338. 340/1.
Tacitus 4.
Tannenberg, Schlacht bei (1410) 80.
— — (1914) 489. 495. 497.
Tauroggen, Vertrag von 208.
Tegethoff 260.
Teja 11.
Teschen, Friede zu 176.
Teutoburger Wald, Schlacht im 8.
Teutonen 1. 2. 6.
Theoderich der Große 11. 12.
Thesen (Die 95) 91.
Thorner Friede 80/81.
Thronfolgekrieg, polnischer 150.
Thun, Graf Leo 237/8.
Thüringer 3. 9. 11. 12—14. 15. 60.
Tilly 121/22. 124/26.
Tilsiter Friede 200.
Tirol 54. 68. 84. 206. 218. 326. 340. 466. 501.
Tirpitz, Großadmiral von 427. 443. 449. 459. 473. 488. 502. 536. 545.
Tisza, Graf, ungar. Ministerpräsident 617.
Toleranzedikt 175.
Totila 11.
Transvaal-Republik 301. 402.
Trebur, Reichsversammlung 21. 36.
Treitschke 275. 290. 407.
Tromp, van, Admiral 115. 354.
Trotzki 600. 601.
Tschechen 6. 12. 22. 59. 70. 139. 229. 233. 239. 326 ff. 338. 432. 442. 500. 501. 605. 606. 613. 614. 618. 657.
Tschecho-Slowaken 714. 715.
Türkei 442. 511/12. 524—527. 533. 541. 542. — Kampf in der 534/5.
Türken 100. 116. 140. 143. 150/1. 176. 278. 304. 333. 346.

U-Boot-Frage 545—47. 576.
U-Boot-Krieg 503/4. 535—37. 542/3. 545 bis 47. 553. 560. 565. 566. 570. 595 641. 655. 665. 682. 698.
Ukraine 584. 601. 602. 609.
Umsturz 660 ff.
Unabhängige 520. 575. 591. 635. 661. 662. 664. 677. 684. 690. 692. 694. 700. 707. 708.
Ungarn 9. 12. 27. 60. 69. 84. 116. 119. 139. 144/5. 150. 161. 173. 218. 235ff. 241/2. 325ff. 345 ff. 466. 508. 521/2. 713.
Union (1618) 118.
— Erfurter 234. 239/41.
— in der evangel. Kirche 412.
— südafrikanische 389.
Unstrut, Schlacht an der 22 (933). 33 (1075).
Utrechter Friedensverhandlungen 147. 354.

Vandalen 3. 9—11.
Varus 8.
Vasallentum 55.
Vaterlandspartei, deutsche 592. 596.
Venedig, Vertrag von 43.
Vercellä 1.
Verdun, Vertrag von 19. 75.
Verdun 483. 522. 529. 538. 581. 618.
—, Angriff auf 524/5. 529. 550. 555.
Vereinigte Staaten von Nordamerika 189. 443. 508. 509. 536. 538. 546. 566. 606. 621. 629. 640/1.
—, Deutschtum in 370. 713.
Vereinigter Landtag 227. 250/1.
Vereinswesen 423/4. 426. 429.
Verfassung, deutsche (1919) 709/10.
—, fränkische 17.
— in Elsaß-Lothringen 312/14.
— in Österreich 237. 258. 326.
— in Preußen 221. 227. 234.
—, süddeutsche 222/23. 246.
Verfassungskampf in Kurhessen 240.
Vlamen 226. 354. 356 ff.
Vogesen, Kampf in den 466. 483. 522. 722.
Völkerwanderung 3. 6. 9—12.
Volksbeauftragte 677. 682. 684. 692. 701. 705. 707.
Volkspartei, christliche 705.
—, deutsche 706. 708.
—, deutsch-nationale 706. 707. 708.

Vollzugsausschuß 677.
Vorbehalt, geistlicher 105. 124.

Waffenstillstand zwischen:
— Deutschland und Rußland 582.
— Entente und Bulgarien 639.
— Entente und Deutschland 682.
— Entente und Österreich 657/8.
Waffenstillstandsbedingungen 680. 684. 688.
Wagram 206.
Wahlrecht, allgem. gleiches 264. 570.
Waldemar IV. von Dänemark 78.
Wallenstein 122—127.
Walpod, Arnold 51.
Walter von der Vogelweide 63.
Warschau, Schlacht bei 135.
—, Vormarsch auf (1915) 497.
— Einschließung 498.
— Eroberung 528. 547.
Wehrpflicht, allgemeine 156/7. 204. 264.
Wehrvorlage 323. 424. 426. 448. 485. 494.
Weißen Berge, Schlacht am 121.
Welfenfrage 292/3. 308. 314 ff.
Wellington 213.
Wenden 16. 22. 41.
Wenzel 69.
Westfalen, Königreich 200.
Westfälischer Friede 114. 132/3.
Westpreußen 48. 81. 170. 178/9. 180. 218.
Wiener Friede (1738) 151. (1809) 206. (1864) 255.
— Kongreß 216. 354. 478.
Wiens Belagerung 100. 143/4.
Wilhelm I. 207. 247 ff. 255. 260. 262. 264/65. 267. 273—276. 278. 285. 294. 332.
— II. 295 ff. 301/2. 308/9. 312. 321—24. 385. 435. 441. 450. 456. 457. 468/69. 476. 492. 502. 507. 521. 533. 550. 558. 567. 570. 572. 578. 594. 607. 658. 665. 669. 672. 673. 679. 695. 698.
Wilhelm II., Abdankung 669. 672.
Wilhelm, deutscher Kronprinz 482. 483. 485. 524/5. 578. 625. 668. 675.
— von Nassau-Oranien, der Schweiger 112.
— III. von Nassau-Oranien 141. 146. 355.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika 509. 536. 546. 548. 563. 566. 629. 631. 632. 641. 649. 653 bis 655. 667. 678. 682. 684. 685. 693. 694.
Windischgrätz, Fürst 235/6.
Windthorst 281.
Winrich von Kniprode 79.
Wißmann 291. 408.
Wittekind 15.
Witt, Jan de 140.
Wolter von Plettenberg 361.
Wormser Konkordat 38.
Wrangel 244. 255.
Württemberg 118. 197. 218. 222. 225. 228. 239/40. 259. 264. 272. 275/6.
Wulfila 12.

York 199. 208/9. 210. 212.

Zensur 507. 513/4. 541. 542. 543. 593. 596.
Zentrumspartei 280 ff. 310. 321 ff. 412. 420. 513. 519. 540. 559. 570. 572.—74. 578. 588. 704—706. 708. 709.
Zeppelin 271. 406. 506.
Ziethen 164. 166.
Zollverein 223 ff. 233. 265. 359. 408. 413.
Zorndorf 165.
Zwingli 98.

Druck von G. Kreysing in Leipzig.

University of
Connecticut
Libraries